



**VOLKSGEMEINSCHAFT**

**VOLKSFEINDE**

**Kassel 1933-1945    Band 2**

# Kasseler Quellen und Studien

Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel, Band 7

**HESSE GMBH**

Volksgemeinschaft und Volksfeinde  
Kassel 1933 – 1945  
Band 2: Studien

Herausgegeben von  
Wilhelm Frenz, Jörg Kammler  
und Dietfrid Krause-Vilmar

# Volksgemeinschaft und Volksfeinde Kassel 1933 – 1945

Band 2: Studien

Herausgegeben von:

Wilhelm Frenz, Jörg Kammler und Dietfrid Krause-Vilmar

Mit Beiträgen von:

Lothar Döhn · Wilhelm Frenz · Hans-Jörg Grell · Jörg Kammler

Horst Kottke · Dietfrid Krause-Vilmar · Wolfgang Matthäus

Herbert Pinno · Marc Poulain · Wolfgang Prinz · Hans-Martin Ungericht

© 1987 by Hesse GmbH, Fuldabrück 1  
Redaktion: Wolfgang Prinz  
Umschlagentwurf: Dieter Haist  
Verlag und Gesamtherstellung:  
Druckerei Hesse GmbH, 3501 Fuldabrück 1  
Printed in Germany 1987 · ISBN 3 - 92 42 59 - 03 - 8  
Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die der  
Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung, der  
fotomechanischen Wiedergabe auch einzelner Teile.

# Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Dietfrid Krause-Vilmar Hitlers Machtergreifung in der Stadt Kassel	13
Herbert Pinno Ochshausen – 5. März 1933, eine rote Bastion wird geschleift	37
Wilhelm Frenz Organisation, Mitglieder und Wähler der NSDAP in Kassel	47
Lothar Döhn Presse und Nationalsozialismus in Kassel	58
Wilhelm Frenz Nationalsozialistische Kommunalpolitik am Beispiel Kassel	96
Wolfgang Matthäus Höhere Mädchenbildung im Nationalsozialismus. Aspekte der Geschichte der Malwida-von-Meyenbug-Schule in Kassel	104
Hans-Jörg Grell Das Preußische Staatstheater nach 1932	126
Marc Poulain und Hans-Martin Ungericht Die Schönheit und Harmonie des arteigenen Stadtgefüges... Zur Stadtplanung in der Gauhauptstadt Kassel	136
Wolfgang Prinz Die Judenverfolgung in Kassel	137
Horst Kottke Die endgültige Verdrängung der Juden aus der Kasseler Wirtschaft im Jahre 1938	223
Wilhelm Frenz NS-Wirtschaftspolitik und die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung (1933–1939)	255
Jörg Kammler Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes: Die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933	291
Jörg Kammler Widerstand und Verfolgung – illegale Arbeiterbewegung, sozialistische Solidargemeinschaft und das Verhältnis der Arbeiterschaft zum NS-Regime	325
Dietfrid Krause-Vilmar Ausländische Zwangsarbeiter in der Kasseler Rüstungsindustrie (1940–1945)	388
Wilhelm Frenz Zusammenbruch – Stunde Null?	415
Register	425

## Vorwort

Die hier zusammengefaßten Studien enthalten Ergebnisse unserer Untersuchungen zur Geschichte Kassels in der Zeit des Nationalsozialismus. An diesen im Jahre 1980 begonnenen Untersuchungen, die zu zahlreichen Veröffentlichungen geführt haben, waren Studenten, Mitarbeiter und Kollegen beteiligt, die sich mit ihren Examensarbeiten oder ähnlich gelagerten Forschungsvorhaben uns angeschlossen haben. Mehrere Beiträge dieses Studienbandes entstammen diesem Umkreis des Forschungsprojekts „Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus“.

Das Spektrum der hier zusammengefaßten Beiträge ist nicht auf die „klassischen“ Schwerpunkte lokalgeschichtlicher Überblicksdarstellungen zur NS-Zeit – Machtergreifung oder Widerstand und Verfolgung – beschränkt. Eine Reihe von Beiträgen befaßt sich mit der Praxis des Nationalsozialismus an der Macht und ihrer Umsetzung in verschiedenen politischen und politisch-kulturellen Bereichen auf kommunaler Ebene. Ohne Anspruch auf eine geschlossene Systematik vermitteln diese Studien über Kommunal- und Wirtschaftspolitik, Presse, Schule, Staatstheater und Stadtarchitektur einen Eindruck von den Möglichkeiten, ein differenzierteres Bild von kommunaler Politik und Öffentlichkeit in der NS-Zeit zu gewinnen.

Der Band beginnt mit Hitlers Machtergreifung in Kassel. Im Mittelpunkt steht das lokale Bedingungsfeld für den Aufstieg der NSDAP und die Erscheinungsform der Machtergreifung in Kassel. Bedeutsam in diesem Zusammenhang waren vor allem die Vorherrschaft konservativ-autoritärer Traditionen im Kasseler Bürgertum und Kleinbürgertum und die hier sichtbar werdenden ideologischen Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen zwischen der bürgerlichen Rechten und der NSDAP. Der Beitrag hebt die für die Kasseler NSDAP beherrschende Rolle Roland Freislers hervor und kennzeichnet ihn als Meister der agitatorischen Destabilisierung der Republik und als radikalen Vordenker und Protagonisten des im NS-Staat realisierten Ausgrenzungs- und Vernichtungswillens. Dabei blieben die NS-Bewegung und ihre Anführer gegenüber der Besonderheit des Ortes und seiner kommunalpolitischen Probleme grundsätzlich gleichgültig. War die Kritik an den lokalen politischen Gegnern Ausdruck allgemeiner denunziatorischer Klischees, so blieben die lokalpolitischen Absichtserklärungen in der Regel konturenlose Projektionen der allgemeinen ideologischen Grundthemen. Der Aufstieg der NSDAP am Ort verdankte sich nicht – wie auch der Beitrag über die NS-Kommunalpolitik beweist – einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den spezifischen Problemen der Kommune und ihrer Bürger, sondern der Anziehungskraft seiner ideologischen Projektio-

nen und der Suggestion unbändiger Tatkraft und grenzenloser Entschlossenheit, auf deren Erzeugung das öffentliche Auftreten der „Bewegung“ berechnet war. Diesem Ansturm stand die Arbeiterbewegung als der entschiedenste Gegner und erklärte Todfeind der NSDAP nicht nur auf der Ebene äußerer Machtmittel ohnmächtig gegenüber. In der Auseinandersetzung mit der NS-Bewegung nahmen SPD und KPD die heraufziehende Gefahr nur bedingt wahr und beschränkten sich zumeist auf eine vordergründige Polemik, die der brisanten Dynamik und Stoßkraft des Gegners nicht gerecht wurde.

Voraussetzungen und Durchsetzungsformen der NS-Machtergreifung werden auch in weiteren Beiträgen thematisiert. Die Studie von Wilhelm Frenz über die Kasseler NSDAP vor 1933 befaßt sich mit der organisatorischen Entwicklung der örtlichen Nazibewegung, vor allem aber mit der soziologischen Struktur ihrer Mitglied- und Wählerschaft. Nach seinen Untersuchungen, die sich auf eine Stichprobe von ca. 3600 NSDAP-Mitgliedern – unter ihnen 665 vor 1933 beigetretene – stützten, war die Kasseler NSDAP bis 1932 deutlicher als im Reichsdurchschnitt eine Partei des „alten“ Mittelstandes (Einzelhändler, Handwerker etc.) und der „neuen“ Mittelschichten (Angestellte und Beamte) und zugleich eine soziologisch heterogene Protestbewegung sozial und politisch Enttäuschter mit einem schließlich wachsenden, nicht unerheblichen Anhang in von der Arbeiterbewegung nicht erfaßten Arbeiterschichten, wobei der Anteil an noch beschäftigten oder arbeitslosen Arbeitern die Partei jedoch keinesfalls als „Arbeiterpartei“ auswies. Der gewaltige Zustrom an neuen Mitgliedern im Jahre 1933 – auf jedes bisherige Mitglied entfielen nunmehr zwei Neumitglieder – führte dazu, daß die Arbeiterschaft in der NSDAP 1933/34 noch stärker unterrepräsentiert war als 1932.

Die politische Struktur und innere Verfassung der Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 ist Gegenstand eines eigenen Beitrags. Sein Interesse gilt weniger der unmittelbaren Vorgeschichte und der äußeren Verlaufsform der katastrophalen Niederlage der Arbeiterbewegung, als vielmehr den strukturellen Bedingungen jener teilweisen Selbstneutralisierung der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die NSDAP. Der Blick auf die historischen Wurzeln, Erscheinungsformen und soziologischen Merkmale der lähmenden Spaltung der Arbeiterbewegung vor allem in ein sozialdemokratisches und ein kommunistisches Lager läßt erkennen, daß die politischen Wahrnehmungshorizonte und Praxiskonzepte der einander befehdenden großen Arbeiterparteien eher auf die Vorherrschaft in der Arbeiterbewegung als auf einen – notfalls gemeinsamen – Entscheidungskampf mit der zur Macht drängenden NS-

Bewegung ausgerichtet waren. Das Verharren in der Konfrontation, das – wie gerade die lokale Geschichte zeigt – keinesfalls allein ein Problem der Parteiführung war, verstrickte SPD wie KPD in einen Zwei-Fronten-Kampf, der trotz aller Einsicht in die Gefahr des Faschismus in der Praxis zu einer Unterschätzung der NS-Bewegung führte und dem Kampf gegen sie Energie und Schwungkraft entzog.

Mit welchen Mitteln der Arbeiterbewegung in ihren Hochburgen das Rückgrat gebrochen wurde, vergegenwärtigt der Beitrag Herbert Pinnos über die Vorgänge in der Arbeitergemeinde Ochshausen im März 1933. Der nächtliche Terrorüberfall durch SA, SS und Polizei, die Verhaftung und Mißhandlung einer größeren Zahl von Angehörigen der SPD, des Reichsbanners und der KPD und ihre umgehende Aburteilung im ersten Verfahren des neu eingerichteten Kasseler Sondergerichts, von dem die Opfer in skrupelloser Verkehrung der Tatsachen zu Tätern gestempelt wurden, standen beispielhaft für die terroristische Überrumpelung und Niederwerfung der Arbeiterbewegung durch Parteiformationen und staatliche Verfolgungsinstanzen.

Der Beitrag von Lothar Döhn über „Presse und Nationalsozialismus in Kassel“ macht deutlich, daß der Terror gegen die Arbeiterbewegung, gegen Demokraten und jüdische Bürger in den entscheidenden Monaten der Etablierung der Diktatur von der bürgerlichen Kasseler Presse ohne Kritik hingenommen und mehr oder weniger offen gutgeheißen wurde. Besonders die konservativ-nationalistische „Kasseler Post“ hatte gegen die Arbeiterparteien und die demokratische Linke in den Jahren der Republik einen erbitterten publizistischen Kampf geführt, der sie den Machtantritt des Hitler-Kabinetts und die „Ausschaltung“ von „Bolschewismus“ und „Marxismus“ durch die Kräfte der „nationalen Revolution“ vollauf bejahen ließ. Trotz ihrer ideologischen Nähe zur NSDAP, die sich in der Zustimmung zur Zerstörung aller rechtsstaatlichen Sicherungen und zur Vernichtung der „anti-nationalen“ Opposition niederschlug, wurde schließlich auch die Existenzgrundlage der bürgerlich-nationalen Presse schrittweise beseitigt, wie Döhns Beitrag am Beispiel vor allem der „Kasseler Post“ aufzeigt.

Neben den ideologischen Positionen der zunächst noch vielgestaltigen Kasseler bürgerlichen Tagespresse in der Phase der Machtergreifung und dem Prozeß ihrer ökonomischen Integration in das NS-Pressewesen setzt sich der Beitrag genauer mit der regionalen konfessionellen Presse auseinander. Die Untersuchung der publizistischen Positionen des Kasseler „Sonntagsbriefs“, der zeitweilig als Organ der Bekennenden Kirche fungierte, und des ungleich auflagenstärkeren „Kasseler Sonntagsblattes“, das sich als einflußreiches Sprachrohr der in der evangelischen bür-

gerlichen und bauerlichen Bevölkerung Nordhessens und Mitteldeutschlands vorherrschenden national-konservativen Grundströmung sehr weitgehend hinter die Ziele und Maßnahmen des neuen Regimes stellte und diese aus der Sicht eines parteilichen „Feierabendchristentums“ religiös überhöhte, verweist auf die eher bescheidende Rolle von begrenzter Opposition und verhaltener Distanzierung in der Einstellung der evangelischen Mittelschichten zum Regime.

Die Analyse der Politik und Gesellschaft umprägenden Herrschaftspraxis des Regimes wird in einer Reihe von Beiträgen fortgeführt, die sich mit Bereichen und Aspekten der Kommunal-, Bildungs- und Kulturpolitik befassen.

Die knappe Skizze zur NS-Kommunalpolitik vergegenwärtigt die dramatischen Folgen der Wirtschaftskrise für die städtischen Finanzen und den schrittweisen Abbau der kommunalen Selbstverwaltung schon vor dem Machtantritt der Nazis. Für diese war die Kommunalpolitik nur ein Nebenschauplatz ihrer Agitation. Die Kasseler NSDAP-Fraktion nutzte die Tribüne des Rathauses zur Diskreditierung ihrer politischen Gegner und der Reste kommunaler Demokratie; die Probleme einer pragmatisch-konstruktiven Kommunalpolitik interessierten sie nicht. Im Prozeß der Machtergreifung und -konsolidierung, in deren Verlauf sich – der NS-Propaganda zum Hohn – eine Postenjägerei und Günstlingswirtschaft bisher nicht gekannten Ausmaßes entfaltete, wurden die Grundlagen kommunaler Selbstverwaltung vernichtet. Wie der Beitrag verdeutlicht, blieb die Kommunalpolitik für die neuen Machthaber ein Feld von untergeordneter Bedeutung. Als gewichtige Einschnitte in die Stadtentwicklung akzentuiert der Beitrag die 1934 anlaufende „Sanierung“ der Altstadt und die Eingemeindung des Jahres 1936.

Diese Schwerpunktbereiche der Kasseler NS-Kommunalpolitik werden in der Studie von Marc Poulain und Hansmartin Ungericht über „Stadtplanung in der Gauhauptstadt Kassel“ unter anderem Blickwinkel genauer untersucht. Die Autoren verweisen darauf, daß die als große städtebauliche und soziale Tat gepriesene Altstadtsanierung vor allem zu Lasten kinderreicher Arbeiterfamilien und alleinstehender älterer Menschen ging und daß – realisiert man den politischen Kontext – in der „roten Altstadt“ „der politische Widerstand auch städtebaulich gebrochen“ wurde. Deutlicher noch werden externe politische Motive bei den 1936 vollzogenen Eingemeindungen einer Reihe von Landkreis-Gemeinden. Nicht die vom Kasseler Bauamt vorgeschobenen städtebaulichen und siedlungspolitischen Gründe waren maßgebend, sondern die aus der hektischen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung abgeleiteten Erfordernisse, ging es doch um die Ansiedlung zugezogener Werksangehöriger der schnell

wachsenden Kasseler Rüstungsbetriebe, um die Errichtung von Kasernen, Truppenübungs- und Landeplätzen sowie um die Koordination eines effektiven Luft- und Feuerschutzes. Die im Beitrag abschließend skizzierte Planung für den Ausbau der „Gauhauptstadt“ Kassel veranschaulicht die These der Autoren, daß die nationalsozialistische Stadtplanung in Kassel in ihren Inhalten und Zielen nicht auf die Fortentwicklung des historisch gewachsenen Stadtraums abgestellt war, sondern auf die zentralistisch verfügbaren Vorgaben, die Kassel als Rüstungszentrum, „Stadt der Reichskriegertage“ und Gauhauptstadt zu erfüllen hatte.

Aspekte der nationalsozialistischen Bildungs- und Kulturpolitik werden in den Beiträgen von Wolfgang Matthäus und Hans-Jörg Grell exemplarisch untersucht.

Die Fallstudie von Matthäus über die Kasseler Malwida-von-Meyensbug-Schule, das in der Emanzipationsperspektive der bürgerlichen Frauenbewegung gegründete erste Mädchen-Gymnasium der Region, hat zum einen die allgemeinen Folgen des nationalsozialistischen Zugriffs auf die Schulen für den Schulalltag und das Schülerleben im Blick, zum anderen die spezifische praktische Umsetzung der NS-Ideologie von der Rolle der Frau in einem Mädchengymnasium. Auf der Basis von Schulakten, Lehrplänen, Klassenarbeiten und vor allem von Berichten ehemaliger Schülerinnen werden die Veränderungen des Schulalltags und die neuen Formen der NS-Erziehung anschaulich dargestellt. Politische Schulfeiern, der gemeinschaftliche Rundfunkempfang von Reden der NS-Prominenz, die Beteiligung an öffentlichen Aufmärschen, Feiern, den vielfältigen Sammlungen und schließlich an den als „nationalpolitische Lehrgänge“ gestalteten Lageraufenthalten für Schülerinnen vermittelten ungeachtet allen Leerlaufs der Rituale prägende Erfahrungen, deren Wirkungsweise und emotionale Aura Distanz und individuelle Eigenständigkeit erschwerten. Besonders schnell und radikal veränderte sich der Schulalltag für die jüdischen Schülerinnen, deren Ausgrenzung von Anfang an mit erschreckender Bereitwilligkeit vollzogen wurde. Obwohl die grundlegende Revision der Lehrpläne und die Einführung neuer Schulbücher Jahre in Anspruch nahm, kam es aufgrund gezielter Anweisungen und eines Klimas wachsender Kontrolle zu einer raschen Durchdringung des gesamten Unterrichts mit nationalsozialistischem Gedankengut. Daß der mit der Namenspatronin verbundene emanzipatorische Anspruch der Schule besonders entschieden revidiert wurde, überrascht nicht. Interessanter erscheint die Tatsache, daß die 1940 durchgesetzte Umbenennung der Schule nach 1945 offenkundig nicht mehr als Identitätsverlust wahrgenommen wurde – die Schule entschied sich für die Beibehaltung des neuen Namens.

Die Studie von Hans-Jörg Grell beleuchtet die Geschichte

des Preußischen Staatstheaters in Kassel in den Jahren der NS-Diktatur. Der Blick auf die schnellen personellen Veränderungen an der Spitze des Theaters, die fristlosen Entlassungen aus „rassistischen“ und politischen Gründen und die staatliche Absicherung des organisatorischen und finanziellen Status des Kasseler Theaters macht deutlich, mit welcher Energie die Nationalsozialisten die „Gleichschaltung“ und Transformation auch der künstlerischen und kulturellen Institutionen betrieben. Was als „Säuberung und Reinigung“ von „entarteter Theaterkunst“ und Aufbruch zu einem „wahrhaften Volkstheater“ propagiert und gefeiert wurde, entpuppte sich in den ersten Spielplänen unter NS-Regie als eine Mixtur aus platten faschistischen Tendenzstücken, einer großen Zahl von Klassiker-Aufführungen sowie einer Vielzahl von Schwänken und Komödien. Zur Propagierung dieses Konzepts eines teils unmittelbar politisch instrumentalisierten, teils zur reinen Unterhaltung tendierenden Theaters wurden riesige öffentliche Werbeveranstaltungen inszeniert, um ein breites Publikum für ein Abonnement und den Eintritt in die „Deutsche Bühne“, eine Unterorganisation des „Kampfbundes für deutsche Kultur“, zu gewinnen. Obwohl die relativ liberale Spielplanpolitik ab Mitte der 30er Jahre mehr als in anderen deutschen Theatern gewisse künstlerische Freiräume bewahrte und die Grundhaltung des Kasseler Hauses nichts als genuin nationalsozialistisch erschien, blieb das Kasseler Theater – so die These von Grell – in der Tradition des bürgerlichen Bildungstheaters der Dialektik von Innerlichkeit und Abhängigkeit verhaftet, indem es der ihm zgedachten Aufgabe, Herrschaft und Herrschende zu repräsentieren und damit die Verbrechen des Unrechtsstaates zu verschleiern, durchaus diente.

Die folgenden, z. T. sehr umfangreichen Beiträge des Bandes befassen sich überwiegend mit Themen aus dem Bereich Verfolgung und Widerstand, wobei zwei Bevölkerungsgruppen im Mittelpunkt stehen: die jüdische Bevölkerung und die Arbeiterschaft.

Der Beitrag von Wolfgang Prinz über Judenverfolgung in Kassel stellt die Entwicklung und Struktur der Kasseler jüdischen Gemeinde vor 1933 und die Phasen der Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung in der NS-Zeit dar. Der erste, bis 1933 reichende Teil der Untersuchung bereitet u. a. Daten zur Bevölkerungsentwicklung, Berufsstruktur und Wohnverteilung der jüdischen Bevölkerung in Kassel auf und interpretiert sie vor dem Hintergrund der Entwicklung im Regierungsbezirk Kassel und im Reich. Ein Überblick über die wichtigsten Einrichtungen der jüdischen Gemeinde, insbesondere das Schulwesen, sowie über das breite Spektrum von religiösen, karitativen, humanitären, kulturellen, geselligen und politischen Organisationen und Vereinigungen vermittelt einen Eindruck

von der Binnenstruktur der jüdischen Gemeinde und dem gesellschaftlichen Beziehungsnetz der jüdischen Bevölkerung in Kassel. Hinsichtlich des Standes der Integration der jüdischen Bevölkerungsgruppe am Vorabend der NS-Machtergreifung betont der Beitrag die Integrationsbereitschaft der Mehrheit der Kasseler Juden, die bereits seit mehreren Generationen am Ort ansässig war, sowie die Randstellung der seit Beginn des Ersten Weltkriegs eingewanderten ausländischen Juden, die in erster Linie Objekt des aggressiven Antisemitismus waren. Dieser besaß in Kurhessen eine lange, von außergewöhnlichen politischen Erfolgen begleitete Tradition, an die die NSDAP anknüpfen konnte.

Der Hauptteil der Untersuchung folgt den wesentlichen Phasen der Verfolgung der Juden durch den NS-Staat. In den ersten Jahren der Diktatur bis 1935 waren die Kasseler Juden in zweifacher, unterschiedlich wirksamer Weise von Diskriminierung und Verfolgung betroffen: einerseits durch staatlich verfügte und von der Privatwirtschaft übernommene Berufsverbote, Ausgrenzung aus den Bildungseinrichtungen und Ausschluß aus Vereinen und Verbänden, andererseits durch Terroraktionen und Übergriffe der NS-Organisationen und einzelner ihrer Anhänger. Die nordhessische NSDAP profilierte sich dabei durch eine besonders aggressive und rücksichtslose Judenverfolgung, die weit über die als halbherzig wahrgenommenen Diskriminierungsverfügungen des Staates hinausging und auf die Schaffung vollendeter Tatsachen zielte. Diese Strategie der regionalen NSDAP konnte den Umstand nutzen, daß es in vielen Orten der Region einen größeren Anteil jüdischer Bevölkerung gab und antisemitische Mobilisierungskampagnen auf breitere Unterstützung rechnen konnten.

Die Auswirkungen der Rassegesetzgebung und der mit ihr verbundenen zivil- und strafrechtlichen und administrativen Folgemaßnahmen auf das Leben der Juden bilden den Schwerpunkt der Darstellung der Verfolgungspraxis in den Jahren bis 1938. In diesem letzten Vorkriegsjahr eskalierte der alltägliche Terror gegen die jüdische Bevölkerung und führte noch im Sommer 1938 zu ersten Massenverhaftungen von Juden, bevor er schließlich in den Pogromen des November und den folgenden Massendeportationen in die Konzentrationslager einen ersten schrecklichen Höhepunkt erreichte. Die organisierten Ausschreitungen begannen dabei, wie Prinz nachweist, in Kassel schon zwei Tage vor der berüchtigten „Reichskristallnacht“ des 9. November und wurden in zahlreichen nordhessischen Orten am 8. November fortgesetzt. Der Gau Kurhessen der NSDAP war in dieser schändlichen Aktion, an der auch Kasseler Gestapobeamte und SS-Angehörige beteiligt waren, vorangegangen. Die Zerstörung von Eigentum, die Vernichtung wirtschaftlicher Existen-

zen und die Verschleppungen im Gefolge der Pogrome bildeten den Höhepunkt der nationalsozialistischen Vertreibungspolitik; sie zielte darauf, die jüdische Bevölkerung in die Emigration zu zwingen. Dies blieb das vorrangige Ziel der NS-Politik in den Jahren bis 1941, in deren Verlauf die jüdische Bevölkerung durch eine Unzahl von administrativen und polizeilichen Maßnahmen vollends aus der Gesellschaft ausgegrenzt und auf den Status einer allseitig bürokratisch erfaßten und umstellten, rechtlosen und in ihrer wirtschaftlichen Existenz vernichteten Paria-schicht herabgedrückt wurde, die – in ghettoähnlichen Quartieren zusammengepreßt – der Willkür des SS-Staates vollständig ausgeliefert war. Organisation und Durchführung der drei großen Deportationstransporte, die Kassel mit den Zielen Riga, Majdanek und Theresienstadt verließen, werden von Prinz akribisch rekonstruiert, wobei deutlich wird, wie groß die Zahl der beteiligten Instanzen war und wie widerstandslos sie funktionierten. Abschließend vergegenwärtigt der Beitrag Schicksale der Opfer von Deportation und Vernichtungslagern und der kleinen Minderheit derjenigen, die der rassepolitischen Schematik zufolge von der Deportation verschont blieben.

Horst Kottkes Studie über die Verdrängung der Juden aus der Kasseler Wirtschaft im Jahre 1938 untersucht ergänzend einen besonders wichtigen Teilaspekt der jüdischen Verfolgungsgeschichte. Der Beitrag gibt Auskunft darüber, wie sich der Prozeß der von den Nazis so genannten Arisierung – d. h. des erzwungenen Verkaufs jüdischer Firmen, Aktien, Warenlager und Immobilien – in Kassel vollzog. Die Darstellung konzentriert sich auf die Firmengeschichte und den Zwangsverkauf von sieben jüdischen Unternehmen, darunter die führenden Firmen der bedeutenden Kasseler Schwergewerbeindustrie. Die firmengeschichtlichen Fallstudien zur „Arisierung“ jüdischen Industrie- und Bankbesitzes in Kassel verweisen auf einen kumulierenden Prozeß politischen und wirtschaftlichen Drucks, dem die jüdischen Unternehmer seit 1933 ausgesetzt waren. Er reichte von vereinzelt Boykottmaßnahmen und dem Ausschluß von der Auftragsvergabe seitens der öffentlichen Hände bis hin zur konkreten, persönlich gezielten Bedrohung. Nur in zwei der dargestellten Fälle kam es schon relativ frühzeitig (Ende 1935) zum Verkauf, wobei im direkten Kontakt zum Käufer z. T. noch akzeptable Konditionen vereinbart werden konnten. Die „Arisierung“ der Kasseler Schwertextilbetriebe Anfang 1938 stand unter völlig veränderten Vorzeichen. Federführend waren die Kasseler Industrie- und Handelskammer und der Gauwirtschaftsberater, die auf die Auswahl der Käufer und die Höhe des Kaufpreises entscheidend Einfluß nahmen. Unter ihrem Druck gingen die jüdischen Textilunternehmen, die in der Aufrüstungskonjunktur erhebliche Gewinnsteigerungen erwarten ließen, in den Besitz der

führenden Kasseler Industriellenfamilie Henschel über. Der Kaufpreis lag zumeist erheblich unter dem wirklichen Marktwert der Unternehmen, wie die Entschädigungsverhandlungen nach 1945 eindeutig ergaben.

Die folgenden Beiträge des Bandes über die NS-Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Lage der arbeitenden Bevölkerung, über die politische Struktur der Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 als Ausgangsbedingung des Arbeiterwiderstandes, über den Widerstand aus der Arbeiterschaft und seine Verfolgung sowie über die Lage der ausländischen Zwangsarbeiter stehen in einem engeren thematischen Zusammenhang.

Ausgehend von einer knappen Skizze der wirtschaftlichen Entwicklung in Kassel seit Mitte der 20er Jahre und der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Kasseler Wirtschaft, die Kommunalpolitik und vor allem auf die Lage der arbeitenden Bevölkerung behandelt der Beitrag von Wilhelm Frenz für den Zeitraum bis 1939 ausgewählte wirtschafts- und sozialpolitische Aktionsbereiche, Organisationen und Maßnahmen des Nationalsozialismus. Für den Bereich der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise verweist der Beitrag auf die eher begrenzten, aus ökonomischer Sicht z. T. kontraproduktiven Effekte der großen Propagandakampagnen zur Aufnahme der „nationalen Arbeitsschlacht“ und zum „Kampf gegen das Doppelverdienertum“. Auch die Diskriminierung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und ihre versuchte Abdrängung in den Haushalt erwies sich – abgesehen von den Folgen für die Betroffenen – als ökonomisch kaum bedeutsam. Entscheidend für den 1935/36 deutlicher werdenden Rückgang der Arbeitslosigkeit waren schließlich der sofort 1933 einsetzende Ausbau der Rüstungsindustrie, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der Arbeitsdienstpflicht sowie die öffentlichen Bauprogramme zur Schaffung einer militärischen Infrastruktur in der Region. Der zügige Aufbau der Panzer-, Flugzeug- und Flugmotorenindustrie, der schon vor 1939 Tausende von Arbeitern aus Kassel und der Region in die Werke von Henschel, Fieseler und Wegmann zog, ließ Kassel im Zweiten Weltkrieg zu einem der großen Rüstungszentren im Reich werden.

Der mit Aufrüstung und Kriegsvorbereitung verbundene wirtschaftliche Aufschwung ging angesichts der von den Nazis verfügten Niedriglohnpolitik bei gleichzeitiger Inflation, Verteuerung der Lebenshaltungskosten und fortbestehender Wohnungsnot vollauf zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung – insbesondere der öffentlichen Fürsorgearbeiter, der besonders niedrig entlohnten Arbeitnehmer der unteren Einkommensgruppen sowie derjenigen Arbeiter und Angestellten, die in rüstungsfernen Branchen arbeiteten. Nicht unerheblich geschmälert wurden die Einkommen aller abhängig Beschäftigten durch

die permanent und unter großem politischen Druck durchgeführten Sammlungen vor allem für das Winterhilfswerk, deren Ertrag dazu diente, staatliche Fürsorgeleistungen auf die Masse der Arbeitnehmer abzuwälzen. Angesichts der Entrechtung und materiellen Belastung der ihrer Organisationen beraubten Arbeiterschaft kam jenen sozialpolitischen Organisationen und Aktivitäten erhöhte Bedeutung zu, die auf die Integration oder zumindest „Befriedung“ der Arbeiterschaft abzielten. War die umfassende Dachorganisation der „Deutschen Arbeitsfront“ für die meisten Arbeiter allzu offenkundig ein zugunsten der Unternehmer fungierendes Herrschaftsinstrument des NS-Staates in den Betrieben, so sollten nach dem Willen der Machthaber die Angebote der Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ die verbreitete Abwehrhaltung der Arbeiter überwinden. Die von der Propaganda herausgestellten billigen Urlaubsreisen konnten allerdings häufig gerade von den Kasseler Arbeitern mit geringem Einkommen kaum wahrgenommen werden. Dennoch erwiesen sich die KdF-Aktivitäten, die auch Unterhaltungs- und Bildungsangebote einschlossen, als propagandistischer Erfolg, wurden sie doch von vielen Arbeitern mit Zustimmung aufgenommen.

Die historischen Ausgangsbedingungen und die Praxis des Arbeiterwiderstands sowie die Reaktionen der Kasseler Arbeiterschaft auf das NS-Regime stehen im Mittelpunkt der beiden folgenden Beiträge.

Der Studie über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 geht es vor allem darum, die aus der historischen Entwicklung und der politischen Struktur der Kasseler Arbeiterbewegung folgenden Ausgangsbedingungen des Arbeiterwiderstandes zu vergegenwärtigen. Kennzeichnend für die Ausrichtung der Kasseler Arbeiterbewegung war die eindeutige Vorherrschaft einer gemäßigt reformistischen Sozialdemokratie, die schon lange Jahre vor dem Ersten Weltkrieg bei den Reichstagswahlen in Stadt und Landkreis Kassel die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigte und nach 1918 zur unbestritten führenden politischen Kraft wurde. Während des Krieges lange Zeit deutlich „national“ orientiert, über ihren Bezirksvorsitzenden eher dem rechten Flügel der Partei verbunden und ohne bemerkenswerte Linksopposition, war die nordhessische SPD von der Parteispaltung 1917 kaum betroffen. Der radikalpazifistische und revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung blieb in Kassel und Nordhessen auch in der Phase der Revolution schwach und stellte für die eindeutig dominierende Mehrheitssozialdemokratie keine ernsthafte Herausforderung dar. Das politische Bewußtsein der Kasseler Sozialdemokraten war in den Jahren der Weimarer Republik ungeachtet aller politischen Rückschläge bestimmt vom Stolz auf den erreichten politisch-sozialen Status, die in der nordhessischen SPD-Hochburg außerge-

wöhnlich große Zahl der errungenen politischen Mandate und öffentlichen Ämter, auf die stark angewachsene und gut verwaltete Organisation und die Solidität der eigenen politischen Arbeit. Eingeschworen auf die Tradition stetiger, korrekter und hierarchisch geregelter Organisations- und Parlamentsarbeit, stand das sozialdemokratische Lager dem neuen Arbeiterradikalismus der krisengeschüttelten Endphase der Republik einerseits, der gefährlichen Dynamik der zur Macht drängenden NS-Bewegung andererseits weithin verständnislos gegenüber. Auf organisierten Widerstand unter den Bedingungen einer nationalsozialistischen Diktatur war die überwiegende Mehrheit der Mitglieder ebensowenig eingestellt wie die Führungsgruppe der Partei.

Die Kasseler KPD und das ihr verbundene Netz von Arbeiterorganisationen blieben in ihrem politischen Gewicht bis zum Ende der Republik deutlich hinter der Sozialdemokratie zurück. In der Hierarchie der KPD-Bezirke nahm der Bezirk 22 nahezu durchgehend die Position eines Schlußlichts ein. Dennoch stieg auch die Kasseler KPD in den Jahren der großen Krise zu einer mitgliederstarken Arbeiterpartei auf, die versuchte, der Organisationswelt des sozialdemokratischen Lagers etwas vergleichbares entgegensetzen. Die scharfe Abgrenzungspolitik gegenüber der SPD, wie sie in der „Sozialfaschismus“-Polemik und der auf Abwerbung von Mitgliedern ausgerichteten Politik der „Einheitsfront von unten“ ihren gegen den ähnlich aggressiv vorgetragenen Führungsanspruch der SPD gewandten Ausdruck fand, stützte sich in der Kasseler KPD zweifelsohne auf die Mehrheit der Mitglieder. Ihr Radikalismus entsprach vor allem dem Erfahrungshorizont jener zumeist arbeitslosen jüngeren Arbeiter im Alter bis zu dreißig Jahren, die – zu einem Anteil erst kurzfristig in der Partei organisiert – mehr als die Hälfte der Mitglieder in der Kasseler KPD stellten. So entsprach der scharfen politischen Spaltung zwischen den beiden Arbeiterparteien in gewissem Umfang eine Differenz der Generationen und der sozialökonomischen Lebenslagen in der organisierten Arbeiterschaft.

Die Skizze zur Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 legt nahe, daß die tiefgehenden Spaltungen und Konfrontationen zwischen den politischen Lagern der Arbeiterbewegung ebenso wie die innere Verfassung besonders des sozialdemokratischen Lagers einer breiten Mobilisierung der organisierten Arbeiterschaft im Kampf gegen die NS-Diktatur von vornherein engere Grenzen setzten. Die Studie über den Kasseler Arbeiterwiderstand in den Jahren der NS-Herrschaft knüpft an diese Befunde an. Sie geht vor allem der Frage nach, in welchem Verhältnis organisierter Widerstand der illegalen Arbeiterbewegung, die defensive Selbstbehauptung von Gegnern in kleinen Gesinnungsgemeinschaften und oppositionelle Tenden-

zen in der Arbeiterschaft standen. Orientierungspunkt der Darstellung ist dabei ein Begriff des Widerstandes, der die typologisch unterscheidbaren und historisch gewichtigen Formen nonkonformer Handlungen, von Verweigerung, Dissens und Protest aufnimmt, zugleich aber an der Ausnahmestellung des Widerstandes im engeren Sinn – d. h. der aktiven, grundsätzlichen Gegnerschaft zum Regime – festhält. Entscheidende Bedeutung für das Bewußtsein der organisierten Arbeiterschaft und die Aussichten kollektiven Widerstandes mißt die Darstellung dem massiven und koordinierten Terror von SA, SS, Polizei und Justiz gegen Angehörige der Arbeiterbewegung in den ersten Monaten der Diktatur zu, der die rasche Zerschlagung der Arbeiterorganisationen begleitete. Die Erfahrung von Ohnmacht und Wehrlosigkeit gegenüber terroristischem Zugriff, systematischer Verfolgung und öffentlicher Demütigung löste in der Arbeiterschaft einen Schock aus, der lange nachwirkte, den Handlungsspielraum der langsam entstehenden illegalen Organisationen von vornherein scharf begrenzte und eine engere Verbindung und Austauschbeziehung zwischen organisiertem Widerstand und maßgeblichen Teilen der Arbeiterschaft gar nicht erst entstehen ließ.

In der Kasseler Sozialdemokratie erwiesen sich die vereinzelten Vorbereitungen von Reichsbannergruppen auf eine gewaltsame Auseinandersetzung mit der Nazibewegung als illusorisch. Als der Terror voll auf das sozialdemokratische Lager übergriff und seine Organisationen zusammenbrachen, blieben Mitglieder und Angehörige ohne Perspektiven für eine aktive Gegnerschaft gegen die Diktatur. Der Gedanke, die Partei im Untergrund neu aufzubauen und fortzuführen, war den meisten gesinnungstreuen Sozialdemokraten fremd. Das einzige Beispiel für die illegale Weiterarbeit einer geschlossenen Gruppe von Sozialdemokraten bezieht sich auf eine Nachbarschaftsgruppe in einer Kasseler Arbeitersiedlung, die völlig eigenständig und ohne Kontakt zu anderen Gruppierungen des organisierten Widerstandes sporadisch Flugblätter herstellte und verteilte. Verbindungen zu überregionalen sozialistischen Widerstandsorganisationen lassen sich besonders für eine Gruppe militanter Reichsbanner-Angehöriger nachweisen, die festere Kontakte zum „Roten Stoßtrupp“ in Berlin hatte. Die maßgebliche Form, in der sich Gegnerschaft und Distanz gegenüber dem Regime unter Kasseler Sozialdemokraten äußerten, bildete jedoch die Bewahrung des Zusammenhalts in kleinen Gemeinschaften von zuverlässigen Gleichgesinnten. Man traf sich in den von Sozialdemokraten betriebenen Ladengeschäften, zu Stammtischen und Spielrunden in Gaststätten und Wohnungen, zum gemeinsamen Abhören ausländischer Sender oder zu sonntäglichen Wanderungen. Diese informellen Zirkel sozialdemokratischer Solidarge-

meinschaften dienten dem Austausch politischer Informationen, der Organisation wechselseitiger Unterstützung und der Bewahrung der politischen Identität.

Im Gegensatz zur SPD war es das feste Ziel der KPD, die Parteiorganisation möglichst geschlossen in die Illegalität zu überführen, um Mitglieder, Anhänger und schließlich relevante Teile der Arbeiterschaft zum offensiven Widerstand und zum baldigen Sturz der Diktatur zu mobilisieren. Obwohl diese Hoffnungen und Erwartungen sich sehr schnell als nur begrenzt realisierbar oder völlig illusorisch erwiesen, waren mehrere hundert Kasseler Kommunisten ungeachtet des hohen Risikos bereit, sich an der illegalen Arbeit zu beteiligen. Angesichts der Wirksamkeit systematischer Überwachung und Verfolgung blieb jedoch das Ausmaß der Mobilisierung von Mitgliedern und Anhängern – so eindrucksvoll es im Vergleich zum sozialdemokratischen Lager war – weit hinter den Erwartungen zurück. Zwar konnte die illegale Kasseler KPD ihre organisatorische Basis nach einem Tiefstand Ende 1933 in den Jahren 1934 und 1935 wieder erheblich ausweiten. Im Gefolge der großen Verhaftungsaktionen 1935 und 1936 brach jedoch der Versuch der Aufrechterhaltung der Partei im Untergrund endgültig zusammen. Schon in den Jahren 1933 bis 1936, verstärkt aber danach entwickelten sich auch bei den Kasseler Kommunisten jene Formen des Rückzugs auf die durch Vertrautheit und Gesinnung verbundene Solidargemeinschaft, wie sie für die in der Gegnerschaft zur NS-Herrschaft verharrenden Anhänger der Arbeiterbewegung insgesamt charakteristisch waren. Besonders diejenigen, die aus der Zuchthaus- oder KZ-Haft entlassen wurden, waren zu äußerster Vorsicht gezwungen. Dennoch haben einzelne Kommunisten immer wieder versucht, in den Betrieben, in der Wehrmacht, in den Strafbataillonen oder in den Lagern und Zuchthäusern Sand ins Getriebe der Diktatur zu streuen und die Solidarität der Opfer zu stärken.

Nach einer Darstellung des linkssozialistischen und anarchosyndikalistischen Widerstandes setzt sich der abschließende Teil der Untersuchung mit der Haltung der Kasseler Arbeiterschaft gegenüber der Diktatur auseinander. Im Mittelpunkt stehen dabei Tendenzen der Opposition, der Verweigerung und des Protests. Vor allem für die ersten Jahre der Diktatur wird an zahlreichen Beispielen der Unzufriedenheit, Kritik und des gelegentlichen Aufbegehrens deutlich, daß Entrechtung und allgegenwärtige Verfolgungsdrohung, vor allem aber auch die unverändert schlechte materielle Lage großer Teile der Arbeiterschaft Ausgangspunkt vielfältiger Spannungen waren und der Vertrauenswerbung des Regimes enge Grenzen setzten. Dennoch verweist die Untersuchung keineswegs auf eine geschlossene Oppositionshaltung der Arbeiterschaft. Immerhin gelang es dem Regime, seinen Anhang auch unter

den Arbeitern der großen Industriebetriebe erheblich auszuweiten. Wichtiger noch war, daß auch die Reaktion der in Distanz verharrenden Arbeiter in sich uneinheitlich und zersplittert war. Scheinegalitäre und pseudosozialistische Propaganda, Differenzierungen in der materiellen Lage der Arbeiterschaft, der Rückzug auf Familie und Freizeitbereich und die außenpolitischen Erfolge des Regimes trugen dazu bei, das oppositionelle Potential zu neutralisieren und in der Haltung vieler Arbeiter ein Nebeneinander von Kritik und Konsens entstehen zu lassen.

Daß der Handlungsspielraum des Regimes gegenüber der Arbeiterschaft nicht beliebig war, zeigte sich in der Anfangsphase des Krieges, als die Einführung niedriger Kriegslöhne und die Ausdehnung unbezahlter Mehrarbeit auf erheblichen Widerstand in den Betrieben stießen, der das Regime zunächst zu erheblichen materiellen Konzessionen nötigte. Im übrigen aber nahm die Kasseler Arbeiterschaft die wachsende Arbeitsbelastung und die immer spürbarer werdenden Kriegsfolgen weithin ohne erkennbare Gegenwehr hin – auch dann noch, als die Niederlage Nazideutschlands sich klar abzeichnete. Ungleich häufiger als bei den einheimischen Arbeitern kam es unter den ausländischen Arbeitern der Kasseler Rüstungsbetriebe zu Akten der Verweigerung und des Widerstands.

Die Arbeits- und Existenzbedingungen der ausländischen Zwangsarbeiter in der Kasseler Rüstungswirtschaft während des Krieges sind Gegenstand eines weiteren Beitrags. Welche Bedeutung dem Arbeitseinsatz der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen zukam, zeigt die Tatsache, daß im Jahr 1944 im Rüstungszentrum Kassel etwa 30 000 von ihnen arbeiteten. Untergebracht in mehreren großen Massenquartieren und mehr als 200 kleineren Lagern und Unterkünften, waren sie in der Stadt allgegenwärtig. Die Studie vergegenwärtigt zunächst einige allgemeine Aspekte der Zwangsarbeit von Ausländern: die Methoden der Anwerbung und Aushebung mit Hilfe indirekten und unmittelbaren Drucks und Zwangs, die Art der für die Behandlung maßgeblichen „volkstümlichen“ Unterscheidungen und die Regelungen der Arbeitsbedingungen. Kennzeichnend für das Entlohnungssystem war, daß es in vielfältiger Abstufung – mit besonderer Diskriminierungen für „Ostarbeiter“ und vor allem sowjetische Kriegsgefangene – durch Minderentlohnung, Nichtbezahlung von Mehrarbeit, Fortfall aller Zuschläge und Gratifikationen, extrem hohe Steuern und Abgaben usw. die an die Ausländer ausgezahlten Löhne auf ein Minimum herabdrückte, wovon Unternehmer und Staat in gleichem Maße profitierten. Der Alltag der „fremdvölkischen“ Arbeiter und Arbeiterinnen in Kassel stand unter einem umfassenden Polizeidiktat, das alle Lebensbereiche der Ausländer mit einem immer dichter geknüpften Netz von Beschränkungen, Verboten und Strafandrohungen überzog.

Die plastischen Informationen über Aspekte der Lebens- und Arbeitssituation – über Ernährung, Kleidung und Unterbringung, Krankenbehandlung, Bewegungsfreiheit und Briefverkehr – zeichnen ein Bild des Elends, der Unfreiheit und der Diskriminierung, beherrscht von der ständigen Mißachtung grundlegender menschlicher Bedürfnisse. In besonderem Maße lebensgefährdend und demoralisierend war die schlechte und unzureichende Ernährung, die den Hunger vor allem für die polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen zur ständigen Geißel werden ließ. Lagerunterbringung und aufreibende Arbeit unter scharfer Kontrolle und Bewachung, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und des Kontaktes zu den Angehörigen machten das alltägliche Leben der meisten ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen zur dauernden Qual. Die Diskriminierung durch sichtbar zu tragende Kennzeichen, die scharfen Strafanordnungen für über das Unvermeidliche hinausgehende Kontakte zu Deutschen und die bis in die lächerlichsten Einzelheiten geregelte Ausgrenzung aus dem sozialen und kulturellen Leben schlossen vollends die Mauern, die vor allem die Existenz der polnischen und sowjetischen Arbeiter umstellten.

Wirkliche oder angebliche Vorstöße gegen die Anordnungen, jedes kleinste Anzeichen von Unbotmäßigkeit, Aufbegehren oder Widerstand setzte sofort einen Terrorapparat in Bewegung, dessen einzige Schranke das ökonomische Kalkül, d. h. der unabweisbare Bedarf an arbeitsfähigen Ausländern, war. Die Maxime des Verfolgungssystems, dem die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen unterworfen waren, war es, möglichst wenige so streng wie möglich zu bestrafen, um die Mehrheit abzuschrecken und zu disziplinieren. Ein dichtes System der Überwachung, in das auch willfähige Ausländer einbezogen wurden, sorgte im Betrieb wie im Wohnlager für allgegenwärtige Kontrolle und die ständige Gefahr der Denunziation. Die Strafmaßnahmen selbst waren primär ins Ermessen der Gestapo gestellt. Sie reichten von körperlichen Mißhandlungen, die fast schon zum „normalen“ Arbeitsalltag der Ausländer gehörten, über die befristete Einsperrung in werkseigenen Straflagern und im nahegelegenen „Arbeiterziehungslager“ Breitenau bis zur Inhaftierung in einem Konzentrationslager und zu demonstrativ öffentlichen Hinrichtungen, die von der Kasseler Gestapo beantragt und von der Berliner Zentrale angeordnet wurden. In den letzten Tagen des Regimes vor allem begingen auch in Kassel SS und Polizei zahlreiche Tötungsverbrechen, denen überwiegend ausländische Zwangsarbeiter zum Opfer fielen. Gezielter Widerstand der Ausländer gegen das System brutaler Ausbeutung und Unterdrückung ist – wie die Untersuchung abschließend hervorhebt – in seiner Praxis und in seinem Umfang nur schwer nachweisbar.

Die gebotene konspirative Absicherung, die Isolation der Ausländer auch von oppositionellen deutschen Kollegen und die Unmittelbarkeit terroristischer Repression verwischten seine Spuren in besonderem Maße.

Der den Band abschließende Beitrag von Wilhelm Frenz skizziert in knapper Form die Situation des Endes der NS-Herrschaft und die Anfänge demokratischen politischen Lebens in Kassel. Die Rede vom Zusammenbruch trifft – dies macht der Beitrag deutlich – in erster Linie auf die weitestgehende Zerstörung der Stadt zu. Als die Amerikaner einen Monat vor der allgemeinen Kapitulation die Stadt besetzten, war Kassel eine der am meisten zerstörten deutschen Städte mit den höchsten Verlusten an Menschenleben. In der weithin vernichteten Stadt lebte nur noch ein Bruchteil der Vorkriegsbevölkerung, unter ihnen überdies zahlreiche ausländische Zwangsarbeiter. Ungeachtet der Tatsache, daß manche Dienststelle und Behörde aus Kassel verlagert worden war und viele Repräsentanten und Amtsträger des NS-Staates angesichts seines nahen Endes Kassel verließen, funktionierte die „Ordnung“ des NS-Staates – und nicht allein aufgrund des brutalen Einsatzes von Terror – bis zum Schluß.

Die ersten Maßnahmen der amerikanischen Besatzungsmacht zielten in erster Linie auf die Gewährleistung der Sicherheit der eigenen Truppen vor allem durch die Verhaftung der noch greifbaren SS-, SD- und Gestapoangehörigen. Die sofort und ohne deutsche Beteiligung eingeleitete Entnazifizierung, die eine Vielzahl von Personengruppen betraf, führte in Kassel zu zahlreichen Verhaftungen, Entlassungen und Beschlagnahmungen. Ins Ermessen der öffentlichen Vertreter der Militärregierung blieb es gestellt, inwieweit industrielle Führungskräfte und materielle Förderer und Nutznießer des Regimes zur Verantwortung gezogen wurden. Die Untersuchung verzeichnet für Kassel eine diesen Gruppen gegenüber sehr zurückhaltende Praxis.

Die Darstellung der Anfänge eigenständigen politischen Lebens in Kassel 1945 belegt die bekannte Verzögerungspolitik der amerikanischen Besatzungsmacht bei der Zulassung von Parteien und Gewerkschaften und bei der Gewährung von Handlungsspielraum für politische Initiativen. Sehr schnell traten die Kasseler Sozialdemokraten auf den Plan. Die führenden Funktionäre aus der Zeit der Weimarer Republik standen auch an der Spitze der neuorganisierten Partei, deren Aktivität ungeachtet der entgegenstehenden Auflagen der Militärregierung sofort nach der Befreiung der Stadt begann. Die Stellung der Kasseler Sozialdemokratie wurde auch dadurch gestärkt, daß einige ihrer erfahrenen Kommunalpolitiker noch vor der Parteienzulassung mit Ämtern in der Stadtverwaltung und im Regierungspräsidium betraut wurden. Die von Angehörigen aller früheren Parteien und politischen Gruppierungen

gen der Arbeiterbewegung kurz nach dem Einmarsch der Amerikaner gegründeten „Antifaschistischen Ausschüsse“ konnten größere Wirksamkeit nicht entfalten. Die nicht nur von den Kommunisten propagierte, sondern bei vielen NS-Gegnern aus den Reihen der Arbeiterbewegung populäre Konzeption einer vereinten Arbeiterpartei wurde von der Kasseler SPD-Führung kaum ernsthaft in Erwägung gezogen. Der zwischen SPD und KPD zunächst verabredete gemeinsame Aktions- und Arbeitsausschuß blieb daher ohne Bedeutung. Stattdessen wurde auf Initiative von bürgerlichen Politikern ein „überparteilicher Ausschuß“ gegründet, der seiner Funktion nach Aufgaben der späteren Stadtverordnetenversammlung und z. T. des Magistrats wahrnahm. Hinsichtlich der Beteiligung der Mehrheit der Bevölkerung gelangt Frenz zu dem Ergebnis, daß sie von den Vorbereitungen und ersten Schritten eines demokratischen Neuaufbaus wenig Kenntnis nahm. Während sich ab September 1945 in den gut besuchten Versammlungen von SPD und KPD ein vergleichsweise

reges politisches Interesse der Arbeiterschaft zeigte, hielten sich bürgerliche Kreise – insbesondere, wie die Militärregierung vermerkte, die „Intelligenz“ – stark zurück. Im Gegensatz zur Arbeiterbewegung, die auf eine schnelle und maßgebliche Beteiligung drängte, richtete sich ihr Interesse amerikanischen Berichten zufolge eher auf eine Verlängerung des politischen „Vakuums“. Die Chance einer „Stunde Null“ hat es – dies das Fazit des Beitrages – angesichts der Dominanz der Besatzungsmacht bei der Bestimmung des politischen Weges nicht gegeben. Auf die Beseitigung der NS-Herrschaft, deren zerstörerische Dynamik der vorliegende Band am Beispiel der Kasseler Stadtgeschichte unter vielen Aspekten beleuchtet, folgte kein Akt der Befreiung und kein Prozeß öffentlich-kritischer Selbstbefreiung, der der Unmenschlichkeit des Regimes und dem Problem der Verstrickung und Einbindung großer Teile der Bevölkerung in das System seiner Herrschaft angemessen gewesen wäre.

Jörg Kammler  
Dietfrid Krause-Vilmár

## Hitlers Machtergreifung in der Stadt Kassel

Wenn auch die Frage nach den letzten Gründen, nach einer schlüssigen Erklärung der Machtergreifung Hitlers unbeantwortet ist, der *äußere* Ablauf der lokalen Machteroberung der Nazibewegung im Frühjahr 1933 ist bekannt, hat sich hundertfach wiederholt und wies ein gleiches Grundmuster auf.

In Preußen setzte die Machtergreifung unmittelbar nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933 ein. Obgleich die NSDAP in vielen Städten die absolute Mehrheit nicht erreicht hatte, verkündete sie nun öffentlich den Sieg des Nationalsozialismus, den Beginn der „nationalsozialistischen Revolution“. Zumeist wurde dieser in Triumphzügen, die sich über mehrere Tage erstreckten, durch die Straßen der Stadt – vor allem durch die Wohnquartiere der politischen Gegner – gefeiert. Diese Triumphzüge offenbarten sich bald als aggressive, Gewalt und Terror anwendende Besetzungen von Rathäusern, Behörden, Gewerkschaftshäusern, Zeitungsverlagen und anderen Gebäuden politischer Gegner, als Plünderungen, Diebstahl, schwere Körperverletzung, in Einzelfällen auch als Mord und Totschlag. Vor allem die SA veranstaltete Feldzüge der Abrechnung, Rache und Vergeltung an Rechtsanwälten, Intellektuellen, Kommunalpolitikern, auch an Polizeibeamten, die in der Zeit der Weimarer Republik die Demokratie gegen ihre Feinde von rechts verteidigt hatten. Diese Terrormaßnahmen waren zunächst auf die Einschüchterung und Ausschaltung der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterparteien aus dem öffentlichen politischen Leben gerichtet. Der örtliche Terror wurde ermöglicht, unterstützt und verschärft, einer Zangenbewegung ähnlich, durch personalpolitische (die „Säuberung“ der Spitzenbeamten) und staatspolitische (Verbote von Organisationen, ihrer Presse und Tätigkeit) Maßnahmen auf höchster Ebene: In Preußen seit dem Staatsstreich Papens vom 20. Juli 1932 und besonders seit dem Amtsantritt Görings als kommissarischer preußischer Innenminister am 1. 2. 1933. Die Freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische und kommunistische Parteipresse wurden von der Staatsregierung und von örtlichen Terroristen zerschlagen, wobei die bürgerlichen Parteien schwiegen.

Sozialdemokratie und Kommunisten, untereinander zerstritten, erwiesen sich im Frühjahr 1933 zur wirksamen Gegenwehr nicht mehr in der Lage. Innerlich ausgezehrt, gelähmt und hilflos wurden sie bald inhaftiert, gepeinigt,

gerichtlich verurteilt, entlassen, zur Emigration und ins Elend gezwungen. So sehr die Organisationen versagten, so hoch ist die Charakterstärke, die politische Klugheit und Standfestigkeit einzelner in diesen Organisationen zu bewerten, die den Widerstandskampf aufnahmen. Für klassenbewußte Sozialisten war diese politische Niederlage der organisierten Arbeiterbewegung die schlimmste Erfahrung ihres Lebens, vielleicht noch schlimmer als Folter und Mißhandlungen in Zuchthäusern und Konzentrationslagern.

Die Nazibewegung selbst überstrahlte den gemeinen und niedrigen Terror ihrer Schlägerkommandos und Folterer mit gigantischen Massenaufmärschen, in denen hymnisch, fast religiös, das irdische Heil verkündet wurde. Den Höhepunkt dieser im Frühjahr und Sommer 1933 nicht endenwollenden Massenaufmärsche bildeten die Auftritte „des Führers“ selbst, die nach allen Regeln der Kunst der Massensuggestion inszeniert wurden. Im Windschatten dieser berausenden Feste wurden unauffällig jene staatsrechtlichen Regelungen erlassen, die den Weg zum Terrorstaat befestigten: Im April 1933 wurde die Geheime Staatspolizei eingerichtet, das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums im gleichen Monat verkündet, das Reichspropagandaministerium war bereits am 13. März 1933 eingerichtet worden. Der autoritäre Führerstaat, in dem riesige Massenversammlungen akklamieren und huldigen, trat an die Stelle der parlamentarischen Demokratie und der Pluralität politischer Parteien.

Im Juni und Juli 1933 war es dann ein Leichtes, die letzten Reste des Parlamentarismus, die noch formal bestehenden politischen Parteien, durch Zwangsauflösung bzw. Verbot der Neugründung zu zerschlagen. Mit der neuen Gemeindeverfassung wurde die kommunale Demokratie endgültig zum Jahresbeginn 1934 beendet: nun wurde nicht mehr gewählt, an die Stelle gewählter Stadtverordneter traten von oben eingesetzte Ratsherren, fast immer bewährte Nazis oder der Nazibewegung nahestehende lokale Prominente.

Soweit zum Grundmuster des äußeren Ablaufs, wie dieser in vielen Städten im Frühjahr 1933 zu beobachten war. Im wesentlichen entsprachen die hier skizzierten Vorgänge der nationalsozialistischen Machteroberung auch den Ereignissen in der Stadt Kassel.<sup>1</sup>

Zu den Besonderheiten der hiesigen Stadtgeschichte ge-

<sup>1</sup> Wir werden daher bei der Darstellung bekannter Abläufe des Frühjahrs 1933 (z. B. der Besetzung des Gewerkschaftshauses) uns kürzer fassen können, um desto genauer bislang noch nicht dargestellte Besonderheiten der hiesigen Stadtgeschichte herausarbeiten zu können, soweit diese zum Verständnis der Machtergreifung aufschlußreich sind.

hört an erster Stelle die Gestalt Dr. Roland Freislers, der als Rechtsanwalt in Kassel tätig war und seit 1924 im Stadtparlament, seit 1932 im preußischen Landtag für die Nazibewegung agitierte. Freisler war der einzige bürgerliche Intellektuelle, vielleicht der einzige Denker und politische Strategie überhaupt, den die Kasseler Nazibewegung vor 1933 aufzuweisen hatte. Nicht zu Unrecht galt er – obgleich er innerhalb der Gauleitung kein festes Parteiamt innehatte, vielmehr nur als Berater ihr assoziiert war – als der heimliche Kopf der NSDAP in Kassel und auch im Gau Kurhessen.

Kassel als Beamtenstadt konservativer Prägung, als traditionell große Garnison und Sitz mehrerer höchster militärischer Kommandos und Behörden, das „bürgerliche Kassel“ des Vorderen Westens und von Wilhelmshöhe öffnete sich zögernd der aufziehenden Hitler-Bewegung. Eher dürfte es Protest und Distanz zu den an Popularität einbüßenden traditionellen politischen Repräsentanten, der Deutsch-Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei gewesen sein, wenn in den bürgerlichen Stadtvierteln ab 1930 der Stimmenanteil für die NSDAP weit über dem städtischen Durchschnitt lag. Freilich gab es einen Konsens konservativ-autoritärer Traditionen zwischen der NSDAP und der bürgerlichen Rechten, der schließlich auch das politische Bündnis und Zusammengehen von der Harzburger Front bis hin zur „Regierung der nationalen Konzentration“ ermöglicht hat. Hitler und seine Erfolge sind ohne diese aggressive politische Rechte, die Republik und Demokratie verachtete, Liberalität und Toleranz nicht kannte und das „Weimarer System“ abzuräumen trachtete, nicht denkbar. Diese politische Rechte hatte eine starke Stellung im Kasseler Bürgertum.

Die wichtigste Quelle für die Kasseler Vorgänge<sup>2</sup> bilden die zeitgenössischen Tageszeitungen, besonders die „Kasseler Post“, das „Kasseler Volksblatt“, die „Hessische Volkswacht“ und die „Kasseler Neuesten Nachrichten“.<sup>3</sup> In diesen vier Tageszeitungen wird ausführlich über die

Politik in der Stadt berichtet, fast sämtliche Wahlergebnisse (bis hin zu den einzelnen Stimmbezirken) sind hierin wiedergegeben. Die stenographischen Protokolle der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind fast vollständig erhalten.<sup>4</sup> Außerdem sind die zahlreichen politischen Berichte des Kasseler Polizeipräsidenten und des Regierungspräsidenten aus der Zeit vor 1933 im Marburger Staatsarchiv vorhanden.<sup>5</sup> Schließlich finden sich einige Aktensplitter aus den städtischen Ämtern im Stadtarchiv Kassel.<sup>6</sup> Lücken entstehen deshalb, weil biographisches Material (Nachlässe, Korrespondenzen) entweder nicht erhalten oder nicht einsehbar ist.<sup>7</sup> Die größte Lücke bilden die fehlenden Akten des Kasseler Magistrats. Zum SA-Terror im Frühjahr 1933 konnte auf Akten der Staatsanwaltschaft Kassel zurückgegriffen werden.<sup>8</sup> Schließlich gibt es einige gedruckte biographisch bestimmte Berichte und einige Niederschriften von Gesprächen mit Zeitzeugen, die einbezogen wurden.<sup>9</sup>

Eine umfassende Darstellung der NS-Machtergreifung in Kassel gibt es noch nicht. In letzter Zeit sind einige Arbeiten und Studien erschienen, die das Umfeld ausleuchten:

Arthur Mehmet<sup>10</sup> sorgfältige Studie zum „Kasseler Volksblatt“, Helge Meiers<sup>11</sup> Arbeit über „NSDAP, Staat und Arbeiterbewegung“, Wilhelm Frenz<sup>12</sup> Aufsatz über den Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel, Wilfried Bernhards<sup>13</sup> Arbeit über „Die NSDAP Kreis Kassel-Stadt“, unsere Studie über „Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel“,<sup>14</sup> Jörg Brunos<sup>15</sup> Arbeit über den Jungdeutschen Orden in Kassel, die Arbeit von Karin Brehm<sup>16</sup> über die Reichstagswahlen am 5. März 1933 und die Dissertation von Ch. Fischer-Defoy.<sup>17</sup> Zu nennen ist auch der Aufsatz von Jörg Kammler über die Gestapostelle Kassel und sein Beitrag über „Verfolgung und Widerstand“ in diesem Band, in dem ausführlich auch auf die frühen Verfolgungen und den SA-Terror eingegangen wird, so daß ich mich hierzu kurz fassen kann.

<sup>2</sup> Bei der Schilderung der Ereignisse in der Stadt Kassel wird die Kenntnis der Hitlerschen Machtergreifung in Berlin und dem Reich zumindest in ihren Grundzügen als bekannt vorausgesetzt. Die gleichzeitigen Ereignisse im Reich werden deshalb nur dort gestreift, wo anders das Verständnis erschwert oder unmöglich gemacht würde. <sup>3</sup> Kasseler Post. Kassel. Jahrgänge 1930–1933. Kasseler Volksblatt. Kassel. Jahrgänge 1930–1933. Hessische Volkswacht. 1930–1933 (Forts. „Kurhessische Landeszeitung. Parteiamtliche Tageszeitung des Gaues Kurhessen der NSDAP“). Kasseler Neueste Nachrichten. Kassel. Jahrgänge 1931–1933. <sup>4</sup> Stenographische Berichte der Stadtverordnetenversammlung Kassel. 1930–1933. <sup>5</sup> Z. B.: HStA Mbg. 165/3886 (Die KPD 1930–1933 [2 Bände]), Die KPD im Jahre 1933 [2 Bände], 165/3982 (Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung 1932–1934 [5 Bände]), 152/2045, 152/2082, 152/2030, 152/2058 (alles Berichte einzelner Kasseler Schulen). <sup>6</sup> S 5 Druckschriften/Sammlung historischer Zeitungsausschnitte. Verwaltungsberichte der Stadt Kassel 1935, 1936, 1937, 1938. <sup>7</sup> Nachlaß und Manuskripte sind entweder nicht einsehbar (Gauleiter Weirich, Bürgermeister Lahmeyer, NSDAP-Kreisleiter Dr. Meyer u. a.) oder durch letzte Verfügung mit Sperrfristen versehen (Oberbürgermeister Seidler). <sup>8</sup> Z. B. Staatsanw. Kassel S 3 Ia 1/33/ S 3 KLS 7/33. Vgl. hierzu den Beitrag von H. Pinno in diesem Band. <sup>9</sup> Gespräche wurden von mir geführt mit Herrn Willi Belz, Herrn Hermann Boczkowski, Herrn Heinrich Borg (W. Ayaß vertrat mich), Herrn Rudolf Freidhof, Herrn Horst Golnik, Herrn Otto Haferburg, Frau M. Herbordt, Herrn und Frau H. Keller, Herrn Wolfgang Krath, Herrn Max Mayr, Herrn Fritz Müller, Frau Johanna Rehm, Frau Ida und Minna Ullrich. <sup>10</sup> Arthur Mehmet: Das „Kasseler Volksblatt“ 1932/33. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Kassel in der Endphase der Weimarer Republik. Staatsexamensarbeit Gesamthochschule Kassel 1976. <sup>11</sup> Helge Meier: NSDAP, Staat und Arbeiterbewegung in Kassel am Ende der Weimarer Republik. Staatsexamensarbeit Gesamthochschule Kassel 1980. <sup>12</sup> Wilhelm Frenz: Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel 1922–1933. In: E. Hennig (Hg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Frankfurt 1983, S. 63–106. <sup>13</sup> Wilfried Bernhardt: Der NSDAP-Kreis Kassel (Stadt) in den Jahren vor der Machtergreifung. Organisation, allgemeine Wahlen und politische Aktivitäten. Staatsexamensarbeit Gesamthochschule Kassel 1981. <sup>14</sup> Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel 1933. Bilder, Dokumente, Kommentare. Herausgegeben von der Gesamthochschule Kassel. Kassel 1983. <sup>15</sup> Jörg Bruno: Der „Jungdeutsche Orden“ in Kassel. 1920–1933. Staatsexamensarbeit Gesamthochschule Kassel 1982. <sup>16</sup> Karin Brehm: Die Reichstagswahlen vom 5. 3. 1933 in der Stadt Kassel. Staatsexamensarbeit Universität Gießen 1967. <sup>17</sup> Ch. Fischer-Defoy: Arbeiterwiderstand in der Provinz. Arbeiterbewegung und Faschismus in Kassel und Nordhessen 1933–1945. Berlin 1982.

## Konservativ-autoritäre Traditionen im Bürgertum

In Fragen der Politik und der Kultur gab es im deutschen Bürgertum in der Weimarer Zeit Denkhaltungen und Werturteile, die der Nationalsozialismus aufgegriffen und aggressiv zugespitzt hat. Solche Haltungen repräsentierten ganz offen die Deutsch-Nationale Volkspartei, in abgeschwächter Weise jedoch auch die Deutsche Volkspartei. Zusammengefaßt könnte man diese Haltungen politisch als schrankenlosen Nationalismus und kulturell als Autoritarismus bezeichnen.

Diese Denkhaltungen und Wertvorstellungen ruinierten die soeben erst im Entstehen begriffene demokratische Republik, und sie bereiteten deren Totengräbern den Boden, nicht zuletzt auch der Hitler-Bewegung.<sup>18</sup> „Kassel ist alles andere denn rot. Im Gegenteil. Es ist schwarz-weiß bis auf die Knochen“,<sup>19</sup> dieser Eindruck eines Reisenden im Jahre 1922 dürfte zutreffend gewesen sein. Das Erbe der Nationalliberalen und der Deutschen Reformpartei (Antisemiten) hatte die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) und die Deutsche Volkspartei (DVP) angetreten, während die Freisinnige Partei in Kassel nie recht hatte Fuß fassen können.

Die politische Rechte, vor allem die DNVP, war nicht identisch mit den Hitler-Leuten, eher befand sie sich trotz der Harzburger Front und vieler Koalitionen in einer konkurrierenden Situation zur NSDAP. Auch nach 1933 wurden unter der sicherheitspolizeilichen Kategorie „Reaktion“ viele vormalige Mitglieder der DNVP verfolgt. In der politischen Praxis jedoch und in den politischen Grundauffassungen gab es weitgehende Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen. Ohne diese Gemeinsamkeiten wäre die Wirkung Hitlers erheblich peripherer und damit gesellschaftlich geringer geblieben.

Während die Nazibewegung auf den Führerstaat zielte, hofften die Deutsch-Nationalen die Wiederkehr von „Kaiser und Reich“. Symbolfigur für beide konnte Paul von Hindenburg werden, der als Heerführer im Ersten Weltkrieg populär geworden war. Hindenburg als Reichspräsident unterhöhlte dann durch eine permanente Anwendung des Artikel 48 (Abs. 2) der Reichsverfassung – besonders ab 1930 – die Grundlagen demokratischer politischer Praxis und arbeitete allein schon dadurch antidemokratischen Überlegungen in die Hände.

Das Deutsche schlechthin wurde in einer aufdringlichen und intoleranten Art und Weise in den Vordergrund des

politischen Denkens und Handelns gestellt. Charakteristisch dafür waren in Kassel die von der politischen Rechten veranstalteten „Deutschen Tage“, bei denen von Hindenburg über Friedrich den Großen bis zur Hermann-Schlacht und den Nibelungen das Bild vom „letztlich unbesiegten deutschen Soldaten“ gezeichnet wurde, der eines Tages aus der gegenwärtigen „Schande und Schmach“, die durch Versailles gegeben war, Deutschland wieder befreien würde. „Erst wenn wir die schwarz-weiß-roten Fahnen wieder über den deutschen Rhein tragen, dann ist die Stunde da, wo die weißen Neger nicht mehr die Reitpeitsche über euren Köpfen schwingen, wo nicht mehr schwarze Neger deutsche Frauen schänden“, so 1924 der Vorsitzende des Verbandes Vaterländischer Vereine in Kassel auf dem Deutschen Tag.<sup>20</sup>

Nicht nur, daß alljährlich zahlreiche Feiern und Kundgebungen, Aufmärsche und Versammlungen stattfanden (wie auch Hindenburg-Feiern, Hermanns-Feiern, Skagerak-Gedenken usw.), bei denen die deutschen Soldaten des Ersten Weltkriegs in vermessen verblendeter Rückschau gefeiert wurden. Die aktuelle und künftige Bedeutung dieser „Feldgottesdienste“, Treuelieder, Ehrungen der Skagerrak-Kämpfer enthüllte sich, als der Kasseler Studienassessor Hein Herbers sich offen als Hindenburg-Kritiker und Pazifist bekannte. Plötzlich ergossen sich Intoleranz, Aggressionen, Ab- und Ausgrenzungsbedürfnisse und Strafmut über einen „pazifistischen Verbrecher“, „Feigling“ und „Volksfeind“. Die „Gesetze zum Schutze der Ehre unseres Volkes“ und die „Bestrafung aller Landesverräter durch Sondergerichte“, die ein Stahlhelm-Führer Anfang März 1932 forderte, wurden bald nach Hitlers Machtergreifung grausame Wirklichkeit. Hitler vollstreckte hiermit Forderungen, die im Lager der Deutsch-Nationalen vor 1933 erhoben worden waren.

Der Kampf für das „Deutschtum“, gegen das „undeutsche Wesen“ richtete sich gegen den „Kulturbolschewismus“ in Literatur und Kunst, Wissenschaft und Publizistik. Bereits 1920 hatte die DNVP in Kassel in einer Anzeige sich als „gegen Schmutz in Wort und Bild, gegen alles undeutsche Wesen..., für Zucht und Sitte“<sup>21</sup> kämpfend empfohlen. Eine genaue Definition von „Schmutz und Schund“ war nicht zu finden; statt dessen wurden Umschreibungen wie „zersetzend“, „intellektuell“ oder „Kräfte der Unterwelt“ bevorzugt.

<sup>18</sup> Wir beschränken uns hierbei auf einige resümierende Bemerkungen, da wir an anderer Stelle Notwendiges hierzu dokumentiert und dargestellt haben. J. Kammler/D. Krause-Vilmar (Hg.), Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933–1945. Eine Dokumentation. Band 1. Verlag Hesse: Kassel 1984, S. 14–49. <sup>19</sup> H. Reimann: Cassel. In: Das Tagebuch, hrsg. von S. Großmann. Berlin 1922. 3. Aufl., S. 852. <sup>20</sup> Kasseler Post vom 2. 7. 1924. <sup>21</sup> Kasseler Post vom 5. 6. 1920.

Am 19. Mai 1933 wurden Schriften von Tucholsky, Remarque, Hasenclever, Ossietzky, Marx auf dem Friedrichsplatz verbrannt. Der Kasseler Vereinsvorsitzende des

„Vereins zur Bekämpfung von Schund und Schmutz“ nannte Ringelnetz, Mühsam, Lasker-Schüler, H. Mann, F. Werfel, E. Weinert und E. Kästner namentlich.<sup>22</sup>

## Der Triumph im September 1930

Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 wählten in der Stadt Kassel 27 060 Wähler die NSDAP, die damit auf einen Schlag mehr als 25 % der Stimmen erhielt und gleich hinter der Sozialdemokratischen Partei (33 879 Stimmen) zur *zweitstärksten politischen Partei* aufgerückt war.<sup>23</sup>

Dies war ein bislang nicht bekannter Einbruch in eine als eher festgefügte Stimmen- und Machtverteilung angesehene politische Landschaft, die damit grundlegend verändert wurde. Ihre Ausgangssituation der Jahre nach 1918 hat sie nicht mehr erreicht. Bislang hatte es sowohl innerhalb des bürgerlichen Lagers wie auch innerhalb der Arbeiterparteien zum Teil heftige Verschiebungen, Spaltungen, Neugründungen und Wendungen gegeben, vor allem zwischen der Novemberrevolution und der tiefgreifenden Wirtschaftskrise ab 1929, und gleichwohl konnten beide Lager einen eher berechenbaren Anteil an den Wählerstimmen als fest annehmen.

Die 1930 eingetretene Veränderung wird besonders deutlich, wenn man die Septemberwahlen mit den Stadtverordnetenwahlen in Kassel knapp zehn Monate zuvor, am 17. 11. 1929, vergleicht. Gegenüber 1929 ist die Wahlbeteiligung enorm angestiegen; DNVP und DVP erleiden große Einbußen, in denen sich der Niedergang der bürgerlichen Parteien ankündigt; die NSDAP hat sich mehr als vervierfacht, sie wird eine nicht mehr wegzudenkende politische Größe.

So irreführend es wäre, aus diesem Einbruch in die Parteienstruktur und aus ihrer Veränderung zu folgern, daß der weitere Aufstieg der NSDAP unaufhaltsam vorgezeichnet gewesen wäre, so problematisch ist in gleicher Weise die Fixierung des Blickwinkels auf den 30. Januar 1933, den Beginn der Reichskanzlerschaft Hitlers. Denn die tatsächlichen politischen Machtverhältnisse sind bereits lange vor dem 30. Januar zu Gunsten der Hitler-Bewegung verschoben, im Reich und auch in Kassel. Mit dem 14. 9. 1930 hat sich die NSDAP den Führungsanspruch des bürgerlichen Lagers im Kampf gegen die Arbeiterbewegung erstritten, während die vormaligen „Führungskräfte“ (DNVP, DVP) an die Peripherie geschoben werden.

Zwischen dem September 1930 und dem Frühjahr 1933 liegt für die Hitler-Bewegung die Periode der Vorbereitung der Machteroberung. Höhepunkt dieser Periode sind die folgenden Reichstagswahlen am 31. Juli 1932. In der Stadt Kassel erreicht die Nazibewegung 43 982 (von 103546 gültigen) Stimmen und ist mit großem Abstand nun stärkste Partei. „Im Frankfurter Torviertel wurden 56,1 % aller Stimmen für die Nationalsozialisten abgegeben. Berücksichtigt man die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei, so wählen in diesem Bezirk 2/3 aller Wahlberechtigten diese beiden Parteien. Ein ähnliches Bild ergibt sich für den Westen der Stadt. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen können hier 63 % aller Wahlberechtigten für sich buchen. Die Nationalsozialisten errangen auch im Stadtzentrum wiederum die absolute Mehrheit mit 52,5 % aller abgegebenen Stimmen.“<sup>24</sup> Im Regierungsbezirk Kassel war bei den Juliwahlen 1932 die NSDAP in 21 Wahlkreisen stärkste Partei geworden, in einigen Wahlkreisen hatte sie bereits die absolute Mehrheit gewonnen. Nur in fünf Wahlkreisen war sie zweitstärkste Partei geblieben, in den überwiegend katholischen Wahlkreisen Fulda-Stadt, Fulda-Land, Hünfeld, Gersfeld und im von den Arbeiterparteien beherrschten Wahlkreis Kassel-Land.

Nach den Juliwahlen schrieb der stellvertretende Gauleiter der NSDAP, Fritz Lengemann, an die Reichsleitung seiner Partei in München voller Freude: „In 22 von 25 politischen Kreisen wurde unsere Bewegung die stärkste Partei. In 15 von diesen 25 politischen Kreisen erhielten wir am 31. Juli dieses Jahres die absolute Mehrheit.“<sup>25</sup>

Abgesehen von der Vorgeschichte der NSDAP, die in Kassel bis in das Jahr 1922 zurückreicht, gab es eine beobachtbare, fast zwei Jahre andauernde Phase des rapiden Aufstiegs der NSDAP zur stärksten Partei in Deutschland, wobei es bei den Novemberwahlen 1932 auch einen bemerkenswerten Rückschlag gegeben hat. Die NSDAP hat sich mit großen Schritten und in Etappen in das bestehende Parteiengefüge der Weimarer Republik hineingearbeitet. Dies war kein vom Himmel stürzendes Ereignis, sondern ein fast zwei Jahre dauernder beobachtbarer Prozeß.

<sup>22</sup> Kasseler Post vom 21. 5. 1933. <sup>23</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt „Ergebnisse der Wahlen 1919–1934“, S. 22 f. <sup>24</sup> A. Degenhart, Die Wahl im Lichte der Statistik. In: Kasseler Volksblatt, 3. 8. 1932. <sup>25</sup> BAK: NS 22/1054, S. 277 f.

Die Entscheidung, ob Republik oder Hitler, ob Demokratie oder Führerstaat, ob Rechtsstaat oder Staatsterror, fiel in diesem Ringen zwischen 1930 und 1933. Von hier aus werden zeitgenössische Beobachtungen verständlich, die Mitte und Ende des Jahres 1932 etwa in den Reihen der Arbeiterbewegung „geschlagene“, „ermüdete“ Gesichter bei den Wahlkundgebungen sehen.<sup>26</sup> Und verständlich wird, daß Robert Ley bereits für Mitte des Jahres 1931 (!) in der Stadt Kassel die Gegner bereits geschlagen am Boden sieht: „Organisatorisch ist Kassel noch sehr jung. Der Terror der Roten scheint gebrochen zu sein. Die öffentliche Versammlung in der Stadthalle war glänzend (etwa vier- bis fünftausend Besucher)... Der Gau Hessen-Nassau-Nord hatte bis zu den Wahlen 1930 noch keine 4000 Mitglieder, und erst lange nach den Wahlen, etwa vor einem halben Jahr konnte der marxistische Terror in Kassel gebrochen werden.“<sup>27</sup>

Schließlich scheint es nicht zufällig zu sein, daß die Nazi-bewegung gerade bei Reichstagswahlen ihren ersten großen Erfolg erringen konnte – hatte es sich doch bei ihr um eine in hohem Grade zentralistische, nationale Bewegung gehandelt, die stets auf Volk, Reich, Rasse abzielte und landes- oder gar lokalspezifischen Gegebenheiten nur sehr geringen Raum bot. Freilich beeinflussten regionale und

lokale Gegebenheiten – wie der politische Katholizismus in und um Fulda, die starke sozialdemokratische Tradition im Landkreis Kassel, andererseits die antisemitische Tradition in der „Rotenburger Quart“ – den Grad der Ausdehnung des Nazismus. Dieser selbst ist jedoch weder regional noch lokal orientiert. Einzelne Orte dienen ihm ausschließlich zur Illustration etwa der „marxistischen Korruption“, der „jüdischen Niedertracht“, der „plutokratischen Habgier“ etc. Ebensowenig wie es ihm um den einzelnen Menschen, um seine Individualität geht, interessieren ihn die Geschichte, die Würde, die Gegenwart, die Probleme der einzelnen Kommune. Auf groteske Art und Weise sucht der Nazismus an jedem Ort immer nur sich selbst, verändert Menschen und Orte gewaltsam bis zu dem Punkt, an dem er sich selbst wieder gefunden hat. Damit verringert sich auch der Spielraum für einzelne Persönlichkeiten in der NSDAP nicht unerheblich. Wahlerfolge stellen sich auch fast unabhängig von regional bzw. lokal begünstigenden oder behindernden Gegebenheiten ein. Die Reichsleitung der NSDAP beließ aus diesem Grunde den von ihr als eher unfähig eingestuften Gauleiter Weinrich im Amt, da der Aufstieg im Gau gleichwohl sich beschleunigt hatte.<sup>28</sup>

## Roland Freisler, Hitlers Trommler in Kassel

Die beherrschende Persönlichkeit der Kasseler Nazibewegung in den Jahren vor 1933 war der Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler. R. Ley hielt bei einer Reise durch Nordhessen im Januar 1932 Freisler für den im Grunde geeigneten Gauleiter des Gaus Hessen-Nassau-Nord: „Ich glaube allerdings, daß, wenn man an den Pg. Rechtsanwalt Dr. Freisler herantreten würde, er für den Posten eines Gauleiters gewonnen werden könnte. Ich habe auch in dieser Richtung einmal vorgetastet. Der Pg. Dr. Freisler ist unbedingt eine Persönlichkeit, ausgestattet mit einer außerordentlichen Redegabe, und der zudem ein großes Ansehen in der Bevölkerung und in der Mitgliedschaft der NSDAP besitzt.“

Roland Freisler selbst wurde am 30. 10. 1893 in Celle geboren.<sup>29</sup> Sein Vater war Diplomingenieur, später Professor bzw. Oberlehrer an einer Baugewerbeschule. Zwi-

schen 1897 und 1901, dann wieder ab 1908 wohnte die Familie in Kassel, wo Roland Freisler 1912 am Wilhelms-Gymnasium das Abitur machte. Danach studierte er Rechtswissenschaften in Jena. Der Ausbruch des Weltkrieges unterbrach das Studium; am 4. August 1914 meldete er sich als Kriegsfreiwilliger in Kassel. Im Oktober 1914 geriet er in russische Kriegsgefangenschaft. Er nutzte diese Zeit, um fließend russisch zu lernen und sich mit der kommunistischen Theorie zu befassen. Ab 1917 scheint er längere Zeit als bolschewistischer Lebensmittelkommissar verbracht zu haben. Im Juli 1920 kehrte er nach Kassel zurück. Er setzte das Studium fort und promovierte 1921 „summa cum laude“ mit der Dissertation „Grundsätzliches über die Betriebsorganisation“ zum Dr. jur. Seine Referendarzeit leistete er bei den Rechtsanwälten Th. und A. Dellewie – die später als Juden verfolgt wurden –

<sup>26</sup> W. Hoegner: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933. München: Nymphenburger 1977. <sup>27</sup> Dr. R. Ley, Bericht über die Besichtigung des Gaus Hessen-Nassau-Nord vom 10. 1. 1932. BAK: NS 22/1054, S. 346 ff. <sup>28</sup> Ley hatte u. a. über Weinrich bei seinem Besuch im Januar 1932 wie folgt geurteilt: „Allein schon das bedrückende Gefühl für die Unterführer, über sich einen Gauleiter zu haben, der, wenn er redet, sich der Lächerlichkeit preisgibt, und der in allen seinen Handlungen niemals eine eigene Meinung, sondern immer eine fremde vertritt, der aber meistens durch Nichthandeln die Dinge laufen läßt, wie sie laufen, ist meiner Meinung nach eine große Hemmung für das Gedeihen und den Fortschritt einer Bewegung... Er ist in keiner Weise die Persönlichkeit, um die sich der Kampf dreht. Er wird von seinen Gegnern nicht gehaßt und von seinen Anhängern nicht geliebt. Wie gesagt, er füllt dekorativ einen Posten aus.“ BAK: NS 22/1054, S. 349 f. <sup>29</sup> Vgl. zu dieser biographischen Skizze die sorgfältige Studie von S. Meier: Roland Freisler. Materialien zu einer politischen Biographie. Staatsexamensarbeit Gesamthochschule Kassel 1984. Ihr sind die obigen Angaben entnommen.

ab. Freisler eröffnete gemeinsam mit seinem Bruder Oswald eine Rechtsanwaltspraxis. Im Juni 1924 rückt er für den „Völkisch-Sozialen Block“ in die Stadtverordnetenversammlung nach. Von nun an führt er in zahlreichen Prozessen – auch außerhalb Kassels, bis vor dem Reichsgericht – seine Anklagen gegen das „System von Weimar“ und schöpfte in immer neuen Formen und mit zahlreichen Fällen (zumeist nationalsozialistische Mandanten als „Opfer“) die Tribüne der öffentlichen Gerichtsverhandlung agitatorisch aus.

Am 9. 7. 1925 – in der Krise der Völkischen, bei der die Nationalsozialisten sich von den „gemäßigt“ Ultrarechten ablösten – tritt er in die NSDAP (Mitgliedsnummer 9699) ein. Er wird dann bei den Kommunalwahlen 1929 direkt zum Stadtverordneten gewählt. Im April 1932 wird er Abgeordneter im Preußischen Landtag, wo er mehrfach und immer grundsätzlich und in kaum überbotener Radikalität „das System“ angreift.

Am 1. Juni 1933 wird er Staatssekretär im Preußischen Justizministerium. Im Jahre 1935 wird er Staatssekretär im Reichsjustizministerium. Freisler hat das Strafrecht seiner logischen und moralischen Fundamente entkleidet und die Verfolgung von Gesinnungen in enthemmter Art und Weise von Staatsseite aus ermöglicht. Er beteiligt sich an der Gesetzgebung gegen die Juden, besonders an den „Nürnberger Gesetzen“. Er nimmt an der „Wannsee-Konferenz“ am 20. Januar 1942 teil.

Schließlich vereinfacht er das Verfahrensrecht im Strafprozeß zugunsten einer „schlagartigen“ oder „blitzartigen“ Aburteilung ohne Wenn und Aber. Die Richter haben sich der Staatsführung zu unterwerfen: Rechtsmittel und Rechte des Angeklagten werden von Freisler als Hindernisse für den Vollzug angesehen und eingeschränkt bzw. aufgehoben.

Berüchtigt wird der Name Roland Freisler, als er im August 1942 Präsident des Volksgerichtshofs in Berlin wird, vor dem sich auch die Widerstandsgruppe des 20. Juli 1944 „verantworten“ muß. Freisler stirbt am 3. Februar 1945 bei einem Bombenangriff in Berlin im Gebäude des Volksgerichtshofs selbst oder in unmittelbarer Nähe von diesem.

Freisler trat schon vor 1933 in der Öffentlichkeit als Furcht und Schrecken verbreitender Agitator auf, wobei er viele Varianten beherrschte: Einmal als *Märtyrer* der „Freiheitsbewegung“ inmitten einer ihn und seine kleine Schar bedrohenden feindlichen Umwelt (eben jenem „korrupten System“, in dem aufrechte Männer wie er unterdrückt und verfolgt werden mußten), dann in der Rolle des *Geißlers*, der unerschrocken Mißstände beim Namen

nennt, sich und andere nicht schont, wenn es um „die Wahrheit“, das Volk, um Deutschland geht – wobei Hohn und Spott über seine Gegner zynisch ausgegossen wurden –, dann schon sehr früh auch als *endzeitlicher Richter*, als „Volksrichter“, der, wenn seine Stunde gekommen ist, blutig aburteilen und hinrichten wird. Überhaupt war sein Auftreten von endzeitlichen, apokalyptischen Visionen begleitet.

Für Freisler drehte sich die Politik um den „Tag der Abrechnung“, um den „Zusammentritt der Deutschen zu einem Thing“, zu einem „heiligen Volksgericht“, bei dem „das Volk spreche“. „Wer ein gutes Gewissen habe, werde sich auf den Tag der Abrechnung freuen. Es gebe aber auch andere, die den Tag hinausschieben wollen. Dann darf man den Rückschluß ziehen, daß der Betreffende ein schlechtes Gewissen hat und man ihn daher genau betrachten müsse. Die bisherigen Machthaber hätten alle erlaubten und auch zweifelhaften Mittel herangezogen, um die Abrechnung hinauszuschieben... Heute endlich verstehe das deutsche Volk keinen Spaß mehr, heute sage das Volk: es ist genug!“<sup>30</sup>

Er machte auch nie einen Hehl daraus, daß in dem kommenden „Dritten Reich“ ganz andere Gesetze als diejenigen der Demokratie herrschen würden. Roland Freislers aggressive Redegabe verlieh seinem Auftreten eine bedrohliche und gefährliche Wirkung. Für die Zeitgenossen bestand kein Zweifel daran, daß dieser Mann, wenn er entsprechende Machtmittel in seinen Händen hielt, mit seinen Drohungen Ernst machen würde.

Freisler trat häufig auf Versammlungen und Kundgebungen der NSDAP auf. Seit 1924 war er, wie gesagt, Stadtverordneter in Kassel. Die Tribüne der Stadtverordnetenversammlung verstand er als Demagoge meisterhaft zu nutzen.

Wenn ihm und den drei anderen NS-Stadtverordneten in schulmeisterlicher Manier von „System“-Vertretern oftmals vorgehalten wurde, daß sie Ausschusssitzungen (in der Tat hatte die NSDAP Vertreter für sämtliche Ausschüsse und Kommissionen benannt) „geschwänzt“ hätten, dann schob Freisler diese Vorwürfe entweder mit dem Hinweis auf seine Verweigerung gegenüber „dem System“ oder auf die Sinnlosigkeit der Teilnahme bei Stimmenübergewicht der sogenannten Systemparteien leicht beiseite. Um so hemmungsloser blähte er die Plenarsitzungen der Stadtverordnetenversammlung rhetorisch auf, ließ oft keinen Gegenstand aus, um agitatorisch Position zu beziehen. Freisler hatte in fast allen Sitzungen nach dem jeweiligen Vorsitzenden und trotz der häufig angeordneten Begrenzung der Redezeit und der Anzahl der Redebeiträge die meisten Wortmeldungen zu verzeichnen.

<sup>30</sup> „Abrechnung am 5. März.“ Dr. Freisler sprach in der Stadthalle. Kasseler Post, 20. Februar 1933.

Im letzten Jahr der Republik verschärften sich Freislers Angriffe. Sie richteten sich fast immer gegen Vertreter der Sozialdemokratischen Partei oder gegen die SPD selbst. In der Sozialdemokratie sah er Bonzen, Korrupteure und Bankrotteure, die vielen viel versprochen und nichts gehalten haben. Die Sozialdemokratie war für ihn synonym mit Parteiherrschaft und Parteiwillkür, sie war nachgerade eine „Dienerin des Hochkapitalismus“. Während er den bürgerlichen Magistrat und die Parteien der bürgerlichen Mitte und der bürgerlichen Rechten bei seinen Angriffen aussparte, während er seine Stellung zur KPD, zu den Kommunisten nicht deutlich vortrug, ließ er keine Gelegenheit verstreichen, die Sozialdemokratie als Wurzel allen Übels anzuprangern. Seine Strategie war darauf gerichtet, die sozialdemokratische Partei unglaublich zu machen. Dazu bediente er sich im wesentlichen zweier unlauterer Mittel. Zum einen griff er einzelne Persönlichkeiten der Sozialdemokratie gezielt heraus, um sie „vorzuführen“, um an ihnen die Verderbtheit des Systems zu exemplifizieren. Immer und immer wieder mußte der Stadtverordnete Christian Wittrock<sup>31</sup> dafür herhalten, um von Freisler als Popanz aufgebaut und zugleich verteufelt zu werden. Zum anderen jedoch griff Freisler die Sozialdemokratie von „links“ an, indem er ihre sozialistischen Versprechungen von 1918 der Wirklichkeit von 1932 gegenüberstellte. Dahinter stand der Vorwurf an die Sozialdemokratie, sie habe Arbeiterinteressen verraten. So führte Freisler auf der Stadtverordnetensitzung am 29. April 1932 bei einem seiner scheinsozialistischen Anträge folgendes aus:

„Im Jahre 1918 wurde allen Arbeitern, Angestellten und Beamten eine Erhöhung des Lebensstandards versprochen. Heute stellt man bei Prüfung fest, daß der Lebensstandard von 1918 oder gar 1913 nirgends erreicht ist. Der Magistrat wird deshalb ersucht, in denjenigen Betrieben, in denen er infolge von Beteiligung oder auch sonstigen Gründen einen maßgeblichen rechtlichen oder sonstigen Einfluß ausübt, wie z. B. in der Großen Kasseler Straßenbahn, daraufhin zu wirken, daß die Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter dem jeweiligen Index derartig anzupassen sind, daß zunächst mindestens der Lebensstandard für eine fünfköpfige Familie vom Jahre 1913 wieder erreicht wird. Der Magistrat wird ersucht, daraufhin zu wirken, daß die hierzu erforderlichen Mittel gewonnen werden:

1. Durch angemessenen Abbau der Gehälter der höchsten Beamten der in Frage kommenden Unternehmungen,
2. durch Einstellung der Zahlungen für Tantiemen und ähnliches an Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder,
3. durch Einschränkung der Dividende, besonders an die Großaktionäre, die, falls sie in der Öffentlichkeit zum Verzicht auf Dividende für die nächsten Jahre aufgefordert werden, angesichts der heutigen Stimmung des Volkes nicht anders können werden, als einem heutigen Verzicht zuzustimmen. Endlich wird zu prüfen sein, ob die zur Verwirklichung des Antrags erforderlichen Mittel teilweise aus der Überprüfung der Abschreibung gewonnen werden können.“<sup>32</sup>

Diesen Antrag begründete Freisler, eindeutig an die Sozialdemokratie gewandt – und dies war auch der Sinn seines Antrags – folgendermaßen:

„Wenn jemand am Ende seines Lebens ist, so pflegt er gut zu tun, das Ende zu vergleichen mit dem, was er in seinem Leben gewollt hat, und er hat die Pflicht, einmal in sich zu gehen. In 1918 haben Sie (nach links) alles Mögliche versprochen. Da sind Sie hinübergesegelt in das politische Fahrwasser. Heute, nach 13 Jahren, sind Sie am Ende angelangt. Da müßten Sie eigentlich von selbst dazu kommen, in Ihr Gewissen hineinzusehen und in der Öffentlichkeit zu erklären, was Sie in diesen 13 Jahren erreicht haben. Dazu werden wir Sie zwingen... Sie sind fortgesetzt zurückgegangen in Ihrer Bewegung, wir aber, die Sie uns noch vor einem Jahr verhöhnt haben, haben jetzt die Herzen des Volkes hinter uns. Wir haben ein Recht darauf, Sie zu zwingen, einmal an Ihr eigenes Gewissen zu denken, jetzt, wo Sie am Ende sind.

Der Vorwärts hat erst vorgestern noch geschrieben, daß Sie in die Opposition gehen wollen. Sie haben nicht den Mut, zu bekennen, was das Ende Ihrer angeblich arbeiterfreundlichen Politik gewesen ist, daß die Verelendung der Massen unaufhaltsam zugenommen hat, und daß jetzt Deutschland immer mehr verelendet. Heute, wo Sie selbst erklären müssen, daß Sie, sagen wir mal, in die Opposition gedrängt worden sind, daß Sie abtreten müssen, haben Sie die Verpflichtung, im letzten Augenblick das zu verwirklichen, was Sie vor 13 Jahren versprochen und bis heute noch nicht gehalten haben. Sie haben noch einmal Gelegenheit, die Hand dazu zu bieten, das Verbrechen, was an der Lebenshaltung des Volkes begangen worden ist, wieder gut zu machen. Wie Sie das fertigbringen, wo

<sup>31</sup> Christian Wittrock (1882 in Kassel geboren) war früh für die SPD aktiv und Stadtverordneten-Vorsteher. Die Tatsache, daß er 1924 wegen Meineid zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurde von Freisler im Kasseler Stadtparlament in herabsetzender Art und Weise („Zuchthäusler Wittrock“) regelmäßig angesprochen – obgleich Wittrock durch das preuß. Staatsministerium 1927 vollständig rehabilitiert worden war, da es sich um ein „Fehlurteil“ gehandelt habe. Zwischen 1939 und 1945 wurde Wittrock in das KZ Sachsenhausen eingesperrt. Nach dem Krieg war er in Kassel kommunalpolitisch wieder tätig. <sup>32</sup> Stenographischer Bericht. 1. Stadtverordnetenversammlung am 29. April 1932. Öffentliche Sitzung. TOP 19.

Sie jetzt noch an der Spitze sitzen, ist Ihre Sache. Wir fordern Sie deshalb auf, hier in aller Öffentlichkeit heute noch einmal die Gelegenheit zu benutzen, um das, was Sie versprochen und nicht gehalten haben, im letzten Augenblick in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir hatten nicht erwartet, daß Sie von sich aus die Initiative ergreifen würden; aber wir zwingen Sie heute durch unseren Antrag. Wir wollen sehen, ob Sie für unseren Antrag stimmen. Sie sehen jetzt wohl selbst ein, welche Kapitaldummheit Sie begangen haben, als Sie die paar lumpigen Pfennige nicht bewilligt haben. Wir erwarten, daß Sie und der Magistrat, weil Sie noch die Mehrheit haben, bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung uns einen Antrag in positiver Form vorlegen werden. Sie können aber auch erklären: Wir stimmen gegen diesen Antrag. Dann wird auch für die Öffentlichkeit klar sein, daß Ihre Politik eins für sich hatte: Sie stinkt voll Verrat an den Arbeiterinteressen und wird dann beendet mit Ihrem letzten Verrat.<sup>33</sup> Dieser Angriff zielte über den Magistrat auf die SPD, er versuchte diese, durch den Vorwurf des Verrats an Arbeiterinteressen zu weiterer Expansion ihrer Ausgabenbewilligungen und damit in einen unlösbaren Widerspruch zu zwingen. Der Magistrat erscheint in dieser Agitation ausschließlich als Anhängsel der SPD. Die Reaktion der Sozialdemokraten darauf (unter anderem der Vorwurf Wittrocks an die DNVP, die fünfte Unterschrift für die Nationalsozialisten gegeben zu haben),<sup>34</sup> erscheint angesichts der Schärfe der Freislerschen Demagogie als unangemessen. Freisler ist sich dessen auch bewußt, wenn er höhnisches äußerte: „Während Sie noch dort sitzen, organisieren wir die neue Macht.“<sup>35</sup> Fortdauernde Angriffe auf

Wittrock, die auch durch den Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung nicht deutlich genug zurückgewiesen bzw. geahndet werden, führten dann zu dem Eklat im Juli 1932: Wittrock ohrfeigte Freisler, der mit „gezücktem“ Schlüsselbund gesprochen hatte: „In wenigen Monaten werden manche Ihrer Großen darum bitten, nicht auf den Galgen steigen zu müssen.“<sup>36</sup> Nachdem dann weitere sozialdemokratische Abgeordnete die NS-Vertreter aus dem Raum geprügelt haben, bleiben die Nationalsozialisten und die Parteien der bürgerlichen Mitte und der bürgerlichen Rechten bei den nächsten beiden Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung fern. Am 5. Oktober 1932 sind die nationalsozialistischen Vertreter als Berichterstatter wieder anwesend: nun in SA-Uniform. Der Protest der KPD wird vom Stadtverordnetenvorsitzenden Hofacker als rechtlich nicht relevant zurückgewiesen, da auch im preußischen Landtag SA-Uniformen üblich seien. Freisler geht nun weiter hemmungslos zum Angriff über. Die SPD erscheint ihm als Hauptträger der Herrschaft des Finanzkapitalismus. Der Stadtverordnete Goethe (SPD) konstatierte folgendes: „Haltlos im Angriff, hemmungslos in der Politik, das ist Freisler.“<sup>37</sup> Ihm kam es darauf an, die parlamentarische Arbeit zu torpedieren und zu lähmen, in Grenzfällen sogar bis zum Abbruch der Verhandlungen zu treiben, um damit die Wirkungslosigkeit des Systems zu dokumentieren. Mochten „Klassengerichte“ ihn auch verurteilen und einsperren, seinem Ruf als „unerschrockenem“ Kämpfer gegen übermächtige Gewalten tat dies keinen Abbruch. Freisler war die beherrschende Figur des Kasseler Stadtparlaments bis zu dessen Auflösung.

## Die preußische Staatsregierung

Die Absetzung der geschäftsführenden sozialdemokratischen Regierung in Preußen am 20. Juli 1932 durch den Reichskanzler F. von Papen ebnete Hitler und seiner Partei entscheidend die Wege.

Der Papensche Staatsstreich führte zu Kommissaren des Reichs in Preußen, zunächst Bracht, dann ab 1. Februar 1933 als kommissarischer preußischer Innenminister H. Göring. Dieser stellte sich seinen Untergebenen mit folgenden Worten vor: „Wenn es allerdings Beamte geben sollte, die da nicht glauben, mit dem Schiff, dessen Steuer ich in die Hand genommen habe, in gleicher Richtung

fahren zu können, so erwarte ich von ihnen, daß sie als ehrliche Männer schon vor Antritt der Fahrt aus meiner Gefolgschaft ausscheiden.“<sup>38</sup>

Reichskommissar Bracht entschied sofort, „alle führenden politischen Beamten zu beseitigen, denen die neuen Männer in Preußen die Durchführung der von ihnen im Interesse des Staates für notwendig befundenen Maßnahmen nicht anvertrauen konnten“.<sup>39</sup>

In Kassel wurde ab dem 20. Juli 1932 die staatliche Verwaltung von oben, von den Spitzenämtern her, dadurch gleichgeschaltet, daß diejenigen Beamten, die von der par-

<sup>33</sup> Ebenda. <sup>34</sup> „Und wir haben in letzter Stunde noch einen Appell an die anständigen Fraktionen zu richten, in sachlicher Weise dazu beizutragen, daß ein solches Niveau in Zukunft nicht einreißt. Sie von der Deutschnationalen Fraktion vollziehen fortgesetzt die 5. Unterschrift zu den Anträgen der Nationalsozialisten... Sie sollten doch überlegen, ob nicht schon dieser Kredit gleichzusetzen ist mit einem Konkurs.“ Stenographischer Bericht 1. Stadtverordnetensitzung am 29. April 1932. Antragsberechtigt war eine Gruppe bzw. Fraktion im Stadtparlament erst, wenn sie über mindestens fünf Vertreter verfügte. Den vier Stadtverordneten der NSDAP fehlte deshalb eine Stimme. <sup>35</sup> Stenographischer Bericht der 2. Stadtverordnetensitzung am 9. Mai 1932. TOP 2. <sup>36</sup> Stenographischer Bericht der 5. Stadtverordnetensitzung am 11. Juni 1932. <sup>37</sup> Stenographischer Bericht der 7. Stadtverordnetenversammlung am 25. Juli 1932. <sup>38</sup> MBliV 1933 I, S. 89. <sup>39</sup> Kasseler Post vom 22. 7. 1932.

lamentarischen Republik und der rechtsstaatlichen Demokratie überzeugt waren und praktisch für sie eingetreten waren, in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden. Es war dies nur eine elegante Umschreibung ihrer sofortigen Entlassung. Zunächst traf die Entlassung Dr. Adolf Hohenstein, der seit 1928 Polizeipräsident in Kassel war. Hohenstein war Jurist, seit 1920 Sozialdemokrat. Aufgrund seines jüdischen Glaubens, nicht zuletzt jedoch deshalb, weil er Recht und Gesetz auch gegenüber der Kasseler Nazibewegung durchzusetzen versucht hatte, war er bei der politischen Rechten der am stärksten gehaßte höhere Staatsbeamte Kassels.<sup>40</sup> Neben Dr. Hohenstein mußte auch sein Stellvertreter, der ebenfalls bei der politischen Rechten in der Stadt aus ähnlichen Motiven verhaßte Polizeivizepräsident O. Schöny, sein Amt aufgeben.

Auch der zweite Leiter einer Oberbehörde, August Haas, seit 1930 Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, auch er wie Dr. Hohenstein Sozialdemokrat, mußte sofort am 20. Juli 1932 gehen. Unter der Überschrift „Das ‚System‘ hat in Kassel und Hessen-Nassau endlich ausgedient“ zeigte sich die „Kasseler Post“ hochzufrieden und sprach von der „beginnenden heilsamen Wirkung des unterschiedenen Durchgreifens des Reichskommissars in Preußen“.<sup>41</sup> Haas galt dem konservativen bürgerlichen Blatt als klassischer Parteibuchbeamter, der „aufgrund seines Werdegangs“ – er war Arbeiter, hatte weder Exzellenz noch „von“ im Namen, auch keine „höhere“ Bildung vorzuweisen – gar nicht in der Lage sein konnte, so arrogant höhnte die „Kasseler Post“, mit seinen Vorgängern überhaupt verglichen werden zu können.

Für Dr. Hohenstein rückte W. von Kottwitz, für A. Haas E. von Hülsen nach. Beide entstammten dem „nationalen Lager“, beide setzten der Bedrohung der demokratischen Republik – und dies war auch der Sinn dieses Ämterwechsels – nichts mehr entgegen, eher förderten sie auch illegale Gewalttaten der regionalen Nazibewegung.<sup>42</sup>

Die dritte politisch sicher bedeutendste Oberbehörde war der Regierungspräsident in Kassel. Ihr Leiter war seit 1927 Dr. Ferdinand Friedensburg, der der Deutschen Demokratischen Partei nahestand. Friedensburg wurde Anfang Februar 1933 durch ein Telegramm Görings mit sofortiger Wirkung beurlaubt, dann in den einstweiligen, später in den endgültigen Ruhestand versetzt, „und zwar nach § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums, unter Verlust eines Viertels seiner Pension als Buße

für das Festhalten am Traum der deutschen Republik“. In dem die „Kasseler Post“ Dr. Friedensburg als „unentwegte(n) Demokrat(en)“, als jemanden, der „immer von neuem als Demokrat“<sup>43</sup> sich erwiesen habe, beschimpfte, ehrte sie ihn unwissentlich und unwillentlich. Sein Nachfolger wurde v. Montbart, der der DNVP nahestand und bald der NSDAP beitrug.

Mit Hilfe dieser „neuen Männer“ aus dem „nationalen Lager“ waren mögliche und sogar bei Haas, Hohenstein und Friedensburg wahrscheinliche Barrieren gegen eine nazistische Durchdringung des Beamten- und Verwaltungsapparates eher stillschweigend abgeräumt. Ab sofort wurde die parteipolitische Beherrschung eines bis zu diesem Zeitpunkt immerhin noch demokratisch verfaßten *Staatswesens* zügig und ungehindert durchgezogen. Die Landräte und Bürgermeister wurden, soweit sie Demokraten waren, entlassen, in den Behörden und Ämtern traten nationalsozialistische Aktivisten plötzlich in den Vordergrund, es kam zu neuen Entlassungen, Diskriminierungen, zu Angst und Anpassung. Wie unverhüllt diese parteiliche Besetzung der staatlichen Institutionen sofort einsetzte, verdeutlicht die neue Rolle der preußischen Polizeipräsidenten, die sich auch in Kassel beobachten läßt.

Nach einem Erlaß Görings soll die Polizei zu SA, SS und Stahlhelm „das beste Einvernehmen herstellen und unterhalten. Darüberhinaus ist jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen... Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Gegen kommunistische Terrorakte und Überfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schußwaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schußwaffengebrauchs von mir gedeckt; wer hingegen in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.“<sup>44</sup> Knapp eine Woche später verbietet der Kasseler Polizeipräsident von Kottwitz das geplante öffentliche Auftreten des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Crispian (Berlin) in der Kasseler Stadthalle. „Ein Mann, der, wie Crispian, kein Vaterland kennt, das Deutschland heißt, hat kein Recht, zu Deutschen zu sprechen“, schrieb die „Kasseler Post“.<sup>45</sup>

Zur gleichen Zeit wurde eine weitere staatliche Einrich-

<sup>40</sup> Die Nazis verfolgten ihn noch über das Jahr 1933 hinaus: Ein Rollkommando zerstörte seine Privatwohnung in der Nähe von Koblenz, wohn er sich zurückgezogen hatte. Ein durchsichtiges Disziplinarverfahren sprach ihm seine Ruhestandsrechte vollständig ab. Vgl. in diesem Band den Beitrag von J. Kammler, S. 306. <sup>41</sup> Kasseler Post vom 22. 7. 1932. <sup>42</sup> D. Krause-Vilmar, Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften im Jahre 1933 in Kassel – Dokumente. In: Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel 1933. Kassel, 1983, S. 39 ff. – Im übrigen wurden beide nach relativ kurzer Zeit, von Kottwitz im April 1933, von Hülsen im Juli 1933, durch überzeugte Nationalsozialisten ersetzt. Polizeipräsident wurde Fritz von Pfeffer, Oberpräsident der Provinz Prinz Philipp von Hessen, der seit 1930 NSDAP-Mitglied gewesen war. (Hessische Nachrichten vom 13. 9. 1946). <sup>43</sup> Kasseler Post vom 17. 2. 1933. <sup>44</sup> „Förderung der nationalen Bewegung.“ RdErl. d.MdI (KdR.) vom 17. 2. 1933. MBliV I 1933, S. 170. <sup>45</sup> Kasseler Post vom 24. 2. 1933.

tung durch Parteiangehörige unterwandert. Göring richtete am 22. Februar 1933 die Hilfspolizei ein. Zu Hilfspolizisten wurden fast ausschließlich SA-, SS- und Stahlhelmmitglieder ernannt. Nun konnten Mitglieder der Nazibe-

wegung in staatlichem Auftrag und mit staatlichen Funktionen ihren ehemaligen politischen Gegnern gegenüberreten. Die Hilfspolizei wurde ausdrücklich anlässlich „zunehmender Ausschreitungen linksradikaler, insbesondere

12. Ergebnisse der Wahlen

Bezeichnung	am	Gültige Stimmen wurden abgegeben für						
		Kommunistische Partei	Unabhängige Sozialdemokratie	Sozialdemokratische Partei	Deutsche demokratische Partei	Zentrum	Deutsche Volkspartei	Deutschnationale Partei
National-Versammlung	19. 1. 1919	—	1193	51083	25035	4095	2614	9491
Preussische Landes-Versammlung	26. 1. 1919	—	1008	43143	22767	4160	2520	10077
Stadtverordneten-Versammlung	2. 3. 1919	—	—	36734	19429	3927	1862	8830
Reichstag	6. 6. 1920	122	10174	30904	10230	3644	16866	18762
Preussischer Landtag	20. 2. 1921	3666	1837	34729	8627	3643	16935	17169
Kommunal-Landtag	20. 2. 1921	3707	1796	34570	8601	3629	16505	16963
Reichstag	4. 5. 1924	6405	403	31069	10092	4678	16287	19321
Stadtverordneten-Versammlung	4. 5. 1924	6248	—	30807	3964	4317	15013	21259
Reichstag	7. 12. 1924	3968	377	37437	10656	4607	16414	19304
Preussischer Landtag	7. 12. 1924	3864	372	37291	10567	4628	16303	19200
Reichspräsidenten-Wahl								
I. Wahlgang	29. 3. 1925	2965	—	35347	9022	4816	35381	
Reichspräsidenten-Wahl								
II. Wahlgang	26. 4. 1925	2500	—	—	50214	—	45643	
Kommunal-Landtag	29. 11. 25	3283	—	22268	4964	2808	19088	
Eintragungsverfahren für ein Volksbegehren „Enteignung d. Fürstenvermögen“	4.—17. 3. 1926	—	—	—	—	—	—	—
Volksentscheid „Enteignung der Fürstenvermögen“	20. 6. 1926	—	—	—	—	—	—	—
Reichstag	20. 5. 1928	6939	—	38785	7667	4170	17552	12027
Preussischer Landtag	20. 5. 1928	6876	—	38570	7598	4164	17232	12677
Eintragungsverfahren für ein Volksbegehren „Panzerkreuzerverbot“	3.—6. 10. 1928	—	—	—	—	—	—	—
Eintragungsverfahren für ein Volksbegehren „Freiheitsgesetz“	16.—29. 10. 1929	—	—	—	—	—	—	—
Stadtverordneten-Versammlung	17. 11. 29	6605	—	29784	5658	3638	11485	11420
Kommunallandtag	17. 11. 29	6619	—	30131	5697	3772	12530	Spez. Verb.-G. 10550
Volksentscheid „Freiheitsgesetz“	22. 12. 29	—	—	—	—	—	—	—
Reichstag	14. 9. 1930	9583	23	33879	5633	4196	6642	6345
Eintragungsverfahren für ein Volksbegehren „Landtagsauflösung“	8.—21. 4. 1931	—	—	—	—	—	—	—
Volksentscheid „Landtagsauflösung“	9. 8. 1931	—	—	—	—	—	—	—
Reichspräsidenten-Wahl								
I. Wahlgang	18. 3. 1932	Thälmann 11280	—	—	—	o. Hindenburg 52244	Duesterberg 7696	
Reichspräsidenten-Wahl								
II. Wahlgang	10. 4. 1932	Thälmann 7758	—	—	—	o. Hindenburg 53582	—	
Preussischer Landtag	24. 4. 1932	9388	—	30332	2341	4302	2508	6119
Reichstag	31. 7. 1932	11789	—	30511	1203	4624	1903	6691
Reichstag	6. 11. 1932	15147	—	26688	367	4424	2070	9528
Reichstag	5. 3. 1933	10864	—	29144	1298	4632	2181	8227
Preussischer Landtag	5. 3. 1933	10683	—	28161	1282	4586	2159	8186
Kommunallandtag	12. 3. 1933	7739	—	29863	1800	4300	11884	
Stadtverordneten-Versammlung	12. 3. 1933	7654	—	29271	1547	4196	10777	
Reichstagswahl und Volksabstimmung*)	12. 11. 1933	—	—	—	—	—	—	—

Ergebnisse der Wahlen 1919–1934 (Adressbuch der Stadt Kassel 1934)

kommunistischer Seite<sup>46</sup> eingerichtet. Die erste Wachmannschaft des bei Kassel liegenden Konzentrationslagers Breitenau bestand ausschließlich aus SA-Männern, die unter Führung eines Polizeihauptwachtmeisters als

Hilfspolizisten die sozialdemokratischen und kommunistischen Schutzhaftgefangenen kommandieren durften.

1. Teil				Statistisches					13	
von 1919 bis 1934										
folgende Parteien				Zahl der					Bemerkungen	
Völk.-Sozialer Block Nat.-soz. P. Arb.-P.	Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei)	Christlich-sozialer Volksdienst	Sonstige	Gültigen Stimmen	Ungültigen Stimmen	Wahlbeteiligten	Nichtwähler	Wahlberechtigten		
—	—	—	—	98511	261	93772	12655	106427		
—	—	—	—	88675	187	88862	22108	105970		
—	—	—	1367	71249	132	71381	30069	102050		
—	—	—	—	90702	303	91005	8700	99705		
—	—	—	145	86451	345	86796	19038	105834		
—	—	—	—	85762	521	86283	18644	104929		
7659	—	—	544	96488	1671	98159	14380	112549		
7006	—	—	—	94014	1734	95748	19022	108770		
8523	—	—	876	96562	969	97531	13493	111024		
8493	—	—	804	96112	1145	97257	14663	111920		
749	—	—	330	88610	439	89049	26600	115649		
—	—	—	17	98374	896	99270	15405	114675		
—	1223	—	1058	54782	432	55214	62030	117244		
—	—	—	—	Es haben sich eingetragen			—	—	—	
—	—	—	—	48791	—	—	70914	114645	a) 52100 Ja! b) 1856 Nein!	
—	—	—	—	58956	8921	57877	60749	118626	c) 53956 zusammen d) 3921 ungült. Stimmen	
3174	2089	—	4445	97398	1775	99173	23001	122774	e) 57877 zusammen	
8100	2062	—	4375	96654	1397	98051	23758	122409		
—	—	—	—	Es haben sich eingetragen			—	—	—	
—	—	—	—	1576	—	—	121198	122774		
—	—	—	—	Es haben sich eingetragen			—	—	—	
—	—	—	—	4831	—	—	117913	122744		
5987	4914	4591	852	84934	1099	86033	36776	122809		
6191	5488	4945	—	85923	1021	86944	37659	124603		
—	—	—	—	10081	136	10217	114648	124865	a) 9528 Ja! b) 553 Nein!	
—	—	—	—	10081	136	10217	114648	124865	c) 10081 zusammen d) 136 ungült. Stimmen	
27060	3465	5893	1888	104107	825	104932	21931	126863	e) 10217 zusammen	
—	—	—	—	Es haben sich eingetragen			—	—	—	
—	—	—	—	20032	—	—	106968	127000		
—	—	—	—	38240	702	38942	88324	127266	a) 37517 Ja! b) 723 Nein!	
—	—	—	—	38240	702	38942	88324	127266	c) 38240 zusammen d) 702 ungült. Stimmen	
—	—	—	—	38240	702	38942	88324	127266	e) 38942 zusammen	
Dieter 37043	—	—	105	108428	932	109360	16100	125460		
Dieter 43956	—	—	2	105298	928	106226	19500	125786		
983933 46197	471	2761	843	105252	726	105978	19224	125102		
983933 43982	244	2096	508	108546	963	104509	16832	121341		
42628	125	2450	444 *)	105971	979	106950	19730	126080		
55134	—	2482	59	111021	1336	115357	12177	127534		
54827	—	2529	1319	113232	1833	115065	12205	127240		
49158	—	—	110	104849	1005	105854	21557	127411		
47153	—	2776	43	103417	739	104156	20593	124749		
115870	—	—	—	115870	6510	122380	7158	129538	*) Volksabstimmung a) 118817 Ja! b) 2724 Nein! c) 121561 gültige „Ja“ u. „Nein“-Stimm. d) 1309 ungült. Stimmen e) 122380 Gesamtzahl der zur Volksabstimmung abgegebenen Stimmen	

<sup>46</sup> Kasseler Post vom 25. 2. 1933.

## Der Sturmlauf zu den Hebeln der Macht im März 1933

Wenn der Ausdruck „Machtergreifung“ für den Aufstieg Hitlers überhaupt eine Berechtigung hat, dann für die ersten drei Wochen im März 1933. Trotz schärfsten Drucks auf den verschiedenen Ebenen war es Hitler Anfang März weder gelungen, die absolute Mehrheit der Stimmen zu erreichen, noch waren seine politischen und weltanschaulichen Gegner ganz entmachtet. Genau diesem Ziel jedoch, dem Herausdrängen aller ihm tatsächlich oder potentiell opponierenden politischen Kräfte, galt die gewaltsame Machtergreifung.

Vergegenwärtigen wir uns nur auf zwei Ebenen den starken Druck, den die Nazis nun aus den errungenen Spitzenämtern heraus entfalteten: die Gesetzes- und Verordnungsebene und das Berliner Polizeipräsidium.

In ganz kurzer Zeit sind allein im Monat März die entscheidenden gesetzlichen Voraussetzungen zur Einrichtung des Führerstaats geschaffen worden, fast alle übrigens gestützt auf den Artikel 48 Abs. 2 der Weimarer Reichsverfassung, ein Artikel, der ursprünglich für den Ausnahmezustand vorgesehen war. Allein die Aufzählung der entsprechenden Gesetze, Verordnungen und Erlasse dokumentiert das Tempo, in dem die Demokratie demonstriert wurde:

28. Februar 1933

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat

28. Februar 1933

Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am Deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe

13. März 1933

Erlaß über die Einrichtung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda

18. März 1933

Verordnung des Reichspräsidenten zur Beschleunigung des Verfahrens in Hochverrats- und Landesverratsachen

21. März 1933

Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung

21. März 1933

Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten

24. März 1933

Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (das sogenannte Ermächtigungsgesetz)

29. März 1933

Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe.<sup>47</sup>

Seit Mitte Februar inszenierten die Berliner Behörden, allen voran das Landeskriminalpolizeiamt, eine Flut von größtenteils bizarren und vermutlich frei erfundenen Meldungen über die „kommunistische Gefahr“. Die Anhäufung dieser Meldungen und die Dramaturgie sollten weitere Verfolgungsmaßnahmen des Staates vorbereiten und verständlich machen. Sie dienten der Hysterisierung der Polizeibeamten, indem sie der KPD jede nur erdenkliche Hinterlist und Bösartigkeit unterstellten. Im folgenden eine Auswahl der Meldungen, die von Berlin an die Kasseler Oberbehörden (Regierungspräsident, Polizeipräsident bzw. Oberpräsident oder alle drei), von dort an die Kreispolizeibehörden (Oberbürgermeister, Landrat) und von dort wiederum an die Ortspolizisten unmittelbar weitergeleitet wurden:

28. Februar 1933

„Grenzübertritt kommunistischer Funktionäre und früherer Abgeordneter behindern und festnehmen.“

Der preußische Innenminister an RP Kassel:

„Kommunisten sollen in allernächster Zeit beabsichtigen, durch Gewaltaktionen bzw. Sabotageakte Lichtnetze und Verkehr, Eisenbahnen usw. sowie alle anderen lebenswichtigen Großbetriebe stillzulegen. Genauer Zeitpunkt nicht bekannt. Sprengstoff soll in hinreichender Menge vorhanden sein. Weiter besteht Absicht, alle prominenten Führer nationaler Parteien festzustellen und Lage der Wohnungen zu skizzieren. Durchführung der Aktionen soll auf generelle Anweisung überall gleichzeitig geplant sein. Gegenmaßnahmen sind sofort zu treffen. Kommunistische Funktionäre erforderlichenfalls in Schutzhaft nehmen.“

3. März 1933

Regierungspräsident Wiesbaden an Regierungspräsident Kassel:

„Landrat Weilburg meldet: Im Gasthof heute mittag zwei Leute, 20–22 Jahre alt, Rheinländer mit Kraftrad, die sich der Wirtin gegenüber als Stafette der KPD ausgegeben und erzählt haben: am 5. 3. 1933 sei durch KPD-Attentat auf Reichskanzler bei Verlassen der Reichskanzlei zur Wahl oder vor und nach Ausübung der Wahl geplant. Stafette sei auf dem Wege über Kassel nach Berlin. Kennzeichen des Kraftrades, da Wirtin Landjäger erst nach Stunden Anzeige erstattet hat, nicht ermittelt.“

3. März 1933

Polizeipräsident Berlin an Kasseler Oberbehörden:

„Nach vertraulicher Mitteilung sollen Kommunisten Aktionen auf Überseedampfern planen.“

<sup>47</sup> Reichsgesetzblatt 1933 I, S. 83–151.

6. März 1933

Preußischer Innenminister an alle:

„Sämtliche Kraftwagen und Motorräder der kommunistischen Partei und aller ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen insbesondere der Sportorganisationen sofort sicherstellen.“

9. März 1933

Landeskriminalpolizeiamt Berlin an die Kasseler Oberbehörden:

„Vertraulich verlautet, KPD plant Nacht zum 11. 3., 3.00 Uhr Überfall auf Polizeiwachen. Einlaß erbittet Einzelperson unter harmlosem Vorwand. Entwaffnung der Beamten. Überfall in deren Uniform auf Streifenbesatzung öffentlicher Gebäude. Anschläge auf Verkehrsanlagen vorgesehen.“

14. März 1933

Höherer Polizeiführer West an die Kasseler Oberbehörden:

„KPD beabsichtigt in kommenden Nächten Schutz- und Hilfspolizeibeamtenstreifen abzuschießen. Je vier Kommunisten auf eine Polizeistreife angesetzt. Zwei Kommunisten schießen ohne Anruf aus Hauseingängen, die beiden anderen Kommunisten bemächtigen sich der Waffen der Beamten. Anzug der Kommunisten: Gutbürgerliche Zivilkleidung mit Hut, Handschuhen, Mantel. Regierungspräsidenten veranlassen Weitergabe an Landräte und kreisfreie Städte.“

31. März 1933

Deutscher Innenminister an die Kasseler Oberbehörden:

„Kommunisten wollen Boykott-Maßnahmen der NSDAP gegen jüdische Geschäfte zu Provokationen durch Auftreten in SA-Uniformen benutzen. Es sollen hier auch Motorrad-Staffeln eingesetzt werden. Provokationen sollen besonders an den Stellen erfolgen, wo Polizeikräfte nicht schnell genug erscheinen können.“<sup>48</sup>

Auch in Kassel hatte bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 die NSDAP 48,4% der Stimmen, bei den Kommunalwahlen am 12. März 45,5% der Stimmen erhalten. Auch hier waren die Gegner eines „nationalsozialistischen Kassel“ keineswegs aufgerieben: Die SPD konnte ihren Stimmenanteil gegenüber der Wahl vom 5. März 1933 sogar geringfügig erhöhen: für sie stimmten am 12. März 29271 (= 28,3%) Abstimmungsberechtigte. Die KPD erhielt 7654 (= 7,4%) der Stimmen, obgleich sie durch zahlreiche Terrorakte und Verhaftungen praktisch an der Führung eines Wahlkampfes gehindert war. Das Wüten der neuen Regierungsbehörden gegen die KPD schloß

selbstverständlich mehrfache Zeitungs- und Schriftenverbote ein, darunter auch die am 15. 2. 1933 vom Kasseler Regierungspräsidenten ausgesprochene polizeiliche Sicherstellung der Druckschriften „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, beide als Bände in den „Elementarbüchern des Kommunismus“ erschienen, beide ohne Autorennamen im Amtsblatt abgedruckt.<sup>49</sup>

ABDRUCK

Kampfbund gegen den Faschismus  
Kre. Verband Hessen Frankfurt.

Frankfurt, 20.3.33.

An den U. L. Leiter „F.u.L.G.“

H. K.

Vorige Woche war unser Kamerad Kavalier bei Euch um die Abrechnung in Empfang zu nehmen aber leider habt ihr ja nicht für nötig gehalten den Kamerad auch nur einen Pfennig auszuliefern. Kameraden es ist dies von Euch eine Unverantwortlichkeit. Ihr wißt doch so gut wie wir selbst, daß wir in der jetzigen Situation ungeheuer viel Geld brauchen aber Kameraden wenn ihr nicht einmal abrechnet wo sollen wir denn dann das Geld hernehmen für unsere Agitation die wir doch unbedingt durchführen müssen um den werktätigen Massen die Wahrheit zu sagen da unsere Presse doch im ganzen Reich verboten ist und wir nur durch Flugblätter arbeiten können ist es wichtiger denn je daß ihr restlos abrechnet damit wir nicht einfallen aufhören müssen mit unserer Agitation denn gerade dies ist für uns noch die einzige Aufklärungs- und Kampfwaffe den breiten Massen die Wahrheit zu sagen, sagt ihr ihnen auch daß die braunen Mörder unsere besten Kameraden einfach abkillen, sagt ihnen daß in Berlin die 14 Verhafteten stillschweigend um die Welt gebracht worden sind von dem keine bürgerliche Zeitung etwas schreiben darf nur die ausländischen Zeitungen bringen dann und wann etwas heraus aber sobald die Polizei davon Kenntnis hat, werden auch diese sofort beschlagnahmt damit es das Volk nicht erfahren soll, sagt ihr in den SA-Heften noch da wartet ihr ganz gewiß unseren Kameraden finden hier ersticklich verhaftet worden ist und dann bei Nacht und Nebel in Gemeinschaft mit der Polizei verschleppt und in den SA-Schleppkäse dann abgeschlachtet wird wie ein Stück Vieh. Es wundert ihr Euch wo unsere Kameraden hin können denn niemand sein etwas davon unser Kamerad Albert denn ist verhaftet und liegt mit gebrochenem Arm und 30 Löcher in dem Kopf in Offenbach in dem Polizei Gefängnis der Kamerad Walter Fisch liegt in Offenbach in dem städtischen Krankenhaus und wir müssen jede Minute mit seinem Ableben rechnen beide von den braunen Mörder in Gemeinschaft mit der Polizei so schändlich zugerichtet daß man sie nicht mehr erkennen kann, Kameraden dies sind alles die Folgen von unserer Jahrelanger Arbeit wenn wir jetzt nicht dazu übergehen und sofort auf das schärfste antworten dann werden noch mehr unserer besten abgeschlachtet und das Volk verliert das Vertrauen zu uns und laßt dann den Mörder nach denn das Volk will kämpfen wir müssen den Weg zeigen also Kameraden stellt ihr in jedem U.G. und in jeder Ortsgruppe Flugblätter her und bringt die an Mann damit etwas von den Freveltaten an das Tageslicht kommen und das Volk versteht warum wir kämpfen wir nur die Freiheit aller Ausgebeuteten erkämpfen. Kommt nochmals an die Abrechnung denken und sofort das Geld an die Hand von dem Kamerad Kessler's Angegebene Adresse schicken. Damit wir nicht aussetzen müssen mit unserer Agitation.

Siegel: Kampfbund  
gegen den Faschismus  
Kre. Verband  
Hessen Frankfurt.

Mit Sturmbereit  
S. V. L.  
ger. H.

*Brief eines Mitgliedes des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ aus dem Frühjahr 1933, der den Nazi-„Sturmlauf“ aus der Sicht eines Verfolgten dokumentiert (HStA Mbg. 165/3886, Band 1)*

<sup>48</sup> HStA Mbg. 165/3886 Band 1. <sup>49</sup> Amtsblatt der Regierung zu Kassel, Nr. 7 vom 18. 2. 1933. Kein geringerer als Karl Marx hatte diese beiden Schriften verfaßt.

Selbst das bürgerlich-konservative Lager schien sich wieder zu stabilisieren. Für die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ stimmten 16777 und für den Christlich-Sozialen Volksdienst 2776 Wahlberechtigte.

In der Weise, wie Hitler auf Reichsebene die faktische Beseitigung der Demokratie von Weimar erfolgreich vorantrieb, konnte bzw. wollte er nicht zulassen, daß auf kommunaler und regionaler Ebene die „alten, liberalistischen“ Strukturen fortlebten und möglicherweise Gegenmachtpositionen entfalteten. Der NSDAP kam es deshalb in den ersten drei Märzwochen darauf an, politische und gesellschaftliche Positionen, die nicht einzuverleiben waren, kurzerhand und ein für allemal „abzuräumen“.

Dies traf zuerst Kommunisten, Sozialdemokraten, Freie Sozialisten, Anarchisten, Gewerkschafter und andere Mitglieder von Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung (in den Sportvereinen, bei den Naturfreunden, bei der Sozialistischen Arbeiterjugend z. B.). Diese „Säuberungen“ setzten zur gleichen Zeit auch in den Behörden ein. Eingeleitet wurden sie durch *Flaggenhissen*, die die Kasseler SA und SS (auch Hitlerjugend war dabei) unter Führung von Freisler, Stock, Weinrich und anderer Naziführer an zahlreichen Behörden mit großem Aufwand am 6. und 7. März veranstalteten. Der Vorgang lief nach folgendem Schema ab: Weinrich und Freisler „verhandelten“ mit dem Amtschef, während draußen SA- und SS-Stürme „warteten“. Beim Rathaus, so die „Kasseler Post“, sei das „große öffentliche Ereignis“ am 6. März folgendermaßen abgelaufen:

„Die Kasseler NSDAP hatte ihre verfügbaren SA-Stürme antreten lassen, die gegen 7.00 Uhr unter den Klängen eines Trommelmarsches vom Friedrichsplatz her anmarschiert kamen. Inzwischen hatten sich so große Menschenmassen eingefunden, daß der Platz und die Straßen vor dem Rathaus einem wogenden Menschenmeere glichen. Die Straßenbahn war gezwungen, ihren Betrieb zeitweilig einzustellen.

Nach einer Unterredung, die Oberbürgermeister Dr. Stadler mit dem Gauleiter Weinrich geführt hat, wurden an beiden Masten die Hakenkreuzfahnen befestigt.“<sup>50</sup> Gauleiter Weinrich sagte in der Ansprache, daß „jetzt... alle Ämter und Rathäuser gesäubert [würden]. Auch im Kasseler Rathaus werde fortan nationalsozialistisch regiert und als Symbol des erwachenden Volkes werde heute die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus gehißt und für immer oben bleiben.“<sup>51</sup>

Am folgenden Tage, dem 7. März, zogen SA und Stahlhelm gemeinsam – letztere die schwarz-weiß-rote Fahne

hissend – zum Regierungspräsidenten, zum Gerichtsgebäude, zum Oberpräsidenten, zur Reichsbahndirektion, zur Landesversicherungsanstalt und zur AOK – alles Ämter bzw. Einrichtungen, die Republikaner, z. T. Sozialdemokraten an ihrer Spitze gehabt hatten (z. B. Landesrat Thöne an der Landesversicherungsanstalt, August Haas als Oberpräsident, F. Friedensburg als Regierungspräsident usw.) –, um diese Einrichtungen für den Nationalsozialismus ein für allemal „zu besetzen“. In diesem Ton wurde auch gesprochen: „Die NSDAP wolle dafür sorgen, daß, wie Haas, auch der Rest der Träger des roten Systems die Behördenhäuser verlassen“ (Weinrich). „Deshalb muß die Reichsbahn den Bonzen wieder entwunden und dem Deutschen Volke zurückgegeben werden“ (Stock). „Die Novembervbrecher haben ihre Sessel verlassen, und soweit sie sie noch nicht verlassen haben, werden wir dafür sorgen, daß sie beseitigt werden“ (Oberstleutnant a. D. von Buch, Stahlhelm-Gauführer).

Zum Flaggenhissen in diesem Stile kam es auch am Staatstheater, am Provinzialschulkollegium, auf dem Postgebäude, vor dem Arbeitsamt, dem Ständehaus, der Landeskreditkasse und dem Landesfinanzamt, vor dem Hauptbahnhof, vor dem Reichsbankgebäude und an einigen Gymnasien.<sup>52</sup> Es hat seitens der überfallenen Behördenleiter – von einer Ausnahme abgesehen – gegen diese dreiste Besetzung ihrer Häuser anscheinend keinen Widerspruch oder Widerstand gegeben.

Das Hissen der Hakenkreuzfahne auf öffentlichen Gebäuden, mit dem die Nazis für jedermann leicht erkennbar auf sich als „neue Herren“ hinweisen wollten, mit dem sie ihre *Parteifahne* anmaßend über andere Rechte, über Recht und Gesetz setzten (hieran ändert auch ein scheinbar legitimierender Funkspruch aus Berlin an alle Behörden, „etwaige Flaggenhissungen durch Parteien der nationalen Regierung ohne weiteres zuzulassen“ nichts), war gleichwohl noch als Ankündigung bzw. als Drohung anzusehen.

Die Ereignisse im Kasseler Gewerkschaftshaus am 7. März 1933 und der Boykott jüdischer Geschäfte am 9. März 1933 gingen bereits darüber hinaus.

Am Nachmittag des 7. März drangen SA- und Stahlhelme in das Kasseler Gewerkschaftshaus ein, zerstörten Möbel und Innenräume, zerschlugen Türen und warfen Fahnen, Bilder, Druckschriften (darunter Akten und Mitgliederverzeichnisse) durch die Fenster auf die Straße.<sup>53</sup> Freisler erklärte in einer Rede, die NSDAP habe symbolisch vom Gewerkschaftshaus Besitz ergriffen. Anschließend zog der Zug zum Martinsplatz, wo die Gewerk-

<sup>50</sup> Kasseler Post vom 7. 3. 1933. <sup>51</sup> Ebenda. <sup>52</sup> Kasseler Post vom 8. 3./9. 3. 1933. <sup>53</sup> Vgl.: Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel 1933. Bilder, Dokumente, Kommentare. Katalog zur Ausstellung. Herausgegeben von der Gesamthochschule Kassel. Kassel 1983.

schaftsfahnen verbrannt wurden. Auf diese Weise wurde die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel eingeleitet. Das Verhalten der Kasseler Polizeiführung – die Entlassung Dr. Hohensteins zeigte hier erste „Erfolge“ – bei dieser NS-Aktion war skandalös. Nicht nur, daß sie jeglichen Schutz für die bedrohten Gewerkschaften verweigerte, sie begünstigte durch Nichteingreifen vor Ort die unrechtmäßigen Vorgänge selbst. Hatten doch am Vormittag zwei Gewerkschaftssekretäre um polizeilichen Schutz ersucht, der ihnen mit der bizarren Begründung verwehrt wurde, daß eine Rückfrage bei den SA- und SS-Standarten ergeben habe, „daß dort von dem Plan einer Besetzung des Gewerkschaftshauses nichts bekannt und eine derartige Maßnahme auch nicht beabsichtigt sei“.<sup>54</sup> Als dann das Gewerkschaftshaus besetzt wurde, schritten die anwesenden Polizeibeamten des Überfallkommandos sowie andere Polizisten aus dem zuständigen Revier nicht ein. Ein Einschreiten „wäre zweifellos“, so der Polizeipräsident, „von der vor dem Haus befindlichen Menge als Vorgehen gegen die NSDAP aufgefaßt worden...“. Diese Behörde folgte nicht mehr dem Rechtsprinzip, sondern sie ließ parteipolitische Rücksichtnahmen den Ausschlag geben. „Trotz eingehender Untersuchungen“ gelang es hier nicht, „die Urheber des angerichteten Schadens festzustellen“.<sup>55</sup>

Während das Gewerkschaftshaus von nun an „durch die Schutzpolizei verschärft bewacht wird“, bis es dann am 2. Mai 1933 durch SA und SS zum zweiten Male besetzt und der NSBO übergeben wurde – die Freien Gewerkschaften waren nun endgültig zerschlagen –, verschärfte sich der NS-Terror gegen einzelne Gewerkschafter. Die erhaltenen Berichte weisen die gleiche Vorgehensweise auf: Führende Gewerkschafter wurden von SA oder SS abgeholt und in eines der berüchtigten „Sturmlokale“ (meist in die Bürgersäle in der Oberen Karlstraße) oder „Stützpunkte“ geschleppt. Dort wurden an ihnen Scheinhinrichtungen durchgeführt, furchtbare Schläge ausgeteilt und andere Formen von Mißhandlungen angewandt. Schließlich wurden die so Geschundenen verhöhnt, indem sie zu „Heil Hitler“-Ausrufen und ähnlichem gezwungen wurden.<sup>56</sup>

Am 9. März 1933 war es in der Oberen und Unteren Königstraße zu Boykottaktionen jüdischer Geschäfte gekommen. SA postierte sich vor den Geschäften, filmte diejeni-

gen, die trotz gegenteiliger Aufforderung das Geschäft betreten, riegelte dann die Geschäftszugänge ganz ab, so daß diese Geschäfte schließen mußten. Solche Boykottmaßnahmen waren auch in den Jahren zuvor in Kassel mehrfach von nationalsozialistischer Seite aus inszeniert worden.<sup>57</sup>

Keller, in denen Gegner des Nationalsozialismus in Kassel gepeinigt und mißhandelt, gefoltert und gequält wurden, gab es viele: Zum einen die Stammlokale der SA und NSDAP (besonders die erwähnten „Bürgersäle“), dann die Parteizentrale der NSDAP selbst, das Adolf-Hitler-Haus in der Wilhelmshöher Allee 7 und das Vereinshaus der Arbeiterwassersportler am Auedamm (nun SS-Stützpunkt). Es liegen mehrere Berichte über solche Mißhandlungen vor. Die Ereignisse in den Bürgersälen sind Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens nach 1945 geworden.<sup>58</sup> Zumeist wurden diese Mißhandlungen einzelner durch eine dem mittelalterlichen Pranger vergleichbare „Vorführung“ durch belebte Straßen der Innenstadt eingeleitet. Ähnlich dem Pranger, das heißt der öffentlichen Erniedrigung und Verächtlichmachung gleichkommende Quälereien wurden auch aus Dörfern des Landkreises Kassel berichtet.<sup>59</sup> Die Nazizeitung „Hessische Volkswacht“ hatte eine eigene Kolumne mit der Überschrift „Am Pranger“, worin Journalisten in der Maske des Biedermanns Enthüllungen über „rassenschänderische“ Beziehungen bei voller Namensnennung des so Gedemütigten und Verhöhnerten verfaßten.

Ein Beispiel aus etwas späterer Zeit, dem August 1933: „Ernst L... aus Melsungen“ – so eine solche Anprangerung mit einem steckbriefähnlichen Foto des Betroffenen – „hat es immer noch nicht begriffen, daß die schönen Zeiten des Systems vorüber sind. Er unterhielt ein bis zum vorgestrigen Tage ungestörtes Verhältnis zu Fräulein D. aus Kassel, Weserstraße. Nach eigenem Eingeständnis des Melsunger Juden und seines Freundes Nathan in Kassel hat L. das Mädchen in der übelsten Weise mißbraucht und Nathan, in dessen Wohnung sich E. und D. trafen, den Kuppler gespielt. Alle drei wurden am Montag durch die Straßen der Stadt Kassel geführt, wobei sie ein Schild tragen mußten, auf dem verzeichnet war: ‚Wir haben Christenmädchen mißbraucht.‘ Die beiden Juden werden aus Gründen der öffentlichen Sicherheit in einem Konzentrationslager untergebracht werden.“<sup>60</sup>

<sup>54</sup> HStA Mbg. 165/3982, Band 9 (Abschließender Bericht des Kasseler Polizeipräsidenten W. v. Kottwitz betr. Demonstration der NSDAP vor dem hiesigen Gewerkschaftshaus am 7. dieses Monats vom 10. März 1933). <sup>55</sup> Ebenda. <sup>56</sup> G. Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933. Frankfurt-Köln 1975, S. 64–66 (Brutale Mißhandlung von zwei Angestellten in Kassel. Als Anlage des Schreibens des ADGB-Vorstands an den Reichspräsidenten vom 5. April 1933). <sup>57</sup> Vgl. in diesem Band den Beitrag von Wolfgang Prinz. <sup>58</sup> Das Verfahren wurde am 12. 10. 1948 vor dem Landgericht Kassel eröffnet. <sup>59</sup> Z. B. die Mißhandlung August Cohns in Oberkaufungen, vgl. Volksgemeinschaft und Volksfeinde, Band 1, S. 206 f. Auch in Hofgeismar, Immenhausen, Sandershausen, Heiligenrode, Frommershausen, Niedierzwehren, Crumbach, Ihringshausen, Niedervellmar, in Spangenberg, im Karlsruh/Wabern kam es zu derartigen öffentlichen Erniedrigungen und heimlichen Mißhandlungen durch „Femegerichte“ und „Revolutionstribunale“ der Nazis. „Der Geheimdienst der SA-Standarte 83 bildete in Zusammenarbeit mit anderen der SA nahstehenden Zivilisten oder Parteifreunden ein sogenanntes ‚Revolutionstribunal‘ in den Bürgersälen.“ (Hessische Nachrichten vom 14. 10. 1948). <sup>60</sup> Hessische Volkswacht vom 23. 8. 1933.

Während dieser Flaggenhissungen, Häuserbesetzungen, der Terrorakte gegen einzelne durch SA-Rollkommandos hatte die NSDAP den Wahlkampf für die Kommunalwahlen am 12. März unvermindert heftig fortgesetzt. Wieder blieb der erwartete große Erfolg aus: Die NSDAP erhielt 8000 Stimmen weniger als am Sonntag zuvor, die SPD festigte ihr Ergebnis, während die KPD nicht zuletzt auch aus den genannten Gründen Stimmen verlor.

Immerhin: Von den 56 Kasseler Stadtverordnetenmandaten waren 16 an die Sozialdemokraten (darunter Christian Wittrock, Rudolf Freidhof, Georg August Zinn, Friedrich Hofacker, Willi Goethe), zwei an das Zentrum (Karl Dietrich und Katharina Wingenbach) und vier an die KPD (darunter Karl Barthel und Valentin Gabel) gefallen. Etwa zwei Fünftel aller Stadtverordneten, soeben demokratisch gewählt, standen, z. T. scharf, gegen die aufziehende Hitler-Diktatur.

In dieser Situation griffen die Nazis rücksichtslos zur Gewalt, um die demokratische Opposition für immer auszuschalten. Nach ihrem Konzept durfte es unter keinen Umständen zu einer sich befestigenden parlamentarischen Opposition in der Stadtverordnetenversammlung kommen. Die Methoden, derer die NSDAP sich bei dieser Unterdrückungspolitik bediente, waren auch in Kassel und Nordhessen folgende:

- Die gewaltsame Hinderung an der Ausübung des Mandats,
- die Verhängung von Schutzhaft gegen Mandatsträger,
- die gewaltsame Dienstentfernung und Einschüchterung,
- die Beseitigung der Parlamente.

Flankiert und „abgesichert“ wurde dieser lokale Terror durch Verordnungen, Gesetze und Erlasse der fest in nationalsozialistischen Händen sich befindenden preußischen und Reichsministerien.

Mitte März 1933 schrieb Weinrich an die Kreis- und Ortsgruppenleiter der NSDAP folgendes: „In den neugewählten Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen ist die Tätigkeit von jetzt gewählten Juden und Kommunisten von vornherein, notfalls *mit energischen* Maßnahmen zu verhindern. Sie dürfen zur Eröffnungssitzung den Sitzungsraum überhaupt nicht betreten. Genügend SA und SS steht ja überall im Notfall zur Verfügung.“<sup>61</sup> Während jüdische bzw. kommunistische Abgeordnete gewaltsam vom Sitzungsraum fernge-

halten werden sollten, durften sozialdemokratische Abgeordnete nach Weinrichs Vorstellung keinerlei Amt mehr erhalten: „In der Zeit der nationalen Revolution ist es eine Unmöglichkeit, daß noch ein Vertreter oder stärkerer Anhänger einer undeutschen, marxistischen Geistesrichtung ein Vertreteramt als Kreisdeputierter, als Bürgermeister, Beigeordneter oder Schöffe ausübt.“ Weinrich schlug vor, daß in den Fällen, in denen noch ein Marxist in ein Amt gewählt wird, der NSDAP-Kreisleiter „durch Rücksprache mit dem zuständigen Landrat die Versagung der Bestätigung erwirken wird“. In verschiedenen Landkreisen des Regierungsbezirks Kassel ist nach diesem Vorschlag verfahren worden, besonders dort, wo NSDAP-Aktivistinnen plötzlich zu Landräten avanciert waren.

In gleicher Richtung hatte Göring Ende März verschiedene Runderlasse herausgegeben, wobei er auch einen Fingerzeig gab, wie man mit sozialdemokratischen Mandatsträgern verfahren könne: Sie dürften an der Teilnahme der Sitzungen nicht gehindert werden. „Dies bezieht sich jedoch nicht auf die tatsächliche Behinderung einzelner dieser Mitglieder durch richterliche und polizeiliche Maßnahmen, die aus besonderen Gründen gegen sie getroffen sind.“

Die NSDAP hatte sich sehr bald unmittelbare Zugänge zum Instrument der Schutzhaftverhängung verschafft, wobei der einfachste Weg über die Polizeibehörden führte. Schutzhaft bedeutete, daß der Betroffene verhaftet und in ein Gefängnis bzw. in einen gefängnisähnlichen Ort auf unbestimmte Zeit eingesperrt wurde, wobei er SA- oder SS-Kommandos ausgeliefert war.<sup>62</sup> In Kassel wurden Schutzhaftgefangene im Polizeigefängnis am Königstor, im Zuchthaus Wehlheiden, im Untersuchungsgefängnis in der Leipziger Straße, im Karlsruhospital und ab Juni 1933 im eigens für diesen Zweck eingerichteten Konzentrationslager Breitenau eingesperrt.<sup>63</sup> Als Schutzhaftgefangener konnte der soeben gewählte Abgeordnete sein Mandat selbstverständlich nicht ausüben. Diese Schutzhaftmaßnahmen bedeuteten einen schweren Anschlag auf die demokratische Willensbildung, die ihren Ausdruck in Wahlen von Abgeordneten fand: Der Schutzhaftvorgang führt dazu, daß die Exekutive (z. B. der Landrat) die Legislative (z. B. den kommunistischen Gemeindevertreter) auflöst.

In der Stadt Kassel waren folgende Stadtverordnete an der Ausübung ihres Mandats durch Schutzhaft Ende März

<sup>61</sup> HHStA Wbdn. 483/1254. Göring hatte wie stets in solchen Fällen diese Praxis als Reichskommissar für Preußen scheinlegalisiert: Vgl. MbliV I, S. 390 f. <sup>62</sup> Vgl. in diesem Band den Beitrag von Jörg Kammler. <sup>63</sup> *Erinnern an Breitenau 1933–1945. Katalog zur Ausstellung*, 4. Aufl. Kassel 1984. <sup>64</sup> Für Freidhof und Schäfer vgl. die Betreuungsakten im Stadtarchiv Kassel. <sup>65</sup> Kasseler Post vom 25. 3. 1933. <sup>66</sup> Hessische Nachrichten vom 30. 1. 1958. <sup>67</sup> HHStA Mb. 165/3982. Sonder-Akten betr. Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung sowie den öffentlichen Sicherheitsdienst. Band 11. Dieser Bericht befindet sich – wie ähnliche Berichte anderer auch – einem Schreiben des preußischen Landtagsabgeordneten Paul Röhle (SPD) vom 10. 4. 1933 an Göring beigelegt. Röhle nennt namentlich 14 von den Nazis mißhandelte Personen (davon 13 in Kassel) und bittet Göring um Nachprüfung. Göring reichte das Schreiben an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin weiter, von wo aus er urschriftlich nebst Anlagen an den Regierungspräsidenten in Kassel „zur gefl. weiteren Veranlassung“ am 29. Mai 1933 weitergereicht wurde. Der Regierungspräsident nahm es

1933 gehindert: Rudolf Freidhof (SPD), Otto Schäfer (SPD), Karl Barthel (KPD), Valentin Gabel (KPD), Friedrich Schmidt (KPD).<sup>64</sup>

Der Rücktritt des Kasseler Oberbürgermeisters Dr. Stadler am 24. März 1933 zugunsten des Nationalsozialisten Gustav Lahmeyer, des bis dahin amtierenden Bürgermeisters, wurde bekanntgegeben, nachdem „der inzwischen zum Ministerialdirektor ernannte Landtagsabgeordnete Dr. Roland Freisler in Begleitung des [SS-]Standartenführers Dörnemann mit dem Oberbürgermeister die Lage“ in deren Dienstzimmer besprochen hatten. Vor dem Rathaus hatte eine SA-Abteilung sich postiert und eine „nach Tausenden zählende Menschenmenge“ sich eingefunden, „die die Entwicklung der Dinge gespannt verfolgte“. Freisler sprach dann zur Menge, gab Stadlers Rücktritt bekannt, würdigte diesen „schweren Entschluß des Oberbürgermeisters“, über den „nicht billig triumphiert“ werden sollte. Stadler habe aus freiem Entschluß die Stadt Kassel dem Nationalsozialismus ganz übergeben.<sup>65</sup>

Es ist keine Frage, daß Stadler unter massivem Druck sich zu diesem Rücktritt veranlaßt sah. Während Freisler gegenüber dem Oberbürgermeister nach außen hin die Fassade des freiwilligen, fast tragischen Rücktritts wahrte, prügeln zur gleichen Zeit SA-Leute demokratische Beamte und Angestellte aus ihren Amtsstuben heraus, ließen sie die Rathauptreppe hinunter zwischen SA-Abteilungen „Spalier laufen“, um sie in den genannten Bürgersälen zu mißhandeln. Der Augenzeuge und spätere Kasseler Oberbürgermeister Willi Seidel hat diese Vorgänge festgehalten:

„Eine Gruppe städtischer Bediensteter, die aus irgendeinem persönlichen Grunde verärgert waren, sowie andere Parteigänger der neuen Machthaber haben Dr. Freisler und der SA eine ‚schwarze Liste‘ über mißliebige Politiker, städtische Beamte und Mitbürger jüdischer Abstammung in die Hände gespielt. Das Rathaus war ringsum an allen Eingängen von SA-Leuten in Uniform besetzt. Jeder, der auf der Liste stand, wurde unter Johlen und Gebrüll einer immer größer werdenden Menge Radaulustiger vor dem Rathaus die Freitreppe heruntergeführt, mit Fußtritten, Stockschlägen und Schimpfworten bedacht. Daraufhin wurden die Betroffenen in den verdunkelten Räumen der Bürgersäle... von Angehörigen der SA, die sich unkenntlich gemacht hatten, verprügelt.“<sup>66</sup> Ein Bericht eines Betroffenen vom 24. März ist bekannt:

Am 30. März 1933 fand die „feierliche Eröffnungssitzung des neuen Stadtparlaments“ im Stadthallensaal statt.<sup>67</sup> Sie wurde im Stil einer Parteikundgebung inszeniert. Eine riesige Hakenkreuzfahne war aufgehängt, SA und SS versahen den Ordnungsdienst im Saal, eine SS-Kapelle spielte Märsche bis Sitzungsbeginn. Folgerichtig wurde nicht

*Bericht des städtischen Angestellten K. über seine Mißhandlung in den Bürgersälen am 24. März 1933<sup>68</sup>*

Am 24. 3. 33 wurde ich etwa gegen 12 Uhr auf dem Gang vor der Druckerei, Zimmer 48, im Rathaus von 2 Naz. SA-Uniform angesprochen. „Sie sind doch Herr K.“ Ich antwortete ihnen zustimmend, worauf mir gesagt wurde: „Gehen Sie bitte mit in die Bürgersäle.“ Ich wurde von ihnen die Rathaus-Freitreppe hinuntergeführt zu den Bürgersälen hin. Dort habe ich im großen Saal etwa 2 Stunden mit andern Beamten und Angestellten des Rathauses warten müssen. Wir wurden einzeln herausgeführt und in einem Nebenzimmer von einem Zivilisten und einem in SA-Uniform vernommen. „Sind Sie Mitglied der SPD?“ war die erste Frage, verneinte dieselbe und fügte hinzu, daß ich 1928 oder 1929 bereits ausgetreten sei. „Sie sind aber Mitglied des Betriebsrates?“ „Jawohl, aber Beisitzender.“ „Haben Sie in dieser Eigenschaft als Angehöriger des Betriebsrates irgend jemanden etwas zuleide getan.“ „Nein, das kann ich nicht, da ich nur Beisitzender bin“, war meine Antwort. Man fragte mich dann weiter, ob ich Mitglied der KPD sei. Ich sagte ihnen, daß das nicht der Fall sei. „Sie sind Kriegsteilnehmer?“ „Ja.“ „Was habt Ihr mit uns getan 1918“ „Ihr habt uns die Achselstücke heruntergerissen und ins Gesicht gespuckt!“ „Da habe ich nichts mit zu tun“, antwortete ich ihnen. „Nun gut, gehen Sie mit den beiden Herren dort.“ Daraufhin wurde ich von 2 SA-Leuten aus dem Zimmer herausgeführt, zum Keller hinunter, der von SA-Leuten besetzt war. Der Keller war dunkel. Mit zwei Taschenlampen beleuchtete man ihn. Ich erkannte eine Pritsche, auf die hinzulegen man mich zwang, mit den Worten, nun leg Dich mal ein bißchen hin. Man hielt mich an Kopf, Händen und Füßen fest, mehrere SA-Leute schlugen auf mich mit Gummiknüppeln eine Viertelstunde ein, Rücken, Gesäß und Oberschenkel. Am Kopf, Arm blutete ich, durch das ständige Aufschlagen auf der Pritsche. Aufhören, kommandierte plötzlich jemand. Darauf wurde ich wieder heraufgeführt nach oben. Man reichte mir ein Glas Wasser und sagte: „Na, Du hast noch nicht viel abbekommen, ruf mal ‚Heil Hitler‘.“ Da ich zu sehr blutete, wurde ich noch einmal in den ersten Stock geschickt und vom Blut gereinigt. Bis zum Rathaus wurde ich begleitet, ich holte meine Sachen vom Büro und ging nach Hause. Vor der Landesversicherungsanstalt brach ich zusammen. Stadtsekretär Theune sah mich und faßte mich unter und begleitete mich nach Hause. Seit dieser Zeit liege ich zu Bett und bin dienstunfähig. Gesehen wurde ich von den Ärzten Dr. Nagel, Dr. Müssig, Dr. Müller, Prinzenstraße, Dr. Hans Wegener, Wilh. Allee. Kassel, den 29. 3. 33.

am 13. Juni 1933 „nach Vortrag“ zu den Akten. <sup>68</sup> Vgl. zum folgenden die ausführliche Berichterstattung in: Kasseler Post, 1. 4. 1933.

mehr erörtert, verhandelt, argumentiert, abgewogen, sondern militärisch-knapp das Notwendige vorgetragen und sofort en bloc, meist einstimmig, entschieden. Ohne Diskussion wurde dem SPD-Stadtverordneten Christian Wittrock das Mandat aberkannt. Freisler griff höhnisch die SPD an, weil sie zu dieser Sitzung nicht erschienen war. Dabei war Freisler selbstverständlich bekannt, daß einige Mandatsträger in Schutzhaft saßen, andere mißhandelt worden waren, und daß die Chance einer fairen Verhandlung bei dem Charakter dieser Veranstaltung für Gegner nicht mehr gegeben war. Bereits während dieser Sitzung wurde Hitler das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen. Das weitere Schicksal dieses Kasseler Stadtparlaments endet noch im Verlauf des Jahres 1933. Das nationalsozialistische Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. 12. 1933 schuf die parlamentarischen Körperschaften ab und errichtete kooptativ hinzuzuziehende ehrenamtliche Bei-

geordnete und Ratsherren, zu denen dann ab 1934 fast ausschließlich Parteigänger des Nationalsozialismus berufen wurden.<sup>69</sup>

Die letzte Sitzung des Stadtparlaments fand am 30. Dezember 1933 statt. Auf dieser Sitzung wies Weinrich auf „die Notwendigkeit der Auflösung der Stadtparlamente“ hin. „Die NSDAP hat zeit ihres Bestehens gegen den Parlamentarismus gekämpft, da er nie dem deutschen Wesen entsprochen habe.“ Im übrigen sei „in Kassel durch die Einsetzung des ‚beschließenden Ausschusses‘ der Parlamentarismus praktisch schon bei der Machtübernahme beseitigt worden“.

In ähnlicher Weise – jedoch noch etwas zügiger – beendeten Weinrich und seine Leute die Tätigkeit des Kommunal- und Provinziallandtags.<sup>70</sup> Parteiverbote, Enteignungen von Zeitungen und Parteivermögen, schlossen diesen Machtdurchsetzungsprozeß perfekt ab.

## Eine ohnmächtige Arbeiterbewegung

Die politische Linke, Sozialdemokratie, KPD und die kleineren Gruppierungen (wie KPD-Opposition, Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Internationaler Sozialistischer Kampfbund u. a.) ist vom aufziehenden Faschismus überholt, überrollt, geschlagen und besiegt worden. Auch in Kassel haben SPD und KPD bis in den Februar 1933 hinein nicht einmal in jener Frage zu einer Absprache finden können, von der das jeweilige Überleben jeder einzelnen Organisation abhing: In der Frage eines gemeinsamen Vorgehens gegen die faschistische Gefahr. So konnte der Kasseler Regierungspräsident am 26. April 1933 dem Berliner Polizeipräsidenten korrekt berichten: „Beobachtungen über einen Zusammenschluß der KPD und SPD zu einer Einheitsfront sind nicht mehr gemacht worden. In den letzten KPD-Versammlungen anlässlich der Reichstagswahl im Januar des Jahres haben die KPD-Referenten noch eine sehr gehässige Sprache gegenüber der SPD-Führung geführt. Der Gedanke eines Zusammengehens dürfte nur in der Gefolgschaft beider Parteien, nicht aber bei ihren Führern lebendig gewesen sein.“<sup>71</sup> Arthur Mehmet, der das „Kasseler Volksblatt“ in den Jahren vor dem 30. Januar 1933 untersuchte, kam zu dem Ergebnis, daß dort „die faschistische Gefahr für die Zukunft allgemein unterschätzt (wurde), denn: um zur Macht zu

gelangen, müßte der Faschismus sich entweder der Macht des Großkapitals völlig unterwerfen und würde so seine Massenbasis verlieren, oder er müßte auf diese Unterordnung verzichten und würde damit in Widerstreit mit den Interessen maßgeblicher Kapitalkreise geraten. Aus dieser Widersprüchlichkeit glaubte man ein mehr oder weniger automatisches Scheitern der faschistischen Bewegung ableiten zu können.“<sup>72</sup> Die Unterschätzung der faschistischen Gefahr findet man häufig in der sozialdemokratischen Parteipresse (etwa in Formulierungen wie derjenigen, daß mit Hilfe der Eisernen Front „der ganze nationalsozialistische Spuk bald verfliegen sei“).<sup>73</sup> Überhaupt ist die Methode, mit der im „Kasseler Volksblatt“ der Nationalsozialismus untersucht, kritisiert und bekämpft wird, als Enthüllungsjournalismus zu kennzeichnen. Die Kasseler Nazibewegung wird der sozialdemokratischen Leserschaft als ein Sumpf, in dem korrupte und sittlich derangierte Gestalten sich tummeln, vorgeführt. So berichtete das „Kasseler Volksblatt“ etwa am 19. August 1932 unter der Überschrift „Das ist die Kasseler Hitlerpartei. Skandal über Skandal – Röhmlinge in der hiesigen Hitlerjugend – Kulturkampfgelder bei Wein und Weib – Explosion in der Betriebszellenleitung“ über allerlei Hintertreppengeschichten, ohne dabei die wirklichen Gefahren der

<sup>69</sup> Auch die bis dahin noch geduldeten Mitglieder der DNVP und des Zentrums wurden nun herausgedrängt: H. Waldschmidt, L. Steuer, Dr. Wilhelm Hartmann (alle vormals DNVP) und K. Dietrich (vormals Zentrum) scheiden bis Mitte 1934 als Beigeordnete bzw. Ratsherren der Stadt Kassel aus. Kasseler Post vom 13. 7. 1934. <sup>70</sup> Vgl. Kasseler Post vom 24. 3. 1933, 6. 4. 1933 und 11. 5. 1933. („Kommunallandtagssitzungen unnötig“). Vgl. auch: Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel (65. Kommunallandtag) vom 5. April 1933. Kassel 1933. <sup>71</sup> BAK: R 58/561. <sup>72</sup> A. Mehmet a.a.O. (10), S. 170. <sup>73</sup> A. Mehmet a.a.O. (10), S. 171–186; dort ist die Fehleinschätzung der SPD hinsichtlich der politischen Zukunft der NSDAP ausführlich dokumentiert.

aufziehenden faschistischen Bewegung zu erfassen und ohne anscheinend zu begreifen, wie weit man selbst sich in seinen Maßstäben und Kriterien aufzugeben begann, wenn man z. B. Homosexualität als „schmutzig“ bezeichnete: „Nach dem Skandal von Hofgeismar nun der Skandal in Kassel. Ein Führer der Kasseler Hitlerjugend wurde bei einem perversen Geschlechtsverkehr mit einem Hitler-Jüngling ertappt! In einer Partei, in der ein erster Führer des Braunen Hauses für stramme Negerjungen schwärmte, kann das zwar nicht überraschen, aber die Öffentlichkeit hat ein Anrecht darauf, solche schmutzigen Dinge zu erfahren, und erst recht dann, wenn es sich um den Führer der Jugend handelt. Diese Leute blasen sich auf und schreien, sie wollten Deutschland vom ‚Kultur bolschewismus‘ erlösen. Wir sind genau unterrichtet darüber, daß auch in unserem Bezirk § 175er als nationalsozialistische Redner auftreten. Wie immer man zu krankhaft veranlagten Menschen steht: Auf die Jugend dürfen solche Leute auf keinen Fall losgelassen werden!“<sup>74</sup> Immer wieder greift das Volksblatt scheinbar Partei für Sitte und Anstand, als ob es darum ginge, ob Freisler irgendwelche unterschlagenen Summen „in Luxuskneipen und Bordellen“ verpraßt habe. Überschriften wie „Der Puffvater als SS-Koch“, „Der Nazibaron auf Reisen“, „Der Nazibaron und sein Auto“ erscheinen in jeder Hinsicht als ungeeignet, um die Anhängerschaft gegenüber der wirklich drohenden terroristischen Gefahr angemessen zu informieren, zu mobilisieren und die eigene Basis zu verbreitern.

Von dieser kurzatmigen und problematischen Agitation im Tageskampf hob sich qualitativ ganz erheblich die veröffentlichte Kampfschrift von Rudolf Freidhof ab, dem Bezirkssekretär der SPD in Hessen-Nord, mit dem Titel „Die faschistische Gegenrevolution“, die er in Kassel im Selbstverlag des Verfassers im Jahre 1931 veröffentlichte. Auf 15 Seiten gelingt es Freidhof, in einer ernsthaften marxistischen Analyse die sozialen und ökonomischen Bedingungen und die drohenden Gefahren angemessen zu beschreiben. Er stellt fest, daß die Nationalsozialisten „die lautesten Rufer und der Mittelpunkt der gesamten Reaktion“ im Kampf gegen Marxismus und Demokratie geworden sind.<sup>75</sup>

„Die Wahlentscheidung vom 14. September hat die Sozialdemokratie vor eine neue, schwere, vielleicht die schwerste Aufgabe gestellt, die sie hier zu lösen hatte. Es unterliegt keinem Zweifel: diese Wahlentscheidung hat der Gegenrevolution starke Impulse gegeben, und der Faschismus ist jetzt zum Hauptproblem der deutschen In-

nenpolitik geworden.“ Freidhof arbeitet die „Dezimierung der liberalen Partei“ seit 1918 klar heraus und sieht auch ganz zutreffend, daß die Nationalsozialisten die erste bürgerliche Partei sind, die eine festgefügte Organisation aus allen Schichten des Volkes geschaffen haben. Ihnen ist es möglich, „diese Gesellschaftsschichten mit zum Teil sehr starken entgegengesetzten Klasseninteressen zusammenzuhalten“. Ganz klar wird von Freidhof der terroristische Grundzug des kommenden Dritten Reiches beim Namen genannt: „Die Nationalsozialisten sind nicht nur eine politische Partei, sondern auch gleichzeitig Wehrverband. Ihr Ziel ist die Beseitigung der Demokratie, ihre Methoden sind Terror und Gewalt.“ Am Beispiel der amnestierten Fememörder Klapproth und Edmund Heines, des neugewählten Reichstagsabgeordneten, folgert er: „Wehe der Arbeiterklasse, wenn diese blutgierigen Bestien jemals zur Macht kämen.“ Er sieht, daß der Hauptangriffspunkt der faschistischen Gegenrevolution die demokratischen Rechte sind, die gerade 1918 mühsam erkämpft worden waren. Bei dem Faschismus „handelt es sich nicht um die Aushöhlung, sondern um die vollständige Zerschlagung und restlose Beseitigung aller demokratischen Rechte. Die Revolution von 1918 hat der deutschen Arbeiterklasse die politische Gleichberechtigung gebracht und ihr durch die Demokratie auch politische Macht gegeben. Gegen diese Macht der Arbeiterklasse rennt der Nationalsozialismus als der aktivste Vortrupp der Gegenrevolutionäre an, und zwar unter der täuschenden Maske einer ‚Arbeiterpartei‘. Sie brauchen den Namen Arbeiterpartei, um die in Not und Elend geratenen Massen in demagogischer Weise irrezuführen.“ Freidhof ordnet die gegenwärtige ernste nationalsozialistische Gefahr in einen übergeordneten „gesellschaftlichen Machtkampf“ ein, den das Bürgertum gegen das Proletariat entfacht hat, nachdem dieses sich 1918 erdreistet habe, auf Demokratie und Gleichheit zu bestehen: „Das Bürgertum hat begriffen, daß es durch die proletarische Klasse immer mehr und mehr aus seinen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Machtpositionen gedrängt wird... Aber auch politisch und gesellschaftlich findet ein Machtkampf in ungeheurem Ausmaß statt... Man muß sich in die Psyche des Adels und des Bürgertums hineinversetzen, um den ungeheuren Haß zu begreifen, der daraus entspringt, daß dort, wo ehemals ein Adliger gesessen hat, jetzt ein ehemaliger Arbeiter mit dem selben, ja oft noch besserem Geschick die Dinge meistert. Es war doch früher so, daß alle Landräte, Polizeidirektoren, Landeshauptleute usw. dem Adel oder der Bourgeoisie entstammten, dabei wollen wir sogar zu-

<sup>74</sup> Kasseler Volksblatt, 19. August 1932. <sup>75</sup> Rudolf Freidhof, Die faschistische Gegenrevolution. Im Selbstverlag des Verfassers. Kassel 1931. Die folgenden Zitate sind dieser Schrift entnommen.

geben, daß für so manche dieser Stelleninhaber nicht in erster Linie das Gehalt trotz seiner Höhe ausschlaggebend war, denn sie stammten z. T. aus vermögenden Familien; für sie war maßgebend, daß sie ihre Stellung als Ausdruck einer *Machtposition* für ihre Klasse empfanden. Es war das Klasseninteresse, das im Vordergrund stand, und es war für ihre Klasse einfach selbstverständlich, alle Machtpositionen in ihrer Hand festzuhalten.“ Der 9. November 1918 „war nicht die Revolution, sondern nur der Tag, an dem die große Revolution ihren Anfang nahm, in der wir uns gegenwärtig befinden“. Freidhof sieht „alle Kräfte am Werk gegen das aufsteigende Proletariat, das ganz auf sich selbst angewiesen, diesen mächtigen Kampf, den Kampf zwischen zwei Klassen und Weltanschauungen, zu führen hat. Dem Proletariat erwächst kein Erlöser, es muß sich selbst im Kampfe seine Freiheit erobern!“

Freidhof spricht in dieser Kampfschrift mehrfach deutlich aus, daß Krieg und Barbarei das Ziel des Nationalsozialismus ist. Aus seiner Schrift spricht noch die Hoffnung, sich einem Kampf mit den Nazis zu stellen: „Die sozialdemokratische Arbeiterklasse ist mit dem Kapp-Putsch fertig geworden, sie hat den Hitler-Putsch vom 9. November 1923 überstanden, sie ist im Kampf mit Bismarck als Sieger hervorgegangen, sie wird auch in Zukunft mit dem Tschechoslowaken Hitler und seinen Mannen fertig werden. Wenn aber wirklich Köpfe rollen sollten, so hat die Arbeiterklasse nur eine Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß die Köpfe ihrer Gegner zuerst im Sande rollen.

Wird die Arbeiterklasse zum Kampfe gezwungen, dann gibt es für sie nur eine Parole: Aug' um Aug' – Zahn um Zahn!“

Die Kommunistische Partei in Kassel grenzte sich überaus scharf von kleineren sozialistischen Gruppen und Parteien ab. So wird die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands zu den „gefährlichsten Schädlingen innerhalb der Arbeiterbewegung“ gezählt;<sup>76</sup> drei kommunistische Stadtverordnete Kassels übten öffentlich Selbstkritik, weil sie mit Vertretern der SAP eine Fraktionsgemeinschaft gebildet hatten („erklären hierdurch, daß... unsere Maßnahme im Stadtparlament falsch, opportunistisch war“).<sup>77</sup> Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes werden als „Leisetreter“ diffamiert, die „der Gewerkschaftsbürokratie nicht auf die Füße treten wollen“.<sup>78</sup> Arthur Mehmet hat im übrigen klar herausgearbeitet, wie ungebrochen der Sozialfaschismus-Vorwurf gegenüber der Sozialdemokratie sich halten konnte.<sup>79</sup> Die Einstellung der kommunistischen Parteipresse zur NSDAP ver-

zeichnet zwar die Blutaten und den Terror der Nazis, stellt diesen auch als weiterhin gefährlich dar, arbeitet aber die gesellschaftliche und politische Gefahr nicht klar genug heraus. Die „Neue Arbeiter Zeitung“ widmete sich auch immer von neuem den angeblichen „Zersetzungserscheinungen in der NSDAP“ bzw. der „wachsenden Rebellion im Hitlerlager“.<sup>80</sup> Sie schreckt auch nicht davor zurück, skandalöse Offene Briefe von SA-Angehörigen, die andere SA-Angehörige als Judenfreunde denunzieren sollen, abzudrucken. Auf dem 15. Parteitag der KPD Hessen-Waldeck hielt Karl Barthel eine „Kampfred“; darin führte er unter anderem aus, daß „die herrschende Klasse alles tut, um den grandiosen Vormarsch der revolutionären Arbeiterschaft aufzuhalten...“ Aus einigen Streiks wird ein „revolutionärer Aufschwung im Bezirk“ herausgelesen. Die „Mehrheit der Arbeiterklasse“ könne nur erobert werden „im Kampf gegen die SPD als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie, im Kampf gegen die Nazis, im Kampf gegen das Zentrum...“<sup>81</sup>

Immer wieder bedeutet die Neue Arbeiter Zeitung ihrer Leserschaft, daß Zersetzungserscheinungen, Skandale, Korruptionsgeschichten und Meutereien die Hitler-Bewegung charakterisierten, so daß ein vollkommen verharmlosendes Bild der NSDAP entsteht. Ist es der Gefahr angemessen, wenn im Dezember 1932 formuliert wird: „Der Zersetzungsprozeß der nationalsozialistischen Partei, der SA und SS, nimmt immer schärfere Formen an.“<sup>82</sup> Immer wieder versucht die Neue Arbeiter Zeitung – mit Blick auf die SA sicher – revolutionäre Interessen der Basis gegen korrupte Interessen der Führung zu akzentuieren. Das geht z. T. soweit, daß der Antisemitismus der Nazibewegung aufgegriffen wird: „Den einfachen Muschkoten erzählt man immer und immer wieder, daß nicht bei Juden gekauft werden darf. Man droht sogar mit Ausschluß aus der Partei. Anders bei den Herren Führern. So hat X. einem Fräulein Y. kurz vor Weihnachten bei der jüdischen Firma Wertheim einen eleganten Mantel gekauft...“<sup>83</sup>

Offenbar glaubte die Kommunistische Partei – oder was soll man solchen Artikeln entnehmen? –, daß man den im Kern revolutionären „Proletarier“ mit solchen Methoden aus den Reihen der Nazibewegung herausbrechen könne. Ähnelte dieses Modell nicht der Methode, mit der man sich der Sozialdemokratie näherte, der Herstellung einer „Einheitsfront von unten“ gegen die Führer? Eine der letzten Schlagzeilen der Neuen Arbeiter Zeitung offenbart die weitgehende Fehleinschätzung der Situation: „Hitler regiert – der Kommunismus marschiert!“<sup>84</sup>

<sup>76</sup> Neue Arbeiter Zeitung. Organ der KPD für die Gebiete Hannover-Braunschweig und Hessen-Waldeck. Nr. 106, 19. 5. 1932. <sup>77</sup> Ebenda. <sup>78</sup> Neue Arbeiter Zeitung, Nr. 116, 31. 5. 1932. <sup>79</sup> A. Mehmet, a.a.O. (10), S. 212 ff. <sup>80</sup> Neue Arbeiter Zeitung vom 23. 8. 1932 und 18. 9. 1932. <sup>81</sup> Neue Arbeiter Zeitung vom 18. 12. 1932. <sup>82</sup> Neue Arbeiter Zeitung vom 20. 12. 1932. <sup>83</sup> Neue Arbeiter Zeitung vom 5. 1. 1933. <sup>84</sup> Neue Arbeiter Zeitung vom 19. 2. 1933.

## Hitler in Kassel

Bei der NSDAP als einer auf einen „Führer“ eingeschworenen politischen Bewegung, an den sich von den Gläubigen unter seiner „Gefolgschaft“ pseudoreligiöse Heilserwartungen knüpften (nicht zufällig wurde er als „Retter“, „Erlöser“, „Einiger“ gefeiert, grüßte man Heil [!] Hitler), bildete das persönliche Auftreten Adolf Hitlers einen mit Spannung erwarteten und im nachhinein stets von neuem gefeierten Höhepunkt. Ganz offenbar wurde es als eine Gnade, ein Geschenk empfunden, wenn der „Führer“ persönlich einer Stadt die Ehre seines Besuches machte.<sup>85</sup> In der Berichterstattung trat dabei der profane Anlaß seines Auftretens – in Kassel hielt er sich vor 1933 nur im Rah-

men von Wahlkampfveranstaltungen auf – in den Hintergrund.<sup>86</sup>

Im ganzen gab es vier öffentliche Auftritte Hitlers in Kassel: Am 20. April 1932 sprach er eine knappe halbe Stunde im Rahmen des preußischen Landtagswahlkampfes in einem großen Zelt an der General-Scheffer-Straße (heute: Damaschkestraße), am 3. November in einem „Riesenzelt“ am gleichen Ort anlässlich des Reichstagswahlkampfes, am 11. Februar 1933 ebenfalls anlässlich der Reichstagswahlen vom 5. März und am 4. Juni 1939 aus Anlaß des „Großdeutschen Reichskriegertages“. Bekannt sind zwei weitere Aufenthalte Hitlers in Kassel: Im Juli 1932 und



*Das Hitler-Zelt am 5. 11. 1932 (Foto C. Eberth, Kassel)*

Mitte Januar 1933 weilte er in der Stadt, trat jedoch dabei nicht öffentlich in Erscheinung.

Sein Auftritt am 3. November 1932 war nach bewährter Weise inszeniert und im Stil einer Sensations-Veranstaltung aufgezogen. Die örtliche Presse berichtete bereits im

Vorfeld regelmäßig über die Errichtung des „Riesenzeltes“, an der eine hundert Mann starke SA-Kolonnie beteiligt war. 10 000 Sitzplätze wurden in dem Zeltbau eingerichtet. Riesige Mengen von Schlacke und Tannenzweigen wurden angefahren, um die Zugangswege und den

<sup>85</sup> Es entbehrt nicht der Komik, daß die Kasseler Post folgendes stolz vermerkt: „Hervorzuheben ist, daß Adolf Hitler bereits zugesagt hat, etwa eine Stunde in Kassel zu sprechen und programmatische Ausführungen zu machen. Dies ist bemerkenswert, denn auf seinem Deutschland-Flug hat Hitler bisher in fast allen Versammlungen lediglich etwa 25 Minuten gesprochen – ähnlich wie bei seiner ersten Rede in Kassel.“ Kasseler Post vom 2. November 1932. <sup>86</sup> Überschriften aus den Kasseler Tageszeitungen: „Das Hitler-Zelt im Bau“, „Im Zeichen des Hitler-Tages“, „Hitler-Sonderzüge nach Kassel“, „Die Hitler-Kundgebung in Kassel. Hitler verlangt die Macht in Deutschland“, „Im Hitler-Zelt in Kassel“, Kasseler Post vom 2. und 4. November 1932.

Zeltboden bei der regnerischen November-Witterung trocken zu halten. Das Zelt wurde bewußt frühzeitig errichtet, um die Nässe weitgehend zurückzuhalten. Dieser gigantische Zeltbau war dazu angetan, Vorstellungen von schier unerschöpflicher Willenskraft der Bewegung, die Natur und Menschen alles abverlangen kann, alles zu jeder Zeit möglich machen kann, alles aus dem Boden stampfen kann, aufkommen zu lassen. Etwa 5000 SA- und SS-Mitglieder waren als Ordnungsdienst (und, wie

die Fotos belegen, freilich auch als Akklamationscorpus) eingesetzt. Sieben Reichsbahn-Sonderzüge aus Eichenberg, Carlshafen, Corbach, Eschwege, Bad Wildungen, Kirchhain und Bebra trafen auf dem Kasseler Hauptbahnhof zu dieser „Hitler-Versammlung“ ein. Es entsprach bekanntlich Hitlers Strategie, die Stimmung durch ein verspätetes Auftreten anzuheizen. So auch hier: statt um 21.00 Uhr traf er etwa 22.40 Uhr ein. Zuvor hatten Weinrich und vor allem Freisler seinen Auftritt vorbereitet.



Die Arbeitskolonne Hitler-Zelt (aus: *Die Geschichte der kurhessischen SA. Hrsg. v. der SA-Brigade 47. Kassel 1935*)

Einlaß in das Zelt war bereits ab 16.00 Uhr möglich, so daß ein Teil der Besucher mehr als sechs Stunden auf Hitlers Auftritt dort ausgeharrt hatte. Selbstverständlich landete Hitler mit einem Flugzeug (er befand sich ja auf seinem berühmten „Deutschlandflug“) in Kassel. Das Flugzeug, das Auto, der Rundfunk und das gigantische Zelt – technische Medien, denen er sich gern bediente – legten Zeugnis moderner Gigantomanie (noch größer, noch schneller, noch höher, bis in die entlegensten Winkel hinein...) ab, die für die Hitlerbewegung ganz typisch waren: ähnlich war auch der Stil der späteren Reichsparteitage. Hitler sprach am 3. 11. 32 zwar zu den Anhängern im Gau Hessen-Nassau-Nord, seine Rede ließ jedoch überhaupt kein regionales oder lokales Interesse erkennen. Er sprach als Parteiführer über den 13. August, als man ihm eine Koalition angeboten habe, die er jedoch, um sich selbst treu bleiben zu können, habe ablehnen

müssen. Er trat sozusagen aus den Kabinettsverhandlungen wieder heraus an die Massen, um ihnen zu schmeicheln, indem er seine Weigerung vom 13. August als letztlich im Auftrag der Massen darstellte:

„Mit 14 Millionen Menschen [er meint die Wählerstimmen für die NSDAP am 31. 7. 1932] kann man nicht heute in die Kartoffeln rein- und morgen wieder rausgehen. Diese 14 Millionen sind nicht bloß eine Zahl, sie sind des deutschen Volkes letzte Hoffnung. Wenn ich einmal eingesetzt werde, dann muß wirklich Deutschlands große Stunde gekommen sein. Das verlangen meine 14 Millionen Anhänger.“<sup>87</sup>

Auch bei seinem Auftreten am 11. Februar 1933 in Kassel wurde der tatsächliche Anlaß – die propagandistische Einstimmung der Wähler auf die Serie von Märzahlen – geschickt in den Hintergrund gerückt. Als offizieller Anlaß

<sup>87</sup> Kasseler Post vom 4. November 1932.

für den Besuch Hitlers in Kassel wurde die Einweihung des „Adolf-Hitler-Hauses“ (Wilhelmshöher Allee 7) als Sitz des Gaues Hessen-Nassau-Nord (später: Kurhessen) der NSDAP hingestellt. Reichskanzler Hitler erschien in SA-Uniform in Kassel, um zunächst einen Massenaufmarsch an sich vorbeiziehen zu lassen: „So zogen die Braunhemden mit emporgerecktem Arm an ihrem Führer vorüber. Sturm hinter Sturm, Sturmbann auf Sturmbann, Hitlerjungen, dann die Motorstürmer der NSKK im Sturzhelm, dann die NSBO-Leute, vor jeder Kolonne die wehenden Hakenkreuzfahnen. Hinter den Marburger Studenten die Schwälmer Bauern in ihrer originellen Tracht, neben dem Arbeiter der Faust, der Arbeiter der Stirn, neben dem früheren Frontsoldaten der Jungmann. An der Spitze der NSBO Eisenbahner, Straßenbahner in Uniformen, Handwerker in ihrer Arbeitskleidung, dann eine Kolonne von 500–700 Schülern aller Schulsysteme unter Führung ihrer Lehrer. Sie hatten sich spontan zu-

sammengefunden und in den Fackelzug eingereiht.“ Die polizeilichen Schätzungen lagen bei 80 000 Teilnehmern dieses Aufmarsches. Die Taktik der NSDAP bestand in diesen Tagen noch in einer „vorsichtig graduellen Eskalation der Einschüchterung politischer Gegner“, sah jedoch „keine sensationelle Aktion“<sup>88</sup> vor. Dies sollte sich schlagartig mit dem Reichstagsbrand zweieinhalb Wochen später ändern. Während seit Anfang Februar der staatliche Machtapparat (besonders in Preußen unter Göring) die politische Linke durch Versammlungs- und Zeitungsverbot einschnürte und den Ausnahmezustand vorbereitete, trat Hitler als der Einiger des Vaterlandes auf und sprach in Kassel davon, „im Geiste Bismarcks“ zu kämpfen. „Es muß wieder werden ein deutsches Volk, es muß wieder kommen die *deutsche Freiheit* ... kämpfen wir miteinander, dann wird wieder ein Reich kommen der *Größe und Stärke* und der *sozialen Gerechtigkeit!*“<sup>89</sup>

## Benutzte Akten und Literatur

### Akten

Hessisches Staatsarchiv Marburg: Bestand 165/3886; 165/3982

Bundesarchiv Koblenz: NS 22/1054; R 58/561

Stadtarchiv Kassel: Akten der Betreuungsstellen; S 5

### Zeitgenössische Veröffentlichungen

Amtsblatt der Regierung in Kassel. Ausgabe A. 1932–1934

R. Freidhof: Die faschistische Gegenrevolution. Im Selbstverlag des Verfassers. Kassel 1931

F. Friedensburg: Meine Kasseler Jahre 1927–1933. In: Dülfer, K. (Hrsg.): Die Regierung in Kassel vornehmlich im 19. und 20. Jahrhundert. Kassel 1960, S. 411–441

Hessische Volkswacht (ab 1. 9. 1933 umbenannt in: Kurhessische Landeszeitung) 1930–1934

Kasseler Neueste Nachrichten. Kassel 1931–1933

Kasseler Post. Kassel 1929–1933

Kasseler Tageblatt. Kassel 1929–1932

Kasseler Volksblatt. Kassel 1929–1933

Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung. Teil I. Ausgabe A. Berlin 1932–1934

Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel 1 (1932) – 6 (1937). Ab 1. 11. 34 u. d. T. „Der Sturm. Amtl. Mitteilungsblatt der NSDAP – Kreis Kassel – Stadt“

Neue Arbeiter Zeitung. Organ der KPD für die Gebiete Hannover-Braunschweig und Hessen-Waldeck 1931–1933

Reichsgesetzblatt. Teil I. Berlin 1932–1933

Stenographische Berichte der Stadtverordnetenversammlung Kassel. 1930–1933

Verhandlungen des Kommunallandtags für den Regierungsbezirk Kassel (65. Kommunallandtag) vom 5. 4. 1933  
Kassel 1933

<sup>88</sup> M. Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. München: dtv 81979, S. 99. <sup>89</sup> Kasseler Post vom 13. 2. 1933.

### Literatur nach 1945

- G. Beier: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933. Frankfurt und Köln 1975
- W. Bernhardt: Der NSDAP-Kreis Kassel (Stadt) in den Jahren vor der Machtergreifung. Unveröff. Staatsexamensarbeit. Gesamthochschule Kassel 1981
- K. Brehm: Die Reichstagswahlen vom 5. 3. 1933 in der Stadt Kassel. Unveröff. Staatsexamensarbeit. Universität Gießen 1967
- M. Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jhs.) München 8. Aufl. 1979
- J. Bruno: Der „Jungdeutsche Orden“ in Kassel 1920–1933. Unveröff. Staatsexamensarbeit. Gesamthochschule Kassel 1982
- Erinnern an Breitenau 1933–1945. Katalog zur Ausstellung. 4. Aufl. Kassel 1984
- Ch. Fischer-Defoy: Arbeiterwiderstand in der Provinz. Arbeiterbewegung und Faschismus in Kassel und Nordhessen 1933–1945. Eine Fallstudie. Berlin 1982
- W. Frenz: Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel 1922 bis 1933. In: Hessen unterm Hakenkreuz. Hrsg. v. E. Hennig, Frankfurt 1983, S. 63–106
- Hessische Nachrichten 1945–1951
- W. Hoegner: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933. München: Nymphenburger 1977.
- J. Kammler: Nationalsozialistische Machtergreifung und Gestapo – am Beispiel der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Kassel. In: Hessen unterm Hakenkreuz. Hrsg. v. E. Hennig. Frankfurt 1983, S. 506–535
- A. Mehmet: Das „Kasseler Volksblatt“ 1932/33. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Kassel in der Endphase der Weimarer Republik. Unveröff. Staatsexamensarbeit. Gesamthochschule Kassel 1976
- S. Meier: Roland Freisler – Materialien zu einer politischen Biographie. Staatsexamensarbeit. Gesamthochschule Kassel 1984
- H. Meyer: NSDAP, Staat und Arbeiterbewegung in Kassel am Ende der Weimarer Republik. Unveröff. Staatsexamensarbeit. Gesamthochschule Kassel 1980
- Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel 1933. Bilder, Dokumente, Kommentare. Hrsg. v. d. Gesamthochschule Kassel. Kassel 1983

Dietfrid Krause-Vilmar

## Ochshausen – 5. März 1933, eine rote Bastion wird geschleift

Von den politischen Organisationen der heutigen Gemeinde Lohfelden kann die Sozialdemokratische Partei auf die älteste Tradition in den ehemals selbständigen Ortsteilen verweisen. Die Ortsvereine in Crumbach und Ochshausen wurden im Jahre 1905, in Vollmarshausen im Jahre 1907 gegründet. Arbeiter mit ihren Familien stellten die Mehrheit der Einwohnerschaft. Die Erwerbsmöglichkeiten in den Orten waren gering, so daß die meisten Arbeiter sich außerhalb, vor allem in Kassel, verdingten. Ein hoher Anteil arbeitete im Baugewerbe.<sup>1</sup>

Bereits vor dem 1. Weltkrieg stimmte die Mehrheit der Wähler in Ochshausen bei den Reichstagswahlen (wahlberechtigt waren Männer ab 25 Jahren) für die Sozialdemokratie.<sup>2</sup>

Bis zum Ende des 1. Weltkrieges verhinderte das in Preußen geltende sogenannte „Drei-Klassen-Wahlrecht“, das die (männlichen) Wähler nach ihrem Steueraufkommen in drei Abteilungen gruppierte, daß diese Mehrheit auch im Gemeinderat zum Tragen kam.

Seit den ersten Wahlen der Weimarer Republik (wahlberechtigt waren nun alle Frauen und Männer ab 21 Jahren) besaß die Sozialdemokratie, wie in den meisten Ortschaften des Landkreises Kassel, auch im Ochshäuser Gemeinderat eine festgefügte Mehrheit.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 erhielt die SPD in Ochshausen 403 von 441 gültigen Stimmen.<sup>3</sup>

Diese Mehrheit blieb auch noch nach dem Ende der Weimarer Republik bis zur „Märzwahl“ 1933 erhalten. In der Übersicht sind die Reichstagswahlergebnisse vom September 1930, November 1932 und März 1933 aufgeführt<sup>4</sup>:

	SPD	KPD	NSDAP	Sonstige	Gesamt
1930	454	54	26	46	580
1932	419	135	71	21	646
1933	448	79	83	18	628

Die beiden Arbeiterparteien wurden also in den letzten

Jahren der Weimarer Republik jeweils von mehr als 80 % der Wähler in Ochshausen gewählt. Bei rund 1.000 Einwohnern (1925 = 966) hatte der SPD-Ortsverein in Ochshausen am 31. 12. 1930 69 männliche und 4 weibliche Mitglieder.<sup>5</sup> Andere Parteien hatten vor 1933 in Ochshausen keine eigenen Ortsgruppen bilden können.<sup>6</sup> Wie gering die Zahl der Anhänger der unter „Sonstige“ zusammengefaßten Parteien war, verdeutlicht die Aufschlüsselung der Zahlen für die Novemberwahl 1932: Zentrum 3, Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (Dt. Nat.) 11, Deutsche Volkspartei 3, Christl. Soziale Volkspartei 3, Deutsche Staatspartei 1.<sup>7</sup>

Die feste Verankerung der Sozialdemokratie in der Ochshäuser Bevölkerung war sicher auch auf die rege Vereinstätigkeit der Arbeiter-Vereine zurückzuführen. Größter Verein war der Arbeiter-Turn- und Sportverein, aus dem sogar ein Kunstturn-Weltmeister bei einer Arbeiter-Olympiade hervorging.<sup>8</sup>

Es gab einen Arbeiter-Gesangverein, eine Ortsgruppe des Radfahrvereins „Solidarität“, die „Naturfreunde“, einen Mandolinenverein, den „Club Freundschaft“, einen Ableger der Naturfreunde. Ende der 20er Jahre entstand eine Theatergruppe, die unterhaltende, aber auch politisch aufklärende Stücke aufführte:

„Dagegen waren die Arbeiter-Vereine schon damals in der, man könnte heute sagen, Friedensbewegung, sehr aktiv. Ich entsinne mich noch an den Film ‚Im Westen nichts Neues‘ und das Theaterstück ‚Die Waffen nieder‘, die im Ort vorgeführt wurden und großen Anklang fanden.“<sup>9</sup>

Als politische Kampforganisation bestand ferner das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ und eine angegliederte Gruppe des „Jungbanners“. (Das „Reichsbanner“ war ein Kampfbund zum Schutz der Republik, dem überwiegend Sozialdemokraten, Anhänger der Zentrumspartei und der Deutschen Demokratischen Partei / Staatspartei angehörten). Anfang der 30er Jahre gründete die KPD ihren eigenen Sportverein „Rot-Sport“.<sup>10</sup>

<sup>1</sup> G. Kühne (Hrsg.): 25 Jahre Lohfelden. Lohfelden 1965, S. 17 f.; 950 Jahre Gemeinde Vollmarshausen, Festschrift der Gemeindeverwaltung, Vollmarshausen 1969, S. 121 ff. Angaben nach Handakte Burghardt Nödler, Ochshausen, im folgenden zitiert als: Handakte B. Nödler. Diese enthält eine Sammlung von Dokumenten, Statistiken und Redemanuskripten zur Geschichte Ochshausens, zum größten Teil ohne bibliographische Angaben. Sie wurde für eine Ausstellung zum 50. Jahrestag der „Machtergreifung“, die im Januar 1983 in Ochshausen gezeigt wurde, zusammengestellt. Herrn Nödler verdanke ich die Vermittlung einer Gesprächsrunde mit sechs Angehörigen der Nazi-Opfer, deren Schicksal hier nachgezeichnet werden soll. Alle Hinweise, die ich aus dieser Gesprächsrunde in einer mehrstündigen Sitzung im März 1983 erhielt, werden im folgenden zitiert als: Hinweis Fam. Schäffer. Ferner habe ich für Unterstützung zu danken: Herrn Jakob Berthel, Herrn Georg Malsch, Herrn Jakob Neidnicht, Herrn Hans Schäffer, alle Lohfelden. Hinweise, die ich von Zeitzeugen erhielt, werden im folgenden zitiert: Hinweis (Name). Herr Berthel war 1933 (mit 24 Jahren einer der jüngsten Ortsvereinsvorsitzenden im Landkreis Kassel) Vorsitzender des SPD-Ortsvereins in Ochshausen. Herr Neidnicht hat als 18jähriger, damals Mitglied im „Jungbanner“ von Ochshausen, die hier zu schildernden Ereignisse zum Teil unmittelbar miterlebt. <sup>2</sup> Handakte B. Nödler. <sup>3</sup> Kasseler Volksblatt vom 21. 1. 1919, Amtliche Wahlergebnisse. <sup>4</sup> Kasseler Post vom 6. 3. 1933; Geschäftsbericht SPD-Bezirksverband Hessen-Kassel, 1. 1. - 31. 12. 1930, Kassel 1931. <sup>5</sup> Hinweis J. Berthel. <sup>6</sup> Kasseler Post vom 6. 3. 1933, vorläufige amtl. Wahlergebnisse. <sup>7</sup> Zusätzlich zu den mündlichen Auskünften erhielt ich von Herrn J. Neidnicht eine mehrseitige handschriftliche Zusammenfassung seiner Erinnerungen aus den 20er und 30er Jahren. Im folgenden zitiert als: Manuskript J. Neidnicht. <sup>8</sup> Manuskript J. Neidnicht. <sup>9</sup> Hinweis J. Berthel.

## Erfahrungen mit Nationalsozialisten vor 1933

Seit den Anfängen der Weimarer Republik gehörte es zur Methode von rechtsgerichteten Organisationen, den politischen Gegner durch Aufmärsche und Umzüge in den Arbeiterquartieren zu provozieren. Konsequenterweise wurde dieses Mittel von der NSDAP mit ihren SA-Kolonnen seit Anfang der 30er Jahre angewendet.

1924 bestand ein allgemeines Verbot, Umzüge zu veranstalten und Fahnen öffentlich zu zeigen.<sup>11</sup> Der Rad-sportverein „Solidarität“ veranstaltete am Sonntag, dem 25. Mai 1924, in Ochshausen ein Sportfest. Die Vereine hatten sich an das Verbot gehalten und auf einen Festumzug verzichtet. Am frühen Abend marschierten etwa 130 Mann der Kasseler „Jung-Gefolgschaft“ des rechtsgerichteten „Jungdeutschen Ordens“, von einer Fahnenweihe aus Oberkaufungen kommend, in Ochshausen ein. Ihnen folgte ein etwa 25 Mann starker SA-Trupp. Wegen des SA-Verbots infolge des „Hitler-Putsches“ von November 1923 hatte sich die Kasseler SA in „Wander- und Sportvereinigung Schlageter“ umbenannt und trug einheitliche Zivilkleidung.<sup>12</sup>

Diese „Sportvereinigung“ führte die ebenfalls verbotene Hakenkreuzfahne offen durch den Ort. Das provozierende Auftreten dieser auswärtigen Rechtsradikalen blieb nicht ohne Wirkung auf die Ochshäuser Bevölkerung.<sup>13</sup> Jakob Neidnicht hat die darauf folgenden Ereignisse als zehnjähriger Junge unmittelbar miterlebt: „Ich kam mit meinem 22jährigen Bruder Arthur von daheim. Wir waren auf dem Wege zum Radfahrfest und wollten die Straße am Bach überqueren. Den Weg verspernte uns eine Marschkolonne im Marschschritt mit Hakenkreuzfahne, den linken Arm hatte jeder Mann angewinkelt, mit einem Spazierstock daran hängen. Die einzelnen Zugabstände waren sehr groß, so daß wir beide hindurchgehen konnten. Plötzlich sprang ein Mann vor und versuchte, meinen Bruder wegzustoßen. Dabei trat und schlug er nach ihm. Mein Bruder wehrte sich natürlich, andere Nazis griffen nun von allen Seiten mit ein, so daß für meinen Bruder eine bedrohliche Lage entstand. Die Festbesucher sahen dies vom Gartenlokal aus und kamen, trotzdem sie zahlenmäßig unterlegen waren, zu Hilfe und trieben die Nazi-

Kolonne bis in den Gutshof. Angeklagt und bestraft wurden später nur die Ochshäuser Bürger.“<sup>14</sup> Der Gutsbesitzer hatte gegen die Ochshäuser Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet, die den flüchtenden Rechtsradikalen auf den Gutshof gefolgt waren.<sup>15</sup> Der Verstoß gegen das Aufmarschverbot blieb für Nazis und „Jungdo“ ohne Folgen. Zehn Ochshäuser wurden mit Freiheitsstrafen bis zu zwölf Monaten bestraft.<sup>16</sup>

In den Jahren der scheinbaren Festigung der Weimarer Republik, in der zweiten Hälfte der 20er Jahre, herrschte auch in Ochshausen eine relative politische Ruhe.

Dies änderte sich mit Beginn der 30er Jahre. Wirtschaftskrise, zunehmende Arbeitslosigkeit und das ständig aggressivere Auftreten der Nationalsozialisten verschärften auch das politische Klima in den Ortschaften des Landkreises Kassel mit ihren überwiegend demokratischen Mehrheiten in den Gemeindevertretungen.

Die NS-Schriften, die über diese „Kampfjahre“ berichten, lassen hier an Eindeutigkeit nichts vermissen: „In der SA wird das Herz nur gewogen. Sie verzichtet keine Stunde auf Kampf, sie sucht ihn. In die roten Dörfer um Kassel schmettern die Kampflieder.“<sup>17</sup>

Der NSDAP-Kreisleiter Rudolf Sempff stellte nach der „Machtergreifung“ fest: „Der verseuchteste Kreis Kurhessens war wohl der Landkreis Kassel. Der Kampf um ihn war schwer. Ohne meine SA-Kameraden von der Standarte 83 hätte ich ihn niemals gewinnen können!“<sup>18</sup>

Und direkt auf Ochshausen bezogen heißt es: „Der heißumstrittenste Ort im Landkreis Kassel ist Ochshausen gewesen. Dort hatte schon ‚Sturm 1‘ in der frühesten Kampfzeit mit Blut um die Sturmflagge gerungen. Dort ist der Kampf 9 Jahre später gegen die Roten mit beispielloser Verbissenheit und Tollkühnheit zu Ende gefochten worden.“<sup>19</sup>

Mit den Wahlkämpfen des Jahres 1932 verschärften sich auch die Auseinandersetzungen mit den von auswärts kommenden Nationalsozialisten. Bis zur „Machtergreifung“ gab es in Ochshausen kein eingeschriebenes Mitglied der NSDAP.<sup>20</sup> Inwieweit sich das nach dem 30. Januar 1933 änderte, wird noch zu erwähnen sein.

<sup>11</sup> Kasseler Volksblatt v. 6. Juni 1924, Verfügung des preuß. Min. d. I. auf der Grundlage der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924. Dort heißt es u. a.: „Wer an nicht zugewiesenen Versammlungen unter freiem Himmel oder Aufzügen auf öffentlichen Straßen oder Plätzen teilnimmt, wird mit Haft oder Geldstrafe bis zu 150 Goldmark bestraft.“ <sup>12</sup> Kasseler Volksblatt vom 27. 5. 1924, Amtl. Bericht d. Kasseler Schutzpolizei Kasseler Volksblatt vom 28. 5. 1924; <sup>13</sup> Handbuch der NSDAP, Gau Kurhessen, Bd. II, Ausgabe 1935, Kassel 1935, S. 21 f.; Hinweis Fam. Schäffer, Hinweis J. Berthel, Hinweis J. Neidnicht. <sup>14</sup> Manuskript J. Neidnicht. Über die Kräfteverhältnisse bei dieser Auseinandersetzung gibt es keine genauen Angaben. <sup>15</sup> Hinweis J. Berthel, Hinweis J. Neidnicht. <sup>16</sup> Kühne (Hrsg.), 25 Jahre Lohfelden, S. 18. <sup>17</sup> Handbuch der NSDAP, S. 109; (Hervorhebung: H. P.). <sup>18</sup> Handbuch der NSDAP, S. 127. <sup>19</sup> Handbuch der NSDAP, S. 124. <sup>20</sup> Hinweis Fam. Schäffer; Handbuch der NSDAP, S. 125.

Für eine erneute Eskalation sorgte der nachmalige Kreisleiter Sempff, der bei dieser Gelegenheit auch eine persönliche Schlappe erlitt: In einer Nacht-Aktion, zwei Tage vor der Juli-Wahl 1932, überklebte ein SA-Trupp unter Führung von Sempff die Plakate von SPD und KPD in Ochshausen. Zentrum des Geschehens war die „Brücke“, Verkehrsknotenpunkt und Mittelpunkt des Ortes. Hier klebten die Parteien bevorzugt ihre Plakate. Am nächsten Vormittag waren die Nazi-Plakate innerhalb weniger Stunden wieder aus dem Ortsbild entfernt.

Für die folgende Nacht wurde, vor allem vom „Jungbanner“, ein Wachdienst organisiert. Tatsächlich kehrte Sempff nach Mitternacht mit einigen SA-Leuten nach Ochshausen zurück. An der „Brücke“ hatte die SPD ein Wahltransparent mit einer Goebbels-Karikatur über die Straße gespannt.

Mit Hilfe einer eigens für solche Zwecke mitgeführten Wurfleine versuchte Sempff mit seinen Begleitern – darunter auch der Sturmführer Most, von dem noch die Rede sein wird – das Transparent herunterzureißen. Die Aktion mißlang jedoch, weil der Spanndraht des Transparentes

zu stark war. Mittlerweile war der Wachdienst rings um die „Brücke“ zusammengezogen. Ein Hagel von Wurfgeschossen demolierte das Kraftfahrzeug der Nazis. In wilder Flucht raste Sempff mit seinen Leuten in Richtung Kassel davon.<sup>21</sup> Dazu das NSDAP-Handbuch: „Es ging zurück ins Standquartier der Bürgersäle mit verbissener Wut und mit dem Gelöbniß: Die Abrechnung kommt später! Und sie kam – aber erst nach der Machtergreifung.“<sup>22</sup> Ihren letzten großen Auftritt vor der „Machtergreifung“ hatten die Nationalsozialisten in Ochshausen am 8. Januar 1933.

Mit einem Aufgebot von weit über 500 SA-Leuten führte die SA-Standarte 83 von Kassel aus einen „Propaganda-Marsch“ durch die Orte Waldau, Crumbach, Ochshausen und Niederkaufungen durch. In allen Orten hielt der Kreisleiter Sempff unter dem Schutz seiner SA-Truppe „zündende“ Ansprachen. Aber trotz des großen Aufgebotes der NS-Truppe lief auch diese Veranstaltung wohl nicht ganz reibungslos ab: „Wo sich die rote Gewalt den Marschierern entgegenstemmte, halfen die mitgeführten Spaten den Durchmarsch zu erzwingen.“<sup>23</sup>

## Die Nacht zum 5. März 1933

Nach dem 30. Januar 1933 vermieden die Ochshäuser Sozialdemokraten jede direkte Konfrontation mit den Nationalsozialisten. Die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933, die berüchtigte „Reichstagsbrand-Verordnung“, schränkte die Möglichkeiten der politischen Betätigung ein. Ende Februar 1933 fanden sich auch in Ochshausen drei Parteigänger für die NSDAP, die im Ort, wenn auch in bescheidenem Umfang, die Propagandatätigkeit und das Kleben von Plakaten besorgten. In den Tagen vor der Reichstagswahl vom 5. März 1933 häuften sich nun die Fälle, in denen wechselseitig die Plakate der SPD und der NSDAP überklebt oder abgerissen wurden.

Der „Anführer“ der Ochshäuser Nazis war nach Ochshausen zu seinen Eltern zurückgekehrt, weil ihm der Boden an seinem vorherigen Wohnsitz zu heiß geworden war.<sup>24</sup> Am Freitagabend, dem 3. März 1933, drohte dieser in einer Ochshäuser Gaststätte mehreren anwesenden

Sozialdemokraten: „Morgen kriegt ihr blaue Bohnen, wir kommen aus Kassel!“<sup>25</sup> Die Drohung sprach sich im Laufe des nächsten Tages im Ort herum. Da mittlerweile bekannt war, wie die Nationalsozialisten nach der „Machtergreifung“ mit ihren politischen Gegnern umzugehen pflegten, befürchteten viele nun auch für Ochshausen eine „Nacht der langen Messer“.<sup>26</sup> Diese Befürchtung sollte nur allzu schnell Wirklichkeit werden.

Am Samstagmorgen, dem 4. März 1933, hing ein Transparent der SPD in einem Baum in der Ortsmitte. Der Ortsgendarm forderte einige Umstehende auf, das Transparent herunterzuholen. Es fand sich jedoch niemand, der dazu bereit gewesen wäre. Schließlich kletterte der Anführer der Ochshäuser Nazis in den Baum, um es zu entfernen. Dafür wurde er mit dem Wort „Judas“ bedacht. Vorher waren auf Geheiß des Gendarmen bereits Plakate der SPD abgerissen worden.<sup>27</sup>

In den Abendstunden des 4. März setzten nun im Ort

<sup>21</sup> Hinweis Fam. Schäffer, Handbuch der NSDAP, S. 124 f. <sup>22</sup> Handbuch der NSDAP, S. 125. <sup>23</sup> Handbuch der NSDAP, S. 135. <sup>24</sup> Hinweis Fam. Schäffer; Landgericht Kassel, Strafsache gegen Sempff, u. a., Az.: 3 KLS 26/48, Bd. IV, Blatt 14 f., im folgenden zitiert als: Akte Sempff. Der ehemalige Kreisleiter Sempff wurde nach 1945 in der Sache Ochshausen wegen Landfriedensbruchs und Körperverletzung vor Gericht gestellt und, nach Verhandlung in mehreren Instanzen, 1951 freigesprochen. <sup>25</sup> Akte Sempff, Bd. IV, Bl. 19; nach anderen Zeugenaussagen soll die Drohung gelautet haben: „Morgen Nacht kommt SA und SS hierher, dann fließt Blut!“. Sinngemäß sagen beide Drohungen das gleiche aus, sie können auch in unterschiedlichem Wortlaut wiederholt worden sein. Vgl. Landgericht Kassel, Strafsache gegen Range, u. a., Az.: S 3 Js 1/33 - S 3 KLS 7/33, Band II, Blatt 174, im folgenden zitiert als: Akte Range. Unter dem Namen Range wurde die Akte zum Prozeß gegen die 16 Ochshäuser vor dem Sondergericht Kassel im März 1933 geführt. <sup>26</sup> Hinweis Fam. Schäffer; Akte Range, Bd. II, Bl. 174 f. <sup>27</sup> Hinweis Fam. Schäffer; Es gibt eine Version, wonach der damals noch amtierende Landrat Dr. Ohle (SPD) diese Maßnahme angeordnet haben soll, um den Nazis keine Handhabe zu einem Angriff in Ochshausen zu geben. Akte Sempff, Bd. IV, Bl. 21.

Aktivitäten ein, die am Vormittag entfernten Plakate der SPD zu ersetzen. Die damit beschäftigte Gruppe des „Jungbanner“, zwischen 10 und 15 Mann, überklebte bei dieser Gelegenheit auch frisch angebrachte NSDAP-Plakate.<sup>28</sup>

Gegen Mitternacht traf der Kreisleiter Sempf mit drei Begleitern in einem Pkw in Ochshausen ein. Diesen Besuch hatte er schon am Freitag, als der Ochshäuser „NS-Führer“ im Büro in den „Bürgersälen“ Plakate abholte, angekündigt.<sup>29</sup> Die „Bürgersäle“, eine große Gaststätte in der Oberen Karlsstraße in Rathausnähe, waren bis 1933 das Hauptquartier der Kasseler NSDAP. Zunächst berichteten ihm seine Ochshäuser Parteigenossen vom Mißerfolg

ihrer Propagandaaktion. Die Gruppe der Jungbannerleute, die noch im Ort unterwegs war und an seinem Fahrzeug vorbeikam, herrschte Sempf im Kasernenhofton an, ob sie nicht wüßten, daß Ansammlungen verboten wären.<sup>30</sup>

Die Jungbannerleute gingen nach dem Zusammentreffen mit Sempf in Richtung Kassel zum Ortsausgang. In der Nähe des Ortsausgangs, auf dem sogenannten „Mehlhof“, wohnte Wilhelm Schäffer, der Reichsbanner-Führer von Ochshausen. Diese Ansammlung vor dem Hof sollte den Bewohnern des „Mehlhofes“ – unter anderem – zum Verhängnis werden. Der „Mehlhof“ bestand aus vier Wohngebäuden, Werkstätten, Ställen und Gärten. Zu dem hier



Abb. 1: Der Mehlhof

Polizeifoto vom 5. März 1933. In dem Haus 2 1/4 (mit der verputzten Fassade) hatten die Nazis besonders gewütet.

beschriebenen Zeitpunkt wohnten dort etwa 35 Menschen, davon etwa 15 Kinder.<sup>31</sup> Die erwachsenen Bewohner des „Mehlhofes“ waren fast alle Sozialdemokraten, gehörten einer SPD-Unterorganisation an oder standen ihr zumindest nahe.

An diesem Abend hatte hier im Haus 2 1/4 eine Geburtstagsfeier stattgefunden; deshalb waren mehrere Bewohner nach Mitternacht noch wach. Wilhelm Schäffer, der dem Ochshäuser Wahlvorstand angehörte, hatte

sich wegen der am nächsten Morgen anstehenden Wahl bereits um 23 Uhr zu Bett begeben. Nach dem Eintreffen der Jungbannerleute wurde er geweckt und von Sempfs Anwesenheit im Ort unterrichtet. Eingedenk der allgemein bekannten Drohung vom Vortag ermahnte er die Jungbannerleute, sich ruhig zu verhalten und nach Möglichkeit auf Nebenwegen nach Hause zu gehen. Währenddessen kamen noch andere Bewohner des „Mehlhofes“ und einige Männer, die nach Beendigung einer Sit-

<sup>28</sup> Hinweis Fam. Schäffer; Akte Sempf, Bd. IV, Bl. 22. <sup>29</sup> Handbuch der NSDAP, S. 125 ff.; Akte Sempf, Bd. IV, Bl. 26. <sup>30</sup> Akte Sempf, Bd. IV, Bl. 24; Hinweis J. Neidnicht. <sup>31</sup> Hinweis Fam. Schäffer.

zung des Gesangvereins ihre Frauen von der Geburtstagsfeier abholen wollten, hinzu, und es wurden einige Zeit Verhaltensmaßregeln beratschlagt. Die Aufregung der Versammelten steigerte sich noch, als sich gegen 2 Uhr von Kassel her ein schwerer Lkw dem Ort näherte. Um nicht gesehen zu werden, traten alle in den Schattenschatten der Gebäude zurück.<sup>32</sup>

Sempf hatte in seiner Verärgerung über den erneuten Mißerfolg in Ochshausen das Polizeipräsidium in Kassel und das SA-„Hilfspolizeikommando“ im Lokal „Fürstenhof“ in Niederzwehren alarmiert und behauptet, er wäre in Ochshausen von den „Roten“ eingeschlossen und in Lebensgefahr.<sup>33</sup>

Für jemanden, der sich in Lebensgefahr wähnt, hat sich Sempf erstaunlich lange in Ochshausen aufgehalten. Von seiner Ankunft in Ochshausen bis zum Eintreffen der „Hilfspolizei“ vergingen beinahe zwei Stunden. In seinen späteren Aussagen behauptete er stets, die Ortsausgänge nach Kassel und nach Vollmarshausen seien blockiert gewesen. Die Frage, warum er dann nicht die Straße nach Crumbach oder die Straße nach Waldau genommen habe, konnte er nie schlüssig beantworten.

Nachdem Sempf die eingetroffene „Hilfspolizei“ unter der Führung eines Oberlandjägers und des SA-Sturmführers Most von seiner Auffassung der Sachlage unterrichtet hatte, setzte er sich mit seinen Kasseler Begleitern an die Spitze des Zuges von etwa 20 Mann und führte sie in Richtung „Mehlhof“, da er durch einen „Sympathisanten“ von der Ansammlung erfahren hatte.<sup>34</sup>

Der Nachtwächter des Ortes hatte, mit wenigen Minuten Vorsprung vor der Kolonne, gerade noch Zeit, die am „Mehlhof“ Versammelten zu warnen. Diejenigen, die nicht im „Mehlhof“ wohnten, versuchten über eine kleinere Brücke des damals Hochwasser führenden Wahlebachs zu entkommen. Sie mußten jedoch umkehren, weil ihnen die SA, mit Karabinern, Pistolen und starken Handscheinwerfern ausgerüstet, bereits entgegenkam. Sie flüchteten auf den „Mehlhof“ zurück und versteckten sich mit Bewohnern des „Mehlhofes“ in den Wohnungen und auf den Dachböden; andere flohen durch die Gärten in die angrenzende Feldmark. Die SA stürmte nach und eröffnete das Feuer auf die Flüchtenden. Der damals herrschende Nebel, die Dunkelheit und das Chaos der Schießerei schafften eine zeitweilig völlig unübersichtliche Situation.

Dabei wurde der SA-Führer Most von seinen eigenen Leuten in den Rücken geschossen und blieb verwundet auf dem Hof liegen. Sofort war von den Nazis die Behauptung

aufgestellt, die Leute vom „Mehlhof“ hätten das Feuer eröffnet und Most verwundet. Kurz nach Beendigung der Schießerei traf unter Führung eines Polizei-Offiziers ein Kommando SS-„Hilfspolizei“ aus Kassel ein. Etwa 60 Mann stürmten nun die Gebäude.<sup>35</sup>

Es begann eine Verhaftungs- und Durchsuchungsaktion, die nahezu zwei Stunden in Anspruch nahm und die mit äußerster Brutalität durchgeführt wurde.

„Ich floh mit einigen Freunden ins freie Feld. Die grauenhaften Hilferufe der nun Mißhandelten, das Geschrei der Befehle sowie das Bersten der Holzteile, das hörte sich für uns schrecklich an. Das vergißt man nicht mehr.“<sup>36</sup>

Alle jüngeren Männer, die auf dem Hof angetroffen wurden, schleiften die SA- und SS-Leute auf die Straße. Die entfesselten Schläger zerrten die Festgenommenen an den Füßen die Treppen hinunter, so daß sie mit den Köpfen auf die Stufen schlugen. Kinder mußten mit ansehen, wie ihren Vätern mit Gewehrkolben und Pistolenknäufen ins Gesicht gedroschen wurde. Ein SA-Mann versuchte, einen der Verhafteten aus der Dachluke auf den Hof zu stürzen. Auf dem Hof mußten die Verhafteten durch ein Spalier von dort postierten Schlägern hindurch. Als fünf Leute, die sich unter der Veranda eines Hauses versteckt hatten, entdeckt wurden, schoß ein SA-„Hilfspolizist“ mit seinem Karabiner blindlings in die Gruppe. Glücklicherweise traf er niemanden.

Der 19jährige Franz Hunold erhielt, als er schon an einem der Transportfahrzeuge stand, einen Bauchschuß und wurde auf dem Wagen noch weiter mißhandelt.

Auf den Fahrzeugen schlugen SA- und SS-Leute mit Gewehrkolben und eisernen Wagenheberkurbeln auf die Verhafteten ein. Die Aktion endete erst in den frühen Morgenstunden des 5. März 1933, nachdem auch der letzte Gebäudewinkel durchsucht war.<sup>37</sup>

Gegen 4.30 Uhr erfolgte der Abtransport von 13 Ochshäuser Einwohnern zum Polizeipräsidium nach Kassel und die Einlieferung in das Polizeigefängnis am Königstor. Der Polizei-Offizier, der die Ausschreitungen gegen die Ochshäuser nicht verhinderte, hatte zumindest durchgesetzt, daß die Verhafteten nicht in die berüchtigten „Bürgersäle“ gebracht wurden. Den lebensgefährlich verletzten Franz Hunold lieferte man erst Stunden nach seiner Verwundung in das Landeskrankenhaus ein. Drei andere Ochshäuser inhaftierte die Polizei noch im Laufe des Sonntags.<sup>38</sup> Nach drei Tagen mußte einer der Verhafteten entlassen werden, so daß schließlich 16 Ochshäuser im Alter von 19 bis 49 Jahren als Angeklagte vor Gericht standen.

<sup>32</sup> Hinweis Fam. Schäffer, Hinweis J. Neidnicht. <sup>33</sup> Akte Sempf, Bd. IV, Bl. 25 f. <sup>34</sup> Akte Sempf, Bd. IV, Bl. 32 f. <sup>35</sup> Akte Range, Bd. I, Bl. 3 f. <sup>36</sup> Manuskript J. Neidnicht. <sup>37</sup> Hinweise Fam. Schäffer; Akte Sempf, Bd. IV, Bl. 38 ff. <sup>38</sup> Akte Range, Bd. I, Bl. 1 f.

Durch die Verkettung der Ereignisse in der Nacht zum 5. März erhielt der zunächst lokal begrenzte Racheakt eines mittleren Nazi-Führers eine neue Dimension: In der Hauptstadt der preußischen Provinz Hessen-Nassau

geriet die öffentliche Behandlung des Falles zu einer Machtdemonstration der Staatsgewalt und auch zu einer Demonstration der Willfährigkeit der reaktionären Kräfte im Justizapparat gegenüber den neuen Machthabern.

## Vor dem Sondergericht – Opfer werden zu Tätern gestempelt



*Abb. 2  
Johannes Krauss  
geboren 1905, Maurer,  
Reichsbannermitglied,  
Gefängnis 1933–1936,  
zur Wehrmacht eingezogen,  
seit 1944 vermißt*



*Abb. 4  
Heinrich Schäffer  
geboren 1899, Schlosser,  
Sozialdemokrat,  
Zuchthaus 1933–1941,  
ab Februar 1944 Strafbataillon  
999, im Dezember 1945  
in Berlin verstorben.*



*Abb. 3  
August Schäffer  
geboren 1904, Sattler,  
im Gegensatz zu seinen  
Brüdern politisch nicht aktiv,  
Zuchthaus 1933–1941,  
ab Februar 1944 Strafbataillon  
999, seit  
Herbst 1944 vermißt*



*Abb. 5  
Wilhelm Schäffer  
geboren 1896, Schlosser,  
Sozialdemokrat und Reichsbannerführer  
in Ochshausen,  
Zuchthaus 1933–1941,  
Gründungsmitglied der SPD  
in Lohfelden nach 1945*

Anläßlich der Reichstageröffnung in der Potsdamer Garnisonkirche am 21. März 1933 erging durch Reichspräsident Hindenburg eine neue Verordnung, wonach bei allen Oberlandesgerichten Sondergerichte für „politische Straftaten“ einzurichten seien. Das „Sondergericht“ in Kassel nahm am 23. März 1933 seine „Arbeit“ auf und behandelte als ersten Fall jene Vorgänge in Ochshausen. Die Richter waren nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt, und die Verhandlungsführung machte deutlich, daß sie nur zu gern bereit waren, die Darstellung der Nationalsozialisten zu übernehmen. (Vorsitzender des Sondergerichts wurde der NS-Richter Hassencamp, ein Bekannter von Roland Freisler.) Die Anklage lautete auf „Landfriedensbruch und Verstoß gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat.“<sup>39</sup> Ernsthafte kriminaltechnische Untersuchungen, die zur Klärung des Falles geführt hätten, wurden nicht angestellt. Um die Art der Verhandlungsführung zu kenn-

zeichnen, seien hier zwei Beispiele aufgeführt: Entscheidende Bedeutung hätte die Klärung der Frage gehabt, ob die Bewohner des „Mehlhofes“ geschossen hatten. 1. Während der Vorermittlungen behaupteten die Nazis zunächst, der verletzte SA-Führer Most hätte einen Bauchschuß erhalten. Kurz danach stellte sich die Unhaltbarkeit dieser Behauptung heraus. Das behandelnde Krankenhaus teilte der Staatsanwaltschaft mit, der Einschuß befände sich im Rücken. Zunächst ist jedoch noch von einem Steckschuß die Rede. Dieser peinliche Widerspruch ließ sich nicht mehr vertuschen. Die Tatsache, daß der Schuß Most in den Rücken getroffen hatte, ließ die Nazis nun erklären, Most habe sich in dem Moment, als „der Schuß von vorn“ fiel, zu seinen Leuten umgedreht. Ein ärztliches Gutachten vom 9. März 1933 stellte schließlich fest, daß es sich um einen Durchschuß handelte, der von hinten rechts in den Körper eindrang und auf der linken Seite wieder austrat. Die Kleidung des Most

<sup>39</sup> Akte Range, Bd. I, Bl. 200 f.

wies zwar einen Einschuß auf, aber kein Ausschußloch. Also hatte die Energie des Geschosses nicht mehr ausgereicht, die Kleidung zu durchschlagen. Möglicherweise traf das Geschoß auf das Lederkoppel.<sup>40</sup>

Die Kugel aber blieb verschwunden. Sie stand damit auch nicht für einen Vergleich mit den Waffen der „Hilfspolizisten“ zur Verfügung. Das Gericht maß diesen Umständen keine Bedeutung bei.

2. Sempff behauptete, er wäre bei der Verfolgung von Flüchtigen im Hausflur des Hauses „Mehlhof 2 1/4“ von der Treppe herab beschossen und nur deshalb nicht getroffen worden, weil er im selben Augenblick über ein dort stehendes Fahrrad stolperte. Der Verteidiger verunsicherte Sempff mit dem Hinweis, daß sich in dem Hausflur keinerlei Einschüsse gefunden hätten. Einer der Richter kam Sempff mit dem haarsträubenden Einwand zu Hilfe, die Kugeln könnten ja auch zur Haustür hinausgeflogen sein.<sup>41</sup> Dazu hätte es allerdings einer Spezialwaffe

bedurft, die gleich zweimal im Neunzig-Grad-Winkel um die Ecke schießen konnte.

Nicht nur sachliche Einwände schob das Gericht beiseite, es ignorierte auch sämtliche entlastenden Zeugenaussagen. Die Bemühungen des Kasseler Rechtsanwaltes Dr. Georg-August Zinn und seines Vertreters um den Nachweis der Schuldlosigkeit der Ochshäuser blieben vergeblich.<sup>42</sup> Zinn wurde während des Prozeßverlaufs sogar verhaftet.<sup>43</sup>

Das Gericht vollzog den Racheakt der Nazis an ihren Gegnern. Es statuierte ein Exempel.

Am 31. März 1933 wurde ein ungeheuerliches Urteil verkündet: 3 Jahre Gefängnis für Heinrich Albrand, Karl George, Franz Hunold, Johannes Kraus und Jakob Ulrich. 8 Jahre Zuchthaus für Jakob Hildebrandt, Heinrich Marth, Wilhelm Range, August Schäffer, Heinrich Schäffer, Wilhelm Schäffer und Rudolf Wengefeld.<sup>44</sup>

Vier Angeklagte wurden freigesprochen.<sup>45</sup>

## Ochshausen nach dem 31. März 1933

Wenn im vorigen Abschnitt davon die Rede ist, die Ansammlung vor dem „Mehlhof“ sei den Bewohnern unter anderem zum Verhängnis geworden, so deshalb, weil feststeht, daß eine Racheaktion der Nazis gegen das demokratische Ochshausen gewollt war. Lediglich der Zeitpunkt und die Form des Vorgehens gegen die Ochshäuser waren nach der „Machtergreifung“ offen. Sempff sagte am 10. März 1933 vor dem Untersuchungsrichter aus, er kenne den „Mehlhof“ genau und wüßte, „daß dort unsere erbittertsten Gegner wohnen“.<sup>46</sup>

Führende Köpfe der Ochshäuser Sozialdemokraten verschwanden nun für Jahre hinter Zuchthausmauern, darunter der Reichsbannerführer Wilhelm Schäffer und der Jungbannerführer Heinrich Marth.<sup>47</sup> Der Schlag gegen den „Mehlhof“ lähmte selbst den Widerstandswillen des aktiven Ochshäuser Jungbanners. Die reichsweite Zerschlagung der Arbeitersportbewegung, der Arbeiterkulturvereine und der Genossenschafts- und Selbsthilfeeinrichtungen und schließlich das SPD-Verbot vom 22. Juni 1933 zerstörte auch in Ochshausen endgültig das politische und kulturelle Leben der Arbeiterschaft.<sup>48</sup>

Der SA-Führer Most erholte sich bald von seinen Verletzungen und war bereits im April 1933 bis in den Sommer hinein, gemeinsam mit seinem Kreisleiter Sempff, führend an

den Terroraktionen gegen politische Gegner in den Orten des Landkreises Kassel beteiligt. Ochshausen blieb allerdings vor weiteren Überfällen der Nazis verschont. Es existieren Hinweise darauf, daß ein ortsansässiger Gutsbesitzer seinen Einfluß „höheren Ortes“ geltend gemacht haben soll.<sup>49</sup>

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Jakob Berthel, erhielt vom Landrat die Auflage, sich ab 3. Juli 1933 täglich bei der Ortspolizei zu melden. Im Falle eines Verstoßes gegen die Auflage würde „Schutzhaft“ verhängt.<sup>50</sup>

Für die Angehörigen, insbesondere die Frauen der Verurteilten, bedeutete die Inhaftierung der Männer eine menschliche und wirtschaftliche Katastrophe. Der Vater des 23jährigen Jakob Ulrich erhängte sich aus Verzweiflung über die Verhaftung seines Sohnes wenige Tage nach jener Nacht.<sup>51</sup>

Die Frau von Heinrich Schäffer erhielt für sich und ihre beiden Kinder 4 Reichsmark Wohlfahrtsunterstützung in der Woche. Wegen der Ereignisse im „Mehlhof“ war ihr der Aufenthalt in ihrer Wohnung verleidet, und sie zog für zweieinhalb Jahre zu ihren Eltern.<sup>52</sup>

„Unter den zu 8 Jahren Verurteilten befand sich auch mein späterer Schwiegervater und seine zwei Brüder. Wer kann je ermessen, welch unsagbares Leid, welche Not und

<sup>40</sup> Akte Range, Bd. I, Bl. 131. <sup>41</sup> Akte Sempff, Bd. I, Bl. 3. <sup>42</sup> Akte Range, Bd. I, Bl. 215. <sup>43</sup> Hinweis Fam. Schäffer. <sup>44</sup> Akte Range, Bd. I, Bl. 230 ff. <sup>45</sup> Sie waren KPD-Anhänger. Mit den gleichen konstruierten Anklagen hätten auch sie verurteilt werden können. Daß dies nicht geschah, verstärkt den Verdacht, daß hier gezielt ein weiterer Schlag gegen die nordhessische Sozialdemokratie geführt wurde. <sup>46</sup> Akte Range, Bd. I, Bl. 109 f. (Hervorhebung: H.P.). <sup>47</sup> Hinweis Fam. Schäffer. <sup>48</sup> Handakte B. Nödler. <sup>49</sup> Hinweis J. Neidnicht, Hinweis Fam. Schäffer. <sup>50</sup> Hinweis J. Berthel. <sup>51</sup> Akte Range, Bd. I, Bl. 103 f. <sup>52</sup> Hinweis Fam. Schäffer.

Sorgen die Familien der Verhafteten und Verurteilten zu ertragen hatten. Zu der Sorge um ihre Männer und Väter kamen die Demütigungen und Beleidigungen durch Ämter, Behörden und Mitbürger. Allerdings gab es auch viele wahre Freunde, ohne deren Trost und Mithilfe das Leben für die Opfer noch unerträglicher gewesen wäre.<sup>53</sup> Da die Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens sich als aussichtslos erwies, stellten die Inhaftierten und insbesondere deren Angehörige in den folgenden Jahren mehrere Gnadengesuche, die teilweise an Hitler persönlich gerichtet waren.<sup>54</sup>

Sämtliche Gnadengesuche wurden abgelehnt, alle Verurteilten mußten ihre „Strafen“ voll verbüßen. Selbst noch ein Jahr vor dem Ende der achtjährigen Zuchthausstrafen lehnte die Kasseler Gestapo in einer Stellungnahme zu einem Gnadengesuch die vorzeitige Freilassung am 12. Februar 1940 mit der Androhung ab: „Im Falle einer vorzeitigen Entlassung müßte vielmehr von hier aus bis auf weiteres Schutzhaft und Unterbringung in ein Konzentrationslager beantragt werden.“<sup>55</sup>

Die Frauen der Inhaftierten waren viele Jahre auf sich allein gestellt. Wenn Freunde und ehemalige Genossen etwas von ihrem schmalen Verdienst abzweigten und für die Frauen und ihre Kinder sammelten, war dies ein menschlicher Trost, konnte aber deren Lage natürlich nur kurzfristig erleichtern.<sup>56</sup>

Wollte sich in diesen Jahren ein Ochshäuser Sozialdemokrat ungefährdet mit Gesinnungsfreunden unterhalten, ging er zum „Lotterieverein“, der regelmäßig in einer Gaststätte tagte. Nach der Zerschlagung der Arbeitervereine war dieser als unverfängliche Vereinigung von den Ochshäusern neu gegründet worden.<sup>57</sup>

Während des Sommers 1933 gelang es den Ochshäuser

Arbeitersportlern, auch den größten Teil der beschlagnahmten Geräte des Arbeiter-Turn- und Sportvereins vor der Übernahme durch die Nazis zu retten, indem mit Hilfe eines „Strohmannes“ in Ochshausen ein „Deutscher Turnverein“ als Sektion des „Deutschen Turnerbundes“ gegründet wurde.<sup>58</sup>

Auch nach der Festigung der NS-Herrschaft fand sich in Ochshausen kaum einer, der im Sinne der Nazis zu Führungsaufgaben für die NSDAP qualifiziert gewesen wäre. So wurde zum Beispiel der Posten des NSDAP-Ortsgruppenleiters zeitweilig mit einem „Parteigenossen“ besetzt, der in Waldau wohnte und die Ochshäuser Ortsgruppe kommissarisch mitverwaltete.<sup>59</sup>

Mit der Entlassung der zu acht Jahren Zuchthaus Verurteilten im Frühjahr 1941 war deren Leidensweg noch nicht zu Ende. Die fünf, die eine dreijährige Gefängnisstrafe verbüßt hatten, wurden zu regulären Einheiten der Wehrmacht eingezogen. Die sieben zu Zuchthausstrafen Verurteilten hatten ihre „Wehrwürdigkeit“ zunächst verloren. Im Januar und Februar 1944 mußten drei von ihnen, Wilhelm Range, August Schäffer und Heinrich Schäffer, sich beim „Strafbataillon 999“ melden. Wilhelm Schäffer sollte ebenfalls zu den „999ern“ eingezogen werden, wurde aber nach Fürsprache seines Firmenchefs „uk“ (unabkömmlich) gestellt.

Von den zwölf Verurteilten haben sieben das Jahr 1945 nicht überlebt: Karl George, an Kriegsfolgen im Februar 1945 verstorben; Johannes Krauss, seit 1944 vermißt; Heinrich Marth, in den letzten Stunden des Krieges durch einen Granatsplitter getötet; Wilhelm Range, seit Ende 1944 vermißt; August Schäffer, seit Ende 1944 vermißt; Heinrich Schäffer, an Kriegsfolgen im Dezember 1945 verstorben; Jakob Ulrich, vermißt.<sup>60</sup>

## Nachtrag

Vier Wochen nach dem Zusammenbruch der Nazierrschaft, am 9. Juni 1945, verfaßte Wilhelm Schäffer einen Bericht über die Vorgänge in Ochshausen im März 1933.<sup>61</sup> Noch im Juni 1945 ermittelte die deutsche Kriminalpolizei ehemals beteiligte „Hilfspolizisten“, die nun zu ganz anderen Aussagen bereit waren als im März 1933 vor dem Kasseler „Sondergericht“. Sempff war für die deutschen Behörden nicht greifbar, da er sich im amerikanischen Internierungslager in Darmstadt befand. Ein ehemaliger SA-„Hilfspolizist“ aus Niederrzwehren gab nunmehr zu

Protokoll, daß er oder ein neben ihm stehender SA-Mann den Schuß abgegeben haben müßte, der den SA-Führer Most damals traf.<sup>62</sup>

Dieser SA-Mann hatte sich bereits einmal im Sommer 1933 bei der Familie Schäffer gemeldet und angekündigt, er wolle bei der Wiederaufnahme des Verfahrens behilflich sein. Da er sich jedoch innerhalb kurzer Zeit erheblichen Repressalien ausgesetzt sah, gab er diese Absicht wieder auf.<sup>63</sup>

<sup>53</sup> Manuskript J. Neidnicht. <sup>54</sup> Akte Range Bd. III, Gnadenhefte. <sup>55</sup> Akte Range, Bd. III, Gnadensache Range, Bl. 9. <sup>56</sup> Hinweis Fam. Schäffer. <sup>57</sup> Hinweis Fam. Schäffer, Hinweis J. Berthel. <sup>58</sup> Hinweis J. Berthel. <sup>59</sup> Hinweis J. Berthel, Hinweis Fam. Schäffer. <sup>60</sup> Hinweis Fam. Schäffer. <sup>61</sup> Akte Sempff, Bd. I, Bl. 1 ff. <sup>62</sup> Akte Sempff, Bd. I, Bl. 39. <sup>63</sup> Hinweis Fam. Schäffer.

So wurde die entscheidende Aussage, die den Leuten vom „Mehlhof“ so viel an Leid erspart hätte, erst am 21. Juni 1945 gemacht: „Auf Vorhalt, ob der verhängnisvolle Schuß, der zur Verletzung des Most geführt hat, von uns Hilfspolizisten abgegeben (...) wurde, erkläre ich, daß dieser fragliche Schuß nur von G. oder von mir herrühren kann. Es wurde sofort gerufen von unseren Leuten: ‚Eigener Schuß – Achtung – Aufhören‘ – als der Aufschrei des Most vernommen wurde. Es handelte sich mit Bestimmtheit um Pistolenschüsse. Der fragliche Schuß, der zur Verletzung des Most führte, kann nicht von vorn gekommen sein, denn ich weiß noch genau, daß das Feuer von uns aus eröffnet wurde. Wir fingen an zu schießen, und bei den ersten Schüssen wurde Most sofort getroffen.

Auf Befragen, warum ich nicht diese jetzt gemachten Angaben dem Sondergericht damals mitgeteilt habe, erwidere ich, daß mir die Darstellung niemals seiner Zeit geglaubt sein würde, denn die SA durfte nicht belastet werden. Es mußten eben Schuldige gefunden werden, um Sensationen zu schaffen, die Gelegenheit gaben, angeblich Widerspenstige niederknüppeln zu können. So ist es auch zu dem Ochshausener Überfall am 4. 3. 1933 gekommen, und zwar auf Veranlassung des damaligen Kreisleiters Sempff, der von sich reden machen wollte. Ich bedaure es sehr, daß die damaligen Zeiten es mir nicht ermöglichten, derartigen Gemeinheiten Einhalt zu bieten. Weitere Angaben kann ich nicht machen.“<sup>64</sup>

Dies ist die Aussage eines ehemaligen SA-Mannes, der zumindest den Ansatz gemacht hatte, schon 1933 Licht in diese Sache zu bringen. In den Gerichtsakten finden sich noch zahlreiche andere Aussagen von seinerzeit beteiligten „Hilfspolizisten“, die sich nun, mit zwölfjähriger Verspätung, in heller Empörung über die „Machenschaften“ von damals auslassen. Die ersten Ermittlungen gegen Sempff, Most, den ehemaligen Ochshäuser „NS-Führer“, und einige andere ehemalige SA-Leute waren am 20. August 1945 abgeschlossen.<sup>65</sup>

Weitere Ermittlungen im Winter 1945/46 ließen die Zahl der Beschuldigten auf 32 ansteigen.<sup>66</sup>

Die Hauptakteure hatten sich in den Jahren nach 1945 für mehr als einen Terrorakt gegen Andersdenkende zu verantworten.

So standen Sempff und andere erst im Dezember 1948 wegen Landfriedensbruchs vor der Strafkammer des Landgerichts in Kassel.<sup>67</sup>

Zwischenzeitlich hatte 1947 ein Verfahren gegen zwei SA-Leute stattgefunden, die beschuldigt wurden, am 5. März 1933 den jungen Franz Hunold angeschossen zu haben. Dieses Verfahren endete mit Freispruch, weil eine eindeutige Beweisführung gegen die Angeklagten nicht mehr möglich war.<sup>68</sup>

Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte Sempff wegen schweren Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Freiheitsberaubung zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und neun Monaten. Von den weiteren sechs Angeklagten wurden drei freigesprochen, die anderen erhielten mehrmonatige Gefängnisstrafen.<sup>69</sup>

Dieses Urteil ging in die Revision und so wurde im Oktober 1949 erneut gegen Sempff und zwei andere verhandelt.<sup>70</sup>

Das Strafmaß wurde zwar bestätigt, jedoch unter Anrechnung der Untersuchungshaft bzw. der Internierungshaft. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft gab in seinem Schlußwort seiner Empörung Ausdruck, indem er sich an die Angeklagten wandte: „Wenn ich ein Nazi-Staatsanwalt wäre, würden Sie alle drei das Licht der Sonne nicht wiedersehen!“<sup>71</sup>

Aber auch dieses Urteil wurde aufgehoben. In einer erneuten Verhandlung vor dem Landgericht wurden Sempff und zwei weitere Angeklagte am 28. Februar 1951 freigesprochen. Das Gericht sah die Tatbestandsmerkmale für einen Landfriedensbruch als nicht erfüllt an. Die Körperverletzungen hätten in jedem Einzelfall nachgewiesen werden müssen.

Sieben wichtige Zeugen konnten nicht mehr gegen ihre Peiniger von 1933 aussagen.

<sup>64</sup> Akte Sempff, Bd. I, Bl. 39 f. <sup>65</sup> Akte Sempff, Bd. I, Bl. 46 ff. <sup>66</sup> Akte Sempff, Bd. I, Bl. 105 f. <sup>67</sup> Akte Sempff, Bd. V, Urteilsausfertigung vom 26. Januar 1949. <sup>68</sup> Akte Sempff, Bd. V, Bl. 23 ff. <sup>69</sup> Akte Sempff, Bd. V, Urteil v. 26.01.1949. <sup>70</sup> Akte Sempff, Bd. III, Bl. 43 ff. <sup>71</sup> Hessische Nachrichten vom 7. 10. 1949.

**Bildnachweis:**

Abbildung 1: Archiv Landgericht Kassel.

Abbildung 3: Archiv Justizvollzugsanstalt Kassel-Wehlheiden.

Abbildungen 2, 4, 5: Privatbesitz Familie Schäffer.

**Unveröffentlichte Quellen**

Archiv des Landgerichtes Kassel:

– Strafsache gegen Range, u. a., Az.: S 3 Js 1/33 – S 3 Kls 7/33

– Strafsache gegen Sempff, u. a., Az.: 3 Kls 26/48

**Gedruckte Quellen**

– G. Kühne (Hrsg.): 25 Jahre Lohfelden, Lohfelden 1965

– 950 Jahre Gemeinde Vollmarshausen, Festschrift der Gemeindeverwaltung, Vollmarshausen 1969

– Geschäftsbericht SPD-Bezirksverband Hessen-Kassel, 1. Jan.–31. Dez. 1930, Kassel 1931

– Handbuch der NSDAP, Gau Kurhessen, Bd. II, Ausgabe 1935, Kassel 1935

– Kasseler Volksblatt

– Kasseler Post

– Hessische Nachrichten

**Mündliche und schriftliche Mitteilungen, Privatsammlungen**

J. Berthel, G. Malsch, J. Neidnicht, B. Nödler, Hans Schäffer, Familie Schäffer, sämtlich Lohfelden.

Herbert Pinno

# Organisation, Mitglieder und Wähler der NSDAP in Kassel

## 1. Die NS-Organisationen wachsen mit zunehmender Arbeitslosigkeit

Bei den Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag im Mai 1928 erwies sich die NSDAP in Kassel noch als eine Partei mit Organisationsschwächen, die wenig Anziehungskraft auf die Wähler ausübte. Sie blieb mit 3,25% Stimmenanteil eine Splitterpartei.<sup>1</sup> Die Mitgliederzahlen bei der NSDAP und der SA stiegen in Kassel und Nordhessen mit wirtschaftlichem Rückgang und wachsender Arbeitslosigkeit seit Herbst/Winter 1928/29. Neue Ortsgruppen und SA-Trupps konnten errichtet werden.<sup>2</sup>

Die SA wurde in der Region Kassel seit 1928/29 immer mehr zu einer Auffangorganisation für viele arbeitslose junge Männer.<sup>3</sup> Sie bot den jungen Arbeitslosen einen Berufsersatz und eine materielle Mindestversorgung (Essen, Trinken, Uniform, Heim). In dieser militanten Kampftruppe fanden sie soziale Bindung in der Männergemeinschaft, Halt und Anerkennung. Der gesellschaftliche Makel der Arbeitslosigkeit wurde von ihnen genommen. „Tag für Tag, bei Regen und Sonnenschein und Abend für Abend, ob Werktag oder Sonntag, lag die SA auf den Landstraßen.“<sup>4</sup> Mag diese Selbstdarstellung auch übertrieben sein, sie war dennoch bezeichnend für das Selbstbewusstsein der SA, eine soldatische Organisation zu sein, die ständig den „ganzen Kerl“ forderte. Das Bewusstsein, Kämpfer für eine rücksichtslos voranmarschierende nationalistische Bewegung zu sein, entstand durch Wehrsport, paramilitärische Ausbildung, Gehorsam gegenüber den Führern und „weltanschauliche“ antidemokratische und antisemitische Schulung. Es wurde bei vielen verstärkt und gefestigt durch das Ausleben ihrer Aggressionen und durch Erfolgserlebnisse in Krawallen, Schlägereien, Saal- und Straßenschlachten mit zu inneren Feinden Deutschlands erklärten politischen Gegnern, den „Marxisten“ (d. i. die Bezeichnung für Sozialdemokraten), dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und dem Roten Frontkämpferbund der Kommunisten.

Mitte 1929 war die Kasseler SA stark genug geworden, um aus ihren Reihen eine Schutzstaffel (SS) zu gründen. Auf dem Nürnberger Parteitag 1929 verlieh Hitler der Kasseler SA eine Standarte, damit wurde sie Standarte 1 in Kurhes-

sen. Das Bild der kurhessischen SA wäre zu einseitig und verzeichnet, wenn sie nur als Terrororganisation dargestellt würde. Nicht alle SA-Männer waren Rabauken, Schläger und rüpelhafte Kraftprotze. Bei Teilen der Bevölkerung in Kassel und Umgebung fand die SA-Standarte immer mehr Zustimmung. „Ihr Auftreten imponierte, ihre geschlossenen Kolonnen, ihre feierlichen Appelle und zünftigen Aufmärsche mit zackigen Spielmannszügen wirkten werbend und gewinnend auf diejenigen, die für solche Ordnungsmuster empfänglich waren. (...) Die wohlorganisierten Aufmärsche, Vorbeimärsche und Abmärsche in „Reih und Glied“ demonstrierten Stärke, sie versinnbildlichten das Imponiergehabe nationalsozialistischer „Herrenpolitik“, sie verstellten die Aussicht auf die Armseligkeit und Ausweglosigkeit des politischen Alltags durch dröhnende Szenen.“<sup>5</sup>

Im ersten Halbjahr 1929 waren Organisation und Einnahmen des Gaues Hessen-Nassau-Nord so gewachsen, daß ab August Walter Franke als hauptberuflicher Geschäftsführer eingestellt wurde, weil, nach Aussagen Gauleiter Weinrichs, die anfallende Arbeit nicht mehr nebenberuflich erledigt werden konnte.<sup>6</sup>

Einen beträchtlichen Gewinn für ihr politisches Ansehen brachte der Nazibewegung ihr Bündnis mit den Parteien und Organisationen der nationalistischen und antidemokratischen Rechten in Kassel (Deutschnationale, Stahlhelm, Jungdeutscher Orden, Wiking, Deutschvölkische u. a.) beim Volksbegehren gegen den „Young-Plan“, mit dem die Abwicklung der Reparationen neu geregelt werden sollte. Die NSDAP beteiligte sich besonders aktiv und lautstark an der Kampagne für das Volksbegehren über das „Freiheitsgesetz“, gegen die „Kriegsschuldlüge“ des Versailler Vertrags und die „Tributsklaverei von Kindern und Kindeskindern“. Das Ergebnis des Volksbegehrens bedeutete zwar für die extreme Rechte in Kassel eine peinliche politische Niederlage, nur 3,9% der Wahlberechtigten trugen sich dafür ein, der Aufschwung der Nazibewegung wurde dadurch aber begünstigt. Dies zeigte sich vier Wochen später bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung. Die NSDAP erhielt am 17. 11. 1929 7% (5987) der

<sup>1</sup> Ergebnisse der Wahlen (in Kassel) von 1919 bis 1931, in: Adress- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel sowie sämtlicher Ortschaften des Landkreises Kassel 1932, 96. Jg. Kassel 1931, S. 14–15. <sup>2</sup> Völkischer Beobachter, Nr. 208 v. 7. 9. 1928 und Nr. 82 v. 10. 4. 1929. <sup>3</sup> SA-Brigade 47 (Kassel): Die Geschichte der kurhessischen SA. Schriftleitung Karl Poppe, 2. Folge des Handbuchs der NSDAP, Gau Kurhessen, Ausgabe für das Jahr 1935, Kassel (weiter zit.: Geschichte kurh. SA), S. 46. <sup>4</sup> Ebenda. <sup>5</sup> Lothar Steinbach: Ein Volk, ein Reich, ein Glaube? Ehemalige Nationalsozialisten und Zeitzeugen berichten über ihr Leben im Dritten Reich, Berlin-Bonn 1984, S. 22. <sup>6</sup> Vgl. Bericht des Polizeipräsidenten in Kassel an den Regierungspräsidenten in Kassel v. 17. 9. 1929, in: Staatsarchiv Marburg (StAM) 165/3942 Bd. 1.

gültigen Stimmen, 2887 mehr als bei der Landtagswahl im Mai 1928. Sie war damit die Partei mit dem größten Wählergewinn seit dem Vorjahr.<sup>7</sup>

Der politische Aufstieg des Nationalsozialismus von einer Randgruppe zu einem ernstzunehmenden Machtfaktor zeigte sich in Kassel auch an der schnell wachsenden Mitgliederzahl der NSDAP, die im ersten Halbjahr 1930 auf 400 anstieg.<sup>8</sup> Auch die Kasseler SA hatte Anteil an diesem Mitgliederzuwachs. Der „Sturm I“ erreichte seine Sollstärke von über 70 SA-Männern, deshalb wurde im Frühjahr 1930 in Stadt und Kreis Kassel ein zweiter SA-Sturm aufgestellt.

Ab Februar 1930 gelang es dem Gau Hessen-Nassau-Nord außerdem, ein eigenes Kampfblatt „Der Sturm“ herauszugeben. Diese Zeitung hatte ebenso wie frühere nationalsozialistische Blätter eine ungenügende finanzielle Grundlage. Sie konnte aber durch die steigende Anhängerzahl der NSDAP längere Zeit erscheinen als ihre erfolglosen Vorgänger.<sup>9</sup>

Die Reichstagswahl am 14. 9. 1930 fand in Kassel in einer Phase wirtschaftlicher Verschlechterung und deutlich zunehmender Arbeitslosigkeit statt. Die Arbeitslosenzahlen waren gegenüber dem konjunkturschwachen Jahr 1929 um mehr als ein Drittel gestiegen; 28% mehr kleine und mittlere Unternehmen als 1929 verloren in Kassel durch Konkurse und Vergleiche ihre wirtschaftliche Existenz. Arbeitslosigkeit und Unternehmenskrisen lagen in Kassel spürbar höher als im Reich.<sup>10</sup>

Die NSDAP profitierte von der Wirtschaftskrise und erhielt bei der Reichstagswahl in Kassel 26% (27060) der gültigen Stimmen. Sie wurde damit nach der SPD (32,5%) die zweitstärkste Wählerpartei und hatte viereinhalbmal soviel Wähler wie zehn Monate zuvor bei der Kommunalwahl und achteinhalbmal soviel Stimmen wie bei der Reichstagswahl von 1928. Dieser Aufstieg der NSDAP in-

nerhalb von zwei Jahren von einer Splitterpartei zu einer Massenpartei war ohne Beispiel. Er ging vor allem zu Lasten der bürgerlichen Rechten. Im Vergleich zur Stadtverordnetenwahl vor zehn Monaten verloren die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 7,3, die Deutsche Volkspartei (DVP) 7,1 und die Wirtschaftspartei 2,5 Prozent-Punkte der gültigen Stimmen. Der Wähleranteil sank bei der DNVP um 55%, bei der DVP um 53% und bei der Wirtschaftspartei um 43%. Die Staatspartei (Nachfolger der Deutschen Demokratischen Partei) hatte dagegen geringere Stimmeneinbußen (1,3 Prozent-Punkte).

Auch die hohe Wahlbeteiligung von fast 83% kam in erster Linie der NSDAP zugute, die einen großen Anteil bisheriger Nichtwähler und Jungwähler für sich gewann. In Nordhessen war der Wahlerfolg der NSDAP mit 24,1% Stimmenanteil ähnlich wie in Kassel, damit war der „Gau Hessen-Nassau-Nord im Reiche voran“.<sup>11</sup>

Auf den Zusammenhang zwischen dem krisenhaften Wirtschaftsabschwung und dem Aufschwung des Nationalsozialismus spielte der Kasseler Bankier und Vorsitzende der Industrie- und Handelskammer Pfeiffer in seinem Jahresbericht für 1930 an. Er stellte fest: „Das allerschlimmste ist aber, daß das Vertrauen auch zu unserer wirtschaftlichen Entwicklung unter diesen Verhältnissen fast vollständig verlorengegangen ist. (...) Wir müssen uns dabei klar sein, daß die Macht, die Entwicklung einfach umzudrehen, heute niemand hat. Es wird daher zu nichts führen, sich den Träumen vom dritten Reich hinzugeben und hochgesteckten, fernliegenden Zielen nachzujagen.“<sup>12</sup>

Wie schnell sich die nazistische Bewegung in Kassel 1930 ausbreitete, zeigte auch die Verdoppelung ihrer Mitgliederzahl innerhalb weniger Monate. Die NSDAP-Ortsgruppe Kassel wuchs bis Ende Oktober 1930 auf 800 Mitglieder.<sup>13</sup>

## Soziale und berufliche Merkmale der Nationalsozialisten in Kassel vor 1933

Die kleine nationalsozialistisch orientierte Kerngruppe, die sich im Herbst und Winter 1923 in Kassel sammelte, setzte sich überwiegend aus kleinbürgerlichen

Beamten und Angestellten, insbesondere des öffentlichen Dienstes, aus freiberuflich tätigen Akademikern (wie Rechtsanwälte, Zahnärzte, Apotheker) und Lehrern zu-

<sup>7</sup> Ergebnisse der Wahlen ... a.a.O.(1) S.14–15. <sup>8</sup> Bericht des Landeskriminalpolizei-Bezirks Kassel über die Gliederung der NSDAP im Gaubezirk Hessen-Nassau-Nord, Stand 1. Hälfte 1930, in: StAM 165/3942 Bd. 1 und Bericht des Landeskriminalpolizei-Bezirks Kassel über die NSDAP-Ortsgruppen im Gaubezirk Hessen-Nassau-Nord, in: StAM 165/3846 Bd. 3. <sup>9</sup> Geschichte kurh. SA, S. 58. <sup>10</sup> Die Wirtschaft im Jahre 1930. Bericht, erstattet in der Gesamtsitzung der Industrie- und Handelskammer vom 7. Januar 1931 von dem Vorsitzenden Dr. h. c. Karl L. Pfeiffer, in: Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Kassel, 11. Jg., Nr. 2/3 v. 1, 2. 1931, S. 24 ff. <sup>11</sup> Schlagzeile im Völkischen Beobachter Nr. 234 v. 2. 10. 1930, zit. n. Eberhart Schön: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim am Glan 1972, S. 178. Im Reich erhielt die NSDAP 18,1% der Stimmen, in Schleswig-Holstein erreichte sie ein höheres, in Südhannover-Braunschweig, Pommern und Breslau ein ähnliches Wahlergebnis wie in Hessen-Nassau-Nord. <sup>12</sup> Die Wirtschaft im Jahre 1930 (10), S. 11. <sup>13</sup> Organisationsplan der NSDAP, Gau Hessen-Nassau-Nord, Stand 31. 10. 1930, in: StAM 165/3846 Bd. 4.

sammen.<sup>14</sup> Die meisten Mitglieder dieser Kernmannschaft gründeten im Februar/März 1925 in Kassel die kurhessische NSDAP. Dazu kamen noch einige SA-Männer, die mehrheitlich Handwerker und Arbeiter waren.<sup>15</sup> Die NSDAP blieb in Kassel bis 1927 eine politische Splitterpartei. Erst Anfang 1928 erreichte die Ortsgruppe, zu der die Stadt und der Landkreis Kassel gehörten, 200 Mitglieder.<sup>16</sup>

Eine Stichprobenuntersuchung der Personen, die bis 1927 in die Hitlerpartei eintraten, läßt erkennen, daß die Ortsgruppe fast ausschließlich aus Männern bestand, die vorwiegend den kleinbürgerlichen Mittelschichten zuzurechnen waren. Nach eigenen Angaben waren unter den Nationalsozialisten, die sich vor 1928 der NSDAP angeschlossen hatten, etwa

- 22% selbständige Handwerker und Einzelhändler,
- 30% Beamte des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes,
- 8% freiberuflich Tätige.<sup>17</sup>

Die Nazi-Partei hatte seit 1928/29 in Kassel ansehnliche Zuwachsraten. Bis zum ersten Halbjahr 1930 stieg die Mitgliedschaft der Ortsgruppe auf 400 Parteigenossen. Der Charakter der NSDAP als „Männerpartei“ änderte sich dadurch nicht.

Nach einer Denkschrift des Preußischen Innenministeriums wurde der größte Teil der nationalsozialistischen Anhängerschaft durch den „allmählich verelendenden Mittelstand in den kleineren Städten, die kleinen Handel- und Gewerbetreibenden, ferner die von der Arbeitslosigkeit betroffenen oder bedrohten Angestellten und schließlich die bei dieser Wirtschaftslage jeder Aussicht auf späteren Broterwerb baren Kreise des akademischen Nachwuchses gebildet“. Seit 1930 wendete sich „auch eine nicht unerhebliche Zahl von unteren und mittleren Beamten, besonders von den Verwaltungszweigen, die nicht ausgesprochene Hoheitsverwaltungen sind, wie Post-, Bahn- und Finanzverwaltung, auch aus der Lehrerschaft“ der NSDAP zu.<sup>18</sup> In der NSDAP-Ortsgruppe Kas-

sel blieben die Beamten (des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes) weiterhin mit mehr als einem Viertel die stärkste Berufsgruppe. Ein großer Teil der NSDAP-Mitglieder (ca. 30%) waren Selbständige (Einzelhändler, Handwerker, freiberuflich Tätige, Landwirte, Gewerbetreibende). In der Mitgliedschaft waren die Anteile der mittleren Angestellten (z. B. Ingenieure, Abteilungsleiter, Buchhalter) sowie der Studenten und Gymnasiasten gestiegen (ca. 15%). Die NSDAP hatte ihren Sozialcharakter als kleinbürgerliche Mittelschichtenpartei, bei einem breiteren Spektrum an Berufen und einem wachsenden Anteil jüngerer Mitglieder, unter denen eine Reihe arbeitslos waren, nicht wesentlich verändert.<sup>19</sup>

Auch die Kasseler SA nahm am Wachstum des Nationalsozialismus teil. Der „Sturm I“ erreichte im Frühjahr 1930 seine Sollstärke von über 70 SA-Männern, deshalb wurde Wilhelm Brühmann, Kassel, beauftragt, in Stadt und Kreis Kassel einen zweiten SA-Sturm aufzustellen.<sup>20</sup>

Es waren vor allem arbeitslose junge Männer, die seit 1928/29 – mit Verschlechterung der Wirtschaftslage in Kassel und Nordhessen – in die SA eintraten. In der „Geschichte der kurhessischen SA“ wird betont, daß die SA-Männer der „Alten Garde“ meist arbeitslos waren.<sup>21</sup>

Als die Wirtschaftskrise sich seit 1930 immer mehr verschärfte und die Arbeitslosigkeit rapide anstieg, gelang es der SA, immer mehr junge Arbeitslose für ihre paramilitärische Kampftruppe zu rekrutieren. Im Sommer 1931 war die Kasseler SA so gewachsen, daß sie als Sturmbann I/83 mit vier Stürmen neu gegliedert wurde. Dem Sturmbann I/83 sollen am 4. 8. 1931 439 SA-Männer aus Kassel und Umgebung angehört haben.<sup>22</sup>

Die NSDAP-Führung in Kurhessen und Kassel war gezwungen, die Mehrzahl der SA-Leute und viele aktive Parteigänger in Kassel, die oft seit längerer Zeit arbeitslos waren, materiell zu unterstützen.<sup>23</sup> Im November 1931 richtete die Kasseler NSDAP ein SA-Tagesheim mit einer Notstandsküche und einem Eßsaal ein. Dort wurden täglich für 20 Pfg. Mittagessen an Parteimitglieder ausgegeben.

<sup>14</sup> Der Journalist Rudolf Likus, Geschichtsschreiber der Kasseler NSDAP, nannte als Mitglieder dieser Gruppe die Parteigenossen Karl Weinrich (Obersteuersekretär), Fritz Lengemann (Obersekretär), Max Köhler (Apotheker), Dr. Schaumlöffel (Zahnarzt), Kurt Fröhlich (Oberpostsekretär), Karl Albert Dietz (Angestellter), Dr. Walter Schultz (Studienrat), Vater und Sohn Dr. Paulmann (Direktor; Rechtsanwalt), Dr. Roland Freisler (Rechtsanwalt), Heinrich Messerschmidt (Angestellter), Heinrich Moog (Stadtsekretär), Herbert Meissner (Landessekretär), Major a. D. Simons, Lehrer Heinz, Dr. Kreis (Zahnarzt), Dr. Spieß (Philologe), Rudolf Jakobitsch (Kaufmann). Vgl. Rudolf Likus: Vor zehn Jahren, in: Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel, Folge 3, April 1933, Sondernummer, S. 3. Die Berufe dieser Altnationalsozialisten wurden aus verschiedenen Jahrgängen (90.–96. Jg.) des Adress- und Einwohnerbuches der Stadt Kassel 1926–1932 ermittelt. <sup>15</sup> Dazu gehörten nach Likus u. a. die Brüder Hans und Heinrich Rudolf (Facharbeiter; Schlosser) und Wilhelm Klaholz (ungelernter Arbeiter). Vgl. Likus a.a.O. (14) S. 3. <sup>16</sup> Bericht des Regierungspräsidenten in Kassel vom 6. 1. 1928, in: StAM 165/3983 Bd. 8. <sup>17</sup> Die untersuchte Stichprobe sind 39 NSDAP-Mitglieder, die bis 1927 in die Partei eintraten. Ihre Berufsangaben beziehen sich auf das Jahr 1932. Sie wurden den Meldebogen aufgrund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. 3. 1946 entnommen. – Die NSDAP-Ortsgruppe Kassel hatte 1927 etwa 150 bis 170 Mitglieder. <sup>18</sup> Zit. in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung, hrsg. v. Herbert Michaelis und Ernst Schraepler, Berlin o. J., Bd. 8, S. 328. <sup>19</sup> Die untersuchte Stichprobe bezieht sich auf 65 NSDAP-Mitglieder – bei einer Mitgliederzahl der Kasseler NSDAP von ca. 330. <sup>20</sup> Vgl. Geschichte kurh. SA, S. 58. <sup>21</sup> Ebenda, S. 46. <sup>22</sup> ebd., S. 94 f. <sup>23</sup> R. Likus schrieb über die Kasseler NSDAP-Ortsgruppengeschäftsführung, die zehn Sektionsführer, Kassenwarte und deren Mitarbeiter in der Zeit von Juli 1931 bis September 1932: „Wohl die meisten von ihnen waren arbeitslos...“. In: Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel, Folge 6 v. 15. 6. 1933, S. 1. – In der Geschichte der kurhessischen SA wird sogar hervorgehoben, daß 1931 die SA-Männer „meist arbeitslos waren“. (S. 86).

Die Lebensmittel wurden von Geschäftsleuten und Bauern gespendet.<sup>24</sup>

Die Arbeitslosen waren 1931 – nach unserer Untersuchung der Berufsstruktur der NSDAP-Ortsgruppe Kassel – mit etwa einem Viertel der Parteiangehörigen zwar die größte Gruppe in der Mitgliedschaft, es wäre aber verfehlt, die Nazi-Partei als politische Bewegung von Arbeitslosen anzusehen. In den Arbeiterparteien, insbesondere in der Kommunistischen Partei (KPD), war der Anteil der Arbeitslosen unter den Mitgliedern deutlich höher.

Die Kasseler NSDAP blieb auch 1931 im wesentlichen eine Partei der Mittelschichten, vor allem des Kleinbürgertums. Seit der Wirtschaftskrise hatten sich 1930/31 viele Selbständige dem Nationalsozialismus angeschlossen. Es war ein beachtlicher politischer Erfolg für die Nazibewegung, daß der Vorsitzende der Wirtschaftspartei in Kassel im Oktober 1931 zu ihr übertrat und öffentlich erklärte, die Ziele und Interessen der Mittelklassen wären nur von der NSDAP durchzusetzen. Der Vorstand der Wirtschaftspartei in Kassel trat zurück, viele Mitglieder und Wähler folgten dem Beispiel des ehemaligen Ortsvorsitzenden und wurden Anhänger des Nazismus.<sup>25</sup> In der Kasseler NSDAP bildeten nun die Angehörigen des selbständigen Mittelstandes (Handwerker, Kaufleute, freie Berufe, Landwirte) mit mehr als einem Fünftel der Mitglieder die stärkste beruflich-soziale Gruppe. Ihre Zahl war größer als die derjenigen Nationalsozialisten, die im öffentlichen Dienst als Beamte vom einfachen bis zum höheren Dienst (einschließlich Lehrer) (ca. 12%) und als Angestellte (ca. 6%) beschäftigt waren. Beträchtlich gestiegen war auch die Zahl der mittleren und gehobenen Angestellten mit Führungsaufgaben (wie Abteilungsleiter, Ingenieure, Handlungsbevollmächtigte, Buchhalter), die sich der NSDAP zugewendet hatte. Diese Gruppe war 1931 etwa gleichgroß wie die der Beamten.

Die Arbeiterschichten (unselbständige Handwerker, Vorarbeiter, Facharbeiter, angelernte und ungelernete Arbeiter, Arbeiter im Dienstleistungsbereich) waren mit ca. 15% in der Nazi-Partei und ihrer Führung deutlich unterrepräsentiert.

Eine der kleinsten Sozialgruppen innerhalb der Hitlerpartei – mit nur etwa 1 bis 2% der Mitgliedschaft – waren die Frauen, insbesondere die Hausfrauen.<sup>26</sup>

Nach seiner Besichtigung des Gaus Hessen-Nassau-Nord

für die Reichsleitung der NSDAP um die Jahreswende 1931/32 schätzte Dr. Robert Ley die Sozialstruktur der Kasseler NSDAP anders ein als unsere Untersuchung zeigt. Er schrieb in seinem Bericht u. a.: „Während früher die Organisation in Kassel stark verbürgerlicht war, überwiegt jetzt (...) bei den Amtswaltern die Arbeiterschaft ...“<sup>27</sup> – Im Gegensatz zu dieser Aussage von Ley war die Arbeiterschaft in der Führung der Kasseler NSDAP ebenso unterrepräsentiert wie in der Mitgliedschaft. 1931/32 waren etwa drei Viertel der NS-Amtswalter in Kassel – von der Kreisleitung über die Ortsgruppenleiter bis zu den Zellenleitern – Angestellte, Beamte, Selbständige (Handwerker, Kaufleute, freiberuflich Tätige). Unter den zehn Ortsgruppenleitern war kein Arbeiter. Als Berufe wurden angegeben: 3 Kaufleute, 2 Beamte (mittlerer Dienst), 2 mittlere Angestellte (Bauführer, Abteilungsleiter), 1 Fabrikant, 1 Ingenieur, 1 selbständiger Handwerker (Frisör).<sup>28</sup>

Wie gering der Anhang des Nazismus in der Kasseler Arbeiterschaft war, zeigte sich z. B., als im Dezember 1931 eine NS-Betriebszellentagung wegen mangelnder Beteiligung ein Mißerfolg wurde.<sup>29</sup>

Bis zum Herbst 1932 wurde die NSDAP durch einen gewaltigen Mitgliederzustrom und sensationelle Wählergewinne zu einer großen Volkspartei. In Kassel gelang es der Hitlerpartei, ihre Mitgliederzahl zu verdoppeln. Im Widerspruch zu ihrem Namen entwickelte sie sich jedoch nicht zu einer Arbeiterpartei, obwohl auch viele Arbeiter in die Partei eintraten.

Die stichprobenartige Strukturuntersuchung der NSDAP-Mitglieder in Stadt und Kreis Kassel, die sich 1932 der Partei anschlossen, zeigt:

1. Überdurchschnittliche Zugänge (d. i. mehr als 100%) erzielte die NSDAP bei Landwirten, Mittel- und Großunternehmern, Beamten des höheren Dienstes, Richtern, Lehrern und Offizieren. Diese neuen Mitglieder konnten und wollten jetzt zur NSDAP gehören, weil die Nazibewegung, durch ihre großen Wahlerfolge und ihre Regierungsbeteiligung in einigen deutschen Ländern politische Bedeutung und Macht gewonnen hatte, die nicht mehr zu übergehen war. Die Hitlerpartei wurde als kommende Regierungspartei angesehen. Höhere Beamte und Richter, die Nazis wurden, brauchten seit dem Sturz der Regierung Brüning (Ende Mai 1932) keine Nachteile für ihre berufliche Karriere mehr zu fürch-

<sup>24</sup> Bericht des Polizeipräsidenten in Kassel an den Regierungspräsidenten vom 23. 11. 1931, in: StAM 165/3558 Bd. 3. <sup>25</sup> Vgl. Hessische Volkswacht v. 28. 10. 1931, Artikel „Kasseler Wirtschaftspartei zerplatzt“. <sup>26</sup> Diese Daten über die beruflich-soziale Zusammensetzung der Kasseler NSDAP-Ortsgruppe im Jahre 1931 wurden errechnet aufgrund einer Stichprobe von 346 NSDAP-Mitgliedern, die bis 1931 in die Partei eintraten. Ihre Berufsangaben beziehen sich auf das Jahr 1932. Sie wurden den Meldebogen (17) entnommen. <sup>27</sup> Robert Ley, Bericht über die Besichtigung des Gaus Hessen-Nassau v. 10. 1. 1932, in: Bundesarchiv Koblenz, NS/22/1054. <sup>28</sup> Nach einer unveröffentlichten Untersuchung von W. Bernhardt: „Der NSDAP-Kreis Kassel (Stadt) in den Jahren vor der Machtergreifung“ waren unter den 78 Zellenleitern nur 10 Arbeiter. – Vgl. auch R. Likus: Entwicklung der Stadtkreisleitung Kassel von 1928–1933, in: Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel, Folge 6, v. 15. 6. 1933, S. 1. <sup>29</sup> Der Polizeipräsident in Kassel v. 7. 12. 1931, in: StAM 165/3858 Bd. 3.

ten. Viele bisherige Mitglieder der bürgerlichen Rechten gingen (ebenso wie ein großer Teil der bürgerlichen Wähler) zur NSDAP über, so der Kasseler Bürgermeister Gustav Lahmeyer (vorher DVP).

2. Auch bei einigen anderen Sozial- und Berufsgruppen, die bisher in der NSDAP unterrepräsentiert und/oder schwach vertreten waren, erreichte die Nazipartei überdurchschnittliche Mitgliedergewinne, z. B. bei den Hausfrauen, bei unselbständigen Handwerkern und Arbeitern im Dienstleistungsbereich. Diese Gruppen waren nicht oder kaum organisiert und standen oft unter direktem Einfluß von Ehemännern oder Betriebsinhabern, die Nationalsozialisten waren.
3. Nach wie vor überwogen 1932 in der Kasseler NSDAP die Angehörigen der Mittelschichten:
  - Selbständige (Handwerker, Kaufleute, Freiberufler, Landwirte) ca. 22%,
  - gehobene und mittlere Angestellte (Ingenieure, Abteilungsleiter u. ä.) ca. 10%,
  - Angestellte des öffentlichen Dienstes ca. 4%,
  - sonstige Angestellte ca. 3%,
  - Beamte des einfachen, mittleren und gehobenen Dienstes ca. 10%,
  - Beamte des höheren Dienstes, Richter und Lehrer ca. 3%,
  - Studenten und höhere Schüler ca. 2%,
  - Mittel- und Großunternehmer sowie Direktoren mit Unternehmerfunktionen ca. 1%.Diese Gruppen bildeten zusammen etwa 55% der Kasseler NSDAP-Mitgliedschaft.
4. Die Mitglieder der Arbeiterschichten waren dagegen deutlich in der Minderheit.
  - Ungelernte und angelernte Arbeiter ca. 6%,
  - unselbständige Handwerker ca. 4 bis 5%,
  - Facharbeiter ca. 3%,
  - sonstige Arbeiterberufe ca. 2 bis 3%.

Die beschäftigten Arbeiter machten demnach 1932 nur etwa 16% der Mitgliedschaft der NSDAP aus.

5. Auch 1932 war etwa ein Viertel der NSDAP-Mitglieder arbeitslos; darunter waren viele Langzeitarbeitslose.<sup>30</sup> Die Kasseler Öffentlichkeit bemerkte erst nachdem Brüning gestürzt und die Regierung von Papen eingesetzt worden war (beides geschah mit Hitlers Einverständnis), wieviele Angehörige des öffentlichen Dienstes und des sogenannten Bildungsbürgertums bereits Nazis waren oder in die NSDAP eintraten.

Auf der Kasseler Bezirkstagung der Amtswalter der NSDAP am 7. 2. 1932 hatte der Betriebszellenleiter der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) bei der Reichsbahndirektion Kassel und Gaufachberater für Beamtenfragen noch darüber geklagt, daß die Einrichtung der NS-Beamten-Betriebszellen nicht vorwärts kam, weil die zahlreichen sympathisierenden Beamten und sogar die Parteimitglieder sich scheuten, „offen hervorzutreten und die Veranstaltungen zu besuchen“.<sup>31</sup> Anfang Juni 1932, gleich nach dem Regierungswechsel, konnte in Kassel für den Gau Hessen-Nassau-Nord bereits der NS-Lehrerbund (NSLB) gegründet werden. Der Kasseler Ortsgruppe des NSLB gehörten zu dieser Zeit bereits etwa 30 Lehrer an.<sup>32</sup> Im Sommer 1932 wurden in Kassel zwei weitere akademische Berufsorganisationen in der NSDAP aufgebaut: Der „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“ (BNSDJ) und der NS-Ärztebund. Der BNSDJ entwickelte sich in Kassel nicht so gut, wie die Gauführung erwartet hatte. Auf einer Mitgliederversammlung am 15. 9. 1932 waren etwa 70 bis 80 Personen. Die Mitglieder waren meist Rechtsanwälte, Referendare und Richter, weniger höhere Verwaltungsbeamte. Der Kasseler BNSDJ-Leiter führte dies auf „die Angst der Beamten, sich politisch zu betätigen“ und auf den „Kampf der Regierun-  
stellen gegen die NSDAP“ in den vorangegangenen Jahren zurück.<sup>33</sup>

## Die Wähler der NSDAP

Im Krisenjahr 1930 begann auch in Kassel der beispiellose Aufstieg der NSDAP als Wählerpartei. Sie wurde mit 27060 gültigen Stimmen (26%) bei der Reichstagswahl am 14. 9. 1930 zweitstärkste Partei.

Welche Wähler waren es, die massenhaft zur NSDAP

übergegangen waren? – Die Analyse der Stimmenverschiebungen zwischen den Parteien zeigt (s. Tabelle 1), daß der rapide Aufschwung der Nazi-Bewegung von einer Splitterpartei zur Massenpartei innerhalb von zwei Jahren vor allem zu Lasten der bürgerlichen Rechten ging.

<sup>30</sup> Die Berechnung der beruflich-sozialen Struktur der NSDAP in Kassel (Stadt und Kreis) bezieht sich auf eine Stichprobe von 667 NSDAP-Mitgliedern, die vor 1933 in die Partei eingetreten waren. Ihre Berufsangaben beziehen sich auf das Jahr 1932. Sie wurden den Meldebogen (17) entnommen. <sup>31</sup> Vgl. Bericht des Polizeipräsidenten in Kassel v. 20. 2. 1932, in: StAM 165/3858 Bd. 3. <sup>32</sup> Vgl. Bericht des Polizeipräsidenten in Kassel v. 28. 6. 1932, in: StAM 165/3858 Bd. 4. <sup>33</sup> Vgl. Bericht des Polizeipräsidenten in Kassel v. 16. 9. 1932, in: StAM 165/3858 Bd. 4.

Tabelle 1

Vergleich der Reichstagswahlergebnisse vom 20. 5. 1928 und vom 14. 9. 1930 (gültige Stimmen)<sup>34</sup>

Parteien	1928		1930		Gewinn(+) Verlust(-)	
	Wähler absolut	%	Wähler absolut	%	absolut	%-Punkte
NSDAP	3.174	3,3	27.060	26,0	+ 23.886	+ 22,7
DNVP	12.627	13,0	6.345	6,1	- 6.282	- 6,9
DVP	17.552	18,0	6.642	6,4	- 10.910	- 11,6
Wirtschafts- partei	2.039	2,1	3.465	3,3	+ 1.426	+ 1,2
DDP/Staats- partei	7.667	7,9	5.633	5,4	- 2.034	- 2,5
Zentrum	4.170	4,3	4.196	4,0	+ 26	- 0,3
CSVD	-	-	5.393	5,2	+ 5.393	+ 5,2
SPD	38.785	39,8	33.879	32,5	- 4.906	- 7,3
KPD	6.939	7,1	9.583	9,2	+ 2.644	+ 2,1
Sonstige	4.445	4,5	1.888	1,9	- 2.557	- 2,6
Ungültige Wahl- beteiligung	1.775	1,8	825	0,8	- 950	- 1,0
	99.173	80,8	104.932	82,7	+ 5.759	+ 1,9

Die NSDAP erhielt 1930 23 886 Stimmen mehr als 1928. Diesem Stimmenzuwachs stehen Wählerverluste bei DNVP, DVP und DDP von 19 226 und bei den sonstigen Splitterparteien von 2557 Wählern (zusammen 21 783) gegenüber. Die Stimmenabwanderungen aus dem bürgerlichen Lager werden (ungeachtet der Rechtsbewegung von Wählern der DDP zur DVP und von beiden Parteien zur DNVP) ganz überwiegend zur NSDAP gegangen sein. Auch die hohe Wahlbeteiligung von 82,7% kam in erster Linie der Nazi-Partei zugute, die einen großen Anteil bisheriger Nichtwähler und Jungwähler für sich gewann. Die Sozialdemokraten haben 1930 vor allem Stimmen an die KPD verloren. Ein kleinerer Teil ihrer Wähler ist aber wahrscheinlich zur NSDAP übergewechselt.

Ihre größten Erfolge bei freien Wahlen erreichte die Hitler-Partei in Kassel im Frühjahr 1932, als die Wirtschaftskrise auf dem Höhepunkt war. Beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl am 10. 4. 1932 entfielen auf Adolf Hitler 43 956 (41,7%) der gültigen Stimmen. Bei der Wahl zum Preußischen Landtag am 24. 4. 1932 erhielt die NSDAP sogar 46 197 Stimmen (43,9%) und wurde stärkste Wählerpartei.<sup>35</sup> Kassel war mit diesem Ergebnis zu einer „Nazi-Hochburg“ geworden.

Der Ergebnisvergleich der Reichstagswahl von 1930 mit der Preußischen Landtagswahl vom April 1932 gibt zu erkennen, daß die Wanderung eines Stroms bürgerlicher Wähler nach rechts, vor allem zur NSDAP, unaufhörlich weiterging. Die Wirtschaftspartei und ihre Nachfolgerin, die „Reichspartei des Deutschen Mittelstandes“, gingen an diesem Wähler- und Mitgliederschwund zugrunde; die

Deutsche Volkspartei, die Staatspartei und auch der Christlich Soziale Volksdienst wurden zu Splitterparteien dezimiert. Bei der DNVP fand eine beträchtliche Wählerumschichtung statt. Die Deutschnationalen konnten ihre erheblichen Stimmenverluste an die NSDAP aber durch Wählerzugänge von anderen, gemäßigeren bürgerlichen Parteien ungefähr ausgleichen.

Der Wählerabstrom zur NSDAP ließ auch die sonstigen politischen Splittergruppen auf einen kleinen Rest (0,8%) zusammenschrumpfen.<sup>36</sup>

Die zusätzlich aktivierten Wähler (2% höhere Wahlbeteiligung) und die Jung- und Neuwähler stimmten größtenteils für die Hitlerpartei.

Enttäuschte sozialdemokratische Wähler haben sich wahrscheinlich nicht nur der Stimme enthalten, sondern zu einem erheblichen Teil NSDAP gewählt.

Die KPD hat einerseits im beschränkten Umfang weitere SPD-Wähler gewonnen, auf der anderen Seite auch einen kleinen Teil bisheriger Stimmen an die NSDAP verloren.<sup>37</sup>

Diese Interpretation der Wählerbewegungen wird erhärtet, wenn man die Stimmenverschiebungen in den Kasseler Stadtteilen analysiert.

Grundlage dieser Untersuchung ist das Ergebnis der Reichstagswahl vom 31. 7. 1932.<sup>38</sup> – Bei dieser Wahl hatte die NSDAP in Kassel bereits den Höhepunkt ihrer Anziehungskraft auf die Wähler überschritten. Sie büßte (gegenüber der Landtagswahl am 24. 4. 1932) 2215 Stimmen (1,4%) ein, blieb aber mit 43 982 Wählern (42,5%) (Reich: 37,3%) unbestritten stärkste Partei.

Tabelle 2

Vergleich der Reichstagswahlergebnisse vom 14. 9. 1930 und vom 31. 7. 1932 (gültige Stimmen)

Parteien	1930		1932		Gewinn(+) Verlust(-)	
	Wähler absolut	%	Wähler absolut	%	absolut	%-Punkte
NSDAP	27.060	26,0	43.982	42,5	+ 16.922	+ 16,5
DNVP	6.345	6,1	6.691	6,5	+ 346	+ 0,4
DVP	6.642	6,4	1.903	1,8	- 4.739	- 4,6
Wirtschafts- partei	3.465	3,3	244	0,2	- 3.221	- 3,1
DDP/Staats- partei	5.633	5,4	1.203	1,2	- 4.430	- 4,2
Zentrum	4.196	4,0	4.624	4,5	+ 428	+ 0,5
CSVD	5.393	5,2	2.096	2,0	- 3.297	- 3,2
SPD	33.879	32,5	30.511	29,4	- 3.368	- 3,1
KPD	9.583	9,2	11.789	11,4	+ 2.206	+ 2,2
Sonstige	1.888	1,9	503	0,5	- 1.385	- 1,4
Ungültige Wahl- beteiligung	825	0,8	963	0,9	+ 138	+ 0,1
	104.932	82,7	104.509	86,1	- 423	+ 3,4

<sup>34</sup> Diese Tabelle wurde zusammengestellt und errechnet aufgrund der veröffentlichten „Ergebnisse der Wahlen (in Kassel)“, in: Adress- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel 1934, S. 12–13. <sup>35</sup> Vgl. Ergebnisse der Wahlen (in Kassel) (34). <sup>36</sup> Ebenda. <sup>37</sup> Ebenda. <sup>38</sup> Die Wahlergebnisse wurden entnommen und errechnet aus „Ergebnisse der Wahlen (in Kassel)“ von 1919 bis 1934 und Kasseler Volksblatt vom 1. 8. 1932.

Prüft man, wie sich die Nazi-Wähler auf die 15 Kasseler Stadtteile (zugleich Wahlbezirke) verteilten,<sup>39</sup> zeigt sich:

- In den Stadtteilen (Wahlbezirken) im Süden, Südwesten und Westen Kassels, die überwiegend von bürgerlicher Bevölkerung der mittleren und oberen Sozialschichten bewohnt waren, hatte die NSDAP ihren größten Wähleranhang.
- In fünf südlichen und westlichen Stadtteilen konnte die Nazi-Partei über die Hälfte der gültigen Stimmen gewinnen.
- In den vier nördlichen und östlichen Kasseler Stadtteilen, deren Bevölkerung sich überwiegend aus der Arbeiterschaft und unteren Angestellten zusammensetzte, und vor allem in der „roten Altstadt“, dem Wohnbezirk mit dem höchsten Arbeiteranteil, hatte die NSDAP ihre niedrigsten Wähleranteile. Sie erhielt dort nur etwa ein Drittel der gültigen Stimmen, in der Altstadt lag ihr Wähleranteil sogar nur bei rund 28%. – Dagegen entschieden sich in diesen Stadtteilen deutlich mehr als die Hälfte der Wähler, in der Altstadt über 63%, für die traditionellen Arbeiterparteien SPD und KPD.

Die NSDAP war demnach auch in bezug auf ihre Wählerschaft in Kassel keine Arbeiterpartei geworden, obwohl es ihr 1932 gelungen war, in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen.

Der Vergleich zwischen den Ergebnissen der Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 und vom 31. 7. 1932 zeigt an, daß die Nazi-Partei ihre Wählergewinne in erster Linie auf Kosten der bürgerlichen Parteien erzielte (s. Tabelle 2).

Bei der Wahl am 31. 7. 1932 wurden nur 423 Stimmen weniger abgegeben als am 14. 9. 1930, obwohl die Kasseler Bevölkerung und damit die Zahl der Wahlberechtigten (- 5522) in Folge der wirtschaftlichen Notlage gesunken war. Viele Kasseler Einwohner, insbesondere Arbeitslose und ihre Familien, waren im Sommer zu Verwandten und Bekannten aufs Land gezogen, um dort auszuhelfen und sich wieder einmal sattzuessen.

Die NSDAP gewann bei der Juli-Wahl gegenüber 1930 16 922 Wähler (16,5%-Punkte), die DNVP erhielt 346 Stimmen (+ 0,4%-Punkte) mehr. Dagegen verloren die Staatspartei 4430 Wähler (- 4,2%-Punkte), der CSVD 3297 Stimmen (- 3,2%-Punkte), die DVP 4739 Stimmen (- 4,6%-Punkte), die Wirtschaftspartei/Reichspartei des Deutschen Mittelstandes 3221 Wähler (- 3,1%-Punkte) und bürgerliche Splitterparteien über 1000 Wähler (ca. - 1%-Punkt), insgesamt rund 16 700 Stimmen. Die Stimmengewinne der NSDAP waren etwas höher als

die Wählerverluste der bürgerlichen Parteien. Die hohe Wahlbeteiligung von 86,1% ist in erster Linie der Nazi-Partei zugute gekommen.

Die Stimmenverschiebungen in den Kasseler Stadtteilen bekräftigten den Zustrom vor allem bürgerlicher Wähler zur Hitler-Partei.

In den fünf „bürgerlichen“ Stadtteilen, in denen die NSDAP bei der Reichstagswahl 1932 die Hälfte und mehr der gültigen Stimmen erhielt, hatten die bürgerlichen Parteien (einschließlich DNVP) 1928 noch Wähleranteile zwischen 58% und 70% (durchschnittlich 62,8%). Die NSDAP lag hier bei 4 bis 5% (durchschnittlich 4,4%) der Stimmen. 1930 sank in diesen Stadtteilen der Stimmenanteil der bürgerlichen Parteien um fast 25%-Punkte (auf durchschnittlich 38,9%), dagegen stiegen die NSDAP-Stimmen auf ein Drittel. Im Juli 1932 ging der Wähleranteil der bürgerlichen Parteien in den fünf Wahlbezirken auf durchschnittlich 22,9% zurück, während der Anteil der Nazi-Wähler auf durchschnittlich 53,7% stieg.

Die KPD gewann bei der Juli-Wahl 1932 gegenüber 1930 2206 Stimmen (11,4%, Reich: 14,5%); die SPD büßte 3368 Stimmen ein und kam auf einen Wähleranteil von 29,5% (im Reich 21,6%). Ein Teil der SPD-Wähler hatte sich wohl aus Verärgerung über die Tolerierungspolitik und die Unterstützung Hindenburgs sowie über die Unentschlossenheit und Hilflosigkeit der SPD gegenüber der Wirtschaftskrise und dem „Preußenschlag“ der Papen-Regierung den Kommunisten zugewendet. SPD und KPD zusammen erhielten am 31. 7. 1932 nur 1162 Stimmen weniger als im September 1930. In diesem Umfang können allenfalls Wählerbewegungen von den beiden Arbeiterparteien zu den Nazis stattgefunden haben.

Wie diese Daten signalisieren, hatte die Wählerschaft der „Volkspartei“ NSDAP in Kassel eine andere soziale Zusammensetzung als die Kasseler Bevölkerung insgesamt.<sup>40</sup> Unter den NSDAP-Wählern hatten – ähnlich wie unter den Mitgliedern – die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Mittelschichten ein deutliches Übergewicht, während die Arbeiterbevölkerung unterrepräsentiert war. Die NSDAP war weder eine Arbeiterpartei noch eine sozialistische Partei. Nach der sozialen und beruflichen Zusammensetzung ihrer Mitglieder und Wähler war sie in der Ortsgruppe Kassel (Stadt und Kreis) – deutlicher als im Reichsdurchschnitt – bis 1932 eine Partei des „alten“ Mittelstandes (Einzelhändler, Handwerker, Gewerbetreibende, Kleinunternehmer, Landwirte und Freiberufler) und der „neuen“ Mittelschichten (Angestellte und Beamte) und

<sup>39</sup> Ebenda. <sup>40</sup> Unter den hauptberuflichen Erwerbstätigen in Kassel waren 1932 42,52% Arbeiter, 35,12% Angestellte und Beamte, 16,9% Selbständige und 1,6% mithelfende Familienangehörige. Mehr als 13% der Bevölkerung gehörten zur Berufsgruppe „ohne Beruf und Berufsangabe“ (Pensionäre, Rentner). „Diese Besonderheit gab der Stadt das Gepräge einer Beamten- und Rentnerstadt.“ A. Voßhage, Die Kasseler Bevölkerung im Lichte der Statistik, in: Adress- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel sowie sämtlicher Ortschaften des Landkreises Kassel, 96. Jg. 1932, S. 4.

zugleich eine Protestbewegung sozial und politisch Enttäuschter und zum Teil auch wirtschaftlich gefährdeter Kleinselbständiger, Arbeitsloser und halt- und führungssuchender junger Menschen, vor allem aus dem kleinen

und mittleren Bürgertum (aber auch aus Arbeiterschichten ohne Bindung an Gewerkschaften und Arbeiterparteien).

## Veränderungen und Schwierigkeiten in der Kasseler Nazibewegung durch Andrang neuer Mitglieder.

Als durch die Ereignisse im Reich, den staatlich geduldeten Naziterror, die Ergebnisse der März-Wahlen und die Ersetzung von politisch mißliebigen Beamten im Rathaus und bei den staatlichen Behörden und Verwaltungen in Kassel zu erkennen war, daß die Naziherrschaft keine schnell vorübergehende Episode sein würde, setzte ab März 1933 ein gewaltiger Mitgliederzustrom zur NSDAP und ihren Unterorganisationen ein. In den ersten Wochen des sprunghaften Wachstums der NS-Organisationen lief gleichzeitig die Terrorwelle der „alten Kämpfer“ gegen politische Gegner, insbesondere gegen Kommunisten und Sozialdemokraten. Für die Nazibewegung in Kassel entstanden plötzlich organisatorische Schwierigkeiten. Erste Spannungen zwischen Neumitgliedern und „alten Kämpfern“ kamen auf. SA und SS drohten durch ihre ungezügelteren Gewaltaktionen der Kontrolle durch ihre Führung zu entgleiten. Hinzu kam, daß der Terror und die gewalttätigen Exzesse der nazistischen Schlägertrupps die Bevölkerung und Öffentlichkeit in Kassel und Nordhessen beunruhigten.

Der Kommissar für Hessen und Hessen-Nassau von Ulrich, und sein Vertreter, der Stabsführer der Generalinspektion der SA und SS, Gruppenführer Fritz (Friedrich) von Pfeffer, hielten es für notwendig einzugreifen. In seinem Befehl vom 26. 3. 1933 schrieb der Kommissar für Hessen und Hessen-Nassau: „...daß die SA-Kassel nicht mehr die gewohnte Manneszucht besitzt. Es haben sich SA-Männer zu Ausschreitungen, willkürlichen Verhaftungen und angeblich auch Mißhandlungen hinreißen lassen, die ... der Partei, dem Ansehen der SA und der gesamten nationalen Bewegung den schwersten Schaden zugefügt haben.“ Für Kassel wurden Führer- und Sturmappelle angesetzt, in denen bekanntzugeben war, „daß jede Ausschreitung, insonderheit unerlaubtes Betreten fremder Wohnungen, willkürliche Verhaftungen oder gar Mißhandlungen“ mit dauerndem Ausschluß geahndet

und die Täter gegenüber den Behörden nicht mehr gedeckt würden. Der SA und SS, die nicht als Hilfspolizei eingesetzt war, wurden Verhaftungen verboten. „Auf frischer Tat gefaßte Gegner“ mußten sofort der Polizei übergeben werden. Der Stabsführer der Generalinspektion setzte einen Sturmbannführer mit zwei Adjutanten ein, mit der Aufgabe: „a) dauernde Prüfung der Ordnung in den SA-Heimen und Wachen, insbesondere den Bürgerkälen; b) ihm werden die SA-Streifen des gesamten Standorts Kassel ... unterstellt und von ihm verantwortlich zur Feststellung von Übergriffen eingesetzt.“<sup>41</sup> Nach diesen disziplinierenden Maßnahmen der SA-Führung wurde in der Stadt Kassel die Verfolgung politischer Gegner zwar keineswegs vermindert, sie wurde aber etwas gezielter, mehr kontrolliert und organisiert durchgeführt. Irrtümliche Verhaftungen und Mißhandlungen aufgrund von Denunziationen, etwa um persönliche Rachegeleüste zu befriedigen, kamen danach seltener vor. Auch Diebstähle, Raub und Plünderung bei Antifaschisten nahmen ab. SA und SS ohne Hilfspolizeifunktion hielten sich mehr zurück. In vielen Orten des Kasseler Umlandes wurde dagegen der „wilde“, ungezügeltere Terror fortgesetzt.<sup>42</sup> Bei vielen, die in dieser Phase der gewalttätigen Machtergreifung und der politischen Gleichschaltung zur „nationalsozialistischen Bewegung“ übergingen, waren nicht plötzlich erwachtes politisches Interesse oder Begeisterung für Hitler und die „nationalsozialistische Revolution“ die Beweggründe. Wenn z. B. viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, insbesondere Beamte, in die NS-Organisation eintraten, folgten sie damit zwar auch der nachdrücklichen Werbung und den Aufforderungen der Kasseler NSDAP: „Der deutsche Beamte gehört in die Reihen des besten Teils der deutschen Aufbauarmee, in die Reihen der Gefolgschaft Adolf Hitlers!“<sup>43</sup> Stärker beeinflusst wurde ihre Bereitschaft, sich in die „Gefolgschaft Adolf Hitlers“ einzureihen, aber durch ihr Bestreben, ihre Stellung und

<sup>41</sup> Befehle a) des Kommissars für Hessen und Hessen-Nassau vom 26. März 1933 und b) des Generalinspektors und des Kommissars für Hessen und Hessen-Nassau vom 27. März 1933, in: StAM 165/3858 Bd. 4. <sup>42</sup> Fälle von SA-Terror mit Verhaftungen und schweren Mißhandlungen gab es z. B. im Kreis Kassel im April 1933 u. a. in den Gemeinden Niederzwehren, Oberzwehren, Wolfsanger, Ihringshausen, Crumbach, Niederkaufungen, Oberkaufungen. Vgl. die Berichte über Gerichts- und Spruchkammerverfahren gegen SA-Schläger, in: Hessische Nachrichten Nr. 1 vom 26. 9. 1945 und Nummern 50, 75, 83 vom 19. 4., 3. 6. und 21. 6. 1947. <sup>43</sup> Der deutsche Beamte als Kämpfer in der braunen Front! In: Mitteilungsblatt der NSDAP Stadtkreisleitung Kassel, Folge 1, Kassel, Hornung (Februar) 1933.

ihre berufliche Laufbahn zu sichern. Besonderer Druck ging von dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. 4. und der Durchführungsverordnung dazu vom 11. 4. 1933 aus, die mit § 4 die Handhabe dafür bot, politisch unerwünschte Beamte aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen, die „nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“.

Nachdem die Nationalsozialisten in Kassel sich am 2. Mai 1933 endgültig des Gewerkschaftshauses und der Gewerkschaftsorganisation bemächtigt hatten und es keine organisierte Gegenmacht mehr zu geben schien, kam es zu einer neuen Beitrittswelle zu den Naziorganisationen. Die „alten Kämpfer“ gerieten in die Minderheit und fühlten sich zum Teil durch die neuen Parteigenossen ins zweite Glied gedrängt. Unzufriedenheit und Aufbegehren gegen diese Übervölkerung der „Bewegung“ mit sich vordrängenden Neulingen wurden laut. Auch in der kurhessischen SA kam dieser Unmut zum Ausdruck: „Die Kampfzeit ist beendet. Die SA tritt ihre Glanzzeit an. Rein äußerlich! Ihre Stürme wachsen zu ungeheuerlichen Dimensionen an – in Kassel wie anderwärts. Hinein in die SA! denken die Maulhelden, die nun allein in Revolution machen. Hinein in die SA! sagen sich die blutrünstigen, 150%igen Nationalsozialisten, die mit furchterregender Einleitung anfangen: Wir alten Kämpfer! Wie Pilze sind auf einmal die uralten Kämpfer aus der Erde geschossen. Die Fanatiker, die sich mit der roten Übermacht herum-schlügen, ekelt das schamlose Treiben an. Die heilige Ehrenbezeichnung alter Kämpfer droht zu einem billigen Schlagwort zu werden.“<sup>44</sup>

Unter den alten Nationalsozialisten fürchteten viele, von den Neuen, die oft beruflich und bildungsmäßig höher qualifiziert waren, um die Früchte „ihres Kampfes und Sieges (Führungsposten in der NS-Organisation und gut bezahlte Arbeitsstellen) gebracht zu werden“. Die Neuzugänge wurden von ihnen großenteils als Opportunisten angesehen und mit ärgerlichem Spott „Spätlese 1933“, „Märzhasen“ und „Maikäfer“ genannt.<sup>45</sup> Das änderte nichts daran, daß sich die NSDAP und ihre Gliederungen personell weiter tiefgreifend veränderten und die „Altnationalsozialisten“ immer mehr zur Minderheit wurden.

Die Untersuchung der NSDAP-Mitgliedschaft in Kassel zeigt, daß die Zahl der Parteigenossen 1933 um etwa 190% stieg; zu jedem Mitglied, das in die NSDAP eingetreten war, bevor die Hitler-Bewegung an die Macht kam, stießen 1933 fast zwei Neumitglieder. Die Neuzugänge waren damit gegenüber den „alten Kämpfern“ eindeutig in der Mehrheit.<sup>46</sup>

Um dem wachsenden Unmut und den Protesten zu begegnen und die Parteiorganisation zu stabilisieren, beschloß die NSDAP-Führung im Juni 1933, eine Mitgliedersperre einzuführen. Die Mißstimmung und das Aufbegehren unter den Kasseler Nationalsozialisten war damit aber nicht beendet. Die Forderungen nach Anerkennungen und Belohnungen für die alten Kämpfer und nach „gründlicher Säuberung der Bewegung“ von „unreinen Elementen“ wurden so lautstark und nachdrücklich vorgebracht, daß Gauleiter Weinrich sie übernahm und mit Worten öffentlich unterstützte.<sup>47</sup> Mit diesen „unreinen Elementen“ waren aus der Sicht der Naziführung aber nicht nur die Parteineulinge gemeint, die sich um persönlicher Vorteile willen der NSDAP angeschlossen hatten, sondern auch eine Reihe undisziplinierter „alter Kämpfer“. Im Gefühl von Sieg und Macht hatten manche von ihnen Eigentumsdelikte (sogenannte Beschlagnahmen) begangen, waren in Parteiuniform vor Gericht aufgetreten und hatten Freisprüche verlangt. Andere hatten in Uniform Arbeitgebern günstige und gut bezahlte Stellen für sich abzupressen versucht. Die Gauleitung mußte schließlich sämtlichen Angehörigen von NS-Organisationen verbieten, „als Angeklagte vor Gericht die Partei-Uniform oder Uniform-Teile oder auch nur Parteiabzeichen zu tragen“.<sup>48</sup>

Die organisatorische Stabilisierung der Nazibewegung in Kassel sollte durch Ausbau und Aufgliederung der Organisationsstruktur und durch umfangreiche Schulungsmaßnahmen erreicht werden. Die Stadtkreisleitung und sogar die Ortsgruppen-Leitungen wurden zu behörden-ähnlichen Parteiämtern mit vollbeschäftigtem Personal ausgebaut. Für die Erweiterung des Organisationsnetzes der Kasseler Ortsgruppen wurden Zellen- und Blockwarte geworben und geschult. Im NSDAP-Stadtkreis Kassel wurde ein Schulungsamt eingerichtet, das für jeden Monat ei-

<sup>44</sup> Geschichte kurh. SA, (3), S. 148. <sup>45</sup> SA-Brigade 47 (Kassel) (3) S. 46 (3), S. 149. <sup>46</sup> Die Daten beziehen sich auf eine Stichprobe von 3601 NSDAP-Mitgliedern aus Kassel (Stadt und Land). Davon waren 665 vor 1933 und 1259 im Jahre 1933 in die NSDAP eingetreten. Grundlagen der Untersuchung sind die Angaben aus den Meldebogen (17). In der Stadt Kassel und insbesondere in den südlichen und westlichen Stadtteilen mit überwiegender Mittelschichtenbevölkerung war der Mitgliederzustrom zur NSDAP überdurchschnittlich. Die Ortsgruppe West, zu der bis 1934 der gesamte Westteil Kassels gehörte, berichtete in ihrer Geschichte von einem Anstieg der Mitgliederzahl „von rund 700 bei der Machtübernahme“ auf ca. 2800 bis Mai 1933. Vgl. „Der Sturm“/Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel-Stadt, März 1936, S. 3 – Die von den Ortsgruppen angegebenen Mitgliederzahlen können ohne genauere Prüfung nicht als zuverlässig gelten. Verschiedene Ortsgruppen haben z. B. Parteianwärter, insbesondere solche, die schon NS-Organisationen angehört, bereits als Parteimitglieder gezählt, obwohl sie noch nicht in die NSDAP aufgenommen worden waren. <sup>47</sup> Vgl. Bericht über die Ansprache von Gauleiter Weinrich zur Einweihung des „Messerschmidt-Hauses“ am 18. 6. 1933, in: Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel v. 1. Juli (Heuet) 1933, S. 6. <sup>48</sup> Vgl. Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel v. 1. August (Erntemond) 1933.

nen Schulungsplan aufstellte. Neuen Parteigenossen wurde es zur Pflicht gemacht, an Schulungsabenden teilzunehmen und ihren Besuch mit Kontrollkarten nachzuweisen.<sup>49</sup>

Auch die SA wurde im August 1933 neu organisiert. „Die bisherige Standarte 83 mußte in vier neue Standarten aufgeteilt werden.“<sup>50</sup>

Die Führung der kurhessischen und Kasseler NS-Organisationen blieb auch nach der Mitgliedersperre daran interessiert, ihr öffentliches Ansehen und ihre Organisations- und Finanzkraft durch Beitritt ausgewählter Personen, z. B. aus der regionalen und lokalen Prominenz, den wirtschaftlich und gesellschaftlich führenden Kreisen, zu vergrößern. Erwünschte Bewerber, die nicht sofort in die NSDAP aufgenommen werden konnten, wurden als Mitglieder der SS und SA oder NS-Berufsverbände für Ärzte, Juristen, Lehrer, Techniker oder für die NS-Handwerks-, Handels- und Gewerbetreibenden-Organisation (NS-HAGO) gewonnen.

Der NSDAP-Stadtkreis Kassel (der Landkreis erhielt bis Anfang 1937 eine eigene Kreisleitung) bestand 1933/34 aus neun Ortsgruppen mit unterschiedlicher Ausdehnung und Mitgliederzahl. Sechs dieser Ortsgruppen befanden sich in den südlichen und westlichen Stadtteilen, in denen überwiegend Mittelschichtenbevölkerung wohnte (die Ortsgruppen Mitte/Oberstadt, Süd, Wehlheiden, West, Wilhelmshöhe, Kirchditmold). Die Ortsgruppe West, schon vor 1933 die mitgliederstärkste in Kassel, hatte auch in den Monaten nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus den größten Zustrom an Neuaufnahmen. Ihre Mitgliederzahl wuchs in drei Monaten auf das Vierfache.<sup>51</sup> Die Ortsgruppen in den verschiedenen mittelständisch und kleinbürgerlich geprägten Stadtvierteln hatten gleichfalls hohe Zuwachsraten. In den mehrheitlich von Arbeiterbevölkerung bewohnten Stadtteilen im Osten und Norden Kassels bestanden dagegen nur drei NSDAP-Ortsgruppen (Bettenhausen, Messerschmidt, Rothenditmold), die 1933 auch nicht so stark wuchsen wie die in den „bürgerlichen“ Wohngebieten.<sup>52</sup> In der Kasseler Altstadt und in den Arbeitervierteln der nördlichen und östlichen Stadtteile umfaßten die NSDAP-Ortsgruppen trotz größerer Wohndichte ausgedehntere Wohnge-

bierte und hatten relativ niedrigere Mitgliederzahlen. Die Ortsgruppe Altstadt mußte im Februar 1934 sogar aufgelöst werden. Das Gebiet der Altstadt wurde als Sektion der Ortsgruppe Mitte angeschlossen und dem Leiter dieser Ortsgruppe unterstellt.<sup>53</sup> Bei der Neugliederung der Kasseler NSDAP-Organisation im Herbst 1934 wurde eine neue Ortsgruppe Königsplatz gebildet, die neben einem Großteil der Altstadt Teile der „bürgerlichen“ Oberstadt umfaßte.<sup>54</sup>

Die Größe und Verteilung der Ortsgruppen spricht dafür, daß die Arbeiterschaft in der NSDAP 1933/34 noch stärker unterrepräsentiert war als 1932. Die Zerschlagung der Arbeiterparteien und Gewerkschaften und die Verfolgung von Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftern bestärkte einen großen Teil der Kasseler Arbeiterbevölkerung in seiner distanzierten oder ablehnenden Haltung gegen die Nazi-Organisationen.

Durch diese Resistenz gegenüber dem Nazismus fühlte sich die Kasseler NSDAP offen herausgefordert. Wieder einmal wurde die beliebte Taktik des Schmeicheln und Drohens angewendet. Während der Appelle für die neuen Parteigenossen wurden diese öffentlich dazu aufgerufen, die „Arbeit zu ehren“ und den „Arbeiter zu achten“. „Arbeit und nochmals Arbeit ist die Grundlage des Lebens. Alle Volksgenossen haben die Pflicht, durch intensive Arbeit mitzuarbeiten am Aufbau unseres Vaterlandes.“<sup>55</sup> Diese und ähnliche Wendungen tauchten in fast allen Reden und Aufrufen der NSDAP-Führer in Kassel auf. Nach den Lobsprüchen und Appellen für die Arbeit und die Arbeiter folgte die scharfe Zurechtweisung und Bedrohung der „ewig Unzufriedenen“.<sup>56</sup> – Ein Höhepunkt der Kampagne gegen die Kritiker des Nazismus, die als „Miesmacher“ und „Ehrabschneider“ beschimpft wurden, war die Kundgebung am 26. Mai 1934. Der Redner rief zum schlagartigen „Kampf gegen die Volksschädlinge“ auf. „Jeder Volksgenosse hat die Pflicht, mitzuhelfen, diese Miesmacher und Ehrabschneider, die Ewiggestrigen (...) niederzurufen.“<sup>57</sup>

Bei der Neuorganisation auch der Kasseler Nazi-partei – nach der NSDAP-Dienstordnung – im September 1934 wurde der Stadtkreis in 15 Ortsgruppen aufgegliedert; als Richtgröße für die Ortsgruppen wurden 500 Mitglieder

<sup>49</sup> Vgl. Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel v. 1. Juli und 1. August 1933. <sup>50</sup> Geschichte kurh. SA, (3), S. 154. <sup>51</sup> „Der Sturm“, März 1936, S. 3 (46). <sup>52</sup> Vgl. Handbuch der NSDAP, Gau Kurhessen, Ausgabe für das Jahr 1934 (erste Folge), Kassel, S. 47–49. <sup>53</sup> Vgl. „Der Sturm“ v. 1. 11. 1935 und 2. 1. 1936 (46). <sup>54</sup> Ebenda. <sup>55</sup> Aus einem Bericht über eine Rede des Kasseler NSDAP-Kreisleiters Schimmelpfeng an einem der zahlreichen Schulungsabende für Politische Leiter und neue Parteigenossen der NSDAP in der Ortsgruppe Wehlheiden. In: Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel-Stadt, März 1934, S. 10. <sup>56</sup> Vgl. Bericht über eine Rede des stellvertretenden Oberbürgermeisters und Kreisleiters Schimmelpfeng in der Ortsgruppe Mitte a.a.O. (55), S. 10. <sup>57</sup> Vgl. Bericht über die „Kundgebung gegen die Miesmacher und Ehrabschneider“ am 26. Mai 1934, in: Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel-Stadt, v. 1. 6. 1934, S. 14.

zugrundegelegt.<sup>58</sup> Alle Ortsgruppenleitungen wurden zu Partei-Ämtern mit eigenen Geschäftsstellen ausgebaut. Die Ortsgruppen wurden in Zellen und Blocks eingeteilt, so daß die Stadt mit einem dichten Organisationsnetz der NSDAP überzogen wurde. Nach und nach wurden ver-

schiedene NS-Nebenorganisationen, wie die NS-HAGO, die NS-Kriegsopferversorgung (NS-KOV) und insbesondere die NS-Volkswohlfahrt (NSV) und die Deutsche Arbeitsfront (DAF) in diese lokale Organisationsgliederung einbezogen.

Wilhelm Frenz

---

<sup>58</sup> Da bei der Ortsgruppenaufteilung auch die Lage der Straßen und Stadtviertel zu berücksichtigen war, konnte die Richtzahl nicht genau eingehalten werden. Zur Ortsgruppe Mitte gehörten nach deren Angaben z. B. 690 Parteigenossen. (Vgl. „Der Sturm“/Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP Kassel Stadt Nr. 15/1934).

# Presse und Nationalsozialismus in Kassel

## Ausgangsfragen

Nur wenige Wochen nach Beginn der Herrschaft des Nationalsozialismus wurden Presse und Rundfunk zu Instrumenten der Partei und des Staates. Der Bevölkerung war dies bald klar, und die NSDAP machte aus ihrer Herrschaft über die Medien auch keinen Hehl. Im Gegenteil, sie bekannte sich dazu durch Gesetzgebung, Verlautbarung und durch die terroristische Unterdrückung ihr unliebsamer Informationen und Meinungen. Spätestens mit den Entbehrungen und Schrecken des Krieges verloren auch die überzeugten Anhänger des Nationalsozialismus ihre letzten Illusionen über den Wahrheitsgehalt der Informationen von Presse und Rundfunk. Obwohl man sich angesichts des Kriegsgeschehens an günstig klingende Nachrichten klammerte, war das Mißtrauen gegenüber Presse und Rundfunk doch so groß, daß sie nicht unbesehen als allmächtige Manipulationsinstrumente in der Hand skrupelloser Propagandisten unter ihrem Anführer Goebbels gelten können, mit denen man die Bevölkerung nach Belieben gelenkt hätte. Trotz nicht vorhandener Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit und trotz unbezweifelbarer Erfolge der Propagandamaschinerie war der über die Massenmedien vermittelte Einfluß des Nationalsozialismus nicht so „total“, wie man gemeinhin annimmt. Vielmehr drücken sich in dieser Annahme ein Stück späterer Selbstrechtfertigung und der Versuch aus, eine anfänglich relativ breite und trotz Terrors und späterer Leiden im Krieg erstaunlich lange anhaltende, eben nicht nur erzwungene Zustimmung zu einem verbrecherischen Regime zu erklären. Eine Analyse der Einzelheiten des täglichen Lebens und der Geschichte der Institutionen wie Bürokratie und Justiz, jedoch auch Presse, Rundfunk und Film verdeutlicht, daß das Bild vom hilflosen Opfer terroristischer Herrschaftstechnik und politisch-propagandistischer Verführungs- und Täuschungskünste korrigiert werden muß. Ein wirklichkeitsnahes Bild läßt sich trotz der von den Nationalsozialisten propagierten und um den „Führer“ herum verkörperten Zentralisierung der Macht eben nicht ausschließlich aus einer Untersuchung der großen zentralen Institutionen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft gewinnen. Das gilt auch für die Presse. Für sie war schon vor dem nationalsozialistischen Regime die Vielzahl der Blätter in der Provinz typischer

als die Weltstadtpresse Berlins<sup>1</sup> oder etwa die international renommierte Frankfurter Zeitung. Die mittelgroßen und kleinen Blätter waren vor 1933 politisch wichtiger als die großen liberalen und demokratischen Zeitungen, weil sie die Mehrheit der Bevölkerung erreichten, mit deren Alltagsleben in seinen lokalen und sozialen Besonderheiten sie vielfach verknüpft waren. Nicht nur die Vielzahl der kleinen Provinzblätter im Presse- und Filmkonzern des deutschnationalen Parteiführers Hugenberg propagierte eine antirepublikanisch-nationalistische Politik. Auch die sonstige Provinzpresse trat zumeist nicht als Anwalt der demokratischen Republik, sondern eher als ihr Gegner auf. Die Presse war die einzige privatwirtschaftliche Institution, die von den Nationalsozialisten vollkommen beherrscht und in einem erheblichen Ausmaß vernichtet worden ist.<sup>2</sup> Wie dies geschah, und wie sich das Verhältnis von Presse und Nationalsozialismus gestaltete, darüber gibt eine Untersuchung der Provinzpresse ebenfalls alltagsnäher und typischer Auskunft als der lange auf die großen Presseorgane eingeeengte Blick des zeitgenössischen und heutigen Betrachters.<sup>3</sup>

In diesem Zusammenhang sollen typische Strukturen und Merkmale des Pressewesens im nationalsozialistischen Regime anhand von Fallbeispielen aufgezeigt und – soweit es die schlechte Quellenlage zuläßt – möglichst systematisierend verdeutlicht werden. Die Namen der Akteure werden nicht genannt, soweit es sich nicht um Aktivisten und Konjunkturritter des Nationalsozialismus handelt. Denn es geht um das Typische und nicht um aus bestimmten Personen abgeleitete Erklärungen, so wie man das NS-Regime nicht nur mit Hitler und einer kleinen Machtclique erklären kann, was bekanntlich dem Bestreben dient, die NS-Zeit als einen völlig aus dem Rahmen fallenden Abschnitt deutscher Geschichte und als ihren Betriebsunfall zu verstehen. Es handelt sich also nicht um eine Vorbeugemaßnahme gegenüber dem möglichen Vorwurf, es seien doch nur Bloßstellungen und politisch-moralische Verurteilungen einzelner Personen angestrebt. Diesem Vorwurf könnte man standhalten, denn er schadet nur dem Bemühen, ein möglichst objektives Verständnis für die damalige Zeit und die Motive der verantwortlich Handelnden zu gewinnen.

<sup>1</sup> Peter de Mendelssohn: *Zeitungsstadt Berlin*. 2. Aufl. Berlin 1982. <sup>2</sup> Vgl. Oron J. Hale: *Presse in der Zwangsjacke 1933-1945*. Düsseldorf 1965, S. 175-231. <sup>3</sup> Norbert Frey: *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse*. Stuttgart 1980, S. 14 f.

Diesem Ziel nicht dienlich war zweifellos das Bestreben vieler im Presse- und Verlagswesen Tätiger, sich nach dem Ende der Nazi Herrschaft als Opfer bzw. Gegner zu erklären. In den meisten Fällen wäre das Eingeständnis ehrlicher gewesen, daß man seine berufliche Position als Journalist oder als Verleger, das Zeitungsunternehmen nicht aufs Spiel setzen wollte. Eine Alternative zu dieser Haltung, nicht einmal die der geschickt verborgenen Distanz zum Regime gab es nicht, weil Presse als öffentliches geistiges Medium jederzeit überprüfbar ist. In der Presse war kein Widerstand, nicht einmal Passivität, Danebenstehen oder Ausweichen gegenüber dem nationalsozialistischen Totalanspruch möglich. Das spätere Argument, man habe durch Mitmachen noch Schlimmeres verhüten und das Publikum nicht gänzlich den Nazis ausliefern wollen, kann so nicht akzeptiert werden. Denn außer bei jenen Zeitungen und Zeitschriften, denen das Regime aus taktischen Gründen etwas Spielraum gestattete, war es für ihre Inhalte völlig gleich, ob eine Zeitung von den Nationalsozialisten oder von einem privaten Verleger herausgegeben wurde, ob Journalisten in der einen oder anderen Zeitung schrieben. Geringfügige Abweichungen ergaben sich anfänglich lediglich aus der größeren Erfahrung der Journalisten und Verleger privateigener Zeitungen und aus bestimmten redaktionellen Konzepten, mit denen sich private Zeitungen durch kleine, aber politisch irrelevante Nuancen von der Parteipresse abheben wollten. Diese Nuancen waren jedoch nicht politisch, sondern eher wirtschaftlich begründet. Sie orientierten sich an bestimmten Leserinteressen und Gewohnheiten, die vornehmlich den Lokalteil der Zeitungen betrafen, und die auch die Parteipresse nicht auf die Dauer mißachten konnte. Dies wird

im einzelnen erläutert werden. Schließlich ist naheliegenden Erwartungen vorzubeugen, daß hier dargestellt würde, wie sich etwa die Kasseler Zeitungen zu einschneidenden Ereignissen wie dem sogenannten Röhm-Putsch, der „Reichskristallnacht“ oder zum Kriegsausbruch geäußert haben. So ist für die Berichterstattung und Kommentare zur „Reichskristallnacht“ festzustellen, daß bestimmte Journalisten und Verleger in der Nachkriegszeit vergleichsweise wenig umfangreiche und bald abbrechende Informationen zu dieser nazistischen Untat als mutige Distanzierung ihrer Zeitung hinstellten, obwohl sie damit nur einer Weisung des Propagandaministeriums folgten. Denn sieht man einmal von den noch zu erörternden geringfügigen, aber eben nicht politisch begründeten redaktionellen Nuancen ab, so sind größere Unterschiede im täglichen Angebot der Kasseler wie der deutschen Presse nicht zu finden. Wie total sich die nationalsozialistische Herrschaft bereits nach wenigen Wochen etabliert hatte, ist gerade an den Medien abzulesen, für die mit dem Propagandaministerium bezeichnenderweise eine in der bisherigen staatlichen Organisation unbekannte, völlig neuartige Steuerungs- und Überwachungseinrichtung geschaffen wurde. Bis auf einige Ausnahmen, die sich auf die christliche Publizität beschränken, war auch in Kassel spätestens zum Zeitpunkt des Ermächtigungsgesetzes die Presse „gleichgeschaltet“. Aussagekräftig und von Interesse kann daher nur sein, das Verhältnis der Presse zum Nationalsozialismus auf der einen und zu Demokratie und Freiheitsrechten auf der anderen Seite vor der Machtübernahme und während der ihr folgenden kurzen Zeitspanne nationalsozialistischer Machtkonsolidierung zu untersuchen.

## Die Zeitungen in Kassel

In Kassel gab es wie in Städten ähnlicher Größe vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten eine Vielzahl von Zeitungen. Noch bunter war das Bild, wenn man die nordhessische Region miteinbezieht, für die heute zu einem wesentlichen Teil nur eine Zeitung zuständig ist. Aber man kann die heutige Situation nicht ausschließlich der wirtschaftlich bedingten Konzentration im Pressewesen zuschreiben. Vielmehr waren es die Nationalsozialisten, die auch in Kassel und Nordhessen gezielt und durch die Bedingungen, die sie für das Pressewesen schufen, dessen Vielgestaltigkeit zerstörten. Im Vergleich zu heute war in Kassel die Gesamtauflage der Tageszeitungen im letzten

Jahr vor der Errichtung des NS-Regimes vergleichsweise gering, weil das Verbreitungsgebiet der Kasseler Presse kleiner war als heute und in ihm und an seinen Grenzen 21 kleine und kleinste Zeitungen erschienen. Unter ihnen war im Jahre 1932 das Eschweger Tageblatt, neben diesem erschien noch die Eschweger Zeitung, mit einer Tagesauflage von 9100 die größte Zeitung, während die Spangenberg Zeitung mit einer Auflage von 1100 wohl die kleinste war. In der ersten Hälfte dieses Jahres lag die durchschnittliche Gesamtauflage der in Kassel erscheinenden Tageszeitungen etwa zwischen 120 000–127 000 Exemplaren.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Berechnet nach Ala-Zeitungskatalog 1932. 57. Jg., S. 57.

Annähernd 90% der Gesamtauflage teilten sich die Kasseler Neuesten Nachrichten, die Kasseler Post, das Kasseler Tageblatt und das Kasseler Volksblatt; das heißt, neben letzterem als sozialdemokratischem Blatt drei parteipolitisch nicht eindeutig gebundene bürgerliche Zeitungen. Die drei weiteren, parteipolitisch eindeutig gebundenen Tageszeitungen der NSDAP, der KPD und des Zentrums spielten somit noch keine Rolle. 1931/32 setzte ein Auflagenrückgang bei den vier nach damaligen Maßstäben mittelgroßen Tageszeitungen ein. Er war verursacht durch die große Wirtschaftskrise und nur unwesentlich durch die neu entstandene Presse der NSDAP und der KPD in Kassel. Gleichwohl verlief der Auflagenrückgang nicht dramatisch. Er war nicht mit dem rapiden Schwund in Produktion und Handel vergleichbar, der sich jedoch zuneh-

mend auf das Anzeigenwesen auswirkte und so alle Zeitungen Kassels in wirtschaftliche Bedrängnis brachte. Die relative Stabilität der Auflagenhöhe ist auf ein heute noch für das deutsche Pressewesen typisches Verhalten der Zeitungsläser zurückzuführen. Nur in Ausnahmefällen kauften sie Tageszeitungen, sondern abonnierten sie und halten der einmal gewählten Zeitung dann auch für längere Zeit die Treue. Schon das ist ein Beweis dafür, daß der rapide Rückgang der Abonnements und damit der Auflagen nach der faktischen Aufhebung der Pressefreiheit und Unterstellung der Presse unter die nationalsozialistische Herrschaft nur teilweise durch die fortdauernd schlechte Einkommenssituation bedingt war, und als eine negative Reaktion des Publikums auf den tiefgreifenden Wandel im Pressewesen zu interpretieren ist.

### Das Kasseler Tageblatt

Bereits vor 1933 wirkten sich außer der wirtschaftlichen Krise auch politische Einflüsse auf die Kasseler Presse negativ aus, je mehr die antidemokratische Rechte einschließlich der Nationalsozialisten das politische Klima in der Stadt beeinflusste. In ihrer Existenz bedroht wurde davon die älteste Kasseler Zeitung, das Kasseler Tageblatt. Dieses nach eigener Einschätzung „Sprachrohr demokratischer und liberaler Weltanschauung, die große Brücke zwischen links und rechts“, verlor nicht nur wegen seiner politischen Grundtendenz seine Existenzfähigkeit. Ebenso entscheidend war, daß sich die Zeitung im Besitz der jüdischen Familie Gotthelf befand, die das Blatt 1853 gegründet und zu einer angesehenen Tageszeitung mit dem wohl größten Druckereibetrieb Kassels entwickelt hatte. Lange Zeit hatte die Zeitung damit werben können, daß sie inhaltlich am reichhaltigsten und in ihrem publizistischen Standard qualitativ am hochwertigsten von allen Tageszeitungen im Kasseler Raum war. Das Kasseler Tageblatt wurde vor allem von Geschäftsleuten gelesen, weil es als „Handelszeitung“ das „führende Wirtschaftsblatt“ seines Verbreitungsgebietes war. Noch höher war der Anteil der höheren und mittleren Beamten, der kaufmännischen und technischen Angestellten des Handwerks und Gewerbes an der Leserschaft der Zeitung, während die Arbeiter als Leser keine Rolle spielten. Es nutzte dem Kasseler Tageblatt nichts, wenn es im letzten Jahre seines Bestehens mit einer „neuesten Leser-Analyse“ deutlicher als die Konkurrenz die Kaufkraft seiner Leser betonte, um den Rückgang der Geschäftsanzeigen aufzuhalten. Denn zahlrei-

che Einzelhandelsgeschäfte beugten sich bereits der Drohung der Nationalsozialisten, ihre Anhänger würden in jenen Geschäften nicht kaufen, wenn sie weiterhin in der Zeitung des jüdischen Verlagshauses inserierten. Die Wirksamkeit des Anzeigenboykotts wirft ein bezeichnendes Licht auf Selbstrechtfertigungen nach dem Untergang des NS-Regimes, denn unter vergleichsweise freiheitlichen Voraussetzungen nahm man aus rein geschäftlichem Interesse bereits den später von Partei und Staat für den 1. April 1933 verordneten Boykott jüdischer Geschäfte vorweg. Jedoch nicht nur aus Furcht vor geschäftlichen Verlusten, auch ein zukunftsorientierter Opportunismus und nazistische Überzeugung standen hinter dem Boykott gegen das jüdische Verlagshaus. In seiner letzten Ausgabe vom 30. 9. 32 ging das Kasseler Tageblatt wohlweislich nicht auf diese Ursache für seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten ein, sondern bezog sich nur auf die Folgen der Wirtschaftskrise, als es seinen Lesern mitteilte, daß die Zeitung von diesem Tage an in den Kasseler Neuesten Nachrichten aufgehen würde. Ehe sie an der Macht waren, hatten die Nationalsozialisten bereits ihr Vernichtungswerk im Kasseler Pressewesen begonnen, das bis zum Ende ihrer Herrschaft keine der alten Zeitungen überlebte. Der letzte Vertreter der Familie Gotthelf in der Verlagsleitung, Richard Gotthelf, starb im Frühjahr 1933, einen Tag später seine Frau. Über die näheren Umstände ihres Todes, der in die Zeit der ersten größeren Judenverfolgung fiel, liegen auch seitens der Angehörigen keine Informationen vor.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Frieda H. Sichel: Challenge of the Past. Johannesburg 1975, S. 47 (Frieda Sichel ist die Tochter von Theodor Gotthelf (1850-1916)).

Für ein Aufgehen des Kasseler Tageblattes in eine andere Kasseler Zeitung kamen nur die Kasseler Neuesten Nachrichten in Frage, weil sie anders als die Kasseler Post und das sozialdemokratische Kasseler Volksblatt politisch nicht gebunden und anders als diese beiden um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfenden Zeitungen finanziell zu einer solchen Transaktion in der Lage war. Denn die Kasseler Neuesten Nachrichten, zu diesem Zeitpunkt mit 37 000 Exemplaren die auflagenstärkste Kasseler Zeitung, befanden sich im Besitz einer der größten deutschen Verlagsgruppen, dem Huck-Konzern. Wie die anderen Zeitungen des Konzerns galten die nachmittags erscheinenden, dem Typ der Generalanzeigerpresse ähnelnden Kasseler Neuesten Nachrichten als politisch neutral. Mit kommentierenden politischen Stellungnahmen hielten sie sich bis in die Anfänge des NS-Regimes hinein zurück. Auch nach der totalen Unterwerfung der Presse blieben sie im Ausdruck farblos. Dies änderte sich auch nicht, als der von Max Amann, dem ehemaligen Feldwebel Hitlers, geleitete NS-Presskonzern die Kasseler Neuesten Nachrichten von der Huck-Gruppe im Jahre 1935 erwarb. Die Übernahme dieser und anderer Zeitungen erzwang der nationalsozialistische Presskonzern zum einen mittels der Anordnung Amanns, die er in seiner Stellung als Präsident der Reichspressekammer erließ, ein Unternehmen dürfe nicht mehr als eine Zeitung herausgeben. Auf diese Weise wurden die Konzerne der „Geschäftspresse“ aufgesprengt und in Parteibesitz gebracht. Nicht nur wirtschaftliche Begehrlichkeit stand hinter diesem Vorgehen, sondern auch die Ansicht der Pressegewaltigen des NS-Regimes, die letztlich durch Geschäftsinteressen begründete Neutralität vor und die publizistische Farblosigkeit nach der „Machtergreifung“ verstießen gegen den Geist des Nationalsozialismus und gegen das Gebot einer unbedingten Unterstützung durch die Presse. All dies, ebenso das gegen Huck gerichtete Argument, er habe Hitler vor der „Machtergreifung“ in seinen Zeitungen nicht unterstützt,<sup>6</sup> wirft auch ein bezeichnendes Licht auf das politische Profil der Kasseler Neuesten Nachrichten. Da wegen der Lenkung und Kontrolle der Presse durch das NS-Regime die Inhalte und der Ton der gesamten Presse sich generell wenig unterschieden, fielen die Kasseler Neuesten Nachrichten auch vor ihrem Wechsel in den Parteibesitz nicht deutlich erkennbar aus dem üblichen Rahmen heraus. Aus diesem Grunde, und weil sich die Kasseler Neuesten Nachrichten weder publizistisch noch personell in der Besetzung ihrer Redaktion und Verlagsleitung veränderten, blieb den mei-

sten Lesern und Abonnenten dieser Wechsel in der Regel verborgen. In Redaktion und Verlag repräsentierten die Kasseler Neuesten Nachrichten weder offiziell noch inoffiziell die NSDAP, sondern waren für die Partei in erster Linie ein Wirtschaftsunternehmen. Im Dienste der Partei und des von ihr beherrschten Staates stand die Zeitung wie alle Massenmedien ohnehin. Das Vorgehen gegen die Kasseler Neuesten Nachrichten ist ein Beispiel für die Doppelstrategie der Nationalsozialisten, sich zum einen die privatwirtschaftlich organisierte Presse durch verbindliche politische Aufgabenstellung, Zensur, Sprachregelung, Gesetze und rechtsverbindliche Anordnungen politisch-geistig gefügig und zum Instrument propagandistisch-manipulativer Maßnahmen zu machen. Zum anderen sollte die privatwirtschaftliche Ordnung der Presse beseitigt werden, ohne das Prinzip des Privateigentums deutlich sichtbar zu verletzen, um die Presse zu großen schlagkräftigen Einheiten in direkter Verfügung der Partei umzugestalten. Selbstverständlich spielten hierbei auch Momente des persönlichen Machtstrebens und des wirtschaftlichen Vorteils eine Rolle – und zwar sowohl auf der zentralen Ebene des NS-Presskonzerns und der Presseorganisation als auch auf der regional-lokalen Ebene der Organisation und Presse der NSDAP. Waren die Kasseler Neuesten Nachrichten dem zentralen Zugriff der Parteipresse erlegen, so mußte sich die zweitgrößte Kasseler Zeitung, die Kasseler Post, mit dem direkten Zugriff der örtlichen Partei und ihrer Presse auseinandersetzen. Hierbei befand sich die Kasseler Post aus einer Reihe von Gründen bis in den Krieg hinein in keiner völlig aussichtslosen Lage, so daß sie lange Zeit alle Angriffe auf ihre besitzrechtlich-verlegerische Selbständigkeit abwehren konnte, obwohl sie infolge der Wirtschaftskrise schon vor Beginn der Nazi-Ära durch einen sich noch in Grenzen haltenden Auflagenrückgang, vor allem aber durch einen rapiden Rückgang der Anzeigen, in eine schwierige wirtschaftliche Situation geraten war. Diese Schwäche, die sich nach außen nicht gänzlich verschleiern ließ, und wahrscheinlich auch aus der Redaktion heraus den Nationalsozialisten durch Indiskretion übermittelt wurde, mußte diese zum Zugreifen animieren. Im Vergleich dazu mußten die Kasseler Neuesten Nachrichten aufgrund ihrer besseren wirtschaftlichen Situation und wegen ihres Rückhalts in der großen Huck-Verlagsgruppe für die örtliche NSDAP weniger verletzlich erscheinen. Ihre spätere direkte Zugehörigkeit zum NS-Presskonzern, dem die Gauzeitungen lediglich angegliedert waren, entzog die Kasseler Neuesten

<sup>6</sup> Hale a.a.O. (2), S. 201 ff.

Nachrichten dem Zugriff des örtlichen Naziverlages. Als Nachmittagszeitung stellten sie auch keine unmittelbare Konkurrenz für die morgens ausgelieferte regional-örtliche Parteipresse dar. Das politische Profil der Kasseler Neuesten Nachrichten vor der sogenannten Machtergreifung berechtigt zu dem Schluß, daß ihre Leser zumeist nicht dem nationalsozialistischen bzw. nationalistischen Lager zuzurechnen waren. Dies ist vor allem für die mit dem Kasseler Tageblatt übernommenen Abonnenten des bürgerlich-liberalen Blattes, mehr noch für ehemalige An-

hänger der Sozialdemokratie anzunehmen, die nach dem Verbot des Kasseler Volksblattes vorzugsweise die Kasseler Neuesten Nachrichten lasen, falls sie noch eine Zeitung abonnierten. Für den Aufbau einer konkurrenzfähigen nationalsozialistischen Tageszeitung im Bereich Kassel und Nordhessen kamen vorerst das Leserpotential der Kasseler Neuesten Nachrichten und das bisherige Stammpublikum des Kasseler Volksblattes weniger in Frage als die Leser der Kasseler Post.

### Die Kasseler Post

Wirtschaftlich und in gewissem Sinne auch politisch-publizistisch stand die Kasseler Post am ehesten der Nazi-Presse im Wege. Wegen ihrer traditionell protestantischen, konservativ-liberalen, antidemokratisch-nationalistischen Ausrichtung verfügte die Kasseler Post über eine besonders feste Bindung zu einem entsprechend orientierten Publikum, das jedoch am anfälligsten für den Nationalsozialismus war. In Kassel rekrutierte sich dieses Publikum vor allem aus monarchistisch, konservativ und rechtsliberal eingestellten Angehörigen des mittleren und gehobenen Besitz- und Bildungsbürgertums. Auf dem Lande waren es neben den Beamten vornehmlich Bauern und Kleingewerbetreibende mit dem konfessionellen Hintergrund der protestantischen Orthodoxie. Eben diese Sozialgruppen hatten wesentlich zu den Wahlerfolgen des Nationalsozialismus beigetragen, was an den Wahlergebnissen auf dem Lande und in bestimmten Stadtbezirken leicht abzulesen ist. Zweifellos hatte die Kasseler Post, obwohl sie den Nationalsozialismus nur indirekt im Sinne der autoritärstaatlich-konservativ-nationalistischen Lösung der Krise des Weimarer Staates publizistisch unterstützt hatte und auch nicht nationalsozialistisch unterwandert war, den Boden für seinen Aufstieg mitbereitet. Sie hatte sich scharf gegen den Wandel von der Monarchie zur Republik gewandt und diese Staatsform immer deutlich abgelehnt. Besonderes Aufsehen erregte die publizistische Dauerfehde ihres in Kassel angesehenen, bereits 1928 verstobenen Verlegers gegen den ersten Reichskanzler und späteren Oberbürgermeister Kassels, Philipp Scheidemann, die er in dem Bändchen „Philippopel“ gesammelt erscheinen ließ. Hieran erinnerte die Kasseler Post später in ihrem Konflikt mit der Nazi-Zeitung und anlässlich des 10. Todestages des Verlegers.<sup>7</sup> Solche Angriffe, die sich des Vorwurfs der Korruption, der „roten

Bonzokratie“, der persönlichen Bereicherung, des Ämterschachers und der sachlichen Inkompetenz bedienten, waren typisch für die Attacken der nationalistisch-antirepublikanischen Rechten gegen die Republik, insbesondere gegen die Sozialdemokratie. Hierbei spielte das Überlegenheitsgefühl gegenüber der sozial aufsteigenden und politisch nun gleichberechtigten Arbeiterschaft eine wichtige Rolle. Zweifellos war das gegen ihre Repräsentanten gerichtete Argument, es gelte dem unberechtigten Aufstieg von Menschen ohne Bildung, Können und bürgerlichen Habitus entgegenzutreten, subjektiv in der Regel ehrlich gemeint. Diese Einstellung schuf auch Distanz zu den an die Macht gelangten nationalsozialistischen Rabauken, niveaulosen Emporkömmlingen mit gespreizt kleinbürgerlichem Habitus vom Schlage eines Gauleiters Weinrich. Die Kasseler Post konnte aus diesem Grunde mit einem gewissen Einverständnis jener rechnen, die zwar den Nationalsozialismus nicht ablehnten, denen aber der aufgesetzte pseudosozialrevolutionäre antibürgerliche Gestus solcher Emporkömmlinge zuwider war.

Die traditionelle politisch-publizistische Ausrichtung der Kasseler Post, die sie zum wichtigsten Konkurrenten der Nazi-Zeitung um Leser und Anzeigen machte, hätte den beim Raubzug gegen die bürgerliche Presse gängigen Vorwurf ungläubwürdig erscheinen lassen, die Zeitung habe in der Weimarer Republik „versagt“ und sei „national unzuverlässig“ gewesen. Entsprechende Anwürfe der Kurhessischen Landeszeitung, hinter denen nichts anderes stand als das Konkurrenzmotiv und Vergeltungsstreben ihres in der Kasseler Post nicht zum Zuge gekommenen leitenden Redakteurs, konnte die bürgerliche Zeitung in einer „Erklärung in eigener Sache“<sup>8</sup> erfolgreich zurückweisen. Zwar behauptete die Kasseler Post nicht, sie sei ei-

<sup>7</sup> Kasseler Post vom 27. 5. 34, Kasseler Post vom 27. 1. 38. <sup>8</sup> Kasseler Post vom 27. 5. 34, Kurhessische Landeszeitung „gleichfalls in eigener Sache“ vom 28. 5. 34.

ne nationalsozialistische Zeitung, da dies ihr niemand abgenommen und einen Teil ihrer Leser befremdet hätte. Aber dem Vorwurf, ihr sei „aus gewinnsüchtigen Motiven jedes Mittel zur Bekämpfung des Nationalsozialismus recht gewesen“, hielt sie entgegen, daß sie nicht nur im Freisler-Prozeß 1930 oder bei den Verboten der NS-Presse die Belange der Nationalsozialisten im Sinne der „nationalen Opposition“ vertreten, sondern „die Überwindung des Weimarer Parteienstaates durch den Nationalsozialismus in der Richtung des von der Kasseler Post seit 1919 geführten Kampfes“ gelegen hätte. Hiermit umschrieb die Kasseler Post zutreffend und eben nicht aus opportunistischer Anpassung ihre Funktion im Prozeß der Zerstörung der Weimarer Republik. Sie hatte sich jedoch nicht, worauf die NS-Zeitung Wert legte, vor der Machtübernahme direkt in den Dienst der Nationalsozialisten gestellt, sondern die mit diesen konkurrierenden bürgerlich-nationalen Kräfte unterstützt, was ihr bereits seinerzeit von den Nationalsozialisten vorgeworfen worden war. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Kurhessische Landeszeitung die Kasseler Post an den Protest der NSDAP erinnerte, der sich an einer Feststellung der Kasseler Post anlässlich des letzten Wahlkampfes in der Weimarer Republik entzündet hatte. Die Feststellung ging dahin, daß die Nationalsozialisten immer stärker den „sozialistischen Charakter“ der Partei betonten und damit mehr als bisher „in Wettbewerb mit den anderen sozialistischen Parteien“ träten. In der Tat war dieser falsche Eindruck der Hauptgrund für die Distanz der Kasseler Post zum Nationalsozialismus vor der Machtübernahme. Auch danach bestanden im Verlag und in der Redaktion noch eine Zeitlang diesbezügliche Befürchtungen, die im Verhalten nationalsozialistischer Funktionäre und Journalisten ihre Bestätigung zu finden schienen. Zuvor auf die Sozialdemokraten gemünzte soziale Vorurteile, wie sie Gespräche mit damals aktiven Journalisten noch heute belegen, bestanden unter anderem darin, es seien in der Redaktion der Kurhessischen Landeszeitung sogar ehemalige Arbeiter tätig gewesen, was ihre journalistische Qualität hinreichend charakterisieren würde.

Besonders polemisch vermerkte die Kurhessische Landeszeitung in ihren Angriffen gegen die Kasseler Post, sie habe sich in der Zeit der Weimarer Republik nicht antisemitisch profiliert. Sie habe im Gegenteil die Verdienste einer jüdischen Familie Kassels in einem großen Beitrag gewürdigt. Seinerzeit hatte das bereits zu einem wütenden Angriff des Naziblättchens geführt, wo es der Kasseler Post prophezeite: „Wer bei den Juden frißt, der stirbt daran.“<sup>9</sup>

Antisemitische Anklänge hatte es jedoch in der Kasseler Post durchaus gegeben. Vor allem seit der von den Völkischen zur NSDAP gestoßene, aber seine Parteimitgliedschaft verbergende Redakteur Likus die Lokalredaktion übernommen hatte. In seine gehässigen Attacken gegen republikanische, insbesondere sozialdemokratische Politiker und Spitzenbeamte hatte er antisemitische Spitzen eingestreut.

Andererseits schlug die Kurhessische Landeszeitung in ihrer Erwiderung auf die Reaktion der Kasseler Post gegen ihre Angriffe auch versöhnliche Töne an. Ihr liege daran, die öffentliche Auseinandersetzung trotz bisher gescheiterter Verständigungsversuche zu beenden. So war der letzte Angriff der Kurhessischen Landeszeitung gegen die Kasseler Post nur in einer Teilaufgabe erschienen, weil die Kasseler Post bereits während des Drucks bei dem Gauverlag erfolgreich interveniert hatte. Zweifellos lag den übergeordneten Parteistellen, und zwar weniger der verlegerisch direkt betroffenen Gauleitung als den zentralen Organen nationalsozialistischer Pressepolitik, daran, die von der Mitte des Jahres 1933 bis Mitte 1934 immer wieder aufbrechende publizistische Fehde zwischen beiden Zeitungen zu beenden. Denn der Eindruck der Geschlossenheit der Presse sollte nicht gestört werden, zumal dies den Tatsachen widersprochen hätte. Denn der Kasseler Post konnte niemand vorwerfen, wie sie zu Recht betonte, sie weiche von der pressepolitischen Linie des Nationalsozialismus ab. Die Konsolidierung der NS-Herrschaft vollzog sich nicht nur durch terroristischen Druck. Es galt alles zu vermeiden, was das Bild der „Volksgemeinschaft“ getrübt hätte, zumal die im sogenannten Röhm-Putsch kulminierenden internationalsozialistischen Auseinandersetzungen noch nicht beendet waren. Es ist auch zu vermuten, daß der im Konflikt zwischen beiden Zeitungen erschrocken agierende Verleger der Kasseler Post hier wie zu späteren Gelegenheiten als früherer Presseverbandsgeschäftsführer seine guten Kontakte zu den zentralen Berliner Stellen nutzte, in denen immer noch angesehene Vertreter der Privatverleger schon aus optischen Gründen leitende Positionen innehatten. Jedenfalls fand von diesem Zeitpunkt an der Konflikt zwischen beiden Zeitungen nur noch auf der wirtschaftlichen Ebene statt, wobei der Kasseler Post die Hände gebunden waren, publizistisch gegen die materiellen Benachteiligungen vorzugehen.

Zeichnet man die immer wiederkehrenden Versuche und die dabei angewandten Methoden nach, mit denen die Kasseler Post geschädigt und ausgeschaltet werden sollte, so erhält man ein wesentlich differenzierteres Bild als je-

<sup>9</sup> Hessische Volkswacht vom 20. 1. 1931 zum Beitrag von Heidelbach, in: Kasseler Post vom 18. 1. 1931 über die jüdische Familie Hallo.

nes, das den Nationalsozialisten nur plumpe Terrormethoden unterstellt. Deutlich wird auch, daß die Nationalsozialisten im Zuge des Ausbaus ihrer Herrschaft gewisse Rücksichten auf die bürgerlichen Kräfte nehmen mußten, ohne deren Unterstützung sie überhaupt nicht an die Macht hätten gelangen können. Das Problem der Kasseler Post war auch das Problem des Bürgertums. Es hatte vor allem aus wirtschaftlich-sozialem Interesse gewollt oder leichtfertig wesentlich dazu beigetragen, daß die Nationalsozialisten die uneingeschränkte Macht übernehmen konnten. Mochte sich das, wenn auch kaum für das Klein-gewerbe, für die wirtschaftlichen Interessen zunächst auszahlen – die bürgerliche Presse war in ihrer Funktion als Wirtschaftsunternehmen nur Verlierer. Denn der Verlust der Pressefreiheit, die Presselenkung und die Folgen der Pressegesetzgebung ließen einen Vertrauensschwund sowie eine publizistische Öde und langweilige Einförmigkeit in der Presse entstehen, die auch in Kassel und Nordhessen die Leser und Abonnenten von der bürgerlichen Presse wegtrieben und aus den gleichen Gründen von der mit allen Mitteln geförderten Nazipresse fernhielten. In seinen Erfolgsberichten über den wirtschaftlichen Aufschwung hat Hitler daher die Presse immer mit Bedarf ausgespart. Das Reichsschriftleitergesetz, das den Verlegern jeden Einfluß auf die journalistische Gestaltung ihrer Zeitung verbot, nahm ihnen ihre Stellung als Herr im Hause, wie sie die Besitzer oder Leiter von Wirtschaftsunternehmen trotz gewisser Einschränkungen gerade wegen des Verbots der Gewerkschaften immer noch innehatten. Der Widerstand der Verleger, wie ihn die Verlagsleitung der Kasseler Post mit großem Mut und Geschick und verständlicher Distanz zum Regime repräsentierte, ist daher nicht einfach als politischer Widerstand zu deuten, sondern entsprang traditionellem verlegerischen Selbstverständnis und auf jeden Fall wirtschaftlich-existentiallem Interesse.

Es ist auch schwierig, die Gründe und Motive möglichst objektiv aufzuschlüsseln, weshalb die Kasseler Post bis in die Kriegszeit daran festhielt, klar als solche erkennbare christliche Beiträge zu veröffentlichen. Zwar war den Tageszeitungen untersagt, kirchliche Mitteilungen und Termine zu veröffentlichen. Aber im Vergleich zu den beiden anderen Kasseler Zeitungen fällt auf, daß die Kasseler Post eben nicht wie diese von religiösen Momenten möglichst freie Artikel etwa nur zu Festen wie Weihnachten und Ostern brachte. Regelmäßig publizierte sie in ihrer Wochenendausgabe von Theologen verfaßte Betrachtungen zum Sonntag, jedoch auch zu christlichen Feiertagen, zur Ernte und zu Lebensfragen. In der Betonung des christlichen Moments unterschied sich die Kasseler Post auch vor der Herrschaft des Nationalsozialismus von der übri-

gen Kasseler Tagespresse. Wie vor der Machtübernahme sicherte ihr dies auch danach und trotz oder gerade wegen des Vorgehens der Nazis gegen die evangelischen Kirchen eine feste Position unter konservativen Lesern, insbesondere in der mittelständisch-städtischen und in der ländlichen Bevölkerung. Schon daher mußte die Kasseler Post bestrebt sein, an dieser Sonderstellung festzuhalten. Zweifellos war es auch Zeichen einer christlich motivierten Resistenz, die jedoch, wenn man die politische Ausrichtung des nordhessischen Protestantismus vor 1933 mitberücksichtigt, vom eigenen Selbstverständnis her trotz der vom Regime erzeugten Reibungspunkte im Prinzip mit dem Nationalsozialismus vereinbar war. Es ist – und war es wahrscheinlich auch für Verlag und Redaktion – schwer zu entscheiden, ob und in welchem Maße diese Tradition im redaktionellen Konzept des „Familienblattes“ zur wirtschaftlichen Existenzsicherung der Zeitung beitragen sollte oder einem hausinternen Selbstverständnis entsprach.

Auf keinen Fall handelte es sich um den Ausdruck eines christlich motivierten Widerstandes oder einer so gezielt demonstrierten Distanz zum Regime. Denn obwohl sich die christlich gefärbten Beiträge kaum von jenen vor Beginn der Nazizeit unterschieden, so waren sie doch im Prinzip mit dem Regime vereinbar, dem solche Beiträge zwar nicht genehm waren, das sich aber nicht trotz ideologischer Religionsfeindschaft an den jeweiligen christlichen Inhalten stieß, sondern Religion und Kirchen grundsätzlich aus der Öffentlichkeit verbannen wollte. Außer einer von örtlichen Stellen der Partei ausgehenden Politik der Nadelstiche erfolgte keine Kritik oder Aufforderung, die Kasseler Post solle gänzlich Beiträge mit christlichem Inhalt einstellen. Dies geschah erst im Zuge genereller kriegswirtschaftlicher Anordnungen, die sicherstellen sollten, daß der ständig verringerte Umfang der Zeitungen vor allem propagandistischen Zwecken diene. Sie waren ein willkommener Vorwand, unerwünschte Inhalte aus der Presse herauszuhalten. Wurde in einer Zeitung wie der Kasseler Post tatsächlich einmal unter christlichem Vorzeichen Stellung zu einer ethischen Frage genommen, die christliche Wertentscheidungen herausforderte, dann geschah dies eher im Sinne des Regimes als gegen es, wie noch an anderer Stelle exemplarisch veranschaulicht wird. Nicht nur, weil anders eine Veröffentlichung überhaupt nicht möglich gewesen wäre ohne Gefährdung der hierfür Verantwortlichen oder aus Anpassungsdruck heraus, sondern weil auch die evangelischen Kirchen, sieht man von Standpunkten des Widerstandes ab, ihre bereits in der Zeit vor der Machtübernahme tradierten Positionen nicht revidierten und auf einer Skala von Befürwortung, Ambivalenz oder Hinhaltetaktik agierten.

## Die Kasseler Nazipresse

Vor der Schilderung weiterer Einzelheiten der von der Kurhessischen Landeszeitung entfachten Konflikte im Pressewesen soll zum besseren Verständnis der Einzelheiten die Entwicklung der Nazipresse Kassels skizziert werden.<sup>10</sup> Während der zwanziger Jahre gab es einige kurzlebige völkisch-nationalistische Blättchen. Erst vom 1. Februar 1930 an erschien die im privaten Besitz von Wolfgang Bergemann befindliche Wochenzeitung „Der Sturm“, die unter primitivsten journalistischen und drucktechnischen Umständen herausgegeben wurde und in Verbindung mit dem „Waldecker Beobachter“ zum „Kampforgan des Gauess Kurhessen“ wurde. Obwohl der Sturm bis zu den Septemberwahlen 1930 eine Auflage von 5000 Exemplaren erreichte, genügte er doch nicht den steigenden Anforderungen kontinuierlicher Agitation. Ein Konsortium, dem Gauleiter Weinrich, Freisler, Friederichs und der Melsunger Industrielle Braun angehörten, übernahm den „Sturm“ und wandelte ihn in die Tageszeitung „Hessische Volkswacht“ um, die vom 1. November 1930 an erschien und in der Druckerei Deubel gedruckt wurde. Die Hessische Volkswacht hatte zunächst mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da ihre schlechte journalistische Qualität, insbesondere fehlende Aktualität, technische und verlegerische Mängel auch die meisten Parteimitglieder vor einem Abonnement zurückschrecken ließen. Von der anfänglichen Auflage von 5000 Stück wurden zunächst nur 2.800 abonniert. Der Rest wurde als Freixemplare verteilt. Hinzu kam, daß die mehrfachen, bis zur Dauer eines Monats ausgesprochenen Verbote, die sich die Hessische Volkswacht durch ihre wüste Hetze zuzog, über die ohnehin geringe finanzielle Kraft der Zeitung gingen. Erst gegen Ende des Jahres 1931 konnte die „Gauzeitung“ ohne finanzielle Zuschüsse arbeiten. Mitte des Jahres 1932 erreichte sie bereits eine Auflage von 10 000 Stück. Ihre technische Qualität hatte sich entscheidend gebessert, seit sie von der modernen Druckerei Edmund Pillardy gedruckt wurde. Sie erhielt jetzt auch mehr Anzeigenaufträge, sei es, weil die Zeitung für Inserenten attraktiv zu werden begann, sei es, weil die Geschäftswelt aus politischer Überzeugung, aufgrund von Drohungen oder aus opportunistischem Rückversicherungsdenken die Hessische Volkswacht als Werbeträger bedachte, obwohl für die Kasseler Inserenten die anderen wesentlich auflagenstärkeren Zeitungen einen höheren Kosten-Nutzen-Effekt haben mußten. Denn ein Großteil der Auflage ging nicht nach Kassel, sondern in den kur-

hessischen Raum. Dort hatten sich bereits der in Hofgeismar vom Verleger Schulz herausgegebene „Westfälische Beobachter“ und der „Fuldaer NS-Beobachter“ an die Volkswacht angeschlossen. Die ständigen von der NSDAP überall mit größtem Aufwand geführten Wahlkämpfe brachten die Volkswacht zum Jahreswechsel 1932/33 in große finanzielle Bedrängnis. Denn auf Anweisung der Reichsleitung der NSDAP mußte sie in dreifacher Auflage erscheinen. Einen Teil der Mehrkosten ersetzte die Gauleitung, den Rest mußte die Volkswacht selbst tragen. Nicht zutreffend ist die spätere Behauptung der Kurhessischen Landeszeitung, die Volkswacht habe bereits vor der „Machtergreifung“ wieder „einen festen finanziellen Boden unter die Füße“<sup>11</sup> bekommen und die sich zuvor ständig vergrößernden Schulden hätten sich verringert. Denn der Volkswacht ist es nicht anders als der gesamten NSDAP ergangen, deren finanzielle und politische Situation gerade vor der Betrauung Hitlers mit dem Amt des Reichskanzlers besonders schwierig war. Erst von diesem Zeitpunkt an setzte zentral und örtlich der große Geldregen der Wirtschaft ein. Ob die Auflage bereits im Februar 1933 auf 20.000 Stück heraufschnellte, wie die Redaktion wenige Monate später behauptete, ist zu bezweifeln, weil die offizielle Angabe der Zeitung für die Werbekunden den Stand vom März 1933 mit nur 13.000 beziffert.<sup>12</sup> Auf jeden Fall erfolgte ein kräftiger Zuwachs, der auf den Begeisterungstaukel während der „nationalen Revolution“ sowie auf schlichten Opportunismus zurückzuführen ist. Negativ betroffen war von diesem Aufschwung zunächst relativ am stärksten die Kasseler Post, da der Anteil der Nationalsozialisten an ihren Lesern vergleichsweise größer als bei den anderen Zeitungen war. Als bald unter massivem Druck die Abwerbungskampagnen seitens der Nazizeitung bzw. der damit betrauten Parteifunktionäre einsetzten, erzielten sie gleichwohl bei den Abonnenten der Kasseler Post ungleich geringere Wirkung als bei jenen der Kasseler Neuesten Nachrichten. Die Kasseler Post verlor vom Frühjahr 1933 bis zum Frühjahr 1934 etwa 4000–5000 Abonnenten, die Kasseler Neuesten Nachrichten etwa 8.000 – 9.000 an die Nazizeitung. Diese erschien seit dem 1. September 1933 unter dem neuen Titel „Kurhessische Landeszeitung“ in größerem Format und mit größerem Seitenumfang als ihre Vorgängerin. Erst von diesem Zeitpunkt an ist die Nazizeitung nach rein äußeren Merkmalen als vollwertige Tageszeitung anzusehen.

<sup>10</sup> Aus nationalsozialistischer Sicht in: Kurhessische Landeszeitung vom 1. 9. 1933. <sup>11</sup> Auf den schon vor 1933 vorübergehend eingestellten „Sturm“ wird nicht eingegangen. Als vor allem der SA dienendes parteieigenes Mitteilungsblatt würde er immer bedeutungsloser. <sup>12</sup> Ala-Zeitungskatalog 1933, 58. Jg., S. 59.

# Eingriffe in Zusammenhänge publizistischer und wirtschaftlicher Funktionen

## Unlauterer Wettbewerb und Qualitätsverlust

Der Staat stellte dem Gauverlag das Verlagshaus des verbotenen Kasseler Volksblattes zur Verfügung, das, wie das gesamte Vermögen der SPD, enteignet wurde. Erst jetzt war es möglich, daß der Gauverlag die verschiedenartigsten Druckaufträge übernehmen und damit seine wirtschaftliche Basis verbessern konnte. Er wurde vor allem bei Druckaufträgen staatlicher Stellen bevorzugt, wodurch sich wiederum die Konkurrenzsituation verzerrte und den übrigen Kasseler Verlagen wichtige Einnahmen entgingen. Auch bei der Vergabe von privaten Druckaufträgen griff gelegentlich der Gauleiter selbst ein, beispielsweise als die Henschel-Werke einen Druckauftrag für die Werkszeitung „Der Henschelstern“ bei der Kasseler Post nach einer Intervention Weinrichs rückgängig machten und das Geschäft mit dem Gauverlag abschlossen. Weiterer Schaden für die beiden privaten Zeitungen entstand, weil die staatlichen und kommunalen Behörden der Nazizeitung bereits im Frühjahr 1933 das Monopol für die Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen übertrugen. Ähnlich verzerrt war die Situation im Anzeigenbereich, der wegen der schlechten Wirtschaftslage seit 1929 ohnehin stark rückläufig war. Die Nazizeitung bekam ohne besonderen Druck auf die Geschäftswelt Inserate, und zwar mit höherem Seitenpreis als die beiden anderen Zeitungen. Um ihre Verluste auf diesem Sektor des Anzeigenwesens zu verringern, sprach die Kasseler Post die Solidarität ihrer Leser an. Sie empfahl sich wegen ihrer „engen Verbundenheit“ mit „einer großen Leserschaft“ als „stark verbreitetes Familienblatt“ ausdrücklich für Familienanzeigen.<sup>13</sup> Dies mußte die Kurhessische Landeszeitung ebenso als Herausforderung empfinden wie eine große Anzeige der Kasseler Post, in der diese auf die Aufhebung des Werbeverbots für Zeitungen vom 1. 3. 1934 hinwies, aus dem hervorging, „daß jedem Deutschen das Recht auf freie Wahl seiner Zeitung gewährleistet, daß jede Drohung und jeder Zwang verboten“ seien. Weiter hieß es: „Niemand darf Sie daran hindern, Ihrer Zeitung, der ‚Kasseler Post‘, die Treue zu halten“.<sup>14</sup> Das Werbeverbot hatte die Konflikte zwischen der privaten Presse und der Nazipresse entschärfen sollen. Auch paßte es nicht mehr in das Bild vom wirtschaftlichen Aufschwung. Generelle Anzeigenverluste entstanden, weil seit dem Boykott gegen die Juden die Anzeigen der „jüdischen“ Geschäfte, insbesondere die großen Anzeigen der Warenhäuser, der jüdischen Ärzte und Rechts-

anwälte fortfielen. Gleichwohl hat die Kasseler Post bis zum Ende des Jahres 1933 noch gelegentlich Anzeigen „jüdischer“ Kaufhäuser veröffentlicht – ein Zeichen für die schwierige wirtschaftliche Situation der Zeitung und der Verbitterung gegenüber den geschäftsschädigenden Maßnahmen der Nationalsozialisten. Andererseits erschienen, vereinzelt schon vor dem Judenboykott, vorzugsweise in der Nazizeitung Anzeigen, in denen Geschäfte, Ärzte und andere Freiberufler sich als deutsch oder nationalsozialistisch bezeichneten. Zum Teil handelte es sich um große Sammelanzeigen, die ein abgestimmtes Handeln der Inserenten voraussetzten.

Der Anzeigenverlust der privaten Zeitungen ist sehr differenziert zu betrachten. Nach vorliegenden Zahlen erfolgte bei der Kasseler Post der Haupteinbruch bereits 1932. Der Rückgang der Inserate setzte sich 1933 fort, war aber wesentlich geringer als im Vorjahr. Erst im Geschäftsjahr 1934 wirkte sich die Anzeigenverlagerung auf die kurhessische Landeszeitung voll aus und führte zu fast ebenso hohen Verlusten wie 1932.<sup>14</sup> Damit waren die Verhältnisse im Anzeigenwesen der Kasseler Presse bereits geklärt, denn im folgenden Jahr schwächten sich die Verluste der privaten Presse stark ab. Von 1936 – 1938 erhöhte sich dann sogar der Anzeigeneingang bei der Kasseler Post, erreichte aber nicht einmal mehr den Stand des Jahres 1933. Seit Beginn des Krieges gingen die Anzeigen bis auf ein Minimum zurück, weil außer Todesanzeigen fast nichts mehr zu inserieren und ohnehin wegen des steigenden Papiermangels kaum noch Raum für Anzeigen vorhanden war. Die Nationalsozialisten erließen, und zwar nicht nur aus politisch-propagandistischen Gründen, geheime Vorschriften über Inhalt und Umfang der Gefallenenanzeigen, sondern auch wegen des Papiermangels, um trotz der steigenden Flut dieser Anzeigen noch genügend Raum für die Propaganda im redaktionellen Teil der Zeitung zu erhalten.<sup>15</sup> Die Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft stiegen sogar noch während der beiden ersten Kriegsjahre auf eine erstaunliche Höhe, was auf die ab 1932 ständig steigenden, schließlich im Vergleich zu jenem Jahr um ein Drittel höheren Preise pro textlicher Verrechnungseinheit zurückzuführen ist. Die 6. Kriegsverordnung vom 23. 5. 1942 setzte eine Erhöhung der Anzeigenpreise um 100% fest, weil die NSDAP die Presse, vor allem die eigene, trotz außerordentlichem Anzeigenrückgang und fehlendem

<sup>13</sup> Kasseler Post vom 1. 6. 1933. <sup>14</sup> Nachlaß Batz. <sup>15</sup> Jürgen Hagemann: Die Presselenkung im Dritten Reich. Bonn 1970, S. 58 f.

Raum für Anzeigen lebensfähig halten wollte. Schon einige Jahre vor Kriegsbeginn gehörte die Preisfestsetzung zu den zahlreichen Regelungen im Presse- und Verlagswesen, die letztlich aus dem Interesse des NS-Pressetrusts erwachsen, aber den Privatverlegern ebenso zugute kamen. Als von 1938 an der Zeitungsumfang aufgrund zentraler Anweisungen immer stärker gedrosselt wurde, normalisierte sich auch die zuvor geringe Rentabilität einer Zeitung wie der Kasseler Post, weil der monatliche Bezugspreis von 2,60 RM für einen täglichen Seitenumfang von 12 – 14 bzw. 36 – 40 Seiten am Wochenende 1937/38 sogar bei einem Umfang von 4 Seiten im Jahre 1943 nicht gesenkt werden durfte. Gleichzeitig gingen wegen der kriegsbedingten Ausdünnung des Personalbestandes die Kosten für Löhne und Mitarbeiterhonorare um ein Drittel zurück. Für Anzeigen- und Bezieherwerbung wurden schließlich nur noch Minimalbeträge aufgebracht. Jedoch konnten die erhöhten Gewinne wegen der personellen und materiellen Mangelsituation nicht mehr reinvestiert werden, was zwangsläufig auf Kosten der Betriebssubstanz ging.<sup>16</sup> Bei steigenden Gewinnen gingen somit Quantität und Qualität des publizistischen Angebots zurück. Die journalistische Qualität der Kasseler Zeitungen verminderte sich unter den Bedingungen des NS-Systems außerordentlich, wenn das auch wegen des ohnehin nicht hohen Standards der Provinzzeitungen nicht so deutlich erkennbar wie bei der großen überregionalen Presse war. Infolgedessen konnte die nicht nur wegen der politischen Inhalte geringe Qualität der neuen Kurhessischen Landeszeitung im Vergleich zur privaten Presse Kurhessens nicht so ins Gewicht fallen. Anfänglich war die Kurhessische Landeszeitung journalistisch eindeutig schlechter gemacht als ihre Konkurrenz. Je mehr die zentrale Presselenkung, die täglichen Weisungen des Propagandaministeriums und der Reichspressekonferenz den Inhalt des überregionalen Teils bestimmten, und die Wünsche der örtlichen Parteifunktionäre und der Gauleitung, wenn auch nicht systematisch und weniger intensiv den regionalen und lokalen Teil der Presse beeinflussten, umso mehr glichen sich alle Zeitungen aneinander an und standen schließlich auf dem gleich schlechten journalistischen Niveau. Auch auf stilistischer Ebene wurde der Nazismus in der gesamten Presse Kassels deutlich spürbar, wenn auch die Kasseler Neuesten Nachrichten entsprechend ihrer Tradition relativ farblos blieben. Der Unterschied zwischen dem „nationalen“ Vokabular der Kasseler Post und der Nazipresse war ohnehin immer nur ein gradueller ge-

wesen. Allerdings bediente sich die Kasseler Post generell nicht des brutalen und übersteigerten Jargons der Nationalsozialisten. Jedoch blieb auch die Kurhessische Landeszeitung in ihrem Ausdruck im Vergleich zur „Kampfzeit“ und Phase der „nationalen Revolution“ verhältnismäßig gemäßigt. Auf den ersten Blick konnte der Leser die Zeitungen kaum noch voneinander unterscheiden. Die Kurhessische Landeszeitung enthielt als offizielles Organ des Gauess Kurhessen der NSDAP mehr spezifisch nazistische Themen und Mitteilungen aus der Parteiorganisation, während christliche Themen fehlten, wie sie die Kasseler Post gegen Widerstände noch bis in die Kriegszeit hinein gemäß ihrer Tradition als festen Bestandteil ihres Angebots veröffentlichen konnte. Diese publizistische Situation, vor allem das geringe Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der Presse, führte bei den beiden bürgerlichen Zeitungen zu erheblichen Verlusten von Abonnenten und erschwerte der Kurhessischen Landeszeitung, neue Leser zu gewinnen. In den geheimen politischen Lageberichten der amtlichen Stellen kritisierte man an der Kurhessischen Landeszeitung vor allem die geringe Menge und die mangelnde Aktualität lokaler Informationen, denen wie heute das Hauptinteresse der Leser lokaler und regionaler Tageszeitungen galt. Als überflüssig und störend wurden die zahlreichen Berichte über Parteiveranstaltungen empfunden, während wichtigere Informationen überhaupt nicht oder später als von den anderen Zeitungen gebracht wurden.<sup>17</sup> Das Publikum schätzte die Wahrheitstreue der NS-Zeitung noch geringer ein als die der übrigen Presse Kurhessens.<sup>18</sup> Erst vom Jahre 1936 an wurde die Qualität der Kurhessischen Landeszeitung besser eingeschätzt. Zugleich wurde aber betont, daß bei den lokalen Informationen die Lokalzeitungen immer noch einen Vorsprung hätten.<sup>19</sup> Die Feststellung, daß die parteiamtliche Tageszeitung mehr als zuvor gelesen würde, traf zwar zu, wenn man die übrigen Zeitungen als Vergleichsmaßstab nahm. Aber ebenso wie bei diesen Zeitungen verminderte sich bis 1937 auch die Auflage der Kurhessischen Landeszeitung, nachdem sie 1934 mit einer Auflage von 34 000 einen vorläufigen Höchststand erreicht hatte und weitaus größte Zeitung Kassels geworden war. Das Unbehagen an der Tagespresse hielt an. Die Gesamtauflage der Kasseler Presse stieg zwar auf etwa 84.000 im Jahre 1939 an, blieb aber trotz des Ausgreifens der Kurhessischen Landeszeitung auf die Provinz immer noch 20.000 Exemplare unter dem Stand zum Zeitpunkt der Machtübernahme. Verglichen mit der höchsten Auflagenentwicklung vor 1933, als

<sup>16</sup> Nachlaß Batz. <sup>17</sup> Regierungspräsident Kassel an Reichs- und Preuß. Minister des Innern, Preuß. Ministerpräsidenten, Geh. Staatspolizei Berlin, Oberpräsident Kassel vom 2. 1. 1935. Hess. Staatsarchiv Marburg (StAM) Bestand 165 Nr. 3820. <sup>18</sup> Landrat des Kreises Kassel an Regierungspräsidenten Kassel vom 20. 12. 1935. StAM 165/3820. <sup>19</sup> Reg.Präs. Kassel an Reichs- und Preuß. Minister d. Innern vom 4. 3. 1936; StAM 165/3820; Landrat d. Kreises Kassel an Reg.-Präs. Kassel vom 24. 2. 1936, s.o.

nach damaligen Verhältnissen eine Sättigung des Marktes erreicht war, betrug die Gesamtauflage 1939 sogar 41.000 Exemplare, also ein Drittel, weniger. Am geringsten war zunächst der Auflagenschwund bei der Kasseler Post, am größten bei den Kasseler Neuesten Nachrichten. Bei beiden Zeitungen waren vor allem Verluste von Abonnenten auf dem Lande dafür verantwortlich. Schon immer hatten viele Bauern während der Hauptarbeitszeit, im Sommer, ihre Abonnements gekündigt. Jetzt bot die Presse aus den geschilderten Gründen nicht mehr genügend Anreiz, Abonnements zu erneuern. Die von der Gauleitung unterstützte und von den unteren Parteigliederungen durchgeführte Abonnentenwerbung, auch mittels Druck, hatte nur Teilerfolge erzielen können. Besonders die Beamten, die aus ihrer politisch konservativen Gesinnung heraus die Kasseler Post in deren Verbreitungsgebiet bevorzugten, waren dem Druck ausgesetzt, die Kurhessische Landeszeitung zu abonnieren, zumal wenn sie der NSDAP angehörten. Viele Beamte waren aus Sicherheitsdenken und Karrieregründen in die Partei eingetreten, auch wenn sie keine überzeugten Nationalsozialisten waren. Aus Furcht vor beruflichen Nachteilen bezogen viele die Kurhessische Landeszeitung, manche außerdem noch zusätzlich die Kasseler Post.

Als die Kurhessische Landeszeitung in Hersfeld eine Lokalausgabe eröffnete, forderte die NS-Beamtenabteilung in einem Schreiben vom 18. 11. 35 ihre Unterorganisationen im Kreis Hersfeld auf, Namenslisten aller Angestellten und Beamten zu erstellen, aus denen zu ersehen war, wer die Kurhessische Landeszeitung bereits bezog, wer zu ihrem Bezug bereit war oder sie überhaupt nicht abonnieren wollte. Dies führte zu einer dienstlichen Beschwerde des Leiters des Kulturamtes Hersfeld, als ein Werber der Kurhessischen Landeszeitung im Auftrag des Stellvertretenden Kreisleiters um die Erlaubnis ersucht hatte, die Beamten zu befragen, weshalb sie die Zeitung noch nicht beziehen würden. In seinem Schreiben an den Landrat teilte der Dienststellenleiter mit, er halte einen solchen Vorgang, dessen Zwangscharakter nicht geleugnet worden sei, für eine Vernehmung, die unstatthaft sei und den Weisungen des Führers zuwiderlaufen würde.<sup>20</sup> In seinem Bericht an den Regierungspräsidenten versuchte der Landrat den Vorfall als Mißverständnis zu bagatellisieren. Es habe sich weder um unlauteren Wettbewerb noch um Druck gehandelt. Der Landrat drehte den Spieß um und beschuldigte die Hersfelder Zeitung, sie unternahme fast täglich versteckte Angriffe gegen die Kurhessische Landes-

zeitung.<sup>21</sup> Nur war der Landrat gleichzeitig Kreisleiter und in dieser Eigenschaft vorübergehend Herausgeber der neuen Hersfelder Ausgabe der Kurhessischen Landeszeitung; das heißt, er hatte sein eigenes Vorgehen als Vertreter der NSDAP in seiner Eigenschaft als Vertreter des Staates zu beurteilen. In seiner Person dokumentierten sich sinnfälligerweise die bereits vollzogene Einheit von Partei und Staat und die Konsequenzen auch im Bereich der Presse, wo es im vorliegenden Falle eben nicht vorrangig um politische, sondern mehr um wirtschaftliche Ziele einer Einrichtung der Partei ging. Gemessen an dem, was nach der Nazizeit von den Zeitungsverlegern über den gegen sie gerichteten Terror behauptet wurde, könnte man es erstaunlich finden, daß die Hersfelder Zeitung ausführlich über die „unwürdigen Einschüchterungsversuche“ in großer Aufmachung ohne Folgen berichten konnte.<sup>22</sup> Anders als die Kasseler Post, die sich nur allgemeiner äußerte, benannte die Hersfelder Zeitung den konkreten Sachverhalt.

Beide Zeitungen gingen äußerst geschickt vor, indem sie sich auf Stellungnahmen Hitlers und hoher Nazifunktionäre beriefen, wonach die unlauteren Praktiken bei der Bezieherwerbung und der „Konkurrenzkampf mit den machtpolitischen Mitteln der Partei zugunsten der Parteizeitungen seitens der Regierung aufs schärfste bekämpft“ würden. Die Kasseler Post zitierte nicht nur diese amtliche Verlautbarung, sondern wagte es, ohne direkt die Kasseler Nazizeitung zu nennen, einen Konkurrenzkampf ungesetzlich zu nennen, in dem nach amtlichem Wortlaut „Maßnahmen und wirtschaftliche oder sonstige Nachteile oder Benachteiligungen im Verhältnis zur Partei“ angedroht würden. Sie bezichtigte unausgesprochen die Nazi-zeitung, sie verstoße gegen den ausdrücklichen Willen Hitlers. Hierbei berief sie sich auf die Aussage des Reichsstatthalters Röver, wonach „keine Zeitung, die mitarbeiten will, ausgeschlossen oder bedrängt werden soll. Das wäre gegen den Willen unseres Führers. Keine Eingriffe in die Wirtschaft und keine mechanische Gleichschaltung. Es wird nur danach gewertet, wieviel Arbeit geleistet wurde. Die NSDAP will den örtlichen Organen der Heimatpresse keine Konkurrenz machen. Der Führer würde das für ein Verbrechen halten.“ Auf diese Weise abgesichert, konnte es die Kasseler Post wagen, ihre Leser aufzufordern, sie sollten die Zeitung sofort davon unterrichten, wenn fremde Bezieherwerber ihre Befugnisse überschreiten würden.<sup>23</sup> Auf die wütende Reaktion der Nazi-zeitung und nichtöffentliche Drohgebärden der Gaulei-

<sup>20</sup> Leiter des Kulturamtes an Landrat Hersfeld vom 21. 11. 1933, StAM 180/9662. <sup>21</sup> Landrat Hersfeld an Reg. Präs. Kassel vom 8. 12. 1933, StAM 180/9662. <sup>22</sup> Hersfelder Zeitung vom 23. 11. 1933. <sup>23</sup> Kasseler Post vom 13. 8. 1933.

tung reagierte die Kasseler Post prompt in einem weiteren, groß aufgemachten Artikel unter der Überschrift „Volle Freiheit in der Wahl der Zeitung!“ Hier zitierte sie weitere amtliche Verlautbarungen, u.a. einen Gaubefehl des thüringischen Reichsstatthalters und Gauleiters Sauckel, daß „gegen Parteigenossen, die weiterhin bei der Zeitungswerbung die Zugehörigkeit zur Partei als Druck- und Drohmittel zur Werbung mißbrauchen, in Zukunft rücksichtslos eingeschritten“ werde und es jedem Parteigenossen freistehe, welche örtliche Zeitung er lesen wolle. Damit wollte die Kasseler Post ihren Abonnenten die Furcht nehmen, denn „kein Leser, gleichviel ob er Beamter, Pensionär, Rentner, Landwirt oder Geschäftsmann ist“, könne „in seinem Berufe, in seinen Bezügen oder in seinem Geschäft behindert oder geschädigt werden, wenn er der ihm liebgewordenen „Kasseler Post“, der alten Kämpferin für die nationale Sache, die Treue hält.“<sup>24</sup> Indirekt wurde damit für jeden erkennbar gesagt, welcher Methoden sich die Nationalsozialisten auch in Kassel bedienten und wer davon am stärksten betroffen war, insbesondere die Berufsgruppen, die eben auch den Abonnentenstamm der Kasseler Post bildeten. Gleichzeitig ließ die Kasseler Post keinen Zweifel daran, daß der Konflikt mit den Nationalsozialisten ausschließlich eine wirtschaftliche und keine politische Ursache hatte. Das entsprach vollauf den Tatsachen, wenn auch das Bemühen, sich politisch keine Blöße zu geben, unverkennbar ist. Insofern ist die Auseinandersetzung entgegen späteren Behauptungen nicht als politische Verfolgung und politischer Widerstand zu werten.

Die Abwehr der Kasseler Post mußte als Angriff auf ihre nationalsozialistische Konkurrenz verstanden werden, indem dieser nicht nur unausgesprochen Verstöße gegen den Willen Hitlers, der Partei und des Staates vorgeworfen wurden, sondern versteckt auch die Störung des von den Nationalsozialisten propagierten politischen und wirtschaftlichen Aufbaus einschließlich der Entwicklung eines „wahrhaft nationalen Staatsbürgertums“.<sup>25</sup> Man mußte nicht einmal bemüht zwischen den Zeilen lesen, um das so zu deuten, als sei die Kasseler Post der bessere Repräsentant nationalsozialistischen Wollens. Damit provozierte die Kasseler Post auch die Gauleitung, die das Vorgehen der Nazizeitung stützte. Aber die Gauleitung hatte keine Handhabe für ein offizielles Vorgehen. Die Stellung der Kasseler Post war so stark, daß die Verlagsleitung im Frühjahr 1933 das Ansinnen des Gauleiters und Freislers ablehnen konnte, die Chefredaktion ihrem Lokalredakteur Likus zu übertragen. Es war dem Nazi Likus, der im Lokalteil die republikanisch-demokratische Ordnung

und alles attackiert hatte, was links von der äußersten Rechten stand, nicht gelungen, wie die Kurhessische Landeszeitung der Kasseler Post öffentlich vorrechnete, diese vor der Machtübernahme zu einem Blatt mit nationalsozialistischer Ausrichtung zu machen. Die Kasseler Post war in dem Konflikt insofern erfolgreich, daß der Druck auf ihre Abonnenten zwar noch längere Zeit anhielt und neben anderen Faktoren zum Auflagenrückgang beitrug, aber doch spürbar schwächer wurde.

Einzelne Stellungnahmen der NSDAP, etwa die des von der Hersfelder Zeitung zitierten Reichspressechefs Dietrich, lassen erkennen, weshalb die Parteileitung sich offiziell gegen die unlauteren Konkurrenzmethoden der Nazi-Presse wandte. Sie hatte ein Interesse daran, daß im Pressewesen nach dem offiziellen Abschluß der „nationalen Revolution“ gleichsam normale Verhältnisse bestehen sollten, die sich mit unkoordinierten, „privaten“ Übergriffen der unteren Parteiorgane und ihrer Funktionäre nicht mehr vereinbaren ließen. Da sich die Presse aus Furcht vor Verboten, jedoch auch aus Opportunismus, im Eiltempo selbst gleichschaltete, lag es nahe, daß die Nationalsozialisten aus dem Vertrauen der Leser in ihre gewohnten Zeitungen Kapital schlagen wollten. Je mehr alles „freiwillig“ zu erfolgen schien, je selbstverständlicher die bisherigen öffentlichen Machtträger des Bürgertums, zu denen die bürgerliche Presse gehörte, Opfer für „das Ganze“ brachten, umso reibungsloser, „legaler“ und vertrauenswürdiger ließen sich die politischen Ziele und die Macht der Nazis zur Entwicklung des neuen Systems umsetzen. Das hieß jedoch auch, daß sich die Parteipresse qualitativ an den Standard der bürgerlichen Presse annähern sollte, weil sich seit den Märzahlen 1933 die politischen Inhalte der Zeitungen nicht mehr voneinander unterschieden. Wäre die bürgerliche Presse in kürzester Zeit vernichtet worden, hätte für die Parteipresse kein Anlaß zu qualitativer Verbesserung bestanden. Schon aus diesem Grunde, und weil die Parteipresse noch in ihren Anfängen steckte, war die NSDAP zunächst auf eine funktionierende bürgerliche Presse angewiesen. Anfänglich wäre es überhaupt nicht möglich gewesen, die gesamte privateigene Presse durch eine parteieigene Presse zu ersetzen. Eine offene Verletzung des Eigentumsprinzips durch Enteignung der Privatverleger widersprach der nationalsozialistischen Ideologie und erfolgte nur in Ausnahmefällen. Das Beispiel der Kasseler Neuesten Nachrichten und später auch der Kasseler Post veranschaulicht, daß die Nationalsozialisten zumindest formell das Eigentumsrecht der Verleger nicht antasteten, sondern die privaten Zeitungen in Gestalt einer geschäftlichen Transaktion übernahmen.

<sup>24</sup> Kasseler Post vom 20. 8. 1933. <sup>25</sup> Ebenda.

Auch wenn sie die privaten Zeitungen mit allen Journalisten übernommen hätten, so wären den Nationalsozialisten zunächst doch außerordentliche Probleme entstanden, weil sie ohne erfahrene Fachleute durch die Aufgaben des Verlagsmanagements gänzlich überfordert gewesen wären. Der Gefährdung ihrer Verlage durch Boykottmaßnahmen und Druckmittel konnten die Verleger – mit der Rückendeckung eines Erlasses des Reichsarbeitsministers, der solche Maßnahmen auch für den Bereich der Presse verboten hatte – das Argument einer Gefährdung der Arbeitsplätze entgegensetzen. Unter anderem bediente sich der Verleger des Kasseler Bärenreiter-Verlages dieses Arguments, als die Schließung seines Verlages durch die Reichspressekammer drohte. Die noch zu schildern den Umstände, die zu der bedrohlichen Situation für den Verlag geführt hatten, waren eindeutig politischer Natur und das einzige Beispiel für einen politisch verursachten Konflikt zwischen einem Kasseler Presseorgan und der Partei nach der Gleichschaltung der Presse. Alles was sonst als politischer Widerstand ausgelegt werden könnte, entsprang letztlich dem wirtschaftlichen Interesse, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß beispielsweise die Verleger der Kasseler Post schon wegen ihres Dauerkonflikts mit der Kurhessischen Landeszeitung und der sie unterstützenden Gauleitung die NSDAP ablehnten. Die formelle Mitgliedschaft von Verlegern und Journalisten in der NSDAP ist auch für Kassel jeweils im Einzelfall zu überprüfen, wenn man ein möglichst objektives Urteil abgeben will. Es läßt sich nicht mehr mit Zwang erklären, wenn Journalisten sich außerhalb ihrer eigentlichen beruflichen Arbeit im nationalsozialistischen Sinne profilieren. So war es geradezu eine Pervertierung des traditionellen journalistischen Selbstverständnisses, als ein Redakteur der Kasseler Neuesten Nachrichten eine Rede zur Bücherverbrennung auf dem Kasseler Friedrichsplatz mit dem Kernsatz hielt, „daß der deutsche Kopfarbeiter Opfer bringt, indem er auf literarisch-ästhetische Genüsse verzichtet, die dem deutschen Volk nicht zum Vorteil gereichen.“<sup>26</sup>

In Kassel war bekannt und wurde in der Presse lobend erwähnt, daß der Verleger des Kasseler Sonntagsblattes bereits vor 1933 die NSDAP aktiv unterstützt und ihr 1932 Teile des Verlagshauses kostenlos als Parteiheim zur Verfügung gestellt hatte, in dem Parteiangehörige „verköstigt und beherbergt“ wurden, wo jedoch auch häufig polizei-

lich gesuchte nazistische Gewalttäter „sichere Unterkunft fanden“.<sup>27</sup> Direkter Druck auf Verleger und Journalisten in Gestalt persönlicher an sie gerichteter Aufforderungen, in die NSDAP einzutreten, ist nicht nachweisbar. Aber in einem Rundschreiben vom 28. 6. 1937 des Leiters des Landesverbandes Kurhessen im Reichsverband Deutscher Zeitungsverleger, Verlagsleiter Schlitzberger von der Kurhessischen Landeszeitung, heißt es, er „bitte um Mitteilung, ob bereits die Anträge gestellt sind, bzw. um Angabe der Gründe, sofern dies noch nicht geschehen ist“.<sup>28</sup> Da bereits die anderen Kasseler Verlagsleiter der NSDAP angehörten, konnte mit diesem Rundschreiben in Kassel nur jener Verleger der Kasseler Post gemeint sein, der über die seitens der Partei unterstützten unlauteren Konkurrenzmethoden der Kurhessischen Landeszeitung besonders erbittert war.

Die Gauleitungen, die Gestapo und die Landesverbände des Reichsverbandes der Presse erstellten politische Beurteilungen über alle Verleger und Journalisten. Diese mußten in einem Fragebogen unter anderem Auskunft über ihre früheren politischen Aktivitäten und Vereinszugehörigkeiten geben und den „Ariernachweis“ erbringen. Sogar die Zugehörigkeit von Gesellschaftern an Verlagsunternehmen machte der Reichsverband Deutscher Zeitungsverleger von der Antwort auf die Aufforderung abhängig, „im Sinne der Ausführungen des Herrn Präsidenten der Reichspressekammer über die „Grundgesetze der Standesgemeinschaft der Zeitungsverleger“ noch eingehend darzulegen, in welchem persönlichen Verhältnis sowohl sie als auch ihre Familienangehörigen zur nationalsozialistischen Weltanschauung und zur Partei stehen. Es (wäre) war im einzelnen mitzuteilen, ob und ggf. seit wann sie oder ihre Angehörigen der Partei, einer ihrer Gliederungen (z.B. SA, SS, NS-Frauenschaft) oder einem ihr angeschlossenen Verband (z.B. DAF, NSV, NSKOV) angehören. Im Verneinungsfall (bitten wir) bat man um Angabe der Gründe“.<sup>29</sup>

Die Privatverlage mußten in einem Fragebogen genauestens über Auflagen- und Anzeigenentwicklung, sowie über die gesamte wirtschaftliche Situation Auskunft geben. Diese Maßnahmen hatten nicht nur zum Ziel, politisch unliebsame Zeitungen, Verleger und Journalisten auszuschalten. Zugleich erreichte die NS-Presse- und Geschäftspolitik unter dem Vorwand, mit diesen Maßnahmen einer wirtschaftlichen Reorganisation der ge-

<sup>26</sup> Kasseler Post vom 21. 5. 1933. <sup>27</sup> „Letzte Verfolgung und Sieg“, Kurhessische Landeszeitung vom 22./23. 4. 1939. <sup>28</sup> Nachlaß Batz. <sup>29</sup> Reichsverband Deutscher Zeitungsverleger an den Verlag der Kasseler Post vom 6. 2. 1936; ebenso an Helene Weber vom 4. 10. 1937, Ilse Batz vom 10. 2. 1938 (Nachlaß Batz). Vgl. hierzu allg. Hale, a.a.O. (2), S. 153 ff.

schwächten deutschen Presse eine datenmäßige Grundlage zu geben, daß rund 500 – 600 Zeitungen verschwanden, zusammengelegt oder dem NS-Pressetrust oder seinen Filialen einverleibt wurden.<sup>30</sup> In Kassel wurden nur die Kasseler Neuesten Nachrichten von diesen politisch-wirtschaftlich motivierten Maßnahmen betroffen, die im Widerspruch zu ihrer Begründung den Wettbewerb nicht entzerrten, sondern ihn zugunsten der parteieigenen Presse verzerrten. Wie bereits dargestellt, gehörten diese Zeitungen als Teil des Huck-Konzerns zu dem Preis, den der NS-Pressetrust dem Familienkonzern für den Erhalt einiger seiner Zeitungen abpreßte. Dieser Eingriff in die Presselandschaft Kassels hatte somit mit der örtlichen NSDAP und ihrer Pressepolitik nichts zu tun. Die Kasseler Post als einzige noch in privater Hand verbliebene Tageszeitung blieb von jenen zentral gesteuerten Maßnahmen unbehelligt und erst kriegswirtschaftliche Maßnahmen führten zu ihrem Ende.

Jedoch dürfte es den Widersachern der Verleger der Kasseler Post und dem schwelenden Konflikt mit der Parteizeitung zuzuschreiben sein, daß sie mit keinen offiziellen Funktionen im Pressewesen betraut wurden. Für das Bezirksgericht der Presse des Landesverbandes Thüringen-Kurhessen des Reichsverbandes der Deutschen Presse wurde der eine der beiden Verleger nie als Beisitzer vorgeschlagen, obwohl er vor dem Machtantritt der Nationalsozialisten der Geschäftsführer des regionalen Verlegerverbandes gewesen war und weiterhin über gute Kontakte zu seinen Berufskollegen verfügte, die er, vor allem bei den zentralen Berliner Stellen, zu nutzen wußte. Andererseits war die Kasseler Post in diesem Organ durch ihren als überzeugten Nationalsozialisten sich aufführenden stellvertretenden Chefredakteur und nach dessen Ausscheiden aus der Zeitung durch einen Journalisten vertreten, der zeitweilig als stellvertretender Leiter dem Pressereferat des Gaupropagandaamtes und dem Gaupresseamt angehörte. Außer diesen beiden Journalisten wurde in das Bezirksgericht der Presse für Kassel nur noch der im Umgang mit dem Regime geschickt taktierende Chefredakteur der Kasseler Neuesten Nachrichten berufen. Die Verleger der parteieigenen Betriebe repräsentierte in diesem Organ der Verlagsleitung des Gauverlages und Vorsitzende des Landesverbandes der Presse, Schlitzberger, sowie der Verlagsleiter der zum Nazipressetrust gehörenden Kasseler Neuesten Nachrichten und der zeitweilige Verlagsleiter der vom NS-Pressetrust unter Druck erworbenen und später dem Gauverlag übereigneten Fuldaer Zeitung. Die Privat-

verleger Kassels vertrat in dem Bezirksgericht der Presse bis zu seinem Tode der Verleger des Kasseler Sonntagsblattes, der großes Ansehen in der NSDAP genoß. Die Bedeutung der presseinternen Gerichtsbarkeit darf nicht überbewertet werden, zumal zumindest während der ersten Jahre des Regimes sogar nach Meinung der Reichspressekammer „nicht so viele Parteigenossen vorhanden waren, um alle Stellen nur mit Parteigenossen besetzen zu können“.<sup>31</sup>

Am inoffiziell geäußerten Widerspruch der Presseverantwortlichen der NSDAP scheiterte die Absicht, den Verlagsleiter der Kasseler Post zum Vorsitzenden einer „Arbeitsgemeinschaft der privateigenen Zeitungen“ im Reichsverband Deutscher Zeitungsverleger zu machen, obwohl er, motiviert durch seine Erfahrungen mit der örtlichen Parteizeitung, einer der Initiatoren zur Gründung dieser Organisation war.<sup>32</sup> Vorsitzender wurde, wenn auch wegen des Kriegsausbruchs nur kurzfristig, ein ihm nahestehender Kollege aus dem Ruhrgebiet, der nach seinem unternehmerischen Wechsel nach Kassel seit den 50er Jahren die Kasseler Tageszeitungen zu einem führenden Unternehmen vereinigte. Die Arbeitsgemeinschaft diente der Abwehr gegen Übergriffe der Gauverlage und den Kontakten zwischen den isolierten Privatverlegern. Sie sollte durch technisch-wirtschaftliche Organisation den inzwischen gewonnenen Vorsprung der Parteipresse aufholen.<sup>33</sup> Die Gründung einer solchen gegen die Interessen der Gauverlage gerichteten Organisation illustrierte, was auch lokal für die Kasseler Presseverhältnisse zu berücksichtigen ist. Sie war nur möglich wegen der Kompetenzkämpfe und Interessenkonflikte zwischen den verschiedenen Machträgern und Institutionen der Partei und des Staates, die mit Presse, Propaganda und Kultur ihre je eigenen Ziele verfolgten – Goebbels als Propagandaminister, Dietrich als Reichspressechef der NSDAP, Amann als Vorsitzender der Reichspressekammer im Propagandaministerium und zugleich als Reichsleiter für die Presse sowie als Leiter des Zentralverlages der NSDAP (NS-Pressetrust), Rienhardt als Stabsleiter und graue Eminenz Amanns, Göring als Verantwortlicher für die preußischen Theater, Rosenberg als Beauftragter für die weltanschauliche Schulung und Überwachung, Ley als Leiter der für die kulturelle Betreuung maßgeblich tätigen Deutschen Arbeitsfront, schließlich das Auswärtige Amt und das Oberkommando der Wehrmacht. Diese, Polykratie genannte, typische Eigenart des NS-Herrschaftssystems wurde auch von den Kasseler Verlegern und Journalisten

<sup>30</sup> Hale, a.a.O. (2), S. 218 ff. <sup>31</sup> Der Präsident der Reichspressekammer an Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, vom 22. Juli 1935, Bundesarchiv Koblenz R 55/97. <sup>32</sup> Nachlaß Batz. <sup>33</sup> Hale, a.a.O. (2), S. 268 ff., Presse in Fesseln, Berlin 1948, S. 160 ff.

genutzt, zumal sie sich auch auf örtlich-regionaler Ebene abbildete. Illustrieren mag dies ein Beispiel eines solchen parteiinternen Konfliktes im Gaupresseamt in Kassel. Hier veranlaßte Schlitzberger, der Gauamtsleiter der Presse und Verlagsleiter der Kurhessischen Landeszeitung, den mit ihm befreundeten Leiter des Presseamtes, Germand, den aus der Kasseler Post kommenden stellvertretenden Leiter des Gaupresseamtes und Pressereferates durch eine Person seines Vertrauens zu ersetzen. Aufgrund einer Gegenintrige, über die dem Reichspropagandaministerium vertraulich berichtet wurde, machte Gauleiter Weinrich diese Maßnahme rückgängig.<sup>34</sup> Die Vermutung ist naheliegend, daß der Verlagsleiter der Kurhessischen Landeszeitung in dieser von Kameraderie und persönlichen Rivalitäten geprägten Intrige einen Interessenvertreter der Kasseler Post ausschalten wollte.

So wie auf der übergeordneten Ebene die organisatorisch unterstützten Abwehraktionen der Verleger nicht offiziell als Illoyalität gegen die NSDAP ausgelegt wurden, so wurde dieser Vorwurf auch nicht offiziell gegen Verantwortliche des privaten Kasseler Pressewesens erhoben. Wie auch anderenorts ging es bei dem Konflikt zwischen der Kasseler Post und der Nazi-Presse in erster Linie um wirtschaftliche und Eigentumsinteressen und nicht um politischen Widerstand. Selbstverständlich spielte bei dem Griff der Nationalsozialisten nach den privaten Zeitungen nicht nur wirtschaftliche Begehrlichkeit eine Rolle, sondern die Erkenntnis, daß viele bürgerliche Verleger, so auch die der Kasseler Post, den Nationalsozialismus nur bedingt unterstützten oder innerlich ablehnten, zumal er sich schädlich auf den Absatz der Zeitungen ausgewirkt hatte. Ebenso machten sich die Nationalsozialisten über die Journalisten keine Illusionen, die jedoch, schon um ihre Arbeitsplätze zu halten, zu Sprachrohren des Nationalsozialismus wurden, aber mit wenig Initiative und Freude ihre Arbeit leisteten. Gemessen an dem, was sie schrieben, spielt es keine Rolle, ob sie der NSDAP angehörten oder nicht. Sogar Ressortleiter waren nicht immer Mitglieder der Partei. Die frühere Mitgliedschaft in verbotenen Organisationen, etwa in einer Freimaurerloge, schloß sie nicht automatisch von ihrem Beruf aus. Die Kasseler Neuesten Nachrichten vergaben insgeheim Aufträge an unter Schreibverbot stehende frühere sozialdemokratische Redakteure des Kasseler Volksblattes. Einer dieser ehemals sozialdemokratischen Redakteure erhielt von der Zeitung eine Monatspauschale, bis er eine Archivstelle der Henschel-Werke bekam.

Ein ehemaliger Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung war als Redakteur in den parteieigenen und im Gauverlag erstellten Kasseler Neuesten Nachrichten tätig. Er erhielt sogar aus der Hand des Gauleiters dessen „Kurhessischen Pressepreis“,<sup>35</sup> was allerdings mit seiner wohl auf demokratische oder „unbelastete“ Vergangenheit zurückzuführenden Betrauung mit dem Ernährungsamt der Stadt Kassel in den ersten Nachkriegsjahren kontrastiert. Ein ehemaliger sozialdemokratischer Stadtverordneter war sogar Lokalredakteur der Kurhessischen Landeszeitung und wurde vom Verlagsleiter der Nazizeitung gegen drohende Verfolgung geschützt, allerdings mit dem Preis der Abkommandierung zum Kriegsdienst. Auch die Kasseler Post vergab inoffiziell journalistische Aufträge an ehemalige Redakteure der republikanischen Presse und an konservative oder völkische Heimatschriftsteller, die vom Regime abgelehnt wurden oder als politisch untragbare Sektierer galten.

Obwohl die Journalisten nichts anderes als Handlanger des Regimes sein konnten, bestanden doch noch Möglichkeiten, die nationalsozialistische Durchdringung der Zeitungen zu begrenzen. Das geschah in der Kasseler Post und in den Kasseler Neuesten Nachrichten bis Kriegsbeginn, insbesondere im Lokal- und Regionalteil, der wegen seiner Materie nicht voll durchpolitisiert war. Die Versuche der privaten Verleger, weiterhin Einfluß auf das publizistische Konzept und die Inhalte ihrer Zeitungen zu nehmen, sind in der Regel weniger Ausdruck politischen Widerstandes als des Strebens nach Attraktivität ihrer Zeitung. Da das Reichsschriftleitergesetz eine direkte Einflußnahme verbot, versuchten beispielsweise die Verleger der Kasseler Post, dieses Ziel durch ihre Personalpolitik zu erreichen. So gelang es einem überzeugten Parteigänger des Nationalsozialismus nicht, trotz seiner unbestrittenen Fähigkeiten den Posten des Chefredakteurs der Kasseler Post zu erlangen. Vielmehr übertrug man ihm gezielt das außenpolitische Ressort, denn die außenpolitische Berichterstattung und Kommentierung unterlag am stärksten den zentralen Weisungen an Presse und Rundfunk. Aus außenpolitischen Rücksichten wurden die nazistischen Gehalte bis in die Kriegszeit hinein eher verschleiert als offengelegt. Noch im Kriege zog sich die Kasseler Post eine Rüge des Gauleiters zu, ihre unterhaltenen Bestandteile seien verglichen mit den politischen Nachrichten zu umfangreich.

<sup>34</sup> Luthe, Pressereferat im Reichspropagandaamt Kurhessen an Herrn Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda z. Hd. v. Herrn Oberregierungsrat v. Wilucki, vom 8. Juni 1942, BA R 55/1214. <sup>35</sup> Kasseler Post vom 23. 3. 1938.

## Konflikte der Kasseler Post mit der Nazizeitung und ihr Ende

Außer solchen taktischen Maßnahmen und inoffiziellen Kontakten, mit denen sie die Wirtschaftlichkeit und eigentumsrechtliche Selbständigkeit bzw. Existenz ihrer Zeitung sicherten, vermochten die Verleger der Kasseler Post in ihrem Konflikt mit der Kurhessischen Landeszeitung formell auch die Rückendeckung des Gesetzes und parteiamtlicher Verlautbarungen zu nutzen. Es handelte sich vor allem um eine von Amann erlassene Bestimmung der Reichspressekammer vom 13. Dezember 1933, welche die Bezieherwerbung im Pressewesen regelte. Danach mußten die Werber eine Konzession haben und durften bei Hausbesuchen keine Uniform tragen. Verboten war die Zwangswerbung unter Mitgliedern der Parteiorganisation. Ähnlich untersagte ein Rundschreiben von Heß „eine Zwangswerbung“ jeder Art für Blätter der NSDAP; denn es sei der „Wille des Führers, daß die nationalsozialistische Presse wegen ihrer Güte freiwillig von den Volksgenossen gelesen wird und diese nicht zum Bezug gepreßt werden“.<sup>36</sup> In einer verbindlich, aber eben nicht als parteiamtlicher Befehl formulierten Anordnung vom 7. Oktober 1936 „erwarte(te)“ Gauleiter Weinrich „von allen Politischen Leitern, die bisher die Gauzeitung nicht gelesen haben, eine sofortige Änderung ihres Verhaltens“.<sup>37</sup> Die Forderung, der „Parteizeitung die Treue zu halten“, besagte im Klartext, daß sogar NS-Funktionäre ihr Parteiorgan abbestellten. Formell verstieß der Gauleiter nicht gegen parteioffizielle Regelungen.

Andererseits gab er bei seinen öffentlichen Auftritten, wo er sich auf verbindlich klingende, aber nie strikt befolgte Stellungnahmen Hitlers bezog, die Argumente für ein Vorgehen gegen privateigene Zeitungen wie die Kasseler Post aus der Hand, wenn sie sich gegen seine Aktionen zur Wehr setzten. Es ist schwer zu entscheiden, ob Weinrich eine verlogene, der öffentlichen Beschwichtigung dienende Position einnahm, oder ob er sich unter dem Einfluß seiner Umgebung, insbesondere des Gauverlagsleiters, zwispältig verhielt. Denn Gauleiter Weinrich war eine schwache, zu konsequentem Handeln unfähige Persönlichkeit mit geringen intellektuellen Fähigkeiten, die sich hinter einer Mischung aus linkischer Jovialität und brutaler Großmäuligkeit<sup>38</sup> eines zur Macht gelangten kleinbürgerlichen „Underdog“ verbarg.

Der „Gauleiter als verständnisvoller Betreuer der Kurhessischen Presse“, wie die Kasseler Post nicht ohne Hinter-sinn bemerkte, erinnerte im Rahmen der Gaukulturwoche

1937 in seinen „grundlegenden Ausführungen“ daran, daß alles daran gesetzt worden sei, die Presse ohne drastische Maßnahmen zur Dienerin und Helferin des Staates zu machen. Genau diese Argumentation nahm die Kasseler Post immer wieder für sich in Anspruch und fügte gezielt in ihren Bericht ein: „Dankbar erkennen wir an, wenn der Gauleiter auch hier wieder betonte, daß für ihn in der Beurteilung der Pressearbeit immer nur die Leistung entscheidet, und daß in dieser Beziehung in Kurhessen heute vieles schon gut bestellt sei“.<sup>39</sup> Dieses Lob konnte die Kasseler Post wie alle größeren nordhessischen Zeitungen für sich in Anspruch nehmen, weil auch einer ihrer Redakteure den vom Gauleiter gestifteten Kurhessischen Pressepreis erhielt.<sup>40</sup>

Gemessen an seiner von der Kasseler Post zitierten Aussage, „die Bereinigungsaktion im deutschen Pressewesen sei abgeschlossen – es gäbe keine Sonderrechte, sondern allein die Leistung sei ausschlaggebend“,<sup>41</sup> konnte der Gauleiter offiziell nichts gegen die Kasseler Post unternehmen, als er sich kurz darauf von der Verlagsleitung öffentlich provoziert sehen mußte. Für die Zeit vom 15. Juli bis 1. September 1938 hatte er alle Parteiorganisationen „erstmalig zu einer großen Propagandaaktion“ für die Kurhessische Landeszeitung verpflichtet, die in Zusammenarbeit mit dem Gauverlag „jedes Haus erfassen“ sollte. Um nicht formell gegen den immer wieder verkündeten, aber nur taktisch gemeinten pressepolitischen Standpunkt der Partei zu verstoßen, hieß es in der Anweisung, „diese Propaganda solle nicht dem Zwecke dienen, Direktbezieher für die Kurhessische Landeszeitung zu werben, sondern solle die Bevölkerung über die Bedeutung der Gauzeitung und die Notwendigkeit ihres Bezugs aufklären“.<sup>42</sup> Selbstverständlich bedeutete das direkte Werbung und Einschüchterung mit den Mitteln der Partei, zumal „jede Gelegenheit für mündliche“ Werbung wahrgenommen werden sollte. Wenn es dann hieß, „daß der Bezug der Parteizeitung zu den selbstverständlichen Pflichten, vor allem der Parteigenossen gehört“, so wurde nicht einmal der Schein gewahrt. Zahlreiche Bezieher der noch privateigenen Zeitungen Nordhessens, vor allem der Kasseler Post als der größten, wechselten unter dem Eindruck der Aktion zu der Nazizeitung über. In dieser Situation entschloß sich die Verlagsleitung der Kasseler Post, die Plakatwerbung mit dem von Gauleiter Weinrich angeblich selbst geprägten Werbeslogan „Alles liest die K.L.Z.“ mit zwei Meter

<sup>36</sup> Wortlaut bei Hale, a.a.O. (2), S. 111. <sup>37</sup> Kurhessische Landeszeitung vom 7. 10. 1936. Auch in: Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933-1945, Fuldabrück 1984, S. 99. <sup>38</sup> Z.B. Herhören Spießler. Von Gauleiter Weinrich, Mitglied des Landtags, in: Hessische Volkswacht vom 16. 5. 1933; auch in: Volksgemeinschaft, a.a.O. (37), S. 55. <sup>39</sup> Kasseler Post vom 1. 11. 1937. <sup>40</sup> Schriftleiter H. Mentzel, ab 1939 Kurhessische Landeszeitung. <sup>41</sup> Kasseler Post vom 23. 3. 1938. <sup>42</sup> NSDAP Gau Kurhessen. Kreisleitung Waldeck, Rundschreiben vom 23. 6. 1938. Nachlaß Batz.

hohen Plakaten zu kontern. Ihren unter diesen Umständen provokativen Text „Man liest doch die Kasseler Post“ ließ der Verlagsleiter der Kurhessischen Landeszeitung, Schlitzberger, nachts mit dem Aufkleber „nicht“ versehen, worauf der Verleger der Kasseler Post mit einer Anzeige bei der Kriminalpolizei reagierte. Eine Aufklärung erfolgte nicht. Schlitzberger konnte sich mit seinem Vorstoß beim Hauptverwaltungsamt der Presse, die Kasseler Post habe sich öffentlich gegen eine Parole des Gauleiters gewandt und damit das Ansehen der Presse in Kurhessen schwer geschädigt, nicht voll durchsetzen. Allenfalls verschärfte sich die Politik der Nadelstiche gegen die bürgerliche Zeitung, die vor allem bei der Papierzuteilung benachteiligt wurde. Die kriegsbedingten Einschränkungen erleichterten die Rechtfertigung dieser zusätzlichen Benachteiligungen. Ähnlich verfuhr die amtlichen Stellen bei der Zuweisung von Arbeitskräften.

Aus diesen Gründen, insbesondere im Zuge der kriegswirtschaftlich verordneten Seitenverminderungen, ging der ohnehin geringere Umfang der Kasseler Post stärker zurück als der der Kurhessischen Landeszeitung. Infolgedessen verfügte sie über weniger Raum für Informationen, d.h. ihr publizistisches Angebot war rein quantitativ schlechter. Gleichwohl setzte 1942 ein Zuwachs an Abonnenten ein. Aus diesem Grunde lag es nahe, daß die Nationalsozialisten eine im Zuge der Maßnahmen zum totalen Krieg erlassene Verfügung des Reichspresseamtes vom 18. 2. 1943 nutzten, um die Kasseler Post an sich zu bringen oder gänzlich auszuschalten. Da eine der drei Kasseler Zeitungen eingestellt werden mußte,<sup>43</sup> war der Vorschlag des Verlages der Kasseler Post ohnehin unrealistisch, die Nationalsozialisten sollten zugunsten der einzigen noch privateigenen Zeitung auf die Kasseler Neuesten Nachrichten ohne Gegenleistung verzichten. Die Kasseler Post stand vor folgender Alternative: Erstens Bildung einer gemeinsamen Verlagsgesellschaft mit den Kasseler Neuesten Nachrichten, die dann eingestellt werden sollten, jedoch mit dem Preis, daß der zentrale NS-Konzern die Hälfte des Anteils an diesem Verlag übernahm. Dieser Vorschlag des „Verwaltungsamtes des Reichsleiters für die Presse der NSDAP“ war vergleichsweise günstig, wie dessen Leiter dem Verleger der Kasseler Post gegenüber betonte, „da im allgemeinen eine Beteiligung unter 51% nicht angeboten“ würde.<sup>44</sup> Jedoch konnte dieses Angebot ebensowenig beeindrucken wie der Hinweis, daß die Gesellschafterrechte an den zentralen Parteiverlag übertragen würden, „um eine direkte Abhängigkeit vom Gauver-

lag zu vermeiden“. Dies wäre sogar eine elegante Lösung gewesen, im Interesse des NS-Zentralverlages den Gauverlag ohne Desavouierung des Gauleiters zu übergehen. Die Verleger lehnten diesen Vorschlag ab, weil sie aus Erfahrung wußten, daß es sich um das übliche Verfahren handelte, völlig legal private Zeitungen unter die eigentumsrechtliche Verfügung des NS-Presstrusts zu bringen und die bisherigen Inhaber gegen eine geringfügige Abfindung aus ihrem Unternehmen herauszudrängen. Daran hätte auch die als Entgegenkommen angegebene Halbierung der Verlagsrechte nichts geändert, weil der NS-Presstrust auch unter dieser Voraussetzung jegliche eigenständige Aktivität der Verleger blockieren und sie sich dann gefügig machen konnte. Eine Annahme des Vorschlags hätte bedeutet, daß der NS-Presstrust ohne größere Gegenleistung die Hälfte des Verlages der Kasseler Post und damit auch ihrer Einnahmen übernommen hätte. Seitens der Kasseler Neuesten Nachrichten war nämlich kein Äquivalent zu erwarten, weil ihr technischer Betrieb bereits von dem Gauverlag mitbetreut wurde und dieser klarstellte, selbstverständlich würden bei einer Einstellung der Kasseler Neuesten Nachrichten deren Leser mit der Kurhessischen Landeszeitung beliefert werden.

Daher blieb der Kasseler Post überhaupt nichts anderes übrig, als der zweiten, vom Gauverlag betriebenen Lösung zuzustimmen, nämlich ihrer Vereinigung mit der Kurhessischen Landeszeitung auf der Grundlage eines für die Kriegszeit geltenden Pachtvertrages. Gleichwohl handelte die Kasseler Post schließlich eine vergleichsweise günstige Lösung aus. Sie erreichte, daß kein Pachtvertrag, sondern ein gegenseitiger Vertrag beider Zeitungen abgeschlossen wurde, in dem „die Kasseler Post eine Unterlassungspflicht, nämlich das Unterlassen ihrer Herausgabe, die Kurhessische Landeszeitung eine Zahlungspflicht“ übernahm. Die Zahlungen betragen 0,85 RM pro Monatsstück, bezogen auf eine Auflage von 26.000 Exemplaren, obwohl die Auflage der Kasseler Post zu diesem Zeitpunkt nur 17.000 bis 19.000 Stück betrug und die Anzeigeneinnahmen nur noch gering waren. Die Kurhessische Landeszeitung akzeptierte die Berechnungen des langjährigen Wirtschaftsprüfers der Kasseler Post und zahlte ihr vom 1. April 1943 an monatlich 20.835,-Mark für die Aufgabe des Verlagsrechtes und 5.416,-Mark für die Überlassung des Zeitungsbetriebes. Außerdem konnte der Verleger der Kasseler Post trotz erheblicher Widerstände der zentralen nationalsozialistischen Leitungsorgane erreichen, daß der Verlag, anders als in gleichartigen Fällen, seine Akzidenzdruckerei fortführen konnte.

<sup>43</sup> Rienhardt, Reichspressestelle, Papierwirtschaftskammer, an den Verlag der „Kasseler Post“ vom 16. 2. 1942. Nachlaß Batz. <sup>44</sup> Über den gesamten Vorgang informiert eine umfangreiche Aktennotiz von Dr. Wilhelm Batz vom 18. 5. 1943. Hieraus die folgenden Belege und Zitate. Nachlaß Batz.

Die Rolle des Gauleiters in diesem Vorgang ist unklar. Er versuchte, sich trotz schriftlicher Appelle seitens der Kasseler Post<sup>45</sup> aus den Verhandlungen herauszuhalten und ließ sich erst auf eine Besprechung mit dem Verleger ein, als klar war, daß dieser nur noch die Wahl eines Vertragsabschlusses mit der Kurhessischen Landeszeitung hatte. Es ist nicht zu klären, inwieweit es Gauleiter Weinrich ernst damit war, er sei grundsätzlich für den Erhalt der Kasseler Post bzw. von drei Tageszeitungen in Kassel. Weinrich versicherte dem Verleger der Kasseler Post, schon aus diesem Grunde sei er gegen einen Verkauf, sondern für die Verpachtung auf Kriegsdauer. Gegen das Argument, die Wiederherausgabe einer einmal eingestellten Zeitung sei unerhört schwierig, setzte er das Versprechen, „daß er alles tun würde, um der Kasseler Post nach Kriegsende das Wiedererscheinen zu ermöglichen“. Gemessen an den Erfahrungen mit dem Raubzug der Nazis gegen die private Presse wäre auch bei einem anderen Kriegsausgang dieser Fall wohl nie eingetreten. Außerdem war Weinrichs Stellung im Herrschaftsgefüge von Partei und Staat zu diesem Zeitpunkt bereits sehr geschwächt, was unter anderem eine Erklärung für seine Zurückhaltung in diesem Vorgang sein könnte. Er war der einzige Gauleiter, den man mit dem Vorwurf der Unfähigkeit abgesetzt hatte – ein Vorwurf, der zweifellos zutrifft und seine unklare Haltung in den Kasseler Pressefragen miterklärt. Bezeichnend war, daß der Leiter des Verwaltungsamtes, der keinen besonderen Parteirang bekleidete und erst 1937 der NSDAP beigetreten war, erklärte, die Kasseler Post werde ihre Selbständigkeit auch dann verlieren, wenn sie den Gauleiter für ihren Fortbestand gewinnen könnte.

Vom 1. April 1943 an erschien die Kurhessische Landeszeitung mit dem Untertitel: „Auf Kriegsdauer vereint mit der Kasseler Post“. Als bei dem großen Angriff auf Kassel am 22. Oktober 1943 die Anlagen der NS-Presse gänzlich zerstört wurden, pachtete der Gauverlag zwangsweise die noch intakt gebliebenen Verlags- und Druckeinrichtungen der Kasseler Post.<sup>46</sup> Die Kurhessische Landeszeitung erschien bis zu ihrer Einstellung kurz vor Kriegsende mit dem zusätzlichen Untertitel: „Gemeinsame Notausgabe

mit den Kasseler Neuesten Nachrichten“. Satz und Druck erfolgten nach weiteren Zerstörungen zuletzt in Göttingen.

Zusammenfassend stellt sich das Vorgehen der Nazis gegen die Kasseler Post folgendermaßen dar: Mit unlauteren, politisch unterstützten Mitteln sollten geschäftliche Vorteile erlangt und die Konkurrenten geschwächt werden. Wäre dies in noch höherem Maße gelungen, hätte die Kasseler Post bereits vor ihrer erzwungenen Einstellung nicht überleben können. Gegen ein auf diesem Wege herbeigeführtes Ende der Zeitung hätten die Nationalsozialisten trotz aller gegenteiligen Beteuerungen nichts einzuwenden gehabt. Aber direkt haben sie dieses Ziel nicht verfolgt. Insbesondere vermieden sie geräuschvolle, im Rahmen des NS-Systems nicht legitimierbare Aktionen. Die relativ starke Stellung der Kasseler Post vor Kriegsbeginn veranschaulicht der wegen des Widerstandes der parteieigenen Kasseler Neuesten Nachrichten nicht realisierte Vorschlag des Verwaltungsamtes, die parteieigene Zeitung einzustellen, wenn die Kasseler Post an ihrer Stelle als Nachmittagszeitung erscheinen würde. Da die Nationalsozialisten die Kasseler Post zu diesem Zeitpunkt nicht ohne weiteres beseitigen oder aufkaufen konnten, jedoch die aus wirtschaftlichen Gründen publizistisch überbesetzten Presseverhältnisse auch für die Presse der Nazis nicht zufriedenstellend sein konnten, schlug man einen Weg ein, der eben nicht zu gängigen Vorstellungen über die NS-Diktatur paßt. Nach Meinung des Gauleiters brachte eine Zeitung wie die Kasseler Post – schon infolge der Gleichschaltung und Presselenkung – die publizistischen Absichten der Nationalsozialisten auch zu solchen Lesern, die auf einen Bezug anderer Zeitungen verzichtet hätten. Schließlich konnte die Kasseler Post, was auch in den Verhandlungen über ihre Einstellung geschah, immer daran erinnern, daß sie „ausgewiesenermaßen als erste im Gau gegen Rotfront und Bolschewismus aufgetreten sei und dabei ihren Mann gestanden habe“.<sup>47</sup> Auch das stärkte, noch mehr als vor der Herrschaft des Nationalsozialismus, ihre Position bei vielen ihrer Leser.

## Die Presse als Helfer, Instrument und Opfer der „Machtübernahme“

### Nachrichten und Kommentare zur Machtübernahme

Nicht Tragik, aber gleichsam Ironie der Geschichte war es, wenn eine Zeitung wie die Kasseler Post das Opfer einer Entwicklung wurde, deren politische Voraussetzungen sie

mitherbeigeführt und deren Anfänge sie uneingeschränkt bejaht hatte. Zu den Voraussetzungen für den Aufstieg und den schließlichen Erfolg der Nationalsozialisten ge-

<sup>45</sup> Dr. Batz an Gauleiter Weinrich vom 5. 3. 1943. Nachlaß Batz. <sup>46</sup> Protokoll vom 25. 11. 1943. Nachlaß Batz. <sup>47</sup> Siehe Anm. 44.

hörte die politische Meinungsbildung der „nationalen“ Presse, ein von Zeitungen wie der Kasseler Post gefördertes politisches Klima. Auf die parlamentarische Demokratie setzte in der Endphase der Weimarer Republik die gesamte bürgerliche Presse Kassels keine Hoffnungen. Sogar das republikanisch-liberale Kasseler Tageblatt befürwortete die autoritär-staatliche Lösung der politischen Krise der Weimarer Republik. Ähnlich argumentierten in ihren Kommentaren die Kasseler Neuesten Nachrichten, die jedoch den Vielparteienstaat nicht grundsätzlich verwarfen. Hingegen machte bereits zu diesem Zeitpunkt die Kasseler Post sich für jenes politische Konzept stark, das der Regierungsbildung vom 30. Januar 1933 zugrunde lag. Die Kasseler Post unterschied sich lediglich durch ihr aktives Eintreten für die neue Regierung vor und nach der Regierungsbildung und durch die Rechtfertigung ihrer Maßnahmen von den anderen bürgerlichen Zeitungen Kassels einschließlich dem zur Zentrumspresse gehörenden Hessischen Kurier. Die bürgerliche Presse Kassels verhielt sich so wie viele, die nicht Anhänger des Nationalsozialismus waren. Sie äußerte im Widerspruch zu ihren bisherigen Erfahrungen mit den Nationalsozialisten und trotz deren Drohungen, was sie mit ihren politischen Gegnern, mit dem Weimarer „System“ und dessen Repräsentanten tun würden, zunächst keine Befürchtungen über die eventuelle Gefahr nationalsozialistischer Alleinherrschaft, des Terrors und der Zerstörung des Rechtsstaates. Man schien frühere Aussprüche Roland Freislers im Kasseler Stadtparlament,<sup>48</sup> wenn die Nationalsozialisten an die Macht kämen, würden Köpfe rollen, und Ankündigungen jener Art nicht ernst zu nehmen, wie man sie schon vor der Machtübernahme unter der Schlagzeile „Auge um Auge – Zahn um Zahn. Die rote Mordpest gehört beseitigt“ in der Hessischen Volkswacht lesen konnte. Dort hieß es, durch fette Schrifttype ausdrücklich hervorgehoben, der spätere Reichsjugendführer Baldur von Schirach habe geäußert, „wenn unter einer nationalsozialistischen Regierung ein Hitlerjunge erschlagen werden sollte, so würden am nächsten Tage 50 Kommunisten an den Laternen hängen“.<sup>49</sup> Lediglich die kommunistische Neue Arbeiterzeitung reagierte auf diesen Beitrag. Sie bestätigte jedoch zugleich mit der Androhung von Gegenterror die vor allem im Bürgertum weitverbreitete Kommunistenfurcht, wenn sie argumentierte: „Dennoch sind wir dem Naziblättchen für diese offene Enthüllung aufrichtig dankbar, wissen wir doch, daß, wenn in den nächsten Tagen und Wochen ein Kasseler Arbeiter sich im Blute wälzt, irgendein Büro

der Arbeiterbewegung demoliert wird, wo die wirklichen Verantwortlichen für diese Arbeitermorde zu holen sind. Diese sitzen in den Büros der Gauleitung der NSDAP, in den Büros der Redaktion der „Hessischen Volkswacht“.<sup>50</sup> Die Tatsache, daß die Sozialdemokratie keine vergleichbaren Reaktionen zeigte, war den Kommunisten ein weiteres Indiz für die angebliche „Anbiederung“ der sozialdemokratischen „Führer an den Faschismus“, mit dem sie den Aufruf zum Eintritt aller Arbeiter in die „Antifaschistische Aktion“ begründeten. Zwar hatte das Kasseler Volksblatt die bürgerliche Presse, beispielsweise die Hersfelder Zeitung,<sup>51</sup> getadelt, sie schweige zu den sich bereits vor der Machtübernahme steigenden Terrorakten der Nationalsozialisten, über die die SPD-Zeitung in fast jeder Ausgabe berichtete. Aber das Volksblatt erkannte, nur aus anderen Gründen, ebensowenig wie die kommunistische Zeitung nicht das Ausmaß der Gefahr, die ihm und der Arbeiterbewegung handgreiflich drohte. Das Kasseler Volksblatt machte nur eine scharfe Kampfansage und äußerte heftige Kritik an der Bildung und an der Zusammensetzung der neuen Regierung, wobei jedoch die Bündnispartner Hitlers nicht besser wegkamen als die Nationalsozialisten. Täuschte sich doch die sozialdemokratische Führung über die Situation, indem sie sich zum einen mit dem Gedanken an eine längere Reaktionsperiode vertraut machte, zugleich aber geneigt war, diese Zeit als eine vorübergehende Episode zu bagatellisieren, aus der die Sozialdemokratie wie aus der Zeit des Sozialistengesetzes letzten Endes gestärkt hervorgehen würde. Der Tenor der kommunistischen „Neuen Arbeiterzeitung“ war jener der KPD-Spitze, die zwar mit Terror und Verfolgung rechnete, aber trotz der Ansätze zu einer Einheitsfront der Arbeiterparteien die SPD-Führung weiterhin als Hauptgegner bezeichnete.

Die häufig geäußerte Annahme, man habe in den bürgerlichen Zeitungshäusern wie in weiten Teilen des Bürgertums die Ankündigungen der Nationalsozialisten nicht ernst genommen und als Verbalradikalismus angesehen, kann nur bis zu einem gewissen Grade überzeugen. Denn der offene Terror gegen die Kommunisten und ihre Presse setzte sogleich ein. Wenn auch die Kommunisten sich zunächst nicht mit der Rolle des Opfers begnügten und vor allem in der Kasseler Altstadt ihre Positionen handgreiflich verteidigten, so hätte eine wahrheitsgemäße Berichterstattung doch zumindest die Gewalttätigkeiten beider Seiten registrieren müssen. Die allgemeine und die lokale Berichterstattung der bürgerlichen Presse Kassels sprach

<sup>48</sup> Protokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 11. 7. 1932, in: Volksgemeinschaft und Volksfeinde, a.a.O. (37), S. 54. <sup>49</sup> Hessische Volkswacht vom 9. 1. 1933. <sup>50</sup> Neue Arbeiterzeitung vom 12. 1. 1933. <sup>51</sup> Kasseler Volksblatt vom 10. 1. 1933.

jedoch nur von kommunistischen und nicht von nationalsozialistischen Handgreiflichkeiten als Gewalttaten bzw. sie ließ offen, wer der Angreifer war, wenn die Nationalsozialisten Auseinandersetzungen eingeleitet hatten. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Provokationen und Überfälle der Nationalsozialisten, die von den Kommunisten nach Lage der Dinge nur mit gewaltsamen Mitteln abgewehrt werden konnten. Auch dann, wenn Kommunisten Opfer von Gewaltakten waren, wurden sie als Täter hingestellt. Es handelte sich um keine Unterschätzung der Nationalsozialisten, sondern um eine von keiner rechtsstaatlichen Sensibilität getrübe Parteinahme. Hinzu kam, daß die bürgerliche Presse für sich und die politischen Kräfte des Bürgertums keine terroristische Gefahr befürchtete, wenn sie sich nicht direkt mit den Nationalsozialisten anlegen würde. Das Schreckbild einer „kommunistischen Bedrohung“ wog stärker. Man ging noch davon aus, daß die Nationalsozialisten nach Bereinigung der in den Präsidialkabinetten kulminierenden hoffnungslosen politisch-wirtschaftlichen Lage zur Normalität zurückkehren oder in eine ihnen gemäß politische Rolle zurückverwiesen würden.

Alle drei bürgerlichen Zeitungen Kassels deuteten nicht einmal die Gefahr einer nationalsozialistischen Diktatur an, sondern ihre Berichterstattung und ihre Kommentare zur Machtübernahme Hitlers gaben dieser zunächst den Anschein des Normalen. Das läßt sich nicht mit der späteren Selbstrechtfertigung der Presse vereinbaren, sie habe nicht frei ihre Meinung äußern können. Was die Nationalsozialisten wirklich beabsichtigten, gab die Hessische Volkswacht in ihrem Jubel über den „großen geschichtlichen Vorgang“, was er gemessen am Folgenden tatsächlich war, klar zu erkennen. Es handele sich um ein „historisches Ereignis“, weil eben kein „üblicher Kanzlerwechsel“, sondern ein Wechsel zu einer längeren Periode nationalsozialistischer Herrschaft stattgefunden habe,<sup>52</sup> so wie es Hitler für jeden hörbar verkündet hatte und dies nur zur Beruhigung seiner politischen Steigbügelhalter in der aktuellen Situation unterließ. Alle drei bürgerlichen Zeitungen Kassels setzten sich mit diesem Ziel der Nationalso-

zialisten und mit seiner eventuellen Verwirklichung nicht auseinander. Der Grundtenor war, wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, bei der Kasseler Post und dem Hessischen Kurier der gleiche. Die Kasseler Post begriff die Kanzlerschaft Hitlers als Sieg der Harzburger Front und somit auch als umwälzenden politischen Machtgewinn der konservativ-nationalistischen Kräfte. Diese Fehlkalkulation mußte sie bald bitter bereuen, als sie in ihrem Existenzkampf gegen die Nazipresse es noch nach der vollen Gleichschaltung wagte, sich darüber zu beklagen, „man könne es nicht recht verstehen“, wenn trotz des Entstehens der nationalen Einheitsfront der ganzen deutschen Presse noch hier und da versucht werde, einen Teil der nationalen Presse als nicht vollwertig zu diffamieren, zumal wenn solche Versuche auf reine Konkurrenzmanöver zurückzuführen seien.“<sup>53</sup> Als Organ des politischen Katholizismus beurteilte auch der Hessische Kurier die Machtübernahme Hitlers ähnlich wie die Kasseler Post. Er wandte sich nicht prinzipiell gegen die Kanzlerschaft Hitlers, weil nach Auffassung des Zentrums die Nationalsozialisten schon längst in die Verantwortung gebracht werden sollten, die Konservativ-Nationalen dies jedoch erst verhindert und dann die Regierungsbildung unter gezielter „Ausschaltung“ des Zentrums zum Schaden des von ihm vertretenen Sammlungsgedankens betrieben hätten, was „gewissen Anzeichen“ nach nicht im Sinne der von der Schnelligkeit des Vorgangs überraschten nationalsozialistischen Führer gelegen habe.<sup>54</sup> Was die Kasseler Post nicht aussprach, weil sie sich in den Sieg des „nationalen Deutschland“ einbezog und an die geschlossene Einheit tatsächlich glaubte oder den Eindruck nicht trüben wollte, war für den Hessischen Kurier der wichtigste politische Aspekt. Er sah, was jedoch nur für den Vorgang der Regierungsbildung zutraf, in den konservativ-nationalen Kräften und in den mit ihnen verbundenen Einflußgruppen die entscheidenden Akteure. Ähnlich urteilte sogar das sozialdemokratische Kasseler Volksblatt, indem es die Kreise um Hugenberg und die Großindustrie als die eigentlichen Gewinner der Regierungsbildung ansah.

## Preisgabe der eigenen Freiheit

Entscheidendes Kriterium für die Beurteilung des Verhaltens der Presse zur Machtübernahme ist, ob sie Gefahren für den Rechtsstaat befürchtete. Denn die Wahrung der Freiheitsrechte mußte im ureigensten Interesse einer freien Presse liegen. Das Kasseler Volksblatt und bald

auch der Hessische Kurier äußerten sich durchaus skeptisch, wobei der Hessische Kurier glaubte, Hugenberg an die Treue zur Verfassung erinnern zu müssen. Hierbei war er an die falsche Adresse geraten, denn in ihrer Verblendung, die ihnen bald teuer zu stehen kam, befürworteten

<sup>52</sup> Hessische Volkswacht vom 31. 1. 1933. <sup>53</sup> Kasseler Post vom 3. 12. 1933. <sup>54</sup> Hessischer Kurier vom 31. 1. 1933.

die „nationalen“ Kräfte die Zerstörung des Rechtsstaates, weil sie damit tiefgreifende Änderungen im wirtschaftlichen und sozialen System, die Ausschaltung der Parteien der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften, der bürgerlichen Demokraten und ihrer Presse erzwingen wollten, und dabei glaubten, dieser stufenweise ablaufende Prozeß richte sich nicht gegen sie selbst. Ehe sie sich nicht selbst bedroht fühlten, standen sie voll und ganz hinter den Maßnahmen der Nationalsozialisten, und zwar freiwillig, ohne äußeren Zwang und aus innerster Überzeugung, wie es für die Kasseler Post gezeigt werden kann. Bereits in ihren Vorinformationen zur geplanten Notverordnung vom 6. Februar 1933, mit der die Pressefreiheit u.a. schon wegen einer einjährigen Verbotsfrist für Zeitungen wesentlich eingeschränkt wurde, stellte sich die Kasseler Post voll hinter die zu erwartenden „Maßnahmen“ gegen „Pressehetze“ zur „Wahrung der Staatsautorität“.<sup>55</sup> Der Leser konnte nur schließen, daß zur „sachlich eingestellten Presse“ nur jene Zeitungen gehörten, die sich nicht gegen die neue Regierung wandten, sondern wie die Kasseler Post sie möglichst unterstützten.

Wer die Notverordnung zu fürchten hatte, und gegen wen sie gerichtet war, gab die Kasseler Post auch in ihren sonstigen Berichten und Kommentaren klar zu verstehen: nämlich „diese beiden, Kommunisten und Sozialdemokraten, vom gleichen Geiste und gleichen Blute“. Darüber hinaus drohte jedem, auch den bürgerlichen Kräften, die sich nicht an die „Seite des nationalen Deutschland“ stellten, antikommunistisch legitimierte Unterdrückung. Denn wer wie das „Zentrum ... jetzt nicht offen für das nationale Deutschland war, konnte nur wider es sein und stand damit auf dem gleichen Boden wie die Sozialdemokratie und die Kommunisten“.<sup>56</sup> Auf diese Weise entzog die Kasseler Post jeder Opposition und jeder Kritik, zugleich aber auch sich selbst, die rechtlichen und politischen Grundlagen. Laut Überschrift eines Kommentars vom 5. 2. 1933 stand die neue Entwicklung erst „am Anfang“. Nachdem bereits in der ersten „deutschen Schicksalswoche deutsches Schicksal, deutsche Geschichte gestaltet worden“ sei, gelte es, die „Widerstände zu überwinden, die sich jetzt noch dem nationalen Auftrieb entgegenstellen möchten“ bei der „Wegräumung des marxistischen Trümmerhaufens“, der seit 1918 entstanden sei. Da der heftigste Widerstand von den Kommunisten zu erwarten gewesen sei, sei es auch ein Gebot für die staatlichen Organe gewesen, „so rasch wie irgend möglich zuzufassen“. Es spricht für sich, wenn die Kasseler Post bereits vor Erlaß der Notverordnung eine derartige Position bezog. Auch

danach bestand weder presserechtlich noch wegen zu befürchtenden terroristischen Drucks zunächst keine Notwendigkeit oder gar ein Zwang, die neue Regierung und ihre Maßnahmen einschließlich des anlaufenden Terrors zu unterstützen. Die Kasseler Neuesten Nachrichten beschränkten sich im Vergleich dazu auf eine knappe, neutral gehaltene Berichterstattung ohne Kommentar. Sie paßten sich während der nächsten Wochen an die sich verschärfende Situation schrittweise an, indem sie Stellungnahmen auswichen und bei der Vermittlung von Nachrichten alles vermieden, was die neuen Machthaber herausgefordert hätte. Selbstverständlich schloß auch bei dieser bürgerlichen Zeitung die politische Neutralität den Antikommunismus nicht aus und sie berichtete einseitig über die Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Kassel. Wenn die Kasseler Neuesten Nachrichten eine Stellungnahme zu den presserechtlichen Einschränkungen der Notverordnung vom 6. Februar 1933 vermissen lassen, so befanden sie sich im Einklang mit all jenen, die an eine normale Fortschreibung der Praxis der vorangegangenen Präsidialkabinette glaubten. In der Tat handelte es sich bei den presserechtlichen Bestimmungen um die weitgehende Übernahme einer vom Kabinett Schleicher bereits erarbeiteten Schubladenverordnung, die jedoch – und das macht den Unterschied – auch gegen die Nationalsozialisten gerichtet war.<sup>57</sup>

Die Einschränkung der Pressefreiheit hatte bereits unter Brüning begonnen. Sie richtete sich vornehmlich gegen die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Unter dem Brüning folgenden Kanzler von Papen, der sich ausschließlich auf das Vertrauen und die Notverordnungen des Reichspräsidenten von Hindenburg stützen konnte, verlagerte sich die Stoßrichtung der Verbote auf die einzige noch vergleichsweise starke republikanische Kraft in der Presse: die Sozialdemokratie. Das sozialdemokratische „Kasseler Volksblatt“ machte mit der neuen Verbotspraxis die gleichen Erfahrungen wie zuvor bereits der „Vorwärts“ und andere Zeitungen der Sozialdemokratie. Der neue Oberpräsident von Hülßen, der den nach Papens Staatsstreich in Preußen beurlaubten Sozialdemokraten August Haas abgelöst hatte, verbot das Erscheinen des Kasseler Volksblattes vom 15. bis 18. Oktober 1932. Er bezog sich dabei auf einen Bericht des Volksblattes vom 13. 10. 1932 über die Rede des Reichskanzlers von Papen vor Vertretern der bayerischen Wirtschaft in München.<sup>58</sup> Weitere Verbote erfolgten bis zum Machtantritt Hitlers nicht, weil das Volksblatt wegen der drohenden Verbote sich in seinen politischen Aussagen zurückhielt. Bereits

<sup>55</sup> Kasseler Post vom 4. 2. 1933. <sup>56</sup> Kasseler Post vom 5. 2. 1933. <sup>57</sup> Vgl. Kurt Koszyk: Das Ende der Pressefreiheit nach dem Reichstagsbrand in: Publizistik Jg. 5, 1960, S. 307. <sup>58</sup> Kasseler Volksblatt vom 15. 10. 1932.

am 3. Februar 1933 erfolgte ein dreitägiges Verbot des Vorwärts, das sich eben nicht auf nationalsozialistische Notverordnungen, sondern auf den § 6 der „Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens“ vom 19. Dezember 1932 stützte. Das Kasseler Volksblatt reagierte auf die neue Notverordnung der Nationalsozialisten mit der Taktik, noch mehr als bereits vor dem Machtantritt Hitlers drohenden Verboten durch Zurückhaltung zu begegnen: „Wir werden uns bemühen, uns nicht in den Maschen dieser Notverordnungen zu verfangen“. Diese Aussage war in der Ausgabe vom 24. Februar 1933 in dem ersten Leitartikel nach dem vom 17. bis 23. Februar erfolgten Verbot des Kasseler Volksblattes zu finden. Zu diesem Verbot hatte die Berichterstattung über die Terrorüberfälle der Nationalsozialisten auf ihre Gegner in Eisleben geführt. Es entsprach der generellen sozialdemokratischen Taktik, dem Druck drohender staatlicher Maßnahmen auszuweichen. Retten konnte sich damit weder die Partei noch ihre Presse, weil ihre Vernichtung beschlossene Sache war. Die Zurückhaltung des Kasseler Volksblattes widerlegt die von der Kasseler Post mitgetragene Behauptung, die Maßnahmen richteten sich gegen eine unsachliche Presse und eine die Staatsautorität gefährdende Hetze. Vielmehr identifizierte sich die Kasseler Post voll mit dem Ziel, jegliche publizistische Opposition, letztlich jegliche wahrheitsgemäße Berichterstattung mundtot zu machen.

Entsprechend der Überschrift ihres Kommentars vom 19. Februar 1933 rechnete die Kasseler Post die Presseverbote ausdrücklich zu den „Aufräumarbeiten“. Denn „daß sich in diesem Kampfe die Verbote der Linkspresse häufen mußten“, war nach Ansicht der Kasseler Post „von dem Augenblick an unvermeidlich, in dem diese Presse, wie es ihrer wahren Natur entsprach, statt mit sachlichen Gründen zu überzeugen, mit unsachlicher, wilder Hetze das nationale Deutschland bekämpfte“ – konkret: wie über den nationalsozialistischen Terror berichtet wurde. Zweifellos waren der Redaktion aufgrund eigener Informationen die sich häufenden Beispiele nationalsozialistischen Terrors bekannt, rechtfertigte man doch damit nach dem Ende der NS-Diktatur die Selbstgleichschaltung. Über den nationalsozialistischen Terror berichtete nicht nur die sogenannte Linkspresse, sondern auch bürgerliche Zeitungen wie der Hessische Kurier, ohne die Terrorakte zu beschönigen oder mit positivem Vorzeichen versehen als notwendige Abwehr gegen Umsturzversuche hinzustellen. Es bestand noch kein zwingender Grund, ausdrücklich die Position der neuen Regierung einzunehmen, die solche Berichte als Pressehetze qualifizierte und so die Zeitungsverbote begründete. Ebenso wenig bestand ein zwingender Grund, in ausführlichen Kommentaren die Einschränkungen der Pressefreiheit und damit eines ureigen-

sten Rechts der Presse zu rechtfertigen. Zu diesem Zeitpunkt konnte sich eine Zeitung noch einer Stellungnahme enthalten, ohne staatliche Sanktionen oder den Terror der Straße befürchten zu müssen, zumal wenn sie wegen ihrer traditionellen politischen Grundhaltung zur bürgerlich-nationalistischen Rechten und damit zum Regierungslager gehörte. Man hätte ohne Nachteil zumindest schweigen können. Weniger opportunistische Anpassung, sondern aktive Unterstützung und Überzeugung bestimmten den selbstmörderischen Kurs der Kasseler Post, der nicht dadurch erklärbar wird, man habe sich geirrt und die Nationalsozialisten zum eigenen Schaden unterschätzt. Mit dieser nachträglichen Erklärung des eigenen Verhaltens läßt sich die publizistische Schützenhilfe für die Terrorisierung des politischen Gegners einschließlich eines Teils des bürgerlichen Lagers und seiner Presse nicht rechtfertigen, zumal sich diese Zeitung, vor allem im Rückblick der Nachkriegszeit, auch dem Liberalismus zuordnete.

Der Reichstagsbrand, den die Regierung sogleich den Kommunisten anlastete, lieferte den Nationalsozialisten den Vorwand, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. 2. 33 zum „Schutze von Volk und Staat“ zu erlassen. Dieses „wahre Grundgesetz“ des NS-Regimes, auf dessen Grundlage es – und eben nicht mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes – künftig regierte, hob neben den anderen Grundrechten auch die in der Verordnung vom 6. 2. 33 belassenen Restgarantien der Pressefreiheit auf. Ehe die „Reichstagsbrandnotverordnung“ endgültig formuliert war, gab das preußische Innenministerium in der Nacht des 27. 2. 33 durch Funkspruch die Anweisung zum Verbot sämtlicher kommunistischer und sozialdemokratischer Zeitungen. Die Kasseler Ausgabe der in Hannover erscheinenden kommunistischen Neuen Arbeiterzeitung war davon schon nicht mehr betroffen, weil sie schon vorher verboten worden war. Diese Parteizeitung hatte in Kassel nie eine größere Rolle gespielt. Ihre örtliche Auflage ist nicht mehr zu ermitteln. Sie dürfte 2.000 bis 3.000 Exemplare nicht überschritten haben. Wie die übrige SPD-Presse traf auch das Kasseler Volksblatt das auf zwei Wochen befristete Verbot, das jedoch nie wieder aufgehoben wurde. Somit erschien am 27. 2. 1933 die letzte Ausgabe des Kasseler Volksblattes. Wenige Monate später wurde das gesamte Vermögen, das Verlagshaus und dessen Einrichtung, soweit sie nicht von den Nationalsozialisten bei der Besetzung des Verlagshauses zerstört worden war, dem Gauverlag der NSDAP vom Staat übergeben. Das war das Ende einer traditionsreichen Zeitung Kassels, die noch zum Schluß eine Auflage von 22 000 pro Tag hatte.

Der „Staatsmacht gegen Gewalt“ überschriebene Kommentar der Kasseler Post zur „Reichstagsbrandnotverordnung“

und zu den jetzt einsetzenden Massenverfolgungen schob alle rechtsstaatlichen Bedenken ausdrücklich in dem „lebensnotwendigen Kampf“ beiseite, der nicht nur dem „kommunistischen Treiben ein für allemal ein Ende bereiten“, sondern auch die Sozialdemokratie „nicht außer Acht“ lassen sollte.<sup>59</sup> Lediglich im sprachlichen Ausdruck bestand ein Unterschied zur nationalsozialistischen Hessischen Volkswacht, die unter der Titelzeile „Der KPD-Terror wird gebrochen“ verkündete, die „Regierung sei entschlossen, mit aller Brutalität gegen die Kommunisten vorzugehen.“<sup>60</sup>

Obwohl noch kein Zwang dazu bestand, wurde auch in der Sprache der Kasseler Post eine fortschreitende Enthumanisierung sinnfällig, wenn zum Beispiel eine Überschrift zu einer Nachricht der Ausgabe vom 1. März 1933 lautete: „Kommunistenführer unschädlich gemacht“.

Alle drei bürgerlichen Zeitungen Kassels berichteten über die Begründung der Maßnahmen, daß das Geständnis des Reichstagsbrandstifters eine Beteiligung der Sozialdemokraten erwiesen habe. Jedoch findet man bei den Kasseler Neuesten Nachrichten und dem Hessischen Kurier nicht die über das Presseverbot hinausgehende, für die Existenz

der Sozialdemokratie und des Rechtsstaates tödliche Aussage der Kasseler Post, „durch dieses Geständnis sei die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offenbar Tatsache geworden. Die Notwendigkeit der Hilfspolizei und der anderen Maßnahmen zur Erhaltung der Staatssouveränität sei durch die letzten Vorgänge in vollem Umfange erwiesen. Durch sie stehe die Staatsmacht ausreichend gerüstet da.“<sup>61</sup> Die konjunktivische Aussageform und das eingeschobene Wort „offenbar“, falls es nicht mit der Bedeutung „offenkundig“ gemeint war, läßt zwar die Deutung zu, es handele sich um die Wiedergabe von Mitteilungen und nicht um die Feststellung erwiesener Tatsachen. Nur steht diese Deutung in Widerspruch zu den sonstigen Informationen, insbesondere den Kommentaren, die so abgefaßt sind, als argumentierten sie auf der Grundlage erwiesener Tatsachen. Daran änderte auch der Hinweis der Zeitung nichts, die SPD habe „übrigens“ jede Verbindung zu den Brandstiftern „entschieden in Abrede gestellt“, weil der Leser aus dem direkten Kontext und der Gesamthaltung der Zeitung nur schließen konnte, daß die SPD die Unwahrheit sprach oder doch zumindest Verbindungen zu den Kommunisten unterhielt.

### Hessischer Kurier: Ein Organ des politischen Katholizismus

Sogar jetzt noch wagte es der dem Zentrum nahestehende katholische Hessische Kurier, „restlose Aufklärung“ zu der Frage zu fordern, ob man „vor einer bolschewistischen Revolution“ gestanden habe, und ob die „Sozialdemokraten schuldig“ gewesen seien. Zumindest für die Sozialdemokraten bezweifelte das der Hessische Kurier. Zugleich gab er zu verstehen, daß das Verfahren der Deutschnationalen und Nationalsozialisten, „sämtliche“ Marxisten „ausnahmslos in einen Topf zu werfen“, nicht „im Interesse der politischen Entwicklung liegen“ würde. Was damit gemeint war, erkennt man, weil die Zeitung gleichzeitig betonte, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei seien in der Vergangenheit den Kommunisten „sowohl mit staatlichen Mitteln, vor allem aber mit den in erster Linie in Betracht kommenden Waffen des Geistes entgegengetreten, und zwar nicht erfolglos.“<sup>62</sup> Das war auch für andere bürgerliche Kräfte ein deutlicher Hinweis auf die wahre Qualität der Maßnahmen der Regierung und auf die drohende diktatorische Alleinherrschaft der Nationalsozialisten. Das offen auszusprechen, war bereits nicht mehr möglich. Anders als die übrigen noch erscheinenden Kasseler Zeitungen druckte der Hessische Kurier den

Text der „Reichstagsbrandnotverordnung“ nicht am 1. März 1933 auf der ersten Seite, sondern auf der vorletzten Seite der Ausgabe des folgenden Tages ab. Möglicherweise signalisierte die Zeitung damit, indem sie ihre Publizitätspflicht nur notgedrungen erfüllte, ihre tatsächliche Position, zu der auch ein zwei Drittel der beiden ersten Seiten der gleichen Ausgabe ausfüllender Kommentar mehr oder minder verschlüsselte Hinweise gab. Der Hessische Kurier setzte sich mit dem Verdacht auseinander, die Nationalsozialisten hätten den Reichstag in Brand gesetzt, um ihre Maßnahmen begründen zu können. Natürlich konnte das nicht mehr direkt ausgesprochen werden, sondern nur in der Weise, daß Festnahme und Geständnis des Reichstagsbrandstifters „merkwürdig schnell“ erfolgt und für die gegenwärtige Regierung und ihren Wahlkampf nichts gelegener gekommen wäre, „wie dieses verbrecherische Attentat.“ Anschließend wies dann der Kommentar verschlüsselt die historisch umstrittene Annahme, die Nationalsozialisten hätten das Ganze selbst inszeniert, entschieden zurück und sagte „ausnahmsweise ein Wort für diese Regierung“, obwohl der Hessische Kurier „gegen die gegenwärtigen Regierungsparteien im Kampfe stehen“

<sup>59</sup> Kasseler Post vom 1. 3. 1933. <sup>60</sup> Hessische Volkswacht vom 1. 3. 1933. <sup>61</sup> Kasseler Post vom 1. 3. 1933. <sup>62</sup> Hessischer Kurier vom 2. 3. 1933.

würde.<sup>63</sup> Damit vermittelte der Kommentar der Kasseler Öffentlichkeit eine durch die sonstige örtliche Presse nicht erhältliche Information. Zwar wurde die Urheber-schaft der Nazis ausdrücklich bestritten; aber der Leser mußte sich gleichwohl fragen, ob der Brandstifter im Auf-trag der Kommunisten oder jener gehandelt hatte, die dann derart schnell Maßnahmen bisher nicht gekannter Art ergriffen, obwohl sie die zur Begründung des Han-delns angeführten Zusammenhänge überhaupt noch nicht wissen konnten. Verschlüsselt ließ der Hessische Kurier seine Leser wissen, daß der Reichstagsbrand eben nicht das Zeichen zum Beginn eines allgemeinen Aufstan-des der Kommunisten setzen sollte und daher erst recht nicht Maßnahmen gegen alle politischen Kräfte rechtfertigen konnte. Ziel des Kommentars war es, Maßnahmen gegen die Kommunisten grundsätzlich als erforderlich hinzustellen, aber nur gegen diese, für die anderen politi-schen Kräfte jedoch Bewegungsspielraum und Aktions-möglichkeiten zu erhalten. Schon daher stellte der Hessi-sche Kurier für sich und das Zentrum heraus, beide hätten in der Vergangenheit ständig auf die kommunistische Ge-fahr hingewiesen und den Kommunismus von Anbeginn der Republik bekämpft. Damit wollte der Hessische Kurier jedoch nicht den Wandel in die Diktatur unterstüt-zen, sondern sein Antikommunismus sollte Schutz und Argument zugleich sein, um für das bisherige politische Spektrum, aus dem die Kommunisten gewaltsam entfernt werden sollten, seine Existenzberechtigung zu wahren. Seine wahre Einstellung zu der politischen Entwicklung verschleierte der Hessische Kurier gleichwohl nicht. In der gleichen Ausgabe vom 2. März 1933 charakterisierte er in einem Bericht über eine Wahlveranstaltung des Zen-trums in Kassel mit dem württembergischen Staatspräsi-denten Bolz diesen folgendermaßen: „Er ist ja in letzter Zeit oft durch mannhaftes Eintreten für Demokratie und Freiheit gewissen Leuten auf die Nerven gefallen, uns aber zum Symbol des freiheitsliebenden deutschen Demokraten edelster Prägung geworden.“

Die zum Teil verschleiern, zum Teil offenen Stellung-nahmen des Hessischen Kuriers provozierten das Verbot der Zeitung vom 3. – 5. März, dem Tag der letzten Reichs-tagswahlen. In der Ausgabe vor dem Verbot erschien auch ein Bericht über terroristische Besetzungen von Zen-trumszeitungen durch die SA, aus dem der Leser den Ein-druck gewinnen mußte, der SA sei es nur um persönliche kriminelle Bereicherung gegangen. Ebenso reizen mußte die Nazis die in der gleichen Ausgabe des Hessischen Ku-riers erscheinende Stellungnahme zu den auch in Kassel

erfolgenden Versuchen der NSDAP, die Katholiken für sich zu gewinnen und dem Zentrum „Verrat der christli-chen Belange“ vorzuwerfen. Die Zeitung wertete diese Ak-tionen der Nationalsozialisten mit Bezeichnungen wie Frechheit, Ungehörigkeit und Täuschung. Diese Ausgabe des Hessischen Kurier vom 2. März 1933 gab somit hinrei-chend Anlaß, ein Verbot auszusprechen. Nach dem 5. März 1933 konnte der Hessische Kurier wieder erschei-nen. In der Folgezeit vermied er möglichst Angriffspunkte für ein erneutes Verbot, argumentierte jedoch weiterhin so, als könnten auch zukünftig neben den Nationalsozia-listen, ausgenommen die Kommunisten, eigenständige politische Kräfte einschließlich der Sozialdemokraten poli-tisch wirksam sein, was sich allerdings schlecht mit der Auffassung vereinbaren ließ, die „Wahlergebnisse vom 5. März würden eine weitgehende Revolution bedeuten“.<sup>64</sup> Bis zum Ermächtigungsgesetz, für dessen Annahme Hit-ler noch die Stimmen des Zentrums benötigte, wagte der Hessische Kurier noch Kurzinformationen über Zeitungs-verbote und über Gewaltaktionen der SA gegen Zen-trumszeitungen zu veröffentlichen. Nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes zog der Hessische Kurier end-gültig die Konsequenz aus seiner Aussage, das neue System sei durch die „Hingabe eines Stücks von Freiheit erkaufte“ worden, weil das Volk „als Ganzes genom-men seiner Freiheit nicht gewachsen“<sup>65</sup> gewesen wäre. Natürlich konnte der Hessische Kurier nicht allen Ernstes hinter sei-ner Aussage stehen, „50% von Hitlers Reden hätte auch Brüning halten können“. Dieser Opportunismus gründe-te in der Hoffnung des politischen Katholizismus, in ge-wissem Maße doch noch weiter existieren zu können, was bis zum Abschluß des Reichskonkordates auch der Fall war. Danach und nach der Auflösung des Zentrums reihte sich der Hessische Kurier vollkommen in die vorgeschrie-bene politische Linie der Presse ein, um weiterhin die Be-lange des Katholizismus vertreten zu können. Diese An-passung, die oft unterwürfige Formen annahm, sicherte je-doch nicht auf Dauer den Fortbestand der Presse des ehe-mals politischen Katholizismus. Wie die übrige Zentrums-presse, die entweder von der NS-Presse übernommen oder verboten wurde, stellte der Hessische Kurier am 29. Februar 1936 sein Erscheinen ein.

Nicht wegen seiner etwaigen besonderen politischen Be-deutung als Kasseler Tageszeitung verdient das Beispiel des Hessischen Kuriers Aufmerksamkeit. Denn diese Ta-geszeitung war eine der fünf Unterausgaben des in Pader-born erscheinenden Westfälischen Volksblattes, die in ih-rem bis Marburg reichenden Verbreitungsgebiet bis 1933

<sup>63</sup> Ebenda. <sup>64</sup> Hessischer Kurier vom 6. 3. 1933 und 8. 3. 1933. <sup>65</sup> Hessischer Kurier vom 28. 3. 1933.

allenfalls eine Auflage von 3.000 Exemplaren erreichte. Das heißt, in Kassel hatte die Zeitung wahrscheinlich nicht einmal 1.000 Bezieher und konnte somit keine besondere politische Resonanz erzielen. Am Beispiel des Hessischen Kuriers wird jedoch deutlich, daß eine bürgerliche Zeitung vor allem bis zur „Reichstagsbrandnotverordnung“ sich oppositionell verhalten konnte. Zweifellos bedeutete die Rücksichtnahme Hitlers auf die Zentrumsparterie bis zum Ermächtigungsgesetz und auf den politischen Katholizismus bis zum Reichskonkordat, mit dem sich die Nazis eine Legitimation durch die höchste moralische Autorität erkaufen, einen gewissen Schutz für die katholische Tagespresse, insbesondere in jener Zeitspanne, als die sozialdemokratische Presse vor ihrem endgültigen Verbot kaum noch Bewegungsmöglichkeiten hatte. Zum gleichen Zeitpunkt, als das Kasseler Volksblatt zum erstenmal für einige Tage von den Nazis verboten wurde, erfolgte ein Verbot der gesamten deutschen Zentrumspresse für drei Tage. Anlaß war der auch im Hessischen Kurier vom 18. Februar 1933 veröffentlichte Aufruf der katholischen Volksverbände, in dem die fehlende „Hochachtung der verfassungsmäßigen Volks- und Landesrechte“ durch „gewisse Machthaber“ angeprangert und die Diktatur abgelehnt wurde. Im Unterschied zur sozialdemokratischen Presse wurde jedoch das Verbot für den Hessischen Kurier nicht wirksam, weil Göring die bereits erlassenen Verbote nach Verhandlungen mit Zentrumsführern aufhob. Denn diese hatten versichert, den katholischen Verbänden habe „eine beleidigende Verächtlichmachung und Beleidigung der Regierung ferngelegen“.<sup>66</sup> Anzumerken ist, daß dieses Verbot keine Bedenken der Kasseler Post hervorrief, ihre Einstellung zur tödlich be-

drohten Pressefreiheit zu überprüfen. Entsprechend dem bereits zitierten Kommentar ihrer Ausgabe vom 19. 2. 1933 rechnete es die Zeitung offensichtlich ebenfalls zu den „Aufräumungsarbeiten“.

Für die Zeit nach den Reichstagswahlen und erst recht nach dem Ermächtigungsgesetz ist eine Untersuchung der Berichterstattung der Kasseler Presse über einzelne Vorkommnisse in der Stadt und über große politische Ereignisse wenig sinnvoll. In den Zeitungen stand jetzt nur noch, was die Nationalsozialisten erwarteten oder zuließen. Da die Nationalsozialisten, auch in Kassel, ihre Steigbügelhalter aus dem Bürgertum und der Wirtschaft bereits politisch verdrängten, bestand auch für die Kasseler Post nicht die Aussicht, eine vorher mögliche, aber nicht gewollte politische Eigenständigkeit der entstehenden nationalsozialistischen Diktatur gegenüber zu artikulieren. Aus den Inhalten der beiden größeren bürgerlichen Tageszeitungen Kassels ist für die kurze Phase der nationalsozialistischen Herrschaftskonsolidierung ebenso wie aus dem Vergleich mit der Haltung des Hessischen Kuriers abzulesen, daß zumindest eine gewisse Resistenz möglich gewesen wäre, und kein grundsätzlicher Zweifel über die politisch-rechtliche Entwicklung und ihre Begleitumstände bestehen konnte. Von Anfang an nahmen die bürgerlichen Tageszeitungen jedoch Positionen auf einer Skala von Neutralität, Anpassung und überzeugter Unterstützung ein. Viele späteren Äußerungen über Widerstand, Terror, Irrtum und Täuschung erweisen sich als gewollte oder aus Verdrängung erwachsene Rechtfertigungslegenden, soweit sie sich auf das anfängliche Verhältnis der bürgerlichen Presse Kassels zur sogenannten Machtergreifung und zu ihren Begleiterscheinungen beziehen.

## Konfessionelle Positionen der Presse zwischen Widerstand und „Gefolgschaft“

### Ein Sprachrohr der Bekennenden Kirche: Der Sonntagsbrief

Die Kasseler Post, die sich traditionell im Sinne des Protestantismus besonders profilierte, verhielt sich auch in diesem Bereich zwiespältig und zurückhaltend – beispielsweise in der Frage der „deutschen Christen“. Der kirchliche Widerstand war überhaupt der einzige, der sich in Kassel nach der erzwungenen und von der Presse zum Teil selbst vollzogenen Gleichschaltung noch gelegentlich publizistisch äußerte. Als sich der Kirchenkampf infolge des Widerstandes der „Bekennenden Kirche“ auch in Kassel und Nordhessen verstärkte, entfiel für die Tagespresse

weitgehend die Möglichkeit, darüber zu berichten. Denn die Staatspolizeistelle Kassel verbot am 10. 11. 1934 aufgrund einer Verfügung des Innenministeriums sämtlichen Verlagsanstalten und Druckereien „bis auf weiteres alle Veröffentlichungen in der Tagespresse, in Flugblättern und Flugschriften, . . . in Kirchenzeitungen, Gemeindeblättern, Wochenblättern, Zeitschriften, die sich mit der evangelischen Kirche befaßten“.<sup>67</sup> Diese Maßnahme sollte bewirken, daß nicht noch mehr Unruhe in die Bevölkerung, insbesondere in die Landbevölkerung, hineingetra-

<sup>66</sup> Hessischer Kurier vom 20. 2. 1933. <sup>67</sup> StAM 165/3943. <sup>67a</sup> Vgl. Karl-Wilhelm Dahm: Pfarrer und Politik. Köln 1965.

gen wurde. Auch der „Sonntagsbrief“, eine christliche Zeitschrift des zum Kasseler Bärenreiter-Verlag gehörenden Neuwerk-Verlages mußte sich dem Verbot beugen. Kurz zuvor hatte er noch die Botschaft der „Bekennenden Kirche“ vom 21. Oktober 1934 veröffentlicht und ausführliche Erörterungen daran geknüpft. Gleichwohl umging der „Sonntagsbrief“ das Verbot teilweise, indem er Anzeigen über Veröffentlichungen druckte, die sich gegen die nationalsozialistische Kirchenpolitik richteten. Der Sonntagsbrief war das einzige Presseorgan Kassels, das mehr oder minder offen Stellung gegen Maßnahmen, Ziele und geistige Elemente des Nationalsozialismus bezog und von stärkeren Repressalien des Regimes betroffen war. Sieht man von kirchlichen und ethischen Belangen ab, so verhielt sich die kleine Zeitschrift dem nationalsozialistischen Staat gegenüber zunächst loyal, was ihr anfänglich ebensowenig schwerfiel wie den meisten evangelischen Geistlichen, weil in diesem Bezugsfeld die Ausgangsbasis, wenn nicht unpolitisch, so doch gewiß nicht die demokratische Republik war.<sup>67a</sup> An der positiven Einstellung zum nationalsozialistischen Staat zweifelten sogar die den Sonntagsbrief überwachenden Staatsorgane nicht, als sie seine Position im Kirchenkonflikt kritisch vermerkten.<sup>68</sup>

Sie unterschieden zwischen kirchlichem Engagement und politischer Einstellung. Diese Vorgehensweise entsprach nicht der Rolle des NS-Staates im Kirchenkonflikt und war eher auf ein von dem Verleger später bezeugtes Wohlwollen des Polizeipräsidenten und Kasseler Gestapohefs zurückzuführen, der seinerseits zu diesem Zeitpunkt ein gespanntes Verhältnis zur Gauleitung hatte. Solange es im Kirchenkonflikt dem Anschein nach um organisatorische Fragen ging, bezog der Sonntagsbrief lediglich eine referierende Position, als jedoch immer deutlicher wurde, daß es um die Autonomie der Kirche und ihre theologische Grundlegung ging, übernahm der Sonntagsbrief die Aufgabe eines Publikationsorgans des Pfarrer-Notbundes. Gleichwohl bestritt der Verleger der Staatspolizei gegenüber „jede Verbindung mit dem Pfarrer-Notbund“. Gestützt auf Verordnungen des Reichsbischofs verbot der Bevollmächtigte der Evangelischen Landeskirche für Waldeck und Pyrmont unter Androhung disziplinarischer Maßnahmen die Verbreitung des Sonntagsbriefes.<sup>69</sup> Die Verwarnungen und die von der Kasseler Staatspolizei verlangte Vorzensur der periodischen Schriften des Bärenreiter-Verlages verfehlten nicht ihre Wirkung. Der Sonntagsbrief strich notgedrungen seine Überblicksberichte über

die Situation in der Kirche auf wenige neutral formulierte Kurzmitteilungen zusammen, die schließlich ganz fortfielen.

Wesentlich gefährlicher für den Sonntagsbrief war jedoch, daß er mit ethisch oder religiös begründeten Argumenten das NS-Regime indirekt angriff. Es ist erstaunlich, daß der vom Regierungspräsidenten in Kassel in einer Mitteilung an die Gestapo erwähnte Artikel „Der deutsche Gruß“ nicht zum Verbot der Zeitschrift führte. Die Aussage des Artikels lief darauf hinaus, der Gruß „Heil Hitler“ dürfe nur als religiöse Fürbitte für Volk und Führer und nicht im weltlich-politischen Sinne angewendet werden.<sup>70</sup> Unausgesprochen wurde damit all jenen, die sich gegen den „Hitler-Gruß“ sperrten, angeraten, ihn zu unterlassen. Wahrscheinlich bezog sich der Artikel auf aktuelle Vorfälle, wenn sich Pfarrer in Nordhessen weigerten, den Hitler-Gruß anzuwenden und zu erwidern.<sup>71</sup>

Schließlich nahm der Pressereferent des Gauleiters mehrere Artikel des Sonntagsbriefes zum Anlaß, bei dem Präsidenten der Reichspressekammer am 10. 12. 35 den Ausschluß des Verlegers und des Schriftleiters des Sonntagsbriefes aus der Reichsschrifttumskammer und damit das Ende ihrer beruflichen Tätigkeit zu erwirken. Für den Verleger hätte das gleichzeitig den Ausschluß aus der Reichsmusikkammer und der Reichskammer der bildenden Künste nach sich gezogen, demnach jegliche kulturelle Betätigung für die Zukunft unmöglich gemacht. Mit dem Ausschluß war die Aufforderung verknüpft, den Bärenreiter-Verlag „binnen 8 Tagen zu schließen oder zu verkaufen“.<sup>72</sup> Gegen den Willen der Gauleitung, die den Ausschluß des Verlegers wegen „staatsfeindlicher Gesinnung seiner Veröffentlichungen“ und die Anweisung zum Abbruch „jeglicher weiterer Verbindung mit dem Verlag“ durch ihren Gaupressedienst am 20. 12. 1935 verbreiten ließ, gelang es dem Verleger unter Einschaltung führender Persönlichkeiten der Reichskulturkammer, insbesondere des Präsidenten der Reichsmusikkammer, des Oberpräsidenten Prinz Philipp von Hessen, und des Polizeipräsidenten Fritz von Pfeffer, die dem Verleger halfen, den Ausschluß rückgängig zu machen. Allerdings mußte sich der Verleger verpflichten, die Verlagsrechte an den religiösen Zeitschriften zu verkaufen und in Zukunft weder Rechte an Presseorganen konfessionellen oder allgemeinpolitischen Charakters zu erwerben, noch einen irgendwie gearteten Einfluß auf solche Zeitungen und Zeitschriften zu nehmen. Mit einem Trick umging der Verleger diese Auflage, indem er die religiösen Zeitschriften und den

<sup>67a</sup> Vgl. Karl-Wilhelm Dahm: Pfarrer und Politik. Köln 1965. <sup>68</sup> Polizeipräsident Kassel, Staatspolizeistelle an das Geheime Polizeiamt in Berlin vom 6. 2. 1934, StAM 165/3943. <sup>69</sup> 3. 2. 1934, StAM 165/3943. <sup>70</sup> Sonntagsbrief Nr. 3, vom 21. 1. 1934. <sup>71</sup> Pfarrer Eichhofer, Reichensachsen, betr. 3. 11. 1933, StAM 165/3943; vom 24. 11. 1933, StAM 180/9408; StAM 156/3908. Eichhofer gehörte zur Bekennenden Kirche. <sup>72</sup> Präsident Reichspressekammer an Paul Gümbel vom 10. 12. 1935. Pers. Besitz Paul Gümbel.

evangelischen Buchverlag unter dem Firmennamen „Johannes-Stauda-Verlag“ zusammenfaßte und an einen Mitarbeiter formell verkaufte. Seitens der Kirche erhielt der Verleger nach eigenem Bekunden keine Hilfe. Die innerkirchliche Situation hätte einen solchen Beistand auch nicht zugelassen. Der Zentralverlag der NSDAP gab eine Anweisung heraus, nach welcher die von ihm beherrschten Tageszeitungen die Veröffentlichungen des Bärenreiter-Verlages zu boykottieren hatten.<sup>73</sup> Der Sonntagsbrief forderte fortan das Regime nicht mehr heraus und wurde bereits zum Jahreswechsel 1936/37 an das Kasseler Sonntagsblatt verkauft. Damit verschwand das einzige publizistische Organ Kassels, das über mehrere Jahre hin den Zielen des NS-Regimes entgegengetreten war. Der Sonntagsbrief hatte den Zorn der Nazis vor allem durch eine Betrachtung vom 18. 8. 35 mit dem Titel „Die große Krankenheilung“, in der versteckt gegen die Euthanasie Position bezogen wurde, herausgefordert. Darin sah die Reichspressekammer einen „versteckten“ Angriff gegen das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ also gegen die Zwangssterilisation, der in „gemeiner und gehässiger“ Weise erfolgt sei, weil der Artikel den Eindruck erwecken wolle, der nationalsozialistische Staat wolle die unheilbar Kranken rücksichtslos beseitigen.<sup>74</sup> Nun hatte der Sonntagsbrief sich wohlweislich gehütet, auch nur die leiseste Andeutung über diesbezügliche Ziele des NS-Staates zu machen. Er hatte nur von einer „weit verbreiteten Anschauung“ gesprochen. Die Reaktion der Nationalsozialisten zeigt, daß sie sich sehr wohl wegen der laufenden Diskussionen und bestehenden Absichten getroffen fühlen mußten.

Provoziert hatte der Sonntagsbrief die Nationalsozialisten jedoch auch mit Stellungnahmen, die sich nicht religiös begründen ließen. Er kritisierte die Besetzung Äthiopiens durch Italien als Unterdrückung eines kleinen Volkes und als Gefährdung des Weltfriedens.<sup>75</sup> Damit machte er auf die außenpolitische Taktik Hitlers in dieser Frage aufmerksam und griff sie indirekt an. Ein Beitrag des Sonntagsbriefes zur Rolle des Christentums in der deutschen Geschichte<sup>76</sup> wurde von den Nationalsozialisten zu Recht als direkte Kritik an ihrer Geschichtsauffassung angesehen.

In der Publizistik Kassels haben allein der Bärenreiter-Verlag und sein Verleger den Nationalsozialismus publizistisch herausgefordert und zu einer scharfen Reaktion veranlaßt, die ohne ihre Revision die berufliche Existenz des Verlagsinhabers und möglicherweise auch die Existenz des Verlages vernichtet hätte. Auch im Rahmen seiner kulturellen Aktivitäten, insbesondere bei der verlegerischen Betreuung musikalischer Werke und ihrer Aufführung, bewies der Verleger Resistenz gegen den kulturpolitischen Kurs der Partei, dessen oft durch Rivalitäten erzeugte Widersprüche auf dem Gebiet der Musik ihm einen gewissen Bewegungsspielraum gaben. Gleichwohl ist es schwierig, auch anhand der Memoiren des Verlegers<sup>77</sup>, der sich dessen bewußt zu sein scheint<sup>78</sup>, zu einer eindeutigen Analyse aller Aktivitäten und Motive des Verlages und seiner Beziehungen zu den Nationalsozialisten zu gelangen. Denn der Verlag veröffentlichte auch NS-Publikationen<sup>79</sup>, zeitweilig die Musikzeitschrift der Hitlerjugend<sup>80</sup> und Liederhefte der Reichsjugendführung.<sup>81</sup> Einige Komponisten der vom Verlag herausgegebenen NS-Lieder waren hingegen wegen ihres kirchenmusikalischen Schaffens ebenso wie ihr Verleger und Förderer häufig Angriffen der nationalsozialistischen Kulturideologen ausgesetzt. Diese Ambivalenz war nicht nur durch Anpassung und Konzessionen gegenüber dem Regime bedingt, sondern auch durch die Entwicklung des Verlages aus der bündischen Jugend und der ihr zuzurechnenden Singbewegung heraus begründet. Völlig unabhängig vom Nationalsozialismus und vor seinem Aufkommen waren hier Ideologien und Programme entwickelt worden, die sich teilweise mit denen des Nationalsozialismus deckten.<sup>82</sup> Die Nationalsozialisten hatten auch Gedankengut der bündischen Jugend aufgenommen, es aber, insbesondere den Gemeinschaftsgedanken, ins ausdrücklich Politische und ins Diktatorische gewendet. Sie pervertierten die kultur- und volkspädagogischen Konzeptionen der bündischen Jugend oder verfolgten sie nicht ernsthaft. So, wie die bündische Jugend von der Hitlerjugend durch Zwang oder durch freiwillige, zum Teil auch durch überzeugte Integration beerbt wurde, so trat auch der Bärenreiter-Verlag publizistisch in den Dienst der Partei. Aber gerade aus der mit musikpolitischem Monopolanspruch auftretenden

<sup>73</sup> Karl Vötterle: *Haus unterm Stern*. 3. Aufl. Kassel 1969, S. 136. <sup>74</sup> Vötterle, S. 136 ff. u. Anm. 72. <sup>75</sup> „Die Unteilbarkeit des Friedens“. In: *Der Sonntagsbrief*, 3. Jg. Nr. 33, vom 18. 8. 1935. <sup>76</sup> „Der lebendige Christus und die deutsche Geschichte“. In: *Der Sonntagsbrief*, 3. Jg. Nr. 30, vom 28. 7. 1935. <sup>77</sup> Karl Vötterle: *Haus unterm Stern* a.a.O. (73). Weil er den vorgegebenen Rahmen sprengen würde, ist der folgende Klärungsversuch kürzer und in der Analyse vereinfachender, als es die Komplexität des Gegenstandes erfordert. Es wurde gleichwohl nicht darauf verzichtet, weil die Rolle des Verlages bzw. seines Verlegers noch heute von Zeitzeugen völlig unterschiedlich beurteilt wird. Dies spiegelt sich auch im Spruchkammerverfahren wider, dessen Berufungsinstanz das ursprüngliche Urteil aufhob und den Verleger unter der Zubilligung aktiven Widerstandes freisprach. (Quelle: Kein amtliches Original, sondern ein wahrscheinlich vom Bärenreiterverlag publizierter Druck des Urteils. Stadtarchiv Kassel). Vgl. hierzu: Johannes Hodek: *Musikalisch-pädagogische Bewegung zwischen Demokratie und Faschismus*. Weinheim und Basel 1977, insbesondere zum Bärenreiter-Verlag S. 120–211. <sup>78</sup> Vgl. Vötterle a.a.O. (73), S. 125. <sup>79</sup> Zehn Jahre Bärenreiter-Verlag Kassel 1924–1934. Gesamtverzeichnis. Kassel 1934; Eintausend Bärenreiter-Ausgaben. Gesamtverzeichnis. Kassel 1936, insbes. S. 12, S. 43, S. 44, S. 92 f. <sup>80</sup> Eintausend Bärenreiter-Ausgaben a.a.O. (79), S. 92. <sup>81</sup> Ebenda S. 93. <sup>82</sup> Vgl. Felix Raabe: *Die Bündische Jugend*. Stuttgart 1961, S. 130 ff.

und sich neuheidnisch gebärdenden HJ heraus erfolgten bald Angriffe gegen den Verlag – insbesondere auf dessen religiöse Komponente. Wahrscheinlich spielten Einflüsse der HJ auch bei dem Antrag auf Ausschluß des Verlegers und des Redakteurs des Sonntagsbriefes aus der Reichsschrifttumskammer eine Rolle. Andererseits ist es zumindest erstaunlich, daß der Polizeipräsident und Chef der Kasseler Gestapo<sup>83</sup>, die seit 1934 außer der Überwachung des Sonntagsbriefes auch Kontrollen und Verhöre im Verlag vornahm, sich für die Rehabilitation des Verlegers einsetzte. Die Hilfe des kulturell engagierten und mit dem Verleger in enger Verbindung stehenden Oberpräsidenten Prinz Philipp von Hessen erscheint schon verständlicher. Es war aber im Vergleich zu ähnlich gelagerten Fällen ungewöhnlich, daß er Goebbels drohte, er werde sich direkt an Hitler wenden, wenn der Ausschluß des Verlegers aus der Reichspressekammer nicht rückgängig gemacht würde.<sup>84</sup> Trotz seines schlechten Verhältnisses zur Gauleitung und trotz der – in einem Fall sogar mit terroristischem Unterton<sup>85</sup> – geäußerten Drohungen nationalsozialistischer Kulturfunktionäre konnte der Verlag seine auch für das kulturelle Leben Kassels wichtige Arbeit, insbesondere auf dem Gebiet der den Nazis unwillkommenen, aber trotz ständiger Kritik geduldeten Kirchenmusik<sup>86</sup>, fortsetzen. Wegen der zunehmenden kriegswirtschaftlichen Beschränkungen konnte er gegen Ende des Krieges nur noch wenige Publikationen herausbringen. Knapp ein Monat vor Kriegsende wurde auch dieser Kasseler Verlag ein Opfer des Luftkrieges.

Der Bärenreiter-Verlag gibt ein Beispiel dafür ab, daß Repräsentanten kultureller und christlicher Werte nicht sofort nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten mit diesen in ernsthafte Konflikte geraten mußten. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme und der ihr folgenden Zerstörung des Rechtsstaates einschließlich des offenen Terrors konnte der geistig-kulturelle und der christliche Standpunkt gleichsam blinde Flecken haben, wie das Schweigen des Sonntagsbriefes und späterer Repräsentanten der Bekennenden Kirche zu diesen Vorgängen und zu diesem Prozeß veranschaulicht. Das würde weniger auffallen, wenn nicht später Beweise des Widerstandes geleistet worden wären – und das zu einem Zeitpunkt, als die Märsche des NS-Systems, zum Teil unsichtbar, die gesamte Gesellschaft überzogen, und nicht mehr der offene Terror die Inhumanität der Nationalsozialisten jedermann sichtbar machte. Die Forschung hat hinreichend erklärt, weshalb Repräsentanten des gebildeten und protestantischen Bürgertums von den Machtveränderungen des Jahres

1933 zunächst die Chance einer wirtschaftlichen und politischen, aber auch geistigen und kulturellen Erneuerung erhofften. Wenn sie keine Antisemiten oder ausgesprochene Gegner der terrorisierten Arbeiterbewegung waren, sahen sie die Begleitumstände der nationalsozialistischen Herrschaftserrichtung als vorübergehende Auswüchse an. Von dieser Fehleinschätzung waren nicht einmal Teile der Arbeiterbewegung frei, die doch Gegner und erstes Opfer des Nationalsozialismus war. Erst die Eingriffe des nationalsozialistischen Herrschaftsanspruches in die eigene Lebens- und Wertwelt motivierten dann, wenn nicht Furcht oder Opportunismus überwogen, zu Resistenz oder gar Widerstand.

Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß sich in der verlegerischen und kulturellen Tätigkeit des Bärenreiter-Verlages und der Reaktion der Nationalsozialisten auf sie insgesamt gesehen die dem NS-Regime immanenten Widersprüche exemplifizierten. Einerseits gehörte der Verlag zu den ungewollten ideologischen Schrittmachern und Exponenten des Regimes. Andererseits waren es zum Teil die gleichen ideologischen Antriebe, die den Verlag unversehens in Situationen des Widerstandes gegenüber den Machthabern bzw. einzelnen Gruppen und ideologischen Positionen des Nationalsozialismus brachten, was jedoch trotz der beschriebenen Gefährdung die außerordentliche wirtschaftliche Entwicklung des Verlages in der Nazi-Zeit nicht zu hemmen vermochte. Für den Bärenreiter-Verlag wie überhaupt für Kunst und Kultur gilt, daß es auch einer ausführlicheren Untersuchung als der vorliegenden nicht immer möglich sein wird, ein eindeutiges Urteil über ein sogar von einzelnen Personen repräsentiertes Nebeneinander von gewollter und ungewollter Übereinstimmung, Anpassung, Kompromiß, Erfolg, Bedrohung, Furcht, Mut, Resistenz oder gar Widerstand zu fällen.

Beschließen soll diese Erörterungen die von den Nazis als „gemeiner, gehässiger“ und zugleich versteckter Angriff gewertete zentrale Aussage der Andacht des Sonntagsbriefes vom 18. August 1935. Damit soll zum einen das eindeutigste Beispiel der nur von diesem Blatt erbrachten Akte publizistischen Widerstandes in Kassel wörtlich dokumentiert werden. Zum anderen geben Wortlaut und Sprache eine Möglichkeit zum ständigen Vergleich bei der im nächsten Abschnitt behandelten Problematik und ihrer Analyse.

Im Sonntagsbrief hieß es: „Wir kennen eine heute weit verbreitete Anschauung, die ganz bewußt das zerbrochene Rohr vollends zerbrechen, den glimmenden Docht vollends auslöschen und das lebensunwerte Leben verder-

<sup>83</sup> Zur Person siehe: Volksgemeinschaft und Volksfeinde a.a.O. (37), S. 276 f. <sup>84</sup> Vötterle a.a.O. (73), S. 137. <sup>85</sup> Ebenda S. 131. <sup>86</sup> Vgl. Fred K. Prieberg: Musik im NS-Staat. Frankfurt 1982, S. 130 ff.

ben will. Sie hält den für sentimental und für praktischen Sinnes bar, der sich dagegen wehrt, und berechnet den Nutzen, den die menschliche Gesellschaft davon hat, wenn solches nutzlose Leben verschwindet. Aber wer hat ein Recht, und wer hat die Fähigkeit, darüber zu urteilen,

was lebenswert und lebensunwert ist? Wer darf im Ernst dem Schöpfer und Erhalter des Lebens vorgreifen? Und damit sein wollen wie Gott? Müssen wir daran erinnern, welch ein unendlicher Segen oftmals ausgegangen ist von einem Leben, das sinnlos zu sein schien in seiner Qual?"

### Ideologie und christliche Ethik: Eine Fallanalyse.

Obwohl der Sonntagsbrief nicht, wie die Nazis behaupteten, zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ Stellung genommen hatte, so macht ein Vergleich mit der Sprache und den Argumenten zur Befürwortung dieser Maßnahmen in der Kasseler Tagespresse geradezu erschütternd klar, wie sogar eine mit christlichem Anspruch ausgestattete Publizistik durch das Nazidenken pervertiert sein konnte. Neben anderen Beiträgen, die mit ökonomischen<sup>87</sup> und rasseimperialistischen<sup>88</sup> Argumenten die Zwangssterilisation rechtfertigten, gab auf Veranlassung des Oberpräsidenten Philipp von Hessen in den Zeitungen der Provinz Hessen-Nassau<sup>88a</sup> auch in der Kasseler Post vom 13. März 1934 ein Nervenarzt, der ärztliche Leiter der in der Nähe Kassels gelegenen kirchlichen Heilanstalt Hephata, entsprechend dem Titel seines Artikels eine Antwort auf die Frage: „Warum Zwangssterilisation?“ Hier wurde die Zwangssterilisation mit den gängigen wirtschaftlichen und rasseideologischen Argumenten entschieden befürwortet, die sich auch im sprachlichen Ausdruck mit den in Hitlers „Mein Kampf“<sup>89</sup> verbreiteten Behauptungen völlig deckten. Zugleich wurde die sogenannte „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ aus Gründen der ärztlichen und christlichen Ethik grundsätzlich abgelehnt, und dabei sogar ein aus einem ganz anderen Zusammenhang herausgerissenes Hitlerzitat als zusätzliche Begründung angeführt, womit sich der Verfasser zweifellos gegen Repressalien absichern wollte. Jedoch konnte auch der zeitgenössische Leser nicht annehmen, es sei der eigentliche Zweck des Beitrags, unter dem Schleier eines nationalsozialistischen Vokabulars den Plänen der Nazis zur „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ vorzubeugen oder versteckt auf sie aufmerksam zu machen. Allenfalls wollte er die Zwangssterilisation als einzig mögliche und schon daher unverzichtbare Alternative einsichtig machen. Es ging dem Verfasser um die Begründung und Rechtfertigung eines unabhängig von den Nazis und bereits vor ihnen erstellten eugenischen Programms mittels einer nicht nur von ihm seit längerem propagierten, medi-

zinisch-diagnostisch zu unpräzise und umfassend definierten und daher alle Möglichkeiten des Mißbrauchs zulassenden Zwangssterilisation. Zwar sollte man eine solche Absicht nicht unterstellen, aber die Nationalsozialisten verwendeten auch keine anderen Argumente, als sie in der Folgezeit Kriminelle, Zigeuner und Homosexuelle in Konzentrationslager brachten, wo außer der physischen Vernichtung auch in vielen Fällen Sterilisation und Kastration dieser von der Norm abweichenden Menschen erfolgte.<sup>90</sup> Hierzu gehörten nicht nur wissenschaftlich unbelegbare, aber in der damaligen Psychiatrie verbreitete Argumente, die, wie in dem Artikel, psychische und geistige Erkrankungen, jedoch auch schulische Leistungsschwäche und sozial abweichendes Verhalten wie Arbeitsverweigerung und Landstreicherei in erster Linie auf Vererbung zurückführten. Völlig absurd, aber mit der Funktion der Rechtfertigung nationalsozialistischer Herrschaft und ihrer Maßnahmen gegen von der Norm abweichende Menschen einschließlich der politisch Andersdenkenden, war die für das nazistische Denken charakteristische Verknüpfung mit dem politischen Bereich. Denn angesichts der bereits bestehenden gesetzlichen Voraussetzungen hätte sich der Verfasser auf seine auch nach damaligem Wissen fragwürdige medizinische Argumentation beschränken können. Es war also nicht erforderlich, sondern ausschließlich politisch-ideologisch begründet, wenn er sich zu der Behauptung verstieg: „So . . . dachten die leitenden marxistisch-liberalistischen Kreise. 15 Jahre haben sie untätig zugesehen, wie von Jahr zu Jahr die Zahl der geistig Minderwertigen wuchs, wie unser ganzes Volk an diesen Untermenschen krankte, die nach der Ausmerzung der Besten durch den Krieg von schmutzigen Wellen an die Oberfläche geworfen waren. Immer größer wurde die Gefahr, daß eines Tages der Damm zerbräche, und wir von den durch die Leidenschaften aufgepeitschten Anormalen hinweggespült würden. So standen wir nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch rassisch vor dem Untergang“.

<sup>87</sup> Kasseler Post vom 22. 2. 1934 „Aufstieg oder Untergang?“ (Bericht über einen Vortrag des Studiendirektors Dr. Höfke). <sup>88</sup> Kasseler Post vom 22. 2. 1934 „Was kosten die Minderwertigen?“ (Auch abgedruckt als Faksimile in: Volksgemeinschaft und Volksfeinde a.a.O. (37), S. 223). <sup>88a</sup> Verlegt – vernichtet – vergessen...? Leidenswege von Menschen aus Hephata im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Peter Göbel, Helmut E. Thormann, Schwalmstadt 1985, S. 13 f. <sup>89</sup> Adolf Hitler: Mein Kampf. 248. – 251. Aufl. München 1937, S. 445 ff. <sup>90</sup> Vgl. Medizin ohne Menschlichkeit. Hg. v. Alexander Mitscherlich und Fred Mielke. Frankfurt 1960, S. 212 ff.

Wer das glaubte, für den durfte es auch keine Einwände geben. Das war die publizistisch-propagandistische Funktion des Aufrufs für ein Programm der Nationalsozialisten, zu dem in der Weimarer Republik auch die Völkischen und eine konservative Kulturkritik, die sich zum Teil sogar als christlich verstand, ideologische Beiträge geliefert hatte. So hieß es: „Hinweg mit allen Bedenken, auf zum Kampf mit unserem Führer für Deutschlands Reinerhaltung und Aufartung“, um das behauptete Anwachsen der Zahl der „geisteskranken Schädlinge“ und der „Minderwertigen . . . in absehbarer Zeit zu vermindern“, zugleich aber „an der sittlichen Erneuerung mitzuarbeiten“, um die „Ehe rein“ zu halten, den „Gebärwillen“ gegen die Gefahr einer „Vergreisung unseres Volkes“ zu heben.

Sieht man von der im Begriff „Schädling“ sich am erschreckendsten äußernden Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus und seiner Sprache<sup>91</sup> ab, denn sogar in der kirchlichen Publizistik sprach man gelegentlich von „Minderwertigen“, dann war die Verquickung von ideologischen, religiösen und medizinischen Argumenten zu einer rationalem Denken und modernem Rechtsempfinden europäischer Kultur schon rein verbal hohnsprechenden Mixtur gleichwohl vereinbar mit dem christlichen Anspruch des Beitrags. Im Gegensatz zur katholischen Kirche hatten die evangelischen Kirchen die Zwangssterilisation nicht abgelehnt.<sup>92</sup> Theoretiker des Protestantismus und Praktiker der für die Heilanstalten zuständigen Inneren Mission hatten sich bereits vor der Herrschaft des Nationalsozialismus und unabhängig von ihm auch mit eugenisch-rasseideologischen Argumenten und Begriffen für ein Sterilisationsprogramm eingesetzt.<sup>93</sup>

Das bezeugte gegenüber den Nationalsozialisten später auch der kirchliche Leiter von Hephata für die Heilanstalt und ihre Ärzte, und zwar mit dem deutlichen Hinweis auf die politischen Bezugspunkte, indem er daran erinnerte, daß die Anstalt „in den Zeiten vor dem Umschwung als Hort des Kampfes gegen den Marxismus gegolten“ habe.<sup>94</sup> Mit Marxismus war, was für die damalige Publizistik immer zu beachten ist, im Sprachgebrauch und in der

politischen Vorstellungswelt der Nationalsozialisten und des Nationalismus-Konservatismus nicht allein der Kommunismus oder die Sozialdemokratie gemeint, sondern zumeist auch die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit der Weimarer Republik.

Bereits in der Anfangszeit der Weimarer Republik hatte der kirchliche Leiter der Anstalten Hephata, ein 1933 von der Theologischen Fakultät der Universität Marburg mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichneten Pfarrer, behauptet, in hohem Maße neigten zu Kriminalität, politischem Terror und Kommunismus sogenannte Psychopathen, die eben unheilbar und daher in Anstalten zu bringen und dort zu Arbeit „anzuhalten“ seien. Er unterstützte den von 1910 bis 1950 amtierenden Chefarzt und Autor des Artikels bereits vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten in seinen auf gesetzliche Regelung drängenden Sterilisationsplänen, die dieser eben nicht erst mit Rücksicht auf die nationalsozialistischen Machthaber durch eine Verknüpfung unhaltbarer neurologisch-eugenischer, kriminologischer und politischer Argumente begründet und publizistisch verbreitet hat.<sup>94a</sup>

Sein Pressebeitrag war wesentlich radikaler und ideologisch eindeutiger als das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, bei dessen Formulierung und Begründung die Nationalsozialisten noch außen- und innenpolitische Rücksichten genommen hatten.<sup>95</sup> In der Bevölkerung bestanden keine erheblichen Widerstände gegen das Gesetz, aber sogar bei vielen Parteiangehörigen gegen eine „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, was deren Befürworter sehr wohl wußten. Insofern mußte den Nationalsozialisten eine solcher Presseartikel willkommen sein, weil er beschwichtigend wirken konnte, und Bedenken gegen die Zwangssterilisation und den Verdacht auszuräumen versuchte, daß das Gesetz der erste Schritt auf dem Weg zur „Euthanasie“ sein könnte. Gerade die heute nicht mehr nachvollziehbare Verquickung von medizinischer und christlicher Autorität mit nazistischem Denken konnte diese Funktion erfüllen und Vertrauen schaffen.

### Kasseler Sonntagsblatt: Feierabendchristentum und Nationalsozialismus.

Die Auflagenentwicklung der evangelischen Publizistik seit 1933 verdeutlicht nicht nur die Einstellung eines Teiles der Bevölkerung, vor allem auf dem Lande, zum Umgang der NSDAP mit der Kirche und dem christlichen

Glauben. Sie verdeutlicht auch indirekt das Unbehagen an der Tagespresse, weil im Gegensatz zu dieser die Auflagen der christlichen Zeitschriften stabil blieben oder sogar noch stiegen. Der ohne Rückhalt der Amtskirche vertrie-

<sup>91</sup> Vgl. Victor Klemperer: „LTI“. Die unbewältigte Sprache. München 1969. <sup>92</sup> Johannes Tüchel (Hg.): „Kein Recht auf Leben“. Berlin 1984, S. 109 ff. <sup>93</sup> Ebenda S. 106 ff. <sup>94</sup> Manfred Klüppel: „Euthanasie“ und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilanstalten Haina und Merxhausen. 3. Aufl. Kassel 1985, S. 20 <sup>94a</sup> Verlegt – vernichtet – vergessen...? a.a.O. (84a), S. 12–15. <sup>95</sup> Tüchel a.a.O. (92), S. 104.

bene Sonntagsbrief erreichte mit über 25.000 Exemplaren seine höchste Auflage zu einem Zeitpunkt, als er mit der NSDAP in Konflikt lag. Als der Sonntagsbrief sich dem Zwang beugte und Kritik unterließ, ging auch die Zahl der Besteller stark zurück. Vielleicht lag das auch an dem Verbot der Amtskirche, den Sonntagsbrief in den Gemeinden zu verbreiten.<sup>96</sup> Auf keinen Fall drückt sich darin eine Abkehr vom christlichen Denken und Milieu zugunsten des Nationalsozialismus aus. Von 1933 an erhöhte sich stärker denn je zuvor die Auflage des Kasseler Sonntagsblattes, dessen Verlag den Sonntagsbrief 1937 übernommen hatte.

Von 1929 bis 1933 stieg die Auflage des Kasseler Sonntagsblattes von 120 000 auf 132 000. In einem Jahr, und zwar bemerkenswerterweise von 1933 bis 1934, machte die Auflage dann einen Sprung auf 163 000 und stieg weiterhin. 1939 war das Kasseler Sonntagsblatt mit einer Auflage von 177 000 die größte Wochenzeitung ihrer Art in Deutschland. Dieser Erfolg ist jedoch weder auf einen christlich motivierten Widerstand der Bevölkerung noch des Kasseler Sonntagsblattes zurückzuführen. Denn das Kasseler Sonntagsblatt ist ein besonders geeignetes Beispiel dafür, daß die Entwicklung der Presse unter dem Nationalsozialismus und die Reaktion des Publikums darauf sehr differenziert zu sehen ist und pauschale Aussagen verbietet. Schon daher erscheint eine ausführlichere Analyse geboten, zumal die überproportionale Auflagensteigerung gerade im Zuge der Herausbildung des NS-Regimes auffallend zum rapiden Aufschwund der Tagespresse zum gleichen Zeitpunkt kontrastierte.

Der Inhalt des Kasseler Sonntagsblattes war nicht nur theologisch begründet, sondern sprach mehr ein sogenanntes Feierabendchristentum an. Heimattümelei, Schollenideologie, wie sie schon vor dem „Dritten Reich“ in auflagenstarken Romanen und Erzählungen eine große Rolle spielten, und Butzenscheibenromantik durchtränkten sogar die christlich getönten Inhalte. Konservatives Denken, insbesondere in seinen faschismustnahen Spielarten, nationalistische und antisemitische Töne prägten die Zeitung bereits vor der Machtübernahme. Damit gehörte sie jenem politischen Spektrum und Milieu an, ohne das der Nationalsozialismus nicht hätte entstehen und zur Macht gelangen können. In dieses Bild paßt, daß bereits der Gründer der Kasseler Sonntagsblattes im vorigen Jahrhundert die Zeitung auf die Schiene des Antiliberalismus und der Aufklärungsfeindlichkeit gesetzt hatte; ganz im Sinne einer protestantischen Orthodoxie, die vor al-

lem die bäuerliche Landbevölkerung und das Kleinbürgertum in jenem Gemisch von ressentimentträchtigen Antihaltungen und in einem sozialen Selbstverständnis bestärkte, das sie zu Anhängern nationalistisch-völkischer Parteien und schließlich unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise des Nationalsozialismus machte. Insbesondere der Herausgeber und Verleger der Zeitung fand schon in seiner Jugend im Kaiserreich den Weg zur antisemitischen völkischen Bewegung durch sein „Wirken in der Deutsch-sozialen Partei“.<sup>97</sup> Er erhielt die in Kassel nur zweimal verliehene Ehrennadel des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes, dem er bis zu dessen Auflösung nach dem Rathenau-Mord angehört hatte.<sup>98</sup> Teile dieser antisemitischen Organisation der republikfeindlichen äußersten Rechten verschmolzen mit der NSDAP. In einem Prozeß wegen angeblicher Beleidigung des ermordeten Rathenau und der Republik wurde der Verleger zwar 1929 in der Berufungsinstanz freigesprochen. Er wurde aber bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten von der politischen Polizei wegen seiner republikfeindlichen Position überwacht.<sup>99</sup>

Während der letzten Jahre der Weimarer Republik setzte das Kasseler Sonntagsblatt immer deutlicher seine politischen Akzente und bezeichnete sich offiziell als „christlich-national“. Zwar unterstützte es bis zur Machtübernahme die „nationale Opposition“ Hugenbergs<sup>100</sup> – die Deutschnationale Partei und den Reichslandbund – womit es jedoch auf der Linie vieler protestantischer Pfarrer und der Bauern der älteren Generation lag, die noch nicht wie ihre Söhne zur NSDAP übergewechselt waren. Wenn es auch antisemitische und antiultramontane, gegen den politischen Katholizismus gerichtete Töne aus der Tradition der bürgerlichen und protestantischen Rechten und nicht aus dem Nationalsozialismus entlehnt hatte, so spiegelt sich in der politischen „Wochenschau“ der Zeitung doch die wachsende Sympathie mit der NSDAP in den Monaten vor der Machtübernahme. Sie gelangte auch in der nachhaltigen materiellen Unterstützung der Kasseler Partei durch den Verlag<sup>101</sup> zum Ausdruck. Das Sonntagsblatt unterstützte eindeutig die Position Hitlers gegen die, wie es formulierte, „Wühlarbeit“<sup>102</sup> innerhalb der NSDAP. Gemeint war der Versuch des Reichskanzlers Schleicher, mit Gregor Strasser Teile der NSDAP von Hitler abzuspalten und eventuell eine bis zu den Gewerkschaften reichende „Querfront“ zustandezubringen.<sup>103</sup> Das Sonntagsblatt stand hinter dem Regierungsbündnis zwischen Hitler und der bürgerlich-agrarischen

<sup>96</sup> Siehe Anm. 67. <sup>97</sup> 100 Jahre Kasseler Sonntagsblatt. Chronik 1879-1979. Kasseler Sonntagsblatt Druck- und Verlagshaus Thiele u. Schwarz. o.O. und J. und Seitenangaben. <sup>98</sup> Ebenda. <sup>99</sup> Ebenda. <sup>100</sup> Vgl. „Das absolut unmögliche Kasseler Sonntagsblatt. Eine verdiente Stäupung“. Kasseler Volksblatt vom 7. 1. 1933 (Abdruck eines Artikels der Frankfurter Zeitung). <sup>101</sup> Vgl. Anm. 27. <sup>102</sup> Kasseler Sonntagsblatt, 55. Jg. Nr. 3, vom 15. 1. 1933. <sup>103</sup> Vgl. Axel Schildt: Militärdiktatur mit Massenbasis. Frankfurt, New York 1981, S. 159 ff.

Rechten, dessen Zustandekommen es uneingeschränkt bejahte. Den, wie es formulierte, „flammenden Aufruf der Reichsregierung“ sah es von „christlichem Sinn und nationalem Willen durchdrungen“.<sup>104</sup> Das Kasseler Sonntagsblatt teilte voll die Meinung der Nationalsozialisten, daß „mit der Bildung des neuen Kabinetts ein Wendepunkt in der deutschen Geschichte eingetreten sein dürfte. Millionen von Deutschen setzen auf die Männer, die in dem neuen Kabinett sitzen, große Hoffnungen. Ihre Vergangenheit und ihr Wirken zeugen dafür, daß sie in heißer Liebe zum deutschen Volk und Vaterland seit Jahren bestrebt sind, das deutsche Volk aus seiner trostlosen Lage wieder lichter Tagen entgegenzuführen. Man weiß auch von diesen Männern, daß sie einen ungesunden Parlamentarismus, der nur an den Kuhhandel an der Futterkrippe denkt, bekämpfen werden. Da ist auch zu verstehen, daß das neue Kabinett von den Leuten bekämpft werden wird, die aus einem ungesunden parlamentarischen System Vorteil gezogen haben“.<sup>105</sup> Diese Stellungnahme spricht ebenso für sich wie die Charakterisierung der Gegner der Hitler-Regierung, also vor allem der Sozialdemokraten und des Zentrums. Vorbehalte unter den bürgerlichen Partnern Hitlers, ihre Versuche, Sicherungen gegen eine Alleinherrschaft der Nationalsozialisten in das Regierungsbündnis einzubauen, verurteilte das Sonntagsblatt eindeutig als „Zersetzungsarbeit“, die, wie es hoffte und zutreffend feststellte, anders als in der „Harzburger Front“ erfolglos bleiben würde.<sup>106</sup> Das Sonntagsblatt bediente sich der gängigen, von den Nationalsozialisten übernommenen Formel der antiparlamentarisch-republikfeindlichen Rechten, mit der schließlich auch die Ausschaltung der bürgerlichen Steigbügelhalter Hitlers gerechtfertigt wurde, daß das Wohl des Volkes und dessen Einheit über selbstsüchtigen, vom persönlichen materiellen Interesse der republikanischen Politiker bestimmten Parteiinteressen zu stehen habe. Insofern unterstützte das Kasseler Sonntagsblatt die politische Gleichschaltung.

Das Kasseler Sonntagsblatt handelte gewiß nicht unter Druck oder aus taktischen Erwägungen zum Selbstschutz, wenn es in seiner Ausgabe vom 5. März 1933 sogar im Gebet weitgehend unverschlüsselt Wahlparolen der hinter der Regierung Hitler stehenden Kräfte übernahm und die Wahlentscheidung der Leser unter moralisch-religiös begründeten Druck stellte. In dem Gebet hieß es: „Herrgott unser Vater! . . . Schließe uns alle zusammen, einmütig zu trachten, daß unseres Volkes innere und äußere Not überwunden wird. Gib uns ein tiefes Erschrecken vor allem, was in unserem Vaterlande an Bösem geschah, und lenke alle Herzen zu Buße und Umkehr. Mache uns alle freudig

mitzuhelfen, daß in Staat und Stadt und Dorf nur solche Männer unsere Führer werden, die sich Dir verantwortlich wissen, Deine Gebote halten und nicht in ihren Ämtern ihre irdischen Vorteile suchen, sondern dem Wohle aller ihrer Volksgenossen dienen wollen. Bewahre uns vor der Sünde, heute bei der Wahl unsere Pflicht zu versäumen und unsere Stimme nicht abzugeben. Zeige uns allen in unseren Herzen und Gewissen, was vor Dir das Rechte ist, und laß jeden sich so bei der Wahl verhalten, daß er vor Deinem Urteil bestehen kann“.

Zwar könnte man meinen, daß das Gebet mit der Wendung „was in unserem Vaterland an Bösem geschah“ auf den Terror und die Entwicklung zum nationalsozialistischen Unrechtsstaat anspielte und demgegenüber zur allgemeinen „Buße und Umkehr“ aufrief. Aber diese Deutung ist nur eingeschränkt möglich, denn die Vergangenheitsform „geschah“ macht unter Berücksichtigung der bisherigen politischen Gesamthaltung des Kasseler Sonntagsblattes und des gesamten Wortlautes des Gebetes den Schluß zwingend, daß in erster Linie die Weimarer Republik gemeint war – genauer, das Bild, das die Zeitung darüber gehabt und vermittelt hatte. Hierzu gehörte, wie bereits aus einem vorangegangenen Zitat ersichtlich,<sup>107</sup> auch der in der rechtsbürgerlichen Presse übliche Vorwurf der Korruption und des Mißbrauchs der Parteiendemokratie zum persönlichen Vorteil republikanischer Politiker. Unter anderem hatte das Sonntagsblatt damit kurz vor der Machtübernahme von dem Osthilfeskandal abzulenken versucht, indem es mit antisemitischem Tonfall den sogenannten Barmat-Skandal aufwärmte.<sup>108</sup> Der Hinweis, es sollten nur die als „Führer“ gewählt werden, die „Gottes Gebote halten und nicht in ihren Ämtern irdischen Vorteil suchen“, kann auch als Mahnung gedacht sein angesichts der vielen aus durchsichtigen Motiven in einträgliche Positionen drängenden Nationalsozialisten und politischen Konjunkturritter in ihrem Gefolge. Auf keinen Fall konnten die Leser aus dem Text herauslesen, sie könnten auch die Sozialdemokraten oder das Zentrum wählen. Dies erst recht nicht, wenn man ihr politisches Selbstverständnis und die politische Gesamthaltung des Sonntagsblattes mitberücksichtigt. Sie konnten nicht einmal klar erkennen, daß die bürgerliche und bäuerliche Bevölkerung bei der Wahl die aus Deutschnationalen, Stahlhelm und Reichslandbund bestehende Kampffront Schwarz-Weiß-Rot bevorzugen sollte, deren Vertreter bereits zu diesem Zeitpunkt mehr und mehr von ihren nationalsozialistischen Bundesgenossen ausgespielt und in Einzelfällen sogar schon terrorisiert wurden.

Das „Erschrecken“<sup>109</sup> über das Ausmaß des Terrors und

<sup>104</sup> Kasseler Sonntagsblatt vom 5. 2. 1933. <sup>105</sup> Ebenda. <sup>106</sup> Ebenda.  
<sup>109</sup> Siehe zitierten Text des Gebetes vom 5. 3. 1933.

<sup>107</sup> Siehe Zitat Anm. 105. <sup>108</sup> Kasseler Sonntagsblatt vom 29. 1. 1933.

der Willküraktionen mag das Kasseler Sonntagsblatt bewegt haben, allgemeine, mit Bibelzitat illustrierte Aussagen über Recht, Unrecht und Gerechtigkeit zum ausschließlichen Gegenstand der direkt neben dem Gebet stehenden religiösen Sonntagsbetrachtung zu machen. Darin hieß es, Christus habe gelehrt, daß man sich wegen erlittenen Unrechts nicht zu „Unrechtem verleiten lassen“ dürfe. Dies ist in zweierlei Weise deutbar. Es könnte gemeint sein, daß das nationalsozialistische Unrecht nicht zum gewaltsamen Widerstand gegen die Nationalsozialisten und die pervertierte staatliche Gewalt berechtige. Zum anderen könnte es auch eine Mahnung an die Nationalsozialisten sein, sie sollten erlittenes Unrecht, d. h. was das Sonntagsblatt als den Nazis zugefügtes Unrecht verstand, nicht mit Unrecht vergelten. Vielmehr sei es die Pflicht des Staates und der Bürger, das Recht zu wahren und dem Unrecht zu wehren. Das Sonntagsblatt bestritt dem entstehenden NS-Staat nicht seine Legitimität, indem es klarstellte: „Der Obrigkeit zu helfen, daß im Volke das Recht erhalten, dem Unrecht gewehrt wird, ist jeder einzelne Landesbewohner mitverpflichtet. Aber er ist auch verpflichtet, die Obrigkeit ernst an ihre Aufgabe zu erinnern, wenn sie selbst Unrecht tut oder dem Unrecht, das unter ihren Augen geschieht, nicht entschieden und unparteiisch entgegentritt“. Das war eine deutliche Mahnung, aber kein Aufruf zum Widerstand, sondern eher zur Anerkennung des sich herausbildenden NS-Regimes, von dem das Sonntagsblatt jedoch die Einhaltung zumindest formeller rechtlicher Regelungen verlangte. Im Grunde wollte sich das Sonntagsblatt mit dieser Aussage absichern, denn es war klar, daß die Nationalsozialisten trotz der allgemein gehaltenen, religiös eingekleideten Argumentation sehr wohl erkannten, was gemeint war. Das lag in der Absicht des Sonntagsblattes. Denn sogar in der NSDAP und unter ihren führenden Persönlichkeiten mehrten sich die besorgten Stimmen gegen willkürliche Terrorakte, privat motivierte Vergeltungs- und Bereicherungsaktionen, durch die das Bürgertum erschreckt und sogar der Schein der Legalität in der Entwicklung zur Alleinherrschaft in Frage gestellt wurde. Die oberste SA- und SS-Führung von Hessen und Hessen-Nassau traf Anordnungen, nach denen Angehörige der SA und SS, die nicht als Hilfspolizei eingesetzt waren, keine Verhaftungen mehr vornehmen durften und die Verhafteten der Polizei zu übergeben waren. Nach diesen disziplinierenden Maßnahmen verringerte sich zwar nicht die politische Verfolgung in Kassel, aber die Maßnahmen erfolgten etwas gezielter, mehr organisiert und kontrolliert.<sup>110</sup>

Es sei dahingestellt, ob das Kasseler Sonntagsblatt diese Scheinlegalität, in der Unrecht als Recht galt, als ausreichend erachtete. Formal genügten die Nationalsozialisten, spätestens als Hitler die „nationale Revolution“ für beendet erklärt hatte, den im Sonntagsblatt erhobenen Anforderungen, zumal der öffentliche Terror aufhörte. Da so reagiert wurde, wie es das Sonntagsblatt angemahnt hatte, bedeutete seine Stellungnahme nur ein begrenztes Wagnis, das die Tagespresse nicht einzugehen wagte oder eingehen wollte. Diese hatte nicht die Möglichkeit, in religiöser Verschleierung Stellung zu beziehen, was jedoch bald nicht mehr möglich war, wie das Vorgehen der Nationalsozialisten gegen den Sonntagsbrief des Bärenreiter-Verlages veranschaulicht. Außerdem ist der Zeitpunkt zu berücksichtigen, zu dem diese Stellungnahme erfolgte; nämlich direkt vor den Märzahlen 1933 und vor dem Ermächtigungsgesetz, als noch eine gewisse Zurückhaltung – den verbündeten – politischen Exponenten des Bürgertums gegenüber erforderlich erschien. Weiterhin ist zu beachten, daß der Verlag des Kasseler Sonntagsblattes die Nationalsozialisten bereits vor der Machtübernahme materiell und publizistisch unterstützt hatte. Er konnte daher, wie auch später, mit der Unterstützung nationalsozialistischer Funktionäre rechnen. Die mahnende Stellungnahme des Kasseler Sonntagsblattes wurde jedenfalls von der NS-Führung nicht als feindseliger Akt gewertet. Berücksichtigt man alle genannten Gesichtspunkte, so muß man schließen, daß das Kasseler Sonntagsblatt nicht nur aus taktischen Gründen, sondern aus subjektiver Überzeugung beanspruchen konnte, seine Stellungnahme sei im Interesse und aus dem politisch-moralischen Selbstverständnis der entstehenden neuen staatlich-politischen Ordnung und der sie tragenden Kräfte heraus erfolgt. Denn der moralisch-religiöse Sinn des folgenden Satzes schließt den politischen nicht aus, sondern macht ihn geradezu selbstverständlich, wenn es heißt: „Jeder von uns hat die Aufgabe, an seinem Teile mitzuhelfen, daß die Rechtsordnung auf unserer Erde bestehen bleibt und daß nicht schlechte, innerlich hemmungslose Menschen tun und lassen können, was sie nach ihren bösen Trieben und Leidenschaften wollen“.<sup>111</sup> Dies richtete sich nicht gegen den Nationalsozialismus, sondern gegen einzelne SA- und SS-Leute, die, so wie das Kasseler Sonntagsblatt den Nationalsozialismus wegen seiner politischen Grundhaltung verstehen mußte, dem politisch-moralischen Anspruch der „nationalen Bewegung“ schaden. Und das umso mehr, wenn diese dagegen nicht energisch einschritt. Als dann tatsächlich eingeschritten wurde, erfolgte es mit der

<sup>110</sup> Wilhelm Frenz: Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel 1922 bis 1933. In: Hessen unterm Hakenkreuz. Hg. von Eike Hennig, Frankfurt 1983, S. 96 f. <sup>111</sup> Kasseler Sonntagsblatt vom 5. 3. 1933.

Konsequenz einer im Gewande des Rechts auftretenden dauernden Institutionalisierung des Unrechts.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß solche Kräfte, wie etwa das Kasseler Sonntagsblatt, die aus Überzeugung den Aufbau des neuen politischen Systems mittrugen, zumindest einen Teil dieses Unrechts als rechtmäßig begriffen. Es ist kaum verständlich, aber überall dort nachweisbar, wo kein allgemeiner politisch-rechtlicher Grundkonsens besteht oder Antikommunismus die Urteilskraft trübt, daß pflichtbewußte, sich als Christen verstehende honoräre Bürger militante Feinde der Juden, Sozialdemokraten, Gewerkschaften, der Demokratie und einer allgemeinen Liberalität sein konnten, und es für rechtens hielten, wenn die Exponenten ihrer Feindbilder notfalls mit Gewalt ausgeschaltet wurden, sofern diese Gewalt als rechtmäßig im Dienste einer Rechtsordnung galt. Viele Anhänger des Nationalsozialismus begriffen dessen Rechtsgehalt annehmende und in staatliches Handeln überführten politischen Ziele als Überwindung eines von ihnen als politisch-moralisch und ethisch negativ erachteten Systems, das der Immoralität, dem Unrecht, der „Hemmungslosigkeit“, den „bösen Trieben und Leidenschaften“<sup>112</sup> angemessen gewesen sei und sie begünstigt habe. Liberalismus, Sozialismus und Kommunismus galten ihnen nicht als Irrwege, mit dem man sich ausschließlich mit politischen Mitteln auseinanderzusetzen habe, sondern einfach als Ursprung des Schlechten, so wie Juden als von Natur aus schlecht angesehen wurden, insbesondere im Selbstverständnis des antisemitischen Rassismus. Einzelnen Sozialdemokraten billigte das Kasseler Sonntagsblatt durchaus eine „ehrenhafte“ Gesinnung zu, die jedoch nicht zum Tragen gelangen könne, weil „in der Leitung der sozialdemokratischen Partei der jüdische Einfluß vorherrschend“ sei.<sup>113</sup> Diese Einschätzung erfolgte nicht nach der Machtübernahme, sondern unmittelbar vorher. Wenn also der Nationalsozialismus die Gewerkschaften, die SPD, die KPD und die Reste der staatlichen Ordnung der Weimarer Republik sowie den angeblichen Einfluß der Juden ausschaltete, so geschah das nach dem Verständnis einer Zeitung wie des Kasseler Sonntagsblattes durchaus im Sinne einer auch mit christlichem Anspruch gedeuteten, allgemeine Gültigkeit beanspruchenden „Rechtsordnung“.

Allerdings sollte dabei „streng rechtlich“ vorgegangen werden und nur diejenigen mit Mitteln des Rechts zur Verantwortung gezogen werden, die sich „schuldig“ gemacht hatten. Das heißt vom Standpunkt des Kasseler Sonntagsblattes aus war es unrechtmäßig, wenn Sozialdemokraten, Kommunisten oder Juden nicht nach einem

formalrechtlichen Verfahren festgenommen und in vielen Fällen mißhandelt wurden. Das Kasseler Sonntagsblatt und viele Angehörige des Bürgertums, jedoch sogar Vertreter der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, konnten sich nichts anderes vorstellen, als daß nach Beendigung des willkürlichen, öffentlichen Terrors wieder „normale“ Verhältnisse und Rechtssicherheit entstehen würden – wenn auch unter Einschränkung der liberalen Freiheitsrechte. Aber an diesen Rechten war den politisch rechtsstehenden Kritikern der Weimarer Republik ohnehin nie gelegen. In ihnen sahen sie die Voraussetzung und die Ursache für vieles, was sie als politisch, geistig-kulturell und moralisch minderwertig oder – nach ihrem Sprachgebrauch – als „zersetzend“, „ungesund“ und „schädlich“ für ein angebliches Wohl des Volkes begriffen.

Immoralität und Terror wurden nicht als Wesensmerkmale des NS-Regimes erkannt. Die bürokratische Steuerung aller Lebensbereiche, das Ineinandergreifen von Justiz und verwaltungsmäßig organisierter Überwachung und Verfolgung waren weniger sichtbar, aber wirksamer als die offene, zum Teil unkontrolliert ausgeübte Gewalt am Anfang des NS-Regimes. Wichtig für eine Zeitung wie das Kasseler Sonntagsblatt war, daß alles „seine Ordnung“ hatte, etwa der Judenboykott am 1. April 1933. Von einer traditionell antisemitisch orientierten Zeitung war zu einem Zeitpunkt, als ihre politischen Ziele verwirklicht wurden, nichts anderes zu erwarten, wenn man ihr auch nicht ohne exakten Nachweis unterstellen kann, sie habe die in aller Öffentlichkeit vollzogenen Gewaltakte gegen die Juden gebilligt.

Das Kasseler Sonntagsblatt stand nicht unter direkt ausgeübtem Zwang, wenn es Beiträge etwa mit dem Tenor veröffentlichte: „Bauern, meidet den Handel mit Juden“.<sup>114</sup> Ebenso wenig dürfte es auf Zwang zurückzuführen sein, wenn die christliche Wochenzeitung bereits 1933 für ein Publikum, das weit über Kassel und den hessischen Raum hinausreichte, ausführlich über Aktivitäten der Nationalsozialisten berichtete, die nur für einen speziellen, eingeschränkten Adressatenkreis, jedenfalls für die wenigsten Leser des Kasseler Sonntagsblattes, von Interesse sein konnten, zum Beispiel die Vorankündigung eines Vortrages des „Leiters des Aufklärungsamtes für Bevölkerungspolitik und Rassenpflege“ vor dem „nationalsozialistischen Deutschen Ärztebund“. Das Sonntagsblatt berichtete darüber hinaus ausführlich über den mit einem Portraitfoto illustrierten Lebenslauf und über die Parteikarriere des NS-Ärztfunktionärs.<sup>115</sup>

<sup>112</sup> Ebenda. <sup>113</sup> Kasseler Sonntagsblatt vom 29. 1. 1933. <sup>114</sup> Kasseler Sonntagsblatt vom 3. 9. 1933. <sup>115</sup> Kasseler Sonntagsblatt vom 10. 9. 1933.

In der Frage des Kirchenkampfes bezog das Kasseler Sonntagsblatt nicht ausdrücklich die Position der „Deutschen Christen“. Es hätte sonst zum eigenen Schaden einen Keil in seine Leserschaft getrieben, die in ihrer Mehrheit wie wahrscheinlich auch die Verlagsleitung den Totalitätsanspruch des NS-Regimes auf die Organisation der evangelischen Kirche und die Glaubensinhalte abgelehnt haben dürfte. Das Kasseler Sonntagsblatt veröffentlichte jedoch zahlreiche ausführliche Stellungnahmen aus dem Bereich der evangelischen Kirchen, die ganz im Tonfall des Regimes abgehalten waren und christliches Wollen auf die Ziele und das Handeln des Regimes verpflichteten. Hierbei wurde eine Übereinstimmung zwischen dem bisherigen Engagement für kirchliche Ziele und für politische Ziele des NS-Regimes behauptet, was jedoch nicht recht glaubhaft ist und den Nationalsozialisten nicht akzeptabel erscheinen konnte, denn die Argumentation lief letztlich auf den Einsatz „für die Herrschaft des (ihres) himmlischen Führers über alle Gebiete des menschlichen und völkischen Lebens“<sup>116</sup> hinaus. Anders als der Sonntagsbrief des Bärenreiter-Verlages bezog das Kasseler Sonntagsblatt nicht einmal versteckt zwischen den Zeilen Stellung gegen die nationalsozialistische Kirchenpolitik oder für die Bekennende Kirche.

Inwieweit das Sonntagsblatt auch nach der Konsolidierung der NS-Herrschaft aus Überzeugung die Positionen der Nationalsozialisten vertrat, ist nicht feststellbar. Wegen der Kontrolle der Presse wären gerade bei einer Zeitung, die schon vor dem Entstehen des Regimes offen mit den Nationalsozialisten sympathisiert und ähnliche politische Positionen vertreten hatte, abweichende Standpunkte besonders aufgefallen. Die zunehmende Durchsetzung des Sonntagsblattes mit nationalsozialistischen Inhalten und die schrittweise Verminderung der christlichen Inhalte bzw. ihre politische Indienstnahme erfolgte, spätestens nach dem Tod des langjährigen Verlegers und Herausgebers, auch infolge eines auf das Blatt ausgeübten Drucks. Damit gewann das ohnehin schon seit längerem und seit der nationalsozialistischen Machübernahme verstärkt mit politischen Inhalten durchsetzte Blatt zunehmend einen Charakter, der weder vom Verlag noch von den Lesern gewollt war. Diese Entwicklung war von den nationalsozialistischen Pressepolitikern zunächst nicht einmal beabsichtigt gewesen, weil sich die Sonntagsblätter und die christliche Presse gemäß einer Bestimmung auf rein religiöse Inhalte beschränken sollten. Die Nationalsozialisten wollten damit die ehemalige Zentrumspresse politisch neutralisieren und sie zum anderen wie die gesamte christlich orientierte Sonntagspresse für ihre Leser

uninteressant machen. Der traditionelle politische Wochenbericht des Kasseler Sonntagsblattes erfüllte eine wichtige verlegerische Funktion.

Wie bereits dargestellt, hatte auf dem Lande immer die Tendenz bestanden, daß die Bauern, die die Hälfte der Leser des Sonntagsblattes stellten, die Tageszeitungen im Sommer abbestellten. Für sie war der politische Wochenbericht eine preiswerte, wenig Mühe und Zeitaufwand erfordernde Alternative zu den politischen Nachrichten der Tagespresse, deren geringer Informationswert und deren tägliches propagandistisches Trommelfeuer nach der Gleichschaltung der Presse der Landbevölkerung erst recht den Bezug verleiteten. Obwohl sich die politischen Informationen des Kasseler Sonntagsblattes im Prinzip nicht von jenen der Tagespresse unterschieden, so waren sie doch nur eine aus redaktionellen Gründen in den Einzelheiten auf das Notwendigste verkürzte Auswahl, für die man ungleich weniger Geld und Lesezeit aufbringen mußte. Hierin sind die Gründe für das im Vergleich zum Aufschwund der Tagespresse gegenläufige Emporschnellen der Abonnements des Kasseler Sonntagsblattes zu suchen, und nicht in einer besonderen Resistenz oder im etwaigen Widerstand der Leser gegen das NS-Regime, wenn auch das Unbehagen an der täglichen Propagandafut ebenfalls eine Rolle gespielt haben dürfte. Außerdem vermittelte das Sonntagsblatt anders als die Tagespresse noch längere Zeit religiöse Inhalte.

Wenn das Regime die Sonntagsblätter auf die religiösen Inhalte beschränken wollte, so war der Grund klar. Obwohl der politische Teil der Sonntagsblätter schon aus redaktionellen Gründen nach Umfang und Ziel den nationalsozialistischen Propagandaerfordernissen nicht genügend konnte, so konnte etwaige politische Inkongruenz, und zwar gewiß nicht bei dem Kasseler Sonntagsblatt, nicht der Grund für die Anordnung sein, sich auf religiöse Inhalte zu beschränken. Da jedoch durch den Fortfall der nichtreligiösen Inhalte ein wichtiger Anreiz für den Bezug der Sonntagsblätter entfiel, so erhofften sich die Nationalsozialisten davon einen stärkeren Bezug der Tagespresse und den willkommenen Nebeneffekt einer Einschränkung der Verbreitungsmöglichkeiten christlichen Gedankenguts.

Somit war letzteres zunächst eben nicht, wie man heute glauben machen will,<sup>117</sup> der Hauptgrund für die pressepolitische Anordnung. Der langjährige Verleger und Herausgeber des Kasseler Sonntagsblattes konnte die Anordnung ebenso abwehren wie eine Einflußnahme auf die religiösen Inhalte, was wohl auf die Resonanz des Verlages bei den zentralen Berliner Stellen und auf die guten Bezie-

<sup>116</sup> Kasseler Sonntagsblatt vom 3. 9. 1933. <sup>117</sup> 100 Jahre Kasseler Sonntagsblatt, a.a.O. (97).

hungen der Verlagsleitung zu führenden Nazi-Funktionären zurückzuführen ist. Zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang die traditionelle und erst recht unter dem NS-Regime eindeutige politische Ausrichtung des Blattes sowie die Verdienste des Verlegers für das völkisch-nationalistische Lager einschließlich der frühzeitigen materiellen Unterstützung der Kasseler NSDAP durch den Verlag. Nach dem Tode des langjährigen Herausgebers und Verlegers nahmen die Nationalsozialisten folglich weniger Rücksichten, was sie den Nachfolgern sogar kundtaten, indem sie erklärten, sie hätten Versprechungen, den Charakter des Blattes nicht ändern zu wollen, nur dem Verstorbenen als Person gegeben, und sähen sich daher nicht mehr daran gehalten.<sup>118</sup> Wie bei vielen Tageszeitungen operierten sie mit der zumeist erfolgreichen Drohung, der Parteiverlag werde 51 % des Kasseler Sonntagsblattes aufkaufen, um dann die redaktionelle Linie nach Belieben ändern zu können. Zweifellos steigerte der verlegerische Erfolg des Sonntagsblattes, das daher auch seine maschinelle Ausstattung während der Nazizeit hatte nachhaltig verbessern können, die wirtschaftliche Begehrlichkeit der braunen Machthaber. Die gute wirtschaftliche und technische Situation des Kasseler Sonntagsblattes mag dazu beigetragen haben, daß es 1939 zu einem „Reichsmusterbetrieb“ erklärt wurde. Zugleich ist daraus jedoch auch zu ersehen, wie schwierig es ist, eindeutige Aussagen über das Verhältnis des Verlages zu den Nationalsozialisten zu machen. Denn hätten sie den Verlag schädigen und ausschließlich unter Druck setzen wollen, wäre diese Auszeichnung nicht vergeben worden.

Das Verhältnis der Nationalsozialisten zu dem Kasseler Sonntagsblatt ist ein treffliches Beispiel für den allgemeinen, das NS-Regime kennzeichnenden Sachverhalt: daß sich oft verschiedene Einflüsse und Maßnahmen überkreuzten und im Widerspruch zueinander standen. Die Zeitung hat bis zu ihrer kriegsbedingten Einstellung im Spätsommer 1944 Fürsprecher unter nationalsozialistischen Funktionsträgern gehabt, vor allem den Verlagsleiter des Gauverlages und Landesverbandsleiter des Reichsverbandes der deutschen Presse Schlitzberger.<sup>119</sup> Vornehmlich in Fragen der Papierzuteilung und der Einstellung der Zeitung wurde das Kasseler Sonntagsblatt entgegen späteren Behauptungen<sup>120</sup> vergleichsweise bevorzugt behandelt. Sein Seitenumfang verminderte sich trotz der Papierknappheit nicht im gleichen Maße wie bei der Tagespresse, was nicht allein daran gelegen haben kann, daß es als Wochenzeitung wesentlich weniger Papier benötigte.

Als in Kassel kriegsbedingt alle Tageszeitungen mit der Kurhessischen Landeszeitung zusammengelegt waren, konnte das Kasseler Sonntagsblatt immer noch als selbständiges Presseorgan eines Privatverlages erscheinen. Dies wäre gewiß nicht der Fall gewesen, wenn man es als „das heuchlerische Pfaffenblatt, das die Aufbauarbeit des Führers gefährdete“<sup>121</sup> hätte vernichten wollen. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die Nationalsozialisten mit dem Sonntagsblatt jene Bevölkerungsteile propagandistisch erreichen wollten, die zum Kauf der Tagespresse nicht bereit waren und es als Alternative nutzten. Das setzte jedoch eine Änderung des redaktionellen Konzeptes voraus, die zunächst schrittweise und dann 1941 radikal erfolgte. Es konnte nicht im Sinn des Regimes liegen, die knapper werdenden Mittel bevorzugt für die Verbreitung christlicher Inhalte auf Kosten der Propaganda einzusetzen. Dies war der Preis, den das Sonntagsblatt zahlen mußte, der jedoch inhaltlicher und nicht wirtschaftlicher Art war. Seit der Ausgabe vom 30. November 1941 fehlte über der üblichen Sonntagsbetrachtung die kirchliche Bezeichnung des Sonntags und der Text enthielt keine Bezüge mehr zu Bibelzitate. Was schließlich unter der allgemein gehaltenen Überschrift „Zum Sonntag“ erschien, entbehrte jeglicher religiöser Inhalte.

Gebete fehlten ebenfalls. An ihre Stelle rückten allgemein gehaltene, zumeist literarisch wertlose Sinnsprüche und Gedichte. Der Inhalt des Sonntagsblattes bestand von diesem Zeitpunkt an fast ausschließlich aus propagandistisch gestalteten Text- und Bildinformationen zu Politik und Kriegsgeschehen, wie sie in der Tagespresse üblich waren. Insofern war es auch konsequent, den Zeitungstitel inhaltlich und grafisch so zu ändern, daß er nicht mehr an die bisherige religiöse Ausrichtung des Blattes erinnerte. Seit der Weihnachtsausgabe 1941 fehlten der Untertitel „Christliches Wochenblatt für Mitteldeutschland“, ein Bildstreifen mit einem schreitenden Engel im Zentrum und eine darunter gesetzte Schriftleiste mit der Inschrift „Des Herren Wort bleibt in Ewigkeit“. Die Mitteilung an die Leser das „neue Gesicht der Titelseite“ diene der Platzgewinnung,<sup>122</sup> erscheint nicht ganz glaubwürdig, weil der Umfang des Blattes schon einige Monate zuvor verringert worden war. Außerdem wurde mit dieser Veränderung nur wenig Raum für den Text gewonnen, während die Bilder, die jetzt fast ausschließlich auf den Krieg Bezug nahmen, nach Zahl und Größe in den früheren Ausgaben des Sonntagsblattes wesentlich weniger Platz beanspruchten hatten.

<sup>118</sup> Ebenda. <sup>119</sup> Weitere Ämter: Gauamtsleiter, Stadtverordneter 1933-1945, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer bzw. Gauwirtschaftskammer, 1943/44 Gaupropagandaleiter, 1943 Geschäftsführer Gaupresseamt. <sup>120</sup> 100 Jahre Kasseler Sonntagsblatt, a.a.O. (97). <sup>121</sup> So im Rückblick der Verlag, s.o. <sup>122</sup> Kasseler Sonntagsblatt vom 4. I. 1942.

## Fazit: Komplexität der Motive – Widerstand als Ausnahme

Das Beispiel des Kasseler Sonntagsblattes veranschaulicht, daß sogar jene Presseorgane, die wegen früher Verdienste für den Nationalsozialismus eine gewisse Berücksichtigung ihrer redaktionellen Interessen erhofften, auf die Dauer dem Totalitätsanspruch des NS-Regimes unterlagen. Das Beispiel zeigt auch, wie schwer es ist, ausgewogene Aussagen über Widerstand, Resistenz, Anpassung und freiwillige Regimetreue der Presse unter dem Nationalsozialismus zu machen. Es ist oft kaum möglich, exakt zu bestimmen, welchen Anteil ökonomische, politische oder publizistische Motive am Handeln der Beteiligten einschließlich der Nationalsozialisten hatten. Auf jeden Fall trägt das Bild, daß das NS-Regime in jenem Bereich, den es derartig unter geistiger Kontrolle hielt, seine Ziele nach Belieben hätte verwirklichen können. Denn diese Ziele waren in sich zum Teil widersprüchlich, so wie die Träger nationalsozialistischer Herrschaft nicht alle am gleichen Strang zogen, sondern ihre Maßnahmen oft ge-

genseitig unterliefen und neutralisierten. Das gab auch der Kasseler Presse trotz aller Kontrolle und Zugriffsmöglichkeiten des Regimes einen gewissen Spielraum, war jedoch zugleich die Ursache von Ungleichbehandlungen. Abschließend ist festzustellen, daß Resistenz, Widerstand und Verfolgung mit weitreichenden Konsequenzen ausschließlich für die Tagespresse der Sozialdemokraten und Kommunisten nachweisbar ist. In wesentlich abgemilderter Form gilt das auch für die katholische, dem Zentrum nahestehenden Presse und für den Sonderfall des Sonntagsbriefes. Die sonstige Presse unterstützte entweder von Anbeginn das NS-Regime oder verhielt sich passiv und verlor bald wie die meisten deutschen Zeitungen über die Pressefreiheit hinaus ihre Selbständigkeit. Soweit sie ihre verlegerische Selbständigkeit, zumindest bis in den Krieg hinein, erhalten konnte, wurde sie gegenüber der NS-Presse erheblich benachteiligt.

### Quellen

- Bundesarchiv Koblenz (BA), Bestand R 55
- Akten des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda
- Reichsverband der Deutschen Presse, Bestand R 103
- Staatsarchiv Marburg (StAM), Bestände R 156, R 180
- Stadtarchiv Kassel
- Nachlaß Wilhelm Batz (privat)
- Ala-Zeitungskatalog
- Kasseler Post
- Kasseler Tagesblatt
- Kasseler Neueste Nachrichten
- Kurhessische Landeszeitung
- Der Sturm
- Hessische Volkswacht
- Kasseler Volksblatt
- Neue Arbeiterzeitung
- Hessischer Kurier
- Kasseler Sonntagsblatt
- Der Sonntagsbrief
- Zehn Jahre Bärenreiter-Verlag Kassel 1924 – 1934. Kassel 1934
- Eintausend Bärenreiter-Ausgaben. Gesamtverzeichnis 1936. Kassel 1936
- Bärenreiter-Chronik. Die ersten fünfzig Jahre 1923 – 1973. Kassel, Basel, Tours, London 1973

## Darstellungen

- Karl-Dietrich Abel: Presselenkung im NS-Staat, Berlin: Spiess 1968  
Norbert Frei: Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1980  
Jürgen Hagemann: Die Presselenkung im Dritten Reich, Bonn: Bouvier 1970  
Oron J. Hale: Presse in der Zwangsjacke 1933–1945, Düsseldorf 1965  
Hessen unterm Hakenkreuz, hrsg. v. Eike Henning, Frankfurt: Insel 1983  
Manfred Klüppel: „Euthanasie“ und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilanstalten Haina und Merxhausen, 3. Aufl. Kassel: Verlag Gesamthochschulbibliothek Kassel 1985  
Kurt Koszyk: Das Ende der Pressefreiheit nach dem Reichstagsbrand, in: Publizistik Jg. 5, 1960, S. 307  
Die „Machtergreifung“. Tagebuch einer Wende nach Presseberichten vom 1. Januar bis 6. März 1933, Darmstadt/Neuwied: Luchterhand 1982  
Presse in Fesseln, Berlin 1948  
Fred K. Prieberg: Musik im NS-Staat, Frankfurt am Main: Fischer 1982  
Felix Raabe: Die bündische Jugend, Stuttgart 1961  
Axel Schildt: Militärdiktatur mit Massenbasis, Frankfurt/New York: Campus 1981  
Frieda H. Sichel: Challenge of the Past, Johannesburg 1975  
Henning Storek: Dirigierte Öffentlichkeit, Opladen: Westdeutscher Verlag 1973  
Johannes Tuchel: „Kein Recht auf Leben“. Berlin: Wissenschaftlicher Autorenverlag 1984  
Karl Vötterle: Haus unterm Stern, 3. Aufl. Kassel: Bärenreiter-Verlag 1969  
Joseph Wulf: Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Frankfurt/Berlin/Wien: Ullstein 1983  
100 Jahre Kasseler Sonntagsblatt. Chronik 1879–1979, Kasseler Sonntagsblatt Druck- u. Verlagshaus Thiele & Schwarz, o.O.u.J.

Lothar Döhn

# Nationalsozialistische Kommunalpolitik am Beispiel Kassel

## Vorbemerkung

Nach einschlägigen Untersuchungen, insbesondere von Horst Matzerath,<sup>1</sup> hat es eine spezifisch nationalsozialistische Kommunalpolitik nicht gegeben. Kommunalpolitik war für den Nationalsozialismus immer nachrangig, kommunalpolitische Programme wurden offiziell nicht erarbeitet. Die Schrift des führenden NS-Kommunalpolitikers Fiehler über die „Nationalsozialistische Gemeindepolitik“ (1933) hatte keine nachhaltige politische Wirkung. – Auch nachdem sie an die Macht gekommen war, hatte die NS-Führung keine klaren kommunalpolitischen Vorstellungen und Pläne. Als eine Variante der Gleichschaltung wurden die wesentlichen Elemente der kommunalen Selbstverwaltung beseitigt. Überkommene Strukturen kommunaler Selbstverwaltung wurden zunächst übernommen und dann schrittweise zersetzt. Dabei gab es regional und lokal durchaus unterschiedliche Ausprägungen und Verläufe dieses Prozesses.

Die kommunalpolitische Praxis der Nationalsozialisten in

Kassel soll daraufhin untersucht werden, in welchem Umfang die allgemeinen Grundzüge der NS-Kommunalpolitik auch in dieser Stadt wirksam wurden und inwieweit besondere lokale Entwicklungen nachweisbar sind. Kassel ist für eine solche Untersuchung besonders geeignet, weil in dieser Stadt, die zugleich einzige nordhessische Großstadt, Sitz des Oberpräsidenten und des Regierungspräsidenten und NS-Gauhauptstadt war, Traditionen und Interessen kommunaler Selbstverwaltung, staatlicher Interventionismus und kommunalpolitische Machtbestrebungen der NS-Organisationen und ihrer Führer, insbesondere der Gauleitung, aufeinander trafen.

Grundlagen der Arbeit sind: Interviews mit Zeitzeugen, Sichtung von Aktenbeständen, Durchsicht von nationalsozialistischen und städtischen Unterlagen und Publikationen, damaligen Zeitungsveröffentlichungen und Statistiken.

## Kommunalpolitik in Kassel vor 1933

In diesem Einführungsteil werden Grundzüge und wichtige Ereignisse der kommunalpolitischen Entwicklung in Kassel während der Zeit der Weimarer Republik sowie Krise und Abbau der kommunalen Selbstverwaltung in der Weltwirtschaftskrise dargestellt.

Schon in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg erlebte Kassel ein rasches Bevölkerungswachstum, mit dem der kommunale Wohnungsbau und der Aufbau und Ausbau des städtischen Versorgungs- und Verkehrsnetzes nicht Schritt halten konnten. Der Nachholbedarf in diesen Bereichen vergrößerte sich durch die in den Kriegsjahren und der Not der Nachkriegszeit (1919 – 1924) aufgeschobenen kommunalen Investitionen. Die schwerste Belastung für die Selbstverwaltung in Kassel war sogar in der Blütezeit der Weimarer Republik, den Goldenen Zwanzigern (1924/25 bis 1928/29), die strukturelle Schwäche der städtischen Finanzen. Diese Finanzschwäche war zum geringeren Teil dadurch bedingt, daß die kommunale Finanzhoheit bei den städtischen Einnahmen durch die Erzbergersche Finanzreform beseitigt worden war und die Kasseler Haushaltspolitik durch den Regierungspräsidenten

kontrolliert wurde. Die Hauptursachen lagen aber in der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Stadt.

Die Kasseler Industrie produzierte bis in die 1920er Jahre größtenteils für die Reichsbahn (Lokomotiv- und Waggonbau), für den Heeresbedarf und für den Export. Da die staatlichen Stellen, insbesondere auch Reichswehr und Reichsbahn, sich wegen der Kriegsfolgelasten als Auftraggeber zurückhalten mußten, konnte die verarbeitende Industrie in Kassel und Umgebung durch ihre einseitige Produktionsstruktur an der Wirtschaftsbelebung ab 1924 kaum teilnehmen. Die Kasseler Industrie, insbesondere die Metallindustrie, ging immer mehr zurück. Große Werke wurden stillgelegt oder zogen durch Unternehmenskonzentration von Kassel weg.<sup>2</sup>

Kassel war seit Jahrzehnten ein beliebtes Domizil für Pensionäre und Rentner, die bis 1914 einen maßgeblichen Beitrag für den städtischen Wohlstand leisteten. Diese Bevölkerungsgruppe verlor durch die kriegsbedingte Inflation ihr Vermögen und mußte durch städtische Fürsorgeleistungen unterstützt werden.

<sup>1</sup> Matzerath, Horst: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1970. <sup>2</sup> Vgl. den Beitrag des Verfassers NS-Wirtschaftspolitik und die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung (1933–1945) in diesem Band.

Kassel stand bis zum Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise 1932 mit den Zahlen seiner Erwerbslosen, Kleinrentner und Sozialrentner – neben Breslau und Wiesbaden – an der Spitze aller deutschen Städte.<sup>3</sup>

Schon im Jahre 1927, bei günstiger Konjunktorentwicklung, begannen die städtischen Körperschaften in Kassel – mit Zustimmung der Preußischen Staatsregierung – damit, Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit auszuführen. Der Magistrat nahm Anleihen auf, vergab in großem Umfang Notstandsarbeiten für den Tiefbau und kurbelte auch den Hochbau kräftig an, um damit zugleich die Wohnungsnot in Kassel abzubauen. Mit Einbruch der Weltwirtschaftskrise, starkem Rückgang der städtischen Einnahmen und rapider Steigerung der Wohlfahrtsausgaben wurden die kommunale Auftragsvergabe und die Notstandsarbeiten mehr und mehr eingeschränkt. Im Juni 1932 erklärte der Kasseler Oberbürgermeister mit Blick auf die Stadt und den Landkreis Kassel: „Die Abwälzung

des Risikos der langdauernden Arbeitslosigkeit auf die Gemeinden ohne Bereitstellung ausreichender Einnahmequellen hat das finanzielle Rückgrat der Gemeinden zerbrochen.“<sup>4</sup> Die Stadt und verschiedene Landkreisgemeinden waren wiederholt zahlungsunfähig. Dies war die Folge gewaltig steigender Wohlfahrtsausgaben bei einschneidenden Kürzungen der Steuerüberweisungen des Reiches. Hohe Verschuldung und akute Finanznöte infolge von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsdepression machten die Stadt immer mehr von Zuweisungen des Reiches und damit verbundenen Auflagen abhängig. Die kommunale Selbstverwaltung wurde durch diese Eingriffe erheblich eingeschränkt. Durch die Notverordnungs politik wurden außerdem die Stellung des Magistrats gestärkt und die Mitbestimmungsrechte der Stadtverordnetenversammlung weitgehend beschnitten. Die kommunale Demokratie wurde schon stückweise abgebaut, bevor ihr die Nationalsozialisten den Garaus machen konnten.<sup>5</sup>

### Kommunalpolitische Aktivitäten der Kasseler NSDAP vor 1933

Das Vordringen der Kasseler Nationalsozialisten in die Kommunalpolitik hatte schon 1924 Erfolg. Über die Liste des antisozialistischen Wahlbündnisses der Rechten dem Völkisch-Sozialen Block (VSB) wurden bei der Kommunalwahl am 4. Mai 1924 drei Hitleranhänger in die Kasseler Stadtverordnetenversammlung gewählt. An ihrer Spitze Dr. Roland Freisler, der für die nächsten 8 Jahre die NSDAP-Stadtverordnetengruppe führte.<sup>6</sup> Die nationalsozialistischen Stadtverordneten leisteten den bürgerlichen Rechtsparteien lautstarke demagogische Unterstützung gegen den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Philipp Scheidemann, und es gelang mit ihrer Hilfe, ihn aus seinem Amt und aus Kassel zu verdrängen.

Die NSDAP erreichte bei der Stadtverordnetenwahl am 17. 11. 1929 mit vier Mandaten keine Fraktionsstärke und war bis 1933 auf die Unterstützung der deutschnationalen Stadtverordnetenfraktion angewiesen, damit sie Anträge einbringen konnte und nationalsozialistische Stadtverordnete in Ausschüsse und Kommissionen gewählt wurden. Für die NSDAP-Gruppe war die Stadtverordnetenversammlung weniger eine Stätte kommunalpolitischer Profilierung durch sachliche Arbeit für das städtische Gemeinwesen als vielmehr ein öffentlichkeitswirksames Feld

für allgemeinpolitische Polemik, parteiliche Selbstdarstellung und rücksichtslose Angriffe gegen politische Gegner und die Weimarer Demokratie. Das Auftreten und die politischen Anträge der NSDAP-Vertreter in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung waren oft gekennzeichnet durch offensichtliche Demagogie, inhaltliche Widersprüche, peinliche Rückzieher und üble Ausfälle gegen die linken Parteien. Im Gegensatz zu ihren Aufrufen und Forderungen nach Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation stimmte die Stadtverordnetengruppe der NSDAP gegen eine höhere Wertzuwachssteuer, mit der die Inflationsgewinne wenigstens teilweise abgeschöpft werden sollten.<sup>7</sup> Bei Abwesenheit ihres Wortführers Roland Freisler, der die Stadtverordnetenversammlung als Forum für NS-Propaganda, Schaufensteranträge und politische Provokationen zu mißbrauchen wußte, zeigte sich die NS-Stadtverordnetengruppe meist mangelhaft informiert, inhaltlich und organisatorisch schlecht vorbereitet und rhetorisch unbeholfen. Sie stimmte sogar gegen einen eigenen Antrag.<sup>8</sup> Aus den kommunalpolitischen Anträgen der NSDAP ging hervor, daß sie hauptsächlich den selbständigen Mittelstand, das Kleinbürgertum, die neuen Mittelschichten und die Ar-

<sup>3</sup> Statistisches Jahrbuch deutscher Städte 1933, Jena 1933, S. 544 f. <sup>4</sup> Stenographischer Bericht über die dritte Stadtverordnetensitzung am 27. 6. 1932, in: Gesamthochschulbibliothek und Murhardsche Bibliothek der Stadt Kassel, Hessische Abteilung. <sup>5</sup> Stenographische Berichte der ersten bis zehnten Stadtverordnetensitzung 1932 vom 29. 4. – 14. 11. 1932 (4). <sup>6</sup> Vgl. Frenz, Wilhelm: Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel 1922 – 1933, in: Hennig, Eike (Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen, Frankfurt a.M. 1983, S. 64 ff. <sup>7</sup> Stenographischer Bericht der elften Stadtverordnetensitzung am 22. 2. 1932 (4). <sup>8</sup> Vgl. z. B. Stenographischer Bericht der zwölften Stadtverordnetensitzung am 23. 3. 1932 (4).

beitslosen als ihre Klientel ansah, die politisch umworben und begünstigt werden sollte.

Die kommunalpolitischen Fehler, Ungereimtheiten und Blamagen der NS-Stadtverordnetenengruppe trugen dazu

bei, daß die politische Gefährlichkeit der Nazis von den anderen Parteien, nicht zuletzt von ihren Hauptgegner, den Sozialdemokraten und Kommunisten, unterschätzt wurde.

## **Machteroberung im Rathaus – Das Ende demokratischer Kommunalpolitik und städtischer Selbstverwaltung**

In diesem Abschnitt wird die kommunalpolitische Machtergreifung in Kassel dargestellt.<sup>9</sup>

Seit Februar 1933 begannen die NS-Machthaber in Kassel mit „Säuberungen“ in den staatlichen Behörden und bei der Polizei. Wahlkampfbehinderungen, Versammlungs-, Rede- und Presseverbote trafen nicht nur die KPD, sondern auch die Sozialdemokratie. In den Tagen nach dem Reichstagsbrand wurden viele Kommunisten und einige Sozialdemokraten verhaftet und Wahlmaterial beschlagnahmt. Nach den Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag (am 5. 3. 1933) betrieben NS-Organisationen, vor allem SA und SS, ihre ungezügelten terroristischen Machteroberungsaktionen. Trotz KPD-Verbot und antisozialdemokratischen Repressalien erzielten die beiden Parteien bei der Stadtverordnetenwahl beachtliche Stimmzahlen (KPD 7,4 %, SPD 28,3 %). Die NSDAP hatte dagegen im Vergleich zur Reichstagswahl fast 8.000 Stimmen weniger, kam auf 45,5 % und erreichte nicht die absolute Mehrheit der Stadtverordnetenmandate. Am Tag der Annahme des „Ermächtigungsgesetzes“ (24. 3. 1933) bemächtigte sich die NSDAP mit ihren Kampfverbänden SA und SS des Kasseler Rathauses. Der Oberbürgermeister wurde durch Freisler zum Rücktritt gezwungen, der bisherige Bürgermeister, 1932 zur NSDAP übergetreten, als Kommissarischer Oberbürgermeister eingesetzt. Die Sozialdemokratischen Stadträte und Beamten sowie der Vorsitzende der SPD-Stadtverordnetenfraktion wurden festgenommen, verhört und zum Teil mißhandelt.<sup>10</sup>

Die Nazibewegung gestaltete die konstituierende Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung am 30. 3. 1933 mit SA und SS zu einer großen öffentlichen Demonstration ihrer Machtergreifung in Kassel. Durch KPD-Verbot, nazistischen Terror, Verhaftungen, personelle „Säuberungen“ und Besetzung des Rathauses konnten die gewählten Stadtverordneten von KPD und SPD an dieser Sitzung

nicht mehr teilnehmen. Die 27köpfige NSDAP-Fraktion setzte mit ihrer Mehrheit und offenem Druck ihre Wahlvorschläge und Beschlüsse rücksichtslos durch. Die kommunalpolitischen Funktionen (Vorstand, Ausschüsse, Beigeordnete) wurden – bis auf wenige Ausnahmen – mit NSDAP-Leuten besetzt. Kassel wurde zur nationalsozialistischen Stadt erklärt und Adolf Hitler zum Ehrenbürger ernannt.<sup>11</sup>

Das Ziel der nationalsozialistischen Kommunalpolitik in Kassel war die „Eroberung der Macht durch Beseitigung der bestehenden Verhältnisse“. Dieses Ziel wurde ab März 1933 rücksichtslos und schnell verwirklicht. Auf die Machtergreifung im Rathaus am 24. 3. und in der Stadtverordnetenversammlung am 30. 3. folgte die „Säuberung“ des Magistrats und der Stadtverwaltung von antinazistischen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und bürgerlichen Demokraten. Die beamtenrechtlichen Probleme der „Säuberung“ wurden ab April 1933 durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (v. 7. 4. 1933) aus dem Weg geräumt. Dieses Ausnahmegesetz erlaubte ohne Rechtsweg die Entlassung von „Parteibuchbeamten“, Nichtariern und politisch Unzuverlässigen, sowie die Versetzung oder Zuruhesetzung zwecks Vereinfachung der Verwaltung und im Interesse des Dienstes. Oberbürgermeister Dr. Stadler, alle Beigeordneten (außer dem neuen Oberbürgermeister Lahmeyer), drei hauptamtliche Stadträte sowie der Polizeipräsident wurden aus ihren Ämtern entfernt und die Positionen mit Nazis besetzt.<sup>12</sup>

Die „Säuberung“ der Stadtverordnetenversammlung wurde offiziell legitimiert, als die SPD am 22. 6. 1933 zur „volks- und staatsfeindlichen Partei“ erklärt wurde. Die Staatspartei gab am 28. 6. 1933 dem Druck der NSDAP nach und löste sich selbst auf. Mit dem politischen Verfall und der Selbstauflösung der bürgerlichen Rechtsparteien und ihres Bündnisses, der Kampffront Schwarz-Weiß-

<sup>9</sup> Vgl. die ausführlichere Darstellung in: Frenz, Wilhelm: Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel 1922 – 1933 (6). <sup>10</sup> Die Machtergreifung der Nationalsozialisten in Kassel wird in diesem Band im Beitrag von Dietfrid Krause-Vilmar „Hitlers Machtergreifung in der Stadt Kassel“ geschildert. <sup>11</sup> Vgl. Niederschriften über die erste (konstituierende) Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30. 3. 1933 und die zweite Stadtverordnetenversammlung am 26. 4. 1933 (4). <sup>12</sup> Um die unzureichenden städtischen Finanzmittel nicht durch Ruhegehälter zu belasten, die die Stadt für hochbesoldete, aus den Ämtern gedrängte Magistratsmitglieder zu zahlen gehabt hätte, wurde OB Dr. Stadler erlaubt, eine leitende Position beim Hessischen Sparkassen- und Giroverband zu übernehmen, und Stadtrat Dr. Haarmann wurde als Leiter der Murhard-Bibliothek eingesetzt.

Rot, und der gesetzlichen Verankerung der NSDAP als einziger politischer Partei am 7. Juli 1933, wurde die Stadtverordnetenversammlung völlig gleichgeschaltet und mit einigen Ausnahmen nazifiziert. Ihr gehörten neben 25 NSDAP-Mitgliedern nur noch 4 ehemalige Mitglieder der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot und je ein früherer Angehöriger des Zentrums und des CSVD an.<sup>13</sup> Neuwahlen zur Stadtverordnetenversammlung wurden abgeschafft.

Kommunistische, sozialdemokratische, gewerkschaftliche und demokratische Arbeiter sowie Angestellte und Beamte in unteren und mittleren Positionen wurden einerseits aus dem städtischen Dienst entfernt, um politische Rachegelüste zu befriedigen und Oppositionelle einzuschüchtern, andererseits sollten dadurch auch Stellen für „alte Kämpfer“ freigemacht werden.

Bis Anfang 1933 hatten die Nazipolitiker SPD und Gewerkschaften „Bonzentum“ und „Futterkrippenwirtschaft“ vorgeworfen und in der Stadtverordnetenversammlung und erst recht in Wahlkämpfen aufs schärfste angeprangert. Wenige Monate später betrieben die Nazis in Kassel eine „Postenjägeri“ und „Günstlingswirtschaft“ in einem nie vorher dagewesenen Maße.

Ein eigenes kommunalpolitisches Programm hatte die NSDAP in Kassel und Kurhessen nicht. Der Vorsitzende des NS-Gauamtes für Kommunalpolitik, der frühere Gauleiter Dr. Schultz, war Gymnasiallehrer und hatte keine kommunalpolitischen Erfahrungen. Dadurch wurde die Stellung des Oberbürgermeisters und seiner Fachleute in der Kasseler Stadtverwaltung gestärkt. – Um die enge Bindung und politische Kontrolle der NSDAP-Führung gegenüber der Führung der Stadtverwaltung zu gewährleisten, wurde NSDAP-Stadtkreisleiter Schimmelpfeng dem Oberbürgermeister als Stellvertreter an die Seite gestellt. Schimmelpfeng übernahm u.a. die Zuständigkeit für das Personalamt und damit die (Vor-)Entscheidung über Einstellungen und Entlassungen.<sup>14</sup>

Durch die von der NSDAP-Fraktion durchgesetzte neue Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung war die Entscheidungskompetenz seit April 1933 weitgehend auf das Präsidium und den Geschäftsausschuß übergegangen, in denen außer führenden Kasseler Nationalsozialisten nur ein deutschnationaler Stadtverordneter ver-

treten war.<sup>15</sup> Der „beschließende Ausschuß“ übernahm die wesentlichen Funktionen der Stadtverordnetenversammlung, die immer seltener zusammenkam.

Während eine neue Deutsche Gemeindeordnung noch in Vorbereitung war, wurde die Stellung des Oberbürgermeisters gegenüber Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in Kassel wesentlich herausgehoben. Die Preußische Staatsregierung verabschiedete am 15. 12. 1933 Gesetze für eine grundlegende Änderung der Gemeindeverfassung, durch die das „Führerprinzip“ eingeführt werden sollte. Der Oberbürgermeister trug nun die „ausschließliche Verantwortung für alle Entscheidungen“. Das kollegiale System des Magistrats wurde beseitigt. Die Stadtverordnetenversammlung als Beschlußorgan wurde aufgehoben.<sup>16</sup>

Dem erfahrenen Kommunalfachmann Lahmeyer gelang es bis 1935, den NSDAP-Stadtkreisleiter und Bürgermeister so in die Arbeit der Stadtverwaltung einzubinden, daß Schimmelpfeng sich entschloß, seine Parteifunktion als Kreisleiter zugunsten seiner Bürgermeistertätigkeit aufzugeben. Schimmelpfeng und der Adjutant des Gauleiters, ein enger Bekannter Lahmeyers, halfen dem Oberbürgermeister dabei, häufige Versuche des Gauleiters Weinrich, in die Kasseler Stadtpolitik einzugreifen, aufzufangen bzw. zu vereiteln.<sup>17</sup> Die Position des Oberbürgermeisters gegenüber dem Gauleiter wurde durch die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) weiter gefestigt, die am 1. 4. 1935 in Kraft trat. Der Oberbürgermeister war nach der DGO „ausschließlich verantwortlicher Führer der Stadt“. Die Beigeordneten waren ihm eindeutig untergeordnet. Die Stadtverordneten wurden zu politisch wirkungslosen Ratsherren, Ehrenbeamte der Stadt, nicht mehr Mandatsträger. Sie wurden für 6 Jahre auf Vorschlag des Gauleiters berufen. Ihre Aufgabe war es, die dauernde Fühlung der Stadt mit allen Schichten der Bürgerschaft zu sichern, den Oberbürgermeister eigenverantwortlich zu beraten und seinen Maßnahmen in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen.<sup>18</sup> Die kommunalpolitisch machtlosen Ratsherren (Frauen waren nicht mehr darunter) ohne Initiativ-, Beschluß- und Kontrollrechte hatten in der Kasseler Bevölkerung wenig Ansehen und Resonanz.

<sup>13</sup> Vgl. Adreß- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel und des Landkreises Kassel mit 47 Ortschaften 1934, 98. Jg., Kassel 1933, S. 71. <sup>14</sup> Ebenda, S. 71–72. <sup>15</sup> Vgl. Protokoll der ersten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 30. März 1933, a.a.O. (4). <sup>16</sup> Vgl. Kasseler Post v. 31. 12. 1933, Titel „Kassel im ersten Jahre des Aufstiegs“. <sup>17</sup> Aussagen von Minna Bähr, ehemalige Sekretärin von OB Lahmeyer und von Stadtrechtsrat a.D. Dr. Schäfer gegenüber dem Verfasser. <sup>18</sup> Vgl. Deutsche Gemeindeordnung § 48 und Kasseler Neueste Nachrichten v. 28. 3. 1935.

## Altstadtsanierung – ein kommunalpolitischer Schwerpunkt

Wie schon vor der NS-Herrschaft stand die Kasseler Kommunalpolitik vor den Herausforderungen, unter dem Druck der „leeren Kassen“ den Stadthaushalt auszugleichen, durch Notstandsarbeiten die Erwerbslosenzahl zu verringern und, soweit wie möglich, durch städtische Bauaufträge das lokale Gewerbe zu unterstützen und die wachsende Wohnungsnot einzudämmen. Diese Aufgaben konnten nur dann wirksam angegangen werden, wenn es gelang, die städtischen Finanzen zu sichern, das Schuldenproblem zu lösen und die Arbeit der Stadtverwaltung vor wiederholtem Personalaustausch durch „Säuberungsaktionen“ zu bewahren. – Die erwartete Entlastung und Stabilisierung der städtischen Finanzen wurde ab September/Oktobre 1933 durch die Umschuldung der kurzfristigen Schulden (mit langfristiger Tilgung) erreicht. So sollte die Stadtverwaltung die Möglichkeit erhalten, „ihre ursprüngliche Stellung als Auftraggeber im Rahmen der Gesamtwirtschaft wieder einzunehmen“ und den „umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit“ zu unterstützen. Zugleich wurde aber die finanzielle Bewegungs- und Handlungsfreiheit der Stadt erheblich eingeschränkt. Neue Kredite durften bis zum 31. 3. 1935 nicht aufgenommen werden.<sup>19</sup> Die Befugnisse der Kommunalaufsicht beim Regierungspräsidenten wurden erweitert.

Die gesetzliche Änderung der Arbeitslosenhilfe bewirkte, daß die kommunale Arbeitsbeschaffung durch Notstands- und Fürsorgearbeiten günstig für die städtischen Finanzen war. Im Rahmen der Arbeitsbeschaffung wurden städtische Projekte mit öffentlichen Mitteln gefördert, damit wurden zugleich die Arbeitslosigkeit vermindert, die Belastung aus der Erwerbslosenfürsorge gesenkt und die Steuereinkünfte erhöht.<sup>20</sup>

Die nationalsozialistischen Beiträge zur Kasseler Kommunalpolitik bestanden zunächst darin:

- 1) den Preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring zum Kasseler Ehrenbürger zu machen und einige Straßen und Plätze nach Nazigrößen umzubenennen.<sup>21</sup>
- 2) beim Stadtgesundheitsamt ein Rasseamt einzurichten. Dieses Rasseamt erfaßte karteimäßig alle Schulkinder nach „erbbiologischen und rassischen Grundsätzen“ und prüfte, daß Ehestandsdarlehen nur an „erbtüchtige Brautpaare“ abgegeben wurden.<sup>22</sup>

- 3) den Ausschluß „jüdischer“ Händler von Kasseler Messen und Märkten anzuordnen.<sup>23</sup>

Ende September 1933 wurde in einer gemeinsamen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung mit Gauleiter Weinrich beschlossen, in der Altstadt durch Abbruch von Hintergebäuden eine Parallelstraße zur Marktgasse zu schaffen. Damit wurden frühere Planungen für eine Sanierung der Altstadt wieder aufgegriffen. Seit Mitte der 1920er Jahre hatte die Kasseler Stadtverwaltung begonnen, die Wohnverhältnisse in der Kasseler Altstadt zu verbessern.

Die Vordergebäude der rechts und links der Fulda gelegenen Altstadt stammten größtenteils aus dem späten Mittelalter. Durch den Festungscharakter der Stadt waren in den folgenden Jahrhunderten zahlreiche mehrgeschossige Hinter- und Seitengebäude auf den Hof- und Innenflächen an die Vorderhäuser angebaut worden. So entstand eine sehr dichte, enge und ungeordnete Bebauung mit vielen Klein- und Kleinstwohnungen, denen es oft an Licht, Luft und Sonne mangelte. – Die Altstadt war seit dem schnellen Bevölkerungswachstum Kassels im 20. Jahrhundert zu dicht bevölkert. Dort lebten rd. 24.000 Menschen in rd. 7.500 Wohnungen, oft beengt, ohne eigenes WC und meist ohne Bad. Viele der jahrhundertealten Häuser und Wohnungen waren instandsetzungsbedürftig.

Ab 1926 hatte die Stadtverwaltung mit der Altstadtsanierung angefangen. Das Ziel war die Verbesserung der Wohnbedingungen für die Bevölkerung. Innenblöcke von Altstadtvierteln wurden aufgelockert, indem Hinter- und Nebengebäude mit etwa 300 gesundheitsschädlichen Wohnungen ganz oder teilweise abgebrochen wurden. Die Wohnverhältnisse für mehrere hundert Bewohner wurden verbessert, ihre Wohnungen wurden instandgesetzt, ausgebaut und renoviert. Bis zur Wirtschaftskrise, die weitere Sanierungsmaßnahmen verhinderte, wendete die Stadt Kassel für die Altstadtsanierung rd. eine halbe Million RM auf.<sup>24</sup>

Bei den im Mai 1934 unter der Losung „Altstadtsanierung“ in Kassel anlaufenden Abbrucharbeiten standen aber andere Ziele im Vordergrund als die Verbesserung der Wohnverhältnisse. Stadtverordnetenvorsteher Lenge mann begründete die Notwendigkeit von zwei Straßendurchbrüchen vom Altmarkt aus zum Martinsplatz und zum Marstaller Platz und sagte, damit würden Möglich-

<sup>19</sup> Vgl. Gemeindeumschuldungsgesetz v. 21. 9. 1933. Die kurzfristigen Schulden der Stadt wurden in 4%ige Anleihen umgewandelt, die ab 1936 mit 3% zu tilgen waren. Wenn Gläubiger die Umschuldungsangebote ablehnten, wurden die Forderungen für 5 Jahre gestundet und die Verzinsung ausgesetzt. Erst ab 1939 wurden die Zinsen – ohne Zinseszins – nachgezahlt. <sup>20</sup> Vgl. Gesetz zur Änderung der Arbeitslosenhilfe v. 22. 9. 1933. Dadurch wurde u.a. die Krisenfürsorge von der Kommune auf die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übertragen. Die Höhe der Erwerbslosenfürsorge wurde für ein halbes Jahr begrenzt. <sup>21</sup> Hermann Göring wurde am 6. Mai 1933 Ehrenbürger der Stadt Kassel, vgl. Adreß- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel 1934, a.a.O. (13). <sup>22</sup> Vgl. Kasseler Post v. 10. 9. 1933. <sup>23</sup> Vgl. Kasseler Post v. 16. 9. 1933. <sup>24</sup> Vgl. Akten betreffend Altstadtsanierung Kassel Bd. 1. (Mai 1934 – Febr. 1939), Rechnungshof des Deutschen Reichs II B – Registratur, WO. 1063 Prüf.

keiten geschaffen, die Bevölkerung bei Luftangriffen zu schützen.<sup>25</sup> Auch die Kasseler Post stellte fest, daß die Sanierungsplanung „auf der Linie reiner Arbeitsbeschaffung und des Luftschutzinteresses“ lag.<sup>26</sup> Aus der Sicht der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten (Öffa), die den „Freiheimer Durchbruch“ (so wurde der Straßendurchbruch vom Altmarkt zum Martinsplatz genannt) großenteils mitfinanzierte, handelte es sich „ursprünglich mehr um die Lösung eines Verkehrsproblems – Entlastung enger und unübersichtlicher Stadtstraßen und Schaffung eines direkten Zugangs zur Fuldabrücke“.<sup>27</sup> Der ‚Rechnungshof des Deutschen Reiches‘ stellte dementsprechend fest, das Gebiet des Freiheimer Durchbruchs sei wohl nicht „das für eine Altstadtsanierung dringendste Arbeitsgebiet“ gewesen, weil die Wohnverhältnisse in anderen Gebieten der Altstadt schlechter waren. Außerdem wurden für den Straßendurchbruch eine Reihe Vorderhäuser völlig oder zum Teil abgerissen, die erhaltungsfähig oder nicht einmal sanierungsbedürftig waren.<sup>28</sup>

Ein städtischer Finanzierungsbeitrag für die Straßenbremsche durch die Altstadt war das sogenannte Stadtnotopfer, das den Kasseler Einwohnern 1933/34 als steuerähnliche Abgabe auferlegt worden war, angeblich um damit einen teilweisen Ausgleich für die im Frühjahr 1933 heruntergedrückten Wohlfahrtsunterstützungen zu schaffen. Aus dem Stadtnotopfer wurden rd. 240.000 RM für den Freiheimer Durchbruch aufgebracht.<sup>29</sup>

Für den Straßendurchbruch mußten 300 Wohnungen geräumt werden, in denen ca. 1.000 Personen lebten. Wegen

der Wohnungsnot in Kassel waren für die von der Räumung Betroffenen keine Ersatzwohnungen vorhanden, sie mußten in Notwohnungen und Baracken „vorläufig untergebracht“ werden.<sup>30</sup>

Der Freiheimer Durchbruch wurde nach zweijähriger Bauzeit im Mai 1936 fertiggestellt und als gewaltige nationalsozialistische Aufbauleistung mit großem Aufwand an Propaganda und öffentlicher Repräsentation feierlich eingeweiht.

Für die weiteren Sanierungsmaßnahmen, die nicht mit dem Freiheimer Durchbruch zusammenhängen, mußten 1.200 Wohnungen freigemacht werden.<sup>31</sup> Sie erstreckten sich „in der Hauptsache auf eine Auflockerung und eine Auflichtung der allzu dichten Bebauung der Höfe und Innenflächen“ (Entkernung). Die sanierungswerten Häuser wurden „unter Erhaltung des äußeren, historischen Straßenbildes und, soweit möglich, unter Erhaltung wertvoller architektonischer Teile, gründlich instandgesetzt“ und die Wohnungen modernisiert.<sup>32</sup> – Die Sanierungsarbeiten verzögerten sich durch die Schwierigkeiten bei der „Unterbringung der aus dem Sanierungsgebiet auszusiedelnden Personen“ und „weil sich teilweise infolge der in der Zwischenzeit eingetretenen allgemeinen Wirtschaftsbelebung und der im Zusammenhang mit den Rüstungsbauten entstandenen regsten Bautätigkeit auch in Kassel Mangel an Baustoffen und Bau-Facharbeitern bemerkbar machte“.<sup>33</sup> Bis zur Beendigung der Sanierungsarbeiten im Jahre 1939 wurde etwa ein Drittel des alten Kasseler Stadtkerns nach dem Sanierungskonzept renoviert.

## Vergößerung und monumentaler Ausbau der Gauhauptstadt

Schon in den 1920er Jahren hatte es Verhandlungen über die Ausdehnung und Vergrößerung der Stadt Kassel durch Eingemeindung von kreisangehörigen Vororten gegeben. Diese Eingemeindungsverhandlungen wurden „allein aus politischen Gründen“ ... „von der Stadt Kassel immer wieder aufschiebend behandelt“,<sup>34</sup> „weil diese Vorortgemeinden eine stete Mehrheit von sozialistischen und kommunistischen Stimmen, also auch eine linkseingestellte Gemeindevertretung aufwiesen und die Stadt durch Hinzunahme dieser linksorientierten Wähler eine ungünstige Beeinflussung ihres Stadtparlaments in marxistischer Richtung befürchtete“.<sup>35</sup>

In der Denkschrift, mit der er den Antrag der Stadt Kassel begründete, die Vororte Waldau, Niederzwehren, Oberzwehren, Nordshausen, Harleshausen und Wolfsanger einzugemeinden, argumentierte der Oberbürgermeister hauptsächlich mit militärischen und polizeilichen Gründen sowie mit der Beschaffung von Siedlungsland für die Bevölkerung, die aus Kasernen, Fabrikgebäuden und dem Sanierungsgebiet der Altstadt ausquartiert werden mußte. Militärische Gründe:

– „Ein feindliches Flugzeuggeschwader wird die Stadt und ihre Randgemeinden zusammen stets als „die Stadt Kassel“ ansprechen. Aus diesem Grunde hat der Regie-

<sup>25</sup> Vgl. Kasseler Post v. 28. 9. 1933. <sup>26</sup> Kasseler Post v. 21. 10. 1934, Sonderbeilage, Titel „Hessen und Kassel im Verkehr der Zukunft“. <sup>27</sup> Vermerk über Öffaprüfung Stadt Kassel, in: Akten betr. Altstadtsanierung, Kassel s. Anm. 24. <sup>28</sup> Ergebnisbericht der Nachprüfung der Verwaltung und Verwendung der für die Altstadtsanierung in Kassel bereitgestellten Reichsmittel, in: Akten betr. Altstadtsanierung Kassel, s. Anm. 24. <sup>29</sup> Ebd. <sup>30</sup> Vgl. Denkschrift (des OB der Stadt Kassel) betr. die Eingemeindung der Vororte, in: Stadtarchiv Kassel A 1.01.10. <sup>31</sup> Ebd. <sup>32</sup> Ergebnisbericht der Nachprüfung ..., s. Anm. 28. <sup>33</sup> Ebd. <sup>34</sup> Denkschrift (des OB der Stadt Kassel) betr. die Eingemeindung der Vororte, a.a.O. (30). <sup>35</sup> Gegenerklärung (des Landrats des Kreises Kassel, Dr. Schultz) zur Denkschrift der Stadt Kassel betr. Eingemeindung verschiedener Vorortgemeinden des Landkreises Kassel in das Stadtgebiet, S. 2, in: Stadtarchiv Kassel A 1.01.

rungspräsident bereits durch Verfügung vom 21. Dezember 1933 das Gebiet der Stadt Kassel und seiner Randgemeinden zum „Gebiet des Luftschutzortes Kassel“ bestimmt.<sup>36</sup> „Die Reichswehr hat diese Regelung ganz besonders begrüßt (in Ihringshausen ist die Munitionsanstalt, in Niedierzwehren befinden sich Reichswehrkasernen und die Funkstationen, bei Waldau ist der Flugplatz und in dem südwestlichen Gebiet von Kassel und in den Gemarkungen Nordshausen, Oberzwehren, Niedierzwehren befindet sich der in Kürze in Benutzung zu nehmende große Truppenübungsplatz).“<sup>37</sup>

- „Eine intensivere Bebauung des Geländes zwischen den Eisenbahnausbesserungswerken und den Fabrikanlagen der Firma Henschel wird aus Gründen des Luftschutzes nicht zugelassen werden können. Gleis- und Fabrikanlagen werden im künftigen Luftkrieg gesuchte Angriffsobjekte sein. Eine Zulassung der Bebauung würde damit die Bewohner den schwersten Gefahren aussetzen.“<sup>38</sup>

Polizeiliche Gründe:

„... der Flugplatz Waldau ... erhält nach Inbetriebnahme der Reichsautobahn eine ganz besondere Bedeutung. Auch der Umstand, daß in den nächsten Jahren wichtige, größere Industrien von Westdeutschland ... nach Kassel und in seine nächste Umgebung übersiedeln sollen ... wird dazu beitragen, den Flugverkehr und, hiermit verbunden, den Kraftwagenverkehr noch mehr zu steigern. Nach der gegenwärtigen Raumeinteilung werden die Industrien zwangsläufig in der Gemarkung von Niedierzwehren untergebracht werden müssen.

Ferner werden Spionage und Kriminalität zunehmen. (...) Die polizeilichen Aufgaben von Wichtigkeit und die, bei denen schnelles Einschreiten nötig ist, werden schon jetzt praktisch von Kassel gelöst. (...) Diese Tatsachen erfordern, den jetzigen Bereich des Ortspolizeibezirks um 9 Randdörfer zu erweitern. Dann nur wird es möglich sein, den verkehrs- und sicherheitspolizeilichen Belangen ... vollauf Rechnung zu tragen und auf dem Gebiet der Werkspionage und des Luftschutzes diejenigen Maßnahmen mit Erfolg zu betreiben, die im Interesse einer wirksamen Landesverteidigung mit notwendig sind.“<sup>39</sup>

Siedlungspolitische Gründe:

„Das zur Besiedlung verbleibende Gelände reicht zur Deckung des vorhandenen und zu erwartenden Flächenbe-

darfs nicht mehr aus. (...) der Flächenbedarf der Stadt (hat) sich durch den städtebaulichen und industriellen, sowie reichswehr-fiskalischen Bedarf gerade im letzten Jahre außerordentlich erhöht. (...) Klein- und Kleinstsiedlungen, Industrien und Kasernen stellen die Stadt vor Aufgaben, denen sie mit ihrem heutigen Raumvorrat nicht gewachsen ist.“<sup>40</sup>

In seiner Gegenerklärung zur Kasseler Denkschrift nannte Landrat Dr. Schultz, zugleich Gauamtsleiter für Kommunalpolitik, die Eingemeindungspolitik der Großstädte „ungesund“. Er kritisierte die „gewaltsame Loslösung der Bevölkerung aus ihren bisher ländlichen Beziehungen“. Die Abgrenzung des Kreises Kassel begründete er mit „den historisch gewordenen Verhältnissen, den Bedürfnissen ... und dem einmütigen Willen der Bevölkerung“. Im Sinne der NS-Ideologie hielt er dem Eingemeindungsbegehren entgegen; „Die Beurteilung der Umgemeindungsnotwendigkeit muß der fundamentale Grundsatz vorangestellt werden, der allein jedes nationalsozialistische Handeln zu bestimmen hat:

**„Gemeinnutz geht vor Eigennutz“.**

Das früher so oft bei Eingemeindungsfragen angewandte liberalistisch-kapitalistische Prinzip des Weichenmüssens des Schwächeren gegenüber dem Stärkeren hat hier auf alle Fälle auszuscheiden. Die Interessengegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen großen und kleinen Gemeinden müssen im nationalsozialistischen Staate ausgeglichen werden; dieses Ziel kommt ja schon in der Vereinigung **aller** Gemeinden – einerlei, ob große oder kleine – in **einer** Interessenvertretung, nämlich im Deutschen Gemeindetag, sichtbar zum Ausdruck.“<sup>41</sup>

Das wichtigste Sachargument des Landrats gegen die Eingemeindung der sechs Vororte war, „daß die Umgemeindung von geradezu katastrophaler geldlicher Auswirkung für die betroffenen Gemeinden und den Landkreis wäre. Die Gemeinden müßten eine hohe „jährliche Mehrbelastung an Steuern und Gebühren“ aufbringen, und der Kreis ginge „45,4 % seiner Steuerkraft verlustig“.<sup>42</sup> – Wie Schultz wußte, hatte der Kasseler Eingemeindungsantrag gute Aussichten, von der Preußischen Staatsregierung genehmigt zu werden, insbesondere, weil er von der Wehrmacht und der Polizei unterstützt wurde. Der Landrat stellte deshalb den Eventualantrag, die Umgemeindung der Vororte „bis zur kommenden Reichsreform hinauszuschieben“, weil diese ohnehin „eine Neugliederung des

<sup>36</sup> Denkschrift betr. die Eingemeindung der Vororte, a.a.O. (30), S. 16 f. <sup>37</sup> Geheime Stellungnahme des Polizeipräsidenten in Kassel zu „Erweiterung des Ortspolizeibezirks Kassel“, v. 3. Sept. 1934, in: Stadtarchiv Kassel A 1.01 – zu dieser Zeit wurden die Bestimmungen des Versailler Vertrages nach außen hin scheinbar noch eingehalten, tatsächlich wurden die Remilitarisierung, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und Aufrüstung bereits eingeleitet. <sup>38</sup> Denkschrift betr. die Eingemeindung der Vororte, a.a.O. (30), S. 5. <sup>39</sup> Geheime Stellungnahme des Polizeipräsidenten, s. Anm. 37. <sup>40</sup> Denkschrift betr. die Eingemeindung der Vororte, a.a.O. (30), S. 5 und 8. <sup>41</sup> Gegenerklärung zur Denkschrift der Stadt Kassel betr. Eingemeindung, s. Anm. 30 – Ebenda, a.a.O. (35), S. 1 und 3. <sup>42</sup> Ebenda, S. 22.

Reichsgebietes" und „erhebliche Änderungen in der territorialen Abgrenzung der Wirtschaftsgebiete" bringen werden.<sup>43</sup> Für diesen Antrag versuchte er, die Unterstützung von Gauleiter Weinrich zu gewinnen. Weinrich war aber nur bereit, eine vorübergehende Zurückstellung der Eingemeindung „bis nach dem Erlaß des Gesetzes über die Entstehung des Reichsgaue" zu befürworten. Als seine Suche nach Verbündeten erfolglos blieb, resignierte Dr. Schultz, stimmte der Eingemeindung widerwillig zu und äußerte trotzig: „Da die Herauslösung verschiedener Vorortgemeinden, insbesondere der Gemeinde Niederzwehren, das selbständige Bestehen des Landkreises Kassel unmöglich mache, sei es das richtigste, den Landkreis aufzulösen und die Gemeinden benachbarten Kreisen zuzuweisen."<sup>44</sup>

### Monumentaler Ausbau Kassels zur Gauhauptstadt und zur Stadt der Reichskriegertage

Schon im Vorfeld des Gesetzes über die Neugestaltung deutscher Städte vom 5. 10. 1937, das in Gauhauptstädten eine beträchtliche finanzielle Förderung von städtischen Demonstrations- und Prestigebauten im Sinne Hitlers ermöglichte und Enteignungen sowie Entzug von Nutzungsrechten vorsah, wurden in Kassel Pläne für den Ausbau der Stadt entworfen. – Ab 1937 sollte der Aufbau Kassels zu einer repräsentativen Gauhauptstadt mit monumentalen Straßen und Gebäuden sowie einem großen Aufmarschgelände im Süden der Aue beginnen. Die Pläne des Bauamtes sahen vor, daß Kassel bis 1980 eine Stadt von 300.000 Einwohnern werden sollte. Die Wilhelmshöher Allee sollte „nach dem Architekturideal des Führers" zur „Monumentalstraße Kassels" ausgebaut werden. „Die Vorgärten werden ‚rasiert', die Straße dadurch 40 Meter breit (...) Weiträumige Platzanlagen mit monumentalen, öffentlichen Gebäuden werden die rd. 5 Kilometer lange Gerade der Wilhelmshöher Allee unterbrechen."<sup>47</sup>

Ab Sommer 1935 handelte die Stadt Kassel gegen die widerstrebenden Vorortgemeinden die vertraglichen Bedingungen für deren Eingemeindung aus. Mit Beschluß des Preußischen Staatsministeriums vom 26. 5. 1936 wurde die Eingemeindung der sechs Vororte zum 1. 6. 1936 verordnet.<sup>45</sup> – Die Stadt Kassel vergrößerte sich um rd. 22.000 Einwohner und 50 % ihres Stadtgebietes.

Um die Bewohner der eingemeindeten Vororte zu besänftigen, wurden ihnen Verbesserungen ihrer Stadtteile durch den Bau von Straßen, Kanalisation und Beleuchtungsanlagen zugesagt. Die Steuern, Abgaben und Gebühren sollten auf dem bisherigen niedrigeren Stand bleiben und erst nach 5 Jahren erhöht werden können. Vom Landkreis übernahm die Stadt eine Anzahl Angestellte und rd. 1,5 Millionen RM Schulden.<sup>46</sup>

Die Pläne und Modelle für den Ausbau der „Gauhauptstadt" Kurhessens und der „Stadt der Reichskriegertage" wurden Hitler bei seinem Besuch auf dem Reichskriegertag 1937 vorgestellt und in Düsseldorf auf der Reichsausstellung „Schaffendes Volk" in der Abteilung „Deutscher Lebensraum" ausgestellt.

Im Laufe des Jahres 1937 verschärfte sich in der Kasseler Bauwirtschaft der Mangel an Arbeitskräften, auch in der Versorgung mit Baumaterialien traten Engpässe auf. Ab 1937/38 wurden zivile Bauvorhaben mehr und mehr zurückgestellt, um mit der Errichtung militärisch notwendiger Bauten nicht in Verzug zu geraten. Die Realisierung der Ausbaupläne für Kassel blieb deshalb bis zum Kriegsbeginn in den Anfängen stecken. Verwirklicht wurden sie nicht mehr, weil Hitlerdeutschland am 1. 9. 1939 den Zweiten Weltkrieg begann. Nicht der Ausbau, sondern ungeheure Zerstörung (rd. 70 %) war für Kassel Ergebnis nationalsozialistischer Politik.

Wilhelm Frenz

<sup>43</sup> Ebenda. S. 24. <sup>44</sup> Vermerk von OB Lahmeyer v. 12. 11. 1935 über eine Besprechung verschiedener Landräte und Bürgermeister beim Kasseler Regierungspräsidenten, in: Stadtarchiv Kassel 1.01.7. <sup>45</sup> Vgl. Amtsblatt der Regierung zu Kassel, No. 23/1936, ausgegeben in Kassel, 6. Juni 1936, S. 117 f. <sup>46</sup> Vgl. Kasseler Neueste Nachrichten v. 27. 10. 1936, 1. Beilage, Titel „Die Eingemeindung vor den Gemeinderäten. Neue Aufgaben der Stadt Kassel". <sup>47</sup> Kasseler Post v. 25. 3. und 12. 9. 1937.

# Höhere Mädchenbildung im Nationalsozialismus

## Aspekte der Geschichte der Malwida-von-Meyßenbug-Schule in Kassel

Der Blick auf eine Schule im Nationalsozialismus kommt nicht umhin, Traditionen zu beleuchten, auf deren Hintergrund erst Kontinuitäten oder Veränderungen inter-

pretierbar werden, die die nationalsozialistische Herrschaft für sie bedeutete.

### Zur Geschichte der Schule vor 1933

Julie von Kästner und der Verein „Frauenbildung-Frauenstudium“ richteten im Jahre 1904, als das höhere Schulwesen in Preußen noch keine Schule für Mädchen kannte, in Kassel „realgymnasiale Kurse“ ein, in denen sich Frauen und Mädchen in vier Jahren auf die Reifeprüfung vorbereiten konnten. Die Gründung der realgymnasialen Kurse stand für den Kampf des von Helene Lange repräsentierten Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung um die Gleichheit der Bildungschancen – damit der Berufs- und Sozialchancen – auf dem Weg zur Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Nach der Reform des höheren Mädchenschulwesens im Jahre 1908 ging aus den Kursen ein Jahr später die „Städtische Studienanstalt der realgymnasialen Richtung zu Cassel“ als erstes Mädchengymnasium der Region hervor, dessen Einzugsbereich weit über Kassel hinausreichte. So wurde die Anstalt von zahlreichen auswärtigen Schülerinnen besucht, die in Kassel „in Pension“ lebten. 1923 wurde diese mit einem Lyzeum, einer Schule, die bis zur mittleren Reife führte, vereinigt, damit zur „Doppelanstalt“. 1930 übernahm der preußische Staat ihre Trägerschaft, nachdem die Stadt zuvor für sie eines der damals modernsten Gebäude am Rande der Goethe-Anlage errichtet hatte, in dem sich die Schule noch heute befindet. Daß sie bei ihrem Einzug in das neue Gebäude 1930 den Namen Malwida-von-Meyßenbug-Schule erhielt,<sup>1</sup> war ein bewußter Hinweis auf ihre Ursprünge. Die 1816 in Kassel geborene und 1903 bei Rom verstorbene Schriftstellerin gehörte zu den ersten, die in Deutschland für die Emanzipation der Frau eintraten und daraus die Forderung nach gleichberechtigter Bildung für Frauen ableiteten. In diesem Sinne beteiligte sie sich auch aktiv in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts an dem der Zeit weit voraus-

henden Versuch der Frauenhochschule in Hamburg, die der Reaktion nach dem Scheitern der Revolution von 1848 zum Opfer fiel.<sup>2</sup>

Der Unterricht an der Studienanstalt und späteren Meyßenbugschule stützte sich auf die Inhalte einer entsprechenden Jungenschule, und wenn in Abiturgutachten der zwanziger Jahre „Eigenständigkeit des Denkens“ oder „selbständiges Urteilsvermögen“ als die herausragenden Kriterien für den Nachweis der Reife galten,<sup>3</sup> dann widersprach dies durchaus dem von Helene Lange so heftig kritisierten patriarchalischen Wunsch des deutschen Mannes nach Unselbständigkeit der Frau, dem sie – wie die Studienanstalt – die Forderung nach dem Ende aller Halb- bildung für Frauen entgegengesetzt hatte.<sup>4</sup> Selbst wenn Erziehung und Unterricht an der Studienanstalt immer auch geschlechtsspezifisch, an Normen gebunden waren, die es an Jungenschulen nicht gab, konnte sie ihren progressiven Anspruch, Emanzipation der Frau zu befördern, einlösen. Die damaligen Lebensentwürfe von Schülerinnen und ihre tatsächlichen Biographien, soweit sie sich rekonstruieren lassen, zeigen dies deutlich.

Drei Viertel aller etwa 400 Abiturientinnen der Jahre 1912–1932 strebten ein Hochschulstudium an, darunter allein jede sechste das Medizinstudium, das als erstes Frauen zugänglich gemacht worden war, während etwa genauso viele über das Studium der Geisteswissenschaften dem Gymnasiallehrerinnenberuf zustrebten, aber nur etwa 8 % Naturwissenschaften als Studienziel angaben. Die Aufgabe des Studienwunsches durch die übrigen dürfte dabei eher durch ungünstige ökonomische Bedingungen als durch prinzipielle Überlegungen verursacht worden sein.<sup>5</sup> Unter ihren Berufszielen dominierten das soziale Berufsfeld (Lehrerin, Kindergärtnerin usw.) und

<sup>1</sup> Als Namensgeberinnen waren auch Helene Lange und Gertrud Bäumer im Gespräch. <sup>2</sup> Zu Malwida von Meyßenbug: Malwida von Meyßenbug. Ideal einer Frauengestalt des 19. Jahrhunderts, hrsg. von der Stadtparkasse Kassel, Kassel 1983; Schleicher, Bertha: Malwida von Meyßenbug. Ein Lebensbild zum hundertsten Geburtstag der Idealistin, Berlin/Stuttgart/Leipzig 3. Aufl. 1922. <sup>3</sup> SchA, Verhandlungen über die Reifeprüfung 1920 ff. <sup>4</sup> Helene Lange: Die höhere Mädchenschule und ihre Bestimmung, in: Die Frauenfrage in Deutschland 1865–1915, hrsg. von Elke Frederiksen, Stuttgart 1981, S. 208 ff. <sup>5</sup> Diese Aussagen beruhen auf den Angaben „In Aussicht genommener Beruf“ in: SchA, Verhandlungen über die Reifeprüfung, 1912–1932. Während bis 1918 die Abiturientinnen fast ausnahmslos studieren wollten, nimmt deren Zahl mit der ökonomischen Krise der ersten Jahre der Weimarer Republik ab, um sich danach wieder zu erholen und mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise erneut abzusinken.

weibliche Angestelltentätigkeiten (Sekretärin, Korrespondentin, Bibliothekarin). Die tatsächlichen Lebensschicksale dieser ersten Generationen von Abiturientinnen lassen sich kaum vollständig und systematisch rekonstruieren. Typisch scheint aber eine Biographie zu sein, in der im Anschluß an ein erfolgreiches Studium und u. U. eine kurze Berufstätigkeit die Heirat erfolgt, die auf Dauer – unterbrochen vielleicht durch die Notlage des Krieges und der unmittelbaren Nachkriegszeit – mit der Aufgabe der Berufstätigkeit verbunden ist.<sup>6</sup>

Die Mitbestimmung der Eltern, die Selbstverwaltung der Schülerinnen (mit einem System von Helferinnen, sog. „Klassenmüttern“, in dessen Rahmen ältere Schülerinnen jüngere betreuten), die Schulgemeinde, in deren Rahmen Kollegium und Schülerinnen sogar Lehrpläne diskutierten, pädagogische Formen wie Kreisgespräch und Diskussion, Arbeitsgemeinschaften, eine weitgehende Mitbestimmung und Selbstverantwortung bei Schulveranstaltungen oder der selbstverwaltete, 1911 gegründete erste Schülerinnenruderverein Deutschlands waren fortschrittlich und werden auch so in der Erinnerung Ehemaliger aufbewahrt. Dem stand die soziale und geistige Verankerung von Institution, Lehrerinnen und Lehrern und Elternhäusern in Traditionen entgegen, die auf Bewahrung des Bestehenden aus waren. Im Unterricht herrschte, wie an höheren Jungenschulen dieser Zeit auch, ein konservatives Denken, das vor allem Aktualität und Arbeitswelt, Republik und Demokratie kaum einbezog.<sup>7</sup> Ihre Erfahrungen mit der Schule in der ersten Hälfte der zwanziger Jahre faßt eine ehemalige Schülerin daher so

zusammen: „Ich kann mich aber nicht besinnen, daß die Schule uns damals half, den Sinn und die Notwendigkeit echter Demokratie zu begreifen.“<sup>8</sup>

Diese Einschätzung dürfte sich zutreffend auf ein insgesamt rechts-liberales bis deutsch-nationales Klima der Schule und ihres Umfeldes beziehen.<sup>9</sup> In den gutsituierten Wohngebieten Kassels, in denen die meisten Schülerinnen beheimatet waren, sollten Nationalsozialisten und Deutsch-Nationale zusammen in den Wahlen des Jahres 1933 zum Teil bis über 80 % der Stimmen erringen – mit einem gegenüber anderen Kasseler Wohnbezirken überdurchschnittlich hohen Anteil deutsch-nationaler Stimmen.<sup>10</sup> Und seit dem Jahre 1928 stand der Schule als Direktor Dr. Franz Becker vor, führender Funktionär der Deutschen Volkspartei, der er im Dezember 1918 beigetreten war und für die er später sogar als Reichstagskandidat aufzutreten sollte.<sup>11</sup> Seiner persönlichen, politischen Haltung kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil er – wohl über das übliche Maß eines Schulleiters hinaus – Einfluß auf das Kollegium auszuüben verstand.<sup>12</sup>

Auf diese Traditionen und Strukturen trafen mit der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 zum einen der Versuch des totalen Zugriffs auf Kinder und Jugendliche, zum anderen die Absicht von Staat und Partei, die nationalsozialistische Ideologie von der Rolle der Frau als „Hausfrau und Mutter“ in praktische Politik umzusetzen.<sup>13</sup> Gleichwohl zeichnen Erinnerungen damaliger Schülerinnen heute häufig ein Bild der Normalität vom Schulalltag, das von zeitlos anmutenden Erlebnissen in der Klassengemeinschaft, Lehrer-Schüler-Bezie-

<sup>6</sup> Eine solche „typische“ Biographie ergibt sich aus den Mitteilungen Ehemaliger in den Jahrbüchern der Schule, die von 1928 bis 1941 und 1951 bis 1963 regelmäßig, danach noch vereinzelt erschienen. <sup>7</sup> SchA F8. Ein Erfahrungsbericht über die Möglichkeit der Behandlung von Gegenwartsliteratur weist aus, daß diese fast ausnahmslos gescheut wurde; selbst Thomas Mann galt als ungeeignet, während gesellschaftliche Bereiche wie Arbeit fast völlig fehlten und den Erfahrungen der Schülerinnen auch vollkommen fremd waren. Erst in den 30er Jahren findet sich ein Arbeiterkind auf der Schule. <sup>8</sup> Berta Braune: *Hoffnung gegen die Not*, Wuppertal 1983, S. 20. <sup>9</sup> Vgl. die Einschätzung ehemaliger jüdischer Schülerinnen, in: Dietrich Heither, Wolfgang Matthäus, Bernd Pieper: *Als jüdische Schülerin entlassen. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Heinrich-Schütz-Schule in Kassel*, Kassel 1984, S. 27 f. <sup>10</sup> Eigene Berechnungen nach den in der Tagespresse vom 13. 3. 1933 veröffentlichten absoluten Wahlergebnissen einzelner Stimmlokale bei der Kommunalwahl vom 12. 3. <sup>11</sup> Dr. Franz Becker (1888–1955) promovierte 1912 in Rostock zum Dr. phil., war von 1913 bis 1920 als Studienrat, dann als Oberstudienrat am Oberlyzeum tätig, ehe er 1928 die Leitung der Studienanstalt übernahm, die er – mit einer Unterbrechung – bis 1945 behielt. Seine Haltung charakterisierte der Oberpräsident 1938 in einem Schreiben, das der Rechtfertigung Dr. Beckers dienen sollte, so: „Er hat seine vaterländische Gesinnung auch in jenen Zeiten bewiesen, in denen ein offenes Bekenntnis solcher Gesinnung unangenehme, ja geradezu gefährliche Folgen haben konnte. So hat Becker vom November 1918 ab die Bürgerratsbewegung als Gegengewicht gegen die Arbeiter- und Soldatenräte aufgebaut und ist mehrere Jahre zweiter Vorsitzender des Landesbürgerrates Mitteldeutschland gewesen; er hat im Dezember 1918 die Kasseler Einwohnerwehr mitbegründet, 2 Jahre Dienst mit der Waffe getan und bei der Unterdrückung der Unruhen 1919 und 1920 aktiv mitgewirkt. Er hat am 18. 5. 1919 vor dem Kasseler Rathaus gegen die Anerkennung des Friedensdiktates gesprochen, am 22. 6. 21 die große Protestkundgebung gegen Scheidemann als Oberbürgermeister geleitet und am 31. 1. 1922 die erste Kundgebung gegen die Kriegsschuldfrage veranstaltet. Am 14. 1. 1923 hat er in Massenversammlungen gegen den Ruhrbruch gesprochen und am 27. 6. 1923 zu der Gedenkfeier für den hingerichteten Albert Leo Schlageter aufgerufen. In ähnlicher Weise hat Becker bis zum Umbruch weitergewirkt.“ (Zentrales Staatsarchiv Potsdam, E III, Specialia Cassel Nr. 16. 6231, Bl. 104 f). <sup>12</sup> So heißt es in einem Schreiben des Oberpräsidenten an den Minister vom 9. 3. 38: „Als Schulleiter ist Becker seit Ostern 1928 tätig. (...) Die Lehrkräfte sind seiner straffen, zielbewußten Führung immer willig gefolgt.“ (Zentrales Staatsarchiv Potsdam, a.a.O.). <sup>13</sup> Zur faschistischen Frauenideologie und zur Lage von Frauen im Nationalsozialismus vgl.: Tim Mason: *Zur Lage der Frauen in Deutschland 1930 bis 1940. Wohlfahrt, Arbeit und Familie*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie* 6, Frankfurt/Main 1976; *Frauenalltag und Frauenbewegung im 20. Jahrhundert. Materialsammlung zu der Abteilung 20. Jahrhundert im Historischen Museum Frankfurt*, Bd. III, Frauen im deutschen Faschismus 1933–1945, zusammengestellt und kommentiert von Sabine Kübler, Anette Kuhn, Wilma Wirtz, Frankfurt/Main 1980; *Frauengruppe Faschismusforschung: Mutterkreuz und Arbeitsbuch*, Frankfurt/Main 1981; Anette Kuhn; Valentine Rohte: *Frauen im deutschen Faschismus*, 2 Bde., Düsseldorf 1982; Maruta Schmidt; Gabi Dietz: *Frauen unterm Hakenkreuz. Eine Dokumentation*, München 1983.

hungen, Schulstreichen, Ängsten und Nöten gekennzeichnet ist.<sup>14</sup> Sie verweisen darauf, daß der totale Zugriff auf Kinder und Jugendliche zunächst als Versuch zu

begreifen ist, dessen Realisierung es aus alltagsgeschichtlicher Perspektive aufzuklären gilt.<sup>15</sup>

## Die Schule im Nationalsozialismus

Normalität im nationalsozialistischen Schulalltag war aber – wenn es sie noch gab – immer nur eine begrenzte, die Normalität des Alltags derer, die Staat und Partei nicht aus der Volksgemeinschaft ausgrenzten. Während viele Schülerinnen der Meysenbugschule die Machtergreifung und die Veränderungen des Jahres 1933 – zum Teil begeistert – begrüßten und positiv wahrnahmen,<sup>16</sup> entstand neben ihrem nun nationalsozialistisch überformten Schü-

lerleben das ganz andere derjenigen, die sich bis 1933 als gleichberechtigte Glieder der Schulgemeinschaft betrachten konnten, deren Zugehörigkeit zu einer Minderheit in der Schule allenfalls – wie bei den katholischen Schülerinnen – durch einen eigenen Religionsunterricht und die Rücksichtnahme auf ihre Feiertage zum Ausdruck gekommen war. Für jüdische Schülerinnen der Meysenbugschule veränderte sich der Schulalltag grundlegend.<sup>17</sup>

## Die Ausgrenzung jüdischer Schülerinnen

Mit der scheinbar menschlichen Wärme der Worte „Meine Damen, Sie werden wohl die letzten jüdischen Abiturientinnen im Deutschen Reich sein, ich wünsche Ihnen von Herzen eine gute Zukunft“,<sup>18</sup> mit denen der Direktor am 7. März 1933 die jüdischen Reifeprüflinge entließ, demonstrierte er auf der anderen Seite seine auch unter neuen Bedingungen funktionierende Rolle als Staatsbeamter. Zwar legten jüdische Schülerinnen auch 1934 noch das Abitur an der Meysenbugschule ab, aber nach 1933 traten nur noch ganz wenige neu in sie ein und die meisten von ihnen verließen sie – vor allem 1934 und 1935 – vorzeitig „freiwillig“, bis als letzte die evangelische Annemarie Hoffa im Anschluß an das Novemberpogrom am 11. November 1938 „als jüdische Schülerin entlassen“ wurde, wie der Schulleiter im Stammbuch der Anstalt vermerkte.

Dabei spielten neben dem Entschluß, auszuwandern oder sich dafür durch eine praktische Ausbildung vorzubereiten, da Jüdinnen nicht mehr studieren durften und das Abitur als Bildungsziel für sie daher wertlos erscheinen konnte, auch veränderte Beziehungen innerhalb der Klassen- und Schulgemeinschaft eine Rolle. Die Integration in die Schulgemeinschaft und auch das subjektive, zum Teil emphatisch zum Ausdruck gebrachte „Gefühl der Einheit und Verbundenheit“, die die Schule der Republik gekenn-

zeichnet hatten, wurden abgelöst durch Isolation und das beängstigende Gefühl, einer unerwünschten Minderheit anzugehören, während ringsherum die „Volksgemeinschaft“ bejubelt wurde:

„Eine andere, sehr klare und schmerzliche Erinnerung dieser Zeit ist die folgende: Alle Schüler mußten bei einem Empfang für Hitler am Kasseler Rathaus teilnehmen; der bekannte Gruß – ‚Heil Hitler‘ mit rechtem Arm hoch – wurde von allen geleistet bis auf ungefähr ein Dutzend jüdische Schüler, die sich weigerten. Ich war stolz darauf, daß wir unsere Identität bewahrten; auf der anderen Seite fühlte ich mich wie eine Ausgestoßene, und im Alter von 12 Jahren, in dem Kinder zu einer Gruppe gehören wollen, ist das sehr schmerzhaft. Außerdem war es angsterregend, zu einer solch kleinen Minorität zu gehören.“<sup>19</sup>

Der Verlust an Gemeinschaft und Integration vollzog sich bereits unabhängig vom persönlichen Verhalten von Mitschülerinnen und Lehrern, die aber manchen der Jüdinnen den Schulalltag unerträglich machten:

„Im Jahre 1933 trat ich in die Malwida-von-Meyenbug-Schule ein. Anfang 1933 war das Verhalten der Mitschülerinnen unverändert. Später wurde ihnen verboten, mit den jüdischen Schülerinnen befreundet zu sein, in der Pause mit ihnen zu gehen usw. Wenn meine Freundin Lisel Israel fehlte, so stand ich in den Pausen allein auf

<sup>14</sup> Als Beispiel: Hiltgard Hermsdorff-Froeb: Schulerinnerungen 1939–1945, in: Elternschaftsvertretung der Heinrich-Schütz-Schule (Hrsg.): Jahrbuch zum 75-jährigen Jubiläum der Heinrich-Schütz-Schule Gymnasium in Kassel, Kassel 1984, S. 32 f. <sup>15</sup> Hierin folge ich: Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum (Hrsg.): Heil Hitler, Herr Lehrer. Volksschule 1933–1945. Das Beispiel Berlin, Reinbek 1983, S. 7 f. <sup>16</sup> Vgl. die unter der Themenstellung „Mein stärkster Eindruck im ersten Jahr des nationalsozialistischen Deutschland“ 1933 verfaßten Schülerinnenaufsätze in: 6. Jahrbuch der Malwida-von-Meyenbug-Schule 1933/34. <sup>17</sup> Vgl. dazu ausführlich: Heither u. a., a.a.O. (9); zur jüdischen Schule in Kassel: William Katz: Ein jüdisch-deutsches Leben. 1904–1939–1978 Tübingen 1980. <sup>18</sup> Brief von Susi Halfon (Ft. Lauderdale/Florida) vom 27. 2. 1984. <sup>19</sup> Brief von Gretel Lowinsky (Chicago) vom 18. 3. 1984.

dem Schulhof, da auch meiner Freundin R.W., die keine Jüdin war, aber deren Vater Sozialist war und daher im Gefängnis gesessen hatte, verboten worden war, mit mir zu verkehren.

Der ausschlaggebende Grund, die Schule zu verlassen, war, daß ich dort sehr allein und unglücklich war. Nicht nur die Schüler waren antisemitisch geworden, auch viele Lehrer waren Nazis und waren boshaft und verbitterten den jüdischen Kindern das Leben. Es gab Lehrer, die immer nett, manchmal sogar besonders nett bis zu meinem Abgang zu mir waren; andere waren Nationalsozialisten und Antisemiten und taten alles, um den jüdischen Kindern das Leben unmöglich zu machen. Ich sprach mit meinem Vater und sagte ihm, daß ich es auf der Meysenbugschule nicht mehr aushalten könne, und er schickte mich in die Schweiz nach Neuchatel auf die ‚Ecole de Commerce Supérieure‘. Der Unterschied zwischen der Meysenbugschule und der Ecole de Commerce war so groß, daß es mir vorkam, als wäre ich plötzlich aus dem Gefängnis entlassen worden.<sup>20</sup>

Für andere Schülerinnen war das Verhalten der Klasse ihnen gegenüber weniger belastend, „anständig“, aber auch ihnen blieben deshalb belastende Situationen nicht erspart: „Wenn ein Lehrer in die Klasse kam und mit dem Hitler-Gruß grüßte, war es auch ein schreckliches Gefühl, als einzige mit den Händen nach unten an der Seite dazustehen.“<sup>21</sup> Der rassistisch definierten „Volksgemeinschaft“, aus der Juden definitiv mit den Nürnberger Gesetzen des Jahres 1935 ausgeschlossen wurden, entsprachen nun auch rassistisch definierte Schul- und Klassengemeinschaften, die zwar weiterhin Formen von Integration bewahren mußten, weil Juden bis 1938 in öffentlichen „deutschen“ Schulen zu unterrichten waren, in denen aber für jüdische Schülerinnen gerade dann kein Platz mehr war, wenn „Gemeinschaft“ besonders gepflegt und gefeiert wurde. Die Abiturientin des Jahres 1933, Marianne Falck, entband man von dem Auftrag, die Abschlusrede zu halten;<sup>22</sup> an Wandertagen oder Klassenfahrten konnten Jüdinnen nicht mehr teilnehmen – oder sie wurden auch dort isoliert. Die verabredete Zusammenkunft einer freiwilligen Arbeitsgemeinschaft im Hause einer jüdischen Abiturientin im Jahre 1933 sagte der Lehrer auf Betreiben des Schulleiters ab. Die Hauptaufgabe des Schulunterrichts – „die Erziehung zu nationalsozialistischer Weltanschauung und Staatsgesinnung“ – durfte „durch ‚Nicht-

arier‘ niemals gehemmt werden“, wie es in einem Schreiben des Ministers hieß.<sup>23</sup> Von einzelnen Unterrichtsstunden oder Schulfeiern konnten sie deshalb offiziell „befreit“ werden.

Schließlich demonstrierte jüdischen Schülerinnen allein die Parteinahme vieler Mitschülerinnen für den Nationalsozialismus den Verlust an Gemeinschaft und Teilhabe: „Vor 1933 wußte ich nicht viel vom Nationalsozialismus. Ich lernte, daß Leute, die Hakenkreuze tragen, antisemitisch sind und es gut ist, ihnen auszuweichen. Ich kann mich an keine offizielle Diskriminierung in der Schule erinnern. Doch wenn meine Schulgenossen und sogenannten Freunde von einem Tag zum anderen sich zum Nationalsozialismus bekannten und plötzlich eine Swastika trugen, so war das schmerzlich für mich, und ich fühlte mich isoliert.“<sup>24</sup>

Insbesondere durch den schon frühen Beitritt vieler Schülerinnen zum Bund Deutscher Mädel (BDM) veränderten sich Klassengemeinschaften, in denen es nun diejenigen gab, die ihm angehörten, und diejenigen, die dies nicht konnten oder wollten. Zu dieser neuen Gemeinschaft hatten Jüdinnen keinen Zutritt, und auch wenn Mitschülerinnen ihre Zugehörigkeit zum BDM in der Klasse nicht dokumentierten, wie dies eine Ehemalige berichtet, taten sie dies in ihrer Freizeit. Klasse und Schule wurden Gemeinschaften, denen nach Schulschluß jüdische Schülerinnen nicht mehr angehören konnten. Aus allen ihren Erinnerungen geht hervor, daß private Kontakte zu Mitschülerinnen und der nicht-jüdischen Bevölkerung Kassels – mitunter von heute auf morgen – eingestellt wurden.

Fast alle jüdischen Schülerinnen der Meysenbugschule entkamen durch Auswanderung dem Völkermord, nicht immer deren Eltern und Verwandte. Ihre und ihrer Familien Spuren führen auf alle fünf Kontinente und auch an Orte, die mit der Vernichtung der Juden Kassels verbunden sind: Riga, Stutthof, Majdanek, Theresienstadt. Allein Susi Halfon hat mehr als 30 Tote in ihrer Verwandtschaft zu beklagen. Die Schülerin Lisel Israel, deren Eltern in Lublin/Majdanek ermordet wurden, gilt als „im Osten verschollen“. Im Leben der anderen hinterließ ihre Zeit in Kassel und an der Meysenbugschule häufig tiefe seelische Wunden; keine einzige von ihnen kehrte auf Dauer nach Deutschland zurück.

<sup>20</sup> Brief von Hilde Berndt (Santiago de Chile) vom 26. 11. 1984. Für die Familie Grünbaum, deren Tochter die Meysenbug-Schule besuchte, war die Isolation des Sohnes in seiner Klasse am Wilhelmsgymnasium ein wesentlicher Grund, Kassel zu verlassen: „Der Lehrer meines Sohnes mußte ihn auf eine extra Bank setzen. Ostentativ setzte sich der Sohn des kommandierenden Generals von Kassel neben meinen Sohn. Die Versetzung meines Sohnes auf eine extra Bank war der Hauptgrund unserer Übersiedlung nach Berlin.“ (Brief von Margarete Gruenbaum [Kfar Saba/Israel] vom 15. 3. 1985). <sup>21</sup> Brief von Ruth Baer (Haifa) vom 31. 3. 1983. <sup>22</sup> Mitteilung von Frau C.v.L. (Kassel) vom 15. 6. 1985. <sup>23</sup> SchA F1. Das Dokument ist wiedergegeben in: Heither u.a., a.a.O. (9), S. 84. <sup>24</sup> Brief von Gretel Lowinsky (Chicago) vom 18. 3. 1984, die schon im April 1933 auswanderte.

## Die Anpassung an neu definierte Bildungsziele

Macht der Schulalltag jüdischer Schülerinnen deutlich, wie mit der nationalsozialistischen Machtübernahme plötzlich oder nach und nach gewachsene Sozialbeziehungen zerstört oder deformiert wurden, so lagen dem Anpassungsleistungen zugrunde, die für die Schule insgesamt im Jahre 1933/34 kennzeichnend waren. Bürgerlich-konservatives Klima und Umfeld<sup>25</sup> provozierten 1933 keine überschwengliche Begeisterung im Stil der SA,<sup>26</sup> geboten aber auch keinen Widerstand.

Direktor Dr. Becker, im Wahlkampf zu den Märzahlen noch als Redner für die DVP aktiv und bei der Kommunalwahl vom 12. 3. öffentlich zur Wahl der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ auffordernd, stellte am 3. April seine Vorstandsämter der Partei zur Verfügung, trat aus ihr aus und am 1. Mai der NSDAP bei.<sup>27</sup> Er blieb im Amt, während z. B. Direktor August Fricke und mehrere Kollegen des Realgymnasiums II entlassen wurden.<sup>28</sup> Und während der vom Studienrat zum kommissarischen Oberstudienleiter ernannte Nationalsozialist Dr. A. Hoefke dort seine ersten Aufgaben darin sah, den „nationalsozialistischen Geist“ zu pflegen, „den Charakter der Jugend zu formen“ und Schule nicht als „reine Unterrichtsanstalt“ zu begreifen,<sup>29</sup> lenkte an der Meysenbugschule Dr. Becker die Anstalt weiterhin, aber nun im nationalsozialistischen Geist.<sup>30</sup> Das Schuljahr 1933/34 faßte er so zusammen:

„Das gewaltige Geschehen des letzten Jahres durchdrang unser ganzes Schulleben und gab ihm Gehalt und Richtung. An allen großen Ereignissen war die Schule, Lehrer-

schaft und Schülerinnen, innerlich beteiligt und wuchs – mitempfindend, lernend, begreifend und helfend – immer mehr in den Geist des nationalsozialistischen Staates hinein.“<sup>31</sup>

Legt man die Reden Dr. Beckers zur Einweihung des neuen Schulgebäudes im Jahre 1930 und beim 25jährigen Jubiläum 1934 zugrunde, so war tatsächlich innerhalb eines Jahres die Tradition der Schule dem neuen Staat und Geist geopfert. 1930, im Zeichen Malwida von Meysenbugs, hatte er noch die „Freiheit der Persönlichkeit“, die „freiheitliche Selbstverantwortung“ und „Selbstbestimmung“ der Frau gewürdigt, von der Vollwertigkeit der Frauen als Staatsbürgerinnen gesprochen und diesen die freie Wahl ihrer Tätigkeit zugestanden.<sup>32</sup> 1934, ein Jahr nach der „nationalen Wende“, galt ihm die Frau als „an sich bedeutungsloses, an seinem Platze aber bedeutungs- und verantwortungsvolles Glied der Volksgemeinschaft“. Und der Platz der Frau ergab sich aus der Erfüllung ihres „Wesens“ – „als Gattin, Mutter oder in einem der weiblichen Art entsprechenden Beruf: als Pflegerin, Helferin, Fürsorgerin, Erzieherin“.<sup>33</sup> Hatte der Direktor 1930 noch sich und der Schule überhaupt versagt, Schülerinnen „ein Weltbild als eine verbindliche Norm hinzustellen und den Versuch zu machen, den jugendlichen Geist in eine bestimmte Form zu pressen“,<sup>34</sup> so feierte er 1934, daß die Schule endlich über eine einheitliche, die rassistisch-völkische Weltanschauung verfüge, an der die gesamte Erziehungsarbeit auszurichten sei.<sup>35</sup>

## Neue Formen der Erziehung

Instrumente einer so verstandenen Erziehungsarbeit waren Formen von Erziehung, die über Unterricht im herkömmlichen Sinne hinauswiesen. Neben im Kern herkömmlichen Unterbrechungen des Schulalltags (Schulfeiern, Exkursionen, Wanderungen, Klassenfahrten) traten neue oder in ihrem Gehalt veränderte und neue

Rituale: überaus zahlreiche Schulfeiern (vor allem an den „Gedentagen der Bewegung“), gemeinschaftlicher Rundfunkempfang von Reden der NS-Prominenz in der Aula, die Einführung des Hitler-Grußes 1933, die Teilnahme an öffentlichen Aufmärschen und Feiern – auch solchen traditionellen, die nun zu Ritualen der „Volksgemeinschaft“

<sup>25</sup> Nach dem Stammbuch der Studienanstalt ergibt sich für die 1927 bis 1930 eingetretenen Schülerinnen hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft: Bildung (Höhere Beamte, freie Berufe, Offiziere) – 36,4 %; Besitz (Gutsbesitzer, Industrielle, Bankiers, Großhändler, Rentiers, leitende Angestellte) – 16 %; alter Mittelstand (Bauern, Handwerker, Kleinhändler, Unteroffiziere) – 12,6 %; neuer Mittelstand (mittlere und untere Beamte, Angestellte, Lehrer) – 35 %; Unterschicht – 0 %. <sup>26</sup> So kam es an einigen Kasseler Schulen – nicht an der Meysenbug-Schule – zu Flaggenhissungen im Gefolge der Reichstagswahlen vom 5. März. Hessische Volkswacht 8. 3. 1933. <sup>27</sup> Kasseler Post 3. 3. 1933, 11. 3. 1933 und 5. 4. 1933. ZStA Potsdam E III, Specialia Cassel Nr. 16. 6231. Die Aufnahme in die Partei soll danach von Gauleiter Weinrich persönlich befürwortet worden sein. <sup>28</sup> Hessische Volkswacht 28. 4. 1933; StA Marburg 152/2045 Acc. 1938/39 (Jahresbericht des Realgymnasiums II 1933/34). Das Realgymnasium II hatte den Ruf, eine „rote Anstalt“ zu sein, weil – ein Ausnahmefall – einige Sozialisten an ihm unterrichteten. Wenige Jahre später wurde es – offensichtlich aus diesem Grund – aufgelöst. <sup>29</sup> Hessische Volkswacht 28. 4. 1933. <sup>30</sup> „Indessen wurde dieser Direktor, nachdem er sein bisheriges Ich abgelegt hatte (...), ein furchterregender und gefürchteter Machthaber, der seine Schule mit eiserner Hand im nationalsozialistischen Geist lenkte.“ (Lisel Kahn, Stockholm, in einem Brief vom 2. 3. 1983). Dr. Beckers frühere Mitgliedschaft in der DVP und vor allem in der Paneuropa-Bewegung, die im Jahre 1937 zu einem Parteigerichtsverfahren und zur Suspendierung von der Stellung als Schulleiter führen sollte, veranlaßten ihn offensichtlich, sich als besonders zuverlässig zu erweisen. Die Auseinandersetzungen um seine Schulleiterstellung, an deren Ende er wieder eingesetzt wurde, sind dokumentiert in: ZStA Potsdam E III, Specialia Cassel Nr. 16. 6231. Bl. 95 ff. <sup>31</sup> SchA: Bericht über das Schuljahr 1933/34. <sup>32</sup> 3. Jahrbuch der Malwida-von-Meyenbug-Schule auf das Jahr 1930/31, S. 30 ff. <sup>33</sup> 7. Jahrbuch der Malwida-von-Meyenbug-Schule auf das Jahr 1933/34, S. 13 ff. <sup>34</sup> 3. Jahrbuch a.a.O. (32) S. 30 ff. <sup>35</sup> 7. Jahrbuch a.a.O. (33) S. 13 ff.

stilisiert wurden (1. Mai, Erntedankfest) – Flaggenerehrungen, überaus zahlreiche Sammlungen in Unterricht- und Freizeit, der Besuch spezieller Kinovorstellungen und nicht zuletzt Umschulungslager für Lehrer auf dem Knüll<sup>36</sup> und Lageraufenthalte für Schülerinnen, die sogenannten nationalpolitischen Lehrgänge der Jahre 1935 und 1936 in Willingen und Schlitz,<sup>37</sup> auf die hier exemplarisch eingegangen werden soll.

Das Erziehungsinstrument der nationalpolitischen Lehrgänge hatte der NS-Staat mit der ausdrücklichen Absicht geschaffen, „das gesamte Schulleben im Sinne der nationalsozialistischen Erziehung nachhaltig zu beeinflussen.“<sup>38</sup> Dies schien dann am erfolgreichsten, wenn es gelang, die Lehrgänge, die oberflächlich wie Schullandheimaufenthalte mehrerer der oberen Klassen erschienen, zu einem Erlebnis werden zu lassen, dessen politische Absichten eher verborgen blieben, jedenfalls nicht sichtbar dominierten. Sport, Wanderungen, Heimabende, Gemeinschaftsabende mit der örtlichen Bevölkerung und mit NS-Organisationen wie BDM und NS-Frauenschaft zielten auf die Gefühlswelt und trugen in erster Linie dazu bei, Schülerinnen später begeistert auf die Lehrgänge zurückblicken zu lassen. Bei Flaggenerehrungen mit Ansprachen oder „nationalpolitischen Schulungen“ mit Vorträgen sollten ausdrücklich die eigentlichen Zielsetzungen des Lagers verwirklicht werden. So lauteten Themen dieser Vorträge 1935 in Willingen etwa „Besprechung der Reichsgesetze über den Schutz des deutschen Blutes“ oder „Bolschewismus und Judentum“. Die Atmosphäre dieser Lager mag in dem Bericht des Schulleiters über den abschließenden Gemeinschaftsabend mit der Bevölkerung Willingens im Jahre 1935 deutlich werden: „Besonders eindrucksvoll für unsere Schülerinnen war es, als die Leiterin der NS-Frauenschaft sich erhob und ein selbstverfaßtes Gedicht auf den Führer vortrug, das in seiner naiven Sprache zu Herzen ging; und als nach dem Schlußlied der Bürgermeister als alter Kämpfer zu uns sprach und uns zum Bewußtsein brachte, wie ein solcher Abend der Volksgemeinschaft nur durch das Werk eines Mannes möglich geworden war; unvergeßlich der Abschluß, als er uns aufforderte, dem Führer eine Minute stillen Gedenkens zu weihen, und die ganz vor kurzem sich noch fremden Menschen still beieinander standen, von einem reinen Gefühl der Zusammengehörigkeit erfüllt.“<sup>39</sup>

Noch mehr aber, und Schülerinnen unbewußter, übten die quasi-militärischen Rituale des täglichen Ablaufs, die BDM-Lager bewußt nachahmten, in die Normen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems ein:

„Bei der Errichtung des inneren Betriebes in Schlitz war das Ziel, die erforderliche Straffheit unter möglichst starker Heranziehung der Schülerinnen zu verantwortlicher Leistung zu erreichen. (...) Der Aufbau war folgender: Die Oberaufsicht führte die ‚Lehrerin vom Dienst‘; ihr zur Seite stand die ‚Schülerin vom Dienst‘; darunter folgten die Stubenältesten. (...) Als Schülerin vom Dienst kamen Schülerinnen in Betracht, die ihrer inneren und äußeren Haltung nach Vertrauen und Autorität bei den Mitschülerinnen hatten. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, solche Schülerinnen zu wählen, die aus ihrer Tätigkeit und Schulung im BDM Sinn und Kenntnis für Formen der Lagerdisziplin besitzen.“<sup>40</sup>

Diese Lagerhierarchie diente der Durchsetzung täglicher Abläufe, in denen der Pünktlichkeit, gemeinsamen An- und Abmärschen, Stubenappellen eine zentrale Bedeutung zukam; sie hielt durch „entsprechende Befehle“ einen Lagerbetrieb aufrecht, der z. B. ein fünfminütiges Redeverbot während des Essens oder Gleichschritt in Marschkolonnen während des gemeinsamen Ausgangs kannte; selbständigen Ausgang gab es nur in Ausnahmefällen.

Der Vorzug des Lagers bestand im ununterbrochenen Einfluß auf die Schülerinnen und in der Möglichkeit, nationalsozialistische Weltanschauung nicht nur sprachlich zu vermitteln, sondern erfahrbar und erlebbar zu machen. Die Vorzüge anderer Erziehungsformen lagen auf ähnlichen Ebenen. Die sich häufenden Spenden- und Materialsammlungen dienten vor allem dazu, die angebliche Volksgemeinschaft praktisch zu vollziehen und auf der anderen Seite an diesem Vollzug, dem Sammelergebnis, das Eintreten für den NS-Staat zu messen und zu kontrollieren.<sup>41</sup> Charakteristisch für Schulfeste, gemeinsamen Rundfunkempfang oder Filmveranstaltungen waren nicht so sehr deren Inhalte (NS-Weltanschauung, Geschichte der Bewegung); die auch im herkömmlichen Unterricht vermittelt wurden, sondern Form und Ablauf. Jenseits vom herkömmlichen Schulalltag und doch nun mitten in ihm wurde eine emotionale Atmosphäre inszeniert, in deren Mittelpunkt das „gläubige Bekenntnis“ stand, das Erkenntnis ausschloß. Es spricht für den Erfolg

<sup>36</sup> Eure Lehrer im Lager auf dem Knüll (10.–18. Juli 1935), in: 8. Jahrbuch der Malwida-von-Meyßenbug-Schule auf das Jahr 1935/36, S. 39 ff.; da diese Lager nicht als amtliche Schulung angesetzt waren, hatte der NS-Lehrerbund die „Überholung“ der Lehrer, wie es amtlich hieß, übernommen. Das Stadtschulamt beklagte im September, daß sich aus diesem Grunde zahlreiche Lehrer der Stadt den Schulungsmaßnahmen entzogen hätten. Aus dem Bereich der städtischen Schulen hatten 238 Teilnehmer, knapp 35 % der Kasseler Lehrer, das Lager besucht (Stimmungsbericht des Stadtschulamtes über das städtische Schulwesen vom 7. September 1935, Stadtarchiv Kassel – Stimmungsberichte des Oberbürgermeisters an den Polizeipräsidenten mit Einzelberichten städtischer Dienststellen). <sup>37</sup> SchA, Nationalpolitischer Lehrgang 16.–28. September 1935 in Willingen und SchA, Bericht über die Nationalpolitischen Lehrgänge 1936. <sup>38</sup> SchA F2, Schreiben des Oberpräsidenten vom 20. 7. 1935. <sup>39</sup> Bericht 1935, S. 35. <sup>40</sup> Bericht 1936, S. 35. <sup>41</sup> SchA E16, mit handschriftlichen Bemerkungen des Direktors bei niedrigen Sammelergebnissen.

solcher Inszenierungen, wenn eine Schülerin ihre Erwartungen den nationalpolitischen Lehrgängen gegenüber in die Worte faßte: „Wir werden überhaupt keine Schule haben“,<sup>42</sup> eine andere 1933 ihren „stärksten Eindruck im ersten Jahr des nationalsozialistischen Deutschland“ aus einer Rundfunkübertragung in der Aula mitnahm, über die sie schrieb:

„Um so gewaltiger war der Eindruck, den die Rundfunkübertragung in der Schule auf mich machte. Schon daß ich nicht allein, sondern mit vielen anderen neben mir die Ereignisse in Potsdam verfolgen konnte, war für mich ein unvergeßliches Erlebnis. Ich ahnte jetzt, daß man Volksgemeinschaft empfinden kann, ohne daß man imstande

ist, sich oder anderen in Worten Rechenschaft darüber zu geben.“<sup>43</sup>

Bezweifelt werden kann allerdings, ob derartige Inszenierungen von Politik, die Schülerinnen weitgehend in passive Rollen drängten, in ihrer ständigen, ritualisierten Wiederholung auf Dauer noch diese Wirkungen zeitigten. Aussagen ehemaliger Schülerinnen zufolge waren ihre Emotionen in den späteren Jahren des Nationalsozialismus während solcher Veranstaltungen eher durch Langeweile und den Druck einer rigiden Disziplin geprägt,<sup>44</sup> der die Schülerinnen gleichfalls dem Herrschaftssystem unterwarf.

## Schule und Bund Deutscher Mädel (BDM)

Mit diesen Erziehungsformen und ihrer konkreten Ausgestaltung paßte sich die Meysenbugschule weitgehend der Erziehungsinstitution an, die nach 1933 neben sie getreten war und der das Regime zur Durchsetzung seines totalen Erziehungsanspruches die größere Rolle zuschrieb: der Staatsjugend (Hitlerjugend/Bund Deutscher Mädel).<sup>45</sup> Die höheren Schülerinnen der Meysenbugschule strömten schneller als ihre Gleichaltrigen in den BDM und nahmen dort – ungeachtet der Ideologie von der Jugend der Gleichen – in hohem Maße Führungsaufgaben wahr. Bereits 1934 waren mehr als 60 Prozent, Anfang 1936 dann 92,65 Prozent der Schülerinnen bei den Jungmädeln bzw. im BDM organisiert, was der BDM mit der Verleihung der HJ-Fahne an die Schule feierte.<sup>46</sup> Die Meysenbugschule selbst trug wesentliches für diese positive Haltung dem BDM gegenüber bei. In ihren Jahrbüchern gab sie Erlebnisberichten über die Arbeit bei den Jungmädeln und im BDM breiten Raum; mit seiner Gründung durfte sich das BDM-Werk „Glaube und Schönheit“ ausführlich vorstellen.<sup>47</sup> Deutschaufsätze thematisierten die Arbeit in der Staatsjugend und ihre Zielsetzungen:

„Wie bespreche ich mit meiner Schar die olympischen Spiele?“

„Jungvolk wirbt.“

„Die Erziehung im BDM.“

„Die Aufgabe der Obergaufrüherinnenschule nach meiner Erfahrung.“

„Wie halte ich einen Heimgymnastiktag für meine Mädel über die kurhessische Leistungsschau ‚Volk an der Arbeit‘?“

„Die Bedeutung unseres Zeltlagers.“<sup>48</sup>

Die Schule integrierte ihre Schülerinnen hier ganz unmittelbar in das nationalsozialistische Herrschaftssystem und rüstete sie mit entsprechenden Qualifikationen aus, die ihnen die Übernahme von Führungsaufgaben erleichterten.

Diese Übereinstimmung kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich im Verhältnis von Schule und Staatsjugend auch ein Konfliktpotential zwischen Partei und Staat verbarg. Bereits 1933 versuchte man dieses durch einen Beauftragten für die Hitler-Jugend bei der Schulbehörde institutionell und persönlich abgesichert zu „befrieden“. Der Einfluß des BDM auf die Schule und in der Schule war nicht zu übersehen, nicht immer jedoch entsprachen die Auswirkungen den Eigeninteressen der Schule: Ihm wurden im Schulgebäude mehrere Räume überlassen;<sup>49</sup> Lehrerinnen und Lehrer waren angewiesen, für die Staatsjugend zu werben,<sup>50</sup> Lieder für deren Verpflichtungsfeier einzuüben<sup>51</sup> oder selbst daran teilzunehmen;<sup>52</sup> bestimmte Unterrichtsveranstaltungen trug die HJ selbst

<sup>42</sup> Bericht Nationalpolitischer Lehrgang 1936, Anhang: Schülerinnenberichte. <sup>43</sup> 6. Jahrbuch der Malwida-von-Meyenbug-Schule auf das Jahr 1933/34, S. 42. <sup>44</sup> Gespräche mit Frau E. (Kassel) und Frau K. (Kassel) 1985. <sup>45</sup> Zum BDM vgl.: Martin Klaus: Mädchen in der Hitlerjugend. Die Erziehung zur „deutschen Frau“, Köln 1980 und ders.: Mädchen im Dritten Reich. Der Bund Deutscher Mädel (BDM), Köln 1983. <sup>46</sup> SchA E15 und Schulakten: Verhandlungen über die Reifeprüfung 1933 ff. Z.B. hatten von den Abiturientinnen der Jahre 1937 und 1938 40 bzw. 50 Prozent während ihrer Schulzeit eine „Führungsposition“ im BDM inne. Es findet sich nur eine Abiturientin, die erst 1938, offensichtlich wegen der Zulassung zum Abitur, dem BDM beitrug, was im Gutachten zur Zulassung entsprechend negativ vermerkt wurde. <sup>47</sup> 11. Jahrbuch der Malwida-von-Meyenbug-Schule 1938/39. <sup>48</sup> SchA: Jahresbericht 1936/37 und 1937/38. <sup>49</sup> Bericht über den Besuch der Malwida-von-Meyenbug-Schule in Kassel am 19. 10. 1936 (ZStA Potsdam, Specialia Cassel Nr. 16. 6231, Bl. 87 ff.). <sup>50</sup> SchA A15, Tgb. Nr. 72 vom 7. 5. 1936. Auch die Werbung durch oder für die HJ wurde an Schulen zu einem Konfliktpunkt, wenn sie von Schulleitungen „allzu deutlich als Störung empfunden“ wurde. (Stadtarchiv Kassel, Stimmungsbericht des Stadtschulamtes vom 7. 9. 1935). <sup>51</sup> SchA E15, Tgb. Nr. 72 vom 12. 2. 1942. <sup>52</sup> SchA E 15, Tgb. Nr. 97 vom 18. 3. 1942.

mit,<sup>53</sup> ihr Heimabend am Mittwoch zog einen hausaufgabenfreien Nachmittag mit sich, den die Schule zuvor in der Form eines Spielnachmittages für sich genutzt hatte. Von entscheidender Bedeutung für das Verhältnis von Schule und BDM wurden der Erlaß über die „Schaffung von Schulgemeinden und die Berufung von Jugendwaltern“ und die Vereinbarungen über den Staatsjugendtag. Während der Schulleiter zum „Führer der Schulgemeinde“ wurde, Konferenzbeschlüsse damit durch den „Führerentschluß“ ersetzt wurden,<sup>54</sup> nahm der BDM in der Person der Jugendführerin, die ausdrücklich nicht aus den Reihen der Schülerinnen stammen durfte, den Platz der Schülerinnen in der Schulgemeinde, der „Volksgemeinschaft“ auf Schulebene, ein.<sup>55</sup> An die Stelle einer Schülerinnenmitverwaltung trat – endgültig ab 1938 – die Vertrauenslehrerin des BDM.<sup>56</sup> Auf deren Ernennung hatten die Schülerinnen keinen Einfluß, und auch der Direktor hatte gegen seinen eigenen Vorschlag die vom BDM benannte Kollegin zu ernennen.<sup>57</sup> Die Vertrauenslehrerin, die Mitglied im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) zu sein hatte, möglichst aus der HJ hervorgegangen sein sollte und an Führerinnenlehrgängen der HJ „tunlichst“ teilnehmen mußte, war „Mittelsmann“ zwischen den zuständigen Führerinnen des BDM und der Schulleitung. Sie hatte bei den Prüfungen und Beratungen über die Versetzung auf Grund der ihr vom zuständigen HJ-Führer gegebenen Unterlagen das Verhalten der Schüler in der HJ (Verdienste und Vergehen) zur Sprache zu bringen. Gleichfalls war sie bei Entscheidungen über Strafen und Vergünstigungen, Kinderverschickungen und Schüleraustausch beteiligt.<sup>58</sup>

Am weitesten ging der Einfluß des BDM dort, wo die Schule über Noten, Versetzungsentscheidungen und die Zuerkennung des erfolgreichen Schulabschlusses soziale Chancen vergab. Hier hatte sie nicht mehr allein Schulleistungen zu bewerten, sondern auch die Haltung gegenüber dem NS-Staat zu berücksichtigen. In den Anfangsjahren war es möglich, schlechte schulische Leistungen durch die Tätigkeit im BDM aufzuwiegen. So wurden 1934 mehrere Schülerinnen trotz eines zunächst erfolgten Nichtversetzungsbeschlusses nachträglich versetzt, eine von ihnen z. B. „trotz ihrer Ausfälle in Französisch und

Englisch in Berücksichtigung ihrer Leistungen in der Arbeit für den Bund Deutscher Mädel“.<sup>59</sup> Mit der Erklärung des BDM zur alle verpflichtenden Staatsjugend verboten sich zwar ab 1936 solche ausdrücklichen Würdigungen. Dennoch konnten sie bei der Zulassung zum Abitur auch später über die den Gutachten der Schule beigelegten Dienstzeugnisse des BDM eine einflußreiche Rolle spielen, wenn schwache schulische Leistungen durch Opfer für den BDM erklärt und entschuldigt wurden.<sup>60</sup> Hier löste die Schule den Konflikt zwischen ihren Ansprüchen und denen der Partei im Sinne einer Anweisung des Oberpräsidenten:

„Ich vertraue darauf, daß die höheren Schulen die unleugbaren Schwierigkeiten mit allem Einsatz an gutem Willen, die Arbeit der Staatsjugendverbände zu unterstützen, zu überwinden wissen. Keinesfalls darf die Jugend das Empfinden haben, daß ihr die Beteiligung an dieser Arbeit von der Schule verdacht würde.“<sup>61</sup>

Bei den sich häufenden Beurlaubungen von Schülerinnen für Zwecke des BDM und der Partei suchte die Schulleitung jedoch, gute schulische Leistungen als entscheidendes Kriterium für eine Unterrichtsbefreiung durchzusetzen. Gleichwohl gerieten die Beurlaubungen für Führerinnentreffen und -lehrgänge, Hessentage der NSDAP, Morgenappelle in Betrieben, Sammlungen, die Frühjahrsbestellung, den Gauparteitag der NSDAP, Reichssportwettkämpfe, kulturpolitische Schulungen, handwerkliche Lehrgänge, Musikschulungen usw. immer mehr zu Routineangelegenheiten. Die Beurlaubungskompetenz wurde von der Schulaufsichtsbehörde auf den Schulleiter übertragen.<sup>62</sup>

Am konfliktträchtigsten im Verhältnis von Schule und BDM erwies sich die Einführung des Staatsjugendtages am Sonnabend, an dem Jungmädels der Klassen Sexta bis Untertertia und Jungmädelführerinnen vom Unterricht für die Zwecke der Staatsjugend befreit waren und der für die Schule letztlich einen Unterrichtsausfall bedeutete, den sie und die Schulbehörden auch durch immer wieder neue Erlasse, Verfügungen, Klarstellungen und organisatorische Maßnahmen nicht auffangen konnten. Mit der Erklärung der HJ zur Staatsjugend wurde Ende 1936 auch der Staatsjugendtag wieder abgeschafft.<sup>63</sup>

<sup>53</sup> SchA H2: Außerordentliche Feiern. <sup>54</sup> SchA E15, Reichsbefehl E/III vom 25. 3. 1938. <sup>55</sup> SchA A16, Tgb. Nr. 823 vom 17. 12. 1934. <sup>56</sup> SchA E15, Tgb. Nr. 134 vom 1. 3. 1933. <sup>57</sup> SchA E15, Schreiben der Schule vom 29. 3. 1938, Schreiben des BDM vom 30. 6. 1938 und Schreiben der Schule vom 6. 7. 1939. <sup>58</sup> SchA E15. In diesem Sinne schlägt sich die Arbeit der Vertrauenslehrerin in den Akten nieder. Vgl. SchA E13 mit Gutachten des BDM bei der Vergabe von Erziehungsbeihilfen. <sup>59</sup> SchA Abgangszeugnisse 1934. <sup>60</sup> SchA Verhandlungen über die Reifeprüfung 1933 ff. So bescheinigte man einer „schwach begabten“ Schülerin, daß sie in ihrer Tätigkeit für den BDM überdurchschnittlich viel Zeit und Kraft gebraucht habe, und beurteilte sie in diesem Zusammenhang als „zweifelloso wertvollen Menschen“. <sup>61</sup> SchA E15, Tgb. Nr. 97 vom 15. 2. 1935. <sup>62</sup> SchA E15. <sup>63</sup> In den Stimmungsberichten des Stadtschulamtes und des Oberbürgermeisters der Jahre 1934 und 1935 erscheint der Staatsjugendtag als das herausragende Problem. So bildeten mit seiner Einführung „Karlsaue und Wilhelmshöhe den Tummelplatz der Jungvolkes und der Jungmädels“, was zu einer Beschwerde der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten führte. Offensichtlich fehlte eine „hinreichende Zahl geeigneter Führer“. Neben der „Überlastung aller Schüler an den mit gehäuftem Lehrstoff bedachten ersten 5 Wochentagen“ wurde insbesondere beklagt, „daß der Staatsjugendtag von Jugendlichen ohne richtige Führung, wie es hin und wieder zu beobachten ist, zum Schuleschwänzen ohne richtigen HJ-Dienst mißbraucht wird“. (Stadtarchiv Kassel, Stimmungsberichte des Oberbürgermeisters, 1934 und 1935).

## „Erziehung zu nationalsozialistischer Weltanschauung und Staatsgesinnung“

Unterrichtsfreier Sonnabend und BDM-Dienst auf der einen Seite, Unterricht für die übrigen Schülerinnen auf der anderen Seite bedeuteten in Wirklichkeit das gleiche: ideologische Indoktrination. Die Schule war angewiesen, den nicht organisierten Schülerinnen am Sonnabend in zumindest zwei der Unterrichtsstunden „das nationalsozialistische Gedankengut“ nahezubringen. Der Lehrplan dieses „nationalpolitischen Unterrichts“ war der Schulaufsicht einzureichen. Für Sexta und Quarta sah er z. B. vor:<sup>64</sup>

„Bilder aus dem Weltkrieg, der Nachkriegszeit, aus dem Werden der NSDAP. Beispiele: Der Aufbruch 1914. Versailles. Rheinland- und Ruhrbesetzung; Schlageter. Gründung der Partei. Der 9. November 1923. Nationalsozialistische Versammlungen. Das Jahr 1933. Von einigen Mitarbeitern des Führers. Dazu: Ausgewählte, kürzere Abschnitte aus Schrifttum und Dichtung, besonders zur Veranschaulichung nationalsozialistischer Gesinnung.“

„Vom Inhalt und Ziel der nationalsozialistischen Bewegung: durch Besinnung auf das völkisch gemeinsame innerhalb der verschiedenen Rassenbestandteile der deutschen Bevölkerung zum nationalen Zusammenhalt, durch Würdigung jeglicher Arbeit zur sozialen Gemeinschaft, mit Hilfe des Führerprinzips zur Vereinheitlichung der Reichsverwaltung, durch Einigkeit zur Wiedererstarkung des deutschen Ansehens in der Welt.“

Der nationalpolitische Unterricht am Sonnabend dokumentierte nur unverhüllt, was nun ganz allgemein „Hauptaufgabe auch des Schulunterrichts“ war: „die Erziehung zu nationalsozialistischer Weltanschauung und Staatsgesinnung.“<sup>65</sup>

Da es bis 1937/38 zu keiner grundlegenden umfassenden Reform der amtlichen Lehrpläne kam, vollzogen sich die curricularen Veränderungen in den ersten Jahren auf der Grundlage einzelner Anweisungen (mitunter von Parteigliederungen veranlaßt), deren Einlösung zumeist in Erfah-

rungsberichten nachgewiesen werden mußte.<sup>66</sup> Darüber hinaus paßten Schulleitung, Lehrerinnen und Lehrer „freiwillig“ ihren Unterricht den neuen Gegebenheiten an, wozu ihnen sicherlich die Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB), dessen Schulungen und Zeitschriften „nützlich“ waren.<sup>67</sup> Und schließlich konnte es vorkommen, daß Schülerinnen über die Einhaltung nationalsozialistischer Normen wachten:

„Geschichtsverfälschung in der Schule war bisweilen schon vorgekommen, je nach Lehrer. Turnen (Leibesübungen) wurde zum Hauptfach erhoben. Rassenlehre und Eugenik erhielten höchste Priorität im Biologieunterricht, mit der Lehre vom germanischen Übermenschen und der Minderwertigkeit nichtarischer Rassen im Schlepptau. Eine Biologielehrerin hatte anfangs den Mut, zu sagen, es gäbe keine überlegenen Rassen, alle hätten gleichen Wert. Sie durfte dies nur einmal tun, wurde von der Klasse angezeigt, bekam einen Rüffel von oben, knirschte hörbar mit den Zähnen, aber mußte gehorchen.“<sup>68</sup>

Dabei konnte erst ab 1939 auf neue Schulbücher zurückgegriffen werden; bis dahin behalf sich die Meysenbugschule durch die Anfertigung eigener Schautafeln, Sammlungsstücke usw., insbesondere im Bereich der Rassenkunde.<sup>69</sup>

Schulinterne Lehrpläne, die Aufgaben des schriftlichen und mündlichen Abiturs, Erfahrungsberichte der Schule über ihren Unterricht und Schülerinnenaufsätze spiegeln die rasche Durchdringung des gesamten Fächerkanons mit nationalsozialistischem Gedankengut – am auffälligsten in den Oberprimen, die in den Abiturprüfungen den Eindruck eines im NS-Geist erteilten Unterrichts zu vermitteln hatten. Eine Gegenüberstellung der Lehrpläne für Deutsch aus den Jahren 1932/33 und 1934/35 macht dies deutlich.<sup>70</sup>

<sup>64</sup> SchA, Jahreslehrplan 1934/35. Anlage: Plan des nationalpolitischen Unterrichts. <sup>65</sup> SchA F1, Tgb. Nr. 623 vom 26. 9. 34 (Schreiben des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung). <sup>66</sup> Kein anderer Zeitraum der Schulgeschichte ist dermaßen detailliert durch Erfahrungsberichte der Schule über ihren Unterricht dokumentiert. <sup>67</sup> Soweit aus den SchA ersichtlich, traten Lehrerinnen und Lehrer der Meysenbugschule zwischen Mai und September 1933 dem NSLB bei. 1938 wies der Direktor in einem Schreiben an den Oberpräsidenten in der Auseinandersetzung mit der Beschwerde eines Kollegen auf dessen „bis heute fortgesetzte Weigerung, in den NSLB einzutreten“, hin. Der Kollege, der im übrigen seit dem 1. 5. 33 der Partei angehörte, war offensichtlich ein Einzelfall. Interessant ist, daß diese Nichtmitgliedschaft im NSLB in der Behandlung des Konflikts durch die Schulaufsicht keine Rolle spielte. (SchA, Personalakten Dr. Becker). <sup>68</sup> Lebenserinnerungen von Lisel Kahn, zit. nach: Heither u. a. a. O. (9), S. 95. <sup>69</sup> SchA F2 (Nachweise der eingetretenen Veränderungen in betreff der eingeführten Lehrbücher). Bericht über den Besuch der Malwida-von-Meyßenbug-Schule in Kassel am 19. 10. 1936 (ZStA Potsdam, Specialia Cassel Nr. 16. 6231, Bl. 87 ff.). <sup>70</sup> SchA, Jahreslehrplan 1932/33 und Jahreslehrplan 1934/35; die folgenden Zitate aus dem Lehrplan 1934/35, dem ersten, der in der Zeit des Nationalsozialismus formuliert wurde.

## Deutsch

Die literarische Entwicklung im 19. Jh. auf der Grundlage der weltanschaulichen Wandlungen

- (in Arbeitsteilg. mit Rel.) Betonung der Romantik als typisch deutscher Bewegung (Vgl. mit frz. u. engl. Romantik).

Soziale Fragen in der Dichtung der Gegenwart. Schulung der Ausdrucksfähigkeit und Übung im - Aufbau (Mündl. Berichte, Wiedergabe fremder Gedankengänge in zushg. Form).

Kl.-Les.: Goethe, Tasso. Schiller, Don Carlos; Wallenstein. Brentano, Gockel. Novalis, 5. Hymne an die Nacht. Kleist, Prinz von Homburg. Hofmannsthal, Tor u. Tod. Hauptmann, Hanneles Himmelfahrt. Hebbel, Herodes u. Marianne; Maria Magdalena. Sternheim, Bürger Schippel. Kaiser, Gas I; Die Bürger von Calais. Gedichte v. Liliencron, Dehmel, Rilke, Miegel. Hausles.: Goethe, Werther; Wilh. Meisters Lehrjahre. Fouqué, Undine. Hoffmann, Der goldene Topf. Keller, Frau Regel Amrain; Romeo u. Julia auf dem Dorfe. Meyer, Gustav Adolfs Page. Flex, Wallensteins Antlitz.

Ähnlich sah es in Biologie aus, wo in der Oberprima, der einzigen Klasse der Oberstufe, in der dieses Fach überhaupt unterrichtet wurde, ausschließlich Themenstichworte aus dem Bereich der Erb- und Rassenlehre auf dem Plan standen.

## Deutsch

Im Aufsatz besondere Pflege der strengen Form der Abhandlung.

Sprachbetrachtung und Stilbildung im Anschluß an die Ztschr. „Muttersprache“. Deutsches Wesen in verschiedenen Ausdrucksformen. Kl.-Les.: Schiller, Don Carlos. Lyrik der Befreiungskriege. Fouqué, Undine. Tieck, Eckbert. Hoffmann, Der goldene Topf. Hebbel, Herodes und Marianne. Schäfer, Der 18. Oktober. Kolbenheyer, Die Brücke. Johst. Schlageter. Forster, Alle gegen Einen, Einer für Alle. Lyrik aus der Werdezeit des Dritten Reichs. Goethe, Faust.

Hausles.: je ein Buch nach Wahl aus folgenden 5 Gruppen:

1. Kriegserlebnis (Jünger, Beumelburg u. a.);
2. Werdegang und Wesen des Nationalsozialismus;
3. Die Frau im nationalsozialistischen Staat;
4. Deutsche Kolonien, Deutschtum im Ausland (Grimm, Müller-Guttenbrunn, von Lettow-Vorbeck u. a.);
5. Dichter der Gegenwart: Kolbenheyer, Ernst, Carossa, Stehr, Dwinger, Wiechert u. a.

In Latein spielte Lektüre im Zusammenhang mit der „germanischen Frühzeit“ (Tacitus: Germania usw.) eine hervorragende Rolle, in Englisch stand im Mittelpunkt der Unterprimalektüre eine „Betrachtung des Führerproblems“, in einer mündlichen Religionsprüfung<sup>71</sup> wurden

<sup>71</sup> SchA, Verhandlungen über die Reifeprüfung 1934.

die „Glaubensbewegung der Deutschen Christen“ und der „artgemäße Christusglaube“, im Unterricht selbst „Berichte über die Reichskirche“ und das „Christentum unter den Germanen“ thematisiert. In Erdkunde galt das Interesse „Rassen der Erde mit besonderer Berücksichtigung der Rassenbestandteile des deutschen Volkes“, „geopolitischen Fragen“ oder der „Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Rohstoffen“, während sich im Geschichtsunterricht nun die Germanen besonderer Wertschätzung erfreuten, die Betrachtung des Absolutismus zum „Führerstaat“ überleitete und die Schlußbetrachtung vor dem Abitur schließlich nach „von Leers Geschichte auf rassischer Grundlage“ stattfand – wobei in allen Klassen politischen Tagesfragen besondere Stunden gewidmet waren. Der Zeichenunterricht, für den eine Lehrerin in Abkehr von der „Scheinkultur der letzten Jahrzehnte“ eine Hinwendung zur „Volkskunst der Väter“ forderte, deshalb Schülerinnen die „Kunst der Vergangenheit wieder nahebringen“ und sie „aufgeschlossen für die kommende, wieder echte Kunst des neuen Reiches“ machen wollte, stellte sich beim 25jährigen Jubiläum 1934 mit einem großen Wandbild vor, das eine marschierende BDM-Gruppe zeigte.<sup>72</sup> Aus der öffentlichen Darstellung der Ergebnisse des Musikunterrichts in einem Konzert entnahmen die Kasseler Neuesten Nachrichten den Eindruck, daß „die Musik nicht mehr blasse Theorie und Schöngeistigkeit ist, sondern singendes und klingendes Blut, das von Urbeginn in den deutschen Adern strömt“.<sup>73</sup> Ihre Eindrücke zum Sport faßte eine Schülerin in die Worte: „Hier wird nicht Wert gelegt auf Einzelleistungen, hier steht der Gesamteindruck im Vordergrund. Wir sollen einem Körper gleichen, bei dem sich alle Glieder unterordnen, in einem Sinne arbeiten.“<sup>74</sup>

Die Meysenbugschule versuchte, ihren überkommenen Lehrplan mit den neuen Inhalten in Einklang zu bringen, indem sie diese an die alten band. Aber mit der Zeit und auf Dauer überfrachteten diese Forderungen den inneren Zusammenhang des traditionellen Lehrgefüges in einem Ausmaß, daß dieser nicht mehr erkennbar war – nicht zuletzt deshalb, weil jede dieser Zumutungen für sich bereits Ansprüche an den gesamten Fächerkanon auf allen Klassenstufen stellte.<sup>75</sup>

Ziel der nationalsozialistischen Einflußnahme auf die

Unterrichtsinhalte war zum einen die Durchdringung des Unterrichts mit der nationalsozialistischen „Weltanschauung“, der vor allem die Einführung der Rassenkunde als fächerübergreifendes Prinzip und als Pflichtbestandteil der mündlichen Abiturprüfung diente,<sup>76</sup> zum anderen die Rechtfertigung oder Vorbereitung konkreter politischer Vorhaben des Regimes in der Schule, die andauernde Mobilisierung und Aufforderung zur Akklamation zu den Maßnahmen der Regierung – zum Teil in der Hoffnung, über die Schülerinnen auch deren Elternhäuser zu erreichen.<sup>77</sup> Dabei diente der Deutschunterricht der (emotionalen) Untermauerung der biologischerassistierten, historischen, politischen oder wehrpolitischen Kenntnisse und Fähigkeiten und des praktischen Handelns innerhalb und außerhalb der Schule. Aufsatzthemen nötigten dazu, Gesinnung zu offenbaren:<sup>78</sup>

„Mein stärkster Eindruck im ersten Jahr des nationalsozialistischen Deutschland.“ (1933/34)

„Was kann ich als Mädchen für mein Volk tun?“ (1934/35)

„Wie kann ich meine Hitler-Gesinnung beweisen?“ (1935/36)

Andere Themenstellungen zwangen die Behandlung traditioneller Schullektüre in das Korsett nationalsozialistischer Interpretationsmuster:

„Der einzelne ist nichts, die Gemeinschaft alles (dargestellt an Hebbels Agnes Bernauer).“ (1935/36)

„Die Folgen der verschiedenen Rassezugehörigkeit (nach Storm, Von jenseits des Meeres).“ (1936/37)

„Egmont und Oranien, zwei Führernaturen.“ (1937/38)

Schließlich boten eine Reihe von Aufsatzthemen die Möglichkeit, das Eintreten für den NS-Staat, die „nationalsozialistische Staatsgesinnung“, außerhalb der Schule darzustellen:

„Als ich Volkszählerin war.“ (1933/34)

„Massenkundgebung.“ (1933/34)

„Meine Arbeit als Führerin.“ (1934/35)

„Warum ich Mitglied des VDA bin.“ (1935/36)

Manche Lehrerinnen und Lehrer boten alternative „neutrale“ Themen an, auf die z. B. Jüdinnen zurückgreifen konnten. Die meisten Schülerinnen aber wandten sich jenen mit dezidiert politischen Implikationen zu: bei der ersten Abiturprüfung in Deutsch bereits 26 von 36 Prüf-

<sup>72</sup> „Vom Zeichenunterricht.“ In: 7. Jahrbuch der Malwida-von-Meyenbug-Schule 1934/35, S. 71 ff. Wiedergabe des Wandbildes ebda. S. 75 und in: Kurhessischer Erzieher, Sondernummer: Weibliche Erziehung = Nr. 27/28 (1937). Die Zeichenlehrerin wurde 1936 Gausachbearbeiterin weibliche Kunsterziehung. <sup>73</sup> KNN vom 30. 11. 1934. <sup>74</sup> 7. Jahrbuch, a.a.O. (33) S. 22. <sup>75</sup> Z. B. der Erlaß über die Einführung des Unterrichts in Vererbungslehre usw. (SchA F16, Tgb. Nr. 72 vom 15. 3. 1933); Unterricht über die Verhältnisse an der deutschen Ostgrenze (SchA, Tgb. Nr. 100 vom 28. 2. 1937) oder Schule und Vierjahresplan (SchA F1, Tgb. Nr. 326 vom 30. 4. 1938). <sup>76</sup> Auf den Rassenkundeunterricht soll hier nicht näher eingegangen werden. Für die Meysenbug-Schule dokumentiert ist er in: Heither u.a. a.a.O. (9), S. 54 ff. <sup>77</sup> So schrieb die Schule an die Schulaufsicht: „... zugleich aber konnten wir damit rechnen, daß durch die Erziehungsarbeit an der uns anvertrauten Jugend mittelbar auch die Elternhäuser immer wieder aufgerüttelt und zum Verantwortungsbewußtsein erzogen würden.“ (SchA F1, Tgb. Nr. 141 vom 20. 3. 1936). <sup>78</sup> SchA, Jahresberichte 1933/34 ff.

lingen.<sup>79</sup> Die Frage, inwieweit hier die politische Sozialisation durch die Schule im Nationalsozialismus positive Erfolge im Sinne einer rückhaltlosen Bejahung des Systems und der ihm zugrundeliegenden Werte erzielte, muß dennoch offen bleiben: Eindeutige Erwartungen, wie sie die o. a. Aufsatzthemen formulierten, ermöglichten zwar das „gläubige Bekenntnis“. Andererseits befreiten sie Schülerinnen aber auch einfach von der Interpretationsnot, der Last, unter Umständen unbekannte Erwartungen des Lehrers durch die eigene Problemlösung zu erfüllen.<sup>80</sup> Es mag dieses zweite mögliche Motiv dafür verantwortlich sein, daß uns heute in den Erinnerungen damaliger Schüler und Schülerinnen so viel Normalität des Schulalltags im Nationalsozialismus begegnet, die Indoktrination keine Rolle zu spielen scheint.<sup>81</sup> Aber einer solchen vorgeblichen Normalität lag eine zynisch-instrumentelle, eine opportunistische Haltung, zugrunde, die Ergebnis einer Erziehung zur Kritiklosigkeit war und auf beiden Seiten, derjenigen von Schülerinnen und Lehrern, einer Selbstunterwerfung unter das System gleichkam. Wie die Schule ihren Anspruch auf Rationalität aufgab, wird zum Beispiel in dem Aufsatz einer Oberstufen-

schülerin aus dem Jahre 1933 deutlich, der sich mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund befaßt:<sup>82</sup>

„Deutschland ist aus dem Völkerbund ausgetreten.“  
 „Deutschland sagt endlich einmal Nein zu diesen unwürdigen Forderungen und zweifelhaften Versprechungen! Wir Jungen stellen keine ernsthaften, zweifelhaften Erwägungen an, wir sagten von ganzem Herzen Ja. Wir verstehen von der hohen Politik nicht viel, können auch das, was man Diplomatie der Völker nennt, nicht immer begreifen, aber soviel wußten wir jetzt: ...“

Und der selbst verfaßte Reklamevers, mit dem Obersekundarinnen während der Ausstellung beim Schuljubiläum 1934 an ihrem Stand das selbst zubereitete Eis zum Kauf anpriesen, mag als Indiz dafür gelten, wie – auch unbewußt – sich nationalsozialistische Normen festsetzen und in einen quasi unpolitischen Alltag eindringen konnten:<sup>83</sup>

„Der nord'sche Mensch unüberwunden  
 Fühlt immer schon sich eisverbunden.  
 Auf der Insel in dem Meere  
 Sitzt der gute Robinson.  
 Nimmer drückt ihn Sorgenschwere:  
 ‚Malwi-Eis‘ erhält ihn schon.“

## Erziehung zur „Hausfrau und Mutter“

An den Kern der Traditionen der Meysenbugschule rührten diejenigen Veränderungen, die sich aus der immer wieder zitierten Forderung Adolf Hitlers ergaben: „Das Ziel der weiblichen Erziehung hat unverrückbar die kommende Mutter zu sein.“<sup>84</sup> In deren Umsetzung ergänzten und stützten sich administrativ-organisatorische Maßnahmen und eine geschlechtsspezifische Erziehungspraxis, die an Traditionslinien anknüpfen konnten, Frauen diskriminieren und erniedrigen, sie letztlich auf dienende Aufgaben beschränken sollten. Der Direktor der Meysen-

bugschule bezeichnete dies selbst als „Wende der Entwicklungsgeschichte der Schule und des Mädchenschulwesens überhaupt“ und bekundete öffentlich den Willen, „aus dem nationalsozialistischen Boden die nationale Frauenschule neu zu gestalten.“<sup>85</sup>

Die Schule orientierte ihre Schülerinnen auf die biologisch begründeten antiemanzipatorischen Vorstellungen vom Wesen der Frau. Hatte sie ihre Schülerinnen früher auf ein Studium vorbereitet, so sah sie ihre Aufgabe nun darin, ihnen zur Erfüllung ihres „Wesens“ als „Gattin,

<sup>79</sup> „Im Deutschunterricht gab die Lehrerin uns immer auch ein allgemeines Thema, über das auch ich schreiben konnte.“ (Ruth Baer, Brief aus Haifa, 31. 3. 1983) Unversehens konnte sich ein solches „allgemeines“ Thema aber auch als dezidiert politisch erweisen: „Einmal wurde uns ein Aufsatz aufgetragen: ‚Ein Mensch auf der Straße‘ (oder so ähnlich); ich erfand einen alten, armen Mann, den ich in meiner Phantasie in seiner Einsamkeit und Armut so lebendig beschrieb, daß meine Arbeit vor der ganzen Klasse von dem Herrn Lehrer vorgelesen wurde – mit der Bemerkung am Ende, daß es der schlechteste Aufsatz war und nur der schlechtesten Note wert. Erst später kam ich zu dem Bewußtsein, daß derartige Menschen im damaligen Deutschland keine Existenz mehr haben durften und meine Phantasie recht spottwürdig war.“ (Brief von Annemarie Hoffa de Aguirre aus Santiago de Chile, 16. 5. 1984). Aus der Ola wählten im Abitur 1934 vier Schülerinnen das Thema „Aus dem Lebendigen quillt alles Lebendige nur“, die anderen zwölf wählten „Der Führergedanke, erläutert an Beispielen aus der deutschen Literatur“, „Nicht ausweichen sollen wir den schlimmen Mächten, sondern sie niederleben.“ (Ina Seidel) Das Wort ist zu erklären und in Beziehung zu setzen zu unserer Zeit.“ Oder „Das Wesen der Propaganda und ihre Anwendung im Nationalsozialistischen Staat.“ <sup>80</sup> Vgl. dazu: Rolf Nemitz: Was man von der Volksschule im Nationalsozialismus über die „normale Schule“ lernen kann. In: Heil Hitler, Herr Lehrer, a.a.O. (15), S. 23 ff., hier S. 250 f. und Dieter Rossmeyssl: „Ganz Deutschland wird zum Führer halten ...“ Zur politischen Erziehung in den Schulen des Dritten Reiches, Frankfurt/Main, S. 142 ff. insbes. S. 179 f. Das Problem der tatsächlichen Wirkung der Sozialisation in den Institutionen des NS-Staates ist noch weitgehend unerforscht. Bezogen auf einen eingeschränkten Personenkreis liegt jetzt eine Studie vor: Rolf Schörken: Luftwaffenhelfer und Drittes Reich. Die Entstehung eines politischen Bewußtseins, Stuttgart 1984. <sup>81</sup> Zum Problem der Normalität bei der Befragung von Zeitzeugen vgl. auch die Diskussion mit forschenden Schülern im Rahmen des Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte zum Thema „Alltag im Nationalsozialismus“, in: Dieter Galinski, Ulrich Herbert, Ulla Lachauer (Hrsg.): Nazis und Nachbarn. Schüler erforschen den Alltag im Nationalsozialismus, Reinbek 1982, S. 307 ff. und Hilde Schramm: Antifaschistische Erziehung. Erfahrungen und Perspektiven, in: Heil Hitler, Herr Lehrer, a.a.O. (15) S. 253 ff. <sup>82</sup> 6. Jahrbuch a.a.O. (43) S. 69. <sup>83</sup> 7. Jahrbuch (33), S. 56 f.: „Wie wir ‚Malwi-Eis‘ verkaufen.“ <sup>84</sup> Adolf Hitler: Mein Kampf, 519. – 523. Aufl. München 1940, S. 460. <sup>85</sup> 7. Jahrbuch, a.a.O. (33) S. 42.

Mutter oder in einem der weiblichen Art entsprechenden Beruf“ zu verhelfen.<sup>86</sup> Aufsatzthemen spiegeln den nationalsozialistischen Mutterkult, traditionelle Rollenzuweisungen, eine Apolegetik nationalsozialistischer Familien- und Sozialpolitik oder die Vorbereitung einer entsprechenden Berufswahl.<sup>87</sup>

„Die Frau als Pflegerin des Schönen im Heim.“ (OI/1934)  
„Frauenberuf und Frauenberufe in unserer Zeit.“

(UI/1934)

„Meine Gedanken über das Hilfswerk ‚Mutter und Kind‘.“  
(OII/1934)

„Mutter und Kind.“ (LUII/1934)

„Gott konnte nicht überall sein, da schuf er die Mutter.“  
(UI/1935)

„Von den Aufgaben der Frau in unserer Zeit.“

(LUII/1936)

„Luise Millerin, verglichen mit dem heutigen Idealbild des deutschen Mädchens.“ (UI/1937)

„Mutterliebe, eine biologische Erscheinung bei den Tieren.“ (7/1938)

Die Jahrbücher der Schule boten ein Forum, den Dienst in nationalsozialistischen Frauenorganisationen und die neuen beruflichen Leitbilder zu propagieren. Weiblicher Verzicht und männliche Priorität galten als Maximen der Berufswahl, wie in der Beschreibung der Ausbildung zur Buchhändlerin: „In diesem Beruf ist uns Mädels auch heute noch möglich, uns in Kunst und Literatur weiterzubilden, ohne den Männern die ‚nährhaften‘ Berufe wegzuschnappen.“<sup>88</sup> Die auf dem Rücken von Frauen ausgetragene Bevölkerungspolitik mit ihrer Forderung nach Geburtensteigerung erfuhr ihre Absicherung vor allem im Rahmen der Rassenkunde, aber auch im Zusammenhang der Behandlung des Vierjahresplans, bei der Schülerinnen der Abiturklasse „klargemacht wurde“, daß „eine Geburtensteigerung wichtig ist für das Anschwellen des jugendlichen Nachwuchses und damit des Facharbeiternachwuchses, an dem z. Zt. Mangel herrscht. Auch die wirtschaftliche Bedeutung einer großen Kinderzahl für die Größe des Absatzmarktes wurde herausgearbeitet.“<sup>89</sup>

Nadelarbeit wurde wieder für alle Schülerinnen der Klassen des Lyzeums verbindlich, Mathematik dagegen um eine Stunde gekürzt,<sup>90</sup> der Übergang in die Oberstufe von einer erfolgreich bestanden Hauswirtschaftsprüfung abhängig.<sup>91</sup> Deren Funktion dürfte weniger in einer Auslese als darin bestanden haben, Schülerinnen deutlich zu machen, daß ihnen das Recht zum Abitur nur gewährt wurde, wenn sie zuvor den Nachweis erbracht hatten, den künftigen Ehemann hausfraulich umsorgen zu können.

Hand in Hand mit diesen inhaltlichen Veränderungen gingen Maßnahmen, die Bildungschancen von Mädchen verringerten, noch ehe die nationalsozialistische Schulreform von 1938 hier einen radikalen Einschnitt brachte.

„Die wachsende Verödung der höheren Schulen“, die ein Stimmungsbericht des Stadtschulamtes deshalb beklagte, weil ihr – entgegen weit verbreiteten Erwartungen auf eine soziale Schulpolitik des NS-Staates – „eine ‚Auslese‘ nach dem Geldbeutel“ zugrundelag,<sup>92</sup> traf ganz offensichtlich die höhere Mädchenbildung besonders. An der Meysenbugschule verringerte sich die Zahl der zum Abitur führenden Klassen der Studienanstalt noch vor der Reform von 11 (1932/33) auf 6 (1936/37), die Gesamtzahl der Klassen von 21 auf 17.<sup>93</sup> Diese Entwicklung spielte sich auf dem Hintergrund eines 1933 eingeführten geschlechtsspezifischen Numerus clausus ab, der den Anteil von Frauen auf höchstens 10% der Studierenden beschränkte und durch eine Trennung von Abitur und gesondert zuerkannter Hochschulreife praktiziert wurde,<sup>94</sup> und spiegelte die immer größer werdende Perspektivlosigkeit von Frauen, in akademischen Berufen eine Stelle zu finden. 1934 stellte das Jahrbuch der Meysenbugschule zwar noch „Die neue Studentin“ vor,<sup>95</sup> aber unter den 107 Abiturientinnen der Jahre 1934–38 trugen sich nur noch 17 mit einem Studienwunsch.<sup>96</sup>

Die Versuche, auch die Struktur des Kasseler Mädchenschulwesens zu ändern, begannen spätestens Anfang 1936, als das Ministerium neben dem Abbau des privaten Lyzeums der Genossenschaft der Schwestern der christlichen Schulen von der Barmherzigkeit (Engelsburg) und

<sup>86</sup> 7. Jahrbuch, a.a.O. (33) S. 14. <sup>87</sup> SchA, Jahresberichte 1933–38. <sup>88</sup> 7. Jahrbuch, a.a.O., S. 92. <sup>89</sup> SchA F1, Tgb. Nr. 326 vom 30. 4. 1938: Bericht über die Behandlung des Vierjahresplanes im Unterricht der Malwida-von-Meyenbug-Schule. <sup>90</sup> Allgemein wurden Mathematik und Englisch um jeweils eine Stunde gekürzt, so auch am Oberlyzeum (Jacob-Grimm-Schule). Vgl. Jacob-Grimm-Schule. Städtisches Realgymnasium für Mädchen Kassel 1869–1949, Kassel 1949, S. 50. <sup>91</sup> Da die Schule keinen Hauswirtschaftsunterricht erteilte und dementsprechend über keine Räumlichkeiten verfügte, fanden die ersten Prüfungen in der Bürgerschule 14 statt. Verlangt wurde z. B. „Hafersuppe, Kleid bügeln, Tisch decken“. Vgl. 10. Jahrbuch der Malwida-von-Meyenbug-Schule 1937/38, S. 48 ff.: „Eine Prüfung der neuen Schule.“ <sup>92</sup> Stadarchiv Kassel. Stimmungsbericht des Stadtschulamtes vom 10. 4. 1935. An der Meysenbug-Schule wurden 1933 mehrere Schülerinnen vom Schulbesuch ausgeschlossen, weil ihre Eltern mit dem Schulgeld im Rückstand waren. Vgl. zu den allgemeinen Tendenzen: Bernd Zymek: War die nationalsozialistische Schulpolitik sozialrevolutionär? Praxis und Theorie der Auslese im Schulwesen während der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, in: Manfred Heinemann (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich, Teil 1: Kindergarten, Schule, Jugend, Berufserziehung, Stuttgart 1980, S. 264–274. <sup>93</sup> SchA Jahresberichte 1932–1936. Der Prozentsatz der Mädchen an allen höheren Schulen des Reiches sank von 37% (1933) auf 34% (1938). Vgl. dazu und im folgenden: Irmgard Weyrather: Numerus Clausus für Frauen – Studentinnen im Nationalsozialismus, in: Frauengruppe Faschismusforschung: Mutterkreuz und Arbeitsbuch, Frankfurt/Main 1981, S. 131–162; hier S. 145. <sup>94</sup> „Gesetz gegen die Überfüllung der Deutschen Schulen und Hochschulen“ vom April 1933. Unterlagen über die Zuerkennung der Hochschulreife sind an der Heinrich-Schütz-Schule nicht mehr vorhanden. An der Grimm-Schule fand eine Prüfung statt (Jacob-Grimm-Schule, a.a.O., S. 50). <sup>95</sup> 7. Jahrbuch, a.a.O., (33) S. 94 f. <sup>96</sup> SchA Verhandlungen über die Reifeprüfung 1933 ff. Von den 17 Abiturientinnen äußerten 1934 (noch) 6, 1937, offenbar nachdem Ende 1936 der NC wieder aufgehoben worden war, allein 7 einen Studienwunsch.

der Vereinigung der dreijährigen Frauenschule an der städtischen Haushalts- und Gewerbeschule mit dem Oberlyzeum eine Prüfung der Frage verfügte, „ob die realg. Studienanstalt beim staatlichen Lyzeum von Ostern ab stufenweise abgebaut und ob für die drei oberen Klassen eine dreijährige Frauenschule eingerichtet werden kann.“<sup>97</sup> Während die Schließung des katholischen Lyzeums bis 1939 vollzogen wurde, scheiterten die anderen Ansinnen zunächst noch am Widerstand von Schule, Oberbürgermeister und Oberpräsidenten, denen sie der „Bildungslage in Kassel“ nicht zu entsprechen schienen.<sup>98</sup> Die nationalsozialistische Schulreform von 1938 verwirklichte sie aber zu einem großen Teil.

Mit dieser organisatorischen Reform und den ihr zugrundeliegenden Lehrplänen,<sup>99</sup> die an der Meysenbugschule mit dem Schuljahr 1938/39 vollzogen wurden, waren die Unsicherheiten über die Entwicklung des höheren Mädchenschulwesens beseitigt.<sup>100</sup> Auf ihrer Grundlage konnte die Schule wieder Bildungschancen für Mädchen gehobener Sozialschichten verteidigen, „deren Brüder in Kassel ohne jede Schwierigkeit die Oberstufe besuchen können“, wie es in einem Brief des Schulleiters hieß, in dem er die Einrichtung zusätzlicher Klassen der Oberstufe beantragte. „Auf die Dauer wird es nicht möglich sein, den berechtigten Ansprüchen der Elternschaft auf Einschulung ihrer Töchter in eine höhere Schule mit den 2 übrigen bleibenden Oberschulen für Mädchen zu genügen“, stellte Dr. Becker fest und konkretisierte, „daß die Elternschaft sich entsprechend der Zielsetzung in ‚Erziehung und Unterricht in der höheren Schule‘ darauf einstellt, für die ganz überwiegende Mehrheit der in der höheren Schule eingeschulenen Mädchen das Reifezeugnis anzustreben. Kassel ist eine Beamtenstadt, und da das wirtschaftliche Leben in voller Blüte steht, wird sich an dem Andrang zur Oberstufe (...) nichts ändern.“<sup>101</sup> Das Bildungsangebot, das dem nun zugrundelag, entsprach aber nicht mehr dem traditionellen, es benachteiligte Mädchen massiv. Humanistische und mathematisch-naturwissenschaftlich ausgerichtete Schulen gab es für sie nicht mehr. Die wie bei den Jungen um ein Schuljahr verkürzte Oberschule für Mädchen als Regeltyp, zu der jetzt sowohl die Meysenbugschule als auch das Oberlyzeum wurden, verfügten

über eine sprachliche und eine hauswirtschaftliche Form, wobei bereits dem sprachlichen Zweig ein gegenüber der Oberschule für Jungen nicht gleichwertiges Unterrichtsangebot zugrundelag.<sup>102</sup> Das Ziel, die Erziehung an den Mädchenschulen durch die Aufgaben zu bestimmen, „die der deutschen Frau und Mutter in Haus, Beruf und Volksgemeinschaft erwachsen“, manifestierte sich aber besonders in der hauswirtschaftlichen Form.

Inhaltliches Kernstück des hauswirtschaftlichen Zweiges waren die „Fächer des Frauenschaffens“: Handarbeit, Hauswirtschaft (Kochen, Haus- und Gartenarbeit) und Pflege (Gesundheits-, Säuglings- und Kleinkinderpflege, Beschäftigungslehre und Dienst). Die Fächer des Frauenschaffens sollten die „fraulichen Kräfte zur Entfaltung bringen“,<sup>103</sup> „Haushaltsführung, Heimgestaltung und Kindererziehung“ an die sozialen und politischen Ziele der NS-Herrschaft binden – in der Sprache des Lehrplans: „Alltagshandeln vom Verantwortungsgefühl dem ganzen gegenüber“ prägen.<sup>104</sup>

Im Handarbeitsunterricht konkretisierte sich diese Zielsetzung in der Anfertigung von Arbeiten für Heim, Schule und ‚Volksgemeinschaft‘ (Hilfswerk Mutter und Kind, Winterhilfswerk). Der Unterricht in Hauswirtschaft sah die Schülerinnen als Hausfrauen, die ihr Heim in Einklang mit der „kulturellen Eigenart“ ihres Volkes auszustatten lernten, und als Käuferinnen und Verbraucherinnen, die die staatliche Verbraucherlenkung beachteten.<sup>105</sup> Auch hier wurde die Arbeit – gemäß „Erziehung und Unterricht“ – in den Schulrahmen eingebunden (Bewirtungen bei Elternabenden) und für die „Volksgemeinschaft“ nutzbar gemacht (Einkochen von Marmelade für Sudetendeutsche). Innerhalb der Fächergruppe Pflege sollten die Gesundheitslehre „im Mädchen die Freude an kraftvoller Gesundheit und rassischer Schönheit“ wecken, die Säuglings- und Kleinkinderpflege sowie die Beschäftigungslehre „das junge Mädchen dem Kinde nahe“ bringen;<sup>106</sup> in ihrem Mittelpunkt stand jedoch der Dienst, eine Art Praktikum, das in den Klassen 6–8 jeweils vier Wochen lang abzuleisten war: im Säuglingsheim; im Kindergarten; in einer Familie (möglichst einer kinderreichen, ländlichen) oder einem Wirtschaftsbetrieb (Kinderheim, Bauernhof, Siedlungshaushalt).<sup>107</sup>

<sup>97</sup> ZStA Potsdam E III Specialia Cassel Nr. 16. 6231, Bl. 83 ff. Schriftwechsel zwischen dem Ministerium und dem Oberpräsidenten April/Mai 1936. <sup>98</sup> ebda. <sup>99</sup> Erziehung und Unterricht in der Höheren Schule. Amtliche Ausgabe des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Berlin 1938. <sup>100</sup> Einen kurzen Überblick über die Entwicklung des höheren Mädchenschulwesens im 20. Jahrhundert bietet: Peter Lundgreen: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick. Teil II: 1918–1980, S. 67–82. <sup>101</sup> SchA F3, Tgb. Nr. 55 vom 1. 2. 1939 „Zahl der Klassen im Schuljahr 1939/40 und in den folgenden Jahren. Einrichtung der 7. Klasse der hauswirtschaftlichen Form.“<sup>102</sup> Auch im sprachlichen Zweig war Handarbeit verpflichtend. Entscheidend war aber die Zurückdrängung des Lateinischen, das nur noch in der Oberstufe wahlweise erteilt werden konnte. Im Interesse der Studierfähigkeit ihrer Schülerinnen suchte die Meysenbugschule – z. T. mit weit hergeholtten Begründungen – ihr Lateinangebot zu rechtfertigen: „Der größte Gewinn des Lateinunterrichts an Mädchenschulen in wehrgeistiger Hinsicht ist wohl die Stärkung der sittlichen Kräfte, die die Frau in unserem Kampf einsetzen muß. Sie wird hauptsächlich durch den Einblick in das Wesen des römischen Staates, den auch die römische Frau sich zur Richtschnur für all ihr Handeln nahm, erzielt werden können. ...“ (SchA F1 Tgb. Nr. 47 vom 30. 12. 1940). <sup>103</sup> Erziehung und Unterricht, a.a.O. (99) S. 251. <sup>104</sup> ebda. <sup>105</sup> Erziehung und Unterricht, a.a.O. (99) S. 258 f. <sup>106</sup> Erziehung und Unterricht, a.a.O. (99) S. 261 f. <sup>107</sup> Erziehung und Unterricht, a.a.O. (99) S. 263.

Folgt man dem Rechenschaftsbericht der Schule<sup>108</sup> und Erlebnisberichten von Schülerinnen,<sup>109</sup> dann bedeutete der Dienst vor allem eine willkommene Abwechslung vom Schulalltag, ein höheres Maß Freiheit; Schülerinnen brachten ihm Freude und Begeisterung entgegen. Für die Schule lagen in ihm vor allem die Möglichkeit zur „Charakterbildung“, die Chance, die Berufswahl ihrer Schülerinnen zu beeinflussen, und schließlich ein Ansatzpunkt, die propagierte Volksgemeinschaft zu verwirklichen.

Die erzieherische Wirkung sah man besonders darin, daß die Schülerinnen „zum ersten Mal völlig selbständig in eigener Verantwortung ihr gesamtes Wissen und Können und alle praktischen Fähigkeiten in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen und in Vollzug dieser Synthese ihre geistige Reife zu beweisen und sich charakterlich zu bewähren“ hatten.<sup>110</sup> Im Hinblick auf die Berufswahlentscheidung erhoffte sich die Schule für ihre Schülerinnen, „daß sie im Dienst eine Reihe von Frauenberufen von hauswirtschaftlich-pflegerischer, sozialer und pädagogischer Richtung in der Praxis des Alltags kennenlernen“. Dahinter stehendes Ziel war es, zu verhindern, „daß sich manche Mädels einem akademischen Studium trotz fehlender innerer Berufung und Eignung zuwenden“. Als Vorbild galt eine Schülerin, die „unter dem Einfluß des Dienstes Krankenschwester wurde und tiefe innere Befriedigung in diesem Berufe fand“.<sup>111</sup> Im Rahmen der Volksgemeinschaftsideologie strebte die – seit 1940 – Heinrich-Schütz-Schule eine Überbrückung der Gegensätze von Hand- und Kopfarbeit, von Stadt und Land, ein tieferes Verständnis füreinander an.<sup>112</sup>

Gerade hier scheinen aber entscheidende Probleme bei der Durchführung des Dienstes gelegen zu haben. Die Ideologie der Volksgemeinschaft wurde dort brüchig, wo offensichtlich viele „wohlbehütete“ Schülerinnen zum ersten Mal mit den realen Lebensbedingungen anderer Gruppen der „Volksgemeinschaft“ konfrontiert wurden.<sup>113</sup> Die Schule betrachtete dies ausdrücklich als Gefahr, als „seelische Belastung“, wenn Schülerinnen der „harten Berührung mit der Realität“, „der Tragik und unerbitterlichen Härte des Lebens“ ausgesetzt wurden, „z. B. in der Begeg-

nung mit Opfern der doppelten Moral unserer Gesellschaftsordnung“ „einen tiefen Blick in tiefste Abgründe menschlicher Not und Schuld tun“ konnten oder in „Berührung mit traurigen Familienverhältnissen (zerrütteten Ehen, Trinkerelend, Wohnungsnot)“ gerieten.<sup>114</sup> Gleichwohl stellte der Dienst ein Novum in der Geschichte der Schule dar, er öffnete sie für gesellschaftliche Bereiche, die Schülerinnen bislang verschlossen geblieben waren. Beim Fortbestand oder sogar der Verschärfung sozialstruktureller Ungleichheiten im Faschismus konnte die Schule jedoch jenseits der irrationalen Volksgemeinschaftsideologie Schülerinnen keine rationalen Verarbeitungsmöglichkeiten der erfahrenen Probleme anbieten, für die z. B. das Mißtrauen ländlicher Familien, bei denen Dienst abgeleistet werden sollte, stand.

Die Institutionen, bei denen Dienst abgeleistet wurde, stellten ein förmliches Zeugnis aus, das in die Beurteilung der Schule und in Zeugnisnoten einging, auch im Abitur eine wichtige Rolle spielte.<sup>115</sup>

Bei allen Tendenzen der Lehrplanrevision von 1938, Schule wieder verstärkt auf die Funktion von Unterricht, die Entwicklung geistiger Fähigkeiten zu verpflichten,<sup>116</sup> trotz des Postulats „wechselseitiger Durchdringung von wissenschaftlicher und praktischer Arbeit“ in den Fächern des Frauenschaffens,<sup>117</sup> war die hauswirtschaftliche Form insgesamt darauf angelegt, nationalsozialistische Weltanschauung und praktische Politik nicht theoretisch und verstandesmäßig zu vermitteln, sondern praktisch zu vollziehen. Die Unterrichtsinhalte des Frauenschaffens transportierten insbesondere das niemals hinterfragte Postulat von der „naturegebenen Verschiedenartigkeit der Geschlechter“ und der sich daraus ergebenden Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Der Erwerb des hauswirtschaftlichen Abiturs sollte die Berufsperspektiven von Schülerinnen auf traditionelle Frauenberufe lenken.<sup>118</sup>

An der Heinrich-Schütz-Schule besuchten in der Folgezeit etwa die Hälfte der Schülerinnen den hauswirtschaftlichen Zweig, an der Jacob-Grimm-Schule die meisten. Nicht zuletzt bot er – bei aller Betonung der ihm zugrun-

<sup>108</sup> SchA „Über Sinn und Aufgabe des Dienstes in der hauswirtschaftlichen Abteilung der Oberschule für Mädchen und Probleme seiner Verwirklichung.“ <sup>109</sup> 11. Jahrbuch (47) S. 39 ff.: „Neues Leben auf der Oberstufe: die hauswirtschaftliche Form“; 12. Jahrbuch der Heinrich-Schütz-Schule 1939/40, S. 20 ff.: „Dienst im Säuglingsheim und im Kindergarten“; 13. Jahrbuch der Heinrich-Schütz-Schule 1940/41, S. 20 ff.: „Aus der Schularbeit.“ <sup>110</sup> SchA, Über Sinn ... (108). <sup>111</sup> ebda. <sup>112</sup> ebda. <sup>113</sup> ebda. Dies ähnelte Erfahrungen, die Schülerinnen im Rahmen ihrer Arbeit für den BDM machten. Vgl. z.B. „Werkehrendienst“, in: 10. Jahrbuch (91) S. 23 ff., wo beschrieben wird, wie sich Schülerinnen zum ersten Mal vom eigenen Erleben her mit den Existenzbedingungen von Arbeiterinnen auseinandersetzen müssen. <sup>114</sup> SchA, Über Sinn ... <sup>115</sup> Solche Zeugnisse finden sich in: SchA F19a. <sup>116</sup> Vgl. Erziehung und Unterricht, a.a.O. (99) insbes. S. 13 f. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Problem findet sich bei Elke Nyssen: Schule im Nationalsozialismus, Heidelberg 1979, S. 55 ff. <sup>117</sup> Erziehung und Unterricht, a.a.O., S. 258. <sup>118</sup> Das hauswirtschaftliche Abitur berechtigte zum Studium an den Hochschulen für Lehrerinnenbildung (Volksschule), für das künstlerische Lehramt, zum Studium der Wirtschaftswissenschaften, für das Diplomhandelslehrerinnenstudium und die Gewerbelehrerinnenausbildung, zum Studium am Institut für Leibesübungen und für eine verkürzte Ausbildung als Kindergärtnerin und Hortnerin.

deliegenden Wissenschaftlichkeit – einen einfacheren Weg, das Reifezeugnis zu erwerben.<sup>119</sup> Die lebensgeschichtliche Bedeutung dieses Bildungsganges kann jedoch kaum abgeschätzt werden: Nicht einmal ein Schülerinnenjahrgang durchlief die Schule der Reform von 1938 von Anfang bis Ende. Denjenigen aber, die ihre Oberstufenzeit mit dem hauswirtschaftlichen Abitur

beendeten, bot er dann letztlich doch die gleichen Berufs- und Studienchancen wie ihren Mitschülerinnen auf dem sprachlichen Zweig. 1939 wurde das hauswirtschaftliche dem sprachlichen Abitur gleichgestellt, und die kriegsbedingten Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt öffneten Frauen auch wieder die Universitäten.<sup>120</sup>

## Krieg – Kinderlandverschickung (KLV)

„Der Führer schreibt in seinem Buch: ‚Mein Kampf‘: ‚Wir Nationalsozialisten müssen unverrückbar an unserem außenpolitischen Ziel festhalten, nämlich: dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern.‘ Durch den Versailler Vertrag hatten die Westmächte ihr Ziel erreicht, Deutschland so klein zu machen, daß die Wirtschaftskraft des Bodens nicht mehr ausreichte, das deutsche Volk zu ernähren und leben zu lassen. Um diesem unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten, setzte sich der Führer das Ziel, dem Deutschen Reich die gewaltsam abgetrennten Gebiete im Osten wieder anzugliedern und ihm darüber hinaus den nötigen Lebensraum zu verschaffen.“<sup>121</sup>

Der Abituraufsatz einer Schülerin aus dem Frühjahr 1940, aus dem dieser Auszug stammt, rechtfertigte den nationalsozialistischen Eroberungskrieg; er stand am Ende einer Schulzeit, die systematisch – aber Schülerinnen wahrscheinlich nicht immer bewußt – auf ihn vorbereitet hatte.

Die Nationalsozialisten trafen hier mit ihren Ansprüchen an Schule auf den fruchtbaren Boden nationaler und nationalistischer Traditionen, die – auch wenn sie vielleicht

meinten, etwas anderes zu wollen – die ideologische und propagandistische Legitimation und Vorbereitung der rassistischen Lebensraumpolitik leicht machten.<sup>122</sup> Sichtbarer Ausdruck dieser Traditionen an der Meysenbugschule war vor allem die Schulgruppe des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA), die unter der Leitung eines Lehrers im Schuljahr 1932/33 bereits 360 der etwa 600 Schülerinnen organisiert hatte und deren Öffentlichkeitsarbeit und praktische Volkstumsarbeit nachhaltig auf das Schulleben einwirkte.<sup>123</sup> Auf dem Hintergrund der Militarisierung eines Teils des Schullebens, der ausführlichen – aber die wahren Ziele verdeckenden – unterrichtlichen und praktischen Einbindung in die ökonomische Aufrüstung,<sup>124</sup> praktischer und theoretischer Luftschutzübungen, die ebenso wie Unterricht das ständige Gefühl der Bedrohung erwecken sollten,<sup>125</sup> zog sich die „Revision von Versailles“ wie ein roter Faden durch Unterricht und Schulfeste,<sup>126</sup> die deren einzelne Schritte legitimierten und auf die nächsten vorbereiteten: Am Ende konnte die zur Kritik unfähige Bejahung des Krieges stehen.

Nach den bis in den Februar hinein verlängerten Winterferien 1939/40, während derer die Meysenbug-

<sup>119</sup> So beklagte der Direktor 1941 bei einem Referat von Schulleitern, „daß die ganze hauswirtschaftliche Form für die Praxis noch ein höchst schwieriges Problem darstellt, hervorgerufen durch den Widerspruch zwischen hochgesteckten wissenschaftlichen Zielen mit der Berechtigung zum Studium und den unzulänglichen geistigen Fähigkeiten so vieler Schülerinnen, die in diese Oberstufe hineindrängen, noch befangen in den unseligen Vorstellungen eines sog. ‚Werkabiturs‘. Wir bitten die Aufsichtsbehörde, uns in dem notwendigen Abwehrkampf zu unterstützen, weil wir sonst keinen anständigen Leistungsstand erzielen können.“ (SchA, Manuskript eines Referats Dr. Beckers, gehalten auf der Direktorenkonferenz am 24. und 25. Mai 1941 in Frankfurt: „Über den gegenwärtigen Leistungsstand der höheren Schule «Mädchenschule»“). Im Gutachten einer Klasse, die im gleichen Jahr Abitur machte, stellte die Klassenlehrerin einen Zusammenhang her zwischen dem „Fehlen von geistiger Kraft“ und der Wahl der hauswirtschaftlichen Form und wies darauf hin, daß mit der Verschärfung der Prüfungsanforderungen in den wissenschaftlichen Fächern etwa ein Drittel der Schülerinnen ausgeschieden sei. (SchA, Verhandlungen über die Reifeprüfung 1941). <sup>120</sup> Vgl. Irmgard Weyrather, a.a.O. (Anm. 93), S. 158 ff.; Jürgen Zinnecker: Emanzipation der Frau und Schulausbildung, Weinheim/Basel 1978, S. 51 ff. Siehe auch den SD-Bericht zu Inlandsfragen vom 20. 9. 1943 in: Hein Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich 1938–1945, 17 Bde., Herrsching 1984, S. 5781 ff. Führende Nationalsozialisten hielten dennoch an ihrer Auffassung von der Rolle der Frau fest. Vgl. die im Zusammenhang der „Weißen Rose“ bekanntgewordene Rede des Gauleiters Giesler (Christian Petry: Studenten aufs Schafott. Die Weiße Rose und ihr Scheitern, München 1968, S. 99). Von den Abiturientinnen der Schütz-Schule machten sowohl diejenigen des sprachlichen als auch die des hauswirtschaftlichen Zweiges wieder vermehrt von den Studienmöglichkeiten Gebrauch. <sup>121</sup> 12. Jahrbuch (109), S. 79 f. <sup>122</sup> Für das Klima an Kasseler Schulen und in Kassel vgl. auch die Auseinandersetzung um den pazifistisch eingestellten Lehrer Hein Herbers in Jörg Kammler; Dietfried Krause-Vilmar (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933–1945. Eine Dokumentation, Kassel 1984, S. 38. <sup>123</sup> SchA Jahresberichte 1920 ff. <sup>124</sup> SchA F1, Tgb. Nr. 326 vom 30. 4. 1938. <sup>125</sup> Auch durch Mathematikaufgaben; z. B. in der Reifeprüfung 1936, in der das Problem zu lösen war, wann eine feindliche Luftstaffel aus Metz (Frankreich) Kassel erreicht habe (SchA Jahresbericht 1935/36). <sup>126</sup> Darauf kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Als Beispiel sei aus der mündlichen Reifeprüfung 1937 zitiert: „Frage: Erklären Sie das Wort des Führers, daß Deutschland nach der Rückgliederung des Saarlandes keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich habe! Antwort: Der Führer betrachtet die Westgrenze als erstarrt. Deutschland muß seine Kräfte frei machen für die Bodenpolitik im Osten.“ (SchA Verhandlungen über die Reifeprüfung 1937). Als Beispiel für entsprechende Schulfeste seien die 8 Saarstunden des Schuljahres 1934/35 erwähnt (SchA Jahresbericht 1934/35).

schule in Heinrich-Schütz-Schule umbenannt wurde, brachte der Krieg weitreichende Veränderungen des Schulalltags mit sich: Einberufungen von Lehrern und Lehrerinnen, die durch bereits pensionierte Lehrer oder weibliche Lehrkräfte ersetzt wurden (der älteste 78, die jüngste 23 Jahre alt); die Inquartierung einer Wehrmachtsbehörde, die zu räumlichen Beschränkungen und zu Schichtunterricht führte und im Nebeneinander von Behörde und Mädchenschule Probleme mit sich brachte; gemeinsame nächtliche Luftwachen von Schülerinnen und Lehrerinnen in der Schule; Unterrichtsausfall am nächsten Morgen nach nächtlichen Luftalarmen oder Unterbrechungen des Unterrichts am Vormittag bei Alarmen oder Übungen, die Schülerinnen und Lehrer in den Luftschutzkeller der Schule zwangen. Jenseits dieser Unterrichtsausfälle konnte die Schule ihren Unterricht entsprechend der Stundentafeln weitgehend abdecken, aber er stand unter dem Gesichtspunkt des „Kriegseinsatzes“, der sich in praktischen Arbeiten für Lazarette, die NSV, einen Kindergarten im Wartheland, für den die Schule seit längerem eine Patenschaft übernommen hatte, oder für Partnerschaftskreise des VDA ebenso ausdrückte, wie in der Teilnahme an Wettbewerben<sup>127</sup> oder in einer umfangreichen Sammeltätigkeit. Das Maß dessen, was die Schule hier tat, muß das übliche überschritten haben, „wenn daher der Führer dem Unterzeichneten“, wie Dr. Becker Kollegen mitteilte, „als erstem der Lehrkräfte der Provinz das Kriegsverdienstkreuz verlieh“,<sup>128</sup>

Mit dem Krieg wurde aber Schulalltag in immer höherem Maße Schüleralltag. Bleibende Eindrücke hinterließen jetzt nicht so sehr Erlebnisse innerhalb als vielmehr mannigfaltige Formen von „Kriegshilfsdienst“ außerhalb der Schule (z. B. im „Kriegseinsatz der Jugend zur Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes“), die vom BDM, aber auch von anderen Stellen organisiert wurden und von Schülerinnen ab dem 10. Lebensjahr in ihrer täglichen Freizeit, innerhalb und – unter Aufhebung der Schulpflicht auch – außerhalb der Ferien abzuleisten waren.<sup>129</sup> Dieser Kriegseinsatz sah Schütz-Schülerinnen z. B. auf Bauernhöfen, in NSV-Kindergärten, in kinderreichen Familien, in Krankenhäusern, Lazaretten oder Soldatenheimen, im Bahnhofsdienst zur Betreuung von Soldaten, in der Heeresbäckerei und anderen Betrieben oder als Straßenbahnschaffnerinnen, im städtischen Vorrats-

keller, bei Behörden und Parteidienststellen. Sie klebten in Lebensmittelgeschäften Zuteilungsmarken, führten Botengänge aus oder betätigten sich in Bezugsscheinstellen.<sup>130</sup> Die Hilfe der Schülerinnen diente auch dazu, daß andere Frauen nun die Arbeitsplätze einnehmen konnten, die im nationalsozialistischen Sinne – und wie sie es gelernt hatten – den Männern vorbehalten sein sollten. 1940 endete die Schule für Schülerinnen der Abschlußklassen vorzeitig:

„Es kam alles so plötzlich. Am Morgen des 18. Septembers waren wir noch alle in der Schule zu unserer Entlassungsfeier, am Nachmittag wanderte ich schon zum Untergau des BDM und zur Kreisamtsleitung der NSV, um meine neue Tätigkeit zu beginnen. Morgens war ich noch Schülerin der 9s, abends lebte ich schon als Kindergärtnerin, Krieg! Das war das Stichwort zu dieser plötzlichen Umgestaltung meines Lebens. Krieg! Das hieß vermehrte Arbeit für die Frauen, Einsatz an anderen Plätzen als früher.“<sup>131</sup>

Der alliierte Luftangriff auf Kassel vom 22. Oktober 1943, der die Stadt nahezu zerstörte, bedeutete einschneidende Veränderungen für die Schütz-Schule, obwohl ihr Gebäude im Gegensatz zu denen fast aller anderen Schulen weitgehend unzerstört geblieben war.<sup>132</sup> Nachdem bereits vorher ein Teil der Schülerinnen als sog. Gast Schülerinnen auf auswärtigen Schulen in weniger luftbedrohten Gebieten, ein anderer Teil in KLV-Lagern der Klassen 1–4 im Gau Kurhessen (z. B. im Lager Landau/Waldeck, das eine Lehrerin der Schule leitete) untergebracht worden waren,<sup>133</sup> wurde die Schule nach ihrer vorübergehenden Schließung am 29. 11. 1943 mit einem Sonderzug in die (erweiterte) Kinderlandverschickung nach Bad Wildungen evakuiert.<sup>134</sup>

Organisation und Betreuung der KLV-Lager waren Aufgabe der Hitler-Jugend, deren Führung in ihnen die Möglichkeit sah, „Jugendliche im großen Rahmen und für längere Zeit total zu erziehen“,<sup>135</sup> waren doch die Eltern in ihren erzieherischen Einflußmöglichkeiten weitgehend ausgeschaltet. Mit der Vorbereitung der KLV-Lager für die Kasseler Schulen war die zuständige HJ jedoch offensichtlich überfordert.<sup>136</sup> Die totale Zerstörung der Stadt und fehlende Alternativen zu KLV mögen jedoch dazu beigetragen haben, daß es nun dennoch offenbar zu keinen größeren Konflikten zwischen Parteiorganisationen und Eltern kam, die diesen noch im Sommer 1943 ihre Kinder

<sup>127</sup> Z. B. beim Wettbewerb „Seefahrt tut not“ der Marine oder „Für Deutschlands Freiheit“ des NSLB, bei denen die Schütz-Schule neben zahlreichen Gausiegern auch Reichssieger stellte, worüber in „Der deutsche Erzieher“ und der örtlichen Presse berichtet wurde. <sup>128</sup> SchA, Rundbrief des Direktors vom August 1942. <sup>129</sup> Vgl. Dagmar Reese: Bund Deutscher Mädel – Zur Geschichte der weiblichen deutschen Jugend im Dritten Reich, in: Frauengruppe Faschismusforschung: Mutterkreuz und Arbeitsbuch, Frankfurt/Main 1981, S. 163–187, hier S. 174 ff.; Martin Klaus (1980), a.a.O. (45), S. 120 ff. und ders. (1983), a.a.O., S. 99 ff. <sup>130</sup> SchA Jahresbericht 1939 ff. und 12. und 13. Jahrbuch (109); SchA Hekt. Rundschreiben des Direktors 1942 und 1943. <sup>131</sup> 12. Jahrbuch (109), S. 70. <sup>132</sup> Werner Dettmar: Die Zerstörung Kassels im Oktober 1943. Eine Dokumentation, Kassel 1983, S. 142. <sup>133</sup> SchA Rundbrief des Direktors vom Okt. 1943. <sup>134</sup> Das Lager in Bad Wildungen war das Hauptlager. Zeitweise befanden sich Schülerinnen auch in Odershausen, Melsungen (Schippenmühle), Körle und Gudensberg. <sup>135</sup> Das junge Deutschland, Berlin, Jg. 1943, S. 103, zit. nach Arno Klönne: Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, Düsseldorf/Köln 1982, S. 54. <sup>136</sup> So Dr. Braue in: Jacob-Grimm-Schule. Städtisches Realgymnasium für Mädchen Kassel 1869–1949, Kassel 1949, S. 54.

nur zögernd oder gar nicht anvertraut hatten, nun aber – bei der geschlossenen Verschickung von Schulen – den Eindruck haben konnten, ihre Kinder blieben in der Obhut von Lehrerinnen und Lehrern.<sup>137</sup>

Inwieweit der BDM als zuständige Gliederung der HJ Einfluß auf das Lager in Bad Wildungen nehmen konnte oder nahm, ist nicht genau rekonstruierbar.<sup>138</sup> Wohl war er präsent: Ihm oblagen die Wirtschaftsführung,<sup>139</sup> Morgenappelle mit Spruch und Flaggenhissung, die Beaufsichtigung der Schülerinnen in der Freizeit, die Ausrichtung von Heimabenden, die Überwachung des „Zapfenstreiches“ am Abend. Dessen ungeachtet war die Lagerzeit der Heinrich-Schütz-Schule aber zuerst durch das Bestreben der Schule, die die eigentliche Lagerleitung hatte, gekennzeichnet, Unterricht in den Klassenverbänden und den schulischen Zusammenhang aufrechtzuerhalten – ein Bemühen, dessen Erfolg nicht vom BDM, wohl aber von den auch in Wildungen immer häufigeren Luftalarmen in Frage gestellt wurde, die Schülerinnen und Lehrer in die Bunker zwangen und einen geregelten Unterricht schließlich mit fortschreitender Kriegsdauer immer unmöglicher machten. Die Auflösung der Schule als Institution, die Übernahme der KLV-Lager als Erziehungsinstrument durch die HJ, in denen Lehrer allenfalls noch unterrichten durften, wie dies generell für KLV-Lager behauptet wird,<sup>140</sup> fand in Bad Wildungen ganz offensichtlich nicht statt. Das Lager bedeutete – zumindest subjektiv – „Schule in anderer Form“, „mit Internatscharakter“, wozu nicht nur der Unterricht, sondern auch schulisch organisierte Freizeitveranstaltungen beitrugen.<sup>141</sup> In der Erinnerung von Schülerinnen nahmen nicht BDM-Führerinnen, sondern die vertrauten Lehrerinnen und Lehrer Elternfunktionen wahr.

BDM-Dienst bedeutete in Bad Wildungen wie in Kassel Kriegshilfsdienst, in der Lazarettstadt vor allem in der

Betreuung verwundeter Soldaten, durch die man sich dem Alltagsdienst entziehen konnte; es galt aber auch, Soldatenstrümpfe zu stopfen, bei der Feldarbeit behilflich zu sein oder Heilkräuter zu sammeln. Dabei lebten die Schülerinnen in der ständigen Sorge um ihre Familien in Kassel, während sie selbst relativ sicher waren. Der Kontakt mit den Angehörigen konnte aber, auch durch Besuche, aufrechterhalten werden.<sup>142</sup>

Das KLV-Lager der Schütz-Schule stand somit unter Bedingungen, die denen vieler Lager anderer Schulen nicht vergleichbar waren,<sup>143</sup> und in der Erinnerung vieler – zumeist älterer – Schülerinnen wie auch Lehrerinnen ist die Lagerzeit deshalb positiv besetzt, steht „an erster Stelle das kameradschaftliche Zusammenleben“<sup>144</sup> unter Bedingungen, die Schule sonst nur in Ausnahmesituationen bietet. Nur selten werden „Kameradschaft“ oder „Gemeinschaft“ problematisiert, wie von einer Ehemaligen, die damals das Bedürfnis verspürte, „einmal allein und unbeobachtet“ zu sein, und heute meint, es schien ihr „überhaupt eines der schlimmsten Dinge an dem ganzen System, daß man ständig in der Masse war“.<sup>145</sup> Schul- und Klassengemeinschaften fanden im Lager – wie vorher auch – ihre Grenze dort, wo das ständige Gefühl der Angst die Äußerung abweichender Gedanken und den freien Meinungsaustausch, hier vor allem auch über den Krieg und sein bevorstehendes Ende, unmöglich machten.<sup>146</sup>

Die älteren Schülerinnen erlebten das Ende der Kinderlandverschickung nicht mehr im Lager. Ihnen, denen in den Jahren zuvor das Ideal der „Hausfrau und Mutter“ nahegebracht worden war, erlegte der NS-Staat seit dem Herbst 1944 die Verpflichtung zur Arbeit in rüstungswichtigen Betrieben der Region auf.<sup>147</sup> Die anderen erlebten ein Ende der Schulzeit im Nationalsozialismus, an dem „Gemeinschaft“, „Solidarität“ und „Verantwortung“ zum Teil zerbrachen.

<sup>137</sup> Auf den mangelnden Evakuierungswillen der Kasseler Bevölkerung weist ein bei Dettmar, a.a.O., S. 124 wiedergegebener Bericht der Stadt über den Angriff vom 22. 10. hin. Ganz allgemein – und auch andernorts in Hessen – kam es im Zusammenhang der KLV zu sichtbaren Problemen, die Zustimmung der Bevölkerung zu erhalten. Vgl. die SD-Berichte vom Sept. 1940, Dez. 1940, Juli 1943, Aug. 1943, Nov. 1943 und Jan. 1944, in: Heinz Biberach (Hrsg.), a.a.O. (120), S. 1622 ff., 1856 ff., 5475 ff., 6270 ff. und 6315 ff. <sup>138</sup> Aus dieser Zeit sind keine Akten erhalten. Die folgenden Aussagen stützen sich vor allem auf schriftliche Befragungen von etwa 15 ehemaligen Schülerinnen (1983/84) und mehrere Gespräche. <sup>139</sup> Eine Ausnahme bildete das Lager der hauswirtschaftlichen Oberstufe im Haus Helene, das die Wirtschaftsführung selbst besorgte. <sup>140</sup> Z. B. Arno Köhne, a.a.O. (135), S. 54 f. Im Bericht über die KLV-Zeit der Grimm-Schule wird von einem Konflikt zwischen HJ und Schule um den maßgeblichen Einfluß auf die Lagerleitung berichtet, in dem sich die Schule letztlich durchsetzen konnte. Jacob-Grimm-Schule, a.a.O., S. 56. <sup>141</sup> „Manch beschwingtes Fest ließ sich improvisieren, Kostümfest in der Viktorquelle und im Parkhotel, ein Matrosenball im Kinderheim, ein bunter Zirkus auf der sonnenhellen, großen Wiese daselbst...“ Die Geschichte der Schule 1942–1945, in: Jahrbuch 1977/78 der Heinrich-Schütz-Schule Kassel, Kassel, S. 10–13, Zit. S. 11. <sup>142</sup> Bei der Grimm-Schule, deren Lager sich in Fulda und Umgebung befand, nahm der Lagerleiter große Anstrengungen auf sich, diesen Kontakt zu halten. So hielt er wöchentlich regelmäßige Sprechstunden in Kassel ab. Jacob-Grimm-Schule, a.a.O. (136), S. 55. <sup>143</sup> Die Bedingungen des Lagers der Grimm-Schule, in dem die Schülerinnen auf zahlreiche Unterkunftsmöglichkeiten verteilt waren und das sich zudem in einem bald gleichermaßen luftgefährdeten Raum befand, waren ungleich schlechter. Eine Kasseler Jungenschule befand sich in einem ehemaligen Reichsarbeitsdienstlager in Damm in der Nähe von Marburg. <sup>144</sup> Jahrbuch der Heinrich-Schütz-Schule Kassel 1978, S. 10–13. <sup>145</sup> Brief von Frau N. (1984). <sup>146</sup> Dies wurde in mehreren Gesprächen und einigen Briefen so geäußert. Das Klima der Angst war unabhängig davon, ob tatsächlich Denunziationen vorgekommen waren. <sup>147</sup> SchA Verhandlungen über die Reifeprüfung 1944/45 enthält Bescheinigungen über die Ableistung der Arbeitsdienstpflicht, die notwendig waren, um Schülerinnen ein Reifezeugnis ausstellen zu können, nachdem der Schulbetrieb im Herbst 1945 wieder aufgenommen worden war.

„Dann kam das für uns heute völlig Unverständliche: Herr Dir. Dr. Becker rief uns im Speisesaal zusammen und erklärte uns für ‚vogelfrei‘. Wir hatten innerhalb von 2 Stunden das Haus zu räumen, da er die Verantwortung nicht übernehmen könne. Er bot uns an, unser Gepäck im Keller einzuschließen, wo es dann, so Zeugenaussagen, in kürzester Zeit geplündert wurde. Einige von uns hatten schon einige Tage vorher um Erlaubnis gebeten, nach

Hause fahren zu dürfen, mit Antrag der Eltern. Aber das wurde abgelehnt mit dem Hinweis, wir wären unter seiner Obhut am besten aufgehoben.<sup>148</sup> Wir waren ja schon 15–17 Jahre alt, aber in unserem Haus befand sich auch eine Sexta! Wir liefen also wie die Hühner auseinander und erlebten die abenteuerlichsten Geschichten auf unserer ‚Flucht‘.“<sup>149</sup>

## Bilanz

Endgültig mit der Schulreform von 1938 hatte die Malwida-von-Meyßenbug-Schule ihr Gesicht entscheidend verändert. Es war nur konsequent, wenn der nationalsozialistische Staat den Bruch mit den Anfängen der Schule auch äußerlich vollzog, indem er die Namensgebung des Jahres 1930 als bewußten Hinweis auf diese tilgte und die Schule mit Wirkung vom 1. Januar 1940 in Heinrich-Schütz-Schule umbenannte. Malwida von Meyßenbug als Namenspatronin galt dem Oberpräsidenten nicht mehr als tragbar:

„Für ihr Geschlecht forderte sie die Emanzipation der Frau und trat eifrig in Wort und Schrift für das überragende Recht der Persönlichkeit ein. (...) Es wäre nicht zu verantworten, wenn man heute ihre beiden Hauptwerke ‚Memoiren einer Idealistin‘ und ‚Individualitäten‘ den Schülerinnen zur Lektüre in die Hand drückte.“

„Durch das ganze Werk zieht sich der Anspruch, Verkünderin der Frauenrechte, der Emanzipation des Weibes zu sein, und die Forderung der völligen Gleichberechtigung mit dem Manne im Parlamente, Gerichtssaal und in den Behörden.“<sup>150</sup>

Für den Oberpräsidenten gehörte Malwida zu den „tragisch veranlagten Naturen, in denen ein Übermaß von intellektueller Begabung alle von Zeit zu Zeit auflebenden fraulichen Gefühle und mütterlichen Triebe erdrückt“. „Weltanschauung und Leben Malwida von Meyßenbugs“ waren ihm das „genaue Gegenteil von der Haltung, zu der unsere weibliche Jugend erzogen werden soll“.<sup>151</sup>

Der Verlust an Identität, den die Umbenennung des Jah-

res 1940 anzeigte, vollzog sich nicht nur im Hinblick auf die nationalsozialistische Definition der Frauenrolle, er berührte auch den eigenen Anspruch eines hohen intellektuellen Niveaus. Auch hier war die Schütz-Schule des Jahres 1940 nicht mehr mit der Meyßenbugschule des Jahres 1930 zu vergleichen, wie der Direktor in einem Referat vor anderen Schulleitern „Über den gegenwärtigen Leistungsstand der höheren Schule (Mädchenschule)“ selbst ausführte:<sup>152</sup>

„Es läuft außer der Erinnerungstäuschung leicht noch ein zweiter Fehler beim Vergleichen unter: man will das Gleiche vorfinden, das einmal gewesen ist, und findet davon tatsächlich manches nicht mehr, weil die Wertungen einer neuen Zeit und damit ihre Haltungen und ihre Leistungen andere geworden sind. Deshalb spricht man oft von einem Leistungsrückgang, wo es gerechterweise Verlagerung der Leistung heißen müßte.“

Zur „Verknappung des Lebensraum(s) der Schule“ als einer „geistige(n) Pflanz- und Pflegestätte“, die das Ministerium bereits 1935 beklagt hatte, trugen viele Umstände bei.

Schulfremde Aufgaben wie die Anfertigung von Erbkartei- und Sippentafeln, Staatsjugendtag und Rücksichtnahmen auf den BDM, die die Zeit für schulische Aktivitäten einschränkten,<sup>153</sup> Filmbesuche, Rundfunkveranstaltungen, Sammlungen, Feiern usw. schränkten die Unterrichtszeit erheblich ein, nicht zuletzt aber die seit 1938 um ein Jahr auf acht Jahre verkürzte Dauer der höheren Schule. Gerade solchen Zumutungen kam die Schule

<sup>148</sup> Der Erinnerung einer anderen Schülerin zufolge wandte Dr. Becker in dieser Situation den Spruch an: „Eine deutsche Frau verläßt ihren Standpunkt nicht.“ <sup>149</sup> Brief von Frau K. vom 26. 11. 84. Anders verlief das Ende der KLV-Zeit an der Grimm-Schule in Fulda, wo es dem Lagerleiter unter Überwindung der größten Schwierigkeiten und gegen die Gebietsführung der HJ gelang, die Schülerinnen geschlossen mit dem Zug von Fulda nach Kassel zu bringen, als die Amerikaner bereits auf Fulda vorrückten. Jacob-Grimm-Schule, a.a.O. (136), S. 57 f. <sup>150</sup> ZStA Potsdam, Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung E III, Specialia Cassel Nr. 16. 6231, Bl. 134 ff.: Schreiben des Oberpräsidenten an das Ministerium vom 26. 4. und 24. 11. 1939. Bereits 1937 finden sich in den Schulakten erste Hinweise auf Bestrebungen, die Schule umzubenennen, mit Vorschlägen der Schule für neue Namen. Genau ist der Vorgang der Umbenennung nicht rekonstruierbar. Für Heinrich Schütz gab es starke Bestrebungen in Kassel; das Ministerium lehnte diese Namensgebung noch 1939 als ungeeignet ab. <sup>151</sup> ebda. <sup>152</sup> Manuskript des Referats, gehalten am 23./24. Mai 1941 in Frankfurt auf der Konferenz der Direktoren, SchA. Zit. S. 1 f. <sup>153</sup> Als ein zweiter hausaufgabenfreier Nachmittag eingeführt werden sollte, listete der Schulleiter die Bereiche schulischer Arbeit auf, die dadurch eingeschränkt oder unmöglich gemacht worden wären: Hausaufgaben, Sportunterricht, Arbeitsgemeinschaften in Naturwissenschaften, Gemeinschaftsarbeiten außerhalb der Unterrichtszeit, Rudern der Klassen. (SchA, Referat Dr. Beckers auf der Direktorenkonferenz).

nicht einfach nur nach, sondern bemühte sich, in der Konkurrenz mit neuen Organisationen die Übereinstimmung mit deren Zielsetzungen vorbildlich zu demonstrieren. Das Beharren von Stellungnahmen der Schulleitung auf der Bewahrung von „Schulgemeinschaft“, die Verteidigung von Schule als Institution, die durch manche Maßnahmen der NS-Schulpolitik gefährdet schienen,<sup>154</sup> vollzog sich auf dem Fundament eines Konsenses, der an der Schule deutlich sichtbar war.

Ebenfalls deutlich sichtbar hatte die Schule – auch vor den neuen, einheitlichen Lehrplänen von 1938 – ihren traditionellen Unterrichtsstoff unter ideologische Vorzeichen des Nationalsozialismus gesetzt. Wenn die Konkretisierung nationalsozialistischer Erziehungs- und Bildungsziele dabei durch ein Übermaß an „Pflichterfüllung“ und Phantasie gekennzeichnet schien, dann lag dem sicherlich zum einen das Bestreben zugrunde, das traditionelle Bildungsgut, so weit es ging, zu wahren. Auf der anderen Seite aber gab die Schule im Widerstreit zwischen der Irrationalität nationalsozialistischer Ideologie und dem bildungstheoretischen Postulat des Gebundenseins höherer Bildung an Wissenschaft ihren „Stoff“ der Dominanz des Irrationalen preis.

Lehrerinnen und Lehrer unterrichteten zwar weiterhin in dem Bestreben, den Intellekt ihrer Schülerinnen auszubilden, aber es war gerade dieser Bereich, der den Direktor der Schule 1941 dazu veranlaßte, öffentlich den Leistungsstand – ungeachtet der Kriegsauswirkungen – für „nicht befriedigend“ zu erklären, „wenn wir ihn an den Minimalforderungen von ‚Erziehung und Unterricht‘ messen“. Er attestierte Schülerinnen zwar den Willen und die Fähigkeit, „die Werte der nationalsozialistischen Weltanschauung in sich aufzunehmen und zu verarbeiten“, ihre Aufopferungsfähigkeit und „die Mühe, auch den schulischen Pflichten gerecht zu werden“, kritisierte aber als „Nichtleistung“ das Fehlen „an breitem und verwendungsfähigen Wissen“ und an „Können, auch in den Elementen“. Seine schlußfolgernde Forderung: „Geistige Hochleistung muß wieder als Lebensnotwendigkeit für die Zukunft unseres Volkes hingestellt werden“,<sup>155</sup> läßt ablesen, wie die höhere Mädchenschule hier Einbußen erlitten hatte.

Als die Heinrich-Schütz-Schule 1946 das erste Nachkriegsschuljahr bilanzierte, schrieb ihr neuer Direktor von der intensiven Arbeit, „das versäumte oder vergessene Pen-

sum“ aufzuholen.<sup>156</sup> Betrachtet man die Nachkriegsgeschichte der Schule, dann – so scheint es – blieb gerade die Erfahrung des Nationalsozialismus für Jahrzehnte eine „vergessene Lektion“. Lehrerinnen und Lehrer bewältigten ihre und die Vergangenheit der Schule kaum:

„Im Zusammenhang mit den ‚40 Jahren seit dem 8. Mai 1945‘ ist viel von der ‚Stunde Null‘ die Rede gewesen. Dieser Ausdruck erscheint mir, bezogen auf die meisten Deutschen, unzutreffend; auch in Bezug auf die Heinrich-Schütz-Schule. Der Unterricht begann im Herbst 1945 wieder mit weitgehend den gleichen Lehrern (...) Statt mit der Verlesung eines Hitler-Zitates wurde der Unterricht morgens mit einem Lied begonnen, der Deutschunterricht konzentrierte sich zum Abschluß auf die Romantik, der Geschichtsunterricht endete bei Bismarck; von Politik wurde nicht gesprochen, außer von den spürbaren Kriegsfolgen. Nur im letzten Jahr vor dem Abitur hatte eine jüngere Lehrerin die für sie schwierige Aufgabe, uns so etwas wie Staatsbürgerkunde zu erteilen, wobei es um Bundestag und Bundesrat ging und wie ein Gesetz zustandekommt. Damals war Bonn weit weg, und die politischen Zusammenhänge interessierten fast niemand.“<sup>157</sup>

Anfang der 50er Jahre entschied sich die Schule, die Namensgebung des Jahres 1940 derjenigen von 1930 vorzuziehen. Erst 1980 sollte die Arbeit eines Schülers die Erinnerung an Malwida von Meysenbug wieder wachrufen.<sup>158</sup>

1956 endeten die „Sprachuntersuchungen an der Dichtung von Hans Grimm“, des Verfassers von „Volk ohne Raum“ und „Wortführers des deutschen Neofaschismus“,<sup>159</sup> die eine Schülerin als Jahresarbeit in Deutsch vorlegte, mit einer unkommentierten ausdrücklichen Würdigung seines lebenslangen nationalistischen Anliegens.<sup>160</sup>

Es war wahrscheinlich kein Zufall, daß ein „Trupp von Schülern der Wilhelmsschule“ 1968 – als Studentebewegung und die Diskussionen um die Notstandsgesetzgebung die Schulen erreicht hatten – Schülerinnen der Heinrich-Schütz-Schule mit „wenig Erfolg“ „zur Demonstration aufzuputschen“ versuchte, wie es im Jahresbericht des Direktors hieß.<sup>161</sup>

Noch im Jahre 1978 fehlten im geschichtlichen Teil des Jahrbuches der Schule jene zehn Jahre von 1933 bis zur Zerstörung der Stadt und der Evakuierung der Schule nach Bad Wildungen.

<sup>154</sup> Z. B. bei den nationalpolitischen Lehrgängen, wo von übergeordneter Stelle Lager außerhalb des Rahmens von Klassen- und Schulgemeinschaften favorisiert wurden. <sup>155</sup> SchA „Über den gegenwärtigen Leistungsstand der höheren Schule (Mädchenschule), S. 3 ff. <sup>156</sup> SchA Jahresbericht 1945/46. <sup>157</sup> Brief der ehemaligen Schülerin Frau M. vom 13. 7. 85. <sup>158</sup> Broschüre zum 50. Jubiläum des Schulgebäudes 1980: Gunter Tietz: Malwida von Meysenbug, Schriftstellerin und Frauenrechtlerin zwischen Vormärz und Realismus – eine vergessene politische Kraft (S. 37–73). G. Tietz hat auch den Band der Stadtparkasse zu Malwida von Meysenbug betreut. <sup>159</sup> Ernst Loewy: Literatur unterm Hakenkreuz. Das Dritte Reich und seine Dichtung. Eine Dokumentation, Frankfurt/Main 1969, S. 299. <sup>160</sup> Schulbibliothek: U. B. Jahresarbeit 1955/56, Thema: Sprachuntersuchungen an der Dichtung Hans Grimms. <sup>161</sup> SchA, Jahresbericht 1967/68.

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## a. Quellen:

Schularchiv der Studienanstalt der realgymnasialen Richtung zu Cassel (1909) bzw. des Lyzeum mit Studienanstalt (1923) bzw. der Malwida-von-Meysenbug-Schule (1930) bzw. der Heinrich-Schütz-Schule (1940). (Zitiert als SchA).  
Staatsarchiv Marburg Bestand 152.  
Zentrales Staatsarchiv Potsdam Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, E III, Specialia Cassel Nr. 16.6231 (Staatliches Lyzeum mit Studienanstalt in Cassel).  
Stadtarchiv Kassel: Stimmungsberichte des Stadtschulamtes und des Oberbürgermeisters 1934/35.  
Jahrbücher des Lyzeums mit Studienanstalt zu Cassel bzw. der Malwida-von-Meysenbug-Schule zu Cassel bzw. der Heinrich-Schütz-Schule zu Cassel 1928/29–1940/41, 1951–1964.  
Heinz Boberach (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, 17 Bde., Herrsching 1984.

## b. Literatur:

Der alltägliche Faschismus. Frauen im Dritten Reich, Berlin; Bonn 1981.  
Matthias Andrich; Guido Martin: Schule im 3. Reich. Ein Frankfurter Gymnasium 1933–1945, Frankfurt/Main 1983.  
Stefan Bajohr: Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914–1945, Marburg 1979.  
Gisela Bock: Frauen und ihre Arbeit im Nationalsozialismus, in: Anette Kuhn; Gerhard Schneider (Hrsg.): Frauen in der Geschichte, Düsseldorf 1979.  
Karl Heinz Dickopp: Systemanalyse nationalsozialistischer Erziehung, Ratingen 1971.  
Rolf Eilers: Die nationalsozialistische Schulpolitik. Eine Studie zur Funktion der Erziehung im totalitären Staat, Köln 1963.  
Erziehung und Unterricht in der höheren Schule. Amtliche Ausgabe des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Berlin 1938.  
Kurt-Ingo Flessau: Schule der Diktatur. Lehrpläne und Schulbücher des Nationalsozialismus, München 1977.  
Frauenalltag und Frauenbewegung im 20. Jahrhundert. Materialsammlung zu der Abteilung 20. Jahrhundert im Historischen Museum Frankfurt, Bd. III, Frauen im deutschen Faschismus 1933–1945, zusammengestellt von Sabine Kübler, Anette Kuhn und Wilma Wirtz, Frankfurt/Main 1980.  
Die Frauenfrage in Deutschland 1865–1915, hrsg. von Elke Frederiksen, Stuttgart 1981.  
Frauengruppe Faschismusforschung: Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1981.  
Dieter Galinski; Ulrich Herbert; Ulla Lachauer (Hrsg.): Nazis und Nachbarn. Schüler erforschen den Alltag des Nationalsozialismus, Reinbek 1982.  
Hans-Jochen Gamm: Führung und Verführung. Pädagogik des Nationalsozialismus, 2. Aufl. Frankfurt/Main; New York 1984.  
Heil Hitler, Herr Lehrer. Volksschule 1933–1945. Das Beispiel Berlin, hrsg. von der Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum, Reinbek 1983.  
Manfred Heinemann (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Bd. I: Kindergarten, Schule, Jugend, Berufserziehung. Stuttgart 1980.  
Adolf Hitler: Mein Kampf, 519–523. Aufl. München 1940.  
Michael Kater: Hitlerjugend und Schule im Dritten Reich, in: HZ 228 (1979), S. 572 ff.  
Martin Klaus: Mädchen im Dritten Reich. Der Bund Deutscher Mädel (BDM), Köln 1983.  
Ders.: Mädchen in der Hitler-Jugend. Die Erziehung zur „deutschen Frau“, Köln 1980.  
Arno Klönne: Hitlerjugend. Die Jugend und ihre Organisation im Dritten Reich, Hannover; Frankfurt/Main 1955.  
Ders.: Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, Düsseldorf; Wien 1982.  
Anette Kuhn; Valentine Rothe (Hrsg.): Frauen im deutschen Faschismus, 2 Bde., Düsseldorf 1982.  
Karl-Christoph Lingelbach: Erziehung und Erziehungstheorien im nationalsozialistischen Deutschland, Weinheim; Berlin; Basel 1970.  
Peter Lundgren: Sozialgeschichte der deutschen Schule im Überblick, Teil I: 1770–1918, Göttingen 1980; Teil II: 1918–1980, Göttingen 1981.  
Timothy Mason: Zur Lage der Frauen in Deutschland 1930–1940: Wohlfahrt, Arbeit und Familie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie 6, Frankfurt/Main 1976, S. 118 ff.

- Elisabeth Meyer-Renschhausen: Das radikal traditionelle Selbstbild. Zur Selbsteinschätzung des „gemäßigten“ Flügels der Frauenbewegung um 1900 und seine politische Interpretation seitens der Nachgeborenen, in: Gd 10 (1985), S. 129 ff.
- Robert Möhle: Das Adam-Karillon-Gymnasium zu Mainz, in: Dieter Galinski; Ulrich Herbert, Ulla Lachauer (Hrsg.): Nazis und Nachbarn, Reinbek 1982.
- Nationalpolitische Lehrgänge für Schüler, hrsg. vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Frankfurt/Main 1935.
- Rolf Nemitz: Die Erziehung des faschistischen Subjekts, in: Projekt Ideologie-Theorie: Faschismus und Ideologie 1. Argument Sonderheft 60, Berlin 1980, S. 147 ff.
- Elke Nyssen: Schule im Nationalsozialismus, Heidelberg 1979.
- Christian Petry: Studenten aufs Schafott. Die Weiße Rose und ihr Scheitern. München 1968.
- Ulrich Popplow: Schulalltag im Dritten Reich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18 (1980), S. 33 ff.
- Ders.: Schulalltag im Dritten Reich, in: 50 Jahre Schulgebäude des heutigen Felix-Klein-Gymnasiums in Göttingen, Göttingen o. J. (1978), S. 25 ff.
- Dieter Rossmeißl: „Ganz Deutschland wird zum Führer halten ...“ Zur politischen Erziehung in den Schulen des Dritten Reiches, Frankfurt/Main 1985.
- Maruta Schmidt, Gabi Dietz: Frauen unterm Hakenkreuz. Eine Dokumentation, München 1983.
- Rolf Schörken: Luftwaffenhelfer und Drittes Reich. Die Entstehung eines politischen Bewußtseins, Stuttgart 1984.
- David Schoenbaum: Die braune Revolution, Köln; Berlin 1968.
- Harald Scholtz: Nationalsozialistische Machtausübung im Erziehungsfeld und ihre Wirkung auf die junge Generation. Studieneinheit für die Fernuniversität Hagen, 3 Teile, Hagen 1981.
- Bernd Schreyer: Von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus oder vom „Gut heil“ zum „Heil Hitler“, in: 140 Jahre Diltheyschule. Festschrift, Wiesbaden o. J. (1983).
- Schule im Dritten Reich – Erziehung zum Tod? Eine Dokumentation, hrsg. von Geert Platner und Schülern der Gerhard-Hauptmann-Schule in Kassel, München 1983.
- Jill Stephenson: Girl's Higher Education in Germany in the 1930s, in: Journal of Contemporary History 10 (1975), S. 41 ff.
- Margrit Twellmann: Die deutsche Frauenbewegung. Ihre Anfänge und erste Entwicklung 1843–1889, Kronberg 1976.
- Christine von Soden, Gabi Zipfel (Hrsg.): 70 Jahre Frauenstudium. Frauen in der Wissenschaft, Köln 1979.
- Wider das Vergessen. Antifaschistische Erziehung in der Schule. Erfahrungen, Projekte, Anregungen, hrsg. von der GEW Berlin, Frankfurt/Main 1981.
- Dörte Winkler: Frauenarbeit im „Dritten Reich“, Hamburg 1977.
- Jürgen Zinnecker: Emanzipation der Frau und Schulausbildung, Weinheim; Basel 1978.

### c. Literatur zur Region:

- Berta Braune: Hoffnung gegen die Not. Mein Leben mit Paul Braune 1932–1954, Wuppertal 1983.
- Werner Dettmar: Die Zerstörung Kassels im Oktober 1943. Eine Dokumentation, Kassel 1983.
- Dietrich Heither, Wolfgang Matthäus, Bernd Pieper: Als jüdische Schülerin entlassen. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Heinrich-Schütz-Schule in Kassel, Kassel 1984 (Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte Heft 5).
- Maili Hochhuth: Schulzeit auf dem Lande. Gespräche und Untersuchungen über die Jahre 1933–1945 in Wattenbach, Kassel 1985 (Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte Heft 7).
- Jacob-Grimm-Schule. Städtisches Realgymnasium für Mädchen Kassel 1869–1949, Kassel o. J. (1949).
- Jörg Kammler, Dietfried Krause-Vilmar (Hrsg.): Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus Bd. 1. Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Eine Dokumentation, Kassel 1984.
- William (Willy) Katz: Ein deutsch-jüdisches Leben. 1904–1939–1978, Tübingen 1980.
- Malwida von Meysenbug. Ideal einer Frauengestalt des 19. Jahrhunderts, hrsg. von der Stadtparkasse Kassel, Kassel 1983.
- Wolfgang Matthäus: Chronik der Heinrich-Schütz-Schule, in: Jahrbuch zum 75jährigen Jubiläum der Heinrich-Schütz-Schule, Gymnasium in Kassel 1909–1984, Kassel 1984, S. 6 ff.
- Ders.: Von Malwida von Meysenbug zu Heinrich Schütz. Wie der Nationalsozialismus unsere Schule veränderte, in: Jahrbuch zum 75jährigen Jubiläum...
- Berta Schleicher: Malwida von Meysenbug. Ein Lebensbild zum hundertsten Geburtstag der Idealistin, 3. Aufl. Berlin; Stuttgart; Leipzig 1922.
- Frieda Sichel: Challenge of the Past, Johannesburg 1975.

Wolfgang Matthäus

## Das Preußische Staatstheater nach 1932

Noch heute gelten in der Geschichte des Theaters in Kassel die Jahre unter dem Nationalsozialismus als eine Blütezeit. Sie behalten in der Erinnerung einen Glanz, der nur in den Höhepunkten des Kurfürstlichen und Königlichen Hoftheaters des 19. Jahrhunderts seinesgleichen findet.<sup>1</sup>

Diese „goldenen Jahre“ beginnen allerdings nach der „Machtergreifung“ nur schrittweise und enden dann auch schon wieder vor dem endgültigen Zusammenbruch des Dritten Reiches, nämlich an jenem für die Stadt Kassel so verheerenden 22. Oktober des Jahres 1943.



Abb. 1 Das Staatstheater Kassel am Friedrichsplatz nach dem 22. Oktober 1943.

Der Theatermann Walter Erich Schäfer, Chef dramaturg am Preußischen Staatstheater in Kassel von 1938–1946, schildert die Szene in seinen Lebenserinnerungen<sup>2</sup>: „Das Theater war zerstört. Die Leute der Brandwache hatten gerade den Mund aufgetan: Diesmal sind wir noch davongekommen. Da fiel eine Bombe, die letzte Bombe auf Kassel. Fiel durch Kuppel und Bühne in die Untermaschinerie. Eine schwere Bombe, die alles in Fetzen riß. Der Eiserne Vorhang hielt – in den Saal hinausgebaucht, wie schwanger. Aber er hielt.“

Im unmittelbaren Anschluß an diese Schilderung, im selben Absatz, reflektiert der Autor: „Ich habe später vor vielen Theatern gestanden, die zerstört waren, und habe gefragt: Haben wir das gebraucht, diesen Eisensalat, um Theater zu spielen?“ – Der Theatermann erinnert sich an die Trümmer seines Hauses, an die geborstenen Eisenkonstruktionen, und stellt sich hier die Frage, ob denn so viel technischer Aufwand fürs Theaterspielen überhaupt nötig sei... Er stellt aber nicht die Frage, die uns heute so naheliegend, so vordringlich und so grundlegend wichtig

<sup>1</sup> Das einzige umfassende Werk zur Kasseler Theatergeschichte ist: Theater in Kassel. Aus der Geschichte des Staatstheaters Kassel von den Anfängen bis zur Gegenwart. Kassel 1959. Darin für unser Thema: Franz Uhlendorf: Chronik des Kasseler Musiktheaters von 1814–1944, S. 93–102; und vor allem: Hans-Joachim Schaefer: Geschichte des Theaters in Kassel 1814–1959 unter besonderer Berücksichtigung des Schauspiels 1814–1944, S. 178–193. Dr. Hans-Joachim Schaefer, Chef dramaturg am Staatstheater Kassel, hat dem Verfasser freundlicherweise auch Einblick in sein Privatarchiv zu diesem Thema gewährt. <sup>2</sup> Walter Erich Schäfer: Bühne eines Lebens. Erinnerungen. Stuttgart 1975. Hier zitiert nach der Taschenbuchausgabe, dtv 1979, S. 106.

erscheint: Hat denn das, was in den Jahren zuvor in diesen Häusern geschah, nicht zu tun mit diesem schrecklichen Ende?

Diese Frage fällt dem Nachgeborenen natürlich leichter, sie verpflichtet den nicht direkt Beteiligten aber auch zu einer differenzierten und selbstkritischen Antwort. Denn wer kann für sich in Anspruch nehmen, genau zu wissen, wie weit die Theaterkunst autonom sein kann, ja sein muß, und wie weit sie doch in gesellschaftlicher Bindung und Verpflichtung steht? – Wie weit ist denn das Theater überhaupt verantwortlich, verantwortlich für die Gesellschaft, die es unterhält, in der einen wie der anderen Bedeutung des Wortes?

Unter dem Nazi-Regime war von Anfang an klar: Die Theater hatten sich uneingeschränkt in den Dienst der herrschenden Ideologie zu stellen. Und wer nach 1933 an einem deutschen Theater künstlerisch tätig sein wollte, war diesem Gesetz, davon überzeugt oder nicht, unterworfen. Hunderte von Bühnenkünstlern sind damals ins

Exil geflohen, dabei oft ihres wichtigsten Ausdrucksmittels, der Muttersprache beraubt – Tausende, ja Zehntausende sind in der Heimat geblieben. – Auch wenn aus alledem kein moralisches Pauschalurteil abgeleitet werden soll, so darf eine Betrachtung des Theaters im Nationalsozialismus diese Voraussetzung nie außer acht lassen.

Bis zu welcher ethisch fatalen Konsequenzen aber die Verstrickung im nationalsozialistischen Denken viele Theaterschaffende geführt hat, sei hier nur beispielhaft belegt mit einem Satz, der in einer Ausgabe der „Theater-Zeitung des Preußischen Staatstheaters Kassel“ aus dem ersten Kriegsjahr nachzulesen ist. Unter dem Titel „Krieg und Theater“ stellt sich der Verfasser die (rhetorische) Frage: Soll man im Krieg Theater spielen? Und er kommt dabei zu dem folgenden Schluß: „Jedes Wort eines Dichters, das heute ausgeworfen wird, ist ein Beitrag zu unserem Abwehrkampf und die, die es vermitteln, leisten Kriegsdienst, und nicht den kleinsten.“<sup>3</sup>

### Im Sinne Hitlers und dem Geiste Schillers ...

Am Montag, dem 27. März 1933, hält der bisher „erste Operntentenor mit Opernverpflichtung“ Willy Schillings vor dem versammelten Ensemble des Staatstheaters folgende Rede:

„Meine Damen und Herren! Mit dem heutigen Tage habe ich das Amt des kommissarischen Intendanten am Staatlichen Theater in Kassel angetreten. Ich freue mich, daß es mir dadurch vergönnt ist, an dem Neuaufbau unseres geliebten Vaterlandes mitarbeiten zu dürfen. Das Vertrauen, das man mir entgegengebracht hat, werde ich zu rechtfertigen wissen, indem ich mit dem ganzen Fanatismus, der mir als Nationalsozialist eigen ist, für die Gesundheit unseres herrlichen Theaters arbeite. Wir wollen im Sinne Hitlers und dem Geiste Schillers, Goethes, Richard Wagners, Mozarts und Beethovens deutsche Kunst pflegen und zwar mit solcher Kraft und Ausdauer, daß wir den Boden vorbereiten für den Zeitpunkt (der hoffentlich nicht mehr fernliegt), an dem unser schönes Haus von der nationalen Regierung wieder als echtes Staatliches Theater anerkannt wird. – Wer mir in treuer Mitarbeit dabei zur Seite steht, soll jeder Förderung und Unterstützung gewiß sein. Ebenso rücksichtslos wird aber auch jeder entfernt werden, der sich der neuen Richtung entgegenstemmt, sei es geheim oder in offener Opposition oder

durch passiven Widerstand. – In diesem Sinne rufe ich Sie auf zu gemeinsamer Arbeit mit einem kräftigen Heil Hitler!“<sup>4</sup>

Die angekündigten fristlosen Entlassungen aus „rassischen“ oder politischen Gründen treffen u. a. die noch vor Wochen als „Stimmwunder“ gefeierte Altistin Ljuba Senderowna, den Kapellmeister Felix Oberhoffer, den Oberspielleiter der Oper Dr. Fritz Schröder, den Bühnenbildner Heinz Helmdach und den Dramaturgen Dr. Franz Mirow. Im Falle eines Opersängers reicht zur Entlassung der Vorwurf, er habe sich abfällig über die SA geäußert. Eine solche Maßnahme erscheint insofern nur folgerichtig, als der neue „Kommissar“ Schillings bei der Ausübung seines Amtes ausschließlich die SA-Uniform trägt...

Die Absetzung seines Amtsvorgängers Edgar Klitsch hat sich übrigens handstreichartig vollzogen: Die Initiative geht von den örtlichen Parteistellen aus, deren Vertreter Dr. Weidemann, Leiter der Abteilung für Volksbildung des Gauess Hessen-Nassau-Nord, am 25. März beim Intendanten Klitsch vorspricht und ihm dabei zu verstehen gibt, daß „in den augenblicklichen Zeiten der nationalen Revolution und des notwendigen Umschwungs der Kunstauffassung und der Säuberung und Reinigung der deutschen Kunst im Interesse des deutschen Volkes und seiner

<sup>3</sup> W. E. Schäfer: Krieg und Theater. In: Theater-Zeitung des Preußischen Staatstheaters Kassel, Spielzeit 1939/40, Nummer 3. <sup>4</sup> Das maschinengeschriebene Manuskript zu dieser Rede, das hier wiedergegeben ist, trägt das Datum vom 26. März 1933.

kulturellen Zukunft an den führenden Stellen nur Männer stehen können, die bis zum letzten das Vertrauen der nationalen Bevölkerung und ihrer Führung hätten”.<sup>5</sup> Klitsch tritt sofort zurück.

Wohl aus der Befürchtung, die sich im übrigen später als zutreffend erweist, in Kassel sei im Übereifer gehandelt worden, erscheint am 27. März aus Berlin Hans Hinkel, Staatskommissar im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst- und Volksbildung, mit der Aufgabe, die Vorgänge um den Intendanten Klitsch zu untersuchen und gegebenenfalls rückgängig zu machen. Klitsch ist

aber bereits aus Kassel abgereist, so daß Hinkel in seiner Pressekonferenz nur mitteilen kann, daß die Regierung den Rücktritt des Intendanten Klitsch angenommen und den neuen kommissarischen Intendanten bestätigt hat.

Bei dieser Gelegenheit macht Staatskommissar Hinkel aber eine Aussage, die bei den meisten Kasseler Theaterfreunden wohl auf bedeutend mehr Interesse gestoßen ist als die personellen Veränderungen dieser Tage. Hinkel verspricht nämlich: Kassel erhält sein Staatstheater zurück!

## Theater zwischen Stadt und Staat

Seit dem Frühjahr 1932 heißt die offizielle Bezeichnung für das Haus am Friedrichsplatz „Staatliches Theater in der Verwaltung der Stadt Kassel“. Der Grund dafür ist eine vertragliche Vereinbarung zwischen der Preußischen Regierung und der Stadt Kassel über die Finanzierung des Theaters. Nachdem der preußische Staat die „Königlichen Schauspiele“ nach dem Ersten Weltkrieg als „Preußisches Staatstheater“ übernommen und den jährlichen Fehlbetrag erbracht hat, fällt es der Regierung in Berlin gegen Ende der zwanziger Jahre immer schwerer, diesen Zuschuß, der schließlich eine runde Million Reichsmark ausmacht, aufzubringen. Dazu kommt, daß sich in der immer schlechteren wirtschaftlichen Gesamtlage auch die Kasseneinnahmen des Theaters laufend verringern.

Als im Dezember 1931 eine Pressemeldung über die bevorstehende Schließung der Preußischen Staatstheater in Wiesbaden und Kassel erscheint, geraten die Gemüter der Kasseler Bürger in Wallung. In einer Flut von Leserbriefen und mit einer Unterschriftensammlung wehren sie sich für den Bestand ihres Theaters. Große Empörung ruft dabei vor allem auch die Tatsache hervor, daß die staatlichen Bühnen in Berlin pro Jahr allein sieben Millionen Reichsmark verschlingen.

Schließlich überreichen der Kasseler Oberbürgermeister Dr. Stadler und der Landeshauptmann in Hessen, von Pappenheim, im Februar 1932 dem preußischen Finanzminister eine Denkschrift, auf deren Grundlage man dann in Verhandlungen zu einer Kompromißlösung findet. Der Preußische Staat leistet danach nur noch einen jährlichen sogenannten „Leerlaufzuschuß“ von einer runden halben Million Reichsmark, die restliche Finanzierung des erheblich gedrosselten Etats übernehmen der Bezirksverband und die Stadt Kassel, in deren Verwaltung das Theater übergeht.

Zum Ende dieser durch die existenzielle Bedrohung des

Staatstheaters schon umwölkten Spielzeit 1931/32 steht auch noch – und schon wieder – ein Intendantenwechsel ins Haus, der vierte binnen sieben Jahren! Max Berg-Ehlert, seit 1929 im Amt, geht als Intendant nach Wiesbaden. Qualifizierte Kasseler Künstler begleiten ihn in das besser dotierte Haus. So ist die Ausgangslage für den erst im Mai 1932 ernannten Nachfolger Edgar Klitsch, zuvor Intendant in Mainz, wenig erfolgversprechend.

Auf diesem Hintergrund ist es verständlich, wie angenehm die Botschaft des Staatskommissars Hinkel in den Ohren der Kasseler Theaterfreunde klingen muß, Kassel erhalte sein Staatstheater zurück. In der „Kasseler Post“ vom 29. März 1933 wird dann auch dementsprechend darüber berichtet: „(...) Dem aber fügte Staatskommissar Hinkel hinzu, was für uns in Kassel ungeheuer wichtig ist, daß nach reiflicher Prüfung die künstlerischen und wirtschaftlichen Verhältnisse für unser Staatstheater gesichert sind, und er sprach aus, was wir in den damaligen Kampfzeiten mit Energie und Schärfe verfochten, daß der Staat das Theater wieder übernehmen müsse, weil es zum Sinn der Kulturpolitik der nationalen Regierung gehört. Wir werden unser Staatstheater als ein Theater des Staates zurückerhalten. Das bedeutet aber heute viel mehr, als es vor einem Jahr bei einem Erfolg des Kasseler Einspruchs bedeutet haben würde. Für das Staatstheater von heute ist die Kulturpolitik maßgebend, die das Ziel erreichbar findet, aus dem Theater wieder eine Kultstätte, eine so wertvolle künstlerische Arbeitsstätte zu machen, daß der Ruf an ein Staatstheater für den Künstler höchste Ehrung bedeutet.“

Es dauert zwar noch gute zwei Jahre, bis die Preußische Regierung ihr Versprechen einlöst. Den Zweck aber hat sie jetzt bereits erreicht: Die Kasseler Bürger begrüßen freudig die „Rettung“ ihres Theaters – und damit auch die neue Kulturpolitik.

<sup>5</sup> Hans-Joachim Schaefer: a.a.O. (I), S. 180.

## Die endlose Straße ...

Mit einer Festvorstellung des Schauspiels „Die endlose Straße“ von Sigmund Graff erfolgt am Abend des 29. März 1933 die „Übergabe des Kasseler Theaters an das neue Deutschland“, wie die Ankündigung lautet. Vor der Vorstellung füllt sich die Bühne mit einem Meer von Fahnen der Reichswehr und sämtlicher nationaler Verbände, der SA, der SS, des Stahlhelms und der Kriegervereine – ein Bild, das am folgenden Tag in allen Zeitungen erscheint. Nach mehreren offiziellen Ansprachen und dem Vorspiel zu den „Meistersingern“, dargeboten vom Staatlichen Orchester, spricht „Stahlhelmkamerad Leonhardt“ einführende Worte zu dem nachfolgenden „Frontstück“.<sup>6</sup> Dieses Werk hat übrigens wenige Tage zuvor, am 24. März, Premiere gehabt und ist von der Kritik hoch gelobt worden. Das erstaunt nicht sonderlich, wenn man aus der Rezension in der „Kasseler Post“ vom 26. März über Inhalt und Tendenz die folgenden Sätze liest: „Dieses Stück lebt von dem echten deutschen Gedanken der unverbrüchlichen Gemeinschaft. Was darin vor sich geht, ist denkbar einfach, haben wir alle draußen oft genug erlebt. Eine zusammengeschossene Kompanie an der Westfront wird abgelöst, um sich in der Etappe zu erholen und Ersatz heranzuziehen. Nach einer einzigen Nacht der Ruhe muß sie wieder ins Feuer, um den schon halb gelungenen Durchbruch des Feindes zu verhüten.“ Und weiter: „Ein Heldenlied auf unsere Front, die wohl manchmal wankte, aber nicht wich; die geschlagen, aber nicht besiegt wurde.“

Das Stück ist also wie geschaffen für den feierlichen Anlaß – erstaunlich ist nur, daß es noch aus der Zeit des entlassenen Intendanten Klitsch stammt, dem man nun doch eben beigebracht hat, daß er „nicht bis zum letzten das Vertrauen der nationalen Bevölkerung und ihrer Führung“ verdient habe. Und die „Endlose Straße“ ist keineswegs das einzige „nationale“ Stück der Ära Klitsch. Am 25. Februar 1933 wird unter der Regie des Intendanten „Andreas Hollmann“ von Hans-Christoph Kaergel zur vielbejubelten Erstaufführung gebracht. Der Autor zeigt in seinem Drama einen sudetendeutschen Bauern, der seinen Sohn und schließlich sich selbst opfert, „um die Heimatde dem deutschen Volkstum zu erhalten“.

Diese Aufführung hat offenbar der Vorsitzende Anhalt vom „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (Landesverband Hessen-Nassau-Waldeck) angeregt, der in einem Brief vom 25. November 1932 dem Intendanten Klitsch

die Annahme eines Stückes des in Dresden lebenden Autors empfiehlt. In einem gleichzeitigen Brief an Kaergel schreibt der Vorsitzende Anhalt: „Unser neuer Intendant ist endlich das, was wir schon lange gesucht haben, ein durch und durch deutschempfindender und in der christlichen Ethik tiefverwurzelter Theaterleiter.“<sup>7</sup>

Die Kasseler Presse ist nach der Premiere des Lobes voll: „Man erkennt, daß hier ein Kampf geführt wird, der uns alle angeht, solange wir noch deutsch empfinden... Das

Kassel, Mittwoch, den 29. März 1933  
— Außer Reihe —

## Festvorstellung

unter Mitwirkung der staatlichen und städtischen Behörden, der Reichswehr und sämtlicher nationalen Verbände, der S. A., S. S., des Stahlhelms und der Kriegervereine, des Staatlichen Orchesters und des Schauspielpersonals.

**Festfolge:**  
Aufmarsch der Fahnenabteilungen.  
Ansprache des Bürgermeisters Rahmeyer.  
Kulturreferat Dr. Weidemann.  
Vorspiel zu „Die Meistersinger von Nürnberg.“  
Einleitungsworte: Stahlhelmkamerad Leonhardt.

## Die endlose Straße

Ein Frontstück in vier Bildern von Sigmund Graff  
und Carl Ernst Dujak.

In Szene gesetzt von Friedrich Donnu. Bühnenbild: Heinz Helmreich.

Verfaßen:  
**Die Kompanie,**  
darunter:

Der Hauptmann	Carl Handl
Der Leutnant	Kurt Uhlig
Der Feldwebel	Joh. Schrader
Der Zahlmeister des Regiments	Fritz Reichert
Der Führer	Peter Köhr
Unteroffizier Gründner	Hanns Baupel
Geleitler Janien	Karl Ebbardt
Musketier Richter	Ernst Wendi
Musketier Franke	H. W. Hanschmann
Musketier Krubt	Georg Buttlar
Musketier Heller	Franz Souer
Musketier Baumann	Wolfgang Wende
Musketier Hoffmeister	Hans Förcher
Musketier Schmidt	Walter Schröder
Musketier Großkopf	Waldemar Teufel
Musketier Müller	Kurt Söhnig
Musketier Songe	Wilhelm Widdel
Der Kompaniechreiber	Erich Bod
Der Burche des Hauptmanns	Vand Berger
Ein Major	Friedrich Donnu

Soldaten — Verwundete

Ort der Handlung: Unterstand in den vorderen Gräben; ein Barackenlager, 12 Kilometer hinter der Kampfzone.  
Zeit 1917. Vorstellung unzeitig

Abb. 2 Besetzungszettel des Staatlichen Theaters vom 29. März 1933.

<sup>6</sup> Besetzungszettel des Staatlichen Theaters vom 29. März 1933. In: Theater-Zeitung des Staatlichen Theaters in Verwaltung der Stadt Kassel, Spielzeit 1932/33, Nummer 29. <sup>7</sup> Dieser Brief liegt bei den Personalakten Edgar Klitsch in den Archiven des Staatstheaters Kassel. Diese Akten, wie auch jene von Willy Schillings, Heinz Müller-Röver und Walter Best, sind für diesen Aufsatz auszugsweise eingesehen worden. Auf einzelne Nachweise wird im folgenden verzichtet.

Haus zeigte sich vom ersten Augenblick an gefesselt, spendete nach jedem Aufzug erheblichen Beifall und jubelte zum Schluß dem Verfasser begeistert zu.“ (Kasseler Post, 27. 2. 33) „... Mehr als ein großer oder größter Erfolg. Es war Ende und Beginn zugleich: Selbstbesinnung, Auftakt und Umkehr... Wir freuen uns, verzeichnen zu können, daß die Regie des Intendanten Klitsch das Stück in der größten Möglichkeit des Ausdrucks wiedergab.“ (Hessische Volkswacht, 27. 2. 33) „Das Publikum ging vom ersten Akt an stark mit, rief den Dichter am Ende dankbar und begeistert heraus und spendete Darstellern und Regisseur reichen Beifall.“ (Kasseler Neueste Nachrichten, 27. 2. 33) „Mit dramatischer Wucht hat Kaergel die Darstellung der Gewalttätigkeit der Tschechen, unter denen die Deutschen sich krümmen, in sein Schauspiel geballt, das die Not unserer Stammesbrüder in die Welt hinaus-schreit... Das vollbesetzte Haus war begeistert.“ (Kasseler Volksblatt, 27. 2. 33)

Angesichts dieser so positiven Urteile ist die einen Monat später erfolgende Absetzung des Intendanten Klitsch in der Tat recht unerklärlich. Um so mehr als Klitsch noch im Februar 1933 als aussichtsreicher Kandidat für die Intendanz des Staatlichen Schauspielhauses in Berlin gegolten hat, auf die er dann zugunsten Kassels verzichtet. Und noch nach der Kaergel-Premiere bescheinigt ihm die „Kasseler Post“: „Seit Beginn dieser Spielzeit weht endlich ein anderer Wind am Friedrichsplatz, ein Beweis dafür, daß es nur der notwendigen Tatkraft bedurfte, um einem deutschen Zuschauerkreis einen deutschen Spielplan bieten zu können. Daß er bisher nicht überall Billigung und Verständnis gefunden hat, kann nicht wunder nehmen, aber die nationale Revolution, die heute über Deutschland braust, wird auch darin bald eine Änderung bringen.“ Nun, die nationale Revolution hat Edgar Klitsch wegge-  
fegt, und es gibt auch eine öffentliche Stimme, die dafür Gründe nennt. Es ist der Kritiker Heinz Müller-Röver vom „Hessischen Kurier“, der am 28. März in seinem Artikel „Edgar Klitsch. Betrachtungen zu seinem Rücktritt“ ein umfassendes Sündenregister aufstellt: Klitsch habe die Krise des Theaters zu einseitig in der wirtschaftlichen Notlage begründet und dabei „vergessen, daß die Bühne ein

Fest bieten will und dann am eindringlichsten wirkt, wenn sie ihre Kraft aus dem eigenen Volkstum bezieht“. Er habe zwar propagandistisch geschickt gearbeitet und die Kas-senrapporte verbessert, mit der Wahl eines Strawinsky-Abends aber gezeigt, „daß er der Anbetung dieser konstruktivistischen Musik rettungslos verfallen war“. Klitsch sei unfähig zur längerfristigen Disposition und habe mit den künstlerischen Kräften des Hauses Raubbau getrieben. Und schließlich habe er mit (dem Juden) Dr. Mirow einen in jeder Hinsicht ungenügenden Dramaturgen an das Kasseler Theater engagiert...

Dieser besserwisserische Mängelkatalog liest sich wie ein indirektes Bewerbungsschreiben, und so ist er ganz offensichtlich auch gemeint. In einem Brief vom 2. April 1933 bekundet Heinz Müller-Röver Interesse an einem Gespräch mit dem kommissarischen Intendanten Schillings, in einem weiteren Brief vom 8. April Interesse an einer Zusammenarbeit, und in dem darauf folgenden Gespräch bewirbt er sich um die Position eines Dramaturgen am Staatlichen Theater. Am 1. Mai wird er Parteigenosse (Nr. 2307833) und erhält bald darauf auch von Schillings einen Vertrag als „Presse- und Propaganda-leiter“, vorerst vom 1. August 1933 bis zum 31. Juli 1934. Es gelingt Müller-Röver in den folgenden Jahren, seinen zuerst von den städtischen Behörden aus formaljuristischen Gründen angefochtenen Vertrag – die neue Position ist im Etat nicht vorgesehen und bedarf zudem auch der Genehmigung durch das Preußische Innenministerium – immer wieder zu verlängern. Er übernimmt die Schriftleitung der Programmhefte und der Theater-Zeitung, wirkt nach dem 4. April 1939 auch als „Leiter des künstlerischen Betriebsbüros“ und wird schließlich am 15. Oktober 1942 in dieser Funktion in die Berliner Opernleitung berufen. Müller-Röver und Klitsch – zwei scheinbar gegenläufige Theaterkarrieren kreuzen sich im März 1933. Doch – Ironie oder Logik der deutschen Theatergeschichte – schon bald laufen sie wieder parallel. Klitsch wird 1935 Generalintendant in Königsberg und, nach weiteren Stationen, von 1951–53 nochmals in Kassel, bevor er dann in Pension geht. Auch Müller-Röver (geb. 1901) hält seine Stellung in der Berliner Opernleitung bis ins hohe Rentenalter...

### Vom Kommissar zum Kammerherrn

Die Karriere des kommissarischen Intendanten Schillings verläuft recht glücklos. Zwar ist er eifrig bemüht, durch Gespräche mit Vertretern der Parteiorganisationen und der nationalen Verbände neue Besuchergruppen zu mobilisieren, doch es bleibt bei mäßigem Erfolg. Ebenso unbefriedigend gerät ihm sein Versuch, Richard Wagners „Lohengrin“ zu inszenieren. Als dann noch ruchbar wird,

daß er seine SA-Uniform mit Tapferkeitsauszeichnungen schmückt, die ihm nicht zustehen, kommt es zu peinlichen Auseinandersetzungen um seine Person. Für die Partei und das Ministerium in Berlin ist Schillings nicht mehr tragbar. Er wird am 18. Juni „zunächst für eine Woche beurlaubt“ und anschließend an die Frankfurter Oper versetzt.

Bemerkenswert, jedenfalls als Faktum, in der zehnwöchigen Amtszeit des Operettenenors ist die Premiere von Hanns Johsts Stück „Schlageter“ am 21. April, ein Tag nach der Uraufführung am Staatlichen Schauspielhaus in Berlin zu Hitlers Geburtstag. Hanns Johst, später Vorsitzender der Abteilung für Dichtung der Preußischen Akademie der Künste und Präsident der Reichsschrifttumskammer, versieht sein Schauspiel mit der Widmung: „Für Adolf Hitler in liebender Verehrung und unwandelbarer Treue.“ „Schlageter“ ist das Märtyrerdrama der Nazis, es schildert die Geschichte eines Parteigängers Hitlers, der im Jahre 1923 wegen eines Sabotageaktes im Ruhrkampf von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt wird. In dem Stück fällt ein Satz, der in der Folgezeit zum geflügelten Wort geworden ist: „Wenn ich ‚Kultur‘ höre, entsichere ich meinen Browning!“ Johst selbst äußert sich in seinem „Bekennnis zur Bühne“, das in der Kasseler Theater-Zeitung abgedruckt ist<sup>8</sup>, weniger eindeutig: „Die Bühne fordert neben der Schau des rhapsodischen Sehers die Leidenschaft des praktischen Gestalters, sie will neben der Schönheit den Kampf der Weltanschauung, neben dem Melos der Zunge die Härte des bewußten Hirns nicht missen.“

Die reichlich verworren anmutenden Umstände der Inthronisierung und Absetzung Willy Schillings in Kassel erscheinen durchaus symptomatisch für die Vorgänge im deutschen Theater des ersten Halbjahrs 1933. So verzeichnet die Monatsschrift „Der Autor“ für die Monate März und April rund fünfzig Intendantenwechsel.<sup>9</sup> Dabei ist wohl an vielen Orten aus Übereifer und mangelndem Sachverstand einiges schiefgegangen. Darauf deutet in jedem Fall der Funkspruch aus dem Preußischen Innenministerium von Göring hin, der an sämtliche Ober- und Regierungspräsidenten und an den Polizeipräsidenten von Berlin ergeht: „Alle Angelegenheiten der gemeindlichen Theater unterstehen von sofort an ausschließlich meiner Aufsicht. Über Zwangsbeurlaubungen, Bestellung oder Entlassung von Kommissaren und Neubesetzung des leitenden und künstlerischen Personals entscheide ausschließlich ich auf Bericht der zuständigen Kommunalaufsichtsbehörde. Bereits bestätigte Kommissare sind mir namhaft zu machen. Dabei ist Stellung zu nehmen, ob ihre Bestätigung oder Abberufung erfolgen soll. (...) Über Fälle, in denen nach dem 30. Januar 1933 vor Ablauf der Verträge Entlassungen oder Zwangsbeurlaubungen vor-

gekommen sind, ist umgehend mit eingehender Begründung mir zu berichten.“<sup>10</sup>

Im Juli 1933 gibt Göring dann die Bildung eines „Preußischen Theaterausschusses“ bekannt (Leiter: Staatskommissar Hans Hinkel), der von jetzt an allein zuständig für alle Fragen ist, bei denen es um Besetzung und Bestätigung leitender Posten im preußischen Theaterwesen geht. Für die Preußischen Staatstheater gilt insbesondere die persönliche Zuständigkeit des Ministerpräsidenten Göring, in Zusammenarbeit mit dem Kultusminister Rust.

So ist man in Berlin nach dem peinlichen Intermezzo mit Schillings nun auf Seriosität und Solidität bedacht, als es gilt, innerhalb kürzester Zeit einen neuen Intendanten für das Kasseler Theater zu finden. Wilhelm Baron von Holthoff-Fassmann, Rittmeister im Ruhestand und Kammerherr, ist da wohl der richtige Mann. Er gilt als reiner Verwaltungsintendant, der nicht inszeniert, und hat zuvor das Theater in Coburg geleitet. Ihm zur Seite stehen Operndirektor Max Krauss und als Oberspielleiter des Schauspiels Ernst Wendt. Krauss und von Holthoff gehören im übrigen auch dem oben erwähnten Preußischen Theaterausschuß als korrespondierende Mitglieder an.

Als Nachfolger für den entlassenen Dramaturgen Dr. Franz Mirow wird Dr. Walter Best aus Mainz engagiert. Best ist ein durch und durch überzeugter Nationalsozialist. Seinem Bewerbungsschreiben vom 25. April 1933 an Willy Schillings („Sehr geehrter Herr Staatskommissar!...)“ legt er sein Lichtbild als SA-Mann bei. Sein berufliches Credo hält er in einem Artikel in der Kasseler Theater-Zeitung fest:<sup>11</sup> „Das Amt des Dramaturgen und seine Aufgabe im kommenden Theaterwinter geben ihm eine dreifache Verantwortung zu einem Zeitpunkt, wo für eine kommende große Kulturblüte alles gewonnen werden muß und sehr viel verdorben werden kann. Er hat an sichtbarster Stelle dem dichterischen Ausdruck unserer völkischen Kultur zum Durchbruch zu verhelfen. Er hat dem deutschen Volk den Weg zu diesem Werk zu ebnet. Er hat das Theater während dieser Entscheidungsschlacht vor jedem unfruchtbaren Experiment unberufener Künstler und vor jedem Rückfall in getarnten Kunstliberalismus zu bewahren.“ Best, der sich auch als Dramatiker betätigt (u. a. „Das Reich“ und „Der General“), verläßt das Staatliche Theater nach knapp zwei Jahren, „da ich hauptamtlich in den Dienst der SS übertrete“, wie er am 24. April 1935 an seinen Intendanten von Holthoff schreibt.

<sup>8</sup> Hanns Johst: Bekenntnis zur Bühne. In: Theater-Zeitung des Staatlichen Theaters in Verwaltung der Stadt Kassel, Spielzeit 1932/33, Nummer 32. <sup>9</sup> Joseph Wulf: Theater und Film im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Hamburg 1966. Hier zitiert nach der Taschenbuchausgabe, Ullstein 1983, S. 21 f. <sup>10</sup> Joseph Wulf: a.a.O. (9), S. 17. <sup>11</sup> Walter Best: Amt und Aufgabe. In: Theater-Zeitung des Staatlichen Theaters in Verwaltung der Stadt Kassel, Nummer 2, Spielzeit 1933/34.

## „Volk und Theater“

So sind die eindeutig faschistischen Tendenzstücke, die in den Spielplänen 1933/34 und 1934/35 auftauchen, wohl eher auf die Initiative des Dramaturgen Best als auf jene des als „abgeklärt, lebensklug und diplomatisch“ charakterisierten Intendanten-Barons zurückzuführen. Einige Autorennamen und Titel, die oft für sich selber sprechen, aus dem Spielplan sind: „Die Heimkehr des Matthias Bruck“ von Sigmund Graff, „Aufruhr in Flandern“ von Hans Fritz von Zwehl, „Alle gegen einen – einer für alle“ von Walter Forster, „Die Brücke“ von Erwin Guido Kolbenheyer, „Cromwell“ von Mirko Jelusich und das Napoleon-Stück „Die hundert Tage“ von Mussolini-Forzano. Diese Titel sind aber eingebettet in eine große Zahl von Klassikern und vor allem auch von Komödien und Schwänken. Die gleiche Tendenz zur reinen Unterhaltung zeigt sich auch im Musiktheater, wo in der Spielzeit zu 14 (!) Operninszenierungen auch noch 8 Operettenproduktionen kommen.

Das äußere Gesicht des Theaters wird durch die Öffentlichkeitsarbeit des Propagandaleiters Müller-Röver geprägt. Zum Beginn der Spielzeit 1933/34 eröffnet man am 9. September eine Ausstellung zur Kasseler Theatergeschichte „Vom Ottoneum bis zum Staatstheater“, in welcher auch die „entartete Theaterkunst“ der vergangenen vierzehn Jahre angeprangert wird. Die „Kasseler Post“ schreibt dazu in der Ausgabe vom 10. September: „Diesem bolschewistischen Theater, das Tausende und Abertausende deutscher Menschen aus dem Theater trieb, ist ein besonders aufschlußreicher Teil der Ausstellung gewidmet, aus dem man heute ersehen mag, wie recht die ‚Kasseler Post‘ damit hatte, daß sie sich seit Jahren gegen derartige Bühnenkunst wandte.“ Und der Bericht schließt: „Um so erfreulicher sind die Abteilungen, in denen gezeigt wird, was das neue, das wahrhafte Volkstheater will, und so kann man die Ausstellung mit dem freudigen Gefühl verlassen, daß wir an einem Wende-

punkt angelangt sind, der uns wieder zu der Bühne als der moralischen Anstalt Schillers führt, d. h. zum Theater, das sich nicht mehr mit Dirnenromantik und Verbrecherkomplexen abgibt, sondern wieder den hohen Gegenständen des Daseins zugewandt ist, dem heldischen Geschehen als der wirklichen Kunst, wie sie die großen Dichter aller Zeiten verstanden haben.“

Nachhaltiger wirkt wohl in der Bevölkerung die eine Woche zuvor am 26. und 27. August veranstaltete Großwerbung „Volk und Theater“, das „erste deutsche Volkskunstfest“, mit der Zielsetzung, das Publikum zum Beitritt in die „Deutsche Bühne“ zu bewegen. Die „Deutsche Bühne“ ist im März 1933 als Zweigstelle des „Kampfbundes für deutsche Kultur“ gegründet worden und vereinigt als einzige von den Nazis anerkannte Theaterbesucherorganisation die Besucherstämme der früheren Gruppierungen wie des „Bühnenvolksbunds“, der „Freien Volksbühne“ und der verschiedenen konfessionell ausgerichteten Organisationen.

Die Kundgebung hat kolossale Ausmaße. Am Samstag finden sich 50 000 Kasseler Bürger auf dem Friedrichsplatz ein, um sich Reden von Staatskommissar Hinkel, Kultusminister Rust und Dr. Walter Stang, dem Reichsleiter der „Deutschen Bühne“, anzuhören, die über Lautsprecher aus dem Theater ins Freie übertragen werden. Danach folgt (einmal mehr!) das Vorspiel zu den „Meistersingern“, dann der „Festwiesen-Akt“ aus demselben Werk („Ehret eure deutschen Meister!...“). Am Sonntag sind es gar 100 000 Menschen, die sich im Parkgelände Schönfeld zu einem monumentalen Theaterfest versammeln. Die Botschaft lautet hier jedoch nicht etwa „Theater macht Spaß“, sondern, wie anderntags in der Zeitung steht, recht bedrohlich: „Abonnieren ist Pflicht! Wer sich jetzt ausschließt aus der Reihe der Dauermieter, gerät in den Verdacht, die kulturellen Forderungen des neuen Staates nicht so einzuschätzen, wie es notwendig ist.“

## Die Achse Berlin-Kassel

Der nationalsozialistische Machtapparat hat das Theater fest im Griff. Der Führergedanke, das herrschende Staatsprinzip, läßt sich im Theaterbereich mühelos institutionalisieren. Am 22. September 1933 verabschiedet die Reichsregierung das vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Joseph Goebbels, vorgelegte Reichskulturkammergesetz. Zu sieben untergeordneten Einzelkammern gehört die „Reichstheaterkammer“. In ihr hat der „Reichsdramaturg“, Dr. Rainer Schlösser, eine zentrale ideologische Aufgabe, nämlich „die Anwendung

der nationalsozialistischen kulturellen Grundsätze in der deutschen Theaterwelt durchzuführen“. In einer Entschließung der Reichstheaterkammer vom 21. September 1933 heißt es dazu weiter: „Um die Theaterbetriebe von den in dieser Hinsicht immer noch dann und wann auftretenden Unsicherheiten zu befreien, hat der Reichsminister den Reichsdramaturgen ermächtigt und beauftragt, Rat und Auskunft über die Unbedenklichkeit von Bühnenwerken zu erteilen.“

Natürlich gelten diese Bestimmungen auch für die preu-

ßischen Theater, doch Ministerpräsident Göring behält sich in seinem Bereich die entscheidenden Kompetenzen vor. Daraus entwickelt sich zwischen Goebbels und Göring bald eine hartnäckige und andauernde Rivalität. Göring hat als Verlobter der Schauspielerin Emmy Sonnemann ein intimes Verhältnis zur Theaterkunst. Er zeigt dabei geradezu feudalistische Allüren, die allerdings auch sonst dem deutschen Theater nie fremd geworden sind. Schon im Februar 1933 setzt Göring den früheren Weimarer Intendanten Dr. Franz Ulbrich, zusammen mit dem Dramatiker Hanns Johst, als Leiter des Staatlichen Schauspielhauses in Berlin ein. Nicht unwichtig dabei ist, daß Ulbrich seit seiner Weimarer Zeit ein kollegiales Verhältnis mit Emmy Sonnemann verbindet. Im übrigen bezeichnen die beiden neuen Theaterleiter in einem Pressegespräch „als letztes und stolzestes Ziel ihrer gemeinsamen Arbeit die Schaffung eines Volkstheaters“.<sup>12</sup>

Doch das Gespann Johst-Ulbrich bekundet Mühe, das Theater am Gendarmenmarkt zu den künstlerischen Leistungen zu führen, die Göring von seinem ersten Schauspielhaus erwartet. Da bietet sich ein weiterer und weit mehr Erfolg versprechender Kollege von Emmy Sonnemann an: Gustaf Gründgens. Als Partner der Sonnemann spielt er im Oktober 1933 in Hermann Bahrs Lustspiel „Konzert“. Er soll nun der Mann sein, der im Unterschied zu Dr. Ulbrich das Zeug hat, das hochkarätige Ensemble

mit neuen künstlerischen Impulsen zu versehen. Vom 26. Februar 1934 an ist Gustaf Gründgens kommissarischer Leiter des Staatstheaters, vom Beginn der Spielzeit 1934/35 an dessen Intendant. Sehr viel später berichtet der Schauspieler Bernhard Minetti in einem Gespräch<sup>13</sup> über die Einsetzung des Ulbrich-Nachfolgers: „Göring hat uns dann versammelt und hat Gründgens als Chef vorgestellt: ‚Meine Herrschaften, Gründgens hat den Auftrag, dieses Theater zum ersten Theater Deutschlands zu machen und damit der Welt!‘.“

Für Ulbrich ist in Berlin keine Verwendung mehr. Aber Göring will ja auch dem Kasseler Theater zu neuem Glanz verhelfen. Es gilt, das Versprechen der Rückführung zum Staatstheater einzulösen, und dafür scheint ihm Dr. Ulbrich der richtige Mann zu sein. Für den bisherigen Kasseler Intendanten von Holthoff findet sich ein Posten in der Generalintendanz der Preußischen Staatstheater in Berlin als Attaché des Generalintendanten Heinz Tietjen. So wird Ulbrich am 27. Juni 1935 von Ministerpräsident Göring zum Intendanten des nun wieder „Preußischen Staatstheaters Kassel“ ernannt, wobei ihm „die künstlerische Führung seines Instituts, soweit ihm nicht Weisungen von dem Ministerpräsidenten oder dem Generalintendanten erteilt werden, selbständig überlassen“ wird, wie es im Anstellungsvertrag heißt.

### Blütezeit mit Fragezeichen...

Die nun folgenden acht Spielzeiten mit regeltem Spielbetrieb bis ins Jahr 1943 unter der Intendanz, nach 1939 unter der Generalintendanz von Dr. Franz Ulbrich sind nicht zu trennen von der politischen und personellen Vorgeschichte seit 1933. Und ebenso wenig lassen sich die künstlerischen Ergebnisse losgelöst vom gesellschaftspolitischen Umfeld betrachten. Zu eng ist das „Preußische Staatstheater“ in das nationalsozialistische Herrschaftssystem eingebunden, sowohl im nationalen als auch im lokalen Bereich. Auch wenn die spezifische Sonderstellung des Kasseler Hauses, bedingt durch die Person Ulbrichs und den Status als Preußisches Staatstheater, den einen oder anderen Freiraum in der Spielplangestaltung und vor allem auch in personellen Fragen ermöglicht, so bleibt: Auch dieses Staatstheater erfüllt innerhalb des nationalsozialistischen Regimes seine ihm auftragene Funktion.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Theaters in Kassel nimmt einen Aufschwung. Der reichlich dotierte Etat steigt 1939 auf 2.367.074 Mark und setzt sich zusammen aus: 617.734 Mark eigene Einnahmen, 200.000 Mark städtischer, 51.500 Mark Bezirksverbands- und 1.497.839 Mark staatlicher Zuschuß. Auf dieser Grundlage kann auch das Personal in den künstlerischen wie in den technischen Bereichen quantitativ und qualitativ auf ein den anderen Großstadtbühnen des Reichs ebenbürtiges Niveau angehoben werden.<sup>14</sup> Gleichzeitig gelingt es, die im Jahre 1934 noch bei nur 59% Platzausnutzung liegenden Zuschauerzahlen von Jahr zu Jahr um ein paar Prozent zu steigern.

Die Spielpläne, maßgeblich beeinflusst von Ulbrichs Chefdramaturgen Curt Langenbeck (1935–38) und Walter Erich Schäfer (1938–45), zeigen die Bemühung um Vielfalt und Ausgewogenheit. Klassiker, Zeitstücke und Lust-

<sup>12</sup> Joseph Wulf: a.a.O. (9), S. 31 f. <sup>13</sup> Dieses Gespräch (mit Claus Peymann und Hermann Beil) ist abgedruckt unter dem Titel „Willst was wissen?“ In: Theater heute, 1980, Heft 10, S. 19 ff. <sup>14</sup> Hans-Joachim Schaefer: a.a.O. (1) S. 184.

# Theater-Zeitung

## des Preussischen Staatstheaters Kassel

Schlichter:  
Hans Wölkel-Köber, Kassel

Nummer 10  
Spielzeit 1939/40

Der Neujahrsgruß des Generalfeldmarschalls Göring  
an das Preussische Staatstheater



Abb. 3 Titelblatt der Theater-Zeitung Nummer 10, Spielzeit 1939/40.

sie halten sich im Schauspiel ungefähr die Waage. Die gängige Formel des „Volkstheaters“ wird benutzt, um einen Spielplan zu begründen, der sich den unterschiedlichen Ausprägungen des Welttheaters, zumindest im historischen Bereich, offen hält. So schreibt Walter Erich Schäfer zu „Fragen der Spielplangestaltung“<sup>15</sup>: „Was aber sollen die kurzen und klaren Forderungen für ein wahres Volkstheater sein, wie wir es heute verlangen? Für die Leitung der Zwang, allen diesen Forderungen gerecht zu werden, d. h. unterhaltendes wie erhebendes, belehrendes wie entspannendes Theater in gerechtem Wechsel zu spielen, und zwar nicht aus Verlegenheit, sondern aus der Einsicht heraus, daß alle Volksgenossen das Recht auf ihr Theater haben, wie es ihnen durch die Entwicklung von Jahrhunderten zugewachsen ist.“ Doch dann zollt auch Schäfer

wieder Tribut an die Zeit: „Eines allerdings muß zum Schluß ausgesprochen werden: Mögen die Formen, mag zum Teil der Inhalt dem Theater bestimmt sein, der Gehalt jeder einzelnen Vorstellung fließt aus der Gegenwart. Und darüber zu wachen, daß dieser Gehalt lauter, gesund und deutsch sei, das ist die erste und heilige Pflicht jeder Theaterleitung.“

Die vergleichsweise liberale Spielplanpolitik unter der Intendanz von Franz Ulbrich macht es immerhin möglich, daß in Kassel einige Werke zu sehen sind, die an keinem anderen deutschen Theater zur Aufführung gelangen. Dazu zählt in vorderster Linie die Uraufführung der religiös inspirierten Oper des zeitgenössischen Komponisten Joseph Haas „Tobias Wunderlich“ (1937), und im Schauspiel sind es etwa Frank Wedekinds „König Nicolo oder So ist das Leben“ (1939) und Bernard Shaws „Der Kaiser von Amerika“ (1940), wobei hier die Courage der Stückwahl gleich wieder relativiert wird mit dem Abdruck einer irreführenden Hitler-Eloge des 84jährigen Shaw, der nach dem „Polenfeldzug“ naiv fordert: „Schließt Frieden mit Hitler!“<sup>16</sup>

So erscheint auch das Gesamtbild dieser Epoche des Theaters zwiespältig und ambivalent. Dabei ist seine innere Grundhaltung – dies belegt das Beispiel Kassel – im allgemeinen keine wesentlich nazistische. Es versteht sich selbst immer noch in der Tradition des bürgerlichen Bildungstheaters, liefert sich aber gerade dadurch einer verhängnisvollen Dialektik von Innerlichkeit und Abhängigkeit aus. Es übernimmt, oft ungewollt und unbewußt, die gesellschaftliche Aufgabe der Repräsentation der Herrschenden und webt mit an jenem „Kultur-Vorhang“ des Dritten Reiches, der so vieles Schreckliches verschleiert.<sup>17</sup> Noch einmal: Gerade die Kasseler Situation des Theaters in der Zeit des Nationalsozialismus, die es aus personellen und institutionellen Gegebenheiten möglich macht, der Kunst gewisse Nischen, Freiräume, zu erhalten, läßt die eingangs erwähnte Fragestellung offen, wie weit materiell abhängige Künstler überhaupt fähig sind, über die Gesetze des menschlichen Anstands hinaus, sich gesellschaftlich verantwortlich zu verhalten und ethisch verantwortlich zu handeln.

Auch ein so umstrittener Mann wie Gustaf Gründgens, berufen und kompetent durch Zeitgenossenschaft und künstlerischen Rang, kann diese Frage nur hinterlassen, wenn er in einem Aufsatz nach der Katastrophe des Zusammenbruchs schreibt: „Der deutsche Schauspieler in seiner Gesamtheit war politisch uninteressiert. Aktiv poli-

<sup>15</sup> Walter Erich Schäfer: Fragen der Spielplangestaltung. In: Theater-Zeitung des Preussischen Staatstheaters Kassel, Nummer 1, Spielzeit 1939/40. <sup>16</sup> Bernhard Shaw: „Schließt Frieden mit Hitler!“. In: Theater-Zeitung des Preussischen Staatstheaters Kassel, Spielzeit 1939/40, Nummer 15. <sup>17</sup> Die bisher umfassendste Analyse dazu gibt: Boguslaw Drewniak: Das Theater im NS-Staat, Szenarium deutscher Zeitgeschichte 1933–1945. Düsseldorf 1983.

tische Schauspieler hat es immer nur wenige gegeben. Es hat vor 1933 nur wenige kommunistische Schauspieler gegeben, und es hat nach 1933 nicht viele faschistische Schauspieler gegeben. Im Vordergrund hat für den Schau-

spieler die Kunst gestanden, oder besser gesagt, die gute Rolle, die interessante schauspielerische Aufgabe. Diesen Mangel an politischer Erziehung teilt der deutsche Schauspieler mit dem gesamten deutschen Volk."<sup>18</sup>

## Bilder- und Dokumentennachweis

- 1) Theater in Kassel, s. Anmerkung (1), Tafel XXVII
- 2) Theater-Zeitung des Staatlichen Theaters, Nummer 29, 1932/33
- 3) Theater-Zeitung des Preußischen Staatstheaters Kassel, Nummer 10, Spielzeit 1939/40 (Titelblatt)

Hans-Jörg Grell

---

<sup>18</sup> Gustaf Gründgens: Briefe, Aufsätze, Reden. Herausgegeben von Rolf Badenhausen und Peter Gorski. Hamburg 1967, S. 56 f.

# Die Schönheit und Harmonie des arteigenen deutschen Stadtgefüges...

## Zur Stadtplanung in der Gauhauptstadt Kassel

In der Zeit des Nationalsozialismus wurde die Kasseler Stadtplanung von unterschiedlichen Phasen und Inhalten bestimmt. Vordringliche Probleme waren zu lösen: die „seit Jahrzehnten anstehende“ Stadtsanierung und die „wohnpolitisch“ damit verknüpfte Bereitstellung von Siedlungsland. Für städtebauliche Planungen, wie sie Hitler in „Mein Kampf“ angedeutet hatte,<sup>1</sup> blieb vorerst wenig Spielraum. Es galt, auch politisch, die drängende Wohnungsnot zu beheben; dies gelang dem Rathaus nicht vor 1936/37, d. h. nach Gleichschaltung verschiedener gemeinnütziger Baugesellschaften und -vereine. Deswegen auch wurde 1933–36 die in der Weimarer Zeit bereits eingeleitete und ein gutes Stück vorangetriebene Altstadtsanierung, vor allem der „Freiheits Durchbruch“,

propagandistisch aufbereitet und hochgespielt. Das gilt auch für die Erwerbslosen-Kleinsiedlungen, welche eigentlich ein Mittel im Rahmen der Arbeitsbeschaffung waren. Schon ab 1934/35 zeigten sich völlig andere Planungsinhalte und -ziele: diese gingen nicht von den städtebaulichen Merkmalen des historisch gewachsenen Stadtraumes aus, waren nicht auf die Stadt als solche bezogen. Planungsinhalte und -ziele waren abgestimmt auf das Soll, welches Kassel fortan innerhalb des die Gesamtheit des Deutschen Reiches umfassenden Ordnungs- und Funktionsschemas erfüllte – nämlich als Stadt der Reichskriegertage, als Luftschutzort, als Rüstungszentrum, als Gauhauptstadt usw.



Abb. 1 Der „Freiheits Durchbruch“: eine Verkehrs- und Wohnsanierungsmaßnahme (umrandet: Bauabschnitt I).

<sup>1</sup> A. Hitler: Mein Kampf, 97–101. Aufl., München 1934, S. 290 ff.; über die Stadtplanung der „Führerstädte“ ist viel publiziert worden, über die „Gauhauptstädte“ wenig, zuletzt von W. C. Schneider: Hitlers wunderschöne Hauptstadt des Schwabenlandes usw. In: Demokratie & Arbeitergeschichte, II (1982), S. 51–95; siehe dort die einschlägigen Literaturhinweise.

## Der Freiheiter Durchbruch

„Der Freiheiter Durchbruch hat die Schönheit und Harmonie des arteigenen deutschen Stadtgefüges mit seinem 800 Jahre alten Stadtgrundriß und seinen mittelalterlich gestalteten, zu einheitlicher Ganzheit zusammengewachsenen Häusern kaum verändert, aber den Bestand der Altstadt – nicht als Museum, sondern als lebendiges Glied im Gesamtleben Kassels neu gesichert“. (Lahmeyer 1936). Für die Nationalsozialisten bzw. deren SA-Brigade 47 stand die „Eroberung der Altstadt“ seit 1930 an.<sup>2</sup> Bevor sie am 17. 1. 1933 auf dem Martinsplatz eine Kundgebung halten konnten, wurden sie regelmäßig aus der Altstadt herausgeprügelt; dort erzielten bei den 1932er Wahlen die NSDAP 27,9 %, die KPD 32,2 % und die SPD 27,9 % der Stimmen. Arbeiter, Handwerker, Krämer, viele Kinder und alleinstehende alte Leute wohnten in der Altstadt billig und schlecht. Oft entsprachen die Unterkünfte nicht

den hygienischen und sonstigen baupolizeilichen Anforderungen – dies gab der Stadtverwaltung den Anlaß zur „Gesundung der Altstadt“. Ziel der städtebaulichen Maßnahme war die Anlegung einer neuen Straße, des Freiheiter Durchbruchs, durch bisher überbaute Hinterhöfe zwecks Behebung eines sonst unlösbaren Verkehrsproblems.

Gleichzeitig galt die Maßnahme der Sanierung untragbarer Wohnverhältnisse durch „Auflockerung“, d. h. Abriss von Hinterhauswohnungen, „damit die in den wertvollen und schönen Vorderhäusern vorhandenen Wohnungen hygienisch und baulich wieder einwandfrei werden“.<sup>3</sup> Die „Sanierungsmaßnahme der Nationalsozialisten“<sup>4</sup> fand etappenweise statt. Auf der Straße behauptete sich die SA bereits im März 1933. Ziel des Rathauses war, die „sturmreife“ Altstadt „auf Dauer“ zu erobern – in Lah-



### Dank dem Führer - - Luft - Licht - Arbeitsbeschaffung - -

Von Tausenden treuer Kunden in Stadt und Land freudig begrüßt, eröffnete das seit Generationen am Altmarkt bekannte

**Schuhhaus**

**GRÜNER**  
GEGRÜNDET 1855

an der Traditionsecke wieder seine Wirkungsstätte. Getreu den 80-jährigen Grundsätzen: Deutsche Qualitätsarbeit - Beste fachliche Beratung

Altmarkt

Das Freiheiter-Durchbruch

Oberer Königstr. 53

Abb. 2, 3, 4 Breiter als die Königsstraße: die „neue Lebensader“, ihre Geschäfte und Geschäftsleute.

<sup>2</sup> C. Fischer-Defoy: Arbeiterwiderstand in der Provinz/Arbeiterbewegung und Faschismus in Kassel und Nordhessen 1933–1945, Berlin 1982, S. 35 ff. <sup>3</sup> Kasseler Neueste Nachrichten vom 5. 10. 1933; so die städtische Sprachregelung. In der Tat waren die Wohnverhältnisse in den Hinter- und Nebenhäusern nicht viel schlimmer als in den (älteren) Vorderhäusern. Die „schöne Kasseler Altstadt“ ist ein Klischee, das sowohl auf jener Arbeitermilitanz wie auf dem Luftangriff vom 22. 10. 1943 gründet. Zum folgenden: H. Schulz: Altstadtsanierung und Altstadtumbau in Kassel von 1918 bis zur Zerstörung 1943, Diplomarbeit GhK FB 14, Kassel 1980. <sup>4</sup> Kasseler Neueste Nachrichten vom 12. 10. 1938; dort im Gegensatz zu den heruntergespielten „Bemühungen der Systemzeit“. Tatsächlich wurden zwischen 1926 und 1932 200 Hinterhäuser abgebrochen und 150 Vorderhäuser saniert.

meyers Worten, „den Bestand der Altstadt nicht als Museum, sondern als lebendiges Glied im Gesamtleben Kassels neu zu sichern“; sein Konzept war ausgerichtet auf eine „grundlegende Veränderung der sozialen Verhältnisse in der Altstadt“.<sup>5</sup>

Im Zuge der Wohn- und Verkehrssanierungsmaßnahme wurde die „rote Altstadt“ ausgehoben. Der Eingriff in das Stadtteilgefüge war gezielt, aber langfristig genug, um als solcher der Öffentlichkeit verborgen zu bleiben; das gilt insbesondere für den hier dokumentierten Bauabschnitt I. In diesem Sanierungsgebiet, das die Propaganda zur „Altstadt“ schlechthin erklärte, waren 809 Wohnungen vorhanden (2733 Bewohner); der Sanierungsplan sah den Abbruch von 150 Wohnungen vor, tatsächlich gingen 232 verloren. Wohl waren die sozialen und politischen Auswirkungen voraussehbar und programmiert, darüber aber wurde bis 1930 offenbar kein Wort verloren.

Die Maßnahme erfüllte die berufsspezifischen Erwartungen der Krämer und Händler, welche bereits 1929 das SPD-Rathaus vergeblich unter Druck gesetzt hatten mit der Forderung, das Projekt der Altstadtsanierung müsse vor allen Dingen auf die Erhaltung des Handels gerichtet sein: Es komme nicht nur darauf an, daß die Stadt hygienisch saniert werde, sondern vor allem zunächst wirtschaftlich durch Verbesserung des Verkehrs.<sup>6</sup> Ein Teil des von ihnen erkannten Defizits gegenüber der eigentlichen, als verjudet verschrienen Einkaufsstraße Kassels holten die Geschäftsleute der Altstadt durch die verkehrstechnische Erschließung ihres Viertels ein: stadteinwärts über den Autobahnanschluß und die zentrale Straßenbahnumsteigestelle Altmarkt, stadtauswärts von der Königsstraße. Vielleicht nicht zufällig gingen 1934/35 mindestens zwei Geschäfte von jüdischen in christliche Hände über. Unter die Spitzhacke fielen zwei Ladenräume ersatzlos, durch die Anlegung des Freiheiter Durchbruchs entstanden jedoch knapp ein Dutzend neue. Offenbar mehr als die Hälfte der Werkstätten wurde entmietet und abgebrochen, ohne Ersatz – es sei denn für die Hausbesitzer, welche für die Mietausfälle der abgebrochenen Neben- und Hinterhäuser entschädigt wurden, indessen auch gezwungen, die Vorderhäuser instand zusetzen und die Fassaden angemessen zu gestalten; dabei allerdings wurden sie technisch und finanziell von der Stadt unterstützt. Massiv geschädigt wurden alleinstehende ältere Leute und kinderreiche Arbeiterfamilien: jene, weil in der Altstadt 56 % der Woh-

nungen „Kleinwohnungen“ waren; diese, weil als die Maßnahmen im Oktober 1933 anliefen, ca. 35 000 Arbeitslose und ihre Angehörigen in Kassel lebten bzw. auf billige Quartiere angewiesen waren. Ihre Unterkünfte im Bauabschnitt I verloren mindestens 862 Personen.

Graben.	Freiheiter Durchbruch
35 *Steinröder W. Bäckerstr. E u. 1 Albrecht Friz Haarpflegegesch. E Schuchardt Heinz. 1 Strohberg Konr. 1 Buchbach Wilh. Invalide 2 Henrich Wilh. Arb. 2 Steger Balthasar Invalide 2 Umbach Friz Schuhmacher 2 Hämel Sophie Inval. 3 Hose Marie Bwr. 3 Eichler Engelbert Musiker 4 Höding Elise Bwe. 4 Härnstadt Friz S 1 Heinemann Jg. Böhret S 2 Peter Wilh. Invalide H 1 Heuter Heinz. Arbeiter H 1 Agt Martha Bwe. H 2 Ludolph Anna Bwe. H 2 Gobrecht Anna Bwe. H 3 Hartmann Marie Bwe. H 3 Hallenpflug Florenz Schuhm. H 4 Trescher Jaf. Arbeiter H 4 Zimmermann Heinz. Schloss. 115 37 Jotho Nanni Büglerin H 2	8 *Krummel Anna Bwe. Mollereiprodukte E → 214 26 Krummel Otto Fleischerstr. E → 214 26 Horn Heinz. Abahnrangieraufseher 3 Kuhlmann Ad. Hochbautechnik. 4
36 *Wagner Wilh. Schloss.-Mstr. 1 → 6689 Sandrod Gg. Zigarettengesch. E Raungießer Ludw. Fahrboie 2 Kreuz Wilh. Buchbinder 2 Kreuz Gust. Arbeiter 3 Stübener Karl Kellner 3 Jülich Wilh. Schreiner 4 Otto Konr. Invalide H 1 Riehl Paul Kassierer H 2 Schilling Heinz. Buchbinder H 2 Ader Gg. Händler H 3	10 *Wagner Wilh. Schlossermstr. 1 → 214 89 Lehnert Herm. Rfm. 2 Sellen Otto Elektromstr. 2 → 203 15 Mehger Heinz. Schaffner 3 Wagner Hans Schlossermstr. 3 → 214 89 Rämer Anna Bwe. 4 Räuffelin Hans Dreher 4
38 *Wäfel D. Schuhmachermstr. 1 → 2333 Jstrand Wilh. Nachf. Tapeten und Linoleum E Vanahans Friedr. Invalide 2 Grabara Gg. Tapezierer 3	12 (*Hundertmarkt S., Kellermannstraße 19) Schröder Max Freiseurgeschäft E Königer Friz Abteilungsleit. 1 Storbeck Jul. Bezirksleiter 1 Heye Friz Reisender 2 Steier Klaus Techniker 2 Dümet Alb. Rfm. 3 Wille Konr. Oberstfr. 3 Gzeis Karl-Heinz Rfm. 4 Sturm Ferd. Elektromstr. 4 Langrebe Gg. Malergeschäft 3 → 330 75 (Eing. Prüderstr. 21) (Eing. Wilbemanns-gasse 14) Lann Karl Optikergeschäft E → 202 46 Morell Elise Moderne Handarbeiten E → 209 02 Stadtparkasse Zweigstelle IV E → 351 25
	19, 21 *Jffert Wilh. Privaatm. 1 → 209 68 Jffert Berner Fleischerstr. E → 209 66 Wenddorf Peter Ingenieur 1 Menzel Erich Schlosser 1 Decher Oskar Dreher 2 Herwig Heinz. Feiseurmstr. 2 Muffel Josef techn. Angest. 2 Ruperti Karla Buchhalterin 2 Bruchhäuser Ludw. Former 3 Guntel Frieda Woltereierzeugnisse

Abb. 5, 6 Wohnraumzerstörung: z. B. Graben 35, 36, 37, 38 Vorder-, (Neben- und (H)interhäuser, Verschiebung der Sozialstruktur: Freiheiter Durchbruch 8, 10, 12, 19/21.

<sup>5</sup> Kasseler Post vom 5. 10. 1933. Die Propaganda bog es um nach dem Motto „Luft, Licht und Sonne“: Von den 26 000 Einwohnern der Altstadt mußten in absehbarer Zeit 6000 umgesiedelt werden, wenn auch die blassen Kinder der Altstadt die Sonne sehen wollen (Kasseler Neueste Nachrichten vom 5. 10. 1933). <sup>6</sup> Schulz: (3) a.a.O., S. 29.

Entsprechend dem Sanierungsplan sorgte sich die Stadt um Ersatz für 150 abzureißende Wohnungen und erhielt im Oktober 1934 die beantragten Kredite. Die Abbrucharbeiten waren beinahe abgeschlossen. Ende 1936 waren 232 Wohnungen abgebrochen worden und erst 110 Ersatzwohnungen gestellt: In Kassel betrug der Fehlbedarf ohnehin 3500–4000 Klein- und Mittelwohnungen (3 ZW à 54 qm). Wer nicht von der Stadtverwaltung mit Ersatzwohnraum versorgt worden war, d. h. dessen politische Einstellung einschlägig bekannt war, hatte sich selber zu

helfen; Rüstungskonjunktur, Arbeitsdienst und Wehrpflicht hatten allerdings die Arbeitsmarktlage weitgehend reguliert. In der roten Altstadt wurde der politische Widerstand auch städtebaulich gebrochen. Die politisierte Eröffnungsfeier des Freiheits Durchbruchs wurde am 9. 5. 1936 gar im Gasthaus „Stadt Stockholm“, zuvor eine kommunistische Hochburg, ausgetragen; auch die geänderte Alters- und Sozialstruktur des Altmarktviertels ließ zu, daß aus dem im Sanierungsplan vorgesehenen Kinderspielplatz ein „Ehrenhof der SA“ wurde.

## Eingemeindungen

„Die vorhandenen Menschen und Mittel sollen zweckentsprechend und an der richtigen Stelle nach einem einheitlichen Plan, ausgerichtet nach politischen Gesamtzielen eingesetzt werden.“ (Städtebau XXXII 1937).

Die Funktion des Bauamtes im Rahmen der totalitären Politik des Rathauses ist im Lichte der städtischen Eingemeindungsunterlagen klarer. Das Problem bestand für das Rathaus vordergründig darin, das Einverständnis übergeordneter Stellen zur Gleichschaltung verschiedener „Vorstadtgemeinden“ zu erzielen. Tatsächlich aber lag es in der politischen Repräsentanz der Gauhauptstadt und in der günstigen Entwicklung der Kasseler Rüstungsindustrie im Vorfeld des Vierjahresplans, daß besagte Instanzen (Gauleiter, Regierungspräsident und -oberpräsident, die betroffenen Stellen auf Reichsebene) zum Teil im eigenen Interesse dem Rathaus den Weg zur Eingemeindung ebneten oder ebenen mußten. Eigentlich waren die Würfel bereits gefallen, als der Regierungspräsident am 21. 12. 1933 die Stadt Kassel und die Gemeinden Niederzwehren, Oberzwehren, Nordshausen, Harleshausen, Sandershausen, Wolfsanger, Niedervellmar, Ihringshausen und Waldau zum „Gebiet des Luftschutzzortes Kassel“ erklärte.<sup>7</sup>

In diesem Zusammenhang ist die Einschaltung der Reichswehr und der Staatspolizei im Tauziehen zwischen Stadt- und Landkreis-Verwaltung begründet; in diesem Zusammenhang wundert es kaum, wenn der „städtebauliche“ Abschnitt des an den Regierungspräsidenten gerichteten Eingemeindungsantrags „staatspolitisch“ ausfiel.

Wie alle Dezernenten des Rathauses wurde auch Oberbaurat G. Jobst im September 1934 und Juni 1935 zu Handlangerdiensten herangezogen: „Für die Eingemeindung der Gemeinden sprechen bei dem in Kassel vorhandenen Mangel an geeignetem und preiswertem Baugelän-

de hauptsächlich wichtige städtebauliche und siedlungspolitische Gründe... Das Tempo der städtebaulichen, siedlungspolitischen und verkehrspolitischen Forderungen der Stadt wird im besonderen durch die rege Neubautätigkeit, die gerade jetzt als Folge der Wiederherstellung der Wehrfreiheit und dem damit im engsten Zusammenhange stehenden Aufblühen gewisser Industrien eingesetzt hat, verschärft“,<sup>8</sup> lautete die Quintessenz. Die Einzelheiten in Stichworten: Ansiedlung zugezogener Werksangehöriger der Kasseler Rüstungsbetriebe; Errichtung von Kasernen und Verwaltungsbauten; Bedarf der Wehrmacht an Übungs- und Landeplätzen (Dönche, Rothwesten, Waldau) mit entsprechenden Straßenverbindungen zueinander (merkwürdigerweise ohne Bezug auf den von der Reichswehr geforderten Bau einer zweiten Fuldastraße bei Niederzwehren, damit der Verkehr über die Frankfurt/Würzburg- und Eisenach/Münster-Autobahnen vom Schnittpunktverteiler Waldau aus direkt zur Frankfurter Straße und nicht erst durch die enge Altstadt geleitet werde); Modalitäten eines wirksamen Luft- und Feuerschutzes (zentralgesteuerte Verdunklung bzw. ausreichende Löschwasserversorgung des gesamten Kasseler Beckens, weitere Auflockerung der Wohndichte in der Altstadt). Mehrfach hob der Eingemeindungsantrag hervor, daß im Gegensatz zum Kasseler der Verwaltungs- und technische Apparat des Landkreises keineswegs in der Lage war, solche Aufgaben zu meistern.

Der Landrat entgegnete, daß die Stadt Kassel von der Baugelände fläche her noch Tausende von Wohnungen auf eigenem Gebiet errichten könnte. Er führte aus, daß die intendierten wie die bisherigen Siedlungsbauten der Stadt keineswegs vorbildlich seien; deren Konzept sei darauf bedacht, Minderbemittelte an der Stadtgemarkung entlang

<sup>7</sup> StA Kassel, Eingemeindungen, Allgemeines. A1.01.7 (2). <sup>8</sup> StA Kassel, Eingemeindungen, Allgemeines. A1.01.6 (4).

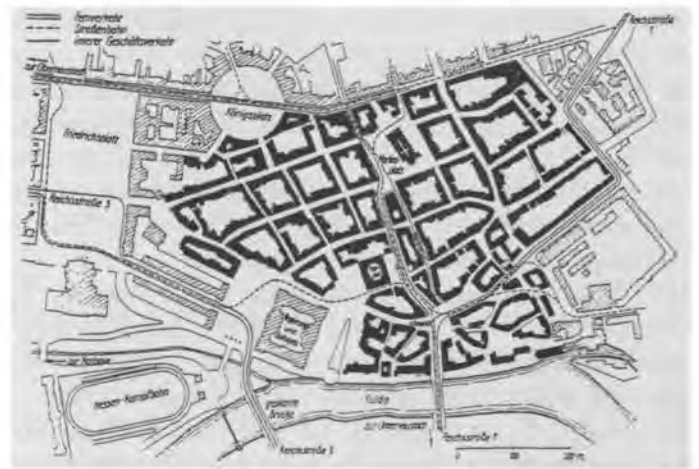
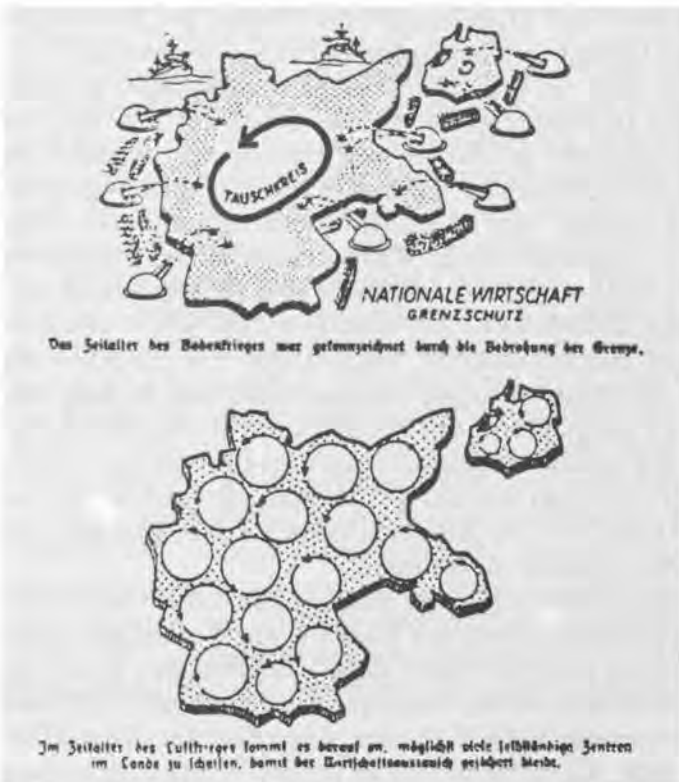


Abb. 7, 8, 9, 10 Luftschutzmaßnahme als Kriegsvorbereitung: Das Leitbild zur Eingemeindung lag auch der Altstadtanierung zugrunde. Seit dem 21. 12. 1933 richtete sich in Kassel das Rathaus nach dem (noch) geheimen Gebot einer „wirksamen Landesverteidigung“, die Industrie folgte nach. Mit dem Vierjahresplan wurden die Kriegsvorbereitungen offenkundig. Nicht nur die Arbeiter der Rüstungswerke wußten, was und wozu sie produzierten, diesen Forderungen und Bedürfnissen von Partei und Staat fügten sich auch große Teile der Bevölkerung.

zu fixieren, vor städtebaulichen und sozialpolitischen Infrastrukturausgaben habe sich die Stadt gedrückt; mit weiteren Erlensfeldsiedlungen sei weder der Stadt noch dem Landkreis gedient. Die Besiedlungsrichtung in sämtlichen einzugliedernden Gemeinden entspräche gewachsenen Strukturen und sei von Kassel abgewendet, die Stadt habe eine weitere Bebauung an ihren Grenzen nicht zu befürchten, stellte der Landrat (ein Alter Kämpfer) beherzt fest, fügte hinzu, daß der Zustrom von Landbevölkerung in die Industriegebiete volkswirtschaftlich und weltanschaulich verpönt sei, resümierte die (noch) gültigen Siedlungs- und bevölkerungspolitischen Konzepte von Feder und bat sich aus, daß die Stadt die Unhaltbarkeit ihres Antrages einsehe.<sup>9</sup> Das Bauamt nahm die Fehde nicht an; Lahmeyer ließ den Regierungspräsidenten wissen: „Die Baulücken, an die die Kreisverwaltung denkt, sind nur für den Wohnungsbau geeignet“, für die anvisierten, mehr ländlichen und bodenverbundenen Ansiedlungen könne man kaum mehr als 10 Familien auf 1 ha ansiedeln, „der Siedlungswille des Landkreises muß naturgemäß ein anderer sein als der Siedlungswille der Stadt – eine ziel- und verantwortungsbewußte Siedlungspolitik kann nicht von zwei verschieden gerichteten Verwaltungsstellen durchgeführt werden“.<sup>10</sup>

## Aufmarsch-Architektur

Zeiten, die ein lebendiges Gemeinschaftsleben hervorbrachten, waren stets fähig, dem Bild ihrer Gesellschaft in kollektiven Zentren Gestalt zu geben (Giedion 1956). Als Vorbote der den Bedürfnissen von Partei und Staat unterworfenen Planung ist die Episode der Kasseler Thingstätte anzusehen.<sup>11</sup> Im ganzen Reich waren 66 Thingstätten vorgesehen, darunter auch in Marburg und Kassel. Diese Thingstätten hatten ihre Wurzeln in den Freilichtspielen der Jugendbewegung, wurden aber zu einer eindeutig nationalsozialistischen Bauaufgabe mit militärischem Gepräge umgeformt: „Die Versammlungslokale reichten nicht aus, um die Massen zu fassen... Die Volksversammlung unter freiem Himmel, das ist die erste Etappe zum neuen kultischen Raum, zum Thingplatz... Die Formationen der SA, des Arbeitsdienstes, der in Sprechchören stark aktiv beteiligt sein wird, der Arbeitsfront, des BDM, der Hitler-Jugend usw. werden auf besonderen Anmarschwegen einziehen. Sie werden die großen Sektoren in diesem gewaltigen, erschütternden Bilde einer großen nationalsozialistischen deutschen Volksversammlung

Das „Menschenpotential“ des Landkreises war 1938 im wesentlichen von der Kasseler (Rüstungs-) Industrie bereits aufgesogen, deren Werkhallen bald im Weichbild der Stadt einen entsprechenden und luftkriegsgerechten Kranz bildeten. Ebenfalls 1938 wurden die letzten Abschnitte der Arbeiter- und Werkangehörigensiedlungen fertiggestellt, später standen Arbeitskräfte und Materialien nur noch knapp und nur noch für Kriegszwecke zur Verfügung. Bereits 1940 trafen Zwangsarbeiter in Kassel ein, ihre Zahl betrug letztlich über 20 000, u. a. für ihre Unterbringung sorgte im Rathaus ein wirksamer Koordinationsapparat zwischen Wehrmacht und Industrie unter W. Seidel. Die Eingemeindungen erfolgten am 1. 6. 1936 aus „militärischen und wirtschaftspolitischen“ (Weinrich), nicht also aus jenen „wichtigen städtebaulichen und siedlungspolitischen“ Gründen, die das Bauamt vorschickte. Daß das Bauamt über die Bauordnung von April 1937 hinaus eine städtebauliche Gesamtplanung für die durch die Eingemeindungen flächenmäßig um 50 % erweiterte Stadt erstellt hätte, ist nicht bekannt geworden. Wie gesagt, wurden ab 1938 kaum noch andere als Zweckbauten errichtet.

sein...“.<sup>12</sup> Als Standort für die Kasseler Thingstätte war der Abhang zur Karlsaue (vermutlich 1935) vorgesehen und folgerichtig eingepflanzt. Sie hätte sich „organisch“ in den schon bestehenden Kreis der Kulturstätten um den Friedrichsplatz eingefügt, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Theater, zum Ottoneum, zum Museum Fridericianum, mit günstiger Erreichbarkeit des hessischen Landesmuseums und der Gemäldegalerie. Gebaut wurde sie jedoch nicht, denn in der zweiten Hälfte der 30er Jahre war der Thinggedanke bereits überholt.

Ähnlich wie die zeitliche Übereinstimmung zwischen Machtkonsolidierung der NSDAP und Planung der Kasseler Thingstätte dürfte Ende 1941 ein Bedürfnis nach baulicher Umsetzung des (noch) sicheren Sieges im Osten den Plänen zur Gestaltung der Wilhelmshöher Allee Pate gestanden haben – Reichserlasse gingen beiden (Projekt gebliebenen) baulichen Zeugnissen jeweiliger Selbstverständnisse voraus; in allen „Gauhauptstätten“ entstanden 1941/42 Neu- und Ausgestaltungspläne.

<sup>9</sup> Ebenda. <sup>10</sup> Lahmeyers Brief vom 29. 11. 1934, wie Fußnote 7. <sup>11</sup> Zum nachstehenden: M. Lurz: Die Heidelberger Thingstätte/Die Thingbewegung im Dritten Reich... Heidelberg 1975, S. 40 f., 175. <sup>12</sup> W. K. Gerst: Thingstätte. In: Der Deutsche, 4. 7. 1934, zit. nach Lurz a.a.O. (11), S. 10 f.

Bewußt von oben, vom Großdeutschen Reich, griffen die im März 1942 vom Bauamt-Dezernenten E. Heinicke und dem Kasseler Architekten F. C. Blümich fertiggestellten Pläne in die historische Architektur der Wilhelmshöher Allee.

Die Wilhelmshöher Allee mündete in den damaligen Adolf-Hitler-Platz (Brüder-Grimm-Platz) und war etwa 4,5 km lang. Sie entsprach damit dem zentralen Abschnitt von Speers Berliner Nord-Süd-Achse.<sup>13</sup> Konnten in Berlin die gewaltigen Bauten zu den Straßen- und Platzräumen in ein architektonisches Spannungsverhältnis treten, so war dies in Kassel nicht möglich; die für Berlin geplanten öffentlichen Gebäude und Einrichtungen standen einer Gauhauptstadt nicht zu. Die im Süden der Wilhelmshöher Allee angeordneten Gebäudekomplexe (Rasthaus, Bahnhof und Gauhaus) konnten zur Längenerstreckung der Allee an sich kein Gegengewicht bieten. Vermutlich war das auch nicht beabsichtigt, und es stand

von Anfang an fest, daß in Kassel nicht die Bauten, sondern die Straße zum beherrschenden Denkmal werden sollte. Die Planung beruhte auf einem Raster von 20 x 20 m. Die Wilhelmshöher Allee wurde um das Doppelte auf 80 m verbreitert und durch Nebenalleen in drei Fahrbahnen untergliedert; demgegenüber treten die Bauten, vermutlich mit Natursteinen verkleidete Skelettbauten, zurück.

Ihre Schauseite bildet die Straßen-Staffage: die gezeichnete Perspektive zeigt dies anschaulich. Im Grundriß nimmt sich der Gebäudekomplex wie sachgemäß aneinandergereihte Zweckbauten oder Kasernengevierte in einer baulich ad hoc gelichteten Vorstadtsituation aus. Im Aufriß akzentuierte die befremdliche Proportionierung der Gebäude (80, 100, 120 Meter Fronten bei nur zweistöckiger Bauweise) die Längenerstreckung der Anlage. Es ging nicht um Stadtplanung, sprich Ausgleich zwischen individueller und kollektiver Sphäre. Jene Gemeinschaftsein-

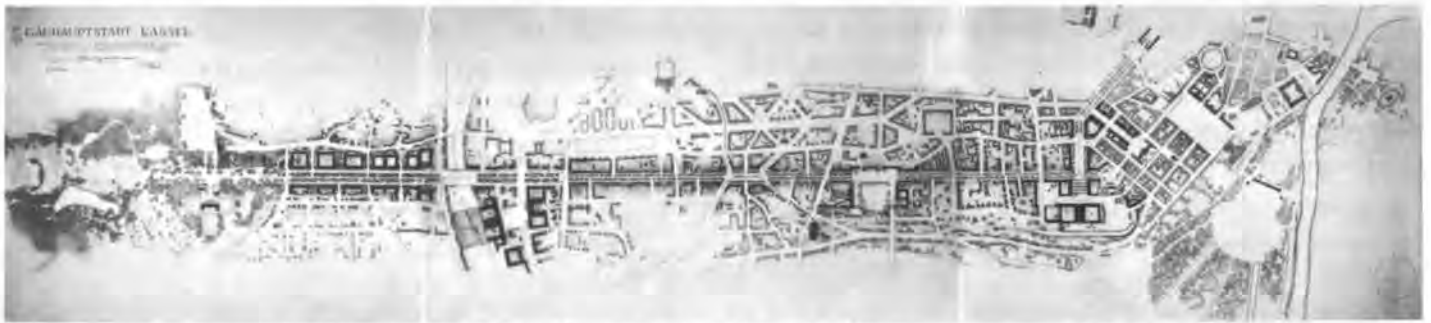


Abb. 11 Gesamtgrundriß der Wilhelmshöher Allee nach den Plänen des Kasseler Bauamtes, März 1942.



Abb. 12 Grundriß der Wilhelmshöher Allee. Ausschnitt des westlichen Teiles; ganz links Schloß Wilhelmshöhe, rechts der geplante neue Bahnhof, dazwischen das Rasthaus mit dem Autohof und die Gevierte der öffentlichen Einrichtungen.



Abb. 13 Grundriß der Wilhelmshöher Allee. Ausschnitt des östlichen Teiles; oben rechts der Königplatz mit einem Teil der Altstadt und der Martinskirche, unten rechts die Karlsaue, der Steg über die Frankfurter Straße zum Gauhaus auf dem Weinberg und der Beginn der Wilhelmshöher Allee.

<sup>13</sup> J. Petsch: Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich, München 1976, S. 98 ff.; A. Speer: Architektur, München 1978, S. 93 ff. Zur Fragestellung zuletzt von W. Schäche: NS-Architektur und Kunstgeschichte/Anmerkungen zum Forschungsstand und zur Forschungsperspektive. In: Kritische Berichte VIII (1980), S. 48 ff., siehe dort die einschlägigen Literaturhinweise.

richtungen sind beinahe 6 km vom historischen Stadtzentrum gelegen, ihre Baumassen „erschlagen“ den einzelnen Benutzer sowohl maßstäblich wie funktional. Durch den gleichmäßigen Rhythmus ihrer Fassadenabfolge, verstärkt durch die Allee, werden die zehn Quader zu Sequenzen einer auf und entlang der Straße sich vollziehenden Bewegung – Panzerkettenspuren, durchgelegte Rollbahnen im Siedlungsraum. Die Parallele zu den nationalsozialistischen Raubkriegszügen und zu den Partei-Aufmärschen drängt sich auf.

Die Wilhelmshöher Allee sollte alles an sich ziehen, weshalb auch der Hauptbahnhof dahin verlegt und der Zubringerverkehr von und zu den Autobahnen, einschließlich der Parkflächen (auch in den sog. Autohöfen), sorgfältig geplant wurde. Hier hätte eine nicht in erster Linie an Städte und Dörfer gebundene Volksgemeinschaft des Hessengaus ihrem Führer und Reichskanzler huldigen sollen. Es ging nicht um die Verbindung der Menschen mit ihrem jeweiligen geschichtlich überkommenen Ort. Der jeweilige Ort war nur dort, wo der Führer erschien. Es ging um politische Demonstration und Denkmale des Führerkultes. Es ging um Aufmarsch und Paradeabnahme, um Gleichschaltung einer auf dem Führerprinzip be-

ruhenden Massenbewegung und damit um die Zerstörung der städtischen und personalen Identität.



*Abb. 14 Die Wilhelmshöher Allee als nationalsozialistische Prachtstraße; Blick nach Westen zum Schloß und zum Herkules nach der perspektivischen Ansicht von Architekt F. C. Blümich.*

## Bilder- und Dokumentenhinweis

Abb. 1, 2, 3, 4, 7, 8, 10 Zeitungsausschnitte *Freiheits Durchbruch*, StA Kassel S 5 A 294.

Abb. 5, 6 Einwohnerbuch Kassel 1933 (Graben) und 1938 (*Freiheits Durchbruch*).

Abb. 9 *Stadtbauwelt* 1980 (LXV), Berlin.

Abb. 11, 12, 13, 14 Sammlung Pläne und Risse, StA Kassel.

Marc Poulain und Hansmartin Ungericht

# Die Judenverfolgung in Kassel

## Einleitung

Ziel des Beitrages ist, die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Kassel während der NS-Zeit zu beschreiben, soweit es die mündliche und schriftliche Überlieferung zuläßt. Damit soll auf die Grenzen dieser Untersuchung hingewiesen werden; denn bei dem Bestreben, Maßnahmen und Aktionen gegen die Juden in dieser Zeit zu betrachten, stößt man von den Quellen her oft ins Leere.

Die weithin desperate Quellenlage ist sicherlich ein Grund dafür, daß es bis heute keine Abhandlung über die Kasseler Juden während der NS-Zeit gibt. Allerdings findet sich auch über die Weimarer Republik keine Arbeit, auf die zurückgegriffen werden konnte. Die Geschichte der Kasseler Juden vor 1871 ist, vor allem von jüdischen Historikern, unter politischen, rechtlichen und kunstgeschichtlichen Aspekten untersucht worden, wengleich auch hier eine umfassende Darstellung fehlt.<sup>1</sup>

Diesen Mangel hatten führende Mitglieder der jüdischen Gemeinde Ende der zwanziger Jahre erkannt und eine Gesamtgeschichte in Auftrag gegeben, deren erster Teil 1931 unter großen Anstrengungen seitens der Gemeinde erschien.<sup>2</sup> Der zweite Band konnte nach 1933 der Öffentlichkeit nicht mehr vorgestellt werden, liegt aber im Manuskript vor.<sup>3</sup>

Die „Gemeindeggeschichte“ ist ein Konvolut aus sechs Beiträgen, jeder verfaßt von einem prominenten Gemeindegmitglied (ein Rabbiner, zwei Lehrer, ein Kunsthistoriker, zwei Rechtsanwälte), die individuell unterschiedlich in

streng wissenschaftlicher oder populärer Form ein Thema behandeln.

Band 1 enthält drei systematische Beiträge zu Kunstgeschichte, Volkstum und Kultur der Hessen-Kasseler Juden. Der zweite Band ist chronologisch aufgebaut und befaßt sich mit der politischen, Sozial- und Rechtsgeschichte bis etwa zur Gründung des Deutschen Reiches. Selbständige Arbeiten jüngerer Datums gibt es nicht.

Daher muß der kurze Abschnitt zu Kassel in Paul Arnbergs dreibändiger Ausgabe über die Geschichte der jüdischen Gemeinden in Hessen als Standardwerk gelten, obwohl der Schwerpunkt der in lexikalischer Kürze verfaßten Beiträge vor 1933 liegt, die Angaben nur grob strukturiert und die Quellenverweise völlig unzulänglich sind.<sup>4</sup> Einzelfragen der lokalen Judenverfolgung werden in einigen Untersuchungen behandelt. Eine ausführliche Dokumentation über den Alltag jüdischer Schülerinnen an einer höheren Mädchenschule vom Ende der Weimarer Republik bis zum Novemberpogrom im Jahre 1938 ist 1985 erschienen.<sup>5</sup> Die dort veröffentlichten Briefe, Abituraufsätze und Lebenserinnerungen der damaligen Schülerinnen zeigen nicht nur die Brüche und Kontinuitäten im Schulalltag nach der Machtergreifung Hitlers. Sie geben auch Einblick in die Lebenswelt einer spezifischen Gruppe jüdischer Verfolgter und ihre Reaktion auf die Diskriminierung.

Einzelne Hinweise zur Lage der Juden in Kassel finden

<sup>1</sup> Auf folgende Beiträge ist ohne Anspruch auf Vollständigkeit hinzuweisen: Abraham Cohn: Beiträge zur Geschichte der Juden in Hessen-Kassel im 17. und 18. Jh., Diss. Marburg 1933. Sally Engelbert: Das Recht der israelitischen Religionsgemeinschaft in Kurhessen. Diss. Marburg 1913. Rudolf Hallo: Jüdische Volkskunst in Hessen, Festschrift der Sinai-Lage zu Kassel, hrsg. aus Anlaß ihres 40-jährigen Bestehens. Kassel: S. V. 1928. Rudolf Hallo: Geschichte der Familie Hallo. 350 Jahre aus dem Leben einer deutschen Hofjuden- und Handwerkerfamilie 1930. Ludwig Horwitz: Die Gesetze um die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten im ehemaligen Kurhessen 1826 und 1833, Kassel 1927. Felix Lazarus: Das Königlich Westfälische Konsistorium der Israeliten (nach meist unbenutzten Quellen). Pressburg 1914. Eine Reihe weiterer Titel zu jüdischen Gemeinden im Regierungsbezirk Kassel findet sich in: Fremde im eigenen Land. Beiträge zur Kultur- und Sozialgeschichte der Juden in den alten Kreisen Hofgeismar, Kassel, Wolfhagen und in der Stadt Kassel, hrsg. von Helmut Burmeister und Michael Dorhs unter Mitarbeit von Alfred Höck. Hofgeismar: o. V. 1985. S. 120 ff. (Verein für Hessische Geschichte und Landeskunde e. V. Zweigverein Hofgeismar). <sup>2</sup> Rudolf Hallo, Julius Dalberg, Gotthilf Walter: Geschichte der jüdischen Gemeinde Kassel unter Berücksichtigung der Hessen-Kasseler Gesamtjudenheit, hrsg. von der Jüdischen Gemeinde Kassel. Kassel 1931. In diesem Sammelband sind die folgenden Aufsätze enthalten: Rudolf Hallo: Kasseler Synagogengeschichte. Synagogen und Friedhöfe, Kunst und Handwerk der Juden in Kassel; Julius Dalberg: Volkskunde der Hessen-Kasseler Juden; Gotthilf Walter: Geschichte der Religionsschule und des Kultus. <sup>3</sup> Band 2, der wohl unter dem gleichen Sachtitel erscheinen sollte und bereits 1932 in der Jüdischen Wochenzeitung angekündigt wurde, enthält die Beiträge: Ludwig Horwitz: Die Geschichte der Kasseler Juden bis zur Verlegung des Landrabbinats von Witzenhausen nach Kassel; Theodor Dellevie: Die Rechtslage der Juden nach 1813; Felix Lazarus: Die neuere Geschichte bis zur Gegenwart. <sup>4</sup> Paul Arnberg: Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang, Untergang, Neubeginn. 2 Bände. Frankfurt: Societätsverlag 1971. Paul Arnberg: Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Bilder, Dokumente. Darmstadt: Eduard Roether 1973. Die drei Bände wurden herausgegeben vom Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen. <sup>5</sup> Dietrich Heither, Wolfgang Matthäus und Bernd Pieper: Als jüdische Schülerin entlassen. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Heinrich-Schütz-Schule in Kassel. Kassel: Gesamthochschulbibliothek Kassel 1984. (Nationalsozialismus in Nordhessen Heft 5).

sich in Wolf Arno Kropats Aufsatz über den Alltag hessischer Juden in der NS-Diktatur<sup>6</sup> und auch in dem zweibändigen Werk „Juden vor Gericht“.<sup>7</sup> In der zuletzt genannten Dokumentation werden Akten aus dem Prozeß gegen Werner Holländer, angeklagt wegen sogenannter Rassenschande und vor dem Sondergericht in Kassel zum Tode verurteilt und hingerichtet, veröffentlicht.<sup>8</sup> Außerdem sind Nachkriegsprozesse, die die Novemberpogrome im Jahre 1938 in Orten des Regierungsbezirks Kassel betreffen, geschildert.<sup>9</sup> Gerade in den kleineren Städten und in den Dörfern Nordhessens lebten im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung viele Juden, über deren Schicksal aufgrund der gerade in den letzten Jahren entstandenen Spurensicherungsarbeiten mehr bekannt ist, als über das Leben der Juden in der Bezirkshauptstadt.<sup>10</sup>

Für die vorliegende Untersuchung wurden vor allem die Bestände des Staatsarchivs Marburg herangezogen.<sup>11</sup> Besonders ergiebig waren die Akten des Regierungspräsidenten über Störung der öffentlichen Ruhe und den Sicherheitsdienst. Dann die Unterlagen des Oberfinanzpräsidenten in Kassel über die Vermögensüberwachung und Enteignung der Kasseler Juden,<sup>12</sup> ferner kleinere Bestände von Staats- und Hauptstaatsarchiven, dem Bundesarchiv in Koblenz, dem Zentralen Staatsarchiv in Potsdam und dem Leo-Baeck-Institut in New York.<sup>13</sup>

Eine wichtige zeitgenössische Quelle stellten die verschiedenen Kasseler Tages- und Wochenzeitungen dar. Für die Weimarer Republik waren die zehn Jahrgänge der Jüdischen Wochenzeitung für Hessen-Kassel und Waldeck eine schier unerschöpfliche Quelle.<sup>14</sup> Die jüden-

feindliche Politik der NS findet sich, wenn auch oft nach propagandistischen Maßstäben verzerrt, in der Kurhessischen Landeszeitung.<sup>15</sup>

Eine wichtige Ergänzung dieser Quellen bilden die Nachkriegsprozesse gegen NS-Täter<sup>16</sup> sowie die Wiedergutmachungsakten der Verfolgten.<sup>17</sup> Schließlich wurden mehr als fünfzig Interviews mit Zeitzeugen, überwiegend ehemalige Kasseler Juden, geführt.<sup>18</sup>

Die folgende Darstellung gliedert sich in zwei Teile: Die jüdische Gemeinde in Kassel vor 1933 und die Verfolgung der Kasseler Juden in der NS-Zeit.

Teil 1 versucht ein Bild der jüdischen Gemeinde am Vorabend der Katastrophe zu zeichnen. Im Mittelpunkt steht die Skizzierung der jüdischen Gesellschaft, ihrer Verbindung zur Umwelt und von Formen des Antisemitismus vor 1933.

In Teil 2 wird die Verfolgung der Kasseler Juden dargestellt. Die ersten 4 Kapitel behandeln die Zeitabschnitte 1933–1935 (Nürnberger Gesetze), 1936–1938 (Novemberpogrome), 1938–1941 (Weitgehende Entrechtung), 1941–1942 (Systematische Deportation und Vernichtung).

Diese vier Stufen des Vernichtungsprozesses gelten allgemein für die Juden in Deutschland, vollzogen sich jedoch regional und insbesondere lokal sehr unterschiedlich. In vielen kleinen Orten Nordhessens wurden die Juden aufgrund des Einsatzes der lokalen Behörden und Parteiführer zu Abwanderung und Emigration getrieben, bevor der administrative Prozeß dies erzwang.

<sup>6</sup> Wolf Arno Kropat: Die hessischen Juden im Alltag der NS-Diktatur 1933–1939. In: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben, hrsg. von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen. Wiesbaden: o.V. 1983. (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen Bd. 6). <sup>7</sup> Ernst Noam, Wolf Arno Kropat: Juden vor Gericht 1933–1945. Dokumente aus hessischen Justizakten mit einem Vorwort von Johannes Strelitz, hrsg. von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen. Wiesbaden: o. V. 1976 (Justiz und Judenverfolgung Bd. 1). <sup>8</sup> Der Prozeß gegen den Vorsitzenden und den Berichterstatter des Sondergerichts, das Holländer wegen Rassenschande verurteilte, wird dokumentiert in: Klaus Moritz, Ernst Noam: NS-Verbrechen vor Gericht 1945–1955. Dokumente aus hessischen Justizakten mit einem Nachwort von Richard Schmid, hrsg. von der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen. Wiesbaden: o. V. 1978. S. 308–327. Zur Biographie und Verhandlung gegen Werner Holländer siehe in: Jürgen Relke: „Justiz als politische Verfolgung – Rechtsprechung des Landgerichts und des Sondergerichts Kassel bei „Heimtücke“ – Vergehen und in „Rassenschande“-Fällen 1933–1945 – unter besonderer Berücksichtigung des „Rassenschande“-Prozesses gegen Werner Holländer.“ Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel (1983). <sup>9</sup> Zu Ausschreitungen gegen Juden im Regierungsbezirk Kassel siehe: Klaus Moritz, Ernst Noam: NS-Verbrechen vor Gericht 1945–1955. a.a.O. (8) S. 54–64 (Fulda), S. 91–94 (Großzimmern), S. 118–122 (Treysa), S. 185–189 (Büdingen), S. 198–210 (Kirchhain), S. 216–222 (Frankenberg). <sup>10</sup> Hier können nur einige Arbeiten genannt werden: Günther Rehme, Konstantin Haase: Mit Rumpf und Stumpf ausrotten. ... Zur Geschichte der Juden in Marburg und Umgebung nach 1933. Marburg. o.V. 1982 (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur Bd. 6). Naftali Sonn, Otto Berge: Schicksalswege der Juden in Fulda und Umgebung. Fulda o.V. 1984; Anne Maria Zimmer: Zur Geschichte der jüdischen Gemeinde in Eschwege unter besonderer Berücksichtigung der Zeit des Nationalsozialismus. Schriftliche Hausarbeit für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen. Göttingen 1975. Ralf Burchard u.a.: Die versteckte Geschichte der Fritzlarer Juden. Dokumentation über das Schicksal der Fritzlarer Juden. o.J. <sup>11</sup> Hessisches Staatsarchiv Marburg: 165/3884, 3939, 3949, 3982; Bestand 166 Nr. 3892, 3898; u.a. <sup>12</sup> Archiv der Stadt Kassel: S. 3/343–366. <sup>13</sup> In einer Reihe weiterer Archive wurde Material zur Geschichte der Juden in Kassel gefunden, das aber im Zusammenhang mit dieser Untersuchung nicht oder nur unwesentlich genutzt wurde. <sup>14</sup> Die Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck wurde 1924 von dem Kasseler Lebensmittelhändler Sally Kaufmann gegründet, der Verleger, Herausgeber und Redakteur in einer Person war. Sally Kaufmann war orthodoxer Jude und einer der führenden Zionisten in Kassel, 1932 emigrierte er nach Palästina. Danach wurde die Zeitung von Kaufmann's Schwager Goldberg herausgegeben. Im April 1933 erschien die letzte Nr. <sup>15</sup> Die „Kurhessische Landeszeitung“, partiamentliche Tageszeitung für den Gau Kurhessen der NSDAP, erschien vom 1. September 1933 bis Ende 1944. Ihre Vorläufer waren „Der Sturm“ (Februar bis November 1930 Wochenzeitung) und die „Hessische Volkswacht“ (Dezember 1930 bis August 1933 als Tageszeitung). <sup>16</sup> Prozesse gegen NS wegen Beleidigung, Landfriedensbruch u.a. Straftaten sind im Staatsarchiv Marburg und bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Kassel archiviert. <sup>17</sup> Regierungspräsident Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde, Wiesbaden. <sup>18</sup> Außerdem wurden Interviews, die Dietfried Krause-Vilmar mit Herrn Horst Golnik und Frau Ida und Minna Ullrich führte, herangezogen.

Die Lage der aufgrund ihrer jüdischen Abstammung verfolgten Menschen, die nicht deportiert wurden, wird in Kapitel 5 geschildert.

Die Lage der jüdischen Gemeinde und ihre Beziehungen zur Umwelt seit 1918 erklären sich nur aus der Geschichte dieser religiösen Gruppe und lassen sich sowohl allgemein historisch als auch biografisch und familiengeschichtlich

herleiten. Dies kann hier nicht einmal im Ansatz geschehen. Wir wollen jedoch auf die für die Geschichte der Juden wichtigen Entwicklungsphasen Emanzipation und Assimilation hinweisen. Am Schluß der Einführung soll auf die Definition des Begriffs Jude, insbesondere durch die NS, eingegangen werden.

## Anmerkungen zur Emanzipation und Assimilation der Juden

1933 endete die kurze Periode der rechtlichen Gleichstellung der deutschen Juden. Genau hundert Jahre waren vergangen, seit durch ein besonderes Gesetz dem überwiegenden Teil der kurhessischen Juden die Emanzipation zuteil geworden war.<sup>19</sup> Erst 1869 waren die letzten Beschränkungen überwunden.<sup>20</sup> Die gesellschaftliche Anerkennung war damit noch nicht erreicht. Sie ist für einen Teil der Kasseler Juden nie Wirklichkeit geworden, trotz größter Anstrengungen von ihrer Seite und einer Assimilation an die Umwelt, die bis an die Grenze der jüdischen Identität ging.<sup>21</sup> Einige überschritten gerade im ausgehenden 19. Jahrhundert diese Grenze und traten aus dem Judentum aus.<sup>22</sup>

Die Emanzipation der Juden bezeichnet „sowohl einen einmaligen Akt der rechtlichen Gleichstellung, als auch einen Prozeß im Sinne der Rechtserweiterung und der allmählichen Realisierung von Freiheit“.<sup>23</sup> Beides konnten die Kasseler Juden in einer für die deutschen Juden typischen Weise erfahren.

Bis 1806 lebten sie mit Schutz- und Toleranzpapieren ausgestattet als Fremde im Kurfürstentum Hessen mit Leibzoll belegt, von den zünftigen Berufen ausgeschlossen und der Ausweisung jederzeit gegenwärtig, waren die Ju-

den für den Kurfürsten insbesondere von ökonomischem Interesse.<sup>24</sup>

Ihre „bürgerliche Verbesserung“, wie die ersten Versuche zur Erreichung der Gleichberechtigung hießen, wurde im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts immer häufiger gefordert; über Gutachten, ob die Juden der Bürgerrechte denn würdig seien, kam man nicht hinaus.<sup>25</sup>

Erst die französische Revolution brachte auch für die Juden die Gleichberechtigung, zunächst in Frankreich 1791, dann in den von den französischen Armeen besetzten Gebieten, 1808 im Königreich Westfalen mit der Hauptstadt Kassel.<sup>26</sup> Die unter Fremdenrecht lebenden Kasseler Juden erlangten durch die französische Fremdherrschaft Heimatrecht. Es wurde ihnen wieder genommen, als sie in den Freiheitskriegen 1813 gegen ihren einstigen Befreier kämpften.<sup>27</sup>

In einem 50 Jahre dauernden Prozeß mußten die Juden des Kurfürstentums ihrem Landesherrn die Gleichberechtigung abringen, diejenigen, die Nothandel trieben, blieben bis zum Jahr 1848 von allen bürgerlichen Rechten ausgeschlossen.<sup>28</sup> Zweimal, 1815 und 1852, mußten die Juden die Wegnahme ihnen bereits zugestandener Rechte hinnehmen und hilflos mit ansehen, wie ihnen zum Teil

<sup>19</sup> Gesetz zur gleichförmigen Ordnung der besonderen Verhältnisse der Israeliten vom 29. Oktober 1833. § 6 dieses Gesetzes enthielt den Nothandel treibenden Juden die Gleichberechtigung vor. <sup>20</sup> 1866 wurde Kurhessen durch Preußen annektiert und die kurhessischen Juden kamen in den Genuß der preußischen Gesetzgebung. Ein Gesetz des Norddeutschen Bundes vom 3. Juli 1869 hob „alle noch bestehenden, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte“ auf. Vgl. Wolf-Arno Kropat: Die Emanzipation der Juden in Kurhessen und in Nassau im 19. Jahrhundert. In: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. ... a.a.O. (6). <sup>21</sup> Vgl. S. 162 ff. dieses Beitrags. <sup>22</sup> Die Zahl der „Übertritte“ vom Judentum zum Christentum blieb in Kassel jedoch beschränkt, stellvertretend sei die Familie Rothfels genannt. Vgl. Geschichten um ein abgebrochenes Haus. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. Jg. 5, 1928, Nr. 15 S. 5/6. <sup>23</sup> Reinhard Rürup: Emanzipation und Antisemitismus. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1975. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 15) S. 130 f. <sup>24</sup> Ökonomisch interessant waren zum einen die von den Juden zu entrichtenden Schutzgelder und zum anderen ihre Tätigkeit als Geldverleiher, Bankiers und Hoffaktoren. <sup>25</sup> Wolf-Arno Kropat: Die Emanzipation der Juden in Kurhessen und in Nassau im 19. Jahrhundert. In: Neunhundert Jahre Juden in Hessen. ... a.a.O. (6) S. 326. <sup>26</sup> Vgl. dazu: L. Horwitz: Die Israeliten unter dem Königreich Westfalen. Ein aktenmäßiger Beitrag zur Geschichte der Regierung König Jérôme's. Berlin: Kommissionsverlag o.J. (1900). <sup>27</sup> Elf Juden aus Kurhessen nahmen als Freiwillige am Krieg teil, unter ihnen der Schriftsteller Philipp Mosenthal und der Kupferstecher Hermann Hirsch Pinhas. <sup>28</sup> Vgl. Anm. 19.

mit juristischen Wortspielereien die Hoffnung auf Anerkennung ihres Bürgerstatutes zunichte gemacht wurde.<sup>29</sup> Erst nachdem der Kurfürst vertrieben und Hessen von Preußen annektiert worden war, hatte das Gezerre um die bürgerliche Gleichstellung der Juden ein Ende.<sup>30</sup> 1933 lebten durchaus noch Juden in Kassel, die diese Rechtsunsicherheit selbst miterlebt hatten, und im Bewußtsein vieler Nachgeborener war die historische Lehre noch präsent:<sup>31</sup> Der Staat garantierte Rechte und nahm sie wieder, doch wer ausharrte, erhielt schließlich die Freiheit, wenn auch von außen erzwungen. Diese Erfahrungen mit staatlicher Obrigkeit haben die Kasseler Juden bei der Beurteilung späterer antisemitischer Handlungen und den ersten Sondergesetzen durch die NS gedacht und daraus ihre Schlüsse gezogen.

Die Emanzipation als Akt der Befreiung der Juden von ihrer Unterdrückung ist nicht trennbar vom Prozeß der Assimilation der Juden an ihre Umgebung. Im Königreich Westfalen war Israel Jacobson, Vorsitzender des Westfälischen Konsistoriums, das die Durchführung der Emanzipation vorantrieb und überwachte, gleichzeitig ein energischer Förderer religiöser Reformen, wie der Mädchenkonfirmation, der Einführung der deutschen Predigt, der Än-

derung des Begräbnisritus, der Einführung der Orgel in den Gottesdienst:<sup>32</sup> Aufgabe religiöser Traditionen als Preis für die gewonnene Emanzipation.<sup>33</sup>

Bei den Kasseler Juden setzte sich sehr schnell die liberale Richtung durch. Die Rabbiner der städtischen Gemeinde gehörten ihr durchweg an, während in nahezu allen Orten der Landkreise die Juden gesetzestreu blieben und die Provinzialrabbiner orthodox waren.<sup>34</sup>

Die Assimilation der Kasseler Juden schritt weiter fort, jüdisches Wissen in den Familien wurde immer geringer, Heilighalten des Sabbat, koscheres Essen, regelmäßiger Synagogenbesuch galten für viele nicht mehr.<sup>35</sup> Ihre Schulausbildung erlangten die Kinder von Anfang an in den Bürger- oder Vorschulen, Grundkenntnisse des Judentums wurden nur noch im Religionsunterricht bzw. in der Religionsschule vermittelt.<sup>36</sup>

Traditionelles Judentum traf man in Kassel sehr selten an. Die Kasseler Juden hatten, soweit es ihnen möglich war, sich ihren christlichen Mitbürgern angepaßt.<sup>37</sup> Eine jüdische Gesellschaft existierte bis zum Ende des Ersten Weltkrieges nicht; ob die Kasseler Juden in die Gesamtbevölkerung integriert waren, ist damit nicht beantwortet.

## Juden in der Begrifflichkeit der NS

Bis 1933 waren die Juden in Deutschland gleichberechtigt und der Umwelt angeglichen; sie waren Deutsche jüdischen Glaubens. Mit dem Austritt aus der Religionsgemeinschaft endete ihr „Judesein“.<sup>38</sup>

Die Anzahl der Juden in Kassel bestimmte sich nach den gemeldeten Mitgliedern der Synagogengemeinde Kassel.<sup>39</sup> Diese Auffassung änderte sich mit der Machtergreifung durch die NS. Sie definierten Juden nicht mehr

<sup>29</sup> Nach Beendigung der Freiheitskriege beschloß die Bundesversammlung des Deutschen Bundes die Judenfrage in die Bundesakte aufzunehmen: „Die Bundesversammlung wird in Beratung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sei, und wie in Sonderheit denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte gegen die Übernahme aller Bürgerpflichten in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könnte. Jedoch werden den Bekenner dieses Glaubens bis dahin dieselben in den Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten.“ (Unterstreichung vom Verf.). Dies hätte für Kurhessen bedeutet, daß die unter Jérôme eingeführte Emanzipation für die Juden dieses Landes gegolten hätte. In der Schlußkonferenz vom 8. Juni 1815 wurde jedoch beschlossen, die Worte „in den Bundesstaaten“ durch die Worte „von den Bundesstaaten“ zu ersetzen, denn Kurfürst Wilhelm I. war bestrebt, den Rechtszustand von 1806 wiederherzustellen. Siehe dazu Engelbert Sally: Das Recht der israelitischen Religionsgemeinschaft in Kurhessen... a.a.O. (1) S. 26. Nach dem Scheitern der Märzrevolution wurde das Gesetz vom 29. Oktober 1833 wieder Grundlage für die Gleichberechtigung der Juden in Kurhessen. Das zog die Diskriminierung der Nothandel treibenden Juden mit sich. Die kurhessische Verfassungsurkunde von 1830 hätte in ihrem § 29 eigentlich lauten sollen: „Die Verschiedenheit des Glaubensbekenntnisses hat auf den Genuß der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte keinen Einfluß.“ Doch dann wurde in diese Fassung das Wörtchen „christlich“ eingefügt, die Rechtsstellung der Juden bleibt ungeklärt und ein besonderes Gesetz wurde nötig. Siehe dazu: Engelbert Sally: Das Recht der israelitischen Religionsgemeinschaft in Kurhessen... a.a.O. (1) S. 34. <sup>30</sup> Vgl. Anm. 20. <sup>31</sup> In einer Reihe von Beiträgen von Sally Engelbert, Ludwig Horwitz, Felix Lazarus und Alexander Fiorino wird dieser Kampf der kurhessischen Juden um die Gleichberechtigung durchaus auch unterschiedlich bewertet. <sup>32</sup> Vgl.: Die jüdische Gemeinde Kassel zur Zeit der französischen Fremdherrschaft, von Seminardirektor Dr. Lazarus, Kassel, in: Deutsche Israelitische Zeitung. Die Laubhütte. Nr. 25 v. 21. Oktober 1933. Der Streit um die Einführung der Orgel in die Synagoge beschäftigte die Kasseler Juden bis in das 20. Jahrhundert und war Anlaß zum Bau einer zweiten Synagoge in der Großen Rosenstraße. <sup>33</sup> Jacob Katz weist darauf hin, daß Assimilation nicht immer mit Abweichung vom Religionsgesetz verbunden ist. Jacob Katz: Die Entstehung der Judenassimilation in Deutschland und deren Ideologie, Inaugural-Dissertation. In: Jacob Katz: Zur Assimilation und Emanzipation der Juden. Ausgewählte Schriften. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1982. S. 6 f. Gleichwohl geht in vielen Fällen eine Anpassung an die Umwelt mit einem ‚Nicht mehr so wichtig nehmen‘ des Religionsgesetzes einher. <sup>34</sup> Aus der unterschiedlichen religiösen Richtung ergeben sich mehrfach Auseinandersetzungen zwischen dem Kasseler Landrabbinat und den Bezirksrabbinen, so bei Einsetzung von Lehrern in den jüdischen Volksschulen und bei der Synagogenordnung. <sup>35</sup> In der jüdischen Wochenzeitung wird häufig Klage geführt, daß selbst in der Synagoge der Gesetzestreuern der tägliche Morgen- und Abendgottesdienst nicht stattfinden kann, weil die erforderliche Anzahl Gläubiger nicht erreicht wird. Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck, 3. Jg. 1926 Nr. 7 S. 6 und 5. Jg. 1928 Nr. 42 S. 9. <sup>36</sup> In den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts besuchten durchschnittlich 35 Kinder die Israelitische Volksschule, während 45 Kinder auf die städtischen Bürgerschulen gingen. <sup>37</sup> Einige Unterschiede waren geblieben, z.B. die unterschiedliche Berufsstruktur, siehe Tabelle 7. <sup>38</sup> Juden sind bis zum 30. 1. 1933 Personen jüdischer Religionszugehörigkeit. Der Begriff „Glaubensjude“ taucht bis zu diesem Zeitpunkt nicht auf und erhält erst durch die Einführung der Rassenlehre einen Sinn. <sup>39</sup> Die Synagogengemeinde Kassel umfaßte Mitglieder aus folgenden Orten: Kassel, Harleshausen, Niederzwehren, Oberzwehren.

nach ihrer Religion, sondern der angeblichen Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse. Diese pseudowissenschaftliche und unsinnige Deutung schuf ein Instrument zur Diffamierung und Ausgrenzung der Juden sowie – in seiner verwaltungsmäßigen Ausformung – eine verwirrende Anzahl verschiedener Abstammungsstufen, deren Festlegung in Gesetzen, Verordnungen und Anweisungen erfolgte und einen Eindruck vom Chaos der „Rechtsordnung“ des Dritten Reiches gewährt.<sup>40</sup>

Diese Definition fragte nicht mehr nach der Religionszugehörigkeit des einzelnen, sondern nach der Religionszugehörigkeit seiner Großeltern. Waren drei oder vier Großeltern jüdischer Religion, so wurde von „Volljuden“, bei zwei Großeltern jüdischer Religion von „Halbjuden“ gesprochen.<sup>41</sup> Wurden diese sogenannten Halbjuden nach der jüdischen Religion erzogen, definierte man sie als „Geltungsjuden“ und stellte sie den „Volljuden“ gleich.<sup>42</sup> Ehen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Partner hießen „Mischehen“. Gingen Kinder aus dieser Ehe hervor, die nicht im jüdischen Glauben erzogen wurden, so war die Ehe „privilegiert“.<sup>43</sup>

Begriffe wie „Volljuden“, „Halbjuden“, „Geltungsjuden“,

„Mischehen“ sind dem Wörterbuch des Unmenschen entnommen und haben die jüngste deutsche Geschichte in einem Maße geprägt, daß sie auch heute noch wie selbstverständlich weiter benutzt wurden, manchmal von den Betroffenen selbst.<sup>44</sup> Von hier aus stellte sich die Frage, ob der Begriff Jude überhaupt noch gebraucht werden kann.<sup>45</sup>

Der Verfasser distanzierte sich von diesen Begriffen, die von der Praxis, in der sie als Instrumente der Verfolgung genutzt wurden, nicht getrennt werden können; sie werden daher in Anführungszeichen gesetzt.

Im direkten Zusammenhang mit der Begriffsproblematik steht eine Schwierigkeit, die hier, ohne sie lösen zu können, angesprochen werden soll: die Entscheidung, wer von den rassistisch Verfolgten Jude ist.

Nicht alle, die als Juden von den Nazis verfolgt wurden, empfanden sich selbst damals oder empfinden sich heute als Jude. Diese Menschen waren zum Christentum konvertiert oder religionslos. Daß sie rassistisch verfolgt wurden, berechtigt heute nicht, sie als Juden ungefragt anzusprechen.

## Die jüdische Gemeinde in Kassel vor 1933

### Bevölkerungsentwicklung, Berufsstruktur, Wohnverteilung

1925 zählte die Kasseler Synagogengemeinde 3157 Seelen und erreichte damit den höchsten Stand in ihrer Geschichte.<sup>46</sup> Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung gehen aus Tabelle 1 hervor.<sup>47</sup> Der Anteil der Juden an der Kasseler Bevölkerung im Jahre 1925 lag mit 1,84 % bedeutend niedriger als noch 1852 oder 1890 mit 2,9 % bzw. 3,0 %.

In den Perioden 1806–1812, 1848–1852 und 1861–1880 war die Zahl der Juden sogar relativ stärker angewachsen als die Gesamtbevölkerung.

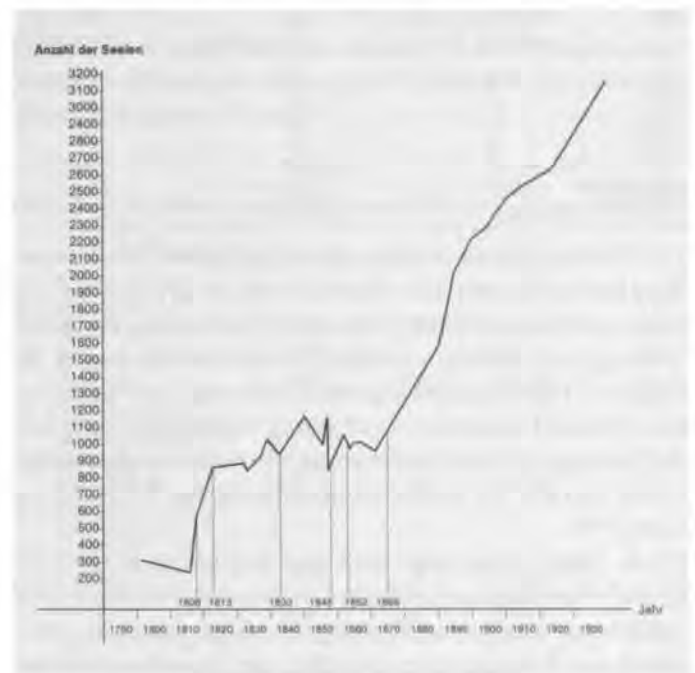
Tabelle 2 zeigt fast eine Vervierfachung der jüdischen Bevölkerung zwischen 1806 und 1812 – ein deutliches Zeichen dafür, was die im Königreich Westfalen neu gewonnene Freizügigkeit bewirkte.

<sup>40</sup> In der „Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 11. 4. 1933 (Reichsgesetzblatt 1933 Teil 1, Seite 195) wurde erstmalig zur „jüdischen Abstammung“ ausgeführt: „Als nicht arisch gilt, wer von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder Großelternanteil nicht arisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder Großelternanteil der jüdischen Religion angehört hat.“ Grundlage für die Definition, wer Jude sei, wurde das „Reichsbürgergesetz“ und die 1. Durchführungsverordnung vom 14. 11. 1935 (Reichsgesetzblatt 1935, Teil 1, Seite 1333) dieses Gesetzes. <sup>41</sup> Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz. ... a.a.O. (40) §§ 2 und 5. <sup>42</sup> Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz. ... a.a.O. (40) § 5. <sup>43</sup> Anwendung fand diese Regelung unter anderem im Gesetz über Mietverhältnisse mit Juden vom 30. 4. 1939 (Reichsgesetzblatt 1939 Teil 1, Seite 864). Dort heißt es in § 7 „Mischehen – Hängt die Anwendung dieses Gesetzes davon ab, daß der Vermieter oder Mieter Jude ist, so gilt für den Fall einer Mischehe des Vermieters oder Mieters folgendes: (1) Die Vorschriften sind nicht anzuwenden, wenn die Frau Jüdin ist. Das gleiche gilt, wenn Abkömmlinge vorhanden sind, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht. (2) Ist der Mann Jude und sind Abkömmlinge aus der Ehe nicht vorhanden, so sind die Vorschriften ohne Rücksicht darauf anzuwenden, ob der Mann oder die Frau Vermieter oder Mieter ist. (3) Abkömmlinge, die als Juden gelten, bleiben außer Betracht. (Unterstreichung vom Verf.). <sup>44</sup> Auch nach 1945 sind diese Begriffe in vielen Fällen Bestandteil der Behördensprache geblieben, ohne daß die Entstehung reflektiert wurde. <sup>45</sup> In mehreren Interviews wurde der Verfasser darauf hingewiesen, daß die Betroffenen „rassistisch verfolgt“ wurden, aber nicht Juden sind. <sup>46</sup> Nach der Volkszählung von 1925 betrug die Anzahl der in Kassel lebenden Juden 2750. (Statistik des Deutschen Reichs. Band 401 I. Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Teil I. Einführung in die Volkszählung 1925. Tabellenwerk. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt. Berlin: Verlag von Reimar Hobbing 1928). Das Handbuch für die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege 1924/25. Berlin: Verlag Deutsch-Israelitischer Gemeindebund 1925 S. 64 gibt „ca. 3600“ Seelen an. Andere ungefähre Angaben veranschlagen etwa 3000 Juden in Kassel. Aus einer internen Statistik der jüdischen Gemeinde in Kassel geht hervor, daß die Anzahl der Juden im Jahre 1928 3157 betrug. (Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 5. Jg. 1928. Nr. 47 S. 7 und 8.) Die Angabe aus der Volkszählung im Jahre 1925 ist aller Wahrscheinlichkeit nach ungenauer. <sup>47</sup> Tabelle I ist zusammengestellt aus Zahlenangaben in: Ludwig Horwitz: Die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung in Kurhessen. In: Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden 1913. S. 81 ff und S. 97 ff. und Felix Lazarus: Die neuere Geschichte bis zur Gegenwart. In: Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Kassel unter Berücksichtigung der Hessen-Kasseler Gesamtjudentum. Band 2 (unveröffentlichtes Manuskript) S. 90 ff und S. 111 ff.

Tabelle 1: Entwicklung der jüdischen Bevölkerung 1791–1925

Jahr	Jüdische Familien	Seelen	Kasseler Bevölkerung	Anteil der Juden
1791	71	284		
1806	55	220	18 000	1,2 %
1808	139	556		
1812	213	852		
1822	216	864		
1823	209	836		
1827	232	928	25 763	3,6 %
1829	252	1008		
1833		917		
1840	290	1160	31 819	3,6 %
1842		1112		
1846	246	984	34 547	2,8 %
1847	287 (Mitgl.)	1148		
1848	206	824		
1852		1052	36 654	2,9 %
1854	240	963		
1855		988	36 849	2,7 %
1858		987	38 060	2,6 %
1861		946	38 930	2,4 %
1880		1756	58 290	3,0 %
1885		2017	64 083	3,1 %
1890		2199	72 477	3,0 %
1895		2295	81 752	2,8 %
1900		2445	106 034	2,3 %
1905		2527	120 467	2,0 %
1910		2657	153 196	1,7 %
1925		3157	171 234	1,8 %

Tabelle 2: Entwicklung der jüdischen Bevölkerung 1791–1925 (graphische Darstellung)



In den 50 Jahren nach 1812, in denen Fortschritt und Reaktion einander abwechselten, schwankte die Anzahl der Juden um den Wert von 1812. Die Extrema kennzeichnen die politischen Wendepunkte, und erst ab 1861 stieg die Anzahl der Juden kontinuierlich an. Haupt-sächliche Ursache dafür war die starke Tendenz zur Urbanisierung. Zahlreiche Juden aus den Klein- und Mittelgemeinden des Umlandes zogen nach Kassel. Die Zahl der Juden, die von hier aus den Weg in größere Städte oder in das Ausland antraten, war geringer. Diese positive Wanderungsbilanz hielt jedoch gerade ein Menschenalter an und war seit 1900 vor allem auf die Lage der Juden in osteuropäischen Ländern zurückzuführen. Es waren Juden aus Rußland, später aus Polen, die sich vor Verfolgung nach Deutschland flüchteten und die Zahl der Menschen jüdischen Glaubens in Kassel ansteigen ließen.<sup>48</sup>

Die Anzahl der der Synagogengemeinde angehörenden Ostjuden ist nicht genau zu ermitteln.<sup>49</sup> 1925 waren 426 in Kassel gemeldet,<sup>50</sup> 13 % der jüdischen Bevölkerung, wobei die Kinder vieler Familien bereits vor dem 1. Welt-

krieg in Deutschland geboren waren; gleichwohl erhielten sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Bei aller materiellen Hilfeleistung durch die Kasseler Gemeindeinstitutionen waren doch die Spannungen zwischen den deutschen Juden und den aus dem „Osten“ zugezogenen Familien beträchtlich. Zu unterschiedlich waren Sprache, Kultur, Kleidung und Beruf, als daß eine reibungslose „Integration“ bei allen Bemühungen möglich gewesen wäre. Zuwachs für die Gemeinde erhoffte man sich daher aus den eigenen Reihen.

In mehreren Artikeln in der Jüdischen Wochenzeitung in den Jahren 1929 und 1931 über „Kassels jüdische Bevölkerung“ wurde eine „ungünstige Bilanz“<sup>51</sup> gezogen und darauf hingewiesen, daß zum einen in den Jahren 1927 bis 1930 – wie Tabelle 3 zeigt<sup>52</sup> – nahezu soviele Sterbefälle wie Geburten zu verzeichnen wären, zum anderen die Anzahl der Ehen zwischen Juden und Nichtjuden beträchtlich sei und nur ein sehr geringer Anteil der Kinder aus diesen „Mischehen“ der jüdischen Gemeinschaft erhalten blieben.

<sup>48</sup> Ohne den Zuzug von ausländischen Juden wäre die Anzahl der Kasseler Juden schon seit Beginn des 1. Weltkriegs rückläufig gewesen. <sup>49</sup> In einem Artikel von Herbert Philippsthal über Familienstand und Altersaufbau der Kasseler Juden. (Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 8. Jg. 1931, Nr. 8, S. 1) wird von 355 Ausländern berichtet. <sup>50</sup> Diese Zahl wurde aus den Eintragungen in den Hausstandsbüchern der Stadt Kassel ermittelt. <sup>51</sup> Herbert Philippsthal: Ungünstige Bilanz / Kassels jüdische Bevölkerung. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 6. Jg. 1929, Nr. 22, S. 1. <sup>52</sup> Herbert Philippsthal: Mehr Särge als Wiegen. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 8. Jg. 1931. Nr. 28, S. 3, 4.

Tabelle 3: Geburten und Sterbefälle in der jüdischen Gemeinde Kassel

Jahr	lebendgeborene von jüd. Eltern	aus Mischehen	jüdische Sterbefälle
1927	33	8	29
1928	43	8	33
1929	28	10	35
1930	30	9	31
1927-1930	134	35	128

Der Verfasser eines Artikels in der jüdischen Wochenzeitung kommentierte diese Entwicklung so: „Nach (der) Tabelle entfallen auf 1000 Juden ca. 10 Geburten, zur Arterhaltung sind aber mindestens 20 erforderlich, so daß die Folgen für die Zukunft klar und eindeutig vor Augen stehen. Hierauf kann nicht oft genug hingewiesen werden, weil weniger der Antisemitismus, als vielmehr die geringe Geburtenzahl die Juden Deutschlands zur Vernichtung bringt.“<sup>53</sup>

Diese Beurteilung zeigt eine den Argumenten der „arischen“ Bevölkerungspolitiker verwandte Struktur und warnte vor einer Überalterung der Gemeinde. Ein Vergleich der Altersstruktur zwischen der jüdischen und der Gesamtbevölkerung Kassels weist jedoch keine signifikanten Unterschiede auf.<sup>54</sup>

Der Einfluß der Wanderungsbewegung auf die Bevölkerungszahl der Juden nach 1925 ist bisher nicht abzuschätzen, da keine Zuzugs- und Fortzugsstatistiken bestehen. Deutlich ist aber, daß sich der Prozeß der Urbanisierung im Bereich des ehemaligen Kurfürstentums Hessen wesentlich langsamer vollzog als in weiten Teilen des deutschen Reiches und Anfang der dreißiger Jahre in den Dörfern und Kleinstädten des Regierungsbezirks Kassel noch zahlreiche jüdische Gemeinden existierten.<sup>55</sup>

Im Deutschen Reich war 1933 der Konzentrationsprozeß bereits so weit fortgeschritten, daß über 50 % der Juden in sieben Großstädten lebten, allein ein Drittel davon in Berlin.<sup>56</sup>

„In den Großstädten beträgt ihre Anteilziffer 1,8 %, in den Gemeinden mit 50 000 bis 1 000 000 Einwohnern 0,7 %, in Gemeinden mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern 0,5 %, in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern 0,2 %.“

In den Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern lebt aber, ..., mehr als die Hälfte der Reichsbevölkerung (33 039 382 Personen). Die 77 177 Glaubensjuden sind also in diesen Gemeinden eine ganz verschwindende Minderheit.“<sup>57</sup> Dieser Kommentar zur Statistik der Religionsgemeinschaften im Deutschen Reich traf für die Gemeinden des Regierungsbezirks Kassel nicht zu.

Tabelle 4: Jüdische Bevölkerung in den Stadt- und Landkreisen des Regierungsbezirks Kassel<sup>58</sup>

Kassel Stadt	2750	Hofgeismar	264
Kassel Land	152	Homburg	264
Eschwege	819	Hünfeld	600
Fritzlar	615	Kirchhain	621
Fulda	1298	Marburg	654
Gelnhausen	755	Melsungen	654
Frankenberg	415	Rotenburg	552
Gersfeld	358	Schlüchtern	647
Hanau	1543	Witzenhausen	199
Schaumburg	191	Wolfhagen	274
Schmalkalden	155	Ziegenhain	710
Hersfeld	591		

Tabelle 4 zeigt die Verteilung der im Jahre 1925 15 021 im Regierungsbezirk Kassel lebenden Juden auf die Stadt und Landkreise, lediglich 18 % lebten in der Großstadt Kassel, 82 % in den Landkreisen. Noch deutlicher werden die Unterschiede, wenn wir den Anteil der Juden in einigen Gemeinden des Regierungsbezirks heranziehen.

Tabelle 5:<sup>59</sup> Der Anteil der jüdischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in ausgewählten Gemeinden des Regierungsbezirks Kassel

Hoof	7,3 %	Guxhagen	10 %
Niederaula	9,1 %	Felsberg	11,3 %
Gilsberg	9,12 %	Schlüchtern	11,4 %
Baumbach	9,3 %	Schenklengsfeld	14,5 %
Lichenroth	9,5 %	Niedenstein	14,8 %
Jesberg	9,6 %	Rhina	46,1 %
Burghaun	11,26 %		

<sup>53</sup> Herbert Philippsthal: Mehr Särge als Wiegen. a.a.O. (52). <sup>54</sup> Allerdings sind hier die ausländischen Gemeindemitglieder, die ein geringeres Durchschnittsalter als die deutschen Juden aufwiesen, einbezogen. <sup>55</sup> Vgl.: Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945, hrsg. und eingeleitet von Monika Richarz. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1982. S. 18. <sup>56</sup> Jüdisches Leben in Deutschland. a.a.O. (55) S. 17. <sup>57</sup> Hermann Krose: Statistik der Religionsgemeinschaften im Deutschen Reichstag, in den Ländern und Verwaltungsbezirken. Köln, Bochum: 1937. S. 44. <sup>58</sup> Die Angaben sind zusammengestellt aus: Paul Arnsberg: Die jüdischen Gemeinden in Hessen. a.a.O. (4). <sup>59</sup> Ebenda.

Gerade die kleineren Gemeinden wiesen nicht selten einen hohen Anteil jüdischer Bevölkerung auf.

Juden waren jedoch nicht nur in einigen wenigen Gemeinden ansässig. Paul Arnsberg zählt 129 selbständige Synagogengemeinden im Regierungsbezirk Kassel, insgesamt wohnten in 218 Orten, also in jeder siebten Gemeinde des Bezirks, Juden.<sup>60</sup>

Antisemitismus ohne Juden ist denkbar. Daß judenfeindliche Propaganda und Terror im Gau Kurhessen jedoch solch einen hohen Stellenwert in der regionalen NS-Politik haben konnten, war ohne konkreten Bezug auf jüdische Bürger nicht möglich. Ein Grund, warum es zu einer großen Anzahl von Ausschreitungen gerade auf dem flachen Land kam, war der große Anteil der jüdischen Bevölkerung dort.

Die Berufsstruktur der Juden war noch 100 Jahre nach der Gleichberechtigung im Jahre 1933 geprägt von jahrhundertelangen Ausschließungen aus den Zünften und dem Verbot, Land zu erwerben und damit Bauer zu werden. Detail- und Hausierhandel, Viehhandel und Geldverleih waren Berufe, die den Juden offengestanden hatten, später, im Verlaufe der Emanzipation kamen die Aufstiegsberufe Bankier, Journalist, Rechtsanwalt und Arzt hinzu. Tabelle 6 zeigt die Differenz in der beruflichen Gliederung der jüdischen Minderheit und der Gesamtbevölkerung, wie sie in der Tätigkeit in den verschiedenen Wirtschaftszweigen zum Ausdruck kommt.

Tabelle 6: <sup>61</sup> Beschäftigung der jüdischen Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftszweigen im Vergleich zur Gesamtheit der Erwerbstätigen 1907 und 1933 im Deutschen Reich.

	1907		1933	
	Gesamtbev. %	Juden %	Gesamtbev. %	Juden %
Land- und Forstwirtschaft	36,8	1,6	28,9	1,7
Industrie und Handwerk	42,0	27,1	40,4	23,1
Handel und Verkehr	13,0	62,6	18,4	61,3
öff. Dienste, private Dienstleistungen, freie Berufe	6,5	8,1	8,4	12,5

<sup>60</sup> Die Anzahl der Gemeinden wurde errechnet nach: Paul Arnsberg: Die jüdischen Gemeinden in Hessen... a.a.O. (4). <sup>61</sup> Jüdisches Leben in Deutschland. a.a.O. (55) S. 19. <sup>62</sup> Die Angaben für die Erwerbstätigen insgesamt sind aus: Rudolf Summa: Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Darmstadt und Marburg: Selbstverlag der Hessischen Historischen Kommission Darmstadt und der Historischen Kommission für Hessen 1978 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte Band 34) Anhang Tab. 18 (Forts.). 1907. Die Angaben für die jüdischen Erwerbstätigen wurden errechnet aus: Namensverzeichnis der Mitglieder der Synagogengemeinde zu Cassel. Aufgestellt im August 1902. Cassel: Gebrüder Gotthelft o.J. <sup>63</sup> Der überwiegende Teil der aus Rußland und Galizien emigrierten Juden widmete sich in Kassel dem Kleinhandel. <sup>64</sup> Zur Geschichte der Familie Hallo siehe: Rudolf Hallo: Geschichte der Familie Hallo – 350 Jahre aus dem Leben einer deutschen Hofjuden- und Handwerkerfamilie. Kassel: Privatdruck 1930.

Die Konzentration der Juden im Handel und in den freien Berufen zeigt sich auch bei der Analyse der Berufe von Kasseler Juden:

Tabelle 7: Beschäftigung der jüdischen Erwerbstätigen in den einzelnen Wirtschaftszweigen im Vergleich zur Gesamtheit der Erwerbstätigen in Kassel<sup>62</sup>

	Erwerbstätige absolut	Juden %	Erwerbstätige absolut	insges. %
A Land- und Forstwirtschaft	0	0	1 054	1,50
B Industrie und Handwerk	81	11,41	29 369	41,90
C Handel und Verkehr	330	46,48	13 569	19,30
D öff. Dienste, private Dienstleistungen, freie Berufe	94	13,24	15 915	22,70
E Rentner, Pensionäre, Unterstützungsempfänger	205 <sup>+</sup>	28,87	10 267	14,60
	710	100	70 174	100

<sup>+</sup> Diese Angabe setzt sich zusammen aus: Privatier (48), Rentier (13), Witwe, Witwer (134), ohne Angabe (10).

Für Kassel typisch scheint an dieser Verteilung die große Anzahl von Privatiers und Witwern bzw. Witwen zu sein, die in Kassel Ruhe, Erholung und Teilnahme am kulturellen Leben suchten.

Eine für die Zeit der Weimarer Republik aussagefähige Aufstellung über die Verteilung der erwerbstätigen Juden auf die verschiedenen Wirtschaftszweige war nicht möglich.

Die Abweichungen, verursacht durch den Zuzug von russischen und polnischen Kleingewerbetreibenden und Arbeitern und den allgemeinen Wandel in der Wirtschaft, veränderten die Berufsstruktur in ihren Grundzügen nicht.<sup>63</sup> Das Handwerk blieb auf wenige traditionsreiche Unternehmen wie die Firma Hallo beschränkt,<sup>64</sup> der Anteil von jüdischen Medizinern und Juristen war groß. Es gab allerdings in der Zeit der Weimarer Republik keinen jüdischen Richter und Staatsanwalt in Kassel, wie über-

haupt die Anzahl der jüdischen Beamten sehr klein war. Es handelte sich um absolute Ausnahmen, die aufzuzählen sich lohnt: Fritz Ucko, Regierungsbaurat; Dr. Adolf Hohenstein, Polizeipräsident; Karl H. Sichel, Regierungsbaumeister; Dr. Otto Hess, Studienrat; Herta Wittmund, Lehrerin; Dr. Max Grünbaum, Regierungsrat.<sup>65</sup>

Der Anteil der jüdischen Bevölkerung am Kasseler Wirtschaftsleben war also im Handel und in bestimmten freien Berufen sehr stark, aber auch in verschiedenen Industriebereichen signifikant, so bei den Schwerwebereien als einem der frühindustriellen Wirtschaftszweige, in denen Kasseler Juden Pionierleistungen vollbrachten und, wie hundert Jahre später, im Flugzeugbau die Unternehmer Raab und Katzenstein.<sup>66</sup>

Die vielfältigen Anstrengungen der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung, die von der Kasseler Gemeinde und von Privatleuten unternommen wurden, halfen denen, die gefördert wurden, in nicht zu unterschätzender Weise. Insbesondere die „Gesellschaft der Humanität“ tat sich hier hervor und verschaffte Waisenkindern, Studenten und Handwerkern eine Ausbildung bzw. unterstützte sie, wenn sie sich mit einem Betrieb selbständig machen wollten.<sup>67</sup> Über diese individuelle Fürsorge hinaus wurde aber auch eine Änderung der Berufsstruktur propagiert, die der Berufsverteilung in der Gesamtbevölkerung angeglichen werden sollte.

Nicht ökonomische Vernunft oder Berufswünsche, sondern ein von den Antisemiten verbreiteter Produktivitätsmythos war ursächlich für die Überlegungen zur Berufs-

umschichtung. Franz Rosenzweig sah die Assimilierten „in der Gefahr ein erreichbares Ziel zu erreichen. ... wenn sie statt Börsianer, Privatdozenten, Journalisten, Bohemiens und Wucherer, kurzum statt extremer, stets den Haß der Völker neu entfachender jüdischer Köpfe, mittlere Beamte (wofür jetzt eine Agitation gemacht wird), Handwerker (wofür Agitation schon seit 1800, z. B. die ‚Humanität‘ in Kassel, der Gans-Heine ethische Kulturverein von 1820 in Berlin) und gar – Gott behüte und bewahre – deutsche Bauern würden.“<sup>68</sup>

Neben der Einschränkung in der Berufsausübung war die räumliche Separierung der Juden bis in die Neuzeit ein weiteres Kennzeichen für ihre Diskriminierung.

Ein Judenviertel (Ghetto) wie in Frankfurt hatte es in Kassel nicht gegeben. Gleichwohl waren den Kasseler Juden bestimmte Straßen und Plätze als Wohnbereiche zugewiesen. Sich in vornehme Wohngegenden, etwa die Hugenottensiedlung, einzumieten, war ihnen untersagt gewesen, und sie hatten sich daher in der Altstadt und der Unterneustadt angesiedelt.<sup>69</sup> Hier standen auch die wichtigsten Einrichtungen der Gemeinde – Synagoge, Volksschule, Altersheim, Waisenhaus – nur wenige hundert Meter voneinander entfernt. Nur der Totenhof der Gemeinde lag in Bettenhausen.

Zwischen 1860 und 1880 verdoppelte sich die Anzahl der Kasseler Juden nahezu. Der vordere Westen, geschaffen von dem Kasseler Textilfabrikanten Siegmund Aschrott, wurde nun das bevorzugte Wohngebiet der jüdischen Bevölkerung.

## Zentrale Einrichtungen der Synagogengemeinde

Die Synagoge, in der Unteren Königsstraße Ecke Bremer Straße gelegen, auch Große Synagoge, Hauptsynagoge und Liberale Synagoge genannt, war 1839 eingeweiht worden, ein monumentaler Bau mit 390 Männer- und 340 Frauenplätzen.<sup>70</sup>

Gottesdienst wurde Freitag abends und am Morgen und Abend des Sabbat nach liberalem Ritus gehalten.

1872, nach dem Anschluß von Kurhessen an Preußen, war eine Orgel eingebaut worden – ein Grund für die Gesetzestreuen, 1898 eine eigene, wesentlich kleinere Synagoge im

<sup>65</sup> Weitere jüdische Beamte ließen sich in den benutzten Unterlagen für die Zeit der Weimarer Republik nicht feststellen. <sup>66</sup> Antonius Raab: Raab fliegt. Erinnerungen eines Flugpioniers. Hamburg: Konkret Literatur 1984. Der Prospekt „Airmarket Kassel 1973“. Steinebach-Wörthsee: Luftfahrt-Verlag Walter Zuerl 1973, gibt einen Überblick über die Geschichte der Kasseler Flugzeug-Industrie und erwähnt auch die Firma Raab-Katzenstein, zu der unter anderem ausgeführt wird: „Die allzu große Geschäftstüchtigkeit der beiden Gründer ließ trotzdem das Werk nicht florieren trotz der wiederholten Beihilfen und Bürgschaften der Stadt Kassel. Fieseler war bereits 1927 ausgeschieden. (sic!) 1929 verlegte Geschäftsführer Raab das Werk nach Krefeld, wo es in Konkurs ging. Raab gründete in Berlin ein anderes Unternehmen und verkaufte Lizenzen der RK-26 nach Schweden (ASJA SK-10), Rumänien und Spanien. Nach 1933 mußten Raab und Katzenstein Deutschland verlassen. Raab ging nach Italien und kehrte nach dem Krieg in die BRD zurück. Zur Erlangung seiner Wiedergutmachungszahlungen gründete er in Karlsruhe ein Werk (sic!) und verschwand bald wieder unter Hinterlassung erheblicher Schulden nach Italien. Katzenstein ging nach Südafrika und ist in der BRD oft zu Besuch.“ Dieser Bericht läßt sich an Einseitigkeit nicht leicht übertreffen. Zur Verfolgung von Raab und Katzenstein findet sich kein Wort, von der Wiedergutmachungszahlung aber wird der Leser informiert. <sup>67</sup> Zur Gesellschaft der Humanität siehe: Alexander Fiorino: Gesellschaft der Humanität. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 5. Jg. 1928. Nr. 25 S. 3, 4 und Nr. 26 S. 2, 3. <sup>68</sup> Franz Rosenzweig: Der Mensch und sein Werk. Briefe und Tagebücher. Hrsg. von Rachel Rosenzweig und Edith Rosenzweig-Scheimann unter Mitwirkung von Bernhard Casper. I. Band. 1900–1918. Haag: Martinus Nijhoff 1979. S. 398 f. <sup>69</sup> Paul Arnsberg: Die jüdischen Gemeinden ... Bd. 1 a.a.O. (4) S. 416 f. <sup>70</sup> Paul Arnsberg: Die jüdischen Gemeinden in Hessen ... Band I a.a.O. (4) S. 432.

Hinterhaus des Schul- und Verwaltungsgebäudes in der Großen Rosenstraße 22 einzurichten.<sup>71</sup> Hier wurde nach orthodoxem Ritus gebetet, und Gottesdienst war täglich morgens und abends. Schon diese Regelung veranlaßte Gläubige der liberalen Richtung, auch die „orthodoxe“ oder „kleine“ Synagoge zu besuchen, um hier während der Wochentage zu beten. Nichtsdestoweniger blieben die Unterschiede zwischen Juden der beiden Richtungen bestehen, und 1924 erwogen die „traditionell gesetzes-treuen“ Juden als Kern der Orthodoxen, ein eigenes privates Bethaus zu beziehen, was zu einer Spaltung der Gemeinde hätte führen können.<sup>72</sup> Dazu kam es jedoch nicht, die Einheitsgemeinde blieb erhalten. In der Unteren Königsstraße lag auch seit 1927 die „Betstube“ der „Ostjuden“.<sup>73</sup> Sie bot Platz für ungefähr hundert Gläubige und wurde weder von liberalen noch von orthodoxen „Westjuden“ besucht. Der Vollständigkeit halber ist noch die Betstube im Altersheim der Jüdischen Gemeinde zu erwähnen.

Der Totenhof der Gemeinde lag und liegt noch in Bettenhausen und ist im ersten Viertel des 17. Jahrhunderts eröffnet worden.<sup>74</sup> Da er Ende der 20er Jahre nahezu voll belegt war, wurde 1932 gegenüber dem alten ein neuer Friedhof seiner Bestimmung übergeben.<sup>75</sup>

„Ist es erklärlich, daß eine Religionsgemeinschaft, die vor 2200 Jahren den obligatorischen allgemeinen Schulunterricht einführt, der sich damals natürlich ausschließlich mit dem Gottesdienst befaßte, die vor etwa 1900 Jahren einen Hohepriester Josua aufwies, der dafür sorgte, daß, wie der Traktat Beba Batra berichtet, an allen Orten Schulen für die Kinder von 6 Jahren an errichtet wurden, daß eine Religionsgemeinschaft, der im Traktat Sanhedrin vorgeschrieben ist, in keinem Ort ohne Schule zu wohnen, unsere jüdische Volksschule in Cassel ein Zwergdasein führen läßt, daß die Kinder meistens die evangelische Volksschule besuchen, daß sie entweder – zu unserer Schande muß es gesagt werden – gar keinen Religionsunterricht erhalten oder sich mit den wenigen Stunden begnügen, die an den höheren Schulen erteilt werden, statt in unsere Religionsschule zu gehen und dort das Judentum kennen und lieben zu lernen.“<sup>76</sup>

Hermann Blumenthal, Mitglied des Vorsteheramtes und hochgeachtete Autorität der Kasseler Gemeinde, sprach 1924 in der ersten Ausgabe der Jüdischen Wochenzeitung auf Seite 1 ein Problem an, dem ähnliche Bedeutung wie der stagnierenden Anzahl der Gemeindemitglieder zugemessen wurde und das einen der ständigen Diskussionspunkte bildete; die weltliche und religiöse Erziehung der Kinder, also die Frage der jüdischen Volksschule und Religionsschule.

„Am 15. August 1810 wurde die erste öffentliche jüdische Schule in Kassel mit 50 Knaben, meist nur aus der Stadt, feierlich eröffnet. Die Schülerzahl stieg nach 1810 auf 76 und 1811 auf 100. Das Schullokal befand sich 1812 am Zeughausplatz. Eine vollkommene Freischule war die Anstalt nicht. Auch eine Schule für israelitische Mädchen wurde vom Konsistorium ins Auge gefaßt.“<sup>77</sup>

Die Konsistorialschule, die den Kindern der wohlhabenden Familien eine den gebildeten nichtjüdischen Familien entsprechende Erziehung gewährleisten sollte, wurde 1813 geschlossen und die Kinder in christliche Schulen geschickt. Die Idee einer höheren Schule für jüdische Kinder ließ sich nicht verwirklichen, und die 1824 wieder eröffnete Volksschule existierte nur noch als Übungsschule des 1810 gegründeten Lehrerseminars. Unterrichtet wurden die „Zöglinge“ des Waisenhauses. Die ortsansässigen Kinder besuchten die städtischen Schulen.<sup>78</sup>

*Tabelle 8: Schulanstalten in Kassel, die von jüdischen Kindern besucht wurden*<sup>79</sup>

Schulen	1882/ 1883	1885/ 1886	1889/ 1890	1894/ 1895	1899/ 1900	1906/ 1907
Vorschule	42	32	32	53	39	36
Bürgerschulen	47	50	55	47	37	34
Israelitische Volksschule	32	43	31	23	30	53
Übrige Schulen	288	287	308	292	282	136
(Gesamt)	409	412	426	415	388	259

<sup>71</sup> Zur Einführung der Orgel in die Synagoge in der Unteren Königsstraße, siehe: Gotthilf Walter: Geschichte der Religionsschule und des Kultus. In: Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Kassel ... Band 1, a.a.O. (2), S. 176 ff. <sup>72</sup> Julius Dalberg: Separatisten? In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 1. Jg. 1924. Nr. 9, S. 5. <sup>73</sup> L. Horwitz: Kassel. Ein Streifzug durch die deutschen Großgemeinden XIII. In: Israelitisches Familienblatt vom 8. 1. 1931. <sup>74</sup> Rudolf Hallo: Kasseler Synagogengeschichte. Synagogen und Friedhöfe, Kunst und Handwerk der Juden in Kassel. In: Geschichte der Jüdischen Gemeinde in Kassel ... Bd. 1. ... a.a.O. (2) S. 75 f. <sup>75</sup> Der neue jüdische Friedhof. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 6. Jg. 1929. Nr. 48, S. 6. <sup>76</sup> Hermann Blumenthal: Jugend von heute. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 1. Jg. 1924. Nr. 1, S. 1. <sup>77</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 7. Jg. 1930. Nr. 24, S. 3. <sup>78</sup> Das Casseler Schulwesen in Vergangenheit und Gegenwart. Im Auftrag des Casseler Lehrervereins zur Tausendjahr-Feier der Stadt Cassel. Bearbeitet von Heinrich Theodor Kimpel und Wilhelm Kreitz. Cassel: Kommissionsverlag der Hessischen Schulbuchhandlung 1913. S. 206 f. Im Visitationsbericht des Stadtschulrates vom 25. 10. 1877 wird erwähnt, daß von den 16 Schülern (10 Knaben, 6 Mädchen) bis auf ein Kind alle im Waisenhaus untergebracht sind. (Staatsarchiv Marburg: Abt. 166 b, Regierung zu Cassel, Kirchen und Schulsachen. Nr. 3893). <sup>79</sup> Die Schülerzahlen sind entnommen aus: Berichte über die wichtigsten Zweige der Verwaltung der Residenzstadt Cassel. ... Cassel für die Rechnungsjahre 1882/83 bis 1906/7.

Im Gegensatz zu den vielen jüdischen Volksschulen in den kleinen orthodoxen Landgemeinden, wo Synagoge und Schule den Mittelpunkt bildeten und der Lehrer geistiger Führer war, blieb die Volksschule Stiefkind der liberalen und assimilierten Kasseler Gemeinde. Erst nach 1920 verlor die Schule ihren Ruf als Waisenhaus- und Armenschule. Doch auch jetzt sandten Eltern ihre Kinder nur zögernd dort hin. Die meisten Schüler stammten aus „ostjüdischen“ Familien.

1933 betrug der Anteil der Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit 51,3 %.<sup>80</sup> Unterrichtet wurden die Kinder 1933 von den Lehrern Dr. Felix Lazarus (Direktor), Josef Moses (stellvertretender Leiter), Willy Katz, Walter Bacher.<sup>81</sup> Lehrer Moses schildert die Lage der israelitischen Volksschule im Jahre 1924: „... Die Stellungnahme der hiesigen, für die Beschulung in Frage kommenden Kreise beweist ja, daß man diesem jüngsten Institut der Casseler Gemeinde vom Zeitpunkt seiner Gründung ab keine Sympathien entgegenbrachte. Da ist zunächst die Gruppe der ‚Assimilanten‘, die ihr Judentum schon dadurch gefestigt zu haben glaubten, wenn sie im C.V. mitarbeiten.

Ihre Kinder der israelitischen Volksschule zuzuführen, fällt ihnen schon deshalb nicht ein, weil sie doch so wenig wie möglich an ihre Religion erinnert sein wollen; weil sie in dem – irrigen – Glauben leben, im Verkehr mit andersgläubigen Schülern würde schon ein innigeres Verhältnis für das spätere Zusammenleben angebahnt. Ich kenne auch den Einwand, der mir oft entgegengehalten wurde, in dem man auf das Schülermaterial hinwies. Seit dem die vierjährige Grundschule zur Tatsache geworden ist, die

allgemeine Vorbildung für höhere und mittlere Schulen also nicht mehr staatlichen oder städtischen Vorschulen zufällt, wird sich der Sohn des Fabrikanten daran gewöhnen müssen, neben dem Sprößling des Arbeiters, mit dem er ja auch im späteren Leben fertig werden will, Platz zu nehmen. Die Selbstverständlichkeit leuchtet unseren Herrschaften nicht ein. Man schwärmt für Privatschulen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie in antisemitischem Geiste geleitet werden: man denkt auch an die ‚Bürgerschule‘, weil sie als das geringere Übel angesehen wird. Aber die israelitische Volksschule ... Nein, da passen uns die Lehrer nicht, an denen wir dieses oder jenes auszusetzen haben; da sagen uns die Schulräume nicht zu, da behagt uns der Verkehr der Schulkinder nicht usw. ...“<sup>82</sup> Dieser Bericht zeigt, daß religiös gebundene Institutionen vor allem von den „Sorgenkindern“ der Gemeinde besucht wurden, die von außen kamen. Dies gilt genauso für zwei weitere Einrichtungen der Gemeinde: Waisenhaus und Altersheim. Zentrale Einrichtungen der Gemeinde dienten den Mitgliedern kaum noch. Sie wurden von ihnen bereitgestellt, aber nicht mehr durch sie selbst genutzt. Erst als die Gesamtheit der Gemeinde von einem ständig wachsenden Antisemitismus bedroht wurde, stieg auch die Anzahl der Schüler der jüdischen Volksschule. Nach 1933 zeigte es sich, wie wichtig es für alle Gemeindemitglieder war, daß die jüdische Volksschule in Kassel überdauert hatte. Sie übernahm sofort die von anderen Schulen kommenden Kinder und wurde auch den neu hinzukommenden Aufgaben der umfassenden Betreuung, Berufsumschichtung und Auswanderungsvorbereitung gerecht.

## Jüdische Organisationen in Kassel

Bisher wurden Anzahl und soziodemografische Struktur der Kasseler Juden und die wichtigsten Einrichtungen der Gemeinde beschrieben. Über Form, Ausprägung und Aktion des jüdischen Lebens, über die Gestalt der jüdischen Gesellschaft ist noch nichts gesagt worden.

Aus der allgemeinen Entwicklung der Kasseler Judenheit, ihrer Emanzipation, Akkulturation und Assimilation könnte man folgern: Die Mehrheit der Kasseler Juden war religiös liberal, wohlhabend, assimiliert, deutscher Nationalität, seit Generationen hier ansässig und Mitglied

im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.<sup>83</sup>

Man hätte zwei Dinge gewonnen: eine globale Charakterisierung, die auf die jüdischen Gemeinden in Mittel- und Großstädten allgemein zutrifft und sich von der Lage der Juden in den Landgemeinden von Nordhessen, Hessen-Darmstadt und Unterfranken abgrenzt, zum anderen einen methodischen Zugang, der die Differenzierung dieser globalen Charakterisierung ermöglicht: den Verein.

Die jüdische Gesellschaft nach dem 1. Weltkrieg war in

<sup>80</sup> Cavillator: Das unsterbliche Israel. Eine interessante Statistik. In: Hessische Volkswacht. Nr. 44 vom 21. 2. 1933. <sup>81</sup> Staatsarchiv Marburg. Abt. 166 b. Regierung zu Cassel. Nr. 3893 Israelitische Elementarschule zu Cassel 1868–1931. <sup>82</sup> J. Moses: Die jüdische Volksschule. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 1. Jg. 1924. Nr. 2. S. 3. <sup>83</sup> Der Central-Verein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wurde 1893 in Berlin gegründet und zählte 1926 über 60 000 Einzelmitglieder. Er vertrat einschließlich der angeschlossenen Vereine und Körperschaften über 300 000 Juden. (Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden. Gegründet von Dr. Georg Herlitz und Dr. Bruno Kirschner. Berlin: Jüdischer Verlag 1927. Nachdruck Königsstein/Taunus: Jüdischer Verlag im Athenäum Verlag 1982. Bd. I A–C. S. 1290).

Vereine gegliedert, in denen das jüdische Leben außerhalb des Hauses stattfand.<sup>84</sup> Diese deckten sämtliche gesellschaftlichen Bedürfnisse ab, die Juden waren dort *unter sich*. Nur ein Teil dieser Vereine war jedoch dem jüdisch-religiösen Leben gewidmet. Hier sind der Beerdigungsverein, Ahawa Tauroh, Bikkur Cholim und andere zu nennen. Sie waren gegründet worden, weil Religiosität gerade nicht mehr als Bestandteil des Lebens in den Familien selbstverständlich war und somit im Elternhaus auch nicht tradiert wurde: „Denn der Jüngling und das junge Mädchen, das sich eifrig bemüht, in das jüdische Schrifttum einzudringen, sieht oft daheim kaum eins der Gebote befolgen, die es soeben gelernt. Die Speisegesetze werden mißachtet, die Feste kennt man kaum, in die Synagoge gehen manche nur am Jom-Kippur zur Seelenfeier.

Dabei behauptet aber der Vater, er sei ein ‚guter Jude‘. Entweder weil er sich in der Abwehrbewegung betätigt oder weil er zu allen jüdischen Vereinen und Wohlfahrtszwecken gibt. Wer ist ein ‚guter Jude‘? Man könnte einen Preis für die Lösung dieser Frage aussetzen. Aber jedenfalls nicht der, der sich nur um die *Judenheit*, nicht um das *Judentum* bekümmert.“<sup>85</sup> Hermann Blumenthal, der Autor des Zitates, war religiös liberal, gehörte also nicht zu den besonders „frommen“ Juden. Seine Unterscheidung zwischen *Judenheit* und *Judentum* trifft den Kern der Beschreibung jüdischen Lebens. Die *Judenheit* war präsent in Kassel und wurde repräsentiert. Das jüdische Religionsgesetz bestimmte aber nur noch in etwa 100 Familien das Leben; diese waren zu einem großen Teil im Verein Agudas Jisroel zusammengeschlossen.<sup>86</sup>

In einem Aufsatz von Sally Neumann, einem orthodoxen Juden, der „Das jüdisch-religiöse Leben in Kassel von 1900–1920“ beschreibt, wird berichtet, daß das „Mikweh in tadelloser Ordnung“ sei, die „Wohltätigkeitsvereine ... auf voller Höhe stehen“ „und Kassel weit und breit ob seiner Stiftungen wohl bekannt sei“<sup>87</sup>. Neumann schließt von der Ausstattung der Gemeinde mit Kultuseinrichtungen auf deren religiöse Lebensweise. Die Kasseler Juden waren aber in ihrer großen Mehrheit religiös indifferent, wie die Mehrheit der deutschen Juden.

Zahlreich waren die Klagen über das fehlende Minjan in der Synagoge zum Gebet, über die geringe Anzahl der Frommen bei den Beerdigungsgebräuchen.<sup>88</sup>

Das, was sich als jüdische Gesellschaft entwickelte, diente den integrierten Juden, dem Zionismus und der Pflege gesellschaftlichen Umganges: Sportvereine, Jugendvereine, Wohlfahrtspflegevereine, Loge, Frontkämpferverein und Zionistische Vereinigung.

Die jüdische Gesellschaft hielt die *Judenheit* zusammen. Leben unter Juden, nicht unbedingt jüdisches Leben, wurde verwirklicht. In einer Anzahl von Vereinigungen wurde unabhängig vom religiösen Leben untereinander das gepflegt, was in nicht religiösen Vereinen ebenfalls möglich gewesen wäre.

Julius Dalberg schrieb zum Thema „Jüdische Gesellschaft in Kassel“ für die Zeit um 1900: „Zu einem gemeinsamen gesellschaftlichen Leben konnte es nicht kommen, weil die wenigen alten Kasseler jüdischen Familien sich noch etwas Besonderes dünkten, die neuen sich aber nur nach Clans aus bestimmten Orten oder Gegenden gruppieren. Der Literaturverein s. A. mit wenigen Wintervorträgen war der einzige Sammelpunkt größeren Stils.“ Und weiter für die Zeit der Weimarer Republik: „Es war bei der Zurückgezogenheit der alten Kreise und Clanbildung der neuen schwer, ein jüdisches gesellschaftliches Leben zu finden. Durch die Organisierung der Juden in den letzten 40 Jahren in der Loge, dem CV, der Zionistischen Vereinigung, den verschiedenen religiösen Vereinigungen einerseits, durch die wirtschaftliche Gleichmachung infolge der Inflation, durch die Zerschlagung auch der alten nichtjüdischen Gesellschaft infolge des politischen Umsturzes und den starken antisemitischen Druck andererseits, kann man heute wohl von einer jüdischen Gesellschaft in Kassel reden, nicht zuletzt unter Mitwirkung der Loge, des Gemeindevereins und des Turnvereins Bar Kochba und des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten.“<sup>89</sup> In Kassel gab es 1925 etwa 40 jüdische Vereine, einige seit mehr als hundert Jahren, andere existierten nur wenige Monate. Zwei Vereine sind vorab zu erwähnen:

1. Der Israelitische Krankenpflegeverein, der älteste aller jüdischen Vereine, gegründet am 3. März 1773, um „die Pflege der Kranken und die Bestattungen der Toten zu zwei seiner vorzüglichsten Pflichten“ zu machen.<sup>90</sup> 1817 wurde ein Krankenhaus in der Leipziger Straße 152 eingerichtet, das Pflege und Versorgung der Kranken nach dem jüdischen Gesetz erlaubte. Es mußte 1880 wegen baulicher

<sup>84</sup> Vor dem 1. Weltkrieg waren es nur wenige Vereine mit religiösen und fürsorglichen Zielsetzungen. Nach dem 1. Weltkrieg wurden insbesondere Sport- und Jugendvereine, sowie jüdisch-politische Vereinigungen gegründet. <sup>85</sup> Hermann Blumenthal: Jugend von heute. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 1. Jg. 1924. Nr. 1. S. 1. <sup>86</sup> Generalversammlung der Agudas Jisroel. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 4. Jg. 1927. Nr. 2. S. 6. <sup>87</sup> S. Neumann: Das jüdisch-religiöse Leben in Kassel etwa von 1900 bis 1920. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 9. Jg. 1933. Nr. 18. S. 5, 6. <sup>88</sup> Eingesandt. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 5. Jg. 1928. S. 9. <sup>89</sup> Julius Dalberg: Volkskunde der Hessen-Kasseler Juden. In: Geschichte der Jüdischen Gemeinde Kassel ... Bd. 1. ... a.a.O. (2) S. 118 f. <sup>90</sup> H(owitz): Der Israelitische Krankenpflege-Verein. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 6. Jg. 1929. Nr. 15. S. 4.

Unzulänglichkeiten verkauft werden. Seitdem wurde ein Neubau geplant, die Synagogengemeinde sammelte 600 000,- M, der Verein 60 000,- M. Das Geld wurde durch die Inflation aufgezehrt, das Projekt aufgegeben.<sup>91</sup> 1932 hatte der Verein 187 Mitglieder und ein Ehrenmitglied. Er wurde bei 25 Bestattungen in Anspruch genommen und war bei jeder Beerdigung durch mindestens ein Vorstandsmitglied vertreten. Wie in früheren Jahren wurde eine große Anzahl bedürftiger Familien durch Geldspenden und Verabreichung von Lebensmitteln unterstützt und armen Kranken Zuschüsse zu den Krankenhauskosten gewährt.<sup>92</sup>

Dem Vorstand gehörten Rudolf Nußbaum (1. Vorsitzender), Theodor Eisenberg, Hermann Blumenthal, Dr. Rothfels, Hermann Oppenheim, Dr. Spier und Sally Adler an.<sup>93</sup>

2. Die Gesellschaft der Humanität zu Cassel, ein von Juden und Nichtjuden zur gegenseitigen Unterstützung im Jahre 1802 gegründeter Verein.<sup>94</sup>

Unter Napoleon Jérôme verboten, wurde der Verein von jüdischen Mitgliedern wiedergegründet mit dem Ziel, „bedürftige jüdische Jugend erwerbsfähig zu machen, auch soweit die Mittel reichen, achtbaren Glaubensgenossen Darlehen zu besserem Betriebe zu gewähren. Also jungen Leuten beiderlei Geschlechts Beihilfen zu gewähren, oder namentlich das Handwerk oder ein sonstiges Gewerbe oder die Kaufmannschaft oder technische Berufe oder Kunst und Wissenschaft zu ergreifen.“<sup>95</sup>

Kurz vor dem Ersten Weltkrieg wurden jährlich mehr als zehntausend Mark für Zwecke der Berufsausbildung und Studienförderung ausgegeben.<sup>96</sup> Durch die Inflation verlor der Verein sein Vermögen von 90 000,- M. Nur wenige der immer zahlreicheren Unterstützungsgesuche konnten befriedigt werden.<sup>97</sup>

Nach 1933 widmete sich der Verein vor allem der beruflichen Umschulung zur Vorbereitung der Auswanderung.<sup>98</sup>

Diese ältesten jüdischen Vereine wurden notwendig gegründet, als die Juden noch unter Sonderrecht standen, unterdrückt und benachteiligt wurden. Selbsthilfe in einer bedrohlichen Umwelt war ihr Zweck. Die Gesellschaft der Humanität leistete zusätzlich einen wichtigen Beitrag zur Emanzipation, denn sie half in einer Zeit, da den Nothandel treibenden Juden das Bürgerrecht verweigert wur-

de, Bedürftigen, Berufe zu erlernen und tragfähige Existenzen zu gründen. Die bekanntesten und wohlhabendsten Juden widmeten sich diesem Ziel, blieben ihm auch verbunden, als die Juden gleiche Rechte erlangt hatten und der Staat in gleicher Weise für sie sorgte wie für nicht-jüdische Bürger.<sup>99</sup> Für viele der Honoratioren bestand ihr Beitrag zum jüdischen Leben in eben dieser Fürsorge für andere Juden. Sie genossen hohes Ansehen in der Gemeinde ob dieser Bemühungen, sicherlich ein weiterer Anreiz, sich zu engagieren. Ihre Mitgliedschaft in vielen Vereinen stellte sie vor die Situation, als „religiös-liberale“ für „traditionell gesetzestreue“ zu entscheiden, die Einhaltung der jüdischen Gesetze zu kontrollieren, auch wenn sie diese nicht mehr für gültig hielten.<sup>100</sup> Philanthropische herrschten hier vor den religiösen Gedanken, dies galt für die überwiegende Zahl der deutschen Juden. Die jüdischen Vereine lassen sich nach ihrem Zweck untergliedern:<sup>101</sup>

#### 1. Religiöse Vereine

- Agudas Jisroel mit Jugendgruppe
- Bikkur Cholim
- Israelitische Bruderschaft
- Lew Tauw
- Verein zur Wahrung der Interessen des überlieferten Judentums

#### 2. Wohltätigkeits- und soziale Vereine

- Gesellschaft der Humanität zu Cassel
- Israelitische Gesellschaft „Schwesternbund“
- Israelitischer Frauenverein
- Israelitischer Kinderhort
- Israelitisches Altersheim
- Israelitisches Waisenhaus
- Jüdische Beerdigungskasse Cassel
- Jüdischer ausländischer Unterstützungsverein
- Verein für Israelitische Armenpflege zu Cassel
- Zentralwohlfahrtsstelle der israelitischen Gemeinde Kassel

#### 3. Geselligkeits- und Bildungsvereine, -einrichtungen

- Casseler Kurse im Auftrag der Akademie für die Wissenschaft des Judentums
- Jüdischer Museumsverein Cassel
- Jüdischer Theaterverein Cassel
- Sinai-Loge Bne Brith

<sup>91</sup> Ebenda. <sup>92</sup> Der Israelitische Krankenpflege-Verein. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 9. Jg. 1932. Nr. 16. S. 4. <sup>93</sup> Ebenda. <sup>94</sup> Alexander Fiorino: Gesellschaft der Humanität. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 5. Jg. 1928. Nr. 25. S. 3/4. <sup>95</sup> Ebenda. <sup>96</sup> Ebenda. <sup>97</sup> Ebenda. <sup>98</sup> Vor allem Lehrstellen für Umschüler in handwerkliche Berufe wurden in Kassel, Frankfurt und anderen Städten vermittelt. <sup>99</sup> Ludwig Horwitz: Die Jubilare der Gesellschaft der Humanität. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 8. Jg. 1931. Nr. 2. S. 5. <sup>100</sup> Dr. Max Rothfels, religiös liberal, engagierte sich jahrelang für die Belange der orthodoxen Mitglieder in Kassel. Erst seit 1928 stellten die orthodoxen Gemeindeglieder regelmäßig einen Gemeindegältesten. <sup>101</sup> Zusammenstellung und Schreibweise der Vereine erfolgte aufgrund der Vereinsnachrichten in der Jüdischen Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. Jg. 1-10. 1924-1933.

#### 4. Jugend- und Sportvereine

Freier deutsch-jüdischer Jugendkreis  
Jüdische Arbeitsgemeinschaft Cassel  
Jüdisch-literarischer Jugendkreis Cassel  
Jüdisch-sozialistischer Turn- und Sportverein Hakoah  
Jüdische Jugendgemeinschaft Cassel  
Jüdischer Jugendchor Cassel  
Jüdischer Jugendring  
Jüdischer Schachklub Cassel  
Jung-Jüdischer Wanderbund Blau-Weiß  
Kameraden Deutsch-Jüdischer Wanderbund  
Schule der jüdischen Jugend  
Schwarzes Fähnlein, (Waldpfadfinderbund) Cassel  
Sportverein Bar Kochba

#### 5. Jüdisch-politische Vereine

Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe Cassel  
Israelitischer Gemeindeverein Cassel<sup>102</sup>  
Jüdisch-Konservative Vereinigung  
Jüdisch-Liberale Vereinigung  
Jüdische Mittelstandspartei  
Reichsbund jüdischer Frontsoldaten, Ortsgruppe Cassel  
Ostjüdischer Verein Cassel  
Zionistische Ortsgruppe Cassel  
Vier Vereine sind wegen ihrer Bedeutung in der Zeit der Weimarer Republik kurz vorzustellen:

### Israelitischer Gemeindeverein Cassel

Die Verfassung der jüdischen Religionsgesellschaft in Cassel ging noch in der Weimarer Republik, nahezu unverändert, auf die kurfürstliche Verordnung vom 30. Dezember 1823, die gemeinheitlichen Verhältnisse der Israeliten betreffend, zurück.<sup>103</sup> Dort hatte der Kurfürst die Bedürfnisse der jüdischen Untertanen vor ihrer Gleichstellung im Jahre 1833 in besonderer Weise anerkannt und die jüdische Religionsgemeinschaft als öffentlich-rechtliche Korporation gleich den christlichen Kirchen verpflichtet, „ihren Mitgliedern Unterwürfigkeit unter die Obrigkeit, Fügung in die bürgerliche Ordnung und Liebe zu dem Vaterland“ einzuflößen.<sup>104</sup>

Organe waren das Landrabbinat, die Synagogenprovinz, der Synagogenkreis und die Synagogengemeinde.<sup>105</sup> Es war ein hierarchisch geordnetes Selbstverwaltungsgebilde, in dem der Staat durch den Landesherrlichen Kommissar Einfluß unter anderem auf die Zusammensetzung der Vorsteherämter und die Bestimmung der Gemeindeältesten ausübte.<sup>106</sup>

Dieser Punkt war es, der politische Brisanz enthielt, ein Dauerdiskussionsthema in der Gemeinde war und nach dem Willen vieler Mitglieder geändert werden sollte.<sup>107</sup> Der Provinzial- und Kreisvorsteher wurden auf Vorschlag des Landesherrlichen Kommissars bestimmt und vom Regierungspräsidenten ernannt. Die Vorsteherämter bestimmten nun wieder die Ältesten der Gemeinde.<sup>108</sup> Nicht die Tatsache der Mitwirkung des Landesherrlichen Kommissars, sondern die Ohnmacht der Gemeindeglieder bei der Ernennung der Vorsteher und Ältesten, die über die Geschicke der Gemeinde entschieden, führte zur Forderung nach demokratischen Wahlen.<sup>109</sup> Insbesondere die Minderheiten: Orthodoxe, neu Hinzugezogene und „Ostjuden“ fühlten bis dahin ihre Interessen nicht genügend berücksichtigt.

Der Gemeindeverein Cassel, 1930 mit 500 Mitgliedern der größte jüdische Verein, drang auf die Reform des Religionsgesetzes und wollte Wahlen der Gemeindeältesten erreichen.<sup>110</sup> 1925 traten die Gemeindeältesten freiwillig

<sup>102</sup> Der Israelitische Gemeindeverein war zwar keiner jüdisch-politischen Gruppe verpflichtet, vertrat aber die Belange der Gemeindeglieder gegenüber den Gemeindeältesten und dem Vorsteheramt. Vorschlagsrecht für die Gemeindeältestenwahlen hatten folgende Vereine: Liberale Vereinigung, Centralverein, Gesetzestreue, Jüdische Volkspartei, Mittelstandspartei. (Vorschlag zum Gemeinde-Ältesten. In: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck. 6. Jg. 1929. Nr. 49 S. 5). <sup>103</sup> Vgl. zu den Wirkungen dieser Verordnung: Sally Engelbert: Das Recht der israelitischen Religionsgemeinschaft in Kurhessen. ... a.a.O. (1) S. 42 ff. <sup>104</sup> Derselbe. S. 45. <sup>105</sup> Derselbe. S. 60 ff. <sup>106</sup> Derselbe. S. 71 und S. 92 ff. <sup>107</sup> Seit 1924 ist in den Berichten der Jüdischen Wochenzeitung über die Gemeindeältesten-Sitzungen das Thema Neuwahlen erörtert worden. Nach der erfolgten Wahl im Jahre 1928 beschrieb Siegfried Popper noch einmal die bis dahin bestehende Situation: „Es muß doch wirklich einmal offen gesagt werden, daß es nicht mehr zeitgemäß ist, daß man die Gemeindeältesten nur aus den oberen Schichten nimmt. Es war unbedingt ein Fehler, daß man früher nicht daran dachte oder nicht daran denken wollte, Leute aus dem Mittelstand als Gemeindevertreter heranzuziehen und hatte man einen Mittelständler als sogenannten Konzessionsschulzen angenommen, so hat sich dieser einzelne in einem so feudalen Gremium sicher nie wohlgefühlt.“ (Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck. 5. Jg. 1928. Nr. 37 S. 5). <sup>108</sup> Sally Engelbert: Das Recht der israelitischen Religionsgemeinschaft in Kurhessen. ... a.a.O. (1) S. 92 ff. <sup>109</sup> Wenige Tage vor der Gemeindegewahl beschreibt Carl Gotthelf die Bedeutung dieser Wahlen: „Der Sonntag, der das Datum des 9. September 1928 trägt, wird zum historischen Tag in der Geschichte der Kasseler Israelitischen Gemeinde und so können wir später einmal sagen: auch wir sind dabei gewesen. ... Zum ersten Male wird auf Grund eines freiwillig gegebenen Wahlstatuts das Gemeindeältesten-Kollegium von der Gesamtheit der Gemeinde entgegen der bisherigen Übung der Ernennung bestimmt! Der demokratische Gedanke ist siegreich auch hier durchgedrungen.“ (Carl Gotthelf: Und nunmehr: Wahl! In: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck. 5. Jg. 1928. Nr. 35. S. 2.). <sup>110</sup> Mitgliederversammlung des Gemeindevereins. In: Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck. 3. Jg. 1926. Nr. 46. S. 7.

zurück, um „Platz“ für Neuwahlen zu machen, ein Ereignis, das die Gemeinde vor eine Zerreißprobe stellte. Nach langen Verhandlungen einigten sich die verschiedenen Gruppen auf eine Gemeinschaftsliste, in der sie durch Gemeindeälteste aus ihrem Kreis vertreten waren.<sup>111</sup> Die ausländischen Juden durften keine Kandidaten in der Einheitsliste aufstellen und sollten von den Gemeindeältesten der Zionisten mitvertreten werden.<sup>112</sup> Die „Einheitsliste“ wurde gewählt, Orthodoxe und Liberale, Zionisten,

Mittelstandsparteiler und Centralvereiner hatten sich verständigt. Die nach erbitterten Diskussionen von den „Ostjuden“ außerhalb der Gemeinschaftsliste aufgestellten Kandidaten blieben unberücksichtigt.<sup>113</sup> Der israelitische Gemeindeverein bildete weiterhin ein Gegengewicht zu Vorsteheramt und Ältestenkollegium. Die Einführung der Ältestenwahl, die er betrieben hatte, führte zu einem Auftrieb im Gemeindeleben.

### Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Der Centralverein entstand 1893 als Abwehrverein gegen Bestrebungen von Antisemiten, Existenz und Gleichberechtigung der deutschen Juden anzutasten.<sup>114</sup>

Die Kasseler Ortsgruppe hatte 1925 316 Mitglieder<sup>115</sup> und vertrat die ganz überwiegende Mehrheit der Kasseler Juden. Der Verein führte regelmäßig Ausspracheabende „Zur Erörterung der Judenfrage“ mit nichtjüdischen Diskussionspartnern durch und unterhielt im Büro des Rechtsanwaltes Dr. Delevie eine Abwehrstelle, die antisemitische Vorfälle in Kassel und nordhessischen Gemeinden zur Anzeige brachte. In der Abwehr des Antisemitismus arbeitete er eng mit dem Reichsbund jüdischer Frontsoldaten zusammen.<sup>116</sup>

Kampf gegen den Antisemitismus, der Erhalt der rechtlichen und gesellschaftlichen Position, schien ein wichtiges, doch wenig attraktives Thema in der Kasseler Gemeinde zu sein. Über schlecht besuchte Versammlungen und „unerhörte Interessenlosigkeit“ wurde wiederholt geklagt.<sup>117</sup> Die Mitglieder des Centralvereins vertraten eine

schwierige Position: an eine bestimmte religiöse Richtung nicht gebunden, standen sie überwiegend dem religiösen Liberalismus nahe. Antizionistisch gesonnen, blieb ihnen bei der immer stärkeren Anfechtung ihrer Identität als deutsche Juden nur die verteidigende Haltung und andererseits, die Hoffnung immer wieder zu beschwören, „daß die antisemitische Welle wieder abebbt“ und „es ... nur den Kopf hoch zu halten und die Erscheinungen des Tages nicht zu überschätzen“ gelte.<sup>118</sup> Man sehe es täglich mehr, daß eine große Anzahl intelligenter, wahrheitsliebender Nationalsozialisten das Judenprogramm der Partei in entschiedenster Weise ablehne. Der Centralverein sei politisch völlig parteilos, er gäbe seine moralische Unterstützung all denen, die für die Gleichberechtigung der Juden einträten und es nicht dulden würden, daß heute ein Volksteil, dessen Wert vor dem Krieg sogar in der „Kreuzzeitung“ rückhaltlos anerkannt wurde, ins Ghetto wanderte.<sup>119</sup>

### Zionistische Ortsgruppe Kassel

Die Zionistische Ortsgruppe, die andere große jüdisch-politische Partei in der Kasseler Gemeinde, verdankte ihren Ursprung ebenfalls dem Antisemitismus, sah aber die

Lösung nicht in einer ständigen Beobachtung und Abwehr, sondern in der Beendigung des Diasporajudentums und in einem Siedlungs- und Aufbauwerk in Palästina.<sup>120</sup>

<sup>111</sup> Carl Gotthelft: Und nunmehr: Wahl! a.a.O. (109). <sup>112</sup> Antwort auf eine Umfrage: „Was sagen Sie zu dem Wahlergebnis.“ In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. Jg. 5 1928. Nr. 37 S. 2. <sup>113</sup> 12 Kandidaten wurden aufgestellt. Die Plätze 1 bis 9 waren den Kandidaten der Gemeinschaftsliste vorbehalten. Diese wurden auch sämtlich gewählt. Die drei ostjüdischen Kandidaten: Julius Fischer, Max Selzer und Lazar Adler auf den Plätzen 10 bis 12 erhielten keinen Sitz im Gemeindeparlament. (Walter Katz: Das amtliche Ergebnis der Gemeindevahl. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 5. Jg. 1928. Nr. 37 S. 1). <sup>114</sup> Vgl. Anmerkung 83. <sup>115</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 2. Jg. 1925. Nr. 19. S. 4, 5. <sup>116</sup> Ansonsten war der Reichsbund „vorbildlich neutral“ und sollte sich die Anerkennung aller Parteien innerhalb des Judentums erwerben“. (Max Wertheim: Die Entwicklung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten e.V. in Kurhessen und Waldeck. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 2. Jg. 1925. Nr. 7, S. 3). <sup>117</sup> Die Kasseler Ortsgruppe des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 8. Jg. 1931. Nr. 9, S. 4. <sup>118</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 9. Jg. 1932. Nr. 39, S. 4. <sup>119</sup> Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. In Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 9. Jg. 1932. Nr. 27, S. 5. <sup>120</sup> Das Wort „Zionismus“ wurde erstmalig im Jahre 1893 geprägt und bezeichnete die jüdische Bewegung, die sich als „Volk“ betrachtete und nach deren Überzeugung die „Judenfrage“ eine „nationale“ Frage ist. (Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch ... a.a.O. (83) Bd. 4/2 S-Z. S. 1577.

Die Anzahl der Zionisten in Kassel war zunächst sehr gering, sie erhöhte sich erst mit der Zuwanderung von Juden aus osteuropäischen Ländern.<sup>121</sup> Ihre Aktivität erhob sie jedoch schnell zur dynamischen Kraft innerhalb der Kasseler Juden. Wirksam waren die Kasseler Zionisten auf zwei Ebenen:

1. Werbung für die zionistische Idee. Dies geschah unermüdlich in Versammlungen, Vorträgen, Seminaren. Da die Kasseler Juden direkter Agitation reserviert gegenüberstanden, wurde über die Gründung des Sportvereins Bar Kochba versucht, die jüdische Jugend zu gewinnen.<sup>122</sup> Der Verein war erfolgreich und wurde von der Gemeinde insgesamt unterstützt. Es gelang ihm sehr schnell, durch Teilnahme an Wettkämpfen auch mit nichtjüdischen Vereinen und Verbänden in Kontakt zu kommen.

Das zweite „Projekt“ war die Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck, gegründet 1924 von Sally Kaufmann.<sup>123</sup> Die Zeitung – im Milchgeschäft des Verlegers redigiert und daher Kasseler Käseblättchen geheißen – diente der Belebung der jüdischen Gemeinde. Sie informierte über für die Juden wichtige Ereignisse, berichtete über Gegenwart und Geschichte der Juden in Kassel und

der Gemeinden in Nordhessen und war vor allem Forum für den Austausch von Meinungen zu Tagesfragen<sup>124</sup> wie dem Schul- und Religionsunterricht, der Wahl der Gemeindeältesten, der Tätigkeit der Wohlfahrtsverbände, usw.

Die Redakteure waren sämtlich Zionisten, hielten die Zeitung aber „jüdisch-neutral“, denn „wenn man sich gleich als zionistisch erklärt, oder das auch so ausgeschrieben hätte, dann hätte man überhaupt keine Leser gehabt, so bekamen wir Abonnenten und bekamen wir auch Annoncen usw.“<sup>125</sup>

2. Auswanderungsvorbereitungen und Förderung der Auswanderung von Kasseler Juden. Während der Zeit der Weimarer Republik bereiteten sich vornehmlich junge Kasseler Juden auf die Auswanderung nach Palästina vor. Die handwerkliche oder landwirtschaftliche Berufsausbildung, neben dem Erlernen der hebräischen Sprache eine wichtige Voraussetzung für die „Alijah“, absolvierten sie zum Teil in Unternehmen der Umgegend, unter anderem auch in Henschelbetrieben. Die Zahl der Kasseler Juden, die vor 1933 nach Palästina auswanderten, blieb jedoch beschränkt.

## Sinai-Loge

Die Sinai-Loge wurde 1888 gegründet und bildete bis zum 1. Weltkrieg zusammen mit den Literaturvereinen den Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens. In ihr schlossen sich die ersten Männer der Gemeinde zu kulturellem und wohlätigem Tun zusammen, und es war eine Statusfrage, dort aufgenommen zu werden. Detailhändler und Anhänger des Zionismus gelangten erst in der Weimarer Zeit in die Loge.<sup>126</sup>

Sie behielt ihren elitären Charakter auch in dieser Zeit, und die Aufnahme gewährte immer noch den Eintritt in

die Kreise der vornehmen jüdischen Familien. Die Loge veranstaltete Wohltätigkeitskonzerte, gab Schriften zur Geschichte der Kasseler Gemeinde heraus und gründete eine Ferienkolonie, in der sich jüdische Kinder aus armen Familien erholen konnten.<sup>127</sup> Anzumerken wäre noch, daß Juden sehr früh Mitglieder in den Kasseler Logen waren, bis zu dem Zeitpunkt, als in bestimmten Logen Juden nicht mehr aufgenommen wurden: ein Schritt zu ihrer gesellschaftlichen Isolierung.<sup>128</sup>

<sup>121</sup> In Kassel bildeten die „Ostjuden“ die Mehrheit der Zionisten. Die Gemeindewahlen von 1928 hatten aber gezeigt, daß sich eine starke Minderheit der Ostjuden nicht von der Zionistischen Gruppe vertreten lassen wollte. <sup>122</sup> Der Sportverein Bar Kochba gehörte zu den zahlenmäßig stärksten Vereinen und hatte 1925 384 Mitglieder. (Jahreshauptversammlung des Jüdischen Turn- und Sportvereins Bar Kochba. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 2. Jg. 1925. Nr. 7. S. 4). <sup>123</sup> Diese Form der Gemeindezeitung, die Sally Kaufmann in Kassel entwickelte, fand in allen Teilen Deutschlands eine rasche Verbreitung. 1930 verlegte Sally Kaufmann Gemeindezeitungen in 15 Städten. Der „Mantel“ wurde für alle Zeitungen gleich in Kassel hergestellt und die Regionalteile von Redakteuren in den jeweiligen Städten erstellt. Gedruckt wurde die Zeitung bis März 1933 im Verlag des Kasseler Volksblattes. <sup>124</sup> So, wie die jüdischen Vereine ein gesellschaftliches Leben unter den Kasseler Juden erzeugten, stellte die Jüdische Wochenzeitung eine Gemeindeöffentlichkeit her. <sup>125</sup> Gespräch mit Herrn Dr. Walter Katz am 25. 4. 1983 in Jerusalem. <sup>126</sup> Gespräch mit Frau Hess am 2. 5. 1983 in Haifa. <sup>127</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 2. Jg. 1925. Nr. 8. S. 4. <sup>128</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 3. Jg. 1926. Nr. 46. S. 7. In dem Bericht heißt es: „Der hiesigen Freimaurerloge zur Eintracht und Standhaftigkeit gehörten seit vielen Jahren auch jüdische Mitglieder an, die nach ihrer ganzen Einstellung sicherlich die Ziele der Loge ideell und materiell förderten. Nunmehr wurde von der Großloge in Berlin der Arierparagraph geltend gemacht und die hiesige Vereinigung mußte nach hartem Kampf ihren jüdischen Mitgliedern den Stuhl vor die Tür setzen. Mit ihnen traten eine Anzahl nichtjüdischer Mitglieder aus und gründeten eine neue Loge.“ Auf diesen Bericht hin erklärten Mitglieder der o.g. Loge, daß nur Neuaufnahmen von Juden in die Großloge nicht mehr möglich seien, die bisherigen Mitglieder aber in der Loge verbleiben könnten. (Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 3. Jg. 1926. Nr. 46 S. 7).

Die jüdische Jugend war umworben, einhellig geäußelter Wunsch von Vorsteheramt, Gemeindeältesten und allen Vereinen war, sie für die jüdische Gemeinde auf Dauer zu gewinnen, sie zu „Volljuden“ zu erziehen.<sup>129</sup>

Was darunter zu verstehen sei, wurde aber entlang der jeweiligen jüdisch-politischen Richtung definiert. Der Central-Verein, die Zionistische Ortsgruppe, der Augudas Jisroel hatten ihre Jugendgruppen. Der größte Teil der jüdischen Jugend war jedoch nicht organisiert und an jüdischen Vereinen uninteressiert.<sup>130</sup> Um diesen Jugendlichen jüdische Geschichte, Literatur, Religion und aktuelle Probleme der Judenheit nahezubringen, ohne sie für die eigene Anschauung als „Zionist“, „Agudist“ oder „Centralvereinler“ zu vereinnahmen, wurden von allen Vereinen getragene jüdisch-politisch „neutrale“ Arbeitskreise und Zirkel gegründet, von denen die 1930 entstandene „Schule der jüdischen Jugend“ das am weitesten entwickelte Glied einer Reihe von Jugendgemeinden und Jugendringen war.<sup>131</sup> Sie erfüllte zwei Zwecke: nämlich einmal die jüdische Jugend zu gemeinsamen Gesprächen und Reflexionen über ihre religiöse, geschichtliche und gesellschaftliche Situation anzuregen, und zweitens, das zur Orientierung notwendige Wissen zu vermitteln.

Der Lehrplan bot Psychologie, Literatur, Hebräisch, Jüdische Geschichte, Pädagogik, Studium der heiligen Schrift, Gegenwartsprobleme und viele andere Themen, gehalten von Gemeindemitgliedern und Dozenten von auswärts.<sup>132</sup> Der Erfolg der „Schule der jüdischen Jugend“ muß groß gewesen sein, denn bis in den Mai 1933 wurden an drei bis vier Tagen in der Woche Kurse abgehalten.<sup>133</sup> Die Situation der jüdischen Jugendlichen in Kassel wurde durch schlechte Berufsaussichten, zunehmende Judenfeindlichkeit und die damit verbundene Isolierung sicherlich stark beeinflusst. Die Frage: In Deutschland bleiben oder nach Palästina auswandern? – Galut oder Alija – stellte sich zunehmend auch für die Kinder aus Familien, die seit Generationen in Deutschland wohnten und denen Auswanderung sowenig in den Sinn gekommen wäre, wie ihren nichtjüdischen Kollegen und Nachbarn.<sup>134</sup> Ein Zei-

chen für das Umdenken der Jugendlichen war die Spaltung des deutsch-jüdischen Jugendvereins „Kameraden“.<sup>135</sup>

Ilse Löwenstern machte diesen Sprung von den „Kameraden“ zu den „Werkleuten“ mit. Im Frühjahr 1933 emigrierte sie nach Palästina. Sie schilderte die Spannung zwischen „Deutschtum“ und „Judentum“, in der sie Ende der zwanziger Jahre lebte: „In der Rosenstraße, das war ja das Gemeindehaus... und im oberen Stock, im Dachgeschoß, da waren die Heimatabende und da erinnere ich mich noch, wie wir einen sehr schönen Abend gemacht haben. Dann wurden wir manchmal übermütig und sind losgezogen nach so einem Treffen, da kann ich mich erinnern, wie wir eines Nachts zusammen mit dem Habonim draußen waren. Die hatten für uns deutschorientierte viel Appeal, und da sind wir nachts mal zusammen in das Tannenwäldchen, und da haben wir ganz doll Horra<sup>136</sup> getanzt, bis dann die Polizei kam und uns wegen nächtlicher Ruhestörung einen Rapport gab, und ich war die Verantwortliche und wurde nachher ... zu einem Gemeindeältesten gerufen und das war der Dr. Blumenfeld, der die Kasseler Kinderklinik im Park Schönfeld leitete, und ich weiß, wie ich also zu ihm hinkam und da sagte er: ‚Ich bitte sie, Frau Löwenstern, ein deutsches Mädchen tanzt doch keine Horra.‘

Und das vergleiche ich immer, um unsere innere Situation darzustellen, mit einem Ereignis im Kästnerschen Lyzeum, als ich noch in einer der untersten Klassen war. Und da wurde immer ein Weihnachtsfest gefeiert in einer Kirche mit Krippenspiel und so und da ich eine hübsche Stimme hatte und wohl auch marienmäßig aussah, sollte ich die Maria spielen. Ich war ganz stolz, und die Lehrerin hatte keinerlei Missionsabsichten. Die suchte ganz einfach jemanden mit einer guten Stimme. Und da kam ich ganz stolz nach Hause und erzählte das meinem Vater und der sagte: ‚Ein jüdisches Mädchen singt keine Maria.‘ Ein jüdisches Mädchen singt keine Maria und ein deutsches Mädchen tanzt keine Horra, da lag die Problematik.“<sup>137</sup>

<sup>129</sup> Hermann Blumenthal: Jugend von heute. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 1. Jg. 1924. Nr. 1. S. 1. <sup>130</sup> Die Jugendgemeinde. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 9. Jg. 1932. Nr. 37. S. 5, 6. <sup>131</sup> Die Schule der jüdischen Jugend wurde am 29. November 1930 eröffnet. Sie brachte den „langersehnten“ Zusammenschluß der gesamten jüdischen Jugend aller Richtungen. Nach dem Übereinkommen der Bünde erfolgt die Wahl des jeweiligen Leiters eines Trimesters durch das Los. Das Los fiel auf die ostjüdische Gruppe, die M. Schlüssel als Leiter stellte ... (Die Schule der jüdischen Jugend. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 7. Jg. 1930. Nr. 46. S. 5). <sup>132</sup> Die Lehrpläne sind in der Jüdischen Wochenzeitung abgedruckt. <sup>133</sup> Schule der jüdischen Jugend. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 10. Jg. 1933. Nr. 12. S. 5. <sup>134</sup> Gerade die „überparteilichen“ Jugendvereine förderten einen Gedankenaustausch zwischen zionistischen und nichtzionistischen, orthodoxen und liberalen Jugendlichen. <sup>135</sup> Die Spaltung erfolgte Pfingsten 1932 auf einer Tagung der Kameraden in Kassel. <sup>136</sup> Die Horra ist ein palästinensisch-jüdischer Volkstanz. <sup>137</sup> Gespräch mit Elisheva Tamir (Ilse Löwenstern) am 2. 5. 1983 im Habonim Kibbuz Hasorea (Israel).

## Die soziale Situation der Juden

Vor dem 1. Weltkrieg ging es den Kasseler Juden gut. Steuerlisten, die eine genaue Einschätzung ermöglichen, stehen zwar nicht zur Verfügung, einige Indizien können aber zur Untermauerung des zugegebenermaßen pauschalen Urteils dienen: Bereits 1864 waren in der Kasseler Gemeinde die wenigsten Armen unter den Juden in Deutschland registriert.<sup>138</sup> Die Mitgliederzählung von 1902 wies kaum Berufslose und nur wenige Hausierer und Kleinhändler auf. Die zahlreichen Wohlfahrtsorganisationen und Stiftungen konnten ihre Unterstützung auch an Empfänger außerhalb der Kasseler Gemeinde gewähren. Im Altersheim und im Waisenhaus wurden vor dem 1. Weltkrieg fast ausschließlich Juden aus den Landgemeinden betreut.

Der Jahresabschlussbericht des Vereins für israelitische Armenpflege zu Cassel wies 1910 die regelmäßige Unterstützung von 10 Personen aus Kassel aus, nicht regelmäßig unterstützt wurden 16 Personen. Besondere Spenden zu den Festtagen und Winterspenden gingen an 29 Personen aus der Gemeinde. Mit 2648,60 M wurden „hiesige Arme“ unterstützt, 6751,- M gingen an „auswärtige Arme“ und „Durchreisende“.<sup>139</sup>

Nach dem 1. Weltkrieg kehrte sich die Situation um: Die Anzahl der Bedürftigen nahm aufgrund der schlechten Wirtschaftslage zu, die Vermögen der Wohltätigkeitsvereine waren durch die Inflation aufgezehrt, die Anzahl und Höhe der Zuwendungen nahmen ab, viele Anträge auf Unterstützung konnten nicht befriedigt werden.<sup>140</sup> Juden aus osteuropäischen Ländern erhielten nur noch die Aufenthaltsgenehmigung, wenn sich die jüdischen Gemeinden zu ihrer Unterstützung bereit erklärten. Die städtischen Wohlfahrtsämter konnten von ihnen nicht in Anspruch genommen werden.<sup>141</sup> 1925 schlossen sich sieben private Wohltätigkeitsvereine zur Zentralwohlfahrtsstelle in Kassel zusammen, um effektive Hilfe leisten zu können und ihre Arbeit zu koordinieren:<sup>142</sup> Familienfürsorge, Jugendfürsorge, Wohnungsbeschaffung, materielle Hilfeleistung. 1927 wurden 97 Familien unterstützt,<sup>143</sup> 1928 waren es bereits 118, also etwa 12 % aller Familien in der Gemeinde.<sup>144</sup> Ein besonders großes Problem stellten weiter-

hin die „Wanderarmen“ dar, sehr oft Flüchtlinge aus osteuropäischen Ländern, die im Karlsruhospital untergebracht, im Hotel Meier versorgt und am nächsten Tag weitergeschickt wurden. Dreißig bis vierzig dieser Wanderarmen waren 1927 monatlich zu betreuen. Mitgeben konnte man ihnen kaum etwas, denn „Die Zentralwohlfahrtsstelle der jüdischen Gemeinde hat Schränke, aber die sind leer, sie hat eine Kasse, aber es ist nichts drin...“.<sup>145</sup> Seit 1929 rief die Gemeinde zu einer Aktion „Winterhilfe“ auf und bat „in Anbetracht der kalten Witterung um derbe Schuhe und Wäsche sowie Kleidung, da gar keine Bestände mehr vorhanden sind.“<sup>146</sup>

Seit 1932 wurde das ganze Jahr über zu Pfundspenden aufgerufen und Lebensmittel, Wurst- und Fleischwaren, Kartoffeln, Kohlen und Holz gesammelt.<sup>147</sup>

Über die Anzahl der jüdischen Arbeitslosen liegen keine Angaben vor. Die überwiegende Tätigkeit der Juden als Selbständige verzerrte die Statistik, denn der Betrieb wurde oft auch dann noch aufrecht erhalten, wenn er kein ausreichendes Einkommen mehr abwarf. Deutlich wurde auch, daß Berufsanfänger nur geringe Chancen auf einen Ausbildungsplatz hatten. Jugendliche aus ausländischen Familien konnten praktisch nicht vermittelt werden. 1931 bildete sich eine „Interessengemeinschaft jüdischer Erwerbsloser und Minderbemittelter“, deren Versammlungen „sehr gut besucht“ waren.<sup>148</sup>

Seit diesem Zeitpunkt war die Gemeinde nicht mehr in der Lage, den Bedürfnissen der Erwerbslosen gerecht zu werden. Die daraus entstandenen Spannungen schildert W. Schiffan in einem „Notschrei der jüdischen Erwerbslosen“:

„Eine ganz besondere Stellung unter den fünf Millionen Erwerbslosen nimmt das jüdische Proletariat ein. Noch immer ist die feindliche Haltung gegen den Juden hervorkehrt, ob er in leitender Stellung oder bei einer Bank, ob er ein einfacher Handlungsgehilfe, Handwerker oder Arbeiter ist. Überall, wo er hervortritt, wird er angefeindet. Mancher verliert den Mut, um seine Existenz zu kämpfen, und sinkt in Zeiten der Not, wie wir sie heute haben, zum Schnorrer herab. Man höre nur die Meinung leitender

<sup>138</sup> Jacob Toury: Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871. Düsseldorf: Droste 1977. (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv Band 2) S. 111. 1864 sind nur 1,9 % der Kasseler Juden als arm registriert. <sup>139</sup> The Central Archives for the History of the Jewish People. Jerusalem. Bestand: Kassel, GA II/551. <sup>140</sup> Eugenie Wertheim: Die Zentralwohlfahrtsstelle der jüdischen Gemeinde. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 3. Jg. 1926. Nr. 32. S. 3, 4. <sup>141</sup> Anweisung des Preußischen Innenministers an sämtliche Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin vom 1. November 1919. Staatsarchiv Marburg; Bestand 180 Landratsamt Hersfeld Nr. 2339. <sup>142</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 2. Jg. 1925. Nr. 51 und 52. S. 4. <sup>143</sup> Generalversammlung der Zentralwohlfahrtsstelle der Israelitischen Gemeinde Kassels. Jahresbericht der Vorsitzenden. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 4. Jg. 1927 Nr. 2. S. 7, 8. <sup>144</sup> Bericht über die Tätigkeit der Zentralwohlfahrtsstelle in Kassel. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 5. Jg. 1928. Nr. 21. S. 1–3. <sup>145</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 3. Jg. 1926. Nr. 47 S. 7, 8. <sup>146</sup> Zentralwohlfahrtsstelle der Israelitischen Gemeinde. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 6. Jg. 1929 Nr. 46, S. 5. <sup>147</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 9. Jg. 1932. Nr. 41 S. 5. <sup>148</sup> Eine Versammlung der jüdischen Erwerbslosen. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 8. Jg. 1931. Nr. 35 S. 4, 5.

Personen der Wohlfahrtsstellen und die Mitglieder der ländlichen Gemeinden. Sie können am besten bestätigen, wie stark das wandernde jüdische Volk in letzter Zeit gewachsen ist. Aber auch bei den hier *Ansässigen* steigt das Elend von Tag zu Tag und gerade sie, welche gar keine Gelegenheit haben, ihr Einkommen zu verbessern, sie stehen dem grauen Elend am hilflosesten gegenüber. Wie kann dem gesteuert werden? Unterstützungen allein tun es nicht, wenn dieselben nach Gunst und Beredsamkeit verteilt werden. Die Methoden, mit welchen man den ehrli-

chen, stets auf Arbeit und Erwerb eingestellten jüdischen Erwerbslosen und Minderbemittelten abspeist, sind oft schlimmer als die schärfste Tortur des Mittelalters. Nicht genug, daß der jüdische Lohnarbeiter schon seelisch schwer leidet unter der Mißachtung seiner andersgläubigen Kollegen, so wird er, wenn er in Not sich an Wohlfahrtsstellen wendet, statt mit Essen mit einer Krawatte abgespeist, oder man gibt ihm eine Kleinigkeit, nachdem man ihn der niederträchtigsten Dinge verdächtigt hat...<sup>149</sup>

## Integration

Wie weit waren die in Kassel wohnenden Juden in die Gesamtbevölkerung integriert?<sup>150</sup> Die ausländischen Juden waren es – jedenfalls soweit sie während oder nach dem I. Weltkrieg eingewandert waren – nicht.

Die verhältnismäßig kleine Gruppe der Zionisten, der eben viele ausländische Juden angehörten, wollte es nicht sein. Sie sympathisierte mit dem Gedanken einer Heimstatt in Palästina. Bereits während der Weimarer Republik wanderten vorwiegend Jugendliche nach dort aus.

Die Mehrheit der Kasseler Juden war deutscher Nationalität. Die Familien waren seit Generationen hier ansässig, und sie wollten hierbleiben. Sie hatten sich stark an die nichtjüdische Umwelt angepaßt, einige waren zum Christentum konvertiert. Besonders in der Zeit der Weimarer Republik hatten Juden Christen geheiratet.<sup>151</sup>

Mehr kann man zunächst nicht sagen, als daß deutsche Juden die Integration in die deutsche Gesellschaft anstrebten. Das, was der Philosoph und Sprachgelehrte Heymann Steinthal ausdrückte: „Nein, es ist kein Widerspruch zwischen Judesein und Deutschersein und Menschsein, sondern diese drei schlingen sich so ineinander, daß wir nur das eine sein können, indem wir die beiden anderen sind. Der jüdische Deutsche kann zu den be-

sten Deutschen zählen, und der deutsche Jude zu den besten Juden...“<sup>152</sup> findet sich im Wortlaut auch bei Ludwig Horwitz, dem Kasseler Lehrer und Historiker: „Fördert das Wohl der Stadt, wohin ich Euch geführt! Diese ernste Mahnung des Propheten Jeremias war für alle Juden, die ihre Heimat verlassen mußten, um in einer neuen bodenständig zu werden, stets der Leitstern ihres Tuns und Lassens. Auch hier in Cassel war es so wie im kleinsten Ort. Der Jude bemühte sich immer, ein Bester zu sein, je nach seinem Können und Vermögen. Die damalige Residenz verewigte darum das Andenken mancher jüdischen Bürger durch Benennung von Straßen: Rothfels-, Mosenthal-, Rienald-, Aschrottstraße...“ beginnt er einen Nachruf auf Jeremias Rothfels, den er als jemanden schildert, der gezeigt hat, „wie ein deutscher Jude für Vaterland und Religion wirken und wie sehr man Deutschland und Judentum verbinden kann. Möge die heranwachsende Jugend an seinem Beispiel sich aufrichten und mögen die Lehrer nach seinem Erziehungs- und Bildungsideal in Stadt und Land wirken.“<sup>153</sup> Dieser Anspruch konturiert das Profil eines Juden, der in das Bild einer vorgestellten Symbiose von Juden und Nichtjuden paßt. Einzelne Kasseler Juden wurden als Vorbild herausgestellt, die dieses

<sup>149</sup> Aufruf! Der Notschrei der jüdischen Erwerbslosen. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 8. Jg. 1932. Nr. 34. S. 5. <sup>150</sup> Die Frage nach der Integration geht über die des gleichen Bürgerrechtes und der Angleichung der Juden an ihre Umwelt hinaus. Sie fragt nach den Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden, nach ihrem Zusammenhalt als Gruppe. Wie sehr halten Juden und Nichtjuden zusammen, wie stark halten sie aneinander fest? Die Frage nach der Integration ist die Frage nach der Erklärung dessen, was während der Verfolgung der Juden geschah. Integration ist die Kategorie, in der die Antworten auf die Frage: Wie konnte das geschehen? erwartet werden. Leo Sievers zeigt den Ausgangspunkt dieser Frage nach der Integration der Juden auf: „Der Anteil der deutschen Juden an der politischen Entwicklung auf den wirtschaftlichen Aufstieg im neunzehnten Jahrhundert war bedeutend. In allen Parteien, von rechts bis links, wirkten sie. Die meisten aber waren Liberale, erfüllt von den Ideen der Deutschen Nationalversammlung, die 1848 zusammengetreten war: Einigkeit und Recht und Freiheit! Sie wirkten mit an der Gesetzgebung des Reichstages, sie arbeiteten in den Operationssälen der Krankenhäuser und an den Drehbänken in den Fabriken. Sie kämpften mit im Schützengraben. Von 80 000 jüdischen Frontkämpfern fielen 12 000 und 35 000 wurden mit Orden aller Klassen ausgezeichnet. Eines aber schafften sie nicht: den dumpfen Antisemitismus zu überwinden, der in einigen Schichten des Volkes schlummerte und am Ende triumphierte. Die deutschen Juden waren die unglücklichsten von allen Juden, weil sie nicht von Landesfeinden gedemütigt und getötet wurden, sondern von ihren Mitbürgern, ihren Nachbarn, die sie für ihre Freunde gehalten hatten.“ (Leo Sievers: Juden in Deutschland. Die Geschichte einer 2000jährigen Tragödie. 2. Auflage. Hamburg: Gruner und Jahr 1980. (Goldmann-Verlag Sternbücher) S. 8.) <sup>151</sup> Julius Dalberg: Volkskunde der Hessen-Kasseler Juden. In: Geschichte der Jüdischen Gemeinde Kassel ... a.a.O. (1). S. 134. <sup>152</sup> Heymann Steinthal: Das auserwählte Volk oder Juden und Deutsche. In: Allgemeine Zeitung des Judentums. 1890. Nr. 17. <sup>153</sup> L. Horwitz: Stadtrat Jeremias Rothfels. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 1. Jg. 1924. Nr. 5. S. 3.

Ideal des „guten“ Juden und „guten“ Deutschen in sich zu vereinen schienen. Die meisten bekannten Kasseler Juden verlegten seit Ende des 19. Jahrhunderts ihre Aktivitäten aber eher auf weltliche Dinge, als auf die Beschäftigung mit der Religion, sorgten jedoch weiterhin für die Belange der jüdischen Gemeinde.<sup>154</sup> Dreißig, vielleicht vierzig Namen von Kasseler Juden könnte man nennen, die diesen doppelten Anspruch in Doppelfunktionen in der jüdischen Gemeinde und im allgemeinen öffentlichen Leben umsetzten. Kommerzienrat Gustav Plaut sei hier stellvertretend genannt: Bankier, Mitglied der Industrie- und Handelskammer, Stadtverordneter, ab Mai 1918 unbesoldeter Stadtrat, Mitglied des Kommunallandtages und Vorsteher der israelitischen Gemeinde.<sup>155</sup> Gustav Plaut war sicherlich integriert in die höheren Kreise der Kasseler Gesellschaft.<sup>156</sup> Man kann das auch von einer Reihe anderer Honoratioren annehmen. Aufgenommen von der Arbeiterschicht wurden die wenigen jüdischen Sozialisten in Kassel. Stellvertretend sei Hermann Loeb genannt,<sup>157</sup> Für den überwiegenden Teil der Kasseler Juden ist eine Beantwortung der Frage nach ihrer Integration nicht möglich. Es gab natürlich alltägliche geschäftliche Verbindungen, es gab jüdische Mitglieder im Verein für hessische Geschichte, in der „Schlaraffia“, in den Logen.<sup>158</sup>

Aber das waren doch überwiegend Kontakte zur sogenannten besseren Gesellschaft. Populär, volkstümlich waren nur sehr wenige Juden wie der Kinderarzt Dr. Felix Blumenfeld, auch Rudolf Nußbaum, Begründer und Führer der Sanitätskolonne Kassel-Mitte im Roten Kreuz sei hier genannt.<sup>159</sup> Ansonsten waren Beziehungen auf persönliche Freundschaften in Verbindung mit dem Beruf begrenzt.

Einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz stand ein in Teilen der Bevölkerung latenter Antisemitismus entgegen – im Wahlkreis Kassel war bei den Reichstagswahlen 1907 und 1912 ein antisemitischer Kandidat gewählt worden – oder ein verbreitetes Mißtrauen.<sup>160</sup>

Dafür, daß der Zugang für die Juden zur Gesellschaft erschwert war, spricht auch, daß sie parallel zu den Kreisen, Vereinen und Institutionen, die der gesamten Kasseler

Gesellschaft zur Verfügung standen, ein zweites „System“ für die jüdische Gesellschaft aufbauten, das nahezu alle Bedürfnisse befriedigte und natürlich auch, als es einmal bestand, Kontakte zu Nichtjuden behinderte.

Auf eine Einrichtung muß an dieser Stelle hingewiesen werden, der es um die Vermittlung von Kenntnissen der Bevölkerung über die Juden in Kassel als Voraussetzung für ihre Integration und den Abbau von Vorurteilen durch Anschauung und weitere Informationen ging, die also von anderer Qualität als die Abwehrvereine war: das jüdische Museum in Kassel.<sup>161</sup> Die Entstehung des jüdischen Museums in Kassel ging auf eine Initiative des Rechtsanwaltes A. Lewinsohn zurück und war eine in die Zukunft gerichtete öffentlichkeitswirksame Maßnahme. Ein Ausschuß mit 32 jüdischen Mitgliedern, meist aus Kassel, aber auch aus Hanau, Fulda, Eschwege, Marburg und Bad Wildungen konstituierte sich als Förderer dieses Museums, das als eine Abteilung des Landesmuseums eingerichtet werden sollte.<sup>162</sup>

Ein Ziel des Museums sollte es sein, „dadurch, daß alle Gegenstände, synagogale und häusliche Kultgeräte, Bücher und Schriften der Allgemeinheit offengelegt wurden, der vielfach verbreitete Glaube widerlegt werde, als habe der jüdische Kultus etwas Geheimnisvolles oder Mystisches an sich. So glaubten wir dadurch, daß wir alles und jedes vor der Öffentlichkeit ausbreiteten, zu zeigen, daß die Tore der Synagoge und die Türen des jüdischen Hauses offen stehen und daß jeder kommen möge, der hören oder sehen mag. So sollte das jüdische Museum zugleich eine Brücke des Verständnisses und der Verständigung werden.“<sup>163</sup> Für Prof. Dr. Luthmer vom Landesmuseum war ebenfalls eine politische – die vorurteilsabbauende und integrationsfördernde Absicht – mit dem jüdischen Museum verbunden.

„Die Aufgabe ist nicht nur musealer oder konservatorischer Art. Für weite Kreise der Öffentlichkeit ist hier zum ersten Mal ein Stück ‚unbekanntes Deutschland‘ erschlossen worden, ein wichtiger Bezirk geschichtlichen Werdens unserer Heimat der Betrachtung geöffnet. Dadurch werden manche der landläufigen, schiefen Urteile und

<sup>154</sup> Beispielhaft sei hier Justizrat Dr. Max Rothfels, der Sohn von Jeremias Rothfels genannt. <sup>155</sup> Alexander Fiorino: Kommerzienrat Gustav Plaut. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 5. Jg. 1928. Nr. 25. S. 6, 7. <sup>156</sup> Als Gustav Plaut im Jahre 1928 verstarb, gedachten auch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung seiner Verdienste für die Stadt, die unvergessen bleiben würden und schloß „Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.“ In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 5. Jg. 1928. Nr. 25. S. 9. <sup>157</sup> Hermann Loeb gehörte zu den wenigen Kasseler Juden, die sowohl engagierte Sozialisten waren und gleichzeitig Mitglieder der jüdischen Gemeinde blieben. <sup>158</sup> Eine exakte Übersicht, wie stark der Anteil der Kasseler Juden in diesen Vereinen war, ist bisher nicht möglich. In Kasseler Logen waren bis 1933 Juden Mitglieder: „Herder zu den alten Pflichten“ im Jahre 1930 acht jüdische Mitglieder, „Zur Einigkeit und Treue“ im Jahre 1928 sechs jüdische Mitglieder, „Zum aufrechten Löwen“ im Jahre 1925 ein Mitglied. <sup>159</sup> Rudolf Nußbaum war 30 Jahre lang Gemeindeältester in Kassel, führte 42 Jahre lang die Sanitätskolonne und leitete im 1. Weltkrieg die Verwundeten-Transportzüge, außerdem war er 51 Jahre lang Mitglied der Älteren Kasseler Turngemeinde. <sup>160</sup> Gewählt wurde der Abgeordnete Lattmann von der Wirtschaftspartei. Zu Lattmann siehe: Lorenz Curtius: Der politische Antisemitismus von 1907-1911. München: Kommissionsverlag des National-Vereins für das liberale Deutschland 1911. S. 107 f. <sup>161</sup> Das jüdische Museum gehörte zu den wenigen Aktivitäten der jüdischen Gemeinde in Kassel, die sich an ein breites Publikum wandten. Hier wurden Informationen zu Geschichte, Kultus und Ritus der Gemeinde nicht über Multiplikatoren oder Kontaktpersonen, sondern direkt vermittelt. <sup>162</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 3. Jg. 1926. Nr. 50. S. 11. <sup>163</sup> Alexander Lewinsohn: Der Werdegang des jüdischen Museums. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 4. Jg. 1927. Nr. 15. S. 6.

Vorstellungen vom Judentum und jüdischer Religion korrigiert werden. Aus der Angriffsstellung starrer Vorurteile kann interessierte Fühlungnahme werden und ein versöhnendes Begreifen erwachsen für die religiöse und geschichtlich bedingte Sonderart der Mitbürger jüdischen Glaubens. So übernimmt das junge Museum abseits von dem wissenschaftlichen und künstlerischen Ziele eine kulturelle Mittlerrolle von nicht zu unterschätzender innerpolitischer Bedeutung.<sup>164</sup> Diese politische Bedeutung, die man der Präsentation jüdischer Geschichte in dieser Form auch weiterhin beimaß, führte dazu, daß andere Städte Exponate des Kasseler Museums in wechselnden Ausstellungen zeigten. Orte wie Hamburg, Köln und Breslau planten, ebenfalls ein jüdisches Museum zu errichten.

Das jüdische Museum in Kassel zeigte jüdische Geschichte in einer Form, wie Juden sich ihre Stellung in der Gesellschaft erwünschten, nicht abgesetzt und schon dadurch besonders, sondern hineingestellt in die historischen Zeugnisse ihrer Umwelt.

Dr. Rudolf Hallo beschreibt diese Perspektive eingangs seiner Einführung über jüdische Kult- und Kunstdenkmäler im Hessischen Landesmuseum Kassel: „Den Besucher des Hessischen Landesmuseums in Kassel überrascht seit einigen Monaten, wenn er durch die Flure der heimatkundlichen Sammlungen schreitet, ein bisher ihm gänzlich fremder, mit seltsamen und doch zugleich anziehenden Gegenständen gefüllter Raum.

Von dem warmen Braun der Wände heben sich farbenkräftige große, bestickte und gemusterte Wandbehänge ab, zwischen ihnen schimmert da und dort ein silbernes Gerät, Zinn und Messing füllt einen großen Schrank; ungewohntem Gestühl sieht der Besucher sich gegenüber, und von der Kopfwand des Saales schauen ihn bildreiche Handschriften und Schriftrollen voller Kupferstiche an. Einige breit ausladende schwere Messingleuchter und gobelinartige Decken über den Tischen geben der Ausstellung Richtungspunkte und farbige Ordnung und tragen das ihrige dazu bei, daß der Besucher sich rasch von Wärme und Innigkeit dieser fremden Welt umfangen fühlt.“<sup>165</sup>

Der museumspädagogische Weg zur Vermittlung von Wissen über die jüdische Minderheit in Kassel war ungewöhnlich und langfristig angelegt. Er hat wohl wenig bewirkt, denn er baute auf „Verstehen“ zu einem Zeitpunkt auf, wo viele den Juden nicht mehr zuhörten. Dieser geringe Erfolg nimmt ihm nichts von seiner Bedeutung, die Annäherung von Juden und Nichtjuden nicht mehr als einseitige Vorleistung von Assimilation zu verstehen und Integration nicht durch die Verdeckung der eigenen Vergangenheit, sondern durch das Bekenntnis zu ihr anzustreben.

Eine der ersten Handlungen der Nazis nach der Machtergreifung war die Schließung der jüdischen Abteilung des Hessischen Landesmuseums.<sup>166</sup>

## Antisemitismus in Kassel

Ablehnung, ja Feindlichkeit der Mehrheit gegenüber der jüdischen Minorität hatte in Deutschland eine lange Tradition.<sup>167</sup> In Kurhessen war nach der Beseitigung der letzten Sondergesetze im Jahre 1869 eine politische Bewegung gegen die volle Emanzipation der Juden entstanden.

In Kassel organisierte sie sich im Reformverein um den späteren Reichstagsabgeordneten Ludwig Werner, Redakteur der antisemitischen Zeitschrift für Hessen, dem „Reichsgeldmonopol“.<sup>168</sup>

Werner war ein radikaler Antisemit. Seine Ausfälle gegen jüdische Bürger der Stadt und seine Forderungen nach Verbot des Zuzugs von ausländischen Juden sowie nach Einführung einer Warenhaussteuer wurden später von den Nazis übernommen.<sup>169</sup> 1882 trat Dr. Otto Böckel dem Verein bei, schrieb auch unter dem Pseudonym „Capistrano“ antisemitische Artikel im „Reichsgeldmonopol“,<sup>170</sup> verlegte aber seine Tätigkeit in den ländlichen Raum Marburg-Frankenberg-Ziegenhain, wo er mit einem

<sup>164</sup> Prof. Dr. Luthmer: Die Eröffnung des Jüdischen Museums. In: Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 4. Jg. 1927. Nr. 15. S. 6.  
<sup>165</sup> Rudolf Hallo: Jüdische Kult- und Kunstdenkmäler im Hessischen Landesmuseum Kassel, ein Bild der Geschichte der Juden in Hessen. Berlin: Philoverlag. (Sonderdruck aus der Zweimonatsschrift „Der Morgen“. 4. Jg. Nr. 1) zitiert nach: Rudolf Hallo. Schriften zur Kunstgeschichte in Kassel. Sammlungen Denkmäler Judaica. Im Auftrag der Gesamthochschule Kassel und des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde, hrsg. von Gunter Schweikhart. Kassel: o.V. 1983. S. 265. <sup>166</sup> Brief von Gertrud Hallo an den Verfasser im Jahre 1983. <sup>167</sup> Einen guten Überblick gibt: Léon Poliakov: Die Geschichte des Antisemitismus. Worms: Georg Heintz 1977. <sup>168</sup> Zu Werner siehe: Lorenz Curtius: Der politische Antisemitismus von 1907–1911. ... a.a.O. (160) S. 110. <sup>169</sup> Reichsgeldmonopol v. 11. 2. 1899. <sup>170</sup> Zu Böckel siehe: Rüdiger Mack: Otto Böckel und die antisemitische Bauernbewegung in Hessen 1887–1894. In: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen. ... a.a.O. (6) S. 377 ff.

„sozialen“ Antisemitismus gegen „Juden und Junker“ zunächst erfolgreich war. 1887 gewann er das erste Reichstagsmandat für die Antisemiten. Bemerkenswert ist, daß sich Böckel in der Mitte der 80er Jahre von Werner und dem Kasseler Reformverein trennte und dem „sozialistischen“ Lager des Antisemitismus zuwandte, während Ludwig Werner politisch der konservativen Richtung des Hofpredigers Stöcker zuneigte.<sup>171</sup> Ludwig Werner, der noch 1907 dem Reichstag angehörte und erst 1925 verstarb, wurde von den NS nie erwähnt, während man des „Bauernkönigs“ Otto Boeckel mehrfach gedachte.<sup>172</sup> Die „soziale“ Komponente der antisemitischen Agitation Boeckels fand in den hessischen Landgemeinden wohl eher fruchtbaren Boden als die konservativ geprägte Judenfeindschaft der Richtung Ludwig Werners.<sup>173</sup> Bei der Reichstagswahl 1907 konnten 17 antisemitische Abgeordnete Mandate erringen, 14 von ihnen verblieben im Reichstag bis 1911. Die Hälfte dieser antisemitischen Abgeordneten wurde in Wahlkreisen des Regierungsbezirks Kassel gewählt;<sup>174</sup> Bindewalt (Alsfeld-Lauterbach); Herzog (Rinteln-Hofgeismar); Lattmann (Kassel-Melsungen); Liebermann von Sonnenberg (Fritzlar-Homburg); Raab (Eschwege-Schmalkalden); Werner (Hersfeld-Rotenburg); Köhler (Hospitant in Gießen); Böhme (Marburg). Sicher wird man die antisemitischen Parteien der Kaiserzeit weder ideologisch noch soziologisch als *direkte Vorläufer* der NSDAP betrachten können; zu einer politischen *Kraft* wurden sie in keiner Phase.<sup>175</sup>

Daß Antisemitismus als politisches *Programm* in hessischen Wahlkreisen gleichwohl eine große Anziehungskraft besaß, konnte aus dem Reichstagswahlergebnis von 1907 entnommen werden. Darauf konnten zehn Jahre später die völkische Bewegung allgemein und die NSDAP im besonderen unter veränderten politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen aufbauen.

Die Anfänge antisemitischer Agitation durch die NSDAP sind in Kassel schwer zu datieren. Nur wenige verstreute Meldungen sind überliefert: 1925, anlässlich des Volksentscheids, hängte der Antiquitätenhändler Dolpsberg „antisemitische Hetzblätter schlimmster Art“ in seinem Schaufenster aus.<sup>176</sup>

Auch 1926 und 1927 wurde weiterhin über Versuche Dolpsbergs berichtet, antisemitische Literatur, u. a. den „Illustrierten Beobachter“ in Kassel zu verkaufen.<sup>177</sup> 1927 kam es aufgrund einer Anzeige des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens zu einem Verfahren gegen Dolpsberg wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“. Der Angeklagte wurde von Rechtsanwalt Dr. Roland Freisler vertreten, der die Verhandlung nutzte, um „die Juden, die uns knechten, die uns knuten“, zu denunzieren.<sup>178</sup> Es mehrten sich die Fälle, bei denen Vertreter jüdischen Firmeninhabern die Lieferung verweigerten oder jüdische Arbeitnehmer mit antisemitischen Begründungen nicht eingestellt wurden. 1929 wurde ein Mann von einem SA-Truppführer niedergeschlagen, weil er mit einem jüdischen Mädchen tanzte.<sup>179</sup> 1930 wurde der jüdische Geschäftsmann Albert Salzmann beschimpft und blutig geschlagen.<sup>180</sup> Im gleichen Jahr mißhandelten Nazis einen jüdischen Künstler derart, daß er mit gebrochenem Arm durch die Sanitäter ins Krankenhaus gebracht werden mußte.<sup>181</sup> Im Sportverein Kurhessen wurde der jüdische Handball-Schiedsrichter Sally Buch beschimpft.<sup>182</sup> Im August 1931 kam es im Dorf Wendershausen bei Witzenhausen zu einem Gewaltakt gegen Juden, der weites Aufsehen erregte.<sup>183</sup> Der Jung-jüdische Wanderbund Brith Haolim hielt vom 2.–5. August auf der Burg Ludwigstein ein Bundestreffen ab, an dem auch Jugendliche aus Kassel teilnahmen.<sup>184</sup> Eine Gruppe der Teilnehmer war in einer Scheune in Wendershausen untergebracht. Während einer Abschiedsfeier am 4. August in der Gastwirtschaft Apel in Wendershausen überfiel ein Trupp der Witzenhäuser NSDAP – überwiegend Schüler der Kolonialschule in Witzenhausen – bereits in der Scheune schlafende Jugendliche und verletzte einige von ihnen durch Schläge und Steinwürfe schwer. Anschließend flüchteten die Täter durch die Werra.

Im darauffolgenden Prozeß wurden 14 Personen vor dem erweiterten Schöffengericht wegen Landfriedensbruchs verurteilt. Es stellte sich heraus, daß die Täter unter anderem mit einer Pistole bewaffnet waren und den Überfall sorgfältig geplant hatten. Neun Personen wurden wegen Waffenmißbrauchs und Landfriedensbruchs zu Gefäng-

<sup>171</sup> Zu Stöcker siehe: Walter Frank: Hofprediger Adolf Stöcker und die christlich-soziale Bewegung. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt (1935). (Frank war Nationalsozialist). <sup>172</sup> Kurhessische Landeszeitung. Nr. 139 v. 18. 6. 1937. <sup>173</sup> Böckel führte als einer der ersten Reichstagskandidaten einen „modernen“ Wahlkampf mit hunderten von Wahlversammlungen, Plakatschlägen und Handzettelausteilungen an die Bevölkerung. Auch in der Wahlpropaganda ist er ein Vorbild für die NS gewesen. <sup>174</sup> Zusammengestellt nach Angaben aus: Lorenz Curtius: Der politische Antisemitismus von 1907–1911. ... a.a.O. (160). <sup>175</sup> Zur Frage der Kontinuität des deutschen Antisemitismus siehe: Shulamit Volkov: Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus. In: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte. Hrsg. von Karl-Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz. 33. Jg. 1985. Heft 2, April. <sup>176</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 3. Jg. 1926. Nr. 24, S. 4. <sup>177</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 3. Jg. 1926. Nr. 48, S. 7, 8. <sup>178</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 4. Jg. 1927. Nr. 24, S. 5. <sup>179</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 6. Jg. 1929. Nr. 43, S. 5. <sup>180</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 7. Jg. 1930. Nr. 45, S. 4. <sup>181</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 8. Jg. 1931. Nr. 49, S. 5. <sup>182</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 8. Jg. 1931. Nr. 43, S. 5. <sup>183</sup> Berichtet wurde in der regionalen und überregionalen Presse, eingehend dokumentiert wurde der Überfall im Kasseler Volksblatt. <sup>184</sup> Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Kassel. Strafsache gegen Langebekmann und Genossen wegen Landfriedensbruchs. 3. J. 836/31.

nisstrafen verurteilt. Im November 1932 wurden die Täter amnestiert. 1933 wurde die bei dem Überfall beschlagnahmte Pistole an die NSDAP in Witzenhausen zurückgegeben. Die Organisation und brutale Durchführung des Überfalls auf die Juden war neu und hatte eine breite Empörung hervorgerufen. Die Presse verfolgte die Verhandlung mit großer Aufmerksamkeit.<sup>185</sup>

Für die Kasseler Juden hatte dieses Ereignis noch einen anderen wichtigen Aspekt, den der Nebenkläger, Rechtsanwalt Kugelmann aus Kassel hervorhob: der Angriff war nicht offen, sondern heimtückisch erfolgt, und die jüdischen Jugendlichen hatten die Angreifer schließlich in die Flucht geschlagen: „...Im Gasthaus in Wendershausen... fragten die Älteren der Brith Haolim: Warum haben die Angreifer ihre Kampfeslust nicht ihnen gegenüber bewiesen? Warum sind die feige vorbeigeschlichen und haben sich auf die Jüngsten gestürzt? Ist das der Heldenmut, den ‚Deutschlands Erneuerer‘ im Dritten Reich bewähren wollen? Sie lassen sich in die Werra treiben, in dem Augenblick, in dem jüdische junge Leute zeigen, daß sie sich ehrlich wehren wollen...“<sup>186</sup>

Antisemitismus war der Teil nationalsozialistischer Weltanschauung, den die Nazis in Zeiten, in denen sie weder über Massenmedien noch über starke Aufmarschtruppen verfügten, unmittelbar und werbewirksam vertreten konnten. Er gab ihnen neben den vereinzelt Versammlungen und Auftritten im Stadtparlament Gelegenheit, öffentlich Aufsehen zu erregen. Dies geschah insbesondere durch persönliche Angriffe auf Mitglieder der jüdischen Gemeinde. Bis in die Anfänge der dreißiger Jahre haben sich Juden dagegen gewehrt und wurden von Nichtjuden unterstützt, wie die folgenden Beispiele belegen. In beiden Fällen geht es um die Person von Oswald Freisler.<sup>187</sup>

„Mitte August 1928 saß der Angeschuldigte eines Abends in der Tanzdiele des Hotels Schirmer zu Kassel an einem Tisch mit seiner Frau, einem Herren und einer anderen Dame. Am Nebentisch saß eine Gesellschaft, bestehend aus dem Facharzt Dr. Gossmann aus Kassel, seinen beiden Schwestern, dem jüdischen Bankier Wertheim aus Kassel, einem Amtsgerichtsrat und einem Herrn Ackermann. Man unterhielt sich darüber, daß letzterer sein Auto, einen Chryslerwagen, umtauschen wollte, und sprach, da

Ackermann schwerhörig ist, etwas laut. Im Laufe der Unterhaltung machte der Bankier Wertheim zu Dr. Gossmann gewandt dem Sinne nach die Bemerkung, es sei vaterländische Pflicht, daß ein Deutscher nur deutsche Wagen kaufe. Wie die Beteiligten ihre Plätze innehatten, sagte Wertheim diese Worte auch in der Richtung nach dem Platz des Angeklagten hin. Letzterer besitzt selbst einen ausländischen (Chrysler) Wagen und behauptet, Wertheim könne die Bemerkung nur mit Rücksicht auf seinen Wagen gemacht haben. Der Angeschuldigte, welcher als Antisemit bekannt ist, sagte nun in lautem Tone zu dem an seinem Tische sitzenden Herrn, ob er nicht wisse, daß in Berlin die meisten Juden ausländische Wagen fahren. Er gibt selbst zu, diese Worte bewußt als Erwiderung auf die Bemerkung Wertheims gesagt zu haben. Der Angeschuldigte sagte auch noch, es sei ganz einerlei, welche Wagen Ausländer fahren. Die Folge dieser Bemerkung war ein Wortwechsel zwischen Dr. Gossmann und dem Angeschuldigten, in dessen Verlauf Dr. Gossmann aufstand, zu dem Angeschuldigten hinging und ihn aufforderte, mit ihm hinauszugehen, um draußen die Unterredung fortzusetzen. Der Angeschuldigte lehnte diese Aufforderung ab, worauf Dr. Gossmann ihm in lautem Tone sagte, dann sei er ein Feigling. Der Angeschuldigte hat auf diesen Vorwurf weder an diesem Abend noch später etwas veranlaßt. Auf Anregung von Dr. Gossmann und Wertheim ist später von dem Geschäftsführer des Hotels Schirmer dessen Besuch verboten worden.“<sup>188</sup>

Der zweite Fall behandelt die Auseinandersetzung zwischen den Anwälten Oswald Freisler und Julius Dalberg im Jahre 1928. Vorauszuschicken ist, daß Oswald Freisler bereits vor dem Ehrengericht verurteilt war, weil er durch Beleidigung versucht hatte, „den gegnerischen jüdischen Kollegen in den Augen des Gerichts herabzusetzen“. In dem vorliegenden Fall traten Freisler und Dalberg als Prozeßgegner vor dem Amtsgericht Kassel auf. Es entsteht das Bild von verfeindeten Anwälten, die neben der Streitsache ihre politischen und persönlichen Grundhaltungen verfechten. Ein Auszug mag das verdeutlichen: „Der amtierende Richter hatte den Eindruck, daß der Angeklagte B (Freisler, W. P.) über die Schulter weg in herabsetzender Weise zu dem Angeklagten A (Dalberg, W. P.) hin sprach. Der Angeklagte A blieb während der Verhandlung bis zu

<sup>185</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck, 8. Jg. 1931, Nr. 31 S. 9. <sup>186</sup> Das Kasseler Volksblatt rügte die Untersuchungsführung und bemängelte, daß der Verteidiger Dr. Roland Freisler vor der Aufklärung des Sachverhaltes mit dem Beschuldigten sprechen konnte. Es wurde die Erwartung geäußert, „daß die ‚aus besserem Hause stammenden Kolonialschüler‘ nicht anders behandelt würden wie die ‚Proletarier‘“. (Kasseler Volksblatt vom 8. 8. 1931 Nr. 183). <sup>187</sup> Oswald Freisler war als Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht in Kassel seit 1924 eingetragen und betrieb zusammen mit seinem Bruder Roland Freisler eine Anwaltspraxis in Kassel. Beide Brüder traten früh in die NSDAP ein. Einfluß in der Kasseler NSDAP erlangte Oswald Freisler nicht. In wenigstens drei Fällen wurde Oswald Freisler wegen beleidigender Äußerungen gegen Juden vom Ehrengericht verurteilt. <sup>188</sup> Zentrales Staatsarchiv Potsdam. Bestand Ehrengerichtshof Nr. 2070. Ehrengerichtliche Strafsache gegen den Rechtsanwalt Dr. Oswald Freisler in Kassel.

letzt ruhig und beschwichtigte auch mehrfach den Beklagten, als dieser erregt dazwischen sprechen wollte. Als der Angeklagte B einmal äußerte, daß die von dem Angeklagten Dalberg vorgebrachten Behauptungen aus der Luft gegriffen seien, antwortete der Angeklagte: ‚Die Luft, aus der ich greife, ist wenigstens rein‘ oder ‚ist reiner als ihrige‘, und als der Angeklagte A zu dem Angeklagten B sagte: ‚Ich könnte Ihnen draußen noch viel mehr sagen‘ erwiderte ihm der Angeklagte B: ‚Mit einem Mann, wie sie sind, unterhalte ich mich nicht‘ oder ähnlich.“

Die Auseinandersetzung steigerte sich. Dalberg und Freisler warfen nach Schluß der Sitzung gegenseitig ihre Akten auf die Erde. Dalberg sagte dabei zweimal zu Freisler: „Behalten Sie sich nicht wie ein Tier“. Freisler forderte Dalberg daraufhin auf, mit ihm vor die Tür zu gehen. Auf dem Korridor versetzte Freisler Dalberg zwei Schläge. Dieser hielt Freisler daraufhin mit den Worten fest: „Ich bin der Stärkere, wenn ich jetzt schlagen würde, wäre ich in Notwehr.“ Die Streitenden wurden getrennt, Freisler festgehalten. Als man ihn losließ, stürzte er sich noch einmal auf Dalberg und versetzte ihm einige Schläge. Der Streit wurde von einer großen Anzahl „Beamter und Rechtssuchender“ beobachtet. Das Ehrengericht stellte fest, daß Dalberg sich eines schweren Verstoßes gegen die kollegialen Pflichten des Anwalts schuldig gemacht hatte, indem er Freisler beleidigte, und verurteilte ihn zu einem Verweis und 300,- M Geldstrafe. Freisler wurde wegen Verletzung der Würde des Anwaltsstandes in einer unerhörten Weise zu einem Verweis und 1000,- M Geldstrafe verurteilt. Von einer Ausschließung Freislers aus der Anwaltskammer, die beantragt war, sah das Ehrengericht ab, da er sich in einem „Zustand höchster Erregung befand“.<sup>189</sup>

Beide Angeklagte legten Berufung ein und entschuldigten ihre Handlung mit Erregung. Bei Freisler wurde diese anerkannt, seine leichte Erregbarkeit war stadtbekannt. Bei Dalberg dagegen konnte keiner der Zeugen bekunden, daß er merklich erregt gewesen wäre.

Beide Rechtsanwälte hatten sich gegenseitig gereizt, wohl hoffend, der Gegner würde sich zu einer unbedachten Äußerung oder Handlung vor Gericht hinreißen lassen und seinem Ansehen schaden. Dalberg könnte von Anfang an auf Freislers Erregbarkeit gerechnet und ihn zu den Handgreiflichkeiten herausgefordert haben. Dafür spricht sein besonnenes Auftreten, was ihm zu jedem Zeitpunkt des Prozesses bescheinigt wurde. Hatte er auf eine Entlassung seines Gegners aus dem Anwaltsstand gehofft,

was sicherlich nicht nur einen beruflichen Abstieg Freislers, sondern auch einen politischen Schlag für die Nationalsozialisten Kassels bedeutet hätte, so war er diesem Ziel sehr nahe gewesen.

Diese Formen des verdeckten oder offenen Radau-Antisemitismus dienten, wie die Auftritte Roland Freislers vor Gericht oder in der Stadtverordnetenversammlung, der öffentlichkeitswirksamen Werbung für die NSDAP!

Das Jahr 1930 brachte neue und für die Juden gefährliche Formen des Antisemitismus. Mit dem Aufstieg zur zweitgrößten Partei in der Wahl vom 14. September wuchsen die Nationalsozialisten zu einer bedrohlichen Kraft.

Mit der wöchentlich erscheinenden Parteizeitung „Der Sturm“ verfügten sie außerdem erstmals über ein regionales Propagandainstrument, das sie zur antisemitischen Agitation nutzen konnten.<sup>190</sup> Seit dem 1. Dezember erschien die in „Hessische Volkswacht“ umbenannte Zeitung täglich.

Bei der Werbung für das Parteiblatt rekurrierte der Verlag ebenfalls auf die antisemitische Bewegung der 90er Jahre, „... Der gewaltigen Bedeutung unserer Bewegung muß nun der Ausbau unserer Presse angepaßt werden. Nicht gute Worte oder der Wahlzettel, sondern *die Tat allein ist entscheidend!* Denkt an das traurige Ende von *Otto Boeckel* und seine Bewegung! Es ist Pflicht jedes nationalsozialistischen Wählers, sofort die am 1. Dezember erscheinende Tageszeitung ‚Hessische Volkswacht‘ bei der Post zu bestellen...“

Wir bieten Euch:

*Große Politik im Spiegel des Nationalsozialismus.*

*Unterhaltung und Romane in deutschem Geist.*

*Wirtschaftliche Betrachtung durch die nichtjüdische Brille gesehen.*

*Sportnachrichten, Bilder, Marktberichte usw., einen Anzeigenteil, in dem jüdische Geschäfte keinen Platz haben, unabhängig von den jüdischen Anzeigenaufträgen werden wir jederzeit *das Kind beim richtigen Namen nennen!*...<sup>191</sup>*

Spezialisiert hatten sich die Redakteure dabei auf Meldungen über Denunziationen und die Ausbreitung von „Tatsachen“, um Prozesse gegen Juden in Gang zu setzen, oder aber auf reißerische Prozeßberichte. Die Berichte waren nicht selten haltlos, und die Zeitung mußte Gegendarstellungen abdrucken, die den Ruf aber nicht schädigen konnten. Wichtig waren die veröffentlichten Beschuldigungen. Die Hessische Volkswacht stellte diese antisemitischen Ausfälle als „unabhängige“ Berichterstattung dar

<sup>189</sup> Zentrales Staatsarchiv Potsdam. Bestand: Ehrengerichtshof, Nr. 2018, Ehrengerichtliche Strafsache gegen 1. den Rechtsanwalt Julius Dalberg in Kassel und 2. den Rechtsanwalt Dr. Oswald Freisler in Kassel. <sup>190</sup> Vgl. Anm. 15. <sup>191</sup> Hessische Volkswacht, 1. Jg. Nr. 40 v. 14. 11. 1930.

und warf dem nationalen Kasseler Volksblatt vor, daß es Anzeigen von Juden veröffentliche. Das sozialdemokratische Kasseler Volksblatt wurde als „Warenhausgeneralanzeiger“ bezeichnet.<sup>192</sup>

Die Hessische Volkswacht profilierte sich als antisemitisches Radaublatt. Gegendarstellungen benutzte sie, um mit eigenen Gutachten ihre Berichterstattung zu untermauern und den Gegenstand noch länger in der öffentlichen Diskussion zu halten. Die meisten Artikel waren anonym verfaßt; für andere war der Schriftleiter, u. a. Wolfgang Bergemann, verantwortlich.<sup>193</sup>

Antisemitische Propaganda wurde auch auf den zahlreichen Parteiversammlungen verbreitet. Wolfgang Bergemann, Roland Freisler, Rudolf Likus, Gustav Bernhardt und seit 1932 Alfred Rosenthal sind hier als Redner zu nennen. Alfred Rosenthal war der Spezialreferent der NSDAP für Religionsfragen und Freimaurerei.<sup>194</sup> Rosenthal, von Beruf Apotheker, trat als Talmudforscher auf. Er unterschied sich in seinen Referaten und Artikeln von seinen Rednerkollegen durch Gelehrtenhabitus und sektiererische Verbohrtheit, die ihn zu abstrusen Thesen in den Bereichen der Symbolik und Semiotik brachte, die auch von gutwilligen Zuhörern als Hirngespinnste angesehen wurden.

Auf einer Versammlung im Juni 1932 in Rotenburg über „Talmud und Symbolik der Freimaurerei“ hatten Juden ob seiner Anschuldigungen Rednerrecht verlangt, um auf seine Ausführungen zu antworten. Da ihnen „die Ehre einer Diskussion“ nicht gegeben wurde, beriefen sie eine eigene Versammlung unter Leitung des Rabbiners Neuhaus am nächsten Tag ein.

Diese Gegenversammlung, bei der eine größere Anzahl von NSDAP-Mitgliedern – die Hessische Volkswacht sprach von 50 % der Zuhörer – anwesend war,<sup>195</sup> endete mit einem Mißerfolg für die NS. Solche Gegenversammlungen wurden jedoch sehr selten von jüdischen Gemeinden veranstaltet. Die Entgegnung auf den NS-Versamm-

lungen mußte Rednern der Arbeiterparteien überlassen bleiben.

Zentrum der jüdischen Abwehr war, wie schon berichtet, der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Er brachte Beleidigungen und tätliche Angriffe auf Juden zur Anzeige, führte Versammlungen in den Gemeinden durch, in denen die Lage und das Verhalten der Juden besprochen wurden. Die Aktivitäten des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten waren ähnlicher Art. Es gab Versuche, den Boykottaufrufen der NS gegenüber den jüdischen Betrieben einen Boykott der Gemeindemitglieder gegen die Geschäfte von Nationalsozialisten entgegenzusetzen.<sup>196</sup> Gleichzeitig wurde dazu aufgerufen, Geschäfte von Juden zu bevorzugen.

Es gab also jüdische Gegenwehr gegen die antisemitische Bedrohung durch die NSDAP. Sie bestand jedoch vor allem in der Stützung aller Gegner der Nationalsozialisten. Ganz allgemein läßt sich eine politische Zurückhaltung der Juden in Kassel feststellen. Zu den politischen Arbeiterparteien fehlten aufgrund der spezifischen Klassenstruktur der Juden nahe Verbindungen.

Ausnahmen waren die Mitglieder der SPD und die aus der jüdischen Gemeinde ausgetretenen Mitglieder der KPD und des ISK. Dr. Adolf Hohenstein, Mitglied der SPD, war Polizeipräsident in Kassel seit 1928. Sein entschlossenes Auftreten gegen die Nationalsozialisten machte ihn zu einem der am meisten gehaßten Beamten in Kassel. 1932 beim „Preußenschlag“ wurde Hohenstein zusammen mit dem Oberpräsidenten Haas in den Ruhestand versetzt.<sup>197</sup> Eine Anzahl von Kasseler Juden soll auch im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold organisiert gewesen sein.

Die Juden waren als assimilierte Bürger darauf angewiesen, daß man für sie eintrat. In einer breiten Massenauflehnung hätten auch sie ihren Beitrag geleistet. Für eine gesonderte Aktion, gar für einen isolierten bewaffneten Widerstand, fehlte jede Voraussetzung.

## Die Verfolgung der Kasseler Juden in der NS-Zeit

### 1933–1935 Der Angriff auf die Existenz der Juden

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler Reichskanzler, die Machtergreifung war damit aber nicht beendet. Die sofort einsetzende, im Hinblick auf die Wahl vom 5. März 1933 besonders brutal geführte Unterdrückung und Verfolgung der politischen Gegner wurde begleitet von einem Schlag

gegen die in Deutschland lebenden Juden. Terror und Sondergesetze, probate Mittel zur Stabilisierung der Macht der Nationalsozialisten, dienten auch der Verwirklichung antisemitischer Zielsetzungen von Partei und Staat.<sup>198</sup> Gewissermaßen im Schatten, den die Kämpfe

<sup>192</sup> Hessische Volkswacht. 2 Jg. Nr. 78 v. 2/3. 4. 1931 Nr. 118 v. 10. 6. 1932. <sup>193</sup> 1931 wurde Bergemann aufgrund eines Aufsatzes in der Hessischen Volkswacht wegen Religionsbeschimpfung verurteilt (Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 8. Jg. 1931, Nr. 30 S. 4. <sup>194</sup> Zu Rosenthal siehe auch S. 206 dieses Beitrags. <sup>195</sup> Hessische Volkswacht. <sup>196</sup> Jüdische Wochenzeitung für Kassel, Hessen und Waldeck. 6. Jg. 1929, Nr. 25 S. 7. <sup>197</sup> Vgl. Kasseler Post v. 22. 7. 1932. <sup>198</sup> Vgl. dazu Beitrag von D. Krause-Vilmar: Hitlers Machtergreifung in der Stadt Kassel.

der „nationalen Revolution“ warfen, wurde mit den Juden „abgerechnet“. Die Bürgerkriegsatmosphäre konnte eher als Erklärung für die Mißhandlung jüdischer Bürger erhalten als das propagandistische Schreckbild vom jüdisch-

bolschewistischen Weltfeind, das keinen Bezug zur Wirklichkeit enthielt. Terror und Sondergesetze liefen nicht getrennt nebeneinander her, sondern standen in vielfältiger Beziehung.<sup>199</sup>

## Terror gegen die jüdische Bevölkerung

### Die Situation in Kassel

Am Abend des 30. Januar 1933 zogen Tausende von Nationalsozialisten mit Fackelzügen durch die Kasseler Innenstadt, um ihren Sieg zu feiern. In der gleichen Nacht kam es zu den ersten Ausschreitungen gegen Kasseler Juden. In den Straßen wurden antisemitische Lieder gesungen und Läden jüdischer Geschäftsleute demoliert.<sup>200</sup>

Ob diesen ersten judenfeindlichen Ausfällen weitere Tötlichkeiten in den nächsten Tagen folgten, ist nicht bekannt. Der massive Einsatz von Geheimer Staatspolizei, SA und SS wandte sich in diesen ersten Wochen gegen politische Gegner, vor allem gegen Anhänger der linken Parteien,<sup>201</sup> unter ihnen natürlich auch Mitglieder, die von den NS als Juden verfolgt wurden,<sup>202</sup> wie z. B.: Kurt Engelbert (SPD), Adolf Hohenstein (SPD), August Cohn (KPD), Erwin Cohn (KPD), Julius Loeb (KPD), Julius Oppenheim (KPD), Ruth Haller (KPD), Willi Schifftan (KPD), Dr. Erich Lewinski (ISK).

Bei den genannten Personen ist die Verbindung zum Judentum zumindest durch längere Mitgliedschaft in der jüdischen Gemeinde oder durch das Elternhaus gegeben. Die Begrifflichkeit der Nazis, die nach ihrer rassistischen Definition weit mehr Personen diffamierten, wurde nicht übernommen.<sup>203</sup>

Bemerkenswert ist, daß eine besondere „Behandlung“ dieser oben aufgeführten politischen Gegner aufgrund ihrer jüdischen „Abstammung“ durch Polizei oder Gerichte in den ersten Jahren des Regimes nicht nachweisbar ist und auch in Gesprächen mit Überlebenden verneint wurde.<sup>204</sup>

In dem Verfahren gegen Oppenheim vor dem Oberlandesgericht in Kassel wegen Vorbereitung zum Hochverrat heißt es, daß er „Sproß einer geachteten Kasseler Familie“

sei.<sup>205</sup> Eine Diffamierung von Oppenheim oder seiner Familie als Juden läßt sich nicht feststellen. Das Wort Jude taucht im Zusammenhang mit seiner Verurteilung nicht auf.

Die antisemitische Propaganda intensivierte mit dem 30. 1. 1933 ihre herabsetzenden Angriffe auf die jüdische Bevölkerung. In der „Hessischen Volkswacht“ wurden von Februar bis April 1933 50 Hetzartikel abgedruckt, viele diffamierten mit voller Nennung des Namens Juden aus Kassel und den umliegenden Gemeinden.<sup>206</sup> Die antisemitische Propaganda war gesteigert worden, insgesamt hatte sie aber im Kanon der judenfeindlichen Aktionen an Bedeutung verloren. Sie war nicht mehr alleiniger oder hauptsächlichlicher Träger des Antisemitismus, sondern nur noch ein Organ zu seiner Verbreitung. Andere wirksame Formen der Bekämpfung der Juden traten ihr zur Seite. Der Auftakt des Terrors gegen die Juden in Kassel, eine Boykottdemonstration am 9. März 1933, fand nach den Reichstagswahlen und vor den Kommunalwahlen statt. In einem Artikel vom 10. 3. 1933 begründet die Hessische Volkswacht den Zeitpunkt:

„Nachdem das erwachende deutsche Volk, das den Nationalsozialisten am vergangenen Sonntag ein überwältigendes Vertrauensvotum ausgesprochen hatte, in den vergangenen Tagen die öffentlichen Gebäude Kassels mit *Hakenkreuzfahnen* versehen hatte, um zu zeigen, daß Kassel mit seinen 55 000 nationalsozialistischen Wählern nun endlich Schluß macht mit der Zeit der Tyrannei und gewillt ist, den nationalsozialistischen Forderungen zum Recht zu verhelfen, nachdem vom Gewerkschaftshaus, der roten Zentrale, *nationalsozialistische Worte erklingen* sind, die dem deutschen Arbeiter zeigen, wer seine Interessen auf-

<sup>199</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen von Adam über Politik und Terror. In: Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. Unveränderter Nachdruck des erstmals 1972 erschienenen Werkes. Düsseldorf: Droste 1979 (Athenäum-Droste-Taschenbücher; 7223; Geschichte) S. 46 ff. <sup>200</sup> Interview mit Frau Sophie Reckewell am 11. 6. 1984. <sup>201</sup> Vgl. dazu die Beiträge von Dietfried Krause-Vilmar: Hitlers Machtergreifung in der Stadt Kassel und von Jörg Kammler: Widerstand und Verfolgung – illegale Arbeiterbewegung, sozialistische Solidargemeinschaft und das Verhältnis der Arbeiterschaft zum NS-Regime. <sup>202</sup> Während die jüdischen Mitglieder der KPD zum großen Teil bekannt sind, gibt es für die SPD keine annähernd sicheren Angaben. <sup>203</sup> So wurde Otto Schöny als Gegner des NS-Regimes folgendermaßen gebrandmarkt: Das ist Schöny: Der Rasse nach Jude, von Religion Katholik, Zentrumsmann, vor wenigen Jahren noch Redakteur, bis jetzt stellvertretender Polizeipräsident. Und nun?“ (Hessische Volkswacht. 2. Jg. Nr. 272 vom 6. November 1931). <sup>204</sup> Interview mit Julius Loeb am 18. 9. 1985. <sup>205</sup> Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht in Kassel: OJ49/33 vom 29. 7. 1933. Aus der Urteilschrift gegen Karl Wloch und Genossen. <sup>206</sup> Zum Beispiel der Artikel „Jüdische Frechheit!“ gegen den Kaufmann Max Meyer. (Hessische Volkswacht. 4. Jg. Nr. 88 vom 13./14. 4. 1933 S. 7).

richtig und wahrhaft vertritt, hat am gestrigen Donnerstag Kassel eine *Demonstration von seltener Eindringlichkeit erlebt*. Diesmal ging es *gegen* das Warenhaus, ging es *gegen* die jüdischen Geschäfte,....<sup>207</sup>

Der Boykott sollte nicht nur die jüdischen Geschäftsleute diskriminieren und wirtschaftlich schwächen. Er diente auch zur Werbung von Wählern aus dem Mittelstand. Anders als die Aufrufe zur Meidung jüdischer Geschäfte, der sogenannte „trockene Boykott“, zeigte die Demonstration vom 9. März eine schnelle Wirkung durch die Mischung von Propaganda und unmittelbarem Zwang: SA-Posten vor den Geschäften, Fotografieren von Menschen, die die jüdischen Geschäfte betreten, Ansammlung „bedrohlicher Menschenmassen vor den Geschäften“. Als Folge mußten am Nachmittag des 9. März 1933 die jüdischen Inhaber ihre Geschäfte schließen.<sup>208</sup>

Propaganda allein hätte das nicht vermocht. Dieser von der NSDAP gesteuerte Willkürakt, der äußerlich in „Ruhe und Ordnung“ verlief, zog eine weitere Form der Gewalt nach sich, die in Zukunft Bestandteil vieler Demonstrationen war: die „Einzelaktion“. In der Nacht des 12. März 1933 warfen unbekannte Täter die Scheiben der Geschäfte jüdischer Inhaber ein. Darüber wurde in der Hessischen Volkswacht nicht berichtet. Es paßte nicht in das Bild der Ordnung, mit der die nationalsozialistische Volksempörung vor sich zu gehen hatte. In den Landkreisen kam es ebenfalls zu Boykottaktionen. In Jesberg z. B. besetzten SA-Leute am 11. März 1933 die Ortsausgänge und die „Ortsmitte“. Sie hatten „die Bevölkerung darauf aufmerksam zu machen, nicht bei Juden zu kaufen, sondern in deutschen Geschäften. Ferner sei ihnen jede Gewaltanwendung verboten, sondern sollten das kauflustige Publikum nur darauf aufmerksam machen.“<sup>209</sup>

Nach den Angaben der Polizei war es während der Boykottaktion „zu irgendwelchen Reibereien“ nicht gekommen; „die Bevölkerung (nahm) diese Maßnahme stillschweigend, teils auch lächelnd zur Kenntnis“.<sup>210</sup>

Am 15. März 1933 ließ der Gauleiter Weinrich in der Hessischen Volkswacht eine Pressemeldung veröffentlichen, die in Wortwahl und Duktus an Primitivität kaum noch zu überbieten war.

„Warnung! Es häufen sich Mitteilungen, daß rassejüdische Blutsauger unter Anwendung verwerflicher Methoden und unter Ausnutzung der Unkenntnis weiter Teile

besonders des ländlichen Handwerkerstandes Gelder zu erpressen versuchen, auf die die jüdischen Blutsauger dem Rechtsempfinden nach keinerlei Anspruch haben. In Berlin sind bei den zuständigen Stellen Schritte zum Schutz gegen diese Willkür unternommen worden. Die rassejüdischen Blutsauger wollen sich gesagt sein lassen, daß in Deutschland eine nationale Revolution stattgefunden hat und daß die nationalsozialistischen Träger dieser Revolution mit den allerschärfsten Mitteln die Ausplünderung des Bauern und des gewerblichen Mittelstandes verhindern und soweit erfaßbar das Vermögen der jüdischen Blutsauger für die den deutschen werktätigen Schichten unrechtmäßig zugefügten Schäden haftbar machen werden. Wir sind nicht in Palästina, sondern in Deutschland. Über alle erpresserischen Übergriffe rassejüdischer Halsabschneider ist sofort an die Gauleitung Mitteilung zu machen.

Für die Richtigkeit:

gez. Friedrich  
Gaugeschäftsführer

gez. Weinrich  
Gauleiter<sup>211</sup>

Solche Mitteilungen der Gauleitung waren Freibriefe für die örtlichen NSDAP-Gliederungen, und gerade in den Dörfern und Kleinstädten wurden die Juden in besonderem Maße belästigt, unterdrückt und verfolgt.

In Kassel erreichten die antisemitischen Ausschreitungen am 24. und 25. März einen ersten Höhepunkt.<sup>212</sup> An diesen Tagen verhafteten SA-Trupps Kasseler Juden, brachten sie in ihr Lokal, die „Bürgersäle“, und hielten dort eine Art Standgericht ab.

Zusammen mit anderen wurden die jüdischen Kaufleute Ball, Feuerstein und Strauss, der Bankier Plaut und die Rechtsanwälte Dalberg und Dr. Max Plaut mißhandelt.<sup>213</sup>

Ball, Dalberg und Strauss wurden schwer verletzt. Max Plaut starb am 31. 3. 1933 an den Folgen der Mißhandlung.<sup>214</sup>

Offiziell wurde den Verhafteten vorgeworfen, daß „sie z.T. als geistige Urheber an der Mordsache Messerschmidt in Frage kämen, teils weil sie überhaupt mit der KPD sympathisiert und diese, wie der SA bekannt sei, auch finanziell gefördert hätten...“<sup>215</sup>

Nachweise für diese Behauptung konnten jedoch nicht erbracht werden. Die Begründungen waren beliebig. In Wirklichkeit wurden die Juden festgenommen und mißhandelt.

<sup>207</sup> Hessische Volkswacht, 4. Jg. Nr. 59 vom 10. März 1933. <sup>208</sup> Ebenda. <sup>209</sup> Staatsarchiv Marburg, 165/3982, Bd. IX. <sup>210</sup> Ebenda. <sup>211</sup> Hessische Volkswacht, 4. Jg. Nr. 63 vom 15. März 1933. <sup>212</sup> Vgl. dazu: Jörg Kammler, Dietfried Krause-Vilmar (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933–1945. Eine Dokumentation. Fuldabrück: Hesse 1984, S. 230 ff. <sup>213</sup> Eine wichtige Quelle für diese Ausschreitungen gegen Kasseler Juden ist das Protokoll des Polizeipräsidenten in Kassel über die Mißhandlungen. (Staatsarchiv Marburg, 165/3982 Bd. X). <sup>214</sup> Ebenda. <sup>215</sup> Ebenda.

delt, weil sie den Nazis unliebsam aufgefallen waren als Rechtsanwälte, Musikkritiker, Kaufleute. Die versteckten und offenen Drohungen aus der Zeit vor dem 30. Januar 1933 wurden jetzt wahrgemacht. Der Kreis der von den Nazis gesuchten Juden war größer als die Anzahl der mißhandelten Menschen. Einigen, wie Aschkenazy und Fischer, gelang es, sich vor den Häschern zu verstecken, andere, wie der Rechtsanwalt Julius Dalberg, liefen ihnen in die Arme, als sie sich für einen Verfolgten einsetzen wollten.<sup>216</sup>

Ausgeführt wurden die Mißhandlungen von SA-Leuten. Der Polizeipräsident war ständig unterrichtet, unternahm aber nichts. Gegenüber dem Regierungspräsidenten begründete er seine Untätigkeit damit, daß „wirksame Abhilfe nur geschaffen werden könne, wenn man verhindern könne, daß überhaupt Zivilpersonen von SA-Leuten in die Bürgersäle gebracht würden. Das sei aber nur durch polizeilichen Einsatz möglich, der nötigenfalls die zu Gebote stehenden Machtmittel (Waffengebrauch) anwenden müsse. Derartige bewaffnete Auseinandersetzungen mit der SA seien aber bei der gegenwärtigen Situation völlig undiskutabel, da die dadurch möglicherweise entstehenden Folgen unübersehbar seien.“<sup>217</sup>

Die Gewalttaten wurden auch an den folgenden Tagen fortgesetzt, ihr Schreckensruf breitete sich aus. Wie schwer die Mißhandlungen der Juden in Kassel im Vergleich zu anderen Orten im Deutschen Reich waren, läßt sich schwer sagen. Die ersten Publikationen über die NS-Greuel, die im Ausland erschienen, berichten jedenfalls von den Ausschreitungen in Kassel.<sup>218</sup> Ausländische Korrespondenten brachten Nachrichten über das, was sie gehört und gesehen hatten, in ihre Heimatländer. Im Ausland kam es zur Empörung, auch zu einem Boykottaufruf. Insbesondere in den USA wurde dazu aufgefordert, deutsche Waren nicht mehr abzunehmen.<sup>219</sup>

Ein Mittel, das auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise Druck auf die deutsche Regierung ausüben sollte, für den Schutz der Juden zu sorgen. Das Ziel wurde jedoch nicht erreicht. Die Regierung verbat sich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des deutschen Staates und leugnete die brutalen Akte ab. Die lokalen Parteiorgane zwangen jüdische Gemeinden zu Gegendarstellungen: „Wir, die Unterzeichneten, die Gemeindeglieder von Melsungen, erklären hiermit, daß in ihrem Gemeindebezirk Greueltaten irgendwelcher Art oder Schändung am

Friedhof oder der Synagoge nicht vorgekommen sind.“<sup>220</sup> Privatpersonen wie General Lettow-Vorbeck, der deutsche Pfadfinderverband, der deutsche Offiziersverband, die Interessenvertretung der deutschen Geflügelwirtschaft und eine Anzahl von Firmen nutzten ihre Verbindungen, um die Nachrichten zu dementieren.<sup>221</sup> In Kassel verschickte ein „alter Offizier“ vorformulierte Briefe an Bekannte und Freunde in denen er versicherte, „daß an den ganzen Behauptungen auch nicht ein wahres Wort ist“.<sup>222</sup>

Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormals Beck & Henkel, in Kassel übergab ausländischen Vertretungen eine Note, in der sie um Aufrechterhaltung der guten Geschäftsbeziehungen bat: „Wir halten es angesichts der Schauernachrichten, welche in der ausländischen Presse über in Deutschland stattgefundenen Judenverfolgungen, Unruhen und dergleichen kursieren, für unsere moralische Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß diese Nachrichten in keiner Weise den Tatsachen entsprechen. Das geschäftliche sowie private Leben in Deutschland wickelt sich, nachdem die ersten Tage der Umwälzung vergangen sind, in vollkommener Ruhe ab, und jeder geht seinen Geschäften nach. Die deutsche Wirtschaft wünscht nichts sehnlicher, als daß sich die Verhältnisse in Deutschland in der gleichen ruhigen Weise weiterentwickeln und so zum Nutzen unseres Landes das allgemeine Vertrauen in die Wirtschaft wieder hergestellt wird. Der ehrliche Wille hierzu sowie zur Aufrechterhaltung guter geschäftlicher und politischer Beziehungen mit dem Ausland ist überall vorhanden... Es wäre sehr bedauerlich, wenn dieser durch Abwehrmaßnahmen, zu welchen sich die deutsche Regierung infolge der antideutschen Propaganda im Ausland veranlaßt sehen könnte, beeinträchtigt würde. Wir wären Ihnen daher dankbar, wenn Sie in diesem Sinne auch in Ihrem Lande aufklärend wirken würden, da dies für den Handelsverkehr mit ihrem Lande nur von Vorteil sein kann und Sie damit auch der Wahrheit dienen. Hochachtungsvoll“<sup>223</sup> Dieses Schreiben ging an 76 Auslandsvertretungen der Maschinenbau-AG, und obwohl eine Stellungnahme nicht verlangt war, erhielt die Firma von einigen Vertretungen Antwort. Eine davon soll hier wiedergegeben werden. Sie zeigt in erschreckendem Maße, wo die Interessen der Handelspartner lagen, nicht bei den unterdrückten Opfern des NS-Regimes, sondern bei der Aufrechterhaltung der gefährdeten Handelsbeziehungen:

<sup>216</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde, Akte: Julius Fischer, K-9069-85-A-Fi. <sup>217</sup> Staatsarchiv Marburg, 165/3982 Bd. 10. <sup>218</sup> Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror. Vorwort von Lord Marley. Basel: Universum Bücherei (1933). Deutschland vom Feind besetzt. Die Wahrheit über das Dritte Reich. Bilder und Dokumente zusammengestellt und herausgegeben vom Internationalen Antifaschistischen Archiv. Paris: 1935. S. 230 f. <sup>219</sup> In der Hessischen Volkswacht wurde ausführlich über Boykottmaßnahmen im Ausland berichtet und propagandistisch zur Begründung eigener „Abwehrmaßnahmen“ genutzt. (Hessische Volkswacht 4. Jg. Nr. 74 vom 28. 3. 1933). <sup>220</sup> Staatsarchiv Marburg, 165/3982 Band IX. <sup>221</sup> Hessische Volkswacht, 4. Jg. Nr. 77 vom 31. 3. 1933. <sup>222</sup> Staatsarchiv Marburg, 165/3982 Band IX. <sup>223</sup> Ebenda.

„...Vom Inhalt Ihres Schreiben nahm ich Kenntnis. Obwohl in unserem Lande von den Schauernachrichten nichts zu merken ist, werde ich gegebenenfalls aufklärend mitwirken. Das christliche (sic!) Ungarn steht ganz auf Seiten Deutschlands, zumal hier jedermann genau weiß – weil am eigenen Leibe erfahren – was vom Kommunismus zu erwarten ist. Nötig wäre es aber, daß Deutschland sich nicht verschließe gegen die Einfuhr von Agrarprodukten, weil unser Staat nur dann mit Auslandsdevisen im Ausland bestellen kann, wenn man ihm selbst seine Produkte abnimmt. Heute beruht die Handelswirtschaft auf Gegenseitigkeit. Dies gehört nicht ganz zum Stoffe ihres Schreibens, doch wäre zu wünschen, daß der Gedanke der ‚Eigenwirtschaft‘ in Deutschland nicht dazu führen möge, die Grenzen gegen jede Einfuhr zu schließen. Hier liegen meine Bedenken, nicht auf der politischen Seite. Hochachtungsvoll“<sup>224</sup>

Diese Versuche, den Terror der SA zu vertuschen und zu leugnen, stammten aus den Tagen vom 26. bis 31. März 1933. Zur gleichen Zeit organisierte die NSDAP einen reichsweiten „Abwehrkampf“ gegen die „internationale jüdische Greuel- und Boykotthetze“<sup>225</sup> und bildete ein Zentralkomitee mit dem Gauleiter von Franken, Julius Streicher, als Vorsitzenden.<sup>226</sup> Dieses Zentralkomitee ordnete die Bildung von Aktionskomitees in jeder Ortsgruppe an. Sie sollten einen Boykott jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren und jüdischer Rechtsanwälte am Samstag, den 1. April 1933, um 10.00 Uhr vorbereiten und durchführen. Den NSDAP-Ortsgruppen ging als Leitfaden ein 11-Punkte-Programm vom Zentralkomitee zu, das die Aktion im einzelnen regelte.<sup>227</sup> Am 31. 1. 1933 rief die Ortsgruppe Kassel-West sämtliche Zellenwarte auf, noch am gleichen Tage die genauen Adressen aller jüdischen Geschäftsinhaber, Ärzte, Rechtsanwälte und Grundstücksmakler bei der Geschäftsstelle abzugeben.<sup>228</sup> Die Kreisleitung der NSDAP Kassel-Stadt teilte mit, daß scharfe Straßenkontrollen vorgesehen seien, und forderte Geschäftsleute in Kassel, die zu jüdischen Kaufleuten Verbindung hielten, auf, sich nach ausreichendem Ersatz umzusehen, denn „bei dem allgemeinen Volkszorn“ sei nicht abzusehen, „ob die Betätigung jüdischer Rechtsanwälte, Ärzte, Kaufleute usw. überhaupt noch möglich sein wird, solange die jüdische Greuelpropaganda im Ausland andauert“.<sup>229</sup>

Am 31. März und am 1. und 2. April wandte sich Gauleiter Weinrich an die Bevölkerung des Gauess Hessen-Nassau-Nord, um noch einmal den Boykott zu begründen und darauf hinzuweisen, daß der Boykott „in aller Disziplin durchgeführt und gegen Elemente, die den disziplinierten Boykott der nationalen Bewegung in Mißkredit zu bringen versuchen dadurch, daß sie gegen Juden tätlich vorgehen, daß sie Schaufenster jüdischer Geschäfte einschlagen oder Plünderungen vorzunehmen versuchen, ... mit barbarischen Mitteln vorgegangen wird.“<sup>230</sup>

Die Worte waren verräterisch, Disziplin und Barbarei lagen dicht nebeneinander.

Am Freitagabend, dem 31. März, traten dann 400 SA-Männer, 100 SS-Männer und 120 Hitlerjungen auf dem Ständeplatz an und zogen unter Führung des Gauführers des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand, Bernhardt, durch Kassels Straßen. Auf verschiedenen Plätzen hielt der Zug, und Bernhardt erklärte nochmals den Verlauf der Boykottaktion am nächsten Tag.<sup>231</sup>

Damit waren die Vorbereitungen für den Boykott am 1. April in Kassel abgeschlossen. Er verlief am nächsten Tag so wie bereits am 9. März. SA-Leute zogen als Wachen vor den gekennzeichneten Geschäften auf, Käufer, die die Geschäfte betreten, wurden fotografiert und angepöbelt. Auf dem Opernplatz war als „Attraktion“ ein „Konzentrationslager für widerspenstige Staatsbürger, die ihre Einkäufe bei den Juden tätigen“, aufgebaut, in dem ein Esel eingesperrt war, der die „unbelehrbaren“ Volksgenossen symbolisieren sollte.<sup>232</sup>

Schutz wurde den jüdischen Geschäftsleuten von der Polizei nicht gewährt. Laura Fischer, die Ehefrau des Möbelkaufmanns Julius Fischer, der sich seit dem 24. März versteckt hielt und in dessen Wohnung und Geschäft Hausdurchsuchungen durchgeführt wurden, alarmierte am Nachmittag des 1. April das Überfallkommando und erhielt eine Verwarnung des Polizeipräsidenten in Kassel wegen unbegründeter Anforderung der Polizei.<sup>233</sup>

Der Boykott wurde am Abend des 1. April ausgesetzt.<sup>234</sup> An den folgenden Tagen wurden weder SA-Posten vor den Geschäften aufgestellt, noch fanden weitere Demonstrationmärsche statt. In vielen Geschäften wirkte der Boykott aber gleichwohl weiter.

Diese reichsweit angeordnete und damit ordnungsgemäße „Abwehraktion“, mit der Partei und Staat ihre Verfü-

<sup>224</sup> Ebenda. <sup>225</sup> Vgl. Helmut Genschel: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. Göttingen: Musterschmidt 1966. (Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft Bd. 38) S. 43 ff. <sup>226</sup> Hessische Volkswacht. 4. Jg. Nr. 75 vom 29. März 1933. <sup>227</sup> Ebenda. <sup>228</sup> Hessische Volkswacht. 4. Jg. Nr. 77 vom 31. März 1933. <sup>229</sup> Ebenda. <sup>230</sup> Hessische Volkswacht. 4. Jg. Nr. 78 vom 1./2. April 1933. <sup>231</sup> Ebenda. <sup>232</sup> Hessische Volkswacht. 4. Jg. Nr. 80 vom 4. 4. 1933. <sup>233</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: Laura Fischer. K-9073-93-A-F1. <sup>234</sup> Der Boykott wurde zunächst bis zum 5. April 10.00 Uhr ausgesetzt, und danach nicht wieder aufgenommen. (Hessische Volkswacht 4. Jg. 1933 v. 3. 4. 1933.)

gungsgewalt über die deutschen Juden demonstriert und gleichzeitig die Einstellung des Abwehrboykotts angeboten hatten, wenn die Einfuhr „deutscher“ Waren nicht mehr behindert würde,<sup>235</sup> war eingebettet in zahlreiche vom Zentralkomitee nicht angeordnete Aktionen – einige aufgrund lokaler Befehle, andere spontan entstanden und angehängt, alle jedenfalls nicht öffentlichkeitsfähig und propagandatragend.

Diese Einzelaktionen füllten Lücken der Unterdrückung und Verfolgung, die mit Propaganda und Boykott demonstration nicht erreicht werden konnte: so durfte der „ordnungsgemäße“ Boykott nur gegen Juden deutscher Staatsangehörigkeit geführt werden. Die illegalen Aktionen wandten sich daher insbesondere gegen ausländische Staatsangehörige. Die Geschäfte von Ball, Aschkenazy und Fischer wurden durchsucht, Einrichtungen und Läger wurden beschädigt. Auch die Motive dieser Durchsuchung und Zerstörung waren für offizielle Stellungnahmen ungeeignet. Es ging hier ersichtlich nicht um Abwehr, sondern um persönliche Abrechnung. Beispielhaft seien die Aktionen gegen den Möbelkaufmann Julius Fischer genannt. Zwei frühere Angestellte berichteten, „daß das Warenlager des Julius Fischer in den Monaten März bis Juni 1933 Plünderung und Zerstörung ausgesetzt war und zwar insbesondere von früheren Kunden ..., von denen (er) in den Jahren vor 1933 unbezahlte Möbel wieder herausgeholt hatte, nachdem diese ihren Abzahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen waren. Diese Kunden haben mit Wissen und Duldung der obrigkeitlichen Stellen die damalige Situation nach der Machtergreifung dazu benutzt, um sich unrechtmäßigerweise wieder in den Besitz der Möbel zu versetzen...“<sup>236</sup>

Neben dem „trockenen Boykott“, der in den Zeitungen, namentlich in der Hessischen Volkswacht, mit unverminderter Heftigkeit weiter betrieben wurde, sorgten Einzelaktionen dafür, daß auch nach der Erklärung Hitlers im Juli 1933, die „nationale Revolution“ sei beendet,<sup>237</sup> die Ausschaltung jüdischer Geschäfte weiterging. Öffentlich propagierte Gauleiter Weinrich eine langsamere Gangart in der Behinderung der wirtschaftlichen Tätigkeit von Juden: „... im Hinblick auf die allgemeine Wirtschaftslage hält die Parteileitung ein Vorgehen mit dem Ziele, Warenhäuser und warenhausähnliche Betriebe zum Erliegen zu bringen, für nicht geeignet. Dies würde Tausende von Ar-

beitern und Angestellten brotlos machen und zum anderen die seitens der früheren Regierung verbürgten Kredite gefährden.“<sup>238</sup>

In einem „Rundschreiben an alle Hauptabteilungs-, Kreis-, Ortsgruppen- und Stützpunktleiter“ stellte der Gaugeschäftsführer Franke den Unterschied zwischen den öffentlichen, durch den Gauleiter verkündeten und den weiterhin von der Partei verfolgten Zielen der Judenpolitik heraus und gab die Marschrichtung für den Gau Kurhessen an: „In der letzten Zeit ist wiederholt die Beobachtung gemacht worden, daß einzelne Kreise bzw. Ortsgruppenleitungen in öffentlichen Aufrufen zum Boykott jüdischer Geschäfte aufrufen. Aus inner- und außenpolitischen *taktischen* Erwägungen ist es angebracht, wenn derartige öffentliche *Boykottaufrufe*, speziell Markt- und Messereklamen usw., in Zukunft *unterblieben*. Dagegen ist der *Boykott derzeit angebracht* und nach Umständen vielleicht auch viel wirkungsvoller, wenn in Ortsgruppenversammlungen usw. darauf hingewiesen wird, daß jüdische Geschäfte nach wie vor zu meiden sind, *auch wenn in jüngster Zeit das Reichswirtschaftsministerium an die Regierung, Stadträte und öffentliche Ämter Gegenteiliges bekanntgegeben hat*. Für die Partei-Reichsleitung ist immer noch das alte Parteiprogramm gültig. Nach allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist die Entjudung der Wirtschaft durchführbar *ohne ungünstige Rückwirkung* auf den Arbeitsmarkt. Betriebs einschränkungen der vom Boykott betroffenen Firmen gleichen sich durch Betriebsbelegung deutschstämmiger Firmen aus. Wir bitten Sie, Ihre Fachberater bzw. Berufsorganisationsreferenten und Mitglieder jeder Organisation zum Hinweis auf *stillen Judenboykott* aufmerksam zu machen.“<sup>239</sup> Die Boykottaktionen gingen weiter, und die Formen des Boykotts wurden beibehalten. Auch der „stille Boykott“ enthielt gewalttätige Aktionen.<sup>240</sup> Hinzu kamen Übergriffe auf Juden, die nicht einmal verschwiegen werden mußten, da die Wirtschaft nicht betroffen wurde: Die Anprangerung von Freundschaften zwischen Juden und „Ariern“. Die Hessische Volkswacht berichtet über die Mißhandlung dieser Menschen. Am 30. 8. 1933 meldet die Zeitung, daß „der Jude Walter L.“ ein Verhältnis mit dem „Christenmädel Jandy“ habe. „Um der Bevölkerung diese sauberen Leuten zu zeigen und ihnen das Verwerfliche ihrer Gesinnung klarzumachen, führten SS-Pioniere den Juden, sein

<sup>235</sup> Ebenda. <sup>236</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde Akte: Julius Fischer K -9069-85-A-Fi. <sup>237</sup> Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. a.a.O. (199) S. 87. <sup>238</sup> Hessische Volkswacht. 4. Jg. Nr. 193 vom 18. 8. 1933 S. 3. <sup>239</sup> Rundschreiben der NSDAP Gau Kurhessen vom 27. 10. 1933. (Archiv J. Kammler. Gesamthochschule Kassel). <sup>240</sup> Interessant ist die Begriffsbildung „Stiller Boykott“, denn weder waren geräuschlose Aktionen intendiert, noch wurden sie unmerklich oder gar heimlich durchgeführt. „Stiller Boykott“ hießen die Aktionen, da sie ohne Ankündigung und Flankierung der Propagandaämter abliefen und daher nicht öffentlich, und insofern im „Stillen“ geschahen.

Verhältnis und die Mutter durch die Straßen Kassels.“<sup>241</sup> L. wurde anschließend zwei Tage in Schutzhaft genommen, „um ihn vor dem Ausbruch der Volkswut zu schützen“.<sup>242</sup>

Auch hier schufen Denunziation und Ausübung unmittelbarer Gewalt in der Praxis endgültige Verhältnisse, zwei Jahre bevor das „Blutschutzgesetz“ die Verbindung von Juden und Nichtjuden unter Strafe stellte.

### Die Situation auf dem Land

Die normenersetzende Wirkung dieser Einzelaktionen zeigte sich vor allem in den Dörfern und Kleinstädten des Gaues Kurhessen.<sup>243</sup> Boykottaktionen und Überfälle auf Juden gehörten in manchen nordhessischen Gemeinden zum jüdischen Alltag. Ziel der Angriffe war die Vertreibung der Juden aus der Gemeinde. Die lokalen Parteigrößen wurden bei diesem Vorhaben von der Gauleitung in Kassel vehement unterstützt. Polizei- und Regierungspräsident konnten diesem Treiben radikaler Antisemiten kaum wehren, da sie oft erst Tage nach den Aktionen gegen die Juden informiert wurden. Allerdings war aus ihrer Sicht die Notwendigkeit auch weniger als in Kassel gegeben, denn von den Boykottaktionen wurden volkswirtschaftlich wichtige Betriebe nicht betroffen, und aus den weitab liegenden Orten drangen kaum Nachrichten an die Öffentlichkeit, sondern verblieben in den Schubladen der Ordnungskräfte. Einige Beispiele sollen die Situation im ländlichen Bereich des Gaues Kurhessen beleuchten, die auch Ursache dafür war, daß in den ersten zwei Jahren nach der Machtergreifung Juden ihre Heimatorte verließen, um in Kassel unterzutauchen.<sup>244</sup>

Die Verfolgten versuchten vergeblich, sich zu wehren. Immer wieder brachten die Rechtsanwälte Angriffe aus der Bevölkerung gegen Juden zur Anzeige. Über Gersfeld war Dr. Dellevie von „einer solchen Unzahl von Fällen während des ganzen Sommers bis in den späten Herbst“ berichtet worden, „daß eine Erfassung der einzelnen (Vorgänge) nicht mehr möglich ist“.<sup>245</sup>

Dellevie führte dann „nur“ die Fälle der Mißhandlungen auf und berichtet, daß Luise Morgenroth, ein älteres Fräulein, nach dem Parteitag in Nürnberg wegen einer Bemerkung geschlagen worden wäre. Am 14. Dezember 1933 wäre ein Ehepaar von drei mit Bärten maskierten Gestalten überfallen und niedergeschlagen und am gleichen Tage auch die Familie des Viehhändlers Max Weinberger überfallen worden. Am 25. Dezember 1933 seien einige jüdische junge Männer verfolgt und am 26. Dezember 1933

wäre ein Überfall auf die Familie des Bäckers Abraham Seelig verübt worden.

Dellevie schloß den Bericht: „Sämtliche Vorfälle gehen weit über das hinaus, was sich auch an anderen Orten als Folge einer vorübergehenden Erregtheit der Bevölkerung begeben haben mag. Es handelt sich hier vielmehr um regelrecht vorbereitete Überfälle, denen zudem das Merkmal einer gewissen Planmäßigkeit zukommt. Ohne daß über die Veranlassung hierzu Stellung genommen werden könnte, und ohne zu der Richtigkeit einer solchen Auffassung sich hier äußern zu können, mag bemerkt werden, daß man Bestrebungen in der Bevölkerung vermutet, Gersfeld als Luftkurort und Mittelpunkt des Rhönsegelsports judenrein zu gestalten.“<sup>246</sup> Der Polizeipräsident in Kassel bestätigte die Vorfälle, „wenn sie auch wohl übertrieben dargestellt sind“. Die Täter waren nicht gefaßt worden, was man darauf zurückführte, daß „der Polizeiverwalter in Gersfeld nicht mit der nötigen Strenge gegen die Täter vorgegangen ist und somit die Autorität des Staates nicht richtig vertreten hat“.<sup>247</sup>

Der Befund des Berichts ist apologetisch, kennzeichnet jedoch die Rückendeckung, die die Ausführenden bei offiziell nicht geduldeten „Einzelaktionen“ auch von der Ortspolizeiverwaltung erfuhren. Diese Meldungen ließen sich beliebig ergänzen. In vielen Orten des Gaues Kurhessen versuchte man, die Juden zu vertreiben.

Die überall an den Ortseingängen und an Plätzen im Dorf aufgestellten Schilder „Juden raus“ waren nur das äußerliche Kennzeichen einer seit Beginn der Machtergreifung unbegrenzten lokalen und regionalen Judenpolitik.

Die Appelle des Polizeipräsidenten in Kassel, die Einzelaktionen zu beenden, verhallten wirkungslos. Polizeivollzug und Strafrechtspflege gegenüber den Tätern schien bereits 1934 ausgeschaltet: „Es macht sich jedoch auch mehr und mehr bemerkbar, daß die Verfügung, wonach SA- und SS-Angehörige nicht von der Polizei vernommen werden sollen und wonach die Staatsanwalt-

<sup>241</sup> Hessische Volkswacht, 4. Jg. Nr. 203 v. 30. 8. 33. <sup>242</sup> Staatsarchiv Marburg, 165/3982 Bd. XI. <sup>243</sup> Diese Einzelaktionen sind dokumentiert in den Beständen des Staatsarchivs Marburg: 165/3982 und 180 insbesondere Landratsämter Hersfeld, Melsungen, Marburg. <sup>244</sup> Zu den Orten, die früh von den jüdischen Einwohnern verlassen wurden, gehörte Gudensberg. 25 Juden zogen in der Zeit von Februar 1933 bis August 1935 nach Kassel. <sup>245</sup> Staatsarchiv Marburg, 165/3982 Bd. XI. <sup>246</sup> Ebenda. <sup>247</sup> Ebenda.

schaft angewiesen ist, Verfahren niederzuschlagen, wenn der Betreffende auf dem SA-Dienstwege bestraft ist, falsch ausgelegt wird. Es kommt dann vor, daß die Dienststellen kurzer Hand erklären, der Betreffende ist bestraft, die Bestrafung aber so stattgefunden hat, daß sie absolut nicht als Strafe empfunden wird. Die Aktivisten der SA und SS sagen sich daher, wir können ruhig etwas riskieren, es wird schon nicht so schlimm kommen.<sup>248</sup>

Der Polizeipräsident drohte, bei weiteren unzulässigen Ausschreitungen rücksichtslos mit Festnahmen durchzugreifen, ganz gleich ob der Täter in der SA, SS oder der politischen Leitung ein Amt innehatte.<sup>249</sup>

Im Jahre 1934 widersprachen sich die Anordnungen der SA-Brigade in Kassel, die die antisemitische Propaganda – und damit die Ausschreitung – erlaubte, und die Verfügung der Staatspolizeistelle Kassel, die dieselbe Propaganda verbot, in allen Einzelheiten.<sup>250</sup>

In Korbach, Sitz der SS-Sportschule, spiegelten sich die gegensätzlich vertretenen Auffassungen lokaler antisemitischer Aktivisten und der Stapostelle Kassel über die Notwendigkeit antisemitischer Propaganda in direkter Konfrontation von SA-Männern und Polizeibeamten.<sup>251</sup> Nachdem die Täter festgenommen und den Strafverfolgungsbehörden übergeben wurden, seien keine Übergriffe von Seiten der SA und SS mehr vorgekommen, berichtete der Landrat in Korbach an den Regierungspräsidenten in Kassel.<sup>252</sup> Die Ausschreitungen gingen jedoch auch im Jahre 1935 in Kassel und vielen Orten des Regierungsbezirks weiter.<sup>253</sup> Nach Ansicht der Staatspolizei in Kassel „krankt (die ganze Judenfrage) an dem Widerspruch zwischen der Judenpolitik der Wirtschaftsministerien und der Bewegung... Die gesamte Öffentlichkeit steht diesem Mißverhältnis in der Judenpolitik völlig verständnislos gegenüber. Der einfache Kämpfer versteht nicht, daß er für Handlungen, die aus der Propaganda der Bewegung erwachsen sind, zur Rechenschaft gezogen wird. Sie sind ja auch nicht die geistigen Urheber dieser Ausschreitungen.“<sup>254</sup> Eine Änderung dieser Lage sei nur dadurch möglich „daß in der Judenfrage sobald wie möglich eine kompromißlose Klarheit geschaffen wird und die Einheitlichkeit der Auffassung zwischen Staat und Bewegung, die jetzt nirgends vorhanden ist, sichergestellt wird“.<sup>255</sup>

Was hier der Polizeipräsident im Mai 1934 verlangte, war ein Gesetz, das die Stellung der Juden im Staat eindeutig

definierte. Doch die eindeutigen Anweisungen von Seiten der Regierung blieben aus. In der Stadt Felsberg beschloß die Stadtverordnetenversammlung Ende August 1935, „durch eine in Vorlage gebrachte sogenannte ‚Judenordnung‘ die Grundlage für die Abtrennung des jüdischen Geistes zu schaffen“.<sup>256</sup>

Die „Judenordnung“ bestimmte:

1. Unter ‚Juden‘ im Sinne dieser Ordnung sind zu verstehen: Juden, Jüdinnen, Judenstämmlinge, sowie solche Volksgenossen, die mit jenen ein rassenschänderisches Verhältnis unterhalten.
2. Neuer Zuzug von Juden nach Felsberg ist nicht gestattet.
3. Juden dürfen in der Gemarkung Felsberg keinen Grundbesitz mehr erwerben.
4. Juden haben auf Vergünstigung der Stadt Felsberg keinerlei Anrecht: insbesondere bleibt Juden das Betreten von Bade-Gelegenheiten, wo deutsche Volksgenossen baden, im Umkreis von 200 Metern verboten: desgleichen ist Juden das Betreten des Felsberger Schloßberges verboten; die Benutzung der Gemeindebleiche ist den Juden gleichfalls verboten.
5. Juden dürfen in der Weihnachtszeit in ihren Geschäften keinerlei sogenannte ‚Weihnachtsreklame‘ betreiben. – Jeder Mißbrauch deutschen Kulturgutes zu jüdischen Reklamezwecken ist sofort zu unterbinden.
6. Zur Entgegennahme von Bedarfsdeckungsscheinen werden nur rein deutsche Geschäfte zugelassen. Ausgeschlossen bleiben jüdische Geschäfte und alle solche von Ariern betriebenen Geschäfte, aus denen Juden laufend Erträge zufließen. Geschäftsleute, die zur Entgegennahme von Bedarfsdeckungsscheinen zugelassen werden wollen, haben die eidesstattliche Versicherung abzugeben, daß sie weder mit Juden Handel treiben, noch sonst irgendwie mit Juden in Verbindung oder Beziehung stehen.
7. Geschäftsleute, Bauern und Handwerker, sowie andere Volksgenossen, welche noch Juden in deren Handel unterstützen, werden von der Vergebung städtischer Aufträge ausgeschlossen. Für die Vergebung solcher Aufträge kommen nur solche Volksgenossen in Betracht, die selbst mit ihrer Gefolgschaft zur Deutschen Arbeitsfront bzw. deren Lehrlinge zur Hitlerjugend gehören.

<sup>248</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom Mai 1935. (Staatsarchiv Marburg 165/3949). <sup>249</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom Juni 1935. (Staatsarchiv Marburg 165/3949). <sup>250</sup> Staatsarchiv Marburg. 165/3582. <sup>251</sup> Ebenda. <sup>252</sup> Ebenda. <sup>253</sup> Dies geht sowohl aus den regelmäßigen Lageberichten der Gestapo, wie auch aus den Meldungen der Landräte an den Regierungspräsidenten in Kassel hervor. <sup>254</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 1. 6. 1934. (Staatsarchiv Marburg 165/3949). <sup>255</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 4. 5. 1934 (Staatsarchiv Marburg 165/3949). <sup>256</sup> Kurhessische Landeszeitung vom 5. 9. 1935.

8. Volksgenossen, welche nachweislich noch mit Juden irgendwie gearteten Verkehr pflegen, erhalten eintretendenfalls keinerlei Unterstützung von der Stadt Felsberg mehr.
9. Diese Judenordnung, deren Erweiterung jederzeit beschlossen werden kann, tritt mit sofortiger Wirksamkeit in Kraft“.

Die Judenordnung trat auf Veranlassung des Regierungspräsidenten nicht in Kraft,<sup>257</sup> daß sie aber diskutiert, beschlossen und veröffentlicht werden konnte, wirft ein Licht auf die unkoordinierte Judenpolitik im Regierungsbezirk und auf selbständige Handlung lokaler „Vorkämpfer gegen das Judentum“,<sup>258</sup> die das Kompetenzchaos nutzten, um eigene Vorstellungen von der Ordnung durchzusetzen.

Die Nürnberger Gesetze, die am 15. September auf dem Reichsparteitag beschlossen wurden, lösten unter der Bevölkerung im Gau Kurhessen unterschiedliche Reaktionen aus.<sup>259</sup> Während Antisemiten – im Sprachgebrauch des Polizeipräsidenten der aufgeklärte Teil der Bevölkerung – und alte Kämpfer die Nürnberger Gesetze begeistert begrüßten,<sup>260</sup> hielt ein Teil der Bevölkerung die „Judenpolitik der Regierung immer noch für zu radikal“.<sup>261</sup> Auch die „Beruhigung in der Judenfrage“ trat nicht im erwarteten Maße ein, wie aus den Lageberichten des Polizeipräsidenten von Januar bis Februar 1936 abzulesen ist.<sup>262</sup> In einigen Orten kam es sogar aufgrund der Gesetze zu neuen Gewalttaten, denn die Nürnberger Gesetze schufen nicht nur „geordnete Verhältnisse“ im Sinne der NS. Sie bestätigten offiziell das, was die radikalen Antisemiten immer verlangt und gefordert hatten und ermunterten diese zu neuen Untaten gegen die diskriminierte Gruppe. Rabauken und antisemitische Vorreiter handelten jetzt in dem Bewußtsein staatlicher Rückendeckung und der Erfahrung, daß weiterer Druck der Straße neue Erfolge für die normative Ausschaltung der Juden bringen würde. In Spangenberg zeigte sich besonders deutlich, initiiert durch die Verkündung der neuen Ordnung schaffenden Nürnberger Gesetze, wie weiteres Unrecht provoziert wurde. Hier konnten es der Bürgermeister und Ortsgruppenleiter nicht erwarten, bis die „arischen“ Frauen, die von Spangenberg Juden beschäftigt wurden, ihre Stellungen verlassen hatten, wie der § 3 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre ver-

langte.<sup>263</sup> Daher ließ er noch in der Nacht des 15. September diese als Hausangestellte beschäftigten Frauen aus den Häusern der Spangenberg Juden holen.

*”Abschrift* Spangenberg, den 18. Sept. 1935  
Für die Bekanntgabe der Reichstagsverhandlungen in Nürnberg hatte ich als Ortsgruppenleiter Gemeinschaftsempfang durchs Radio angeordnet unter anderem mit Lautsprecher für den Marktplatz und während der Abendvorstellung von Kraft durch Freude im Gasthof Heinz. Leider hat das nicht geklappt. Die 3 neuen Gesetze konnten daher nur wenigen Volksgenossen noch sofort bekannt geworden sein. Meine Freude über die Gesetze war jedoch so groß, daß ich das Gefühl hatte, es müsse etwas besonderes geschehen, das der Bedeutung der Stunde gerecht würde. Am liebsten hätte ich in der Stadt unter Sturmglockengeläut gesagt, was von Nürnberg aus nun eine Wende einleitet. Ich besprach mich am Fernsprecher mit Sturmführer Hartmann. Wir kamen überein, die SA zu alarmieren und einen Fackelzug zu veranstalten.

Als ich während des Alarms erfuhr, daß die SA-Leute infolge von Kirmesveranstaltungen in der Nachbarschaft usw. nicht zusammenzubringen waren, entschloß ich mich, auch andere Gliederungen heranzuziehen. Das war zugleich eine ausgezeichnete Übung. In 12 Minuten war das Landjahr, noch schneller die Arbeitsdienstabteilung zur Stelle. Sammelplatz Sturmlokal 8 / 173 Gastwirtschaft „Zur Traube“. Die Nationalsozialisten Spangenburgs wurden durch das Landjahr mit Trommelschlägen mit Fanfaren und mit einem Sprechchor geweckt. Ich war mir als Polizeiverwalter bewußt, daß das eine erhebliche Störung der Ruhe der Stadt bedeutete. Aber ich wollte die Bevölkerung – die leider noch trotz aller Aufklärung zum Teil unerklärlich zum Juden hält – in dieser wichtigen Stunde einmal gehörig aufrütteln.

Mit dem Sturmführer Hartmann besprach ich, daß wir die Hausangestellten der Juden durch je 2 SA-Männer unterrichten würden. Pg. Hartmann gab ihnen entsprechende Anweisung. Disziplinlosigkeit befürchtete ich nicht im geringsten, war doch unsere Antijudenkundgebung 14 Tage vorher in tadelloser Ordnung verlaufen. Trotzdem verfehlte ich nicht, die SA noch einmal ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie in jeder Weise höflich gegen die jüdischen Hausherren aufzutreten hätten, sie sollten eine Unterhaltung mit ihnen ablehnen und nur ihre Hausange-

<sup>257</sup> Staatsarchiv Marburg, 165/3982 Bd. XIV. <sup>258</sup> Zu lokalen Initiativen kam es auch in Jesberg, wo am 20. 9. 1935 ebenfalls eine Judenordnung von den Gemeinderäten verabschiedet wurde. Zur gleichen Zeit war in Schlüchtern ein „Verein zur Bekämpfung von Juden und Judenknechten Kreis Schlüchtern e.V.“ gegründet worden. <sup>259</sup> Zu den Reaktionen der Bevölkerung auf die Nürnberger Gesetze siehe: Otto Dov Kulka: Die Nürnberger Rassengesetze und die deutsche Bevölkerung. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz. 32. Jg. 1984, Heft 4, Dezember. <sup>260</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom Januar 1936. (Staatsarchiv Marburg, 165/3949). <sup>261</sup> Ebenda. <sup>262</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom Februar 1936. (Staatsarchiv Marburg 165/3949). <sup>263</sup> Reichsgesetzblatt, 1935. Teil I. S. 1146 f.

stellten zu sprechen wünschen. Ich sprach kein Wort von einem „Herausholen“ der Mädchen. Vielmehr gab ich nur Anweisung, sie zu wecken zu versuchen.

Es gibt eine Art von Befehl, die mit Ton und Gebärde das Gegenteil von dem anordnet, was die gesprochenen Worte enthalten. Das traf hier nicht zu. ... Nach der Durchführung des Alarms führte ich unseren Fackelzug durch die Stadt. Außerdem wurden die Hausangestellten der Juden geweckt. ... Die Polizeistunde hatte ich angesichts der Feier verlängert, so daß man noch einige Zeit fröhlich beisammen blieb. In der ‚Traube‘ traf ich 3 Mädchen den dem (muß heißen aus den, W. P.) Judenhäusern an, die durchaus keinen ‚herausgeholt‘ Eindruck machten. Ich klärte sie nochmals auf und wies sie ausdrücklich darauf hin, daß sie keinerlei Zwang zu folgen hätten. Es sei in ihren freien Willen gestellt, ob sie vor oder erst am 1. Ja-

nuar den Judendienst aufgaben. Ich bat Pg. Walther, sie für die Nacht unterzubringen. ... Erst am anderen Mittag hörte ich, daß infolge der Weigerung der Juden, die Häuser zu öffnen, einige Türen beschädigt worden seien.“<sup>264</sup> Während und nach dem Umzug waren SA-Männer und Parteimitglieder bei verschiedenen Judenfamilien gewaltsam eingedrungen und hatten Entlassung der christlichen Bediensteten gefordert. Bei Kaufmann Blumenkrohn wurde die Haustür erbrochen, drei Fensterscheiben zertrümmert. Zehn Personen drangen ein. Frau Blumenkrohn wurde mit einem Gummiknüppel bedroht und geschlagen.

Bei dem Fabrikanten Ruben Spangenthal drangen etwa zehn Personen ein, erbrachen die Büroräume und warfen die Geschäftspapiere im Zimmer umher.

Die Mädchen hatten alle ihre Stellung verlassen.

## Legalistische Ausschaltung der Juden

### Berufsverbote für Rechtsanwälte und Notare

Der Boykott vom 9. März 1933 hatte nicht nur den jüdischen Kaufleuten sondern auch den jüdischen Ärzten und Rechtsanwälten gegolten. Für viele jüdische Rechtsanwälte hatte er unmittelbar ruinöse Folgen. Nach Angaben von Dr. Theodor Dellevie war den jüdischen Rechtsanwälten bereits vom 30. Januar 1933 an das Betreten des Kasseler Justizgebäudes verboten und er nicht mehr in der Lage, „seinen Berufsgeschäften nachzugehen, bzw. ihnen so nachzugehen, wie dies erforderlich gewesen wäre“.<sup>265</sup> Am 31. 3. 1933 erließ der Kommissar des Reiches für das Preußische Justizministerium, Kerrl, die Anordnung, daß „ab morgen früh 10 Uhr nur noch bestimmte jüdische Rechtsanwälte und zwar in einer Verhältniszahl, die dem Verhältnis der jüdischen Bevölkerung zur sonstigen Bevölkerung etwa entspricht, auftreten“.

Für Kassel errechnete die Hessische Volkswacht bei einem Verhältnis von 2750 : 171 000 daß statt bisher 24 nur noch 4 Rechtsanwälte autorisiert werden könnten; die Rechtsanwälte Lewinstein und Reinach am Landgericht und Amtsgericht, die Rechtsanwälte Hüneberg und David Goldschmidt am Oberlandesgericht.<sup>266</sup>

Am 1. April 1933 wurde den jüdischen Notaren durch eine

Rundverfügung des Reichskommissars für die preußische Justiz die Amtstätigkeit untersagt. Entlassen wurden sie nach der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 6. Mai 1933. Ausnahmen waren zugelassen und galten insbesondere für Frontkämpfer.<sup>267</sup> In Kassel waren elf jüdische Notare von der Regelung betroffen, zum nicht geringen ökonomischen Vorteil der nichtjüdischen Kollegen. So befürwortete der Oberlandesgerichtspräsident in Kassel das Gesuch des Rechtsanwalts Dr. St. um Ernennung zum Notar, obwohl er „zwar noch nicht voll die zeitliche Voraussetzung zur Verleihung des Notariats“ erfüllt hat, weil „bisher 11 jüdische Notare in Kassel aus dem Amt entlassen sind“ und „der Wegfall nichtarischer Notare den verbliebenen Notaren nicht allein wirtschaftlich zugute kommen braucht“.<sup>268</sup>

Mit dem Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vom 7. April 1933 wurde jüdischen Rechtsanwälten die Neuzulassung mit Ausnahme der im Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums aufgeführten Fälle verweigert.<sup>269</sup> Von den bereits niedergelassenen Rechtsanwälten<sup>270</sup> behielten etwa 70 % der nichtarischen

<sup>264</sup> Staatsarchiv Marburg. 165/3982 Bd. XV. <sup>265</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: Theodor Dellevie. K-00038-86-A-De. <sup>266</sup> Hessische Volkswacht. 4. Jg. Nr. 81 vom 5. April 1933. <sup>267</sup> Reichsgesetzblatt, 1933. Teil I. S. 245 f. <sup>268</sup> Geheimes Staatsarchiv Berlin. Repertorium 84 a. Nr. 23768. <sup>269</sup> Reichsgesetzblatt, 1933. Teil I. S. 188. <sup>270</sup> Am 7. 4. 1933 waren 11814 Rechtsanwälte an deutschen Gerichten zugelassen, davon 3370 „nichtarische“, (28,5 %). Im Oberlandesgerichtsbezirk Kassel waren am 7. 4. 1933 Rechtsanwälte zugelassen, davon 43 „nichtarische“ (18,4 %). (Deutsche Justiz. 96. Jg. v. 20. Juli 1934. Ausgabe A, Nr. 29, S. 950).

Rechtsanwälte ihre Zulassung.<sup>271</sup> In Kassel wurden neun Rechtsanwälte in den Rechtsanwaltslisten Kasseler Gerichte gelöscht.<sup>272</sup> Von den 43 „nichtarischen“ Rechtsan-

wälten, die im Oberlandesgerichtsbezirk Kassel zugelassen waren, mußten 13 aufgrund des Gesetzes über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft ausscheiden.<sup>273</sup>

### Berufsverbot für jüdische Beamte

Gleichzeitig mit dem Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft wurde das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlassen; zur Schaffung eines „nationalen“ und „von Parteieinflüssen freien“ Beamtentums und zur „Vereinfachung der Verwaltung konnten Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn die nach den Vorschriften der Reichs- und Landesgesetzgebung hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht (vorlagen)“.<sup>274</sup> § 2 betraf die „Parteibuchbeamten“, § 3 Beamte, die „nichtarischer Abstammung“ waren, § 4 politisch unzuverlässige Beamte.<sup>275</sup>

Was unter „nichtarisch“ zu verstehen sei, definierte die erste Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz in § 3 Abs. I: „Als nicht arisch gilt, wer von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder Großelternteil nicht arisch ist...“<sup>276</sup> Ausgenommen waren u. a. „Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen sind“.<sup>277</sup> Dieses Gesetz

hatte in Kassel, wie bereits oben vermerkt, die Aufhebung von elf Notariaten zur Folge. Von den 23 nichtarischen Justizbeamten wurden 22 entlassen (19 Referendare, 2 Assessoren, 1 Beamter des höheren Dienstes).<sup>278</sup> Ein Lehrer wurde in den Ruhestand versetzt.<sup>279</sup>

Reichsbahnrat Ucko war durch die Ausnahmeregelungen des § 3 des Gesetzes geschützt, wurde aber nach § 5 (1) dieses Gesetzes „wegen seiner nichtarischen Abstammung von der Wahrnehmung der Geschäfte, die das Personal, Beschaffungen oder Militärhaushalt betrafen, entbunden“ und beantragte die in § 5 (2) ermöglichte Versetzung in den Ruhestand.<sup>280</sup> Die Wirkung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums blieb, was die Anzahl der aus den Ämtern entlassenen Beamten betraf, weit hinter den Erwartungen des Gesetzgebers zurück.

Es gab nur sehr wenige jüdische Beamte, die meisten konnten – wegen der Ausnahmeregelungen – in ihren Ämtern verbleiben. Am 22. 4. 33 wurde nach den Beamten und Juristen mit der Verordnung über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen die dritte Gruppe mit Berufsverbot belegt.<sup>281</sup>

### Das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen

Das jüdische Bürgertum in Kassel war sehr bildungsbehaftet, die Kinder aus jüdischen Familien besuchten ganz überwiegend höhere und weiterführende Schulen. 1906 besuchten 38,8 % (13,4 %) der jüdischen Kinder höhere, 45,7 % (16,5 %) mittlere und 21,5 % (70,1 %) niedere Lehranstalten.<sup>282</sup> Die in Klammern gesetzten Ziffern geben den Anteil aller Schulkinder an den Schultypen an. Diese Anteilziffern dürften sich bis 1933 nicht wesentlich verändert haben. Bereits am 12. Februar 1933 kündigte der Reichskommissar für das preußische Ministerium für Wissenschaft und Unterricht für die Volksschulen an, „daß er alles, was dort nicht hingehört und undeutsch sei,

gesetzmäßig abschneiden werde mit aller Brutalität“. Das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen vom 25. April 1933 bestimmte, daß bei Neuaufnahme der Anteil nichtarischer Schüler an der Gesamtzahl der Schüler den Anteil der Bevölkerung der „Nichtarier“ an der reichsdeutschen Bevölkerung nicht übersteigen durfte und gab die Möglichkeit, Kinder jüdischer Abstammung von den Schulen zu verweisen.

Das Presseamt der Stadt Kassel teilte mit, „die bereits eingeschriebenen Schüler werden von dieser Maßnahme nicht betroffen“.<sup>283</sup> Dieser Ankündigung, die das o. g. Gesetz großzügig auslegte, wurde jedoch in der Praxis nicht

<sup>271</sup> Deutsche Justiz. 96. Jg. vom 20. Juli 1934. Ausgabe A, Nr. 29, S. 950. <sup>272</sup> Geheimes Staatsarchiv Berlin. Repertorium 84 a. Nr. 23768. <sup>273</sup> Deutsche Justiz. 96. Jg. vom 20. Juli 1934. Ausgabe A Nr. 29, S. 950. <sup>274</sup> Reichsgesetzblatt, 1933. Teil I. S. 175 ff. <sup>275</sup> Zur Vorgeschichte dieses Gesetzes siehe: Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. a.a.O. (199), S. 51 ff. <sup>276</sup> Reichsgesetzblatt, 1933. Teil I. S. 195. <sup>277</sup> Ebenda. <sup>278</sup> Hubert Schorn: Der Richter im Dritten Reich. Frankfurt am Main: 1959 S. 730 f. <sup>279</sup> Verwaltungsberichte der Stadt Kassel über das Rechnungsjahr 1934. S. 39. <sup>280</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: I 12/9-K608(4). <sup>281</sup> Reichsgesetzblatt, 1933. Teil I. S. 222 f. <sup>282</sup> Die Zahlen sind zusammengestellt aus: Bericht über die wichtigsten Zweige der Verwaltung der Residenzstadt Cassel in den Rechnungsjahren 1906/7. Cassel. <sup>283</sup> Jüdische Rundschau vom 25. April 1933.

entsprochen. Alice Oppenheim wurde am Ende des Jahres 1933 vom Oberlyzeum am Ständeplatz verwiesen.<sup>284</sup> Ebenso erging es sämtlichen jüdischen Schülern der Adolf-Hitler-Schule.<sup>285</sup> Kinder, die in ihren Klassen verbleiben durften, litten oft unter Hänselei und Anfeindung von Lehrern und Mitschülern und verließen auf Wunsch der Eltern die Schule, wie aus einem Gespräch mit Frau Wallach über ihren Sohn deutlich wird: „Und da kam er eines Tages nach Hause und sagte: ‚Ich habe die und die Stunde versäumt, die Jungens haben mich in den Papierkorb gesetzt.‘ Es war nur so ein kleiner Steppke und da waren so hohe Papierkörbe und da haben sie ihn sitzen lassen. Es war vielleicht gar nicht so Antisemitismus, eben

einfach aus Übermut. Und da haben wir gesagt: ‚Es ist doch Zeit, ihn raus zu nehmen.‘ Und da haben wir ihn dann in das jüdische Landschulheim bei Potsdam, Kaputh, gebracht.“<sup>286</sup> Nicht wenige Jugendliche verließen die Schule vorzeitig, um sich auf ihre Auswanderung vorzubereiten. Etwa zwanzig jüdische Schülerinnen der Malwida-von-Meyßenbug-Schule brachen den Schulbesuch ab und wandten sich einer praktischen Ausbildung zu oder gingen in das Elternhaus.

Die jüngeren Kinder wechselten zur jüdischen Volksschule, deren Schülerzahl, bei insgesamt sinkender jüdischer Bevölkerung, stetig anstieg.<sup>287</sup>

### Ausschluß aus Kulturinstitutionen, Verbänden und Vereinen

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und das Gesetz gegen die Überfüllung von Schulen und Hochschulen waren die ersten administrativen Maßnahmen, um die jüdische Bevölkerung durch einen Arierparagraphen zu diskriminieren. Diese ersten Maßnahmen wurden binnen weniger Monate Vorbild für die Ausschließung der Juden aus vielen Bereichen der Gesellschaft.<sup>288</sup> Das Wort Gleichschaltung brachte diese Entwicklung auf den Begriff.<sup>289</sup>

Am 25. März 1933 wurde das Kasseler Staatstheater in „NS-Verwaltung“ übernommen. Der jüdische Dramaturg Dr. Mirow wurde suspendiert, nachdem andere jüdische Mitglieder das Staatstheater bereits kurz zuvor verlassen hatten.<sup>290</sup>

Die Anwaltskammer in Kassel mußte ihre Tätigkeit seit Anfang April aufgeben, und es wurde ihr „anheimgegeben, innerhalb kürzester Frist ihre Auflösung zu beschließen“.<sup>291</sup>

Am 20. 5. 1933 konnte die Hessische Volkswacht melden, daß eine Gleichschaltung bei den meisten Innungen und Vereinen nicht mehr notwendig sei, da diese bereits vollständig aus Nationalsozialisten bestände.<sup>292</sup> Jüdische Mitglieder in Sport- und Geselligkeitsvereinen gab es nicht mehr. Rudolph Nußbaum, Gründer und 42 Jahre

lang Leiter der Sanitätskolonne des Roten Kreuzes, außerdem seit 41 Jahren Mitglied der ältesten Turnergemeinde, wurde aus allen Ämtern entlassen.<sup>293</sup> Dr. med. Felix Blumenfeld mußte als ärztlicher Leiter des vom Evangelischen Frauenverein getragenen Kinderkrankenhauses Park Schönfeld einem Nationalsozialisten die Stelle überlassen.<sup>294</sup>

In einigen Fällen vollzog sich die Ausgliederung der jüdischen Mitglieder aus den Vereinen nicht reibungslos. Obwohl der Deutsche Reichsverband für Amateurboxer Anfang April eine Satzungsänderung beschloß, wonach Mitglieder nur „arischer Abstammung“ sein dürften,<sup>295</sup> konnte Ernst Freudenthal Kämpfe des Kasseler Boxvereins 26 bis zum Sommer 1933 organisieren. Noch im Juni 1933 trat er als Punktrichter bei den Reichswehrmeisterschaften in der Stadthalle auf. Vor Übergriffen schützten ihn Mitglieder des Boxclubs. Im September 1935 verließ er Kassel, „obwohl man mir persönlich durch meine guten Sportbeziehungen zusicherte, daß man meiner Familie kein Leid zufügen würde.“<sup>296</sup>

Den Ausschluß von Mitgliedern aus dem Kasseler Hausfrauenverein nahm der neue Vorstand zum Anlaß, den ausscheidenden Mitgliedern in der Zeitschrift „Wir Hausfrauen in Kassel und Kurhessen“ für ihre Arbeit zu dan-

<sup>284</sup> Dietrich Heither, Wolfgang Matthäus, Bernd Pieper: Als jüdische Schülerin entlassen. Erinnerungen und Dokumente zur Geschichte der Heinrich-Schütz-Schule in Kassel. Kassel: Gesamthochschulbibliothek Kassel 1984. (Nationalsozialismus in Nordhessen. Schriften zur regionalen Zeitgeschichte Heft 5.) S. 80. <sup>285</sup> Mitteilung von Herrn David Silberberg am 15. 9. 1983. <sup>286</sup> Gespräch mit Gertrud und Franz Wallach am 30. 4. 1983 in Haifa. <sup>287</sup> Die höchste Schülerzahl wurde 1938 mit 176 Schülern bei einer Bevölkerung von etwa 1600 Juden erreicht. <sup>288</sup> Beispiele für den Ausschluß von Juden aus Verbänden und Vereinen finden sich in: Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933. Hrsg. vom Comité des Delegations Juives. Paris 1934. Wiederaufgelegt 1983 bei Ullstein. 536 S. <sup>289</sup> Am 31. 3. 1933 wurde das „Gesetz über die Gleichschaltung verabschiedet. (Hessische Volkswacht, 4. Jg. Nr. 78 v. 1./2. April 1933. S. 2.). <sup>290</sup> Hessische Volkswacht. 4. Jg. Nr. 73 v. 27. März 1933. S. 2. <sup>291</sup> Hessische Volkswacht. 4. Jg. Nr. 81 v. 5. April 1933. S. 4. <sup>292</sup> Hessische Volkswacht. 4. Jg. Nr. 118 v. 20. 5. 1933. <sup>293</sup> Gespräch mit Frau Sophie Reckewell am 11. 6. 1984 in Goslar. <sup>294</sup> Dieter Lüders: Das Kinderkrankenhaus Park Schönfeld im Wandel der Zeit – soziale und medizinische Strukturveränderungen. In: 75 Jahre Kinderkrankenhaus Park Schönfeld Kassel des Deutschen Evangelischen Frauenbundes. Kassel: o.V.: 1984. S. 12. <sup>295</sup> Hajo Bernet: Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1938. Schorndorf: Hermann Hoffmann 1978. (Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft Band 18) S. 19 f. <sup>296</sup> Gespräch mit Ernst Freudenthal im April 1983.

ken: „Aus unserer Mitte scheiden aus freiem Entschluß drei der treuesten und ältesten Mitarbeiterinnen des Vorstandes. In langjährigem Wirken haben Frau Rubensohn als Schriftführerin, Frau Hoffa als Kassenführerin, Frau Rochöll als Beisitzerin in schöpferischer Arbeit, fachlicher Leistung und opferbereiter Führung ihr Bestes gegeben ... Wir werden unsere Arbeit in ihrem Sinne fortführen ...“ Die Hessische Volkswacht geißelte diesen „Erguß“

und empfahl, „zur stellvertretenden Vorsitzenden eine bewährte Nationalsozialistin zu ernennen.“<sup>297</sup> In einer Stellungnahme teilte die Gruppe der NS-Vorstandsmitglieder des Kasseler Hausfrauenvereins daraufhin mit, daß der Artikel in der Hessischen Volkswacht in seiner krassen Form nicht der Ansicht der NS-Vorstandsmitglieder entspräche und die 1. und 2. Vorsitzende weiterhin ihr Vertrauen besäßen.<sup>298</sup>

### Die Haltung der Bevölkerung

Außer den oft pauschalen und tendenziösen Urteilen des Regierungspräsidenten in den Lageberichten gibt es keine allgemeine Information über die Haltung, die die Mitmenschen den verfolgten Juden gegenüber zeigten. Sicher haben sich Denunziation, Mißgunst und antisemitischer Eifer von Kasseler Bürgern in den Akten niedergeschlagen. Ein wirklichkeitstreuendes Bild läßt sich aus diesen wenigen Informationen nicht zeichnen.

Ebenso gibt es Berichte über die Hilfeleistungen, die Juden entgegengebracht wurden. Rechtsanwälte warnten ihre jüdischen Kollegen vor Verhaftung und brachten sie in Sicherheit. Es gibt Zeugnisse erregter Bürger, die die Mißhandlung einzelner Juden mißbilligten. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnung der Partei gab es besonders auf dem flachen Land. Die kurhessischen Bauern hielten sehr oft an den Verbindungen zu jüdischen Viehhändlern und Landkaufleuten fest. Wurde ihr Verhalten gerügt, so gaben sie ökonomische Gründe für ihre „judenfreundliche“ Haltung an. Über die Motive, die für diese Haltung letztlich ausschlaggebend waren, kann keine allgemeine Aussage gemacht werden.

„Bezeichnend ist die Einlassung eines Bauern, der sich weigerte, ein Schild anzubringen, das dem Juden Zutritt in seinen Hof versagte. Bei seiner Vernehmung erklärte er dazu: ‚Die Ablehnung des Schildes habe ich nicht aus bösen Willen gegen die Sache gemacht, sondern aus folgendem Grund: Ich habe als Bauer jährlich ca. 5 Stück Vieh zu verkaufen und kaufe 1–2 Stück dazu. Ich habe schon

einmal versucht, mit der Viehverwertung zu handeln, konnte aber nicht einig werden. Wenn die Viehverwertung mir die Garantie gibt, daß sie mir alles Vieh abnimmt und geeignetes Vieh besorgt, ohne daß ich geschädigt werde, bin ich ohne weiteres bereit, den Handel mit den Juden aufzugeben, da ich an den Juden in keiner Weise gebunden bin. Dann bin ich auch bereit, das Schild anzubringen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn das Schild am Hause hängt, auch kein Jude mehr auf den Hof kommen darf. Dieses kann ich aber erst durchführen, wenn mir der Absatz meines Viehes gesichert ist.“<sup>299</sup>

Die kurhessischen Bauern trieben nach Meinung des Regierungspräsidenten durch dieses Vorgehen Wirtschaftssabotage und stellten den Eigennutz ganz offen vor den Allgemeinnutz. Wenn ein Kaufmann so handele, werde ihm der Laden zugemacht, und er käme in Schutzhaft. Der Bauer werde noch großer Schulung bedürfen, bis ihm die Zusammenhänge von Blut und Boden in Fleisch und Blut übergehen würden.<sup>300</sup>

Insgesamt wurde die Haltung der Bevölkerung auf dem Land in den Lageberichten des Regierungspräsidenten als unaufgeklärt und verständnislos beschrieben. Die Aufklärung durch die dazu berufenen politischen Leiter in Versammlung und Kundgebung ließen zu wünschen übrig.<sup>301</sup> Eine sinnlose, mit abgedroschenen Redensarten gespeiste Hetze gegen die Juden verführe lediglich zu Einzelaktionen, gewinne aber nicht die Gleichgültigen für den Antisemitismus.<sup>302</sup>

### Jean Berlits Verteidigungsschrift für die Juden

Allgemeine Kritik an den Maßnahmen gegenüber den Juden oder gar öffentlicher Protest wurden bis auf eine Ausnahme nicht laut. Diese Ausnahme ist die Verteidigungs-

schrift für die Kasseler Juden des Kaufmanns Jean Berlit.<sup>303</sup> Wer war dieser Mann? Er wurde am 12. Juli 1848 in Kassel geboren und trat nach Besuch der hiesigen Real-

<sup>297</sup> Hessische Volkswacht, 4. Jg. Nr. 119 v. 22. 5. 1933, S. 6. <sup>298</sup> Hessische Volkswacht, 4. Jg. Nr. 125 v. 30. 5. 1933, S. 12. <sup>299</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 5. September 1935 (BA Koblenz, R 58/446). <sup>300</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom Februar 1936 (BA Koblenz, R 58/1148). <sup>301</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom September 1935 (BA Koblenz, R 58/1140). <sup>302</sup> Ebenda. <sup>303</sup> Stadtarchiv Kassel, S. 1 Nr. 2623.

schule als Lehrling in das Seiden- und Modewaren-geschäft von Joseph Rinald ein, wechselte dann zur Firma Katzenstein. 1866 wanderte er nach Amerika aus und war dort als Redakteur und Kaufmann tätig, bevor er 1872 nach Kassel zurückkehrte. Er arbeitete zunächst im Bankhaus Mauer & Plaut und war dann als Fabrikant von Nährmitteln erfolgreich. Politisch stand er zunächst den Demokraten nahe, trat aber nach 1918 der Sozialdemokratischen Partei bei, die ihn als unbesoldeten Stadtrat in den Magistrat entsandte.

Im Kasseler Tageblatt wurde Berlitz anlässlich seines 80. Geburtstages als „Idealist, der für seine Ideen stets mit dem ganzen Einsatz der Person eintritt“ bezeichnet.<sup>304</sup> Genau das tat Berlitz 1933. Als viele schwiegen, verteidigte er die Juden gegen die Angriffe und Verfolgung durch die NS-Machthaber. Er beklagte nicht nur Diskriminierung und Mißhandlung einzelner jüdischer Freunde, sondern wandte sich öffentlich gegen die Rassentheorie der NS und belegte ihre Unsinnigkeit. In einer eng beschriebenen 13seitigen Streitschrift führte er seine christliche Überzeugung gegen die pseudowissenschaftlichen Argumente der NS an.

Diese Verteidigungsschrift sandte er an evangelische Geistliche mit der Aufforderung, ihre Stimme für ihre jüdischen Brüder zu erheben. Eine Abschrift des Exemplars ging auch an Goebbels. Daß er Folgen dieser mutigen Tat nicht fürchtete, schrieb Berlitz gleich im ersten Satz: „Im 86. Lebensjahr stehend, unter dem Druck eines schweren chronischen Leidens des Abrufs in die Ewigkeit täglich gegenwärtig, drängt mich der Geist meines Gewissens ...“ und fährt dann fort:

„Lediglich in der Absicht, dem Vaterland zu nützen, wie ich dies vor dem Krieg, während desselben und nach demselben zu tun bemüht war, sind auch diese Zeilen niedergeschrieben worden. Ich kann zugleich versichern, daß nach meinen Erfahrungen eines langen Lebens gerade hier in Kassel Männer aus langansässigen edlen jüdischen Familien, *durchaus deutsch fühlend*, zur Entwicklung der Vaterstadt in hohem Maße beigetragen haben, eine große Anzahl industrieller Betriebe auf die Mithilfe jüdischer Intelligenz und jüdischen Kapitals zurückzuführen ist. Nämlich die (zu einem kleinen Teil erloschenen) Betriebe:

1. Indigo-Importhaus Gebr. Goldschmidt, (auch Großbank) s. Zt. die größte Firma des Inlands,
2. Gans & Berger (im berühmten Gans'schen Haus am Königplatz) Textil-Großhandel,
3. Großhandelshaus Gebrüder Rosenstein (letzter Inhaber Sennet),

4. M. Horchitz, Kassel und Hamburg, Wolle-Import, Export deutscher Kleesaat, später in Hamburg,
5. Großhandelshaus in Chirurg- und medicinischen Instrumenten und medic. Gummiwaren, aus dem mehrere Geschäfte hervorgingen,
6. Metallfabriken Kassel: Die früher Kurhessischen Staatswerke: Kupferhammer, Messinghammer, Eisenhammer, Drahtmühle, wurden 1866 vom preuss. Staat an Fabrikant Wolf Lieberg verkauft, der die Betriebe bedeutend vergrößerte,
7. das Kurhessische Eisenwerk Veckerhagen wurde an J. Goldmann, Berlin verkauft,
8. Großdruckerei: Gebrüder Gotthelft mit Verlag des Tageblattes (80jähriges Bestehen),
9. Leinen und Segeltuch, Textil-Industrie, seit 1800 aus kleinen Anfängen zur Großindustrie unter Siegmund Aschrott, Kassel sich entwickelnd.  
Aus ihr gingen hervor die Aktiengesellschaften: Salzmann & Behrens, Fröhlich & Wolff, (Direktor bis 1933: Julius Katz) Gottschalk & Co., Baumann & Lederer.  
An der Finanzierung dieser Aktiengesellschaften waren auch die sogenannten „Africaner“ beteiligt, hessische jüdische Kaufleute, die am Kap, in Johannesburg, große Vermögen erwarben und nun (in den 70er Jahren) in die alte Heimat zurückkehrend, ihre Kapitalien in Aktien und Hypotheken anlegten. Die Träger dieser Namen Markus, Baumann, Heilbrunn, Hammer-schlag, Wichelhausen, sind bei mir noch in frischer Erinnerung aus meiner Banktätigkeit bei Mauer & Plaut,
10. Faßfabriken: Gustav Bodenheim, Direktor Jacob Hecht,
11. Lackfabrik: Louis Rosenzweig, heute Rosenzweig & Baumann, Weltexport,
12. Großhandlung Klapper, Ferres & Co., Ölimporte, Farben-Export nach dem Orient, Inhaber Salomon Ferres,
13. Hessische Aktienbrauerei: Hessische Bank, Direktor Katzenstein,
14. Bahn-Uniformen-Fabrik, Feldstein & Berger (von einfacher Schneiderwerkstatt zur Großindustrie),
15. Papierwarenfabrikation, Großdruckerei, lithographische Anstalt, Heinemann Grünbaum (fing 1866 mit einer Tütenkleberei in Rotenburg a. F. an). Weltexport,
16. Exporthaus Knetsch & Plaut, Moden-Artikel, (ließen ganz Europa bereisen),
17. Wollenwäscherei-Großbetriebe: Gebr. Mosbacher,

<sup>304</sup> Kasseler Tageblatt vom 12. 7. 1928.

18. Großhandlungsfirmen in Fellen: Hahn Söhne, Gebr. Adler, Heimann u. A.,
19. Roßhaarspinnerei Victor Oppenheim,
20. Großhandlung in Oel und Fetten: Emil David,
21. Lederfabrikation: M. Oppenheim Söhne,
22. Nahrungsmittelfabrik Bettenhausen, Schule Hohenlohe und Kasseler Haferkakaofabrik, begründet Fabrikant Landauer, Direktoren Karl Laubner, Louis Jacob,
23. Jute Großfabrikation: Rubensohn,
24. Bedeutende Getreidegroßhandlungen, Sandel Katz, E. M. Wallach, Rubensohn,
25. Likörfabrik: Nathan Katzenstein & Co.,
26. Großhandlungen Textil-Branchen, H. A. Katzenstein, Salomon Katzenstein, Gebrüder Honnet, Gerson Weissner,
27. Großhandlungen in Holz: Gebr. Rosenberg, Kassel und Köln, Leo Lazarus, Simon Strauss, Max Freundlich in Firma Zimmermann & Co.,
28. Möbelgroßhandel: Jacob Hornstein,
29. Schneiderartikel-Großhandlung: H. u. M. Hornthal,
30. Baugewerbe-Großbetrieb: Gebrüder Hallo, seit 100 Jahren bestehend, beschäftigt in den Bauperioden 250 Arbeiter,
31. Tunnelbauer: Lismann Strauss, Kassel und Sterbfritz,
32. Provinziale jüdische Unternehmungen, Allendorf: Papierwaren, Bodenheim, Rotenburg: Großmühlen Gebr. Hess, Melsungen: Tuchfabriken: Katz Söhne.

*Wagt jemand zu behaupten, daß die jüdischen Kaufleute zur Entwicklung heimatlicher Industrie nicht hervorragend teilgenommen?*

Unter den Bankgeschäften vor 70 Jahren und später gab es jüdische:

1. H. W. Goldschmidt seliger Sohn
2. I. A. Arnthal
- +3. S. I. Werthauer jun.
4. Mauer & Plaut
5. Alsberg & Löwenstein
6. Leopold Plaut & Co.
7. Ad. Meyenberg in Firma Schwarzenberg & Co.
8. Fiorino & Sichel
9. Rudolf Ballin
- +10. Josef Plaut in Wilmsmann & Plaut.

*Die Bankgeschäfte Kassels standen alle im besten Ruf durch Festhalten an dem Grundsatz, daß ein Bankhaus, der Verwalter fremder Gelder, nicht spekulieren dürfe.*

Bis auf die mit einem + bezeichneten Firmen sind alle eingegangen, ohne daß ein Makel an ihrer Ehre haften geblieben wäre. Eine Firma verlor durch die Inflation und die Weltkrise nicht nur das eigene Vermögen, sondern auch das große Vermögen der Familie.

Von Detailgeschäften jüdischer Besitzer bemerke ich die folgenden um 1860/70: Mode-Weiss-Putzwaren: Josef Ri-

nald, seit 1815, Hermann Wallach & Co., Eisenberg & Co., M. Gotthelf, M. J. Gustorf, A. Schönfeld, Moritz Süssholz (Entengasse), J. M. Lindenfeld, Strauss (Ecke Königs-Hedwigstraße), J. Kugelmann, Teppiche; Kugelmann, Handschuhe, M. R. Rosenstein, Spielwaren (Entengasse); M. J. Sichel, Martinsplatz; Isidor Katz. Die beiden letzteren faillierten. Alle anderen sind eingegangen.

Von den aufgezählten Kasseler Bankgeschäften ist namentlich die Firma Mauer & Plaut (bei der ich 4 Jahre tätig war) für die industrielle Entwicklung Kassels durch ihre Verbindung mit den Berliner und Frankfurter Großbanken ein wesentlicher Förderer mittels weitherziger Kreditgabe gewesen, daß Treber-Schwindelunternehmen wurde von ihr energisch abgelehnt. Der Verdienst des letzten Inhabers der Firma, Kommerzienrat Gustav Plaut, um das öffentliche Wohl hat besonderen Anspruch auf Anerkennung, er entwickelte lange Jahre im Stadtrat und in der Handelskammer eine fruchtbare Tätigkeit.

Insbesondere hat sich Siegmund Aschrott, abgesehen von seiner oben angeführten industriellen Tätigkeit, *geradezu schöpferisch wirkend* um das Wachstum der Stadt Kassel sehr verdient gemacht. Nach 1866 unterbreitete er dem Stadtrat seine Pläne der Erweiterung nach Westen hin und schlug *gemeinsame Unternehmungen* vor. Dies wurde vom Magistrat derzeit abgelehnt, worauf Aschrott allein voring. Der Erfolg krönte sein Werk. 1866 : 40 000 Einwohner, heute nach 67 Jahren 170 000.

Wer da glaubt, Siegmund Aschrotts Schöpfung der Kasseler Weststadt - mit dem Hohenzollernviertel beginnend - geringschätzig beurteilen zu können, der hat keine Ahnung von der Riesenarbeit, die Aschrott mit Hilfe von Baumeister Neumann und Bauunternehmer Zulehner seit 1869 bis zum Jahre 1922, also in 50 Jahren, bewältigt hat. In 1922 erwarb die Stadt Kassel von den Nachlassern im Westen diesseits der Bahn 306.528 qm zu 20 Pfennig den Quadratmeter, der mit aufgelaufenen Zinsen 3 Mk. gekostet hatte. Die im Westen in der ehemaligen Gemarkung Wehlheiden vorerst angelegten Straßen und Plätze mit Baumpflanzung wurden der Stadt kostenlos überlassen und noch im Jahre 1909 weitere Goldmark 100 000,- für spätere bessere Ausstattung der Straße geschenkt. Ich sage:

*„Ehre dem Andenken dieses außergewöhnlichen genialen Kaufmanns.“*

Herr Siegmund Aschrott hatte in den 70er Jahren in der Kölnischen Straße einen sehr schönen Park auf einem mächtigen Gelände angelegt durch Anpflanzung von hochgewachsenen stämmigen älteren Bäumen, ein Versuch, der glänzend ausfiel, mit vieler Sorgfalt vorbereitet war, allerdings große Kosten verursachte. Die Bäume wurden vom Habichtswald aufrecht stehend nach dem Gelände transportiert. Zu dieser Zeit lag die Gefahr vor, daß

die Eisenbahndirektion Kassel nach Frankfurt verlegt werden würde, da setzten sich *Oskar Henschel mit Herrn Aschrott* mit aller Energie für die Erhaltung der Direktion bei dem Minister für öffentliche Arbeiten ein. Es kam ein Vertrag zuwege, der durch Austausch mit anderem der Reichsbahn gehörigen Gelände den Park in der Kölnischen Straße der Eisenbahndirektion überwiesen (wurde) und deren Verwaltungsgebäude darauf entstand. *Dagegen* scheiterten die Bemühungen *Aschrotts um Errichtung eines Durchgangsbahnhofs Wilhelmshöhe, für den sich das Bedürfnis von Jahr zu Jahr steigert.*

*Die Schenkung der Erben Aschrotts:* 3 Millionen in Wertpapieren für den Bau eines Heims in Kassel für ältere Leute ohne Unterschied des Glaubens und das Aschrott-Heim für Frauen (seit 2 Jahren in Betrieb) verdienen erwähnt zu werden.

Das Kasseler Adressbuch verflossener Jahre gibt Auskunft über die *vor dem Kriege* bestandenene Stiftungen jüdischer Mitbürger (Feist, Rothfels, Goldschmidt, Büding). Auch mein Lehrprinzipal, Herr Joseph Rinald, dem ich mich heute noch dankbar verpflichtet fühle, stiftete seiner Vaterstadt Kassel das herrschaftliche Haus Weinberg-Straße 1 und Goldmark 180 000,- den Rest seines Vermögens, deren Zinsen alljährlich den unteren Polizei- und städtischen Beamten zugute kommen sollten.

Mit der Zunahme der Bevölkerung Kassels, wie oben, begann eine Zeit des Bauens, die für das gesamte Handwerk, auch für die Architekten, für die Ziegeleien etc. von großem Nutzen war und alle Geschäfte belebte, eine Zeit des Aufschwungs und der Blüte, für die das neue Rathaus ein beredtes Zeichen ist. Nicht allein Aschrotts Erben haben der Stadt Kassel reiche Zuwendungen gemacht, sondern auch der aus Kassel stammende Chemiker Ludwig Mond, der in England zu großem Reichtum und persönlichem Adel gelangt war, er verdankt dem Kasseler Polytechnikum die Grundlage seiner Laufbahn als Schüler Bunsens.

Von seiner letzten Stiftung von *Goldmark 400 000,-* confiszierte England 40 %: *GM. 160 000,-*, ein *gesetzloser Raub.* *Noch verdient Michael Pulvermacher* erwähnt zu werden, der als Mitglied der Handelskammer in dieser eine unermüdlige *Tätigkeit für die Durchführung der Fulda-Kanalisation* entwickelte; er war Jahrzehnte Direktor der Federstahl A.G., die unter ihm ihren höchsten Aufstieg erlebte. Endlich sei daran erinnert, daß es ein Jude, Amschel Rothschild, war, der dem ersten Kurfürsten von Hessen (1806) den Staatsschatz rettete. Als Belohnung wurde er von diesem in den Freiherrenstand erhoben.

Welcher bürgerlichen Wertschätzung die jüdischen Mitbürger sich erfreuten, die zugleich eine Anerkennung ihrer gemeinnützigen Tätigkeit bildete, geht aus den Tatsachen hervor, daß 1864 bei der Gründung des Kreditvereins (heutige Kreditbank) die Herrn Fränkel, Hallo, Hahndorf, Horschitz, Kugelmann, Rosenzweig sich beteiligten *und drei von ihnen, Hahndorf, Horschitz und Rosenzweig* in den beratenden Ausschuß berufen wurden, der aus 9 Personen bestand. Die vorgelegten Satzungen des Vereins waren zwei Personen übertragen gewesen, von denen eine Herr Hahndorf war. (Hahndorf war auch nach der Prof. Loschschen Geschichte des Kurfürstentums Hessen (1806–1866) bei der Errichtung des Kunsthauses in Kassel mit anderen Mitbürgern führend beteiligt.)

Zum Schluß möchte ich bemerken, *daß die unbestechliche Wissenschaft nur die Sprachbegriffe ‚semitisch und arisch‘ kennt, aber feststellt, daß es weder einen arischen oder semitischen Menschentypus gibt.* Der berühmte deutsche Sprachforscher und größter Kenner des Sanskrit, *Professor Dr. Max Müller*, den die englische Universität *Oxford* von 1846 bis zu seinem Tode, 1900, gewann, als erste *Autorität* von der Weltwissenschaft anerkannt, *‚wollte von arischer Rasse oder arischem Blut so wenig wissen wie von einem delichocephalen (langschädelligen) Wörterbuch.‘*

## Die Reaktion der Juden

So vielfältig wie die Wirkung der Judenpolitik in den Jahren 1933–1935 war auch die Reaktion der betroffenen jüdischen Bevölkerung. Die Situation in Kassel kann folgendermaßen beschrieben werden:

1. Die Anzahl der Juden war beträchtlich, 1933 lebten hier noch 2300 Personen. Die Bevölkerung von 175 000 Einwohnern bot aber die Möglichkeit der Anonymität.

2. Die Mißhandlungen und schweren Ausschreitungen wandten sich gegen einzelne oder kleine Gruppen.

3. Selbst die Boykottaktionen betrafen nicht alle Betriebe gleichermaßen, sondern waren insbesondere gegen die im Parterre zur Straße gebauten Ladengeschäfte gerichtet. Geschäfte, in oberen Stockwerken oder zur Hofseite gelegen, waren weniger oder gar nicht betroffen.<sup>305</sup>

<sup>305</sup> Gespräch mit W. 1983.

Wenn man von der Wirkung der relativ wenige Familien betreffenden administrativen Berufsverbote absieht, so blieben als latente Bedrohung Boykott und Einzelaktionen. Der Boykott traf die jüdischen Geschäftsleute unterschiedlich hart, die Einzelaktionen wandten sich in erster Linie gegen Juden, die als Gegner des Regimes oder aus den unterschiedlichsten Gründen den Schlägertrupps aufgefallen waren: Mitglieder der Arbeiterparteien, Juden, die sich im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben exponiert hatten, Juristen, die Prozeßgegner von Nazianwälten waren, Einzelhändler, bei denen Nationalsozialisten Schulden hatten.

Die Gründe könnte man erweitern. So heterogen und vielfältig sie jedoch waren, wußte man in der jüdischen Gemeinde, wer besonders gefährdet war. Bei den Menschen, die von Schlägertrupps geholt wurden, hatte man damit rechnen müssen, sie gehörten zu denjenigen, die „auffällig geworden waren“. Juden, die sich bedroht fühlten, flohen oft gerade noch rechtzeitig vor ihren Verfolgern, die anderen blieben, da sie sich – im Sinne der NS – nichts vorzuwerfen hatten, in Kassel.<sup>306</sup> Sie unterstellten den Häschern rationale Handlungsmotive und behielten sehr oft recht. Kennzeichnend für diese pragmatische Haltung sind Begründungen aus mehreren jüdischen Familien, die auf die Frage, warum sie in Kassel geblieben waren, antworteten, daß, wer nicht jüdisch ausgesehen, kein Detailgeschäft zur Straße hinaus und sich bedeckt gehalten habe, unbehelligt bleiben und überdauern konnte.<sup>307</sup> Neben dieser verbreiteten Zurückhaltung gab es durchaus Formen der Gegenwehr. Eine zentrale Funktion nahm das Büro der Rechtsanwälte Dellevie in der Kölnischen Straße 4 ein.<sup>308</sup> Hier sammelte Dr. Theodor Dellevie sämtliche

Berichte über Beleidigungen, Ausschreitungen und Mißhandlungen gegen Juden im Regierungsbezirk Kassel – eine Fortführung seiner Tätigkeit in der Abwehrstelle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Die Berichte wurden regelmäßig dem Regierungspräsidenten überreicht „mit der Bitte, bald das Erforderliche zu veranlassen!“<sup>309</sup> In mehreren Fällen brachte Dellevie Übergriffe gegen Juden zur Anzeige. Am 8. Mai 1933 fand während seiner Abwesenheit eine Haussuchung bei ihm durch die Polizei statt, und es wurden Berichte über die vorgefallenen Ausschreitungen beschlagnahmt.<sup>310</sup> Doppel der Berichte waren dem Regierungspräsidenten aber bereits zugeleitet worden, eine Verwertung hatte aber nicht stattgefunden und war auch nicht beabsichtigt.<sup>311</sup> Diese Abwehrtätigkeit von Dr. Dellevie ist in den Akten des Regierungspräsidenten bis 1937, soweit reicht die Überlieferung, nachweisbar. Die Weiterleitung dieser Informationen bildet die Grundlage für weitere Reaktionen von Polizei und Strafverfolgungsbehörden. Dies war besonders dann wichtig, wenn Parteigliederungen und lokale Polizeibehörden zusammenarbeiteten und Störungen der öffentlichen Ordnung auf dem Verwaltungsweg nicht übermittelt wurden.<sup>312</sup> Der Tätigkeit von Dr. Dellevie war es zu verdanken, wenn Strafverfahren eingeleitet wurden. Daß die Täter in den meisten Fällen nicht überführt werden konnten, lag am mangelnden Eifer, mit dem die polizeilichen Untersuchungen durchgeführt wurden und der Mauer des Schweigens, die um Ereignisse aufgebaut und von den Ermittlungsbehörden nicht durchbrochen wurde, zumal nicht selten auch die Opfer aus Angst vor weiteren Repressalien die Aussage verweigerten.<sup>313</sup>

## Zusammenfassung

Der Lebensraum der Juden wurde im NS-Staat durch Sondergesetze und Terrorakte eingeengt; beide Instrumente wirkten jedoch unterschiedlich.<sup>314</sup> Für die Phase von 1933–1935 waren die Folgen der Ausnahmegesetze vor allem psychologischer Art; die volle Gleichberechtigung der Juden, Ziel der jahrhundertelangen Emanzipationsbestrebungen, war zerstört worden; die unmittelbaren prak-

tischen Auswirkungen waren jedoch relativ gering, von dem Berufsverbot gegen Beamte, Juristen und Mediziner waren etwa 10 % der jüdischen Familien in Kassel betroffen; die Wirtschaft als Betätigungsfeld vieler Juden war von diskriminierenden Rechtsverordnungen weitgehend verschont geblieben.<sup>315</sup> Hier vor allem, bei der Erschütterung der beruflichen Existenz, setzten die Aktionen gegen

<sup>306</sup> Ebenda. <sup>307</sup> Ebenda. <sup>308</sup> Dr. Theodor Dellevie war seit 1925 Vorsitzender der Kasseler Ortsgruppe des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Spätestens seit diesem Zeitpunkt sammelte er Berichte über antisemitische Vorfälle im Bereich des Landrabbinats und vertrat Juden, die sich gegen antisemitische Anwürfe zur Wehr setzten, vor Gericht. <sup>309</sup> Staatsarchiv Marburg. 165/3982 Bd. XIV. Beispielhaft ist die Übergabe von Informationen an den Regierungspräsidenten über antisemitische Vorgänge im Landkreis Kassel, in Korbach, Felsberg und Gensungen am 2. November 1934. <sup>310</sup> Staatsarchiv Marburg. 165/3982 Bd. XI. <sup>311</sup> Ebenda. <sup>312</sup> Bei Ausschreitungen in Gersfeld im Dezember 1933 war die örtliche Polizei nicht zu erreichen und erschien erst Stunden nach Beendigung der Pogrome. (Staatsarchiv Marburg. 165/3982 Bd. XII). <sup>313</sup> Staatsarchiv Marburg. 165/3982 Bd. XII. <sup>314</sup> Vgl. Anm. 199. <sup>315</sup> Zu wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Kasseler Juden vgl. den Beitrag von Horst Kotke. Die endgültige Verdrängung der Juden aus der Kasseler Wirtschaft im Jahre 1938.

die Juden an. Im Gegensatz zu den administrativen Akten, die grundsätzlich bestimmte Tatbestände definierten ohne Berücksichtigung der Region und der Person, waren das Ausmaß der Ausschreitungen und die damit erzielte Wirkung regional sehr unterschiedlich.<sup>316</sup> Der Gau Kurhessen umfaßte ein Gebiet mit langer antisemitischer Tradition und einem großen Anteil von Juden in vielen Orten der Region. Die „Judenfrage“ stand daher in der Politik der NSDAP an vorderer Stelle,<sup>317</sup> geplant und durchgeführt wurde sie von der Gauleitung in Kassel mit dem Gauleiter Karl Weinrich an der Spitze und den Kreisleitungen des Gau; ihnen diente eine besonders dynamische und rücksichtslose Judenverfolgung zur Profilierung der Partei.<sup>318</sup> Dem aus der Sicht der Aktivisten zögerlichen Vorgehen des Staates sollte durch die Schaffung von Fakten vorgegriffen werden, und „judenreine“ Dörfer im Gau Kurhessen sollten Meilensteine sein auf dem Weg, die Juden aus Deutschland zu vertreiben.<sup>319</sup>

Es wurde gezeigt, daß dieser vehemente Druck der Partei in der „Judenfrage“ von der Ministerialbürokratie nicht im gleichen Maße mitvollzogen wurde und bei der Realisierung der Judenpolitik Konflikte zwischen Staat und

Partei auftraten. Überall dort, wo die Partei stark war, setzte sich ihre härtere Linie durch. Die Bürgermeister, Inhaber der Polizeigewalt und gerade in den kleinen Orten Amtsträger der Partei, führten die Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung an oder ließen diese zu und schützten die Täter anschließend vor Strafe.

Die Administration trat nicht mehr als Vertreter des Staates auf, sondern handelte autonom für die örtlichen Interessen. Deutlich wird dies bei den an mittelalterliche Rechtsvorstellungen anknüpfenden Judenordnungen, die die Reichsgesetze brachen.<sup>320</sup> Ihr Inkrafttreten wurde durch den Polizeipräsidenten in Kassel, der im NSDAP-Gau Kurhessen staatliches Handeln durchsetzte, verhindert. Je weiter die Schauplätze lokaler Judenverfolgung vom Sitz des Regierungspräsidenten und des Polizeipräsidenten entfernt lagen, um so hemmungsloser entfaltete sich der Antisemitismus.

Der Anteil der durch die Willkürakte der Partei verursachten Demütigungen und Ängste übertraf die durch administrative Akte der Ministerialbürokratie erzeugte Diskriminierung in dieser Phase der NS-Judenpolitik.

## 1935–1938 Juden als Bürger zweiter Klasse

Auf dem Reichsparteitag in Nürnberg wurden am 15. September 1935 vom Reichstag ein „Reichsflaggengesetz“, ein „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ und ein „Reichsbürgergesetz“ beschlossen.<sup>321</sup> Hitler hatte die Annahme der Gesetze vorgeschlagen und ausgeführt, daß das „Reichsflaggengesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ eine Dankeschuld an die Bewegung abtragen. Das Reichsbürgergesetz sei „der Versuch der gesetzlichen Regelung eines Problems, das im Falle des abermaligen Scheiterns dann durch Gesetz zur endgültigen Lösung der nationalsozialistischen Partei übertragen werden müßte“.<sup>322</sup> Dieser Satz stellte, worauf Adam hinweist,<sup>323</sup> eine deutliche Warnung an die Staatsbürokratie und ihre teilweise zögerliche Haltung in der Judenfrage

dar. Die Nürnberger Gesetze, „Blutschutzgesetz“ und „Reichsbürgergesetz“, waren der bisher schwerste Schlag gegen die Rechtsstellung der Juden und stellen den Kern der Rassengesetzgebung dar. Adam beschreibt die Gesetze als „überraschenden Schlag“<sup>324</sup> und „coups“<sup>325</sup> Hitlers in einer sich allgemein zugunsten der Juden stabilisierenden Lage.<sup>326</sup> Dagegen weist Saul Friedländer darauf hin, „daß die Rassengesetze seit Monaten in Vorbereitung und auf Ministerebene und auch mit Hitler selbst besprochen waren. Am 30. August 1935 wurde ihre bevorstehende Verkündung sogar in der ausländischen Presse erwähnt.“<sup>327</sup> Daß diese Gesetze gar so überraschend nicht sein konnten, zeigt Punkt 4 des Parteiprogramms der NSDAP vom 24. 2. 1920, der Juden das Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft absprach.<sup>328</sup> Im Mai 1924 brachte die „in den

<sup>316</sup> Vgl. Ian Kershaw: Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung. In: Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Hrsg. von Martin Broszat und Elke Fröhlich. Bd. II. München, Wien: Oldenbourg 1979. S. 281 ff., S. 291 ff. und S. 326 ff. <sup>317</sup> Vgl. den Abschnitt Antisemitismus in Kassel in diesem Beitrag. <sup>318</sup> Vgl. S. 169 ff. <sup>319</sup> Zur antisemitischen Vorreiterrolle von Hessen vgl.: Otto Böckel: Die Juden – die Könige unserer Zeit. Rede gehalten in einer öffentlichen Versammlung des D.A.B. (Deutscher Antisemiten-Bund) in Berlin: Selbstverlag von A. Rusch. 1886 S. 15. <sup>320</sup> Vgl. S. 175 ff. <sup>321</sup> Reichsgesetzblatt, 1935, Teil I, S. 1146 ff. <sup>322</sup> Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. a.a.O. (199), S. 128. <sup>323</sup> Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. a.a.O. (199), S. 129. <sup>324</sup> Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. a.a.O. (199), S. 125 ff. <sup>325</sup> Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. a.a.O. (199), S. 125. <sup>326</sup> Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. a.a.O. (199), S. 124. <sup>327</sup> Saul Friedländer: Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung: Eine historiographische Studie zur nationalsozialistischen Judenpolitik und Versuch einer Interpretation. In: Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1985. S. 40. <sup>328</sup> Das Parteiprogramm der NSDAP vom 25. 2. 1920. (Reinhard Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. Vierte unveränderte Auflage. Köln: Pahl-Rugenstein 1979. S. 105).

Reichstag eingezogene Völkische Fraktion, einen Gesetzesentwurf (ein), demzufolge alle Angehörigen ‚jüdischer Rasse‘ unter Fremdenrecht gestellt werden sollten. Im August erhob sie die Forderung, Juden aus allen öffentlichen Ämtern zu entlassen. Ähnliche Wünsche propagierten die Völkischen 1924 im bayerischen Landtag, wobei sie von der DNVP unterstützt wurden.“<sup>329</sup>

Trotz aller Ankündigungen waren die Nürnberger Gesetze „ein so schwerer Schlag, daß er voll nur von den Betroffenen erfaßt werden konnte“, schreibt William Katz in seinem autobiographischen Roman. „Glücklicherweise hatten wir noch vor dem 15. 9. 1935 einen ruhigen dreiwöchigen Aufenthalt in der Eifel verbracht. Juden waren damals schon in den meisten Badeplätzen und Kurorten ‚unerwünscht‘. So hatten wir uns bei einer jüdischen Familie eingemietet. Der Mann hatte sein Geschäft an Arier abgeben müssen, und zahlende Hausgäste boten das einzige Einkommen der fünfköpfigen Familie, die schon auf Unterstützung jüdischer Hilfsorganisationen angewiesen war. Mehr als zwei Gäste konnten sie nicht aufnehmen, aber der Garten, die Kuh und einige Hühner machten den ‚Einkauf‘ der Lebensmittel billig. Wir lasen keine Zeitung, lebten in den Tag hinein, wanderten durch die herrlichen Laub- und Tannenwälder, wo wir als einzige Lebewesen hier und da einen aufgeschreckten Hasen oder ein paar Rehe durch die Lichtung springen sahen. Als nach drei Wochen die Nürnberger Gesetze kamen, erkannte ich, daß wir einige Wochen in einem Narrenparadies gelebt hatten.“<sup>330</sup>

Deutlich beschreibt Katz die Diskriminierung, denen die Juden bereits ausgesetzt waren, aber auch, in welchem Maße sie sich damit abgefunden und darauf eingerichtet hatten. Das Reichsbürgergesetz führte neben der Staatsangehörigkeit, die durch § 1 allen bisherigen Staatsangehörigen verblieb, in § 2 eine qualifizierte Staatsbürgerschaft, die sogenannte Reichsbürgerschaft ein, die Staatsbürgern „deutschen oder artverwandten Blutes“ vorbehalten blieb, wie § 1 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz bestimmte.<sup>331</sup>

Der materielle Gehalt des Reichsbürgergesetzes, konkretisiert in Verordnungen zu diesem Gesetz, sprach Juden das Stimmrecht in politischen Angelegenheiten ab und verbot ihnen, ein öffentliches Amt zu bekleiden.<sup>332</sup> Die noch im Amt verbliebenen Beamten, wie der Lehrer an der Oberrealschule II, Hess, wurden in den Ruhestand versetzt.<sup>333</sup>

Die direkten Auswirkungen des Reichsbürgergesetzes auf die Lage der Juden waren zunächst sehr gering. Die furchtbaren Rechtsfolgen zeigten sich in insgesamt dreizehn Verordnungen, die bis zum 1. Juli 1943 erlassen wurden und deren Durchführung immer mehr Juden berufslos machte, sie isolierte und ihres Vermögens beraubte. Das Reichsbürgergesetz war typisch für die administrative Form der NS-Judenpolitik, so wie sie Hilberg treffend charakterisierte: „Die Maßnahme selbst tat niemandem weh. Sie hatte jedoch administrative Kontinuität zur Folge. ... Sie muß nicht immer Schaden anrichten, doch sie hat stets Konsequenzen. Jeder Schritt in einem Vernichtungsprozeß enthält den Keim eines weiteren Schrittes.“<sup>334</sup> Bevor diese weiteren Schritte und ihre verwaltungstechnischen Konsequenzen erläutert werden, soll noch das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ erwähnt werden. § 1 verbot Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, § 2 untersagte auch den außerehelichen Verkehr zwischen Juden und „Ariern“.<sup>335</sup> Die hier ausgesprochene Rassentrennung galt zwar für Juden und „Arier“ gleichermaßen, diskriminierte jedoch in seinen praktischen Auswirkungen die jüdische Bevölkerung.<sup>336</sup> Demütigend waren die Bestimmungen des § 3, nach denen Juden weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes in ihrem Haushalt nicht mehr beschäftigen durften. § 4 verbot Juden das Hissen der Reichs- und Nationalflagge sowie das Zeigen der Reichsfarben.

Es wurde bereits gezeigt, daß sich der Terror der SA bereits seit 1933 gegen Beziehungen von Juden und „Ariern“ gewandt hatte und die Partner solcher Freundschaften angeprangert und mißhandelt und auf diese Weise „Rassentrennung“ bereits praktisch durchgesetzt worden war.

Nun wurde auch das Strafrecht in den Dienst der nationalsozialistischen Rasseideologie gestellt.<sup>337</sup> In für die Angeklagten peinlichen Verhören wurde nachgeforscht, ob strafrechtliche Tatbestände erfüllt wurden, wobei der Begriff des „außerehelichen Verkehrs“ durch die Rechtssprechung immer stärker ausgedehnt wurde. War nach der Ersten Verordnung zum „Blutschutzgesetz“ darunter „Geschlechtsverkehr“ zu verstehen, so entschied das Reichsgericht im Dezember 1936, daß auch Küsse und Umarmungen unter diesen Begriff fielen.<sup>338</sup> Den Gerichten war bei der Strafzumessung ein ungewöhnlich großer Strafraum von einem Tag Gefängnis bis zu 15 Jahren Zuchthaus gegeben.<sup>339</sup>

<sup>329</sup> Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich a.a.O. (199), S. 25. <sup>330</sup> William (Willy) Katz: Ein jüdisch-deutsches Leben 1904–1939–1978. Tübingen: Katzmann 1980. S. 123. <sup>331</sup> Reichsgesetzblatt, 1935. Teil 1. S. 1333 f. <sup>332</sup> Ebenda. <sup>333</sup> Ausgenommen waren die jüdischen Lehrer an öffentlichen jüdischen Schulen. (1. V.O. zum Reichsbürgergesetz v. 14. 11. 1935. Reichsgesetzblatt, 1935. Teil 1. S. 1333 f.). <sup>334</sup> Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin: Olle & Wolter. 1982. S. 41. <sup>335</sup> Reichsgesetzblatt, 1935. Teil 1. S. 1146 f. <sup>336</sup> Lothar Gruchmann: „Blutschutzgesetz“ und Justiz. Zur Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte. 31. Jg. 3. Heft. Juli 1983. S. 434. <sup>337</sup> Ebenda. <sup>338</sup> Lothar Gruchmann: „Blutschutzgesetz“ und Justiz. a.a.O. (336). S. 435. <sup>339</sup> Lothar Gruchmann: „Blutschutzgesetz“ und Justiz. a.a.O. (336). S. 434 f.

Jonny S. aus Kassel wurde am 29. September 1936 wegen „Rassenschande“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und in Verbindung mit einem anderen Delikt mit insgesamt vier Jahren und sechs Monaten Zuchthaus bestraft und im September 1936 in das Zuchthaus Wehlheiden eingeliefert.<sup>340</sup> Er wurde jedoch nicht entlassen, sondern im April 1941 an die Kasseler Staatspolizeistelle zur Überführung in Schutzhaft übergeben.<sup>341</sup> Propagandistisch wurden diese Prozesse kaum noch ausgewertet. Nachdem die Rassentrennung gesetzlich geregelt war, hätte spektakuläre Be-

richterstattung die „alten Kämpfer“ und Aktivisten nur zu neuen Ausschreitungen herausgefordert.<sup>342</sup> Diese waren nun unerwünscht, und der Regierungspräsident hatte nach Beschluß der Nürnberger Gesetze mit einer „Verordnung gegen unsittliche Artikel über jüdisches Gebahren in Zeitungen, insbesondere im Stürmer, ...nicht nur in den weitesten Kreisen der Bevölkerung, sondern auch unter den alten besonnenen Kämpfern volle Zustimmung gefunden.“<sup>343</sup>

## Die Verwaltung der Juden im Gefolge der Nürnberger Gesetze

Die Nürnberger Gesetze hatten die deutschen Juden rechtlich und biologisch von der übrigen Bevölkerung getrennt. Im Gefolge dieser Gesetze trieb eine Flut weiterer Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Anordnungen und Durchführungsbestimmungen die Juden aus ihnen bis dahin noch belassenen Funktionen und isolierte sie in zunehmendem Maße. Josef Walk nennt 582 mündliche und schriftliche Maßnahmen, die zwischen dem 15. September 1935 und dem 9. November 1938 erlassen wurden.<sup>344</sup>

Sie bestimmten u. a., daß an Juden keine Treudienstabzeichen verliehen werden durften,<sup>345</sup> schlossen sie als Steuerhelfer aus,<sup>346</sup> regelten ihren Einsatz im Luftschutz,<sup>347</sup> verpflichteten Juden zur Anmeldung ihrer Vermögen<sup>348</sup> und kennzeichneten sie mit einem zweiten „typisch jüdischen“ Vornamen.<sup>349</sup> So differenziert wie die eingesetzten administrativen Instrumente, so unterschiedlich waren die Geltungsbereiche und Auswirkungen der Maßnahmen. Insgesamt läßt sich feststellen, daß die Gesetze eher diffus formuliert waren und einen breiten Interpretationsspielraum ließen, der dann in Verordnungen, Durchführungsbestimmungen und Ergänzungen konkretisiert und in der Regel im Sinne der antisemitischen Aktivisten verengt werden konnte. Dies trug zu einer starken Verunsicherung der jüdischen Bevölkerung

bei, die noch immer auf einen *modus vivendi* hoffte, während das „formale, verbrieftete Recht allmählich zu einem *modus operandi* verkam“,<sup>350</sup>

Die Vielzahl der Verordnungen und Erlasse läßt aber auch eine exakte Planung der Judenpolitik in dieser Phase von 1935–1938 vermissen.<sup>351</sup> Außenpolitische Rücksichten<sup>352</sup> und Kompetenzstreit standen einer schnellen Lösung, so wie sie den Aktivisten vorschwebte, im Wege.<sup>353</sup> Vor allem aber war die Verwaltung Ende 1935 gar nicht in der Lage, die Ausführung des Reichsbürgergesetzes zu überwachen. Die erste Verordnung zu diesem Gesetz hatte zwar zweifelsfrei festgelegt, wer Jude<sup>354</sup> und somit von den Bestimmungen betroffen war. Die Identifizierung dieser Personen war den Behörden aber nur zum Teil möglich. Die zitierte Verordnung gab eine „rassische“ Definition der Juden. Soweit den Behörden Unterlagen über die jüdische Bevölkerung vorlagen, basierten sie auf der Angabe der Glaubenszugehörigkeit der Personen. Dies galt sowohl für die Volkszählung im Jahre 1933,<sup>355</sup> die die Juden des Deutschen Reiches zentral erfaßt hatte, wie auch für Mitgliedsverzeichnisse der einzelnen jüdischen Gemeinden. Identifizierung, Registrierung und Kennzeichnung der Juden waren also organisatorische Voraussetzungen für die weiteren selektierenden Maßnahmen.

<sup>340</sup> Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Kassel. Akte: 3KLS-5/36. Hartwig Walter; Werner Meyer: Dokumentation eines Kasseler Rassenschande-Prozesses. Staatsexamensarbeit. Gesamthochschule Kassel (1983). <sup>341</sup> Ebenda. <sup>342</sup> Nach Lothar Gruchmann war ein Grund „für die überstürzte Realisierung des Blutschutzgesetzes“ eine Beendigung der Ausschreitungen gegen „Rasseschänder“ zu erreichen (Lothar Gruchmann: „Blutschutzgesetz“ und Justiz. a.a.O. (336), S. 432. <sup>343</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom September 1935 (BA Koblenz, R. 58 1140). <sup>344</sup> Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung. Heidelberg, Karlsruhe: C.F. Müller, Juristischer Verlag 1981. S. 131–249. <sup>345</sup> Reichsgesetzblatt, 1935, Teil I. S. 1341–1347. <sup>346</sup> Reichsgesetzblatt, 1936, Teil I. S. 11 f. <sup>347</sup> Reichsgesetzblatt, 1937, Teil I. S. 559–565. <sup>348</sup> Helmut Genschel: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich. a.a.O. (225), S. 157, Fußnote 83. <sup>349</sup> Reichsgesetzblatt, 1938, Teil I. S. 1044. <sup>350</sup> Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. a.a.O. (334), S. 42. <sup>351</sup> Vgl. Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich. a.a.O. (199), S. 153 ff. <sup>352</sup> Insbesondere in der Vorbereitungsphase zu den in 1936 in Berlin durchgeführten Olympischen Spielen gingen Hetzartikel und Ausschreitungen zurück, so daß ein Eindruck äußerer Ruhe im Bereich der Judenpolitik entstand. <sup>353</sup> „Hitlers – nur zu mutmaßende – Intentionen jener Zeit zielten auf eine vorsichtige, schrittweise Entrechtung der Juden, in die von den unterschiedlichen Machträgern durchgeführte antisemitische Politik brauchte er daher lediglich lenkend einzugreifen“. (Bernd Martin: Judenverfolgung und -vernichtung unter der nationalsozialistischen Diktatur. In: Die Juden als Minderheit in der Geschichte. Hrsg. von Bernd Martin und Ernst Schuler: München: dtv 1981. S. 303. <sup>354</sup> Reichsgesetzblatt, 1935, Teil I. S. 1333 f. <sup>355</sup> Vgl. Götz Aly, Karl-Heinz Roth: Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus. Berlin: Rotbuch 1984. S. 58 f.

Am 30. Oktober 1933 forderte der Landrat des Landkreises Kassel sämtliche Bürgermeister als Ortspolizeibehörde auf, Auskunft zu geben:

„a) über sämtliche in der dortigen Gemeinde ansässigen Angehörigen jüdischer Konfession und alle Personen, die *zweifelloso* jüdischer Rasse sind ...“<sup>356</sup>

Dem Schreiben war ein Muster über den Aufbau des Verzeichnisses beigelegt. Angegeben werden sollten: Name, Vorname, Wohnort, Geburtstag, Geburtsort, Beruf, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Religion, politische Einstellung und Betätigung, Bemerkungen. Die Antwort des Niederzwehrener Bürgermeisters enthielt eine „Nachweisung über hiesige ansässige Angehörige jüdischer Konfession“<sup>357</sup> mit den entsprechenden Angaben. Ob Nachforschungen zur Abstammung Niederzwehrener Bürger unternommen wurden, geht aus den Akten nicht hervor. Danach erfolgte keine weitere gesonderte Erfassung der jüdischen Bevölkerung. Über die in den Synagogengemeinden zusammengeschlossenen Juden waren die Behörden durch die alljährliche von den israelitischen Kultusgemeinden an den Regierungspräsidenten abzuliefernden Mitgliederverzeichnisse unterrichtet.<sup>358</sup>

Einen Überblick über die aktuelle Anzahl der Juden hatte die Verwaltung nicht. Als die Landesstelle Kurhessen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda den Regierungspräsidenten in Kassel am 1. Juli 1935 „zu propagandistischen Zwecken (um) die genaue Kopfzahl aller im Gau Kurhessen wohnenden Juden bat“<sup>359</sup>, konnte die Staatspolizeistelle Kassel keine exakte Zahl für den Stadtkreis Kassel angeben: „Die Zahl der in Kassel ansässigen Juden beträgt etwa 2500. Die *genaue* Kopfzahl kann nicht angegeben werden, weil nicht alle Juden, besonders die getauften, als Juden bekannt sind. Hinzu kommt eine gewisse Ungenauigkeit durch den dauernden Zu- und Wegzug von Juden.“<sup>360</sup>

In den Landkreisen wurde die Anzahl der Juden wesentlich genauer ermittelt. Der Landrat in Melsungen ließ von den Bürgermeistern seines Kreises Verzeichnisse mit den Personalien sämtlicher Juden, einschließlich der Frauen und Kinder, anfertigen und konnte aufgrund dieser Unterlagen die Anzahl von 479 Juden errechnen.<sup>361</sup>

Am 27. August 1935 verlangte die Staatspolizeistelle Kassel per Rundverfügung II/I 8018 ein Mitgliedverzeichnis von sämtlichen im Regierungsbezirk bestehenden jüdischen Vereinen. Die Verzeichnisse sollten den Mitgliederbestand vom 1. 10. 1935 wiedergeben und der zentralen Erfassung aller Juden in Deutschland in einer „Judenkartei“

dienen.<sup>362</sup> Ein vorrangiger Grund war jedoch, einen „Überblick über den gegenwärtigen Stand der politischen Gliederung der noch in Deutschland lebenden Juden zu erhalten“.<sup>363</sup> Die Staatspolizeistelle Kassel versandte Formularvordrucke an alle jüdischen Vereine des Regierungsbezirks, in denen Adressen der Mitglieder, der Zweck des Vereins und die jüdisch-politische Einstellung vermerkt werden sollten. Für die letztgenannte Angabe war eine von vier Möglichkeiten anzukreuzen: neutral, assimilatatorisch, zionistisch, orthodox.<sup>364</sup> Diese Auswahl wurde von der Staatspolizeistelle Kassel im Oktober 1935 durch die Rubrik „religiös-liberal“ ergänzt.<sup>365</sup> Damit standen der Verwaltung grobe Kategorien zur Verfügung, um z. B. die Anzahl der Juden, die bereit waren, nach Palästina auszuwandern, einzuschätzen. Diese Angaben waren vierteljährlich zu berichtigen, um den jeweils aktuellen Stand widerzuspiegeln.<sup>366</sup>

Am 17. 12. 1935 forderte der Regierungspräsident das bereits im August des Jahres erwähnte Verzeichnis über alle Juden in seinem Bezirk bis zum 20. Januar 1936 an.<sup>367</sup> Die Landräte hatten ihre Aufstellung termingemäß eingereicht. In den Landkreisen war die Anzahl der Juden in den einzelnen Orten überschaubar. Sie waren dort restlos bekannt, und dies galt auch für die wenigen Personen, die zum christlichen Glauben konvertiert waren.

Die Staatspolizeistelle Kassel, die mit der Aufstellung für den Stadtkreis Kassel beauftragt war, bat um Fristverlängerung bis zum 1. Juni 1936, „weil die sehr umfangreichen Feststellungen bisher noch nicht restlos getroffen werden konnten.“<sup>368</sup> Die viermonatige Verzögerung läßt darauf schließen, daß die Kasseler Gestapo nicht das Mitgliedsverzeichnis der jüdischen Gemeinde benutzte, sondern eigene Erhebungen anstellte. Grundlage für die Erfassung konnten die Meldeunterlagen der Stadtverwaltung sein. Die Einwohnermeldekartei wurde zentral beim Polizeipräsidenten in Kassel geführt und ging ohne Unterbrechung bis auf das Jahr 1868 zurück. Seit 1906 wurde ein Durchschlag des Meldebogens an die acht Bezirksämter der Stadt weitergeleitet. Dort wurden die Angaben in die in jedem Bezirk geführten Hausstandsbücher eingetragen. Jede Wohnungsänderung wurde hier erfaßt. Auch Personen, die sich nur einen Tag in Kassel in einem Hotel oder Krankenhaus aufhielten, wurden vermerkt. Es war ohne weiteres möglich, innerhalb sechs Monaten diese Verzeichnisse nach Eintragungen über Juden durchzusehen und abzuschreiben. Für eine solche Vorgehensweise spricht, daß die Aufstellung, die dem Regierungspräsidenten

<sup>356</sup> Staatsarchiv Marburg, 175/1401. <sup>357</sup> Ebenda. <sup>358</sup> Staatsarchiv Marburg, 180/2407. <sup>359</sup> Staatsarchiv Marburg, 165/3863. <sup>360</sup> Ebenda. <sup>361</sup> Staatsarchiv Marburg 180/2407. <sup>362</sup> Ebenda. <sup>363</sup> Schreiben der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Kassel vom 20. 9. 1935. (Staatsarchiv Marburg, 180/2407). <sup>364</sup> Staatsarchiv Marburg, 180/2406. <sup>365</sup> Ebenda. <sup>366</sup> Ebenda. <sup>367</sup> Staatsarchiv Marburg, 165/3863. <sup>368</sup> Ebenda.

ten von der Staatspolizeistelle vorgelegt wurde, nicht alphabetisch geordnet war, sondern in der Reihenfolge der Straßen in den einzelnen Stadtbezirken. Zu einer alphabetischen Gliederung war der unter Termindruck arbeitenden Gestapo wohl keine Zeit mehr verblieben. In den Hausstandsbüchern wurde bei den Adressen von Juden mit Rotstift ein „J“ nachgetragen. In einigen Fällen wurde der Eintrag am rechten Rand ebenfalls mit Rotstift abgehakt.<sup>369</sup>

Am 27. 5. 1936 hatte die Staatspolizeistelle in Kassel ihren Auftrag erfüllt und Daten über 1876 Juden mit Angabe des Vornamens, Nachnamens, Geburtsnamens, des Standes bzw. Berufes, Geburtstags und der Wohnung zusammengestellt. Die Religionszugehörigkeit war, da unwichtig, weggelassen worden.

Die Personen waren nach der Definition des § 5 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz erfaßt worden. Zusätzlich waren „Halbjuden“ aufgeführt und „Mischchen“ vermerkt.<sup>370</sup> Diese Aufstellung konnte innerhalb kürzester Zeit verkartet und in alphabetischer Reihenfolge sortiert werden. Wenn Zu- und Abgänge vom Einwohnermeldeamt an die Gestapo weitergeleitet wurden, hatte die Staatspolizei einen lückenlosen Überblick über die Kasseler Juden. Sie konnte jederzeit individuell zugreifen, war aber auch in der Lage, statistische Aussagen über die Veränderung der Anzahl und die „Wanderungsbewegung“ der Juden zu geben. Die Überwachung war total geworden, die bürokratischen Voraussetzungen für weitere Zwangsmaßnahmen gegeben.

Der Aufsicht der Behörden konnten sich Juden nur noch entziehen, wenn sie ihren Wohnort verließen, ohne sich an- und abzumelden, und in der Illegalität lebten. Obwohl dies strafbar war, haben Juden 1936 in größerer Anzahl ihre Wohnorte verlassen, ohne den Einwohnermeldebehörden Bescheid zu geben, insbesondere dann, wenn sie Auslandsreisen unternahmen, um die Bedingungen für eine Emigration zu erkunden. Zur Unterbindung dieser Auswanderung und unerlaubten Rückwanderung forderte die Staatspolizeistelle Kassel einen „Ausreisesehtvermerkszwang“ einzuführen.<sup>371</sup> Bei dieser Form der unkontrollierten Emigration befürchtete der Staat vor allem, daß die Auswanderer ihre steuerlichen Pflichten nicht erfüllt hatten.<sup>372</sup>

Dem Vermögen der Juden und dessen Einsatz im Staatshaushalt galt aber das besondere Interesse der NS-Judenpolitik. Durch Reichsfluchtsteuer und Devisenbeschränkungen kassierten die deutschen Behörden einen Teil des Vermögens von Emigranten und verhinderten die Ausführung der knappen Devisen.<sup>373</sup> Das Vermögen der im Inland bleibenden Juden wurde bis 1938 von der Verwaltung nicht angetastet. Am 26. April dieses Jahres erfaßte der NS-Staat die Vermögen der Juden und stellte sie unter staatliche Aufsicht.<sup>374</sup> Danach hatte „jeder Jude – und auch der nichtjüdische Ehegatte eines Juden ... – sein gesamtes in- und ausländisches Vermögen anzumelden und zu bewerten; ausgenommen sind Gegenstände zum persönlichen Gebrauch des Anmeldepflichtigen und Hausrat, der kein Luxusgegenstand ist. Juden ausländischer Staatsangehörigkeit haben nur ihr inländisches Vermögen anzumelden. Die Bewertung erfolgt nach dem gemeinen Wert. Die Anmeldepflicht entfällt, wenn der Gesamtwert des anzumeldenden Vermögens ohne Rücksicht auf die Verbindlichkeit 5000 RM nicht übersteigt.“ Neben den Personalien waren die Angaben getrennt nach ausländischen und inländischen Vermögen in Formblätter einzutragen. Das inländische Vermögen wurde gegliedert nach land- und forstwirtschaftlichem Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen und sonstigem Vermögen erfaßt. Ein Auszug dieser Angaben wurde an die Zollfahndungszweigstelle Kassel übermittelt.<sup>375</sup> Somit konnten die Angaben von Auswanderern über ihr Vermögen und die darauf entfallenden Steuern jederzeit überprüft werden. Die bis zu diesem Zeitpunkt perfektionierte Erfassung erforderte die Möglichkeit der Identifizierung der Juden zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort. Dies war bisher nicht möglich, da es keine Ausweispflicht gab und das Arbeitsbuch das einzige Personendokument darstellte, das zur Erkennung dienen konnte.<sup>376</sup>

Mit der Bekanntmachung über den Kennkartenzwang vom 23. 7. 1938 wurden staatsangehörige Juden verpflichtet, bis zum 31. 12. 1938 die Ausstellung einer Kennkarte zu beantragen, die bei allen mündlichen Anträgen an Behörden unaufgefordert vorzulegen, bei schriftlichen Anträgen anzugeben war.<sup>377</sup> Die Kennkarten enthielten die Personalien der Inhaber, waren auf einen bestimmten Kennort, in diesem Fall Kassel, eingetragen und mit einer

<sup>369</sup> Stadtverwaltung Kassel, Bezirksamt Wilhelmshöhe, Hausstandsbücher. <sup>370</sup> Verzeichnis der im Ortspolizeibezirk Kassel wohnenden Juden v. 27. 5. 1936. (Staatsarchiv Marburg, 165/3863). <sup>371</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel für Februar 1936 (BA Koblenz, R 58/604). <sup>372</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel März 1936 (BA Koblenz, R 58/1152). <sup>373</sup> Reichsfluchtsteuer wurde seit dem 8. Dez. 1931, also bereits in der Weimarer Republik, erhoben. (Reichsgesetzblatt, 1931. Teil I, S. 699 und S. 731–733). Sie betrug seit dem 18. Mai 1934 25 % vom Vermögen des Emigranten, wenn das Vermögen nach dem 31. 12. 1931 mehr als 50 000,- RM betragen hatte. (Reichsgesetzblatt, 1931. Teil I, S. 392). Beim Umtausch von Reichsmark in ausländische Währung gingen etwa 50 % des Wertes an die Tauschstelle Altreu. <sup>374</sup> Reichsgesetzblatt, 1938. Teil I, S. 414 f. <sup>375</sup> Stadtarchiv Kassel, Bestand S 3. Oberfinanzpräsident in Kassel, Nr. 348, Überwachung jüdischer Vermögenswerte. <sup>376</sup> Der gesetzliche Ausweiszwang wurde erst am 10. Sept. 1939 eingeführt. (Reichsgesetzblatt, 1939, Teil I, S. 1739). <sup>377</sup> Reichsgesetzblatt, 1938. Teil I, S. 922.

Kennnummer versehen. Zur einwandfreien erkennungsdienstlichen Identifizierung waren außer Paßbild und Unterschrift die Fingerabdrücke des linken und rechten Zeigefingers enthalten. Am 18. August 1938 wurde die Kennzeichnung der Juden auf ihren Namen ausgedehnt. Nach einem Erlaß des Reichsministers des Innern durften deutsche oder staatenlose Juden nur „typisch“ jüdische Vornamen führen, die in dem Erlaß aufgeführt waren.<sup>378</sup> Personen „jüdischer Abstammung“, die andere Vornamen führten, mußten sich einen zweiten Vornamen, Frauen Sara, Männer Israel, zulegen. Unter dem Titel „Keine jüdischen ‚Plattfuß-Siegfrids‘ mehr“ informierte die Hessische Volkswacht ihre Leser darüber, daß die gesetzliche Regelung einen Zustand beseitigte, „der nicht nur den Juden bisher immer noch eine Möglichkeit zur Tarnung gegeben hatte, sondern auch für das Empfinden der deutschen Bevölkerung auf die Dauer unerträglich sein mußte...“<sup>379</sup>

Diese Regelung sollte am 1. Januar 1938 in Kraft treten. In den Kasseler Einwohnerverzeichnissen wurden daraufhin bei Neueintragen die Vornamen Sara bzw. Israel hinzugesetzt. Namensänderungen wurden wieder rückgängig gemacht, wenn der ursprüngliche Vorname in dem Erlaß aufgeführt war.<sup>380</sup>

Im Kasseler Adreßbuch von 1940 wurden die Namen der Juden erstmals mit dem zusätzlich aufgezwungenen Vornamen veröffentlicht.<sup>381</sup> Damit war die Transparenz über die jüdische Minderheit in Kassel nahezu vollkommen. „Judenkartei“, „Bewegungsstatistik“, Vermögensverzeichnis, Kennkarte und Kennname machten sie gut kontrollierbar und disponabel für jedwede zukünftige Zwecke. Die NS-Verwaltung hatte die Zeit zwischen 1935 und 1938 genutzt und durch bürotechnische Maßnahmen, die keinen direkten Schaden zur Folge hatten, die Voraussetzung für jede denkbare Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahme geschaffen.

## Terror, Boykott und Verhaftungen

Waren die administrativen Maßnahmen im betrachteten Abschnitt auch gewichtig, eine Phase, in der nur die Verwaltung arbeitete, die Juden aber gewissermaßen eine Ruhepause vor dem sich zusammenbrauenden Sturm erleben konnten, gab es nicht. Überfälle, Boykottdemonstrationen, Vorführungen zur Gestapo gehörten zur unterdrückten Existenz der Kasseler Juden. Scharfes Durchgreifen und Strafverfolgung zur Eindämmung der Einzelaktionen gegen die jüdische Bevölkerung in Kassel und insbesondere auf dem Land hatten nach den Berichten des Polizeipräsidenten zu einer Beruhigung in der „Judenfrage“ geführt,<sup>382</sup> die auch im Hinblick auf die 1936 in Deutschland ausgetragenen Olympischen Spiele, die auf keinen Fall gefährdet werden sollten, erwünscht war.<sup>383</sup> Nach Ablauf der Olympiade wurde umso weniger Rücksicht geübt. Im Dezember wurde von der NSDAP-Kreisleitung in Kassel ein Weihnachtsboykott „jüdischer Geschäfte“ veranstaltet, der die gleichen Merkmale früherer Aktionen hatte.<sup>384</sup> SA-Posten verteilten vor den Geschäften Zettel „Kauf nicht bei Juden“.

Kunden, die die Geschäfte trotzdem betraten, wurden fotografiert und als „Schufte, Arbeiterverräter, Judenknechte“ beschimpft. Beim Verlassen wurden ihre Einkaufs-

taschen kontrolliert. Kinder wurden beauftragt, diesen Personen nachzugehen. Ein jüdisches Mädchen wurde von einem der Zettelverteiler geschlagen.

Als der Kasseler Herbert Bauer sein Mißfallen über den Boykott äußerte, wurde er von einem Zettelverteiler tödlich angegriffen.<sup>385</sup>

Auch die Antwort des Regierungspräsidenten in Kassel auf die Bitte des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministeriums um Bericht über die Vorgänge war typisch: „Es handelt sich bei den jüdischen Eingaben um Übertreibungen. ...“ Im Herbst 1937 wurde Noah Kreski auf der Frankfurter Straße von Hitlerjungen überfallen und bewußtlos geschlagen.<sup>386</sup> Im Anschluß an einen Vortrag von Julius Streicher in der Kasseler Stadthalle am 11. Dezember 1937 kam es zu einem Sturm auf die Geschäfte von Kasseler Juden.<sup>387</sup>

Gleichzeitig wuchs die Gefahr, aus den unterschiedlichsten Gründen bei der Gestapo vorgeladen und inhaftiert zu werden ohne das geringste subjektive Verschulden. Dafür ein Beispiel: Franz Wallach war im Vorstand der Kasseler Sinai Loge im Orden Bne Brith, seine Frau wirkte in der Leitung der Frauengruppe. Als 1937 die Loge in Deutschland aufgelöst wurde, wurde der Vorstand der Sinai Loge verhaf-

<sup>378</sup> Ministerialblatt für die Preußische Innere Verwaltung, Spalte 1345. <sup>379</sup> Kurhessische Landeszeitung, 9. Jg. Nr. 198 v. 25. 8. 1938. <sup>380</sup> Ministerialblatt für die Preußische Innere Verwaltung, Spalte 1345. <sup>381</sup> Einwohnerbuch der Stadt Kassel für das Jahr 1940. <sup>382</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom März 1934, (BA Koblenz). <sup>383</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom März 1934, (BA Koblenz). <sup>384</sup> Staatsarchiv Marburg, 165/3982. <sup>385</sup> Ebenda. <sup>386</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte Rubin Kreski. I 12/9-K 6253 (4). <sup>387</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte 3. I/12/9-K-536 (4).

tet. „Es kamen zwei Leute. Ein SS-Mann und ein gewöhnlicher Polizist, nein drei kamen. Ich war völlig ahnungslos. Wir dachten, sie kämen zur Haussuchung. Sie haben die Logen doch schlagartig aufgelöst und hatten gar nicht so viele Gestapoleute. Dadurch kam ein Polizist mit. Dieser Polizist nahm mich beiseite und sagte: ‚Geben Sie Ihrem Mann was zu frühstücken, wir müssen ihn mitnehmen.‘ Und das haben wir dann auch getan. Inzwischen wußten wir schon, daß es sich um die Loge handelt und wurden sehr erleichtert, denn man wußte doch nie, was man falsch gemacht hatte ... In unserer Wohnung war ein langer Korridor von 20 m mit einem Riesenregal mit Akten. Da habe ich den Leuten gesagt: ‚Suchen Sie, wo Sie wollen und was Sie wollen, aber wenn Sie das Regal ausräumen, dann weiß ich überhaupt nicht was werden soll. Das kriegt man nie wieder so hin.‘

Wir hatten eine alte Putzfrau, denn Mädchen durfte man schon gar nicht mehr haben. Man durfte nur Frauen über 45 Jahren einstellen. Diese Frau war sehr mißtrauisch und lief immer hinter ihnen her. Wir hatten eine Vitrine, und da lag das Eisener Kreuz von meinem Mann drin, und da sagte sie: ‚Hier sind unsere Orden.‘ Als ein Beamter sagte: ‚Sauber ist es ja hier, das kann man nicht anders sagen‘, war sie sehr beleidigt und antwortete: ‚Glauben Sie, alle Juden sind Schweine?‘ Dann haben sie alles umgekehrt, und dann haben sie mich auch mitgenommen. Wir gingen los, und dann sagte der eine zu mir: ‚Wollen Sie nicht vorgehen vielleicht?‘ Da habe ich gesagt: ‚Nein, es ist heutzutage keine Schande, als Jüdin verhaftet zu werden‘, und als er fragte: ‚Sie haben wohl darauf gewartet‘, sagte ich: ‚Jeder kommt doch mal dran, und jetzt sind wir dran.‘<sup>388</sup> Der gesamte Vorstand der Loge war verhaftet worden. Es wurde eine Auflösungsanordnung vorgelegt, die von den anwesenden Mitgliedern unterschrieben werden mußte, dann wurde das Vermögen der Loge geprüft. Weitere Untersuchungen wurden von der Gestapo nicht

angestellt. Keinem der Verhafteten war etwas geschehen. Die Frauen wurden nach wenigen Stunden entlassen, die Männer kamen am nächsten Tag frei. Gleichwohl blieb die Erfahrung, auf welche Weise die Gestapo einfach Verwaltungsakte durchführte, bei den Wallachs wirksam, und sie betrieben ihre vorsorglich seit 1935 vorbereitete Auswanderung nach Palästina.

Verhaftungen durch die Gestapo gehörten zunehmend zu den Risiken des täglichen Lebens der jüdischen Einwohner Kassels.

Diese Entwicklung spiegelte sich auch in der Arbeit des Kasseler Rabbiners Robert Geis wieder, wie die häufigen Notizen in seinem Tageskalender über Gefängnis- und Zuchthausbesuche zeigen. Hier ein Auszug der Eintragungen:<sup>389</sup>

- „14. 8. Krankenbesuch: Goldschmidt, Schillerstr. 35
- 15. 8. Gemeinde Bebra
- 16. 8. Zuchthaus: Dr. Freudenthal, Nadel, Dr. Frank, Schiftan, Kaufmann, Dr. Bruck, Kirstein
- 29. 8. Gemeinde Rotenburg
- 1. 9. Gefängnis: Unterredung mit Dr. Kugelmann
- 2. 9. Gefängnis: Dr. Henning
- 3. 9. Zuchthaus: Dr. Freudenthal, Kohlhagen, Dr. Frank, Nadel, Kaufmann, Jacobs, Kirstein, Katz.“

Nach den Besuchsvermerken von Dr. Robert Geis im 4. Quartal 1937 waren 12 Juden im Gefängnis und Zuchthaus der Stadt Kassel inhaftiert. Über die Kasseler Juden in Strafanstalten anderer Städte und in Konzentrationslagern sind keine vollständigen Angaben vorhanden.

Sicher ist, daß die Bestrafung von Juden wegen geringfügiger Verstöße gegen die in immer kürzeren Abständen erfolgenden Rechtsvorschriften für den Betroffenen unabsehbare Folgen haben konnte. Sehr viele Gefangene wie z. B. Willi Schiftan wurden nach Ende der Haftzeit nicht entlassen, sondern von der Gestapo in Schutzhaft genommen und in ein Lager verbracht.<sup>390</sup>

## Erste Massendeportation durch die SS

Am 1. Juni 1938 ordnete das Reichskriminalamt in Berlin an, alle „asozialen Elemente“ zu erfassen, denn „die straffe Durchführung des Vierjahresplans erfordert den Einsatz aller arbeitsfähigen Kräfte und läßt es nicht zu, daß asoziale Menschen sich der Arbeit entziehen und somit den Vierjahresplan sabotieren. ...

Ich ordne deshalb an: ... aus den dortigen Kriminalpolizeistellen *mindestens* 200 männliche arbeitsfähige Personen (asoziale) in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen ... Ferner sind ebenfalls in der Woche vom 13.–18. Juni 1938 alle männlichen Juden des Kriminalpolizeistellenbezirks, die mit mindestens einer Gefängnisstrafe von

<sup>388</sup> Gespräch mit Gertrud und Franz Wallach am 30. 4. 1983 in Haifa, Israel. <sup>389</sup> Tageskalender des Rabbiners Dr. Raphael Geis, Auszug. Zur Verfügung gestellt von Frau Susanne Geis. <sup>390</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: Willi Schiftan, I 12/9 K 24(4).

mehr als einem Monat bestraft sind, in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen.“<sup>391</sup> Die Kriminalpolizeistelle nahm daraufhin in der Woche vom 13. bis 18. Juni zusammen mit 155 „Asozialen“ 25 Juden in Vorbeugehaft und veranlaßte ihre Überführung in ein staatliches Konzentrationslager.<sup>392</sup> Paul R., zum Zeitpunkt der Inhaftierung 64 Jahre alt, wurde in das Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt und mußte dort schwerste körperliche Arbeit leisten.<sup>393</sup> Da seine Ehefrau eine Einwanderungsgenehmigung für die Familie in die USA vorweisen konnte, wurde er im September 1938 entlassen.<sup>394</sup> Über das Schicksal der anderen Menschen finden sich keine weiteren Angaben.

Diese Aktion war ein Novum und stellte eine härtere Gangart der NS gegen die aus der Volksgemeinschaft gedrängten Menschen dar. Es wundert nicht, daß die vorbestraften Juden, der besonders unerwünschte Teil dieser verhaßten Minderheit, mit zu den ersten Opfern zählten. Verantwortlich zeichnete Heydrich. Nach dreijährigen Vorarbeiten zur Erfassung, Kennzeichnung und laufender Überwachung der Juden hatte die SS erstmals mit den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln zugeschlagen. Verhaftungen und Massendeportationen von Juden aus unterschiedlichen Anlässen mit verschiedenen Zielen, aber immer in der gleichen Form durchgeführt, waren in den nächsten sechs Monaten sichtbares Zeichen für die Einmischung der SS in die Judenpolitik. Nur wenige Monate später versuchten Gestapo und SD, 15 000 polnische Juden über die Grenze nach Polen abzuschieben.

Die Vorgeschichte dieser zweiten Massendeportation lag in einer Änderung der Paßformalitäten von Schweizer Behörden gegenüber jüdischen Einreisenden. Die Schweiz, nach dem Anschluß Österreichs bevorzugtes Einreiseland für Juden aus Wien, führte den Visumzwang für deutsche Juden ein und verlangte, daß die Pässe deutscher Juden mit einem roten „J“ zu stempeln seien.<sup>395</sup> Durch diese Maßnahme sollte verhindert werden, daß Juden unerkannt über die Grenze kamen.

Polen nutzte diese Initiative der Schweiz allerdings aus ganz anderen Gründen und erließ im Oktober 1938 eine Verordnung, nach der im Ausland ausgestellte Pässe nur mit einem Prüfvermerk der zuständigen polnischen Kon-

sulatsbehörde zur Einreise nach Polen berechtigen sollten. Dieser Vermerk war insbesondere dann vorzuenthalten „wenn der betreffende Staatsangehörige für eine Ausbürgerung in Betracht kam“.<sup>396</sup>

Dies hätte bedeutet, daß die in Deutschland lebenden polnischen Juden nicht in ihr Heimatland zurückwandern konnten. Da nach sofortiger Intervention von deutscher Seite Polen nicht von den Verordnungen zurücktreten wollte, ersuchte das Auswärtige Amt die Sicherheitspolizei, die sofortige Ausweisung der in Deutschland lebenden polnischen Juden vorzubereiten.<sup>397</sup>

Die zweite Massendeportation von Juden begann. Der Regierungspräsident in Kassel ordnete am 27. 10. 1938 für seinen Verfügungsbereich fernmündlich an, „sofort in großem Umfang gegen Juden polnischer Staatsangehörigkeit Aufenthaltsverbote für das Reichsgebiet zu erlassen und Verbotsv Verfügungen sofort zu stellen. Aufenthaltsverbote sind mit Frist bis 29. 10. auszusprechen. Die Betroffenen sind darauf aufmerksam zu machen, daß sie bis zu diesem Zeitpunkt das Reichsgebiet verlassen müssen. Es sind alle Vorkehrungen zu treffen, gegf. sind andere Aufgaben zurückzustellen. Schriftliche Bestätigung folgt.“<sup>398</sup>

Die von der Verfügung betroffenen polnischen Juden des Regierungsbezirks wurden in den Ortspolizeibezirken gesammelt und von dort aus mit der Bahn nach Kassel transportiert. Aus Fulda wurden 41 polnische Juden der Gestapo überstellt. In Kassel wurden Juden, die die polnische Staatsangehörigkeit besaßen, verhaftet, die Kinder aus dem Schulunterricht zum Transport gebracht.<sup>399</sup> Die Verhaftung und Abschiebung der polnischen Juden aus Kassel erfolgte so plötzlich, daß Abmeldungen in den Einwohnerverzeichnissen nicht vermerkt werden konnten. Die Juden wurden von Kassel aus an die polnische Grenze deportiert. Die Kosten für den Transport mußten die Juden tragen.<sup>400</sup> Da die polnischen Behörden die Aufnahme verweigerten, mußten die Familien einige Tage im Niemandsland zwischen Deutschland und Polen verbringen, bevor viele von ihnen wieder in die Wohnorte im Deutschen Reich zurückgebracht wurden.<sup>401</sup> Die Aktion endete für Gestapo und SD mit einem Fehlschlag. Es gibt einen Hinweis, daß in Kassel bereits 1938 ein Lager für polnische Juden bestand,<sup>402</sup> und es ist anzunehmen, daß

<sup>391</sup> Staatsarchiv Marburg. 165/3982, Bd. 16. <sup>392</sup> Ebenda. <sup>393</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte Paul. R. I 12/9-K 401 (4). <sup>394</sup> Ebenda. <sup>395</sup> Raul Hilberg: Die Vernichtung der deutschen Juden ... a.a.O. (334) S. 128 f. <sup>396</sup> Die polnische Regierung hatte am 31. März 1938 ein Gesetz erlassen „das die Möglichkeit vorsah, polnische Staatsangehörige auszubürgern. Die Ausbürgerung sollte u.a. dann stattfinden können, wenn der betreffende polnische Staatsangehörige während 5 Jahren keine Verbindung mit Polen gehalten hatte“. Diese Begründung traf auf die circa 17 000 in Deutschland lebenden polnischen Juden zu, die, da sie hier besonderen Schikanen unterworfen waren, zum Teil in ihr Heimatland zurückkehren wollten. Polen war jedoch keineswegs bereit sie aufzunehmen. H. G. Adler: Der verwaltete Mensch. Studien zu Deportation der Juden aus Deutschland. Tübingen: Mohr 1974. 593. <sup>397</sup> Ebenda. <sup>398</sup> Stadtarchiv Fulda. Bestand XXIV Nr. 54; Ausweisung polnischer Juden. Zitiert nach: Naftalie Sonn, Otto Berge: Schicksalswege der Juden in Fulda und Umgebung. Fulda: o.V. 1984 S. 171 f. <sup>399</sup> Auskunft von William Katz, 1929 bis 1939 Lehrer an der Jüdischen Volksschule in Kassel. <sup>400</sup> Die polnischen Juden, die von Fulda aus deportiert wurden, hatten insgesamt 1076,99 M zu zahlen. (Naftalie Sonn, Otto Berge: Schicksalswege der Juden in Fulda und Umgebung. a.a.O. (398) S. 174. <sup>401</sup> Ebenda. <sup>402</sup> Leiden an der Unerlöstheit der Welt. Robert Raphael Geis 1906–1972. Briefe, Reden, Aufsätze. Hrsg. von Dietrich Goldschmidt in Zusammenarbeit mit Ingrid Überschar. München: Chr. Kaiser 1984. S. 13.

dieses Lager zur Internierung der zurückgeführten polnischen Juden diente. Diese blitzartige und polizeimäßig durchgeführte Abschiebung von Tausenden Juden erfaßte auch die Familie Grynszpan, die am 29. Oktober von Hannover aus in den deutsch-polnischen Grenzort Zbaszyn deportiert wurde.<sup>403</sup> Ihr Sohn Herschel Grynszpan lebte zu diesem Zeitpunkt in Frankreich und

erfuhr durch einen Brief seiner Schwester vom Schicksal seiner Familie.<sup>404</sup> Am 7. November verübte er ein Attentat auf einen Beamten der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath. Grynszpan wurde noch am Tatort festgenommen. In der Vernehmung gab er als Begründung für das Attentat die Festnahme und Abschiebung seiner Eltern an.<sup>405</sup>

## Die Pogrome vom 7.–10. November 1938

In den Nachmittagsstunden des 7. November 1938 wurde die Nachricht vom Attentat auf Ernst vom Rath durch den Rundfunk verbreitet.<sup>406</sup> Daraufhin sammelte sich eine Gruppe von Personen, um gegen die jüdische Bevölkerung Kassels zu demonstrieren. Immer mehr Menschen schlossen sich ihnen an.

„Da zog es Hunderte aus allen Stadtteilen zunächst zu dem sichtbarsten Ausdruck jüdischen Machstrebens, zur Kasseler Synagoge Ecke Untere Königsstraße/Bremer Straße. Empörte Rufe wurden laut, und die Menge war in ihrem Willen nicht mehr einzudämmen, den jüdischen Einrichtungen einen Denkmittel zu verpassen“,<sup>407</sup> beschrieb die Hessische Volkswacht die Ereignisse und versuchte die dann folgenden Pogrome als einen Wutausbruch der Bevölkerung darzustellen. In der Tat bildeten seit Beginn der „antijüdischen Kundgebung“ Hunderte von Menschen das Publikum für die Ausschreitungen und gingen von Schauplatz zu Schauplatz.<sup>408</sup>

Zunächst wurde die Eingangstür der Großen Synagoge aufgebrochen. Teile der Bestuhlung, Thorarollen, Gebetsmäntel und andere Kultusgegenstände wurden auf den Bürgersteig geworfen. Dann wurde Feuer gelegt. Auch im Inneren der Synagoge wurden Einrichtungsstücke zusammengetragen und entzündet.<sup>409</sup> Der anwesende Direktor der Kasseler Feuerwehr ließ zwei C-Schläuche legen, und die Brände erstickten im Keim.<sup>410</sup> Das Treiben der Randalierer und das Verhalten der Zuschauer wurde vom Kasseler Polizeipräsidenten beobachtet.<sup>411</sup> Auf dem der Synagoge gegenüberliegenden Vorplatz der Holzhandlung

Schupmann hatten außerhalb der Messezeit eine Schießbude und ein Karrussell ihren Standplatz. Jugendliche, die sich dort getroffen hatten, wurden von den Anführern der Ausschreitungen aufgefordert mitzumachen.<sup>412</sup> Einem von ihnen fiel auf, daß die in Zivil gekleideten Aktivisten alle gleiches Schuhwerk trugen, „Schuhe von SS-Leuten“. Die daraus geschlossene Vermutung, SS-Männer gehörten zu den Initiatoren der Ausschreitung, wurde für den jugendlichen Zuschauer zur Gewißheit, als er einige Jahre später in einem Kriegslazarett einen Soldaten traf, der bekannte, als Angehöriger der Arolser SS am 7. November in Kassel dagebewesen zu sein.<sup>413</sup> Nicht nur Arolser SS-Leute randalierten auf Befehl, auch Angehörige der Kasseler Gestapo beteiligten sich an den Gewalttätigkeiten.<sup>414</sup>

Von der Hauptsynagoge zog die Menge zum Schul- und Verwaltungsgebäude der jüdischen Gemeinde in der Großen Rosenstraße. Die am Wege liegenden Geschäfte jüdischer Inhaber wurden beschädigt und teilweise geplündert. Das Café Heinemann in der Moltkestraße wurde vollständig demoliert.<sup>415</sup> In der großen Rosenstraße wurde die Einrichtung der Schulräume zerbrochen und teilweise aus dem Fenster geworfen.<sup>416</sup> Menschen wurden aus den Wohnungen gezerrt und mißhandelt.<sup>417</sup> Auch Rosa Bluth wurde abgeführt und mit einem Kraftwagen in Richtung Hannoversch-Münden gefahren und dort ausgesetzt. Als sie nach Stunden zurückkehrte, waren die Einrichtung und das Warenlager ihres Geschäftes vollständig zertrümmert.<sup>418</sup> Gegen 22.00 Uhr endeten die Ausschreitungen, und die Menschen gingen in ihre Wohnungen.<sup>419</sup>

<sup>403</sup> Helmut Heiber: Der Fall Grünspan. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. 5. 1957. S. 137. <sup>404</sup> Ebenda. <sup>405</sup> Helmut Heiber: Der Fall Grünspan ... a.a.O. (403) S. 135. <sup>406</sup> Kurhessische Landeszeitung, 9. Jg. Nr. 262 vom 8. November 1938. <sup>407</sup> Ebenda. <sup>408</sup> Gespräch mit Herrn Walter Hildebrandt am 26. 4. 1984. <sup>409</sup> Gespräch mit Herrn Walter Hildebrandt am 26. 4. 1984. <sup>410</sup> Gespräch mit Herrn Aschenbrenner 1984. <sup>411</sup> Ebenda. <sup>412</sup> Gespräch mit Herrn M. 1984. <sup>413</sup> Gespräch mit Herrn M. 1984. <sup>414</sup> Gespräch mit Pfarrer Scheffer am 6. 12. 84. Pfarrer Scheffer war 1938 Hilfspfarrer in Kleinalmerode und wurde am 8. 11. 1938 zur Gestapo in das Polizeipräsidium am Königstor bestellt. Er mußte im Vorzimmer eines Kommissars mehrere Stunden warten und konnte Gespräche von Gestapoleuten mithören, die sich im Geschäftszimmer des Kommissars aufhielten. In diesen Gesprächen rühmten Kasseler Gestapobeamt die Randalierung und Zerstörungen die sie in der vergangenen Nacht in der Großen Rosenstraße angerichtet hatten und sprachen davon, daß dies nur die Vorübung gewesen sei, das Eigentliche käme noch und zwar landauf landab. <sup>415</sup> Gespräch mit Herrn Walter Hildebrandt und Herrn M. Vgl. auch den Bericht in der Kurhessischen Landeszeitung, 9. Jg. Nr. 262 vom 8. November 1938. <sup>416</sup> Gespräch mit Herrn Walter Hildebrandt. Vgl. auch: Willi Belz: Die Standhaften. Über den Widerstand in Kassel 1933–45. Ludwigsburg: Schramm-Verlag 1960, ergänzte und überarbeitete Neuauflage. Kassel: Selbstverlag 1978. S. 158 ff. <sup>417</sup> Gespräch mit Frau K. 1983. <sup>418</sup> Gespräch mit Frau Rosa Bluth im Februar 1984. <sup>419</sup> Gespräch mit Herrn Walter Hildebrandt am 26. 4. 1984.

Den Kasseler Bürgern bot sich am nächsten Tag ein Bild der Verwüstung in den Straßen der Innenstadt. Die Räume in der jüdischen Volksschule waren derartig beschädigt worden, daß der Stadtschulrat die Schule bis auf weiteres schließen mußte.<sup>420</sup> Die Kurhessische Landeszeitung berichtete stolz über die spontane Quittung, die das „Weltjudentum“ durch die kurhessische Bevölkerung erhalten hatte,<sup>421</sup> und wies darauf hin, daß es „zu ähnlichen Vorfällen ... in verschiedenen Städten und Dörfern des Kurhessengaus“ gekommen sei.<sup>422</sup> Andere Blätter, wie die Fuldaer Zeitung, berichteten über die „Empörung“ der Bevölkerung, die sich nach dem Attentat „in Kassel, Rotenburg und Bebra ‚Luft gemacht‘ hatte und schloß den Artikel: „Wie wir von der Fuldaer Polizei erfuhren, ist es in unserer Stadt zu ähnlichen Demonstrationen bisher noch nicht gekommen.“<sup>423</sup> Die Worte „bisher noch nicht“ sind gesperrt gedruckt. Bei der ausschließlich positiven Bewertung der Ausschreitungen in den anderen Städten ein klarer Hinweis, daß von Fulda gleiches erwartet wurde. Wenn es eines weiteren Anstoßes für die Anzettelung neuer Pogrome in anderen Gemeinden bedurfte, so wurde der durch das parteiamtliche Organ, den „Völkischen Beobachter“, geliefert. Er verkündete: „Es ist klar, daß das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß in unseren Grenzen Hunderttausende von Juden noch ganze Landstraßen beherrschen, Vergnügungstätten bevölkern und als ‚ausländische Hausbesitzer‘ das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassegenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen...“<sup>424</sup>

Diese Zeilen konnten von den ausschreitungs- und kundgebungserfahrenen Parteigenossen als Aufforderung verstanden werden. Beamte der Kasseler Gestapo waren ebenfalls über weitere Aktionen informiert und sollen auch wie am Vorabend in Kassel selber bei den folgenden Ausschreitungen beteiligt gewesen sein.<sup>425</sup> Am Abend des 8. November ging es in zahlreichen Orten des Gauess Kurhessen los.

Beispielhaft seien die Pogrome in Abterode erwähnt: „Am Abend des 8. 11. 1938 hatte der Ortsgruppenleiter die politischen Leiter von Abterode und Umgebung sowie einige Vertreter der SA um 20 Uhr zu einer Besprechung in die

Gastwirtschaft von Zimmermann berufen. Etwa 40 Personen nahmen an dieser Versammlung teil. Der Ortsgruppenleiter hielt an sie eine Ansprache, in der er den Mordanschlag auf den deutschen Gesandtschaftssekretär vom Rath in Paris erwähnte. Im weiteren sagte er, es sei für diesen Abend ‚etwas geplant gewesen, jedoch vom Reichspropagandaministerium wieder abgeblasen worden‘. Während im Anschluß an diese Rede die Versammlungsteilnehmer noch in der Wirtschaft beisammen saßen, entstand im Ort eine lebhafte Unruhe. Zwischen 21.00 und 22.00 Uhr wurde in dem Gasthaus bekannt, daß die Synagoge des Ortes zerstört wurde. Die Mehrzahl der Versammelten verließ darauf das Haus, um zu erfahren, was los sei.“<sup>426</sup> Es kam zu Mißhandlungen, Zerstörungen und Plünderungen. Die jüdischen Männer wurden in Schutzhaft genommen und nach Eschwege transportiert.<sup>427</sup> Die Ausschreitungen waren von einer übergeordneten Stelle befohlen und von außerhalb herbeigeschafften Leuten begonnen worden. Dann hatten sich Abteroder Bürger an den Pogromen beteiligt. Für eine vorbereitete Aktion spricht, daß die Straßenbeleuchtung während der Verwüstung abgeschaltet worden war und die Gendarmen aus dienstlichen Gründen an einem weit entfernten Ort des Kreises unter einem Vorwand zusammengezogen waren.<sup>428</sup>

Auch für die Pogrome in anderen Orten gibt es Anzeichen dafür, daß Anweisungen zentral erfolgten und sowohl auf Gestapo und SS als auch auf die Gauleitung in Kassel verweisen. Von 13 Orten im Gau Kurhessen ist bekannt, daß Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung vor den reichsweit in der Nacht vom 9. auf 10. November 1938 angeordneten Pogromen stattfanden.<sup>429</sup>

Sie weisen alle charakteristischen Merkmale dieses Großpogroms auf: Menschen wurden mißhandelt (ein Felsberger Jude starb an einem Herzinfarkt auf der Straße),<sup>430</sup> Synagogen wurden niedergebrannt. Dort, wo Häuser gefährdet waren, unterband die Feuerwehr den Brand oder hielt ihn unter Kontrolle. Geschäfte wurden demoliert und entgegen den Anweisungen der Verantwortlichen geplündert. Männliche Juden wurden in Schutzhaft genommen.<sup>431</sup> Beteiligt waren Angehörige der Partei und ihrer Gliederungen, ebenso wie aus der SA ausgeschlossene Männer und Teile der Bevölkerung.<sup>432</sup> Bei einigen Orten

<sup>420</sup> Staatsarchiv Marburg: 167/3898. <sup>421</sup> Kurhessische Landeszeitung, 9. Jg. Nr. 262 vom 8. 11. 1938. <sup>422</sup> Ebenda. <sup>423</sup> Fuldaer Zeitung vom 8. 11. 1938. <sup>424</sup> Völkischer Beobachter vom 8. 11. 1938. <sup>425</sup> Gespräch mit Herrn Pfarrer Scheffer am 6. 12. 1984, vgl. Anm. 414. <sup>426</sup> Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Kassel. Akte: Ks Ls 2/49. <sup>427</sup> Ebenda. <sup>428</sup> Ebenda. <sup>429</sup> Es handelt sich um die Orte: Abterode, Baumbach, Bebra, Felsberg, Frankenberg, Guxhagen, Heinebach, Hoof, Kassel, Kirchhain, Rotenburg/Fulda, Sontra und Treysa. Die Liste ist sicher nicht vollständig. <sup>430</sup> Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Kassel. Akte: 3 Kls 3/49. <sup>431</sup> In Guxhagen und Abterode wurden Juden in Schutzhaft genommen, ohne daß es eine zentrale Anweisung dafür gab. <sup>432</sup> Vgl. auch Hermann Graml: Der 9. November 1938, „Reichskristallnacht“, 3. Auflage. Bonn: Bundeszentrale für Heimatdienst 1955. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst Nr. 2) S. 18 f.

wurden Männer von außerhalb eingesetzt,<sup>433</sup> die dann von Einheimischen eingewiesen und im Laufe des Pogroms auch aus der Menge unterstützt wurden.<sup>434</sup>

In anderen Gemeinden gingen die Ortsbewohner selbständig gegen die Juden vor. In Felsberg waren SA-Leute zusammengetrommelt worden, um von Gensungen aus in geschlossener Formation nach Felsberg zu marschieren und dort die Bürger durch Sprechchöre zu Ausfällen gegen die Felsberger Juden aufzuhetzen. Bevor der Demonstrationzug die Stadtgrenze erreicht hatte, mußten die Teilnehmer mit ansehen, daß die Zerstörungen bereits begonnen hatten und die Juden aus ihren Häusern geholt waren.<sup>435</sup>

Als am Morgen des 9. November die Berichte aus den Ortschaften über das Ausmaß der Pogrome bei der NSDAP-Gauleitung in Kassel eingingen, wurde unverzüglich an alle Kreisleiter telefonisch der Befehl durchgegeben: „Ab sofort haben sämtliche antijüdischen Demonstrationen zu unterbleiben. Die Kreisleiter sind dem Gauleiter für die Durchführung dieses Befehls voll verantwortlich. Weitere Weisungen folgen.“

Solbrig  
SA-Brigadeführer<sup>436</sup>

Der Befehl wurde einige Stunden später schriftlich wiederholt.<sup>437</sup> Als in Wolfhagen am Vormittag des 9. November Arolser SS-Leute aus einem Kraftwagen Brandbomben auf die Häuser von Wolfhagener Juden warfen, erkundigte sich der Kreisleiter T. sofort bei der Gauleitung in Kassel, was er unternehmen solle. Der Gauadjutant M. teilte ihm mit, „daß die Partei mit diesen Maßnahmen nichts zu tun habe und sie auch ablehne“.<sup>438</sup> Auf Nachfrage des Kreisleiters, wie er sich gegenüber der Arolser SS zu verhalten habe, riet ihm M., „sich herauszuhalten“.<sup>439</sup> Die Verantwortung der Gauleitung in Kassel für die Novemberpogrome kann nach den vorhandenen Dokumenten nicht abschließend beurteilt werden. Sicher ist jedoch die aktive Beteiligung von Gestapobeamten und SS-Männern an den Ausschreitungen. Wenn diese frühen Pogrome eine Initialzündung und ein Vortest für reichsweite Ausschreitungen gewesen sein sollten, so war er gelungen.<sup>440</sup>

Der Völkische Beobachter konnte am 9. November melden: „Als Antwort auf die Provokationen von Paris, die

feige jüdische Mordtat, ist es in Kurhessen zu erheblichen spontanen Demonstrationen der Bevölkerung gegen die Juden gekommen.“<sup>441</sup> Diesen Hinweis verwandte Reichspropagandaminister Goebbels in einer Rede am Abend des 9. November in München. Im Alten Rathaus der Stadt waren die Parteiführer, unter ihnen Gauleiter Weinrich, zusammengekommen, um den Jahrestag des Hitlerputsches zu feiern.<sup>442</sup>

Die Nachricht, daß Ernst vom Rath am Nachmittag des 9. November verstorben sei, war gerade bekannt geworden. Hitler hatte eine kurze Unterhaltung mit dem ebenfalls anwesenden Goebbels und verließ, ohne die sonst übliche Ansprache gehalten zu haben, die Veranstaltung. Seine Rolle übernahm nun Goebbels. In einer aufputschenden Rede gab er bekannt, „daß es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu jüdenfeindlichen Kundgebungen gekommen sei, dabei seien jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesetzt worden. Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß derartige Demonstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten.“

Die Parteispitzen verstanden den Appell so, wie er gemeint war. Die Partei sollte Ausschreitungen organisieren, ohne nach außen in Erscheinung zu treten.<sup>443</sup> Die anwesenden Gauleiter und Gaupropagandaleiter eilten zu den Telefonen und versuchten, ihre Dienststellen zu erreichen, um den Pogrom in ihrem Gau auszulösen.<sup>444</sup> Noch am gleichen Abend sandte der Gestapochef Müller ein Fernschreiben an alle Stapoleitstellen und Stapostellen, das die bevorstehenden Ausschreitungen in den Staatspolizeibezirken ankündigte. Die Staatspolizeistellen wurden angewiesen, die Aktionen nicht zu stören, Plünderungen zu verhüten und die Festnahme von 20 000 bis 30 000 Juden im Reich vorzubereiten.<sup>445</sup> Wenige Stunden später ging ein im Kern ähnliches Blitzferschreiben des SS-Gruppenführers Heydrich an Staatspolizei und SD.<sup>446</sup> Der Partei war die Durchführung des Pogroms übertragen worden, die Führung hatte die Geheime Staatspolizei, wie aus Müllers und Heydrichs Anweisungen zweifelsfrei hervorgeht.<sup>447</sup>

Als in den meisten Städten des deutschen Reiches Menschen mißhandelt und Synagogen angezündet wurden,

<sup>433</sup> In Guxhagen z. B. wurde ortsfremde SA eingesetzt. (Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Kassel. Anm.: KLS 378/46). <sup>434</sup> Daß Ortsfremde gegen Juden eingesetzt wurden war nicht neu. Die Mißhandlungen von Juden im Frühjahr 1933 wurden häufig von SA-Leuten aus Nachbarorten oder der Gauhauptstadt Kassel durchgeführt. <sup>435</sup> Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Kassel. Akte: 3 Kls: 3/49. <sup>436</sup> Hauptstaatsarchiv Wiesbaden. 423/2948. <sup>437</sup> Ebenda. <sup>438</sup> Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht in Kassel. Akte 3a Js 238/48. <sup>439</sup> Ebenda. <sup>440</sup> Zu den frühen Pogromen am 8. November 1938 vgl.: Hermann Graml: Der 9. November 1938. ... a.a.O. (432) S. 17 ff. <sup>441</sup> Völkischer Beobachter vom 9. November 1938. <sup>442</sup> International Military Tribunal. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg: Dokument 3063-PS. <sup>443</sup> Hermann Graml: Der 9. November 1938. a.a.O. (432) S. 24 ff. <sup>444</sup> Ebenda. <sup>445</sup> International Military Tribunal. a.a.O. (442). Dokument 374-PS. <sup>446</sup> International Military Tribunal. a.a.O. (442). Dokument 3051-PS. <sup>447</sup> Vgl. Ulrich Poplow: Der Novemberpogrom 1938 in Münden und Göttingen. In: Göttinger Jahrbuch, 2. Folge, 1980. S. 185.

kam es auch in Kassel noch einmal zu Ausschreitungen gegen die Juden.<sup>448</sup> Auch in den anderen Orten Kurhessens, in denen die Juden bisher verschont geblieben waren, wurde jetzt gebrandschatzt und geplündert. In Schenk lengsfeld konnte die Gendarmerie allerdings melden, daß den Juden nichts geschehen sei. Als man davon gehört hatte, daß von auswärtigen Elementen Ausschreitungen beabsichtigt seien, habe man Vorkehrungen getroffen. Gendarmen des Amtes hätten mit Unterstützung von SA-Trupps die Synagoge und die Ortsstraße bewacht. Wie notwendig die Überwachung gewesen sei, ging aus der Tatsache hervor, daß kurz nach ein Uhr nachts fremde Männer mit Picken und Beilen aus einem Auto herausgestiegen wären. Sie wären jedoch von den örtlichen SA-Leuten überrascht worden und hätten das Weite gesucht.<sup>449</sup>

Am 10. November wurden 258 männliche Juden Kassels aus ihren Häusern geholt, zum Teil auf Lastwagen verladen und in der Kaserne des Infanterieregiments 83 in der Hohenzollernstraße gesammelt.<sup>450</sup> Anschließend überführte die Gestapo die Männer in das Konzentrationslager Buchenwald.<sup>451</sup>

Die „vom-Rath-Aktion“, wie der Deckname des Pogroms zunächst lautete, war damit für die Bevölkerung in ein nicht einsehbares Terrain verlegt worden. Bei dem Pogrom wurden mindestens 91 Juden umgebracht, etwa 20 000 wurden verhaftet, 267 Synagogen wurden in Brand gesetzt oder verwüstet und mindestens 7500 Geschäfte zerstört.<sup>452</sup> Goebbels forderte am 10. November die Einstellung aller Handlungen gegen die Juden.<sup>453</sup>

Wer war für die Durchführung der Pogrome verantwortlich, und was war ihr Zweck? So materialreich die Ereignisse um die sogenannte Kristallnacht erforscht wurden, so wenig gibt es einen Konsens der Historiker über diese Fragen.

Hermann Graml materialreiche Untersuchung aus den fünfziger Jahren stellt bis heute die gründlichste und in Lokalstudien vielfach zitierte Analyse dar. Nach Graml hat „Goebbels die Verantwortung für die gesamte Aktion zu tragen“.<sup>454</sup>

Als Beweis dient ihm ein Affidavit von L. Schallermeier, von 1933–1939 persönlicher Referent des SS-Gruppenführers Wolff im Stab des Reichsführers SS, das dieser 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg abgab.<sup>455</sup>

Schallermeier berichtet, daß Heydrich als Chef der Sicherheitspolizei und des SD erst gegen 23.15 Uhr von den Pogromen erfuhr. Himmler wurde um 23.30 Uhr unterrichtet. Er fragte Hitler nach dessen Befehlen, der ihm antwortete, „daß sich die SS aus dieser Aktion heraushalten solle. Die Staatspolizeistellen sollten für die Sicherstellung des jüdischen Eigentums und für den Schutz der Juden sorgen.“<sup>456</sup> Himmler habe dann diesen Befehl an Heydrich für alle Staatspolizeistellen weitergegeben: „Die Staatspolizeistellen haben sich nach den Wünschen der Propaganda-Ämter zu richten, vornehmlich Plünderungen zu verhüten und für Schutz der Personen und Sicherung des jüdischen Vermögens zu sorgen.“ Um 3.00 Uhr nachts des 10. November legte Himmler die Ereignisse der vorangegangenen Stunden nieder. „... Als ich den Führer fragte, hatte ich den Eindruck, daß er von den Vorgängen nichts wußte. Der Befehl kommt von der Reichspropaganda-Leitung und ich vermute, daß Goebbels in seinem mir schon lange aufgefallenen Machtstreben und in seiner Hohlköpfigkeit gerade jetzt in der außenpolitischen schwersten Zeit diese Aktion gestartet hat.“

Soweit Schallermeiers eidesstattliche Versicherung. Die beiden erhaltenen Fernschreiben werfen ein anderes Licht auf die Beteiligung und Verantwortung der SS und der Gestapo.

Im Fernschreiben des Chefs der Gestapo Heinrich Müller vom 9. 11. 1938 um 23.55 Uhr an alle Stapo-Stellen und Stapo-Leitstellen heißt es:

„... 1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, daß Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.

...

4. Sollten bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Maßnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtktionen können herangezogen werden Verfügungsgruppen der SS sowie Allgemeine SS. *Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen.*“<sup>457</sup>

<sup>448</sup> Kurhessische Landeszeitung, 9. Jg. Nr. 265 vom 11. 11. 1938. <sup>449</sup> Staatsarchiv Marburg: 180/9698. <sup>450</sup> Zugangsliste des Konzentrationslagers Buchenwald, hier zitiert nach: „Reichskristallnacht“ in Hannover. Eine Ausstellung zur 40. Wiederkehr des 9. November 1938. Historisches Museum am Hohen Ufer. Hannover 1978. S. 71. <sup>451</sup> Zur Deportation der Kasseler Juden in das Konzentrationslager Buchenwald vgl.: William Katz: Ein jüdisch-deutsches Leben ... a.a.O. (330) S. 135 ff. <sup>452</sup> Heinrich Uhlig: 9. November 1938. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung. Das Parlament vom 6. November 1963. S. 9. <sup>453</sup> Kurhessische Landeszeitung, 9. Jg. Nr. 265 vom 11. 11. 1938. <sup>454</sup> Hermann Graml: Der 9. November 1938. a.a.O. (432) S. 24. <sup>455</sup> International Military Tribunal. a.a.O. (442) SS (A)-5. S. 510 ff. <sup>456</sup> Ebenda. <sup>457</sup> International Military Tribunal. a.a.O. (442) Dokument 374-Ps.

Im Blitzfernschreiben des SS-Gruppenführers Heydrich vom 10. November um 1.20 Uhr ergeht an die Staatspolizei- und die Staatspolizeistellen sowie SD-Oberabschnitte und SD-Unterabschnitte die Anordnung: „1. Die Leiter der Staatspolizeistellen oder ihre Stellvertreter haben sofort nach Eingang dieses Fernschreibens mit den für ihren Bezirk zuständigen politischen Leitungen – Gauleitung oder Kreisleitung – fernmündlich Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren, zu der der zuständige Inspekteur oder Kommandeur der Ordnungspolizei zuzuziehen ist. *In dieser Besprechung ist der politischen Leitung mitzuteilen, daß die Deutsche Polizei die folgenden Weisungen erhalten hat, denen die Maßnahmen der politischen Leitungen zweckmäßig anzupassen wären...*“<sup>458</sup>

Aus beiden Fernschreiben geht, entgegen dem Affidavit Schallermeiers, die Führung der Gestapo unter Beteiligung der SS am Pogrom hervor. In beiden Fernschreiben sind detaillierte Anweisungen an die Gestapo enthalten, die nicht in der kurzen Zeitspanne zwischen der Information Himmlers um 23.30 Uhr und dem Absenden des Fernschreibens von Heinrich Müller ausgearbeitet worden sein können. Die Gestapo muß ihre Beteiligung vorher geplant haben. Auch für Graml steht fest: „Ein Aktionsplan für den Eventualfall aber war längst vorher bei der Gestapo ausgearbeitet worden. Das beweisen die Maßnahmen des Chefs des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin, SS-Standartenführer Müller.“<sup>459</sup> Graml untersucht aber nicht, aus welchen Gründen die Gestapo auf einen Eventualfall vorbereitet gewesen sein könnte, und er erklärt sich auch nicht zur Dauer der Vorbereitung. Nach Graml handelte Müller ohne Weisung. „Himmler und Heydrich ... waren von der Auslösung des Pogroms offensichtlich überrascht worden.“<sup>460</sup>

Um den Planungszeitraum, der der Gestapo zur Verfügung stand, näher bestimmen zu können, ist es hilfreich, noch einmal die frühen Pogrome des 8. November zu betrachten, denen immer das gleiche Schema zugrundelag: „Versammlung am Abend mit Hetzrede des Ortsgruppenleiters (der zumeist auch Bürgermeister war); im Anschluß daran wurde die Synagoge angezündet oder demoliert und geplündert und oft auch einzelne Juden mißhandelt. Die Rädelsführerschaft der örtlichen Parteigrößen steht außer Zweifel, doch nirgends ist zu erkennen, daß Befehle höherer Stellen vorlagen.“<sup>461</sup> Graml führt die Pogrome vom 8. und 9. November allein auf die Wirkung des Hetzartikels im Völkischen Beobachter zurück, wonach Goebbels erwarten durfte, „daß er den radikalen, zur Ausschreitung

geneigten Antisemiten in den niederen Stufen der Partei-hierarchie (soweit diese den „Völkischen Beobachter“ zu lesen sich die Mühe machten) die Gewißheit gab, bei selbständigen Aktionen im Sinne der Partei zu handeln und von ihr gedeckt zu werden“.<sup>462</sup>

Es stellt sich jedoch die Frage, ob Goebbels, wenn er die massenhaften Ausschreitungen geplant hatte und dafür als Eröffnungssignal Pogrome in einigen Orten brauchte, sich auf die Wirkung dieses Artikels allein verlassen konnte? Sicher nicht, was den Ablauf der Pogrome betraf. Mit Brandschatzung, Zerstörung von riesigen Werten und Mißhandlung und Verschleppung von Menschen reagierten 1938 auch radikale Antisemiten nicht auf Zeitungshetze. Dafür bedurfte es genauer Anweisungen. Graml kannte die Pogrome vom 7. auf den 8. November nicht. Als Anlaß zu ihrer Auslösung kann nicht einmal der Presseartikel vom 8. November 1938 herangezogen werden. Für ihre Entstehung müssen andere Voraussetzungen gelten: Ein klarer Befehl, der für Sicherheits-, Ordnungs- und Feuerpolizei Verhaltensregeln enthielt und den Anführern Richtlinien für ihr Handeln gab. Es ist nicht zu vermuten, daß der Kasseler Polizeipräsident seine Beobachterrolle auf Weisung des Regierungspräsidenten oder gar der Gauleitung einnahm und später eigene Leute als Pogromrabauken einsetzte. Dies setzte das Einverständnis der Gestapospitze voraus. Ein Einverständnis, das kaum für einen isolierten, für die eingeschlagene Judenpolitik völlig wirkungslosen, jedoch mit erheblichen nachteiligen Folgen im Ausland verbundenen Pogrom gegeben worden sein kann, sondern nur für Ausschreitungen als Initialzündung einer reichsweiten Aktion. Ob und inwieweit bei der Planung der Tod Ernst vom Raths Bedingung für die Auslösung der reichsweiten Pogrome war, bleibt dahingestellt. Möglich waren sie auch so, wie sich in zahlreichen Orten Deutschlands gezeigt hatte. Nach allem erscheint es wahrscheinlicher, daß Himmler und Heydrich, wenn sie nicht direkt in die Vorbereitung eingegriffen hatten, diese doch zumindest kannten und duldeten, als daß sie von den Ereignissen überrascht wurden und improvisierten. Daß Goebbels bei der Durchführung öfter in Erscheinung trat und daher sogleich im In- und Ausland als Initiator der Pogrome identifiziert wurde, spricht nicht unbedingt für die Zurückhaltung von SS und Gestapo, sondern konnte auch Teil der Regie hinter den der Öffentlichkeit verschlossenen Kulissen gewesen sein. Die zweite Frage nach dem Zweck des Pogroms ist nicht von der Frage seiner Urheber zu trennen. Graml urteilt: „Der Pogrom hatte die Juden des letzten Schutzes, nicht nur des gesetz-

<sup>458</sup> International Military Tribunal. a.a.O. (442) Dokument 3051-Ps. <sup>459</sup> Hermann Graml: Der 9. November 1938. a.a.O. (432) S. 29. <sup>460</sup> Ebenda. <sup>461</sup> Hermann Graml: Der 9. November 1938. a.a.O. (432) S. 19 f. <sup>462</sup> Hermann Graml: Der 9. November 1938. a.a.O. (432) S. 18.

lichen, sondern auch ihres menschlichen Rechtes beraubt und sie in die Verlassenheit gestoßen. Der politische Antisemitismus, der ihnen die gesellschaftliche Isolierung gebracht hatte, war endgültig umgeschlagen in den biologischen Rassenhaß, der sie mit Ungeziefer und Schädlingen auf eine Stufe drückte, die vertilgt werden können. ... Die Juden waren der Öffentlichkeit entrückt und drängten sich gewissermaßen in den dunkelsten Gewölben des totalen Parteistaates. Hier konnten Büttel erledigen, was noch zu tun war, ohne daß davon Kunde nach oben drang. Noch waren die Gewölbe zwar nicht vollendet; was aber nach ihrer Fertigstellung geschehen wird, das deutete Göring bereits auf der Konferenz vom 12. November 1938 an: „Wenn das deutsche Volk in irgendeiner absehbaren Zeit in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung mit den Juden zu vollziehen!“ Das war die erste Ankündigung der nationalsozialistischen Endlösung der Judenfrage.<sup>463</sup> Graml rechnet den Novemberpogrom also zur ersten Stufe der Ausrottungsphase in der Judenpolitik der NS. In Wirklichkeit emigrierten im Jahr 1939 mehr Juden aus dem Deutschen Reich als in vorangegangenen Jahren.<sup>464</sup> Am 14.11.1938 wurde angeordnet, jüdische Männer, die nach der „Kristallnacht“ verhaftet worden waren, zu entlassen, wenn sie im Besitz von Ausreisedokumenten waren.<sup>465</sup>

Diese Fakten paßten nicht in ein bereits 1938 geplantes Ausrottungsvorhaben. Sie bedeuteten eine verschärfte Auswanderungspolitik, die die Juden antrieb, unter Zurücklassung ihres Vermögens und damit so geringer Devisenkosten für das Reich wie möglich zu emigrieren. Seit Juni 1938 war die Massendeportation ein Zwangsmittel der in die Judenpolitik eingreifenden SS, um dieses Ziel zu erreichen. Der für die NS einfachste Weg, die Abschiebung durch Massentransport an die Grenze des Deutschen Reiches, war fehlgeschlagen, wie die große Zahl der zurückkehrenden polnischen Juden im Oktober und November 1938 zeigte. Es war deutlich geworden, daß die Juden gegen ihren Willen nicht aus dem Deutschen Reich herauszubringen waren. Die Pogrome und die anschließende Deportation in Konzentrationslager dienten dazu, die Bereitschaft der Juden zur Emigration zu erhöhen und ihnen klarzumachen, zu welcher Brutalität der NS-Staat fähig war. Im Unterschied zu den Ausschreitungen vom Frühjahr 1933 waren jetzt alle Juden gleichermaßen betroffen und mußten die Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz, die Zerstörung des Eigentums und Verschleppung erleiden. Die Emigration wurde so, auch für wohlhabende Juden, zur besseren Alternative. Dies war mit den Pogromen bezweckt worden, und sie bildeten daher den Höhepunkt nationalsozialistischer Vertreibungspolitik.

## 1938–1941 Kasseler Juden zwischen Vertreibung und Ghetto

### Die endgültige Verdrängung der Juden aus der Gesellschaft

Am 10. November 1938 befahl Reichsminister Dr. Goebbels die Einstellung der antijüdischen Pogrome: „Die endgültige Antwort auf das jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum erteilt werden.“<sup>466</sup> In den folgenden Wochen und Monaten hagelte ein Wust von Ordnungen auf die Juden in Deutschland nieder,<sup>467</sup> die sie aus der Wirtschaft verdrängten, in die Isolation trieben und ihre Möglichkeiten zur selbständigen Organisation auf ein Minimum beschränkten. Das Ziel, die endgültige Antwort auf das Attentat, von der Goebbels gesprochen hatte, wurde am 12. November 1938 formuliert. An diesem Tage hatten sich im Reichsluftfahrtministerium weit über hundert

Teilnehmer, darunter Vertreter sämtlicher Ministerien, zu einer Sitzung über die Judenfrage unter Leitung von Göring eingefunden, der gleich zu Beginn die gestellte Aufgabe umriß: „Meine Herren, die heutige Sitzung ist von entscheidender Bedeutung. Ich habe einen Brief bekommen, den mir der Stabsleiter des Stellvertreters des Führers Bormann im Auftrag des Führers geschrieben hat, wonach die Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefaßt werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist. Durch telefonischen Anruf bin ich gestern vom Führer noch einmal darauf hingewiesen worden, jetzt die entscheidenden Schritte zentral zusammenzufassen. Da das Problem in der Hauptsache ein umfangreiches wirtschaft-

<sup>463</sup> Hermann Graml: Der 9. November 1938. a.a.O. (432) S. 62. <sup>464</sup> Nach Schätzungen von Herbert Strauss konnten 78 000 Juden im Jahr 1939 emigrieren. (Herbert Strauss: Jewish Emigration from Germany. Nazi Policies and Jewish responses I. In: Leo Baeck Institute Yearbook XXV 1980. S. 326. <sup>465</sup> Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, a.a.O. (344), S. 256. <sup>466</sup> Kurhessische Landeszeitung. 9. Jg. Nr. 265 vom 11. 11. 1938. <sup>467</sup> 229 Gesetze, Verordnungen und Erlasse für die Zeit vom 10. 11. 1938 bis 24. 8. 1939 sind bei Joseph Walk: Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, a.a.O. (344) vermerkt.

liches Problem ist, wird hier der Hebel angesetzt werden müssen. Selbstverständlich ergeben sich daraus auch eine Reihe rechtlicher Maßnahmen, die sowohl in das Gebiet des Justizministers wie des Innenministers fallen, dann die daraus zu folgenden Propagandamaßnahmen, die in das Gebiet des Herrn Propagandaministers fallen, selbstverständlich auch Maßnahmen des Finanzministers und des Wirtschaftsministers.<sup>468</sup>

Damit hatte Göring klargemacht, daß es nicht um eine Beratung, sondern um die Ausführung von Beschlüssen und deren effiziente Durchführung in den zuständigen Ressorts ging:<sup>469</sup> „Darüber möchte ich keinen Zweifel lassen, meine Herren: die heutige Sitzung ist nicht dazu da, sich erneut darüber zu unterhalten, was getan werden soll, sondern es fallen jetzt Entscheidungen, und ich bitte die Ressorts inständig, nun aber Schlag auf Schlag die notwendigen Maßnahmen zur Arisierung der Wirtschaft zu treffen und mir vorzulegen, soweit das notwendig ist.“<sup>470</sup> Göring, Goebbels und Heydrich, Hauptakteure dieser Planung, setzten bei grundsätzlicher Übereinstimmung, die „Judenfrage ihrer Erledigung zuzuführen“, unterschiedliche Akzente in der Realisierung. Für Göring stand die Arisierung der Betriebe an erster Stelle, von der er sich neben der wirtschaftlichen eine starke öffentliche Wirkung versprach: „Das Sichtbarste, meine Herren, für das Volk sind die jüdischen Kaufläden und nicht etwa die Beteiligungen. Deshalb muß hier begonnen werden, ...“<sup>471</sup>

Goebbels griff in die Besprechung ein, als die weitere Isolierung der Juden in Deutschland besprochen wurde. Er verlangte den Abriß der bei den Pogromen beschädigten Synagogen, ein Verbot, „deutsche Theater, Kinotheater und Zirkusse zu besuchen“, besondere Abteile für Juden in Reichsbahnzügen, ein Besuchsverbot für deutsche Bäder, Strandbäder und Erholungsstätten, den Ausschluß jüdischer Kinder aus allgemeinen Schulen.<sup>472</sup>

Es war Heydrich, der zum Ende der Sitzung auf den Kern aller zu beschließenden Maßnahmen kam: „Bei allem Herausnehmen der Juden aus dem Wirtschaftsleben bleibt das Grundproblem letzten Endes doch immer, daß der Jude aus Deutschland herauskommt.“<sup>473</sup> Er wies darauf hin, daß in Österreich auf Weisung des Reichskommissars eine Judenauswanderungszentrale eingerichtet worden war und seitdem 500 000 Juden „herausgebracht“ wurden, während man im Altreich in der gleichen Zeit nur 19 000 Juden herausgebracht habe. „Wir haben das in der Form gemacht, daß wir den reichen Juden, die auswan-

dern wollten, bei der jüdischen Kultusgemeinde eine gewisse Summe abgefordert haben. Mit dieser Summe und Devisenzuzahlungen konnte dann eine Anzahl der armen Juden herausgebracht werden.“<sup>474</sup> Auf die Entgegnung Görings, „ob dieser Weg nicht letzten Endes so viele Devisen kostet, daß er auf die Dauer nicht gangbar ist?“,<sup>475</sup> schlug Heydrich den Aufbau einer ähnlichen Auswanderungszentrale wie in Wien vor und den Beginn einer Auswanderungsaktion, „die sich auf mindestens 8 bis 10 Jahre erstreckt. Wir kriegen im Jahr nicht mehr als 8–10 000 Juden heraus.“<sup>476</sup> Es bleibt also eine Unzahl Juden drin. Durch die Arisierungen und die sonstigen Beschränkungen wird natürlich das Judentum arbeitslos. Wir erleben eine Verproletarisierung des zurückbleibenden Judentums. Ich muß also in Deutschland solche Maßnahmen treffen, daß sie auf der einen Seite den Juden isolieren, damit er nicht in den normalen Lebenskreis der Deutschen eintritt. Ich muß aber auf der anderen Seite Möglichkeiten schaffen, die den Juden auf einen engsten Kundenkreis beschränken...“<sup>477</sup>

Über die Möglichkeiten einer Isolierung der Juden in Deutschland waren Göring und Heydrich unterschiedlicher Ansicht. Während der erstere die Einrichtung von Ghettos in den Städten in ganz großem Maßstab als unumgänglich ansah, hielt Heydrich es „polizeilich nicht für durchführbar. Das Ghetto, wo der Jude sich mit dem gesamten Judentum versammelt, ist in polizeilicher Hinsicht unüberwachbar. Es bleibt der ewige Schlupfwinkel und vor allen Dingen von Seuchen und ähnlichen Dingen. Heute ist es so, daß die deutsche Bevölkerung – wir wollen die Juden auch nicht in demselben Haus lassen – in den Straßenzügen oder in den Häusern den Juden zwingen, sich zusammenzunehmen. Die Kontrolle des Juden durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung ist besser, als wenn Sie die Juden zu Tausenden und Abertausenden in einem Stadtteil haben, wo ich durch uniformierte Beamte eine Überwachung des täglichen Lebenslaufes nicht herbeiführen kann.“<sup>478</sup>

Die Frage der Ghettosierung wurde nicht abschließend besprochen. V. Kroszig setzte sich für eine Politik ein, die dieses Problem gar nicht aufkommen ließ: „Deswegen möchte ich erst einmal das stark unterstreichen, was Herr Heydrich zu Anfang gesagt hat: wir müssen alles versuchen im Wege eines zusätzlichen Exportes, die Juden herauszubringen ins Ausland.“

<sup>468</sup> Das Protokoll der Sitzung ist in sieben Teile untergliedert, denen die Teile II, IV und VI fehlen. (International Militarytribunal. a.a.O. (442), Bd. XXVIII, 1816-PS. S. 499 ff.). <sup>469</sup> International Militarytribunal. a.a.O. (442), Bd. XXVIII, S. 499. <sup>470</sup> International Militarytribunal. a.a.O. (442), Bd. XXVIII, S. 501. <sup>471</sup> Ebenda. <sup>472</sup> International Militarytribunal. a.a.O. (442), Bd. XXVIII, S. 508 ff. <sup>473</sup> International Militarytribunal. a.a.O. (442), Bd. XXVIII, S. 532 ff. <sup>474</sup> Ebenda. <sup>475</sup> Ebenda. <sup>476</sup> Tatsächlich emigrierten im Jahr 1939 78 000 Juden. (Herbert Strauss: Jewish Emigration from Germany. a.a.O. (464) S. 326. <sup>477</sup> International Militarytribunal. a.a.O. (442), Bd. XXVIII, S. 533. <sup>478</sup> International Militarytribunal. a.a.O. (442), Bd. XXVIII, S. 534.

Das muß doch immer da entscheidend sein, daß wir nicht das ganze Gesellschaftsproletariat hier behalten. Es wird immer eine Last sein, sie zu behandeln, die fürchterlich ist. Ich stelle mir den Zwang zum Ghetto auch nicht gerade als angenehme Aussicht vor. Die Aussicht, zum Ghetto kommen zu müssen, ist auch keine angenehme. Infolgedessen muß das Ziel sein, was Heydrich gesagt hat: heraus, was herausgebracht werden kann!<sup>479</sup>

Göring dachte die Situation für die in Deutschland verbleibenden Juden, denen die Emigration durch Ausbruch eines Krieges verwehrt wurde zu Ende: „Das zweite ist folgendes. Wenn das Deutsche Reich in irgendeiner *absehbarer Zeit* in außenpolitischen Konflikt kommt, so ist es selbstverständlich, daß auch wir in Deutschland in allererster Linie daran denken werden, eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen.

Darüber hinaus wird der Führer jetzt endlich einen außenpolitischen Vorstoß machen zunächst bei den Mächten, die die Lösung der Judenfrage aufgeworfen haben, um dann tatsächlich zur Lösung der Madagaskar-Frage zu kommen.“<sup>480</sup> Eine nähere Erklärung, was unter der „großen Abrechnung“ mit den Juden im Falle eines Krieges zu verstehen sei, gab Göring nicht. Schlimmeres als bei einem friedlichen Verlauf der deutschen Geschichte in den nächsten zehn Jahren war auf jeden Fall geplant. Gerade deswegen sind die Perspektiven, die Göring für die Juden unter Friedensbedingungen aufzeigt, von Interesse: Die Errichtung eines Zwangsghettos in Madagaskar, also eine territoriale Lösung der Judenfrage durch polizeiliche Mittel.<sup>481</sup>

Göring wollte weder Juden als entrechtete, niedergedrückte Minorität in Deutschland dulden, noch die sich – nach Heydrichs Annahme über viele Jahre hinziehende – Auswanderung abwarten. Fünf wesentliche Leitlinien der zukünftigen Judenpolitik lassen sich aus der Besprechung vom 12. November 1938 entnehmen:

1. Die Juden sollten aus Deutschland innerhalb weniger Jahre verschwinden.
2. Besitz und Vermögen der Juden, die auch die Kosten der Auswanderung zu tragen hatten, sollten an den deutschen Staat übergehen.
3. Die Juden, die sich noch in Deutschland aufhielten, sollten soweit als möglich aus dem öffentlichen Leben entfernt werden.

4. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte die Auswanderung der Juden gefördert werden. Als ergänzende Maßnahme war die „Zwangsumsiedlung“ der Juden in ein riesiges Ghetto geplant.

5. Die Auswanderung sollte durch eine Organisation nach dem Vorbild der in Wien tätigen „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ beschleunigt werden.

Diese Entscheidungen waren bereits im Vorfeld der weiteren Planungen und Maßnahmen getroffen. In den folgenden Monaten wurden die Strukturen geschaffen, in denen Gesetze und Verordnungen wirken sollten. Gleich zu Beginn des folgenden Jahres, am 24. Januar 1939, ordnete Göring an: „Im Reichsministerium des Inneren wird aus Vertretern der beteiligten Dienststellen eine Reichszentrale für die jüdische Auswanderung gebildet. Die Reichszentrale hat die Aufgabe, für das gesamte Reichsgebiet einheitlich

1. alle Maßnahmen zur Vorbereitung einer verstärkten Auswanderung der Juden zu treffen, u. a. eine zur einheitlichen Vorbereitung von Auswanderungsgesuchen geeignete jüdische Organisation ins Leben zu rufen, ... Die Leitung der Reichszentrale übernimmt der Chef der Sicherheitspolizei. Er bestimmt die Geschäftsführer und regelt die Geschäftsführung der Reichszentrale ...“<sup>482</sup>

Die „Reichszentrale“ bestand aus einem Ausschuß und aus einer Geschäftsstelle, als deren Leiter der Chef der Gestapo Heinrich Müller ernannt wurde.<sup>483</sup> Im Dezember 1939 – nach Kriegsbeginn – übernahm Adolf Eichmann die „Reichszentrale“. Am 21. Dezember ernannte ihn Heydrich zu seinem „Sonderreferenten“ im Reichssicherheitshauptamt. Dieses Sonderreferat erhielt die Bezeichnung 4D4 – später IVB4.<sup>484</sup>

Dieses Sonderreferat für „Judenangelegenheiten“ verschmolz dann in der Person Eichmanns mit der „Reichszentrale für jüdische Auswanderung“.<sup>485</sup>

Die „zur einheitlichen Vorbereitung von Auswanderungsgesuchen geeignete jüdische Organisation“ wurde durch Umbildung der freiwilligen „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“ in die Zwangsorganisation der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ erreicht.

Die zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz bestimmte lapidar: „§ 1 (1) Die Juden werden in einer Reichsvereinigung zusammengeschlossen ... (2) Die Reichsvereinigung

<sup>479</sup> International Militarytribunal. a.a.O. (442), Bd. XXVIII, S. 538. <sup>480</sup> International Militarytribunal. a.a.O. (442), Bd. XXVIII, S. 539. <sup>481</sup> Der Plan einer jüdischen Kolonisierung Madagaskars war schon von Lagarde erwähnt worden und wurde danach immer wieder von Antisemiten diskutiert. Seit dem Sommer 1938 wurde die Zwangsaussiedlung der Juden auf die unter französischer Hoheit stehende Insel erwogen und schien mit dem Sieg über Frankreich realisierbar zu werden. Im August 1940 wurde im Reichssicherheitshauptamt ein „Madagaskar-Projekt“ ausgearbeitet. Das „Madagaskar-Projekt“ kam jedoch nicht zustande, da es von einem Friedensvertrag mit Frankreich abhängig gemacht wurde, der erst nach Beendigung des Krieges mit England möglich war (Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. a.a.O. (334) S. 278 ff. <sup>482</sup> H. G. Adler: Der verwaltete Mensch. a.a.O. (396) S. 15. <sup>483</sup> Ebenda. <sup>484</sup> Ebenda. <sup>485</sup> Ebenda.

bedient sich als örtliche Zweigstelle der jüdischen Kultusvereinigungen ... § 2 (2) Die Reichsvereinigung hat den Zweck, die Auswanderung der Juden zu fördern.

(2) Die Reichsvereinigung ist außerdem

1. Träger des jüdischen Schulwesens
2. Träger der freien jüdischen Wohlfahrtspflege

(3) Der Reichsminister des Innern kann der Reichsvereinigung weitere Aufgaben übertragen. ...

§ 4 Die Reichsvereinigung untersteht der Aufsicht des Reichsministers des Innern ...<sup>486</sup>

Die Bestimmung des § 4 hieß im Klartext „untersteht der Aufsicht des Reichssicherheitshauptamtes Referat IVB4.“ Was § 2 Absatz 3: „Der Reichsminister des Innern kann der Reichsvereinigung weitere Aufgaben übertragen ...“ heißen konnte, wurde nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion deutlich, als Göring den Erlaß vom 24. 1. 1939 ergänzte und Heydrich am 31. Juli 1941 beauftragte, „alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher, materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage. ...“<sup>487</sup>; Zuarbeit bei der Deportation von Juden in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager. Die Gestapo bestimmte seit 1939 die Auswanderungspolitik und verfügte gleichzeitig – nach Auflösung der selbständigen Kultusgemeinden – über den Verwaltungsapparat der unterdrückten jüdischen Gemeinschaft. Als eine Veränderung der außenpolitischen Lage eine Auswanderung der Juden unmöglich machte, wurden sie übergangslos durch die gleiche Institution deportiert. Soweit zur Vorbereitung der Entrechtung, Auswanderung und Vertreibung von Juden in den zwei Jahren zwischen dem 7. November 1938 und dem 10. Dezember 1941 – dem Tag der ersten Massendeportation von Juden aus Kassel.

An Gesetzen und Verordnungen, die diesen Planungen folgten, die Juden aus dem öffentlichen Leben drängten, den Alltag immer beschwerlicher machten, ihre materielle Existenzbasis immer weiter schmälerten, seien einige wichtige genannt:

– 12. 11. 1938 Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben: Die Schäden, die während der Ausschreitungen am 8., 9. und 10. an Geschäften und Wohnungen von Juden entstanden sind, müssen von den jüdischen Inhabern beseitigt werden. Sie haben auch die Kosten zu tragen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt.<sup>488</sup>

– 12. 11. 1938 1. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

Juden wird ab dem 1. Januar der Betrieb von Einzelhandels-, Versandgeschäften oder Bestellkontoren untersagt.<sup>489</sup>

– 12. 11. 1938 Anordnung des Präsidenten der Reichskulturkammer. Juden wird der Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten, Ausstellungen usw. verboten.<sup>490</sup>

– 12. 11. 1938 Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit. Den Juden deutscher Staatsangehörigkeit wird wegen „ihrer feindlichen Haltung gegenüber dem deutschen Volk und Reich“ eine Kontribution von 1 Milliarde Reichsmark auferlegt.<sup>491</sup>

– 15. 11. 1938 Runderlaß des Reichsministers der Wissenschaft. Juden wird der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet. Sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen.<sup>492</sup>

– 3. 12. 1938 Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei. Die Führerscheine und Kraftwagenzulassungsbescheinigungen der Juden werden für ungültig erklärt und ihre Ablieferung angeordnet.<sup>493</sup>

– 20. 12. 1938 Erlaß des Präsidenten der Reichsarbeitsanstalt. Geheim. Die Arbeitsämter werden aufgefordert, unverzüglich für die Beschäftigung arbeitsloser Juden bei öffentlichen und privaten Unternehmen zu sorgen (wobei auf ihre Absonderung von der Gefolgschaft zu achten ist), da sie sonst unter Umständen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müßten.<sup>494</sup>

– 28. 12. 1938 Anordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan. „Geheim! Der Mieterschutz bleibt auch für Juden weiter bestehen, aber die Zusammenlegung von Juden in einem Haus ist erwünscht.“<sup>495</sup>

– 21. 2. 1939 Anordnung des Bevollmächtigten für den Vierjahresplan. Alle Juden – außer ausländische Staatsangehörige – haben die in ihrem Eigentum befindlichen Gegenstände aus Gold, Platin oder Silber sowie Edelsteine und Perlen binnen zwei Wochen an die vom Reich eingerichteten öffentlichen Ankaufstellen abzuliefern.<sup>496</sup>

– 4. 7. 1939 X. Verordnung zum Reichsbürgergesetz. „Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wird errichtet.“<sup>497</sup>

– 1. 9. 1939 Runderlaß des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei: Die jüdischen Kultusgemeinden sind zu verpflichten, Luftschutzräume aus eigenen Mitteln zu errichten. Den jüdischen Gemeinden ist ein Verbot zu übermitteln, daß Juden nach 8 Uhr abends nicht ausgehen dürfen. ...<sup>498</sup>

<sup>486</sup> Reichsgesetzblatt Teil I. 1939, S. 1097. <sup>487</sup> Uwe Adam: Judenpolitik im Dritten Reich ... a.a.O. (199) S. 308. <sup>488</sup> Reichsgesetzblatt Teil I. 1938, S. 1581. <sup>489</sup> Reichsgesetzblatt Teil I. 1938, S. 1580. <sup>490</sup> Bruno Blau: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945. 3. Auflage. Düsseldorf: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland 1965 S. 54, Nr. 189. <sup>491</sup> Reichsgesetzblatt Teil I. 1938 S. 1579. <sup>492</sup> Bruno Blau: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945. a.a.O. (490) S. 55, Nr. 191. <sup>493</sup> Bruno Blau: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945. a.a.O. (490) S. 56, Nr. 197. <sup>494</sup> Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat a.a.O. (344) S. 270. <sup>495</sup> Bruno Blau: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945. a.a.O. (490) S. 63–65, Nr. 212. <sup>496</sup> Reichsgesetzblatt, 1939. Teil I. S. 282. <sup>497</sup> Reichsgesetzblatt, 1939. Teil I. S. 1097 f. <sup>498</sup> Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat a.a.O. (344) S. 303.

– 12. 9. 1939 Erlaß des Chefs der Sicherheitspolizei. Juden werden besondere Geschäfte für den Ankauf von Lebensmitteln zugewiesen ...<sup>499</sup>

– 20. 9. 1939 Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes. Juden deutscher Staatsangehörigkeit und staatenlosen Juden wird der Besitz von Rundfunkempfängern verboten.<sup>500</sup>

– 4. 3. 1941 Erlaß des Reichsarbeitsministeriums vom 4. 3. 1941. Auf Grund eines Geheimerlasses des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reichs und Beauftragten für den Vierjahresplan vom 18. 2. 1941 sollen alle arbeitsfähigen Juden zum Arbeitseinsatz (gruppenweiser Einsatz, getrennt von der übrigen Gefolgschaft) herangezogen werden. Um Berührungen mit der Bevölkerung auf ein Mindestmaß zu beschränken, sind die jüdischen Arbeitskräfte in Lagern unterzubringen.<sup>501</sup>

– 1. 9. 1941 Verordnung des Reichsministers des Innern. Ab 15. 9. 1941 ist es Juden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, verboten, sich in der Öffentlichkeit ohne einen Judenstern zu zeigen. ...<sup>502</sup>

– 18. 9. 1941 Erlaß des Reichsverkehrsministeriums. Juden bedürfen einer polizeilichen Erlaubnis zum Verlassen ihres Wohnortes und für Fahrten in bestimmten Verkehrsmitteln an ihrem Wohnort. ...<sup>503</sup>

– 3. 10. 1941 Verordnung des Bevollmächtigten für den Vierjahresplan. Juden, die in Arbeit eingesetzt sind, stehen in einem Arbeitsverhältnis eigener Art.<sup>504</sup>

– 23. 10. 1941 Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes. Geheim! Die Auswanderung von Juden ist ausnahmslos für die Dauer des Krieges verboten.<sup>505</sup>

Joseph Walk führt für diesen Zeitraum 485 Erlasse, Verordnungen und Gesetze auf.<sup>506</sup> Die Einhaltung dieser Maßnahmen bestimmte das Leben der Juden in Kassel und schränkte gleichzeitig den Handlungsspielraum der lokalen Satrapen der NS stark ein. Eine besondere Rolle wuchs der Stadt und der jüdischen Gemeinschaft insofern zu, als sie zu einer Auffangstation für Juden aus dem Umland wurde, die die Wohnungen und Unterkünfte der in andere Städte und das Ausland abreisenden Leidensgenossen einnahmen, so daß in Kassel, der Gauhauptstadt, die Spanne zwischen Emigration und Niederdrückung der noch verbleibenden Juden die Geschicke der Gemeinde bestimmte, während in vielen Kleinstädten und Bauerndörfern das Ziel erreicht und der Ort „judenrein“ wurde.

So zogen u. a. aus Felsberg, Gelnhausen, Grebenstein und Hofgeismar im Laufe des Jahres 1939 die letzten Juden fort.<sup>507</sup>

Die Familie Scharfenberg flüchtete noch in der Nacht des 9. November aus Zierenberg zu Bekannten in Kassel. Die Familie wollte emigrieren, ein Sohn lebte bereits in England, und in die Vorbereitung der Auswanderung brach der Pogrom ein. In Kassel angekommen, versuchte die Ehefrau, ihr Mann war bereits verhaftet, ihre Verwandten zu informieren, die Emigration weiterzutreiben. Ein Telegramm und drei Postkarten gaben den Angehörigen Auskunft über die in Deutschland zurückgebliebenen Familienmitglieder.<sup>508</sup>

– Brief an Walter Scharfenberg. North-Shields/England „Kassel 10. 11. 38

Mein lieber Walter!

Da der Rundbrief diesmal so lange bleibt, schreibe ich Dir und Fritz schnell eine Karte, damit ihr nicht in Sorge seid. Wir sind seit gestern abend bei Laues hier wie immer gut aufgenommen worden. Wir bleiben und suchen hier eine kleine Wohnung, ich hoffe, daß sich etwas findet. – Papa ist für einige Tage verreist [in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert, W. P.] so grüße ich Euch alle von ihm mit ...”

– Telegramm an Walter Scharfenberg, North-Shields/England.

„14. Nov. 38.

Papa ist noch verreist, wir sind gesund, wo bleibt der Rundbrief, in Sorge – Gruß Mama”

– Karte an Walter Scharfenberg, North-Shields/England „Kassel, 24. 11. 38

Mein lb. Walter!

Gestern, Mittwoch erhielt ich Deine Karte vom Montag und inzwischen hast Du sicher den Wochenbrief in Händen. P. ist nicht in K. [soll heißen Kassel, W. P.], ich hatte Samstag ein gedr. Zettelchen [Postkarte aus dem K. Z. Buchenwald, W. P.], hoffe täglich, daß er kommt. Es gibt ja soviel zu erledigen, es ist nicht leicht. S. G. es will werden all’ Deine Bemühungen für uns von Erfolg sein, es ist mir bes. um Papa, das möblierte Zimmer ist ja nur Notbehelf. Bis er, S. G. will, zurückkommt, bin ich bei Laues. Wie lange denkst Du, daß es dauern kann mit den Papieren? ...”

<sup>499</sup> Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. a.a.O. (344) S. 304. <sup>500</sup> Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. a.a.O. (344) S. 305. <sup>501</sup> Bruno Blau: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945. a.a.O. (490) S. 80. <sup>502</sup> Bruno Blau: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945 ... a.a.O. (490) S. 89, Nr. 329. <sup>503</sup> Reichsgesetzblatt, 1941. Teil 1. S. 547. <sup>504</sup> Bruno Blau: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933–1945 ... a.a.O. (490) S. 90, Nr. 337. <sup>505</sup> Ebenda. <sup>506</sup> Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat ... a.a.O. (344) S. 253–353. <sup>507</sup> Paul Arnsberg: Die jüdischen Gemeinden in Hessen ... a.a.O. (4). <sup>508</sup> Mitteilung von Walter Sharman am 10. 6. 1985.

- Brief an Walter Scharenberg. North-Shields/England  
„Kassel, den 28. 11. 38  
Mein lb. Walter!  
Von Tour [Konzentrationslager Buchenwald, W. P.]  
zurückkommend, lese ich Deine diversen Nachrichten  
und danke ich Dir lb. Junge herzlichst für Deine Bemühungen ... klappt alles und kann die Angelegenheit bald  
geregelt werden. Wir sind hier bei unseren Freunden  
gut aufgehoben und freuen uns des Daseins. Weitere  
ausführliche Nachrichten folgen noch. Für heute noch  
herzl. Gruß und Kuß Dein Vater.  
Alle lieben uns. Grüße”

Scharenbergs konnten im August 1939 nach England  
emigrieren.<sup>509</sup> Sie gehörten zur großen Gruppe der Familien,  
die aus den kleinen Städten nach Kassel kamen, um  
ihre Auswanderung zu betreiben, und die neuen, öfter nur  
ein Jahr in Kassel verweilenden Mitglieder prägten in immer  
stärkerem Maße das Bild der jüdischen Gemeinschaft.

Hier sollen nur die weiteren Unterdrückungsmaßnahmen,  
die die zurückbleibenden Juden von der „Volksgemeinschaft“  
trennten und von der Öffentlichkeit ausschließen sollten,  
genannt werden. Die Geschäfte der Kasseler Juden wurden  
nicht wieder eröffnet. Am 26. November 1938 wurde die  
Versorgung der Juden mit Nahrungsmitteln und anderen  
Gütern getrennt vom Geschäftsverkehr der deutschen  
Bevölkerung „sichergestellt“. Das Wohlfahrtsamt der  
Stadt Kassel richtete, „vorläufig“ in der Mittelgasse 45  
eine Sonderverkaufsstelle für Juden ein,<sup>510</sup> da sich angeblich  
auch der „letzte Geschäftsmann aus berechtigter Entrüstung“  
nach dem Attentat auf Ernst vom Rath weigerte, an  
Juden Waren zu verkaufen.

Diese Sonderverkaufsstelle ist sehr wahrscheinlich mit  
dem „Judenladen an der Martinskirche“ identisch, in dem  
zunächst die jüdische Bevölkerung, nach deren Deportation  
polnische Zwangsarbeiter, Lebensmittelrationen erhalten  
haben.<sup>511</sup> Die dort auf Karten zu erwerbenden „lebenswichtigen  
Waren“ wurden ständig gekürzt. Koscheres Fleisch und  
Milch waren nicht erhältlich. Sehr viele Juden lehnten  
Schweinefleisch ab, und Rindfleisch konnten sie nur durch  
gelegentlichen heimlichen Tausch mit befreundeten  
Familien erhalten oder wenn ein Bekannter in „Mischehe“  
verheiratet war und der „nichtjüdische Ehegatte“ im  
Geschäft einkaufen konnte.<sup>512</sup>

Ein weiterer Schritt zur Absonderung der Juden war die  
Verdrängung aus ihren Wohnungen und Einweisung in  
Sammelhäuser und Baracken. Zu den frühesten lagerähnlichen  
Unterkünften für Juden gehörte die Barackensiedlung in  
Kirchditmold, Zentgrafenstraße Nr. 5–17, die vor 1933  
für Obdachlose errichtet worden war.<sup>513</sup> Seit 1936  
wurden dort 10–15 jüdische Familien, zum Teil vom  
Wohlfahrtsamt der Stadt eingewiesen, untergebracht.  
Jeder Familie stand ein 10–12 qm großer stallähnlicher  
Raum zur Verfügung,<sup>514</sup> den die Familie S. mit acht  
Personen bewohnte.<sup>515</sup> Nach 1938 wurde versucht, nach  
Kassel ziehende Juden in Häusern zu sammeln, die bereits  
jüdische Mieter hatten und Eigentum eines Juden waren.  
Es entstanden „Judenhäuser“, die nach Heydrichs  
Vorschlag<sup>516</sup> die Juden isolierten, jedoch gleichzeitig unter  
die Aufsicht der Bevölkerung stellten. In Wohnungen,  
die durch Wegzug oder Emigration der Mieter frei wurden,  
wies die Gestapo umgehend jüdische Familien ein, die  
nach Kassel zugezogen waren.

Diese „Judenhäuser“ unterschieden sich nur durch den  
Standort und ihren ursprünglichen Verwendungszweck,  
aber nicht in ihrem Status von den Lagerunterkünften,  
z. B. der Judenbaracke auf der „Wartekuppe“ in  
Niederzwehren. Sie wurden von der Gestapo überwacht,  
die die Bewohner in unregelmäßigen Abständen aufsuchte,  
nach gehorteten Nahrungsmitteln Ausschau hielt und die  
Einhaltung der Ausgehzeiten usw. kontrollierte.<sup>517</sup> Für  
Juden, die in diesen Häusern keinen Platz mehr fanden,  
wurde eine weitere Sammelunterkunft auf der Wartekuppe  
in Niederzwehren eingerichtet. Dort befand sich seit  
Beginn des Krieges ein Lager für polnische Kriegsgefangene.  
1940 wurde eine dieser Baracken für Juden freigemacht.  
Sie war von einem etwa 2 1/2 m hohen Stacheldrahtzaun  
umgeben, der Eingang wurde bewacht. Aufsicht führte  
der Schutzpolizist L., der in einem nahegelegenen Haus  
wohnte.<sup>518</sup> Außerdem wurden Kontrollen durch die  
Gestapo vorgenommen.<sup>519</sup> Die Baracke war in elf  
hintereinanderliegende Räume, zehn zur Unterbringung  
jeweils einer Familie, und einen zentralen „Wasch- und  
Toilettenraum“ unterteilt.<sup>520</sup> Die Wände bestanden aus  
einfach zusammengefügt Brettern, die weder Kälte noch  
Zugluft abhielten.<sup>521</sup> Die wenigen Einrichtungsgegenstände  
konnten von den jüdischen Familien aus ihren früheren  
Wohnungen mitgebracht werden.<sup>522</sup> Die jüdischen

<sup>509</sup> Ebenda. <sup>510</sup> Kurhessische Landeszeitung. 9. Jg. v. 26./27. 11. 1938 S. 5. Ob diese, nach dem Zeitungsbericht vorübergehend eingerichtete, Sonderverkaufsstelle wieder geschlossen und den Kasseler Juden der Einkauf in den Geschäften möglich war ist nicht bekannt. <sup>511</sup> Gespräch mit Frau S. am 8. 6. 1982. <sup>512</sup> Gespräch mit Frau S. am 8. 6. 1982. <sup>513</sup> Mitteilung von Herrn Heinemann im August 1986. <sup>514</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte S. Nr. I 12/9 K 24(4). <sup>515</sup> Ebenda. <sup>516</sup> Vgl. S. 199. <sup>517</sup> Gespräch mit Frau S. am 8. 6. 1982. <sup>518</sup> Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: W. Nr. K 921-85-1-Wo. <sup>519</sup> Ebenda. <sup>520</sup> Gespräch mit Frau S. am 8. 6. 1982. <sup>521</sup> Gespräch mit Frau S. am 8. 6. 1982. <sup>522</sup> Gespräch mit Frau S. am 8. 6. 1982.

Familien lebten nur kurze Zeit, bis zu ihrer Deportation, hier. Die leeren Räume wurden nach jedem Abtransport anderen Familien zugewiesen. Nach der letzten Deportation am 7. September 1942 diente das Lager als Unterkunft für Menschen, die in „nichtprivilegierter Mischehe“ lebten und hier, von der übrigen Bevölkerung getrennt, untergebracht waren.<sup>523</sup>

In der zweiten Hälfte des Jahres 1944 wurden weitere Arbeits- und Durchgangslager für „jüdische Mischlinge“ und jüdische Ehegatten aus „Mischehen“ in Kassel geschaffen, über die noch zu berichten sein wird.

Die räumliche Trennung von der übrigen Bevölkerung und die in vielen Fällen damit verbundene Abschiebung aus ihren Wohnungen war *eine* der sichtbarsten und schwerwiegendsten Formen der Segregation jüdischer Menschen. Die Scheidung von der übrigen Bevölkerung betraf alle Lebensbereiche, in denen sich bisher Juden und Nichtjuden begegnen konnten. Öffentliche Schulen,<sup>524</sup> „normale“ Arbeitsplätze,<sup>525</sup> öffentliche Anlagen, Freibäder und andere städtische Einrichtungen – z. B. Krankenhäuser<sup>526</sup> – blieben ihnen versperrt. Die städtischen Verkehrsmittel – Busse und Straßenbahnen – konnten sie nur bei besonderer Begründung: Fahrt zum Arbeitsplatz, Arzt oder zur Schule,<sup>527</sup> benutzen.

Wie die Freizügigkeit war auch die Verfügungsgewalt über das Vermögen eingeschränkt, sowohl bei der Veräußerung von Geschäftsanteilen, bebauten und unbebauten Grundstücken und Wertpapieren,<sup>528</sup> als auch bei der Ausgabe kleinerer Beträge für die Bezahlung von Nahrungsmitteln o. ä.

Das Bankguthaben war auf einem beschränkt verfügbaren Sicherungskonto deponiert. Als Jakob Stern eine Rechnung der „Verkaufsstelle für die jüdische Bevölkerung“ in Kassel über 74,58 RM begleichen wollte, mußte er auf einem DIN-A-4-Formblatt einen „Antrag auf Freigabe (§ 59 DevG.) zu Lasten eines beschränkt verfügbaren Sicherungskontos“ bei der Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten in Kassel stellen.<sup>529</sup> Auszufüllen waren: Adresse, kontoführende Devisenbank, Höhe des freizugebenden

Betrages, Zahlungsempfänger, Verwendungszweck. Die Prüfungsunterlage – in diesem Fall die Rechnung – war beizufügen. Die Devisenstelle des Oberfinanzpräsidenten prüfte den Antrag, genehmigte ihn in diesem Fall und wies die kontoführende Bank zu Überweisung an. Zur „freien Verfügung“ standen Jakob Stern lediglich 60 RM monatlich.

Sehr viel größere Beträge wurden von den Kasseler Juden kaum abgehoben, denn die Möglichkeiten, Waren zu kaufen, waren stark eingeschränkt. Das Vermögen wurde für die geplante Auswanderung aufbewahrt oder in kleinen Rationen zum Leben verbraucht.

Durch die Berufsverbote waren die Juden Rentner geworden. Nur noch wenige Ärzte konnten als Krankenbehandler, Rechtsanwälte als Konsulenten arbeiten. Zusammen mit den Lehrern der jüdischen Volksschule und den Gemeindebeamten übten etwa ein Dutzend Menschen ihren erlernten Beruf aus. Zinsen des noch vorhandenen Kapitals, Mieterträge und Abfindungen dienten zur Bestreitung des Lebensunterhaltes. Bei einer nicht geringen Zahl von Kasseler Juden, die durch Boykott und Pogrom verarmt waren, zahlte die jüdische Wohlfahrtsstelle in Kassel eine Unterstützung. Die 61jährige Witwe Levy gab 1940 20 RM Wohlfahrtsunterstützung als Einkommen an.<sup>530</sup> Zum Vergleich: Der Pflegesatz im jüdischen Altersheim betrug 1941 150,- RM.<sup>531</sup>

Arbeitsfähige Juden, die verarmt der städtischen Wohlfahrt anheim zu fallen drohten, wurden zur Arbeit herangezogen, vornehmlich bei Kasseler Bauunternehmungen und Schrotthandlungen,<sup>532</sup> z. B. Isaak Goldberg, Inhaber eines Konfektionsgeschäftes, der bis zu seiner Auswanderung als Erdarbeiter bei der Firma Groczeck in Kassel beschäftigt war.<sup>533</sup>

Die Arbeiter konnten zwar „zu Hause“, das hieß u. a. im Lager Wartekuppe wohnen, ihre Unterkünfte wurden jedoch überwacht. Der Arbeitseinsatz erfolgte in geschlossenen, von den übrigen Beschäftigten getrennten Gruppen.<sup>534</sup> Eine allgemeine Arbeitsverpflichtung wurde im März 1941 ein halbes Jahr vor Beginn der systematischen Deportation angeordnet.<sup>535</sup>

<sup>523</sup> Gespräch mit Frau S. am 8. 6. 1982. <sup>524</sup> Schulpflichtige Kinder mußten die Jüdische Volksschule in der Großen Rosenstraße besuchen. <sup>525</sup> Nur wenige Juden konnten, wenn auch stark diskriminiert, als „Privatlehrer“, „Krankenbehandler“ oder Rechtskonsulent in ihrem Beruf bleiben. <sup>526</sup> Das nächste Krankenhaus in dem Juden behandelt wurden lag in Frankfurt. <sup>527</sup> Archiv der Stadt Münden. P 2, 167, Bd. II. <sup>528</sup> Stadtarchiv Kassel: S. 3 Devisenakten des Oberfinanzpräsidenten, Kassel Nr. 358–367. <sup>529</sup> Ebenda. <sup>530</sup> Ebenda. <sup>531</sup> Ebenda. <sup>532</sup> Ebenda. <sup>533</sup> Ebenda. <sup>534</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: K 9211–85–I/Wo. <sup>535</sup> Joseph Walk (Hrsg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. a.a.O. (344) S. 336.

## Die Löschung der Zeugnisse jüdischer Existenz im Stadtbild

Die Juden waren aus der Öffentlichkeit Kassels in Lager, „Judenhäuser“ und geschlossene Arbeitsgruppen verbannt. Sie zu vertreiben, wie in vielen kleinen Orten des Umlands bereits geschehen, lag nicht in der Hand der lokalen Machthaber, wohl aber die „Reinigung“ der Kunst, Kultur und Stadtarchitektur von „jüdischen Elementen“. Dabei gab es in Kassel nur wenige allgemein zugängliche Plätze, die Merkmale spezifisch jüdischer Kunst aufwiesen: Der abseits in Bettenhausen gelegene Totenhof, die Synagoge, die jüdische Abteilung im Landesmuseum und die wenigen Laubhütten, die Kasseler Juden, wie Julius Dalberg, zum Laubhüttenfest aufstellten. Kaum häufiger waren die nach berühmten und um die Geschicke der Stadt verdienten Juden gekennzeichneten Straßen und Plätze.<sup>536</sup> In beiden Fällen wurde jedoch Zeugnis von jüdischer Existenz in Kassel abgelegt. Dagegen rannten die Nazis seit Beginn ihrer Herrschaft an.

Bereits im April 1933 wurde die Sammlung jüdischer Kultusgegenstände aus dem Landesmuseum entfernt.<sup>537</sup> Im gleichen Jahr beschädigten antisemitische Rabauken den vor dem Rathaus stehenden Obelisk-Brunnen, eine Schenkung des Textilfabrikanten und Stadtplaners Siegmund Aschrott an die Stadt.<sup>538</sup> Wenig später begann die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die Namen jüdischer Bürger trugen.<sup>539</sup>

*Tabelle 9: Umbenennung von Straßen, Plätzen und Heimen.*

Zeitpunkt der Umbenennung	Alter Straßename	Neuer Straßename
1935	Aschrottheim	Tannenkuppenheim
1937	Aschrottanlage	Stadthallengarten
1937	Ludwig-Mond-Straße	Wilhelm-Speck-Straße
1938	Aschrottstraße	Kendellstraße
1938	Judenbrunnen	Hinter der Waage
1938	Judengasse	Ahnaberger Gasse
1938	Mosenthal-Straße	Schenckendorfstraße
1938	Rothfels-Straße	Wöhler-Straße
1940	Rinaldstraße	Silcherstraße
1940	Stilling-Straße	Stilling-Straße

Interessant ist das Schicksal der Stilling-Straße, die ihren Namen „nach dem Geh. Sanitätsrat Benedikt Stilling, hervorragender Chirurg, † 1879 zu Kassel“ hatte.<sup>540</sup> Diese Straße wurde nicht umbenannt. 1940 änderte sich jedoch die Erklärung des Straßennamens im Kasseler Adreßbuch. Hier hieß es nun, daß der Arzt Jung-Stilling aus Elberfeld Namensgeber gewesen sei.

Am 11. November, einen Tag nach Beendigung der Pogrome, wurde in Kassel der Abriß der Synagoge in der Unteren Königsstraße beschlossen: „Als am letzten Montag die Wogen des Volkszornes vor der jüdischen Synagoge in Kassel in der Unteren Königsstraße hoch anschwellen, als Fensterscheiben klirrten und Türen splitterten, als talmudische Schriften und Rabbinergewänder auf der Straße vor der Synagoge in Flammen aufgingen, da gab es unter den Tausenden, die mit entrüsteten Rufen und geballten Fäusten der Judenschaft diesen Denkkettel überreichten, kaum einen Volksgenossen, dem nicht der heiße Wunsch gekommen wäre, diesen jüdischen Schandfleck in der Unteren Königsstraße für alle Zeiten auszulöschen. Wir können heute mitteilen, daß die Würfel um diese talmudische Zentrale gefallen sind: Die Synagoge wird abgerissen. Die Vorarbeiten zum Abtragen des jüdischen Gebäudes, in dem hundert Jahre lang das jüdische Volk alle Strafen des Himmels auf seine Gastgeber, die Deutschen, herabgefleht hat, haben begonnen. Dieser Beschluß erfüllt ganz Kassel mit großer und tiefer Genugtuung. Wir wollen bekennen, daß nach dem schändlichen Verbrechen von Paris eine andere Lösung der Kasseler Synagogen-Frage auch nicht mehr hätte gefunden werden können.

Wenn es auch die ganze Kasseler Bürgerschaft ist, die dieser Entschluß mit Freude erfüllt, so wollen wir doch besonders an die Bewohner jener Straßenzüge denken, die in unmittelbarer Gegend der Synagoge liegen. Sie werden aufatmen, daß hinfort am Sabbath keine jüdische Völkerwanderung mehr zur Unteren Königsstraße einsetzt, daß endlich die Befreiung von diesen Scharen mauschelnder und sich frech gebärdender Juden gekommen ist. Diese dritte Synagoge, die die Juden in Kassel errichteten, war auch ihre letzte. Wir lasen erst unlängst in der KLZ, daß 1715 die Familie Goldschmidt ihre private Familiensynagoge in Kassel erbaute, daß noch eine zweite für die Gesamtheit des Kasseler Judentums folgte und daß gerade vor 100 Jahren der Schandbau in der Unteren Königsstraße erstand, der nun niedergerissen wird. Damit hat ein wesentliches Stück Hebräergeschichte in Kassel seinen Abschluß gefunden.“<sup>541</sup>

Bereits wenige Wochen später wurde das in der Bausubstanz gut erhaltene Gotteshaus abgetragen. Danach gab es nur noch ein Bauwerk in Kassel, das mit dem Begriff „jüdisch“ belegt war: der in exponierter Lage vor dem Rathaus erbaute Aschrottbrunnen, ein von dem Architekten

<sup>536</sup> Teilweise waren diese wie die Ludwig-Mond-Straße unbebaut. <sup>537</sup> Vgl. S. 164 dieses Beitrages. <sup>538</sup> Baetz: Aufzeichnungen über den Geheimen Kommunismus Siegmund Aschrott (1826–1951). Kassel: o.V. 1951. S. 8. <sup>539</sup> Die Umbenennungen der Straßennamen sind nach den Kasseler Adreßbüchern von 1935–1940 herausgesucht worden. <sup>540</sup> Einwohnerbuch der Stadt Kassel. 1940. <sup>541</sup> Kuthessische Landeszeitung. 9. Jg. v. II. 11. 1938.

Karl Roth entworfener Obeliskbrunnen, in den, wie damals üblich, der Name des Stifters eingemeißelt war. Der Ratsherr Otto Knoche hatte Anfang des Jahres 1939 zum wiederholten Male einen „Antrag auf Beseitigung des Judenbrunnens vor dem Rathaus“ gestellt, aber „bei keinem der anwesenden Beigeordneten und Ratsherren Unterstützung“ gefunden.<sup>542</sup> Bürgermeister Lahmeyer hatte ein Gutachten über den Brunnen von dem Talmudforscher Rosenthal zur Vorlage für die Ratsherren in Auftrag gegeben.<sup>543</sup> Rosenthal entdeckte jüdische und freimaurische Symbole: „Zunächst das Stiftungsjahr mit der Angabe von 1908. Das Rathaus wurde 1909 vollendet und für gewöhnlich erfolgen derartige Stiftungen nach Vollendung bzw. Einweihung eines solchen Baues. Aschrott wählte aber die Zahl 1908, um die als Glückszahl angesehene Zahl 18 zum Ausdruck zu bringen; 18 Bitten enthält das jüdische Hauptgebet ‚Schemone Essre‘, das im Judentum dieselbe Bedeutung hat, wie im Christentum das ‚Vaterunser‘. Die zwölfstufige Pyramide geht auf die zwölf Stämme Israels zurück, die Ornamente an den vier Stirnsäulen gehen in der figürlichen Konstruktion auf den Judensterne hinaus, die weiter unten angebrachten Widderköpfe bedeuten die Opfersymbole des Judentums, die Abschachtung des Widders bedeutet die Vernichtung der weltlichen Völker ...“<sup>544</sup> Den Hirngespinnsten Rosenthals konnten die Ratsherren nicht folgen, und 14 Tage später legte der Stadtverwaltungsbeirat Rothe dar, daß der erste Entwurf zur Gestaltung des Brunnens zu einem Zeitpunkt vorlag, als noch der Kasseler Verschönerungsverein und nicht Siegmund Aschrott das Baudenkmal finanzieren wollte und ein Einfluß von Aschrott auf die Formgebung daher gar nicht möglich sei.<sup>545</sup> Lahmeyer begründete die Ableh-

nung von Knoches Antrag damit, „daß ja nur das Geld von Aschrott stamme“.<sup>546</sup>

Auf dem Verwaltungswege war der Brunnen nicht zu kippen, daher wurde zu einem Mittel des Kampfes gegriffen, das unter Antisemiten zu diesem Zeitpunkt bereits verpönt war: der Einzelaktion. In der Nacht vom 8. auf den 9. April beschädigten unbekannte Täter den Brunnen schwer.<sup>547</sup> Oberbürgermeister Lahmeyer ließ daraufhin mit „allem Nachdruck“ die Ermittlungen aufnehmen, und Ratsherr Knoche wurde von der Gestapo verhört. Außerdem beabsichtigte Lahmeyer, „die Täter zur Wiederherstellung heranzuziehen“.<sup>548</sup>

Jetzt schaltete sich NSDAP-Kreisleiter Meyer ein. In einem Brief vom 24. April an Lahmeyer legte er dar, „daß es nicht den Methoden der Partei entspricht, Dinge, die auf ihre legale Aufforderung ohne weiteres entfernt worden wären [sic!], zu zerstören. Trotzdem stehe ich auf dem Standpunkt, daß es unzweckmäßig ist, den Brunnen vor dem Rathaus auch nur notdürftig zu reparieren. Ich halte es für das Richtigeste, da die Platzverhältnisse vor dem Rathaus außerordentlich beengt sind und die Aufstellung von Ehreinheiten auf den Straßenbahngleisen schlecht möglich ist, den Platz für diese Zwecke vollkommen freizumachen.“<sup>549</sup> Auch die Haltung des Oberpräsidenten war dem Bauwerk eines der hervorragendsten Architekten seiner Zeit nicht günstig. Lahmeyer vermerkte, daß der Oberpräsident für eine Beseitigung sei, wenn ein anderes an seine Stelle träte.<sup>550</sup>

Am 26. 5. 1939 erhielt der Oberbürgermeister die Entscheidung: „Der Herr Gauleiter hat angeordnet, den Brunnen noch vor dem Reichskriegertag zu entfernen.“<sup>551</sup> Und so kam es.

## 1941–1942 Deportation der Kasseler Juden

### Vorbereitung der Deportation

„... In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24. 1. 1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa. Sofern

hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.

Ich beauftrage Sie, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.“<sup>552</sup>

Im Juli 1941, unmittelbar nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, gab Göring diese harmlos klingende

<sup>542</sup> Stadtarchiv Kassel S. A I. 101. I. <sup>543</sup> Ebenda. <sup>544</sup> Ebenda. <sup>545</sup> Ebenda. <sup>546</sup> Ebenda. <sup>547</sup> Ebenda. <sup>548</sup> Ebenda. <sup>549</sup> Ebenda. <sup>550</sup> Ebenda. <sup>551</sup> Ebenda. <sup>552</sup> International Military Tribunal a.a.O. (442) 710-PS.

Anweisung an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, SS-Gruppenführer Heydrich, und stellte damit „den Zeitverhältnissen entsprechend“ die administrativen Weichen von Auswanderungsförderung auf „Evakuierungsvorbereitung“ um. Mehr war nicht notwendig, um über das weitere Schicksal unter anderem der zu diesem Zeitpunkt noch im „Altreich“ lebenden Juden zu bestimmen. Eine Voraussetzung, Raum für die „Ansiedlung“ der Verschleppten, war durch die Besetzung Polens und großer Gebiete der Sowjetunion gegeben.<sup>553</sup> In diese Territorien gingen die Massentransporte mit jüdischen Menschen.<sup>554</sup> Für den Ablauf verantwortlich war das Referat IVB-4 mit Adolf Eichmann an der Spitze.<sup>555</sup> Von dort gingen die Anweisungen an die örtlichen Stapo(lei)stellen, denn die Deportationen wurden nach Staatspolizeibezirken gegliedert durchgeführt. Kassel war Sammelort für die Juden aus dem Regierungsbezirk,<sup>556</sup> von hier aus gingen drei Transporte ab: Am 9. Dezember 1941 in das Ghetto Riga, am 1. Juni 1942 in das Konzentrationslager Majdanek bei Lublin, am 7. September 1942 in das Ghetto Theresienstadt.<sup>557</sup> Nach diesen Deportationen blieben in Kassel noch etwa 30 Juden zurück, die mit einem nichtjüdischen Ehegatten verheiratet waren.<sup>558</sup>

Vor Ort wurden die Transporte von der Stapostelle Kassel organisiert, die sich bei der Vorbereitung und Durchführung ihrerseits der Polizeibehörden der Gemeinden und in Kassel der Ordnungspolizei bediente. Notwendig waren eine ganze Anzahl von Behörden, Verwaltungsstellen und Privatunternehmen, um Transporte auf ihren Weg zu bringen, unentbehrlich die Deutsche Reichsbahn.<sup>559</sup>

Von den lokalen Instanzen spielte neben der Gestapo der Oberfinanzpräsident in Kassel eine Hauptrolle bei der Abwicklung.<sup>560</sup> Er war für die Enteignung der Deportierten und die Verwertung ihres Vermögens zuständig.

Den gesamten Ablauf der Deportationen hat H. G. Adler in seinem Buch „Der verwaltete Mensch“ detailgetreu rekonstruiert,<sup>561</sup> so daß hier die Darstellung auf die lokalen

Ereignisse beschränkt werden kann. Die drei Deportationen, die von Kassel aus erfolgten, sind unterschiedlich gut dokumentiert.<sup>562</sup> Da alle Transporte, wie Adler aufweist, dem gleichen Schema unterlagen, können Dokumente von unterschiedlichen Transporten herangezogen werden, um den Ablauf nachzuzeichnen. Die Juden wurden in Schüben aus mehreren Gestapobezirken deportiert, die nach den Zielorten – d. h. Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslagern – bezeichnet werden können.

Die ersten Transporte gingen im Oktober 1941 in das Ghetto Lodz.<sup>563</sup> Ziel der zweiten Deportationswelle im November und Dezember war das Ghetto in Riga.<sup>564</sup> Zu den Städten, von denen aus Juden nach Riga verschleppt wurden, gehörte auch Kassel. Erstmals erfährt man von diesem Plan durch einen Erlaß des Chefs der Ordnungspolizei Daluge.

Da das Dokument wichtige Details für den Ablauf des Transports und die Aufgaben u. a. der Kasseler Ordnungspolizei benennt, soll es vollständig aufgeführt werden:<sup>565</sup>

„Geheim!

Schnellbrief

Betr.: Evakuierungen von Juden aus dem Altreich und dem Protektorat.<sup>566</sup>

An

a) die Befehlshaber (Inspektoren) der Ordnungspolizei in Berlin, Hamburg, Hannover, Münster, Kassel, Nürnberg, Stuttgart, München, Wien, Breslau, Prag, Riga – mit je 5 Nebenabdr. –;

nachrichtlich:

b) die Höheren SS- und Polizeiführer Spree, Nordsee, Mitte, West, Fulda-Werra, Süd und Main, Südwest, Donau, Südost, Böhmen und Mähren, Ostland in

Berlin, Hamburg, Braunschweig, Düsseldorf, Kassel, München, Stuttgart, Wien, Breslau, Prag, Riga,

c) den Polizeipräsidenten in Berlin

<sup>553</sup> Zur Diskussion welche Momente für die Entscheidung über die systematische Verschleppung der Juden ausschlaggebend waren und wann der Entschluß zu ihrer Tötung gefaßt wurde, vgl.: Schlomo Aronson: Die dreifache Falle. Hitlers Judenpolitik, die Alliierten und die Juden. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher und Hans-Peter Schwarz. 32. Jg. 1984. 1. Heft. S. 29–65, sowie: Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung. Hrsg. von Eberhard Jäckel und Jürgen Rohwer. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1985. <sup>554</sup> H. G. Adler: Der verwaltete Mensch a.a.O. (396) S. 168 ff. <sup>555</sup> Eichmanns Abteilung IVB-4 des Reichssicherheitshauptamtes „war für den gesamten Deportationsraum außerhalb Polens (wo sich SS- und Polizeistellen um die Auflösung der Ghettos kümmerten) zuständig“. (Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. ... a.a.O. (334) S. 287. <sup>556</sup> Bereits am 4. 3. 1940 legte die Gestapo Kassel in einem internen Bericht dar, daß Kassel als Konzentrations- und Sammelort für die Juden aus dem Regierungsbezirk geeignet sei (Hauptstaatsarchiv Wiesbaden. 483/10018). <sup>557</sup> Stadtarchiv Kassel: S. 3. Nr. 355–366. Devisenakten des Oberfinanzpräsidenten in Kassel. <sup>558</sup> Auswertung der Hausstandsbücher der Stadtverwaltung Kassel. Gespräch mit Frau S. vom 8. 6. 1982. <sup>559</sup> Die Reichsbahn, die dem Verkehrsministerium unterstand und die Abteilung IVB-4 waren die zentralen Behörden seit der Durchführung der Deportation. (Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. ... a.a.O. (334) S. 287. <sup>560</sup> Vgl. H. G. Adler. Der verwaltete Mensch. a.a.O. (396) S. 505 ff. <sup>561</sup> H. G. Adler. Der verwaltete Mensch. a.a.O. (396). <sup>562</sup> Über den Verlauf der Deportationen nach Riga und Theresienstadt, sowie das Schicksal der verschleppten Menschen gibt es Schilderungen von Überlebenden. Zu dem Transport nach Lubein/Majdanek finden sich bisher keinerlei Angaben. <sup>563</sup> Vgl. H. G. Adler: Der verwaltete Mensch. a.a.O. (396) S. 120 ff. <sup>564</sup> H. G. Adler: Der verwaltete Mensch. a.a.O. (396) S. 120 ff. <sup>565</sup> International Military Tribunal. a.a.O. (442) 3921-PS. <sup>566</sup> Gemeint sind die, 1939 nach Zerschlagung der Tschechoslowakei von Deutschland, angegliederten Gebiete Böhmen und Mähren.

d) den Chef der Sicherheitspolizei und des SD.

1. In der Zeit vom 1. November – 4. Dezember 1941 werden durch die Sicherheitspolizei aus dem Altreich, der Ostmark und dem Protektorat Böhmen und Mähren 50 000 Juden nach dem Osten in die Gegend um Riga und um Minsk abgeschoben. Die Aussiedlungen erfolgen in Transportzügen der Reichsbahn zu je 1000 Personen. Die Transportzüge werden in Berlin, Hamburg, Hannover, Dortmund, Münster, Düsseldorf, Köln, Frankfurt/M., Kassel, Stuttgart, Nürnberg, München, Wien, Breslau, Prag und Brünn zusammengestellt.
2. Auf Grund der Vereinbarungen mit dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD übernimmt die Ordnungspolizei die Bewachung der Transportzüge durch Gestellung von Begleitkommandos in Stärke von je 1/12. Einzelheiten sind mit den zuständigen Dienststellen des SD zu besprechen.  
Die Aufgabe der Begleitkommandos ist nach der ordnungsmäßigen Übergabe der Transporte an die zuständigen Stellen der Sicherheitspolizei in den Bestimmungsorten erledigt. Sie kehren dann unverzüglich zu ihren Heimatdienststellen zurück.
3. Die durch die Gestellungen der Begleitkommandos entstehenden Kosten trägt der Chef der Sicherheitspolizei. Die Kostenaufstellungen der Polizeiverwaltungen sind nach Beendigung der Transporte zur Abrechnung an den Chef der Sicherheitspolizei einzureichen.

gez. Daluege"

Die Auswahl der für den Transport vorgesehenen Personen wurde durch Eichmanns Referat in Verbindung mit der zuständigen Gestapostelle getroffen, in einigen Städten war auch die Bezirksstelle der Reichsvereinigung beteiligt.<sup>567</sup> Die Gestapostelle in Kassel, die die Deportationen leitete, informierte die Landräte und Oberbürgermeister, diese wiederum setzten die Bürgermeister der Orte, aus denen Juden abtransportiert werden sollten, etwa eine Woche vorher in Kenntnis. So informierte der Landrat von Fulda am 31. August die Bürgermeister seines Kreises über die vorgesehene „Evakuierung“ am 7. 9. 1942 nach Theresienstadt.<sup>568</sup> Dem Bericht lag eine Anweisung der Gestapo in Kassel zugrunde, die von den Landräten und Oberbürgermeistern neu aufgesetzt und leicht modifiziert wurde. Für die Deportation nach Theresienstadt wurde mitgeteilt, daß die Juden in den Heimatorten von den

Ortsgendarmen zum Bahnhof geleitet und gemäß der Abfahrtszeiten des beiliegenden Fahrplans in einem Personenzug nach Kassel befördert würden. Dort erfolgte die Unterbringung in einem Auffanglager in den Bürgerschulen Schillerstraße/Ecke Wörthstraße. Vor dem Abtransport seien die Kennkarten der Juden zu kontrollieren und mit einem Stempel „überprüft“ zu versehen. An Gepäck dürften die Juden vollständige Bekleidung (ordentliches Schuhwerk), Bettzeug mit Decke, Eßgeschirr (Teller oder Topf) mit Löffel und Mundvorrat für 3 Tage mitnehmen. Außerdem dürften sie brauchbare Gegenstände mitführen. Die Ausrüstungsgegenstände seien an die „Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Kassel, Zielbahnhof: Kassel-Hauptbahnhof/Zollschuppen“ zu senden. Sämtliches Bargeld hätten die Juden mit auf den Transport zu nehmen. 50,- RM werde ihnen zur Verfügung gestellt, der restliche Betrag im Auffanglager Kassel abgenommen. Die in den Wohnungen zurückbleibenden Vermögen würde beschlagnahmt, die Wohnungen versiegelt und die Schlüssel in Briefhüllen mit der Aufschrift der bisherigen Eigentümer an das Finanzamt Fulda gesandt. Leicht verderbliche Sachen, nicht Kartoffeln und Eingemachtes, die sich bis zur Übernahme durch das Finanzamt zweifellos halten würden, seien der NSV-Dienststelle zur Verfügung zu stellen. Jede Vermögensverschleppung bzw. Abgabe oder Verkauf von Sachen an deutschblütige Volksgenossen sei nachdrücklichst zu unterbinden. Über den Vollzug der Evakuierungsaktion sei zu berichten. Auffanglager in Kassel sei die Turnhalle der erwähnten Schule in der Schillerstraße. Hier wurde das Gepäck überprüft, die Menschen einer Leibesvisitation unterzogen und am Morgen des Deportationstages zum nahegelegenen Bahnhof geführt, begleitet von Angehörigen und Freunden.<sup>569</sup> Die Aufsicht bis zur Abfahrt der Züge hatte die Gestapo, das Begleitkommando bestand aus Beamten der Kasseler Ordnungspolizei.<sup>570</sup>

Den für die Deportation ausgesuchten Opfern wurde mitgeteilt, sie würden im Osten angesiedelt, um dort Pionierarbeit zu leisten. Unter dem Gepäck waren daher auch Nähmaschinen, mit denen die deportierten Frauen mit zum Unterhalt der Familie beitragen wollten. Sie konnten nicht ahnen, daß der Waggon mit diesen Gepäckstücken vor der Anfahrt des Zuges abgehängt wurde und in Kassel zurückblieb.<sup>571</sup> Von Seiten der Gestapo war alles getan

<sup>567</sup> Die letztendliche Entscheidung über den Transport und die Anzahl der deportierten Menschen behielt sich der Chef der Gestapo SS-Gruppenführer Müller vor. (Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden, a. a. O. (334) S. 287. <sup>568</sup> Stadtarchiv Fulda, Bestand A. 6, 15. <sup>569</sup> Bericht von Siegfried Ziering an Verwandte aus dem Jahre 1946 (Archiv Yad Vashem Jerusalem O2/225) Gespräch mit Frau S. am 8. 6. 1982. <sup>570</sup> Reichsgesetzblatt Teil 1 1941, S. 111. <sup>571</sup> Gespräch mit Frau K. im Juli 1983.

worden, um den wahren Charakter der Transporte zu verbergen. Während die Gestapo die Deportation der Juden durchführte, bereitete der Oberfinanzpräsident in Kassel die Enteignung der Juden vor.

Am 4. November 1941 regelte der Reichsminister der Finanzen die Einziehung des Vermögens deportierter Juden in einem Erlaß, der den Oberfinanzpräsidenten mitgeteilt wurde:

#### „1. Allgemeines

Juden, die nicht in volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben beschäftigt sind, werden in den nächsten Monaten in eine Stadt in den Ostgebieten abgeschoben. Das Vermögen der abzuschiebenden Juden wird zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen. Es verbleiben den Juden 100 RM und 50 kg Gepäck je Person. Die Abschiebung hat schon begonnen in den Gebieten der Oberfinanzpräsidenten Berlin, Kassel, Hamburg, Köln, Weser-Ems in Bremen, Düsseldorf ...“<sup>572</sup>

Die Oberfinanzpräsidenten wurden dann ausführlich darüber informiert, was sie bei der materiellen Verwertung des Vermögens zu beachten haben. Hier soll die Nennung der Punkte, die in dem Erlaß behandelt werden, genügen: 1.) Allgemeines 2.) Durchführung der Abschiebung 3.) Einziehung des Vermögens 4.) Aufgaben der Reichsfinanzverwaltung 4a) Allgemeines 4b) Organisation der Dienststelle 4c) Behandlung des beweglichen Vermögens 4d) Behandlung von Kunstgegenständen 4e) Behandlung von Gegenständen aus Edelmetall und Briefmarkensammlungen 4f) Wertpapiere 4g) Forderungen 4h) Behandlung unbeweglichen Eigentums 4i) Schuldenregelung 5.) Erfahrungsaustausch 6.) Zweifelsfragen und Erfahrungsberichte.

Die rechtliche Grundlage für den Einzug des Vermögens war durch die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz geschaffen worden, die am 25. 11. 1941 in Kraft trat. Dort hieß es in § 1: „Ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann nicht deutscher Staatsbürger sein. Der gewöhnliche Aufenthalt im Ausland ist dann gegeben, wenn sich ein Jude im Ausland unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, daß er dort nicht vorübergehend verweilt“, und § 3 Absatz 1 bestimmte darauf aufbauend „Das Vermögen des Juden, der die deutsche Staatsangehörigkeit verliert, verfällt mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich.“<sup>573</sup> Was unter „Ausland“ zu verstehen sei, wurde in einer Anordnung zur Durch-

führung der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz festgelegt: „Der Verlust der Staatsangehörigkeit und der Vermögensverfall trifft auch diejenigen unter die Verordnung fallenden Juden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in den von den deutschen Truppen besetzten oder in deutsche Verwaltung genommenen Gebieten haben oder in Zukunft nehmen, insbesondere auch im Generalgouvernement und in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine ...“<sup>574</sup> Mit dieser juristischen Konstruktion, die Riga, Auschwitz und Majdanek zum Ausland erklärte und aus der Gefangenschaft in einem Konzentrationslager einen gewöhnlichen Aufenthalt machte, gelang es, den Deportationsopfern ihr Vermögen auf dem Verwaltungswege zu rauben.<sup>575</sup>

Die Vorbereitung für diesen legalisierten Raubzug übernahm für den Oberfinanzpräsidenten in Kassel die Devisenstelle des Finanzamtes Innenstadt. Dort wurde seit 1938 über die Vermögen der Juden gewacht. Jetzt stellte man die Unterlagen (Einkommensbefragung, Freigabeanträge für die beschränkt verfügbaren Sicherungskonten usw.) nach den Transportlisten zusammen als Grundlage für die nach erfolgter Deportation vorgesehene Enteignung.<sup>576</sup> Das Eigentum verfiel allerdings nicht unmittelbar im Anschluß an den Abtransport der Juden an das Deutsche Reich. Zuvor mußte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD durch die Gestapostelle Kassel prüfen, ob die Voraussetzungen für den Vermögensverfall vorlagen oder noch Schulden oder Forderungen abgewickelt werden mußten.<sup>577</sup> Diese Feststellungen durch die Gestapo in Kassel dauerten noch 1943 an.<sup>578</sup> Die Verwertung des Besitzes begann allerdings schon vor der Übertragung an den Staat. Betriebsbeteiligungen, bebaute und unbebaute Grundstücke und die bewegliche Habe wurden oft noch im Namen des Deportierten verkauft. Horst Kottke hat den Verkauf der Firmen und Grundstücke beschrieben. Wir wollen die Verwertung des in den Wohnungen zurückgelassenen Hausrats, der Kleidung, Nahrungsmittel und Kohlen schildern.

Im dritten Kriegsjahr war diese Habe der Juden durchweg Mangelware und daher vielfach begehrt. Es war von Bedeutung, wer über die Verteilung dieser Dinge entschied, denn dafür gab es keine einheitliche Regelung. In vielen Städten war es das zuständige Kreisamt für Volkswohlfahrt der NSDAP, die Entscheidungsbefugnis lag also bei der Partei.

<sup>572</sup> United Restitution Organisation: Die Ausnahmegesetzgebung gegen die Juden im Reich, den eingegliederten und besetzten Gebieten, sowie den im Einflußgebiet liegenden abhängigen Ländern unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Diskriminierung, 1933–1945, hektografiert. Frankfurt. a. M. o. J. S. 261 ff. <sup>573</sup> Ebenda. <sup>574</sup> Reichsgesetzblatt Teil 1, 1941. S. 722 ff. <sup>575</sup> H. G. Adler: Der verwaltete Mensch. a.a.O. (396) S. 497. <sup>576</sup> Stadtarchiv Kassel. S. 3 Nr. 358–367 Devisenakten des Oberfinanzpräsidenten in Kassel. <sup>577</sup> Ebenda. <sup>578</sup> Ebenda.

In Kassel bestimmte man den Verein für Volkswohl e.V., der von der Stadt beherrscht wurde.<sup>579</sup> Ob es zu einer Auseinandersetzung zwischen Stadtverwaltung und Partei in dieser Frage kam, ist nicht bekannt. Es ist allerdings kaum denkbar, daß Gauleiter Weinrich, für den die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft stets einen hohen politischen Stellenwert hatte,<sup>580</sup> jetzt, da es um die Verteilung des in Kriegszeiten wertvollen „arisierten“ Hausrates ging, auf eine Beteiligung verzichten wollte. Letztendlich entschied jedoch die Stadt Kassel, und es kam am 3. Dezember 1941 zu einer Vereinbarung zwischen der Reichsfinanzverwaltung, vertreten durch den Vorsteher des Finanzamtes Kassel-Innenstadt, und dem Oberbürgermeister Lahmeyer: „Der Verein für Volkswohl e.V. übernimmt im Auftrag des Oberbürgermeisters das durch die Evakuierung der Juden frei werdende und dem Reich anheimfallende Inventar (Möbel und Einrichtungsgegenstände; Tafelgeschirr, Bestecke, Kristall, soweit aus Edelmetall; endgültig nur dasjenige, das die Fliegergeschädigten abnehmen; Wäsche und Kleidungsstücke) von letzterem, vertreten durch den Vorsteher des Finanzamtes Kassel-Innenstadt zum freihändigen Verkauf an Fliegergeschädigte bzw. zur nachfolgenden Versteigerung gegen Erstattung des Erlöses abzüglich aller hiermit zusammenhängenden Unkosten. Der Oberbürgermeister verpflichtet sich, mit allen Mitteln für schnellste Abholung des Inventars aus den Wohnungen zu sorgen. Er wird alle Vorkehrungen treffen, um Diebstähle und vermeidbare Schäden während des Transportes und der Lagerung zu verhindern. Vor der Veräußerung erfolgt Schätzung der Gegenstände durch den vereidigten Schätzer Krell.“<sup>581</sup> Als Schätzer für die in den Wohnungen zurückgelassenen Gegenstände bestellte der Oberbürgermeister Georg Horn die Gebrüder Krell sowie einen Beamten der städtischen Verwaltung.<sup>582</sup> Sie begannen unmittelbar nach der Deportation mit der Begutachtung der Wohnungen, veranschlagten den ungefähren Wert des Hausrats und fertigten über die Besichtigung ein Protokoll an: „Verwertungs-

stelle für Judenvermögen Nr. d. Judenliste. Kassel, Dez. 1941

Anwesend: .....

.....

.....

Der Haushalt des Juden ..., Wohnung ..., ist von den unterzeichneten Beamten der Reichsfinanzverwaltung und dem unterzeichneten sachverständigen Schätzer und Beauftragten des Vereins für Volkswohl anhand des Vermögensverzeichnisses heute durchgesehen worden. Die mit ‚rot‘ abgehakten oder mit rotem Farbstift zusätzlich angegebenen Gegenstände sind vorhanden. Die mit ‚blau‘ abgehakten Gegenstände wurden nicht vorgefunden. Es erfolgte gleichzeitig die Schätzung des Haushaltes. Die Schlüssel wurden dem Beauftragten des Vereins für Volkswohl ausgehändigt.

Unterschriften: ..... \*583

Anschließend wurde der Hausrat in den Turnhallen der Bürgerschulen im Königstor 58, im Philosophenweg 8 und in der Holländischen Straße gelagert und bevorzugt an Fliegergeschädigte und danach an andere Interessenten versteigert.<sup>584</sup> Abzüglich der Kosten für die Taxatoren und der Umsatzsteuer erbrachte die Versteigerung des Hausrates nach der dritten Deportation 137 730,27 RM Nettoerlöse, die der Verein für Volkswohl e.V. an die Reichsfinanzverwaltung überwies.<sup>585</sup> Die geräumten Wohnungen wurden nach den ersten beiden Deportationen zum Teil wieder jüdischen Familien zugewiesen, ansonsten vermietet.

In den Einwohnermeldeverzeichnissen wurden die Deportationsopfer ausgetragen, wobei die Rubrik „Neue Wohnung“ bei jeder Deportation unterschiedlich ausgefüllt wurde. Beim ersten Transport wurde „Riga“ eingetragen, das Deportationsziel also noch angegeben, der zweite Transport wurde durch „unbekannt“ verschleiert, und bei der Deportation nach Theresienstadt vermerkten die Beamten lapidar „abgewandert“.<sup>586</sup>

## Die einzelnen Transporte

Die Deportationen von Juden nach Riga und Minsk waren die ersten, die direkt in das Vernichtungsgebiet führten.<sup>587</sup> 20 057 Menschen wurden in der Zeit vom 27. November 1941 bis zum 6. Februar 1942 nach Riga verschleppt.<sup>588</sup>

Der erste Transport kam aus Berlin. Bis auf wenige Männer wurden alle Juden sofort nach ihrer Ankunft im Rumbuliforst in der Nähe der Stadt Riga erschossen.<sup>589</sup> Die von der Ermordung verschonten Männer wurden in das Konzentrationslager Jungfernhof in der Nähe der Stadt

<sup>579</sup> Stadtarchiv Kassel: A 2.23.1. Bd. 3. <sup>580</sup> Vgl. den Beitrag von Horst Kottke: Die endgültige Verdrängung der Juden aus der Kasseler Wirtschaft in diesem Band. S. 237. <sup>581</sup> Stadtarchiv Kassel: A2.23.1. Bd. 3. <sup>582</sup> Ebenda. <sup>583</sup> Ebenda. <sup>584</sup> Ebenda. <sup>585</sup> Ebenda. <sup>586</sup> Stadtverwaltung Kassel, Hausstandsbücher. <sup>587</sup> H. G. Adler: Der verwaltete Mensch, a.a.O. (396) S. 176 ff. <sup>588</sup> Gertrude Schneider: Journey into Terror. Story of the Riga Ghetto. New York Arkhouse Ltd. 1979. S. 155. <sup>589</sup> Gertrude Schneider: Journey into Terror ... a.a.O. (588) S. 29.

Riga verbracht.<sup>590</sup> Vier weitere Transporte gingen in dieses Lager, in dem im Dezember 1941 etwa 4000 Menschen gefangengehalten wurden.<sup>591</sup> Wie schrecklich die Lagerbedingungen dort gewesen sein müssen, geht aus der Zahl von annähernd 500 Toten bis zum Ende Januar 1942 hervor.<sup>592</sup>

Der Transport aus Kassel war nach dem aus Köln der zweite, der in das Zwangsghetto in der Stadt Riga führte,<sup>593</sup> das nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht am 1. Juli 1941 für die jüdische Bevölkerung der Stadt in der „Moskauer Vorstadt“ errichtet wurde.<sup>594</sup> Am 25. Oktober 1941 waren 33 000 Menschen in diesem Stadtteil, der nur etwa einem Drittel dieser Zahl Raum bot, zusammengedrängt.<sup>595</sup> Um Platz für die angekündigten Deportationen von Juden aus dem Deutschen Reich zu machen, wurden am 27. November und am 8. Dezember 1941 mindestens 27 000 lettische Juden im Rumbuliforst erschossen.<sup>596</sup> Als die Juden aus Kassel das Ghetto betraten, lebten noch etwa 5000 Menschen dieser alten ostjüdischen Gemeinde.<sup>597</sup> Ihnen wurde ein für die deutschen Juden durch einen Stacheldrahtzaun abgetrenntes Viertel zugewiesen.<sup>598</sup> Siegfried Ziering hat das grauenhafte Bild beschrieben, das sich den Neankömmlingen aus Kassel bot.<sup>599</sup> Die Spuren, die die Mörder bei der Jagd auf die lettischen Ghettobewohner hinterlassen hatten, waren noch überall sichtbar.<sup>600</sup> Bei dem Anblick des Blutes, der zerstörten und geplünderten Wohnungen konnte sich wohl keiner der deportierten Kasseler Juden Illusionen über sein eigenes Schicksal machen. Und doch herrschte im Ghetto eine scheinbare Normalität, die an das heranreichte, was den Juden in Deutschland vor der Deportation vorgegaukelt worden war: ein hartes, entbehrungsreiches Pionierdasein. „Denn hier im Zentrum von Riga, der Hauptstadt von Litauen, war ein winziges deutsches Dorf, peinlich sauber, mit deutschen Straßenbezeichnungen, deutscher Polizei, deutschen Straßenfegern, sogar deutschen Schulen und gelegentlich deutscher Musik. Man hörte die akzentfreie Sprache der Leute aus Hannover, daß eintönige Näseln der Berliner, den breiten Dialekt der Menschen aus Leipzig und Dresden, die weiche melodische Sprache der Bayern und Wiener und das harte, aber korrekt gesprochene Deutsch der Tschechen. Alle diese

typischen Mittelklasseleute hatten eines gemeinsam: Sie waren Juden, die zur Liquidation in den Osten deportiert worden waren. Da ihre Arbeitskraft gebraucht wurde, hatte man sie vorläufig zurückgestellt.“<sup>601</sup>

Wie lange die Bewohner der Zwangsghettos von der Liquidierung verschont blieben, war höchst unterschiedlich und außer von der Tauglichkeit zur Arbeit – einer wichtigen, jedoch nicht hinreichenden Voraussetzung für das Überleben – oft von Zufällen abhängig. Juden, die man geringster „Vergehen“ verdächtigte oder die den Bewachern aus irgendeinem Grund aufgefallen waren, wurden nicht selten auf der Stelle erschossen.<sup>602</sup>

Bei Selektionen auf Arbeitsfähigkeit wurden Hunderte von Juden im Rumbuliforst erschossen oder in Lastwagen, deren Abgase in den Transportraum geleitet wurden, vergast.<sup>603</sup> Gleichzeitig wurde eine umfangreiche Lagerordnung etabliert, die den Tagesablauf der Ghettobewohner bis ins Detail vorgab, und für Kleidung, Nahrung und zumindest formal für medizinische Betreuung und den Unterricht „schulpflichtiger Kinder“ gesorgt.<sup>604</sup> Kommandant des Rigaer Ghettos war bis Januar 1943 SS-Obersturmbannführer Kurt Krause, dem neben den deutschen auch lettische SS-Wachmannschaften unterstanden.<sup>605</sup> Außerdem gab es eine vom Kommandanten eingesetzte Ghettoverwaltung, die aus dem Ghettoältesten und den Gruppenältesten der nach ihren Heimatorten benannten Transporten sowie Funktionären für besondere Aufgaben, z. B. für den Arbeitseinsatz, bestand.<sup>606</sup>

Die jüdische Bevölkerung wurde nach ihren Heimatorten Wien, Prag, Berlin, Köln, Kassel usw. aufgeteilt und bewohnte entsprechend bezeichnete Viertel.<sup>607</sup> In den Vierteln gab es jeweils ein Nahrungsmitteldepot, je nach Anzahl der Kinder auch eine eigene „Schule“. Die Kinder des Kölner und des Kasseler Transportes besuchten die gleiche „Schule“,<sup>608</sup> wo unter anderen die Kasseler Lehrer Bacher und Kleeblatt Unterricht erteilten.<sup>609</sup> Zu den zentralen Einrichtungen gehörte die „Kleiderkammer“, in der die Ghettobewohner Schuhe und Textilien erwerben konnten, die zu schäbig waren, um sie nach Deutschland zu transportieren. Außerdem gab es eine „Zentrales Lazarett“ genannte Krankenstation, in der jedoch hauptsächlich Abtreibungen vorgenommen wurden.<sup>610</sup> Da diese

<sup>590</sup> Ebenda. <sup>591</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 24. <sup>592</sup> Ebenda. <sup>593</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 24. <sup>594</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 10. <sup>595</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 11. <sup>596</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 22. <sup>597</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 15. <sup>598</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 27 f. <sup>599</sup> Ein Auszug aus dem Bericht von Siegfried Ziering über das Rigaer Ghetto ist abgedruckt in: Jörg Kammler, Dietfried Krause-Vilmar (Hrsg.): *Volkskommunität und Volksfeinde. Kassel 1933–1945. Eine Dokumentation. Fuldabrück 1: Hesse 1984* S. 268. <sup>600</sup> Ebenda. <sup>601</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. VII. <sup>602</sup> Gespräch mit Werner Golnik 1982. Vgl. Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 32. <sup>603</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 42 ff. <sup>604</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 35 ff. <sup>605</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 26. <sup>606</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 26 ff. <sup>607</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 36. <sup>608</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 37. <sup>609</sup> Gespräch mit Werner Golnik 1982. <sup>610</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ... a.a.O.* (588) S. 49.

Operationen oft vom Ghettokommandanten überwacht und nach den Abtreibungen Frauen sterilisiert wurden, richtete man im Kasseler Viertel einen geheimen Operationsraum ein.<sup>611</sup> Trotz dieser Einrichtungen und obwohl viele Familien eine gewisse Zeit zusammenblieben, war das Rigaer Ghetto kein Ort, an dem für die herabgewürdigten und unterdrückten Menschen Hoffnung auf eine dauerhafte Existenz – unter welch schlimmen Bedingungen auch immer – bestand. Riga war, wie die anderen Zwangsghettos auch, eine Durchgangsstation und bestand zwei Jahre. Ein Teil der arbeitsfähigen Insassen arbeitete in Betrieben, die Ausrüstungsgegenstände für die Wehrmacht herstellten. Die jüngeren und kräftigeren Juden wurden sehr oft in Außenkommandos zur Schwerstarbeit im Bergbau, Torfstich, Steinbruch und in Zementwerken herangezogen. Salaspils war eines der Arbeitslager, das 1941 in der Nähe von Riga errichtet wurde.<sup>612</sup> Das schon erwähnte Lager Jungfernhof wird in einigen Berichten wegen der grausamen Behandlung und der hohen Mortalitätsrate als Vernichtungslager bezeichnet.<sup>613</sup>

Im August 1943 begann die SS mit der Auflösung der Ghettos und transportierte die Juden in das Konzentrationslager Kaiserwald.<sup>614</sup> Hier wurden die Neuankommenden selektiert, kranke und nicht arbeitsfähige Menschen nach Riga zurückgeschickt.<sup>615</sup> Sie wurden zusammen mit den Alten und Kindern, die sich noch im Ghetto befanden, am 2. November 1943 nach Auschwitz verschleppt.<sup>616</sup>

Die Kasseler Juden arbeiteten wie alle ehemaligen Insassen des Ghettos auf Arbeitsstellen direkt in Kaiserwald oder auf Außenkommandos, z. B. in Riga-Mühlgraben, wo sie für das Armeebekleidungsamt Kleidungsstücke reinigen und sortieren mußten.<sup>617</sup>

Die Zustände in Kaiserwald waren schlimmer als im Ghetto.<sup>618</sup> Es wurde ständig selektiert. Menschen, die nicht mehr oder noch nicht arbeiten konnten, wurden deportiert und umgebracht.

Die Familie Golnik, Eltern mit ihren drei Kindern (Horst, Werner, Vera), waren bis zum April 1944 zusammengeblieben. Am 22. April kam die SS. Veras Bruder Werner berichtet: „Meine Schwester wurde von da weggeholt. Das waren ungefähr 14, 15 Kinder, die unter 10 Jahren waren, also die noch nicht arbeiten konnten. Die wurden weggeholt. Das war eine Aktion. Die Mütter waren bei der Ar-

beit, und da haben sie die Kinder weggeholt. Die waren im Kindergarten, es war ein Aufenthaltsort, wo sie von einer Schwester betreut wurden. Und dann gingen sie weg. Als wir abends nach Hause kamen, waren sie nicht da. Da wußten wir, daß sie nicht mehr wiederkommen.

Meine Schwester soll gesagt haben, daß sie einen Ausflug macht und abends wiederkommt. Eben das haben sie ja den kleinen Kindern erzählt, und das hat sie auch geglaubt. Sie war ja noch keine 8 Jahre alt. Es war am 22. April 1944 und im Mai wäre sie 8 Jahre alt geworden.“<sup>619</sup> Am 6. 8. 1944 wurde das Lager Kaiserwald mit seinen Außenkommandos aufgelöst und ein großer Teil der Gefangenen mit dem Schiff vor der näherrückenden Roten Armee in das Lager Stutthof bei Danzig verschleppt, um auch hier wieder für das Armeebekleidungsamt Zwangsarbeit zu verrichten. „Im KZ Stutthof habe ich auch wieder beim Aba gearbeitet. Die gingen ja auch zurück, und uns haben die immer mitgenommen. Denn wir waren ja die Arbeitskräfte. Das Aba war neben dem KZ. Das KZ war ja riesengroß, eingezäunt mit Stacheldraht. In Stutthof gab es fast alle Nationen, sehr viele Polenjuden und dann norwegische Polizei, aber als Internierte. Die hatten es besser als wir. In Stutthof war es natürlich schwer. Wir waren alle verschmutzt, verlaust. Die Leute sind gestorben wie die Fliegen. Das Essen mußte man sich organisieren, so gut es ging. Denn mit den Tagesrationen konnte man nicht auskommen. Die Suppe, das war ein bißchen Wasser. Morgens gab es eine Scheibe Brot mit ein bißchen Marmelade, mittags nur Suppe. Abends wieder ein Stück Brot mit ein bißchen Margarine. Und sonntags mal ein Stückchen Wurst, eine ganz dünne Scheibe. Dann sind viele vor Hunger gestorben. Die haben sie ‚Entenärsche‘ genannt, weil die so abgemagert waren, daß der Hintern ganz spitz war. Nur Knochen, kein Fleisch mehr dran. Und im Januar 1945 ging’s los...“<sup>620</sup> Werner Golnik und sein Bruder Horst wurden mit anderen Gefangenen im Januar 1945 in das Außenkommando Praust verlegt und dort beim Bau eines Flugplatzes eingesetzt. Am 23. März befreite man sie aus dem Lager.<sup>621</sup>

Das Hauptlager Stutthof wurde erst am 25. April geräumt, und die restlichen Gefangenen wurden in offenen Kähnen über die Ostsee in die Neustädter Bucht transportiert.<sup>622</sup> Nach der Landung am 2. Mai 1945 wurden Hunderte von ihnen durch SS-Leute, die wahllos auf die Gefangenen schossen, getötet.<sup>623</sup> Zu diesen Opfern

<sup>611</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ...* a.a.O. (588) S. 50. <sup>612</sup> Vorläufiges Verzeichnis der Konzentrationslager und der Außenkommandos sowie anderer Haftstätten unter dem Reichsführer SS in Deutschland und deutschbesetzten Gebieten (1933–1945). Hrsg. vom Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes. Arolsen o.V. 1969. S. 501. <sup>613</sup> Vorläufiges Verzeichnis der Konzentrationslager und Außenkommandos. ... a.a.O. (612) S. 482. <sup>614</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ...* a.a.O. (588) S. 125. <sup>615</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ...* a.a.O. (588) S. 134. <sup>616</sup> Ebenda. <sup>617</sup> Gespräch mit Werner Golnik 1982. <sup>618</sup> Ebenda. <sup>619</sup> Ebenda. <sup>620</sup> Ebenda. <sup>621</sup> Ebenda. <sup>622</sup> Rudi Goguel: „Cap Arcona.“ Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945. 2. Auflage Frankfurt/Main: Röderberg 1986. S. 70. <sup>623</sup> Rudi Goguel: „Cap Arcona.“ a.a.O. (622) S. 72 f.

gehörten auch Emma Kaschmann und ihr Sohn Fred.<sup>624</sup> Tochter Hannelore überlebte das Massaker, starb aber drei Wochen nach ihrer Befreiung am 27. 5. 1945 im Landeskrankenhaus von Neustadt an Entkräftung.<sup>625</sup> Die Zahl der Juden aus dem Kasseler Transport, die befreit wurden, ist nicht genau feststellbar. Nach Gertrude Schneiders Untersuchung sind es 54 Personen, von denen 8 unmittelbar nach ihrer Rettung starben.<sup>626</sup> Feststellungen des Verfassers haben ergeben, daß mindestens 60 Deportierte überlebten.<sup>627</sup>

Das Ziel der zweiten Deportation am 1. Juni 1942 vom Hauptbahnhof Kassel mit Juden aus dem Regierungsbezirk, unter ihnen 91 mit dem letzten Wohnsitz Kassel, war Lublin.<sup>628</sup> Weitere Angaben können nicht gemacht werden, da Nachrichten über das Schicksal dieser Menschen fehlen. Vermutlich sind sie zunächst in das Lubliner Ghetto und von dort in das nahegelegene Konzentrations- und Kriegsgefangenenlager Majdanek verbracht worden. Die Chance für Juden, die bis Mitte Juni 1942 in den Distrikt Lublin verschleppt wurden, auch nur die ersten Monate nach ihrer Ankunft zu überdauern, war äußerst gering.<sup>629</sup> Von dem Kasseler Transport ist kein Überlebender bekannt.

Mit dem dritten und letzten Transport am 7. September 1942 wurden bis auf wenige Ausnahmen die noch im Regierungsbezirk verbliebenen Juden in das Ghetto Theresienstadt deportiert. „Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto – vorgesehen ist Theresienstadt – zu überstellen.“

Neben diesen Altersklassen – von den am 31. 10. 1941 sich im Altreich und der Ostmark befindlichen Juden sind etwa 30 % über 65 Jahre alt – finden in den jüdischen Altersghettos weiterhin die schwerkriegsbeschädigten Juden mit Kriegsauszeichnungen (EK I) Aufnahme. Mit dieser zweckmäßigen Lösung werden mit einem Schlag die vielen Interventionen ausgeschaltet ...“<sup>630</sup> heißt es im Protokoll der Wannseekonferenz.

471 Menschen, die ihren letzten Wohnsitz in Kassel hatten, wurden nach Theresienstadt deportiert.<sup>631</sup> 116 hatten bereits vor der Machtergreifung hier gelebt, alle anderen waren nach 1933 in die Stadt gezogen oder von der

Gestapo aus Landgemeinden eingewiesen worden. Entsprechend den Vorgaben der Wannseekonferenz waren es überwiegend Juden im Greisenalter, die aus den Altersheimen in der Großen Rosenstraße 22 und Mombachstraße 17 oder aus ihren Privatwohnungen geholt wurden. Viele hatten einen „Heimeinkaufsvertrag“ mit der Reichsvereinigung der Juden geschlossen und glaubten, sich für den gezahlten Betrag einen Platz in einem Altenwohnheim gesichert zu haben. Eine von ihnen war die 75 Jahre alte Sara Nußbaum.

#### „Heimeinkaufsvertrag H“

Zwischen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland und Sara Nußbaum wird folgender Heimeinkaufsvertrag geschlossen:

1. a) Frau Sara Nußbaum erkennt folgendes an:

Da der Reichsvereinigung die Aufbringung der Mittel für die Gesamtheit der gemeinschaftlich (in Theresienstadt) unterzubringenden, auch der hilfsbedürftigen, Personen obliegt, ist es Pflicht aller für die Gemeinschaftsunterbringung bestimmten Personen, die über Vermögen verfügen, durch den von ihnen an die Reichsvereinigung zu entrichtenden Einkaufsbetrag nicht nur die Kosten ihrer eigenen Unterbringung zu decken, sondern darüber hinaus soweit als möglich auch die Mittel zur Versorgung der Hilfsbedürftigen aufzubringen.

b) Frau Sara Nußbaum wird wie folgt entrichtet:

a) in bar: M 2626,52

b) durch die mit beiliegender Urkunde vollzogene Abtretung von .... In die Gemeinschaftsunterbringung können nur Gegenstände nach Maßgabe behördlicher Weisung eingebracht werden.“<sup>632</sup>

„Im Jahre 1942 wurde Sara Nußbaum mit dem letzten Transport aus Kassel in das KZ Theresienstadt gebracht. Sie war während des Transportes auf Vorschlag des jüdischen Arztes Heilbronn als Sanitäterin tätig. Bei ihrem

<sup>624</sup> Moritz und Emma Kaschmann wohnten mit ihren Kindern Hannelore und Fred in der Moltkestraße 10 in Kassel. Am 9. Dezember 1941 wurde die Familie nach Riga deportiert. Moritz Kaschmann mußte im Lager Salaspils Zwangsarbeit leisten und kam dort um. Emma Kaschmann wurde mit ihren Kindern am 9. August in das Konzentrationslager Stutthof deportiert. (Brief von Helene Frank am 10. September 1982). <sup>625</sup> Brief der Stadtverwaltung von Neustadt in Holstein vom 25. 3. 1980. <sup>626</sup> Gertrude Schneider: *Journey into Terror ...* a.a.O. (588) S. 157 ff. <sup>627</sup> Diese Zahl basiert auf Auswertungen der Hausstandsbücher der Stadtverwaltung Kassel und der Wiedergutmachungsakten und den Ergebnissen einer Untersuchung im Bundesarchiv Koblenz über die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung. <sup>628</sup> Stadtarchiv Kassel: S3. Nr. 358–367. Devisenakten des Oberfinanzpräsidenten in Kassel. Deportationsliste „Lublin“. <sup>629</sup> H. G. Adler: *Der verwaltete Mensch. ...* a.a.O. (396) S. 193. <sup>630</sup> Nazi Government, Akten der Nürnberger USA-Militärgerichte. NG-2686, zitiert nach: Lean Polinkov, Joseph Wulf. *Das Dritte Reich und die Juden. 2. durchgesehene Auflage.* Wien: Ullstein 1983. S. 123. <sup>631</sup> Stadtarchiv Kassel: S3. Nr. 358–367. Devisenakten des Oberfinanzpräsidenten. Deportationsliste „Theresienstadt“. <sup>632</sup> Zur Verfügung gestellt von Sofie Reckewell. 1984.

Eintreffen in Theresienstadt hat sich Frau N. sofort in die Krankenstation gemeldet, und zwar kam sie auf eigenen Wunsch in die Typhus-Abteilung. Am Anfang ihrer Tätigkeit waren ihr noch 2 jüdische tschechische Ärzte beigegeben, und zwar Dr. Weisbrod und Dr. Josef. Dieselben waren genau wie sie Häftlinge und konnten keine Medikamente verabreichen, jedoch wurden sie bald mit einem Transport nach Auschwitz zum Vergasen gebracht. Die Typhus-Station bestand aus 2 Zimmern. Betten waren keine vorhanden, die Kranken lagen auf ebener Erde. Diese 2 Zimmer waren ständig mit 40 bis 50 Menschen belegt, die aber schon in todkrankem Zustand sich befanden und meistens nur noch 2 bis 3 Tage lebten. Die Arbeit in dem Krankenrevier, in dem nur Typhus-Kranke lagen, bestand nur in der persönlichen Betreuung der Kranken, da den jüdischen Häftlingen keine Medikamente zur Verfügung gestellt wurden. Frau Nußbaum säuberte die Kranken, die so elend waren, daß sie ohne Hilfe ihre Notdurft nicht mehr selbst verrichten konnten. Frau Nußbaum war 31 Monate in dem KZ Theresienstadt und während dieser Zeit sind viele Tausende von Menschen auf ihrer Station an Typhus gestorben. ... Im März 1945 wurden die Juden im KZ Theresienstadt aufgefordert, sich freiwillig zu einem Erholungsaufenthalt in einem Schweizer Sanatorium zu melden. Diese Bekanntgabe war sehr ungewöhnlich und alle Juden glaubten, das sei nur eine Tarnung für die Vergasung, denn es gingen ständig Judentransporte von Theresienstadt zum Vergasen. Es meldeten sich 731 Juden in Theresienstadt und 1200 sollten transportiert werden. Frau Nußbaum war inzwischen durch die großen Entbehrungen und das Elend, welches sie tagtäglich erlebte, so zermürbt, daß sie den Tod als eine Erlösung ansah. Sie meldete sich zu diesem Transport und war überrascht, als sie bei der Verladung auf dem Bahnhof sah, daß sie nicht im Viehtransportwagen, sondern im regelrechten D-Zug-Wagen befördert wurden und tatsächlich in die Schweiz kamen. Sie wurde in die Nähe von Lausanne in das Hotel ‚Victoria‘ gebracht und von den Schweizern bzw. von dem Internationalen Roten Kreuz gesund gepflegt. Diese Aktion wurde von dem Schweizer Bundespräsidenten Musy in die Wege geleitet, welcher eine Vereinbarung mit Himmler getroffen hatte, wonach Juden von der Schweiz aus nach Amerika transportiert werden sollten. Frau N. blieb bis zum 4. September 1945 in der Schweiz und ist dann zu Fuß von Heimweh getrieben nach Goslar zu ihrer Tochter marschiert. Sie war damals 78 Jahre alt.“<sup>633</sup>

Etwa 50 Menschen, auch hier ist die genaue Zahl der Überlebenden nicht bekannt, kehrten aus Theresienstadt zurück.<sup>634</sup> Die anderen waren an Entkräftung oder an Seuchen gestorben oder mit einem der vielen Transporte, die aus dem Zwangsghetto gingen, in ein Vernichtungslager deportiert worden.

Nicht nur aus ihrer Heimatstadt, sondern auch aus anderen Orten und aus dem Ausland wurden Kasseler Juden in die Vernichtung geschickt. Als Emigranten wurden sie in den Aufnahmeländern wie Holland, Belgien, Frankreich von der deutschen Wehrmacht und der ihr auf dem Fuß folgenden Gestapo eingeholt und deportiert. Selbst in Palästina, das eine große Zahl von Kasseler Juden aufgenommen hatte, fürchteten die Menschen um ihr Leben, als sich das deutsche Afrikacorps auf dem Vormarsch auf Kairo befand.<sup>635</sup>

Einigen Kasseler Juden wie Dr. Berthold Kaufmann gelang es in den Niederlanden unterzutauchen, was im Deutschen Reich wesentlich schwerer möglich war.<sup>636</sup> Berthold Kaufmann wurde am 15. 6. 1904 in Kassel geboren, besuchte hier das Realgymnasium I, studierte Wirtschaftswissenschaften und promovierte in Hamburg zum Dr. rer. pol. Nach seiner Promotion arbeitete er zunächst in Kiel am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr, danach war er Sekretär im Warenhauskonzern Tietz. Im April 1933 wurde er aufgrund der Auswirkungen des Boykotts entlassen, emigrierte nach Holland und nahm dort eine Stellung bei Byenkorf, einem Warenhauskonzern, an.<sup>637</sup> Auch nach dem Einmarsch der Deutschen 1940 konnte er in diesem Betrieb weiterarbeiten, wurde jedoch im Frühjahr 1941 entlassen. Nach drei Versuchen gelang es ihm, eine Stelle beim Judenrat, der Selbstverwaltung der Juden in Holland, als Verkäufer in einem Geschäft für Tornister, Rucksäcke und Kleidungsstücke zu bekommen.<sup>638</sup> Damit war er, wie die 10 000–20 000 anderen Mitarbeiter des Judenrates, vorläufig von der Deportation freigestellt.<sup>639</sup> Nach und nach wurden jedoch auch diese Menschen deportiert, und Berthold Kaufmann tauchte mit seiner Freundin Lissy und deren Mutter unter. „Du siehst, daß wir gut vorbereitet waren, als Lissys Mutter sich zur Deportation melden sollte. Zufällig, an einem Sonntag, waren ihre ‚Aufpasser‘, die in einem kleineren Ort in der Nähe von Amsterdam wohnten, bei Freunden. Die Entscheidung war rasch gefällt. Lissy brachte ihre Mutter zu Freunden. Dort wurde der ‚Judenstern‘ von Ihrem Kleid abgetrennt, und das befreundete Ehepaar fuhr

<sup>633</sup> Bericht von W. Goethe (Stadtverwaltung Kassel, Hauptamt). <sup>634</sup> Diese Anzahl beruht auf Auswertungen der Hausstandsbücher der Stadtverwaltung Kassel, den Wiedergutmachungsakten und den Ergebnissen einer Untersuchung im Bundesarchiv Koblenz über die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung. <sup>635</sup> Gespräch mit Herrn Wallach am 30. 4. 1983 in Haifa (Israel). <sup>636</sup> Brief von Erna Vogel-Kaufmann vom 16. 6. 1983. <sup>637</sup> Ebenda. <sup>638</sup> Schriftlicher Bericht von Dr. Berthold Kaufmann, zur Verfügung gestellt von seiner Schwester Erna Vogel-Kaufmann. <sup>639</sup> Ebenda.

zusammen mit ‚Tante Rick‘ per Straßenbahn und Zug nach Rotterdam. Natürlich war Lissys Mutter wegen des Abschieds von ihrer Tochter, der ungewohnten und verbotenen Fahrt mit Straßenbahn und Zug, ohne ein Wort reden zu dürfen und der Möglichkeit, jederzeit kontrolliert zu werden, äußerst angespannt, verhielt sich aber sehr mutig. Einige Tage später merkten auch Lissy und ich, daß es Zeit wurde, sich zu verstecken. Ich brachte Lissy zu einem Platz, wo sie von ihrer neuen Mutter abgeholt wurde, und drei Tage später ging ich selber, nachdem unter schwierigen Umständen Lissys Couch, die für mich ein unverzichtbares und äußerst sicheres Versteck bot, nach meiner neuen Bleibe geschafft war.

Die Vorbereitung des Umzuges und der Umzug selbst hatte uns immer nervöser gemacht, und ich erinnere mich nicht, jemals wieder so gut geschlafen zu haben wie nach dem Umzug. Eine Ruhepause war wirklich notwendig. Verglichen mit der Belastung, die wir in dem Jahr, bevor wir untertauchten, zu tragen hatten, begann jetzt eine sorgenfreie Zeit. Aber auch diese Zeit hatte ihre Aufregungen. Einige Wochen nach meinem Umzug an einem Sonntagmorgen wachte ich durch Lautsprecherwagen in den Straßen auf. Alle Leute wurden aufgefordert, sich für die Deportation bereitzuhalten und aus den Häusern zu kommen. Im ersten Augenblick wußte ich nicht, ob ich träumte oder wachte. Ich wurde so nervös, daß ich Deutsch mit den anderen Leuten im Haus sprach. Dann wurde uns schlagartig bewußt, was da vorging, und meine Freundin und ich liefen zu unseren Verstecken: sie kroch

in den Raum unter den Fußbodendielen, ich in das Sofa. Wir hatten immer aufgepaßt, daß kein Stück unserer Kleidung oder anderer persönlicher Dinge herumlag.

Glücklicherweise wurde unser Haus nicht durchsucht. Bei Lissys Versteck kamen Polizei und Soldaten nur in den Hof, wo man ihnen sagte, daß dies nur ein Asyl für alte Leute wäre. Tausende von Juden, die zu dieser Zeit ‚vorläufig ausgenommen‘ waren, wurden abgeholt und nach Westerbork verbracht. An diesem Sonntag wurden holländische Juden, die schon in Amsterdam konzentriert waren, liquidiert. Sehr schnell erfuhren Lissy und ich voneinander, daß wir gerettet waren...“ Noch einige Male mußte Berthold Kaufmann die Entdeckung des Unterschlupfs fürchten und vor den Häschern der Polizei sein Versteck verlassen. Er und seine Freundin Lissy wurden jedoch gerettet. Andere, wie Rechtsanwalt Julius Dalberg aus Kassel, wurden bei einer Razzia in Amsterdam verhaftet und über das Sammellager Westerbork nach Sobibor zur Ermordung deportiert.<sup>640</sup>

Von den Juden, die am 30. 1. 1933 in Kassel wohnten, sind nach den bisherigen Nachforschungen 530, also fast jeder Fünfte durch Verfolgung umgekommen. Von den 788 Juden, die nach der Machtergreifung, nach Kassel gezogen waren, kamen 486, also nahezu zwei Drittel um.<sup>641</sup> Der Anteil der Opfer an der zweiten Gruppe ist wesentlich höher, weil viele dieser Juden relativ spät den Entschluß faßten, ihren Wohnort zu verlassen und in Kassel eintrafen, als die Möglichkeiten zur Emigration geringer wurden.

## Schicksale der Juden, die nicht deportiert wurden

Auch nach der letzten Deportation im September 1942 nach Theresienstadt gab es noch Juden und Menschen jüdischer Abstammung in Kassel: Juden, die mit einem nichtjüdischen Partner verheiratet waren und Kinder, die einen jüdischen Eltern- oder Großelternanteil hatten. Auf die Definition dieser Gruppen und die Naziterminologie ist bereits in der Einleitung eingegangen worden.<sup>642</sup> Hier soll nur noch einmal darauf hingewiesen werden, daß diese Menschen aufgrund ihrer jüdischen Abstammung verfolgt wurden, jedoch ihre systematische Deportation bis 1944 nicht und anschließend nur noch ausnahmsweise durchgeführt werden konnte. Zu dieser Gruppe gehörten

Menschen, die jüdischer Religion waren, und solche, die erst in dem Augenblick, wo sie ihre Abstammung nachweisen mußten, z. B. um Beamter zu werden, erfuhren, daß sie einen jüdischen Vater oder eine jüdische Großmutter hatten.

Die Anzahl der „Mischehen“ und „Mischlinge“ im Deutschen Reich ist nicht exakt bekannt. Im April 1943 gab es schätzungsweise 16 668 Juden auf dem Gebiet des „Altreiches“, die in einer sogenannten Mischehe lebten, von denen 12 117 Ehen als „privilegiert“ und 4551 als „nicht privilegiert“ galten.<sup>643</sup> Die Zahl der „Mischlinge 1. Grades“ wurde 1939 auf 64 000 geschätzt (8000 von ihnen erhielt

<sup>640</sup> Julius Dalberg emigrierte am 16. September 1933 nach Holland und lebte von 1934 bis 1943 in Amsterdam. Am 1. Juni 1943 wurde er in das Lager Westerbork in Holland verbracht und von dort am 23. Juli 1943 in das Vernichtungslager Sobibor deportiert (Mitteilung des Einwohnermeldeamtes in Amsterdam vom 30. März 1983). <sup>641</sup> Erhebung des Verfassers. <sup>642</sup> Vgl. S. 148 dieses Beitrags. <sup>643</sup> H. G. Adler; Der verwaltete Mensch a.a.O. (396) S. 281.

ten den Status des „Geltungsjuden“), die der „Mischlinge 2. Grades“ auf 43 000.<sup>644</sup>

Die Angaben für Kassel sind noch ungenauer, da amtliche Zahlen nicht verfügbar sind. Bekannt ist, daß von 1927 bis 1930 vierunddreißig sog. Mischehen geschlossen und im gleichen Zeitraum fünfunddreißig Kinder aus „Mischehen“ in Kassel geboren wurden.<sup>645</sup> Die Vermerke der Gestapo aus dem „Verzeichnis der im Ortspolizeibezirk Kassel am 27. 5. 1936 wohnenden Juden“, nach denen es zu diesem Zeitpunkt sechs in einer „Mischehe“ lebende Juden und sieben „Mischlinge 1. Grades“ gab, sind völlig unrealistisch und eher zufällig entstanden.<sup>646</sup> Zutreffender dürften die Auswertungen der Einwohnermeldeverzeichnisse sein, nach denen zwischen 1933 und 1945 99 Juden in „Mischehen“ und 80 „Mischlinge 1. Grades“ in Kassel wohnten.<sup>647</sup> Juden, die einen nichtjüdischen Ehepartner heirateten, behielten in der Regel engen Kontakt zu ihren jüdischen Verwandten und waren gleichzeitig in die Familie und den weiteren Lebenskreis ihres nichtjüdischen Ehepartners integriert. Auch die Kinder aus diesen Ehen hatten häufig noch engen Kontakt zu ihren jüdischen wie auch zu den nichtjüdischen Großeltern. Nach 1933, als die Juden zu Volksfeinden gestempelt und Menschen, die weiter Beziehungen zu ihnen unterhielten, mißtrauisch betrachtet, teilweise ausspioniert und als „Judenfreunde“ diffamiert wurden, gerieten jüdische Ehepartner aus „Mischehen“ und „Mischlinge“ in immer größere Isolierung, da sie sich von der noch stärker gefährdeten Gruppe der „Volljuden“ zu distanzieren versuchten, andererseits ihnen aber nur erlaubt war, am Rande der Volksgemeinschaft ein Schattendasein zu führen.

Vor diesem Hintergrund der zunehmenden Isolierung sind die einzelnen Benachteiligungen zu sehen, mit denen diese Menschen belegt wurden. Sie machen aber auch Versuche einzelner Betroffener verständlich, durch übergroße Anpassung an das NS-Regime ihren Status zu verbessern und Mitglied der Volksgemeinschaft zu werden, wie das Verhalten von Wilhelm Is. zeigt, der sich am 16. Februar 1937 an den Kasseler Polizeipräsidenten wandte: „Am 30. Januar 1937, am Tage der ‚Nationalen Erhebung‘, passierte folgendes in meiner Wohnung:

Zwei Herren der Staatspolizei erschienen in meiner Wohnung und sagten zu meiner Frau: ‚die Fahne wollen wir mal abmachen und mitnehmen, Sie sind nicht rein arisch, Sie dürfen nicht flaggen.‘ Ich möchte hierzu bemerken, daß es in dem ‚Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes

und der deutschen Ehre‘ vom 15. 9. 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) § 4 heißt: Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten.’

Ich bin am 4. Juni 1883 in Kassel geboren, am 29. Juli 1883 evangelisch getauft, im Jahre 1897 konfirmiert und am 18. 8. 1906 evangelisch getraut worden. Da ich zwei jüdische Großeltern habe, jedoch niemals der jüdischen Religion angehört habe, falle ich lt. Verbot von Rassemischehen, Runderlass des Reichs- und Preuss. Ministers des Innern vom 26. 11. 1935 (Ministerial. Blatt für preuss. innere Verwaltung 1935 S. 1429) unter f. Im Geschäftsverkehr sind künftig in der Regel folgende Bezeichnungen zu verwenden: für einen Mischling mit 2 volljüdischen Großeltern ‚Mischling ersten Grades‘.

Als Jude kann ich nicht bezeichnet werden, denn in der Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 (Reichsgesetzblatt I S. 1333) unter § 5 heißt es unter (2) Als Jude gilt auch der von 2 volljüdischen Großeltern abstammende staatsangehörige jüdische Mischling, a. der beim Erlaß des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird.

Ich habe, wie vorerwähnt, niemals der jüdischen Religion angehört und kann also nicht als Jude, sondern nur als jüdischer Mischling ersten Grades bezeichnet werden, also durfte daher auch flaggen und kommt niemals für mich das Flaggenverbot in Frage. Ferner möchte ich bemerken, daß die Fahne meiner Tochter Ilse, die sich für die Bewegung unseres Führers seit 1929 eingesetzt und für die Partei ehrenamtlich gearbeitet hat, gehört und auch dieselbe am 30. 1. 1937 geflaggt hat. Ich bitte Sie, Herr Polizeipräsident, die Angelegenheit zu prüfen und mir hierüber Mitteilung zu geben, warum die Fahne bei mir beschlagnahmt worden ist und ob meine Tochter ihr Eigentum zurückerhalten kann.

Mit deutschem Gruß  
(Unterschrift)“

Die Beschwerde wurde an den Regierungspräsidenten in Kassel weitergeleitet und der beschied die Gestapo, daß „unter der Voraussetzung, daß die Angaben richtig sind, würde dem Beschwerdeführer die Hissung der Reichsflagge gemäß § 4 des Blutschutzgesetzes (RGBl. 1935 I. S. 1147), in Verbindung mit § 1 Abs. III d. AVO zum Blutschutzgesetz (RGBl. 1935, I S. 1334) und § 5 Abs. II des R.Bürgergesetzes (RGBl. 1935, I S. 1304) nicht zu unter-

<sup>644</sup> Ebenda. <sup>645</sup> Vgl. S. 150 dieses Beitrags. <sup>646</sup> Verzeichnis der im Ortspolizeibezirk Kassel wohnenden Juden v. 27. 5. 1936 (Staatsarchiv Marburg. 165/3863). <sup>647</sup> Erhebung des Verfassers aufgrund der Auswertung der Hausstandsbücher.

sagen und ihm die beschlagnahmte Fahne zurückzugeben sei.“ Die Gestapo wurde gleichzeitig aufgefordert, die Angaben von Wilhelm Is. zu überprüfen. Ihr Bericht vom 12. Februar 1937 an den Regierungspräsidenten lautete: „Die Einziehung der Fahne wurde aus allgemein sicherheitspolizeilichen Gründen notwendig, da Is. unter der Bevölkerung seiner Wohngegend durchweg als Jude galt und die Gefahr bestand, daß die Fahne mit Gewalt heruntergeholt wurde und es dabei zu Tötlichkeiten gegen Is. kam.

Die anschließend eingeleiteten Feststellungen haben ergeben, daß Is. tatsächlich nur Halbjude, also Mischling 1. Grades ist. Die Fahne ist deshalb bereits am 5. ds. Mts. wieder ausgehändigt worden. Gleichzeitig ist den für den Stadtteil in Betracht kommenden Stellen der Partei mitgeteilt worden, daß ein Mischling 1. Grades die Reichsflagge zeigen dürfe und für die Zukunft etwaige Demonstrationen zu unterbleiben hätten.“<sup>648</sup>

In höchsten Maße verunsichert waren Menschen, die ihre Abstammung nicht lückenlos nachweisen konnten und bei denen daher unklar blieb, ob sie jüdischer Herkunft waren oder nicht. Zu diesem Personenkreis gehörte Ludwig G.

Er war 1871 geboren und Prokurist bei einer Bank in Kassel. Da er seinen leiblichen Vater nicht kannte und seine Mutter mit einem Juden verheiratet war, beantragte er 1941 beim Reichssippenamt in Berlin die Ausstellung eines Abstammungsbescheides. Dieser wurde am 24. April 1941 erteilt: „Ludwig G. ... ist deutschen oder artverwandten Blutes im Sinne der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (RGBl. 1. 1. S. 1933). Die Abstammung wurde hier nachgeprüft. Gründe:

Der Prüfling Ludwig G. ist in der Ehe des Juden Lazarus G. (2. 5. 1836) mit der deutschblütigen Martha (28. 12. 1842) geboren. Seine Mutter ist die Tochter der damals unverehelichten Katharina S. Über den Großvater mütterlicherseits des Prüflings ist nichts bekannt, jedoch liegen keine Anhaltspunkte für einen artfremden Blutenschlag bei Martha Elisabeth Anna Christine vor.

Das Vorbringen des Prüflings, nicht das Kind seines gesetzlichen Vaters zu sein, wird in Einzelheiten begründet und glaubhaft dargestellt: Die Personalien seines Erzeugers sind dem Prüfling unbekannt geblieben.

Zur Klärung der biologischen Abstammungsverhältnisse habe ich eine Erb- und Rassenkundliche Untersuchung des Prüflings und seiner Tochter Hildegard bei dem Universitäts-Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene in

Frankfurt a. M. eingeleitet. In dem Gutachten vom 9. 4. 1941 (Gre/710/41) wird festgestellt, daß der Prüfling in einigen Merkmalen sowohl von seiner Mutter als auch von seinem gesetzlichen Vater verschieden sei, was gegen die Vaterschaft des Lazarus G. zum Prüfling spräche, während aus einer geringen Ähnlichkeit ein Schluß nicht abgeleitet werden könne. Der Prüfling wie auch seine Tochter ließen jüdische Rassenmerkmale nicht erkennen. Bei dem Erscheinungsbild des Ludwig G. und seiner Tochter, die sich der Durchschnittsbevölkerung Mitteldeutschlands anpassen, könne mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß der blutmäßige Vater des Prüflings ein Mann deutschblütiger Abstammung gewesen wäre.

Diesen Feststellungen ist beizutreten. Somit ergibt sich für Ludwig G. die eben vorgenommene rassische Einordnung. In Vertretung gez. Dr. Knost“<sup>649</sup>

Je länger das NS-Regime dauerte, um so mehr litten die in „Mischehe“ lebenden Juden unter Verfolgung. Sie wurden nach den „Kristallnacht Pogromen“ in das KZ Buchenwald deportiert, aus ihren Stellungen entlassen, zur Zwangsarbeit herangezogen und den Beschränkungen in der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs unterworfen. Die Deportation in ein Konzentrations- und Vernichtungslager blieb ihnen jedoch erspart. Dieser Schutz währte jedoch, von Ausnahmen abgesehen, nur solange die Ehe mit dem nichtjüdischen Ehepartner bestand. Eine Scheidung oder auch schon die räumliche Trennung konnte für den jüdischen Ehepartner katastrophale Folgen haben.

Frau S. berichtet: „Das letzte Jahr, da wohnten wir bei Dr. H. und da hatte mein Mann irgend was gemacht und da hieß es, jetzt sofort ins Lager Wartekuppe. Wir hatten gar keine Möbel und gar nichts und wir waren doch ausgebombt und die H.s hatten uns bei sich wohnen lassen, da mußte er sofort den selben Tag noch da rauf. Da mußte er auf der Erde schlafen erst mal, bis ich Betten besorgt hatte. Da bin ich nach Bielefeld gefahren und da hatte ich Verwandte, die gut angeschrieben waren bei der Stadt. Die haben mir Bezugsscheine besorgt, daß ich zwei Betten gekriegt habe und zwei Stühle und auch einen Spediteur, der uns das gebracht hat. Die erste Zeit war mein Mann doch alleine, weil ich bei H.s geblieben bin, bis wir Möbel hatten. Ich hab ihm jeden Morgen das Essen in seine Wäscherei gebracht. Und sowie das ging, bin ich auch in das Lager. Denn das ging ja nicht. Denn dann hätt's geheißten, wir wären getrennt und dann wäre er weggekommen. ... Wir wurden immer vorgeladen auf die Gestapo und dann

<sup>648</sup> Staatsarchiv Marburg: 165/3982. <sup>649</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde, Akte I/12/9-K-9371 (4).

sagten sie uns: „Wir sorgen für Sie, daß Sie Arbeit kriegen und Sie haben eben den Fehler gemacht und Sie können ja wieder ein anständiger Mensch werden, wenn Sie den Juden los sind. Sie haben das eben noch nicht so gewußt.“ So auf die Art versuchten sie's zuerst und nachher sagten sie dann „Sie taugen auch nichts.“<sup>650</sup>

Von drei Fällen ist definitiv bekannt, daß die jüdischen Partner unmittelbar nach der Scheidung deportiert und umgebracht wurden.

Ein besonderes Anliegen der NS war es, die nach den letzten Massendeportationen noch in Kassel in „nicht privilegierter Mischehe“ lebenden Juden aus der Stadt zu verdrängen. Denn sie mußten im Gegensatz zu dem in „privilegierter Mischehe“ lebenden Juden und den „Mischlingen“ einen „Judenstern“ tragen, waren also sofort als „Juden“ kenntlich. Diesen „Sternträgern“, wie sie bei der Gestapo hießen, wies man ab Oktober 1942 einen Raum in der nach dem Transport nach Theresienstadt leerstehenden Judenbaracke auf der Wartekuppe in Niederzwehren zu. Die Einweisungen in die offiziell „Mischlingslager“ genannten Unterkünfte erfolgte durch die „Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft“ im Auftrage der Gestapo. Jeder Familie wurde ein Raum zugeteilt, dessen monatliche Gebühr von 12,- M von der Obdachlosenpolizei des Staatspolizeiamtes Kassel eingezogen wurde.<sup>651</sup>

Bis zum Ende des Krieges waren in diesem Lager zwischen neun und zehn Familien untergebracht, unter ihnen auch zwei Ehepaare die in „privilegierter Mischehe“ lebten, da ihre Wohnungen bei Bombenangriffen zerstört worden waren. Diese beiden Ehepaare durften Besuch empfangen und sich außerhalb des Lagers freier bewegen als die übrigen Familien, denen Kontakte zu Verwandten und Bekannten nur in seltenen Fällen nach einem Antrag bei der Gestapo in Kassel möglich waren. Das Lager stand unter Aufsicht der Gestapo und wurde von dem in unmittelbarer Nähe wohnenden Schutzpolizisten L. beobachtet, der wie auch Gestapoleute die Baracke in unregelmäßigen Abständen kontrollierte. Im Lager herrschte von 8.00 Uhr abends bis 6.00 Uhr morgens eine Ausgangssperre. Die jüdischen Ehepartner durften das Lager nur zur Arbeit verlassen, ihre Ehegatten auch, um einzukaufen.

Da sich die Familie im Lager selbst verpflegen mußte, Juden, die einen „Judenstern“ trugen, aber weder Geschäfte noch die Hauptstraßen, Plätze und öffentliche Anlagen in Kassel betreten durften, oblag die gesamte Versorgung der Familie den nichtjüdischen Ehegatten. Der Einkauf

konnte nur über Lebensmittelkarten erfolgen, die in der Kartenstelle in Niederzwehren ausgegeben wurden. Die Lebensmittelkarte für Juden war mit einem „J“ bedruckt. Juden erhielten grundsätzlich keine Sonderzuteilungen wie Bohnenkaffee oder Spirituosen und keine Raucherkarten. Nicht einmal Kleiderkarten wurden an sie ausgegeben, Bezugsscheine über Flickstoff nur in den allerdringendsten Fällen.<sup>652</sup>

Im Lager selbst gab es keine Luftschutzeinrichtungen. Bei Fliegeralarm mußten die Lagerinsassen in den Splittergraben und den „Franzosenbunker“ genannten Stollen des Kriegsgefangenenlagers flüchten. Den etwa 1000 Meter entfernt liegenden städtischen Bunker in Niederzwehren aufzusuchen war ihnen verboten.<sup>653</sup>

Die Lage dieser Menschen, die nicht deportiert wurden, gleichwohl unter der Verfolgung zu leiden hatten, läßt sich kaum aus den auf sie angewendeten Gesetzen und Richtlinien rekonstruieren. Die physische und psychische Verfassung der Verfolgten, die Haltung ihrer Verwandten und Freunde sowie Glück und Beziehungen hatten großen Einfluß auf ihr weiteres Schicksal. Es soll daher auf eine Beschreibung verallgemeinernder Lebensumstände verzichtet und dafür die konkrete Situation dieser Opfer des NS geschildert werden.

*Harald M.*, („Mischling 1. Grades“), wurde 1911 in Ingolstadt geboren, legte 1931 die Reifeprüfung ab und studierte vom 31. 10. 1931 bis Juli 1932 Architektur an der Technischen Hochschule in Darmstadt. Im Wintersemester 1932/33 absolvierte er sein Praktikum beim Bauamt der Stadt Frankfurt als Volontär, das er kurzfristig abbrach, um zum Freiwilligen Arbeitsdienst zu gehen, damit der weitere Weg als Student geebnet sei. Als am 25. 4. 1933 das „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ und im Sommer 1933 das Reichskulturkammergesetz verabschiedet wurden, schien ihm als „Mischling 1. Grades“ die Aussicht, jemals als freischaffender Architekt tätig sein zu können, so gering, daß er sein Studium nicht wieder aufnahm und bis März 1936 beim Arbeitsdienst blieb.

Von April 1936 bis Mai 1937 war M. als Architekt bei einer Firma in Kassel tätig. Am 20. Mai wurde ihm vom Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste mitgeteilt: „Bei der Prüfung der in Ihren persönlichen Verhältnissen begründeten Tatsachen habe ich festgestellt, daß Sie die für die Ausübung des Berufs als Architekt erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzen. Ich lehne daher Ihre

<sup>650</sup> Gespräch mit Frau S. am 8. 6. 1982. <sup>651</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte K 921/85/I/W0.  
<sup>652</sup> Ebenda. <sup>653</sup> Gespräch mit Frau S. vom 8. 6. 1982.

Aufnahme in die Reichskammer der bildenden Künste nach § 10 der ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. 11. 1933 (RGBl. 1. I, S. 797) ab. Sie sind nicht berechtigt, weiterhin den Beruf als Architekt auszuüben.“ M. arbeitete dann als Hochbautechniker bei der Stadt Kassel, wurde jedoch nach zwei Monaten „aus rassischen Gründen“ entlassen. Bis zum Ende des Krieges war M. mit einjähriger Unterbrechung, wegen Einberufung zum Wehrdienst, bei einer Zementwarenfabrik in Kassel als technischer Zeichner tätig.<sup>654</sup>

*Marie D.* (lebte in „privilegierter Mischehe“), 1878 geb. in Bruchsaal, heiratete in erster Ehe Alexander N. Beide waren Juden im Sinne des Reichsbürgergesetzes. Am 6. 10. 1900 wurde die Tochter Tana geboren. 1905 wurde die Ehe geschieden. Marie D. heiratete in zweiter Ehe den nichtjüdischen Fabrikdirektor D.

Die Tochter Tana besuchte das Kästnersche Lyzeum, erlernte nach der Reifeprüfung den Beruf der Schneiderin, den sie bis zum Berufsverbot ausübte. Als „Jüdin“ war Tana N. der Verfolgung in vollem Umfang ausgesetzt. Als feststand, daß sie am 7. September 1942 nach Theresienstadt verbracht werden sollte, versuchte ihr Stiefvater, sie durch eine Eingabe bei der Kasseler Gauleitung vor der Deportation zu bewahren. Am 31. August 1942 antwortete der Stabsamtsleiter der Gauleitung: „Herr Direktor D. Nachdem feststeht, daß Ihre Stieftochter Tana Hedwig N. aufgrund der Nürnberger Gesetze als Jüdin gilt und von der Verwaltungsstelle Kassel der Bezirksstelle Mitteldeutschland der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland betreut wird, sieht sich auch der Herr Gauleiter nicht in der Lage, Ihnen in Bezug auf ein evtl. Verbleiben Ihrer Stieftochter in Deutschland zu helfen. Die Nürnberger Gesetze sind seinerzeit auf Veranlassung des Führers verkündet worden und gelten selbstverständlich im besonderen für und in bezug auf ihre strikte Befolgung für alle Parteidienststellen. Die Partei kann also nicht, so hart es im Einzelfall sein mag, gegen ihre eigenen Gesetze angehen.“ Tana N. wurde am 7. 9. 1942 nach Theresienstadt deportiert und gilt als verschollen. Ihre Mutter wurde, geschützt durch die Ehe mit ihrem nichtjüdischen Mann, nicht deportiert und überlebte die NS-Zeit.<sup>655</sup>

*Willi L.* („Mischling 1. Grades“) wurde am 12. 6. 1900 in Kassel geboren. Da seine Mutter Mathilde L. jüdischer Abstammung war, wurde er als „Mischling 1. Grades“ eingestuft. Er war Kaufmann und übte diesen Beruf bis Herbst 1944 aus. Im Oktober 1944 bekam er, wie alle männlichen „Mischlinge 1. Grades“ in Kassel, die Auffor-

derung, sich am 15. 11. 1944 im Büro der Organisation Todt in der Kölnischen Straße für einen Arbeitseinsatz im Lager Bähr in Kassel-Bettenhausen zu melden. Um dem Lageraufenthalt und einer möglichen Deportation „in den Osten“ zu entgehen, nahm sich Willi L. am 15. 10. 1944 das Leben.<sup>656</sup>

*Ida P.* (lebte in „privilegierter Mischehe“) wurde am 1. 10. 1889 geboren und heiratete 1918 den Zahnarzt Dr. P. in Kassel. Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor. Ida P. war nach der rassischen Definition der NS „Volljüdin“. Die Verfolgungsmaßnahmen erstreckten sich aber von Beginn der NS-Zeit an auf die gesamte Familie. Die Praxis des Ehemanns von Ida P. wurde am 1. April 1933 als „jüdische Praxis“ boykottiert. Die Anzahl der Patienten ging daraufhin stark zurück. Gleichzeitig wurde Dr. P. aller Ehren- und Verwaltungssämter, die er für seinen Berufsstand erfüllte, enthoben. Der zweitälteste Sohn von Ida P. wollte den „üblichen Anforderungen“, die er als „Mischling 1. Grades“ zu erleiden hatte, durch Emigration in das Ausland entgehen. Dort ging er ohne Verbindung zu seiner Familie „seelisch zugrunde“ und schied freiwillig aus dem Leben.

Nach Kriegsbeginn nahm der antisemitische Druck, der auf alle Familienmitglieder ausgeübt wurde, zu. 1944 wurde Dr. P. mehrfach gedrängt, sich von seiner Frau scheiden zu lassen. Auf seine wiederholte brüske Ablehnung, sich scheiden zu lassen, wurde ihm im Oktober 1944 von der Gestapo die Ausübung seiner zahnärztlichen Praxis untersagt und er bei den Textilwerken Karl Anton Henschel als Fabrikarbeiter dienstverpflichtet. Im Dezember 1944 verließ Ida P. ihre Familie, um ihr weiteres Leid zu ersparen. Sie hinterließ Briefe, in denen sie ihren Angehörigen mitteilte, daß sie sich das Leben nehmen wollte. Daraufhin gestattete die Gestapo Dr. P. die Rückkehr in den alten Beruf.

Es gelang Ida P. unterzutauchen und in der Illegalität zu überleben. Der Pfarrer Disselkötter aus Züschen hatte sie in sein Haus aufgenommen, wo sie unter falschem Namen als Hausgehilfin bis zum Ende des Krieges arbeitete.<sup>657</sup> *Else B.* („Mischling 1. Grades“) „Ich bin im Jahre 1906 geboren. Von 1915–1923 habe ich die Volksschule besucht. Von 1923 an war ich auf Wunsch der Eltern zu Hause tätig. Wir waren neun Geschwister, und Mutter wurde die Arbeit langsam zuviel. Um etwas lernen zu können, besuchte ich Abendkurse für die Schneiderei. Von 1926–1929 dann 3 Lehrjahre in einer Näh- und Zuschneidenschule. Seit 1933 war ich als Hausschneiderin tätig. Es war

<sup>654</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: I/1219-K-2668(4) <sup>655</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: K 00481-78-I-De. <sup>656</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: K 1040/72/I/Li). <sup>657</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: I 12/9-K-207(4).

eine schöne Zeit. Die Meisterin schickte mir Kunden zu, und ich verdiente gut. Hoffte, in einigen Jahren meine Meisterprüfung machen zu können, um Mitglied der Handwerkskammer zu werden.

Aber dann hatte alles plötzlich ein Ende. Das Jahr 1933 brachte uns alle zum Stillstehen. Oktober 1933 wurden vier meiner sechs Brüder verhaftet. Drei kamen nach vier Wochen wieder. Der andere blieb bis zum Ende der Nazi-herrschaft. Mein Vater war Jude. Meine Brüder wurden aus ihren beruflichen Stellen entlassen. Meine Mutter war sehr mitgenommen, konnte nicht mehr recht arbeiten. Mein Vater wurde schwermütig. Seit dieser Zeit war für mich jede berufliche Tätigkeit unmöglich.

Es war ein schweres Leben. Mein Vater wurde immer kränker. Seit 1935 litt er richtig an Verfolgungswahn. Man konnte ihn nicht mehr alleinlassen. Die Gestapo ging bei uns aus und ein. Meine Mutter ist heute 80 Jahre. Aber, wenn ich zurückdenke, ist sie schon seit damals 80 Jahre. Ich konnte meinen Beruf in zweifacher Hinsicht nicht mehr ausüben. Zum größten Teil waren meine Kunden Nazis, die hätten mich nicht mehr zu sich kommen lassen, und ich lebte, wenn ich von zu Hause fort war, immer in Angst, was wohl inzwischen passiert sein mochte. Ende des Jahres 1938 starb mein Vater. Da war es mir nicht mehr möglich, Fuß zu fassen. Ich habe ja aufgrund der Nürnberger Gesetze auch nicht heiraten können. ... Es waren drei Brüder zu Hause, die aufgrund der Nürnberger Gesetze auch nicht heiraten konnten. Die Gestapo ließ uns in jener Zeit gar nicht froh werden. Es spitzte sich immer mehr alles zu. So habe ich mich durchgelebt bis 1944. Da wurden wir zum Teil ausgebombt. ... Meine Brüder wurden zuletzt nochmals in ein Lager gesteckt. Ich selbst habe mich nach der Zerbombung unserer Wohnung abgesetzt. Mich hat man nicht gefunden. Aber aus meinem Versteck heraus habe ich für meine Brüder gesorgt. Jeden Tag Essen und Bekleidung. Nach dem Zusammenbruch haben wir uns alle wiedergetroffen. ...<sup>658</sup>

*Georg B.* („Mischling 1. Grades“), Bruder von Else B., wurde 1900 geboren, besuchte die Volksschule und eignete sich dann in Abendkursen kaufmännische Kenntnisse an. Er war zunächst als kaufmännischer Angestellter tätig und trat 1924 in das väterliche Geschäft ein. Georg B. wurde im Oktober 1933 mit drei Brüdern „wegen kommunistischer“ Umtriebe verhaftet und vom 24. 10. 1933 bis zum

21. 11. 1933 im Konzentrationslager Breitenau gefangen gehalten. Nach seiner Entlassung arbeitete er bis 1944 weiter in dem väterlichen Betrieb, dessen Umsatz, aufgrund des seit 1933 anwachsenden Boykotts, ständig zurückging.

Im November 1944 wurde er mit ungefähr 40 „Mischlingen 1. Grades“ vom Arbeitsamt bei der Organisation Tod sonderdienstverpflichtet und im Lager „Bähr“ in Kassel-Bettenhausen zusammen mit „jüdischen Mischlingen“ aus Westfalen, dem Sudetengebiet und Berlin untergebracht. Die meisten von ihnen arbeiteten bei der Baufirma Gerdum & Breuer in Kassel. Anfang März wurde Georg B. und den anderen befohlen, die Arbeit einzustellen, da sie in einigen Tagen „auf Transport“ kommen sollten. Durch die starken Flugangriffe auf Kassel wurde diese Absicht der Gestapo nicht mehr verwirklicht und Georg B. am 4. April 1945 befreit.<sup>659</sup>

*Margarete K.* („lebte in privilegierter Mischehe“), wurde 1867 geboren und war mit Alfred K., Geheimer Regierungs- und Baurat und Mitglied des Reichsbahndirektoriums in Kassel, verheiratet. Bei der Machtergreifung waren beide über 60 Jahre alt. 1941 wurden K.s aus ihrer Wohnung in das „Judenhaus“ in der Schillerstraße und dann in einem Sammellager in der Entengasse einquartiert. 1942 starb Alfred K. und wurde, obwohl er Christ war, auf dem jüdischen Friedhof verscharrt.

Nach dem Tod ihres Ehegatten war Margarete K. nicht mehr vor der Deportation geschützt und wurde 1942 im Alter von 76 Jahren in das Zwangsghetto Theresienstadt verbracht, wo sie 1943 umkam.<sup>660</sup>

Die Heranziehung zur Zwangsarbeit wurde bei in „Mischehe“ verheirateten Juden und bei „Mischlingen 1. Grades“ unterschiedlich gehandhabt. Die ersteren hatten, wie nahezu alle anderen Juden auch, nach den Novemberpogromen 1938 keine Möglichkeit mehr, in ihrem Beruf zu arbeiten. Danach mußten einige als Arbeiter ihren Unterhalt fristen, andere konnten von geringen Ruhegehältern, Erspartem oder dem Einkommen ihrer Ehepartner leben. Am 4. 3. 1941 wurden sie durch den Erlaß des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung über den Arbeitseinsatz von Juden unter erschwerten und diskriminierenden Bedingungen zur Arbeit herangezogen.<sup>661</sup> Sie wurden durch das Gauarbeitsamt an Wäschereien, Bauunternehmen und Schrotthandlungen sowie das Städtische

<sup>658</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: K 12/9-2144(4). <sup>659</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: I 12/9-K2442(4). <sup>660</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: K 0900/85/C/De. <sup>661</sup> Hier zitiert nach Bruno Blau: Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland. a.a.O. (490) S. 86.

Tiefbau- und Reinigungsamt Kassel vermittelt.<sup>662</sup> Die Arbeitszeit war beim Städtischen Tiefbauamt auf 48 Stunden wöchentlich festgesetzt bei einem Bruttostundenlohn von 0,57 M.<sup>663</sup> Vergütet wurde nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit.

Laut Arbeitsvertrag konnte das Arbeitsverhältnis jederzeit fristlos gelöst werden. Die konkreten Arbeitsbedingungen wurden jedoch weniger von Erlassen und Vorschriften, sondern von dem Verhalten der direkten Vorgesetzten am Arbeitsplatz bestimmt.

Julius S., der bei einem Kasseler Bauunternehmen für ihn völlig ungewohnte Arbeit leisten mußte, hatte Glück: „Und er mußte weitermachen. Stellen Sie sich mal vor, Sie müssen von morgens bis abends Gräben ausheben und haben nie so eine Arbeit gemacht. Wir haben nie einen Garten gehabt. Das war furchtbar, wie der zuerst verzweifelt war. Nachher hatte er dann so einen Schachtmeister, der gesehen hatte, daß er nicht so konnte und der ihn dann dazu genommen hat, daß er das Frühstück holen mußte und Kaffee gekocht hat und so. Daß er dann mal ein paar Stunden Ruhe hatte und so überhaupt durchhalten konnte.“<sup>664</sup>

Schlechte Erfahrungen machte Siegfried S. bei einer Kasseler Schrotthandlung: „Zur gleichen Zeit (1941) wurde ich als Zwangsarbeiter mit Schwerarbeit (Schrottverladung usw.) als fast 60jähriger eingesetzt. Der Platzmeister war ein wütender Nazi, welcher beim Schleppen zentnerschwerer Lasten mit Eisenstücken nach mir warf und mich, mit gleichen Lasten bepackt, die Treppen hinaufstieß, beim Erklettern hoher Güterwagen mit Eisenstangen nachhalf, und wenn es seiner Meinung nach nicht schnell genug ging, mir Sabotage vorwarf, und dauernd mit der Meldung bei der Gestapo zur Hand war. Als ich einmal krank war, drohte er, wenn mich der damals – vor seiner Deportation nach Theresienstadt – noch anwesende jüdische Arzt krank schriebe, würde er sowohl mich wie den Arzt wegen Sabotage an kriegswichtiger Arbeit der Gestapo melden. Er rief dem Arzt dies telefonisch zu, und der Arzt schrieb mich nicht krank.“<sup>665</sup>

Im Jahr 1943 teilte der Beauftragte für den Vierjahresplan und Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz den Präsidenten der Gauarbeitsämter mit:

„Nach einer Entscheidung des Führers sollen die nicht wehrpflichtigen Halbjuden (Mischlinge 1. Grades) und die mit Volljüdinnen verheirateten Arier zum Arbeitsbataillon im Rahmen der OT eingezogen werden, um für die Beseitigung von Luftkriegsschäden Verwendung zu finden. Soweit sich Personen der vorgenannten Gruppen bereits im kriegswichtigen Arbeitseinsatz befinden, ist von den Arbeitsämtern unter Anlegung eines strengen Maßstabes zu prüfen, ob das Verbleiben an dem bisherigen Arbeitsplatz wichtiger ist als die Heranziehung zur Luftkriegsschädenbeseitigung.“<sup>666</sup>

Auf diese Mitteilung hin geschah eineinhalb Jahre nichts. Die „Mischlinge“ wurden in ihrer Berufsausübung zwar eingeschränkt, jedoch nicht zur Zwangsarbeit herangezogen. Ebenso blieben die nichtjüdischen Ehepartner von der angedrohten Maßnahme verschont. Erst nach einem Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom Oktober 1944 mußten alle männlichen für den Arbeitseinsatz geeigneten „Mischlinge 1. Grades“ aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis ausscheiden und der Organisation Todt (OT) zum Einsatz in Arbeitsabteilungen zur Verfügung stehen.

In Kassel meldeten sich etwa 40 Männer am 15. 11. 1944 im Büro der OT in der Kölnischen Straße.<sup>667</sup> Willi L., der ebenfalls aufgefordert worden war, fürchtete deportiert zu werden und beging am 15. 10. 1944 Selbstmord.<sup>668</sup> Die Kasseler Zwangsverpflichteten wurden jedoch nicht abtransportiert, sondern in das OT-Lager Bähr in Kassel-Bettenhausen gebracht. Ihre Unterkunft erhielten sie im dritten Stock eines Fabrikgebäudes der Firma Salzmann & Comp. in der Sandershäuser Straße 34 in Bettenhausen. Dort waren in einer leeren 100 x 30 m großen Werkshalle, die nur mit einem einzigen Kohleofen beheizt werden konnte, doppelstöckige Etagenbetten aufgestellt.<sup>669</sup>

Auf der gleichen Etage waren 100 polnische Frauen und Männer, ebenfalls Zwangsarbeiter im Dienste der OT, untergebracht. Die sanitären und hygienischen Verhältnisse waren schlecht, Kleidung und Betten der Zwangsarbeiter voller Wanzen und anderem Ungeziefer.<sup>670</sup>

Das Lager wurde bewacht und konnte nur mit einem Ausgangsschein des Lagerführers verlassen werden. Die Anzahl der Gefangenen wurde bei den täglichen Zählappell-

<sup>662</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: K-2442(4). <sup>663</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: K 921/85/I/Wo. <sup>664</sup> Gespräch mit Frau S. am 8. 6. 1982. <sup>665</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: 316/92/I/Sa. <sup>666</sup> Reichsgesetzblatt Teil I, 1943, S. 111. <sup>667</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: I 12/9-K 2442 (4). <sup>668</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: K 1040/72/I/Li. <sup>669</sup> Gespräch mit Herrn T., das Jürgen Raabe am 7. Juni 1982 führte. <sup>670</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: I 12/9-K EG-Nr. 29661(4).

len überprüft. Besuche von Angehörigen waren nicht erlaubt. Briefe der Zwangsarbeiter mußten im Geschäftszimmer des Lagerführers abgegeben werden und unterliegen der Zensur.<sup>671</sup>

Der Weg zur Arbeit geschah unter Aufsicht und in geschlossenen Gruppen. Die Arbeiter wurden zunächst im Bunker- und Stollenbau, später auch bei Aufräumarbeiten von Trümmerschutt im Stadtgebiet eingesetzt.<sup>672</sup>

Für die geleisteten Arbeitsstunden wurde der Lohn für Bauhilfsarbeiter, zwischen 0,71 und 0,73 M gezahlt.<sup>673</sup>

Gefangene, die im Innendienst für Büro- und sonstige Tätigkeiten eingesetzt wurden, erhielten keine Vergütung.<sup>674</sup> Im Februar 1945 sollte das Lager aufgelöst und die Männer in ein großes Lager in Sachsen verbracht werden. Wegen der „schwierigen Verkehrsverhältnisse“ konnten die Transporte nicht durchgeführt werden und den Gefangenen blieb eine Deportation, wie sie „Mischlinge“ aus anderen Städten erleiden mußten, erspart.<sup>675</sup>

Wolfgang Prinz

---

<sup>671</sup> Ebenda. <sup>672</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: I 12/9-K-9444(4). <sup>673</sup> Ebenda. <sup>674</sup> Der Regierungspräsident in Darmstadt. Archiv der Wiedergutmachungsbehörde. Akte: I 12/19-K-EG-Nr.: 29661(4). <sup>675</sup> Ebenda.

# Die endgültige Verdrängung der Juden aus der Kasseler Wirtschaft im Jahre 1938

## Einleitung

Für den Verkauf von in jüdischem Besitz befindlichen Firmen (bzw. Aktien, Warenlager) und Grundstücken an Nichtjuden verwendeten die Nationalsozialisten den Begriff „Arisierung“. Nach ihrem Verständnis war dieser Vorgang die Verwandlung des „raffenden jüdischen Kapitals“ in „schaffendes arisches Eigentum“.

Bei der näheren Untersuchung dieser Art von Besitzwechsel ergeben sich eine Reihe von Fragen:

- Mit welchen Methoden haben die Nationalsozialisten die „Arisierung“ der Wirtschaft erreicht?
- Welche Ziele verfolgten sie dabei?
- Welche Institutionen (bzw. Organisationen) haben dabei mitgewirkt?
- In welchen Zeitabschnitten kam es gehäuft zu Verkäufen?
- Wer hat von den „Arisierungen“ profitiert?
- Wie sah die praktische Durchführung der Verkäufe aus?
- Welche Firmen waren vom Terror der Nationalsozialisten besonders stark und welche weniger stark betroffen?
- Wie reagierten die jüdischen Geschäftsleute auf die antisemitischen Maßnahmen?

In der wissenschaftlichen Literatur ist es vor allem Helmut Genschel<sup>1</sup>, der sich mit den sogenannten Arisierungen grundlegend befaßt hat. Daneben sind in den Standardwerken über die Judenverfolgung, z.B. bei Adam und Hilberg<sup>2</sup>, ebenso in der wirtschaftsgeschichtlichen Darstellung von Boelcke<sup>3</sup>, einzelne Kapitel zur Arisierungsproblematik enthalten.

Von diesen Arbeiten ausgehend, läßt sich der Prozeß, in dessen Verlauf die wirtschaftliche Existenz der Juden vernichtet wurde, folgendermaßen skizzieren:

Nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 begann die erste Welle der antisemitischen Gesetze und Terrorakte, die am 1. April mit dem von NSDAP und SA organisierten Boykott ihren Höhepunkt erreichten und bereits im Sommer 1933 wieder gestoppt wurden, da man für manche Wirtschaftszweige Produktionsstockungen und Exportrückgänge befürchtete. Der Reichsinnenminister Frick erklärte im Januar 1934 die Wirtschaft zur Tabuzone für antijüdische Maßnahmen.<sup>4</sup> Trotzdem kam es in der Folgezeit immer wieder zu „Einzelaktionen“ gegen von Juden betriebene Geschäfte und Kaufhäuser. Die zweite Periode schärferer Verfolgung lag im Sommer und Herbst 1935. 1936 und 1937 schienen relativ „ruhige“ Jahre gewesen zu sein. Gleichwohl wurde von den Nationalsozialisten eine Strategie verfolgt, die sich als wirksam erwies: Durch Boykotte, antisemitische Propaganda, Brandmarkung von Geschäften, schwarze Listen, Erschwerung der Werbung, Drohungen, Kontrollen usw. versuchte man, die Juden in ihrer wirtschaftlichen Betätigung derartig zu behindern, daß sie sich zum „freiwilligen“ Verkauf ihrer Firmen an „Arier“ entschlossen.

Daneben fand bereits ab Frühjahr 1933 ein „Säuberungsprozeß“ in der Wirtschaft statt. Juden wurden aus den Aufsichtsräten und Vorständen größerer Firmen gedrängt<sup>5</sup>, jüdische Angestellte verloren ihren Arbeitsplatz in „deutschen Betrieben“. Dies geschah entweder auf Grund der politischen Überzeugung der Firmeninhaber, teilweise auch erst auf Druck der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), oder um von vorneherein jeglichen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen.

Obwohl es von Regierungsstellen immer wieder Bestrebungen zur grundsätzlichen Beschränkung der wirtschaft-

<sup>1</sup> Helmut Genschel: Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft im Dritten Reich, Göttingen 1966. <sup>2</sup> Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte I. Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982. <sup>3</sup> Willi A. Boelcke: Die deutsche Wirtschaft 1930-1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983. <sup>4</sup> In Fricks Erlaß findet sich für die Forderung, die Juden in der Wirtschaft zu schonen, folgende Formulierung: „Insbesondere ist es nicht angebracht, ja sogar bedenklich, wenn die Grundsätze des § 3 BBG, des sogenannten ‚Arierparagrafen‘ (...) auf Gebiete ausgedehnt werden, für die sie überhaupt nicht bestimmt sind. Es gilt dies insbesondere, wie die nationalsozialistische Regierung immer wieder erklärt hat, von der freien Wirtschaft.“ (Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung, 1934, S. 159f. (im folgenden zitiert als MB PrV), ebenso: MB PrV, 1934, Spalte 983-85). <sup>5</sup> In Kassel wurde z. B. im Jahre 1933 der Bankier Baruch Elias gezwungen, seine großen Beteiligungen bei der Schüle-Hohenlohe AG, deren Mitbegründer er war, sowie bei der Firma Karl & Co. aufzugeben und aus dem Aufsichtsrat auszuscheiden. Ein Beispiel für die Personalpolitik großer Firmen im Jahr 1933 findet sich in der Entschädigungsakte von Robert H., der Direktor einer ursprünglich zum Karstadt-Konzern gehörenden Fabrik war: „Als am 1. April 1933 im Zuge der Arisierung der Rudolph Karstadt AG sämtliche jüdischen Direktoren und Angestellten entlassen werden mußten, verwandelte die Firma Rudolph Karstadt AG die Kasseler Fabrik in eine selbständige Aktiengesellschaft unter dem Namen ‚Kasseler Druckerei und Färberei AG Kassel‘. Schon in dieser Zeit bat mich der Aufsichtsrat der neuen Aktiengesellschaft, auf die offizielle Berufung in den Vorstand zu verzichten, erteilte mir jedoch eine Vollmacht, die es mir ermöglichte, mit den gleichen Rechten wie das alleinige Vorstandsmitglied, Fabrikdirektor Fritz A., zu arbeiten. Gehalt und Gewinnbeteiligung waren genau die gleichen wie von Herrn A. (...)“ Regierungspräsident in Darmstadt, Außenstelle Wiesbaden, Amt für Wiedergutmachung (im folgenden zitiert als: Entschädigungsakten), Entschädigungsakte Robert H.

lichen Tätigkeit der Juden gab, kam es vor 1938 nur zum teilweisen oder völligen Ausschluß aus einzelnen Berufen. Betroffen waren u. a. Ärzte, Juristen, Apotheker, Journalisten, Kunst- und Antiquitätenhändler. Diese Zurückhaltung des Gesetzgebers beruhte wohl auf dem Einfluß des Wirtschaftsministers Schacht. Mit der Umbesetzung des Reichswirtschaftsministeriums – Schachts Entlassung erfolgte am 27. 11. 1937 – war die „Schonfrist“ für Juden in der Wirtschaft jedoch zu Ende. Nachdem es zu einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung gekommen und die Arbeitslosigkeit weitgehend beseitigt war, konnte man die bislang geübte Rücksicht gegenüber Juden in der Wirtschaft fallenlassen.

Beginnend mit der Jahreswende 1937/38 setzte eine Politik punktueller Diskriminierung ein, so wurden z. B. die Rohstoffkontingente für sog. „jüdische Firmen“<sup>6</sup> gekürzt. Gleichzeitig wurde von Parteistellen, Wirtschaftsverbänden und der Industrie- und Handelskammer ein scharfer Druck auf alle jüdischen Geschäftsleute ausgeübt, um sie zur Aufgabe ihrer unternehmerischen Tätigkeit zu veranlassen. Sie wurden immer stärker von ihren Kunden und Zulieferern isoliert, so daß sie starke Umsatzeinbußen hinnehmen mußten und zum Verkauf ihres Eigentums bereit waren. Dies hatte zur Folge, wie Hilberg schreibt, daß deutsche Unternehmen zu Tausenden die Betriebslandschaft auf der Suche nach geeigneten jüdischen Firmen inspizierten<sup>7</sup>. Auf die Vermittlung von geeigneten „Objekten“ spezialisierten sich Banken, die von den Käufern neben der Provision oft auch noch Zinsen für die vergebenen Kredite kassierten<sup>8</sup>.

In den Arisierungsprozessen schaltete sich der Staat offiziell im April 1938 ein. Göring verfügte, daß alle jüdischen Vermögen anzumelden waren und daß jeder Geschäftsverkauf genehmigt werden mußte.<sup>9</sup>

Die Situation des Jahres 1938, die viele Juden zur Emigration drängte, begünstigte die „arischen“ Käufer in großem Maße. Hilberg schätzt, daß der Käufer eines „jüdischen“ Unternehmens kaum mehr als 75 % und häufig weniger als 50 % von dessen Wert bezahlen mußte<sup>10</sup>. Zu ähnlichen Zahlen kommt auch Genschel. Er nimmt an, daß

Juden in der Zeit zwischen Frühjahr und Herbst 1938 Verkaufspreise erzielt haben, die zwischen 40 und 70 % des Preises lagen, den ein „Arier“ bekommen hätte.<sup>11</sup>

Im Handelssektor richtete sich der Verkaufspreis nur nach dem Wert des Warenlagers und des Inventars. Immaterielle Größen wie der „Firmenwert“ (Handelsmarken, Ruf, Lieferbeziehungen usw.) durften nicht vergütet werden. Während ein Teil der Käufer die schwierige Lage seiner jüdischen Berufskollegen zur eigenen Bereicherung ausnutzte, war ein anderer Teil durchaus bereit, einen angemessenen Kaufpreis zu zahlen. Je früher sich ein jüdischer Geschäftsmann zum Verkauf entschloß, desto größer war die Möglichkeit, einen für ihn akzeptablen Preis zu erhalten. Vor allem in der Zeit vor 1938 waren die jüdischen Verkäufer nicht völlig hilflos. Nach Hilbergs Einschätzung war die „Arisierung“ vielleicht „die einzige Phase des Vernichtungsprozesses, in der die Juden einen gewissen Handlungsspielraum, die Gelegenheit, Deutsche gegen Deutsche auszuspielen, und die Möglichkeit zur Anwendung einer Verzögerungstaktik besaßen.“<sup>12</sup>

Die Verdrängung der Juden aus der Wirtschaft wurde nach der sogenannten „Reichskristallnacht“ forciert zum Abschluß gebracht. Die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ vom 12. 11. 1938<sup>13</sup> verfügte die Schließung der von Juden betriebenen Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäfte, Bestellkontore und Handwerksbetriebe bis zum Jahresende. Diese Verordnung wurde komplettiert durch die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“<sup>14</sup> vom 3. Dezember 1938. Sie gab die Grundlage für die „Arisierung“ des gesamten jüdischen Besitzes ab. Infolgedessen konnten Juden auch gezwungen werden, binnen einer bestimmten Frist ihren Gewerbebetrieb zu veräußern.

Damit war aus der „Arisierung“ aufgrund „freiwilliger“ Verträge eine „Zwangsarisierung“ aufgrund von staatlichen Verordnungen geworden.

Ende 1938 war die wirtschaftliche Lage der deutschen Juden aussichtslos, die meisten mußten von ihrem Kapital, von Renten oder von Unterstützungen leben.<sup>15</sup>

<sup>6</sup> Die Nationalsozialisten benutzten den Begriff „jüdische Firma“, um Firmen mit jüdischen Inhabern zu diskriminieren. Davon abgesehen ist es ohnehin problematisch, von „jüdischen Firmen“ zu sprechen, denn schließlich kann nur ein Mensch einen jüdischen Glauben haben, nicht eine Firma. Wenn in der folgenden Darstellung diese nationalsozialistische Bezeichnung – in Anführungszeichen gesetzt – verwendet wird, so geschieht dies aus pragmatischen Gründen. <sup>7</sup> Hilberg, a.a.O.(2), S. 75. <sup>8</sup> Besonders engagiert in der „Arisierungsfrage“ war die Dresdner Bank. Siehe Genschel, a.a.O.(1), Seite 156. Üblich war eine Provision von 2 % des Kaufpreises. Ein Beispiel aus Kassel: Beim Verkauf der Roßhaarspinnerei V. Oppenheim Söhne wurde dieser Provisionssatz an die Deutsche Bank gezahlt. Informationen über die aktive Beteiligung der Deutschen Bank am „Arisierungsprogramm“ sind in einer neuen Publikation enthalten: O.M.G.U.S. (Office of Military Government for Germany, United States Finance Division – Financial Investigation Section): Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, –1946/47–, Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg. Verlegt bei Franz Greno, Nördlingen 1985. <sup>9</sup> Verordnung vom 26. April 1938, in: Reichsgesetzblatt 1938 I, S. 414 (im folgenden zitiert: RGBI) <sup>10</sup> Hilberg, a.a.O.(2), S. 100. <sup>11</sup> Genschel, a.a.O.(1), S. 156. <sup>12</sup> Hilberg, a.a.O.(2), S. 72. <sup>13</sup> RGBI 1938 I, S. 1580. <sup>14</sup> RGBI 1938 I, S. 1709. <sup>15</sup> Vgl. Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918–1945. Hrsg. von Monika Richarz, Stuttgart 1982, Veröffentlichungen des Leo-Baeck-Instituts, Seite 50.

Nach dem rechnerischen Kalkül führender Nationalsozialisten – so folgert Pätzold – sollte der Verlust der wirtschaftlichen Existenz die Emigrationsbereitschaft fördern, zumal „der Jude“ als innere Gefahr, zumindest als Unsicherheitsfaktor im geplanten Kriegsfall galt.<sup>16</sup> Auch Adam sieht einen Zusammenhang zwischen der intensivierte Kriegsvorbereitung und dem Hinarbeiten auf die endgültige Ausschaltung des deutschen Judentums: „Neben den rassischen Überlegungen stand dabei wohl gleichberechtigt die Hoffnung, durch die entstehenden Vermögensgewinne den Fortgang der Aufrüstung zu finanzieren.“<sup>17</sup> Einen erheblichen Teil der Geldbeträge, die die Juden im Verlauf der „Arisierungen“ als Bezahlung für ihre Firmen erhalten hatten, kassierte das Reich mit Hilfe zweier Vermögensabgaben, der „Reichsfluchtsteuer“ und der „Sühneleistung“. Ihr gemeinsamer Ertrag, so errechnete Hilberg, betrug im Steuerjahr 1938 (1. April 1938 bis 31. März 1939) 5 % der gesamten Steuereinnahmen jenes Jahres.<sup>18</sup> Mit Blick auf die Verordnungen der folgenden Jahre läßt sich feststellen, daß die „Arisierung“ der Wirtschaft der erste große Schritt zur Konfiszierung des jüdischen Vermögens war.<sup>19</sup>

Die Nutznießer des jüdischen Eigentums mußten aufgrund der Verordnung vom 3. Dezember 1938 (mit Rückwirkung bis zum 26. April 1938) eine Arisierungsausgleichsabgabe zahlen. Das Reich war bestrebt, den Differenzbetrag („Entjudungsgewinn“) zwischen Kaufpreis und tatsächlichem Verkehrswert zu kassieren. Jedoch besonders hohe Einnahmen wurden dabei nicht erzielt.<sup>20</sup> Außer der Staatskasse profitierten von der „Arisierung“ die NSDAP, Teile des Mittelstandes und insbesondere viele kapitalkräftige Großunternehmen. Das Hauptziel der NSDAP war Genschels Einschätzung zufolge, „die Wirtschaft nationalsozialistisch zu durchsetzen, ‚alte Kämpfer‘ zu befriedigen, die Partei und ihre angeschlossenen Verbände (DAF, NSV u. a.) am jüdischen Eigentum zu bereichern“.<sup>21</sup>

Die Stärkung des Mittelstandes war offiziell das wichtigste wirtschaftspolitische Nebenziel. Dies geschah, wie Genschel formuliert, „auf die primitivste Weise, die es gab: durch Ausschaltung lästiger Konkurrenten“.<sup>22</sup> Ein beträchtlicher Teil der „jüdischen Betriebe“ wurde nicht weitergeführt, und zwar entweder aufgrund mangelnder Rentabilität oder fehlender behördlicher Genehmigung. Nach dem Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 5. Juli 1938 konnte die „Arisierung“ eines „jüdischen Betriebes“ abgelehnt werden, wenn es am Ort in der betreffen-

den Branche ohnehin schon zu viele Geschäfte gab. Somit wurde durch die Auflösung „jüdischer Firmen“ vielfach das Problem der Überbesetzung gelöst. Für den „arischen“ Geschäftsmann war das zwar kurzfristig eine Konkurrenz erleichterung, doch die Liquidation „jüdischer Betriebe“ kam nicht so sehr dem Mittelstand, sondern vielmehr den „arischen“ Großunternehmen zugute, die ihre Position auf dem deutschen Markt bedeutend ausbauen konnten. „Insgesamt war die Verstärkung der Konzentration in der Industrie und im Bankwesen, in geringerem Maße auch im Handel, für die Wirtschaft das wichtigste bleibende Ergebnis der Arisierung“.<sup>23</sup> Als ein Nebeneffekt bei der Liquidation von Teilen der mittelständischen Betriebe erwies es sich, daß zusätzliche Arbeitskräfte für die Rüstungsproduktion frei wurden.

Bevor die Arisierungsvorgänge in der Stadt Kassel näher untersucht werden, sind zunächst noch einige Bemerkungen zur Quellenlage erforderlich. Aus der NS-Zeit ist relativ wenig Material erhalten geblieben. Dagegen gibt es umfangreiche Aktenbestände aus der Nachkriegszeit. In einer eigens für die Rückführung des Vermögens von Juden und anderer Verfolgter eingerichteten Behörde, dem Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung, lagern die Vermögenskontroll- und Rückerstattungsakten. In einer weiteren Behörde, die dem Regierungspräsidenten in Darmstadt untersteht, befinden sich die Entschädigungsakten, in denen es in erster Linie um die Wiedergutmachung schwer zu quantifizierenden Unrechts („Personenschäden“) geht. Der Vorläufer dieses Aktenbestandes ist im Stadtarchiv in Kassel vorhanden. Es handelt sich dabei um die Akten der Anmelde- und Vorprüfstelle für Wiedergutmachung (A5/55). Darin enthalten ist der Schriftverkehr des Spezialreferats für jüdische Angelegenheiten (aus dem Zeitraum 1946/47).

All diese Nachkriegsakten erweisen sich in mehrerer Hinsicht als problematisch: Die in ihnen enthaltenen Aussagen werden oft nicht mit Dokumenten belegt, sondern basieren auf Erinnerungen. Die Schriftstücke sind oft so abgefaßt, daß sie die eigenen materiellen Interessen in einem günstigen Licht und die Argumente der Gegenpartei als ungläubwürdig erscheinen lassen.

Die Akten aus der NS-Zeit, die Material über „jüdische Firmen“ enthalten, sind im wesentlichen nur drei Bestände: Die Akten des Stadtverkehrsamts Kassel aus der Anfangszeit des „Dritten Reiches“, die Steuerakten verschiedener Firmen aus dem Bereich des Finanzamts Kassel, die Devisenakten der Devisenstelle Kassel.

<sup>16</sup> Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus 1933 bis 1942, hrsg. von Kurt Pätzold, Frankfurt/M. 1984, S. 144. <sup>17</sup> Adam, a.a.O.(2), S. 183. <sup>18</sup> Hilberg, a.a.O.(2), S. 103. <sup>19</sup> Genschel, a.a.O.(1), S. 213. <sup>20</sup> Siehe Statistik in Hilberg, a.a.O.(2), S. 98. <sup>21</sup> Genschel, a.a.O.(1), S. 214. <sup>22</sup> Derselbe, S. 214. <sup>23</sup> Derselbe, S. 214.

Während sich der erste Bestand im Stadtarchiv Kassel befindet, lagern die beiden anderen im Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Frankfurt. Der dort ebenfalls vorhandene Aktenordner mit dem Schriftverkehr des Gauwirtschaftsberaters in Frankfurt über die Arisierungsvorgänge der Jahre 1938/39 erwies sich als sehr hilfreich, zumal er auch Kasseler Firmen betrifft. Dagegen gibt es in den erhaltenen Akten des Polizei- und des Regierungspräsidenten keinerlei Hinweise auf Arisierungsvorgänge in Kassel.

Zusammenfassend gilt: Über einige (meist größere) Firmen ist umfangreiches Material vorhanden, über andere gibt es nur Material aus einem bestimmten Zeitabschnitt (häufig die Jahre 1928–1932), und bei einer beträchtlichen Zahl läßt sich oft noch nicht einmal der genaue Zeitpunkt des Verkaufs bzw. der Liquidation ermitteln.

Aufgrund der recht lückenhaften Materialbasis ist eine breitangelegte Untersuchung, die die einzelnen Etappen der wirtschaftlichen Diskriminierung bis zur totalen „Ausschaltung“ ausführlich beschreibt, ebensowenig möglich wie eine empirische Analyse des Rückgangs der von Juden betriebenen Firmen in Kassel.

Wir haben uns entschieden, uns auf die Geschichte einzelner bedeutender Firmen zu beschränken. Bei der Auswahl der zu untersuchenden Firmen wurden in erster Linie Industriebetriebe berücksichtigt. Im Mittelpunkt des Aufsatzes steht die Geschichte der drei von Juden betriebenen Schwerwebereien (Baumann & Lederer AG, Fröhlich & Wolff, Gottschalk & Co. AG), da sie Kassel zu einem der Zentren der Schwergewebeindustrie in Deutschland gemacht und in hohem Maße zur industriellen Entwicklung der Stadt beigetragen haben. Ein Teil der Inhaber dieser Firmen war auch an der Jute-Spinnerei und -Weberei Kassel beteiligt. Obwohl diese vier Textilindustriebetriebe im gleichen Zeitraum (Anfang 1938) „arisiert“ wurden, so hat jede einzelne Firma trotz vieler Gemeinsamkeiten doch einige Besonderheiten aufzuweisen, auf die näher einzugehen lohnt.

Als ergänzende „Fälle“ wurden zwei „Arisierungen“ aus einem früheren Zeitabschnitt ausgewählt, die untereinander erhebliche Gegensätze darstellen. Es handelt sich hierbei um die Farben- und Lackfabrik Rosenzweig & Baumann und um die Großdruckerei und Papierverarbeitungsfabrik H. Grünbaum (1862 gegründet).

Zumindest mit einer kurzen Erwähnung sei noch auf andere bedeutende von Juden geführte Industrie- und Hand-

werksbetriebe hingewiesen (in Klammern jeweils das Gründungsjahr): die Metallwerke Lieberg & Co (1679), die Roßhaarspinnerei Victor Oppenheim Söhne (1833), Fahrradfabrik und -versand Sigurd GmbH (1919), die Papierwarenfabrik H. Wertheim Söhne (1872), die Nahrungsmittelfabrik Schüle-Hohenlohe AG (1901) und der Baugewerbegroßbetrieb Gebrüder Hallo (1816).

Wie in anderen Städten hatten die Juden auch in Kassel eine dominierende Stellung im Bankgewerbe gehabt, die aber schon Anfang der dreißiger Jahre aufgrund der Wirtschaftskrise gebrochen war. Die folgende Untersuchung beschränkt sich auf die Geschichte der bedeutendsten Bank, des Privatbankhauses S. J. Werthauer jr. Nachf. (1854). Weitere Bankhäuser waren: Gebrüder Scharfenberg (1868), M. Elias Kaufmann's Sohn KG (1870) und Rudolf Ballin & Co.

Bei den vielen „jüdischen Firmen“ im Handelssektor<sup>24</sup>, in dem 1933 im Reichsdurchschnitt über 60 % der jüdischen Erwerbstätigen beschäftigt waren<sup>25</sup>, reichte das Dokumentenmaterial weder in quantitativer noch in qualitativer Weise aus, um einzelne Firmengeschichten zu schreiben. Daher werden auf einer globalen Ebene typische Vorgänge bei der endgültigen Verdrängung der Juden aus dem Handelssektor analysiert.

Dagegen wird so detailliert wie möglich die Durchführung der „Arisierung“ der oben erwähnten sieben größeren Firmen dargestellt. Jedoch greifen Fragestellungen, die sich nur mit den Verkaufsvorgängen beschäftigen, zu kurz, da hierbei oft nicht erklärt werden kann, warum eine Firma zu einem frühen, eine andere zu einem späten Zeitpunkt „arisiert“ wurde. Die Verkaufsbereitschaft der jüdischen Firmeninhaber hing von ihrer Einschätzung der Ziele und Methoden des NS-Regimes, dem gewissen Schwankungen unterliegenden politischen Druck, den Hindernissen bei der Emigration und vor allem vom wirtschaftlichen Erfolg der Firmen ab. Dieser hing erstens davon ab, in welchem Maß es den Firmen gelang, sich von den negativen Folgen der Weltwirtschaftskrise zu erholen, und zweitens davon, in welchem Maße sich die Boykottmaßnahmen auf die Umsatzentwicklung auswirkten. Daher wird die Darstellung der „Arisierung“ der einzelnen Firmen jeweils mit einer ausführlichen Vorgeschichte eingeleitet.

Die Struktur des Aufsatzes, d.h. die Gegenüberstellung von sieben Firmengeschichten, bringt es mit sich, daß einige Themen, wie z.B. der Boykott, an mehreren Stellen behandelt werden.

<sup>24</sup> Die Namen der zahlreichen Textil- und Schuhgeschäfte, ebenso die der Papierwaren-, Holz-, Eier-, Felle- und Häute- sowie die der pharmazeutischen Bedarfsartikelhandlungen sind in dem Aufsatz von Wolfgang Prinz abgedruckt. <sup>25</sup> Zahlenangabe aus: Jüdisches Leben in Deutschland, a.a.O. (15), S. 20.



Briefkopf der Firma H. Grünbaum aus den zwanziger Jahren

## Fallstudien zur „Arisierung“ der Industrie und des Bankwesens

### Die Papierwarenfabrik und Großdruckerei H. Grünbaum

Die ersten beiden Fälle kann man bei einer groben Betrachtung als frühe „Arisierungen“ bezeichnen. Anders als 1938 geschahen die Kapitalübertragungen von Juden auf „Arier“ noch freiwillig, zwar unter dem allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Druck, aber ohne konkrete Bedrohung. Die Verkäufe fanden im November bzw. Dezember 1935 statt.

Bei der „Arisierung“ der Papierwarenfabrik und Großdruckerei H. Grünbaum kam es zum Zusammenwirken dreier Faktoren:

die Neuorganisation des Drucks der NS-Presse,  
die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines „jüdischen Betriebes“,

das Interesse eines „verdienten Parteigenossen“, seine Firma zu erweitern.

Der Vorgang entwickelte sich folgendermaßen: Die Firma H. Grünbaum (Kassel, Wolfhager Str. 55) arbeitete seit 1926 mit erheblichen Verlusten. Die Zahl der Arbeiter mußte bis 1933 ständig reduziert werden: 1913: 273 Arbeiter, 1928: 165, 1930: 95, 1934: 126 Arbeiter und 22 Angestellte.<sup>26</sup>

Nach Aussagen von einigen ehemaligen Angestellten der Firma war die schlechte Geschäftslage hauptsächlich auf die alten und unrentablen maschinellen Einrichtungen zurückzuführen.

Die Firma war ab September 1932 nicht mehr in der Lage,

<sup>26</sup> Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung Frankfurt (im folgenden zitiert als Landesamt). Finanzamts-Akten der Firma H. Grünbaum.

die tilgungsplanmäßigen Leistungen für ihr Bankdarlehen zu zahlen und stellte daher einen Umschuldungsantrag. 1933 brachte die Boykottpolitik eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Firma. So wurde die Firma durch den Magistrat der Stadt Kassel konsequent von der Auftragsvergabe ausgeschlossen, und zwar entgegen den Richtlinien der Reichsregierung über die Vergabe öffentlicher Aufträge. Dieser Vorwurf ist in einem Schreiben des Geschäftsführers der Firma vom 7. 8. 1933 an das Stadtverkehrsamt enthalten. Darin heißt es u.a.: „Nach Ziffer 3 dieser Richtlinien (des Reichskabinetts, d. V.) kommt ein grundsätzlicher Ausschluß nichtarischer Firmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht in Frage. Ich bitte daher höflichst, für die Folge mir die einschlägigen Anfragen wieder zugehen zu lassen und mir Gelegenheit zur Abgabe von Angeboten zu geben. Durch den seither geübten völligen Ausschluß meiner Firma vom Wettbewerb wird nicht nur meine Firma als solche geschädigt, sondern es besteht auch die Gefahr, daß ich wegen Fehlens hinreichender Aufträge meine Belegschaft, die jetzt noch rund 130 Köpfe umfaßt, verringern muß.“<sup>27</sup>

Die vom Geschäftsführer der Firma H. Grünbaum erwähnten Richtlinien für die Erteilung öffentlicher Aufträge vom 14. Juli 1933 waren vom Reichskabinett verabschiedet worden, um antisemitische Auswüchse (wie z. B. Auftragsboykotte) einzudämmen, doch die sogenannten „jüdischen Firmen“ erhielten trotzdem nicht die gleichen Chancen. Dies wird anhand folgender Formulierung besonders deutlich: „Was die Behandlung der Firmen anlangt, deren Inhaber oder an der Geschäftsführung maßgebend beteiligte Personen nicht arischer Abstammung sind, so ist an sich nach dem Grundsatz zu verfahren, daß bei gleichwertigen Angeboten deutschstämmige Firmen zu bevorzugen sind.“<sup>28</sup> Allerdings sollte jedoch die Lösung des Arbeitslosenproblems vor allen anderen Überlegungen Vorrang haben.

Für die Firma H. Grünbaum ergab sich im November 1933 ein Ansatz, vor dem Zusammenbruch bewahrt zu werden. Zwischen der Firma und zehn ihrer Großgläubiger, die zusammen RM 66 000,- zu fordern hatten, kam es zu einem Moratorium (befristeter Zahlungsaufschub), das mehrfach verlängert wurde. Obwohl die Firma nicht mehr liquide war, stellte sie ihre Produktion nicht ein.<sup>29</sup>

Bereits vor 1933 war man auf der Suche nach einem Käufer, ab 1933 auch nach einem nichtjüdischen Teilhaber, allerdings ohne Erfolg. Erst im Dezember 1935 war ein

Käufer da: Druckereibesitzer Edmund Pillardy. Diese Firma hatte schon in den zwanziger Jahren neben christlichen Kalendern auch rechtsradikale Flugblätter gedruckt, seit dem 1. 4. 1932 die nationalsozialistische Tageszeitung „Hessische Volkswacht“ bzw. „Kurahessische Landeszeitung“ (KLZ).<sup>30</sup> Prokurist in der Firma war Thorwald Nielsen, der Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe XII, Stadthalle. Als Pillardy im Dezember 1935 die Mitteilung erhielt, daß er den Druck der KLZ mit Ablauf des Jahres an die vom Gauverlag Kurhessen gekaufte „AG für Druck und Verlag, Kassel“ abzugeben habe, suchte er ein neues Betätigungsfeld. Der Erwerb der Papierwarenfabrik H. Grünbaum bot sich als Möglichkeit zur Vergrößerung seines Betriebes an. Pillardy ließ sich bei den Verkaufsverhandlungen durch einen Strohmann von der nationalsozialistischen Verlags-Gesellschaft, Berlin, vertreten. Der Kaufvertrag wurde am 30. 12. 1935 abgefaßt. Der Kaufpreis für die Firma einschließlich der Geschäftsgrundstücke betrug RM 50 000. Pillardy übernahm auch die Schulden der Firma H. Grünbaum. Nach Abzug eines Nachlasses von 10 % waren dies RM 59 400. Gleichzeitig erhielt er vom Partei-Verlag, der von der Firma Pillardy eine Rotationsmaschine und drei Setzmaschinen übernahm, RM 70 000,<sup>31</sup> Ohne dieses Geld der NSDAP, das auch eine Art Abfindung darstellte, wäre es Pillardy vermutlich nicht möglich gewesen, die Firma H. Grünbaum zu erwerben. Die Übernahme dieser Firma hatte zur Folge, daß Investitionen für neue maschinelle Anlagen getätigt werden mußten, so daß es in den ersten Jahren nach dem Kauf zu Verlustabschlüssen kam.

Nach der Eigentumsübertragung stellte der Gauwirtschaftsberater eine Bescheinigung aus, in der er die Mitwirkung der NSDAP bei der „Arisierung“ bestätigte. Dieses Schriftstück hat folgenden Wortlaut: „Im Zuge der Umorganisation der NS-Pressen mußte die Firma Edmund Pillardy, Kassel, Sedanstraße 6–8, die bisher das Gauorgan, die Kurhessische Landeszeitung, gedruckt hatte, aus den bestehenden Verträgen ausscheiden.

Die bestehenden Verträge zwischen der Kurhessischen Landeszeitung und der Firma Edmund Pillardy wurden in vollem Einvernehmen mit der Reichspresseleitung gelöst. Als Ausgleich für das durch die Umorganisation verloren gegangene investierte Kapital und als Anerkennung für die der Kurhessischen Landeszeitung und dem Gau geleisteten Dienste wurde der Firma Edmund Pillardy der Erwerb der Papierwarenfabrik und Großdruckerei H. Grünbaum, Kassel, ermöglicht und der Firma Edmund Pillardy weitgehendste Unterstützung zugesagt.

<sup>27</sup> Stadtarchiv Kassel, Akten des Stadtverkehrsamts, A.8.80 Nr. 16 (6/1). <sup>28</sup> MBPrV, Sp. 983–85. <sup>29</sup> Landesamt, Akten der Devisenstelle Kassel, Devisenakte Firma H. Grünbaum. <sup>30</sup> Einem Hinweis aus den im Stadtarchiv Kassel vorhandenen Entschädigungsakten zufolge hat Pillardy auch das im Frühjahr 1935 in Kassel kursierende Verzeichnis der „jüdischen Firmen“ gedruckt. <sup>31</sup> Landesamt, Vermögenskontroll-Akte Pillardy.

Die bis dahin jüdische Firma H. Grünbaum befindet sich nunmehr in rein arischem Besitz. Der Inhaber der Firma, Handelsgerichtsrat Edmund Pillardy, und auch sein Mitarbeiter, Direktor Thorwald Nielsen, sind Parteigenossen.<sup>32</sup>

In der Nachkriegszeit wurde über die Frage, ob die Höhe

des Kaufpreises angemessen war, gestritten. Schließlich einigte man sich am 26. 11. 1949 in einem Vergleich. Edmund Pillardy leistete eine Nachzahlung von DM 35 000,-. In Anbetracht der Währungsreform ist dies ein recht hoher Betrag, der auf einen hohen „Arisierungsgewinn“ im Jahre 1935 schließen läßt.

## Die Farben- und Lackfabrik Rosenzweig & Baumann

Die Farben-, Glasuren- und Lackfabrik Rosenzweig & Baumann war aus der im Jahre 1818 gegründeten Firma L. J. Rosenzweig hervorgegangen und hatte sich zu einem der angesehensten und wirtschaftlich erfolgreichsten Kasseler Betriebe entwickelt.

Die Firma bestand aus drei Einheiten: dem Werk Wilhelmshöhe (die Farbenfabrik in der Wilhelmshöher Allee 241) und dem Werk Niedervellmar (die Lackfabrik in der Holländischen Str. 320). Der Bürobetrieb befand sich in der Opernstr. 2.

Selbst im Krisenjahr 1931 erwirtschaftete die Firma einen Gewinn von RM 75 874,- und beschäftigte 63 Arbeiter und 49 Angestellte.<sup>33</sup> Im Jahr 1933 hatte die Firma auch unter den Boykottmaßnahmen zu leiden. Anders als bei einem Kaufhaus, dem man in aller Öffentlichkeit durch das Aufstellen von SA-Posten die Kunden entzog, wurde dieser Industriebetrieb durch Auftragsboykott geschädigt. Der Magistrat der Stadt Kassel leistete dieser Politik tatkräftige Unterstützung, indem er Firmen als „jüdische Unternehmen“ denunzierte. Dazu folgendes Beispiel: Der Magistrat der Stadt Königsberg schickte am 12. 5. 1933 an den Magistrat der Stadt Kassel folgende Anfrage: „Es ist beabsichtigt, der Firma Rosenzweig & Baumann, Kassel, Lieferungsaufträge zu erteilen. Wir bitten um Angabe, ob es sich hier um ein christliches Unternehmen handelt und die Firma nicht in der Boykottliste enthalten ist.“ Der Antwortbrief des Magistrats der Stadt Kassel vom 20. 5. 1933, der die Erteilung eines Auftrages vereitelte, hatte folgenden Inhalt: „Auf Ihre gefl. Zuschrift vom 12. d. Mts. teilen wir Ihnen mit, daß die Firma Rosenzweig & Baumann, Inhaber Paul Ehrenberg und Dr. Ernst Baumann, Kassel, Opernstr. 2, ein jüdisches Unternehmen ist. Wir

sind jedoch bereit, zwecks Abschlusses von Kaufverträgen ähnlich gelagerte Firmen christlichen Herkommens namhaft zu machen, wenn Sie uns mitteilen würden, um was für Aufträge es sich handelt, die Sie zu vergeben haben.“<sup>34</sup> In Anbetracht derartiger Boykottmaßnahmen stellt sich die Frage, mit welchen Mitteln jüdische Unternehmer darauf zu reagieren versuchten.

Dr. Ernst Baumann<sup>35</sup> von der Firma Rosenzweig & Baumann bemühte sich ebenso wie verschiedene andere Firmeninhaber, vom Gaubetriebszellenleiter Stock die schriftliche Bestätigung zu erhalten, daß die Firma von der NSDAP als „deutsches Unternehmen“ anerkannt sei. Daran knüpfte sich die Erwartung, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wieder Berücksichtigung zu finden.<sup>36</sup> Dieses Vorgehen erwies sich in zweifacher Hinsicht als Illusion, zum einen wurden diese Bescheinigungen am 1. November 1933 vom Reichswirtschaftsminister für ungültig erklärt und keine Neuanschaffung mehr erlaubt<sup>37</sup>, zum anderen ließen sich die Nationalsozialisten nicht von ihrem grundsätzlichen Ziel, die Juden aus der Wirtschaft zu verdrängen, abbringen.

Die erwähnte Bescheinigung, die in den Akten des Stadtverkehrsamts vorliegt, wurde am 9. Juni 1933 ausgestellt. Der Inhalt des Schriftstücks lautet: „Nachdem Sie sich verpflichtet haben, die von uns verlangte Umstellung vorzunehmen, erkennen wir Sie als deutsches Unternehmen an und empfehlen allen staatlichen und städtischen Behörden, Ihnen ihre Aufträge in der bisherigen Weise zukommen zu lassen.“<sup>38</sup>

Dieser Text wirft eine Frage auf, die sich nicht mit absoluter Sicherheit klären läßt. Was ist mit der „verlangten Umstellung“ gemeint? Vermutlich geht es um die perso-

<sup>32</sup> Dieses Schriftstück wird in einem Brief des ehemaligen Prokuristen der Firma H. Grünbaum vom 18. 3. 1947 zitiert. Siehe: Stadtarchiv Kassel, A5/55, Akte: Grünbaum; ebenso: Landesamt, Vermögenskontroll-Akte Pillardy. <sup>33</sup> Landesamt, Finanzamts-Akten, Firma Rosenzweig & Baumann.

<sup>34</sup> Stadtarchiv Kassel, Akten des Stadtverkehrsamts, A.8.80 Nr. 16 (6/1). <sup>35</sup> Zur Biographie von Dr. Ernst Baumann: Er stammt aus einer Familie, die schon seit Beginn des 19. Jahrhunderts in Kassel ansässig war. Geboren wurde er am 16. 1. 1893 in Kassel, war Schüler am Friedrichsgymnasium von 1899 bis 1911, war Teilnehmer am 1. Weltkrieg. 1918 wurde er Mitinhaber der Firma Rosenzweig & Baumann, 1933 Alleininhaber. Er starb am 2. 8. 1952 in Kassel. <sup>36</sup> Die Firma Rosenzweig & Baumann legte die Bescheinigung des Gaubetriebszellenleiters Stock dem Städtischen Verkehrsamt am 14. Juni 1933 mit der Bitte vor: „Wir dürfen nunmehr wohl die ergebene Bitte aussprechen, uns bei Vergabe Ihrer Aufträge auch fernerhin zu berücksichtigen.“ (Stadtarchiv Kassel, A.8.80 Nr. 16 (6/1)). <sup>37</sup> Richtlinien abgedruckt in: „B.Z. am Mittag“ Nr. 261 vom 1. 11. 1933. Ein Nachdruck des Zeitungsartikels befindet sich in den Akten des Stadtverkehrsamts (Flugplatz Waldau) im Stadtarchiv Kassel. <sup>38</sup> Stadtarchiv Kassel, Akten des Stadtverkehrsamts.

# Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung

Hessen-Nassau-Nord

Gauegeschäftsstelle:

Kassel, Wilhelmshöher Allee 7

Fernsprecher-Sammelnummer 306 27

Postfachkonto: Frankfurt am Main ~~52301 X~~



Kampfzeitung des Gaues: „Hessische Volkswacht“

Geschäftsstelle der Zeitung: Sedanstraße 6—8

Fernsprecher Nr. 1506, 1490, 1491

Schriftleitung: Lutherplatz 5

Fernspr. Nr. 1506 / Postfach: Frankf./Nr. 597 00

Abt.: Gaubetriebszellen

Briefbuch-Nr. ....

Bei Unübersichtlichen vorliegende Abteilung und Briefbuch-Nr. unbedingt angeben.

Firma

Kassel, den 9. Juni 1933.

~~Kasseler Farb- & Lackfabrik~~

Weigelstr. 4

Rosenzweig & Baumann  
Kasseler Farben-, Glasuren- & Lackfabrik,

K a s s e l .

Nachdem Sie sich verpflichtet haben, die von uns verlangte Umstellung vorzunehmen, erkennen wir Sie als deutsches Unternehmen an und empfehlen allen staatlichen und städtischen Behörden, Ihnen ihre Aufträge in der bisherigen Weise zukommen zu lassen.

Mit deutschem Gruss!  
M.d.L.b.



*[Handwritten signature]*

Gaubetriebszellenleiter

Dokument 1: Die Gaubetriebszellen-Leitung bescheinigt der Firma Rosenzweig & Baumann, daß sie als „deutsches Unternehmen“ anerkannt sei.

nelle Zusammensetzung der Firmenleitung. In verschiedenen großen Firmen mit jüdischen Inhabern kam es 1933 dazu, daß ein Teil der Juden aus der Firmenleitung ausschied und durch Nichtjuden ersetzt wurde. Bei Rosenzweig & Baumann verließ 1933 der eine der beiden jüdischen Teilhaber, Paul D. Ehrenberg, die Firma. Weitere Einzelheiten über die erwähnte „Umstellung“ waren nicht zu ermitteln.

Dr. Ernst Baumann gab jedoch bald den Versuch auf, sich unter dem NS-Regime als jüdischer Unternehmer zu behaupten. Anders als z. B. die Kasseler jüdischen Textilunternehmer bereitete er bereits 1935 seine Emigration vor. Die politischen Zustände und damit verbunden die Zukunft der Firma sowie seine persönliche Sicherheit beunruhigten ihn so stark, daß er am 9. 11. 1935 die Farben- und Lackfabrik verkaufte.

Im Sommer 1935 war eine antisemitische Propaganda- und Boykottwelle über Deutschland hinweggegangen, die die Nürnberger Gesetze vorbereitete.<sup>39</sup> Nach der Verkündung dieser Gesetze (15. September 1935) konnte niemand sagen, was mit den Juden geschehen würde. Die Unsicherheit wurde verstärkt, als Frick am 12. Oktober 1935 auf einer Kundgebung in Saarbrücken gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Juden ankündigte.<sup>40</sup> Es ist begreiflich, daß aufgrund dieser Vorgänge bei vielen Juden die Bereitschaft, ihren Betrieb aufzugeben, gewachsen war.<sup>41</sup>

Der Verkauf der Firma Rosenzweig & Baumann fand ohne Einschaltung von Vermittlern statt. Der alleinige Inhaber Dr. Ernst Baumann hatte sich direkt an den Kasseler Bankier Dr. Karl Pfeiffer<sup>42</sup> gewandt und führte im wesentlichen mit ihm allein die Verkaufsverhandlungen. Aufgrund der Bilanzen vom 31. 12. 1934 wurde ein für beide Seiten akzeptabler Verkaufspreis errechnet. Zur Übernahme der Firma wurde eine Kommandit-Gesellschaft gegründet, an der vier Personen beteiligt waren.<sup>43</sup> Etwa zwei Drittel des Kapitals stammte vom Bankier Dr. Pfeiffer. Offene Gesellschafter waren der Nürnberger Dipl.-Ing. Ernst Reiffen und der Kasseler Kaufmann und Chemiker Heinrich Jacob. Letzterer war ein langjähriger Mitarbeiter der Firma Rosenzweig & Baumann. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 9. 11. 1935 unter der neuen Firmenbezeichnung: Kasseler Farben- und Lackfabrik Reiffen & Co. vorm. Rosenzweig & Baumann. Der angehängte frühere Name wurde am 28. 11. 1938 gestrichen.

Dr. Ernst Baumann gründete in Südafrika eine kleinere

Firma und nahm dafür Maschinen aus Deutschland mit. Ein Vergleich der Geschichte der beiden Firmen Rosenzweig & Baumann und H. Grünbaum läßt erhebliche Unterschiede sowohl in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung als auch bei der Durchführung der „Arisierung“ deutlich werden.

Während sich die Papierwarenfabrik und Großdruckerei schon vor 1933 in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befand, konnten weder Weltwirtschaftskrise noch Boykottmaßnahmen die geschäftlich erfolgreiche Farben- und Lackfabrik in ihrer Existenz gefährden. Für den Inhaber der letzteren Firma bestand – abgesehen von der politischen Lage in Deutschland – kein unmittelbarer Anlaß, sich von seiner Firma zu trennen. Dagegen drängte die gespannte wirtschaftliche Situation der Firma H. Grünbaum seit längerer Zeit zu einer Lösung: entweder Liquidation oder Verkauf. Allerdings bedurfte es erst der Mitwirkung der NSDAP, bis die Firma an einen „verdienten Parteigenossen“ verkauft wurde. Der Inhaber der Firma Rosenzweig & Baumann hatte sich freiwillig zum Verkauf entschlossen, und er konnte sich auch selbst einen Käufer suchen, der einen akzeptablen Preis bot.

Interessant ist dabei, welcher Wandel in der Einstellung dieses Firmeninhabers stattgefunden hatte. Während er noch 1933 wie viele andere jüdische Geschäftsleute bemüht war, das Überleben seiner Firma unter den neuen politischen Gegebenheiten zu sichern, hatte sich bei ihm 1935 die Erkenntnis durchgesetzt, daß es für jüdische Unternehmer im nationalsozialistischen Deutschland keine Zukunftsperspektiven gab.

## **Die Textilindustriebetriebe: Baumann & Lederer AG, Gottschalk & Co. AG, Fröhlich & Wolff, Jute-Spinnerei und -Weberei**

### **Zur Geschichte der Kasseler Textilindustrie: Von den Gründerjahren bis zu den ersten NS-Maßnahmen**

#### **Die Entstehung der Kasseler Textilindustrie**

Die Kasseler Textilindustrie, insbesondere die Segeltuchweberei, geht auf die Initiative des Geheimen Kommerzienrates Sigmund Aschrott zurück. Er entwickelte das von seinem Vater 1821 begründete Leinengeschäft und brachte es im Laufe der Zeit zu bedeutendem Reichtum.

Ihm ist es zu verdanken, daß Kassel Sitz einer Eisenbahndirektion wurde; er schuf Parks, Anlagen und Straßen in Kassel und gründete bedeutende Stiftungen.<sup>44</sup>

In seinem Textilbetrieb lernten die nachmaligen Industriellen Salzmann, Fröhlich, Wolff, Coenning und Gott-

<sup>39</sup> Genschel, a.a.O.(1), Seite 98. <sup>40</sup> Derselbe, S. 117. <sup>41</sup> Derselbe, S. 124. <sup>42</sup> Dr. Karl Pfeiffer, ehemals Besitzer des Privatbankhauses Pfeiffer, mußte 1933 auf politischen Druck seine Posten als Filialdirektor der Deutschen Bank in Kassel und als Präsident der Industrie- und Handelskammer Kassel aufgeben. <sup>43</sup> Siehe Treuhänder-Akte der Kasseler Farben- und Lackfabrik Reiffen & Co. im Landesamt. <sup>44</sup> Paul Arnsberg: Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang, Untergang, Neubeginn, Bd. 1, Frankfurt/Main 1971, S. 423 (Hrsg.: Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen, Frankfurt/Main).



Telegramm-Adresse:  
**GOTTSCHALKWERKE**  
 A.B.C. CODE 58 EDITION W. STAUBT & D. RUMMELT  
 FERNSPRECHER 42, 52 und 52.  
 REICHSBANK-GIRO-KONTO  
 POSTSCHECK-KONTO FRANKFURTAM. 966

**MECHANISCHE WEBEREIEN**  
 GEWEBE ALLER ART - FABRIK VON ZELTEN  
 WASSERDICHTEN WAGENDECKEN, BEDACHUNGS-STOFFEN  
 Zweigniederlassungen München und Eschenstruth

*Gottschalk & Co. A.G.*

*Cassel, 27. M a i 1916*

Briefkopf der Firma Gottschalk & Co. AG

schalk die Grundlagen der aufkommenden modernen Textilfabrikation. Sie eröffneten etwa in der Zeit der sogenannten Gründerjahre eigene mechanische Webereien und machten Kassel zu einem der Mittelpunkte der aufstrebenden Schwerwebereien in Deutschland.<sup>45</sup>

Es entstanden vier Großbetriebe, nur einer davon hatte keine jüdischen Inhaber (Firma Salzmann & Comp., 1876 gegründet). Die drei anderen waren: Firma Fröhlich & Wolff (1866 von Salomon Fröhlich und Simon Wolff gegründet), Gottschalk & Co. AG (am 1. April 1881 von Moritz Gottschalk und Johannes Coenning gegründet) und Baumann & Lederer (1890 gegründet von Martin Baumann u.a.).

Die Geschichte der Firma Gottschalk & Co.<sup>46</sup> begann in Eschenstruth, einem seit Jahrhunderten bekannten Weberdorf, wo eine Anzahl Handwerker für die Anfertigung der Webwaren in Heimarbeit geworben wurde. Die Ausgabe des Materials sowie die Annahme der Fertigwaren erfolgte in dem kleinen Stammhaus in Kassel. Im Jahre 1884 wurde das Fabrikgebäude in der Nähe des Schlachthofes von der ehemaligen Kasseler Eisengießerei gekauft und

seinem neuen Verwendungszweck entsprechend um- und ausgebaut. Im Frühjahr 1885 wurde der eigene Betrieb in Kassel eröffnet und bereits 1888 aufgrund der steigenden Nachfrage insbesondere von Behördenstellen erweitert. Moritz Gottschalk hatte die innerbetriebliche Leitung übernommen, während Johannes Coenning für die Kontakte zu den Kunden im In- und Ausland zuständig war. Nach wenigen Jahren hatte sich das Unternehmen so ausgedehnt, daß es 1905 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde.

Im Jahre 1911 wurde Moritz Gottschalk in Anerkennung seiner Tätigkeit für die Industrie zum preußischen Kommerzienrat ernannt. Er war der einzige Firmengründer der von Kasseler Juden geleiteten Textilindustriebetriebe, der auch noch nach 1933 in seiner Firma tätig war. Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten war er immerhin schon 82 Jahre alt.<sup>47</sup>

In den Leitungen der beiden anderen Schwerwebereien hatten folgende Veränderungen stattgefunden: Die Firma Fröhlich & Wolff war in die Hände der Söhne übergegangen: Dr. Richard Wolff und Otto Fröhlich (ohne Einfluß

<sup>45</sup> Hans Römhild: Johannes Coenning – Industrieller, Wohltäter und Mäzen. Siehe in: Jahrbuch des Kreises Melsungen 1972, S. 104 ff. <sup>46</sup> Die Informationen zur Firmengeschichte stammen aus den beiden Jubiläumsartikeln zum 50jährigen Bestehen der Firma Gottschalk & Co. in der Kasseler Post und dem Casseler Tageblatt vom 1. April 1931: „50 Jahre Gottschalk & Co.“ <sup>47</sup> Moritz Gottschalk wurde am 10. März 1851 geboren. Er starb im Januar 1943 in Berlin, wo er untergetaucht war.

auf die Geschäftsführung). Hauptaktionär der Firma Baumann & Lederer waren Otto Wallach und Heinz Baumann, letzterer schied im April 1933 aus dem Vorstand aus. Hinzuweisen ist auch noch auf einen weiteren von Kasseler Juden geführten Industriebetrieb: die Jute-Spinnerei und -Weberei, Kassel. Sie ist im Jahre 1892 als Aktiengesellschaft durch Hermann Rubensohn zusammen mit einigen jüdischen Geschäftsfreunden gegründet worden. In den folgenden Abschnitten wird die Geschichte der Kasseler Textilindustrie in den Jahren 1928 bis 1937 behandelt. Obwohl diese Firmen am Ende der Weltwirt-

schaftskrise hohe Verluste hatten oder gar am Rande des Konkurses standen, konnten sie sich in der Zeit nach 1933 recht schnell erholen und Umsatzsteigerungen und Gewinne verbuchen. Der Grund dafür war, daß diese Betriebe für die Volkswirtschaft, genauer für die Aufrüstung, wichtig waren. Trotz zeitweiliger Auftragsboykotte hatten sie unter den antisemitischen Maßnahmen nicht so stark zu leiden wie manch andere Firma. Das hing damit zusammen, daß sich die Boykottaktionen wesentlich stärker gegen Ladengeschäfte als gegen Großhandels- und Industrieunternehmen richteten.

## Die Krisenjahre

Um zu verdeutlichen, welchen Aufstieg die Kasseler Textilindustriebetriebe unter dem nationalsozialistischen Regime genommen haben, ist ein Blick auf die Jahre vor 1933 erforderlich. So hatte die Firma Gottschalk & Co. hohe Verluste, und die Firma Baumann & Lederer hatte sogar den Konkurs angemeldet. Dies waren in der Weltwirtschaftskrise verbreitete Erscheinungen. Die folgenden Zahlen geben ein anschauliches Bild von der katastrophalen wirtschaftlichen Lage der beiden Firmen. Bei den Schwerwebereien Baumann & Lederer und Gottschalk & Co. läßt sich etwa ab 1928 ein erheblicher Rückgang der Umsatz- und Beschäftigtenzahlen feststellen. Der Umsatz der Firma Gottschalk & Co. reduzierte sich von 5,09 Mill. RM (1928) auf 1,88 Mill. RM (1932), d. h. ein Rückgang von 63 %.

Die **Beschäftigtenzahlen** entwickelten sich folgendermaßen:

Baumann & Lederer<sup>48</sup>

1928: 441, 1929: 311, 1930: 224,

1. 5. 1931: 209 Beschäftigte.

Gottschalk & Co.<sup>49</sup>

Jan. 1928: 659, Aug. 1928: 494 Beschäftigte.

Die Handelsbilanzen beider Firmen zeigen, daß die Firma Baumann & Lederer härter getroffen wurde als Gottschalk & Co.: Während Baumann & Lederer die Geschäftsjahre ab 1928 mit Verlusten abschloß, so galt das für Gottschalk & Co. erst ab dem Jahre 1930.<sup>50</sup> Für die Firma Gottschalk war dies der erste Verlustabschluß seit dem 50jährigen Bestehen.

Der Jahresverlust betrug bei Gottschalk & Co. im Jahre 1930 119714,17 RM, bei Baumann & Lederer 384864,19 RM. Die Firma Gottschalk & Co. wurde 1931 saniert, Baumann & Lederer im Jahre 1932. Letztere Firma hatte im März 1932 sämtliche Zahlungen einstellen müssen. Im Juli 1932 hatte sie mit den Gläubigern einen Vergleich geschlossen.<sup>51</sup>

Aufgrund des Auftragsmangels legte die Firma Gottschalk & Co. am 1. 1. 1930 ihr Zweigwerk in Eschenstruth still. Die Wiederinbetriebnahme wurde später von den Nazi-Behörden nicht mehr gestattet.

## Reaktionen auf die Boykottmaßnahmen

Im Jahre 1933 wurden die von mehreren jüdischen Familien betriebenen drei Segeltuchwebereien bei Ausschreibungen von Behörden wie Reichswehrministerium, Marine-Arsenal (Kiel), Reichspost- und Reichsbahnzentralamt übergangen. Vom Reichspostministerium kam schließlich im Dezember 1933, nachdem sich die Lage beruhigt hatte, die Bestätigung, daß wieder mit Aufträgen zu rech-

nen sei. Das Reichspostzentralamt war angewiesen worden, auch „jüdische Firmen“ bei Bedarf wieder zur Abgabe von Angeboten heranzuziehen. Aber bereits im August 1935 verständigten sich Regierungsstellen darüber, daß so weit wie irgend möglich nur noch an „deutsche Geschäfte“ öffentliche Aufträge vergeben werden sollten.<sup>52</sup> Nicht nur staatliche oder kommunale Behörden

<sup>48</sup> Stadtarchiv Kassel, Stadt-Verkehrsamt, Wirtschaftsförderung. <sup>49</sup> Landesamt, Finanzamts-Akten der Firma Gottschalk & Co. <sup>50</sup> Umsatzzahlen und Handelsbilanzen beider Firmen befinden sich in der Treuhänder-Akte d. Hansa-Schwerweberei im Landesamt. <sup>51</sup> Kasseler Tageblatt Nr. 185 vom 7. Juli 1932. <sup>52</sup> Genschel, a.a.O.(1), S. 113.

beteiligten sich am Auftragsboykott, sondern auch zahlreiche Firmen, die sich als „rein christliche“ bzw. „deutsche“ Unternehmen bezeichneten, brachen alle Geschäftsbeziehungen zu Juden ab. Es ging sogar soweit, daß manche Firmen vor dem Abschluß eines Geschäfts die schriftliche Garantie verlangten, daß die andere Firma weder „jüdisch“ noch mit „jüdischem Geld fundiert“ sei (siehe Dokument Nr. 2).



Dokument 2: Diese Erklärung wurde einer Kasseler Schwerweberei zur Unterzeichnung vorgelegt.

Wie reagierten die jüdischen Unternehmer auf die Boykottmaßnahmen? 1933 versuchten zahlreiche große Firmen – wie schon im Kapitel über die Firma Rosenzweig & Baumann dargestellt – von den zuständigen nationalsozialistischen Organisationen die Bescheinigung zu erhalten, daß sie „deutsche Unternehmen“ seien. Um als ein solches Unternehmen zu gelten, wurde ein Teil der jüdischen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder durch Nichtjuden ersetzt.<sup>53</sup>

So verlor bereits im April 1933 in der Segeltuchweberei Baumann & Lederer der eine der beiden jüdischen Hauptaktionäre, Heinz Baumann, seinen Posten als Vorstandsmitglied. Er wurde aber weiterhin als Prokurist in der Firma beschäftigt. Bei der Schwerweberei Gottschalk & Co. war das Bemühen, unter dem neuen Regime zu überleben, so stark, daß sogar zwei Nationalsozialisten in die Firmenleitung aufgenommen wurden. Während noch auf der ordentlichen Generalversammlung am 17. Mai 1933 der bisherige Aufsichtsrat mit dem jüdischen Rechtsanwalt Dr.

Leopold Oppenheim als Vorsitzenden bestätigt wurde, kam es Mitte August, also nur drei Monate später, auf der außerordentlichen Generalversammlung zur Bekanntgabe einer neuen Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat. Aufsichtsratsvorsitzender wurde Dr. Ernst Mangold, der diesen Posten auch bei der Henschel & Sohn AG innehatte. Der neue Vorstand wurde mit zwei Juden (Kommerzienrat Gottschalk und sein Schwiegersohn Groß) und zwei Nichtjuden besetzt.<sup>54</sup>

Auffallend ist, daß in die Firmenleitung dieser als „jüdisch“ diffamierten Firma zwei Nationalsozialisten aufgenommen wurden: in den Vorstand der Ortsgruppenleiter von Bettenhausen, Karl Wirsing, und in den Aufsichtsrat der Stadtverwaltungsrat Hans Harms. Daneben fanden auch einschneidende Veränderungen in den Besitzverhältnissen statt: Durch den Erwerb größerer Aktienpakete wurde Kommerzienrat Gottschalk zum Hauptaktionär der Firma, der andere war das Bankhaus S. J. Werthauer jr. Nachf. Mit der Hälfte der Aktien in den Händen und zwei Nationalsozialisten in der Firmenleitung gedachte er seine Stellung in der Firma zu festigen und das Fortbestehen der Firma unter der veränderten politischen Lage zu gewährleisten. Diese Rechnung schien zunächst aufzugehen, wie die wirtschaftliche Entwicklung zeigte. Doch im Januar 1938 mußte dieser Betrieb „arisiert“ werden.

Wenn die vorhergehenden Abschnitte den Eindruck erweckt haben, daß viele jüdische Unternehmer mit „Anpassungsstrategien“ auf die politische Situation reagiert haben, so stellt sich nun die Frage, ob eine realistische Alternative dazu möglich gewesen wäre. Der Gedanke, den Betrieb zu verkaufen, um zu emigrieren, wurde von vielen jüdischen Unternehmern, die seit Generationen in Deutschland wohnten und patriotisch gesinnt waren, nicht oder sehr spät in Erwägung gezogen. Sie erwarteten, daß nach einer kurzen Übergangsperiode die NS-Regierung abgewirtschaftet haben würde und einigermaßen gesetzliche Zustände wiederkehren würden. Ein Beispiel: Otto Wallach von der Baumann & Lederer AG war im 1. Weltkrieg ausgezeichnet worden. Er konnte sich nicht vorstellen, mit welcher Konsequenz die Nationalsozialisten ihre Vernichtungspläne umsetzen würden. Erst als man ihn gezwungen hatte, seine Aktien zu verkaufen, bereitete er die Emigration vor. Die Bereitschaft auszuwandern, wurde auch schon dadurch gebremst, daß verschiedene Länder große Schwierigkeiten bei der Vergabe einer Einwanderungserlaubnis machten und daß seit 1931

<sup>53</sup> Dieser Vorgang wurde mit dem vielfach verwandten Begriff der „Gleichschaltung“ umschrieben. In den Akten findet sich nur sehr wenig und zudem nicht sehr zuverlässiges Material darüber. <sup>54</sup> Die Namen stehen in einem kleinen Artikel auf der Wirtschaftsseite (Heimische Wirtschaft) der Kasseler Neuesten Nachrichten vom 16. 8. 1933; ebenso in den Handelsregistrauszügen in der Kasseler Post.

die Emigranten 25 % des steuerpflichtigen Vermögens an das Reich als Reichsfluchtsteuer abführen mußten. Außerdem kam es beim Umtausch in ausländische Währungen zu extrem hohen Verlusten, da das Reich den allergrößten Teil des umzutauschenden Betrages in Form einer Gebühr, Disagio genannt, einkassierte. Im Juli 1938 mußte beim Transfer von Reichsmark in englische Pfund ein Disagio von 91,5 % gezahlt werden. Eine frühzeitige Emigration scheiterte auch oft daran, daß es vielfach nicht möglich war, den Betrieb zu einem angemessenen Preis zu verkaufen. Der Verkauf von Aktien der Firma Gottschalk & Co. wäre z. B. im Dezember 1933 höchst verlustreich gewesen, denn zu dem damaligen Zeitpunkt hatten die Aktien aufgrund der schlechten Geschäftslage der letzten Jahre einen geringen Verkaufswert, und außerdem hätte sich nur schwerlich ein Käufer finden lassen. Die Aktienverkäufer hätten schon sehr weit im Kurs zurückgehen müssen, um einen Kaufanreiz zu bieten. Die Industrie- und Handelskammer kommt daher in einem Gutachten für das Finanzamt Kassel zu dem Ergebnis, „daß selbst bei einem Kurs bis zu 40 % nur ein Zufall zu einem Umsatz in Aktien der Gottschalk & Co. AG hätte führen können“.<sup>55</sup> Im Vergleich dazu wurde 1938 der größte Teil der Gottschalk-Aktien zu einem Kurs von 100 % verkauft, allerdings unter Zwang.

Es war selbst noch im Jahre 1936 schwierig, eine Textilfirma zu einem angemessenen Preis zu verkaufen. Dies zeigt das Beispiel der Baumwollweberei Ellrich GmbH, Kassel, Schomburgstr. 3. Textilfabriken waren aufgrund der ungenügenden Rohstoffzuteilung in ihrer Kapazität nicht voll ausgelastet und konnten daher keine außerordentlichen Gewinne abwerfen. Dementsprechend blie-

ben auch alle Gespräche mit potentiellen Käufern der Baumwollweberei Ellrich GmbH ohne Ergebnis: „Die nicht ununterbrochen gleichmäßige Beschäftigung und die ungünstige Möglichkeit einer genügenden Garnversorgung“ bereiteten Textilfabrikanten dermaßen Schwierigkeiten, daß sie sich 1936 noch nicht „zu einer Expansion entschließen“ konnten.<sup>56</sup>

Das Bestreben, den Betrieb zu vergrößern, begann in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft erst 1936/37 im Zusammenhang mit dem Vierjahresplan und der forcierten Aufrüstung. „Als der Staat auf die Arisierung hinzuwirken begann, kam er damit den wirtschaftlichen Expansionstendenzen entgegen.“<sup>57</sup>

Mit einer weitsichtigen Strategie reagierte Victor Carl Oppenheim (Inhaber der Roßhaarspinnerei V. Oppenheim Söhne) auf die Machtübernahme der Nationalsozialisten. Er hatte mit Wirkung vom 30. Juni 1934 eine stille Beteiligung an der Roßhaarspinnerei Kurt Kaufmann, Basel, erworben. Dies erleichterte ihm 1939 den Neuanfang in der Emigration in der Schweiz.<sup>58</sup>

Daß sich im Handelssektor größere Möglichkeiten boten, auf die NS-Maßnahmen zu reagieren, zeigte das Beispiel der Firma Perlstein & Co., Großhandel in Schuhwaren. Die Inhaber dieser Firma versuchten, die Boykottpolitik zu unterlaufen, indem sie eine zweite Firma mit dem unverdächtigen Namen „Kasseler Schuhversand GmbH“ gründeten. Diese Firma übernahm für die erste Firma den gesamten Versand an die Kundschaft.<sup>59</sup> Die beiden Inhaber stellten im September 1936 ihr Gewerbe ein, betrieben nur noch die Liquidation ihrer Firmen und bereiteten die Auswanderung nach Palästina vor.

## Umsatzsteigerungen und Rohstoffknappheit in den Jahren 1934–37

Für die Kasseler Textilindustrie war das Jahr 1933 – trotz aller Boykottmaßnahmen – ein Jahr des beginnenden sichtbaren Aufschwungs. In der zweiten Hälfte des Jahres 1933 besserte sich die Geschäftslage der Firma Gottschalk & Co., so daß die Firma in der Lage war, die Belegschaft um ein Drittel zu erhöhen. „Allerdings war der Wettbewerb um Aufträge schärfer denn je, und die Schleuderpreise einzelner Firmen verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Mentalität der Käufer.“<sup>60</sup>

Das Handelsbilanzergebnis weist für das Jahr 1933 einen Verlust von RM 66 700,- aus, dagegen für das Jahr 1934 bereits wieder einen Gewinn von 118 200,- DM.<sup>61</sup>

Die Zurückhaltung von öffentlichen Stellen bei der Vergabe von Aufträgen an sogenannte „jüdische Firmen“ hatte die Firma Gottschalk & Co. nicht in ihrer Existenz bedroht.

Ab 1934 erzielten die Schwerwebereien Gottschalk & Co. und Baumann & Lederer deutliche Umsatzsteigerungen,

<sup>55</sup> Landesamt, Finanzamts-Akten der Firma Gottschalk & Co. <sup>56</sup> Diese Begründung ist in einem Schreiben des Bankhauses A. E. Wassermann über Verhandlungen mit potentiellen Käufern enthalten. Brief vom 8. Mai 1936 an die Baumwollweberei Ellrich GmbH. In: Landesamt, Finanzamts-Akten der Baumwollweberei Ellrich GmbH. <sup>57</sup> Genschel, a.a.O.(1), S. 146. <sup>58</sup> Daten zur Roßhaarspinnerei V. Oppenheim Söhne: Wert der verkauften Waren 1936: 559 000,- RM, Zahl der Beschäftigten 1936: 49 Arbeiter und 7 Angestellte. Der Betrieb wechselte wesentlich später als andere sog. „jüdische Firmen“ den Besitzer. Der Kaufvertrag ist auf den 4. 3. 1939 datiert. <sup>59</sup> Landesamt, Finanzamts-Akten der Firma Perlstein & Co. <sup>60</sup> Landesamt, Finanzamts-Akten der Firma Gottschalk & Co., Geschäftsbericht der Firma Gottschalk & Co. vom 20. 9. 1934.

wie die in der Umsatz-Übersicht zusammengestellten Zahlen belegen.<sup>62</sup> Auf die Ursachen für diese Entwicklung wird noch näher einzugehen sein.

Allerdings erlebte die Firma Baumann & Lederer in den Jahren 1934–37 einen steileren Anstieg der Umsatzzahlen als die Firma Gottschalk & Co., deren Umsätze zwischen 3,3 und 3,7 Mill. RM schwankten. In einzelnen Jahren gelang es der Firma Baumann & Lederer, den Umsatz der Firma Gottschalk & Co. zu übertreffen.

#### Umsatz-Übersicht<sup>63</sup>

Gottschalk & Co. AG		Baumann & Lederer AG	
Jahr	Umsatz in Mark	Jahr	Umsatz in Mark
1926	3947943	1932/33	808396 (II Mon.)
1927	5631372	1933/34	1628773
1928	5090676	1934/35	3204279
1929	4436864	1935/36	3990067
1930	3169708	1936/37	4711793
1931	2624907	1937/38	4415865
1932	1889483	2. Halbj.	
1933	2168241	1938	2404955
1934	3385197	1939	4391900
1935	3415687	1940	5519212
1936	3793181	1941	5748080
1937	3761750	1942	5058448
1938	4646353		
1939	5068022		
1940	5224321		
1941	5548788		
1942	5233818		

#### Nach der Fusion zur Hansa Schwerweberei AG

1943	7340009
1944	2184092
1945	253019
1946	699835
1947	1475553
1948	3585401
1949	4546687

Die Umsatzsteigerungen der beiden Segeltuchwebereien in den Vorkriegs- und in den folgenden Kriegsjahren dürften im wesentlichen auf Lieferungen an öffentliche Auftraggeber zurückgehen. Nach Aussage des Vorstandsvorsitzenden von Baumann & Lederer, Otto Wallach, ist es „der Firma nach der Pleite von 1931 dank der Aufrüstung besser gegangen denn je zuvor“.<sup>64</sup>

Bei Baumann & Lederer betrug in den Vorkriegsjahren der Anteil der unmittelbaren Lieferungen an das Reich und die Behörden bereits etwa die Hälfte des Gesamtumsatzes.<sup>65</sup>

Geschäftsjahr	Lieferungen an Reich u. Behörden
1935/36	48,2 % des Umsatzes
1936/37	49,3 % des Umsatzes
Juli–Dez. 1937	44,2 % des Umsatzes
Juli–Dez. 1938	63,3 % des Umsatzes.

Bei der Firma Gottschalk & Co. hielt sich dieser Anteil im wesentlichen bei etwa 30 % des Umsatzes.

Geschäftsjahr	Lieferungen an Reich u. Behörden
1936	30,9 % des Umsatzes
1937	28,2 % des Umsatzes
1938	28,8 % des Umsatzes.

Bei der Firma Baumann & Lederer ist der steilere Anstieg der Umsatzzahlen in den Jahren 1934 bis 1937 durch den höheren Anteil an öffentlichen Aufträgen zu erklären. In der Umsatz-Übersicht fällt außerdem noch besonders auf, daß es bei der Firma Gottschalk & Co. im Jahre 1938 zu einer sprunghaften Umsatzsteigerung kam. Ob dies durch das Ausscheiden des jüdischen Firmeninhabers und Hauptaktionärs bedingt ist, läßt sich nicht belegen. Genauso gut könnte dies ein Resultat der verstärkten Aufrüstung sein. Auch bei der Firma Gottschalk & Co. änderte sich in den Kriegsjahren die Zusammensetzung des Umsatzes. Der Anteil der Lieferungen an das Reich und die Behörden betrug 1939 42,4 %, 1940 bereits 74,3 % des Gesamtumsatzes.

Die dritte von jüdischen Familien betriebene Kasseler Schwerweberei, die Firma Fröhlich & Wolff, konnte ebenfalls in den Vorkriegsjahren Umsatzsteigerungen verbuchen. Dies verdankte sie in großem Maße dem engen Kontakt zur Gummi-Industrie (hauptsächlich zur Fa. Conti in Hannover), der sie insbesondere Cordzwirne für Autoreifen lieferte.

Die Schwerwebereien hätten noch wesentlich höhere Umsätze tätigen können, wenn sie nicht auf die durch die Wirtschaftspolitik bedingten Schranken gestoßen wären. Ein Beleg dafür findet sich im Geschäftsbericht der Firma Gottschalk & Co. für das Jahr 1936: „Infolge der Verknappung der Rohstoffe und der verminderten Garnzuteilung konnte ein Teil unseres Betriebes nicht voll beschäftigt werden.“<sup>66</sup>

<sup>62</sup> Ausführliche Geschäftsberichte sind in jedem Jahr auf der Wirtschaftsseite der Kasseler Post abgedruckt. <sup>63</sup> Landesamt, Treuhänder-Akte Hansa Schwerweberei. Die Umsatzzahlen der Firma Baumann & Lederer sind für die Jahre 1926–1932 nicht überliefert. <sup>64</sup> Aus dem Brief an seinen Bruder Franz Wallach vom 12. 10. 1959. <sup>65</sup> Alle Prozentzahlen stammen aus der Treuhänder-Akte der Hansa-Schwerweberei. <sup>66</sup> Landesamt, Finanzamts-Akten der Firma Gottschalk & Co.

Die Firma konnte trotzdem das Geschäftsjahr mit einem Gewinn abschließen. Ob sie bei der Rohstoffzuteilung benachteiligt wurde, weil sie als „jüdische Firma“ galt, läßt sich anhand des vorliegenden Materials nicht nachweisen. Die Produktionsbeschränkungen ließen sich zu einem

gewissen Grade umgehen. So erwarben die Inhaber der Jute-Spinnerei und -Weberei z. B. das Arbeitsrecht einer stillliegenden Fabrik und versuchten, die spärlichen Rohjute-Vorräte durch die Beimischung anderer Faserstoffe sowie von Papier zu strecken.<sup>67</sup>

## Die „Arisierung“ der Kasseler Textilindustrie Anfang 1938

### Die Propaganda in der Kurhessischen Landeszeitung (KLZ) zur „Arisierungswelle“: „Restlose Bereinigung in der Textilindustrie“

Obwohl die „Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ erst nach der sogenannten „Reichskristallnacht“ gesetzlich verfügt wurde, kam es bereits im Januar 1938 zur „Arisierung“ von dreien der vier Kasseler Textilindustriebetriebe. Der Besitzwechsel des vierten Betriebes vollzog sich nach mehreren Anläufen im April 1938. Die Durchführung der „Arisierung“ lag in den Händen der Industrie- und Handelskammer<sup>68</sup>, bei bedeutenden Firmen war der Gauwirtschaftsberater Dr. Braun<sup>69</sup> persönlich beteiligt. Oft drängte er die jüdischen Inhaber zum Verkauf. Die Aktionäre von Baumann & Lederer berichteten nach dem Krieg, daß sie keinerlei Einfluß auf die Auswahl des Käufers und die Höhe des Kaufpreises hatten.<sup>70</sup>

Die Textilindustriebetriebe waren die einzigen Firmen, über deren „Arisierung“ die Kasseler Lokalpresse berichtete, zumeist in Form von kleinen Meldungen auf der Wirtschaftsseite und mit harmlos klingenden Überschriften versehen, wie z. B. „Besitzwechsel in der Majorität“.<sup>71</sup> In den ersten Meldungen wurden die Namen der neuen Besitzer noch nicht genannt, sondern erst am 19. März 1938, als die „Arisierung“ von Fröhlich & Wolff fast abgeschlossen war.<sup>72</sup>

Die „Kurhessische Landeszeitung“ jedoch begnügte sich nicht mit diesen kleinen Artikeln. Am 9. 2. 1938 veröffentlichte sie einen zynischen Kommentar mit dem Untertitel: „Restlose Bereinigung in der Textilindustrie.“ Der

Artikel, der von H., einem engen Mitarbeiter des Gauwirtschaftsberaters, verfaßt worden war, ließ – obwohl er keine konkreten Fakten nannte – den Leser durch deutliche Anspielungen und Drohungen ahnen, daß der angelaufene „Arisierungsprozeß“ konsequent zu Ende geführt würde. Die folgenden Zitate beinhalten die zentralen Aussagen in dem durch historische Abschweifungen sehr umfangreichen Artikel: „Es rauscht jetzt auch bei uns im jüdischen Aktienwald. Aktienblatt um Aktienblatt fällt in die Hände arischer Neubesitzer. Der Jude beginnt einzusehen, daß er sich nicht halten kann und fängt an, das Feld zu räumen. (...)“

Jetzt entscheidet es sich, ob in Kurhessen die bisher jüdischen Betriebe in arischen Besitz übergehen oder ob diese Betriebe überhaupt verschwinden. Eine Zwischenlösung ist nach dem derzeitigen Stand der Dinge einfach undenkbar. Sie ist auch nicht mehr zu erörtern, zumal wir heute in der Lage sind, jedem Arbeiter, der durch seinen jüdischen Brotherrn von seinem Arbeitsplatz verdrängt wird, sofort einen neuen Arbeitsplatz nachzuweisen. (...) Wir glauben, daß der Jude die Zeichen der Zeit versteht und von der Bühne der Wirtschaft abtritt, ohne daß wir ihm dies deutlicher zeigen müssen. Der Jude ist gekommen, ohne daß wir ihn gerufen haben, der Jude mag auch gehen, ehe wir ihn zum Abtreten zwingen. Den Zorn des Volkes hat der Jude verdient. (...)“<sup>73</sup>

<sup>67</sup> Landesamt, Finanzamts-Akten der Jute-Spinnerei u. -Weberei, Geschäftsbericht Okt. 1934 und Nov. 1935. <sup>68</sup> Ein Beleg dafür findet sich im Brief der Industrie- und Handelskammer Kassel/Mühlhausen vom 20. 5. 1940 an den Oberfinanzpräsidenten in Kassel: „Wir haben seinerzeit die Arisierungsverhandlungen, die jüdische Firma V. Oppenheim Söhne betreffend, geführt und entscheidend beeinflußt (...)“ (Landesamt, Devisen-Akte der Firma V. Oppenheim Söhne). <sup>69</sup> Dr. Rudolf Braun besaß Fabriken für ärztliche und medizinische Bedarfsartikel in Melsungen, Kassel und Helsa. Als „Träger des Goldenen Ehrenzeichens der NSDAP“ bekleidete er zahlreiche Ämter, z. B. Präsident der Industrie- und Handelskammer Kassel u. Mühlhausen, erster Beigeordneter der Stadt Melsungen, Mitglied des Preußischen Landtags und des Reichstags, Mitglied der Kommission für Wirtschaftspolitik in der Reichsleitung der NSDAP, Beauftragter für die Landesplanung und für den Vierjahresplan, Sonderbeauftragter für alle Arisierungsfragen, stellvert. Leiter der Wirtschaftskammer Hessen, Wehrwirtschaftsführer (ab 1939). Kasseler Post vom 21. Juli 1939: Dr. Rudolf Braun 50 Jahre. <sup>70</sup> In einem Brief von Otto Wallach und Heinz Baumann heißt es: „Gegen unseren Willen mußten wir ... unseren Besitz an Aktien der Henschel'schen Familienverwaltung GmbH anbieten. Wie üblich in solchen Fällen wurde uns nicht erlaubt, einen Preis zu fordern, der dem wirklichen Wert des Unternehmens entsprach, sondern wir hatten einen Preis zu akzeptieren, der von der lokalen Naziorganisation diktiert wurde.“ (Landesamt, Treuhänder-Akten d. Hansa-Schwerweberei). <sup>71</sup> Kasseler Post vom 19. 1. 1938 über die Jute-Spinnerei u. Weberei. <sup>72</sup> Kasseler Post vom 19. 3. 1938. Der Artikel ist abgedruckt in: Jörg Kammler; Dietfrid Krause-Vilmar (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde, Kassel 1933–1945. Eine Dokumentation. Fuldabrück 1, 1984, S. 147. <sup>73</sup> „Jüdische Nachhut verläßt Kurhessen“, KLZ vom 9. 2. 1938.

## Jute-Spinnerei und -Weberei, Kassel: Aktienverkauf an nichtjüdische Freunde

Die Jute-Spinnerei und -Weberei beschäftigte im Geschäftsjahr 1934/35 735 Arbeiter sowie 44 Angestellte und verkaufte Waren im Wert von 3,57 Millionen RM.<sup>74</sup> Den Posten des ersten Direktors im Vorstand der Firma hatte seit 1900 Ernst Rubensohn.

Am 27. 11. 1937 befanden sich noch über 50 % der Aktien in jüdischem Besitz. Der größte Teil davon gehörte der Familie Rubensohn und den Erben des Dr. Richard Wolff. Die „Arisierung“ verlief in zwei Etappen: Aufgrund eines Aufsichtsratsbeschlusses vom 17. 1. 1938 verkauften die jüdischen Aktionäre einen Teil der Aktien, eine Familie sogar das gesamte Paket. Damals reichte es aus, um als „nichtjüdischer Betrieb“ zu gelten, wenn 51 % der Aktien in „nichtjüdischen Besitz“ gebracht wurden. Als es im August 1938 erforderlich geworden war, daß sich 75 % der Aktien in „nichtjüdischen Händen“ befanden, wurden die noch verbliebenen jüdischen Aktionäre gebeten, ihre Aktien zu verkaufen. Die Käufer waren in beiden Fällen nichtjüdische Freunde, insbesondere die Inhaber der Westfälischen Jutespinnerei Ahaus, die jedesmal den größten Teil der Aktien übernahmen. Sie hatten auch schon 1935 den Aktienbesitz einer anderen jüdischen Familie, der Familie G., gekauft. Nach einem Gutachten des Landesamtes für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung aus dem Jahre 1949 deckte sich der für den Verkauf der Aktien im Jahre 1938 angesetzte Kurs von 140 % mit den damaligen Notierungen.<sup>75</sup>

Unmittelbarer Anlaß für die „Arisierung“, die bereits am 19. 1. 1938 in der Lokalpresse mitgeteilt wurde, war der neue wirtschaftspolitische Kurs. Göring hatte am 15. Dezember 1937 angeordnet, daß „jüdischen Betrieben“ geringere Kontingentierungen an Devisen- und Rohstoffzuteilungen zu gewähren seien.<sup>76</sup>

Die Rohstoffmengen sollten, wie es in einem Schreiben der Reichswirtschaftskammer an die Reichsgruppen hieß, regelmäßig um mindestens 10 % gekürzt werden. Diese Kürzungen betrafen sowohl aus dem Ausland importierte als auch im Inland erzeugte Rohstoffe.

Mit dieser Maßnahme erhoffte man grundsätzliche Probleme der Vorkriegswirtschaft, d. h. den chronischen

Mangel an Rohstoffen und Devisen, zu lindern sowie die „Entjudung“ der Wirtschaft voranzutreiben. Daß sich letzteres Kalkül als wirkungsvoll erwies, zeigt ein Brief von Emil Rubensohn aus dem Jahre 1946:

„An jenem Tage, an dem wir beide, mein Bruder und ich, unsere Ämter niederlegen und wir sowie andere Mitglieder unserer Familie die Aktien verkaufen mußten, haben wir unter dem unerhörten Zwang gehandelt, den das Amt der Regierung, das für die Verteilung der Rohjute maßgebend war, durch seine Drohung auf uns ausübte. Wir durften und konnten es nicht dazu kommen lassen, daß der Jute-Spinnerei die Rohstoff-Belieferung entzogen wurde, sie also in des Wortes wörtlicher Bedeutung zum „Hungertode“ verurteilt wurde, weil die beiden jüdischen Direktoren im Amt blieben.“<sup>77</sup>

Firmen wie die Jute-Spinnerei und -Weberei und die Kasseler Segeltuchwebereien waren nicht nur durch Rohstoffkürzungen in ihrer Existenz gefährdet, sondern auch durch den Entzug von öffentlichen Aufträgen. Am 1. März 1938 verkündete der Reichs- und Preußische Wirtschaftsminister den „Ausschluß von Juden von der Vergebung öffentlicher Aufträge“. Spätestens dieser Vorgang hätte eine „Arisierung“ der oben erwähnten Industriebetriebe unumgänglich gemacht. In den vom Wirtschaftsminister verkündeten Bestimmungen heißt es u. a.: „Wenn zum Zeitpunkt des Erlasses der Kabinettsrichtlinien vom 14. Juli 1933 der Gedanke maßgebend war, daß die gesamte Wirtschaftspolitik auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit auszurichten sei, so sind derartige Erwägungen bei dem heutigen Stand der Dinge nicht mehr entscheidend. Nachdem unerwünschte Rückwirkungen auf dem Arbeitsmarkt in irgendwie wesentlichem Ausmaße nicht mehr zu erwarten sind, ist es geboten, den Grundsätzen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik durch eine weitere Zurückdrängung des jüdischen Einflusses auch auf dem Gebiete des öffentlichen Auftragswesens Rechnung zu tragen. Es muß daher künftig davon ausgegangen werden, daß im Grundsatz die Beteiligung einer jüdischen Firma an Aufträgen der öffentlichen Hand überhaupt als **unstatthaft** anzusehen ist.“<sup>78</sup>

## Baumann & Lederer AG und Gottschalk & Co. AG: Aktienverkauf unter Zwang

Anders als bei der „Arisierung“ der Jute-Spinnerei und -Weberei vollzog sich der Besitzwechsel der Firma Baumann & Lederer nur unter erheblichem Druck von seiten

des Gauwirtschaftsberaters, da sich die jüdischen Aktionäre hartnäckig weigerten, ihren Besitz zu verkaufen. Auf welche Art und Weise sie mürbe gemacht wurden, bis sie

<sup>74</sup> Landesamt. Finanzamts-Akten der Jute-Spinnerei u. Weberei. <sup>75</sup> Landesamt. Treuhänder-Akte der Jute-Spinnerei u. Weberei. <sup>76</sup> Adam, a.a.O.(2), S. 176. <sup>77</sup> Landesamt. Treuhänder-Akte d. Jute-Spinnerei. <sup>78</sup> Staatsarchiv Marburg, Akten des Landratsamts Eschwege.

sich den Anweisungen der NSDAP fügten, schildert eindringlich ein Schreiben der Rechtsanwälte von Heinz Baumann aus dem Jahr 1953 an die Entschädigungsbehörde:

„Ende 1937 sprach Julius Streicher in Kassel. Hiernach setzte ein neuer Sturm gegen die noch nicht in arischen Händen befindlichen Unternehmen ein. Der damalige Syndikus der Industrie- und Handelskammer, Herr Dr. Halbleib, rief Herrn Wallach an und fragte, ob er nicht bereit sei, die Aktien der Firma zu verkaufen. Heinz Baumann und sein Schwager (Otto Wallach) lehnten den Verkauf ab. Die Anfragen wurden jedoch immer dringlicher. Es wurde Herrn Baumann und seinem Schwager gedroht, man werde sie zum Verkauf zwingen, wenn sie nicht „freiwillig“ verkaufen würden. Trotzdem lehnten Herr Baumann und sein Schwager weiterhin den Verkauf der Aktien ab.

Anfang Januar 1938 rief der Aufsichtsratsvorsitzende der Firma bei Herrn Baumann und seinem Schwager an. Er erklärte, es müsse unter allen Umständen eine Sitzung stattfinden. Die Partei sei bei ihm vorstellig geworden; die Überleitung in arische Hände müsse nunmehr vorgenommen werden. Am nächsten Tage fand die Sitzung statt. Der Aufsichtsratsvorsitzende erklärte, daß der damalige Gauwirtschaftsberater, Herr Braun, nunmehr darauf bestünde, daß der Verkauf stattfände, man hätte bereits einen Käufer für die Aktien und auch den Kurs schon festgesetzt.

Auch darauf erklärten Herr Baumann und sein Schwager, sie dächten nicht daran, zu verkaufen. Darauf wurde ihnen erklärt, daß, wenn nicht bis zum Abend desselben Tages der Verkauf vorgenommen würde, die Bereitschaft hierzu in einem Konzentrationslager erklärt werden würde. Erst diese Androhung erfüllte den erwünschten Zweck. Bis dahin war Heinz Baumann und seinem Schwager nicht bekannt, wer der Käufer der Aktien war. In den nächsten Tagen erst wurde erklärt, daß der Käufer die Henschel'sche Familienverwaltung GmbH sei.“<sup>79</sup>

Dieser Bericht, der Anfang der fünfziger Jahre zur Begründung der Wiedergutmachungsansprüche formuliert wurde, läßt sich allerdings wie die meisten Berichte aus der Nachkriegszeit nicht daraufhin überprüfen, ob alle Details stimmen, weil die entsprechenden Akten aus dem „Dritten Reich“ nicht mehr vorhanden sind.<sup>80</sup>

Daß die „Arisierung“, die am 28. 1. 1938 vollzogen wurde, nur unter erheblichem Druck zustande gekommen war, läßt sich auch aus einer zynischen Bemerkung des Gauleiters Weinrich erschließen. Es habe „Mühe und Sorgen gekostet, diesen Betrieb zu einem rein deutschen Betrieb zu machen“, führte er bei einem Betriebsappell Anfang Juni 1938 aus.<sup>81</sup>

Anders als bei Baumann & Lederer brauchte der Gauwirtschaftsberater bei der „Arisierung“ der Firma Gottschalk & Co. ein wesentlich geringeres Maß an Druck anzuwenden. Als dem Kommerzienrat Gottschalk Anfang Januar 1938 verkündet wurde, daß die Aktienmehrheit in „arischen“ Besitz überführt werden müsse, setzte er sich – wie ein Bericht aus der Nachkriegszeit schildert<sup>82</sup> – mit der Familie Henschel in Verbindung. Zwischen den Firmen Gottschalk & Co. AG und Henschel & Sohn AG gab es ohnehin eine enge personelle Verflechtung durch den Rechtsanwalt Dr. Ernst Mangold, der als Aufsichtsratsvorsitzender beider Firmen fungierte. Gleichzeitig war er auch für die Henschel'sche Nachlaßverwaltung GmbH tätig. Bereits acht Tage früher als bei Baumann & Lederer konnte die „Kuhessische Landeszeitung“ am 20. Januar 1938 die „Arisierung“ von Gottschalk & Co. melden.

Die Henschel'sche Nachlaßverwaltung (vertreten durch ihren Geschäftsführer) erwarb das Aktienpaket des Kommerzienrats Gottschalk (ca. 50,1 % des Gesamt-Aktienkapitals) zu einem Kurs von 100 % für die Miterbinnen Maria und Sophie Henschel. Die sich im Besitz des Bankhauses S. J. Werthauer jr. Nachf. befindlichen Aktien der Fa. Gottschalk & Co. (22,4 % des Gesamt-Aktienkapitals) übernahm Frau Hildegard Henschel zu einem späteren Zeitpunkt im Jahre 1938.

<sup>79</sup> Entschädigungs-Akten, Akte H. Baumann. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde am Dokument folgende Änderung vorgenommen: statt der Formulierung „der Antragsteller“ wurde „Herr Heinz Baumann“ gesetzt. Dieser Bericht liegt auch noch in einer leicht gekürzten Version in der Entschädigungsakte von Otto Wallach vor. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Tochter von Otto Wallach. <sup>80</sup> Die Aussagen dieses Berichtes finden eine Ergänzung und Bestätigung in anderen Schriftstücken, die die beiden Antragsteller schon früher verfaßt hatten. So heißt es z. B. in einem Brief von Heinz Baumann, der sich in den Entschädigungsvorakten im Stadtarchiv befindet: „Im Januar des Jahres 1938 wurden mein Schwager Herr Otto Wallach und ich unter Androhung, in ein KZ gesperrt zu werden, falls wir den Anweisungen der Industrie- und Handelskammer in Kassel nicht Folge leisten würden, gezwungen, unsere Ämter bei der Firma Baumann & Lederer AG in Kassel mit sofortiger Wirkung niederzulegen.“ <sup>81</sup> KLZ vom 3. 6. 1938. <sup>82</sup> Landesamt. Treuhänder-Akte der Hansa Schwerweberei.

## Die Zusammenlegung der Firmen Baumann & Lederer und Gottschalk & Co. zur Hansa Schwerweberei AG

Auf den Hauptversammlungen beider Segeltuchwebereien Ende April 1938 wurden die Vorstände der inzwischen von der Familie Henschel „arisierten“ Firmen ermächtigt, einen Interessengemeinschaftsvertrag abzuschließen. An eine Verschmelzung der Firmen war zunächst noch nicht gedacht.

Als per Reichsverordnung vom 27. 3. 1941 verfügt wurde, daß Firmenbezeichnungen nicht auf jüdische Familiennamen zurückgehen dürften, wurde am 23. 7. 1941 die Firma Gottschalk & Co. AG in Hansa Schwerweberei AG umbenannt. Aus der Baumann & Lederer AG wurde die Herkules Segeltuchindustrie AG.<sup>83</sup>

Zwischen den beiden Schwerwebereien wurde am 29. September 1942 ein Fusionsvertrag geschlossen, der durch die Hauptversammlung beider Gesellschaften am 21. Dezember 1942 genehmigt wurde. Firmiert wurde unter Hansa Schwerweberei AG.

Dieser Großbetrieb existierte nur wenige Jahre. Nach dem Krieg mußten die „Arisierungen“ wieder rückgängig gemacht werden. 1947 erließ die amerikanische Militärregierung ein Gesetz, wonach feststellbares „arisiertes“ Vermögen an den alten Eigentümer zurückzugeben war. Der Erwerber sollte den Kaufpreis wiederbekommen, der jedoch aufgrund der Währungsreform vom 20. 6. 1948 im Verhältnis von 10 : 1 dem Währungsschnitt verfiel.<sup>84</sup> Am 21. Oktober 1948 wurde zwischen Mitgliedern der Familie Henschel und den ehemaligen Eigentümern bzw. deren Erben die Rückgabe der Segeltuchwebereien vertraglich vereinbart, und zwar zu folgenden Bedingungen: Die Familie Henschel sollte nicht nur 10 % des alten Kaufpreises in der neuen DM-Währung erhalten, sondern noch weitere 10 % nach Erhalt der zu erwartenden Wiedergutmachungsbeträge. Etwas später wurde entfusioniert, und die alten Firmen konnten wieder neu entstehen.<sup>85</sup>

### Firma Fröhlich & Wolff: Besitzwechsel erst nach mehreren Anläufen

Während die Firmen Gottschalk & Co. und Baumann & Lederer bereits Ende Januar 1938 „arisiert“ wurden, dauerte es bei der Firma Fröhlich & Wolff noch etwa zehn Wochen, bis der endgültige Kaufvertrag unterzeichnet war. In der folgenden Darstellung wird der Frage nachgegangen, warum dieser Besitzwechsel ein langwieriger Prozeß war. Vorausgeschickt sei, daß grundsätzlich der Verkauf einer OHG, die sich in der Hand von mehreren Gesellschaftern befindet, ohnehin komplizierter als der Verkauf von mehreren Aktienpaketen einer AG ist.<sup>86</sup> Im Unterschied zu den anderen Textilindustriebetrieben bestanden schon vor 1938 Verkaufsabsichten. Die Anteilseigner Fröhlich, die kein gutes Verhältnis zur Firmenleitung hatten, bemühten sich bereits einige Monate nach dem Tode des Firmenchefs Dr. Richard Wolff (6. Mai 1936), Käufer für ihre Firmenbeteiligung (von 50 %) zu finden. Alle Verkaufsbemühungen scheiterten an den unterschiedlichen Interessen der beteiligten Personen,<sup>87</sup> die sowohl bei den Anteilseignern als auch innerhalb der Firmenleitung be-

standen, sowie am Veto des Gauwirtschaftsberaters. Während die Anteilseigner Fröhlich an einem schnellen Verkauf interessiert waren, war die Witwe Wolff eher geneigt, die Firma so lange wie möglich zu behalten. Keine der beiden Parteien konnte aber ihren Anteil ohne das Einverständnis der anderen verkaufen. Der Betriebsführer Eugen S. favorisierte von vorneherein eine Baumwollspinnerei und Zwirnerei aus Rheydt (Rheinland), mit der schon seit Jahren freundschaftliche Kontakte bestanden. Mit dieser Firma wurde bereits im Mai/Juni 1937 über den Verkauf gesprochen. Einen anderen Kaufinteressenten aus Hannover versuchte er dagegen abzurängen (Sommer 1937). Der Gauwirtschaftsberater akzeptierte jedoch nicht die Firma aus Rheydt, ebensowenig mehrere andere Bewerber. Dafür hatte er spätestens seit August 1937 konkrete Vorstellungen hinsichtlich der neuen Besitzer. Im Gegensatz zum Betriebsführer setzte sich dessen Stellvertreter Willy F. (der spätere Direktor) für die Vorstellungen des Gauwirtschaftsberaters ein.

<sup>83</sup> Alle Fakten aus: Landesamt, Treuhänder-Akte Hansa Schwerweberei. Einige Hinweise verdankt der Verfasser auch einer ehemaligen Aktionärin von Baumann & Lederer, Frau Schwartzkopff. <sup>84</sup> Vgl. Dörte von Westernhagen: Wiedergutmacht? In: DIE ZEIT Nr. 41 vom 5. Okt. 1984, Seite 34 (ZEIT-Dossier). <sup>85</sup> Die Firma Gottschalk & Co. AG firmiert seit dem 1. 1. 1949 wieder unter diesem Namen. <sup>86</sup> Der Grund dafür ist, daß Aktien in der Regel Inhaber-, aber nicht Namenspapiere sind. Der Marktwert der Aktien ist bekannt, da ein Kurswert besteht. Nicht so beim Kapital der OHG. <sup>87</sup> Um das komplizierte und z.T. widersprüchliche Quellenmaterial aus der Nachkriegszeit (hauptsächlich die Treuhänder- und Rückerstattungsakten) für den Leser durchschaubar aufzubereiten, mußten Details (insbesondere einzelne Persönlichkeiten betreffend) weggelassen werden.

Zum Jahresende 1937 verschärfte sich die Situation der Firma. „Die Gesellschafter wollten dem Zwang zum Verkauf, der im November 1937 unmittelbar durch den Gauwirtschaftsberater und Handelskammerpräsidenten Dr. Braun auf sie ausgeübt wurde, durch Umwandlung in eine Aktiengesellschaft ausweichen. Als ihnen dies vom Gauwirtschaftsberater verboten wurde, versuchten sie, die offene Handelsgesellschaft in eine einfache Kommanditgesellschaft (ein ‚arischer‘ persönlich haftender Gesellschafter und zwei jüdische Kommanditisten, d. V.) umzuwandeln. Auch dies wurde seitens des Gauwirtschaftsberaters verboten.“<sup>88</sup>

Anfang des Jahres 1938 zeichnete sich dann folgende Lösung ab: Frau Hildegard Henschel und ihr Sohn Karl Anton sollten zusammen mit der Firma aus Rheydt, auf die man wieder zurückgekommen war, den Betrieb übernehmen. Frau Henschel war bei der Maschinenfirma Henschel & Sohn ausgeschieden und verfügte somit über flüssiges Kapital. Ähnlich wie die Rheydter Firma war die Familie Henschel schon längst vorher als potentielle Käuferin im Gespräch. Ein Vermittler hatte bereits im Dezember 1936 der Firma Henschel & Sohn ein Kaufangebot unterbreitet.

Auf welche Art und Weise schließlich der damals 25jährige Karl Anton Henschel zum Kauf angeregt worden war, schilderte er 1946 in einem Brief an das Landesamt für Vermögenskontrolle:

„Im Jahre 1937 forderte mich der damalige Präsident der Industrie- und Handelskammer und Gauwirtschaftsberater, Dr. Braun, auf, im Zuge der Arisierung die Textilfirma Fröhlich & Wolff in Kassel zu übernehmen. Meine Ablehnung aus grundsätzlichen Erwägungen wurde abgewiesen mit der Begründung, daß die Familie Henschel ihr Geld in Kassel verdient hat und damit verpflichtet sei, ihre flüssigen Mittel in Kassel anzulegen. (...) Die Arisierung selbst wurde im Auftrag des Herrn Dr. Braun von einem Angestellten der Firma, Herrn Willy F., im engsten Einvernehmen mit Herrn Dr. Braun durchgeführt.“<sup>89</sup>

Den jüdischen Anteilseignern kam beim Verkauf jedoch nur eine Statistenrolle zu: Die in geschäftlichen Dingen unerfahrene Witwe Wolff wurde vom Betriebsführer und Testamentsvollstrecker Eugen S. vertreten, die Interessen der Brüder Fröhlich, die auf den Geschäftsverlauf kraft Gesellschaftervertrag ohnehin keinen Einfluß hatten, lagen in den Händen eines „arischen“ Wirtschaftsprüfers.

Die Abwicklung des Verkaufs im Februar 1938 stand unter einem enormen Zeitdruck, da der Gauwirtschaftsberater auf einem möglichst schnellen Abschluß beharrte, weil die Firma durch die ständige Kürzung der Rohstoffkontingente geschädigt worden wäre. Der von der Rheydter Firma beauftragte Wirtschaftsprüfer B. errechnete aufgrund der Bilanz vom 31. 12. 1937 einen Kaufpreis von RM 3 709 268,30. Aufgrund dieser Berechnungen legte der Gauwirtschaftsberater den Verkaufspreis fest.

Bei der abschließenden Besprechung über den Kaufvertrag auf dem Gauwirtschaftsamt blieb den jüdischen Anteilseignern nichts anderes übrig, als zu unterzeichnen. Auch ihrem nachträglichen Versuch, die Genehmigung zur Eintragung ins Handelsregister zu verweigern, war kein Erfolg beschieden. Der Vertrag vom 2. 3. 1938 sah vor, daß Frau Hildegard Henschel als Kommanditistin 51 % der Firma erwarb.

Am 21. März 1938 berichtete die „Kurbessische Landeszeitung“ unter der Überschrift „Von jüdischem Einfluß befreit“ über die „Arisierung“ der Firma Fröhlich & Wolff. Darin wurden die Umstände bei der „Arisierung“ in treffender Weise charakterisiert: „Schwierige Aufgaben waren zu meistern, bis es gelungen ist, dieses Großunternehmen in deutschen Besitz zu bringen. Daß dieser Erfolg erreicht wurde, ist vor allem der Arbeit des Gauwirtschaftsberaters Dr. Braun zu verdanken.“

Obwohl sich bereits im März 1938 ein Vertreter aus der Leitung der Rheydter Firma – jedoch ohne Absprache mit Braun und der Familie Henschel – als neuer Betriebsführer in Kassel vorgestellt hatte, kam es noch zu einer entscheidenden Wende: Der Gauwirtschaftsberater verweigerte am 1. April 1938 dem Kaufvertrag im Nachhinein seine Zustimmung und zwang die Rheydter Firma, aus dem Vertrag auszusteigen. Es hatte sich herausgestellt, daß die Rheydter Firma nicht genügend flüssiges Kapital aufbringen konnte, um die Hälfte der Firma Fröhlich & Wolff zu erwerben. Außerdem bestand die Gefahr, daß ein Teil der „arisierten“ Firma (die Cordzwimerei) aus Brauns Machtbereich nach Rheydt verlagert worden wäre, was für Kassel einen Verlust an Wirtschaftskraft bedeutet hätte. Braun, der sich in erster Linie der Region verbunden fühlte, war wohl auch prinzipiell dagegen, daß ein auswärtiger Betrieb die Firma Fröhlich & Wolff übernehme. Er hat es oft zu verhindern gewußt, wenn sich Firmen von Rhein und Ruhr in Nordhessen einkaufen wollten.<sup>90</sup>

<sup>88</sup> Landesamt Vermögenskontrolle, Rückerstattungsakten Firma Fröhlich & Wolff, Bd. 1. <sup>89</sup> Landesamt. Treuhänder-Akte Textilwerke Karl Anton Henschel. <sup>90</sup> Der Wirtschaftsprüfer Dr. Fenner in einem Brief an den Verfasser. Dem ehemaligen Prokuristen der Firma Herrn Müller sei für eine Reihe nützlicher Hinweise gedankt.

Im Falle der Firma Fröhlich & Wolff bot sich folgende Lösung an: Der Gauwirtschaftsberater verlangte nun, daß Frau Henschel alleine den Betrieb übernehme. Am 12. 4. 1938 wurde ein neuer Vertrag angefertigt. Die Verkaufsverhandlungen, die – wie es in der Devisenakte von Otto Fröhlich heißt – „unter enger Beteiligung der Industrie- und Handelskammer stattfanden“, hatten damit endlich ihren Abschluß gefunden. Mit der Unterzeichnung des Vertrages vor dem Notar Justizrat Dr. Otto St., Kassel, war die Firma Fröhlich & Wolff zu einem Gesamtpreis von RM 3 352 081,- verkauft.<sup>91</sup>

Der vom Gauwirtschaftsberater festgelegte Verkaufspreis lag um 357 187 RM niedriger als der vom Wirtschaftsprüfer B. errechnete. Es ergibt sich nun die Frage, ob der Verkaufspreis angemessen war. In einem Schreiben vom 16. 7. 1946 des Amtes für Vermögenskontrolle wird der Verkaufspreis zu dem „wirklichen Wert“ des Betriebes in Bezug gesetzt:

„Es wird behauptet, daß die Arisierung unter Zwang erfolgt sei und daß der bezahlte Kaufpreis von RM 3 352 081,- dem wirklichen Wert des Unternehmens auch nicht annähernd entsprochen habe. Dieser wirkliche Wert soll vielmehr nach einer Errechnung des Dipl.-Kaufmanns/Dipl.-Volkswirts Dr. L. D. vom 14. 1. 46 RM 11 055 656,36 betragen haben. Ich persönlich glaube, daß dieser letztere Wert in etwas zu hoch gegriffen ist, bin jedoch der Meinung, daß der wirkliche Wert im Zeitpunkt der Arisierung bei etwa 7,5 Mill. RM gelegen hat.“<sup>92</sup>

Demnach hätten Mitglieder der Familie Henschel das Unternehmen für noch nicht einmal die Hälfte des Verkehrswertes erstanden.

Laut Vertrag vom 12. 4. 1938 war Frau Hildegard Henschel die alleinige Käuferin. Da sie jedoch in geschäftlichen Dingen unerfahren war, nahm sie keinen Einfluß auf den Betrieb.

Am 25. Oktober 1938 wurde zwischen ihr und ihrem Sohn Karl Anton ein Vertrag abgeschlossen, der festlegte, daß ihr Sohn den Betrieb übernahm und rückwirkend in den Vertrag vom 12. 4. 1938 eintrat. In dem Vertrag findet sich u. a. folgende Passage: „Der Kaufpreis, den Frau Geheimrat Henschel in Erfüllung des Vertrages vom 12. April 1938 an die früheren Eigentümer voll bezahlt hat, ist

von ihr aus Mitteln geleistet worden, die ihr zu diesem Zweck von Herrn Karl Anton Henschel zur Verfügung gestellt sind.“<sup>93</sup>

Ins Handelsregister eingetragen wurde am 15. 2. 1939 die Firmenfortführung durch Karl Anton Henschel und am 20. 3. 1939 die Namensänderung der Firma Fröhlich & Wolff in „Textilwerke Karl Anton Henschel“.

Am 22. 10. 1948 wurde der Betrieb an die ehemaligen jüdischen Eigentümer wieder zurückgegeben. Als Gegenleistung erhielt Karl Anton Henschel 15 % der Kaufpreissumme, allerdings in DM, also 502 812 DM.

Zusammenfassend läßt sich über die „Arisierung“ der Firma Fröhlich & Wolff sagen, daß hierbei die Machtfülle des Gauwirtschaftsberaters und damit auch der NSDAP besonders deutlich sichtbar wurde. Von ihm ging ab November 1937 der Zwang zum Verkauf aus. Die jüdischen Anteilseigner waren in der letzten Phase des „Arisierungsvorgangs“ „weder an der Wahl des Käufers noch an der Höhe des Kaufpreises verhandlungsmäßig beteiligt“.<sup>94</sup> Selbst der endgültige Käufer handelte unter dem Einfluß des Gauwirtschaftsberaters. Dessen Macht erlaubte es sogar, den Vertrag mit dem ersten Käufer rückgängig zu machen. Gegen die Partei konnte also nichts entschieden werden. Doch trotz des Einsatzes von erheblichem Druck lief die „Arisierung“ von Fröhlich & Wolff keineswegs reibungslos ab. Es gab immer wieder Momente, die den Besitzwechsel verzögerten. In diesem Punkt unterscheidet sich die „Arisierung“ von Fröhlich & Wolff erheblich von den anderen Fällen.

Für die Familie Henschel bedeutete die „Arisierungswelle“ des Jahres 1938, daß sie neben zahlreichen Grundstücken drei Textilindustriebetriebe, die wirtschaftlich erfolgreich waren und im Rahmen der Kriegswirtschaft noch an Bedeutung gewannen, relativ günstig erwerben und damit ihre wirtschaftlich starke Stellung noch ausbauen konnte. Der Konzentrationsprozeß in der nordhessischen Wirtschaft war somit enorm verstärkt worden. Trotzdem entsprach der Besitzwechsel in der Textilindustrie den Vorstellungen des Gauwirtschaftsberaters, da er für diese Betriebe einen kapitalkräftigen Käufer aus seinem Machtbereich wünschte.

<sup>91</sup> Landesamt. Devisenakte Otto Fröhlich. <sup>92</sup> Landesamt. Treuhänderakte Textilwerke K. A. Henschel. <sup>93</sup> Landesamt. Rückerstattungsakten, Fröhlich & Wolff, Bd. 1. <sup>94</sup> Ebenda.

## Nach dem Kauf kassiert die NSDAP: „Arisierungsabgaben“

Frau Hildegard Henschel hatte neben dem Kaufpreis für die Firma Fröhlich & Wolff auch noch eine „Arisierungsabgabe“ zu entrichten, d. h. der Gauwirtschaftsberater verlangte eine „Spende“ in Höhe von RM 300 000,-, die angeblich für einen Sozialfond der Partei bestimmt war.<sup>95</sup> Das waren etwa 9 % des Kaufpreises.

Dies war durchaus kein unübliches Vorgehen, wie ein Dokument aus den Akten des Finanzamts beweist. Der folgende Text ist ein Auszug aus einem Aktenvermerk vom 21. Mai 1938 aus den Umsatzsteuerakten der Firma Baumwollweberei Ellrich OHG. Mit deren „Arisierung“ waren sowohl das Finanzamt Kassel als auch der Gauwirtschaftsberater für Thüringen befaßt, da sich die Verwaltung der Firma in Kassel befand, während die beiden Fabriken im Harz standen.

„Gestern erschien ... der Rechtsanwalt Oppenheim als Vertreter der Firma Baumwollweberei Ellrich OHG. in Kassel und brachte folgendes vor:

Seine jüdische Auftraggeberin will ihren Betrieb an die Herren Albert Hall in München-Bernsdorf und Robert Schupf, Stammbach (Oberfranken), verkaufen, die ihn in einer neu zu gründenden OHG. weiterführen wollen. Der Kaufpreis ist noch nicht festgelegt, wird aber zwischen RM 330 - 350 000,- betragen. Ein Vertragsentwurf liegt vor. Der Gauwirtschaftsberater für Thüringen verlangt, daß die Käufer an die Verkäuferin nicht den vollen derzeitigen Wert des Unternehmens, sondern einen geringeren Betrag bezahlen und der Unterschiedsbetrag von wahr-

scheinlich RM 30 000,- an die A.-Kasse (vermutlich: Arisierungskasse, d. V.) des Gau Thüringen abgeführt wird. Der Gau verlangt auch, daß diese Verpflichtung im Kaufvertrag festgehalten wird. (...)

Heute morgen bat Herr Hall, einer der Erwerber, nochmals um eine Unterredung. Bevor diese stattfand, habe ich mich zu meiner Unterrichtung mit dem Sachbearbeiter für Arisierungsfragen der Industrie- und Handelskammer Kassel, Herrn Dr. Halbleib, fernmündlich ins Benehmen gesetzt. Dr. Halbleib erklärte mir, das Bestreben des Gauwirtschaftsberaters, bei Arisierungen einerseits den den jüdischen Unternehmern bei der Veräußerung zufließenden Preis möglichst zu drücken, andererseits aber die Spanne zwischen Veräußerungspreis und Wert der Unternehmen nicht den Erwerbern, sondern der Allgemeinheit zukommen zu lassen, habe seinen Ausgangspunkt in Kassel gehabt und sei von Thüringen übernommen worden. Soviel er wisse, habe Thüringen noch keinen derartigen Fall abschließend behandelt.“

Die Abführung von Arisierungsabgaben an Parteistellen wurde nicht aufrechterhalten, denn das Wirtschaftsministerium hatte ein starkes Interesse daran, Arisierungsgewinne für das Reich zu kassieren.<sup>96</sup>

Dazu ein Beispiel aus Kassel: Der Regierungspräsident verband die Genehmigung zum Erwerb der Roßhaarspinnerei V. Oppenheim Söhne mit der Auflage, RM 35 000,- an die Deutsche Golddiskontbank in Berlin zu überweisen.<sup>97</sup>

### Das Bankhaus S. J. Werthauer jr. Nachf.

Das Bankhaus S. J. Werthauer jr. Nachf. wurde erst relativ spät „arisiert“, und zwar im Oktober 1938. Es war im Gegensatz zu den Schwerwebereien auch kein besonders attraktives Objekt. Das hängt damit zusammen, daß es wie viele andere Privatbanken schon vor 1933 in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war, die durch die Politik der Nationalsozialisten noch erheblich vermehrt wurden. Von besonderem Interesse ist daher die Frage, wie anstatt einer Liquidation die „Arisierung“ überhaupt zustande kam.

Das Bankhaus S. J. Werthauer jr. Nachf. wurde 1854 von Sandel Josef Werthauer jun. gegründet und in den Jahren

1894 bis 1927 von dessen Schwiegersohn Moritz Wertheim weitergeführt.<sup>98</sup>

Zu seinen Verdiensten gehört die Unterstützung und Betreuung aufstrebender Industrie- und Handelsfirmen, z. B. der keramischen Industrie in Großalmerode, der Textilindustrie (insbesondere die Firma Gottschalk & Co.) und Wäschefabrikation, der Zündholz- und Basaltindustrie. Moritz Wertheim war Aufsichtsrat in 18 Aktiengesellschaften, erhielt den Titel eines preußischen Kommerzienrates, war Stadtverordneter, außerdem Förderer von Kunst und Wohlfahrtseinrichtungen.

Am 5. April 1909 zog die Firma S. J. Werthauer jr. Nachf.

<sup>95</sup> Ebenda. <sup>96</sup> Siehe Genschel, a.a.O.(1), S. 155. <sup>97</sup> Entschädigungsakten, Akte V. Oppenheim. <sup>98</sup> Eine ausführliche Darstellung der Firmengeschichte findet sich in der Jubiläumsschrift im Stadtarchiv: Das Bankhaus S. J. Werthauer jr. Nachfolger, Kassel, Erinnerungsschrift zum Tag des 75-jährigen Bestehens, Kassel, den 2. Nov. 1929. Ein Artikel zum Geschäftsjubiläum steht in der Kasseler Post vom 2. 11. 1929: 75 Jahre Dienst am Kunden.

in ein prächtiges Gebäude am Königsplatz 57 (Ecke Kölnische Straße), an das heute nur noch der Haupteingang mit der Figurengruppe erinnert. Nach dem Tod von Moritz Wertheim wurde die Firma von seinem Sohn Paul und seinem Schwiegersohn Otto Hoffa weitergeführt.

Im Zuge der Bankenkrise 1931 war auch das angesehene Privatbankhaus S. J. Werthauer jr. Nachf. durch Verluste in Höhe von über 1,1 Millionen RM stützungsbedürftig geworden. Es kam über die Krise nur hinweg durch eine seitens der Reichsbank vermittelte kommanditistische Beteiligung der Dresdner Bank in Höhe von RM 500 000,- (Januar 1932) sowie einem gesicherten Kredit der gleichen Bank bis zur Höhe von RM 1 Million.<sup>99</sup>

Die Kapitalkonten der persönlich haftenden Gesellschafter (Otto Hoffa und Eugenie Wertheim) und kommanditistisch beteiligten Familienangehörigen waren von 1928 bis 1932 von RM 1 396 000,- bis auf RM 188 000,- und nach der Machtergreifung der Nazis weiter bis Ende 1937 auf RM 114 000,- gesunken, also innerhalb von 9 Jahren von 100 % auf 8 %.

Einerseits hatte das Bankhaus S. J. Werthauer jr. Nachf. durch den Konzentrationsprozeß im Bankgewerbe, andererseits durch die Boykottmaßnahmen der Nationalsozialisten einen immer schwierigeren Stand. Die „arischen“ Kunden wanderten zum Teil ab, die jüdischen litten unter

dem Boykott. Angesichts der ungünstigen Geschäftsentwicklung (Verlustabschlüsse in jedem Jahr) dachte die Dresdner Bank schon im Juli 1934 an eine stille Liquidation der Firma S. J. Werthauer jr. Nachf.

Von Ende 1937 an trugen sich die jüdischen Inhaber ebenfalls mit dem Gedanken der Liquidation. Sie versuchten aber zunächst, so wird es in einem Gutachten aus der Nachkriegszeit dargestellt, im Interesse der Versorgung der langjährigen Angestellten (1922: 90–95, 1926: 42, 1934: 21, 1937: 23 Angestellte) Interessenten für eine Übernahme des Bankhauses zu finden. Geschäftsbeziehungen des persönlich haftenden Gesellschafters Hoffa zu einem Kölner Bankhaus führten Mitte 1938 dazu, daß dem dort tätigen Prokuristen Freiherr Eberhard von Wangenheim die Übernahme der Firma Werthauer angeboten wurde. Am 14. Oktober 1938 kam nach langwierigen Verhandlungen ein notarieller Kaufvertrag zustande. Nachfolger des Bankhauses S. J. Werthauer jr. Nachf. wurde die am 12. 10. 1938 gegründete Kommanditgesellschaft von Wangenheim & Co.

Kommanditisten waren Reinhard, Karl Anton und Dr. Robert Henschel mit einer Einlage von jeweils 15 % des Kapitals sowie die Reichs-Kredit-Gesellschaft AG Berlin mit etwa 45 %. Das restliche Kapital stammte vom persönlich haftenden Gesellschafter Freiherr von Wangenheim.

## „Arisierungen“ im Groß- und Einzelhandel

Ziel des Kapitels ist es, einige Streiflichter zur „Arisierung“ im Groß- und Einzelhandel im Jahre 1938 zu bringen. Während die bedeutendsten Industriebetriebe unter Anwendung von Druck schon ihre Besitzer gewechselt hatten, wurde die im Handelssektor bereits laufende „Arisierungswelle“ angeheizt und zum Höhepunkt geführt. Die Geschäfte, die durch die Boykottmaßnahmen noch

nicht ruiniert waren, wurden durch massiven Druck „arisiert“ oder aufgelöst. In diesem Kapitel werden einige neue Methoden aufgezeigt, mit deren Hilfe Druck auf die jüdischen Firmeninhaber ausgeübt wurde, z. B. durch die Wirtschaftsverbände. Daneben wird dargestellt, welcher bürokratische Aufwand mit den „Arisierungen“ verbunden war.

## Agrar- und Viehhandel „judenfrei“

Der Agrarsektor war der erste Bereich, in dem es die Nationalsozialisten durchsetzten, die Tätigkeit von jüdischen Händlern zu beenden. Mit welchen Methoden dies geschah, zeigt folgendes Beispiel: Der Händler Moritz Bachrach lieferte den Landwirten hochwertige Protein-Futtermittel und Kunstdünger und nahm dafür Ernte-Erzeugnisse in Zahlung. „Unter dem nationalsozialistischen

Regime hat der Reichsnährstand die Zuweisung von (...) Futtermitteln sowie von Futtergerste und Mais an jüdische Händler unterbunden. Naturgemäß waren dadurch die meisten Landwirte gezwungen, ihre Ernte-Erzeugnisse den arischen Händlern und Genossenschaften zu verkaufen, die ihnen Futter- und Düngemittel zur Verfügung stellen konnten.“<sup>100</sup>

<sup>99</sup> Landesamt. Diese und alle folgenden Angaben stammen aus den Rückerstattungsakten der Fa. S. J. Werthauer jr. Nachf. <sup>100</sup> Entschädigungs-Akten, Akte M. B.

Bald war es auch nicht mehr möglich, daß M. Bachrach den Landwirten Getreide abkaufte und an Mühlen weiterverkaufte, denn „die Landwirte, die Mühlen und der Handel wurden mehr und mehr der Kontrolle des Reichsnährstandes unterworfen“, der mit allen Mitteln die Verdrängung der jüdischen Händler betrieb. „So wurde z. B. den Domänen-Pächtern ... angedroht, daß ihre Pachtverträge nicht erneuert würden, falls sie ihre Geschäftsbeziehungen mit Juden nicht abbrechen sollten.“<sup>101</sup>

Der Auftakt zur totalen „Ausschaltung“ der Juden aus der Kasseler Wirtschaft war die Schließung der „jüdischen“ Viehhandlungen. Nach dem Reichsgesetz vom 6. Juli 1938 durften an Juden keine Wandergewerbescheine oder Legitimationskarten mehr ausgegeben werden. Soweit diese Dokumente noch im Besitz von Juden waren, verloren sie zum 30. September 1938 ihre Gültigkeit. Aber zu diesem Zeitpunkt waren in Kurhessen längst keine jüdischen Viehhändler mehr ansässig. Nach einer Berechnung der KLZ war unter den preußischen Provinzen Kur-

hessen diejenige mit dem höchsten Prozentanteil Juden unter den Viehhändlern (in absoluten Zahlen: 360 jüdische Viehhändler in Kurhessen 1937). Eine erste gesetzliche Möglichkeit, jüdische Viehhändler „auszuschalten“, war die Verordnung vom 25. Januar 1937, die besagte, daß die Viehwirtschaftsverbände bis zum 31. 12. 1937 die Zulassung eines Viehhandelsbetriebes widerrufen konnten, wenn der Betriebsinhaber „nicht die erforderliche persönliche und fachliche Eignung“ besaß.

Anders als andere Viehwirtschaftsverbände hat der Viehwirtschaftsverband (Landesbauernschaft) Kurhessen die Zulassung sämtlicher 360 „jüdischer“ Viehhandelsbetriebe widerrufen. Daran konnten auch die 108 Schiedsklagen gegen diese Maßnahme nichts ändern.

Während es am 31. 12. 1937 in Hessen-Nassau noch 490 „jüdische“ Viehhandelsbetriebe gab, war in Kurhessen kein einziger mehr ansässig. Allerdings konnten noch bis zum 30. September 1938 jüdische Viehhändler aus den Nachbarprovinzen nach Kurhessen kommen.<sup>102</sup>

### „Arisierungen“ 1938: unrentable Betriebe, eingeschüchterte Inhaber

Die Politik der Nationalsozialisten zielte zunächst darauf ab, mit Hilfe von Boykotten, Propaganda, schwarzen Listen,<sup>103</sup> Geschäftskennzeichnungen<sup>104</sup> usw. die wirtschaftliche Tätigkeit der Juden zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Dieses Vorgehen wirkte sich zwar auf die einzelnen Geschäfte in unterschiedlich starkem Maße aus,<sup>105</sup> zeigte aber spätestens 1938 den gewünschten Erfolg. Die meisten von Juden geführten Geschäfte waren bis dahin verschwunden oder in „arische“ Hände übergegangen.

Belege für diese Entwicklung finden sich in zahlreichen Entschädigungsanträgen. So schrieb z. B. die Inhaberin der Schneiderbedarfsartikelhandlung H. u. M. Hornthal: „Infolge des stetigen Umsatzrückgangs konnten wir das Geschäft nicht mehr halten und mußten im April 1938 dasselbe verkaufen.“<sup>106</sup> Noch schlimmer erging es der Firma J. u. H. Lieberg: „Das Geschäft ging erst schrittweise,

dann radikal zurück. Im Jahre 1938 war es völlig zum Erliegen gekommen“, „... daß die Firma praktisch ohne Liquidation einfach ‚eingeschlafen‘ ist.“<sup>107</sup>

Der Inhaber der Altwarenhandlung „Witwe Simon Strauss“ mußte bereits 1937 sein Geschäft verkaufen, da ihm durch „die Einwirkung der Ortsgruppen der NSDAP auf die Altwarenhändler ... in immer zunehmendem Maße die Zulieferanten entzogen“ worden waren.<sup>108</sup>

Aber nicht bei allen Geschäften mit jüdischen Inhabern kam es aufgrund starker Umsatzeinbußen zum „freiwilligen“ Verkauf. In einzelnen Fällen wurden auch massive Einschüchterungsmaßnahmen ergriffen.

Die Ehefrau des Inhabers des Haushaltswarengeschäfts „Max Meyer“ schreibt dazu in ihrem Entschädigungsantrag: „Nach 1937 war das Geschäft so gut, daß Wachen in Uniform aufgestellt wurden, um Käufern das Betreten des Ladens unmöglich zu machen. Mein Mann wurde in

<sup>101</sup> Ebenda. <sup>102</sup> KLZ vom 2./3. April 1938: 360 jüdische Viehhandlungen geschlossen und KLZ vom 27./28. 8. 1938: Kurhessischer Viehhandel ab 30. September judenfrei. <sup>103</sup> Schon vor 1933 wurden in der nationalsozialistischen Presse regelmäßig Listen „deutscher“ und „jüdischer“ Geschäfte veröffentlicht, wobei zum Boykott der letzteren aufgerufen wurde. 1935 kursierte in Kassel ähnlich wie in anderen Städten ein von NSDAP-Kreisen veröffentlichtes Verzeichnis von „jüdischen Firmen“. Nach dem 1. April 1933 kam es in Kassel noch mehrfach zu Boykottaktionen, so z. B. im August 1935 und im Dezember 1936. <sup>104</sup> Die „Selbsthilfe-Arbeitsgemeinschaft der SA“ verteilte auf Antrag der Geschäftsinhaber das Schild „Deutsches Geschäft“, um deutlich zu machen, daß das betreffende Geschäft keine jüdischen Inhaber hatte (KLZ vom 28. 9. 1933). <sup>105</sup> „Wer ein Ladengeschäft an einer belebten Stelle hatte, bei den Nazis bekannt und auf Werbung in der Öffentlichkeit angewiesen war, dem half die Bestellung eines ‚arischen‘ Geschäftsführers oder die Änderung des Firmennamens nichts: Er war bald am Ende. Wer dagegen einen konkurrenzlosen Spezialbetrieb hatte oder als Großhändler oder Importeur sein Büro abseits vom Publikumsverkehr im zweiten Stock hatte, konnte zunächst fast unbehelligt weiterarbeiten. Insgesamt allerdings stellten sich die von den Nazis gewünschten Erfolge ein.“ Volksgemeinschaft und Volksfeinde, a.a.O. (72), S. 234. <sup>106</sup> Entschädigungs-Akten. Akte Hornthal. <sup>107</sup> Entschädigungs-Akten. Akte Julius Lieberg, Entschädigungs-Akte Dr. Friedrich Lieberg. <sup>108</sup> Stadtarchiv Kassel, Akten der Anmelde- u. Vorprüfstelle für Wiedergutmachung, Akte Leo Strauss.



# Die Deutsche Arbeitsfront

Gauverwaltung Hessen-Nassau

Der Gauobmann

Fachabteilung Der Deutsche Handel  
 Fachgr.: Gross u. Aussenhandel  
 St/G.

Frankfurt/Main, den 26. September 1938

Bürgerstraße 48/47  
 Fernsprecher 1047  
 Gau-Deichstrasse  
 Der Gauwirtschaftsberater  
 Eing.: 28. SEP. 1938  
 Sprech. St.: 124  
 H. A. /  
 Abteilung

Hessen-Nassau  
 Abteilung  
 28. SEP. 1938  
 M. H.

An die  
 Gauleitung der NSDAP  
 des Gauwirtschaftsberaters  
 Frankfurt

Betr.: Arierisierung jüdischer Unternehmen, dortige Tagebuch Nr. 6902/38, vom 4.7.38.

Antwotlich Ihrer obigen Anfrage teilen wir mit,  
 dass un~~die~~ nachbezeichneten Firmen aus dem Papier-Grosshandel  
 als jüdische Firmen benannt wurden.

Geigersche Papierhandlung,	Frankfurt/M.	Schäfergasse 10
Goldschmidt, A.	Offenbach	Frankfurterstr. 78
Goldschmidt G.m.b.H.	"	Kaiserstr. 46
Grünebaum	Frankfurt/M.	Kaiserstr. 56
Haas & Lehmann	"	Weberstr. 3
Hecht Karl & L.	Witzenhausen	Adolf Hitlerplatz 488
Hirsch Karl	Ffm. - Höchst	Bolongarostr. 117
Mainzer Gebr.	Pfungstadt	Eberstädterstr. 25
Mayer Jakob Söhne	Worms	Friedrichstr. 16
Meier I	Frankfurt/M	Frankenallee 4
Neuhaus & Co	"	Birchnerstr. 9
Oppenheimer jr. Nachf.	Offenbach/M	Bahnhofstr. 18
Papier Grossvertrieb	Mainz	Rheinallee 127
Fr. Siegel	Frankfurt/M	Hanauerlandstr. 14
Rhein-Main-Papier GmbH	"	Porzellanhofstr. 6
Stern, Emil	Mainz	Gr. Emmerastr. 6
Strauss, Gebr.	Kassel	Wolfsangstr. 39 1,
Wertheim Söhne		

Heil Hitler!

Postfach-Konto Nr. 7548 Frankfurt (Main) / Bank-Konten: Bank der Deutschen Arbeit Frankfurt a. M., Konto-Nr. 97  
 Nassauische Landesbank, Konto-Nr. 6336 / Stadtparkasse Frankfurt a. M., Konto-Nr. 0100  
 Ohne Angabe der Abteilung und des Diätzeichens kann eine Beantwortung nicht erfolgen.

Dokument 3: Die „Deutsche Arbeitsfront“ denunziert „jüdische Firmen“ beim Gauwirtschaftsberater.



Richterische Holzhandlungen im Bezirk 9 der Fachgruppe Holzhandel.

1.) Moritz Goldberg	Kassel
2.) Leo Lazarus	Kassel
3.) Simon Strauss	Kassel
4.) Viktor Löwenstein	Geismungen Kreis Geismungen
5.) Bernhard Speier	Geismungen
6.) Sally Moslein	Eschbach Kreis des Eisenberges
7.) Wolf Katzenstein	Tropfen-Steinheim
8.) L. Stern & Sohn	Kirchhain Kreis Marburg
9.) Emil Wanderer	Eschbach
10.) Karl Forchheimer	Frankfurt/Main
11.) Wilhelm Leyens	Frankfurt/Main
12.) Julius Lillenstein	Frankfurt/Main
13.) J. Leeb	Frankfurt/Main
14.) Georg Münzer & Co.	Frankfurt/Main
15.) Max Schuster	Frankfurt/Main
16.) Gerson Vollweiler	Frankfurt/Main
17.) Holzhandels G.m.b.H. vorm. Forchheimer	Frankfurt/Main

*Dokument 4: Die Wirtschaftsverbände (hier: die Fachgruppe Holzhandel) halfen mit, die „Arisierung“ der Wirtschaft voranzutreiben, indem sie „schwarze Listen“ erstellten und verschickten.*

Schutzhaft genommen und wurde mit dem Versprechen, das Geschäft zu verkaufen, freigelassen. Am 18. 2. 38 wurde das Geschäft auf Arthur Th. übertragen.<sup>109</sup>

Ähnliches berichtet der Inhaber des Herrenkonfektionsgeschäftes „Jakob Engelbert“: „Im Frühjahr 1938 wurde ich auf die Handelskammer Kassel vorgeladen, wo mir erklärt wurde, wenn ich Haus u. Geschäft nicht freiwillig abgebe, fände man Mittel und Wege.“<sup>110</sup>

Diese Terrormaßnahmen wurden von den örtlichen Organisationen und Gliederungen der NSDAP durchgeführt. Erst im April 1938 schaltete sich der Staat durch die „Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens“ in den Arisierungsprozess ein, um ihn in die gewünschten Bahnen zu lenken.

Im Laufe des Jahres 1938 verschärfte sich der Druck von allen Seiten auf die noch bestehenden sogenannten „jüdischen Firmen“. Eine wichtige Rolle hatten dabei die Organisationen der Wirtschaft, wie z. B. die Wirtschaftsgruppe

Bekleidung, die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel. Sie waren eifrig bemüht, auch die letzten „jüdischen Firmen“ ihrer Branche in ihrem Bezirk zu erfassen. Listen mit den Namen dieser Firmen verschickten sie an die mit der „Arisierung“ befaßten Stellen. So erhielt der Gauwirtschaftsberater des Gaus Hessen-Nassau von verschiedenen Wirtschaftsverbänden solche Listen, auf denen auch die Namen von Kasseler Firmen standen (siehe Dokument Nr. 3 und 4). Aber nicht nur die sogenannten „jüdischen Firmen“ wurden erfaßt, sondern auch deren Kunden und Lieferanten. Beide konnten mit Repressalien, wie z. B. Sperrung der Rohstofflieferungen, rechnen.

In einem Bericht für die Entschädigungsbehörde schilderte Sigmund N., der eine der beiden Inhaber eines Textilgroßhandels, wie sich für „jüdische Firmen“ im Jahre 1938 die Situation ständig verschlechterte, so daß eine Geschäftstätigkeit unmöglich wurde: „Während die Jahre 1934 bis Ende 1937 trotz aller Schwierigkeiten noch ziemlich normal waren in Bezug auf den Geschäftsumsatz, setzte Anfang 1938 der Druck der Nazis

1.) auf unsere Kundschaft, die sich meist an kleineren Plätzen befanden, ein. Durch beauftragte Beamte in der Bahn und Post wurde jede Sendung kontrolliert, ob sie nicht von einer jüdischen Firma herkam, und ein Kunde nach dem anderen ging aus Angst vor Repressalien verloren. – Die jüdische Kundschaft fiel schon vorher aus, da man deren Geschäfte an den kleineren Plätzen schon längere Zeit lahmgelegt hatte. Eine Reisetätigkeit zum Verkauf

<sup>109</sup> Entschädigungs-Akten, Akte Marks. <sup>110</sup> Entschädigungs-Akten, Akte Julius Engelbert. Das Geschäft wurde aber erst im Sommer 1938 verkauft.

unserer Waren war auch nicht mehr möglich, da jedes Gasthaus oder Hotel die Aufnahme von Juden ablehnte. 2.) Mitte des Jahres 1938 setzte dann der Druck auf die Fabrikanten ein. Derjenige von ihnen, der einer jüdischen Firma etwas lieferte, hatte zu befürchten, daß ihm die Garnlieferungen gesperrt wurden. Die Kontrolle hierüber wurde durch die Verbände schärfstens durchgeführt (...)"<sup>111</sup>.

Die Überwachung durch die Verbände ging sogar soweit, daß sie vor Betriebsbesuchen nicht zurückschreckten. Dazu ein Beispiel aus dem Schriftverkehr des in Frankfurt amtierenden Gauwirtschaftsberaters: Der Geschäftsführer der „Fachgruppe Holzhandel“ mit Sitz in Kassel hatte die Hauptbücher und Originalrechnungen mehrerer „jüdischer Firmen“ überprüft und die Lieferanten beim Gauwirtschaftsberater denunziert (siehe Dokument Nr. 5).



Dokument 5: Die Fachgruppe Holzhandel denunziert die Lieferanten der „Judenfirmen“ beim Gauwirtschaftsberater.

Daneben waren aber auch nach wie vor propagandistisch ausgerichtete Praktiken üblich: Als ein Mittel zur Verdrängung der Juden aus Textilindustrie und -handel, einem Sektor, in dem sie traditionell stark vertreten waren, wurde Anfang 1938 ein Anhäng-Etikett geschaffen, das die „Ware aus arischer Hand“ kennzeichnen sollte.<sup>112</sup> Der verstärkte Druck auf jüdische Firmeninhaber, deren Lieferanten und Kunden hatte deutliche Auswirkungen auf die „Arisierungswelle“ des Jahres 1938. Eine Bestätigung dafür findet sich im Pressebericht über die Sitzung des Beirats der Einzelhandelsvertretung der Industrie- und Handelskammer am 12. Juli 1938:

„Nachdem im Kammerbezirk die Arisierung jüdischer Betriebe in der letzten Zeit einen erheblichen Umfang angenommen habe, dürfe schon in absehbarer Zeit für das heimische Wirtschaftsgebiet mit einem Ende der wirtschaftlichen Betätigung von Juden zu rechnen sein.“<sup>113</sup>

Als nach der sogenannten Reichskristallnacht die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ verkündet wurde, stellte die „Kasseler Post“ mit Befriedigung fest, nun ginge es „dank guter Vorarbeit“ nur noch um „die Beseitigung eines Restes an jüdischer Wirtschaftsbetätigung, der seit längerer Zeit schon keine Rolle mehr spielte“.<sup>114</sup> In Kassel existierten dieses Artikels zufolge z. B. nur noch drei „jüdische“ Einzelhandelsgeschäfte von einiger Bedeutung, die Industrie sei bis auf geringe Reste „judenfrei“.<sup>115</sup>

Die von der „Kasseler Post“ erwähnte „gute Vorarbeit“ bei der „Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ wurde von derselben Zeitung in einem Glückwunschartikel zum 50. Geburtstag des Gauwirtschaftsberaters als eines seiner besonderen Verdienste hervorgehoben: „Gegen die jüdische Vorherrschaft in der kurhessischen Wirtschaft machte Dr. Braun frühzeitig Front. Die Arisierung war schon vor dem 9. November 1938 fast abgeschlossen.“<sup>116</sup>

In der sogenannten Reichskristallnacht wurden zahlreiche Geschäfte und Wohnungen zerstört, etliche jüdische Kaufleute verhaftet und für einige Wochen ins KZ Buchenwald gebracht.

Eine Schilderung über die Zerstörung des Haus- und Küchengerätegeschäftes „Gumpert & Co“ findet sich im Entschädigungsantrag von Selma S.: „Am 9. November 1938 wurde unser Geschäft durch die Nazis zerstört, die Schaufenster zertrümmert und ein Teil der Waren auf die Straße geworfen (...). 2 Stunden nach diesem Vorkommnis begab sich mein Ehemann mit mir zu dem Geschäft

<sup>111</sup> Entschädigungsakten. Akte Sigmund N., ein ähnlicher Bericht in der Akte Berthold N. <sup>112</sup> Mitteilungen der IHK vom 1. 3. 1938, Seite 49. <sup>113</sup> KLZ vom 15. Juli 1938: Jüdische Wirtschaftsbetätigung in Kurhessen bald beendet. <sup>114</sup> Kasseler Post vom 16. 11. 1938: Die Arisierung in Kurhessen. <sup>115</sup> Ebenda. <sup>116</sup> Kasseler Post vom 21. Juli 1939: Dr. Rudolf Braun 50 Jahre.

# Industrie- und Handelskammer Kassel/Mühlhausen Sitz Kassel

Pg. B. Peltzer

Postschließfach 749 / Fernsprech-Sammel-Nr. 311 44/45 / Postscheck-Konto: Frankfurt a. M. Nr. 618 38

## Verteiler:

Devisenstelle

Devisenfahndungsstelle

Geheime Staatspolizei (Kommissar Schad)

Zuständige Passstelle - Landratsamt

Sicherheitsdienst

Sicherheitsdienst Aussenstelle

Finanzamt, Reichsfluchtsteuer (Oberinspektor Albrecht)

Ihr Zeichen: ~~Handelst. Kassel~~ (vor bei Exportfirmen) **Kassel, den 13. Oktober 1938**  
Hohenzollernstraße 46

Unser Zeichen:

P/Rei.

Betr.: Arisierung Fa. Blau & Stern, Kassel, Orleansstr. 4

Nach Prüfung durch die mit der Arisierung beauftragten Stellen (Industrie- und Handelskammer und Gauwirtschaftsberater) hat der Herr Regierungspräsident die Genehmigung zur Arisierung oben genannter Firma gegeben.

Verkäufer: Julius Blau

Käufer: **Heinrich Hilgenberg, Kassel, Siemensstr. 1**

**Friedrich Weinholz, Kassel, Jägerstr. 5**

Kaufpreis: RM 30 000.-

*nach Herrnhaltung  
an Herrn Kaufmann*

Heil Hitler!

*Peltzer*

*14/100 38*

Dokument 6: „Arisierung“ mit bürokratischem Aufwand: Die Industrie- und Handelskammer informiert zahlreiche Dienststellen über die „Arisierung“ der Firma Blau & Stern.

und stellte fest, daß dort ein Polizist aufgestellt war, der erklärte, er solle auf die auf die Straße geworfenen und zerstörten Waren achtgeben. Am nächsten Tag ließ die Polizei einen Müllwagen vorfahren, auf den ich zusammen mit meinem Ehemann die auf der Straße liegenden zerstörten Waren aufladen mußte, damit die Straße wieder geräumt war (...) danach wurde mein Mann verhaftet und wir wurden benachrichtigt, daß wir das Geschäft nicht

mehr eröffnen durften, sondern bis zum 1. Januar unsere Waren verkaufen müßten. Die drei großen Schaufenster mußten wir erst von einem Schreiner verschalen und später Glas einsetzen lassen auf unsere Kosten. Unserer Glasversicherung war nicht erlaubt, uns zu vergüten. Unsere Ware mußten wir 30–40 % unter dem Einkaufspreis verschleudern, um sie los zu werden (...). Das Geld dafür kam auf Sperrkonto (...).“<sup>117</sup>

## Verfahren bei der Durchführung der „Arisierung“

Die grundsätzliche Tendenz der Nationalsozialisten, die Wirtschaft zu reglementieren, zeigte sich auch besonders stark bei der Durchführung der „Arisierung“, die mit erheblichem bürokratischen Aufwand verbunden war. Seit dem 26. April 1938, als Göring und Frick die „Verordnung über die Anmeldung jüdischen Vermögens“ erlassen hatten, wurde jede Verpachtung, Veräußerung, also auch jede „Arisierung“ eines „jüdischen Betriebes“ genehmigungspflichtig gemacht. Dasselbe galt für jede Neueröffnung eines Betriebes oder einer Filiale durch Juden. Über die Genehmigung entschieden die höheren Verwaltungsbehörden, bei denen auch die Vermögen angemeldet werden mußten. Meist waren dies die Regierungspräsidenten. Die Kaufverträge mußten ebenfalls den Industrie- und Handels- bzw. Handwerkskammern sowie dem Gauwirtschaftsberater vorgelegt werden. Dies war aber auch schon vor April 1938 üblich. Gewöhnlich war auch die DAF eingeschaltet.<sup>118</sup>

Wie das Genehmigungsverfahren abließ und wie die einzelnen Behörden zusammenwirkten, zeigt der Text auf einem Formular in der Devisenakte der Firma „Blau & Stern“: „Nach Prüfung durch die mit der Arisierung beauftragten Stellen (Industrie- und Handelskammer und Gauwirtschaftsberater) hat der Herr Regierungspräsident die Genehmigung zur Arisierung oben genannter Firma gegeben.“<sup>119</sup> In das Formular wurden Angaben über Verkäufer, Käufer und Kaufpreis eingesetzt. Die Industrie- und Handelskammer Kassel/Mühlhausen verschickte das Schriftstück an acht weitere Dienststellen (vom Finanz-

amt bis zur Gestapo). Daran wird deutlich, welchen erheblichen bürokratischen Aufwand eine „Arisierung“ mit sich brachte.

Der Verkaufspreis für sog. „jüdische Firmen“ durfte sich nicht nach dem vollen Firmenwert (Verkehrswert) richten, sondern Bemessungsgrundlage waren in der Regel das Warenlager und das Inventar. So heißt es in dem Kaufvertrag der Firma „Max Meyer“: „Als Übernahmepreis gelten die bei der Inventur im Januar 1938 eingesetzten Verkaufspreise abzüglich eines Rabattsatzes von 42,4 %.“<sup>120</sup> Praktisch ergaben sich für die verkaufenden Juden erhebliche Verluste, z. B. durch die Nichtbeachtung immaterieller Werte („Goodwill“, also z. B. allgemeine Geschäftslage, Liefer- und Abnehmerbeziehungen, Renommee).

Nach der sog. Reichskristallnacht wurden neue Vorschriften über den Verkauf „jüdischer Firmen“ erlassen.<sup>121</sup> So sollten die von Juden betriebenen Einzelhandelsgeschäfte „grundsätzlich“ aufgelöst und nur bei besonderem Bedarf „arisiert“ werden. Die Warenlager durften nicht mehr an die Verbraucher verkauft oder versteigert werden: „Alle Waren sind zunächst der zuständigen Fachgruppe oder Zweckvereinigung oder deren bezirklicher oder fachlicher Untergliederung anzubieten, die für die Unterbringung der Waren Sorge zu tragen hat. Die Übernahme der Waren erfolgt auf Grund einer Bewertung durch Sachverständige, die der Präsident der zuständigen Industrie- und Handelskammer bestellt.“<sup>122</sup>

<sup>117</sup> Entschädigungsakten. Akte Selma Stiefel. <sup>118</sup> Nach Genschels Einschätzung hatten insgesamt gesehen die NSDAP und ihre Gliederungen einen stärkeren Einfluß auf die „Arisierung“ als die staatlichen Stellen (vgl. S. 152). <sup>119</sup> Landesamt. Devisenakte Blau & Stern. <sup>120</sup> Vertragstext in: Entschädigungsakte A. Marks. <sup>121</sup> Durchführungsverordnung vom 23. 11. 1938. <sup>122</sup> Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Kassel/Mühlhausen vom 1. 12. 1938, Seite 238.

## Herkunft und Motive der Käufer der sog. „jüdischen Firmen“

Der schwierigste und zugleich brisanteste Aspekt des „Arisierungsvorgangs“ ist die Beschäftigung mit den Käufern des jüdischen Besitzes. Bis auf wenige Fakten aus der Nachkriegszeit in einigen Treuhänder-Akten des Landesamtes für Vermögenskontrolle läßt sich kaum Material dazu finden.

Mögliche Fragestellungen wären: Woher kam der Käufer (aus Kassel oder von außerhalb)? Welche Tätigkeit übte er vor dem Kauf aus (gleiche Branche / branchenfremd, selbständig / nicht selbständig)? War er NSDAP-Mitglied? War die Übernahme einer sog. „jüdischen Firma“ als Gründung einer selbständigen Existenz oder zur Erweiterung eines bereits bestehenden Betriebes gedacht (Gründung einer Filiale)? Woher nahm der Käufer die Mittel zum Kauf? In welchem Maße hat der Käufer durch den Kauf profitiert?

Bevor anhand von acht Beispielen aus dem Einzelhandel auf diese Fragen eingegangen wird, sind noch zwei grundsätzliche Anmerkungen erforderlich: Aufgrund des „Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels“ waren Geschäftsführergründungen oder -übernahmen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden und bedurften einer behördlichen Genehmigung (z. B. durch das Stadtwirtschaftsamt). Zweitens muß, wie schon in der Einleitung ausgeführt, noch einmal betont werden, daß sich die „arischen“ Käufer gegenüber den „jüdischen“ Verkäufern in einer günstigeren Position befanden und Vermögen zu Preisen erwerben konnten, die oft weit unter den sonst auf dem Markt üblichen lagen. Da es sehr problematisch ist, die erlangten Vorteile in Form eines Geldbetrages auszudrücken, wird an dieser Stelle auf derartige Aussagen verzichtet.

**Beispiel 1: Jean A.:** Er betrieb in der Mauerstr. 22 bereits ein Geschäft für Gardinen und Linoleum. Ende 1937 übernahm er das Bekleidungsgeschäft „Gebr. Alsberg“, Untere Königsstr. 46. Beide Läden wurden weitergeführt. Die „Arisierung“ brachte der Firma somit eine Verbreiterung des Warenangebots.

**Beispiel 2: Heinrich B.:** Er war schon vor der Übernahme des „Bottina-Schuhgeschäfts“ (Inh.: Max Apfelbaum) in der Schuhbranche tätig. Bis 1934 war er Prokurist in einer Schuhwarengroßhandlung und anschließend Geschäftsführer der Kasseler Filiale der Firma Schuhfabrik „Tack“. Am 1. 9. 1936 trat er in das „Bottina-Schuhgeschäft“ als Geschäftsführer und Gesellschafter ein. Doch die behördliche Genehmigung des Gesellschaftervertrages wurde versagt. Daraufhin kaufte Herr B. das Geschäft am 15. 11. 1936.

**Beispiel 3: Karl und Wilhelm B.:** Sie betrieben in Siegburg eine Schuhwarenhandlung mit Reparaturwerkstatt.

Angeschlossen war eine Filiale in Bergisch-Gladbach. Seit Jahren war beabsichtigt, ein weiteres Filialgeschäft zu eröffnen. Am 30. 6. 1936 wurde ein Kaufvertrag mit Paul Mendershausen, der nach Amerika emigrieren wollte, abgeschlossen und das Schuhhaus Georg Mendershausen, Hedwigstr. 9, übernommen.

**Beispiel 4: Friedrich S.:** Er stammte aus dem Bankfach, war früher Prokurist der Deutschen Bank, später Industrieunternehmer verschiedener Branchen in verschiedenen Orten. 1934 mußte er sein Fabrikationsunternehmen (Kartonagen, Taschenlampenhülsen usw.) wegen schlechter Geschäftslage verkaufen. Am 1. 6. 1934 gründete er in Kassel eine Firma und betrieb auf gepachtetem Grund und Boden eine Holzhandlung. Am 28. 4. 1937 übernahm er die Anlagen des Sägewerkes Körle der sog. „jüdischen Firma“ Viktor Löwenstein OHG, Gensungen, und am 14. 7. 1937 den Grundbesitz, ein Teil des Inventars und die Warenvorräte der Simon Strauss OHG, Holzhandlung, Schillerstr. 47–51. Das Pachtgelände der ursprünglichen Firma wurde aufgegeben und die Gesamtverwaltung in die Räume der zweiten „arisierten“ Firma verlegt.

**Beispiel 5: Hans S.:** Am 1. 1. 1912 war er als Handlungsgehilfe in die Tuchgroßhandlung B. Kaufmann eingetreten und bis zur Übernahme der Firma am 15. 3. 1938 in derselben tätig. Für das gute Verhältnis zwischen dem jüdischen Vorbesitzer und dem Käufer spricht auch die Tatsache, daß die ehemaligen Eigentümer nach dem Kriege auf Nachzahlungen zum Kaufpreis verzichteten.

**Beispiel 6: Artur T.:** Er entstammte einer wohlhabenden Fabrikantenfamilie der Siegerländer Blechwarenindustrie und war in der Eisen- und Stahlindustrie tätig. Am 18. 2. 1938 kaufte er das Haushaltswarengeschäft Max Meyer, Hedwigstr. 16. Die für die Übernahme des Geschäfts erforderlichen Mittel erhielt er unter Anrechnung auf seinen späteren Erbteil von seinem Vater. Am 11. 8. 1939 erwarb er auch das Geschäftsgrundstück.

**Beispiel 7: Karl-Heinz W.:** Er übernahm am 15. 11. 1935 das Kaufhaus Ferdinand Löser & Co. Er hatte noch Geschäfte in Paderborn, Lemgo und Detmold. Am 14. 12. 1938 ging das Geschäftsgrundstück Obere Königsstr. 27 in seinen Besitz über.

**Beispiel 8: Karl W.:** Er war seit einigen Jahren bestrebt, seine Teilhaberschaft an einer Frankfurter Firma aufzugeben und in einem anderen Ort ein eigenes Geschäft zu eröffnen. Durch Vermittlung eines Geschäftsfreundes erwarb er am 11. 11. 1935 das Strumpfhaus „Marco“ in Kassel, Hedwigstr. 12, das sich in großen finanziellen Schwierigkeiten befand.

## Zur „Arisierung“ des „jüdischen“ Grundbesitzes

Während die Liquidation der letzten „jüdischen“ Firmen abgewickelt wurde, setzte eine neue „Arisierungswelle“ ein: Die sich in „jüdischem“ Besitz befindlichen Häuser und Grundstücke standen zum Verkauf. In dem Verwaltungsbericht der Stadt Kassel für das Jahr 1938 wird in wenigen Zeilen auf die „Arisierung des jüdischen Grundbesitzes“ hingewiesen. Es heißt darin u. a.: „Es sind etwa 180 jüdische Hausgrundstücke vorhanden. Es kamen 130 Verkäufe zur Vorlage, und zwar 70 über Hausgrundstücke und 60 über unbebaute Grundstücke.“<sup>123</sup>

Der Besitzwechsel war wiederum mit erheblichem bürokratischen Aufwand verbunden. Den ganzen „Arisierungsvorgang“ beschreibt der Leiter des Spezialreferats für jüdische Angelegenheiten in einem Brief vom 25. Juni 1946: „Durch Erlaß der Verordnung vom 3. 12. 1938 (...) wurde die Veräußerung bzw. die Überführung des jüdischen Vermögens angeordnet. Mit der Durchführung der Verordnung wurde der Regierungspräsident beauftragt. Dieser wiederum beteiligte den Oberbürgermeister, den Kreiswirtschaftsberater und den Gauwirtschaftsberater an dem Verfahren. Nach der Verordnung unterlagen alle Verkäufe von jüdischem bebauten und unbebauten Grundeigentum einer besonderen Genehmigungspflicht. Außerdem konnte nach den Bestimmungen der Verordnung das jüdische Vermögen zwangsweise in andere Hände überführt werden.

Als bald nach Bekanntgabe der Verordnung setzte ein reger Verkauf von jüdischen Grundstücken ein. Bei der Prüfung der Verträge wurde zunächst festgestellt, ob der Kaufpreis angemessen und ‚volkswirtschaftlich‘ gerechtfertigt war. Als volkswirtschaftlich gerechtfertigt wurde der sogenannte mäßige Verkehrswert angesehen. Dieser Wert lag etwa 10 % unter dem seinerzeitigen Verkaufs- und Verkehrswert. Der Verkauf der Grundstücke geschah vielfach unter einem gewissen Druck. Die Erwerber haben zum Teil versucht, die Grundstücke zu einem günstigen Verkaufspreis zu erwerben. In diesem Falle war in der Verordnung vorgesehen, daß der sogenannte Entjudungsgewinn zu Gunsten des Reiches von dem Erwerber abzuführen war. Die Einzahlungen hatten bei dem Oberfinanzpräsidenten zu erfolgen.“<sup>124</sup>

Ein Beispiel für einen Grundstücksverkauf: Der Kauf-

mann Karl S. erwarb vom jüdischen Kaufmann Hans Wertheim den Grundbesitz Wolfhager Str. 39 1/2 zu einem Preis von RM 58 800,- (Vertrag vom 26. 10. 1938). Der Regierungspräsident erteilte am 13. 3. 1939 die erforderliche Genehmigung mit der Auflage, daß der Käufer binnen eines Monats eine Ausgleichszahlung von 5000,- RM zugunsten des Reiches zu zahlen hätte.<sup>125</sup>

Die Vorschriften waren, wie es auch der Leiter des Spezialreferats für jüdische Angelegenheiten 1946 beschrieb, so abgefaßt, daß den jüdischen Verkäufern die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen weitgehendst vorenthalten wurden: „In der von dem Regierungspräsidenten erteilten Genehmigung war u. a. festgelegt, daß der Erwerbspreis nicht unmittelbar an den Veräußerer gezahlt werden konnte, vielmehr mußte er auf einem Sperrkonto bei einer Devisenbank eingezahlt werden; über das Konto konnte nur mit Zustimmung der zuständigen Devisenstelle verfügt werden. Die erzielten Verkaufspreise erhielten die Verkäufer bekanntlich nicht.

Das Genehmigungsverfahren wurde durch eine weitere Verordnung vom 18. 1. 1940 dahin geändert, daß die Zuständigkeiten des Regierungspräsidenten als Genehmigungsbehörde auf den Oberbürgermeister übergingen. Die hauptsächlichsten Verkäufe wurden in den Jahren 1938/39 durchgeführt. Später kamen immer nur einzelne Verkaufsfälle zur Vorlage. Vom Oberbürgermeister wurde das Liegenschaftsamt mit der Bearbeitung der Angelegenheiten beauftragt.“<sup>126</sup>

In den Akten des Stadtarchivs sind mehrere Fälle – meist handelt es sich um Grundstücke aus dem Nachlaß des Geheimen Kommerzienrates Aschrott – dokumentiert, in denen der Oberbürgermeister der Stadt Kassel den in den Kaufverträgen festgelegten Kaufpreis beanstandete und dann ungerechtfertigterweise herabsetzte. Aufgrund einer Beschwerde der Aschrottschen Grundstücksverwaltung erteilte der Reichswirtschaftsminister dem Oberbürgermeister eine Rüge: „Ihre Entscheidung entspricht jedoch nicht den für die Entjudung des Grundbesitzes erlassenen Richtlinien ... Da in den vorliegenden Fällen die vom Schätzungsamt in Kassel ermittelten Werte nicht unter den vereinbarten Kaufpreisen lagen, bestand keine Veranlassung, die vereinbarten Preise herabzusetzen.“<sup>127</sup>

<sup>123</sup> Stadtarchiv Kassel. Verwaltungsbericht 1938, S. 51. <sup>124</sup> Stadtarchiv Kassel. Akten d. Anmelde- u. Vorprüfstelle für Wiedergutmachung. Aktenbestand A 5/55. <sup>125</sup> Landesamt. Akte VG 3116-1405. <sup>126</sup> Stadtarchiv Kassel. Aktenbestand A 5/55. <sup>127</sup> Stadtarchiv Kassel. Akten des Stadtliegenschaftsamts, Bd. 1, Rückerstattungsobjekt Aschrott/Mittelleibe.

## Entschädigungszahlungen nach dem Krieg

Nach dem Krieg konnten die ehemaligen jüdischen Eigentümer wieder – sofern sie es wünschten – ihre „arisierten“ Firmen und Grundstücke übernehmen oder aufgrund des zu niedrigen Kaufpreises eine Nachzahlung verlangen. Dabei prallten starke Interessengegensätze aufeinander: Während die „arischen“ Käufer nachzuweisen versuchten, daß sie einen angemessenen Kaufpreis gezahlt hatten, bemühten sich die ehemaligen Eigentümer um das Gegenteil. In der Regel einigte man sich in einem Vergleich. Dieses sogenannte „Rückerstattungsverfahren“ war der Abschluß eines mit erheblichem bürokratischen Aufwand betriebenen Vorgangs.

Zunächst wurden – ausgehend von einer Anordnung der Alliierten – im Amt für Vermögenskontrolle für alle „arisierten“ Grundstücke und Firmen Akten angelegt. Insbesondere für die größeren Firmen wurden Treuhänder eingesetzt. Ähnlich wie beim Spruchkammerverfahren mußten Fragebögen ausgefüllt werden: „Fragebogen für arisierte Unternehmen / Questionnaire for aryanized Firms“. Dieser Fragebogen, der zweisprachig gehalten war, umfaßt 8 Seiten und dürfte etwa im Frühjahr 1946 ausgegeben worden sein. Im Auftrag des Amtes für Vermögenskontrolle erstellte ein „Ausschuß zur Untersuchung arisierter Unternehmungen“ bei der Industrie- und Handelskammer Kassel Gutachten zu den Fragen, ob der Verkaufspreis angemessen war und ob die derzeitige Firma unter Vermögenskontrolle zu stellen sei.

In den wenigen noch erhaltenen Gutachten, die aus dem Herbst 1946 stammen, kommt der Ausschuß stets zu dem gleichen Ergebnis, nämlich, daß ein „gerechter Kaufpreis“ gezahlt worden sei und daß von der „Einsetzung eines Treuhänders und der Stellung der Firma unter Vermögenskontrolle abzusehen“ sei. Diese Gutachten basierten allerdings einzig auf den Angaben des Käufers.

Einige Jahre später (etwa 1949) ließ das Landesamt für Vermögenskontrolle neue Gutachten anfertigen, meist von dem Frankfurter Wirtschaftsprüfer Dr. jur. Werner A. Dieser kam zu wesentlich differenzierteren Einschätzungen als die Industrie- und Handelskammer.

In seinem Gutachten zur „Arisierung“ des Haushaltswarengeschäfts M. M. heißt es u. a.:

„Nach Artikel 3 des Rückerstattungsgesetzes gehört zum angemessenen Kaufpreis bei Geschäftsunternehmen grundsätzlich die Berücksichtigung des Firmenwertes (Goodwill), obwohl unter den politischen Verhältnissen zur Zeit der Geschäftsübernahme seitens der damaligen

Behörde bei Verkäufen jüdischer Vorbesitzer ein Firmenwert nicht zugebilligt bzw. wenn vereinbart, der Kaufvertrag nicht genehmigt wurde. Der Arisierungsausschuß hat aufgrund der Erklärung des Rückerstattungspflichtigen (= der Käufer Th., d. V.) die Notwendigkeit einer Zahlung für den Firmenwert verneint, weil Th. von grundauf hätte neu aufbauen müssen, und davon auszugehen sei, daß der Umsatz unter dem Vorbesitzer so stark zurückgegangen sei, daß ein Reingewinn nicht mehr erzielt worden wäre. Dieser Auffassung kann ich nicht beipflichten.

Wenn auch heute noch über den Begriff und die Abgrenzung von Firmenwert und Goodwill keine einheitliche Auffassung herrscht, so steht doch soviel fest, daß der Begriff nicht etwa so eng ausgelegt werden darf, daß hierunter nur die Fortführung des Firmen-Namens verstanden werden kann. Der Goodwill umfaßt vielmehr den Gegenwart für die Kundschaft, den Ruf der Firma, ihre Geschäftsbeziehungen zu Lieferanten, die innere Organisation, die Vertrautheit der Angestelltenschaft mit Kunden und Lieferanten und sonstige immateriellen Werte; (...) wenn man es vulgär ausdrückt, ‚das gemachte Bett‘. (...) Im vorliegenden Falle brachte der Rückerstattungspflichtige (= Th.) schon wesentliche Branchenkenntnisse mit. Er war aber andererseits in Kassel gänzlich fremd. Auch wenn unter dem Terror der damaligen Zeit jüdische Geschäfte im Umsatz stark zurückgegangen sind, so war doch ein gewisser Teil der Kundschaft zweifellos vorhanden, der dem Geschäft die Treue hielt. Die Beziehungen des Verkaufspersonals zur Stammkundschaft waren für den Erwerber gleichfalls wertvoll. Wesentlich war weiterhin, (...) daß mindestens ein Teil der Lieferanten aufgrund der langjährigen Geschäftsbeziehungen zum Vorbesitzer bei dem auch zur Zeit der Geschäftsübernahme schon knapper gewordenen Warenangebot zur Weiterbelieferung bereit war. All das beinhaltet der Goodwill. Er kann allerdings nur geschätzt werden. Im allgemeinen kann man sagen, daß bei der vorliegenden Branche ein Satz von 10 % des übernommenen Warenwertes als Goodwill angemessen erscheint. Das dürfte auch der Betrag sein, unter dem bei normalen Verhältnissen der Veräußerer sein Geschäft nicht abgegeben haben würde.

Nach meiner Auffassung haben die Rückerstattungsberechtigten (= die ehem. jüdischen Inhaber) im vorliegenden Falle noch einen Anspruch für Goodwill in Höhe von 10 % des Warenwertes von RM 110 455,74 = rund RM 11 045,-.“<sup>128</sup>

<sup>128</sup> Landesamt. Vermögenskontroll-Akte Firma M. M.

Ein weiteres Beispiel: Die jüdischen Inhaber des Teppich- und Gardinengeschäfts Gebrüder B. hatten am 30. Oktober 1936 ihre Firma zum Preise von RM 50 577,- verkauft. Der Arisierungsausschuß der Industrie- und Handelskammer erklärte am 30. 10. 1946 in seinem Gutachten:

„Aus diesen Gründen heraus kommt der Ausschuß zu dem Ergebnis, daß ein innerer Wert des Geschäftes nicht vorhanden gewesen ist und daß demzufolge mit der Zahlung des Warenlagers nach den aufgestellten Grundsätzen dem Geschäftsinhaber der gerechte Kaufpreis gezahlt worden ist.“<sup>129</sup>

Diese Einschätzung ließ sich nicht aufrechterhalten. Am 21. 5. 1952 erhielten die ehemaligen jüdischen Inhaber in einem Vergleich mit dem Käufer eine Nachzahlung von DM 22 000,-. Außerdem endete ein Prozeß gegen das Land Hessen, der durch mehrere Instanzen lief, am 5. 11. 1968 mit der Verurteilung des Landes zur Zahlung einer Entschädigung für Goodwill-Schaden in Höhe von 5782,- DM.

Zu den Merkwürdigkeiten in der Nachkriegsgeschichte der Stadt Kassel gehört es, daß derselbe Mann sowohl mit der „Arisierung“ der Grundstücke als auch nach dem Kriege mit deren Rückerstattung beschäftigt war. Es handelt sich hierbei um den Direktor des Stadt-Liegenschaftsamtes, Konrad R., der, wie der Leiter des Spezialreferates

für jüdische Angelegenheiten 1946 berichtete, im „Dritten Reich“ Listen über das „jüdische“ Grundvermögen anfertigte. Nach dem Krieg vertrat er die Interessen der Stadt Kassel, wenn die ehemaligen jüdischen Eigentümer, deren Grundstücke die Stadt erworben hatte, aufgrund des zu niedrigen Kaufpreises Nachzahlungen verlangten.

Dieses Beispiel erscheint geradezu symptomatisch für die Art zu sein, wie nach dem Kriege die Bewältigung der Vergangenheit betrieben wurde.

Es verwundert auch nicht, wenn die Industrie- und Handelskammer in ihrer Zeitschrift „Kurahessische Wirtschaft“ im Jahre 1975 anlässlich des Todes des ehemaligen Gauwirtschaftsberaters Dr. Rudolf Braun, der maßgeblich für die Durchführung der „Arisierung“ zuständig war, „in ehrendem Gedenken“ an dessen „Verdienste“ im Nationalsozialismus erinnert: „Dr. Braun hat sich während seiner Zeit als Präsident engagiert für die Wirtschaft dieses Raumes eingesetzt und maßgeblich an der Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit mitgearbeitet, indem er zahlreiche öffentliche Aufträge nach Nordhessen zog. Er setzte sich auch für langfristige Strukturverbesserungen für das industriell zurückgebliebene Nordhessen ein. (...) Die Industrie- und Handelskammer Kassel weiß die aktive Arbeit des Verstorbenen für die Entwicklung des nordhessischen Raumes zu würdigen.“<sup>130</sup>

## Bildernachweis

- 1 Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung, Frankfurt. Finanzamtsakten der Firma H. Grünbaum.
- 2 Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung, Frankfurt. Finanzamtsakten der Firma Gottschalk & Co. AG.

## Dokumentennachweis

- 1 Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung, Frankfurt. Finanzamtsakten der Firma H. Grünbaum.
- 2 Aus Privatbesitz.
- 3 Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung, Frankfurt. Akte Arisierungen.
- 4 (gleiche Quelle)
- 5 (gleiche Quelle)
- 6 Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung, Frankfurt. Devisenakte Blau & Stern.

Horst Kottke

<sup>129</sup> Landesamt. Vermögenskontroll-Akte Gebr. B. <sup>130</sup> Kurhessische Wirtschaft 16/75, S. 493.

# NS-Wirtschaftspolitik und die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung (1933–1939)

## Rahmenbedingungen

In diesem Beitrag werden wirtschafts- und sozialpolitische Aktionsbereiche, Organisationen und Maßnahmen des Nationalsozialismus in ihrer Durchsetzung, Wahrnehmung und Bedeutung für den Bereich Kassel während der Vorkriegszeit dargestellt.

In der Polykratie des nationalsozialistischen Systems vermischten sich vielfach wirtschafts- und sozialpolitische Aktionsbereiche und wurden oft mit Zielen der Sicherung oder der Erweiterung der Machtbereiche von staatlichen Stellen, nationalsozialistischen Organisationen, einzelnen Führern oder Ämtern und Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen verbunden. Die Sozialpolitik stand außerdem im Dienste vorrangiger politischer Ziele, wie Arbeitsbeschaffung, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Noch deutlicher als in verschiedenen anderen Politikfeldern wird bei der nationalsozialistischen Sozialpolitik die Verbindung von sozialem Druck, politischem Zwang und häufig kaum verhülltem Terror.

Bei der Bearbeitung dieses Themas wird die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung im Raum Kassel von 1933–1939 in den Mittelpunkt gestellt. Es wird versucht, der Frage nachzugehen, welchen Einfluß wirtschaftliche und sozialpolitische Entscheidungen und Maßnahmen des NS-Staates, der regionalen und lokalen nationalsozialistischen Organisationen und der Stadt Kassel auf die Veränderung der materiellen und sozialen Lebenslage der für die Sozialpolitik relevanten unteren und mittleren Bevölkerungsschichten hatten.

Grundlage der Darstellung sind die Annahmen:

– Wirtschaftskrise, ökonomische und soziale Existenzgefährdung des Mittelstandes, Massenarbeitslosigkeit und Verelendung waren keine hinreichenden, aber wichtige bedingende Ursachen für die Übergabe der staatlichen Regierungsmacht an die Nationalsozialisten.

– Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch wirtschaftlichen Aufschwung und Wachstum (Expansion durch Staats- und Rüstungskonjunktur) war für die nationalsozialistische Politik nicht nur das drängendste wirtschaftliche Problem, sondern auch eine sozialpolitische und politisch-psychologische Notwendigkeit, von der ihre politische Machtstellung und ihre Herrschaft in Staat und Gesellschaft abhing.

Die Darstellung bezieht sich auf zeitgenössische lokale Quellen, die Tageszeitungen, Fachzeitschriften, Veröffentlichungen der Stadt Kassel und der Industrie- und Handelskammer zu Kassel, Publikationen der kurhessischen NSDAP sowie auf Aktenmaterial aus dem Stadtarchiv Kassel, dem Staatsar-

chiv Marburg, dem Hauptstaatsarchiv Wiesbaden und dem Bundesarchiv Koblenz. In die Schilderung der Reaktionen der Kasseler Bevölkerung auf die nationalsozialistische Gesellschaftspolitik wurden zeitgenössische Stimmungsberichte und Gespräche mit Zeitzeugen einbezogen.

Bei globaler Betrachtung unterschied sich die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterschaft in Kassel von der Wirtschaftskrise bis zum 2. Weltkrieg (1929–1939) nicht wesentlich von der im Reichsdurchschnitt. Erst die genauere Untersuchung zeigt verschiedene lokale und regionale Besonderheiten, die zu erklären sind

- aus der sozialökonomischen Struktur der Stadt Kassel und ihres Umlandes,
- durch den Ausbau Kassels zu einem Rüstungszentrum des NS-Staates und
- durch spezifische Formen der Umsetzung der nationalsozialistischen Arbeits- und Sozialpolitik.

Kassel war traditionell Residenz- und Verwaltungstadt, Sitz des Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, des Regierungspräsidenten, der Bezirksdirektionen von Reichsbahn und Reichspost und anderer überregionaler, regionaler und lokaler Behörden sowie regionales Dienstleistungs- und Kulturzentrum. Daraus erklärt sich der hohe Anteil von Beamten und Angestellten an der städtischen Erwerbsbevölkerung (1932 35,12 %). Durch diese soziale und kulturelle Ausprägung wurde die Stadt zu einem bevorzugten Wohnsitz für Pensionäre und (Vermögens-) Rentner (1932 ca. 13 % der erwerbstätigen Bevölkerung). Diese Bevölkerungsschichten lebten vor allem in der Oberstadt und in den südlichen und westlichen Stadtteilen, die Schwerpunkte der NS-Organisationen und der NS-Wählerschaft waren.

Seit den 1870er Jahren hatte sich Kassel auch zur Industriestadt mit den besonderen Schwerpunkten Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Textilindustrie entwickelt. Die Industriewerke lagen vor allem im Norden und Osten der Stadt. Dort waren – neben der Altstadt – auch die Wohngebiete der Arbeiterschaft (1932 42,52 % der Erwerbsbevölkerung) und die Wählermehrheiten für die Arbeiterparteien, insbesondere für die Sozialdemokratie. Die einseitige Industriestruktur (hauptsächlich Lokomotiv- und Waggonbau sowie Schwergewebeproduktion) hatte schon in den 20er Jahren überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Wirtschaftskrise traf die Kasseler Industrie und die Arbeiterbevölkerung in der Stadt und den angrenzenden Arbeiterwohngemeinden des Landkreises besonders schwer. Kassel gehörte im deut-

schen Reich zu den Großstädten mit dem höchsten Anteil von Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfängern.

Die Arbeitsbeschaffung und die Überwindung der Arbeitslosigkeit ging in Kassel stärker als andernorts einher mit der Militarisierung und Aufrüstung. Die von den NS-Organisationen des Gau's mit propagandistischem Getöse betriebene „Arbeitsschlacht“ erwies sich dagegen als wenig beschäftigungsfördernd.

Kassel wurde zu einer wichtigen Garnisonsstadt und Rüstungsschmiede des Reiches. Mit dem Aufbau der Rüstungsindustrie und der Einführung von Arbeitsdienst- und Wehrpflicht ging die Arbeitslosigkeit zurück, früher und schneller als in anderen Regionen des Reiches. Ab 1936 machte sich zunehmend Facharbeitermangel bemerkbar.

Die Versuche der NS-Führung im Gau und in der Stadt Kassel, die traditionell überwiegend sozialdemokratisch und gewerkschaftlich orientierte Arbeiterschaft durch ideologische Propaganda, sozialpolitische Maßnahmen und Organisationsaktivismus einerseits und durch sozialen Druck, politischen Zwang und kaum verhüllten Terror andererseits in das NS-System einzuspannen, hatten in den ersten drei Jahren kaum Erfolg. Lageberichte zeigen Distanz gegenüber dem Nazismus, aber auch Unzufriedenheit über verteuerte Lebenshaltung, niedrige Arbeitseinkommen und Versorgungsmängel. Die Stimmung in der Arbeiterschaft besserte sich allmählich, wie die letzten vorhandenen Stimmungsberichte der Staatspolizeistelle Kassel und Aussagen von Zeitzeugen erkennen lassen, ab 1936/37 mit dem Erreichen der Vollbeschäftigung.

Der schnelle Aufschwung der Rüstungs- und Baukonjunk-

tur (insbesondere militärische und rüstungswichtige Bauten, Straßen- und Autobahnbau) im Raum Kassel und der wachsende Fachkräftemangel führten zu Mehrarbeit sowie An- und Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften. Auch die 1933/34 aus dem Berufsleben verdrängten Frauen sollten wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden. Schließlich wurden Arbeitskräfte aus „Überschußbezirken“ des Reiches und aus dem Ausland nach Kassel geholt. Die Fluktuation der Arbeitskräfte nahm überdurchschnittlich zu. Die Löhne der Arbeiter in rüstungswichtigen Wirtschaftsbereichen stiegen (trotz Lohnstopp) durch Zulagen stärker als in anderen Gebieten. Mit der Überbeschäftigung erhöhte sich ab 1938 die Arbeitsbelastung durch Überstunden und Sonderschichten. Zugleich vergrößerte sich die Einkommensdifferenzierung innerhalb der Arbeiterschaft. Trotz Einkommens- und Konsumanstieg ging es vielen Arbeitnehmern 1938 immer noch schlechter als vor der Wirtschaftskrise. Die meisten Arbeitnehmer hatten aber den Eindruck, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse erheblich verbessert hatten. Dies galt nicht für den anhaltenden Wohnraumangel. Wohnungs- und Städtebau in Kassel mußten ab 1937 hinter militärische und rüstungswirtschaftliche Ansprüche zurücktreten.

Der Deutschen Arbeitsfront gelang es nicht, die Kasseler Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Anklang fanden dagegen die Angebote der „Kraft durch Freude“, insbesondere die Urlaubsreisen. Die Gauleitung versuchte dabei, sich mit einem „Werksehrendienst“ (Urlaubsvertretung für freigestellte Arbeitskräfte) zu profilieren.

## 1. Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in Kassel

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation für den selbständigen Mittelstand, für Vermögensrentner und Pensionäre seit den 20er Jahren sowie die Wirtschaftskrise, die wachsende Massenarbeitslosigkeit und die zunehmende Verelendung der Langzeitarbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger nach 1930 gehörten nach unserem Verständnis zu den wesentlichen materiellen Voraussetzungen für den politischen Aufstieg und Machtgewinn des Nationalsozialismus auch in der Stadt und Region Kassel. – Die wirtschaftliche Struktur und Entwicklung der Stadt Kassel und ihres Umlands kann hier nur knapp skizziert werden. Kassel war – in der Tradition der ehemaligen

Residenz – als Provinzhauptstadt Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum mit Mittelschichtenbevölkerung geblieben. Von den Erwerbstätigen waren (1933) 24,1 % Angestellte und 15,5 % Beamte; der Anteil der Angestellten lag um das Doppelte, der Beamtenanteil um das Dreifache höher als im Reich. – Seit den 1870er Jahren hatte sich Kassel zur Industriestadt entwickelt. Industrielle Schwerpunkte waren die Metallindustrie, insbesondere der Maschinenbau, vor allem Fahrzeugbau (Lokomotiven, Eisenbahnwagen) und die Textilindustrie, besonders Schwergewebe. Nur ein knappes Drittel der Erwerbstätigen (32,2 %) waren (1933) Arbeiter.

## 1.1. Wirtschaftsprobleme in der Aufschwungphase

Die wirtschaftliche Entwicklung brachte für die Stadt Kassel auch während der „goldenen Zwanziger“ (von 1924 bis 1928/29) keine Blütezeit. Dies lag in erster Linie an der ungünstigen Struktur der Kasseler Industrie, die großenteils „auf dem gedrosselten Bedarf der Reichsbahn und dem aufs äußerste verminderten Heeresbedarf“ sowie dem Export beruhte. „Gerade die wichtige verarbeitende Industrie konnte durch diese Einseitigkeit an der großen Wirtschaftsbelebung des Jahres 1927 nicht teilnehmen.“<sup>1</sup> Im Bericht des SPD-Ortsvereins Kassel über das Jahr 1928 heißt es: „Während in anderen Städten (ab 1924) eine Besserung eingetreten ist, geht die Industrie Kassels – hauptsächlich die Metallindustrie – immer mehr zurück. Große Werke sind stillgelegt bzw. durch die Konzentration von hier verlegt worden, und für die noch vorhandenen Werke ist auch nicht dauernd eine gute Beschäftigung gesichert. Aber auch in der übrigen Industrie haben Stilllegungen stattgefunden (Zündholzfabrik u. a. m.).“<sup>2</sup>

In ihrem Wirtschaftsbericht für 1928 betonte die Industrie- und Handelskammer zu Kassel „die außerordentlich schwierige Lage fast der gesamten Maschinenindustrie, besonders des Lokomotivbaues“ und die schlechte Situation der Segeltuchindustrie.<sup>3</sup> Daß die Aufträge der Reichsbahn vollständig fehlten, war aus der Sicht der IHK „ein Unglück nicht nur für die Firma Henschel, sondern für ganz Kassel“.<sup>4</sup> Der im Herbst 1929 einsetzende konjunkturelle Rückgang führte auch in Kassel zu einer wachsenden Zahl von Firmenzusammenbrüchen. Die Zunahme der Konkurse und Vergleiche (+ 31 % gegen 1928) war ebenso groß wie im Reich. Im Winter 1929/30 gerieten „eine Reihe von industriellen und kaufmännischen Firmen“ durch „die Zahlungseinstellung mehrerer Kasseler Banken“ in wirtschaftliche Schwierigkeiten.<sup>5</sup> „Fast alle Handwerke“ berichteten 1929 „über einen beträchtlichen Rückgang der Umsätze, der zwischen 10 bis 60 % geschätzt“ wurde.<sup>6</sup> Eine besondere Verschlechterung der Wirtschaftslage trat in der Bauwirtschaft, einem wirtschaftlichen Schlüsselbereich, ein. Davon wurden auch die verschiedenen Baunebengewerbe betroffen.<sup>7</sup>

Wie Bürgermeister Lahmeyer vor der Stadtverordnetenversammlung feststellte, war es eine „bittere Tatsache, daß Kassel bis 1932 neben Breslau und Wiesbaden mit den

Zahlen seiner Erwerbslosen, Kleinrentner und Sozialrentner prozentual an der Spitze aller deutschen Städte stand“.<sup>8</sup> Auch im Bericht des SPD-Ortsvereins für das Jahr 1928 wird gesagt, daß Kassel einen Prozentsatz an Unterstützungsempfängern hatte (im Dezember 1928 etwa 15 % der Bevölkerung), „der nur in ganz wenigen Städten erreicht“ wurde.<sup>9</sup> – Neben den 9111 Kasseler Einwohnern, die im Dezember 1928 von Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung leben mußten, gab es schon 11 386 Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung. Darunter waren viele ältere Bürger, die durch die kriegsbedingte Inflation ihre Vermögen verloren hatten. Bürgermeister Lahmeyer sagte über diese Bevölkerungsgruppe: „Es liegt eine große Tragik darin, daß aus den Kreisen der zahlreichen Pensionäre und Rentner, die in der Vorkriegszeit den Wohlstand der Stadt nachhaltig begründeten, in der Inflation jene großen Unterstützungsgruppen entstehen mußten und damit eine Fürsorgebelastung, ohne daß wirksame Abhilfe geschaffen werden konnte.“<sup>10</sup>

Viele dieser durch die Inflation enteigneten Leute sehnten sich nach der Vorkriegszeit, der „Kaiserzeit“ zurück. Sie sahen nicht in der Finanzierung des verlorenen Weltkrieges und seiner Folgen die Ursachen dafür, daß sie um ihr Vermögen gebracht worden waren. Sie gaben vielmehr der Weimarer Demokratie, den Parteien und führenden Politikern der Weimarer Koalition die Schuld daran. Sozialdemokraten, „Linksliberale“ (DDP) und Zentrum hatten doch die Kapitulation und den Versailler Friedensvertrag angenommen und damit, wie viele meinten, dem deutschen Volk die Niederlage und den Vertrag mit den schändlichen Bedingungen („Kriegsschuldlüge“) und den drückenden Reparationslasten („Inflationsursache“) aufgeladen.

Schon 1927 begannen die städtischen Körperschaften in Kassel (auch auf Veranlassung der Preußischen Staatsregierung) mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Magistrat nahm Anleihen auf, vergab in großem Umfang Notstandsarbeiten auf dem Gebiet des Tiefbaus und kurbelte auch den Hochbau kräftig an, um damit zugleich die Wohnungsnot in Kassel abzubauen. Die Zahl der Erwerbslosen wurde dadurch, z. B. im Jahre 1927, erheblich verringert.<sup>11</sup> Bereits 1929 ging die Bautätigkeit in Kassel beträchtlich zurück; 1928 wurden noch 405

<sup>1</sup> Bürgermeister Gustav Lahmeyer in der 1. (konstituierenden) Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 30. März 1933, s. Protokoll dieser Sitzung im Stadtarchiv Kassel. <sup>2</sup> SPD Ortsverein Kassel, Bericht über das Jahr 1928, erstattet in der Generalversammlung am 30. 1. 1929, o.O., o.J., S. 15. <sup>3</sup> Wirtschaftsbericht der Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Kassel 1928, S. 9. <sup>4</sup> Ebenda, S. 10. <sup>5</sup> Wirtschaftsbericht der IHK Kassel 1929, S. 5–6. <sup>6</sup> Jahrbuch des Kurhessisch-Waldeckschen Handwerks für 1930, gemeinsam herausgegeben v. d. Handwerkskammer zu Kassel und dem Kurh.-Wald. Handwerkerbund, S. 5. <sup>7</sup> Ebenda, S. 6. <sup>8</sup> Ebenda, S. 8. <sup>8</sup> + G. Lahmeyer, a.a.O. (1). <sup>9</sup> SPD Ortsverein Kassel (2). <sup>10</sup> Lahmeyer, a.a.O. (1). <sup>11</sup> Ebenda.

Wohngebäude fertiggestellt, 1929 nur noch 184.<sup>12</sup> Ab 1930, mit Einbruch der Wirtschaftskrise, die einen starken Rückgang der städtischen Einnahmen und eine

schnelle Steigerung der Wohlfahrtsausgaben bewirkte, mußte die städtische Auftragsvergabe- und Beschäftigungspolitik immer stärker eingeschränkt werden.

## 1.2. Die Kasseler Wirtschaft in der Krise

In Kassel wurden die Wirtschaftszweige besonders heftig von der Wirtschaftskrise getroffen, die hauptsächlich von öffentlichen Aufträgen und vom Export abhängig waren. Dies waren vor allem der Maschinen- und Fahrzeugbau mit den Großbetrieben Henschel & Sohn, Wegmann und Credé sowie das Baugewerbe.

Das größte Kasseler Unternehmen, die Firma Henschel & Sohn AG, ist ein eindrucksvolles Beispiel für die verheerende Wirkung der Weltwirtschaftskrise in Kassel. Henschel war bis zum Ersten Weltkrieg, in der Zeit seiner größten Ausdehnung, zum führenden deutschen und europäischen Lokomotivbauunternehmen aufgestiegen und hatte eine Beschäftigtenzahl von rund 9000 erreicht.

1930 beschäftigte das Henschel-Werk noch rund 4900 Arbeiter und Angestellte. Durch die Weltwirtschaftskrise kam das Exportgeschäft im Jahre 1931 fast zum Stillstand. Henschel erhielt von der Reichsbahn nur einen Auftrag über 34 Dampflokomotiven und einige Elektroloks. Damit war die Produktionskapazität des Großbetriebs, der 1914 täglich bis zu 3 Lokomotiven fertigen konnte, nur für kurze Zeit ausgelastet. Ab Januar 1932 wurde das Werk – bis auf einige Montagearbeiten – für 4 Monate stillgelegt.<sup>13</sup> – Oberbürgermeister Dr. Stadler erklärte am 26. 1. 1932: Der Firma Henschel seien von der Stadt alle nur möglichen Erleichterungen gewährt worden, darüber hinaus habe er sich persönlich bei der Reichsbahnverwaltung um die Vergabe von Aufträgen bemüht. Nicht im Mangel an Kapital oder Kredit sei die Krise begründet, sondern allein im Mangel an Aufträgen.<sup>14</sup> Die Geschäftsleitung der Henschel-Werke begründete die Stilllegung mit der Notwendigkeit einer „allgemeinen Kostensenkung“, die eine „Umstellung des Betriebes“ erfordere. Die Kostensenkung wurde durch drastischen Abbau der Personalkosten (Entlassungen, Lohnkürzungen) und durch erhebliche Steuererleichterungen des Reiches, des Landes Preußen und der

Stadt Kassel erreicht. Für die Steuerermäßigung erhielt die Stadtverwaltung von der Henschel-Direktion die Zusage, „daß zur Entlastung der Erwerbslosenfürsorge in der Hauptsache Arbeitskräfte aus Kassel und soweit möglich Wohlfahrtserwerbslose eingestellt würden“.<sup>15</sup> Erst in der zweiten Aprilhälfte 1932 fing Henschel an, zunächst Angestellte, später auch Arbeiter wieder einzustellen; die Produktion wurde langsam wieder aufgenommen. Im Mai wurden die drei Kasseler Werke wieder soweit in Betrieb genommen, um die angesammelten Aufträge auszuführen. Die Unternehmensleitung wollte, zunächst nur für ein Jahr, 1300 bis 1500 Personen einstellen. Im Juli 1932 beschäftigten die Henschel-Werke etwa 950 Arbeiter.<sup>16</sup>

Ähnlich niederdrückende Auftragsausfälle hatten die beiden Waggonbauunternehmen Wegmann, Kassel und Credé im damals noch selbständigen Industrieort Niederzwehren. Credé legte den Betrieb im Winter 1931/1932 und im August 1932 mehrere Wochen still; Wegmann schränkte seine Arbeiterzahl bis auf 150 ein.

Im Baugewerbe von Kassel und Umgebung häuften sich seit Ende 1931 die Betriebseinstellungen und Firmenzusammenbrüche, weil „die öffentliche und private Bautätigkeit infolge der Stockung auf dem Anleihe- und Hypothekenmarkt fast völlig zum Erliegen“ kam.<sup>17</sup>

Die Kasseler Textilindustrie war zwar nicht im gleichen Maße von der Krise betroffen wie der Maschinen- und Fahrzeugbau und das Baugewerbe. Die vier Großbetriebe waren auch nicht zu völligen Stilllegungen gezwungen, dennoch wurden rund 27 % der Arbeitsplätze durch Entlassungen und Betriebseinschränkungen abgebaut.<sup>18</sup>

Der Stromabsatz der Städtischen Werke Kassel und des Elektroverbandes Mitteldeutschland, der von der Industrie- und Handelskammer in Kassel als Gradmesser für die Beschäftigung der Betriebe angesehen wurde, zeigt einen ständigen Niedergang vom Herbst 1929 bis zum Som-

<sup>12</sup> Jahrbuch des Kurh.-Wald. Handwerks 1930, S. 9. <sup>13</sup> Vgl. Kasseler Volksblatt (weiterhin KVbl.) v. 14. 1. 1932 und Wirtschaftsbericht der IHK Kassel/Mühlhausen, Sitz Kassel 1932, S. 4. <sup>14</sup> Oberbürgermeister Dr. Stadler in der 10. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 26. Januar 1932, s. Stenographischer Bericht dieser Sitzung im Stadtarchiv Kassel. <sup>15</sup> Vgl. KVbl. v. 14. u. 27. 1. 1932. <sup>16</sup> Stenogr. Bericht der 4. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 27. 6. 1932 a.a.O. (14). <sup>17</sup> s. Stenogr. Bericht dieser Sitzung a.a.O. (14). <sup>18</sup> Vgl. Statistischer Dreijahresbericht der Stadt Kassel 1936–1938, im Auftrage des Oberbürgermeisters, hrsg. v. Statistischem Amt, S. 16.

mer 1932. In der zweiten Jahreshälfte 1932 beginnt ein Wachstum der Stromabgabe, das sich 1933 fortsetzt. Stromabsatz der Städtischen Werke Kassel und des Elektrozweckverbandes Mitteldeutschland (in v. H. – Basisjahr 1929) 1929 = 100 %, 1930 = 94 %, 1931 = 86,5 %, 1932 = 82,8 %.<sup>19</sup>

Konkurse und Vergleiche im Reich und im Bezirk der Industrie- und Handelskammer zu Kassel (Januar – November)<sup>20</sup>

Reich	1930	1931	1931 gegen 1930	1932	1932 gegen 1930
Konkurse	10 490	12 421	+ 18,4 %	8 082	- 23 %
Vergleiche	6 572	7 638	+ 16,2 %	5 977	- 9 %
Gesamt	17 062	20 056	+ 17,5 %	14 059	- 17,6 %
IHK-Kassel					
Konkurse	166	209	+ 25,9 %	147	- 11,4 %
Vergleiche	73	71	- 2,7 %	72	- 1,4 %
Gesamt	239	280	+ 17,2 %	219	- 8,4 %

Vergleicht man die Entwicklung der Konkurse und Vergleiche im Bezirk der Kasseler Industrie- und Handelskammer mit der im Reichsdurchschnitt, ist zu erkennen, daß im Kasseler Kammerbezirk überdurchschnittlich viele Betriebe durch die Krise ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage verloren haben. Im Bezirk der IHK Kassel stieg die Zahl der Konkurse 1931 gegenüber 1930 um 25,9 % (Reich + 18,4 %). 1932 gingen die Firmenpleiten im Kasseler Bezirk (gegen 1930) nur um 11,4 % zurück, im Reichsdurchschnitt dagegen um 23 %.

Die Wirtschaftskrise trieb außerdem in der Kasseler und nordhessischen Wirtschaft die Unternehmenskonzentration voran. Die Industrie- und Handelskammer Kassel hatte schon 1930 zu Betriebszusammenschlüssen aufgefordert: „Vor allem aber kranken wir in den meisten Geschäftszweigen auch heute noch an einem Zuviel der Zahl der Betriebe. Es muß da zu einem weiteren Abbau kommen durch Zusammenlegung von Unternehmungen, zu der die kleine und mittlere Industrie sowie der Großhandel im Kasseler Bezirk noch kaum einen Anlauf genommen hat.“<sup>21</sup> Dem Kasseler Großunternehmen Henschel gelang es, einen Teil der Quoten der 13 eingegangenen deutschen Lokomotivfabriken aufzukaufen und damit seinen Anteil an den Lieferungen für die Reichsbahn auf

34 % (für 1933) zu vergrößern.<sup>22</sup> – Im Einzelhandel konzentrierten Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Großfilialunternehmen einen wachsenden Anteil des geschrumpften Umsatzes auf sich, indem sie oft zu niedrigeren Preisen verkauften und immer mehr Warengruppen in ihr Sortiment aufnahmen, die bis dahin Spezialgeschäften vorbehalten waren. Der mittelständische Einzelhandel fühlte sich durch die übermächtige Konkurrenz der Großbetriebe einem Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Diese Entwicklung hatte – bei dem durch die Krise erzwungenen Konsumverzicht, insbesondere der Arbeitslosen und Unterstützungsempfänger, mit entsprechenden Umsatzeinbußen des Handels – zur Spaltung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels geführt. Die IHK Kassel schrieb in ihrem Wirtschaftsbericht 1932 von Gegensätzen „zwischen dem mittelständischen Einzelhandel einerseits und den Warenhäusern, Einheitspreisgeschäften und Großfilialbetrieben andererseits (...) auch im Kammerbezirk“. „Die Spezialgeschäfte sehen nach wie vor in diesen mehr auf kapitalistischer Grundlage beruhenden Betriebsformen eine wesentliche Ursache für den bei ihnen zu verzeichnenden Umsatzschwund und die zum Teil ungesunde Preisentwicklung.“ Die IHK berichtet weiter über „Beschwerden des Lebensmitteleinzelhandels über das Vordringen der Großfilialbetriebe“ sowie Einbußen des Textileinzelhandels „durch die Großversandgeschäfte, die selbst Fabriken unterhalten“. Auch in den Konsumvereinen sah der Einzelhandel Gegner, und die IHK wies darauf hin, daß sich „mancherorts im Kampfe gegen die Konsumvereine“ das Rabattsparwesen bewährt habe.<sup>23</sup> Für die Agitation der Kurhessischen NSDAP-Führung in Kassel waren die Existenzängste beim selbständigen Mittelstand ein geeignetes Aktionsfeld. Die scheinbar antikapitalistische NS-Propaganda richtete sich nicht gegen die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse und die dadurch bestimmte Verteilung des gesellschaftlichen Einkommens, sondern griff Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und „marxistische“ Konsumvereine als wirtschaftlich und sozial schädliche Betriebsformen an. Die ökonomischen Konzentrationsvorgänge zu Lasten von Handwerk und Einzelhandel wurden einem wirtschaftlichen Vernichtungsfeldzug des raffenden Kapitals zugeschrieben, das vom „internationalen Judentum“ beherrscht und gesteuert sei.

<sup>19</sup> Errechnet aufgrund von Zahlen des Wirtschaftsberichts der IHK Kassel-Mühlhausen, Sitz Kassel, 1933, S. 11. <sup>20</sup> Zusammengestellt nach dem Wirtschaftsbericht der IHK Kassel/Mühlhausen, Sitz Kassel 1932, S. 14. <sup>21</sup> Wirtschaftsbericht der IHK Kassel 1929, S. 8. <sup>22</sup> Wirtschaftsbericht der IHK Kassel 1932 (20), S. 5. <sup>23</sup> Ebenda., S. 33.

### 1.3. Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die Kasseler Kommunalpolitik

Am 27. 6. 1932 erklärte Oberbürgermeister Dr. Stadler mit Bezug auf die finanzielle Situation der Stadt – und der Gemeinden des Landkreises Kassel –: „Die Abwälzung des Risikos der langdauernden Arbeitslosigkeit auf die Gemeinden ohne Bereitstellung ausreichender Einnahmequellen hat das finanzielle Rückgrat der Gemeinden zerbrochen.“<sup>24</sup> Die Stadt Kassel, wie auch die Arbeiterwohn-gemeinden im Landkreis, standen in dieser Phase der Wirtschaftskrise vor dem finanziellen Zusammenbruch. In mehreren Orten im Umkreis von Kassel (z. B. in Oberkaufungen, Ochshausen, Breitenbach) konnten die Wohlfahrtsunterstützungen nur zum Teil, mit Verzögerung oder gar nicht (wie im Mai 1932 in Oberkaufungen) ausbezahlt werden. Auch die Zahlung der Löhne und Gehälter für die Beschäftigten der Gemeinden war öfters gefährdet.<sup>25</sup>

Die städtischen Kassen in Kassel standen 1932 mehrfach kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Die Gehälter, Löhne und Wohlfahrtsunterstützungen konnten zwar mit Mühe rechtzeitig gezahlt werden, die Zinsen aber nicht; und auch viele Rechnungen konnten nicht pünktlich beglichen werden. Obwohl die Unterstützungssätze einschneidend gekürzt wurden, stiegen die städtischen Wohlfahrtsausgaben von rund 9,4 Millionen RM im Jahre 1929 auf rund 13 Millionen RM im Jahre 1932. Die Steuerüberweisungen des Reiches an die Stadt wurden dagegen beträchtlich vermindert. Die Überweisungssteuern für Kassel waren 1929 noch fünfmal so hoch wie die Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen; 1932 waren die städtischen Ausgaben für die Erwerbslosen um mehr als 20 % höher als die Überweisungssteuern. Der städtische Haushalt schloß 1931 mit einem Fehlbetrag von mehr als 1,3 Millionen RM ab. Dieses Haushaltsdefizit summierte sich mit den Fehlbeträgen der vorangegangenen Jahre zu einem ungedeckten Gesamtdefizit von rund 7,4 Millionen RM. Die Verschuldung vollzog sich bei einem schrumpfenden Haushalt und rücksichtslosen Sparmaßnahmen. Doch konnte die Ausgabensenkung mit 11 % mit dem Rückgang der Einnahmen von 21 % nicht Schritt halten.<sup>26</sup> – Für 1932 ergab sich – trotz weiterer Ausgabenkürzungen (z. B. durch Streichung von Personalstellen, Kürzungen von Löhnen, Gehältern und Wohlfahrtsunterstützung) – sogar ein Haushaltsfehlbetrag von 4 1/4 Millionen RM.<sup>27</sup>

Die hohe Verschuldung und die akuten Finanznöte der Stadt machten sie mehr und mehr von Zuweisungen des

Reiches und damit verbundenen Auflagen abhängig. Die unten dargestellten Beispiele zeigen, wie sehr die städtische Selbstverwaltung durch diese Eingriffe eingeschränkt wurde. Hinzu kam die Notverordnungs politik, die die Stellung des Magistrats stärkte und die Mitbestimmungsrechte der Stadtverordnetenversammlung weitgehend einschränkte. Die kommunale Demokratie wurde schon stückweise abgebaut, bevor ihr die Nationalsozialisten den Garaus machen konnten.

Die Kasseler Stadtverordnetenversammlung beschloß am 9. 5. 1932:

- a) Auf Antrag der SPD-Fraktion: Der Magistrat solle veranlassen, daß jedem Haupt(-wohlfahrts-)unterstützungsempfänger noch vor Pfingsten 3 RM als Beihilfe ausgezahlt würden. Mittel für eine solche Beihilfe waren vom Aufsichtsrat der Städtischen Werke AG bewilligt worden.
- b) Auf Antrag der KPD-Fraktion: Keine Entlassungen und Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden mit Lohnausgleich für die städtischen Arbeiter. Gleichsetzung der Fürsorgearbeiter mit den Stammarbeitern, Lohnerhöhung von 20 % für die Arbeiter, Bezahlung von Feiertagen und ausgefallenen Arbeitsstunden.

Beide Beschlüsse wurden vom Magistrat abgelehnt und nicht ausgeführt mit der Begründung, dafür fehlten die erforderlichen Finanzmittel. Diese Begründung war angesichts der Finanznot der Stadt nicht einfach zurückzuweisen. Die Wohlfahrtserwerbslosen und Teile der Kasseler Bevölkerung waren dennoch empört, weil bekannt wurde, daß der Magistrat zur gleichen Zeit für die besoldeten Magistratsmitglieder eine Gehaltszulage (von 10 % des Grundgehalts) bewilligt hatte.

Die KPD und die mit ihr verbundene Revolutionäre Gewerkschafts- Opposition (RGO) nutzten den Unwillen gegen das Verhalten des Magistrats und organisierten einen Streik der städtischen Fürsorge(-Pflicht-)arbeiter. Die Mitgliedschaft dieser beiden Organisationen bestand zum großen Teil aus Arbeitslosen. – Der Magistrat beendete diesen Streik, indem er die Fürsorgearbeiten einstellen ließ und die Arbeitslosen wieder zum Wohlfahrtsamt überwies.<sup>28</sup>

Nachdem die Regierung von Papen mit den Notverordnungen vom Juni 1932 die Sozialrenten und die Richtsätze für die Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung ohne Rücksicht auf die Notlage der Betroffenen heruntergedrückt hatte, beschloß die Kasseler Stadtverordne-

<sup>24</sup> Vgl. Bericht von OB Dr. Stadler in der 3. Sitzung der StVO-Vers. am 27. 6. 1932, s. Stenogr. Bericht dieser Sitzung a.a.O. (14). <sup>25</sup> Vgl. KVbl. v. 8. 1., 3. 3., 10. u. 23. 5. 1932. <sup>26</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 3. Sitzung der StVO-Vers. am 27. 6. 1932, a.a.O. (14). <sup>27</sup> N. N. <sup>28</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 2., 3. u. 4. Sitzung der StVO-Vers. am 9. 5., 27. 6. u. 4. 7. 1932, a.a.O. (14); KVbl. v. 12. u. 13. 5. 1932.

tenversammlung am 4. 7. 1932, daß in Kassel die Unterstützungssätze in der alten Höhe weitergezahlt werden sollten.<sup>29</sup> Entgegen diesem Beschluß kürzte der Magistrat auf Anweisung des Regierungspräsidenten in Kassel, die nicht ohne sein Zutun erfolgte, die Unterstützung für Wohlfahrtserwerbslose um 23 %, für Krisenunterstützungsempfänger um 20 % und für die übrigen Wohlfahrtsempfänger um 15 %.

Auch der auf Antrag der SPD-Fraktion am 4. 7. 32 erneut gefaßte Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, der Magistrat solle die einmalige Beihilfe von 3 RM an die Hauptunterstützungsempfänger unverzüglich auszahlen, wurde vom Magistrat nicht befolgt. Er entschied, daß der von den Städtischen Werken für die Beihilfe „bereitgestellte Betrag von 30 000 RM dem Wohlfahrtsamt zur Behebung besonderer Notstände zur Verfügung gestellt“ wurde.<sup>30</sup> – Der Sprecher der SPD-Fraktion, Christian Wittrock, hielt der Stadtverwaltung vor, ihr Verhalten sei von der Erwägung bestimmt, „daß sie ja aufgrund der Notverordnungsbestimmungen in großem Umfang allein ohne Mitwirkung der Stadtverordneten“ handeln könne. „Ja, in Kassel ging man sogar so weit, daß man die Führung der Geschäfte zeitweilig vom Rathaus in das Regierungsgebäude am Schloßplatz verlegt.“ Wittrock betonte, daß die Sozialdemokraten „Gegner der Alleinherrschaft des Magistrats“ waren, daß sie aber auch „die Selbstaufgabe des Magistrats“ gegenüber dem Regierungspräsidenten ablehnten. Der liberale Stadtverordnete Catta, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, kritisierte, daß „von der Selbstverwaltung der Städte kaum noch eine Spur übriggeblieben“ war und daß die Aufsichtsbehörde die städtischen Gremien zu Beschlüssen zwang, die sie nicht mehr mittragen konnte. Wittrock wie auch Catta protestierten dagegen, daß das Reich und der Preußische Staat die Stadt Kassel gezwungen hatten, die Bürgersteuer (eine Kopfsteuer) zu erheben und die Steuerschraube anzuziehen (keine Steuerstundungen mehr), indem sie Finanzbeihilfen von solchen Maßnahmen abhängig machten.<sup>31</sup>

Die Haltung des Magistrats beim Fürsorgearbeiterstreik, bei der verweigerten Auszahlung der einmaligen Beihilfe an die Hauptunterstützungsempfänger und bei der Durchführung der Notverordnungen war für die kommunistische Stadtverordnetenfraktion der Anlaß, die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen. Durch die Neuwahl des Stadtparlaments wollte sie erreichen, „daß der reaktionäre Magistrat abtreten“ mußte.

Dieser demonstrative Antrag wurde, wie nicht anders zu erwarten, abgelehnt.<sup>32</sup>

Der einmütige und nachdrückliche Protest der städtischen Körperschaften gegen die Schließung der Kunstakademie und des Staatstheaters durch das Land Preußen blieb erfolglos. Die städtischen Gremien beschloßen deshalb, trotz der finanziellen Notlage Kassels mit Unterstützung des Bezirksverbandes das Theater für ein Jahr treuhänderisch fortzuführen.<sup>33</sup>

Obwohl die finanzielle Bedrängnis der Stadt Kassel seit dem Herbst 1931 immer schlimmer wurde, versuchte die Stadtverwaltung, mit den noch verfügbaren Mitteln Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, besonders im Wohnungsbau und im Tiefbau, aufrecht zu erhalten. 1931 konnten mit öffentlichen Mitteln noch 32 Wohnungen für obdachlose Familien und 42 Genossenschaftswohnungen gebaut werden. 244 Wohnungen, mit deren Bau 1930 begonnen worden war, wurden fertiggestellt. Das Städtische Tiefbauamt setzte Wohlfahrtsunterstützungsempfänger für Abwasserleitungs- und Straßenbauarbeiten als sogenannte Fürsorgearbeiter in zwanzigtausend Tagewerken ein. Im Sommer 1931 wurden 329 Fürsorgearbeiter beschäftigt; aus Geldmangel wurde die Zahl im Herbst auf ca. 190 und im März 1932 sogar bis auf 50 Fürsorgearbeiter herabgesetzt.<sup>34</sup>

1932 nahm die Stadt Kassel ein Darlehen von 30 000 RM auf, um 462 Kleingärten für Erwerbslose zu schaffen. Das Stadtbauamt stellte wieder Fürsorgearbeiter für Arbeiten im Hoch- und Tiefbau sowie im Gartenwesen im Umfang von 26 000 Tagewerken ein. Die Arbeiten an der Sanierung der Kasseler Altstadt wurden fortgesetzt, dadurch konnten über 200 sanierungsbedürftige Wohnungen erhalten werden. Im Herbst 1932 wurden 150 vorstädtische Kleinsiedlerstellen geschaffen.

Ab Juni 1932 wurde in Kassel für jugendliche Arbeitslose ein Freiwilliger Arbeitsdienst (FAD) eingerichtet. Das Städtische Bauamt hatte die Aufgabe, Projekte für den FAD vorzubereiten, z. B. Straßenausbau, Wegebau, Bachregulierungen, Anlegen von Grünflächen u. ä. Die Stadt Kassel zahlte dem FAD 1932 für rund 60 800 Tagewerke einen Zuschuß von rund 205 000 Reichsmark. Die Arbeitsdienstleistenden erhielten eine Bezahlung von 1,60 RM pro Tag. Obwohl die Sozialdemokraten keine Freunde des FAD waren, weil sie darin billige „Konkurrenz für freie Arbeiter mit Lohndrückerei“ sahen, unterstützten sie die städtische Förderung des FAD. Auf ihren

<sup>29</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 4. Sitzung der StVO-Vers. am 4. 7. 1932, a.a.O. (14). <sup>30</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 4. und 8. Sitzung der StVO-Vers. am 4. 7. und 5. 10. 1932, a.a.O. (14). <sup>31</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 8. Sitzung der StVO-Vers. am 5. 10. 1932. <sup>32</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 4. Sitzung der StVO-Vers. am 4. 7. 1932. <sup>33</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 3. Sitzung der StVO-Vers. am 27. 6. 1932. <sup>34</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 12. Sitzung der StVO-Vers. am 23. 3. 1932.

Antrag beschloß die Stadtverordnetenversammlung, den Arbeitsdienstwilligen sollten 2 RM pro Tag bei 40 Stunden Wochenarbeitszeit gezahlt werden. Den Unterschiedsbetrag zu der Vergütung, die das Landesarbeitsamt bezahlte (1,60 RM), sollte die Stadt übernehmen.<sup>35</sup> Die Sanierung der Altstadt, städtische Arbeitsbeschaf-

fungsmaßnahmen verschiedenster Art, insbesondere öffentliche Baumaßnahmen, Schaffung von Kleinsiedlungen und Kleingärten sowie einen Freiwilligen Arbeitsdienst gab es in Kassel also schon, bevor die Nationalsozialisten die Macht in ihre Hände bekamen.

#### 1.4. Arbeitslosigkeit und Verelendung

Am Jahresanfang 1930, in den ersten Monaten der Wirtschaftskrise, wurden in Kassel bereits 14 134 Personen vom Wohlfahrtsamt unterstützt, darunter waren 3572 Langzeitarbeitslose, sogenannte Wohlfahrtsarbeitslose, die keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung mehr erhielten. Je länger die wirtschaftliche Depression anhielt und damit die Lage im Raum Kassel sich verschlechterte, um so mehr stieg nicht nur die Zahl der Arbeitslosen, sondern insbesondere die der Wohlfahrtsarbeitslosen. Ende 1930 war z. B. in Kassel fast ein Drittel der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) arbeitslos. Ein Jahr später war schon die Hälfte der Mitglieder, die noch im DMV geblieben waren, mehrere Jahre arbeitslos (über 3000 von 7570). – Anfang Juni 1932, am Tiefpunkt der Krise, mußte das Kasseler Wohlfahrtsamt 23.416 Personen unterstützen, davon waren 10 392 Wohlfahrtserwerbslose. In den zweieinhalb Krisenjahren hatte die Zahl der Wohlfahrtsempfänger um rund zwei Drittel zugenommen, die der Wohlfahrtserwerbslosen sogar um rund 191%.<sup>36</sup> Der Prozentsatz der länger Arbeitslosen lag in Kassel mit an der Spitze der 100 größten deutschen Städte.<sup>37</sup> Ende 1930 hatten noch mehr als ein Drittel der Erwerbslosen Arbeitslosenunterstützung erhalten, zwei Jahre später bekam nur noch jeder Zwölfte diese Unterstützung, dagegen waren fast drei Viertel aller Unterstützungsempfänger auf städtische Wohlfahrtszuwendungen angewiesen.

Im Februar 1932, auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit, waren beim Kasseler Arbeitsamt rund 42 200 Personen als Arbeitslose gemeldet, davon rund 43% (über 18 000) aus der Stadt Kassel. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen war weit höher, weil sich viele Erwerbslose beim Arbeitsamt nicht registrieren ließen, (z. B. Jugendliche, die nach der Schulentlassung noch keine Lehr- oder Arbeitsstelle gefunden hatten, langjährige Arbeitslose, verheiratete Frauen, Selbständige, die ihren Betrieb aufgeben mußten, aber wegen Haus- und Grundbesitz keinen

Anspruch auf Wohlfahrtsunterstützung hatten). Legt man nur die registrierten Erwerbslosen zugrunde, so waren im Februar 1932 und im Januar 1933 rund 12% der Kasseler Bevölkerung arbeitslos, das waren etwa ein Viertel aller Erwerbspersonen und fast die Hälfte der Arbeiter und Angestellten. – Das volle Ausmaß der Krisenerwerbslosigkeit in und um Kassel wird erst sichtbar, wenn man die vielen Arbeitskräfte hinzurechnet, die in der Stadt ihren Arbeitsplatz verloren hatten, aber in den Arbeiterwohngemeinden des Landkreises in der Umgebung Kassels wohnten. In den „Arbeiterdörfern“ bei Kassel war die Erwerbslosigkeit noch beträchtlich höher. In der schlimmsten Krisenphase waren dort mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen arbeitslos. Der Anteil der Unterstützungsempfänger an der Bevölkerung betrug in der Stadt rund 13%, im Landkreis Kassel rund 15%.<sup>38</sup>

Mit zunehmender Dauer der Wirtschaftskrise verschärfte sich die Notlage der Erwerbslosen, insbesondere der Wohlfahrtsempfänger und ihrer Familienangehörigen, immer mehr. Nachdem durch die Sparverordnungen der Regierung Brüning 1931 die Unterstützungssätze gesenkt worden waren, lebten viele Erwerbslose an der Grenze des Hungers.

Stadtmedizinalrat Dr. Keding berichtete der Stadtverordnetenversammlung aufgrund der Untersuchungen im Städtischen Gesundheitsamt: Der Ernährungszustand der Männer war seit 1931 im Rückgang begriffen und 1932 weiterhin zurückgegangen. Seit 1932 war auch bei Frauen und Kindern ein Rückgang des Ernährungs- und Kräftezustands festzustellen.<sup>39</sup> Nach Einschätzung der Kasseler Stadtverordneten lagen die Richtsätze für die Wohlfahrtsunterstützung „weit unter dem, was der einzelne zum Leben braucht“. Die Stadtverordnetenversammlung lehnte deshalb die Senkung der Wohlfahrtssätze für Erwerbslose im Juli 1932 ab.<sup>40</sup> Mit den Notverordnungen vom Juni 1932 wurden die Sätze für die Arbeitslosen- und Krisenunterstützung so weit heruntergesetzt, daß sie unter die Sät-

<sup>35</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 8. Sitzung der StVO-Vers. am 5. 10. 1932. <sup>36</sup> Vgl. Statistisches Jahrbuch deutscher Städte 1932, S. 312. <sup>37</sup> Vgl. KVbl. v. 8. 1., 28. 1. u. 31. 3. 1932. <sup>38</sup> Vgl. Bericht von Dr. Keding in der 8. Sitzung der StVO-Vers. am 5. 10. 1932. <sup>39</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 4. Sitzung der StVO-Vers. am 4. 7. 1932. <sup>40</sup> Vgl. Anm. 38.

ze der Wohlfahrtsfürsorge kamen. Nach den Kürzungen der Wohlfahrtsunterstützungen in Kassel im August 1932 wurde das Lebensniveau der Wohlfahrtserwerbslosen besorgniserregend verschlechtert. Der Stadtmedizinalrat warnte: Die letzten Kraft- und Gesundheitsreserven werden bald aufgezehrt sein. Infolge der Unterernährung wurden bei Kindern häufiger Leistenbrüche festgestellt. Die Zahl der Tuberkuloseerkrankungen stieg an.<sup>41</sup> Bei längerer Arbeitslosigkeit wurde es für die Wohlfahrtserwerbslosen immer schwerer, sich und ihre Familien ausreichend zu kleiden, besonders in der kalten Jahreszeit. Der Regierungspräsident berichtet, daß in Kassel wegen „Mangels an Schuhen“ Kinder häufig die Schule nicht besuchen konnten.<sup>42</sup> Vom städtischen Wohlfahrtsamt wurden zwar Schuhe, Kleidung, Wäsche u. ä. Bedarfsgegenstände als Naturalleistungen an bedürftige Wohlfahrtsempfänger ausgegeben, doch wurde ein Drittel des Anschaffungspreises von den Empfängern der Bedarfsgegenstände zurückverlangt. Oft wurden die höheren Preise früherer Jahre berechnet, so daß mehr als ein Drittel des Preises von 1932 gefordert wurde. Ein Stadtverordneter mahnte: „Es gibt nämlich einen großen Teil Unterstützungsempfänger, die sechs bis sieben Jahre arbeitslos sind, von denen man nicht erwarten kann, daß sie von ihren kärglichen Pfennigen noch den Lebensunterhalt und Abzahlung für Naturalunterstützungen bestreiten. Mancher Wohlfahrtserwerbslose muß wöchentlich 2 bis 2,50 RM für solche Sachen abringen.“<sup>43</sup>

Vielen Wohlfahrtsempfängern blieb 1932 nur die Hoffnung auf Unterstützung durch die Kasseler Winterhilfe. Diese Winterhilfe war mit Beginn der wirtschaftlichen und sozialen Krise in Kassel von sechs Spitzenorganisationen der großen Wohlfahrtsverbände eingerichtet worden. Sie veranstaltete Sammelaktionen für Geld- und Sachspenden, und es gelang ihr, „durch Verteilung von Lebensmitteln und Ausgabe von Kleidungsstücken die unendlich große Not etwas zu lindern“.<sup>44</sup> Im November 1932 wurde von der Winterhilfe eine weitere Spendenaktion, die Pfundsammlung, eingerichtet. Hausfrauen konnten bei ihrem Einkauf im Lebensmittelgeschäft ein Pfund einer Ware nach Wahl bezahlen und damit spenden.<sup>45</sup> Für viele Kleinrentner und Wohlfahrtsempfänger begann mit längerer Arbeitslosigkeit oder nach mehrfacher Herabsetzung der Sozialrenten und Unterstützungssätze das Wohnungselend. Sie konnten mehrere Monate ihre Miete nicht bezahlen und wurden aus den Wohnungen herausgesetzt (exmittiert). Da nicht genügend feste Ein- bis Zweizimmerwohnungen für die Obdachlosen

vorhanden waren, wurden sie von der Obdachlosenpolizei zum großen Teil in nicht winterfesten Baracken mit durchlässigen Wänden, meist ohne Keller, untergebracht, „wo manchmal 8 bis 9 Familienangehörige in einem Raum schlafen“ mußten.<sup>46</sup>

Doch „nicht nur Arbeitslose, sondern auch die noch im Betrieb stehenden Arbeiter, kleinen Handwerker und Angestellten“ blieben „immer mehr mit ihren Mieten im Rückstand und (liefen) Gefahr, exmittiert zu werden“.<sup>47</sup> Weil die Arbeitgeber ihnen 1931/32 einseitig Einkommensenkungen bis zu 40 % zumuteten und der Preisrückgang mit dem Lohnabbau nicht Schritt hielt, konnten viele Arbeitnehmer ihre Miete nicht mehr aufbringen.<sup>48</sup> Die Mieter städtischer Wohnungen verdienten zum Teil nur 17 bis 22 RM pro Woche und konnten die Mieten, die bis 60 RM pro Monat betragen, nicht mehr bezahlen.<sup>49</sup> – Das Bestreben, ihre Wohnung zu behalten und nicht obdachlos zu werden, war bei den Mietern sehr groß, wie das Beispiel der städtischen Mieter zeigt. Die Stadt Kassel hatte 1931 940 Wohnungen unterschiedlicher Größe und Ausstattung zu vermieten. Die durchschnittliche Monatsmiete betrug 72,70 RM. 1931 waren gut die Hälfte der städtischen Mieter erwerbslos, im April 1932 bereits gut drei Viertel. Dennoch wurden rund 90 % der Mieten an die Stadt Kassel gezahlt. Aufgrund der 180 Räumungsklagen, die von der Stadtverwaltung gegen säumige Mieter eingereicht worden waren, brauchte nur ein Mieter herausgesetzt zu werden. Stadtrat Dr. Theiß äußerte seine Anerkennung dafür, „daß die Leute außerordentliches getan haben, um die Miete zu zahlen“.<sup>50</sup> Die mühsam, zum Teil durch Pfändungen, aufgebrachten Mieten schmälerten die Ernährung und Kleidung der Wohlfahrtsempfänger und ihrer Familien.

Weil viele Vermieter, so auch die Stadt Kassel, nicht die erforderlichen Geldmittel hatten, um die Wohnungen instand zu halten und zu renovieren, verschlechterte sich der Zustand vieler sanierungsbedürftiger Alt- und Notwohnungen. Ein SPD-Sprecher kritisierte, daß es im Magistrat nicht möglich war, „beim Wohlfahrtsamt die Instandsetzung von Wohnungen durchzusetzen für die Bedürftigen in bescheidenen Wohnungen. Der Mörtel fällt von den Wänden, die Kinder haben keine Strümpfe und größtenteils auch keine Schuhe und ziehen sich Splitter zu auf den schlechten Fußböden.“<sup>51</sup>

Die Mangelernährung und die schlechten hygienischen und sanitären Bedingungen in den Notwohnungen und Baracken schädeten besonders den Kindern. Bei Säuglin-

<sup>41</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 8. Sitzung der StVO-Vers. am 5. 10. 1932. <sup>42</sup> Vgl. KVbl. v. 14. 3. 1932. <sup>43</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 12. Sitzung der StVO-Vers. am 23. 3. 1932. <sup>44</sup> Ebenda. <sup>45</sup> Vgl. KVbl. v. 22. 11. 1932. <sup>46</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 2. Sitzung der StVO-Vers. am 9. 5. 1932. Solche Baracken für Obdachlose standen z. B. in der Maybachstraße, Zentgrafstraße, Weserstraße, Am Franzgraben und Am Graß. <sup>47</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 12. Sitzung der StVO-Vers. am 23. 3. 1932. <sup>48</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 8. Sitzung der StVO-Vers. am 5. 10. 1932. <sup>49</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 2. Sitzung der StVO-Vers. am 9. 5. 1932. <sup>50</sup> Ebd. <sup>51</sup> Stenogr. Bericht der 6. Sitzung der StVO-Vers. am 25. 7. 1932.

gen und Kleinkindern häuften sich Fälle von Rachitis. Das Stadtgesundheitsamt Kassel stellte bei Schulkindern seit 1932 eine Zunahme der sogenannten Schmutzkrankungen wie Krätze, Ekzeme, Furunkulose und insbesondere der Kopfverlausung fest.<sup>52</sup> Diese „Schmutzkrankheiten“ wurden durch unzureichende Wasch- und Bademöglichkeiten, mangelhafte hygienische und sanitäre Einrichtungen sowie durch den Mangel an Kleidung, Bett- und Unterwäsche sowie an Windeln verursacht.

Ein Rechenbeispiel für die Lebenshaltung einer wohlhabtserwerbslosen Familie mit zwei Kindern im zweiten Halbjahr 1932 verdeutlicht die Notlage der arbeitslosen Bevölkerung: Nach den Kürzungen aufgrund der Papen-Notverordnung von Juni 1932 erhielt die Erwerbslosenfamilie monatlich 45,50 RM Unterstützung. Dies war kaum mehr als die Monatsmiete für eine Neubauwohnung, die durchschnittlich 42 RM betrug. Die Neubauwohnungen am Rothenberg kosteten sogar 50 bis 60 RM Miete und standen deshalb zum Teil leer.<sup>53</sup> Selbst die Miete für Altbauwohnungen, die in Kassel durchschnittlich bei etwa 20 RM lag, war unerschwinglich. Der Familie wären nur 85 Pfennig pro Tag übriggeblieben. Dieser Betrag reichte nicht einmal für die Ernährung aus. Die Mindestkosten für die Ernährung einer vierköpfigen Familie lagen in Kassel zu dieser Zeit bei etwa 1,35 RM.<sup>54</sup> – Die Stadtverordnete Lüpnitz (KPO) stellte schon im Sommer 1932 fest: „Mit der Unterstützung, die heute als Richtsatz bezahlt wird, kann keine Familie mehr leben.“<sup>55</sup> Nur mit weiteren Hilfen der städtischen Wohlfahrt (z. B. für Lebensmittel, Bekleidung, Miete, Hausbrand) konnte eine solche Familie ihren notdürftigsten Lebensunterhalt bestreiten.

Von November 1931 bis März 1932 gewährte der Kasseler Magistrat Winterbeihilfen (2 bis 3 Zentner Braunkohlen pro Haushalt und Lebensmittelgutscheine für Kinder).

Der Regierungspräsident sperrte im November 1932 die zurückgestellten Finanzmittel für die Kohlenbeihilfe; die Stadtverwaltung gewährte aus Geldmangel keine Lebensmittelgutscheine und Mietbeihilfen. Darauf kam es zu massiven Protestaktionen betroffener Wohlfahrtserwerbsloser im Kasseler Rathaus und zur Besetzung des Wohlfahrtsamtes. Dagegen wurde die Polizei eingesetzt.<sup>56</sup> Als Kommunisten im Jahr 1933 das Gerücht verbreiteten, es sei eine Winterbeihilfe für Erwerbslose bereitgestellt worden, kam es erneut zu einer Arbeitslosendemonstration vor dem Rathaus.<sup>57</sup>

Die materielle Notlage und die gesundheitliche Beeinträchtigung der Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger wurden begleitet von sozialer und psychischer Verelendung. Erscheinungsformen dieser Verelendung waren:

- Anstieg psychosomatischer Erkrankungen, wie nervöse Magenleiden, Magengeschwüre, Bluthochdruck und Herz-, Kreislaufkrankungen,
- Zunahme von Gleichgültigkeit, Teilnahmslosigkeit, Niedergeschlagenheit, Trübsinnigkeit (Depressionen, Apathie, Fatalismus), bis hin zu psychischen Erkrankungen,
- wachsende Zahl von Selbsttötungen,
- soziale Orientierungslosigkeit, Zerfall sozialer Beziehungen und Bindungen, insbesondere Zerstörung und Auflösung von Familien,
- zunehmende Obdachlosigkeit, Stadt- und Landstreicherei, Verwahrlosung,
- Anstieg der Kriminalität, hauptsächlich der Diebstahls-, Raub- und Raubmordkriminalität.

Der Kasseler Oberbürgermeister Dr. Stadler wies auf „die Gefahren der Arbeitslosigkeit, die unser gesamtes Volk bedrohen“ hin, insbesondere „die seelische Zermürbung für den erwachsenen Arbeiter und seine Familie, die verzweifelte Hoffnungslosigkeit für den Jugendlichen“.<sup>58</sup>

## 2. Wie die nationalsozialistische Politik Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise in Kassel bekämpfte.

### 2.1. Zunächst keine neuen Konzepte

Bevor sie die Macht in die Hände bekamen, hatten die Nationalsozialisten in ihrer Propaganda und ihren Wahlreden der Bevölkerung in Kassel „Arbeit und Brot“, die „Behebung der Not“ und die „Beseitigung der Arbeitslosigkeit“ versprochen. Bis April 1933 war die „nationalsozialistische

Bewegung“ viel zu sehr damit beschäftigt, die Macht an sich zu reißen, ihre Gegner zu verfolgen und zu terrorisieren, Demokraten aus Führungspositionen zu entfernen und eigene Leute an ihre Stelle zu setzen, um sich darum zu kümmern, Arbeitsplätze zu schaffen und

<sup>52</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 8. Sitzung der StVO-Vers. am 5. 10. 1932. <sup>53</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 2. Sitzung der StVO-Vers. am 9. 5. 1932. <sup>54</sup> Vgl. KVbl. v. 10. 8. 1932. <sup>55</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 4. Sitzung der StVO-Vers. am 4. 7. 1932. <sup>56</sup> Vgl. KVbl. v. 20. u. 21. 11. 1932. <sup>57</sup> Vgl. KVbl. v. 19. 1. 1933. <sup>58</sup> Vgl. Stenogr. Bericht der 3. Sitzung der StVO-Vers. am 27. 6. 1932.

die Lage der notleidenden Bevölkerung zu verbessern. Auch von Berlin aus wurden bis Juni 1933 keine neuen Maßnahmen ergriffen, um „die Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit“ zu erreichen, die Hitler in seiner Regierungserklärung vom 1. 2. 1933 angekündigt hatte. In dieser Phase kam den neuen Machthabern die leichte wirtschaftliche Erholung zugute, die seit Herbst 1932 begonnen hatte. Der Gesamtproduktionsindex in Deutschland stieg von 52,3 im August 1932 auf 62,9 im November (1928 = 100), und das Institut für Konjunkturforschung errechnete auch für die Weltproduktion im zweiten Halbjahr 1932 eine Steigerung um 6 Punkte. In ihrem Wirtschaftsbericht für 1932 stellte die IHK Kassel fest, „daß zum ersten Male nach drei schweren Jahren einer ununterbrochenen Verschlechterung der Wirtschaftslage eine, wenn auch noch sehr bescheidene Wendung zum Besseren eingetreten ist“.<sup>59</sup> Die Produktion von Kohle und Strom überstieg im zweiten Halbjahr 1932 in der Wirtschaftsregion Kassel die des Vorjahres. Diese Steigerung war „offenbar in erster Linie auf erhöhten industriellen Verbrauch zurückzuführen“.<sup>60</sup> Die Verbesserung der Wirtschaftslage und der Rückgang der Arbeitslosigkeit setzten sich in Kassel im Frühjahr 1933 fort, ohne daß die Nationalsozialisten wirtschaftliche Initiativen ergriffen. Der geschäftsführende Oberbürgermeister Lahmeyer (seit 1932 NSDAP) erklärte in der Stadtverordnetenversammlung, daß die private Bautätigkeit in Kassel im März 1933 „starke Ansätze eines Auftriebes“ aufwies.<sup>61</sup> Gauleiter Weinrich machte sich in der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung für eine rücksichtslose Sparpolitik in Kassel stark. „Eine Minderung der Ausgaben für die Wohlfahrtspflege ist Hauptbedingung...“<sup>62</sup> Diese Minderung der Wohlfahrtsausgaben wollten die Nationalsozialisten, wie Lahmeyer und Weinrich erklärten, vor allem durch eine Umstellung der Erwerbslosenfürsorge erwirken. Erwerbslose sollten „keine Unterstützung durch Geld, sondern durch Arbeit“ erhalten. Mit der Zwangsverpflichtung von erwerbslosen Wohlfahrtsempfängern als „Fürsorgearbeiter“ wurde in Kassel sofort begonnen. Damit wurde die statistische Zahl

der Arbeitslosen gesenkt. Lahmeyer nannte als erreichbares Ziel, „daß wenigstens tausend der vom Wohlfahrtsamt unterstützten Erwerbslosen in aller Kürze wieder von der Stadtverwaltung selbst (als Fürsorgearbeiter) in Arbeit gebracht werden“.<sup>63</sup>

Außerdem wollte die nationalsozialistisch geführte Stadtverwaltung „folgende Wege für die Arbeitsbeschaffung“ beschreiten:

- „Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes,
- Ausführung von Arbeiten aus dem Beschaffungsprogramm des Reichskommissars,
- weiterer Ausbau der vorstädtischen Kleinsiedlung,
- Förderung von Hausinstandsetzungen und Teilung von Großwohnungen
- und nicht zuletzt Förderung vor allem der privaten Bautätigkeit“.<sup>64</sup>

Kursänderungen in der kommunalen Wirtschafts- und Sozialpolitik waren demnach nur bei den Kürzungen der Wohlfahrtsausgaben, der Ausdehnung der Pflichtarbeit für Wohlfahrtserwerbslose und bei der stärkeren Förderung der privaten Bautätigkeit vorgesehen. Ein besonderer Schwerpunkt sollte der „Schutz des Mittelstandes, des Gewerbes, des Handwerks“ (R. Freisler) sein. Im übrigen wurde die Politik des früheren Magistrats fortgesetzt. Es gab keine neuen Ansätze und Konzepte einer Arbeitsbeschaffung. Die „rücksichtslose Sparpolitik“ (Lahmeyer), die der Stadt Kassel, besonders nach dem Preußen-Schlag, auferlegt worden war, wurde weitergeführt. Ab April 1933 begannen die Nazis in Kassel, die kommunale Wirtschaftspolitik für ihre mittelstandspolitischen Ziele, vor allem aber für den Boykott gegen Sozialdemokraten, Emigranten und Juden einzuspannen. Die Stadtverordnetenversammlung nahm einen Dringlichkeitsantrag der NSDAP einstimmig an, in dem festgelegt wurde, daß städtische Aufträge und Lieferungen an „nichtdeutsche“ Firmen nicht erteilt werden sollten. Als „nichtdeutsche“ Firmen galten „alle Betriebe, die sich im ausschließlichen oder hauptsächlichen Besitz oder unter der verantwortlichen Leitung von Ausländern und Juden“ befanden „oder als auf marxistischer Grundlage stehende Unternehmen“ angesehen wurden.<sup>65</sup>

## 2.2. Sanierung der städtischen Finanzen zu Lasten der wirtschaftlich Schwachen

Um finanziellen Spielraum für die Kommunalpolitik zu gewinnen, wurden in Kassel im Mai 1933 die Wohlfahrtsätze, die bei vielen nicht einmal zur Erhaltung des Exi-

stenzminimums ausreichten, noch einmal gesenkt. Durch diese Kürzung wurde die Lebenshaltung vieler Wohlfahrtsempfänger bedroht. Die Kasseler NS-Führung be-

<sup>59</sup> Wirtschaftsbericht der IHK Kassel 1932 (13), S. 3. <sup>60</sup> Ebd. <sup>61</sup> Vgl. Rede von Bürgermeister Lahmeyer in der 1. (konstituierenden) Sitzung der StVO (1). <sup>62</sup> Vgl. Rede von Stadtv. Weinrich ebd. <sup>63</sup> Vgl. Anm. 61. <sup>64</sup> Ebd. <sup>65</sup> Niederschrift über die 2. StVO-Vers. am 26. April 1933, a.a.O. (14).

schloß, ein Stadtnotopfer einzuführen, um durch diese „freiwillige“ Abgabe, zu der sie jeden Verdienenden verpflichten wollte, in den schlimmsten Notfällen helfen zu können. Gauleiter Weinrich, inzwischen Sprecher der NS-Stadtverordnetenfraktion,<sup>66</sup> erklärte vor der Stadtverordnetenversammlung: „Wir haben uns nur nach schwersten Kämpfen entschlossen, den Wohlfahrtsetat zu kürzen. (...) Nicht nur unsere Wohlfahrtserwerbslosen sollen opfern (...) Wir werden in diesen Tagen an die Bevölkerung herantreten und sie auffordern, nach bestem Können zu opfern, um einen Ausgleichsfonds zu schaffen, aus dem die ärgsten Härten der Richtsatzkürzung ausgeglichen werden können (...).“<sup>67</sup>

Am Beispiel dieses Stadtnotopfers wurde ein typisches Merkmal der NS-Politik in Kassel (und anderenorts) vorgeführt. Die städtischen Finanzen wurden entlastet, die städtische Aufgabe der Wohlfahrtsfürsorge wurde abgebaut. Die dadurch Betroffenen und Geschädigten wurden öffentlich belobigt, weil sie Opfer bringen mußten. Für andere wurde daraus die Pflicht hergeleitet, gleichfalls zu opfern. Weinrich drückte das so aus: „... jetzt sollen alle

diejenigen Gelegenheit haben, die bisher nur mit dem Munde zur Volksgemeinschaft gehört haben, zu beweisen, daß sie auch mit dem Herzen zum Volke stehen. (...) und es wird eine Form gefunden werden, die es keinem ermöglichen wird, sich vor diesem Notopfer zu drücken.“<sup>68</sup> – Wer nicht bereit war, für die „Volksgemeinschaft“ zu opfern, bewies, daß er nicht dazugehören wollte und schloß sich selbst aus der Volksgemeinschaft aus. In Wirklichkeit bedeutete das Stadtnotopfer, wie auch viele andere von NS-Organisationen angeordnete Spenden, eine zusätzliche Pflichtabgabe und eine Einkommensminderung für die Zahlungspflichtigen. Die staatlichen Finanzen wurden entlastet, die „Volksgenossen“ belastet. Die Zuständigkeit für die „freiwilligen“ Beiträge (Opfer, Spenden usw.) lag aber ausschließlich bei den Naziorganisationen. Sie propagierten die Opferaktion, zogen die Beiträge ein, verwalteten sie und entschieden und organisierten ihre Verteilung. So wurden bisherige staatliche bzw. kommunale Aufgaben und Kompetenzen von NS-Organisationen bzw. deren Führung übernommen.

### 2.3. Wirtschaftliche Erholung und „Arbeitsschlacht“

Der leichte wirtschaftliche Anstieg, der 1933 in Kassel spürbar wurde, wirkte zugunsten der Nationalsozialisten, obwohl er ohne ihr Zutun zustande kam. Die industrielle Betätigung in Kassel war bereits um die Jahreswende 1932/33 erkennbar besser als ein Jahr zuvor.<sup>69</sup> Die Henschel-Werke vergrößerten bis Januar 1933 trotz des Winters ihre Beschäftigtenzahl auf 1450 Arbeiter.

In seiner Haushaltsrede im Mai 1933 gab Oberbürgermeister Lahmeyer bekannt, daß die Zahl der Erwerbslosen zurückging und „zahlreiche Erwerbslose in Arbeit“ kamen.

Die Kasseler Stadtparkasse hatte „eine sehr gute Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen“.<sup>70</sup>

Im Juni 1933, als in Kassel erst mit der nationalsozialistischen „Arbeitsschlacht“ begonnen wurde, war die Arbeitslosenzahl bereits auf 15 940 zurückgegangen und lag damit unter dem niedrigsten Stand (16 220) von 1932. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit erschien von Anfang an sehr wirksam, weil er im Zeichen des Konjunkturanstiegs, mit steigender Beschäftigung und rückläufiger Arbeitslosigkeit einsetzte.

#### 2.3.1. Frauen werden in den Haushalt abgedrängt

Da es bis Mitte 1933 nicht gelungen war, den Arbeitsmarkt von arbeitslosen jungen Mädchen und Frauen zu „entlasten“, wurde in Kassel aufgrund des Gesetzes „für Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft“ vom 1. 6. 1933 eine Arbeitsbeschaffungsaktion in Gang gesetzt. Ihr Ziel war es, weibliche Jugendliche als Hausgehilfinnen in Haushalte von Familien und Familien-

betrieben des Handwerks und Handels unterzubringen. Die Aktion wurde vom Kasseler Arbeitsamt und der NSDAP-Gauleitung betrieben. In ihren öffentlichen Aufrufen hob die Gauleitung hervor: „Die Einstellung einer Hausangestellten ist ein Beitrag zur Spende der Arbeit und macht Platz frei für die arbeitslose männliche Jugend!“<sup>71</sup> Auch das Arbeitsamt in Kassel rief die Haus-

<sup>66</sup> Dr. Roland Freisler, bisheriger Sprecher und Führer der NSDAP in der Kasseler Stadtverordneten-Versammlung, war in das Reichsjustizministerium nach Berlin berufen worden und wurde dort Staatssekretär. <sup>67</sup> Rede von Stadtv. Weinrich, in: Niederschrift über die 3. StVO-Vers. am 22. Mai 1933, a.a.O. (14). <sup>68</sup> Ebd. <sup>69</sup> Vgl. Wirtschaftsbericht der IHK Kassel-Mühlhausen für 1932, S. 4. <sup>70</sup> Vgl. Rede von Oberbürgermeister Lahmeyer, in: Niederschrift über die 3. StVO-Vers. am 22. 5. 1933, a.a.O. (14). <sup>71</sup> Diese Aufrufe wurden auch in den Kasseler Zeitungen abgedruckt, z. B. in der Kasseler Post v. 29. 7. 1933.

frauen immer wieder auf, die weiblichen Jugendlichen im Haushalt zu beschäftigen und sie in diesem „ureigensten Betätigungsfeld der Frau zur Hausfrau und Mutter zu erziehen“.<sup>72</sup> Die Reichsregierung unterstützte diese Abdrängung der weiblichen Jugend in die Familienhaushalte, indem sie die Arbeitgeberhaushalte von Hausgehilfinnen finanziell begünstigte. Diese brauchten für ihre Hausgehilfinnen keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe zu zahlen, der Arbeitgeberanteil zur Invalidenversicherung wurde erheblich gesenkt; außerdem erhielten sie 10% Steuernachlaß von der Einkommensteuer, der besonders bei höheren Einkommen zu Ersparnissen führte, die die Kosten für eine Hausgehilfin niedrig hielten. (Der monatliche Arbeitslohn einer Hausgehilfin lag 1933 zwischen 15 und 30 RM, der Sozialaufwand des Arbeitgebers betrug 2,40 RM.) Das Kasseler Arbeitsamt betonte in seinen Aufrufen: „Eine Hausangestellte kostet heute kaum noch ein nennenswertes Bargeld im Monat.“<sup>73</sup>

Die Aktion „weibliche Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft“ hatte in Kassel zunächst Erfolg. Im Sommer 1933 konnte das Arbeitsamt 50% mehr Hausgehilfinnen vermitteln.<sup>74</sup>

Im Herbst 1933 ging in Kassel die Arbeitslosigkeit bei Männern spürbar zurück (um fast 6000), bei Frauen dagegen kaum. Das Arbeitsamt stellte fest: „Das ist ja auch der Zweck der Regierungsmaßnahmen, denn die Frauen sollen wieder in der Hauptsache ihren fraulichen Berufen

(Hausfrau und Mutter) zugeführt werden. Das bedeutet ein Freiwerden von Arbeitsplätzen für Männer und somit eine weitere Verminderung der Arbeitslosigkeit.“<sup>75</sup> Dieser politischen Linie des Nationalsozialismus entsprechend, vergab das Arbeitsamt freiwerdende Arbeitsplätze, so weit wie möglich, nur an Männer. Frauen wurden nur vermittelt, wenn die Stellen anders nicht besetzt werden konnten.

Auch Ehestandsdarlehen wurden als Mittel der Freisetzung von Frauen aus dem Arbeitsprozeß verwendet (nach dem Gesetz zur Förderung der Eheschließungen vom 1. 6. 1933 aufgrund der Ehestandsdarlehen). Von Frauen, die heirateten, wurde erwartet bzw. gefordert, daß sie ihre Arbeitsplätze aufgaben, damit die so freiwerdenden Arbeitsstellen mit Männern, vorzugsweise mit Altnationalsozialisten, besetzt werden konnten. Ende September 1933 waren im Bezirk des Arbeitsamtes Kassel noch 32 000 Arbeitslose registriert, davon in Kassel fast 18 000. Nur rund 22 000 von ihnen (davon in Kassel rund 10 000) wurden aus öffentlichen Mitteln unterstützt, und zwar 15 000 (davon in Kassel rund 3200) durch Krisenunterstützung, aber nur 2000 (in Kassel rund 1100) aus der Arbeitslosenversicherung.<sup>76</sup> – Um Erfolge in der Arbeitsschlacht melden zu können und weitere öffentliche Gelder einzusparen, wurde Erwerbslosen, die von Angehörigen bzw. Verwandten miternährt werden sollten, die Unterstützung teils völlig entzogen, teils einschneidend gekürzt. In vielen Fällen entstanden dadurch schwere soziale Härten.<sup>77</sup>

### 2.3.2. „Kampf gegen das Doppelverdienertum“

Eine zentrale Maßnahme der nationalen Arbeitsschlacht, die am 1. Mai 1933 ausgerufen worden war, war der „Kampf gegen das Doppelverdienertum“. Angriffe gegen das „Doppelverdienertum“ gehörten seit mehreren Jahren zur Propaganda der Kasseler NSDAP. So hatte die NSDAP-Gruppe in der Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 1932 einen (umständlich formulierten) Antrag eingebracht, eine Liste aller Fälle aufzustellen, „in denen mehrere Familienangehörige desselben Hausstandes als Beamte oder Angestellte beschäftigt sind, damit im Interesse der Volksgemeinschaft in diesem Falle beschleunigt geprüft wird, ob es nicht berechtigt ist, einen der mehreren beschäftigten Familienangehörigen desselben Hausstandes zu entlassen, um dadurch eine Stelle für ein Mit-

glied einer Familie, in der sich keine Beschäftigten befinden, freizumachen“.<sup>78</sup> – Für die Gauleitung der NSDAP und die kurhessische SA-Führung war es nun selbstverständlich, daß sie „im umfassenden und planmäßigen Kampf gegen das Doppelverdienertum“ die Führung übernehmen mußten. Zunächst sollten die Doppelverdiener durch eine Welle von Denunziationen und durch öffentliche Diskriminierung namhaft gemacht und von ihren Arbeitsplätzen verdrängt werden. Dieses Vorgehen hatte in Kassel nicht den erhofften Erfolg; es erregte im Gegenteil Mißtrauen, Abneigung und Unwillen. Im August 1933 verbot daraufhin die Gauleitung in Kassel Einzelaktionen gegen Doppelverdiener und wandte sich gegen „böswillige und haltlose Angebereien“. Im Kasseler

<sup>72</sup> Vgl. Aufrufe des Arbeitsamtes in der Kasseler Post v. 29. 7., 30. 8. u. 6. 10. 1933. <sup>73</sup> Vgl. Kasseler Post v. 6. 10. 1933. <sup>74</sup> Vgl. Kasseler Post v. 30. 8. 1933. <sup>75</sup> Vgl. Kasseler Post v. 19. 10. 1933. <sup>76</sup> Die Zahlen wurden entnommen aus: Statistischer 5. Jahresbericht der Stadt Kassel 1931 bis 1935, im Auftrage des Oberbürgermeisters, hrsg. v. Statistischem Amt, S. 7 und Kasseler Post v. 29. 9. 1933. <sup>77</sup> Vgl. Kasseler Post v. 6. 10. 1933. <sup>78</sup> Stenogr. Bericht 1. StVO-Vers. am 29. 4. 1932, a.a.O. (14). In der gesamten Kasseler Stadtverwaltung gab es 39 Fälle, in denen Familienangehörige beschäftigt waren, darunter waren 14 Fälle von kündbaren Angestellten, deren Vater Beamter war und die mit den Eltern im selben Hausstand lebten.

Adolf-Hitler-Haus wurde eine „Zentralstelle gegen Doppelverdiener“ unter Gau-Organisationsleiter Herbert Köhler eingerichtet, deren Aufgabe es war, „die Doppelverdienerei mit Hilfe des Arbeitsamtes und der öffentlichen und privaten Arbeitgeber planmäßig und umfassend zu bekämpfen“.<sup>79</sup> Mit Unterstützung der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Kurhessischen Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sollten die Doppelverdiener durch schriftliche Befragung der Arbeitgeber erfaßt werden. Die Gauleitung verschickte Fragebögen an Behörden und Unternehmen, die von den Behördenleitern und Unternehmern auszufüllen waren. Industrie- und Handelskammer und Handwerkskammer Kassel sowie die genannten Wirtschaftsverbände forderten alle angeschlossenen Betriebe auf, den Fragebogen umgehend auszufüllen und an die Gauleitung zurückzusenden, um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu unterstützen.<sup>80</sup>

Als Doppelverdiener, die ihren Arbeitsplatz verlieren sollten, galten:

1. Töchter und Ehefrauen von höheren Beamten und Angestellten
2. Bei mittleren Beamten und Angestellten war die Grenze für die Entlassung ein monatliches Einkommen von 250 RM bei einer drei- bis vierköpfigen Familie.
3. Bei Arbeitern und unteren Angestellten lag die Einkommensgrenze für das erzwungene Ausscheiden der Doppelverdiener bei 150 RM pro Familie.

Mit dem Kampf gegen das Doppelverdienertum war also nicht beabsichtigt, die Einkommensunterschiede zwischen den verschiedenen Berufs-, Gehalts- und Lohngrup-

pen und den Familien verschiedener Sozialschichten abzubauen.

Das Arbeitsamt Kassel berechnete, daß in seinem Amtsbezirk etwa 1000 bis 1200 Doppelverdiener durch Erwerbslose ersetzt werden konnten, was eine Ersparnis von öffentlichen Mitteln für Arbeitslose in Höhe von drei Viertel Millionen RM bewirkt hätte.<sup>81</sup>

Die ständigen öffentlichen Denunziationen und Angriffe gegen Doppelverdiener erregten in der Bevölkerung und in Betrieben Unruhe und Unwillen. Unternehmer und Behördenleiter waren irritiert und verärgert durch direkte Eingriffe und Übergriffe von NSDAP-Amtswaltern und SA-Führern in den betrieblichen Arbeitsablauf. Die erzwungene Entlassung qualifizierter Arbeitskräfte und die Besetzung dieser Arbeitsplätze mit oft weniger leistungsfähigen und ungeübten Kräften hatte Produktionsrückgänge und Leistungsabfall in Betrieben und Verwaltungen zur Folge. In ihrem Wirtschaftsbericht 1933 stellte die Kasseler Industrie- und Handelskammer – vorsichtig kritisch – fest: „Das Ausmerzen der Doppelverdiener wirkte sich in der Fabrikation im Laufe des Sommers sehr ungünstig aus.“<sup>82</sup> Die Kammer wandte sich deshalb auf Drängen von Unternehmern sowohl bei der Gauleitung wie auch öffentlich gegen die Eingriffe nationalsozialistischer Stellen. Sie forderte, daß allein der Arbeitgeber bzw. der Behördenleiter darüber entscheiden sollte, wie mit Doppelverdienern zu verfahren sei und wies darauf hin, es gebe keine gesetzliche Grundlage für Parteieingriffe, vielmehr habe der zuständige Treuhänder der Arbeit die Eingriffe unbefugter Stellen zu verhindern.<sup>83</sup>

### 2.3.3. Beschäftigung durch Konjunkturaufschwung und öffentliche Aufträge

Konjunkturaufschwung und öffentliche Aufträge hatten für Belebung und Beschäftigungszunahme in der Kasseler Wirtschaft weit größere Bedeutung als die von der NSDAP mit großem Propaganda- und Organisationsaufwand herausgestellte „Arbeitsschlacht“. In der Kasseler Schwergewebeindustrie „setzte bereits in der zweiten Hälfte des März (1933) eine erhebliche Nachfrage ein“. Die Arbeitszeit „wurde bei den meisten Betrieben (...) von 40 auf 48 Stunden heraufgesetzt. Trotz erheblicher Neueinstellungen, die sich bei allen vier Firmen auf insgesamt 620 Arbeitnehmer beliefen, war es vielfach nicht zu vermeiden, daß Überstunden eingelegt wurden, um der

plötzlich einsetzenden Nachfrage gerecht zu werden“.<sup>84</sup> Von den 640 Millionen RM, die Reichsbahn und Reichspost von der Reichsregierung für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zugewiesen wurden, erhielten die Henschel-Werke und die Firmen Wegmann und Credé Aufträge, die es ihnen ermöglichten, ihre Belegschaftszahlen etwas zu erhöhen und bei verkürzter Arbeitszeit (40-Stunden-Woche) ohne Stilllegungszeiten zu produzieren. Die Ankurbelung der Bauwirtschaft, die als Schlüsselbranche für den Konjunkturaufschwung angesehen wurde, stand im Mittelpunkt des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung. Der Tiefbau sollte Aufträge für Autobahn-,

<sup>79</sup> Vgl. Kasseler Post v. 17. 8. 1933. <sup>80</sup> Vgl. Mitteilungen der IHK Kassel-Mühlhausen, Nr. 16 v. 15. 8. 1933. <sup>81</sup> Vgl. Kasseler Post v. 29. 9. 1933. <sup>82</sup> Wirtschaftsbericht der IHK Kassel-Mühlhausen, Sitz Kassel 1933, S. 15. <sup>83</sup> Mitteilungen der IHK Kassel, Nr. 23 v. 1. 12. 1933. <sup>84</sup> Wirtschaftsbericht der IHK 1933, S. 15.

Straßen- und Brückenbau, Flußregulierungen und Wasserstraßen erhalten, dafür wurden rund 2,04 Milliarden RM angesetzt; für den Bau von Kleinsiedlungen und Eigenheimen sowie für Hausinstandsetzungen waren rund 1,2 Milliarden RM vorgesehen. Die Lage am Kasseler Baumarkt wurde durch zahlreiche öffentliche Aufträge verbessert, hinzu kamen, „angeregt durch die Gewährung von Reichszuschüssen für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten“, private Aufträge. „Die Zahl der Arbeiter konnte gegenüber den vorausgegangenen Jahren wesentlich gesteigert werden.“<sup>85</sup> Durch die zunehmende Beschäftigung im Baugewerbe erhielt auch die Ziegelindustrie in Kassel und Umgebung wieder Aufträge. „Einige Werke konnten schon im April (1933) ihre Betriebe wieder eröffnen, andere folgten in kurzen Abständen nach und schließlich war es sogar möglich, sämtliche Ziegeleien wieder in Betrieb zu nehmen.“ „Während im Jahre 1931 die Kapazität der Werke noch mit 23 % und 1932 nur mit 18,5 % ausgenutzt war, entsprach der Umsatz des Jahres 1933 mehr als 29 % der Kapazität.“<sup>86</sup> – Der neue Präsident der Kasseler Industrie- und Handelskammer und Gauwirtschaftsberater der NSDAP, Dr. Rudolf

Braun, hatte – mit Bezug auf das Gesetz über Errichtung von Zwangskartellen v. 15. 7. 1933 – „die Ziegeleien von Kassel und Umgebung“ veranlaßt, sich „zu einer Ziegeleivereinigung zusammenzuschließen“. Durch dieses Kartell wurde der Wettbewerb aufgehoben und aus nationalsozialistischer Sicht „eine geordnete Grundlage für die Produktion und Preisbildung“ geschaffen.<sup>87</sup>

„Als Gradmesser für die Beschäftigung der Betriebe“ betrachtete die Kasseler Industrie- und Handelskammer „die Stromabgabe des Elektroverbandes“. Diese war 1933 um 21,9 % höher als 1932.<sup>88</sup> Die Arbeitslosigkeit wurde nicht im gleichen Umfang abgebaut, wie die Beschäftigung zunahm. Die Arbeitslosenzahlen im Arbeitsamtsbezirk Kassel lagen 1933 im Monatsdurchschnitt (33 300) gegenüber 1932 (39 000) um 14,6 % niedriger, im Vergleich zu 1931 (32 100) um 3,7 % höher.<sup>89</sup> Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Arbeitslosenzahlen für 1933 in der Statistik nicht nur durch erhöhte Beschäftigung und zusätzliche Einstellung von Arbeitskräften niedriger wurden, sondern auch durch die steigenden Zahlen der Fürsorgearbeiter, der freiwillig arbeitsdienstleistenden Jugendlichen und der in den Familienhaushalt abgedrängten jungen Frauen.

#### 2.3.4. Arbeitsbeschaffung für „alte Kämpfer“<sup>90</sup>

Die Beschaffung günstiger Arbeitsplätze für arbeitslose „alte Kämpfer“ der SA, SS und NSDAP, die für ihren Einsatz in der Kampfzeit Belohnung erwarteten, war ein vorrangiges Ziel der Arbeitsschlacht. Nicht wenige Unternehmen und sogar Behördenleiter in Kassel zeigten sich nicht bereit, die Altnazis, unter denen auch viele Langzeitarbeitslose, Ungelernte, Arbeitsunlustige und sogar Kriminelle waren, in ihren Betrieben und Verwaltungen gut unterzubringen. Ständig wiederholte Aufrufe der NSDAP-Gauleitung, der Reichsregierung, der Kammern und Wirtschaftsorganisationen sollten die fehlende Bereitschaft erzeugen. Dafür ein Beispiel: „Die SA- und SS-Kämpfer sind der neue Adel der Nation. Arbeitsbeschaffung für SA und SS ist die größte und schönste Pflicht und Aufgabe.“<sup>91</sup> Der Widerstand vieler Arbeitgeber in Kassel gegen die Einstellung wenig qualifizierter und nicht an regelmäßige Arbeit und Arbeitsdisziplin gewöhnter „alter Kämpfer“ wurde trotz vieler Appelle nicht überwunden. Der Führer der SA-Brigade 47 (Kassel), Oberführer Dippel, erhob deshalb öffentliche Vorwürfe: „Trotzdem es als eine Ehrenpflicht betrachtet werden muß, den Kämpfern für die na-

tionalsozialistische Revolution Arbeit und Brot zu verschaffen, gibt es noch viele Arbeitgeber – und zwar private und auch staatliche Betriebe –, die dem Nationalsozialismus noch ziemlich fremd gegenüberstehen und anstatt, wie es ihre Pflicht wäre, in erster Linie bei Besetzung freier Posten auf unsere Kämpfer zurückzugreifen, sogar vorzugsweise Angehörige der aufgelösten Parteien und Organisationen einstellen.“<sup>92</sup> Die Arbeitgeber begründeten ihre Ablehnung der „alten Kämpfer“ damit, daß diese nicht die notwendige sachliche und persönliche Eignung für die verfügbaren Arbeitsplätze hätten.

Bei der SA-Brigade 47 in Kassel wurde eine Versorgungsstelle für die Unterbringung arbeitsloser SA-, SS- und Stahlhelm-Männer eingerichtet, die mit dem Arbeitsamt zusammenarbeiteten. Eine ähnliche Versorgungs- und Beratungsstelle gab es bei der NSDAP-Stadtkreisleitung in Kassel. Beim Arbeitsamt Kassel wurde ein Vertrauensmann der SA aufgestellt, der von den Anforderungen der Arbeitgeber zuerst Kenntnis erhielt und der die Zuweisung der offenen Stellen an arbeitslose Angehörige von SA, SS und Stahlhelm überprüfte bzw. selbst

<sup>85</sup> Ebenda. S. 29. <sup>86</sup> Ebenda. S. 25. <sup>87</sup> Ebenda. <sup>88</sup> Wirtschaftsbericht der IHK 1933, S. 11. <sup>89</sup> Ebenda. <sup>90</sup> Zu den „alten Kämpfern“ wurden alle gezählt, die vor der Machtergreifung Angehörige der SA, SS und Stahlhelm waren sowie die NSDAP-Mitglieder mit den Mitgliedsnummern 1 bis 300 000 und NS-Amtswalter, soweit sie am 1. 10. 1933 mindestens ein Jahr tätig waren. <sup>91</sup> Aufruf des Reichsstandes des Deutschen Handels, abgedruckt in Kasseler Post v. 29. 8. 1933. <sup>92</sup> Vgl. Titel „Unterbringung arbeitsloser SA-, SS- und Sta-Angehöriger“, in Kasseler Post v. 22. 10. 1933.

bearbeitete.<sup>93</sup> Die durch Entlassung von „Doppelverdienern“ und politischen Gegnern des Faschismus freiwerdenden Arbeitsstellen sollten auf diese Weise für arbeitslose Altnationalsozialisten gesichert werden. Im Laufe einer Arbeitsbeschaffungskampagne für „alte Kämpfer“ besuchten Vertreter des Kasseler Arbeitsamtes und der NS-Gauleitung Firmen und drängten diese, „alte Kämpfer“ einzustellen.<sup>94</sup> Alle staatlichen Dienststellen wurden angewiesen, bei Bedarf an Arbeitskräften ausdrücklich die Zuweisung „alter Kämpfer“ zu fordern.

Im Jahre 1934 wurde wiederum eine große Sonderaktion zur Arbeitsbeschaffung für „alte Kämpfer“ durchgeführt, die nur Teilerfolge erzielte. Die Ermordung der SA-Führung und (vorwiegend konservativer) Oppositioneller am 1. und 2. Juli 1934 anlässlich des fabulierten „Röhm-Putsches“ durch SS brachte die Nazis, vor allem SA und SS, in Kassel so in Mißkredit, daß alte Kämpfer des Nationalsozialismus kaum noch eingestellt wurden. Der Kasseler Polizeipräsident berichtete dem Regierungspräsidenten: „Ein Rückschlag der Vermittlungsarbeit war sowohl in der freien Wirtschaft wie bei Behörden in den Wochen nach der sogenannten Röhm-Revolution festzustellen. Es mußte viel Aufklärungsarbeit geleistet werden, bis das Vertrauen zu dieser Vermittlungsstelle (für alte Kämpfer) wieder vorhanden war.“<sup>95</sup>

Um die unwiderlegbare Begründung vieler Arbeitgeber auszuräumen, den noch nicht eingestellten alten Kämpfern fehle es an der notwendigen Arbeitsqualifikation und -disziplin, richtete die SA-Brigade 47 im Februar 1934 einen Technischen Lehrsturm ein. Nicht in Arbeitsstellen vermittelbare SA-Männer wurden zur „Um- und Aufschulung“ in den Lehrsturm kommandiert und unter dienstlicher Disziplin ausgebildet. „Die Firma Henschel & Sohn brachte den Plänen der SA-Brigade weitgehendes Verständnis und Unterstützung entgegen...“<sup>96</sup> Sie stellte ihre leerstehenden Lehrwerkstätten, ungenutzte Maschinen und Ausbildungsmeister zur Verfügung. Bis Januar 1935 wurden hundert Angehörige des Technischen Lehrsturms zu Facharbeitern ausgebildet.<sup>97</sup> Angeblich sollen in den Jahren 1934 und 1935 tausend Männer in „Um- und Aufschulkursen“ des Technischen Lehrsturms gewesen sein.<sup>98</sup>

Obwohl die Arbeitslosigkeit fast überwunden war, gelang es auch im Konjunkturaufschwung bis Juli 1936 nicht, für alle „alten Kämpfer“ Arbeitsplätze zu beschaffen. Das Kasseler Arbeitsamt, die NS-Gauleitung und die Industrie- und Handelskammer unternahm deshalb im August 1936 eine weitere Sonderaktion zur Unterbringung alter Kämpfer.<sup>99</sup>

### **3. Aufrüstung und Militarisierung in Kassel – die Arbeitslosigkeit verschwindet mit der Rüstungskonjunktur. Arbeitsbeschaffung, Aufrüstung, Militarisierung und Kriegsvorbereitung waren in Kassel und Umgebung von 1933 an eng miteinander verbunden.**

#### **3.1. Bauen für den Luftschutz**

Ein Schwerpunkt der Arbeitsbeschaffungspolitik lag 1933/34 darauf, die privaten Hausbesitzer durch Zuschüsse, Zinsvergünstigungen und Steuernachlässe zu veranlassen, Luftschutzbauaufträge (z. B. Einziehen von Betondecken, Verstärkung und Ersatz von Dachkonstruktionen, Verstärken von Fundamenten und Mauerwerk, Bau von Luftschutzkellern und Schutzräumen u. ä.) an Handwerk und Gewerbe zu vergeben. Der Hausbesitzer sollte nach Möglichkeit selbst das Amt des Luftschutzhauswartes übernehmen.<sup>100</sup>

Um die Kasseler Bevölkerung auf einen möglichen Bom-

benkrieg vorzubereiten und die Bereitschaft zum Luftschutz zu fördern, wurde nicht nur der Bau von Luftschutzräumen vorangetrieben, sondern auch der Reichsluftschutzbund (RSLB) zu einer großen Organisation ausgebaut. Nach einer Werbekampagne hatte die Kasseler Ortsgruppe des RLSB bereits im Juli 1933 angeblich mehr als tausend Mitglieder. Die neu eingerichtete Luftschutzschule begann im August 1933 mit ihren Lehrgängen. Alle Kasseler Luftschutzhauswarte und Luftschutzhelfer sollten erfaßt werden und an den Lehrgängen teilnehmen.<sup>101</sup> Auch der nationalsozialistische Großflugtag „Bomben-

<sup>93</sup> Ebenda. <sup>94</sup> Vgl. Kasseler Post v. 19. 10. 1933. <sup>95</sup> Der Polizeipräsident in Kassel, Politischer Lagebericht v. 15. Februar 1935 an den Regierungspräsidenten in Kassel, in: Staatsarchiv Marburg (weiter StAM) Bestand 165/3965. <sup>96</sup> SA-Brigade 47 (Kassel): Die Geschichte der Kurhessischen SA, Schriftleitung Karl Poppe, 2. Folge des Handbuchs der NSDAP, Gau Kurhessen, Ausgabe für das Jahr 1935, Kassel (weiter zit.: Geschichte Kurh. SA), S. 160. <sup>97</sup> Geschichte Kurh. SA, S. 161. <sup>98</sup> Ebenda. <sup>99</sup> Vgl. Mitteilungen der IHK Kassel v. 1. 8. 1936. <sup>100</sup> Vgl. Kasseler Post v. 28. 1. 1934. <sup>101</sup> Vgl. Kasseler Post v. 30. 7., 16. u. 20. 8. 1933.

auf Kassel“, der mehrfach angesetzt wurde und am 1. Oktober 1933 stattfand, sollte die Kasseler Öffentlichkeit positiv auf Bombenkrieg und Luftschutz einstimmen.<sup>102</sup> Die große Schar der Zuschauer bei diesem Großflugtag

sah nicht voraus, daß aus dem Motto „Bomben auf Kassel“ zehn Jahre später blutiger Ernst werden würde – mit etwa 10 000 Toten und weitgehender Zerstörung der Stadt.

### 3.2. Aufbau der Rüstungsindustrie

Der Aufbau der Rüstungsindustrie in und um Kassel begann schon 1933. In den folgenden acht Jahren wurde hier eine „Waffenschmiede“ des NS-Staates aufgebaut; 21 der 27 hessischen Rüstungsbetriebe waren im Raum Kassel.

Die Henschel-Werke erhielten 1933 neben vier anderen Großunternehmen (Krupp, MAN, Daimler-Benz, Rheinmetall-Borsig) einen Entwicklungsauftrag zum Bau des leichten Panzerkampfwagens I (15 t). Da die Herstellung von Panzerkampfwagen durch den Versailler Vertrag verboten war, wurde dieser Auftrag unter der Tarnbezeichnung Landwirtschaftlicher Schlepper (LaS 100) bearbeitet. Mit der Produktion von 150 Panzerwagen dieses Typs wurde im Juli 1934 im Werk Mittelfeld begonnen. – Als 1934 umfangreiche Entwicklungsaufträge für Kampfpanzer (Panzerkampfwagen II) erteilt wurden, gehörte Henschel neben Krupp und MAN zu den Entwicklungsunternehmen. Ab 1936/37 wurde auch der Panzerkampfwagen III (22 t) bei Henschel gebaut. Ab 1937 entwickelten die Henschel-Konstrukteure einen schweren Panzerkampfwagen; 1938 erhielt die Firma dafür einen offiziellen staatlichen Entwicklungsauftrag. Der Anteil der Rüstungsproduktion an der Gesamtproduktion und am Umsatz war bei Henschel & Sohn bis 1939 nicht groß. Nur 12,9 Millionen RM Umsatz, das waren 10,6 % des Gesamtumsatzes des Unternehmens, wurden 1939 mit der Herstellung von 210 Panzern und einer (noch) relativ geringen Zahl von Panzerabwehrkanonen (PaK) erzielt.<sup>103</sup>

Den größten Aufstieg in der Kasseler Industrie erlebte in der Zeit der NS-Herrschaft die „Gerhard Fieseler Werke GmbH“. Dieses Unternehmen wurde zu einem der größten und wichtigsten Rüstungsbetriebe in Nordhessen. Die Fieseler-Werke befanden sich seit Mitte 1933 in einem Teil der damals leerstehenden Deutschen Werke, einer ehemaligen Munitionsfabrik in Kassel-Bettenhausen. Der Erfolg der Fieseler-Sportflugzeuge veranlaßte das Reichsflugministerium 1934, der noch relativ kleinen Firma den Auftrag zu geben, eine Serie von Schulflugzeugen in Lizenz zu bauen. Im selben Jahr wurde das Fieseler-Werk

zu einem der Entwicklungsunternehmen des Reichsflugministeriums ernannt und beauftragt, einen Sturzkampfbomber zu entwickeln. Damit begann der Aufstieg der Fieseler-Werke zu einem großen Rüstungsbetrieb. Fieseler baute ab 1936 den im Werk entwickelten „Storch“ Fi 156, ein „Langsamflugzeug“, das kurz starten und auf unwegsamem Gelände landen konnte und das sowohl für zivile Zwecke wie auch als Nahaufklärer und Verbindungsflugzeug einsetzbar war. Ab 1934/35 begann mit staatlicher Unterstützung und Finanzierung die Planung und der Bau eines Fieseler-Werkes in der Nähe des Flugplatzes Kassel-Waldau. In diesem Werk II wurde das Messerschmitt-Jagdflugzeug Me 109 in Lizenz gebaut. Das Werk III wurde als Montagewerk am Rande des Flugplatzes Waldau errichtet. Fieseler selbst schreibt über das rasante Wachstum des Unternehmens: „Aus meinem kleinen Betrieb, der vor 1933 etwa 150 Menschen beschäftigte und mit handwerklichen Mitteln das Sportflugzeug F 5 in kleinen Stückzahlen gebaut hatte, war in wenigen Jahren ein Industrieunternehmen mit einigen tausend Mitarbeitern entstanden. (...) Den stürmischen Aufbau meines Werkes finanzierte zuzusagen stillschweigend der Staat.“<sup>104</sup> – Im Jahre 1938 hatten die Fieseler-Werke 5308 Beschäftigte und ein Auftragsvolumen von 52 Millionen RM. Ein Indiz für die Bedeutung dieses Unternehmens für die Rüstung und Kriegsführung ist, daß die drei leitenden Direktoren G. Fieseler, Prof. Thalau und Dr. Göbel zu Wehrwirtschaftsführern ernannt wurden. Die Fieseler-Werke stellten damit drei der zehn Wehrwirtschaftsführer des Bereichs Kassel.

Im Juli 1936 wurde in Kassel ein zweites rüstungswichtiges Flugzeugwerk, die Henschel Flugmotoren GmbH, gegründet. Diese Firma war eine Tochtergesellschaft der Henschel Flugzeugwerke Berlin, deren Gründung am 30. 3. 1933 in Kassel stattgefunden hatte. Während ein neues Werk für den Flugzeugmotorenbau bei Altenbauna errichtet wurde, nutzte die Firma Betriebs- und Büroräume der Lokomotivfabrik Henschel für die Anlaufzeit der Flugzeugmotorenherstellung. 1937 lief die Produktion

<sup>102</sup> Vgl. Kasseler Post v. 30. 8. u. 2. 10. 1933. <sup>103</sup> Vgl. v. Senger und Etterlin, F. M.: Die deutschen Panzer 1926 bis 1945, 2. Aufl., München 1965; ders.: Die Kampfpanzer von 1916 bis 1966, 2. Aufl., München 1971. United States Strategic Bombing Survey: Report No. 85, Henschel & Sohn Kassel, Germany Munitions Divisions, Washington 1947. <sup>104</sup> Fieseler, G.: Meine Bahn am Himmel, München 1979, S. 234.

von Daimler-Benz-Flugmotoren im Werk Altenbauna an. Die im Henschel-Flugmotorenwerk hergestellten Daimler-Benz-Motoren wurden nicht nur in die von Henschel in Berlin-Schönefeld gebauten Bomber, sondern in verschiedene Flugzeugtypen der Luftwaffe eingebaut (wie Jäger, Aufklärer, Bomber, Sturzkampfbomber, Mehrzweck- und Transportflugzeuge, z. B. in den Heinkel-Bomber He 111 und in die Messerschmitt-Jäger Me 109).<sup>105</sup>

Der Aufbau der Fieseler-Werke und der Henschel-Flugmotorenwerke gaben der Bauwirtschaft in der Region Kassel kräftige Beschäftigungsimpulse. Die Flaute am Baumarkt war im Bereich Kassel schon vor 1936 überwunden. Den Aufschwung am Bau bewirkten ab Frühjahr 1935 insbesondere

- a) militärische Aufträge (z. B. Bau von Kasernen und Flugplätzen in Kassel und Rothwesten),
- b) der – auch militärisch wichtige – Bau der Reichsautobahn im Abschnitt zwischen Göttingen und Kassel,
- c) Straßenbauvorhaben im Zusammenhang mit dem Autobahnbau und zur Verbesserung des Nah- und Fernverkehrs sowie
- d) der Beginn der Altstadtanierung mit dem Freiheits-Durchbruch.

### 3.3. Entlastung des Arbeitsmarktes

Der Arbeitsmarkt in der Region Kassel wurde durch die neugeschaffenen Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie erst ab 1935/36 entlastet. – In den Jahren 1933 bis 1935 leistete die Stadt Kassel durch Fürsorge und Notstandsarbeiten, bei denen ständig 1000 bis 1300 Wohlfahrtserwerbslose beschäftigt wurden, einen maßgeblichen Beitrag zur Arbeitsbeschaffung. Die Notstands- und Fürsorgearbeiter wurden bei Tiefbauarbeiten, im Straßen-, Kanal- und Wasserbau eingesetzt, bei Abbrucharbeiten für den Straßendurchbruch in der Altstadt, bei Erd- und Forstarbeiten sowie beim Wegebau in Kasseler Grünanlagen und Parks, auf Friedhöfen und im Habichtswald.<sup>107</sup> Bis in die zweite Jahreshälfte 1935 hinein waren städtische Notstandsarbeiten in Kassel eines der wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Mittel, um die Arbeitslosigkeit aufzufangen und Empfänger öffentlicher Fürsorge zu beschäftigen. Die Arbeitsproduktivität war bei diesen Notstandsarbeiten gering. Die Leistungen der Fürsorgearbeiter konnten „bestenfalls mit 52 % einer normalen Arbeitsleistung bewertet

Die Gründung eines weiteren Großbetriebes, der Spinnfaser AG, Kassel, einer Tochtergesellschaft der Vereinigten Glanzstofffabriken AG, im Mai 1935 diente der Autarkiepolitik des NS-Staates. Der Aufbau und Ausbau dieses Werkes in Kassel-Bettenhausen trug 1935 zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei. Während der Hauptbauzeit waren „im Werkgelände insgesamt etwa 4000 – 5000 Handwerker und Bauleute, die meist fremden Firmen angehörten, beschäftigt“.<sup>106</sup> Bis 1936 wurde die Spinnfaser AG zur größten Zellwollefabrik Europas ausgebaut. Die Firma hatte rund 1700 Beschäftigte.

Die bereits in der Vorkriegszeit zu beobachtende Konzentration in der Kasseler Industrie auf Großbetriebe des Maschinen-, Flugzeug- und Waggonbaus mit rüstungswirtschaftlichem Schwerpunkt geht aus der Erhebung des Kasseler Gewerbeaufsichtsamtes zum 1. 4. 1938 hervor: Auf die 17 Großbetriebe dieser Wirtschaftsgruppe entfielen 19 177 Beschäftigte, das waren 34 % aller Beschäftigten in Kassel. In den zehn für die Kasseler Textilindustrie bestimmenden Großbetrieben arbeiteten dagegen nur 5700 (10 %) der Beschäftigten.

werden“.<sup>108</sup> Viele Fürsorge- und Notstandsarbeiter waren für schwere körperliche Arbeit im Tiefbau nicht geeignet. Die Erdarbeiten mußten oft ohne Bagger, Maschinen und Lastkraftwagen, nur mit Spaten, Hacken, Schaufeln und Karren ausgeführt werden.

Der Ausbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) durch die Nationalsozialisten wurde in Kassel 1933/34 als wichtiger Beitrag zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit und zur Entlastung der öffentlichen Fürsorge angesehen. Im Juni 1933 wurde im Wilhelmshöher Marstall eins der ersten deutschen Stammarbeitslager eingerichtet. Der FAD sollte nur Arbeiten ausführen, für die keine fachliche Qualifikation erforderlich war und die für privatwirtschaftliche Unternehmen nicht rentabel waren (z. B. Forstarbeiten, Wegebau). – Ab 1. 8. 1933 wurde als Voraussetzung für die Zulassung zum Studium für männliche Abiturienten die halbjährige Arbeitsdienstplicht eingeführt. Der Völkerbund beurteilte den Arbeitsdienst als getarnten Militarismus. Kultusminister Rust, der im August und

<sup>105</sup> Vgl. Kens. K. H./H. J. Nowarra: Die deutschen Flugzeuge 1933 bis 1945, München 1961, S. 503 ff. <sup>106</sup> Spinnfaser AG: Aus der Geschichte unseres Unternehmens, o.O., o.J., S. 15. <sup>107</sup> Vgl. u. a. Kasseler Post v. 31. 12. 1933. <sup>108</sup> Polizeipräsident Kassel – Staatspolizeistelle – Politischer Lagebericht vom 4. 9. 1934, in StAM 165/3949.

September 1933 in Kassel sprach, gab zu, daß die deutschen Arbeitslager ein Kampfplatz gegen Marxismus und Liberalismus sein sollten und daß es ihre Aufgabe war, „Charakter- und Weltanschauungsschule“ zu sein. „In Arbeitsdienstlagern wird Disziplin gelehrt und Weltanschauung gebildet.“<sup>109</sup> – Im Sommer 1933 rechnete man in Kassel damit, daß der FAD innerhalb einiger Monate in eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht überführt würde.<sup>110</sup> Der Arbeitsdienst wurde dementsprechend schnell und energisch ausgebaut. Von Juni bis Dezember 1933 gelang es in Kassel, etwa 1000 arbeitslose Jugendliche zwischen 18 und 25 Jahren in den FAD aufzunehmen. Mit dieser Zahl stand Kassel an der Spitze aller deutschen Großstädte.<sup>111</sup> Im Dezember 1933 wurden in Kassel zwei Meldeämter für den Arbeitsdienst eingerichtet, die innerhalb weniger Wochen über 600 arbeitslose Jugendliche zwischen 17 und 25 Jahren einstellen konnten.<sup>112</sup> Die mit viel Propaganda betriebene Werbung für den Arbeitsdienst war auch 1934 weiter erfolgreich, obwohl die erwartete Arbeitsdienstpflicht im Januar 1934 nur für Abiturientinnen als Voraussetzung für die Zulassung zum

Studium eingeführt wurde. Die Attraktivität des Arbeitsdienstes für viele Jugendliche erklärt sich nur zum Teil aus der Uniform, dem Lagerleben, der vormilitärischen Ausbildung und den Parademärschen mit klingendem Spiel. Wirkungsvoller war die Befreiung von wirtschaftlicher Not und Arbeitslosigkeit. Die Arbeitsdienstmänner erhielten neben Unterkunft, Verpflegung und Dienstkleidung ein Taschengeld und das Versprechen, daß ihnen nach ihrer Entlassung aus dem FAD sofort eine Arbeitsstelle vermittelt werde.

Ein beträchtlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit von jüngeren Menschen wurde 1935/36 dadurch erreicht, daß am 21. 5. 1936 die allgemeine Wehrpflicht und einen Monat später die Arbeitsdienstpflicht für junge Männer und Frauen eingeführt wurde.

Mit der verstärkten Aufrüstung und Militarisation ab 1936/37 und der Ausdehnung der Rüstungsindustrie, die ab 1937 zum industriellen Schwerpunkt der Kasseler Wirtschaft ausgebaut wurde, wurde nicht nur die Vollbeschäftigung erreicht, sondern ab 1937 wurde zunehmend Arbeitskräftemangel spürbar.

## 4. Die wirtschaftliche und soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung in Kassel während der Vorkriegszeit

### 4.1. Einkommen und Lebensstandard von Arbeitnehmern

Im Januar 1932, während der schlimmsten Phase der Weltwirtschaftskrise, waren in Kassel die Lohnsätze erheblich gesenkt worden, rund drei Fünftel der Löhne um 15 % und rund zwei Fünftel der Löhne zwischen 10 % und 15 %.<sup>113</sup> Im Mai 1932 wurden die Löhne noch einmal herabgesetzt. Die Löhne der Bauarbeiter waren dadurch um 22 % niedriger als Ende 1931.<sup>114</sup>

Der 1933 von der nationalsozialistischen Regierung verhängte Lohnstopp sollte die Löhne auf diesem sehr niedrigen Krisenstand einfrieren. Zugleich wurden die öffentlichen Sozialausgaben vermindert, um Finanzmittel für Steuervergünstigungen an Unternehmen verfügbar zu machen. Die Stadt Kassel war deshalb im Frühjahr 1933 gezwungen, die Richtsätze für die Wohlfahrtserwerbslosen noch einmal zu senken. Die Erwerbslosen, die allein von dieser Unterstützung leben mußten, gerieten dadurch unter das Existenzminimum. Die NSDAP sah sich deshalb gezwungen, „zur Milderung der durch die Richt-

satzkürzung eingetretenen Notfälle“ alle Verdiener zu einem Stadtnotopfer aufzurufen.<sup>115</sup> Im Vergleich zur akuten Notlage vieler Arbeitsloser erschienen die Niedriglöhne als noch erträgliche Krisenbelastung. Dabei erhielten viele Arbeiter und Angestellte 1933 bis 1934 nicht einmal die niedrigen Tariflöhne ausgezahlt. Der Kasseler Polizeipräsident schrieb dazu in seinem Lagebericht an die Geheime Staatspolizei Berlin vom 4. 5. 1934: „In den Großbetrieben werden durchweg die Tariflöhne bezahlt, während die Arbeiter und Angestellten in den kleineren Betrieben meist untertariflich bezahlt werden. Nach Ansicht der Inhaber dieser Betriebe können die Werke bei Zahlung der Tariflöhne nicht mehr rentabel arbeiten.“<sup>116</sup>

Welche Hungerlöhne noch Ende 1934, insbesondere an weibliche Arbeitskräfte, gezahlt wurden, zeigt ein Beispiel aus dem politischen Lagebericht der Kasseler Staatspolizeistelle: „Die Kasseler Jutespinnerei hat eine Anzahl Mädchen neu eingestellt, die pro Stunde nur 18 Pfennig

<sup>109</sup> Vgl. Kasseler Post v. 17. 6., 21. u. 22. 8. u. 13. 9. 1933. <sup>110</sup> Vgl. Kasseler Post v. 18. 6. 1933. <sup>111</sup> Vgl. Kasseler Post v. 31. 12. 1933. <sup>112</sup> Kasseler Post v. 15. 1. 1934. <sup>113</sup> Diese Lohnsenkung erfolgte aufgrund der Notverordnung vom Dezember 1931. <sup>114</sup> Vgl. Wirtschaftsbericht der IHK Kassel 1932, S. 8. <sup>115</sup> Vgl. u. a. Kasseler Post v. 31. 12. 1933. <sup>116</sup> Polizeipräsident Kassel – Staatspolizeistelle – Politischer Lagebericht v. 4. 5. 1934, in StAM 165/3949.

Lohn erhalten.“ Für einen Liter Vollmilch, der nach dem Staatspolizeibericht zu dieser Zeit oft mehr als 30 Pfennig kostete, mußten diese Arbeiterinnen fast 2 Stunden arbeiten.<sup>117</sup> – Ein verheirateter Arbeiter in der Metallindustrie erhielt 1934 einen Stundenlohn von 45 bis 50 Pfennig; Hilfsaufsehern im Kasseler Landesmuseum oder bei der Gefängnisverwaltung wurde ein Nettolohn von 80 Reichsmark monatlich gezahlt. Die Löhne in der Kleintextil- und Tabakindustrie lagen vielfach noch immer unter dem Richtsatz der Wohlfahrtsunterstützung, so daß in vielen Fällen mit Zusatzunterstützung oder durch die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) geholfen werden mußte.<sup>118</sup> Die Notstandsarbeiter in der Stadt und im Landkreis Kassel lebten auch 1934 und 1935 immer noch dicht an der Grenze des Existenzminimums, weil ihre Löhne kaum höher waren als der Richtsatz der Wohlfahrtsunterstützung. Im Jahre 1935 mußte der Höchstrichtsatz der Wohlfahrtsunterstützung für kinderreiche Familien sogar auf 80 Reichsmark monatlich beschränkt werden, sonst wäre die Wohlfahrtsunterstützung höher gewesen als der Arbeitslohn.<sup>119</sup>

Das Ziel der fortgesetzten Niedriglohnpolitik war die Umschichtung des wieder wachsenden Sozialprodukts und Volkseinkommens von der Arbeiterschaft zur Industrie, insbesondere zur Rüstungsindustrie, und zum Staat.

Die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen verschlechterte sich zusätzlich durch hohe Preissteigerungen, insbesondere für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs. Kasseler Fürsorgearbeiter kamen bei Lohn- und Preisvergleichen zum Ergebnis, daß im Herbst 1935 die Löhne etwa 40 % niedriger und die Preise für Lebensmittel etwa 40 % höher waren als 1928.<sup>120</sup> – Diese Preissteigerungen waren – für die davon Betroffenen nicht durchschaubare – Folgen der staatlichen Kreditfinanzierung für Arbeitsbeschaffung und die damit verbundene Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Die vorangetriebene Rüstung und Remilitarisierung wurden mit schnell wachsender, zum Teil getarnter Staatsverschuldung finanziert. Der Anteil der Wehrmatsausgaben an den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand stieg rapide an: 1933 4 %, 1934 18 %, 1936 39 %, 1938 50 %. Ein dauernder Anlaß für Unzufriedenheit und Kritik in der Arbeiterschaft war die große Einkommensungleichheit. Arbeiter kamen „bei schwerster Arbeitsleistung unter dürftigsten Verhältnissen und einer 8stündigen Arbeitszeit oft nur mit einem ausgesprochenen Hungerlohn

von 12 bis 13 RM die Woche nach Hause (wie auf der Zeche „Roter Stollen“ im Habichtswald).“<sup>121</sup> Dagegen wurden nach wie vor hohe Gehälter von über 1200 Reichsmark an leitende Angestellte, höhere Beamte und inzwischen auch an höhere Parteifunktionäre gezahlt.

Die propagandistische Agitation gegen Spitzengehälter und Doppelverdiener, die die Nazis betrieben hatten, bevor sie an die Macht kamen, erwies sich nun als Bumerang, der auf sie zurückflog. Immer wieder wurden sie auf ihre Versprechen hingewiesen, die Gehälter über 1200 Reichsmark abzubauen. Heftig kritisiert wurde außerdem, daß die nationalsozialistischen Parteiorganisationen übermäßig ausgebaut worden waren und an die Nazi-Funktionäre viel zu hohe Gehälter gezahlt wurden. – In der Kasseler Bevölkerung, insbesondere in der Arbeiterschaft, wurde auf die zahlreichen Naziführer hingewiesen, die „Doppelverdiener“ waren. Im Mittelpunkt der Kritik stand Gauleiter Weinrich, der häufig als Beispiel für „Mehrfachverdiener“ genannt wurde, weil er Einkünfte aus seinem Parteiamt, Diäten als Reichstagsabgeordneter und Bezüge als Preußischer Staatsrat erhielt.<sup>122</sup>

Die Mißstimmung in der Arbeiterschaft über soziale Ungerechtigkeit und kärgliche Lebensbedingungen durch Niedriglöhne und hohe Lebenshaltungspreise wird im Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom September 1935 mit der Aussage veranschaulicht: „Wenn in Deutschland trockenes Brot gegessen wird, dann bitte auch alle.“<sup>123</sup> Viele Arbeiter mit Schwerarbeit bei „Hungerlöhnen“ begnügten sich aber nicht mit Schimpfen, sondern protestierten durch Arbeitsverweigerung. Die Staatspolizeistelle Kassel berichtete: „In letzter Zeit verließ ein Teil neuer Arbeiter der Reichsautobahn und von Flugplätzen schon nach wenigen Tagen ihre Arbeitsstätte und erklärte, die ungewohnte schwere Arbeit nicht mehr leisten zu können, da sie in Folge der jahrelangen Erwerbslosigkeit und ihren Entbehrungen körperlich zu sehr geschwächt seien. Bei der Untersuchung durch den Kreisarzt stellte es sich jedoch heraus, daß die meisten sehr wohl die zugewiesene Arbeit hätten verrichten können.“<sup>124</sup> Diesen Arbeitern wurde gedroht, bei weiterer Arbeitsverweigerung werde ihnen jegliche Unterstützung entzogen. Die Proteste durch Arbeitsverweigerung sind deshalb besonders bemerkenswert, weil Arbeitsverweigerer das Risiko eingingen, als „arbeitsscheues Gesindel“ (Staatspolizei Kassel) verhaftet und in die Arbeits- bzw. Konzentrationslager eingewiesen zu werden. Die Staatspolizeistelle Kassel be-

<sup>117</sup> Polizeipräsident Kassel – Staatspolizeistelle – Politischer Lagebericht v. 25. 12. 1934, in StAM 165/3949. <sup>118</sup> Polizeipräsident Kassel – Staatspolizeistelle – Politischer Lagebericht v. 1. 6. 1934, in StAM 165/3949. <sup>119</sup> Vgl. Politischer Lagebericht des Landrats des Kreises Kassel an den Regierungspräsidenten in Kassel v. 24. 4. 1935, in StAM 165/3965. <sup>120</sup> Vgl. Bericht des Städtischen Tiefbauamts für den Oberbürgermeister der Stadt Kassel v. 11. Oktober 1935, in: Stadtarchiv Kassel A.1.01.1. <sup>121</sup> Politischer Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel v. 4. 9. 1935, in StAM 165/3965. <sup>122</sup> S. Anm. 121 ebenda. <sup>123</sup> S. Anm. 121 ebenda. <sup>124</sup> S. Anm. 121 ebenda.

richtete, daß Äußerungen laut wurden wie: „Wir sind ja heute Freiwild, man muß sich alles gefallen lassen. Sagt man etwas, wird man eingebuchtet.“<sup>125</sup>

Die andauernden Klagen über zu hohe Preise für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs veranlaßten den Kasseler Polizeipräsidenten und Leiter der Staatspolizeistelle, Fritz von Pfeffer, selber die Preise vom Oktober 1933 mit denen von 1935 zu vergleichen. Er kam zum Ergebnis, daß die Teuerung in Kassel in diesen zwei Jahren mindestens 25 % betrug.<sup>126</sup>

#### 4.2. Arbeitskräftemangel, mehr Arbeit, Lohnerhöhungen und Einkommensgefälle

Der schnelle Aufbau großer Rüstungsbetriebe (wie Fieseler-Werke, Henschel-Flugmotorenwerke) aber auch des Spinnfaserwerks, die verschiedenen militärischen Bauten, Straßen- und Autobahnbau sowie dringend notwendiger Wohnungsbau, die im Kasseler Raum 1935/36 ausgeführt wurden, führten im Laufe des Jahres 1936 zu einer Überbeanspruchung der Bauwirtschaft und zu Facharbeitermangel. Um Terminüberschreitungen und Vertragsstrafen zu vermeiden, versuchten manche Bauunternehmen, Facharbeiter von außerhalb anzuwerben oder, falls dies nicht möglich war, mit höheren Lohnangeboten von anderen Firmen abzuwerben. Baufirmen, die besonders stark unter Termindruck standen, weil sie öffentliche Aufträge fristgerecht erfüllen mußten, bezahlten die begehrten Fachkräfte bis zum Dreifachen des Mindestlohns. Dazu kamen oft Überstundenverdienste aus einer bis zu 14-stündigen Arbeitszeit.<sup>128</sup>

In den Kasseler Rüstungsbetrieben trat – mit kurzer zeitlicher Verschiebung – ein ähnlicher Mangel an Fachkräften auf, den die Unternehmen gleichfalls mit An- und Abwerbungen sowie hohen Lohnzuschlägen zu überwinden suchten. Die Kostensteigerungen konnten die Unternehmen in höheren Preisen weitergeben, was wiederum zu steigenden öffentlichen Ausgaben führte.

Selbst das neue Spinnfaserwerk konnte – bei schnell wachsender Produktion – seinen „starken Bedarf an Arbeitskräften ... aus dem Kasseler Raum nicht mehr befriedigen“. Es wurden Arbeiter aus Notstandsgebieten nach Kassel geholt.<sup>129</sup> In der zweiten Jahreshälfte 1936 wurde die Region Kassel zum Aufnahmegebiet für Arbeitskräfte aus „Überschußbezirken“.<sup>130</sup>

Die Preiserhöhungen gingen – bei steigender Staatsverschuldung – auch 1936 weiter, so daß sich die NS-Regierung schließlich gezwungen sah, einen Preisstopp zu befehlen.<sup>127</sup>

Die Lebenshaltung der niedrig entlohnten Arbeitnehmer in Kassel wurde nicht nur durch die hohen Preise, sondern oft außerdem noch durch Schwierigkeiten in der Versorgung mit wichtigen Lebensmitteln, z. B. Fett, Butter, Schmalz, Fleisch, Fleischwaren und Wurst, eingeschränkt.

Der Wohnungsmangel in Kassel zwang die Unternehmen, für die von auswärts angeworbenen Arbeitskräfte Wohnungen zu beschaffen. Um qualifizierte Fachkräfte zu binden und sich eine zuverlässige Stammebelegschaft aufzubauen, förderten die Firmen auch Siedlungsaktionen für ihre Beschäftigten. Durch diesen Zustrom von Erwerbsbevölkerung kam es zu einem zusätzlichen Wachstumsschub am Kasseler Bau- und Wohnungsmarkt.

In den Teilen der Arbeiterschaft in Kassel und Nordhessen, die in Wirtschaftszweigen und Betrieben arbeiteten, die von der Bau- und Rüstungskonjunktur nicht oder wenig begünstigt wurden oder die sogar durch Rohstoffmangel beeinträchtigt waren, blieben die Arbeitseinkommen auf dem niedrigen Niveau. Ihr „Verdienst lag häufig noch am Existenzminimum“.<sup>131</sup> Dieses Einkommensgefälle wurde von den betroffenen Arbeitskräften (z. B. in der Landwirtschaft, im Handel, im Handwerk, in der Textilindustrie) als materielle Benachteiligung und ungerechte beruflich-soziale Abwertung empfunden und erregte erhebliche Unzufriedenheit. Viele der Unzufriedenen wanderten in das Baugewerbe oder in die Rüstungsindustrie ab. Für die nordhessische Landwirtschaft mußten deshalb Landarbeiter aus Gebieten mit Arbeitskräfteüberschuß geholt werden.<sup>132</sup> – Die Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 7. 11. 1936 sollte die Arbeitskräfteversorgung regulieren, häufige Wechsel des Arbeitsplatzes und große Fluktuation von Arbeitnehmern zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen und Unternehmen verhindern und den Anstieg der Arbeitskosten eindämmen. Öffentlich wurde erklärt, diese Anordnungen bezweckten „in der Hauptsache die Bereitstellung der erforder-

<sup>125</sup> S. Anm. 121 ebenda. <sup>126</sup> Vgl. Brief des Leiters der Staatspolizeistelle Kassel, F. v. Pfeffer, an den Regierungspräsidenten in Kassel v. 15. November 1935, in StAM 165/3965. <sup>127</sup> Durch die Verordnung vom 26. 11. 1936 wurden die Preise auf den Stand vom 17. 9. 1936, die Textilpreise auf den Stand vom 30. 11. 1936 festgesetzt. <sup>128</sup> Lohnerhöhungen und Überstunden in diesem Umfang wurden auch andernorts festgestellt. Vgl. Begründung zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Arbeitseinsatzes v. 6. Oktober 1936, in: Mason, T. W.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975, S. 198 ff. <sup>129</sup> Spinnfaser AG: Aus der Geschichte... a.a.O. (106), S. 17. <sup>130</sup> Vgl. Kasseler Post v. 31. 1. 1937, Beilage (5). <sup>131</sup> Begründung zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Regelung des Arbeitseinsatzes, a.a.O. (128). <sup>132</sup> Vgl. Kasseler Post v. 31. 1. 1937 (130).

derlichen Arbeitskräfte zur Sicherung der staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Aufträge der Eisen- und Metallwirtschaft, die im Rahmen des Vierjahresplanes unbedingt zu erfüllen sind, ferner die Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses für die Eisen- und Metallwirtschaft sowie für das Baugewerbe und die Verwertung der Arbeitskräfte älterer einsatzfähiger Angestellter".<sup>133</sup> Das Kasseler Arbeitsamt sollte den Rüstungsbetrieben und der rüstungswichtigen Bauwirtschaft im Bereich Kassel „alle irgendwie noch verfügbaren Facharbeitskräfte“ zuführen, die noch nicht ihrer Ausbildung entsprechend beschäftigt waren. Es hatte außerdem die Aufgabe, Einstellungen, Arbeitsplatzwechsel und Entlassungen mit Hilfe des Arbeitsbuches, das jeder Arbeiter seit Frühjahr 1935 haben mußte, zu kontrollieren. Der hessische Treuhänder der Arbeit berichtete für Februar 1937, daß die Anordnungen über den Einsatz von Metallarbeitern „als weitere Erschwerung der Freizügigkeit angesehen“ wurden. Es war „allgemeine Ansicht, daß Unternehmer mit guten Beziehungen zu den Arbeitsämtern rücksichtslos dem Arbeiter den Weg zu besser entlohnten Stellen sperren, während sie selbst kräftig an der Konjunktur verdienen".<sup>134</sup> Durch die Kontrollen des Arbeitsamtes und die Behinderung des Arbeitsplatzwechsels wurde in der Eisen- und Metallindustrie die Stellung des Betriebsführers gegenüber den Arbeitern zusätzlich gestärkt. – In der Bauwirtschaft war es wegen wechselnder Baustellen und Arbeitsorte sowie durch die saisonbedingten Arbeitsausfälle (Winterarbeitslosigkeit) schwer, die Freizügigkeit der Arbeiter einzuschränken. Im Baugewerbe des Bereichs Kassel kam es im Sommer 1937 wieder zu einer großen Fluktuation unter den Arbeitskräften. In anderen hessischen Gebieten mit lebhafter Bautätigkeit wurde dies in ähnlicher Weise bemängelt. „Bei der Knappheit an Arbeitskräften wechseln die Gefolgschaftsmitglieder häufig ihren Arbeitsplatz und suchen die Bau-

stelle des höchsten Lohnes und der höchsten Entfernungszulage auf. Es ist zu befürchten, daß (...) in der nächsten Zeit manche Baustelle ohne Arbeiter sein wird. Alle Nachteile, die sich für den Arbeiter aus dem Wechsel des Arbeitsplatzes ergeben, z. B. Sperrfristen (etwa für Urlaub, Weihnachtsgeld) usw., ändern seinen Entschluß nicht. Der Arbeiter weiß, daß er jederzeit bei einer anderen Baustelle mit noch höherem Lohn unterkommen kann."<sup>135</sup> Arbeitskräftemangel und Mehrarbeit gab es in Kassel auch bei Reichsbahn und Reichspost. Der Gauamtsleiter der NSDAP für Beamte beim Gau Kurhessen berichtete (im April 1937) über „Mißstimmung“ und „Unzufriedenheit“ „unter den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Deutschen Reichsbahn und Reichspost ... über zu starke Beanspruchung des Personals“ und Dienstzeiten bis zu 57 Stunden wöchentlich, ohne garantierte Sonntagsruhetage und mit häufigem Nachtdienst. Unzufriedenheit bestand außerdem über die zu niedrige Besoldung der Arbeiter und unteren Beamten. Um eine unzulässige Gehaltserhöhung für ihre Beschäftigten zu umgehen, aber dennoch die begründete Unzufriedenheit der Bediensteten über zu niedrige Einkommen bei steigenden Lebenshaltungspreisen zu entschärfen, bewilligte die Reichsbahnverwaltung „den am geringsten bezahlten Arbeitern und Unterbeamten, besonders den Familienvätern mit drei und mehr Kindern, eine je nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit abgestufte vierteljährlich wiederkehrende Unterstützung“. Außerdem sollte bei der Reichsbahn und Reichspost im Bereich Kassel Aushilfspersonal eingestellt werden.<sup>136</sup> Für diese geplanten Einstellungen auf niedrig entlohnte Aushilfsstellen stand im Mai/Juni 1937 in Kassel kein großes Reservoir von arbeitslosen Bewerbern mehr zur Verfügung. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen war auf rund 1500 zurückgegangen.<sup>137</sup>

### 4.3. Wohnungsnot und Wohnungsbau in Kassel

Die Lebensbedingungen der Bevölkerungsschichten mit niedrigem Einkommen wurden ab 1933 durch die Wohnungsnot in Kassel erheblich eingeschränkt. Am 1. 4. 1933 setzte die nationalsozialistische Regierung die Bestimmungen des Wohnraumangelgesetzes außer Kraft. Im Gefolge dieser unsozialen Maßnahme wurde der Mieterschutz abgebaut und die Wohnungsbehörde in Kassel

aufgelöst.<sup>138</sup> Damit war aber die Wohnungsnot in der Stadt nicht beseitigt, sie wurde vielmehr verschärft. Niedrige, zum Teil sinkende Einkommen und herabgesetzte Wohlfahrtssätze bei steigenden Lebenshaltungspreisen und erhöhten Mieten hatten zur Folge, daß viele, besonders kinderreiche Familien ihre Miete nicht mehr bezahlen konnten. Die Zahl der Obdachlosen in Kassel nahm

<sup>133</sup> Ebenda. <sup>134</sup> Auszug aus dem Monatsbericht für Februar 1937 des Reichstreuhänders der Arbeit für Hessen, zit. n. Mason, T. W. (128), S. 289. <sup>135</sup> Auszug aus dem Monatsbericht für Juni 1937 des Treuhänders der Arbeit für Hessen, zit. n. Mason (128), S. 363. <sup>136</sup> Bericht: NSDAP. Amt für Beamte, Gau Kurhessen, Kassel, d. 12. 4. 37 – Betrifft: Mißstimmung bzw. Unzufriedenheit unter den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Deutschen Reichsbahn und der Reichspost, in: Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Bestand NSDAP. <sup>137</sup>Vgl. Statistischer Dreijahresbericht der Stadt Kassel 1936–1938, S. 6 u. 15. <sup>138</sup> Vgl. Casseler Mieterzeitung, Ausgabe Juli 1933.

zu. Im Jahre 1934 wurden der städtischen Obdachlosenpolizei von Gerichtsvollziehern 536 Zwangsräumungen gemeldet. Die Obdachlosenpolizei hatte aber nur 315 Unterkünfte verfügbar, davon 214 einräumige und 101 mit zwei Räumen. Das Kasseler Wohnungsamt wies im Dezember 1934 darauf hin, daß „die Not der ärmsten Volksgenossen auf wohnungspolitischem Gebiet ... immer bedrohlicher“ wurde.<sup>139</sup> Bis März 1935 gelang es zwar der Obdachlosenpolizei, 332 Familien in Kleinstwohnungen und Baracken unterzubringen, dennoch wurde die Zahl der obdachlosen Familien in Kassel nicht geringer.<sup>140</sup>

In die mit jahrhundertalten Häusern eng bebaute und dicht bevölkerte Kasseler Altstadt wurde 1934/35 für den Straßenbau eine breite Bresche geschlagen, der „Freiheits Durchbruch“. Dadurch gingen rund 300 meist minderwertige, aber billige Kleinwohnungen verloren, für die keine Ersatzwohnungen zu denselben niedrigen Mietpreisen beschafft werden konnten. Die gleichen Schwierigkeiten entstanden bei der Wohnungsbeschaffung für Familien, die in Kasseler Kasernen untergebracht waren und diese 1935 räumen mußten. Für Kleinwohnungen mußten in Kassel zu dieser Zeit oft Mieten von 80 RM, manchmal sogar darüber, gezahlt werden.<sup>141</sup> Diese Mieten waren so hoch oder sogar höher als der Monatslohn vieler Arbeiter oder die Wohlfahrtsunterstützungssätze für Familien. Klein- und Kleinstwohnungen zu niedrigen Mietpreisen von 20 bis 25 Reichsmark waren, wie aus den Berichten des Wohnungsamtes und des Oberbürgermeisters zu ersehen ist, in Kassel zwar stark gefragt, aber nicht zu bekommen.

Die Widersprüchlichkeit zwischen den Zielen der nationalsozialistischen Politik, einerseits den privaten Hausbesitz, insbesondere beim Kleinbürgertum, steuerlich und durch Aufhebung des Mieterschutzes zu begünstigen und auf der anderen Seite Familiengründung und Kinderreichtum durch finanzielle Unterstützung und ideologische Propaganda zu fördern (vom „abkinderbaren“ Ehestandsdarlehen bis zum Mutterkreuz), wurde am Kasseler Wohnungsmarkt deutlich erkennbar. Junge und kinderreiche Familien, vor allem die mit niedrigem Einkommen oder Wohlfahrtsunterstützung, waren die Hauptbetroffenen der Wohnungsnot in Kassel. Darauf wies das Wohnungsamt in seinem Bericht vom 4. 12. 1934 ausdrücklich hin. – Nach einer Denkschrift des Kasseler Oberbürgermeisters mußten für den „Freiheits Durchbruch“ und die Altstadtsanierung bis 1935/36 300 Wohnungen geräumt und

die davon betroffenen Familien zunächst notdürftig untergebracht werden. 200 Wohnungen, die sich in Kasernen befanden, mußten geräumt werden, weil die Gebäude wieder für das Militär gebraucht wurden. 80 Wohnungen mußten in den Deutschen Werken in Bettenhausen aufgegeben werden. Das Werksgelände und die Fabrikgebäude wurden zum Teil von den Fieseler-Werken und zum anderen Teil ab Frühjahr 1935 von der in Kassel neu errichteten Spinnfaser AG beansprucht.<sup>142</sup> Die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel baute zwar 1935/36 „100 Ersatzwohnungen für freizumachende Kasernenwohnungen und weitere 100 Wohnungen für Altstadtsanierungszwecke“.<sup>143</sup> Diese Neubauten reichten aber nicht einmal aus, um den notwendigen Ersatzbedarf sicherzustellen. Nach Kassel zugezogene Familien, „junge Ehepaare, kinderreiche oder arbeitslose Familien mit geringem Einkommen (hatten) hingegen keine Aussichten“, eine Wohnung zu erhalten.<sup>144</sup>

Auch Familien von „alten Kämpfern“, insbesondere von SA-Leuten, die jahrelang arbeitslos gewesen waren, gehörten zu denen, die von der Wohnungsnot in Kassel betroffen waren. Um ihnen Belohnung und Zufriedenheit zu geben, „die sie verfehmt und besitzlos in der Kampfzeit nicht finden konnten“,<sup>145</sup> sollten nach einem „Plan aus dem Winter 1933/34 gleichzeitig 200 Siedlungshäuser für die alte Parteigenossenschaft an drei verschiedenen Siedlerstellen: in Niederzwehren, im Süsterfeld und auf dem Hegelsberggelände“<sup>146</sup> erbaut werden. Der Kapitalmangel und die Kreditknappheit für den Wohnungs- und Siedlungsbau hatten zur Folge, daß 1935 nur die SA-Siedlung am Hegelsberg gebaut werden konnte. – Ähnliche Kleinhaussiedlungen (Hausfläche 58 bis 60 qm), sogenannte Kleinstsiedlungen, wurden in verschiedenen Kasseler Vororten, z. B. am Lindenberg, am Warteberg, von gemeinnützigen Siedlungsträgern errichtet. Das Eigenkapital von etwa 3000 RM konnten Arbeiterfamilien ohne Ersparnisse und mit niedrigem Einkommen meistens nicht aufbringen. Viele Siedlungshäuser wurden von Leuten aus kleinstädtischen Schichten erworben.

Die Kleinstsiedlungspolitik sollte durch finanzielle Eigenbeteiligung und eigene Arbeitsleistungen der Kleinstsiedler den öffentlichen Wohnungsbau entlasten. Damit sollten aber auch ideologische Ziele nationalsozialistischer Politik, die Verwurzelung der Siedler „mit deutschem Grund und Boden“<sup>147</sup> erreicht werden.

<sup>139</sup> Bericht des Wohnungsamtes der Stadt Kassel an den Oberbürgermeister v. 4. Dezember 1934, in: Stadtarchiv Kassel A.1.01.1. <sup>140</sup> Vgl. Verwaltungsbericht der Stadt Kassel für 1934, S. 17. <sup>141</sup> Vgl. Kasseler Post v. 28. 1. 1934. <sup>142</sup> Denkschrift der Stadt Kassel betr. Eingemeindung verschiedener Vorortsgemeinden des Landkreises Kassel in das Stadtgebiet, in: Stadtarchiv Kassel A.1.01.10. <sup>143</sup> Bericht des Wohnungsamtes, Wohnungsin-spektion, der Stadt Kassel an den Oberbürgermeister v. 11. Oktober 1935, in: Stadtarchiv Kassel, Akten des Oberbürgermeisters A.1.01. <sup>144</sup> Ebd. <sup>145</sup> Geschichte Kurh. SA, (96), S. 162. <sup>146</sup> Ebenda. <sup>147</sup> Ebenda, S. 164.

Der Wohnungs- und Siedlungsbau in Kassel blieb bis 1936 immer mehr hinter dem Wohnraumbedarf zurück. Selbst die Kasseler NSDAP-Führung mußte öffentlich eingestehen, daß die Wohnungsnot sich ständig verschärfte. Der Ortsgruppen- und Kreispropagandaleiter Willms, zugleich Führer des Mietervereins, schrieb an den Regierungspräsidenten: „Zur Zeit (Ende Juli 1936) fehlen in Kassel schätzungsweise etwa 3500 bis 4000 Wohnungen, welche Zahl aber nur den dringendsten Bedarf angibt. Die gegenwärtig übersehbare Neubautätigkeit ist nicht einmal in der Lage, den laufenden Bedarf zu decken, geschweige denn, dem zurückliegenden Bedarf gerecht zu werden.“<sup>148</sup>

Eine Gegenüberstellung von Wohnungsfehlbestand,

Wohnungsbau, Bevölkerungswachstum und Zuzug in Kassel für die Zeit der Rüstungskonjunktur (1936 bis 1938) läßt den anhaltenden Wohnungsmangel erkennen:<sup>149</sup>

Jahr	Wohnungsfehlbestand	Bevölkerungswachstum	davon Zuzug	Wohnungsneubau
1936	3500 - 4000	2339	1372	1594
1937		5020	3872	1621
1938		5029	3454	1368

Im Jahre 1938 mußte der Wohnungsbau in Kassel durch Materialknappheit und Facharbeitermangel zugunsten von militärisch und rüstungswirtschaftlich wichtigen Bauten eingeschränkt werden.

## 5. Massenmobilisierung und „Sozialismus der Tat“ statt Sozialpolitik

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Niedriglöhne, Verelendung und Armut bei einem Großteil der Kasseler Bevölkerung sollten im Sinne des Nationalsozialismus durch gemeinsame Anstrengungen und Opfer der „Volksgemeinschaft“ bekämpft werden. Durch das Stadtnotopfer und insbesondere durch das Winterhilfswerk sollte 1933/34 in Kassel und Kurhessen der „Kampf gegen Hunger und Kälte mit aller Gewalt aufgenommen“ werden.<sup>150</sup> Im kurhessischen Winterhilfswerk wurden alle gleichgeschalteten Wohlfahrtsverbände unter Führung der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) zusammengeschlossen. Mit großem Propagandaaufwand wurde in Kassel das Winterhilfswerk als „Sozialismus der Tat“ proklamiert. Die Bevölkerung wurde mit einer Flut von Sammeltagen und Spendenaktionen erfaßt. Kernstück der Winterhilfswerk-Sammlungen waren die Eintopfspenden, die in der Regel an sechs Eintopfsonntagen gesammelt wurden. Auf die Berufstätigen wurde Druck ausgeübt, 1 % ihres Einkommens für das Winterhilfswerk zu spenden. An einer Reihe von Sammeltagen wurden Plaketten und Anstecknadeln verkauft. Die Betriebe wurden zu Geld- und Sachspenden aufgerufen.

Die Beteiligung an der Winterhilfe galt als Bekenntnis zu nationaler Solidarität. Die Sammelergebnisse, die erfolgreichsten Sammler und die größeren Spender wurden immer wieder öffentlich herausgestrichen. Im Winter 1933/34 verkündete Gauleiter Weinrich stolz: „Der Gau Kurhessen ist auch diesmal wieder der beste im ganzen

Reich gewesen. Rechnet man die Sachleistungen in bare Münze um, so wurden allein für die Stadt Kassel eine Million aufgebracht und verteilt.“<sup>151</sup>

Nicht nur mit Appellen an ihre Opferbereitschaft und Solidarität, sondern auch mit massiven Drohungen wurde die Kasseler Bevölkerung zur Winterhilfe herangezogen. Der NSDAP-Gaupropagandaleiter kündigte öffentlich an: „Wir wollen in diesem Winter jeden, der es wagt, die Volksgemeinschaft zu untergraben, der sich außerhalb des Hilfswerks stellt, anprangern als das, was er ist, als einen Menschen, der die heiligen Gesetze des Lebens nicht erkannt hat und der das Recht verwirkt hat, in dieser Volksgemeinschaft zu leben.“<sup>152</sup>

Trotz des Drucks und der öffentlichen Drohungen der kurhessischen NSDAP-Führung ging das Spendenaufkommen im Winter 1934/35 zurück. Der Regierungspräsident mahnte die NSDAP und die NSV: „Jedoch wird angesichts der Empfindsamkeit der Bevölkerung für diese Dinge darauf besonders zu achten sein, daß die Verwaltungskosten möglichst niedrig gehalten werden.“<sup>153</sup> Damit war das Mißtrauen der Bevölkerung in Folge mehrfacher Unterschlagungen von Winterhilfsspenden und gegen die Bevorzugung von zum Teil nicht unterstützungsbedürftigen Nazis bei der Spendenverteilung andeutungsweise umschrieben. Deutlicher wurden die neuerlichen Betrugsaffären im Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel angesprochen: „Die durch die Presse bekanntgewordenen Unregelmäßigkeiten bei Dienststellen der NSV werden

<sup>148</sup> Monatsschrift „Mein Heim“ des Mietervereins Kassel und Umgebung (Kasseler Mieterbund e.V.) Nr. 8, August 1936. <sup>149</sup> Berechnet nach: Statistischer Dreijahresbericht der Stadt Kassel 1936–1938, S. 3–5. <sup>150</sup> Gauleiter Weinrich in: Kasseler Post v. 22. 11. 1933. <sup>151</sup> Weinrich, ebenda. <sup>152</sup> Gaupropagandaleiter Karl Gerland (Nachfolger Weinrichs als Gauleiter ab November 1943) in: Kasseler Post v. 18. 10. 1934. <sup>153</sup> Lagebericht des Regierungspräsidenten in Kassel an den Herrn Preußischen Ministerpräsidenten in Berlin v. 8. November 1934, in: StAM 165/3939 Bd. 2.

überall besprochen. Es wird als selbstverständlich angesehen, daß dagegen radikal durchgegriffen wird; aber man meint, daß solche Betrügereien überhaupt nicht vorkommen dürften. Die Bevölkerung erwartet im übrigen eine amtliche öffentliche Verlautbarung über die Verwendung der auf gekommenen Winterhilfsgelder und sonstiger Spenden. (...) Neuerdings wird oft die Vermutung laut, daß ein Teil der durch Sammlungen auf gekommenen Gelder für Rüstungszwecke Verwendung fände.<sup>154</sup>

Nach Einschätzung des Regierungspräsidenten war der Spendenrückgang aber „weniger auf bösen Willen als vielmehr auf Unvermögen zurückzuführen“.<sup>155</sup> Dr. Benzing, führender NS-Sozialpolitiker in Kassel und Gaubeauftragter für das Winterhilfswerk, bestätigte, daß viele Arbeiter nicht spenden konnten, sondern auf zusätzliche Hilfe angewiesen waren. Ein großer Teil der Volksgenossen erhalte noch so geringe Löhne, daß auch sie angesichts der größeren Ausgabe des Winters zusätzlich unterstützt werden müßten.<sup>156</sup>

Mit verstärkter Propaganda und sozialen wie politischen Pressionen versuchten die NS-Organisationen, das Spendenaufkommen zu vergrößern. Über die Wirkungen dieses Vorgehens berichtete die Staatspolizeistelle Kassel: „Über die Sammlungen wird viel geklagt. Mancher Arbeiter gäbe seinen letzten Groschen her, um nicht in den Verdacht zu kommen, gegen die Sammlung zu sein.“<sup>157</sup> – Die nachlassende Spendenbereitschaft in weiten Kreisen der Bevölkerung war auch eine Folge des „Sammelunwesens“ im NS-Staat. Nicht nur bei häufigen Sammlungen zur Finanzierung sozialer Aufgaben durch die NS-Volkswohlfahrt, bei der Winterhilfswerksspende, bei Sammlungen für das Deutsche Rote Kreuz und das Deutsche Notopfer wurden die „Volksgenossen“ zu Beiträgen genötigt, sondern auch bei zahlreichen Sammlungen für die NS-Organisationen und angeschlossene Verbände, z. B. für SA und SS, für HJ-Heime, für den Volksbund für das Deutschtum im Ausland (VDA) und den Reichskolonialbund, für den Reichsluftschutzbund u. a. m. Der Lagebericht der Staatspolizei Kassel vom Februar 1936 enthält die Mahnung: „Im Interesse des kommenden Winterhilfswerks ist jedoch zu fordern, daß mit Beendigung des Winterhilfswerks 1935/36 alle Sammlungen auf das unbedingt Notwendigste beschränkt werden und nicht derartig großen Umfang wie im vergangenen Sommer annehmen. (...) Schon mehren sich die Berichte, daß die Bevölkerung nicht mehr so gebefreudig sei wie in den vergangenen Jahren.“<sup>158</sup>

Im Jahre 1936 blieb trotz wirtschaftlichen Aufschwungs und rückläufiger Arbeitslosigkeit für einen großen Teil der Kasseler Bevölkerung die wirtschaftliche Notlage bestehen. Dies zeigte sich an der wachsenden Verschuldung der Verbraucher und der Zunahme des Bettelns. In gemeinsamen Aufrufen appellierten die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Landesbauernschaft, die Deutsche Arbeitsfront, das Amt für Beamte und die NS-Frauenschaft des Gauess Kurhessen in Kassel in allen Tageszeitungen an die Bevölkerung, das „Börgunwesen“ einzuschränken, da es wieder unerträgliche Ausmaße angenommen habe und schädlich für die Wirtschaft sei.<sup>159</sup> In geheimen Lageberichten, aber auch in den Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Kassel wurde darauf hingewiesen, daß die Zahl der bettelnden „unwürdigen und asozialen Volksgenossen“ von Tag zu Tag wuchs; um das „Bettelunwesen“ zu bekämpfen, sollten die Namen der Bettler festgestellt und der Polizei und dem Wohlfahrtsamt mitgeteilt werden. Ein Plakat des Wohlfahrtsamtes Kassel mit dieser Aufforderung wurde in den Läden aufgehängt und in Zeitungen veröffentlicht.<sup>160</sup> In einem politischen Lagebericht wurde die Annahme geäußert, das „Bettelunwesen könne deshalb wieder zugenommen“ haben, weil das Winterhilfswerk „bei wirklich bedürftigen Familien aus irgendwelchen Gründen eine Unterstützung ablehnt“, während es „Familien betreut, die ausreichend versorgt sind“.<sup>161</sup>

Das Beispiel der Winterhilfswerkssammlungen von 1936/37 zeigt, für wie notwendig die braunen Machthaber angesichts der dringenden Bedürftigkeit gering verdienender Bevölkerungsgruppen in Kassel die Massenmobilisierung zum „Kampf gegen Hunger und Kälte“ noch vier Jahre nach der Machtergreifung hielten. – Durch stärkere Kontrolle sollte die Opferbereitschaft der Bevölkerung wieder mobilisiert werden. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) als größte Massenorganisation wurde beauftragt, sich an die Spitze der Sammelaktion des Winterhilfswerks 1936/37 zu stellen. Am 17. Oktober 1936 eröffnete in Kassel die DAF mit 600 Betriebsappellen die Sammelkampagne. In den Betrieben hielt zunächst der Betriebsführer vor der angetretenen „Betriebsgefolgschaft“ eine Ansprache. Danach brachte er sein Spendenopfer; ihm folgten die politischen Führer im Betrieb mit ihren Spenden. „Dann wurden die (Sammel-)Büchsen in den Betrieben herumgereicht, Betriebsführer und die politischen Führer der Betriebe forderten das freiwillige Opfer von den Arbeitskameraden, (...) Es waren wirkliche Opfer, die hier gebracht

<sup>154</sup> Politischer Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel v. 5. 1. 1935, in StAM 165/3965. <sup>155</sup> s. Anm. 153 ebd. <sup>156</sup> Zit. n. Kasseler Post v. 18. 10. 1934. <sup>157</sup> Politischer Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel v. 4. 9. 1935, in StAM 165/3949. <sup>158</sup> Politischer Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel für den Monat Februar 1936, in StAM 165/3965. <sup>159</sup> Vgl. Mitteilungen der IHK Kassel, Nr. 1/1936, S. 8. <sup>160</sup> Vgl. Mitteilungen der IHK Kassel, Nr. 8/1936, S. 79. <sup>161</sup> Politischer Lagebericht des Landrats des Kreises Kassel v. 24. 2. 1936, in StAM 165/3939 Bd. 2.

wurden.“<sup>162</sup> Wer wollte und konnte unter diesem Sammeldruck von Betriebsführern und politischen Leitern nicht opferbereit und spendenfreudig sein? An diesem Wochenende (17./18. 10. 1936) führte die DAF in Kassel die erste große Straßensammlung in der „Winterschlacht“ des WHW durch. Propagandamärsche und Platzkonzerte unterstützten die Sammelaktion. Amtswalter der DAF und die Betriebsführer größerer Kasseler Betriebe, als Vorsitzende des Vertrauensrates ihrer Betriebe, sammelten auf den belebtesten Straßen und Plätzen der Stadt und „brachten ansehnliche Summen herein“.<sup>163</sup> An den nächsten Sammelwochenenden übernahmen die Gliederungen der NSDAP, SA, SS, NSKK, Hitler-Jugend usw. und auch die angeschlossenen Verbände, ferner Wehrmacht, Polizei und selbst der Bund der Kinderreichen die Organisation und Ausführung der Haus- und Straßensammlungen. Am 20./21. 3. 1937 beendete die DAF wieder mit Propagandamärschen und einer Reihe von Sonderveranstaltungen (Platzkonzerte, Chorkonzerte) „siegreich“ die Sammelkampagne.<sup>164</sup>

Nicht nur Sprache und Organisation bei den Sammlungen des Winterhilfswerks waren militant, auch die Verteilung der Sammelergebnisse sollte der Disziplinierung der Bevölkerung dienen. Die Familien, die Unterstützung vom WHW erhielten, wurden vorher ausgewählt. Dabei ging es nicht nur darum, die öffentliche Wohlfahrt zu entlasten, sondern es sollten möglichst nur diejenigen Winterhilfe erhalten, die eine positive Einstellung zum Nationalsozialismus und zur Volksgemeinschaft hatten. Politische Gesichtspunkte waren auch dafür maßgebend, in welcher Form und Höhe Familien Unterstützung vom WHW erhielten. In der Bevölkerung erregte dies oft Unmut. Infolge dieser Reaktionen wurde öffentlich erklärt: „Im Dritten Reich wird jeder Volksgenosse von der öffentlichen und privaten Fürsorge so unterstützt, daß er nicht zu hungern und zu frieren braucht. Die Behauptung, keine Unterstützung werde gewährt, ist nur für die richtig, die angebotene Arbeit ohne berechtigte Gründe ablehnen. Das sind unwürdige und asoziale Volksgenossen, deren Zahl von Tag zu Tag wächst.“<sup>165</sup> Diese „asozialen Elemente“ wurden von der Polizei verfolgt und verhaftet und oft in Arbeitslager bzw. Konzentrationslager eingeliefert.

Um die ärmere Bevölkerung zu überwachen und von den Unterschlagungen und Betrügereien bei der Winterhilfe abzulenken, versuchten nationalsozialistische Stellen zu kontrollieren, wie die Empfänger die Unterstützung verwendeten. Gauleiter Weinrich rief in Kassel zum „Kampf gegen die Wohlfahrtshyänen“ auf, „die Schindluder mit der Winterhilfe treiben“, weil sie die „Sachen ins Leihhaus bringen oder verschachern“. Er drohte, man würde „nicht vor einem Appell aller dieser Leute zurückschrecken, bei dem sie Kleidungsstücke und andere Sachen von der Winterhilfe vorzeigen müssen. Keine Strafe sei für sie hoch genug und auch das Konzentrationslager werde für ihre Aufnahme bereit sein.“<sup>166</sup> – Diese Drohung war ernstzunehmen. Dies zeigten in Kassel Razzien gegen Unterstützungsempfänger, die vom Wohlfahrtsamt in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei vorgenommen wurden. Bei solchen Razzien wurden z. B. Wohlfahrtsempfänger festgenommen, „die ihre kärglichen Mittel zum Schaden ihrer Familien in Gastwirtschaften“ ausgaben.<sup>167</sup>

Die materielle Bedeutung des Winterhilfswerks in Kassel wird erkennbar, wenn man die gesammelten und verteilten WHW-Beiträge den Wohlfahrtsausgaben der Stadt Kassel gegenüberstellt. Nach der (aus propagandistischen Motiven wahrscheinlich zu hoch angesetzten) Berechnung von Gauleiter Weinrich betrug das Aufkommen des Winterhilfswerks für die Sammel- und Verteilungsperiode 1933/34 in Kassel rund 1 Million RM. Das Wohlfahrtsamt der Stadt Kassel zahlte dagegen 1934 für laufende und einmalige Barunterstützungen sowie für Nahrungsmittel- und Kleidungshilfen rund 4,9 Millionen RM. Da die WHW-Zuteilungen im allgemeinen einmalige Unterstützungen waren, ist es angemessen, sie nur mit den einmaligen Barunterstützungen und Nahrungsmittel- und Kleidungshilfen des Wohlfahrtsamtes zu vergleichen (1934 rund 380 000 RM); dies ergibt ein Verhältnis von etwa 5 : 2.<sup>168</sup> Die Bewertung der Winterhilfeleistungen im Verwaltungsbericht der Stadt Kassel: „Hierdurch konnte die Lage der Hilfsbedürftigen, deren laufende Unterstützungen nur den notdürftigsten Lebensunterhalt decken, fühlbar erleichtert werden“;<sup>169</sup> erscheint demnach nicht besonders übertrieben zu sein.

<sup>162</sup> Kasseler Post v. 18. 10. 1936. <sup>163</sup> Kasseler Post v. 19. 10. 1936. <sup>164</sup> Kasseler Post v. 22. 3. 1937. <sup>165</sup> Mitteilungen der IHK Kassel v. 15. 4. 1936, S. 79. <sup>166</sup> Kasseler Post v. 22. 12. 1933. <sup>167</sup> Kasseler Post v. 22. 1. 1934. <sup>168</sup> Errechnet nach: Verwaltungsbericht der Stadt Kassel über das Rechnungsjahr 1934, S. 45. <sup>169</sup> Ebenda.

## 6. Gesellschaftspolitische Entmündigung und erzwungene Eingliederung der Arbeiterschaft

### 6.1. ...in die Arbeitsfront gezwungen

Bevor die Nationalsozialisten die Macht erhielten, hatte die Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) in Kassel nur geringe Bedeutung. Seit Herbst 1932 war es ihr nur in einigen Betrieben gelungen, Betriebszellen mit relativ geringer Mitgliederzahl aufzubauen. Erst nachdem die Gewerkschaften unterdrückt und aufgelöst worden waren, erhielt die NSBO in Kassel allmählich politisches Gewicht.<sup>170</sup>

Obwohl 1933, insbesondere nach den Märzahlen, ein starker Zustrom zu den NS-Organisationen einsetzte, war die NSBO am 2. Mai 1933 – beim Verbot der freien Gewerkschaften – noch so schwach, daß sie nicht imstande war, selber das Kasseler Gewerkschaftshaus einzunehmen und mit ihren Leuten zu besetzen. Der NS-Gaubetriebszellenleiter Hilmar Stock verpflichtete deshalb die Gewerkschaftsangestellten, unter seiner Führung loyal weiterzuarbeiten.<sup>171</sup> In seiner Rede vor gewerkschaftlichen Funktionsträgern am 8. Mai gab Stock die Schwäche der NSBO offen zu und sagte: „Ich kann und darf nicht alles hinauswerfen, denn die Organisation muß erhalten bleiben. Es wird und muß Änderungen in der Führung geben.“<sup>172</sup> Die NSBO hatte zwar am 2. Mai 1933 mit Hilfe von SA und SS die gewerkschaftlichen Einrichtungen und Besitzungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA) gewaltsam übernommen und damit eine feste materielle Grundlage erhalten, sie fühlte sich aber erst zwei Monate später organisatorisch stark genug, die Sekretäre, Angestellten und Stenotypistinnen der zwangsweise aufgelösten Gewerkschaften fristlos zu entlassen.<sup>173</sup>

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) – in Kassel und im Gau Hessen-Nassau-Nord am 8. Mai 1933 gegründet – und die NSBO bestanden in Kassel 1933 nebeneinander. Sie hatten auch eigene Jugendorganisationen (DAF-Jugend und NS-Jugendbetriebszellen), die Ende Oktober 1933 in die HJ und den BDM eingegliedert wurden.<sup>174</sup>

Nach der Entscheidung von Ley, der zugleich Stabsleiter der NSDAP und Leiter der DAF war, sollte die NSBO nicht in der Arbeitsfront aufgehen, sondern die „SA der Betriebe“ sein und politisch-propagandistische Aufgaben erfüllen. Der mangelnde Erfolg der NSBO bei den Betriebsrätewahlen 1933 in Kassel hatte gezeigt, daß sie auch

diese Funktion nicht zufriedenstellend ausführen konnte. Die geringe Resonanz der NSBO war auch darin begründet, daß die Organisation keine Einwirkungsmacht auf Entlohnung und Arbeitsbedingungen und auf die Unternehmerentscheidungen erhielt.

Mit der DAF war eine größere Organisation geschaffen worden, die als Ersatz und Nachfolgeorganisation der Gewerkschaften dienen sollte, zu der neben den Arbeitnehmern aber auch die Unternehmer gehören sollten. Der Zustrom der Arbeiter zur Arbeitsfront, den die Nazis erwartet hatten, trat in Kassel bis Herbst 1933 nicht ein. Auf einer Werbeveranstaltung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes in Kassel räumte der Redner ein, daß „die Arbeiter noch unter dem Einfluß marxistischer Lehren“ standen und „nicht so schnell umlernen“ wollten. Zum Verhältnis von Arbeitern und Unternehmern im neuen Staat erklärte er: „Dr. Ley sagt, daß die Unternehmer die Führung haben, daß sie Herr im Hause bleiben sollen. Doch Arbeiter sind gleichberechtigte Staatsbürger. Es gibt jetzt keine Streiks mehr, die früher die Arbeiterschaft Millionen an Geld gekostet und Leben und Gesundheit von vielen Arbeitern vernichtet haben.“<sup>175</sup>

Ein gemeinsamer Aufruf des DAF-Führers Dr. Ley, des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt, des Arbeitsministers Seldte und W. Keplers (Beauftragter Hitlers für Wirtschaft in der Reichskanzlei) vom 27. 11. 1933 stellte fest: „Die DAF ist die Zusammenfassung aller im Arbeitsleben stehenden Menschen ohne Unterschied ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung.“ – Die Aufgaben der DAF sollten darin bestehen, „die Einreihung des Arbeiters in die Volksgemeinschaft herbeizuführen, die Erkenntnis der blutmäßigen Verbundenheit über alle sozialen Gliederungen hinaus zu fördern, den Blick auf die nationale Verwurzelung des Einzelschicksals zu richten.“<sup>176</sup>

Ab Dezember 1933 übernahm die NSBO in Kassel und im Gau Kurhessen die Führung der DAF. Der Gaubetriebszellenobmann Hilmar Stock wurde zugleich Bezirksleiter der Arbeitsfront im Gau. Die der DAF angeschlossenen Verbände durften keine Mitglieder mehr aufnehmen. Wer Mitglied eines Arbeiter- oder Angestelltenverbandes werden wollte, mußte als Einzelmitglied in die DAF eintreten.<sup>177</sup>

<sup>170</sup> Dies galt auch für die Jugendbetriebszellen, die, soweit sie überhaupt in den Kasseler Betrieben Fuß fassen konnten, „zunächst nur kleine Gruppen“ waren. Vgl. Kasseler Post v. 30. 10. 1933. <sup>171</sup> Vgl. Kasseler Post v. 3. 5. 1933. <sup>172</sup> Vgl. Kasseler Post v. 10. 5. 1933. <sup>173</sup> Vgl. Brief von Hilmar Stock v. 26. Juni 1933 an die Gewerkschaftssekretäre, Angestellten und Stenotypistinnen im Gewerkschaftshaus; im Besitz des DGB Kassel. <sup>174</sup> Vgl. Kasseler Post v. 20. 10. 1933. <sup>175</sup> Kasseler Post v. 6. 9. 1933. <sup>176</sup> Kasseler Post v. 24. 1. 1934, Überschrift: Die alten Gewerkschaften und die Deutsche Arbeitsfront. <sup>177</sup> Vgl. Kasseler Post v. 1. 12. 1933, Titel „NSBO führt die Arbeiterschaft“.

NSBO und DAF betrieben eine Werbekampagne für den Eintritt in die Arbeitsfront. „Es darf am 1. Januar 1934 im Gau Kurhessen keinen Arbeiter, keinen Angestellten und keinen Arbeitgeber mehr geben, der nicht in der D.A.F. organisiert ist. Tretet sofort ein!“<sup>178</sup>

Im Januar 1934 wurde das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ verkündet. Der Inhalt dieses Gesetzes war ein Gemisch aus Führerprinzip und Betriebsgemeinschaftsideologie. Der Unternehmer wurde „Führer des Betriebes“. Die Angestellten und Arbeiter wurden zur „Gefolgschaft“. Führer und Gefolgschaft mußten gemeinsam arbeiten „zur Förderung der Betriebszwecke und zum gemeinen Nutzen von Volk und Staat“. Der Führer der Gefolgschaft hatte allein die Entscheidung in allen betrieblichen Angelegenheiten. Er hatte für das Wohl der Gefolgschaft zu sorgen; daraus entstanden für die Gefolgschaft aber keine Ansprüche. Die Gefolgschaft hatte dem Betriebsführer die „in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue“ zu halten. „Vertrauensmänner“ aus der Gefolgschaft sollten den Führer des Betriebes beraten und mit ihm den „Vertrauensrat“ bilden.

NSBO und DAF in Kassel gab die Verkündung dieses Gesetzes einen Anlaß, mit Hilfe von Gauleitung und NS-Organisationen am 17. 1. 1934 eine Großkundgebung auf dem Friedrichsplatz auszuführen, zu der Zehntausende aus der Stadt und dem Kreis Kassel aufmarschierten. Gauleiter Weinrich bemühte sich, die kritische Zurückhaltung in der Arbeiterschaft gegenüber der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik abzubauen, indem er den Unwillen auf die rechtsbürgerlichen Bundesgenossen der Nazis lenkte. „Wenn aus der Arbeiterschaft immer wieder der Mahnruf kommt, die Reaktion abzuschütteln, so kann sie beruhigt sein, denn es wird scharf aufgepaßt und jeder Versuch im Keime erstickt. – In den langen Jahren des Kampfes standen diese Reaktionäre abseits. Nun der Sieg errungen ist, glauben sie, mitregieren zu müssen. Ihnen sei gesagt, daß der Nationalsozialismus genug Köpfe hat, um die bevorstehenden Aufgaben zu lösen.“<sup>179</sup> – Auch in der Kundgebung des Bauarbeiterverbandes, die drei Tage darauf in der Stadthalle stattfand, sah sich der Redner veranlaßt, auf ablehnende und kritische Stimmen in der Arbeiterschaft einzugehen. Er betonte, das Mißtrauen gegen den Nationalsozialismus sei der Arbeiterschaft „von den marxistischen Gewerkschaftsbözen systematisch eingepfropft worden“. Der Nationalsozialismus habe „niemals den Gewerkschaftsgedanken an sich bekämpft, sondern nur den verderblichen Einfluß

des Marxismus auf sie“. „Wenn jetzt hier und da in der Arbeiterschaft ungeduldige Frager auftreten, denen die Entwicklung nicht schnell genug geht, so mögen sie bedenken, daß sie 14 Jahre lang geduldig eine Zerstörungspolitik über sich ergehen ließen. Warum wollen sie also jetzt nach einem Jahr nationalsozialistischer Regierung schon ungeduldig werden?“<sup>180</sup>

Ende Januar 1934 wurde die DAF zu einer „betriebsorganischen Gliederung“ umgeformt. Die Verbände, die ihre Untergliederungen bildeten, wurden aufgehoben. Der Betrieb war nun unterste Einheit der DAF. Die Einzelmitglieder wurden zu Betriebsgemeinschaften zusammengeschlossen. „In den Betriebszellen sind Parteigenossen. Sie gehören der NSBO an. Die übrigen Belegschaftsmitglieder des Betriebes und der Unternehmen sind Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront und bilden ohne Unterschied des Berufes die Betriebsgemeinschaft. (...) Die politische Führung der gesamten Deutschen Arbeitsfront liegt in der Hand der NSBO.“<sup>181</sup> Neben der betrieblichen Gliederung war die DAF, ebenso wie die NSDAP, in Ortsgruppen, Kreise und Gaue gegliedert. Die DAF war mit dem Reichsbund der Beamten und anderen Organisationen korporatives Mitglied der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ (KdF), die sozialpolitische Propaganda, Kultur, Reisen, Wandern und Urlaub sowie „Schönheit der Arbeit“ als Aufgabengebiete an sich gezogen hatte. Nach Ley verhielten sich NSDAP und NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ zueinander „wie Prediger und Gemeinde“. DAF und KdF unterstanden in Kurhessen politisch und personell dem Gauleiter. Die Gau- und Kreisdienststellen der NSBO waren zugleich Dienststellen der DAF und der KdF.<sup>182</sup>

Durch die „betriebsorganische“ Umorganisation der DAF gehörten alle Mitglieder einer Betriebsgemeinschaft – auch ohne eigenes Zutun – schlagartig zur nationalsozialistisch geführten DAF und indirekt zur NS-Gemeinschaft KdF. In öffentlichen Bekanntmachungen hieß es: „Die Deutsche Arbeitsfront umfaßt alle deutschen Berufe und jeden einzelnen arbeitenden Volksgenossen. Die Deutsche Arbeitsfront ist lebender Organismus des Nationalsozialismus. Alle Arbeiter der Stirn und der Faust sind in ihr vereint. Sie stellt mit weit über 30 Millionen Mitgliedern die größte Organisation der Welt dar. Wenige Volksgenossen aber sind sich dieser Tatsache bewußt, die sie mit Stolz und Freude erfüllen muß. Wenige Volksgenossen kennen die Rechte und Pflichten als Mitglied der Deutschen Arbeitsfront.“<sup>183</sup>

<sup>178</sup> Kasseler Post v. 9. 12. 1933, Titel „Eintritt in die Deutsche Arbeitsfront“. <sup>179</sup> Kasseler Post v. 18. 1. 1934, Titel „Für soziale Ehre im Betrieb“.  
<sup>180</sup> Kasseler Post v. 21. 1. 1934, Titel „Dem Arbeiter sein Vaterland“. <sup>181</sup> Kasseler Post v. 27. 1. 1934, Titel „Unterste Einheit ist der Betrieb“.  
<sup>182</sup> Ebenda. <sup>183</sup> Kasseler Post v. 9. 9. 1934, Titel „Mitgliedschaft zur Deutschen Arbeitsfront“.

Die Distanz und teilweise Resistenz in der Arbeiterschaft gegenüber den NS-Organisationen zeigte sich auch bei den Vertrauensratswahlen, die aufgrund des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit im April 1934 und 1935 abgehalten wurden. Die Listen der in den Betrieben zu wählenden Vertrauensmänner wurden zusammen mit den NS-Betriebszellen-Obleuten aufgestellt. Da „in einer großen Anzahl von Betrieben, bei denen die Voraussetzung für die Bildung eines Vertrauensrates“ bestand, „ein Betriebszellenobmann nicht vorhanden“ war, mußten dort die Betriebswähler der DAF bei der Aufstellung der Liste mitwirken.<sup>184</sup> – In einer Reihe von Betrieben wurden ehemalige Betriebsräte und Gewerkschafter auf die Liste gesetzt. In anderen Betrieben wurde die Wahl boykottiert.

## 6.2. Die Nationalsozialistische Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ organisiert den Feierabend und den Urlaub

Im Dezember 1933 erläuterte Hilmar Stock, NS-Gaubetriebszellenobmann und Leiter der Deutschen Arbeitsfront Kurhessen, die Zielsetzungen der NSG „Kraft durch Freude“. Ziel der KdF sei die „geistige Neugestaltung des deutschen Arbeiters“ im Geiste des Nationalsozialismus. „Wir wollen nicht nur den Feierabend organisieren, sondern auch vor allem den Urlaub.“<sup>186</sup> Die DAF sollte den Arbeiter „bei seiner Arbeit“ organisieren und „betreuen“, die KdF „während des Feierabends und des Urlaubs“. Für die „geistige Formung des deutschen Arbeiters“ sollte auch der Rundfunk als Propagandainstrument eingesetzt werden. „Auch in der letzten Hütte muß zumindest ein Volksempfänger stehen.“<sup>187</sup>

Wie sich in den folgenden Jahren zeigte, konnte die KdF dieses Ziel der totalen Erfassung und Organisation der Arbeiter während des Feierabends und des Urlaubs bei weitem nicht erreichen. Die Arbeit der KdF in Kassel begann im Februar 1934. Sie wurde mit großem Propagandaaufwand vorbereitet und begleitet. Für die Großveranstaltung in der Stadthalle am 27. 2. 1934, im Rundfunksender Kassel und in den Zeitungen Tage und Wochen vorher als „feierlicher Auftakt“ der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ angepriesen, wurden „alle Mittel aufgeboten, um den Sinn der großartigen Veranstaltung jedem durch eigenes Erlebnis verständlich zu machen“.<sup>188</sup> – Tatsächlich nahmen am „feierlichen Auftakt“ hauptsächlich Nazi-Führer, Prominenz aus Kassel und Kurhessen und NSBO-Mitglieder teil, die Karten

Die Staatspolizeistelle Kassel berichtete darüber an das Geheime Staatspolizeiamt (Gestapa), Berlin: „Die Wahlen der Vertrauensmänner in den industriellen Betrieben haben zum größten Teil stattgefunden. Im allgemeinen sind die Wahlen reibungslos verlaufen, nur bei der Reichsbahn hatten sich Unstimmigkeiten ergeben, die jedoch beigelegt werden konnten. Bei der Firma Henschel, Kassel, konnte für die zur Wahl gestellten Personen keine Mehrheit erreicht werden, so daß der Wahlleiter die Betroffenen für gewählt erklären mußte.“<sup>185</sup> Solche negativen Erfahrungen hatten zur Folge, daß ab 1936 keine Wahlen zu den Vertrauensräten mehr stattfanden. Wenn Vertrauensmänner ausschieden, wurden dafür neue ernannt.

zum halben Preis erhielten. In seiner Festrede betonte Gauleiter Weinrich, es gelte, den deutschen Arbeiter der Stirn und der Faust, der heute zum treuen Hüter des Staates geworden sei, die Kulturgüter zugänglich zu machen und nahezubringen, aus denen er Kraft und Freude ziehen könne für die schwere und mühevollen Arbeit des grauen Alltags“.<sup>189</sup>

Ihr Programm, die „Arbeitnehmer von Süden nach dem Norden, vom Westen nach dem Osten“ zu führen, „damit sie ihre engere und weitere Heimat kennenlernen“ (Hilmar Stock), begann die kurhessische KdF in Kassel mit öffentlichen propagandistischen Schaustellungen. Die Teilnehmer der ersten einwöchigen Urlaubsreisen (ins Erzgebirge und ins Allgäu) mußten in der Kasseler Innenstadt antreten, und „in geschlossenem Zuge, unter Vorantritt einer Musikkapelle, ging es zum Bahnhof, wo sich die Angehörigen der Fahrtteilnehmer in großer Zahl eingefunden hatten. Zackige Märsche spielte die Musikkapelle auf dem Bahnsteig.“<sup>190</sup> Die einwöchige Ferienreise kostete soviel, wie ein Arbeiter in 8 Tagen durchschnittlich an Lohn erhielt. Arbeiter mit Niedriglöhnen, Erwerbslose, Fürsorgearbeiter, Familienväter mit mehreren Kindern konnten aus finanziellen Gründen an den KdF-Reisen nicht teilnehmen.

Die KdF wurde mit dem Vermögen der verbotenen bzw. in der DAF gleichgeschalteten Arbeitnehmerorganisationen zu einer Großorganisation für Reisen, Urlaub und Erholung für Angehörige der nationalsozialistisch geführten

<sup>184</sup> Kasseler Post v. 9. 3. 1935, Titel „Vertrauensratswahlen“. <sup>185</sup> Bericht der Staatspolizeistelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin v. 9. 5. 1934, in StAM 165/3884. <sup>186</sup> Vgl. Kasseler Post v. 22. 12. 1933, Überschrift „Kraft durch Freude“. <sup>187</sup> Ebenda. <sup>188</sup> Kasseler Post v. 25. 2. 1934, Titel „Alle Mittel aufgeboten“. <sup>189</sup> Kasseler Post v. 28. 2. 1934, Titel „Ein feierlicher Auftakt“. <sup>190</sup> Kasseler Post v. 28. 5. 1934, Titel „Mit ‚Kraft durch Freude‘ ins Allgäu“.

Berufsorganisationen ausgebaut. Ab 1935 wurden Auslandsfahrten veranstaltet. An den ersten Reisen nach Madeira und nach den Azoren durften 28 Personen aus der Stadt und dem Kreis Kassel teilnehmen. Der Gauwaller des Gau Kurhessen der DAF erklärte in öffentlichen Bekanntmachungen: „Es ist natürlich selbstverständlich, daß hierfür nur die besten und zuverlässigsten schaffenden Volksgenossen in Frage kommen, weshalb auf die Dauer der Werkzugehörigkeit und auf politische Zuverlässigkeit besonderer Wert gelegt wird.“<sup>191</sup> Eine weitere Voraussetzung für die Auswahl der Fahrtteilnehmer sollte sein, daß „diese nur ein geringes Einkommen haben“.<sup>192</sup> Diese Bedingung wurde in vielen Fällen nicht eingehalten. Trotz aller Zuschüsse war der Preis von 82 RM für die zwanzigtägige Reise nämlich etwa so hoch wie das Monatseinkommen vieler Arbeitnehmer. Außerdem reichte der Jahresurlaub für diese Reise nicht aus; die Arbeiter hätten unbezahlten Sonderurlaub nehmen müssen. Gauwaller Herbert Köhler richtete deshalb einen Appell an die Betriebsführer, in dem er sie bat, „den Gedanken der sozialen Hilfsbereitschaft zu fördern und durch Erteilung eines ausreichenden Urlaubs für diese Ferienfahrt der NSG ‚Kraft durch Freude‘ unter gleichzeitiger Fortgewährung der Lohn- bzw. Gehaltsbezüge den ihnen geeignet erscheinenden Gefolgsleuten ihrer Betriebe eine besondere Freude bereiten zu wollen“.<sup>193</sup>

An der Reiseausrüstung der Fahrtteilnehmer bei solchen Auslandsreisen (Kleidung, Reisegepäck, Fotoapparate u. a.) war – mehr und deutlicher als bei den Inlandsreisen – zu erkennen, daß darunter nur wenige Arbeitnehmer mit geringem Einkommen waren. Diese Kluft zwischen Propaganda und Wirklichkeit rief Unzufriedenheit und Kritik hervor. Die kurhessische Arbeitsfront versuchte diese Kritik aufzufangen, indem sie sich zunächst daran anschloß: „Die Urlauber-Sonderzüge ‚Kraft durch Freude‘ sind von der Deutschen Arbeitsfront ins Leben gerufen worden, um solchen Volksgenossen eine Urlaubsreise zu ermöglichen, die im Hinblick auf ihr Einkommen nicht in der Lage sind, eine Urlaubsreise auszuführen.“<sup>194</sup> ... nur sie sollen in besonderer Weise begünstigt werden, nicht aber wirtschaftlich bessergestellte Volksgenossen. (...) Bedauerlicherweise haben (...) zahlreiche Personen in guter Wirtschaftslage die Sonderzüge ‚Kraft durch Freude‘ benutzt. Ihre Beteiligung ist volkswirtschaftlich ungesund und

sozial ungerecht. Sie muß künftig unbedingt unterbleiben.“<sup>195</sup> Schließlich paßten sich DAF und KdF der Wirklichkeit an und machten „ein niedriges Einkommen“ der Reisetilnehmer nicht mehr zur Bedingung. „Eine besondere, bisher viel erörterte Frage ist die, ob in allen Fällen und bis zu welchem Grade eine Bedürftigkeit als Voraussetzung zur Teilnahme an einer KdF-Fahrt vorliegen muß? Dazu ist folgendes zu sagen: Grundsätzlich sind solche Volksgenossen teilnahmeberechtigt, die – sofern sie Mitglieder oder Angehörige von Mitgliedern der DAF oder einer der NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘ angegliederten Organisation sind – unter Berücksichtigung ihres Einkommens und der sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine Reise gleicher Art sich nicht leisten können. Eine Einkommensgrenze ist daher nicht schematisch festgelegt. (...) Es geht also nicht allein darum, mit ‚Kraft durch Freude‘ billige Reisemöglichkeiten für bedürftige Volksgenossen zu schaffen, sondern die KdF-Fahrten sollen gleichzeitig auch Pflegestätte und Ausdrucksform der Volksgemeinschaft und der betrieblichen Kameradschaft sein. Es hieße also, die Einrichtungen der NS-Gemeinschaft ‚Kraft durch Freude‘ als eine Angelegenheit der Volksgemeinschaft und als politisches Instrument zur Erziehung deutscher Menschen (...) in ihrer wahren Bedeutung verkennen, wollte man sie allzu sehr unter dem Gesichtspunkt des materiellen Vorteils sehen, den diese Einrichtungen bieten.“<sup>196</sup> Hieraus ist ablesbar, wie die KdF Reisen und Urlaubsfreizeiten mit der von der NSDAP und DAF geforderten weltanschaulichen und politischen Erziehung und Kontrolle zu verbinden suchte. Sie hatte dabei aber meist keinen Erfolg. Das KdF-Programm der „kulturellen Mobilisierung des schaffenden Volkes“ durch Unterhaltungs- und Bildungsangebote am Feierabend (z. B. verbilligte Besuche von Theater, Konzert, Filmen, Ausstellungen und Kursen) propagierte die DAF als praktische Verwirklichung des nationalen Sozialismus. Sie knüpfte damit an die Tradition der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen an, deren sie sich mit Gewalt bemächtigt hatte, gab aber alles als eigene Idee und Leistung aus.<sup>197</sup>

Das Großunternehmen für Reise und Urlaub KdF ließ ab 1936/37 eigene Erholungsheime, Seebäder und KdF-Dampfer bauen. Im Sommer 1938 verkündete DAF-Leiter

<sup>191</sup> Kasseler Post v. 14. 2. 1935, Titel „Eine Fahrt nach Madeira der NSG ‚Kraft durch Freude‘“. <sup>192</sup> Ebenda. <sup>193</sup> Ebenda – Herbert Köhler war als Nachfolger von Hilmar Stock eingesetzt worden, der wegen großer Unterschlagungen entlassen worden war. „Trotzdem wurden Leute, die über diese Unterschlagungen sprachen, wegen Gerüchtemacherei usw. verurteilt.“ In: Deutschland-Bericht der Sopade, 3. Jahrgang Nr. 2, Februar 1936, hg. v. Zweitausendeins, Frankfurt a.M. 1980, S. 244. <sup>194</sup> Die Widersprüchlichkeit dieser Aussage spiegelt die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der KdF-Reisen für „Minderbemittelte“ in dieser Zeit treffend wider. <sup>195</sup> Kasseler Post v. 10. 9. 1934, Titel „Es wird streng geprüft“. <sup>196</sup> Kasseler Post v. 28. 2. 1937, Titel „Wer kann mitfahren?“ <sup>197</sup> Vgl. z.B. die Artikel in der Kasseler Post v. 26. 5. 1935 „Mit KdF zum Heiligenberg“ und v. 19. 4. 1936 „Kasseler Arbeiter erleben Opernmusik“. Im zweiten Artikel wird behauptet: „... daß der deutsche Arbeitsmensch erst seit kurzem Anteil am Kulturleben der Nation nehmen darf“.

Dr. Ley, jeder deutsche Arbeiter der Stirn und der Faust habe jetzt die Möglichkeit, Besitzer eines eigenen Autos zu werden. Mit einer Einzahlung von 5 Reichsmark pro Woche sollte der Sparer nach drei Jahren den Bestellschein für einen Volkswagen (Preis 1000 RM) erhalten. Mit den Geldern von DAF und KdF wurde bei Fallersleben das Volkswagenwerk gebaut. Diese Aktivitäten der KdF wurden in Kassel auch innerhalb der Arbeiterschaft

mit Zustimmung aufgenommen. Zu dieser Zeit wußten nur wenige „Geheimnisträger“ davon, daß die Maßnahmen in die Kriegsvorbereitung eingeplant waren. Die gesparten Gelder wurden dazu verwendet, einen Geländewagen für die Wehrmacht zu bauen. Nach Kriegsbeginn wurden die KdF-Schiffe als Truppentransporter und die Heime und Bäder als Lazarette verwendet.

### 6.3. „Schönheit der Arbeit“: „Schafft Arbeitsfreude durch schöne Arbeitsstätten!“

Zur kurhessischen KdF in Kassel gehörte neben dem „Amt für Reisen, Wandern und Urlaub“ das Amt „Schönheit der Arbeit“. „Eine der wesentlichsten Aufgaben“ dieses Amtes war, „dafür zu sorgen, daß die Arbeitsplätze und Aufenthaltsräume der Betriebe ein menschenwürdiges Aussehen erhalten“.<sup>198</sup> Der Kasseler Gauwart von „Schönheit der Arbeit“ verkündete die Losung: „Schafft Arbeitsfreude durch schöne Arbeitsstätten!“<sup>199</sup> In erster Linie sollten „die Luft- und Lichtverhältnisse der Arbeitsplätze und Aufenthaltsräume“ geprüft und nach Möglichkeit „mit den allereinfachsten Mitteln Abhilfe“ geschaffen werden. Der Schwerpunkt des Amtes „Schönheit der Arbeit“ lag auf politischer Propaganda, weil es die Betriebsführer „nicht zwingen“ konnte, die Arbeits- und Aufenthaltsräume zu verbessern, sondern darauf vertrauen mußte, „daß sie freiwillig die notwendigen Änderungen durchführen“.<sup>200</sup> Bis 1935 waren in der Region Kassel die Wirtschaftskrise und ihre Wirkungen noch nicht überwunden, dann setzten bereits die preissteigernden Wirkungen der wachsenden Staatsausgaben und der Autarkiepolitik ein, deshalb sollten die Betriebe durch die Aktion „Schönheit der Arbeit“ nicht mit spürbaren Kosten belastet werden. So ist der Appell an die Betriebsführer zu verstehen, bei mangelhafter Belüftung und Beleuchtung der Arbeitsstätten, bei unhygienischen und unsauberen Waschgelegenheiten und Umkleieräumen „mit den allereinfachsten Mitteln Abhilfe zu schaffen“.

Einmischungen in die Gestaltung der betrieblichen Arbeitsbedingungen, Arbeitstätigkeiten und Arbeitsabläufe waren dem Gauwart des Amtes „Schönheit der Arbeit“, der im Laufe der Jahre eine Reihe Betriebe besuchte und mit den Betriebsführern über Verbesserungsmöglichkeiten sprach, ausdrücklich untersagt. „Schönheit der Arbeit“ durfte sich nicht um die Humanisierung der Arbeit, sondern nur um die Verbesserung der äußeren Randbe-

dingungen kümmern. „Besonders will man ... das äußere Gesicht der Arbeitsstätten freundlicher gestalten.“<sup>201</sup> Dabei ging es z. B. um das Putzen verschmutzter Fenster und die Begrünung von Fabrikwänden durch rankende Pflanzen. „Und es kostet doch gar nicht viel Mühe und auch nicht viel Geld, klare Fenster zu schaffen und an einer so elenden Wand grünes Weinlaub emporranken zu lassen!“<sup>202</sup> – Die tristen Fabrikhöfe sollten gereinigt, an geeigneten Stellen Rasen gesät und Sträucher oder Bäume gepflanzt werden. Diese Arbeiten sollten von den Arbeitern ohne Bezahlung in ihrer Freizeit geleistet werden. „Alle Arbeiter werden gern in ihrer Freizeit mithelfen, werden graben, säen und pflanzen.“<sup>203</sup> Dies wurde als praktischer Sozialismus ausgegeben. Die KdF-Funktionäre betonten bei ihrer Werbung für den „Schönheit der Arbeit“-Sozialismus auch die betriebswirtschaftlichen Vorteile, „um die deutschen Betriebsführer davon zu überzeugen, daß ein schöner Arbeitsplatz und gemüthlicher Aufenthaltsraum die Leistungen der Gefolgschaft steigern“.<sup>204</sup> – Mit Blick auf das Unternehmerinteresse erklärte der Kasseler NSDAP-Kreisleiter Bohl bei einer „Weihefeier“ von „Schönheit der Arbeit“; überwunden sei die Zeit, da der Grundsatz aufgestellt wurde, daß Kapital Arbeit schaffe. Umgekehrt sei es richtig: „Arbeit schafft Kapital“, und dieser nationalsozialistische Grundsatz habe sich schon recht bald nach der Machtergreifung als richtig herausgestellt.<sup>205</sup> Dieses von der Arbeit oder genauer den Arbeitenden geschaffene Kapital sollte aus der Sicht des Nationalsozialismus aber keineswegs den Arbeitenden zukommen. Nur die Sichtweise sollte sich ändern, nicht die Verteilungs- und Eigentumsverhältnisse.

Ein vordringlicher Schwerpunkt der 1934 begonnenen Aktivitäten von „Schönheit der Arbeit“ war die Verbesserung der Beleuchtung und Belüftung der Arbeitsplätze.<sup>206</sup> Der Erfolg war offensichtlich unzurei-

<sup>198</sup> Kasseler Post v. 25. 2. 1934, Titel „Schönheit der Arbeit“. <sup>199</sup> Kasseler Post v. 16. 8. 1934, Titel „Arbeitsstätten werden grün“. <sup>200</sup> S. Anm. 198 ebenda. <sup>201</sup> S. Anm. 199 ebenda. <sup>202</sup> Kasseler Post v. 3. 9. 1934, Titel „Mit frohem Herzen an die Arbeit“. <sup>203</sup> Ebenda. <sup>204</sup> Kasseler Post v. 10. 2. 1936, Titel „Schönheit des Arbeitsplatzes“. <sup>205</sup> Ebenda. <sup>206</sup> S. Anm. 199 ebenda.

chend, denn drei Jahre später, im August 1937, begann die „neue Aktion ‚Schönheit der Arbeit‘ ‚gesunde Luft im Arbeitsraum!‘“<sup>207</sup> An die Unternehmer wurde appelliert: „Jeder einsichtige Betriebsführer weiß, daß in Arbeitsräumen mit verbrauchter, stickiger Luft bald Ermüdungserscheinungen auftreten, während gesunde Luft im Arbeitsraum auch die Leistung steigert.“<sup>208</sup>

Zum Vorzeigebetrieb der DAF und des KdF-Amtes „Schönheit der Arbeit“ entwickelten sich in Kassel die Gerhard Fieseler Werke GmbH. Betriebsführer Fieseler leitete selbst die Sozialabteilung der Flugzeugwerke nach dem Prinzip: zufriedene Arbeiter leisten mehr. Die Fieseler Werke hatten durch ihr rasantes Wachstum von etwa 300 (1934) auf mehr als 5300 Beschäftigte (1938) keine erfahrene Stammarbeiterschaft mit Arbeits- und Werkstradition. Fieseler war bestrebt, aus den zusammengeholten Arbeitskräften eine Betriebsgemeinschaft zu formen. Er versuchte, die Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Leistungsbereitschaft der „Gefolgschaft“ durch den Aufbau eines werkseigenen Gesundheits- und Sozialdienstes zu erhalten und zu verbessern. Für die Werke in Bettenhausen und Waldau wurden Gesundheitshäuser mit werkärztlichen Abteilungen eingerichtet, in denen drei Ärzte, ein Zahnarzt und ein Werkssanitäter beschäftigt waren. Die Fieseler-Werke führten Vorsorgereihenuntersuchungen für die Betriebsangehörigen ein, veranstalteten Kurse für Unfallverhütung und Erste Hilfe und richteten eine häusliche Krankenbetreuung ein, für die Kranken zugleich Hilfe und Kontrolle. Außerdem wurde für Betriebsausgleichssport und eine ernährungswissenschaftliche Beratung der Werksküche gesorgt. So gelang es, den zunächst hohen Krankenstand des Betriebes in weniger als

drei Jahren auf die Hälfte zu senken und damit einen deutlich besseren Gesundheitszustand der Gefolgschaft zu erreichen als andere Betriebe. – Die Personalführung innerhalb der Werke wurde mit Hilfe von Personalprüfungsorganen organisiert und kontrolliert. Diese mußten von den Unterführern/Leitern der Werksabteilungen monatlich nach einem Punktbewertungssystem ausgefüllt werden. Die Führungskräfte wurden in Schulungen für die „Menschenführung“ ausgebildet. – In ihrem Sozialdienst beschäftigten die Fieseler-Werke einen Psychologen und mehrere Sozialhelfer. In die „Unzufriedenenbetreuung“ schaltete Fieseler sich öfter persönlich ein.<sup>209</sup>

Die Fieseler-Werke beteiligten sich ab 1937/38 am „Leistungskampf der deutschen Betriebe“. Sie wurden vom DAF-Gaubmann Köhler nach den vier Punkten: „1. Erhaltung und Gewährleistung des sozialen Friedens; 2. Erhaltung und Steigerung der Volkskraft; 3. Erhaltung und Steigerung der Arbeitskraft und Steigerung der Lebenshaltung; 4. wirtschaftliche Zielsetzung unter Berücksichtigung der Ziele der politischen Führung“ geprüft<sup>210</sup> und für die höchste Auszeichnung „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ nominiert. Am 1. Mai 1938 wurde den Fieseler-Werken zum erstenmal und als einzigem Betrieb aus dem Gau Kurhessen die „Goldene Fahne der DAF“ verliehen.

Die „Betriebsgemeinschaftspolitik“, wie sie z. B. im mehrfach ausgezeichneten „nationalsozialistischen Musterbetrieb“ Fieseler-Werke geführt wurde, war eine Ergänzung und zugleich ein soziales und psychologisches Gegengewicht zur Arbeitskräftepolitik im NS-Staat, die mit Zwangsmaßnahmen vorging.

## 7. Die Entwicklung des selbständigen Mittelstandes in der Region Kassel

Die politischen Ziele des Nationalsozialismus, wie Schaffung eines starken Führerstaates, Zerschlagung der Organisationen der Arbeiterschaft, Garantie des Privateigentums, Stärkung der Position des Betriebsleiters gegenüber den Beschäftigten, Ausschaltung der jüdischen Geschäftskonkurrenz und territoriale Expansion entsprachen durchaus den Wünschen eines Großteils des selbständigen Mittelstandes in Handwerk, Gewerbe und Handel von Kurhessen und Kassel, der konservativ, deutschnational oder nationalsozialistisch gesinnt war. Diese Übereinstimmung wurde besonders in der Anfangszeit der NS-Herr-

schaft durch gezielte mittelstandspolitische Maßnahmen gefestigt, mit denen seit langem gestellte Forderungen des selbständigen Mittelstands erfüllt wurden. Am 12. Mai 1933 wurden von der Regierung Hitler die Gesetze zum Schutze des Einzelhandels und über das Zugabewesen erlassen. Die Kasseler Industrie- und Handelskammer – inzwischen im Zuge der Gleichschaltung vom NS-Gauwirtschaftsberater geführt – sah in diesen Gesetzen den Beweis, daß es den regierenden Nationalsozialisten „mit dem Schutz und der Erhaltung des Mittelstandes ernst“ war und begrüßte „die Abkehr von der Gewerbefreiheit“.

<sup>207</sup> Kasseler Post v. 9. 8. 1937, Titel „Heute beginnt die neue Aktion ‚Schönheit der Arbeit‘ ‚Gesunde Luft im Arbeitsraum!‘“. <sup>208</sup> Ebenda. <sup>209</sup> Vgl. Fieseler, G.: Meine Bahn am Himmel, München 1979, S. 230 ff. <sup>210</sup> Kasseler Post vv. 28. 11. 1937, Titel „Im Leistungskampf um die Goldene Flagge der DAF. ‚Kurhessens Betriebe wollen Vorbild sein‘.“

Für die mittelständischen Betriebe des Einzelhandels erwartete die IHK „eine Sicherung ihres Bestandes gegenüber dem zunehmenden Wettbewerb der Großunternehmen und gegenüber der Gefahr einer weiteren Überbesetzung des Einzelhandels“. Diese Bestandssicherung sollte durch ein unbefristetes Verbot der Errichtung, Erweiterung und Verlegung von Einheitspreisgeschäften, Warenhäusern und Konsumvereinen erreicht werden.<sup>211</sup> Die allgemeine Sperre für die Errichtung neuer Einzelhandelsgeschäfte und Warenhäuser wurde 1934 in eine allgemeine Konzessionspflicht übergeführt. Die Übernahme von Einzelhandelsbetrieben durch Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte wurde gesetzlich unterbunden. – Die Sicherung und Stabilisierung der Handwerksbetriebe sollte durch die Einführung der Pflichtinnungen und des Befähigungsnachweises erreicht werden.

Bis Ende 1934 trat im Einzelhandel und im Handwerk der Region Kassel nur eine leichte Besserung der wirtschaftlichen Lage ein. Die Kasseler IHK veröffentlichte einen Artikel, der ihre Einschätzung der Einkommenssituation im Handwerk und im Einzelhandel zeigt: „Deutscher Arbeiter ist auch der selbständige Handwerker, der oft genug, genau wie der nichtselbständige Arbeiter sein Einkommen durch Opfer aller Art bis an und bis unter die Grenze des Erträglichen bewußt selber mit herabdrücken mußte, ist auch der Einzelhändler, der unter Verzicht auf erwünschte Kostensenkungen seine Mitarbeiter über

schlechte Zeiten durchhielt und dabei immer neue Kürzungen der Handelsspanne auf sich nehmen mußte...“<sup>212</sup> Im Vergleich zur hohen Gewinnentwicklung in der nordhessischen Großindustrie, insbesondere in der Rüstungsindustrie, hielten sich die Einkommensverbesserungen im Handwerk, Kleingewerbe und Einzelhandel in bescheidenen Grenzen. Der Anteil dieser mittelständischen Gruppen am Volkseinkommen ging merklich zurück. Die wirtschaftliche Lage der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden in der Region Kassel, die nicht am Aufbau der Rüstung beteiligt waren, verschlechterte sich, besonders im Vergleich zur Industrie. Die Zahl der kleinen Betriebe und der dort Beschäftigten verminderte sich noch schneller als in den 20er Jahren. In den drei Jahren von 1936 bis 1939 verloren viele Handwerksbetriebe ihre Existenz. Die Handwerker wurden zu Lohnarbeitern. Diese Betriebs-schließungen wurden von staatlichen Behörden teilweise dadurch vorangetrieben, daß man den Handwerkern keine Rohstoffe mehr lieferte oder keinen Kredit mehr gewährte. – Nicht nur Kleinbetriebe (1 – 4 Beschäftigte), sondern auch viele Mittelbetriebe (5 – 49 Beschäftigte), insbesondere solche mit 5 – 20 Beschäftigten, waren in Kassel Opfer der NS-Wirtschaftspolitik, die auf die Stärkung der Großbetriebe und auf Unternehmenskonzentration hinwirkte.

Größe und Beschäftigtenzahl der Kasseler Gewerbebetriebe<sup>213</sup>

Jahr	Beschäftigte				Zahl der Betriebe			
	insgesamt	in Mittelbetrieben absolut	v. H.	in Großbetrieben absolut	v. H.	Groß-	Mittel-	Gesamt
1929	43 936	17 816	41	26 120	59	141	1437	1578
1934	34 016	12 255	36	21 761	64	114	1050	1164
1938	59 251	12 985	22	46 266	78	182	998	1180

Die Tabelle zeigt, daß von den Beschäftigten in der gewerblichen Wirtschaft Kassels (Betriebe ab 5 Beschäftigte) 1929 noch 41 % in Mittelbetrieben arbeiteten. Durch die Wirtschaftskrise wurden mehr kleine und mittlere Betriebe ruiniert als Großbetriebe. Die Zahl der Mittelbetriebe nahm bis 1934 um 5561 ab, und von den gewerblich Beschäftigten waren dort nur noch 36 % tätig. Der wirtschaftliche Konzentrationsprozeß in Kassel im Zuge der Staats- und Rüstungskonjunktur hatte zur Folge, daß die Zahl der Mittelbetriebe bis Ende 1938 auf 998 zurückging und nurmehr 22 % der gewerblichen Arbeitnehmer in Mittelbe-

trieben beschäftigt waren. Vor allem kleinere Mittelbetriebe hatten seit 1934 ihre Existenz verloren, wie der Anstieg der durchschnittlichen Beschäftigtenzahl je Mittelbetrieb von 11,7 (1934) auf 13 (1938) belegt. – Am 7. 3. 1939 bestimmte die nationalsozialistische Regierung, alle Betriebe zu schließen, die nicht einen Mindestumsatz erreichten, der je nach Tätigkeitsbereich unterschiedlich hoch festgesetzt wurde. Die Betriebsinhaber und Beschäftigten in der Region Kassel, die dadurch arbeitslos wurden, mußten sich bis zum 1. 4. 1939 in die Kasseler Großindustrie eingliedern.

<sup>211</sup> Mitteilungen der IHK Kassel, 13. Jg., Nr. 11 v. 1. 6. 1933, S. 101–102. <sup>212</sup> Mitteilungen der IHK Kassel, 14. Jg. Nr. 23 v. 1. 12. 1934, S. 316.  
<sup>213</sup> Zusammengestellt und errechnet aus: Die Entwicklung in der gewerblichen Wirtschaft 1929–1939 (Kasseler Mittel- und Großbetriebe), in: Statistischer Dreijahresbericht der Stadt Kassel 1936–1938, S. 16–17.

Jenen Teilen des kurhessischen Mittelstandes, die nicht in ihrer sozialökonomischen Existenz bedroht waren, aber wirtschaftliche Positionsverschlechterungen hinnehmen mußten, bot der Nationalsozialismus Kompensationen durch ideologische Identifikationsangebote, (z. B. Volksgemeinschaft, Antisemitismus, Nationalismus). Die Wirkung der NS-Ideologie wurde durch vielfältige soziale Aufwertungsversuche unterstützt, die gerade den Gruppen des selbständigen Mittelstandes zuteil wurden. Seit Jahrhunderten genossen Handwerker und Bauern in Kurhessen nicht mehr ein so hohes gesellschaftliches Ansehen wie in der nationalsozialistischen propagandistischen Öffentlichkeit.

In der Region Kassel war der Handel auch während der Rüstungskonjunktur ab Mitte der 30er Jahre die Gruppe innerhalb des selbständigen Mittelstands, die durch die nationalsozialistische Politik mehr belastet als begünstigt wurde.

Die Interessen des Handels wurden den vorrangigen wirtschaftspolitischen Zielen untergeordnet. Um das niedrige Lohnniveau und den Lohnstopp aufrechterhalten zu können, sollten die Groß- und Einzelhandelspreise möglichst stabil gehalten werden. Die Verkaufspreise wurden in der Regel durch staatliche Preisbindungsvorschriften festgelegt. – Im Juli 1936 berichtete die Kasseler IHK über die Wirtschaftslage des Handels: „Die Lage im Handel ist unter den heutigen Umständen eine außerordentlich schwierige, da seine Reserven in Inflations- und Deflationsjahren durch Krisenverluste aufgezehrt wurden. Weiterhin muß er darüber hinaus heute bei vielen großen Warengruppen, insbesondere den Nahrungsmitteln, seine Handelsspanne so weit herabsetzen, daß er nicht ein-

mal seine Unkosten daraus decken kann, sondern im Gegenteil noch zulegt. (...) Wenn z. B. die Handelsspanne bei Margarine nur noch 11 v. H. beträgt, während sich die Unkosten etwa auf 15 v. H. belaufen, so ist dieses Opfer, das der Handel hiermit bringt, wohl wert, daß man es auch in der entsprechenden Form und Weise anerkennt. Er tut damit genauso seine Pflicht wie der Arbeiter, der auf Lohn-erhöhung verzichtet, obwohl gewisse Lebensmittel teurer geworden sind, ...“<sup>214</sup> Versorgungsschwierigkeiten in der Region Kassel infolge rückläufiger Ernteerträge und steigender Preise für Importe hatten Erhöhungen der Großhandelspreise zur Folge, die weitgehend geduldet wurden. Der Anstieg der Großhandelspreise sollte die Lebenshaltungskosten nicht erhöhen, deshalb wurde die Handelsspanne des Einzelhandels begrenzt. Der Syndicus der Kasseler Industrie- und Handelskammer unterstrich, „daß die Einzelhandelspreise nicht in dem gleichen Maße wie die Erzeuger- bzw. Großhandelspreise gestiegen seien, so daß tatsächlich der Einzelhändler zugunsten der Verbraucherschaft einen großen Teil der Preiserhöhungen aufgefangen hat.“<sup>215</sup> Der Gewinn der Einzelhändler wurde so auf einen sehr niedrigen Stand heruntergedrückt. Seit 1936 brachten die meisten Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte in der Region Kassel ihren Inhabern nur einen monatlichen Gewinn von etwa 80 RM, also weniger als den Lohn eines Facharbeiters. Die Preisbindung entsprach zwar den Wünschen der Industrie, die davon profitierte, die wirtschaftlich schwachen kleinen Einzelhändler in der Region Kassel wurden dadurch aber in ihrem Einkommen beschnitten. Der Rückgang der Einzelhandelsgeschäfte, insbesondere in der Stadt Kassel, war ein unvermeidliches Ergebnis dieser Politik.

## 8. Zeit der scheinbaren Wirtschaftsblüte in Kassel

Durch Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, Preissteigerungen, Versorgungsmängel und Wohnungsnot waren bis 1935/36 auch Bevölkerungsgruppen mit der nationalsozialistischen Herrschaft unzufrieden, die keine Antifaschisten waren und die nicht zur aktiven oder stillschweigenden politischen Opposition gehörten. Die Staatspolizeistelle Kassel berichtete darüber im September 1935: „Die Stimmung der Bevölkerung ist (unverändert) ... sehr bedrückt und durch Unzufriedenheit und Ungeduld erheblich beeinflusst. Der deutsche Gruß wird immer weniger angewandt. (...) Auch die Neigung zu Kritik und Miesmacherei hat in allen Bevölkerungskreisen – unter den Parteigenos-

sen ebenso wie unter den Nichtparteiengenossen – eher zugenommen. Der Berichterstattung der Presse begegnet man mit vermehrtem Mißtrauen. Man glaubt nicht mehr, daß die Zeitungen die Wahrheit schreiben dürfen. In Stahlhelm- und bürgerlich-reaktionären Kreisen wird herumerzählt, die nationalsozialistische Regierung könne sich nicht mehr lange halten und müßte im Winter zusammenbrechen. (...) Die Ursachen dieser allgemeinen Mißstimmung sind nicht auf einen einzigen Nenner zu bringen. An erster Stelle steht jedoch die allgemeine schlechte Wirtschaftslage.“<sup>216</sup>

<sup>214</sup> Mitteilungen der IHK Kassel, 16. Jg., Nr. 13 v. 1. 7. 1936, S. 127. <sup>215</sup> Ebenda. <sup>216</sup> Politischer Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel, in StAM 165/3965.

Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1936 begann in Kassel eine erkennbare Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse und der sozialen Zufriedenheit nicht nur in bürgerlichen Schichten, sondern auch bei Teilen der Arbeiterschaft, insbesondere innerhalb der Facharbeiterschaft der Metall-, Maschinen- und Rüstungsindustrie sowie des Baugewerbes. Der schnell zunehmende Mangel an Fachkräften verbesserte die Position der begehrten qualifizierten Arbeitskräfte gegenüber der Betriebsführung. Trotz des Lohnstopps wurden die Arbeitseinkommen erhöht, insbesondere durch Zulagen für Mehrarbeit (Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit). Vor allem im Baugewerbe und in der Rüstungsindustrie waren die wachsenden Auftragseingänge ohne Mehrarbeit nicht zu bewältigen. Seit 1937 gab es im Raum Kassel Überbeschäftigung mit Lohnsteigerungen, die teils von den Arbeitern durchgesetzt wurden (manchmal mit Unterstützung der DAF-Betriebswalter), teils von den Betriebsführern angeboten wurden, um qualifizierte Arbeitskräfte anzuwerben, zu halten oder zu Mehrarbeit zu bewegen. Weil sich der Arbeitskräftemangel 1938 weiter verschärfte, wurde im Raum Kassel versucht, Arbeitskraftreserven zu mobilisieren, indem Frauen und „auch viele nicht mehr voll arbeitsfähige oder alte Sozialrentner wieder in den Arbeitsprozeß eingereiht wurden“.<sup>217</sup> Auf diese Weise wurden mehr Familienmitglieder erwerbstätig, und die Einkommen und Konsumkraft vieler Familien stiegen. Der Preisanstieg für die Lebenshaltung ließ durch Preisstopp und Preiskontrollen merklich nach. Die industrielle Produktion wuchs – auch in der Verbrauchsgüterindustrie. Der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung in Kassel verbesserte sich merklich. In Wirklichkeit ging es vielen Arbeitnehmern trotz Einkommens- und Konsumanstieg immer noch schlechter als vor der Wirtschaftskrise. Obwohl die Produktion von Gütern und Dienstleistungen 1937 um 28 % größer war als 1928/29, war die Kaufkraft der Arbeitnehmer, die nicht in rüstungswichtigen Wirtschaftsbereichen, wie Maschinenbau, Eisen- und Metallindustrie und Bauwirtschaft arbeiteten – bei verlängerter Arbeitszeit – noch geringer als 1928. Auf die untere Hälfte der Einkommensbezieher (Arbeiter, untere Angestellte und Kleinselbständige) entfielen 1928 25 % der Einkommen, 1936 waren es nur noch 18 %. Nie zuvor hatten Arbeiter, untere Angestellte und ein Teil der Kleinselbständigen einen so großen wirtschaftlichen Positionsverlust erlitten.

Die meisten Angehörigen dieser Sozialgruppen verglichen aber 1937/38 ihr Einkommen und ihren Lebensstandard nicht mit dem Jahre 1928, sondern mit der Not der Krisenjahre. Sie hatten den Eindruck, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse seit der Weltwirtschaftskrise erheblich verbessert hatten, die Arbeitsplätze sicher waren und der Arbeiter sogar eine gewisse gesellschaftliche Aufwertung erfahren hatte. „Die Propaganda des Regimes, die gerade in bezug auf die Arbeiterklasse, von noch nie gekanntem Wohlstand sprach, bot zweifellos ein verzerrtes Bild der Lage; (so hieß es z. B. in ‚Wirtschaft und Statistik‘, 1940, S. 433, daß der durchschnittliche reale Wochenverdienst im Jahre 1939 um 6 % höher lag als 1929), gleichwohl standen die meisten Deutschen, einschließlich der meisten Industriearbeiter, 1939 materiell bestimmt nicht schlechter da als Ende der 20er Jahre (gemeint ist 1929).“<sup>218</sup> Diesen Lebensstandard mußten die Arbeiter in Kassel sich jedoch mit deutlich höherem Arbeitseinsatz, insbesondere längerer Arbeitszeit (als 1929) verdienen. Die 60-Stunden-Woche war 1938/1939 in den Kasseler Rüstungsbetrieben zur „Normalarbeitszeit“ geworden. Bei dringenden Wehrmichtsaufträgen und drohenden Terminüberschreitungen wurden in verschiedenen Betriebsabteilungen manchmal mehr als 60 Stunden gearbeitet (Sonntagsarbeit, Doppelschichten). Nach einem britischen Bericht sollen Betriebe in Kassel sogar „80 bis 100 Stunden in der Woche“ gearbeitet haben. Unter diesen belastenden Arbeitsbedingungen vermehrten sich „die Krankheits- und Unglücksfälle unter den Arbeitern in bedeutendem Maße“.<sup>219</sup>

Die angespannte Arbeitsmarktlage in Kassel sollte durch staatliche Eingriffe reguliert werden. Der Reichstreuhand der Arbeit hatte das Recht, die Löhne und Arbeitsbedingungen für die Region Kassel festzulegen. Ab Juni 1938 konnte er in kriegswichtigen Gewerbezweigen (wie Metall- und Baugewerbe) Höchstlöhne festsetzen; dadurch wurde die Möglichkeit der Betriebsführer beschnitten, die Arbeitsleistungen durch Lohnanreize zu steigern.<sup>220</sup> Zugleich wurden Arbeitnehmer in Betrieben, die für die Rüstung wichtig waren, daran gehindert, ihren Arbeitsplatz zu wechseln oder aufzugeben.<sup>221</sup> Das NS-Regime befahl eine Teildienstverpflichtung und schon ab Februar 1939 eine umfassende Dienstverpflichtung, die bei Kriegsbeginn nur noch geringfügig ergänzt werden mußte. Die Grenzen der Wirksamkeit dieser staatlichen

<sup>217</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Kassel über das Rechnungsjahr 1938, S. 75. <sup>218</sup> Mason, T. W.: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1977, S. 231. <sup>219</sup> Vgl. Sunday Referee London, Nr. 56 v. 10. 5. 1938 – „Revolte in Kasseler Rüstungsfabriken“ – Übersetzung, in: Bundesarchiv Koblenz R 58/451. <sup>220</sup> Vgl. Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan (Hermann Göring) v. 25. 6. 1938. <sup>221</sup> Vgl. Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan „Zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfs“ v. 22. 6. 1938.

Regulierungen illustriert ein Auszug aus dem Bericht der Wehrwirtschaftsinspektion IX, Kassel, für Juli 1938: „Zu den aufgetretenen Störungen“ (am Arbeitsmarkt durch die Arbeitspflichtverordnung vom Juni 1938 und durch Einberufungen zu Wehrmachtsübungen, W. F.) „treten noch solche hinzu, welche einerseits in dem gegenseitigen Wegengagieren von Facharbeitern, andererseits in dem Umstand zu suchen sind, daß die gute Bezahlung des Arbeiters vielfach dazu geführt hat, daß die Leute unberechtigter Weise aus Anlaß häuslicher oder örtlicher Begebenheiten (Feste u. dgl.) Feierschichten eingelegt haben, die sich mitunter, wo solche Gefolgschaftsmitglieder an wichtigen

Posten standen, auf die Fertigung tagelang ungünstig auswirkten. – Der Betriebsführer ist gegenüber solchen Eigenmächtigkeiten durch den herrschenden Arbeitermangel z. Zt. machtlos.“<sup>222</sup>

Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs, ab 1. 9. 1939, wurden die Gesetze und Vorschriften aufgehoben, die die Höchstarbeitszeit festlegten. Die tägliche Arbeitszeit in den Flugzeugwerken und anderen Kasseler Rüstungsbetrieben wurde auf 10 Stunden erhöht. Die Zahl der Arbeitskräfte wurde unter anderem durch Dienstverpflichtungen, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene vergrößert, z. B. in den Fieseler-Werken bis auf 10 000.

Wilhelm Frenz

---

<sup>222</sup> Aus dem Monatsbericht der Wehrwirtschaftsinspektion IX, Kassel, für den Monat 1938, zit. n. Mason, T. W.: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, (128) S. 840.

# Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes:

## Die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933

Widerstand, Opposition und abwehrende Distanz gegenüber dem NS-Regime aus dem Bereich der niedergeworfenen Arbeiterbewegung hingen nicht nur von den übergreifenden weltanschaulichen und politisch-organisatorischen Orientierungen ab, die sich auf der örtlichen Ebene ja keinesfalls mechanisch in Haltungen und Handlungen umsetzten, sondern korrespondierten mit einer Reihe anderer Faktoren. Sie hingen zusammen mit der besonderen Ausprägung der Praxis der örtlichen Arbeiterorganisationen, der Vielfalt und Dichte des Arbeitervereinsmilieus, dem politischen Kräfteverhältnis zwischen den großen Arbeiterparteien, der Stärke und dem Einfluß der kleinen politischen Gruppierungen der Linken, der Rolle führender Funktionäre, der sozialen Schichtung der Arbeiterschaft und ihrer Widerspiegelung in den Organisationen und anderen politisch-sozialen Faktoren. Dies zeigen jene lokal- und regionalgeschichtlichen Untersuchungen, die sich nicht auf die Organisations-, Aktions- und Personengeschichte des Arbeiterwiderstands beschränken, sondern im Rahmen einer sozialgeschichtlich und politisch-soziologisch vertiefenden Analyse auf Geschichte und Struktur der lokalen Arbeiterbewegung eingehen.<sup>1</sup> Da die Geschichte der Arbeiterbewegung in Kassel und Nordhessen erst unzulänglich erforscht ist und eine zusammenhängende Untersuchung nicht vorliegt, stellt die folgende Skizze einen ersten Versuch dar, einen Überblick über einige Aspekte der Entwicklung, Praxis und inneren Verfassung der Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 zu geben.<sup>2</sup> Besondere Defizite bestehen bei der Untersuchung der Geschichte der Kasseler Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik; auf ihre eingehendere Darstellung mußte daher verzichtet werden. Verzichtet wurde auch – abgesehen von gelegentlichen Verweisen – auf die verglei-

chende Erörterung der Befunde vor dem Hintergrund der allgemeinen und der spezifisch regionalgeschichtlichen Literatur zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vor 1933; sie hätte den Rahmen der Darstellung, die auf die lokalgeschichtlich aufweisbaren Begrenzungen für das Widerstandspotential der Kasseler Arbeiterbewegung ab 1933 zielt, gesprengt.

Der Beitrag will vor allem die durch die Geschichte der lokalen Arbeiterbewegung geprägte Ausgangslage für Widerstand und Verweigerung in der Zeit der NS-Herrschaft sichtbar machen. Das Interesse gilt dabei weniger der unmittelbaren Vorgeschichte der schließlichen Niederwerfung der Arbeiterbewegung durch die NS-Bewegung, als vielmehr den internen Faktoren, die zu einer teilweisen Selbstneutralisierung der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die NSDAP und damit zu Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit in den entscheidenden Monaten beitrugen. Im Mittelpunkt steht daher die Spaltung der Arbeiterbewegung insbesondere in ein sozialdemokratisches und ein kommunistisches „Lager“<sup>2a</sup>, auf deren Überwindung die kleineren Linksgruppierungen in unterschiedlicher Weise hinarbeiten suchten. Die Vergegenwärtigung der Vorgeschichte, Erscheinungsform und soziologischen Charakteristika dieser Aufspaltung verweist auf Ursachen der Konfrontationspolitik zwischen SPD und KPD, die den politischen Handlungsspielraum der beiden Parteien als relativ klein und die jeweilige Einheitspropaganda als Überhöhung unvereinbarer Positionen und politisch-sozialer Wahrnehmungshorizonte erscheinen lassen. Sie verweist damit zugleich auf strukturell unterschiedliche Handlungsperspektiven und Verhaltensdispositionen unter den Bedingungen der NS-Diktatur.

<sup>1</sup> Vgl. z.B. Gerhard Hetzer: Die Industriestadt Augsburg. Eine Sozialgeschichte der Arbeiteropposition, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. III, hrsg. von M. Broszat, E. Fröhlich, A. Grossmann, München, Wien 1981, S. 1–233 – sowie die Studien von Hartmut Mehringer und Anton Grossmann über SPD und KPD in Bayern, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, hrsg. von M. Broszat und H. Mehringer, München – Wien 1983, S. 1–286, 287–432 und S. 433–540. <sup>2</sup> Zur Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 vgl. Rudolf Summa: Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der Stadt Kassel von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn der Ersten Weltkriegs, Darmstadt und Marburg 1978, S. 230 ff; Wolfgang Drebing: Die Kasseler Sozialdemokratie in den Reichstagswahlen 1893 bis 1912 im Spiegel des „Kasseler Volksblatts“, unveröffentlichte Examensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1981; Adolf Thiele: Die Lage der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Cassels im Lichte der Statistik. Im Auftrage des Gewerkschaftskartells bearbeitet von A. Thiele, Kassel 1914; Jürgen Höpken: Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914 bis 1922, Darmstadt und Marburg 1983; Stephen Charles MacDonald: The Political, Economic and Cultural Consequences of the German Revolution of 1918 in the Kassel District, Ph. d., University of Virginia, 1977; Herbert Pinno: Untersuchungen zur Geschichte der November-Revolution und des Arbeiter- und Soldatenrates in Kassel, unveröffentlichte Examensarbeit, Universität Göttingen 1978; Matthias Krug: Der Kapp-Putsch in Kassel im März 1920, unveröffentlichte Examensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1977; Artur Mehmet: Das „Kasseler Volksblatt“ 1932/33. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Kassel in der Endphase der Weimarer Republik, unveröffentlichte Examensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1976; Gesamthochschule Kassel. Forschungsstelle „Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus“: Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel 1933. Bilder – Dokumente – Kommentare, Kassel 1983; Der neuen Zeit entgegen. 75 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Kassel. Informations- und Dokumentationsmappe zur Ausstellung, Kassel 1984. <sup>2a</sup> Der Begriff zielt auf die jeweiligen Organisationsnetze von SPD und KPD und die mit ihnen verbundenen Einflusssphären und Milieus in der Arbeiterschaft. „Lager“ meint dabei vor allem die miteinander gekoppelten Mechanismen von interner Integration und aggressiver Abgrenzung.

## 1. Die Entwicklung bis 1917

Die stärkste und bis zur Zerstörung der Republik absolut dominierende Kraft der Kasseler Arbeiterbewegung war die Sozialdemokratische Partei, die hier eine ihrer Hochburgen im Reichsgebiet besaß. Nach der Gründung einer Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 1867 mit zunächst etwa 250 Mitgliedern blieb die Kasseler Arbeiterpartei auch nach der Vereinigung mit der 1872 gegründeten, unbedeutend gebliebenen Ortsgruppe der Bebel'schen Sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei stark lassalleanisch geprägt und besaß zu keiner Zeit einen stärkeren linken Flügel.<sup>3</sup> Die organisatorische Entwicklung von Partei und Gewerkschaften in Kassel vollzog sich zunächst recht schleppend – Folge der in diesem Raum erst spät, dann aber rasch sich durchsetzenden Industrialisierung. Von den neun Gewerkschaftsverbänden, die der Kasseler Polizei-Direktor 1878 registrierte, waren sieben erst seit 1875 gegründet worden; 1890, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, erhöhte sich die Zahl der Gewerkschaftsorganisationen auf 21.<sup>4</sup> Seit Beginn der 90er Jahre entwickelten sich Partei und sozialdemokratische Gewerkschaften rasch und stetig und vermittelten vor dem Ersten Weltkrieg das Bild einer gut organisierten, blühenden und erfolgreichen Arbeiterbewegung. Die Zahl der SPD-Mitglieder im Agitationsbezirk Kassel stieg bis 1910 auf 4633 und erreichte 1914 den Höchststand von 6798. In der Stadt Kassel zählte die Partei 1913 fast 2900 Mitglieder, im Landkreis Kassel mehr als 1400.<sup>5</sup> Das Kartell der Kasseler Freien Gewerkschaften umfaßte 1913 mehr als 13 000 Mitglieder, wovon allein 2400 auf den Kasseler Metallarbeiterverband entfielen.<sup>6</sup> Die Parteizeitung des Bezirks, das seit 1892 als Tageszeitung erscheinende „Kasseler Volksblatt“, hatte sich unter der Leitung von Philipp Scheidemann, der das Blatt seit 1905 zusammen mit Richard Hauschildt redigierte, von einer recht belanglosen, ständig um ihre Existenz ringenden und auf Zuschüsse des Parteivorstandes angewiesenen Zeitung „nicht nur zu einer gefürchteten, sondern auch allgemein geachteten und beachteten Waffe der Arbeiterklasse“ entwickelt.<sup>7</sup> Bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis 194, der Stadt und Landkreis Kassel sowie den Kreis Melsungen umfaßte, hatte die SPD schon 1890 45,1 % der Stimmen erhalten (Stadt Kassel: 43 %; Landkreis Kassel: 57,3 %; Kreis Melsungen:

28,8 %).<sup>8</sup> Frühe Hochburgen der SPD in Stadt und Landkreis Kassel waren die städtischen Arbeiterviertel Unterneustadt, Altstadt, Brink, Weserstraße und Altmarkt sowie die Arbeiterdörfer Harleshausen, Sandershausen, Wolfsanger, Nordshausen und Altenritte; hier erreichte die SPD schon bei der Reichstagswahl 1893 zwischen 67 und 75 % der Stimmen.<sup>9</sup> Obwohl seit Beginn der 90er Jahre bei weitem stärkste Partei, scheiterte die SPD in den Stichwahlen immer wieder am bürgerlichen Wahlblock, in dem die Antisemiten – die vor allem im Kreis Melsungen und in einigen Gemeinden des Landkreises Kassel ausgesprochene Hochburgen besaßen, aber auch in bürgerlichen Wahlbezirken der Stadt Kassel beachtliche Erfolge erzielten – eine lange Zeit eine herausragende Rolle spielten und zweimal (1903, 1907) den Abgeordneten für den Wahlkreis stellten.<sup>10</sup> Bei der Stichwahl 1903 erreichte der sozialdemokratische Kandidat in Stadt und Landkreis Kassel die absolute Mehrheit, scheiterte aber knapp am schlechten Ergebnis im Kreis Melsungen.<sup>11</sup> Bei der Reichstagswahl 1912 schließlich konnte die SPD mit Heinrich Hüttmann, Stadtverordneter aus Frankfurt, erstmals den Wahlkreis Kassel-Melsungen erobern; in Kassel selbst erhielt Hüttmann fast 53 % der Stimmen.<sup>12</sup>

Die Kasseler SPD am Vorabend des Ersten Weltkrieges bot das Bild einer gemäßigt-reformistischen Parteiorganisation, die von den großen Debatten und innerparteilichen Auseinandersetzungen etwa um die Position der „Jungen“ oder die Infragestellung der marxistischen Theorie und Politikkonzeption durch Bernstein so gut wie nicht berührt worden war und Diskussionsbemühungen der Parteilinken ohne große Anstrengungen neutralisiert hatte. Neben den Wahlkämpfen bildeten die großen gesellig-politischen Veranstaltungen den Mittelpunkt des Parteilebens: die Treffen am 1. Mai vor den Toren Kassels und die Feiern zu Lassalles Todestag im Spätsommer; hinzu kamen ab 1898 die Märzfeiern zum Gedenken an die 48er Revolution.<sup>13</sup> Für die Gleichzeitigkeit sozialdemokratischer und bürgerlich-nationaler Orientierungen in der Alltagspraxis der SPD-Wähler war es – nach einer Feststellung des Landrats des Landkreises Kassel 1898 – kennzeichnend, daß diese ungeachtet ihrer politischen Option nichts dabei fanden, zugleich „Mitglieder des Kriegerver-

<sup>3</sup> Vgl. W. Drebing: a.a.O., S. 20 ff.; J. Höpken: a.a.O., S. 68. <sup>4</sup> W. Drebing: a.a.O., S. 25. <sup>5</sup> J. Höpken: a.a.O., S. 34 f. <sup>6</sup> Ders.: a.a.O., S. 37 ff. <sup>7</sup> Wilhelm Kreitz: 40 Jahre Kasseler Volksblatt, in: 40 Jahre Kasseler Volksblatt 1890–1930, Jubiläumsausgabe des Kasseler Volksblatts vom 3. 1. 1931, S. 16; vgl. A. Mehmet: a.a.O., S. 19 ff. <sup>8</sup> W. Drebing: a.a.O., S. 346 (Tabelle 81). <sup>9</sup> Ders.: a.a.O., S. 203 (Tabelle 11). <sup>10</sup> So war bei den Reichstagswahlen 1903 die antisemitische Deutsche Reformpartei in 55 der 147 Gemeinden des Wahlkreises stärkste Partei. Während sie im Kreis Melsungen 54 % der Stimmen auf sich vereinigte, erhielt sie in Kassel immerhin 20 % und stand nur wenig hinter den Nationalliberalen zurück. Vgl. W. Drebing: a.a.O., S. 259 ff. <sup>11</sup> W. Drebing: a.a.O., S. 280 (Tabelle 51). <sup>12</sup> Ders.: a.a.O., S. 333 (Tabelle 77). <sup>13</sup> R. Summa: a.a.O., S. 254.

eins zu sein und in den Gesangsvereinen unter der Leitung des Lehrers patriotische Lieder zu singen".<sup>14</sup> Politische Ökonomie und marxistische politische Theorie blieben – sofern sie überhaupt aufgenommen und vermittelt wurden – Gegenstand von durchaus sehr ernsthaften Bildungsbemühungen um eine wissenschaftliche Weltanschauung. In der Praxis der nordhessischen Sozialdemokratie, in ihrem zähen Bemühen um den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen, in ihrem Ringen mit den Schikanen obrigkeitlicher Verwaltung und den traditionellen Beharrungskräften und ideologischen Gegenströmungen der Behörden- und Garnisonsstadt Kassel einerseits, der kleinbäuerlich strukturierten agrarischen Provinz andererseits, war der radikale Sozialismus allenfalls separierter „Überbau“ oder individuelle Option. Das alltägliche Handeln der Mitglieder oder gar der Wähler konnte er nur wenig prägen. „Die vom ADAV geprägte Tradition der Anfangsjahre, die Dominanz der gewerkschaftlichen Organisationen und die Mentalitätsstruktur der Kasseler Arbeiterschaft boten ein zu ungünstiges Terrain für die Durchsetzung der marxistischen Richtung.“<sup>15</sup> Die „Mentalitätsstruktur“, die gemäßigte politische Orientierung der Kasseler Arbeiter bedarf allerdings ihrerseits der Erklärung. Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist sicherlich die Tatsache, daß Kassel erst spät – Ende der 90er Jahre – von der Hochindustrialisierung erfaßt wurde – mit der Folge eines explosiven Bevölkerungswachstums im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts.<sup>16</sup> Die Industriebetriebe der Stadt zogen ungelernete Arbeitskräfte aus der ländlichen Region an, mit der sie eng verbunden blieben, während qualifizierte Fachkräfte in der Regel aus entfernteren Regionen zuwanderten.<sup>17</sup> Kassel war aber nicht nur Ziel dynamischer Zuwanderung, sondern auch Zwischenstation einer Ost-West-Wanderung von Arbeitern ins Ruhrgebiet. Die rasche Veränderung in der Zusammensetzung der Kasseler Arbeiterschaft führte unter anderem zu einer beachtlichen Mitgliederfluktuation bei Gewerkschaften und Partei.<sup>18</sup> Von Bedeutung für die Ausrichtung der Kasseler Arbeiterbewegung war aber sicherlich auch die spezifische sozialökonomische Struktur der Stadt. Zwar waren 1907 mehr als 45 % der Beschäftigten im Sektor Industrie und Handwerk mit den industriellen Schwerpunkten Maschinenbau und Textilindustrie tätig, zugleich aber waren mehr als 20 % der Berufstätigen – unter ihnen eine wachsende Zahl von Angestellten – im Sektor Handel/Verkehr und fast 14 % im Bereich des öffentlichen Dienstes beschäftigt.<sup>19</sup> Kas-

sel, das zu den „kleineren“ Großstädten gehörte, war – obwohl industrieller Mittelpunkt der nordhessischen Region – keineswegs nur typische Industriestadt, sondern zugleich als Hauptstadt der Provinz Hessen-Nassau bedeutender Garnisonsort und Beamten-, Militär- und ehemalige Residenzstadt.<sup>20</sup> Die konservativen Beamten und Offiziere des Ober- und Regierungspräsidiums, der Reichsbahndirektion, der Gerichte und Militärbehörden prägten das politische Klima der Stadt sehr nachhaltig. Die Kasseler Arbeiterbewegung blieb in ihrer Ausrichtung davon nicht unberührt.

Dies zeigte sich auch bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges, als das „Kasseler Volksblatt“ schon im Juli 1914 seine „Ablehnung einer bewaffneten Auseinandersetzung bei weitem nicht so radikal formuliert“ hatte wie der SPD-Vorstand in seinem Aufruf vom 25. 7. 1914.<sup>21</sup> Am 1. 8. 1914 veröffentlichte das Parteiblatt einen Artikel unter der Überschrift „Sein oder Nichtsein“, in dem es neben der Forderung nach friedenssichernden Anstrengungen betonte: „Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die ‚vaterlandslosen Gesellen‘ werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den ‚Patrioten‘ in keiner Weise übertreffen lassen.“<sup>22</sup> In der Frage der Bewilligung der Kriegskredite sah das Volksblatt eine schwere Entscheidung der Fraktion, „die durch keine Diskussion erschwert werden darf“. Als die Entscheidung der Fraktion gefallen war, wurde sie vom Volksblatt rückhaltlos gebilligt, ohne daß auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen überhaupt eingegangen wurde. Im vaterländischen Taumel des August 1914 wurde von der nordhessischen Parteizeitung die offizielle Sprachregelung voll übernommen, daß es nun gelte, „vor allem anderen gegen die russische Kosakenherrschaft zu kämpfen“ und „alles, was es an deutscher Kultur und deutscher Freiheit gibt, gegen einen schonungslosen und barbarischen Feind“ zu verteidigen.<sup>23</sup> Vergessen waren die sozialistische Kritik am preußischen Militarismus, die Argumente der oppositionellen Parteilinken und die Warnungen bürgerlicher Pazifisten. Interessant ist, daß sich die „vaterländische Position“ in der Kasseler SPD bereits früher zeigte als beim Parteivorstand in Berlin, so daß man hier kaum von einem Stimmungsumschwung sprechen konnte.<sup>24</sup> Diese Haltung der SPD im Kasseler Bezirk, die von den regionalen Militärbehörden etwa bei der Zulassung von Partei- und Gewerkschaftsversammlungen durchaus honoriert wurde, blieb nicht Episode, sondern

<sup>14</sup> Zit. nach R. Summa: a.a.O., S. 256. <sup>15</sup> Ders.: a.a.O., S. 258. <sup>16</sup> Bevölkerungszunahme um 50 % zwischen 1900 und 1910. Vgl. R. Summa: a.a.O., S. 261. <sup>17</sup> Ders.: a.a.O., S. 261 ff. <sup>18</sup> J. Höpken: a.a.O., S. 34 ff. <sup>19</sup> Ders.: a.a.O., S. 14 (Tabelle 2). <sup>20</sup> Vgl. R. Summa: a.a.O., S. 262; J. Höpken: a.a.O., S. 11. <sup>21</sup> J. Höpken: a.a.O., S. 69. <sup>22</sup> Kasseler Volksblatt, Nr. 177 v. 1. 8. 1914, S. 1; vgl. J. Höpken: a.a.O., S. 69. <sup>23</sup> Kasseler Volksblatt, 4. 8. 1914, S. 1. <sup>24</sup> J. Höpken: a.a.O., S. 71.

wurde auch in den folgenden Kriegsjahren beibehalten. Exponent dieser Position war der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Kassel-Eschwege und SPD-Bezirksvorsitzende Georg Thöne. Als Mitglied des sogenannten Heidelberger Kreises um den zur äußersten Rechten der Partei zählenden Reichstagsabgeordneten Eduard David trat Thöne in Fraktion und Parteiausschuß immer wieder entschieden für die Weiterbewilligung der Kriegskredite, die „Offenhaltung“ der Annexionsfrage und die Disziplinierung der innerparteilichen Opposition ein und erhielt für diese Position mehrfach die breite Zustimmung der Bezirkspartei.<sup>25</sup> So stimmten im Januar 1916 51 von 57 Delegierten einer Bezirksparteikonferenz für den Wahlkreis Kassel-Melsungen einer Resolution zu, in der die Bewilligung weiterer Kriegskredite durch die Mehrheit der Reichstagsfraktion begrüßt und die Ablehnung der Kriegskredite durch 20 Mitglieder der Reichstagsfraktion verurteilt wurde. Selbst die sogenannte Friedenserklärung der Mehrheit der preußischen SPD-Landtagsfraktion von 17. 1. 1916 wurde bei nur zwei Enthaltungen entschieden zurückgewiesen. „In den ersten Kriegsjahren überwog ein-

deutig die ‚nationale Begeisterung‘ in der Kasseler SPD-Führung. Sie war ständig bemüht, den Burgfrieden zu wahren, auch auf Kosten der innerparteilichen Einheit, und übersah dabei, daß das Vertrauen der bürgerlichen Kräfte in die SPD nicht zuletzt daher rührte, daß sie durch sozialdemokratische Beteiligung versuchten, die Arbeiterschaft ruhig zu halten und die SPD in die Verantwortung für den Lebensmittelverteilungsmodus u. a. m. einzubeziehen. Die SPD setzte sich kaum noch aktiv für die Verbesserung der politischen Verhältnisse wie die Wahlrechtsreform ein, da man hoffte, daß sich diese Probleme automatisch lösen würden, als ‚Lohn‘ für die vaterländische Haltung.“<sup>26</sup> Eine Folge dieses politischen Kurses war, daß die SPD bei der Durchführung von Mitgliederversammlungen und öffentlichen Veranstaltungen kaum Einschränkungen unterworfen wurde und überdies von den bürgerlichen Parteien 2 Mandate für die 3. Wählerklasse der Nichthausbesitzer ohne Wahl zugestanden bekam.<sup>27</sup> In späteren Rückblicken wurde allerdings dieser Zusammenhang bestritten und die eher kämpferische Haltung der Partei und des „Kasseler Volksblatts“ betont.<sup>28</sup>

## 2. Spaltung und Entwicklung der Kasseler Arbeiterbewegung seit dem Ende des Ersten Weltkriegs

Im Prozeß der Abspaltung der innerparteilichen Opposition gegen die Kriegspolitik der Partei bis hin zur Gründung der USPD im April 1917 stellte sich die Kasseler SPD in ihrer überwiegenden Mehrheit hinter die Parteiführung, ohne daß mehr als nur gelegentlich oppositionelle Stimmen der Kasseler Organisation laut geworden wären. Allerdings sprachen sich – offenkundig in Reaktion auf radikalere Stimmungen in der Arbeiterschaft vor allem der großen Kasseler Rüstungsbetriebe – Anfang 1917 auch führende Funktionäre von Gewerkschaften und Partei, unter ihnen Paul Haupt vom Deutschen Metallarbeiterverband, für einen vermittelnden, die Einheit der Partei wahren Kurs und für ein Tolerieren der Opposition aus, drangen jedoch mit dieser Position nicht durch.

Hauptes Vorwurf, daß die Partei im Kriege „ihre alte Kampfesart leider mehr und mehr verlassen und eine Rechtsschwenkung vollzogen“ habe, wurde zurückgewiesen.<sup>29</sup> Auch durch die große Streikbewegung des Januar 1918, die im Kasseler Raum vom nahen Ihringshausen ausgehend die Betriebe der Stadt erfaßte, ließ sich die Partei kaum beirren.<sup>30</sup>

Zwischen der Kasseler USPD, deren erste Ortsgruppe im Bezirk am 20. 5. 1917 in Wolfsanger gegründet wurde, und der MSPD kam es zunächst kaum zu ernsthafteren Auseinandersetzungen; die Kasseler Unabhängigen wurden selbst von den Militärbehörden eher als gemäßigt und wenig bedrohlich eingeschätzt und konnten ihre Organisation bis 1918 in Nordhessen nur wenig ausweiten. Zur

<sup>25</sup> Ders.: a.a.O., S. 72 ff. Auch Philipp Scheidemann, Mitglied des Parteivorstandes, näherte sich wie Friedrich Ebert, Otto Braun u.a. der Position der Parteirechten um David an. Vgl. Karl-Heinz Klär: Der Zusammenbruch der zweiten Internationale, Frankfurt/New York 1981, S. 198. <sup>26</sup> J. Höpken: a.a.O., S. 74 f. <sup>27</sup> Ders.: a.a.O., S. 75. <sup>28</sup> So schrieb etwa der damalige Redakteur Richard Hauschildt 1931: „Die Kriegshaltung des ‚Volksblatts‘ war gegeben: Für die kämpfenden Volksgenossen im Waffenrock alles, für die übermütigen Kriegsgewinnler, Heimkehrer und Annektionisten gar nichts! Schon 1914, als der Krieg kaum begonnen, traten wir entschlossen für seine schleunige Beendigung durch einen annektionslosen und kontributionslosen Frieden der Verständigung ein. Das führte zu ewigem Kleinkampf mit der Militärsensur, die lächerlich teils und zum Ergötzen kleinlich, andererseits aber auch mit brutaler Impertinenz gehandhabt wurde, so daß viele parteigenössische Blätter fortdauernd gezwiebelt und geschurigelt wurden. Im Stab des 11. Armeekorps an der Schönen Aussicht führten Männer von immerhin annehmbaren Qualitäten den Rotstift. Gar manchen Artikel, der anderwärts zu langwährenden Verboten parteigenössischer Blätter führte, ließen sie anstandslos passieren. Angedroht wurde auch uns mehrfach ein Zeitungsverbot, aber zur verbotenden Tat kam es nie. Weidlich nützten mein Redaktionskollege Georg Häring und ich die etwas wohlwollendere Handhabung der Kasseler Zensur aus. Absichtlich gingen wir bis an die Grenze des Möglichen, um mit allen Kräften die öffentliche Meinung gegen die gemeingefährlichen Kriegsverlängerer in der annektionstollen ‚Vaterlands‘-Partei aufzuputzen...“ (Vorwärts immer!, in: 40 Jahre Kasseler Volksblatt, a.a.O.). <sup>29</sup> J. Höpken: a.a.O., S. 78 ff. <sup>30</sup> Ihringshausen hatte 1919 einen Arbeiteranteil von 86,3 % davon 91,5 % Industriearbeiter. Vgl. J. Höpken: a.a.O., S. 59 f., 138 f.

Kasseler USPD stießen zunächst fast ausschließlich bislang politisch unorganisierte Arbeiter; zu Übertritten aus der MSPD kam es vorerst nur vereinzelt. Allerdings war der Einfluß der Unabhängigen unter den Metallarbeitern der Kasseler Rüstungsbetriebe nicht unbeträchtlich, was sich in der Politik der Kasseler DMV-Führung niederschlug und zunehmend zu Reibungen mit der MSPD führte.<sup>31</sup> Diese vertrat ab Sommer 1917 vollauf die Position der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit und sah in der Regierungsbeteiligung im Oktober 1918 einen entscheidenden politischen Durchbruch.<sup>32</sup>

Vom Ausbruch der Revolution im November 1918 wurde die Kasseler MSPD überrascht. Dennoch setzten sich die Funktionäre der Kasseler Arbeiterbewegung sofort an die Spitze der neuen Bewegung. Wie rasch sie reagierten, zeigt die Tatsache, daß Hauschildt und Thöne von der MSPD noch am 7. November Oberbürgermeister Koch die Beteiligung an der Aufstellung einer Bürgerwehr – die sich zwar nicht, wie es die Absicht des Garnisonskommandos war, den revolutionären Soldaten entgegenstellen, sondern lediglich die öffentlichen Einrichtungen schützen sollte – in Aussicht gestellt hatten, um sich dann am folgenden Tag unter Einschluß der Unabhängigen mit der Kasseler Garnison über das weitere Vorgehen zu verständigen. Nachdem am frühen Morgen des 9. November ein Trupp aus Köln kommender Soldaten die Bahnhofswache ohne jede Gegenwehr entwaffnet und Militärgefangene befreit hatte, ergriffen die führenden Köpfe der Kasseler MSPD und des Gewerkschaftskartells die Initiative. „Gegen 9 Uhr erschienen die Herren Grzesinski, Hauschildt und Thöne“ beim Oberbürgermeister „und erklärten, die Sache bewege sich in durchaus geordneten Bahnen. Die Arbeiter und Soldaten hätten die Macht in der Hand. Sie hätten sich vereinigt zu einem Arbeiter- und Soldatenrat. Der Arbeiterrat bestehe aus 7 Mitgliedern, und zwar 3 Regierungssozialisten, 2 Unabhängigen Sozialisten und 2 Soldaten. Die letzteren würden aber erst heute nachmittag gewählt. Sie bürgten für jegliche Ordnung innerhalb der Stadt... Hierauf ersuchten sie mich um Abgabe einer Erklärung, daß die Stadt bereit sei, sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zu unterstellen und daß die Stadt seinen Weisungen nachkommen werde... Die ganze Verhandlung vollzog sich in ruhigen Formen, nicht ohne einen leisen Anflug von Humor, dem man sich trotz aller Bitterkeit im Herzen nicht verschließen konnte. Inzwischen hatte Herr Stadtrat Weber ein Gespräch mit dem General von Tettau aufgenommen, wonach das Generalkommando doch

noch zweifle, ob es sich so ohne weiteres ergeben solle... Ich... fragte die Erschienenen, ob sie eigentlich schon auf dem Generalkommando gewesen wären, wenn nicht, dann schiene es mir erwünscht, daß sie sofort hingingen... Auf telefonische Anfrage sagte das Generalkommando zu, die Herren zu empfangen... Als ich nach einiger Zeit das Generalkommando anrief, war die Angriffslust verraucht. Es wurde mir gesagt, daß, wenn die Herren Grzesinski, Hauschildt und Thöne dabei wären, dann wäre auch die Arbeiterschaft auf der Gegenseite und jeder Widerstand vergeblich... Das Generalkommando hat mit ihnen ein Abkommen dahin abgeschlossen, daß die Gewalt in Cassel vom Arbeiter- und Soldatenrat in Gemeinschaft mit dem stellvertretenden Generalkommando ausgeübt werden soll... Inzwischen ist nun vom Arbeiter- und Soldatenrat ein Flugblatt verfaßt, das in kürzester Zeit erscheinen wird. Herr Hauschildt hat mich vorhin angerufen und gefragt, ob ich mit dem Inhalt einverstanden sei. Da das Flugblatt zur Ruhe und Ordnung mahnt, konnte ich mich nach Lage der Dinge nur einverstanden erklären.“<sup>33</sup>

Im Laufe der November-Revolution in Kassel zeigte sich geradezu idealtypisch die ganz und gar unrevolutionäre Ausrichtung der Kasseler Sozialdemokratie. Aufgrund der relativen Schwäche der USPD, die in keinem der Gewerkschaftsverbände – auch nicht im Metallarbeiterverband – eine dominierende Rolle spielte, wurde der Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR) „ganz zum Instrument mehrheitssozialdemokratischer Politik, die auch nach der Revolution in keiner Weise auf Radikalisierung drängte“.<sup>34</sup> Die Räte wurden von der Mehrheit der sozialdemokratischen Funktionäre lediglich als Zwischenstation auf dem Wege zur Etablierung der parlamentarischen Demokratie angesehen. Die Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung sowie die demokratisierte Neuwahl von Parlamenten bis hinunter zur kommunalen Ebene zum frühestmöglichen Termin waren „Hauptanliegen und Arbeitsschwerpunkt der Kasseler Sozialdemokratie in den ersten Monaten nach der Revolution“.<sup>35</sup> Gesichert wurde diese Politik durch die gleichzeitige Verankerung führender Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre im Zentralen Arbeiter- und Soldatenrat (ZAuSR) und in den kommunalen Gremien, was eine politisch höchst ambivalente Häufung der Funktionen an der Spitze – Mitglied des ZAuSR, Stadtverordneter, Stadtrat, Partei- und Gewerkschaftsfunktionär – mit sich brachte. So einflußreich dadurch der Kasseler ZAuSR war, der sich hier nicht nur

<sup>31</sup> Ders.: a.a.O., S. 79 f., 139 ff. <sup>32</sup> Ders.: a.a.O., S. 81 ff. <sup>33</sup> Bericht des Kasseler Oberbürgermeisters Koch in der Sitzung des Magistrats und des Büros der Stadtverordnetenversammlung am 9. 11. 1918; BA Koblenz, Nachlaß 12 – Koch-Weser, Nr. 184, Bl. 8 ff. <sup>34</sup> J. Höpken: a.a.O., S. 329. <sup>35</sup> Ders.: a.a.O., S. 84.

als Kontrollorgan, sondern als selbständige Behörde neben der öffentlichen Verwaltung verstand, so sehr blieb er der Tradition gemäßiger sozialdemokratischer Politik in Kassel verhaftet. Nicht Instrument grundlegender sozialökonomischer Umwälzung sollte er nach dem Willen seiner Führung sein, sondern – als Interessenvertretung der Arbeiterbevölkerung – Neben- und Hilfsorgan der öffentlichen Verwaltung in einer bedrohlichen politischen und ökonomisch-sozialen Krisensituation sowie Geburtshelfer der parlamentarisch-demokratischen Republik.<sup>36</sup> Die damit zusammenhängenden Aufgaben wurden in Kassel unter der Führung Albert Grzesinskis energisch und erfolgreich angegangen, gestützt auf die Zustimmung einer breiten Mehrheit der Kasseler Arbeiterschaft und begleitet von „verbissene(r) Abneigung, verhaltene(m) Groll und absolute(r) Verständnislosigkeit“ des Kasseler Bürgertums.<sup>37</sup>

Die Wahlerfolge und die Organisationsentwicklung schienen die Perspektive mehrheitssozialdemokratischer Politik zu bestätigen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt die MSPD in Kassel-Stadt 54,6 % der Stimmen, die USPD dagegen lediglich 1,3 %. In den folgenden Wahlen zur Landesversammlung und zur Stadtverordnetenversammlung 1919 errang die MSPD ebenfalls die absolute Mehrheit. Im Landkreis Kassel kam sie bei diesen Wahlen sogar auf Stimmenanteile von 72 bis 75 %.<sup>38</sup> Die Wahl Philipp Scheidemanns zum Kasseler Oberbürgermeister im Dezember 1919 besiegelte den Erfolg der Kasseler Sozialdemokratie, die nunmehr gegen erbitterten, von gehässiger Polemik gegen ihre führenden Repräsentanten begleiteten Widerstand der bürgerlichen Rechten die städtische Politik bestimmte und ihren Einfluß in der kommunalen Verwaltung ausbaute. Die weiterhin vorbehaltlose Unterstützung der politischen Linie des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit in der Nationalversammlung führte jedoch in Kassel dazu, daß das Modell der Weimarer Koalition trotz absoluter SPD-Mehrheit teilweise auf das Kasseler Stadtparlament übertragen wurde.<sup>39</sup> Die Wahl einer großen Zahl sozialdemokratischer Stadtverordneter, Gemeindevertreter, Bürgermeister, Gemeindevorsteher, ehrenamtlicher und besoldeter Stadträte, Kreistagsabgeordneter usw. ließ die nordhessische SPD von der Mehrheitspartei, die sie schon vor dem Ersten Weltkrieg war, zur maßgeblichen politischen Kraft im Bezirk werden, stellte sie jedoch auch vor außerordentliche personelle Probleme. Die höheren Verwaltungspositionen auf Kreis-, Regierungsbezirks- oder Pro-

vinzebene blieben ihr allerdings zunächst entgegen den politischen Mehrheitsverhältnissen weitgehend vorenthalten.

Obwohl die Partei 1919 in 12 von 15 Kreisen die absolute Mehrheit besaß, stellte sie bis dahin nicht einen Landrat. Die Spitzen der überkommenen Verwaltung legten es geradezu darauf an, sozialdemokratische Kandidaten für diese Positionen in herablassender Manier abzuqualifizieren und als ungeeignet abzulehnen. Thöne und Häring, Kandidaten für Witzenhausen und Kassel-Land, wurde in der Beurteilung des Regierungspräsidenten ihre mangelnde Verwaltungserfahrung, ja sogar fehlende Allgemeinbildung angelastet. Christian Wittrock, Kandidat für Hofgeismar, wurde wegen seiner Tätigkeit als Arbeiterrat jegliche Fähigkeit zur Objektivität abgesprochen. Bis 1922 konnten so nur drei Sozialdemokraten – unter ihnen Georg Thöne für Witzenhausen – zu Landräten gewählt und gegenüber der Regierung durchgesetzt werden.<sup>40</sup> Erfolge und Schwierigkeiten bei der Durchsetzung ihres Einflusses auf der Ebene kommunaler und regionaler Verwaltung und das Ringen mit der Arroganz und Feindseligkeit der obrigkeitstaatlich orientierten Bürokratie und des bürgerlich-konservativen Lagers prägten Selbstverständnis und Selbstbewußtsein der nordhessischen Sozialdemokratie mehr, als die Auseinandersetzungen mit den radikaleren Strömungen der Arbeiterbewegung. Die kaum beeinträchtigte Vorherrschaft der gemäßigten SPD in der Kasseler Arbeiterbewegung kommt auch in der Mitgliederentwicklung zum Ausdruck, die nach 1918 die Entwicklung der Reichspartei bei weitem übertraf und bis 1922/23 einen außerordentlichen Aufschwung der SPD in Kassel und Nordhessen signalisierte. Im Agitationsbezirk Kassel hatte die SPD im Jahre 1913 6421 Mitglieder gezählt, von denen sie während des Krieges ca. 80 % verlor (1917: 1106 Mitglieder). Bis zum Frühjahr 1919 schnellte die Mitgliederzahl im Bezirk auf mehr als 15 000 hoch und erreichte 1922 schließlich mit 33 353 einen absoluten Höhepunkt. Während die Reichspartei im Jahre 1923 gegenüber 1913 lediglich einen Zugewinn von 23 % verzeichnen konnte, hatte die SPD im Agitationsbezirk Kassel bereits 1919 ihre Mitgliederzahl gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr mehr als verdoppelt und erreichte 1922 mehr als die fünffache Stärke. Ein Großteil dieses Zuwachses entfiel auf die Städte des Bezirks, allen voran auf Kassel.<sup>40a</sup>

Dem Aufschwung der Partei entsprach die Organisationsentwicklung der Freien Gewerkschaften, der entscheidenden

<sup>36</sup> Ders.: a.a.O., S. 330 f. <sup>37</sup> So Albert Grzesinski in seiner Darstellung der Vorgänge in Kassel (BA Koblenz, kleine Erwerbungen 144, Bl. 61). Vgl. auch Grzesinskis Rückblick in: Zehn Jahre Revolution, Festschrift zur Gedenkfeier am 9. 11. 1928, hrsg. von der SPD-Ortsgruppe Kassel, o.O., o.J., S. 33. <sup>38</sup> J. Höpken: a.a.O., S. 288 f. <sup>39</sup> Ders.: a.a.O., S. 87. <sup>40</sup> Ders.: a.a.O., S. 318 ff. <sup>40a</sup> Ders.: a.a.O., S. 35 ff.

den integrativen Kraft der Kasseler Arbeiterbewegung, mit der die Kasseler SPD politisch und personell eng verflochten blieb. Während den im Kasseler Gewerkschaftskartell zusammengeschlossenen freigewerkschaftlichen Verbänden im Jahr 1913 13 087 Mitglieder angehörten, erhöhte sich diese Zahl 1918 auf 24 175, 1919 auf 47 966 und 1922 schließlich auf 56 942. Die größten Anteile entfielen dabei auf den Metallarbeiterverband, dessen Mitgliederzahl von 3124 im Jahre 1913 auf 17 735 im Jahre 1922 stieg, und auf den Eisenbahnerverband, dessen Mitgliederzahl zwischen 1918, dem Jahr der Aufhebung des Koalitionsverbots, und 1922 von 3085 auf 16 605 hochschnellte. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den Kasseler Großbetrieben erhöhte sich von ca. 20 % im Jahre 1913 auf 60 % im Jahre 1922.<sup>40b</sup>

Bevor sich ab 1923/24 der Organisationsstand von SPD und Gewerkschaften, der allgemeinen Reichsentwicklung folgend, drastisch verschlechterte – so fiel die Mitgliederzahl des Kasseler Gewerkschaftskartells 1924 auf ca. 29 000 –, sah sich das sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Lager gerade auf der Ebene der Organisationsentwicklung in seiner optimistischen Perspektive eines ungeachtet aller Wirren und Schwierigkeiten der nachrevolutionären Zeit kontinuierlichen Aufstiegs bestätigt und verstand sich als unangefochtener, nahezu konkurrenzloser Repräsentant der Kasseler Arbeiterbewegung. Die Kasseler USPD, die 1920 im gesamten Bezirk etwa 1000 Mitglieder zählte, erreichte zu keiner Zeit ihrer Existenz die Bedeutung, die sie in anderen Zentren der Arbeiterbewegung mit einem schon zuvor stärkeren linken SPD-Flügel hatte. Ihren größten Wahlerfolg erzielte die Partei bei den Reichstagswahlen im Juni 1920, als sie in Kassel 11,2 % der Stimmen erhielt, damit aber weit unter dem Reichsdurchschnitt blieb. Nach der Spaltung der USPD im Oktober 1920 und der Vereinigung ihres linken Flügels mit der KPD zur VKPD fiel ihr Anteil bei den Wahlen zum preußischen Landtag 1921 in Kassel auf 2,2 %, während die Kasseler KPD mit 4,4 % der Stimmen erstmals einen gewissen Achtungserfolg erzielte. Gegenüber den mehr als 40 %, die auf die Kasseler MSPD 1921 entfielen, kamen die beiden anderen Arbeiterparteien jedoch kaum als ernsthafte Konkurrenz in Betracht.<sup>41</sup> Der linke Flügel der Kasseler Unabhängigen um Karl Lüpnitz bestimmte vor allem in der Phase des Kapp-Putsches<sup>42</sup>

und der brutalen Strafaktionen in den Zentren der linkssozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegung die Politik der Partei. Obwohl sich eine große Mehrheit der USPD-Mitglieder des Kasseler Bezirks Anfang Oktober 1920 für den Anschluß der Partei an die Kommunistische Internationale ausgesprochen hatte, bedeutete dies – wie die Mitgliederentwicklung bewies – nicht in gleichem Maße ein Votum für die Vereinigung mit der KPD. Während die Rest-USPD, die sich schließlich im September 1922 wieder mit der Kasseler SPD zusammenschloß, 1921 im Bezirk ca. 1500 Mitglieder zählte, waren es bei der VKPD trotz der Verschmelzung mit dem linken USPD-Flügel nur 600.<sup>43</sup> Die Mehrheit der Mitglieder, die offenkundig eine weitergehende Spaltung der Arbeiterbewegung verhindern wollte, scheint also bei der Rest-USPD geblieben zu sein. Mitglieder und Wähler rekrutierte die Kasseler USPD vor allem bei jüngeren, ungelerten und zuvor meistens unorganisierten Arbeitern der großen Betriebe der Kasseler Metallindustrie und unter den arbeitslos gewordenen Rüstungsarbeitern, denen sich die Partei mit der Gründung eines „Bundes der Erwerbslosen“ (1919) besonders zuwandte. Es war ihr jedoch – abgesehen von einem Stamm erfahrener Facharbeiter und Funktionäre<sup>44</sup> – nicht gelungen, in das Mitgliederreservoir der SPD einzudringen.<sup>45</sup> Kennzeichnend für die innere Verfassung der Kasseler Arbeiterbewegung in den ersten Nachkriegsjahren ist es, daß die politische Spaltung der Arbeiterbewegung von einem Großteil der Mitglieder, vor allem von USPD und SPD, zum Teil aber auch der KPD, als vorübergehendes Zwischenstadium aufgefaßt wurde. Indizien dafür sind – neben der relativ problemlosen Zusammenarbeit von MSPD und USPD im Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat und der anfangs gemeinsamen Abwehr des Kapp-Putsches – zahlreiche gemeinsame politische Aktionen von SPD und USPD, gelegentlich auch unter Einschluß der KPD. Im Arbeitervorort Wolfsanger, einer Hochburg der USPD, kam es gegen den Widerstand vor allem von Kreis- und Bezirksvorstand der SPD sogar zu einer regelrechten Arbeitsgemeinschaft zwischen den drei Arbeiterparteien mit dem erklärten Ziel, durch eigene Anstrengung die Einigung der Arbeiterschaft herbeizuführen.<sup>46</sup> Mit dem Anschluß der USPD-Mitglieder an SPD und KPD verfestigte sich die politische Kluft zwischen den Arbeiterparteien, wenn auch der Impuls zum vereinten

<sup>40b</sup> Ders.: a.a.O., S. 37 ff. <sup>41</sup> A. Mehmet: a.a.O., S. 146. Zur Kasseler USPD vgl. J. Höpken: a.a.O., S. 111 ff.; zur USPD allgemein Hartfrid Krause: USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt a.M./Köln 1975. <sup>42</sup> Zu den Ereignissen in Kassel zur Zeit des Kapp-Putsches vgl. M. Krug: a.a.O. <sup>43</sup> J. Höpken: a.a.O., S. 118. <sup>44</sup> Diesen Typus verkörpert z.B. der Facharbeiter Ernst Ulbrich. 1907 nach Kassel gekommen hatte er als Fräser Arbeit bei Henschel gefunden. Ulbrich, Mitglied im Metallarbeiterverband, wurde 1909 Mitglied der SPD. 1917 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der USPD in Kassel. 1922 schloß er sich der KPD an. Vgl. zu seiner Biographie im übrigen Jörg Kammler/Dietfrid Krause-Vilmar (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933 bis 1945. Eine Dokumentation, Fulda/Brück 1984, S. 304. <sup>45</sup> J. Höpken: a.a.O., S. 112 ff. <sup>46</sup> So der Delegierte Habermehl aus Wolfsanger auf einer Kreiskonferenz der SPD Kassel-Land am 4. 11. 1921, S. J. Höpken: a.a.O., S. 104 f., 119.

Vorgehen bis 1933 unter den Anhängern nicht erlosch und gelegentlich auch in der Endphase der Republik auflebte.

Wichtige Bindeglieder zwischen dem kleinen radikalrevolutionären und dem sozialdemokratischen Flügel der Arbeiterbewegung bildeten die gemeinsame Arbeit in den Gewerkschaften, das Zusammengehen in politisch-kulturellen und geselligen Nebenorganisationen der Arbeiterbewegung<sup>47</sup> und die Gemeinsamkeit alltäglicher Kommunikation in den Arbeiterwohnvierteln mit ihrer schon durch die Wohnungsnot und die Enge der Bebauung erzwungenen Öffentlichkeit des Zusammenlebens, die sich auf den Straßen und öffentlichen Plätzen und vor allem in den Arbeitervereinsgaststätten herstellte. Die größte Bedeutung unter den kulturellen Nebenorganisationen besaßen die Arbeitersportvereine. Das Arbeitersport-Kartell Kassel vereinigte 1930 im Bezirk mehr als 270 Vereine mit 13 000 Mitgliedern.<sup>48</sup> Daneben spielten die Arbeitersänger mit mehr als 5000 Mitgliedern im Gau Kurhessen-Südhanover,<sup>49</sup> die proletarischen Freidenker, die Naturfreunde-Bewegung, Theater- und Literaturgemeinschaften und andere kleinere Arbeitervereine (Radio-Bund, Arbeiterfotografen usw.) in Kassel eine z. T. beachtliche Rolle. Dazu kamen die Jugendorganisationen der Parteien, Gewerkschaften und Vereine, die häufig ihre Eigenständigkeit demonstrierten und sich über die politischen Schranken innerhalb der Arbeiterbewegung leichter hinwegsetzten. Aus den zeitgenössischen Quellen und vielen Interviews mit älteren Arbeitern wird die Lebendigkeit und subjektive Eigenständigkeit eines sozialistischen Bildungsimpulses erkennbar, der wesentlich zum weltanschaulichen Bekenntnis und zur Lebenspraxis eines Großteils der organisierten Arbeiterschaft gehörte und ein entscheidendes Element ihrer späteren Widerstandsfähigkeit ausmachte. Das Bewußtsein, durch Aneignung gesellschaftlich vorenthaltener Bildung, durch Eindringen in ein wissenschaftlich fundiertes Gesellschafts- und Weltverständnis und durch die Ausbildung vielfältiger persön-

licher Fähigkeiten vor allem die Lage und gesellschaftliche Geltung der Arbeiterklasse zu verbessern und den allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt zu befördern, verband alle Gruppierungen der sozialistischen Arbeiterbewegung. Nicht wenige der älteren Gesprächspartner ließen selbstbewußt den Umfang ihres Bildungswissens erkennen und mokierten sich gelegentlich über literarische, historische und naturwissenschaftliche Wissenslücken ihrer Gesprächspartner aus der jüngeren Generation.<sup>50</sup>

Die durch die Aktivitäten von Parteien, Gewerkschaften und Vereinen und die Öffentlichkeit des Viertels geschaffene Dichte eines politischen Arbeitermilieus ist in Kassel vor allem für die überfüllte Altstadt mit ihrem Versammlungs- und Kundgebungsort Martinsplatz, aber auch für die Stadtviertel und Arbeitervorortgemeinden Bettenhausen, Holland, Rothenditmold, Wolfsanger, Ihringshausen, Ober- und Niederzwehren und Harleshausen vielfältig bezeugt.<sup>51</sup> Der gemeinsame Lebens- und Erfahrungshintergrund der Arbeiterviertel, der die Jungen gleichsam in die Arbeiterbewegung hineinwachsen ließ, begründete neben der Erfahrung und Einübung solidarischen Verhaltens in Betrieb und Gewerkschaft ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das die gesamte Arbeiterbewegung umschloß und selbst während der feindseligen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Endphase der Republik immer wieder auch zu spontan-gemeinsamem Handeln zumindest bei der Abwehr nationalsozialistischer Übergriffe führte.

Gefährdet und zum Teil zerschnitten wurden die Verbindungsstränge innerhalb der Arbeiterbewegung durch den 1924/25 auch in Kassel einsetzenden und ab 1928/29 forcierten Aufbau eines eigenständig kommunistischen bzw. kommunistisch geführten Netzes von Arbeiterkultur-, Gewerkschafts- und Massenorganisationen, dem die Bereitschaft auf sozialdemokratischer Seite entsprach, die häufig unbequeme kommunistische Opposition in den Verbänden auszugrenzen. Daß die Spaltung des Arbeiter-

<sup>47</sup> Vgl. dazu die Kasseler Dissertation von Hartmann Wunderer: *Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung (1890–1933)*, Frankfurt/New York 1980. <sup>48</sup> Der Arbeitersport im Verbreitungsgebiet des Kasseler Volksblatts, in: *40 Jahre Kasseler Volksblatt*, a.a.O., S. 43; vgl. auch Festschrift zum 9. Kreisfest und 25jährigen Kreisjubiläum des 13. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund am 9., 10. und 11. Juli 1927 zu Kassel, Kassel 1927. Die große Bedeutung des Arbeitersports geht auch aus zahlreichen Interviews mit älteren Angehörigen der Kasseler Arbeiterbewegung sowie aus der Auswertung einer größeren Zahl von Wiedergutmachungsakten hervor. <sup>49</sup> Siehe *40 Jahre Kasseler Volksblatt*: a.a.O., S. 44. <sup>50</sup> Der Stellenwert des Kampfes um die Erweiterung der eigenen Bildung kommt gerade in längeren, intensiv auch auf Kindheit und Jugend der Gesprächspartner eingehenden Interviews zum Ausdruck. Vgl. besonders die Gespräche mit Willi Mai (Jg. 1900; SAJ, Spartakus-Gruppe, FAUD-Anarcho-Syndikalisten), Max Mayr (Jg. 1896; USPD, KPD, IJB, ISK, Freidenkerverband, DMV), Georg Merle (Jg. 1909; Freidenker-, Naturfreunde- und Gewerkschaftsjugend; KJVD, KPD), Albert Wesemeier (Jg. 1900; USPD, SPD, Reichsbanner) und Willi Walberg (Jg. 1900; Arbeiter- und Gewerkschaftsjugend; Spartakus-Gruppe, USPD, KPD) bei Dorothee Schulte-Dellwig: *Lebensgeschichten Kasseler Bürger während der Zeit der Weimarer Republik und der Zeit des Faschismus*, unveröffentlichte Diplomarbeit, Gesamthochschule Kassel 1980; Günther Müller: *Georg Merle – eine politisch-soziale Biographie anhand von Interviews, unveröffentlichte Examensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1983*. <sup>51</sup> Zur Altstadt, Hochburg von SPD und KPD, vgl. D. Schulte-Dellwig: a.a.O., S. 89 ff.; G. Müller: a.a.O., S. 43 ff.; *Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel*: a.a.O., S. 11 ff. Zu dem damals z. T. noch ländlich geprägten, erst 1936 eingemeindeten Arbeiterdorf Harleshausen s. Claus Feldner/Peter Wieden: *Harleshausen wie es früher war. Fotografien und Geschichten*, Gudensberg-Gleichen o.J.

vereinswesens nicht überall mitvollzogen wurde, belegt das Beispiel Harleshausen, wo die am Aufbau des Arbeitersports wesentlich beteiligten Kommunisten die Vereine bis 1933 nicht verließen und eine separate „Rotsport“-Organisation daher nicht entstand.<sup>52</sup> Den verbindenden Momenten innerhalb der Arbeiterbe-

wegung standen jedoch schon vor der Vertiefung der Spaltung ab 1928 und über die programmatisch-politische Auseinandersetzung hinausgehend eigenständige politisch-soziale „Milieus“ der Hauptströmungen der Arbeiterbewegung entgegen, die eine Verständigung auch jenseits der argumentativen Positionen erschwerten.

### 3. Das sozialdemokratische Lager

Die SPD und das um sie herum gruppierte, eng mit ihr verflochtene Netz von Organisationen bildete ein eigenständiges „Lager“, das an seinen Rändern auch zahlreiche nichtpolitische Vereinigungen wie Konsumgenossenschaften, Versicherungs-, Mieter- und Siedlungsvereine umfaßte.<sup>53</sup> Gemeinsame Weltanschauung, Mitgliedschaft und häufig ehrenamtliche Funktionen in mehreren Organisationen neben der Partei, die Beteiligung an den dem sozialdemokratischen Lager angegliederten Einrichtungen ökonomischer Selbsthilfe und sozialer Sicherung, nicht selten die gemeinsame berufliche Tätigkeit in diesen Einrichtungen sowie in den durch Partei und Gewerkschaft beeinflussten sozialstaatlichen Verwaltungen und kommunalen Behörden und schließlich die Gemeinsamkeit kultureller und geselliger Aktivitäten bis in den engeren Wohnbereich hinein schufen vor allem in den sozialdemokratischen Hochburgen wie Kassel eine große Dichte des Zusammengehörigkeitsgefühl, demgegenüber unterschiedliche Auffassungen über grundlegende und tagespolitische Positionen der SPD häufig zweitrangig blieben.<sup>54</sup> Dieses „Milieu“ bot Mitgliedern und Anhängern der Sozialdemokratie immer wieder die Bestätigung, der maßgeblichen, traditionsbewußten und gut organisierten

Weltanschauungspartei und Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse zuzugehören, die ihre Positionen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und gegenüber ihren politischen Repräsentanten Schritt um Schritt ausbaute. Hier konnte der Widerspruch in der politischen Rolle der SPD von Weimar, einerseits Staats-, Verfassungs- und Regierungspartei mit voller Verantwortung für die Republik, andererseits führende Repräsentantin der nach wie vor auf Emanzipation der Arbeiter gegen die herrschende Gesellschaftsverfassung drängenden Arbeiterbewegung zu sein, immer wieder ausgeglichen werden. Dies milderte die Ambivalenz der sozialdemokratischen Strategie, nach der verantwortlichen Beteiligung in der Anfangsphase der Republik zu einer Politik der Tolerierung bürgerlicher Kabinette überzugehen und somit in einer Zwitterrolle zwischen Regierungs- und Oppositionspartei zu verharren.<sup>55</sup> In Biographie und Selbstwahrnehmung vieler Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verbanden sich – durchaus mitvollzogen und akzeptiert von einem Großteil der Mitglieder und Anhänger – der Stolz auf die erreichte politische und soziale Anerkennung in der Republik und die Verankerung in der Tradition der Arbeiterbewegung. Daß Partei- und Gewerk-

<sup>52</sup> Bericht von Heinrich Wagner (Harleshausen), vor 1933 früh in der SPD und im Arbeitersportkartell aktiv, nach 1945 Funktionär des Landessportbundes Hessen. <sup>53</sup> Zu diesem sehr breiten Spektrum vgl. für Kassel: 40 Jahre Kasseler Volksblatt: a.a.O.; Fest der Arbeit in Kassel 1929, Kasseler Volksblatt, 24. 6. 1929 – Auf die organisatorische Entwicklung der ADGB-Verbände wird im folgenden nicht gesondert eingegangen. Politisch spielten die Kasseler Freien Gewerkschaften durch ihre enge Bindung an die SPD auch in den Krisenjahren der Republik keine Sonderrolle. Zur Mitgliederentwicklung – genauere Daten sind nur für den DMV bekannt, dessen Mitgliederzahl in Kassel von 9356 (1930) auf ca. 6500 (1932) absank – und Gewerkschaftspolitik in der Krise vgl. Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel 1933: a.a.O., S. 6 und 33 ff. <sup>54</sup> Die Breite und innere Verschränktheit des sozialdemokratischen Organisationsspektrums läßt sich aus den Angaben in den Wiedergutmachungsakten verfolgter Sozialdemokraten gut rekonstruieren. <sup>55</sup> Vgl. dazu allgemein Heinrich August Winkler: Spielräume der Sozialdemokratie – zur Rolle der SPD in Staat und Gesellschaft der Weimarer Republik, in: Volker Rittberger (Hrsg.): 1933. Wie die Republik der Diktatur erlag, Stuttgart 1983, S. 61 ff.; Hans Mommsen: Der Immobilismus der SPD und der Aufstieg des Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt/M. 1974, S. 106 ff.

schaftsfunktionäre wie Philipp Scheidemann,<sup>56</sup> Albert Grzesinski,<sup>57</sup> Michael Schnabrach,<sup>58</sup> Richard Hauschildt,<sup>59</sup> Georg Häring,<sup>60</sup> Rudolf Freidhof,<sup>61</sup> Cornelius Gellert,<sup>62</sup> Christian Wittrock<sup>63</sup> und andere in die Führungsgruppe der Partei aufstiegen oder erfolgreich Abgeordnetenmandate, Regierungs- und höhere Verwaltungspositionen wahrnahmen, erfüllte die Kasseler Sozialdemokratie mit Genugtuung. Das Gefühl, nach der Ächtung im Kaiserreich durch solide und verantwortliche Arbeit am Aufbau einer sozialen Republik mitwirken und

den Abbau von Klassenschranken erreichen zu können, ließ die Polemik des radikalen Flügels der Arbeiterbewegung gegen die „Regierungssozialisten“ und ihren halbherzigen Kurs weithin abprallen. Die Politik dieses radikalen Flügels – der linken Unabhängigen, vor allem aber der Kommunisten, von den Anarchosyndikalisten ganz zu schweigen – erschien den meisten Kasseler Sozialdemokraten, nimmt man die Berichte älterer Parteimitglieder zum Maßstab, als unseriös, phrasenhaft und „schreierisch“.

<sup>56</sup> Philipp Scheidemann, geb. am 26. 7. 1865 in Kassel. Buchdrucker. Seit 1890 Autor und Redakteur an sozialdemokratischen Zeitungen. 1905–1911 Redakteur des „Kasseler Volksblatts“. 1911 in den Parteivorstand der SPD gewählt. 1903–1918 Reichstagsabgeordneter, seit 1913 Mitglied der Fraktionsführung. Anfang Oktober 1918 Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max von Baden. Rief am 9. 11. 1918 ohne Einvernehmen mit Ebert die Republik aus. Mitglied des Rats der Volksbeauftragten. Abgeordneter der Nationalversammlung. Februar bis Juni 1919 Ministerpräsident; hielt Versailler Friedensvertrag für unannehmbar und trat zurück. 1920–1923 Reichstagsabgeordneter. 1920–1925 Oberbürgermeister von Kassel. Von der lokalen und überregionalen Rechtspresse zusammen mit den übrigen sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern ständig unter fadenscheinigen Vorwänden diffamiert. Am 4. 6. 1922 verübten Angehörige der rechtsradikalen „Organisation Consul“ ein Blausäure-Attentat auf ihn. 1933 emigriert. Schrieb Artikel gegen das NS-Regime in der internationalen Presse, von denen sich prominente Kasseler Sozialdemokraten auf Druck der Gestapo distanzieren mußten. Starb in Kopenhagen am 29. 11. 1939. Hinterließ Manuskript, in dem er den Weg der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik kritisch analysierte. Weitere Schriften: Die Sozialdemokratie und das Heer (1911); Memoiren eines Sozialdemokraten (1928). – Da der Beitrag insgesamt auf die folgende Darstellung von Widerstand und Verfolgung unter NS-Zeit bezogen ist, sind die Kurzbiographien auch unter diesem Aspekt fortgeführt.

<sup>57</sup> Albert Grzesinski, geb. am 28. 7. 1879 in Treptow a. d. Pollense (Pommern). Gelernter Metalldrucker. 1903–1906 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins in Offenbach, 1906 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Offenbach, seit 1907 in gleicher Funktion in Kassel. 1913–1919 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells in Kassel. Während des Krieges Mitglied in städtischen Kriegsausschüssen. Im November 1918 zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates in Kassel und im Regierungsbezirk gewählt. Als Delegierter des Bezirks Teilnehmer am Rätekongreß. Mitglied des I. und II. Zentralrats. 1919–1924 Stadtverordneter in Kassel. 1919–1933 Mitglied des preußischen Landtags. Juni 1919 zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium ernannt. Oktober 1919 Leiter (Reichskommissar) des mit der Auflösung militärischer Dienststellen etc. befaßten Reichsabwicklungsamtes. 1921–1922 Referent im Reichsarbeitsministerium. 1922–1925 Präsident des Preußischen Landespolizeiamts. 1925–1926 und 1930–20. 7. 1932 Berliner Polizeipräsident. 1926–1930 Preußischer Innenminister. 1933 Flucht in die Schweiz. Anschließend bis 1937 in Frankreich, danach in den USA. Dort Arbeit als Metallarbeiter. Mit der Geschichte der Weimarer Republik setzte sich Grzesinski in seinem Buch „La Tragi-Comédie de la République Allemande“ (Paris 1934; erweiterte amerikanische Ausgabe unter dem Titel „Inside Germany“: New York 1939) auseinander. Er starb am 13. 12. 1947 in New York. – Vgl. bes. Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 1: Der Zentralrat, 19. 12. 1918–8. 4. 1919, bearbeitet von E. Kolb und R. Rürup, Leiden 1968, S. XXXVIII f.

<sup>58</sup> Michael Schnabrach, geb. am 6. 8. 1880 in Stadtsteinach/Oberfranken. Schuhmacher. Seit 1899 Mitglied der SPD und des Schuhmacherverbandes; 1905–1915 Gewerkschaftssekretär des Schuhmacherverbandes in Wärmelskirchen bei Remscheid und in Frankfurt/Main. 1919 ADGB-Sekretär und Stadtverordneter in Hersfeld, 1922 Parteisekretär der SPD, Mitglied des preußischen Staatsrates. 1924–1933 Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg. Im April 1933 für 6 Wochen in Schutzhaft. Am 1. 9. 1939 erneut verhaftet und ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Dort am 19. 9. 1939 nach Mißhandlung durch die SS verstorben. – Siehe 40 Jahre Kasseler Volksblatt: a.a.O.; Lebenslauf, Stadtarchiv Kassel; Willi Belz: Die Standhaften, 2. Aufl., Kassel 1978, S. 73; Ein Leben für die Freiheit. Eine Besinnung auf die Männer des 20. Juli 1944 anlässlich der Einweihung der Vertriebenen-Siedlung Adam von Trott zu Solz in Kassel, bearbeitet von August Franke, Kassel 1960, S. 85 f.; Hessische Nachrichten, 11. 10. 1949.

<sup>59</sup> Richard Hauschildt, geb. am 12. 11. 1876 in Hamburg. Buchdrucker. Früh Mitglied der SPD und des Buchdruckerverbandes. 1905–1924 Redakteur und – seit 1911 – Chefredakteur des Kasseler Volksblatts. 1921–1925 Mitglied des Preußischen Landtages. 1924 zeitweilig kommissarischer Landrat des Kreises Hersfeld. Seit 1929 Leiter der Werbeabteilung beim SPD-Vorstand und Redakteur der „Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz“. Am 24. 6. 1933 in Berlin verhaftet und bis Oktober 1933 im KZ Oranienburg festgehalten. Nach Kassel entlassen. Polizeiaufsicht und Verhöre. Am 7. 12. 1934 aus dem Leben geschieden. – Siehe 40 Jahre Kasseler Volksblatt: a.a.O.; WG-Akte R. Hauschildt, W. Belz: a.a.O., S. 71, Hermann-Josef Rupierer: „Der Kampf gegen die nationalsozialistische Seuche“: Die Werbeabteilung der SPD und die Auseinandersetzung mit der NSDAP 1929–1932, in: IWK, 19. Jahrgang 1983, S. 1 ff.

<sup>60</sup> Georg Häring, geb. 5. 3. 1885 in Aschaffenburg. Eisendreher. SPD-Mitglied seit 1906, 1913–1920 Redakteur beim „Kasseler Volksblatt“. 1919 Mitglied der Kasseler Stadtverordneten-Versammlung. 1920–1923 besoldeter Stadtrat unter Scheidemann. 1923–1933 Landesrat beim Landeshauptmann des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Kassel. Mitglied des Kommunallandtages. 1926–1933 preußischer Staatsrat. 1933 gemäßregelt und seiner Ämter enthoben. Kurzzeitig in Polizeihaft, anschließend unter Polizeiaufsicht mit täglicher Meldepflicht. Nach 1945 Sozialdezernent der Stadt Kassel, Landeshauptmann, Leiter des Bezirkskommunalverbandes Kassel und Landwirtschaftsminister im ersten hessischen Kabinett. 1952 erster Direktor des Landeswohlfahrtsverbandes. starb am 24. 8. 1973 in Kassel. – Siehe 40 Jahre Kasseler Volksblatt: a.a.O.; WG-Akte G. Häring; Hessische Allgemeine, 25. 8. 1973.

<sup>61</sup> Rudolf Freidhof, geb. am 23. 9. 1888 in Gerlachsheim/Baden. Dreher. Seit 1906 Mitglied der SPD. 1921–1928 Abgeordneter im Badischen Landtag. 1922–1928 Vorsitzender des SPD-Stadtbezirks Mannheim. 1925–1928 Stadtverordneter in Mannheim. 1928–1933 Bezirkssekretär der SPD in Kassel. Anfang März 1933 verhaftet und im Mai vom Landgericht Kassel wegen angeblicher „Aufforderung zum Ungehorsam“ in einem Flugblatt „an die Kasseler Polizeibeamten“ zu den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Anschließend weiter in „Schutzhaft“ bis Ende Juli 1933 im KZ Breitenau. Danach Verbüßung der Gefängnisstrafe. Im Zuge der Verhaftungsaktion nach dem 20. Juli 1944 erneut festgenommen und von August bis Oktober 1944 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. 1945–1949 Regierungsrat beim RP in Kassel. 1946–1964 Stadtverordneter in Kassel, ab 1956 Stadtverordnetenvorsteher. 1946 Mitglied der verfassungsgebenden Landesversammlung von Hessen. 1946–1949 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag. 1949–1957 Bundestagsabgeordneter. Gestorben am 25. 12. 1983 in Kassel. – Vgl. die Festschrift: Rudolf Freidhof 90 Jahre, o.O., o.J.

<sup>62</sup> Cornelius Gellert, geb. am 7. 11. 1887 in Kassel. Schreiner. Früh Mitglied der SPD und der Arbeitersportbewegung. 1920–1933 Bundesvorsitzender des „Arbeiter-Turn- und Sportbundes“. Bis 1933 Reichstagsabgeordneter der SPD. 1933 mehrfach kurzzeitig in Polizeihaft. Am 1. 9. 1939 erneut verhaftet und bis November 1940 im KZ Sachsenhausen. Starb am 30. 12. 1944 in Kassel. – Vgl. WG-Akte C. Gellert.

<sup>63</sup> Christian Wittrock, geb. am 2. 11. 1882 in Kassel. Büroangestellter. Früh Mitglied der SPD. 1920–1924 besoldeter Stadtrat und Leiter des Wohnungsamtes in Kassel im Magistrat von Philipp Scheidemann. 1924–1933 Stadtverordneter. Mitglied des preußischen Staatsrates bis 1933. 1933 als Verwaltungsdirektor und Geschäftsführer des Betriebs- und Innungskrankenkassenverbandes in Kassel entlassen. Am 22. März 1933 von Kasseler SA in den „Bürgersälen“ schwer mißhandelt und bis 1935 mehrfach für kurze Zeit inhaftiert. Von Anfang September 1939 bis zum 23. 4. 1945 im KZ Sachsenhausen in Haft. 1945–1948 Verwaltungsdirektor der AOK Kassel. Stadtverordneter und Stadtverordnetenvorsteher bis Mitte der 50er Jahre. Abgeordneter des hessischen Landtages. Starb am 14. 11. 1967 in Kassel. – Siehe „Hessische Nachrichten“, 2. 11. 1950; „Hessischer Sonntag“, 2. 11. 1952; WG-Akte C. Wittrock.

„Die Kommunisten hatten ihre Schalmeyen-Musik... Mit der marschierten sie dann in Protestmärschen durch die Stadt zum Martinsplatz vor die große Kirche; da wurden dann meistens die Reden geschwungen, am Denkmal von Philipp dem Großmütigen ausgerechnet. Und dann ging der Zug die ganze Marktgasse runter... und die Kasselner, die da so auf dem Marktplatz herumstanden, sagten dann: ‚Gucke mol do, die Revolution kimmet die Marktgasse runner.‘ Das war so ein Schlagwort, das hat sich jahrelang gehalten, weil der Kasselner diese extremen und radikalen politischen Bekenntnisse nicht so ernst nahmen. Jedenfalls wollte er damit nicht groß was zu tun haben... Die Kommunisten hatten keine Führung, sie hatten überall kleine Revoluzzer,... die eine große Klappe hatten, die irgendwo auf dem Platz anfangen, eine große Rede zu schwingen, aber alles angefüllt mit Phrasen, mit so Schlag-sätzen, die sie irgendwo mal gelesen hatten, wo aber nichts dahinterstand...“<sup>64</sup> „Die KPD war ja bedeutungslos; die Kommunisten waren eine kleine Gruppe – und jeder hat was anderes gewollt. Und dann gab es noch den ISK und alle diese kleinen Gruppen, aber das war ja nicht bedeutend... Angebote zu gemeinsamen Aktionen seitens der KPD hat es immer gegeben. Wir waren ja die ‚Brüder‘. Als mir das einer wieder einmal in Arolsen gesagt hat: ‚Wir sind Brüder‘, da hab ich gesagt: ‚Kain und Abel waren auch Brüder!‘“<sup>65</sup> „Die KPD hat immer versucht, mit uns zusammen zu protestieren,... aber wir haben dafür nichts übrig gehabt, weil wir die Position bezogen haben, daß wir den Kommunisten und auch der USPD das Dilemma zu verdanken hatten, daß die Bürgerlichen und dann die Nazis zu Macht kamen. Nur die Spaltung der Arbeiterschaft!... Wenn wir uns einig gewesen wären und wären nur eine Partei geblieben, dann wäre das nie im Leben vorgekommen.“<sup>66</sup> „Die Kommunisten, das sind Oppositionsgeister.“<sup>67</sup>

Die über Jahrzehnte – auch nach der Erfahrung faschistischer Herrschaft – stabil gebliebenen und eher noch verhärteten Formeln politischer Distanzierung von der anderen Arbeiterpartei, wie sie aus den Rückblicken Kasseler Sozialdemokraten sprechen, verweisen auf bestimmte Grundelemente des Organisations- und Politikverständnisses des sozialdemokratischen Lagers: Mißtrauen gegen-

über spontanem Massenhandeln und direkten Protestaktionen; das Bewußtsein, statt „leerem“ Protest und verbalradikaler Totalopposition solide und sachliche Arbeit zu leisten;<sup>67a</sup> das Selbstbewußtsein, die Tradition, Kontinuität und Einheit der Arbeiterbewegung selbst zu repräsentieren; die Abqualifikation des radikalen Flügels der Arbeiterbewegung als spalterisch und „bedeutungslos“, und zwar unabhängig von den politischen Anlässen und den Wahlerfolgen der Radikalen;<sup>68</sup> die Überzeugung, die längere Organisationserfahrung und die überlegene, besser geführte Organisation zu besitzen. Dieses Selbstverständnis war geprägt durch die politikbestimmende Schicht der Mandatsträger, der aktiven und zum Teil festangestellten Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie der sozialdemokratischen Bediensteten und Beamten in den kommunalen und staatlichen Behörden. Welche Bedeutung allein den SPD-Mandatsträgern im Bezirk Hessen-Kassel zukam, zeigt ein Blick auf die folgende Tabelle.

*Tabelle 1: Mandatsträger der SPD in den Städten und Gemeinden des Bezirks Hessen-Kassel in den Jahren 1930, 1931.*

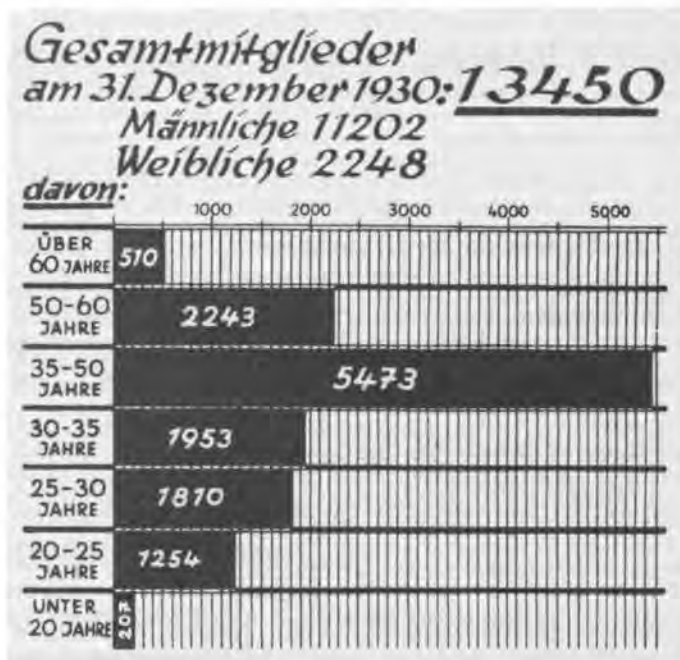
	1930	1931
Stadtverordnete in 15/35 Städten	88	160
Gemeindevertreter in 297/274		
Gemeinden	1460	1252
Bürgermeister	102	80
Gemeindevorsteher	0	80
besoldete Stadträte	2	1
Vertreter in Kreistagen und im Provinziallandtag	175	127
Summe	1827	1662

Quellen: Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschland, o.O., o.J. (Berlin 1931), S. 206; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, o.O., o.J. (Berlin 1932), S. 148.

<sup>64</sup> Bericht Axel Herwig (1976, A. Mehmet). <sup>65</sup> Bericht Rudolf Freidhof (1976, C. Fischer-Defoy). <sup>66</sup> Bericht August Peter (1976, A. Mehmet) – August Peter, geb. am 17. 4. 1899 in Kassel. Seit 1918 SPD- und Gewerkschaftsmitglied. 1924 Mitbegründer des Kasseler Reichsbanners. 1931 Mitglied der Eisernen Front. Gestorben am 7. 11. 1979 in Kassel. – Vgl. A. Mehmet: a.a.O., S. 224. <sup>67</sup> Bericht Fritz Wilke (1976, A. Mehmet). Fritz Wilke, geb. 1901 in Kassel. Dreher. Seit 1920 Mitglied der SPD. Aktiver Arbeitersportler. Vgl. A. Mehmet: a.a.O., S. 225. <sup>67a</sup> „Während wir unsere Organisation ausbauen, sehen wir bei den Kommunisten Zersetzung und grenzenloses Durcheinander. Der Kampf aller gegen alle ist bei ihnen an der Tagesordnung.“ (Bericht über das Jahr 1928. Sozialdemokratische Partei. Ortsverein Kassel, o.O., o.J. [Kassel 1928], S. 19). <sup>68</sup> „Die Tatsache, daß nach 1930 die KPD immer mehr Stimmen gewonnen hat, während die SPD Stimmen verlor, war kein Problem für uns. Wieso sollte das ein Problem sein? Es sind ja nicht alle wegelaufen...“ (Bericht Rudolf Freidhof, 1976).

Von 870 sozialdemokratischen Bürgermeistern im Reich im Jahr 1930 stellte der kleine Parteibezirk Hessen-Kassel allein 102 und übertraf zusammen mit dem Bezirk Franken die übrigen Bezirke bei weitem.<sup>69</sup> Setzt man die Zahl der Mandatsträger zur Mitgliederzahl des Bezirks – Ende 1930: 13 450, Ende 1931: 12 840<sup>70</sup> – in Beziehung und vernachlässigt dabei die Mehrfachfunktionen von Mandatsträgern, so ergibt sich für 1930 ein Anteil der Mandatsträger an der Mitgliedschaft von 13,6 %, für 1931 von 12,9 %. Läßt man wegen der Mehrfachfunktionen die Kreistags- und Provinziallandtagsabgeordneten beiseite, so beträgt der Anteil immer noch 12,3 bzw. 12 %. Fast jedes achte Mitglied der SPD nahm also ein politisches Mandat auf kommunaler oder regionaler Ebene wahr.<sup>71</sup> Aufgrund des hohen Mitgliederanteils von Stadt und Landkreis Kassel – Mitgliederstand der SPD Kassel-Stadt

Tabelle 2: Altersstruktur der Mitgliedschaft des SPD-Bezirks Hessen-Kassel 1930.



Quellen: SPD, Geschäftsbericht, Bezirksverband Hessen-Kassel, 1. Januar–31. Dezember 1930, o.O., o.J. (Kassel 1931), S. 59.

<sup>69</sup> Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930: a.a.O., S. 206. Der Parteibezirk Hessen-Kassel (Nr. 17) lag 1930 unter den 33 SPD-Bezirken nach der Zahl der Einwohner an 32. Stelle, der Parteimitglieder an 30. Stelle, dem Verhältnis der SPD-Stimmen (RT-Wahl 14. 9. 1930) zur Einwohnerzahl an 8. Stelle, der Zahl der Ortsgruppen an 15. Stelle und dem Mitgliederanteil der Frauen an 22. Stelle. Siehe Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930: a.a.O., S. 210. <sup>70</sup> SPD, Geschäftsbericht, Bezirksverband Hessen-Kassel, 1. Januar bis 31. Dezember 1930, o.O., o.J. (Kassel 1931), S. 58; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931, a.a.O., S. 115. <sup>71</sup> Mit diesem Anteil lag der Kasseler Bezirk hinter den SPD-Bezirken an 2. Stelle hinter Baden; im Durchschnitt der Parteibezirke betrug der Anteil im Jahr 1930 4,8 %. Vgl. A. Mehmet: a.a.O., S. 101. <sup>72</sup> SPD, Geschäftsbericht, Bezirksverband Hessen-Kassel: a.a.O., S. 58. <sup>73</sup> Dies legen u.a. auch zahlreiche Hinweise in den Kasseler Wiederherstellungsakten nahe, die allerdings unter diesem Aspekt noch nicht präzise ausgewertet sind. Nicht zum Maßstab genommen werden kann die auf diesen Punkt zielende gehässige Polemik der zeitgenössischen bürgerlichen Kasseler Tagespresse, insbesondere der deutschnationalen „Kasseler Post“, die in der Ära Scheidemann die angebliche „Parteibuchwirtschaft“ der SPD im Kasseler Rathaus immer wieder anprangerte. Zu Recht verwies die SPD darauf, daß sie ihre Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung z. B. bei der Besetzung des Magistrats nicht einmal ausschöpfte. Vgl. Sozialdemokratische Arbeit im Rathaus zu Cassel. Hrsg. vom Bezirks-Vorstand der VSPD, Cassel 1924, S. 40.

am 31. 12. 1930: 5208 (38,7 % der Bezirksmitgliederzahl), der SPD Kassel-Land: 2234 (16,6 %)<sup>72</sup> – muß dieser Anteil für Kassel allerdings geringer veranschlagt werden.

Anders als bei den Mandatsträgern, zu denen noch die Abgeordneten in Reichstag und preußischem Landtag gezählt werden müssen, läßt sich die Zahl der festgestellten Funktionäre in Partei, Gewerkschaften, Umfeldorganisationen und Selbsthilfeeinrichtungen ebensowenig präzise fassen wie die Zahl der Mitglieder und Funktionäre, die in kommunalen und staatlichen Behörden am Ort beschäftigt waren. Anteil und innerparteiliches Gewicht besonders dieser Gruppe von kommunalen Arbeitern, Angestellten und Beamten waren jedoch in Kassel beträchtlich.<sup>73</sup>

Soziologische und statistische Daten zur Struktur der SPD im Kasseler Bezirk, wie sie für das Jahr 1930 vorliegen, enthalten zusätzliche wichtige Informationen zur Verfassung der Partei in Kassel und Nordhessen zwei Jahre vor der Machtergreifung der NSDAP, auch wenn sie keine differenzierten Aussagen zur Soziologie der Mitgliedschaft und zu ihrer Bedeutung für das Selbstverständnis und die politische Ausrichtung der Bezirkspartei erlauben.

Tabelle 3: Dauer der Mitgliedschaft im SPD-Bezirk Hessen-Kassel 1930.



Quellen: SPD, Geschäftsbericht, Bezirksverband Hessen-Kassel, 1. Januar–31. Dezember 1930, o.O., o.J. (Kassel 1931), S. 59.

Tabelle 4: Berufsgliederung der Mitgliedschaft des SPD-Bezirks Hessen-Kassel 1930.



Quellen: SPD. Geschäftsbericht. Bezirksverband Hessen-Kassel. a.a.O., S. 60.

Gegenüber einem Querschnitt der Gesamtpartei<sup>74</sup> wies die Kasseler SPD einige nicht unbedeutende Besonderheiten

auf. Hinsichtlich ihrer Altersstruktur sah sich die SPD – gerade auch in der Auseinandersetzung mit der KPD – mit dem Negativbild konfrontiert, auf dem Wege zu einer überalterten Partei zu sein, die ihre Anziehungskraft gegenüber der jüngeren Generation zunehmend verliere. Dieser Befund wird sowohl für den Querschnitt der Gesamtpartei wie für den Bezirk Hessen-Kassel in der Tendenz bestätigt. In beiden Fällen zeigt sich eine kontinuierliche Abnahme des Anteils der jüngeren Altersgruppen, mit einem deutlichen Tiefpunkt beim Anteil der 20- bis 25jährigen.<sup>75</sup> Dabei erwies sich die nordhessische SPD jedoch als die „jüngere“ Partei. Während bei ihr der Anteil der Altersgruppe der bis zu 30jährigen 24,3 % ausmachte, belief er sich für die Gesamtpartei lediglich auf 18,2 %. Der Mitgliedererwerb der nordhessischen SPD 1929 und 1930 umfaßte offenkundig relativ mehr Angehörige der jüngeren Generation. Ab 1931 schrumpften, abgesehen von Kassel-Stadt, jedoch die Mitgliederzahlen des Kasseler Bezirks, was den Trend zur „Überalterung“ der Partei auch hier verstärkt haben dürfte.<sup>76</sup> Deutlich ist sowohl im Kasseler Bezirk wie bei der Reichspartei das Übergewicht bei der Generation der 35- bis 50jährigen sowie der hohe Anteil der 50- bis 60jährigen.<sup>77</sup> Dies kennzeichnete die SPD vor allem gegenüber der KPD – und auch der NSDAP – als eine Partei der Älteren und der „gestandenen Familienväter“, ein Sachverhalt, der für die Praxis oppositionellen Verhaltens in der Diktatur von Bedeutung sein sollte.

Was die Dauer der Parteizugehörigkeit der Mitglieder angeht, unterschied sich der SPD-Bezirk Hessen-Kassel bei zwei Gruppen auffällig von der Gesamtpartei. Fast 16 % der Mitglieder waren erst im zurückliegenden Jahr zur Partei gestoßen (Gesamtpartei: 8,4 %), Beleg für den relativ starken aktuellen Mitgliederzuwachs in Kassel und Nordhessen. Zweitens lag der Anteil derjenigen, die der Partei bereits 20 Jahre und länger angehörten, deutlich unter dem der Gesamtpartei (6,8 gegenüber 14,1 %).<sup>78</sup> Im übrigen verfügte die Kasseler SPD wie die Gesamtpartei über einen breiten Stamm langjähriger Mitglieder; etwa 50 % von ihnen gehörten der Partei länger als 5 Jahre an<sup>79</sup> – wiederum ein charakteristischer Unterschied zur KPD, bei der diese Gruppe lediglich etwa 15 % ausmachte.<sup>80</sup>

<sup>74</sup> Eine Berufs-, Alters- und Organisationsstatistik, in: Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930: a.a.O., S. 193 ff. Die Erhebung bezog sich auf 393 Ortsvereine mit 117 247 Mitgliedern und erfaßte 11,33 % der Gesamtmitgliedschaft der SPD im Jahre 1930. <sup>75</sup> Die Anteile der Altersgruppen verminderten sich wie folgt (Hessen-Kassel/Reich): 35–50 Jahre: 40,7 %/40,9 %, 30–35 Jahre: 14,5 %/12,8 %, 25–30 Jahre: 13,5 %/10,3 %, 20–25 Jahre: 9,3 %/6,7 %. Die reichsbezogene Statistik weist aus, daß die Abnahme bei der Gruppe der 35- bis 40jährigen begann. Vgl. Eine Berufs-, Alters- und Organisationsstatistik: a.a.O., S. 195. <sup>76</sup> Mitgliederentwicklung der SPD im Bezirk Hessen-Kassel: 12 766 (31. 12. 1929), 13 450 (31. 12. 1930), 12 840 (31. 12. 1931). SPD-Ortsverein Kassel-Stadt: 4091 (1. 7. 1928), 4307 (1. 1. 1929), 4775 (1. 1. 1930), 5208 (1. 1. 1931), 5054 (1. 1. 1932). – Vgl. SPD. Geschäftsbericht. Bezirksverband Hessen-Kassel: a.a.O., S. 6, 58, 74; Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1931: a.a.O., S. 115; Kasseler Volksblatt, 18. 3. 1932. <sup>77</sup> Anteil der 50- bis 60jährigen: Hessen-Kassel 16,7 %, Reich 19,6 %. <sup>78</sup> Tabelle 2; Berufs-, Alters- und Organisationsstatistik: a.a.O., S. 194. <sup>79</sup> Hessen-Kassel: 46,6 %; Reich: 53,5 %. Vgl. Tabelle 2; Berufs-, Alters- und Organisationsstatistik: a.a.O., S. 194. <sup>80</sup> Vgl. dazu die Daten für den KPD-Bezirk Niederrhein und den Unterbezirk Duisburg bei Detlef Peukert: Die KPD im Widerstand. Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933–1945, Wuppertal 1980, S. 51 ff.

Die auffälligsten Unterschiede in der Zusammensetzung der Partei zwischen Kasseler Bezirk und Gesamtpartei weist die Statistik der Berufsgliederung auf. Zwar stellte die Gruppe der Facharbeiter in beiden Fällen den größten Anteil (Hessen-Kassel: 34,2 %). Fast gleichgroß (30,6 %) war im Kasseler Bezirk jedoch die Gruppe der ungelerten Arbeiter, während sie für die Gesamtpartei lediglich mit 5,4 % ausgewiesen wurde<sup>81</sup> – ein Unterschied, der mit der ländlichen Struktur des Kasseler Bezirks zusammenhängen dürfte. Die Anteile der Angestellten und Beamten (11,4 und 2,8 % im Kasseler Bezirk) entsprachen dem Durchschnitt der Gesamtpartei. Sie machen deutlich, daß auch die nordhessische SPD trotz der gerade hier schon zu Beginn der Republik laut werdenden Position, die SPD als Volkspartei zu definieren und sich verstärkt um die Mittelschichten zu bemühen<sup>82</sup>, eindeutig Arbeiterpartei geblieben war. Da sich allerdings die sozialdemokratischen Angestellten und Beamten vor allem auf das Verwaltungszentrum Kassel konzentrierten, lag ihr Anteil in der Kasseler SPD mit Sicherheit erheblich über dem Bezirksdurchschnitt und bezeichnete hier eine weitere bedeutsame Differenz zur KPD. Wie sehr schließlich die ökonomische Krise auf die Region und ihre Arbeiterschaft durchschlug, zeigt der hohe Anteil der arbeitslosen SPD-Mitglieder schon im Jahr 1930 (43,6 %).

Versucht man das soziologische Profil der Kasseler SPD in der Endphase der Republik auf einen groben Nenner zu bringen, dann läßt sie sich als Arbeiterpartei mit Schwerpunkt in der Facharbeiterschaft der mittleren und älteren Generation kennzeichnen, in der einerseits in erstaunlich hohem Umfang auch ungelerte Arbeiter organisiert waren, andererseits Angestellte und Beamte eine beachtliche Minderheit bildeten, die zwar im Parteileben weniger in Erscheinung trat, auf die politische Orientierung der Partei aber einen nicht unbeträchtlichen Einfluß ausübte.<sup>83</sup> Als politikbestimmende Gruppe der Partei erscheinen die wenigen hauptamtlichen Parteiangestellten, die öffentlichen Bediensteten vor allem der kommunalen Behörden sowie die Angestellten der Gewerkschaftsverbände und der sozialdemokratisch beeinflussten Organisationen ökonomischer Selbsthilfe und sozialer Sicherung. Bei ihnen handelte es sich weit überwiegend um gelernte Facharbeiter, deren Selbstverständnis und innerparteiliches Auftreten trotz der Veränderung ihres sozialen Status an der Tradition der Arbeiterbewegung orientiert war. Aus dieser maßgeblichen Gruppe rekrutierte sich auch die Mehrzahl der politischen Mandatsträger. Die politisch-

organisatorische Aktivität der Partei wurde im wesentlichen von einer breiten Schicht ehrenamtlicher Funktionäre getragen.

Organisation und Praxisverständnis der Kasseler Partei, die in ihrem politischen Kurs bis 1933 zur gemäßigten Mitte der Reichspartei gehörte, blieben vom Erfahrungshintergrund ihrer maßgeblichen Schicht von Funktionären und Aktivisten bestimmt. Wie das politisch-strategische Denken der Partei trotz der ab 1930 offenbaren Herausforderung durch die terroristische Massenbewegung der NSDAP auf den zunehmend ohnmächtiger werdenden Defensivkurs der Verteidigung der Republik mit den klassischen Instrumenten parlamentarisch-demokratischer Politik fixiert blieb, so war die Praxis des sozialdemokratischen Lagers durch ein hochgradig formalisiertes und bürokratisch-starres Verständnis organisierten Handelns geprägt. In den Geschäfts- und Rechenschaftsberichten der Kasseler SPD überwogen auch in der Phase der zugespitzten politisch-ökonomischen Krise – sicherlich typisch für die Gesamtpartei – die mit akribischer Genauigkeit ausgewiesenen, gleichwohl beschwichtigend interpretierten Wahldaten, die selbstbewußten Hinweise auf die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen, verteilten Flugblätter, gehaltenen Reden, der Gremiensitzungen, der Beitragsleistung der Mitglieder usw.<sup>84</sup> Dieses in der Tradition stetiger, korrekter und hierarchisch geregelter Organisationsarbeit erstarrte Denken und Handeln hatte den soliden, fleißigen, in der Verwaltung der Organisation aufgehenden Parteibeamten, dem nichts ferner lag als das Aufrührerische und „Unordentliche“ verzweifelt-rebellischer Massen und die politische Rolle des Volkstribunen, zur bestimmenden Figur sozialdemokratischer Politik werden lassen. Die innerparteiliche Kritik an dieser Entwicklung vermochte wenig zu ändern. Mit bemerkenswerter Deutlichkeit hatte Albert Grzesinski 1930 dieses Manko der Kasseler SPD vorgehalten: „Auch in der Arbeiterbewegung gibt es heutzutage einen Instanzenweg, der vielfach die gleichen Nachteile aufweist, wie der Instanzenweg einer Verwaltung... Heute möchte ich zum Kampf aufrufen gegen den Papierkrieg innerhalb der Arbeiterbewegung, gegen die Aktenüberschätzungen in unseren Reihen, gegen den Aberglauben vor Zahlen und Statistiken. Unsere Bewegung stellt sich dem Betrachter von außen vielfach als ein würdiges Etwas in Bratenrock und Zylinder dar.“ Die Partei brauche einen „stürmischen Reinigungswind“, nicht „jenes republikanische Säuseln, das seit Jahr und Tag große Mode geworden ist“.<sup>85</sup>

<sup>81</sup> Tabelle 4; Berufs-, Alters- und Organisationsstatistik: a.a.O., S. 194. <sup>82</sup> Vgl. J. Höpken: a.a.O., S. 99. <sup>83</sup> Vgl. SPD. Geschäftsbericht. Bezirksverband Hessen-Kassel: a.a.O., S. 72 f. In dem Bericht wird Kritik geübt sowohl an mangelnder „Mitarbeit der Beamtengenossen am Parteileben“ als auch an der „in den Bezirksversammlungen oft hervorgerufene(n) Debatte über die Beamten- und Angestelltenschaft, die nicht immer der Sache förderlich ist“ (a.a.O., S. 73). <sup>84</sup> Vgl. SPD. Geschäftsbericht. Bezirksverband Hessen-Kassel: a.a.O. <sup>85</sup> Albert Grzesinski: Im Entscheidungskampf. in: 40 Jahre Kasseler Volksblatt: a.a.O., S. 9.

In der politischen Auseinandersetzung mit der NSDAP und der bürgerlichen Rechten einerseits, der eigenen Linken, den sozialistischen Splittergruppen und der KPD andererseits verhalten die Stimmen, die eine grundlegende Neuorientierung sozialdemokratischer Politik forderten, auch in Kassel ungehört.<sup>86</sup> Die sich jagenden Wahlkämpfe der letzten Jahre der Republik hielten die SPD in einem Zustand atemloser Geschäftigkeit. Die – ungeachtet der Wahlergebnisse und der Dynamik des Kampfes um den Bestand der Republik – starre Fixierung auf die Wahlen als den einzig relevanten Gradmesser der eigenen politischen Stärke und Handlungsfähigkeit<sup>87</sup> ließ die bis zum äußersten angespannte Organisationstätigkeit im Rahmen der Wahlkämpfe<sup>88</sup> als Beleg dafür erscheinen, alles Mögliche getan zu haben. Die Tatsache, daß die Funktionäre, Aktiven und Helfer der Partei fast pausenlos im Einsatz waren, die besten Parteiredner im Bezirk zu Wahlkampfzeiten häufig an drei Orten täglich auftreten mußten,<sup>89</sup> ließ grundlegendes Nachdenken über eine alternative politische Strategie und Praxis kaum noch zu. Die rastlose Aktivität wurde begleitet von zunehmender Erschöpfung und der manchmal aufkommenden dumpfen Ahnung der Vergeblichkeit der Anstrengung, die in der offiziellen Agitation durch radikale Rhetorik und siegesgewisse Parolen, aber immer wieder auch durch die in den Versammlungen und Kundgebungen angefachte Begeisterung der Mitglieder und Anhänger gebannt wurde. Vielen Protagonisten der SPD auch in den Bezirken erging es so, wie es Wilhelm Hoegner beschrieb: „Seit zwei Jahren wurden wir von Wahlkampf zu Wahlkampf, als Redner in Hunderte von Versammlungen... gehetzt. Das und die zahllosen Sitzungen und Aufregungen, der Mangel an Schlaf und regelmäßigem Leben zerrütteten uns. Wir hatten einen Schleier vor Augen, die Nerven versagten, die Gehirne arbeiteten nicht mehr. Nur einmal, als ich mir im hessischen Wahlkampf, im Herbst 1931, eine Rippenfellentzündung zugezogen hatte und wochenlang krank lag, war mir mit der Befreiung vom politischen Alltagskram die Schwere unserer Lage ganz klar zum Bewußtsein gekommen.“<sup>90</sup>

Die NSDAP, die bei den Reichstagswahlen 1930 in Kassel zur zweitstärksten Partei hinter der SPD aufgestiegen war und im April 1932 mit 43,9 % der Stimmen die Sozialdemokraten um mehr als 15 Prozentpunkte hinter sich gelas-

sen hatte<sup>91</sup>, wurde im Kasseler Volksblatt, in zahllosen Versammlungen, mit Flugblättern und Wahlkampfspielen<sup>92</sup> von der Kasseler SPD erbittert bekämpft. Schon 1930 führte sie eine gesonderte Versammlungskampagne im Bezirk durch unter dem Motto „Nationalsozialismus – Deutschlands Untergang; Sozialismus – Deutschlands Rettung“.<sup>93</sup> Über die politische und gesellschaftspolitische Ausrichtung und Funktion der NSDAP und ihre Todfeindschaft gegen die gesamte Arbeiterbewegung, auch und gerade gegen die „Systempartei“ SPD, konnten in der sozialdemokratischen Öffentlichkeit keine Zweifel bestehen. Der Kopf und Sprecher der Kasseler NSDAP, Roland Freisler, führte den örtlichen Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung und anderswo immer wieder in brutaler Offenheit vor Augen, was auch sie unter einer NS-Diktatur zu erwarten hätten.<sup>94</sup> Im Kasseler Volksblatt nahm die Berichterstattung über die örtliche und reichsweite Entwicklung der NS-Bewegung – vor allem bezogen auf tagespolitische Einzelvorgänge, jedoch auch auf strukturelle Merkmale der NS-Bewegung – einen breiten Raum ein. Trotz aller zutreffenden Erkenntnisse über den Charakter und die politische Stoßrichtung nationalsozialistischer Politik und trotz aller Beschwörung der Gefahr für die Existenz der Demokratie und die Positionen der Arbeiterbewegung fehlte jedoch weithin eine präzisere Einsicht in die Ursachen des Aufstiegs der NSDAP zur Massenbewegung und vor allem in die Rückhaltlosigkeit und Dynamik ihrer Politik.<sup>95</sup> Eine gewisse Ausnahme bildete eine Broschüre des Kasseler SPD-Bezirkssekretärs Rudolf Freidhof über die „Faschistische Gegenrevolution“.<sup>96</sup> Freidhof hatte die Broschüre, die auch beim Parteivorstand Aufmerksamkeit erregte, aus Verärgerung und Beunruhigung über die Oberflächlichkeit der SPD-Agitation verfaßt.<sup>97</sup> Freidhof, der Hauptredner in der Auseinandersetzung mit der NSDAP im Bezirk, legte hier – orientiert an den Kategorien der marxistischen Klassentheorie – eine bemerkenswert klare Analyse der politisch-sozialen Ursachen für den Aufstieg der NS-Bewegung, ihrer sozialen Struktur, Programmatik und politischen Methoden vor. Was die Gegenpolitik der SPD anbelangte, gelangte aber auch Freidhof über die übliche radikale Rhetorik nicht hinaus. „Die sozialdemokratische Arbeiterklasse ist mit dem Kapp-Putsch fertig geworden,

<sup>86</sup> Vgl. A. Mehmet: a.a.O., besonders S. 166 ff., sowie den Beitrag von D. Krause-Vilmar zur Phase der Machtergreifung in diesem Band. <sup>87</sup> Vgl. die Dokumentation und Analyse der Wahlkampfberichterstattung des „Kasseler Volksblatts“ bei A. Mehmet: a.a.O., S. 114 ff. <sup>88</sup> Vgl. SPD. Geschäftsbericht. Bezirksverband Hessen-Kassel: a.a.O., S. 3 ff.; Sammlung von Rundschreiben des SPD-Bezirksverbandes im Nachlaß von Karl Ritter, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Harleshäuser. <sup>89</sup> SPD. Geschäftsbericht. Bezirksverband Hessen-Kassel: a.a.O., S. 4. <sup>90</sup> Wilhelm Hoegner: Flucht vor Hitler. Erinnerungen an die Kapitulation der ersten deutschen Republik 1933, München 1977, S. 30 f. <sup>91</sup> Vgl. den Beitrag von D. Krause-Vilmar zur Machtergreifung. <sup>92</sup> Vgl. Rundschreiben des Bezirksverbandes Hessen-Kassel vom 19. 8. und 24. 10. 1930 (Nachlaß Karl Ritter). <sup>93</sup> Rundschreiben des Bezirksverbandes vom 24. 10. 1930, a.a.O. <sup>94</sup> Vgl. Sigrun Meier: Roland Freisler – Materialien zu einer politischen Biographie, unveröffentlichte Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1984. <sup>95</sup> Vgl. A. Mehmet: a.a.O., S. 166 ff. <sup>96</sup> Rudolf Freidhof: Die faschistische Gegenrevolution, Kassel 1931. <sup>97</sup> Gespräche mit Rudolf Freidhof (1962, Dr. Friderici, Tonbandaufzeichnung, Stadtarchiv Kassel, und 1976, C. Fischer-Defoy).

sie hat auch den Hitler-Putsch vom 9. November 1923 überstanden, sie ist im Kampf mit Bismarck als Sieger hervorgegangen, sie wird auch in Zukunft mit dem Tschechoslowaken Hitler und seinen Mannen fertig werden. Wenn aber wirklich Köpfe rollen sollten, so hat die Arbeiterklasse nur eine Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß die Köpfe ihrer Gegner zuerst im Sande rollen. Wird die Arbeiterklasse zum Kampf gezwungen, dann gibt es für sie nur eine Parole: Aug' um Aug', Zahn um Zahn! Aus Deutschland würde allerdings ein Trümmerhaufen und eine Blutlache werden.<sup>98</sup> Der letzte Satz ließ die Skepsis anklingen, die Freidhof – wie er später deutlich machte – hinsichtlich der Erfolgsaussichten und des Sinns gewaltsamer Gegenwehr hegte.

Weniger fundiert als bei Freidhof, war die Reaktion der Kasseler Sozialdemokraten auf die provokative Herausforderung durch die NSDAP zumeist durch eine Mischung aus fassungsloser Empörung und verächtlicher Herablassung gekennzeichnet. Die erfahrenen Funktionäre, Stadtverordneten und Parteiarbeiter konnten und wollten es nicht glauben, daß die braunen „Wirrköpfe“, „Schreihälse“ und „Banditen“ das System zäher, verantwortlicher Organisations- und Parlamentspolitik außer Kraft setzen könnten. Es galt, die Bastionen zu halten und den Sturm vorüberziehen zu lassen; selbst wenn sie kurzfristig ans Ruder kämen, würden die Nazis an ihrer Inkompetenz und der Heterogenität ihres Interessenbündnisses scheitern. Diese unterhalb der plakativen politischen Rhetorik spürbare und gelegentlich offen artikulierte Grundhaltung<sup>99</sup>, die letzten Endes auf die Macht rationaler Aufklärung und sachlicher Kompetenz setzte, hatte Albert Grzesinski schon frühzeitig als unzureichend angeprangert: „In Abwehr dieser gefährlichen Vergiftung, die immer noch wachsend weitere Teile unseres Volkskörpers

ergreift, können wir uns mit einer bloß rednerischen Abwehr nicht begnügen. Der Wahn, der heute Millionen erfaßt hat, ist durch vernünftige Darlegungen, durch Beweise und Schlußfolgerungen nicht zu brechen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Kampf gegen die faschistische Vergiftung nicht nur eine Sache des Verstandes, sondern mehr noch der Leidenschaft ist. Wir müssen uns darauf einrichten, dem neuen Gegner mit neuen Waffen zu begegnen. Prüfen wir einmal, ob die Methoden unserer Agitation, die Art unseres Werbens und Wirkens noch zeitgemäß sind... Der Faschismus ist eine Krankheit, gewiß, aber eine gefährliche, unter Umständen tödliche Krankheit. Mit ihm zu kämpfen bedeutet, daß man die modernsten, die kühnsten und ungewohntesten Mittel in Anwendung bringt.“<sup>100</sup>

Genau an diesem Punkt sollte die Sozialdemokratie scheitern. Sie blieb Gefangene ihres traditionellen Praxisverständnisses, ihrer Fixiertheit auf das Legalitätsprinzip und den immer funktionsloser werdenden Parlamentarismus und ihrer halbherzig zwischen Tolerierung und Opposition pendelnden aktuellen politischen Strategie. So gerieten auch die vorhandenen Instrumente der Abwehr zu Halbheiten.<sup>101</sup> Mit dem „Reichsbanner“<sup>102</sup> und der Ende 1931 gebildeten „Eisernen Front“, in der Mitglieder der SPD, der Freien Gewerkschaften, der Arbeiter-Sportvereine und des Reichsbanners zusammengefaßt wurden, besaß die SPD auch in Kassel Schutz- und Abwehrorganisationen, die zum Sammelbecken für den kampfbereiten, auf Aktionen gegen die Nazibewegung drängenden Teil des sozialdemokratischen Lagers geworden waren. Dem Kasseler Reichsbanner – geführt von dem Stadtkassendirektor Oswald Göppfarth<sup>102a</sup>, dem Gewerkschaftssekretär Fritz Klingler<sup>103</sup>, dem späteren hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn<sup>104</sup> und dem Lehrer Karl Au-

<sup>98</sup> R. Freidhof: Die faschistische Gegenrevolution, a.a.O., S. 10. <sup>99</sup> Sie wurde von SPD-Vertretern in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung mehrfach zum Ausdruck gebracht. Vgl. die stenographischen Protokolle der Kasseler Stadtverordneten-Versammlung für das Jahr 1932, Stadtarchiv Kassel. <sup>100</sup> A. Grzesinski: a.a.O., S. 9. <sup>101</sup> Vgl. W. Hoegner: a.a.O., S. 27 f.; Helga Grebing: Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933. Hrsg. von Wolfgang Luthardt, 2. Bd., Frankfurt a. M. 1978, S. 259 ff.; Eberhard Heupel: Reformismus und Krise: Zur Theorie und Praxis von SPD, ADGB und AFA-Bund in der Weltwirtschaftskrise 1929–1932/33, Frankfurt/New York 1980, bes. S. 164 ff. <sup>102</sup> Vgl. Karl Rohe: Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966. <sup>102a</sup> Oswald Göppfarth, geb. am 25. 10. 1875 in Weißenfels a.S. 1919–1930 SPD-Stadtverordneter, 1930–1933 ehrenamtlicher Stadtrat in Kassel. Vor 1933 Stadtkassendirektor und Gauführer des Reichsbanner-Gaus Hessen-Kassel. Gestorben am 25. 2. 1944 in Kassel. – Vgl. Bericht des Kasseler Polizeipräsidenten über den Gau Hessen-Kassel des Reichsbanners vom 15. 9. 1932, BA Koblenz R 58/352, Bl. 4; Stadtarchiv Kassel, Personenkartei. <sup>103</sup> Fritz Klingler, geboren am 5. 2. 1887 in Kassel. Gelernter Eisenbahn-Schlosser. Seit 1905 gewerkschaftlich organisiert, seit 1918 Mitglied der SPD. 1919–1933 Gewerkschaftssekretär der Ortsgruppe Kassel des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands. Gründungsmitglied und Abteilungsleiter des Kasseler Reichsbanners. Vor 1933 Bezirksvorsitzender der nordhessischen SPD, 1928–1933 Stadtverordneter in Kassel. 1944 im Zuge der Verhaftungsaktion nach dem 20. Juli für 5 Wochen im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Nach 1945 zunächst bei der Kasseler Polizei, dann im Wirtschaftsamt der Stadt Kassel tätig. Gestorben am 2. 11. 1952 in Kassel. – Vgl. WG-Akte F. Klingler. <sup>104</sup> Georg August Zinn, geb. am 27. 5. 1901 in Frankfurt a.M. 1920 Abitur an der Oberrealschule I in Kassel. 1920–1931 Kommunalbeamter bei der Stadt Kassel. 1923–1927 Jurastudium und 1. Juristische Staatsprüfung. 1928–1931 Gerichtsreferendar in Kassel und 2. Juristische Staatsprüfung. 1929–1933 Stadtverordneter in Kassel. Mitglied der Reichsbannerführung in Kassel bis 1933. 1931–1940 Rechtsanwalt in Kassel. Übernahm in der ersten Zeit nach der NS-Machtergreifung in mehreren Fällen die Verteidigung politisch Verfolgter vor Gericht. Mußte sich zeitweise versteckt halten. Juli 1933 kurzzeitig in Schutzhaft. Vorübergehende Schließung der Praxis. Verbot des Auftretens vor dem Hochverratsrat des OLG Kassel und vor dem Sondergericht. Mehrfache Maßregelung durch Gestapo. 1941–1945 Soldat. 1945 zunächst Landesgerichtsdirektor in Kassel. 1945–1949 hessischer Justizminister. 1948–1949 Mitglied des Parlamentarischen Rates. 1949–1951 Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Kassel. 1950–1969 hessischer Ministerpräsident. Zahlreiche, vor allem juristische Veröffentlichungen; u.a. Mitverfasser eines Kommentars zur hessischen Verfassung. Starb am 27. 3. 1976 in Frankfurt. – Vgl. Daten und Materialien zur Biographie im Stadtarchiv Kassel und im Archiv der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen; Bericht Inge Zinn (1982, J. Kammler/R. Schindehütte).

gust Quer<sup>105</sup> – gehörten in 15 Stadtbezirksgruppen 1932 etwa 4000 Mitglieder an. 1400 von ihnen – eine sehr hohe Zahl – waren in den seit 1930 aufgestellten „Schutzformationen“ zusammengezogen, die als militanter und besonders aktionsfähiger Kern des republikanischen Wehrverbandes fungieren sollten.<sup>106</sup>

Im Landkreis Kassel verfügte das Reichsbanner über mehr als 800 Mitglieder.<sup>107</sup> Entgegen der gelegentlich radikalen Rhetorik und den Erwartungen vieler Mitglieder war das Reichsbanner, wie persönliche Berichte vielfältig belegen, in seiner Praxis auf den Schutz von Parteiversammlungen und Wahlkampfkundgebungen, des Volksblatt-Gebäudes und des Gewerkschaftshauses beschränkt. Überdies wurden viele der Kasseler Mitglieder immer wieder für die überregionalen Großaufmärsche mobilisiert. Die als zuverlässig angesehenen Aktivisten waren mit Pistolen ausgerüstet. Einige von ihnen erhielten im Winter 1931/32 von Kasseler Polizeibeamten – der Kasseler Polizeipräsident Hohenstein war Sozialdemokrat und den Nationalsozialisten besonders verhaßt<sup>108</sup> – Ausbildung an Waffen.<sup>109</sup> Gelegentlich wurde auch auf Schießständen von Sportvereinen geübt. „Manöver haben wir keine gemacht, aber so ein bißchen militärische Übungen – auf Schießständen geschossen – waren schon da. Wir waren mit Pistolen ausgerüstet, nicht alle, sondern nur die, die sicher waren. Bei uns in Wehlheiden waren das 20 oder 30 von 140, die Pistolen hatten... Da wurde unter anderem auch das Volksblatt von uns, vom Reichsbanner und von Leuten der Eisernen Front bewacht. Wir sind am Tag an der Arbeit gewesen und haben uns jede zweite Nacht zur Verfügung gestellt und haben das Volksblatt bewacht. Das war 1932... Wir vom Reichsbanner haben mit der Möglichkeit gerechnet, daß es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit den Nazis kommt... Hier in Kassel hatten wir Zusammenstöße mit dem Stahlhelm und der SA, aber zu Schießereien ist es nicht gekommen, weil wir denen zu der Zeit noch überlegen waren.“<sup>110</sup>

Der mit der Eisernen Front beabsichtigte zusätzliche Mobilisierungseffekt blieb in Kassel offenkundig aus. Die Eiserner Front blieb – wie der ehemalige Kasseler Reichsbanner-„General“ Quer es formulierte – ein „Gummitiger“.<sup>111</sup> Der ohnehin vielfältig beanspruchte aktive Kern des sozialdemokratischen Lagers wurde ein weiteres Mal erfaßt, erhielt Anstecknadeln, Armbinden und Fahnen, ohne daß dadurch der sozialdemokratische Abwehrkampf gegen die zur Macht drängende NS-Bewegung entschiedener und zielgerichteter geworden wäre.<sup>112</sup> Zwar bündelten sich in diesen Formationen Draufgängertum, Kampfeswillen und Opferbereitschaft; ihre Massenauftritte verbreiteten Begeisterung und Zuversicht im eigenen Lager. In Wirklichkeit aber „wurde alles in der Schwebe gehalten. Die ‚Eiserne Front‘ marschierte bei politischen Kundgebungen in wuchtiger Stärke auf und füllte Riesensäule ... an dem Anblick ihrer Massen begeisterten sich die Redner, riefen das deutsche Volk gegen faschistische Gewaltstreiche zum äußersten Widerstand auf und sprachen die Verse gegen Tyrannenmacht aus Schillers ‚Willhelm Tell‘. Den ehrlichen Politiker aber, der die wahre Sachlage ahnte, beschlich oft das unbestimmte Gefühl, als ob dieses geräuschvolle Spielen mit Hämmern, Pfeilen und jungen Menschen doch nur Theaterdonner, Spiegelfechtereie und Selbsttäuschung sei. Darüber, daß die Republik äußerstenfalls nicht mit den bloßen Fäusten verteidigt werden konnte, war sich jeder Einsichtige klar.“<sup>113</sup>

Als der Staatsstreich von Papens in Preußen und die Beseitigung der sozialdemokratischen Positionen vor allem in der preußischen Polizei ohne entschiedene Gegenaktionen hingenommen wurden, muß das Bewußtsein von der inneren Ohnmacht der zur Schau getragenen Kraftgebärden viele Mitglieder ergriffen haben. In nahezu allen Rückblicken der Zeitgenossen erscheint die Tatenlosigkeit des Sommers 1932 als der entscheidende Wendepunkt. Man tat zwar weiterhin seine Pflicht, aber man glaubte im Innersten nicht länger an eine erfolgreiche Ge-

<sup>105</sup> Karl August Quer, geb. am 21. 4. 1891 in Eltmannshausen (Krs. Eschwege). 1909 Junglehrer in Spangenberg (Krs. Melsungen), 1913/14 Militärdienst als „einjährig Freiwilliger“. 1914–1918 Soldat, zuletzt als Leutnant und Kompanieführer. Gegen Kriegsende Mitglied des Soldatenrats in Libau. Deswegen inhaftiert und nur knapp der standgerichtlichen Erschießung entgangen. 1922 Eintritt in die SPD. Seit 1923 Lehrer in Kassel. Kasseler Stadtverordneter 1924–1933, bis 1932 für die SPD, danach als fraktionsloser Abgeordneter. Aus Protest gegen die SPD-Politik, vor allem die Unzulänglichkeit ihrer Bekämpfung des Nationalsozialismus, 1931 aus der Partei ausgetreten. Sympathisierte mit der SAP. Bei den Kasseler Nazis einer der meistgehaßten Männer. Bis 1931 Gauführer des Reichsbanners im Bezirk. Engagierter progressiver Pädagoge an der Bürgerschule 7 in der Kasseler Altstadt. Schrieb Gedichte und Theaterstücke und komponierte Lieder. 1933 aus dem Schuldienst entlassen. Tauchte zunächst bei Freunden unter. Verließ schließlich Kassel und ging nach Schneidemühl. Dort von der Gestapo verhaftet und nach Kassel überführt. Anschließend Polizeihäftling und „Schutzhäftling“ im KZ Breitenau. 1939 Rüstungsarbeiter in Pforzheim. Anschließend Dramaturg am Stadttheater Glogau (Schlesien). Nach dem 20. Juli 1944 erneut kurzzeitig inhaftiert. Nach 1945 Rückkehr in den Lehrerberuf. Schulrat des Kreises Witzenhausen. Er starb am 10. 7. 1962. – Vgl. biographische Skizze und Materialien von Volker Quer. <sup>106</sup> Zum Kasseler Reichsbanner s. den Bericht der Landeskriminalpolizeistelle Kassel (Abt. I) vom 15. 9. 1932 über die „Organisation des Reichsbanners im LKP-Bezirk“ (BA Koblenz, R 58/352), der detaillierte Angaben zur Stärke und zu den führenden Funktionären im Reichsbannergau Hessen-Kassel enthielt. Weiterhin: Berichte Rudolf Freidhof (1976), Axel Herwig (1978), August Peter (1976), Heinrich Vogt (1985), Albert Wesemeier (1985) sowie A. Mehmet: a.a.O., S. 108, 226 ff. <sup>107</sup> Bericht der Landeskriminalpolizeistelle Kassel vom 15. 9. 1932, a.a.O. <sup>108</sup> Siehe dazu die Akten des nach 1933 durchgeführten Dienststrafverfahrens gegen Dr. Adolf Hohenstein (StA Marburg, 165/6932); J. Kammler/D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 30 f., 279. <sup>109</sup> Bericht Albert Wesemeier (1985). <sup>110</sup> Bericht August Peter (1976). <sup>111</sup> Siehe biographische Skizze von Volker Quer. <sup>112</sup> Bericht August Peter (1976). <sup>113</sup> W. Hoegner: a.a.O., S. 30.

genwehr. Hinter der Fassade der fortgesetzten Wahlkampfeschlachten und Drohgebärden gegenüber der Rechten machten sich Skepsis und Resignation breit. Dies lag nicht zuletzt auch an der offenkundig fehlenden Bereitschaft der beiden großen Arbeiterparteien, die tiefgehende und zunehmend verfestigte Spaltung in Richtung auf eine gemeinsame Abwehr der faschistischen Gefahr zu überwinden. Auch die Kasseler SPD verwendete einen Großteil ihrer politischen Energie auf die Auseinandersetzung mit den Kommunisten, während die eigene Linksoption und die auf Vermittlung zwischen den großen Arbeiterparteien setzenden Zwischengruppen eher beiläufig abgetan wurden. Die Feindseligkeit und Gehässigkeit der Polemik des „Kasseler Volksblatts“ gegen die KPD stand der unseligen Sozialfaschismus-Polemik der „Neuen Arbeiter-Zeitung“ nicht nach.<sup>114</sup> Die schlagwortartige Re-

de von den „Kommu-Nazis“, den einander zuarbeitenden „Rechtsbolschewisten“ (NSDAP) und „Linksbolschewisten“ (KPD) ließ Kommunisten und Nationalsozialisten als gleichermaßen gefährliche „Zwillingsbrüder“ erscheinen.<sup>115</sup> Dies war keine gelegentliche Entgleisung in der Erbitterung über die kommunistische Sozialfaschismus-Polemik, sondern entsprach der schon vor der „ultralinken“ Wende der KPD-Politik befestigten sozialdemokratischen Abgrenzung gegenüber der KPD. Es war kein Zufall, daß der SPD-Bezirkssekretär in seiner gegen die NSDAP gerichteten Broschüre von der „sozialdemokratischen Arbeiterklasse“ sprach, so als gebe es neben ihr eine kleinere, ganz andere „kommunistische Arbeiterklasse“. Diese Wendung signalisierte, wie tiefgehend die Trennung der beiden Lager inzwischen wahrgenommen wurde.

#### 4. Das kommunistische Lager

Die KPD und die ihr verbundenen Organisationen erreichten in Kassel und Nordhessen nie die Bedeutung, die sie in anderen Städten und Regionen – etwa im Ruhrgebiet oder in Sachsen – besaßen. Hinsichtlich des Organisationsstandes gehörte sie auch in der Endphase der Republik zu den schwächsten Parteibezirken des Reichs.<sup>116</sup> Auch in ihren Wahlergebnissen lag sie regelmäßig unter dem Reichsdurchschnitt. Mit ihrem höchsten Ergebnis, das sie mit 14,4 % der Stimmen bei den November-Wahlen 1932 erreichte, lag sie in Kassel immer noch um mehr als 10 % hinter der SPD zurück.

Daß der KPD-Bezirk 22 – der den nordhessischen Teil des Regierungsbezirks Kassel einschließlich des thüringischen Schmalkalden, den Kreis Heiligenstadt sowie den südhannoverschen Kreis Hannoversch Münden umfaßte<sup>117</sup> – „in der Hierarchie der Bezirke ziemlich auf letzter Position“ stand<sup>118</sup>, wird durch die wenigen vorliegen-

den Daten bestätigt. 1929 betrug der Anteil des Bezirks an der KPD-Mitgliedschaft lediglich 0,6 %; bis 1931 sank der Anteil sogar auf 0,5 % ab. Der Bezirk bildete – obwohl er keineswegs der bevölkerungsschwächste war<sup>119</sup> – damit in den letzten Jahren vor 1933 in der Tat das „Schlußlicht“ unter den 27 KPD-Bezirken.<sup>120</sup> Die Mitgliederzahl der Bezirkspartei stieg zwischen 1921 und 1923 auf 2154, fiel bis 1925 auf einen Tiefstand von 500, stieg bis Anfang 1931 wieder langsam auf 971 und vergrößerte sich im Laufe des Jahres 1931 rasch auf 1960.<sup>121</sup> 1932 dürfte die Zahl der Mitglieder bei über 3000 gelegen haben, wobei auf die Stadt Kassel etwa 600, auf den Landkreis Kassel etwa 750 entfielen.<sup>122</sup> Die KPD erreichte damit in Kassel nur etwa ein Achtel der Organisationsstärke der SPD. Bemerkenswert ist, daß die KPD im Bezirk 22 erst 1932 wieder den Mitgliederstand von 1923 erreichte und ihn dann im Verlauf des Jahres wesentlich überschritt. Die Zahlen lassen

<sup>114</sup> Vgl. A. Mehmet: a.a.O., S. 197 ff. <sup>115</sup> Zahlreiche Karikaturen des „Volksblatts“ variierten dieses Thema. <sup>116</sup> Die Geschichte der KPD im Bezirk Hessen-Waldeck (Nr. 22 der KPD-Bezirke) in der Weimarer Republik ist bislang nicht näher untersucht. Einige Daten zur Organisation in der Endphase der Republik sind zusammengestellt bei C. Fischer-Defoy: a.a.O., S. 33 ff. Das Verhältnis zur SPD ist skizziert bei A. Mehmet: a.a.O., S. 212 ff. Den einzigen zusammenhängenden Materialbestand für die Zeit ab 1926 bilden die von einer Kasseler Bezirksredaktion verfaßte Beilage der in Hannover erschienenen „Neuen Arbeiter-Zeitung“ sowie die Akten der Politischen Polizei (vor allem: Bestand 175 StA Marburg, Polizeipräsidium Kassel, Politische Polizei). Im übrigen liegen 15 z. T. sehr umfangreiche Berichte von Angehörigen der KPD vor 1933 und des kommunistischen Widerstandes in der NS-Zeit vor sowie zahlreiche persönliche Darstellungen und Angaben in den Wiedergutmachungsakten. <sup>117</sup> Bericht Georg Merle (1975, A. Mehmet). <sup>118</sup> Bericht Georg Merle (1976, C. Fischer-Defoy). <sup>119</sup> Der Anteil der Einwohner des Bezirks an der Bevölkerung des Reichs betrug 1,8 %. <sup>120</sup> Siehe die Angaben bei Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1969, S. 368. <sup>121</sup> Ders.: a.a.O., S. 394. <sup>122</sup> Vgl. Bericht des kommissarischen Polizeipräsidenten in Kassel an das Landeskriminalpolizeiamt (Abt. I) in Berlin vom 30. 8. 1932 betr. die „Kommunistische Partei und ihre sämtlichen Hilfs- und Nebenorganisationen“ (IML/ZPA St 3/36). Nach den Angaben dieses Berichts addieren sich die Mitgliederzahlen der KPD in 15 nordhessischen Kreisen auf 2946. Es fehlen Angaben für die zum Bezirk 22 gehörenden Kreise Schmalkalden, Heiligenstadt und Hannoversch Münden. Vgl. auch C. Fischer-Defoy: a.a.O., S. 33 ff. Die in Interviews mit Zeitgenossen genannten Zahlen liegen z. T. erheblich höher, dürften sich aber eher an der großen Zahl von Neuaufnahmen unter Vernachlässigung der Fluktuation orientieren. Vgl. z.B. die sehr hohen Zahlenangaben bei Fritz Schmidt (Bericht 1977) und Karl Gschwendter (Bericht 1975).

weiter erkennen, daß die Partei bis 1925 den größten Teil der mit dem linken USPD-Flügel zu ihr gestoßenen Mitglieder verlor und dieser Verlust erst ab 1929, vor allem aber ab 1931 durch den Zustrom einer neuen Generation von Mitgliedern kompensiert werden konnte. Die neuen Mitglieder waren Arbeiter der jüngeren Generation im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, viele von ihnen 18- bis 25jährige Jungarbeiter, die nicht nur die Altersstruktur der Partei, sondern auch ihre politisch-soziale Struktur wesentlich veränderten. Dieser Wandel vergrößerte die Kluft zur SPD entscheidend.

Die von der oben skizzierten Struktur der Kasseler SPD deutlich unterschiedene Zusammensetzung der KPD läßt sich nicht nur durch Urteile von Zeitzeugen, sondern auch durch die Auswertung von Personendaten der in der NS-Zeit verfolgten Kommunisten belegen. Für 296 verfolgte Kasseler Kommunisten liegen die Altersangaben, für 156 von ihnen auch die Parteieintrittsdaten vor.<sup>123</sup> Hinsichtlich dieser Gruppe, die immerhin etwa die Hälfte – hinsichtlich der Parteieintrittsdaten ein Viertel – der Parteimitgliedschaft von 1932 umfaßt, ergibt sich für die Altersstruktur, daß 1932 55,4 % der Mitglieder zur jüngeren Generation der bis zu 30jährigen zählten (SPD Hessen-Kassel: 24,3 %). Für die Gruppe der bis zu 25jährigen beträgt der Anteil 30,4 % (SPD Hessen-Kassel: 9,3 %). Während bei der SPD die mittlere Generation (35–50 Jahre) auf einen Anteil von mehr als 40 % kam, betrug er bei der KPD lediglich 22 %. Noch deutlicher ist der Unterschied bei der Gruppe der über 50jährigen, deren Anteil bei der Kasseler SPD mehr als 17 % ausmachte, bei den Kommunisten dagegen nur ganze 2 %.

Was die Dauer der Parteizugehörigkeit angeht, waren bei den Kommunisten 1932 34,6 % nicht länger als ein Jahr in der Partei organisiert (bei der Kasseler SPD knapp 16 %). Während der nordhessischen SPD 46,7 % der Mitglieder länger als 5 Jahre angehörten, betrug dieser Anteil bei den Kasseler Kommunisten knapp 34 %. Diese Daten, die sich auf die Gruppe der in irgendeiner Form im Widerstand aktivierten und deshalb verfolgten Kommunisten beziehen, lassen sich mit Sicherheit nicht ohne weiteres auf die Kasseler KPD von 1932 insgesamt übertragen, konnten doch gerade viele der neugewonnenen jüngeren Mitglieder aufgrund ihrer schwachen Bindung an die Partei nicht für die illegale Arbeit gewonnen werden.

Fast alle neuen Mitglieder waren arbeitslos, manche mit nur sporadischer Unterbrechung seit ihrer Schulentlassung. Vielen von ihnen war es nicht möglich gewesen, eine Lehre abzuschließen und längere Zeit in einem Betrieb zu arbeiten. Der Anteil der Arbeitslosen an der Mitgliedschaft der KPD im Bezirk betrug schließlich 1932 etwa 90%.<sup>124</sup> Auch die älteren Facharbeiter unter den Kommunisten hatten fast alle in der Krise ihren Arbeitsplatz verloren; entsprechend schrumpften Zahl, Stärke und Bedeutung der kommunistischen Zellen in den großen Kasseler Betrieben. Georg Merle, vor 1933 einer der führenden Organisatoren des Kommunistischen Jugendverbandes im Bezirk<sup>124a</sup>, verweist im Rückblick auf das zentrale Dilemma der KPD, „eine Arbeitermacht schaffen zu wollen und gar keine Arbeiter mehr zu haben, sondern Arbeitslose“.<sup>125</sup> Der im Vergleich zur SPD wesentlich höhere Arbeitslosenanteil an der Mitgliedschaft der KPD hatte mehrere Gründe. So wurden die kommunistischen Arbeiter in der Krise gezielt entlassen. „Im Zuge der Krise waren die Unternehmer bestrebt, alle unzufriedenen ‚Elemente‘, insbesondere Kommunisten, aus den Betrieben rauszufeuern. Wo wir auch Betriebszellen hatten, bei Henschel, Wegmann und anderswo – die Zahl der Kommunisten, die sich dort halten konnten, nahm immer mehr ab. Vorwand war – sofern nicht irgendwelche offenen Streikaktionen und ähnliches vorlagen – immer ‚Arbeitsmangel‘.“<sup>126</sup> Die Betroffenen hatten von ihren Gewerkschaften wenig Schutz zu erwarten. Die Funktionäre der örtlichen ADGB-Verbände waren in der Regel eher erleichtert darüber, daß der kommunistische Einfluß auf die Betriebsbelegschaften und damit das Gewicht der innerverbandlichen Opposition zurückging. Diese schon vor 1928 deutliche Tendenz wurde durch die „ultralinke“ Wende der KPD auch in der Gewerkschaftspolitik seit Beginn der großen Krise dramatisch zugespitzt. Waren die kommunistischen Gewerkschafter bis 1929 gehalten, im Rahmen der Statuten und Beschlüsse ihrer Verbände zu handeln, bedeutete der Kurswechsel hin zur „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO) ab 1929, daß die kommunistische Verbandsopposition nunmehr bei Betriebsratswahlen eigene „rote Listen“ aufzustellen und gegebenenfalls Wirtschaftskämpfe auch ohne oder gegen die Verbandsführungen zu führen verpflichtet war. Die RGO-Taktik der KPD, deren innere Logik auf die Bildung eige-

<sup>123</sup> Die Daten wurden gewonnen aus: Entschädigungsakten der Kasseler „Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte“, Antragsteller A-Z, Stadtarchiv Kassel, A. 5. 55, Nr. 67; ca. 500 Wiedergutmachungsakten der Wiedergutmachungsbehörde beim RP Darmstadt, Archiv; Aufnahmebuch für Häftlinge des KZ Breitenau für die Zeit vom 1. 4. 1933 bis zum 13. 3. 1934, Archiv der Gedenkstätte Breitenau; ca. 200 Urteilsschriften aus den Archiven der JVA Kassel-Wehlheiden, der JVA Kassel-Leipziger Str., des LG Kassel, des OLG Frankfurt sowie von Privatpersonen. <sup>124</sup> Vgl. den Bericht des kommissarischen Polizeipräsidenten in Kassel vom 30. 8. 1932, a.a.O. <sup>124a</sup> Zur Biographie von Georg Merle vgl. J. Kammler/D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 352 ff. <sup>125</sup> G. Müller: a.a.O., S. 95. <sup>126</sup> Bericht Willi Belz (1975, A. Mehmet).

ner kommunistischer Gewerkschaftsorganisationen hinauslief, führte zu massenhaften Ausschlüssen von Kommunisten aus den ADGB-Verbänden und bewirkte ein drastisches Absinken des KPD-Einflusses auf Gewerkschaften und Belegschaften.<sup>127</sup> In Kassel blieb die RGO so schwach, daß sie zu offensiven Aktionen in den Betrieben nicht imstande war.<sup>128</sup> Statt dessen verlagerte sich die Aktivität der KPD auf die Bildung von Erwerbslosen-Ausschüssen, die auch in Kassel eine breite Aktivität entfalten.<sup>129</sup>

Vor allem aus der Schicht der arbeitslosen jungen Arbeiter, deren Hoffnung auf einen festen Arbeitsplatz und eine sichere Lebensperspektive radikal enttäuscht worden war, kamen die zahlreichen neuen Mitglieder, die ab 1929/30 zur KPD stießen. Ihrer Situation und ihrer Erfahrung entsprach der politische Kurs der KPD durchaus; er wurde nicht von der Parteiführung oder der kommunistischen Internationale lediglich oktroyiert, sondern von dieser Parteibasis getragen. Der Radikalität, mit der die Krise in ihre Lebensverhältnisse eingegriffen hatte, korrespondierte die Radikalität ihrer Absage an die kapitalistische Wirtschaftsordnung, an die ohnehin von der Rechten fortlaufend demontierte demokratische Republik und vor allem an die in der Krise zu offenkundiger Ohnmacht verurteilte Strategie des Kompromisses und der schrittweisen Veränderung, wie sie das sozialdemokratisch-freigewerkschaftliche Lager propagierte und praktizierte. Dieser neue, aus der Not und Aussichtslosigkeit der Krise geborene Arbeiterradikalismus, dem SPD und Gewerkschaften fremd und abwehrend gegenüberstanden, verband sich mit jenem älteren, der seine Unversöhnlichkeit aus der Erinnerung an die Opposition gegen die vaterländische Politik der SPD und der Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg und an die zum Teil blutige Niederwerfung des radikalsozialistischen Flügels der Arbeiterbewegung zwischen 1919 und 1923 bezog.

Die Separierung des kommunistischen Lagers reichte also bis in die Frühphase der Republik zurück; sie wurde durch die Entwicklung der KPD in der Krise lediglich verstärkt und zugespitzt. Aus Interviews wird deutlich, wie scharf die Trennungslinien zum sozialdemokratischen Lager gezogen waren und daß der politischen Spaltung zunehmend auch eine Differenz der sozialökonomischen Lebenslagen in der Arbeiterschaft entsprach. Als Hauptbasis der Kasseler KPD erscheint „das verarmte Proletariat“ der Altstadt mit ihren miserablen Wohnverhältnissen.

„Das war die Hochburg der Kommunisten, dort wohnte das verarmte Proletariat. Ich will nicht das gräßliche Wort ‚Lumpenproletariat‘ oder ‚asoziale Schichten‘ anwenden. Hier lebten die Leute auf der Schattenseite... Die Altstadt war rund um den Altmarkt, um den damaligen Altmarkt. Ganz enge Gassen waren die Judengasse, Essiggasse, Pomeranzengasse und die Fuldagasse... Da konnten sich die Leute oben die Hand reichen, weil die Fachwerkhäuser alle überbaut waren,... du konntest in die Schlafstube hineinsehen und in die Lebensgewohnheiten der Leute Einblick nehmen... Das waren die letzten Budicken, die bis auf den letzten Quadratmeter ausgebaut waren. Das Ungeziefel war in den Ritzen des Fachwerks, Holz arbeitet ja. Die Frauen konnten noch so sehr auf Sauberkeit achten, sie brachten das Zeug einfach nicht weg. Ja, bis das Bombardement das Wanzennest zusammengehauen hat... Wie hat sich das Leben in der Familie abgespielt? Natürlich hat das Eheleben unter den Aktivitäten des Vaters gelitten. Der Vater war Abstinenzler. Also nicht, daß er der Familie Geld entzogen hätte, daß er asozial, unsozial gewesen wäre. Doch durch die häufigen Maßregelungen, zwischenzeitliche Arbeitslosigkeit und seinen großen Opfersinn für die nach Geld lechzenden Arbeiterverbände gab es sehr oft finanzielle Schwierigkeiten in der Familie... Trotzdem sind es elf Geschwister geworden. Die Mutter hat auch mit verdient, indem sie nebenbei Zeitungen ausgetragen hat und für den deutschen Metallarbeiterverband kassiert hat... Der Mensch ist das Produkt seiner Umwelt, das gehört dazu. Wenn du einmal Wahlstatistiken von früher aus den verschiedenen Stadtteilen ansehen würdest, könntest du sehen, daß der Prozentsatz der Wählerstimmen in den Altstadtgebieten für die KPD höher war als für die Sozialdemokraten, ganz zu schweigen von den bürgerlichen Parteien, das steckte an, das war auch ein rettender Anker. Bei diesen Minderbemittelten mit geringem Lebensstandard, bei denen war das Gedankengut, sich zu wehren, groß. Die waren viel empfänglicher für die Kommunisten und bei denen auch besser aufgehoben. Das konnte ja auch niemand besser als die negierende Seite der Kommunisten. Man muß immer sehen, daß der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten der war, daß die Sozialdemokraten die vorhandene Staatsform als die ihre ansahen. Die Kommunisten aber, wenn sie schon staatliche Einrichtungen für richtig und notwendig hielten, sahen sie als ablösungsbedürftig an.“<sup>130</sup>

<sup>127</sup> Vgl. A. Enderle, H. Schreiner, J. Walcher, E. Weckerle: Das rote Gewerkschaftsbuch, 3. Aufl., Hamburg 1973 (zuerst erschienen: Berlin 1932), S. 135 ff. <sup>128</sup> In Kassel kam es während der großen Krise nicht zu einer einzigen größeren Streikaktion, schon gar nicht zu einem von der RGO initiierten Streik. Das folgt aus der Analyse der Tagespresse und der Archivalien und wurde von mehreren Interview-Partnern bestätigt. <sup>129</sup> Vgl. A. Mehmet: a.a.O., S. 82 ff., 212 ff. <sup>130</sup> Georg Merle in G. Müller: a.a.O., S. 29, 44 ff.

Schon zwischen den Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung gab es politische, soziale und emotionale Schranken.<sup>130a</sup> Die kommunistischen Kinder- und Jugendorganisationen, verankert vor allem in der Altstadt, traten in der Öffentlichkeit häufig aggressiv und rebellisch auf. Sie „machten Tamtam“ und provozierten.<sup>131</sup> Ihnen galten z. B. die „Naturfreunde“-Jugendlichen als „feinere Pinkels“, die sich auf Bildungsabenden mit den „höheren, kulturellen Dingen“ befaßten.<sup>132</sup> Als ähnlich elitär galt eine freisozialistische Jugendgruppe um Max Mayr,<sup>133</sup> die aus der Gewerkschaftjugend hervorgegangen war und später großenteils zum Internationalen Sozialistischen Kampf-Bund (ISK) stieß. In ihrer rebellischen Mentalität der Kommunistischen Jugend verwandter war die Kasseler Gruppe der Freien Jugend, deren Anhänger zu meist aus der sozialistischen Arbeiterjugend kamen. Ihre Idole waren militante Pazifisten, Anarchisten und Anarchosyndikalisten wie Ernst Friedrich, Erich Mühsam und Rudolf Rocker, die auch zu Diskussionsabenden nach Kassel kamen.<sup>134</sup>

Die außerordentliche Lebendigkeit des politisch-kulturellen Lebens in den Kasseler Arbeiterjugendorganisationen der Weimarer Republik – gekennzeichnet durch intellektuelle Neugier, ein ausgeprägtes Bildungsinteresse, unkonventionelle Formen politischer und kultureller Aktion – beinhaltete trotz aller organisatorischen und politischen Separierung immer auch einen Austausch über die Grenzen der Gruppen hinaus. Erst in den Krisenjahren vor 1933 zeigte sich auch hier eine Tendenz zur stärkeren Verengung des Wahrnehmungs- und Aktionsfeldes entlang den Linien der parteipolitischen Konfrontation. Der Kommunistische Jugendverband, der erst ab 1929 stärkeren Zulauf hatte und dessen Aktivität durch interne Schulungsarbeit und stärkere Einbeziehung in die politische Arbeit der Partei erst langsam an Substanz und Attraktivität gewann<sup>135</sup>, spielte im Spektrum der Kasseler Arbeiterjugendbewegung keine herausragende Rolle. Als sich schließlich die Jugendorganisation 1931/32 zu stabilisieren begann, verlor sie schnell wieder einen großen Teil ihrer aktiven Mitglieder an andere Organisationen des kommunistischen Lagers. Georg Merle berichtet z. B., daß von der größeren Stadtteilgruppe 2 (West/Wehlheiden) 1932 lediglich 12 Mitglieder verblieben, während die

übrigen zu den Sport- und Kulturorganisationen, zur „Antifaschistischen Aktion“ etc. abwanderten.<sup>136</sup>

Hier zeigten sich die negativen Folgen der kommunistischen Politik, den sozialdemokratischen Umfeldorganisationen um jeden Preis kommunistische entgegensetzen. Angesichts des Mangels an länger organisierten Mitgliedern und qualifizierten Funktionären führte dies zu einer politisch kontraproduktiven Überorganisation und zu einer ständigen Überbelastung der aktiven Mitglieder. Verstärkt wurde dieser Effekt noch durch das Bestreben der KPD, neben den der Partei enger verbundenen Organisationen ein möglichst eng geknüpftes Netz von Initiativen und „Kampfausschüssen“ im außerparlamentarischen Raum zu etablieren, die der Partei weiteren Massenanhang erschließen und ihre Agitation verstärken sollten. Während die kommunistische Erwerbslosenbewegung eine gewisse Eigendynamik und politische Ausstrahlungskraft entfaltete, blieben die übrigen Initiativen häufig kraftlos und führten nur zu einer Teilmobilisierung ohnehin schon vielfältig aktivierter Anhänger. So dürfte das Urteil eines Beobachters der Kasseler Politischen Polizei annähernd zutreffen, der über die Gründung eines „Kampfausschusses der werktätigen Mieter“ im September 1932 berichtete: „Vorerst muß bezweifelt werden, daß diese kommunistische Mieterbewegung in Kassel aktionsfähig sein wird. Schon die Tatsache, daß die Gründungsversammlung nur einen schwachen Besuch aufzuweisen hatte, zeigt, daß es sich hier um eine der vielen unter kommunistischem Einfluß stehenden Organisationen handelt, die auf Anweisung der kommunistischen Zentrale ohne genügende Vorbereitung gebildet werden, dann aber meist auch nicht entwicklungsfähig sind, weil die Masse der Kommunisten für all diese Unter- und Nebenorganisationen nur schwer zu gewinnen ist.“<sup>137</sup>

Ein anderer Aspekt der kommunistischen Organisationspolitik dieser Phase, der die Position der KPD schwächte, betraf den häufigen, ohne Rücksicht auf die Belange der unteren Parteigliederungen vorgenommenen Austausch führender Bezirksfunktionäre. „Das war ein Leidwesen der Partei, daß ortsgebundene Kräfte nicht groß werden konnten, daß dauernd dieser sogenannte demokratische Zentralismus von oben, vom ZK ausgeübt wurde. Da wurde laufend ausgewechselt; es gab keinen Bezirkssekretär

<sup>130a</sup> Vgl. zum folgenden die Darstellung des Spektrums der Kasseler Arbeiterjugendgruppen in: Der neuen Zeit entgegen. 75 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Kassel: a.a.O. <sup>131</sup> Georg Merle in G. Müller: a.a.O., S. 50 f. <sup>132</sup> Ders.: a.a.O., S. 29 f. <sup>133</sup> Zur Biographie von Max Mayr s. J. Kammler/D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 360 ff. <sup>134</sup> Bericht Karl Wack (1976, C. Fischer-Defoy). <sup>135</sup> Georg Merle in G. Müller, a.a.O., S. 84. – Der KJVD zählte nach Schätzungen ehemaliger Funktionäre 1932 in Kassel etwa 80–120 und im Bezirk etwa 300 Mitglieder. <sup>136</sup> G. Merle in G. Müller: a.a.O., S. 84. <sup>137</sup> Der komm. Polizeipräsident in Kassel – Landeskriminalpolizeistelle Abt. I – an den Polizeipräsidenten, Landeskriminalpolizeiamt (Abt. I), in Berlin, 27. 9. 1932 (StA Marburg, 165/3886, Bd. 1).

von längerer Dauer.“<sup>138</sup> So wurde der mit den Kasseler Verhältnissen vertraute, seit Mitte der 20er Jahre zu den führenden Funktionären der nordhessischen KPD gehörende Ernst Lohagen<sup>139</sup> 1931 als politischer Leiter des Bezirks überraschend abgelöst, ohne daß die örtliche Partei den Grund erfuhr. Wenig später wurde der Bezirkssekretär Walter Krämer, ein kompromißloser Vertreter des „ultra-linken“ Kurses<sup>140</sup>, von Kassel nach Hannover „versetzt“. Auf ihn folgte zunächst Robert Neddermeyer<sup>141</sup>, dann nach einigen Monaten 1932 der 25jährige Karl Barthel, der aus Thüringen nach Kassel entsandt wurde.<sup>142</sup> Aus Berichten damaliger Mitglieder der Bezirksleitung geht hervor, wie negativ sich diese unvermittelten „Versetzungen“ auf die Arbeit der Bezirksleitung und der regionalen Partei auswirkten.

Der politische Kurs der Reichspartei wurde in der Kasseler KPD – von einer interessanten Ausnahme abgesehen – rückhaltlos befolgt, durchaus gestützt auf die überwiegende Mehrheit der Mitglieder. Die Politik der „Einheitsfront von unten“ gegenüber der SPD – gekennzeichnet durch die scharfe Frontstellung gegen die SPD-Führung, die als „sozialfaschistisch“ diffamiert wurde, und die gleichzeitige Werbung um die sozialdemokratischen Arbeiter – stieß innerparteilich kaum auf Kritik. Die typischen Formeln dieser Abgrenzungspolitik, die auf die baldige Übertreibung der SPD in der Gunst der Arbeiterwähler setzte, wurden in der „Neuen Arbeiter Zeitung“ unzählige Male wiederholt: „Der Hauptfeind der Arbeiterklasse ist der Kapitalismus. Die SPD, die unter der Maske des Kampfes die Werktätigen mit ihren Todfeinden aussöhnen will, ist die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Um den Sturz des Kapitalismus herbeizuführen, ist es notwendig, diese Hauptstütze zu beseitigen. Und deshalb führen wir den

Kampf nicht gegen die SPD-Arbeiter, sondern gegen die sozialdemokratischen Führer... Ihr SPD-Arbeiter gehört zu unserer Klasse und kämpft an einer falschen Front.“<sup>143</sup> Die Gefahren einer faschistischen Diktatur wurden zwar immer wieder beschworen; aber der Gedanke an die nahe Revolution unter kommunistischer Führung und die Verminderung des Einflusses der SPD als Voraussetzung zur Etablierung „Räte-Deutschlands“ bewegte die Partei offenkundig mehr als die drohende Gefahr des gemeinsamen Untergangs beider Arbeiterparteien. So gab die „Neue Arbeiter Zeitung“ der Auseinandersetzung mit SPD und ADGB häufig mehr Raum, als dem publizistischen Kampf gegen die NSDAP.<sup>144</sup> In den Rückblicken Beteiligter wird diese Politik mitunter scharf kritisiert, zugleich aber auch die Faszination durch die vermeintliche Nähe des revolutionären Ziels betont: „Es war ja immerhin eine Periode, in der wir sagten: Wir kommen in eine revolutionäre Situation, wir kommen zur Heranführung der Massen an die Diktatur des Proletariats, wir kommen in die Situation des Kampfes um die politische Macht. Es war eine Vernachlässigung der Pläne, der Aktivitäten und der Zielsetzung der Reaktion, der Klassengegner; stattdessen haben wir den Kampf gegen die SPD geführt – fälschlich, heute gesagt. Sie sprach dich an, diese Hochstimmung: ‚Alles in die Sielen, in die Riemen‘... ‚Wir sind dran‘“.<sup>145</sup> Diskussionen über die Problematik dieses Kurses habe es in der Bezirksleitung nicht gegeben: „Ich habe da nichts von einer Auseinandersetzung gehört, daß vielleicht jemand gesagt hätte, wir dürfen die Sozialdemokraten nicht so anpacken... Die Einstellung der SPD war völlig unverständlich für uns.“<sup>146</sup> „Die Frage des Sozialfaschismus, das ist nicht so sehr nur eine Linie oder eine Besonderheit der linkssektiererischen Gruppen gewe-

<sup>138</sup> Bericht Georg Merle (1976, C. Fischer-Defoy). <sup>139</sup> Ernst Lohagen, geb. am 12. 5. 1897 in Elberfeld. Arbeiter. Seit ihrer Gründung Mitglied der KPD. 1919 hauptamtlicher Funktionär des Kommunistischen Jugendverbandes Rheinland-Westfalen. Während des Kapp-Putsches in der Kampfleitung der „Roten Ruharmee“. Nach deren Niederwerfung bis 1924 inhaftiert. 1924/25 und seit 1928 politischer Leiter des Bezirks Hessen-Waldeck der KPD. Seit 1926 KPD-Stadtverordneter in Kassel und Abgeordneter des Provinziallandtages, 1930 Reichstagsabgeordneter. 1931 als politischer Leiter in Kassel abgelöst. 1932 nicht mehr als Kandidat für den Reichstag aufgestellt. 1933/34 KZ-Haft. Nach der Entlassung maßgeblich an der Organisation des KPD-Widerstandes in Nordhessen beteiligt. 1935 erneut verhaftet und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis zur Befreiung 1945 in Haft. Ernst Lohagens Frau Paula, seit 1926 Mitglied der Kasseler Bezirksleitung, wurde 1935 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, anschließend im KZ inhaftiert und 1942 in Auschwitz ermordet. Nach 1945 stieg Ernst Lohagen zum Mitglied des ZK der SED auf, verlor nach 1952 aber seine leitenden Parteifunktionen. – Siehe H. Weber: a.a.O., S. 209 f.; W. Belz: Die Standhaften, a.a.O., S. 136; Bericht Georg Merle (1976). <sup>140</sup> Bericht G. Merle (1976). Biographische Daten zu Walter Krämer sind nicht bekannt. <sup>141</sup> Robert Neddermeyer, geb. am 3. 4. 1887 in Altona. Fischer, Matrose. 1907 Mitglied der SPD. Beteiligt am Matrosenaufstand 1918 in Kiel. Seit 1919 Mitglied der KPD. Parteifunktionen in Bielefeld und in Niedersachsen. 1924–1928 Reichstagsabgeordneter der KPD. Gehörte 1925/26 zur innerparteilichen Oppositionsgruppe um Karl Korsch u.a.. 1925 nach Kassel „versetzt“. 1927 bis 1928 politischer Leiter im Bezirk Hessen-Kassel. 1928–1933 Abgeordneter des preußischen Landtags. 1929 in die Bezirksleitung Ostpreußen der KPD entsandt. 1931 RGO-Funktionär. 1933 nach Prag emigriert. Im Sommer 1933 zur illegalen Arbeit nach Deutschland zurückgekehrt. Im Oktober 1933 verhaftet. Nach 2 Jahren Haft bis 1936 im KZ. 1944 zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt. Nach 1945 SED-Mitglied und Bauernfunktionär in der SBZ und DDR. Neddermeyer starb am 18. 10. 1965. – Siehe H. Weber: a.a.O., S. 231. <sup>142</sup> Karl Barthel, geb. am 20. 3. 1907 in Lohmen bei Pina. Metallarbeiter. 1932 Mitglied der Kommunistischen Jugend, 1926 der KPD. 1929 Abgeordneter des thüringischen Landtages, 1932 jüngster Reichstagsabgeordneter. Im gleichen Jahr Bezirkssekretär der Kasseler KPD. Nach dem Reichstagsbrand verhaftet und während der gesamten Naziherrschaft im KZ. Konnte Nachrichten über die Haftbedingungen im KZ nach draußen schmuggeln. Lebte nach dem Krieg in der SBZ und DDR. Veröffentlichte 1946 den KZ-Bericht „Die Welt ohne Erbarmen“ (Rudolstadt, Greifenverlag). – Siehe H. Weber: a.a.O., S. 66. <sup>143</sup> „Neue Arbeiter Zeitung“, 14. 2. 1932 („Plumpe sozialdemokratische Hetze in Harleshausen“). <sup>144</sup> Eine Auszählung von Artikeln der NAZ für den zufällig gegriffenen Monat Juni 1931 ergibt, daß sich – verglichen mit den auf die NS-Bewegung bezogenen Artikeln – fast doppelt so viele Artikel mit SPD und ADGB befaßten. <sup>145</sup> G. Merle in G. Müller: a.a.O., S. 88. <sup>146</sup> Bericht Karl Wack (1976, C. Fischer-Defoy).

sen. Das war leider, das muß man doch sagen, ein Slogan der Gesamtpartei. Dazu hat es erst nachher Auseinandersetzungen gegeben. Vor dem 30. 1. 1933 hat es da bis unten hin kaum etwas gegeben. Im Gegenteil! Auf der Parteikonferenz nach dem 12. EKKI-Plenum kommt die Aufgabenstellung der Partei ganz klar zum Ausdruck: Weg mit dem Sozialfaschismus, Heranführen der Massen an den Kampf um die Macht, den Kampf für die Arbeiter- und Bauernrepublik!<sup>147</sup> „Es war keine Möglichkeit, zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf einen Nenner zu kommen. Leider war es so – von oben runter bis zu den einzelnen Mitgliedern. Die Mitglieder an der Basis hörten immer auf das, was ihre Zentrale in Berlin durchgab... Die einzige gemeinsame Aktion war die Kundgebung von Reichsbanner und Kommunisten im November 1932 mit Freidhof und Lohagen.“<sup>147a</sup>

Die Einheit der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die faschistische Massenbewegung, deren Notwendigkeit in der örtlichen Parteipresse von SPD und KPD vor allem 1932 unentwegt beschworen wurde, wurde von KPD wie SPD als Einheit unter ihrer jeweiligen Führung verstanden, die sich durch den Anschluß der Anhänger der jeweils anderen Partei leicht herstellen lasse. Die kommunistische „Neue Arbeiter Zeitung“ wie das sozialdemokratische „Kasseler Volksblatt“ wurden nicht müde, entsprechende Appelle von übergetretenen ehemaligen Mitgliedern und Funktionären der anderen Partei herauszustellen und die Auflösung des feindlichen Arbeiterlagers zu suggerieren.<sup>148</sup> Klassisch war die Antwort des SPD-Bezirkssekretärs Karl Hermann, an die sich der damalige Abgesandte der KPD-Bezirksleitung, der im November 1932 ein – angesichts der unmittelbar darauffolgenden Bekräftigung der Sozialfaschismus-These auf dem KPD-Bezirksparteitag offenkundig halbherziges – Angebot zur gemeinsamen Abwehr der faschistischen Bewegung überbrachte, erinnert: „Ja, was willst du denn! Wir sind die große, starke Partei. Kommt zu uns, dann haben wir die Einheit.“<sup>148a</sup> Daß es beiden Parteien, ganz offenkundig auch der KPD, letzten Endes darum ging, im Ringen um die Arbeiterwähler dem naheliegenden Einheitsfrontgedanken zwar Rechnung zu tragen, entsprechende Stimmungen im eigenen Lager aber umgehend parteipolitisch zu kanalisieren, hatte sich in Kassel auch im Sommer 1932 gezeigt. Ausgehend von der Feststellung, daß eine „tiefe Sehnsucht für ein einiges Zusammengehen gegen die faschistische Gefahr ... durch die Arbeiterschaft“ gehe, hatte der

Ortsausschuß Kassel des ADGB eine Anfrage an KPD und SPD veröffentlicht, ob beide Parteien bereit seien, unter bestimmten Bedingungen – Schließung eines politischen Burgfriedens, Einstellung des „politische(n) und persönliche(n) Kampf(es) gegen die Parteien und deren Führer“ und gegen die ADGB-Führung, Bildung eines gemeinsamen Ausschusses von ADGB, SPD und KPD zur Durchführung antifaschistischer Aktionen – zusammenzugehen.<sup>148b</sup> Obwohl diese Anfrage ohne Zweifel vorwiegend auf die Position der SPD zugeschnitten und eine gewisse Abstimmung der am Ort eng verflochtenen Organisationen von ADGB und SPD mit dem Ziel der öffentlichen „Entlarvung“ der KPD anzunehmen war<sup>148c</sup>, ließ die KPD dadurch, daß sie die Anfrage schlichtweg ignorierte, ihrerseits erkennen, wie wenig ihr an einer Probe aufs Exempel lag und daß es ihr primär um die Befestigung und Ausdehnung des eigenen Lagers ging. Daß sie damit das Kalkül der Gegenseite bestätigte und erheblich an Glaubwürdigkeit einbüßte, nahm sie in Kauf.

Gleichermaßen unnachsichtig und feindselig verfahren KPD und SPD mit den abgespaltenen kleinen Linksparteien, die sich als Kristallisationskerne einer erneuerten und vereinten Arbeiterbewegung verstanden und unablässig auf die Notwendigkeit des Zusammengehens beider großer Arbeiterparteien in der Abwehr der NS-Bewegung hinwiesen. Die örtlichen Gruppen der „Sozialistischen Arbeiter-Partei“ (SAP), des „Internationalen Sozialistischen Kampfbundes“ (ISK) und der von ausgeschlossenen „rechten“ Kommunisten gegründeten KPD-Opposition (KPO) wurden von beiden großen Parteien als unbedeutende, wenngleich gefährliche „Spalterorganisationen“ abgetan. In der Wahrnehmung der „Neuen Arbeiter Zeitung“ war die linkssozialistische SAP viel gefährlicher als die SPD, da sie die „Radikalisierung der Massen in der Entwicklung zum Kommunismus abzuschwächen und zu verhindern“ suche.<sup>149</sup> Diese Polemik stand allerdings in einem Zusammenhang, der für die örtliche KPD besonders brisant war, betraf er doch die einzige bedeutsame Abweichung offizieller KPD-Vertreter vom Parteikurs. Die drei Abgeordneten der KPD im Kasseler Stadtparlament hatten „ohne Wissen der Bezirksleitung“ 1932 eine Fraktionsgemeinschaft mit den zur SAP übergetretenen SPD-Stadtverordneten gebildet und sich auch mit einer KPO-Abgeordneten abgestimmt. Dieser im Interesse einer Stärkung des linken Flügels im Stadtparlament sehr sinnvolle Schritt mußte als „opportunistische“ Über-

<sup>147</sup> Bericht Georg Merle (1976). <sup>147a</sup> Bericht Karl Gschwendter (1975). <sup>148</sup> Vgl. z. B. „Neue Arbeiter Zeitung“, 8. 12. 1931 („Die Zersetzung in der Kasseler SPD“) und „Kasseler Volksblatt“, 19. 4. 1932 („Aufruf. An die kommunistischen Arbeiter!“). <sup>148a</sup> Bericht Karl Gschwendter (1975). <sup>148b</sup> Die Anfrage wurde ohne Kommentar veröffentlicht im „Kasseler Volksblatt“, 13. 7. 1932. <sup>148c</sup> Darauf verwies auch die prompte und in allen Punkten zustimmende Antwort des Bezirksvorstandes der SPD schon am folgenden Tag („Kasseler Volksblatt“, 14. 7. 1932). <sup>149</sup> „Neue Arbeiter Zeitung“, 19. 5. 1932 („Verstärkt den Kampf gegen die gefährlichsten Schädlinge innerhalb der Arbeiterbewegung“).

nahme von „sozialdemokratisch-parlamentarischen Gesichtspunkten“ von den kommunistischen Stadtverordneten zurückgenommen und widerrufen werden.<sup>150</sup> Das parlamentarische Handeln der KPD sollte ihre außerparlamentarische Agitation verstärken und durch die unmittelbare Präsentation von Forderungen der verelendeten Arbeitslosen-Massen ohne Rücksicht auf die desolante Finanzlage der Kommune die Glaubwürdigkeit der Partei und die Handlungsunfähigkeit der politischen Verantwortlichen demonstrieren.<sup>151</sup> In den Anträgen der KPD im Kasseler Stadtparlament artikuliert sich die Wut derjenigen, die sich von den politischen Amtsträgern und der öffentlichen Verwaltung im Stich gelassen sahen, die nicht mehr wußten, wie sie sich und ihre Familien am Leben erhalten sollten, die ihre Wohnungen verloren und die die achselzuckende Hilflosigkeit der staatlichen und kommunalen Repräsentanten nur noch als Provokation empfanden. Dies galt auch für die Wahrnehmung der SPD-Politik in der Krise. Die auch von der Kasseler SPD-Fraktion im Rathaus verfolgte Linie, den parlamentarischen Mechanismus trotz der weitestgehenden Entmachtung der Kommunen auch um den Preis der eigenen Glaubwürdigkeit unbeirrt zu verteidigen, sich „verantwortungsbewußt“ – wenn auch mitunter zähneknirschend – in die gegebene Lage zu schicken und das unter diesen Bedingungen Mögliche korrekt und solide zu leisten und weitergehende Unterstützungsanträge der KPD für die Erwerbslosen durch den trockenen Verweis auf Deckungslücken im Haushalt abzuwehren, mußte in den Ohren der Betroffenen – deren Misere nach Hilfe ohne Umweg und Verzug verlangte – wie blanker Hohn klingen. Die Neigung, die aus Angst, Erschöpfung und Verzweiflung gespeiste Hysterie der verelendeten Massen eher als Folge denn als Ursache der Politik von KPD und NSDAP wahrzunehmen, verbaute der SPD die Einsicht in die Notwendigkeit direkten, unmittelbaren Handelns zur Bewältigung der ökonomischen und politischen Krise. Da sie die gesellschaftliche Notwendigkeit des kommunistischen Radikalismus und Aktionismus nicht begriff, konnte und wollte sie die eventuell gegebenen Möglichkeiten zu einem begrenzten Zusammengehen auch ihrerseits nicht nutzen. Auf kommunistischer Seite entsprach dem die Pauschalität ihrer Polemik gegen die SPD wie ihrer Wahrnehmung der politischen Konstellation in der Endphase der Republik. Mit dieser Republik von Anfang an verfeindet, von ihr verfolgt und zeitweise verboten, machte die KPD kaum noch einen Unterschied zwischen dem politischen System der Präsidialkabinette

und einer drohenden Nazidiktatur. Da schon die politische Verfassung Deutschlands seit 1930 als Form faschistischer Diktatur gekennzeichnet wurde, wurde einerseits die Gefahr der Nazi Herrschaft in der Kontinuität der gegenwärtigen Erfahrungen vorgestellt, andererseits der aktuelle Zustand und die verbliebenen demokratisch-rechtsstaatlichen Strukturen als nicht besonders verteidigungswert wahrgenommen.

So wurde die Bekämpfung der NS-Bewegung von der KPD vor allem als Element ihrer revolutionären Perspektive verstanden, nicht als absolut vorrangiges Erfordernis einer Abwehrstrategie zur Verteidigung der gesamten Arbeiterbewegung. Mit dem 1930 gegründeten „Kampfbund gegen den Faschismus“ und der „Antifaschistischen Aktion“ des Frühsommers 1932 versuchte auch die Kasseler KPD, über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus Unterstützung für den Kampf gegen die NSDAP zu mobilisieren.<sup>152</sup> Obwohl dies teilweise gelang, blieb die Mobilisierung doch im wesentlichen auf das kommunistische Lager beschränkt. Trotz nahezu pausenloser, bis zur Erschöpfung der Mitglieder und Funktionäre betriebener politischer Aktivität konnte die Isolation des kommunistischen Lagers nicht entscheidend durchbrochen werden.

Aktionswille und ständige Mobilisierung konnten auch nur mühsam die Schwierigkeiten überdecken, die die KPD mit der Integration der großen Zahl neuer Mitglieder und mit den Verselbständigungstendenzen ihrer schon unter den gegebenen Bedingungen illegal und konspirativ arbeitenden Mitglieder hatte. „Die Partei hat den Zulauf von Massen in den Krisen Jahren nicht verkraften können. Darunter waren viele, die aus Feigheit und um des persönlichen Vorteils willen fast über Nacht nach dem 30. Januar das Hemd gewechselt haben. Unter Umständen gehörten die dann später sogar zu den Knüppelgardien, die die Arbeiterbewegung mit Brachialgewalt aufrollten.“<sup>153</sup> „Die Menschen, die nur aus Armut und Not heraus zur Partei kommen, geben nicht die Kämpfer ab, weil sie das Hemd wechseln, wenn sie einen schönen Brocken zugeworfen bekommen. Da, wo ich wohnte, war die ‚Rote Burg‘, ... da wohnten nur Kommunisten, nach der Machtergreifung am 30. 1. 33 ist ein Funktionär aus dieser Wohngebietsgruppe auf einem Nazi auto gefahren und hat die Hakenkreuzfahne geschwenkt. Das war so ein Mensch, der kein Grundwissen und keine feste Weltanschauung hatte.“<sup>154</sup> Mitgliederfluktuation und rastloser Aktionismus führten dazu, daß die politische Schulung der neuen Mitglieder stark in den Hintergrund trat. „Wenn man von einem

<sup>150</sup> Ebd. <sup>151</sup> Vgl. A. Mehmet: a.a.O., S. 215 f. <sup>152</sup> Vgl. C. Fischer-Defoy: a.a.O., S. 338 f.; Bericht W. Belz (1975); W. Belz: Die Standhaften, a.a.O., S. 17 ff. <sup>153</sup> Bericht Georg Merle (1975). <sup>154</sup> Bericht Karl Gschwendter (1975).

dauernden Zu- und Abgang der Mitglieder spricht, so trifft das zum Teil zu. Soweit die Zellen-Abende überhaupt zu einer regelmäßigen Mitarbeit der Mitglieder führten, waren sie immer nur angefüllt mit Parteaufträgen, mit der Durchführung von Aktionen. Aber daß man wirklich – wie wir das als Jugendverband gemacht haben – Elementarwissen verhandelt hat“, sei kaum noch vorgekommen.<sup>155</sup>

Ein anderes Problem für die Kasseler KPD waren die illegal weiterarbeitenden Zirkel des seit 1929 verbotenen „Roten Frontkämpfer-Bundes“ (RFB). In diesen von der Partei nur schwer zu kontrollierenden Kreisen kam es im Zuge der Vorbereitung auf den Eventualfall einer bewaffneten Auseinandersetzung zu „Gewaltkult und Militärspielerei“.<sup>156</sup> „Die Partei hatte ernste Sorgen mit diesen Leuten, die dem individuellen Terror anhängen. Die waren ja fast mal imstande, die ganze KPD-Bezirksleitung zu verhaften und totzuschlagen! Das waren alte RFB-Leute... Leute, die das Schießessen schnell bei der Hand hatten, ohne daß die Partei die Kontrolle über sie hatte und es gebilligt hätte... Die Partei und auch die Bezirksleitung waren gegen den individuellen Terror... Wenn Gewalt, dann gezwungenermaßen, weil die Reaktion die Gewalt sucht und die Gewalt braucht.“ Dieser Kreis von RFB-Leuten „war eine richtig verschworene Bande, die Kleinkrieg und Bürgerkrieg spielte. Die hatten Waffen; die haben Sprengstoffdiebstähle gemacht ohne Wissen der Partei, ... haben die einzelnen direkt in den Eid genommen ... Die wurden zu Treue und unbedingtem Gehorsam in diesem Zirkel vereidigt und mußten auf Gedeih und Verderb mitmachen. Das war eine verhältnismäßig kleine Gruppe, aber gefährlich.“<sup>157</sup> Hier zeigten sich autoritäre Mentalitäten und Verhaltensmuster, wie sie unter den Mitgliedern aller Wehrverbände – auch im Reichsbanner – zu finden waren. Die Vorbereitungen der Gesamtpartei auf die Illegalität, mit der man nicht erst 1932/33 rechnete, bewegten sich in anderen Bahnen. Zwar gab es auch hier den Versuch, Waffen für den Ernstfall eines Bürgerkrieges zu sammeln. Aber die KPD war – ähnlich wie die SPD – in keiner Weise für eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der Rechten oder gar mit der Reichswehr gerüstet. Im wesentlichen beschränkten sich die 1931/32 einsetzenden Vorbereitungen der Kasseler Kommunisten auf Verbot und Verfolgung auf sehr viel weniger spektakuläre Maßnahmen. So wurden vor allem eventuell belastende Materialien, Mitgliederlisten etc. schon ab Anfang 1932 aus den Büros der

kommunistischen Organisationen entfernt. Die Kasseler politische Polizei berichtete nach einer Durchsuchungsaktion Mitte August 1932, daß die „Geschäftsstellen ... zum größten Teil geräumt“ waren. „Die noch vorhandenen Akten enthielten belanglosen Schriftwechsel. Allgemein ist durch die Durchsuchungen bestätigt, daß die KPD und ihre Nebenorganisationen schon seit längerer Zeit sich auf Illegalität eingestellt haben.“<sup>158</sup> Dazu gehörte u. a., daß in Ansätzen mit der organisatorischen Umstellung der Partei auf 5er-Gruppen begonnen wurde und daß besonders gefährdete Funktionäre sich Ausweichquartiere sicherten. Darüber hinaus versuchte die KPD, eingeschleuste Spitzel zu identifizieren und ihrerseits Informanten bei der Polizei und der Reichswehr zu gewinnen. In beiden Fällen war die nordhessische KPD nicht sehr erfolgreich. Die politische Polizei war durchgängig gut über parteiinterne Vorgänge informiert und verfügte auch nach der Machtergreifung der NSDAP über „Vertrauensleute“ im illegalen Apparat der Partei.<sup>159</sup> Demgegenüber blieben die kommunistischen Versuche, auf Polizei und Reichswehr einzuwirken, weitestgehend auf die ungezielte Agitation mit schriftlichem Material beschränkt.<sup>160</sup>

Die Handlungszwänge ihres Kurses und die Hektik ständig angespannter Aktivität ließen ein Innehalten und eine unbefangene Standortbestimmung der KPD im Angesicht der faschistischen Gefahr nicht zu. Zu sehr war sie – gestärkt durch die eigenen Wahlerfolge – auf die Chance des entscheidenden politischen Durchbruchs zur führenden Arbeiterpartei fixiert, als daß sie die Möglichkeit einer vernichtenden, langfristig wirksamen Niederlage der gesamten Arbeiterbewegung ernsthaft ins Auge gefaßt hätte. Die Stimmung der Mitgliederschaft war bestimmt von der Überzeugung, kaum noch etwas verlieren und alles gewinnen zu können – notfalls nach einer kurzen Phase faschistischer Herrschaft. Die Entschlossenheit, die unbeirrte Aktions- und Opferbereitschaft gerade vieler junger Mitglieder, die alle ihre Hoffnungen auf einen sozialistischen Ausweg aus der Katastrophe der kapitalistischen Wirtschaftskrise setzten, schien ein sicheres Unterpfand für ein erfolgreiches Bestehen der bevorstehenden politischen Kämpfe zu sein. Wie begrenzt die eigenen Möglichkeiten der Gegenwehr gegen ein alle Instrumente staatlichen Terrors bedenkenlos einsetzendes Regime sein würden, drang nur wenigen Kommunisten ins Bewußtsein.

<sup>155</sup> Bericht Georg Merle (1976). <sup>156</sup> D. Peukert: Die KPD im Widerstand, a.a.O., S. 59. <sup>157</sup> Bericht Georg Merle (1976). <sup>158</sup> Landeskriminalpolizei Kassel (Abt. I) an den Preuß. Minister des Innern, 24. 8. 1932 (StA Marburg, 165/3884, General- und Sonderakten betr. Wahlsachen 1930–34). <sup>159</sup> Vgl. die Zusammenstellung der Ausgaben der Politischen Polizei für „Vertrauensmänner“ bei KPD und „Linksorganisationen“ bis Ende März 1933 (StA Marburg, 165/3847 – Sonderakten betr. die Landeskriminalpolizeistelle). <sup>160</sup> Bericht August Schülbe (1976, C. Fischer-Defoy).

## 5. Die linken Splittergruppen der Kasseler Arbeiterbewegung

In der Endphase der Weimarer Republik gab es im Spektrum der Kasseler Arbeiterbewegung eine Reihe kleinerer politischer Gruppen und Parteien, deren politische Bedeutung die Zahl ihrer Mitglieder und Anhänger durchaus überstieg. In ihnen vor allem artikulierte sich das Bewußtsein von der tödlichen Gefahr, die die Spaltung in zwei zunehmend voneinander isolierte Blöcke für die Existenz der Arbeiterbewegung bedeutete. Ihre Versuche, zwischen den beiden verfeindeten Lagern zu vermitteln, waren allerdings in den Augen vieler Arbeiter mit dem Makel behaftet, trotz aller Forderungen nach einer Einheit der Arbeiterbewegung gegenüber der faschistischen Bewegung durch die bloße Existenz zusätzlicher Organisationen die

Aufspaltung der Arbeiterbewegung zu vergrößern. So oberflächlich diese Beurteilung war, daß man nicht erst spalten dürfte, wenn man die Einheit wolle, verhinderte ihre scheinbare Plausibilität doch eine breitere Wirkung dieser Gruppen. Neben den durch die Konfrontationspolitik der beiden großen Arbeiterparteien befestigten Loyalitätsbindungen war es paradoxerweise gerade die besonders 1932 in der Arbeiterschaft lebendige Stimmung zugunsten vereinten Handelns, die – weil sie durch die Führungen der beiden großen Parteien im Rahmen der Ersatz-Einheit des jeweiligen Lagers aufgefangen werden konnte – einen größeren politischen Erfolg der Zwischengruppen vereitelte.

### 5.1 Der „Internationale sozialistische Kampf-Bund“

Eine dieser Gruppen war der aus dem „Internationalen Jugend-Bund“ (IJB) hervorgegangene „Internationale Sozialistische Kampf-Bund“ (ISK), der sich 1926 als Partei konstituierte, nachdem seine Mitglieder aus der SPD aufgrund eines 1925 ergangenen Unvereinbarkeitsbeschlusses ausgeschlossen worden waren.<sup>161</sup> IJB und ISK waren das Werk Leonhard Nelsons, Philosoph und Mathematiker an der Göttinger Universität.<sup>162</sup> Nelson verstand den ISK als Vorstufe einer klassenkämpferisch-sozialistischen „Partei der Vernunft“, die die Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden sollte. Organisation und Praxis dieser kleinen, exklusiven Gruppierung waren von dem Ziel bestimmt, qualifizierte und eigenständige Führungskräfte zur Realisierung dieses großen Projekts heranzubilden. Nelsons politische Theorie und organisatorische Konzeption unterschieden den ISK scharf von den übrigen Parteien und Gruppen der Arbeiterbewegung. Grundlage des politischen Selbstverständnisses war ein ethischer Sozialismus, der die marxistische Theorietradition und vor allem ihr Hegelsches Erbe als zu axiomatisch und dogmatisch ablehnte, ohne ihre Ergebnisse einfach zu negieren. Nelsons Kritik zielte besonders auf das Defizit einer sozialistischen Ethik und Handlungslehre, auf das Auseinanderklaffen von gesellschaftsveränderndem Anspruch und subjektiver Praxis in der Arbeiterbewegung. Daraus folgte

das außerordentliche Gewicht, daß Nelson und die von ihm geprägte Organisation auf die Bildung, die Erziehung von Sozialisten zu selbstbestimmtem, auf eigener Erkenntnis und Verantwortlichkeit beruhendem Handeln legten. Ein wesentlicher Teil der Praxis des ISK entfiel auf diese politisch-pädagogische Arbeit mit den Mitgliedern, Sympathisanten und ihren Kindern, für die seit Mitte der 20er Jahre die Walkemühle bei Melsungen (Bezirk Kassel) als eigene Bildungsstätte zur Verfügung stand.<sup>163</sup> Dort sollten die Kursteilnehmer wiedergewinnen, „was sie als unverdorrene Kinder mitbringen: Glauben an die Wahrheit, Selbstvertrauen und Rechtsgefühl, wie diese sich äußern in Mut und Beharrlichkeit beim Vertreten der eigenen Überzeugung“. Nelson, nach der pädagogischen Eigenart der Walkemühle gefragt, brachte diese auf die Formel: „In dieser Schule braucht man nicht zu lügen.“<sup>164</sup> So differenziert und eingängig die pädagogischen Kurse gestaltet wurden, die ganz auf der „sokratischen Methode“ der schrittweisen Erkenntnisgewinnung im Gespräch aufbauten, so autoritär und elitär war das Organisationsverständnis des ISK. Die Gruppe war gleichsam als sozialistischer Orden konzipiert, in dem Aufgabenstellungen, Leitungsfunktionen und Arbeitsverteilung ungeachtet lebendig-kritischer Diskussion nicht in demokratischen Wahlverfahren, sondern von Nelson und den von ihm einge-

<sup>161</sup> Vgl. Werner Link: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964; Karl-Heinz Klär: Zwei Nelson-Bünde: Internationaler Jugend-Bund (IJB) und Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund (ISK) im Licht neuer Quellen, in: IWK, 18. Jg. 1982, S. 310–360. <sup>162</sup> Zu Werk und Biographie siehe: Leonhard Nelson: Ausgewählte Schriften. Studienausgabe, hrsg. und eingeleitet von Heinz-Joachim Heydorn, Frankfurt/Main–Köln 1974. <sup>163</sup> Vgl. Rudolf Giesselmann: Die Walkemühle in Nordhessen. Erkundungen der deutschen Zeitgeschichte, zentriert in einem regionalen Brennpunkt, unveröffentlichte Examensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1976. <sup>164</sup> H.-J. Heydorn: Einführung, in: L. Nelson: a.a.O., S. 21 f.

setzten Vertretern festgelegt wurden. An die Mitglieder wurden nach festgelegten Plänen hohe Anforderungen gestellt, die sich auf die politische Arbeit wie die persönliche Lebensführung bezogen und in regelmäßigen Abständen kontrolliert wurden.<sup>165</sup> Das zum Credo der Organisation gehörende Vegetarierum, die Abstinenz von Alkohol und Nikotin fügten dem politisch elitären Anspruch eine lebensreformerisch-scurrile Note hinzu, die die ISK-Mitglieder in den Augen der meisten Arbeiter zu „Spinnern“ und Sonderlingen stempelte. Trotz der verschwindend geringen Zahl ihrer Mitglieder und Anhänger entfaltete die Gruppe eine bemerkenswerte agitatorische und publizistische Aktivität, die von Anfang an auf die Herstellung einer geeinten, klassenkämpferischen Arbeiterbewegung ausgerichtet war.

In einem Flugblatt des ISK aus dem Jahre 1926, das bei der Gründung der Kasseler Ortsgruppe verteilt wurde, hieß es: „Die Existenz des ISK ist nötig, da die genannten Parteien (SPD, KPD, J. K.) mehr und mehr den Bruderkampf innerhalb der Arbeiterschaft führen und da auch ihre sonstige Politik keine Gewähr für die Verwirklichung des Sozialismus bietet: Die sozialdemokratische Riesenpartei ist hoffnungslos verkettet mit den Mächten der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Reaktion, wie ihr Bündnis mit der Kirche, dem kapitalistischen und nationalistischen Staat und ihre vorbehaltlose Hilfe bei der Sanierung der kapitalistischen Wirtschaft zeigen. Die Kommunistische Partei ist, ganz abgesehen von ihren Grundsätzen, schon durch ihre politische Taktik gegenüber den Gewerkschaften und anderen lebenswichtigen Einheitsorganisationen des Proletariats ungeeignet, die Arbeiterklasse aus der Sklaverei zu befreien. Der Internationale Sozialistische Kampf-Bund will alle Kräfte sammeln, die den Kampf um eine sozialistische Gesellschaftsordnung an die

erste Stelle setzen und die deshalb mit ihm wirksam auf die Einheit der Arbeiterschaft hinarbeiten.“ Ziel sei die „Einigung der sozialistischen Klassenkämpfer“, die sich „ihre Taktik durch die politische Erfahrung vorschreiben lassen“ und den Mut besäßen, „sich ihres Verstandes auch in der Politik zu bedienen“.<sup>166</sup>

In Kassel bestand seit 1926 eine der größeren Ortsgruppen des ISK, die von der Nähe der Bildungsstätte in der Walkemühle profitierte. Die Gruppe zählte bei ihrer Gründung wenig mehr als 20, 1932 etwa 35 Mitglieder und aktive Sympathisanten („Mitarbeiter“) und stellte damit einen nicht unbedeutenden Teil der Gesamtmitgliedschaft des ISK, der 1932 über maximal 300 Mitglieder und 1000 Sympathisanten verfügte.<sup>167</sup> Da der ISK nur Wert auf hochaktive Mitglieder legte und Aufnahmeversuchen erst nach längerer Prüfung billigte, geben diese Zahlen kein zutreffendes Bild vom Aktionsradius der Gruppe. Zu den aktivsten Mitgliedern der Kasseler Gruppe seit ihrer Gründung zählten der spätere Bezirksvorsitzende Theodor Hüpeden und der Rechtsanwalt Erich Lewinski, die aus der SPD übertraten, sowie Karl Reier und Karl Eckerlin, der die Naturfreunde-Jugend leitete.<sup>168</sup> Junge Arbeiter gewann der Kasseler ISK durch den Beitritt von Max Mayr, der seit 1921 zunächst die Metallarbeiter-Jugend, dann das Kartell der Gewerkschafts-Jugend in Kassel geleitet und nach dessen Auflösung infolge einer Auseinandersetzung mit der SPD eine eigene Arbeiter-Jugendgruppe („Pioniere“) organisiert hatte.<sup>169</sup> Mit Mayr trat eine Reihe junger Metallarbeiter in den ISK ein. Verglichen mit der Reichsorganisation, in der Angestellte, Beamte und Freiberufler überwogen, erhielt die Kasseler ISK-Gruppe dadurch ein stärker proletarisches Profil.<sup>170</sup>

Die hohen Anforderungen an Disziplin und Engagement der Mitglieder führten zwar immer wieder zu Konflikten

<sup>165</sup> Siehe z. B. die Auflistung von „Mindestforderungen“ aus dem Jahr 1929 – Archiv der sozialen Demokratie, Bestand IJB/ISK, Kassette 7. <sup>166</sup> „Die Zeitschrift ‚ISK‘“ (Privatarchiv Max Mayr). <sup>167</sup> Zur Kasseler Organisation: Mitgliederliste, Zusammenstellung Max Mayr; Korrespondenz Ortsgruppe Kassel – ISK-Vorstand 1926 und 1931, Archiv der sozialen Demokratie, Bestand IJB/ISK, Kassetten 13 und 21 – zum ISK insgesamt: K.-H. Klär: a.a.O., S. 320. <sup>168</sup> Siehe Korrespondenz Ortsgruppe Kassel 1926, a.a.O. – Theodor Hüpeden, geb. am 25. 8. 1887 in Kassel. Verwaltungsbeamter. 1920–1925 Mitglied der SPD. Mitglied des Kasseler Reichsbanners, bis zu seinem Austritt aus der SPD in führender Position. Seit 1926 Mitglied des ISK. 1933 von SA mißhandelt und aus seiner Stellung bei der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau entfernt. 1936 wegen drohender Verhaftung nach Holland geflohen. Dort 1940 verhaftet. In Kassel zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im April 1945 als Lazarett-Helfer des Zuchthauses Wehlheiden von Amerikanern befreit. Nach 1945 Anschluß an SPD. Seit Sommer 1945 beim kommissarischen Oberpräsidenten mit dem Aufbau des Landesamtes für den Regierungsbezirk Kassel, später beim RP Kassel mit Entnazifizierungsverfahren (Aufbau der Spruchkammer Kassel) befaßt. Hüpeden starb am 27. 3. 1959. – Vgl. Korrespondenz Ortsgruppe Kassel des ISK 1926 und 1931, a.a.O.; WG-Akte T. Hüpeden. – Dr. Erich Lewinski, geb. am 1. 1. 1899 in Goldap/Ostpr., Studium der Rechts- und Sozialwissenschaften. Soldat 1917–1919. 1932 2. Staatsexamen und danach Promotion. Seit 1924 Rechtsanwalt in Kassel. Bis 1925 Mitglied der SPD. 1926–1933 Mitglied des ISK. 1933 Emigration nach Frankreich. Betrieb zusammen mit Ehefrau vegetarisches Restaurant in Paris. 1940/41 über Südfrankreich nach USA emigriert. Arbeitete zusammen mit A. Grzesinski in einer Exilorganisation. 1947 Rückkehr nach Kassel. Landgerichtsdirektor, 1949–1956 Landgerichtspräsident. Gestorben am 16. 2. 1956. – Vgl. Korrespondenz Ortsgruppe Kassel des ISK 1926, a.a.O.; Gerhard Beier: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch 150 Jahre (1834–1984), Frankfurt/M. 1984, S. 485. – Karl Eckerlin, geb. am 21. 10. 1889 in Neuenburg/Baden. Buchdruckermeister. Früh gewerkschaftlich organisiert. Leiter der Kasseler Naturfreunde-Jugend. Seit 1926 Mitglied des ISK. 1936–1939 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ in Haft. Nach 1945 Gewerkschaftssekretär der Kasseler IG Druck und Papier. – Vgl. Stadtarchiv Kassel, A. 5.55, Nr. 67, Antrag K. Eckerlin. – Über Karl Reier liegen keine genaueren biographischen Angaben vor. <sup>169</sup> Bericht Karl Reiers vom 8. 9. 1926 (Archiv der sozialen Demokratie, IJB/ISK, Kassette 13). <sup>170</sup> Auch unter den Kasseler Teilnehmern an den Kursen in der Walkemühle überwogen die jungen Arbeiter. Siehe den von Max Mayr erstellten Melderegister-Auszug der Gemeinde Adelshausen bei Melsungen, dem Sitz der Bildungsstätte (Privatarchiv Max Mayr).

und bildeten eine Schranke für die Erweiterung der Gruppe, sie übten aber auch eine gewisse Faszination aus und bewirkten eine große Kohärenz und Aktionsfähigkeit der Gruppe: „Das imponierte mir damals, daß das nicht so ein Verein war, wo man still – wie heute – Mitglied war, sondern für den man auch etwas tun mußte... Man mußte, bevor man als Mitglied aufgenommen wurde, zunächst eine gewisse Bewährungszeit durchlaufen. Wenn man Mitglied der Jugendorganisation war, wurde man nach Erreichen der Altersgrenze nicht einfach Mitglied des ISK. Zweimal in der Woche mußten wir in der Stadt Agitation machen – wir bekamen dann einen Zettel, auf dem stand genau, die und die Straße müssen wir abklappern, unsere Broschüren verkaufen, mit den Leuten reden usw. Außerdem fuhren wir mindestens zweimal im Monat auf die Dörfer zur Landagitation. Pfarrer und Lehrer waren für uns besonders wichtige Personen, die wir gesinnungsmäßig auf unsere Seite zu bekommen suchten... Neben diesen politischen Aufgaben machten wir viele Spaziergänge, Wanderungen, auch mal Fahrten übers Wochenende mit Übernachtung in einer Jugendherberge.“<sup>171</sup>

Im Rahmen der Kasseler Arbeiterbewegung versuchte der ISK, seinen Einfluß in einzelnen Gewerkschaftsverbänden und im Freidenkerverband im Sinne seiner zentralen politischen Perspektive geltend zu machen. Obwohl z. B. nur 20 der ca. 800 Kasseler Mitglieder des Freidenkerverbandes dem ISK angehörten, gelang dies angesichts der energischen und umsichtigen Aktivität der Mitglieder gelegentlich in erstaunlichem Maß.<sup>172</sup> Während der ISK im Bereich der Arbeiterkulturorganisationen und der Gewerkschaften die auf Separierung der politischen Lager zielende Strategie der KPD bekämpfte, weil er in ihnen zu Recht den Restbestand und die mögliche neue Basis einer vereinten Arbeiterbewegung sah, forderte er bei den Wahlen regelmäßig und bis zuletzt zur Wahl der KPD auf, da sie zumindest einen entschiedenen Kampf gegen das System von Ausbeutung und Unterdrückung führe: „Wir wählen KPD. Warum? SPD hat Arbeitsgemeinschaft mit dem Bürgertum endgültig geschlossen. Die KPD tut das grundsätzlich nicht. Allerdings ist ihr Klassenkampf häufig eine Unterstützung des Kapitals. Immerhin will sie das Kapital wenigstens grundsätzlich bekämpfen, während die SPD diesen Kampf bewußt aufgegeben hat. Bei der KPD besteht daher noch die Möglichkeit, daß sie aus ihren Fehlern lernt.“<sup>173</sup>

In der Endphase der Republik ordnete der ISK seine gesamte Aktivität dem Ziel unter, doch noch eine gemeinsa-

me Aktionsbasis von SPD und KPD gegenüber der faschistischen Bewegung herzustellen. Seit Anfang 1932 gab er eine Tageszeitung heraus („Der Funke“), die unablässig die Notwendigkeit dieses Schrittes beschwor. Trotz der schmalen Mitgliederbasis erschien das Blatt, wenn auch nur in kleiner Auflage (maximal 3000 Exemplare), regelmäßig bis zum endgültigen Verbot; in Kassel wurden pro Monat etwa 2000 Exemplare verkauft.<sup>174</sup> Max Mayr, der bis Anfang 1933 als Registrator und Fahrer beim „Funken“ in Berlin mitarbeitete, schildert plastisch die Ohnmacht der Gruppe und ihrer Einheitsfrontbemühungen; „Wir selber hatten in verschiedenen Städten versucht, solche Aktionen einzuleiten. Wir haben einen ‚letzten Appell‘ herausgebracht, der war unterschrieben z. B. von der Käthe Kollwitz und anderen prominenten Leuten. Dann haben wir ... versucht, von möglichst vielen Leuten Unterschriften zu sammeln, die wir dann dem Gewerkschaftsbund schicken wollten, als Nachweis des Wunsches von so vielen Menschen, nun ernst zu machen mit dem Versuch, die Einheitsfront zustande zu bringen... Da kann ich von einem Erlebnis berichten. In unserer freien Zeit sind wir losgegangen... Wir gingen mit unseren Listen herum und fragten: ‚Willst du nicht unterschreiben? Das ist ein Versuch; wir wollen mal sehen, ob wir nicht ‚ne Einheitsfront zustande bringen, ehe alles zu spät ist.‘ Das war gegen Ende 32. Da kam man dann zu einem, der gehörte zur Eisernen Front; und man hat ihm das erklärt und da wird der auf einmal stutzig und schreit rum: ‚Hört mal, Genossen, das ist wieder so ‚ne Masche von den Kommunisten, die wollen da Unterschriften haben, unterschreibt das ja nicht!‘ Und dann kam man an Kommunisten und die guckten sich das an und das war nicht von ihrer Partei: ‚Genossen, unterschreibt das ja nicht! Das ist wieder so ‚ne Masche von den Sozialfaschisten!‘ So ging es, das waren unsere Erfahrungen.“<sup>175</sup>

Im Unterschied zu den großen Arbeiterparteien rechnete der ISK für den Fall einer Machtergreifung der NSDAP mit einer längeren Phase massiver Unterdrückung und traf entsprechende Vorbereitungen für die illegale Arbeit. Diese trugen auch in Kassel dazu bei, daß die Mitglieder von der ersten Terrorwelle des Frühjahrs 1933 kaum betroffen waren und in der Folgezeit eine beachtliche Widerstandsaktivität entfalten konnten. Der Versuch, das nahe Landschulheim der Organisation verdeckt weiterzuführen, scheiterte allerdings. Die Walkemühle wurde in eine SA-„Amtswalter- und Führerschule“ umgewandelt, die Gräber der Nelsons wurden verwüstet.<sup>176</sup>

<sup>171</sup> Bericht Willi Gerlach (1976, A. Mehmet). <sup>172</sup> Siehe Protokoll der Bezirksverbandstagung vom 17. 8. 1930 in der Walkemühle (Archiv der sozialen Demokratie, IJB/ISK, Kassette 6). <sup>173</sup> A.a.O. <sup>174</sup> Aufstellungen der ISK-Leitung (Archiv der sozialen Demokratie, IJB/ISK, Kassette 12). <sup>175</sup> Max Mayr: Kassel-Buchenwald-Kassel, in: Hessische Gewerkschafter im Widerstand. Hrsg. vom DGB-Bildungswerk Hessen und dem Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, Gießen 1983, S. 136 f. <sup>176</sup> Siehe R. Gieselmann: a.a.O., S. 187 ff.

## 5.2 Die Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands (SAPD) und die KPD-Opposition (KPO)

Weniger bekannt und erschlossen ist die kurze Geschichte der örtlichen SAP, die 1931 aus der SPD-Linken hervorging, sowie der KPD-Opposition, deren Mitglieder aufgrund ihrer Kritik am „ultralinken“ Konfrontationskurs der KPD seit 1928/29 als „Rechte“ und „Versöhnler“ aus der KPD ausgeschlossen wurden.

Die linkssozialistische Opposition in der SPD um Kurt Rosenfeld und Max Seydewitz, die die Tolerierungspolitik scharf kritisierte, hatte anlässlich der Beratung des Wehretats im Reichstag im März 1931 die Bewilligung von Mitteln für den Bau der Panzerkreuzer A und B abgelehnt und schließlich – unter Bruch der Fraktionsdisziplin – gegen den Etat und die eigene Fraktion gestimmt. Auf dem Leipziger Parteitag der SPD (31. 5. – 5. 6. 1931), dem letzten Parteitag vor dem Machtantritt des Faschismus, war die Linke deswegen scharf verurteilt und in der Folge zunehmend an den Rand der Partei gedrängt worden. Nachdem ihre Exponenten aus der SPD ausgeschlossen worden waren, wagte die Linke den Schritt zur Parteigründung und konstituierte sich im Oktober 1931 als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.<sup>177</sup> Diese Entwicklung war durch die Politik der SPD gegenüber den linkssozialistischen Kräften der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), die im Sommer 1931 aus Opposition gegen die „nationalistisch-militärfromme und Tolerierungspolitik“ der SPD eine „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik“ gegründet hatte, forciert worden. Der SPD-Parteivorstand hatte einen Unvereinbarkeitsbeschluss zunächst gegenüber dieser Arbeitsgemeinschaft, schließlich im September 1931 auch gegenüber der gesamten DFG gefasst. Die linken Pazifisten in der SPD schlossen sich danach mehrheitlich der SAP an.<sup>178</sup>

Die Hoffnung der Linkssozialisten, mit der SAP eine entscheidende Rolle bei der Überwindung der Spaltung in der deutschen Arbeiterbewegung spielen und eine gemeinsame Abwehrfront gegen die NS-Bewegung unter Einschluß von SPD und KPD herstellen zu können, sollte sich allerdings nicht erfüllen. Weder gelang es der SAP, einen größeren Teil der SPD-Mitglieder zu sich herüberzuziehen, noch waren SPD und KPD bereit, auf die Einheitsfrontbemühungen der SAP einzugehen. Die SAP wurde mit ca. 25 000 Mitgliedern zwar die weitaus größte der zwischen SPD und KPD agierenden Gruppierungen, sie

blieb aber eine Splitterpartei, die von den verfeindeten Großparteien der Arbeiterbewegung gleichermaßen als besonders gefährliche „Spalterorganisation“ diffamiert wurde und bei den Wahlen des Jahres 1932 fast ohne Resonanz in der Arbeiterschaft blieb.

Da in der örtlichen SPD, anders als etwa in Teilen Sachsens oder auch Südhessens, die Linke sehr schwach vertreten war, waren die Aussichten der SAP in Kassel von vornherein sehr schlecht, obwohl sie durch eine haßerfüllte Kampagne der örtlichen und überregionalen Rechtspresse gegen einen linkssozialistischen Kasseler Lehrer, der prominenter Vertreter der DFG und zugleich Vorstandsmitglied der Kasseler SAP war, schnell in die öffentliche Diskussion geriet. Dennoch schlossen sich der Kasseler SAP-Gruppe nur etwa 70 Mitglieder an. Auch bei den Wahlen blieb ihr Anhang verschwindend klein. Erhielt sie bei den Wahlen zum preußischen Landtag im April 1932 in Kassel noch 500 Stimmen (im Kasseler Bezirk 2000)<sup>179</sup>, so schrumpfte die Zahl der Wähler in den Reichstagswahlen vom November des gleichen Jahres auf ganze 152 (0,12 %).<sup>180</sup> Der Befund, daß es „neben der SPD keine Partei“ gab, „die sich auf ein so starkes – rational nur schwer faßbares – Treuegefühl ihrer Mitglieder stützen konnte und daher ihren Anhängern so viel zumuten durfte“<sup>181</sup>, galt für Kassel offenkundig in besonderem Maße. Daran änderte sich auch nichts, als die beiden SPD-Stadtverordneten Karl August Quer und Curt Adelung ihre Partei verließen. Während Adelung zur SAP übertrat und in der Kasseler Gruppe eine führende Rolle spielte, bildete Quer lediglich zusammen mit Adelung und Mila Lüpnitz von der KPO sowie für kurze Zeit mit den KPD-Stadtverordneten eine Fraktionsgemeinschaft, ohne der SAP beizutreten.<sup>182</sup> Obwohl mit dem Lehrer Quer ein prominenter Kasseler Reichsbannerführer die SPD verließ<sup>183</sup>, der jahrelang auf unzähligen Versammlungen im Bezirk gesprochen hatte und gerade unter den kämpferisch gestimmten Mitgliedern der Partei einen guten Namen besaß, zahlte sich dies für die linkssozialistische Oppositionsgruppe nicht aus. Auch die öffentliche Treibjagd auf die Kasseler Lehrer Ingolf-Birger Askevold und Hein Herbers brachte der SAP keinen Zulauf. Sie machte lediglich deutlich, wie schwach der sozialistische Pazifismus in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Kassels verankert war. Die

<sup>177</sup> Vgl. Hanno Drechsler: Die „Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1965, S. 56 ff. <sup>178</sup> Ders., a.a.O., S. 86. <sup>179</sup> „Sozialistische Arbeiterzeitung“ (SAZ), 1. 5. 1932. <sup>180</sup> A. Mehmet: a.a.O., S. 146. <sup>181</sup> H. Drechsler: a.a.O., S. 160. <sup>182</sup> Vgl. „Kasseler Volksblatt“, 26. 1. 1932 („Krach im Kasseler Stadtparlament“); „Neue Arbeiter Zeitung“, 8. 12. 1931 („Die Zersetzung in der Kasseler SPD“) und 9. 1. 1932 („Krach in der Kasseler SPD“); „Kasseler Volksblatt“, 24. 3. 1932 („Nazi-Blamage im Stadtparlament“). <sup>183</sup> Sieh Anm. 105.

aggressive Stimmung gegenüber der oppositionellen Linken und ihre hoffnungslose Isolierung werden durch diesen Vorfall schlaglichtartig beleuchtet.

Bevor sie sich monatelang der Vertreibung von Hein Herbers aus der Stadt widmete, hatte sich die Kasseler Rechtspresse, allen voran die „Kasseler Post“, schon mit dem „Fall Askevold“ befaßt. Askevold, älterer Studienrat am Realgymnasium II und bekannter Kasseler Pazifist<sup>184</sup>, war im Februar 1931 zum „Fall“ für die Rechte geworden, als er während des Unterrichts kategorisch auf der Entfernung eines Bildes von Hindenburg, das diesen in der Uniform der Generalfeldmarschalls zeigte, bestand. Der leidenschaftliche, cholertisch agierende Pazifist und Sozialdemokrat Askevold – an dessen Wohnungstür ein Schild angebracht war mit der Aufschrift „Das Betreten der Wohnung in Uniform ist verboten“ – wurde von der „Kasseler Post“ auf niederträchtige Weise zugleich lächerlich gemacht und als politisch gefährlicher Provokateur diffamiert, der „den feldgrauen Rock beleidigt“ und sich „an jugendlichen Seelen vergangen“ habe.<sup>185</sup>

Ungleich heftiger und bössartiger gestaltete sich die Kampagne gegen Hein Herbers im Jahre 1932. Mit Hein Herbers diffamierte die Rechtspresse einen Mann, der als ehemaliger linker Sozialdemokrat, ständiger Mitarbeiter der pazifistischen Zeitschrift „Das Andere Deutschland“ und neuerdings als Wahlkandidat der SAP den Anlaß bot, das gesamte linkssozialistische und pazifistische Spektrum anzugreifen und zu diffamieren. Nachdem zunächst ein sarkastischer Artikel von Herbers über die hohe Lebenserwartung deutscher Generale aus dem Jahre 1929, der Anfang 1932 von der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ der SAP neu abgedruckt worden war, im Mittelpunkt stand und als „beispiellose Schmähung“ insbesondere des

Reichspräsidenten von Hindenburg denunziert wurde,<sup>186</sup> wurden in der Folge weitere Artikel von Herbers in verzerrter Form aufgegriffen, die es erlaubten, ihn und die pazifistische Linke insgesamt an den Pranger zu stellen. Eine besondere Rolle spielt dabei ein Artikel, der nach einem Besuch auf den französischen Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs entstanden war und der den Soldatenkult der nationalistischen Rechten ins Mark traf. In diesem Artikel aus dem Jahre 1927 hatte Herbers, der selber als Freiwilliger in den Krieg gezogen war, geschrieben: „Statt all des verlogenen Denkmal-Schwindels sollte man auf die Höhe des Toten Mann oder von Douaumont ein Riesenkreuz setzen. Ohne Namen. Eine Nummer genügt: 1 bis 1 000 000. Und darunter dann – wenn es sein muß –: Morts pour leurs patries – gestorben für ihre Vaterländer. Aber besser noch würde das ‚pour‘ durch ein ‚par‘ ersetzt: Gestorben durch ihr Vaterland... Für einen Dreck.“<sup>187</sup> An anderer Stelle hatte er eine Äußerung Kurt Tucholskys abgewandelt: „Sterben für Lügen, ist Sterben für einen Dreck!“<sup>188</sup> Die „Kasseler Post“ drohte, Herbers scheine „nicht zu wissen, daß die Zeit, in der man ungestraft das Höchste und Heiligste auf Erden, den Opfertod fürs Vaterland, schmähen und besudeln darf, ihrem Ende entgegenreift.“<sup>189</sup>

Im Verlauf der gegen ihn gerichteten, von Roland Freisler und der Kasseler NSDAP weiter angeheizten Kampagne fand Herbers nur wenig Unterstützung außerhalb des Kreises seiner Gesinnungsfreunde. Besonders verletzte ihn, daß er von der SPD, für die er jahrelang gestritten hatte, nur wenig oder gar nicht in Schutz genommen wurde: „Die sozialistische Ortspresse distanzierte sich von mir, griff mich selbst an... Gewiß, ich war damals nicht mehr Mitglied der Partei, aber ich war demokratischer Sozialist

<sup>184</sup> Ingolf-Birger Askevold, geb. am 10. 3. 1875 in Bergen (Norwegen). Seit etwa 1900 Studienrat an der Oberrealschule II in Kassel mit den Hauptfächern Englisch und Französisch. Seit der Jahrhundertwende zunächst Vorsitzender, dann stellvertretender Vorsitzender der Kasseler Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft. Veröffentlichte schon vor dem Ersten Weltkrieg zahlreiche pazifistische Artikel. Seit 1918 Mitglied der SPD. Zahlreiche Auftritte als Redner während der Wahlkämpfe. In der Schule gestaltete er den Fremdsprachenunterricht als Kulturunterricht, der Völkerhaß und nationale Vorurteile abbauen sollte. Ersuchte nach der NS-Machtergreifung um seine Entlassung aus dem Schuldienst. Nach Ablehnung des Gesuchs im Sommer 1933 aus politischen Gründen entlassen. Floh im August 1933, da Verhaftung drohte, nach Oslo. Nach der Besetzung Norwegens durch die Wehrmacht von der neuen Quisling-Regierung gezwungen, Norwegen zu verlassen und nach Kassel zurückzukehren. Lebte bis Kriegsende völlig zurückgezogen in Kassel. Verdiente sich schmales Zubrot als privater Sprachenlehrer. Gründete nach 1945 englische Sprachenschule in Kassel. Dozent an der Volkshochschule. Er starb am 22. 10. 1951. – Vgl. Alfred H. Fried: Handbuch der Friedensbewegung. Zweiter Teil: Geschichte, Umfang und Organisation der Friedensbewegung, 2. Auflage, Berlin und Leipzig 1913, S. 320; Sigurd Askevold: Biographische Skizze zum 100. Geburtstag von Prof. Ingolf-Birger Askevold, unveröffentlichtes Manuskript (Archiv der HNA); Reinhold Lütgemeier-Davin: Ingolf Askevold, in: Die Friedensbewegung. Hermes Hand-Lexikon. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz, hrsg. von Helmut Donat und Karl Holl, Düsseldorf 1983, S. 32 f. <sup>185</sup> „Kasseler Post“, 24. 2. 1931 („Herr Askevold beseitigt Hindenburg. Ein unglaublicher Vorfall am R. G. II“) – Vgl. dazu die Studie von Reinhold Lütgemeier-Davin über Hein Herbers, unveröffentlichtes Manuskript, S. 134 ff. <sup>186</sup> Siehe die biographische Skizze und Dokumentation zum „Fall Herbers“ von D. Krause-Vilmar, in: J. Kammler/ D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 38 ff.; R. Lütgemeier-Davin: Hein Herbers, a.a.O., S. 149 ff.; ders.: Heinrich (Hein) Herbers, in: Die Friedensbewegung. Hermes Hand-Lexikon: a.a.O., S. 181 f. – ergänzende Daten zur Biographie: Heinrich Herbers, geb. am 2. 3. 1895 in Warendorf. Als Gymnasiast Angehöriger der Freideutschen Jugendbewegung. 1915 „Notabitur“ und freiwillige Meldung zum Kriegsdienst. 1917 nach schwerer Erkrankung aus dem Heeresdienst entlassen. Wandlung zum radikalen Pazifisten während des Krieges. 1918 Mitglied der USPD. Später Anschluß an die SPD. Seit 1918/19 Mitglied verschiedener pazifistischer Organisationen. Lehrstudium. Seit 1925 ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift „Das Andere Deutschland“. 1928–1932 Schuldienst, zunächst in Bad Ems, dann ab 1931 in Kassel. Ende 1931 Übertritt von der SPD zur SAP. Nach Etablierung der Diktatur bei Freunden untergetaucht. 1934 Emigration nach Holland. Lehrt an der Privatschule des Quäkers K. Boeke bis zu seinem Tode. Nach 1945 erneut Autor der Zeitschrift „Das Andere Deutschland“. Starb am 21. 8. 1968 in Bithoven/Niederlande. <sup>187</sup> Hein Herbers: Revolutioniert die Herzen!, in: „Das Andere Deutschland“, 5. 11. 1927 – zit. nach R. Lütgemeier-Davin: Hein Herbers, unveröffentlichtes Manuskript, S. 203. <sup>188</sup> Hein Herbers: Wo liegt das Feld der Ehre?, in: „Das Andere Deutschland“, 24. 10. 1925. <sup>189</sup> „Kasseler Post“, 9. 2. 1932.

und Antinazist und als solcher wurde ich von einer Gangstergruppe, die ein paar Monate später die Sozialisten aller Schattierungen wegschütten sollte, mit den schmutzigsten Mitteln bekämpft! Ich bekenne, daß mich diese Haltung damals mehr gekränkt hat als alles andere...; lähmend wirkte die abgrundtiefe politische Ahnungslosigkeit der stärksten demokratischen Organisation.<sup>190</sup> Wie schwer es für die SAP und die kleine Kasseler Friedensbewegung – die DFG zählte gerade 60 Mitglieder – war, in einem von nationalistischer Aggressivität und Abwehrverhalten der beiden großen Arbeiterparteien gekennzeichneten politischen Klima zu bestehen, berichtet ein ehemaliges SAP-Mitglied: „In der Kasseler Basis der SAP waren einmal die Aktiven der Friedensbewegung, damals nur die Friedensgesellschaft ... Wir, die Macher von der Friedensgesellschaft, wurden schon immer von den anderen in der Partei mitleidig angeguckt. Wenn wir kamen und Ansprüche erhoben, wegen irgendeiner Resolution, die von unserer Erkenntnis ausging, dann hieß es immer: ‚Was wollt ihr denn, Ihr Sektierer? Die SPD ist eine Friedenspartei!‘ ... Als sich dann diese innere Explosion in der SPD ereignete, war das wie ein Aufruhr. Man diskutierte sehr viel, aber der Riß von oben ... hat sich bis zur Basis nur auf ein Rißchen verkleinert... Wir waren – sozusagen jeder einzelne für sich – gute, fähige Funktionäre, die eine gute Schule in der Basis hatten. Aber wir waren Offiziere ohne Soldaten. Die Soldaten unten, die uns sonst immer ihr Vertrauen gaben, waren uns nicht gefolgt... Zunächst hatten wir versucht, eigene Versammlungen durchzuführen, dort, wo wir wußten, daß starke oppositionelle Gruppen innerhalb der SPD waren... Aber dieser Weg war sehr mühsam und verschlossen. Sowie wir auftraten, waren wir schon isoliert. Man warf uns hinaus und beschimpfte uns: ‚Spalter! Ihr wollt wohl dem Hitler noch helfen!‘ Da konnte man gar nicht diskutieren, die wollten nicht. ‚Wir schaffen das schon!‘, hat das Reichsbanner gesagt. Und da gingen wir zu den KP-Genossen... Und umgekehrt war das Echo aus dem Walde: ‚Wir Kommunisten, wir sind so stark, wir werden die Weltrevolution machen!‘ ... Wir wurden in der Kreisorganisation der Partei angesehen als schmutzige Spalter, Sektierer...“<sup>191</sup>

Obwohl die SAP neben der SPD auch die politische Linie und die Organisationspolitik der KPD scharf kritisierte, unterstützte sie bei der Reichspräsidenten-Wahl 1932 die Kandidatur Thälmanns und forderte in den Fällen, in denen sie nicht selbst kandidierte, zur Wahl der KPD auf.

Dennoch wurde sie von der KPD – deren Ziel, die SPD-Linke zu sich herüberzuziehen, die SAP entgegenstand – besonders erbittert bekämpft. Da es den Kasseler SAP-Vertretern sogar gelungen war, „Verwirrung“ in den Reihen der KPD zu stiften und für kurze Zeit eine Fraktionsgemeinschaft zwischen KPD, KPO und SAP im Kasseler Stadtparlament zustande zu bringen, sah die „Neue Arbeiter Zeitung“ besonderen Anlaß, sie als die „gefährlichsten Schädlinge innerhalb der Arbeiterbewegung“ zu diffamieren.<sup>192</sup> In entsprechender Manier wurden die „Spalter von der SAP“ vom sozialdemokratischen „Kasseler Volksblatt“ verdächtigt, die „Geschäfte der Nazis“ zu besorgen.<sup>193</sup> So mußte auch die letzte größere Einheitsfrontaktion der Kasseler SAP im November 1932 kläglich scheitern.<sup>194</sup>

Wie der SAP erging es auch der Kommunistischen Opposition. Obwohl die KPO, die aus der 1928/29 ausgeschlossenen innerparteilichen Opposition gegen die Ultralinken der KPD entstanden war, eine Reihe der prominentesten Vertreter der alten Führungsgarde und Mitbegründer der KPD sowie eine beachtliche Zahl erfahrener Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre umfaßte, scheiterte auch sie mit ihrem Anspruch, die „Mutterpartei“ von außen zu reformieren und auf einen realistischen Einheitsfrontkurs zu führen.<sup>195</sup> Zwar verfügte die KPO mit August Thalheimer über den wohl profundeften marxistischen Analytiker des Faschisierungsprozesses der Republik, der – unter der Bedingung einer andauernden Selbstneutralisierung der Arbeiterbewegung – nicht nur frühzeitig die einzelnen Etappen dieses Prozesses relativ genau prognostizierte, sondern auch eine überzeugende Begründung für die Annahme bot, daß im Falle einer faschistischen Machtübernahme mit einer längerdauernden Diktatur zu rechnen sei.<sup>196</sup> Dennoch gelang es auch der kommunistischen Opposition nicht, ihre Erkenntnisse und ihre präzise begründete Kritik an der Kontraproduktivität der KPD-Politik zu einer massenwirksamen Kraft werden zu lassen. Auch die kommunistischen Oppositionellen blieben „Offiziere ohne Soldaten“. Ganz abgesehen von den Auswirkungen eines manipulativ erstarrten „demokratischen Zentralismus“ war die Bereitschaft der kommunistischen Basis, ihrer Führung loyal zu folgen, kaum geringer als bei den Sozialdemokraten.

So gewann die KPO, die allerdings von der KPD auch erbittert und – vor allem bis 1931 – unter Einsatz nahezu aller Mittel bekämpft wurde<sup>197</sup>, nur einen begrenzten

<sup>190</sup> Hein Herbers: Willst du lange leben, werde – vorsichtig?, in: „Das Andere Deutschland“, 1953 Nr. 2, S. 2 – zit. nach R. Lütgemeier-Davin: a.a.O., S. 158. <sup>191</sup> Bericht Albert Brand (1976, C. Fischer-Defoy). <sup>192</sup> „Neue Arbeiter Zeitung“, 19. 5. 1932. <sup>193</sup> „Kasseler Volksblatt“, 26. 1. 1932. <sup>194</sup> Bericht Albert Brand. <sup>195</sup> Vgl. K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur „Rechts“-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan 1964. <sup>196</sup> Vgl. Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928–1933. Eingeleitet und herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik, Frankfurt/Main 1973; K. H. Tjaden: a.a.O., S. 271 ff., Anhang S. 53 ff. <sup>197</sup> K. H. Tjaden: a.a.O., S. 198.

Anhang von wenigen tausend Mitgliedern.<sup>198</sup> Im Bezirk Hessen-Waldeck schlossen sich bis 1930/31 nur etwa 3 % der KPD-Mitglieder der Opposition an.<sup>199</sup> Im Kasseler Stadtparlament vertrat die 1928 für die KPD gewählte Mila Lüpnitz die Position der KPO. Sie und ihr Mann Karl waren KPD-Mitglieder der ersten Stunde und seit langem in Kassel aktiv.<sup>200</sup> Mila Lüpnitz gewann durch ihr unerschrockenes Auftreten und ihr überzeugendes Engagement vor allem im städtischen Sozialausschuß die Achtung auch ihrer Gegner.<sup>201</sup> Die Anfang 1929 gegründete Ortsgruppe der KPO zählte zu Beginn nur 23 Mitglieder und dürfte sich in der Folge nicht wesentlich verstärkt haben.<sup>202</sup> Zu den wenigen, gemessen am weitreichenden Anspruch wirkungslos bleibenden Erfolgen der KPO gehörte die Bildung eines „Kartells für proletarische Einheit“ aus KPO, SAP, ISK und einer kleinen anarchosyndikalistischen Gruppe im Sommer 1932. Der an alle Parteien und Verbände der Kasseler Arbeiterbewegung ver-

sandte Appell zur Bildung einer Einheitsfront wurde von den Spitzen der verfeindeten Lager herablassend zurückgewiesen. SPD, ADGB und das Arbeitersportkartell des Bezirks verwiesen kühl darauf, daß derjenige, der „die Dringlichkeit der Herbeiführung der Einheit der Arbeiterbewegung erfaßt“ habe, dies „jeden Tag dadurch in die Tat umsetzen“ könne, „daß er sich unter Anerkennung der programmatischen Grundsätze einreihet in die Sozialdemokratische Partei, in die Freien Gewerkschaften und übrigen Arbeitervereine“.<sup>203</sup> Die kurz zuvor bei anderer Gelegenheit gegebene spiegelbildliche Antwort der KPD – eine Reaktion auf das Rundschreiben des Kartells ist nicht bekannt – lautete: „Revolutionäre Arbeiter, die sich zum Klassenkampf bekennen, kommen zur Partei der Tat, zur KPD, treten ein in die RGO und helfen mit am Aufbau der roten Einheitsfront, organisieren den Kampf für die Forderungen und auf der Plattform, wie sie von der KPD vorgeschlagen wurden.“<sup>204</sup>

### 5.3 Die Anarcho-Syndikalisten

Am äußersten linken Rand der Kasseler Arbeiterbewegung stand die kleine, aber sehr lebendige und aktive Gruppe der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Anarcho-Syndikalisten)“ (FAUD). Viele der 20 bis 30 Mitglieder, die der Gruppe am Ende der Weimarer Republik angehörten, hatten sich während der Revolution 1918/19 zunächst der linken USPD, dem Spartakus-Bund und der KPD zugewandt, sich aber bald wieder wegen ihrer parlamentarischen Orientierung, ihrer Gewerkschaftspolitik und ihrer Organisationsprinzipien von diesen Parteien gelöst. In dem breiten, in den ersten Jahren der Republik quantitativ und politisch bedeutsamen Spektrum des linken, revolutionären Arbeiterradikalismus jenseits der KPD repräsentierten die Syndikalisten der FAUD nur eine organisierte Strömung unter anderen.<sup>205</sup> In ihrer Grundsatzerklärung aus dem Jahre 1919, die für die Zeit der Weimarer Republik ihr politisches Selbstverständnis ausdrückte, lehnte sie den Parlamentarismus, die politischen Parteien und zentralistische Gewerkschaften als Instrumente der sozialen Umwälzung ab. Statt dessen setzte sie

auf eigenständige lokale Gewerkschaftsgruppen, die – nur locker in einer Föderation verbunden – im wirtschaftlichen Kampf mit den Mitteln von Streik, Boykott und Sabotage die Arbeiter in direkter Aktion mobilisieren und zur Durchsetzung der sozialen Revolution befähigen sollten. Als Endziel galt den Anarcho-Syndikalisten eine von staatlich-bürokratischer Herrschaft befreite Gesellschaft auf der Basis einer dezentral organisierten, selbstverwalteten und solidarischen Bedarfsdeckungswirtschaft.<sup>206</sup> Die Berichte von Kasseler Anarcho-Syndikalisten über die Praxis ihrer Gruppe während der Weimarer Republik machen zum einen die gewaltige Kluft zwischen politischer Zielsetzung und den realen politischen Bedingungen des Handelns deutlich. Die wichtigsten Mitglieder der Gruppe waren schon seit Mitte der 20er Jahre dauerhaft arbeitslos. Von einer zu eigenständigen Wirtschaftskämpfen befähigten Gruppe konnte zu keinem Zeitpunkt auch nur im entferntesten die Rede sein, blieben doch Anhang und politische Ausstrahlung der Gruppe gerade in der Kasseler Arbeiterschaft minimal. Auf der anderen Seite vermitteln

<sup>198</sup> Zwischen 3500 und 6000 (a.a.O., S. 120). <sup>199</sup> Ebd., a.a.O., S. 121. <sup>200</sup> Siehe J. Höpken: a.a.O., S. 124. <sup>201</sup> Erwin Gräff: Karl und Mila Lüpnitz, Kurzbiographie (Manuskript, 1980) – Mila Lüpnitz war Jüdin und stammte aus einem der baltischen Randstaaten, Karl Lüpnitz, Pianobauer, gehörte zu den Gründungsmitgliedern der Kasseler USPD und betrieb als Kopf des linken Flügels dessen Zusammenschluß mit der KPD im Jahre 1920. Seitdem waren beide bis zum Parteiausschluß 1928/29 in der Kasseler KPD aktiv. Mila Lüpnitz, u.a. Elternbeiratsmitglied am Realgymnasium II, gehörte 1932 zu den wenigen, die sich aktiv und öffentlich für den angegriffenen Hein Herbers einsetzten. Die beiden Söhne mußten 1933 das RG II verlassen, da ihnen die Stipendien gestrichen wurden. Die Familie Lüpnitz, die 1935 nach Berlin übersiedelte, überlebte die NS-Diktatur. Mila Lüpnitz starb 1947, ihr Mann 1952. <sup>202</sup> „Erfolge der KPD-Opposition“, in: Gegen den Strom, Februar 1930, S. 110. <sup>203</sup> „Erst wird gespalten, dann macht man in ‚Einheitsfront‘“, in: Kasseler Volksblatt, 9. 6. 1932. <sup>204</sup> „Die Leisetreter vom ISK“, in: Neue Arbeiter Zeitung, 31. 5. 1932. <sup>205</sup> Vgl. Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Meisenheim am Glan 1969; zur FAUD: S. 153 ff., S. 363 ff. <sup>206</sup> Vgl. den Text der Prinzipienklärung der FAUD bei H. M. Bock: a.a.O., S. 363 ff.

die Berichte den Eindruck einer politisch vitalen und intellektuell interessierten antiautoritären Arbeitergruppe, deren politische Aktivitäten verbunden waren mit eigenständigen, weit gefächerten Bildungsanstrengungen und vor allem mit dem intensiven Bemühen um die Identität von Überzeugung und politisch-persönlicher Lebenspraxis. „Ich ging damals zur syndikalistischen Gewerkschaftsorganisation, da ich hier die Freiheit am stärksten ausgeprägt fand gegen jeden Zwang, Unterdrückung und Despotie. Sie trat nicht ein für eine anonyme politische Freiheit, wie sie allgemein im staats- und parteipolitischen Leben zum Ausdruck kam, sondern für die Freiheit der Persönlichkeit, in der der Mensch seine ureigensten Rechte im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben mit seiner gewerkschaftlichen Organisationskraft zur Geltung bringen konnte. So strebte der Syndikalismus an, die Vormachtstellung des Staates im gesellschaftlichen Leben zu brechen und ihn in die Schranken zu weisen, die ihm als verwaltendes Organ im gesellschaftlichen Leben zukam, bis neue Fundamente auf föderalistischer Grundlage sich entwickeln konnten.“<sup>207</sup> „Wir waren in unserer Tätigkeit völlig unabhängig, ganz frei. Was wir machten, das war völlig eigenständig auf uns gestellt... Vom Anarchismus getragen, lehnte unsere Gewerkschaft jede Partei ab und auch die Bürokratie des Zentralismus. ... Wie wir als Gruppe völlig eigenständig auftraten, so trat sie ein für die Eigenständigkeit in den Betrieben, aufgebaut auf einem Räte-System, das zu jeder Zeit abrufbar war, das zu jeder Zeit ersetzt werden konnte von den Arbeitern selbst... Die oberste Instanz war eine Geschäftskommission, die hatte aber überhaupt keine Entscheidungsbefugnis, sie war verantwortlich für die Einberufung von Kongressen ..., sonst handelten die einzelnen Industrieföderationen, wie etwa die Bauarbeiter, die Metallarbeiter, in eigener Verantwortung. Und so handelten auch die einzelnen Ortsgruppen. Wir hatten Fritz Kater als einzigen Angestellten in der Bewegung; und die Spanier hatten auch nur einen einzigen Angestellten – in einer Bewegung von 1,5 Millionen!“<sup>208</sup> Anders als im Ruhrgebiet, wo in der Frühphase der Republik ganze Belegschaften von Groß-

betrieben anarcho-syndikalistisch oder rätekommunistisch orientiert waren, blieb die nach außen gerichtete politische Aktivität der Kasseler Gruppe auf die Agitation in einer gleichgültigen bis feindseligen Arbeiterschaft beschränkt. „Wir waren eine propagandistische Gruppe für den Syndikalismus ... Wir waren in Erfurt angeschlossen. Hier bildete sich ein propagandistisch aktiver Kern heraus – das waren der Willi Lämmer, der Uloth, der Fred Schröder und ich. Wir bekamen von der anarchistischen Bewegung in Berlin den ‚Freien Arbeiter‘ und von der syndikalistischen Bewegung den ‚Syndikalist‘ und die vertrieben wir dann auf den Straßen ... Flugblätter haben wir auch gemacht und große Plakate, z. B. bei der Kampagne für die Fürsten-Enteignung.“<sup>209</sup> Bei den großen politischen Aufmärschen und Demonstrationen der Kasseler Arbeiterbewegung, vor allem in der Endphase der Republik, zeigte die Gruppe demonstrativ ihre Eigenständigkeit, aber auch ihre Solidarität mit der übrigen Arbeiterbewegung. So auch bei der Beerdigung eines kommunistischen Opfers des SA-Terrors 1931: „Unsere Gruppe war dabei. Ich in schwarzer Hose, schwarzen Strümpfen, schwarzen Schuhen, schwarzem Russenhemd, schwarzer Baskenmütze. Die hatte ich ja ewig auf ... Dann haben wir den beerdigt. Mit einem großen Kranz von der anarcho-syndikalistischen Gruppe: ‚Ein Freundesgruß zum letzten Gang‘ ... Wir hatten extra einen Stellplatz.“<sup>210</sup>

In den Rückblicken der Beteiligten wird immer wieder die außerordentliche Lebendigkeit der politischen Debatten betont. Regelmäßig wurden prominente Intellektuelle des anarcho-syndikalistischen und linkskommunistischen Lagers nach Kassel zu öffentlichen Vorträgen und zu Diskussionen in die Ahnashänke – den Treffpunkt der FAUD, in dem sich auch die KPD versammelte – eingeladen: „In der ersten Zeit kam von Erfurt Hermann Ritter und hat eine Einführung in Syndikalismus und Anarchismus gehalten ... Dann kam der Rudolf Rocker, der sprach über Anarcho-Syndikalismus. Erich Mühsam hat hier im Murhard-Saal gesprochen, über Kunst und Revolution.“<sup>211</sup> „Der Erich Mühsam, das war für uns *der* Dichter. Der war kein Anarchist, der war Revolutionär! Der

<sup>207</sup> Willi Paul: Politischer Lebenslauf, WG Akte W. Paul, RP Darmstadt. <sup>208</sup> Bericht Willi Paul (1976, A. Mehmet/C. Fischer-Defoy). <sup>209</sup> Ebd. – Zu den Personen: Willi Paul, geb. am 1. 7. 1897 in Göttingen. Tischler. 1918/19 Mitglied der USPD, des „Bundes der Kriegsgegner“, schließlich des Spartakusbundes. 1920 Mitbegründer und fortan führender Kopf der Kasseler FAUD. Nach 1933 illegale Arbeit. 1937 Flucht nach Holland. Kämpfte 1937 bis 1938 in der syndikalistischen 28. Division im spanischen Bürgerkrieg. 1938–1939 illegal in Holland und Belgien. 1939 nach Südfrankreich abgeschoben. 1940 Internierung. 1942 Auslieferung an die Gestapo. In Kassel zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1943–1945 im Strafbataillon 999. – Vgl. biographische Skizze und Dokumentation in: Jörg Kammler: „Ich habe die Metzerei satt und laufe über“. Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand (1939–1945). Eine Dokumentation, Fuldabrück 1985, S. 168 ff. – Willi Lämmer, 1935 gestorben. – Fritz (Fred) Schröder. Schlosser und Automechaniker. Seit 1924 Mitglied der Kasseler FAUD. 1933 Flucht nach Holland. Abgeschoben nach Belgien. Gegen Ende 1933 nach Schweden, von dort 1936 nach Spanien. Mitarbeiter im Informationsbüro der spanischen syndikalistischen Gewerkschaften (CNT). Wurde als Anarcho-Syndikalist von den Kommunisten bekämpft. Ging Ende 1937 zurück nach Schweden. (Angaben in Nachlaß Willi Paul). – Hermann Uloth, geb. am 13. 10. 1902 in Kassel. Arbeiter. Seit ihrer Gründung Mitglied der Kasseler FAUD. 1941–1943 wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Haft. 1943–1945 im Strafbataillon 999. Am 8. 4. 1945 in einem Heidelberger Lazarett gestorben. (WG Akte Hermann Uloth) – Bei den genannten Zeitschriften handelt es sich um „Der Freie Arbeiter. Publikationsorgan der Föderation der kommunistischen Anarchisten Deutschlands“ (Berlin); „Der Syndikalist. Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten)“ (Berlin). <sup>210</sup> Bericht Willi Mai (1979, D. Krause-Vilmar). <sup>211</sup> Bericht Willi Paul (1976).

hatte doch damals die Räterepublik in Bayern mitgegründet ... Der kam und trug uns seine Gedichte vor ... Er war ein guter Kerl. Hatte nie Geld. Und der hat bei mir geschlafen ... Der kam alle paar Monate nach Kassel. Hielt auch Vorträge. Der konnte es! Mit dem Erich Mühsam war ich sehr gut ..."<sup>212</sup> Erna Paul, seit 1924 bei der FAUD, berichtet, daß sogar die als Beobachter anwesenden Beamten der politischen Polizei sich von der angeregten Atmosphäre anstecken ließen: „Wir hatten immer wirklich sehr gute Versammlungen und Vorträge. Der Saal war immer voll. Sogar die von der politischen Polizei – die kamen ja immer und paßten auf, was gesprochen wurde – waren begeistert. Wenn Vorträge von Rudolf Rocker oder vom Souchy waren, da sagten die immer: ‚solche Versammlungen, die könnten wir jeden Tag besuchen...‘“<sup>213</sup>

Die Kasseler Anarcho-Syndikalisten, bei denen es sich keineswegs um Angehörige der „besonders armen, verelendeten und verbitterten Arbeiterschichten“ handelte<sup>214</sup>, rückten mit ihrem aktionistischen Politikverständnis in der Endphase der Weimarer Republik trotz aller Ablehnung ihrer Organisationspolitik sehr in die Nähe der KPD. Dies zeigte sich u. a. deutlich in der von der Kasseler Gruppe ab Ende 1930 zeitweise herausgegebenen kleinen Zeitschrift „Die Proletarische Front“. Sie trug – ohne jeden Realitätsbezug – den Untertitel „Organ der antifaschistischen Wehrorganisation ‚Schwarze Scharen‘“. Wie Inhalt und Diktion der Zeitschrift beweisen, verband die Anarcho-Syndikalisten mit den Kommunisten die unmittelbare Revolutionserwartung, die Hoffnung auf die große umwälzende Aktion. Weit weniger realistisch als die KPD sah die FAUD schon überall „Flammenzeichen der Revolution“, beschwor sie die Nähe des „Generalstreiks“, des „Generalaufstands“. In ihrer Polemik gegen die Sozialdemokratie stand die Kasseler FAUD der KPD in nichts nach und übernahm auch den „Sozialfaschismus“-Vorwurf.<sup>215</sup> Ihr Versuch, eigenständige „Schwarze Scharen“ als revolutionäre proletarische Wehrorganisation zur Abwehr des

Faschismus zu propagieren, blieb jedoch leere Rhetorik. „Praktisch gesehen war es doch so. Wir paar Menneken hingen an den Rockschoßen der Kommunisten. Um uns selbst zu behaupten und unsere Dinge zur Geltung zu bringen, gaben wir dann diese ‚Proletarische Front‘ heraus, die völlig absurd war, was die ‚Schwarzen Scharen‘ anbelangte. Das war nur die Übertragung vom RFB, vom Reichsbanner – eine ideologische Übertragung! ... Das ging damals auch vollkommen an den Köpfen der Arbeiter vorbei. Du konntest doch kaum mit einem Sozialdemokraten, der im Betrieb, in Arbeit stand, darüber sprechen ... Die winkten doch von vornherein ab ... Auch unsere Aufrufe zum Wahlboykott gingen am Bewußtsein der Arbeiter vorbei, das fand gar keine Resonanz ... Dieser ganze Parteienkram hatte ja derart Oberwasser bekommen, der ließ kein anderes Denken mehr möglich werden.“<sup>216</sup>

Eine gewisse politische Bedeutung gewann die Tätigkeit einiger Anarcho-Syndikalisten in der Erwerbslosenbewegung, in deren Ausschuß sie vor allem mit den Kommunisten zusammenarbeiteten.<sup>217</sup> Von allen Splittergruppen zwischen den großen Arbeiterparteien besaß die FAUD die geringsten Chancen, größere Resonanz in der Kasseler Arbeiterbewegung zu finden. Die antiautoritären Linksradikalen nahmen in ihr den Platz einer exotischen Randgruppe von interessanten Sonderlingen ein, die man gelegentlich zur Kenntnis, im übrigen aber nicht ernst nahm. Ihre Kritik der traditionellen Arbeiterbewegung und ihre Betonung eigenverantwortlichen Handelns der Arbeiter verwiesen jedoch auf entscheidende Defizite der großen Organisationen, die sich gerade in der Auseinandersetzung mit der zur Macht drängenden NS-Bewegung rächen sollten. Nach deren Machtantritt engagierten sich die meisten Kasseler Anarcho-Syndikalisten, die in der Vorbereitung auf die drohende Illegalität schon frühzeitig eine Verbindung nach Holland hergestellt hatten, im Widerstand gegen die Diktatur.

Jörg Kammler

<sup>212</sup> Bericht Willi Mai (1979). <sup>213</sup> Bericht Erna Paul (1985, Hannelore Kessler/Martina Scholle) – Erna Paul, geb. am 5. 3. 1906 in Kassel, Hausangestellte. 1923–1924 Mitglied des KJVD. Seit 1924/25 Mitglied der Kasseler FAUD. 1937 mit ihren Kindern nach Amsterdam geflohen. 1941 verhaftet und von der Kasseler Gestapo abgeholt. Die Kinder kamen zu Verwandten nach Kassel. Bis 1942 mehr als ein Jahr in Untersuchungshaft. Danach bis 1945 inhaftiert im KZ Ravensbrück. (Bericht Erna Paul; WG-Akte E. Paul). <sup>214</sup> So die Vermutung von Arthur Rosenberg, zit. bei H. M. Bock: a.a.O., S. 161 – Aus den Straf- und WG-Akten der Kasseler FAUD-Mitglieder ergeben sich folgende Berufe: Uhrmacher, Schreiner, Schneidermeister, Schmied, Reisender, Sattler, kaufmännischer Angestellter, Hilfsarbeiter, Näherin, Hausangestellte. <sup>215</sup> Die Proletarische Front (Kassel), Nr. 6, 15. 1. 1931 (Nachlaß Willi Paul). – Siehe dazu den ausführlichen Bericht des Kasseler Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten vom 12. 2. 1931 (StA Marburg, 165/3886, Bd. 1). <sup>216</sup> Bericht Willi Paul (1976). <sup>217</sup> A.a.O.

# Widerstand und Verfolgung – illegale Arbeiterbewegung, sozialistische Solidargemeinschaft und das Verhältnis der Arbeiterschaft zum NS-Regime

## 1. Einleitung

Die Geschichte von Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit ist in den letzten Jahren auch für Kassel und die nordhessische Region zumindest in einigen wesentlichen Ausschnitten dargestellt und dokumentiert worden. Die diesem Band vorangestellte Dokumentation hat versucht, das ganze Ausmaß der Unterdrückung und Terrorisierung ausgegrenzter gesellschaftlicher Minderheiten, von Andersdenkenden und ausgesprochenen Gegnern der nationalsozialistischen Diktatur exemplarisch zu vergegenwärtigen. Widerstand gelangt hier in ausgewählten biographischen Skizzen von Gegnern aus den Reihen der Arbeiterbewegung, der Kirchen und des Militärs ins Blickfeld.<sup>1</sup> Die folgende Darstellung verzichtet auf einen kursorischen Überblick über Widerstand, Opposition und Verweigerung in der Kasseler Bevölkerung und beschränkt sich aus mehreren Gründen auf den aus der geschlagenen Arbeiterbewegung hervorgehenden Widerstand, auf Formen der Solidargemeinschaft von Angehörigen der Arbeiterbewegung jenseits des aktiven Widerstandes sowie auf Tendenzen der Verweigerung und des Protests in der Arbeiterschaft. Diese Eingrenzung akzentuiert die Ausnahmestellung, die der Arbeiterwiderstand in der Opposition gegen die NS-Diktatur einnahm. Die grundsätzliche Gegnerschaft der Arbeiterbewegung gegen den Unrechtsstaat – anders als beim Militär oder auch bei den Kirchen – von vornherein außer Frage. Die Geschichte des auf den Sturz der Diktatur zielenden Widerstandes ist daher zunächst und vor allem die Geschichte des Arbeiterwiderstandes. Gegen ihn richteten sich Terror und Repression in besonderem Maße; die Gegner aus seinen Reihen waren in großer Zahl von härtesten Verfolgungsmaßnahmen betroffen. Die Praxis des Arbeiterwiderstandes, aber auch die Gründe für seine baldige Isolation inmitten einer bis 1933 im Kasseler Raum zu Tausenden in den Arbeitervereinen, Gewerkschaften und Linksparteien organisierten und von diesen Organisationen beeinflussten Arbeiterschaft verdienen daher besonderes Interesse.

Dennoch können derartige Gründe der qualitativen und quantitativen Dimension des Arbeiterwiderstandes und seiner Verfolgung die Eingrenzung der Darstellung allein nicht rechtfertigen, gelangte man doch sonst zu einer nicht vertretbaren Hierarchie des Widerstandes je nach politischer oder weltanschaulicher Ausrichtung. Für die vorgenommene Eingrenzung sprechen daher in erster Linie pragmatische Gründe der Materiallage, des Bearbeitungsstandes und des Untersuchungsinteresses. Angesichts der Vielzahl und Dichte der Hinweise in den Akten der NS-Verfolgungs- und Überwachungsinstanzen sowie der Bereitschaft vieler Zeitzeugen aus der Arbeiterbewegung, von ihren Erfahrungen zu berichten, lag es nahe, diesen Bereich exemplarisch zu untersuchen. Die hier ansetzende, sehr aufwendige lokal-historische Rekonstruktion von politisch-organisatorischen und biographischen Bezügen, von Praxisformen und politischen Bewußtseins- und Stimmungslagen wäre – sofern sie mit dieser Reichweite überhaupt möglich ist – etwa für den Bereich der kirchlich und religiös motivierten Opposition oder für Formen der Verweigerung und der Distanzierung vom Regime in bürgerlichen Kreisen erst noch zu leisten. Zwar ist die Geschichte der Evangelischen Landeskirche und der Bekennenden Kirche in Nordhessen inzwischen gut überblickbar; die vorliegenden Darstellungen informieren sowohl über Formen der begrenzten Gegenwehr gegen die Kirchenpolitik der Diktatur wie über die Beispiele weitergehenden Widerstandes.<sup>2</sup> Über die größeren Kasseler Bekenntnisgemeinden – ihre Zusammensetzung, die Praxis ihres Zusammenhalts und die Einstellung der Gemeindeglieder zum Regime außerhalb des kirchenpolitischen Konfliktfeldes – ist jedoch noch wenig bekannt.<sup>3</sup> Dies gilt in höherem Maße auch für die katholischen Gemeinden in Kassel und ihre Versuche der Aufrechterhaltung eines intakten Gemeinde- und Vereinslebens gegen den wachsenden Druck des NS-Staates.<sup>4</sup> Näher zu untersuchen wäre auch die Geschichte der kleinen Religionsgemein-

<sup>1</sup> Siehe Jörg Kammler/Dietfried Krause-Vilmar (Hrsg.): Volksgemeinschaft und Volksfeinde. Kassel 1933–1945. Eine Dokumentation, Fulda/Brück 1984, S. 337 ff., sowie die dort angeführte lokal- und regionalhistorische Literatur. <sup>2</sup> Ulrich Schneider: Bekennende Kirche zwischen „freudigem Ja“ und antifaschistischem Widerstand. Eine Untersuchung des christlich motivierten Widerstandes gegen den Faschismus unter besonderer Berücksichtigung der Bekennenden Kirche in Kurhessen-Waldeck und Marburg, Kassel 1986; Hans Slenczka: Die evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck in den Jahren von 1933 bis 1945, Göttingen 1977. <sup>3</sup> Neben den politischen Lage- und Stimmungsberichten der NS-Instanzen wären hier vor allem die Auskünfte bzw. die Nachlässe von Pfarrern und Mitgliedern der Bekenntnisgemeinden von Bedeutung. Siehe z. B. die Predigttexte, Aufzeichnungen und Briefe im Nachlaß des Pfarrers Heinrich Rüppel in Kassel-Harleshausen (Archiv des Forschungsprojekts „Kassel in der NS-Zeit“, Gesamthochschule Kassel). <sup>4</sup> Über die erhebliche Bedeutung, die das Regime der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche und den ihr verbundenen gesellschaftlichen Organisationen beimaß, informieren sehr eindringlich die Lageberichte der Kasseler Gestapo und des Regierungspräsidenten.

ten, unter denen etwa die Zeugen Jehovas für die Kasseler Widerstandsgeschichte von Bedeutung sind.<sup>5</sup> Besser dokumentiert sind dagegen Verweigerung und Gegnerschaft unter den Kasseler Soldaten des Zweiten Weltkriegs sowie die lokalen Bezüge zum militärischen Widerstand des 20. Juli 1944.<sup>6</sup> Ein systematischer Überblick über Widerstand und Opposition im Kasseler Raum hätte auch die Beispiele vereinzelter Aufbegehrens und individueller Abwendung vom Regime zu vergegenwärtigen, wie sie z. B. in den politischen Strafverfahren wegen „Heimtücke“-Vergehen, „Wehrkraftzersetzung“ oder „Rundfunkverbrechen“ sichtbar werden.<sup>7</sup>

Das angedeutete Gesamtspektrum von Widerstand und Gegenwehr<sup>8</sup> ist hier zugunsten der vertiefenden Untersuchung eines Ausschnitts vernachlässigt worden. Der Darstellung von Arbeiterwiderstand und -opposition ist der Überblick über die Geschichte und Struktur der Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 im vorangehenden Beitrag zugeordnet. Die Vergegenwärtigung der tiefgehenden politischen Spaltung der Arbeiterbewegung und ihrer lähmenden Auswirkungen soll die Ausgangsbedingungen des Arbeiterwiderstandes ins Blickfeld rücken; sie läßt erkennen, wie eingeschränkt die Gegenwehrmöglichkeiten der in die Defensive gedrängten und politisch zerrissenen Arbeiterbewegung und wie begrenzt die Potentiale aktiven und militanten Widerstandes von vornherein waren. Wie sich dieser Widerstand konstituierte, wie sich politische Struktur, Praxis und Einfluß der illegalen Arbeiterbewe-

gung entwickelten und in welchem Verhältnis organisierter Widerstand, Selbstbehauptung in kleinen Gesinnungsgemeinschaften und oppositionelle Tendenzen in der Arbeiterschaft standen, ist Gegenstand der folgenden Darstellung. An die vorliegende regionalhistorische Literatur anknüpfend<sup>9</sup>, geht es ihr vor allem darum, ohne ständigen Rückgriff auf die Politik der überregionalen Organisationszentralen und ohne Überschätzung der Programmatik und Planungen der illegalen Gruppen Widerstand und Opposition unter möglichst strikter Konzentration auf die erschlossenen lokalhistorischen Quellen und Bezüge zu rekonstruieren. Nur so erscheint es möglich, ein annähernd wirklichkeitsgetreues Bild von der spezifischen Situation des lokalen Widerstandes und der ihn tragenden Personen zu vermitteln. Da die Geschichte des Widerstandes weniger eine solche spektakulärer und planmäßiger Aktionen ist, sondern eher durch die Massivität und Permanenz der Verfolgung geprägt wird, werden die von den Herrschaftsinstanzen des NS-Staates ausgehenden Terror- und Verfolgungsmaßnahmen als entscheidende Handlungsbedingungen von Widerstand und Verweigerung einbezogen. Die weitreichenden Wirkungen brutaler und allgegenwärtiger Verfolgung werden vor allem am Beispiel des Verfolgungsschocks des Jahres 1933 thematisiert. Im übrigen bemüht sich die Darstellung darum, die politische Identität und den Praxiszusammenhang der verschiedenen illegalen Gruppen deutlich werden zu lassen, ist doch die Rede vom „Arbeiterwi-

<sup>5</sup> Über die Opposition der etwa 30 bis 40 Kasseler „Bibelforscher“ informieren einige Urteile des OLG Kassel sowie Wiedergutmachungsakten. Siehe auch meine Dokumentation „Ich habe die Metzerei satt und laufe über...“ Kasseler Soldaten zwischen Verweigerung und Widerstand (1939–1945), 2. Aufl., Fulda/Brück 1985, S. 135 ff. <sup>6</sup> J. Kammler: a.a.O. (5) <sup>7</sup> Eine größere Sammlung derartiger Urteile des OLG Kassel und des Kasseler Sondergerichts befindet sich im Archiv des Forschungsprojekts „Kassel in der NS-Zeit“. Siehe auch Jürgen Relke: Justiz als politische Verfolgung. Rechtsprechung des Landgerichts und des Sondergerichts Kassel bei „Heimtücke“-Vergehen und in „Rassenschande“-Fällen 1933 bis 1945 – unter besonderer Berücksichtigung des „Rassenschande“-Prozesses gegen Werner Holländer, Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1983. <sup>8</sup> Aus der älteren Literatur siehe dazu allgemein: Günther Weisenborn: Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933–1945, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1974; Wolfgang Abendroth: Der deutsche politische Widerstand gegen das „Dritte Reich“, in: ders.: Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied und Berlin 1967, S. 518–533. Unter den neueren Überblicksdarstellungen siehe Ger van Rooon: Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, München 1979; Christoph Kleßmann/Falk Pingel (Hrsg.): Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach historischer Wirklichkeit, Frankfurt/New York 1980; Richard Löwenthal/Patrick von zur Mühlen (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933–1945, Berlin-Bonn 1982; Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Hrsg. von Jürgen Schmäddeke und Peter Steinbach, München/Zürich 1985; Widerstand und Exil 1933–1945, Frankfurt/New York 1986. <sup>9</sup> Siehe den aus der Sicht des am Widerstand beteiligten Kommunisten verfaßten Bericht von Willi Belz: Die Standhaften. Über den Widerstand in Kassel und im Bezirk Hessen-Waldeck 1933–1945. Ergänztes und verbesserte Zweitausgabe, Kassel 1978, sowie die vor allem die Organisationsgeschichte der illegalen KPD betonende Darstellung von Christine Fischer-Defoy: Arbeiterwiderstand in der Provinz. Arbeiterbewegung und Faschismus in Kassel und Nordhessen 1933–1945. Eine Fallstudie, Berlin 1982. Siehe weiter D. Krause-Vilmar: Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel – Dokumente, in: Prisma. Die Zeitschrift der Gesamthochschule Kassel, 29/1982, S. 46–51; J. Kammler: Gewerkschafter, Arbeiterwiderstand und Arbeiteropposition in Kassel 1933–1945, in: Prisma, 29/1982, S. 51–56; Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel 1933. Bilder – Dokumente – Kommentare, hrsg. von der Forschungsstelle „Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus“, Gesamthochschule Kassel, Kassel 1983; Herbert Pinno: Ochshausen – 5. März 1933. Eine rote Bastion wird geschleift (in diesem Band); Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933–1945. Hrsg. vom DGB-Bildungswerk Hessen und dem Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933–1945, Gießen 1983; Gerhard Beier: Arbeiterbewegung in Hessen. Zur Geschichte der hessischen Arbeiterbewegung durch einhundertfünfzig Jahre (1834–1984), Frankfurt a. M. 1984. Aus der allgemeinen Literatur zu Arbeiterwiderstand und -opposition siehe besonders Wolfgang Abendroth: Historische Funktion und Umfang des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich, in: Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, hrsg. von Peter von Oertzen, Frankfurt a. M. 1967, S. 303–321; Detlev Peukert: Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933–1945, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz. Düsseldorf 1983, S. 633–653; Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933–1945. Grundlagen und Materialien. Mit Beiträgen von Manfred Geis u. a., Bonn 1982; Timothy W. Mason: Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939, Opladen 1975; ders.: Arbeiteropposition im nationalsozialistischen Deutschland, in: Detlev Peukert/Jürgen Reulecke (Hrsg.): Die Reiben fest geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unter Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 293–313; ders.: Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland, in: Carola Sachse/Tilla Siegel/Hasso Spode/Wolfgang Spohn: Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 11–53.

derstand" insofern irreführend, als es keineswegs zum Zusammenschluß des sozialdemokratischen, linkssozialistischen und kommunistischen Widerstandes kam. Vor allem am Beispiel der unter gesinnungstreuen Sozialdemokraten vorherrschenden kleinen Solidargemeinschaften wird eine Form des defensiven, auf aktiven Widerstand verzichtenden Zusammenhalts hervorgehoben, wie sie schließlich – spätestens nach der Zerschlagung der illegalen KPD in den Jahren 1935/36 – für alle Gegner aus den Reihen der Arbeiterbewegung zur maßgeblichen Basis der Identitätsbewahrung und der solidarischen Überlebenshilfe unter den Bedingungen der Diktatur wurde. Die abschließende Darstellung regimekritischer Tendenzen in der Kasseler Arbeiterschaft macht deutlich, daß es dem Regime trotz der in der Arbeiterschaft zunächst verbreiteten Abwehrhaltung und mancher Anzeichen von Protest und Verweigerung letzten Endes gelang, eine kollektive Gegenwehr der Arbeiter zu unterbinden, den organisierten Widerstand von der Arbeiterschaft zu isolieren und die meisten Arbeiter zur widerstandslosen Hinnahme der Diktatur, wenn nicht gar zur Aussöhnung mit ihr zu bewegen.

In mancher Hinsicht reicht das verfügbare Wissen für eine genaue und völlig gesicherte Darstellung der Widerstandsgeschichte nicht aus, da die lückenhafte und auch anderweitig problematische Quellenlage zum Teil große Schwierigkeiten bedingt. Unmittelbare dokumentarische Zeugnisse des organisierten, konspirativen Widerstandes aus den Reihen der Arbeiterbewegung liegen einsichtigerweise so gut wie gar nicht vor, waren doch der weitestgehende Verzicht auf Schriftlichkeit und das Verwischen der Spuren geradezu Vorbedingungen erfolgreichen illegalen Handelns. Erst recht blieben informelle Formen des Zusammenhalts von Gegnern oder vereinzelt nonkonformes Handeln ohne dokumentarische Spuren, die aus der Sicht der Handelnden unmittelbaren Aufschluß gewährten. Die Darstellung stützt sich daher vor allem auf autobiographische Berichte und Darstellungen von Zeitzeugen einerseits, Akten staatlicher Instanzen auf der anderen Seite.

Berichte von Zeitzeugen aus dem Kasseler Raum liegen – zum Teil in Form umfangreicher Interviews – in größerer Zahl vor. Sie stammen in ihrer großen Mehrheit von er-

klärten, grundsätzlichen Gegnern des Regimes, kaum jedoch von jenen, bei denen sich Zustimmung und Distanz, Mitmachen und begrenzte Opposition mischten. Diese Berichte stellen wichtige und unverzichtbare Quellen für die historische Rekonstruktionsarbeit dar, auch wenn nach Jahrzehnten die Genauigkeit der Erinnerung nachläßt und vor allem nachträgliche Bearbeitung und Harmonisierung ihre Selektivität erhöht und Verzerrungen mit sich bringt.<sup>10</sup> Sie vermitteln jedoch durch andere Quellen kaum ersetzbare Erfahrungen, Eindrücke und Beurteilungen, deren besonderer Wert in der Veranschaulichung von Situationen und „atmosphärischen“ Bedingungen, in der Benennung von Motiven und Stimmungslagen und in der Herstellung von Zusammenhängen liegt. Akten von NS-Behörden bilden den zweiten wesentlichen Quellenbestand. Sie beleuchten Widerstand, Opposition und Konflikte zwischen NS-Herrschaft und Bevölkerung aus der Sicht der Verfolgungs- und Überwachungsinstanzen. An erster Stelle sind hier die Akten der Gestapo zu nennen, die für den Bereich der Staatspolizeistelle Kassel allerdings nur in Bruchstücken überliefert sind. Geschäfts- und Personalakten der Kasseler Gestapo sind – im Gegensatz etwa zu Beständen der Gestapoleitstelle Düsseldorf und der Gestapostelle Würzburg – nicht erhalten. Als zusammenhängender, wenn auch nicht vollständiger Bestand erhalten sind Ereignismeldungen und Lageberichte der Kasseler Gestapo für die Jahre 1934 und 1935<sup>11</sup>; für die Jahre 1933 und ab 1936 sind lediglich vereinzelte Meldungen und Berichte zugänglich. Darüber hinaus befinden sich zahlreiche Aktenvorgänge der Kasseler Gestapo in den Beständen des ehemaligen Konzentrations- und Straflagers Breitenau<sup>12</sup>, in den Akten des Kasseler Regierungspräsidenten und der nordhessischen Landratsämter<sup>13</sup> sowie in Justizakten. Sie vermitteln zumindest einen Überblick über die Praxis der Gestapo im Regierungsbezirk Kassel und den Umfang ihrer Repressions- und Überwachungstätigkeit.<sup>14</sup> Die allgemeine Stimmungs- und Lageberichterstattung des Unterabschnitts Kassel des Sicherheitsdienstes der SS (SD) ist ebensowenig überliefert, wie diejenige regionaler Dienststellen der NSDAP.

Aufschlußreich für die Stimmungsentwicklung der Arbeiterschaft in den ersten Jahren der Diktatur sind die Berichte des Kasseler Oberbürgermeisters für die Jahre 1934 bis

<sup>10</sup> Vgl. auch Reinhard Mann: Was wissen wir vom Widerstand? Datenqualität, Dunkelfeld und Forschungsartefakte, in: C. Kleßmann/F. Pingel (Hrsg.): a.a.O., S. 35 ff. <sup>11</sup> StA Marburg, 165/3949 und 3965 <sup>12</sup> Personalakten der Schutzhaftgefangenen, Archiv der Gedenkstätte Breitenau, Guxhagen/Krs. Melsungen. <sup>13</sup> StA Marburg, Bestand 180. Siehe besonders die Akten des Landratsamts Hersfeld, z. B. das Geschäftstagebuch für Eingänge von der Gestapostelle Kassel für die Jahre 1937–1940 (StA Marburg, 180/9699). <sup>14</sup> Siehe dazu meinen Beitrag: Nationalsozialistische Machtergreifung und Gestapo – am Beispiel der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Kassel, in: Hessen unterm Hakenkreuz. Studien zur Durchsetzung der NSDAP in Hessen. Hrsg. v. Eike Hennig, Frankfurt a. M. 1983, S. 506–536; Michael Jäger: Organisation und Praxis der Gestapostelle Kassel in der Endphase des Zweiten Weltkrieges – unter besonderer Berücksichtigung der Ermordung von Gestapohäftlingen in Kassel-Wehlheiden im März 1945, Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1985; Gunnar Richter: Der Umgang mit der nationalsozialistischen Zeit. Eine lokale Studie über ein Verbrechen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges. Darstellung und Ton-Dia-Reihe, Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1981.

1936<sup>15</sup>, die Berichte des Bürgermeisters des 1936 eingemeindeten Kasseler Vororts Niederrhein (1933 bis 1936)<sup>16</sup> sowie die Lageberichte des Kasseler Regierungspräsidenten (1934 bis 1936)<sup>17</sup>, die im Hinblick auf Anlässe und Potential von Unmut, Opposition und Protest eine wichtige Ergänzung der Gestapo-Lageberichte darstellen. Für die Kriegsjahre (1940 bis 1944) liegen die Lageberichte des Präsidenten und des Generalstaatsanwalts des Oberlandesgerichts Kassel vor, die wichtige Informationen über die justizielle Verfolgung politischer und politisierter Straftatbestände enthalten.<sup>18</sup> Zumindest punktuelle Informationen über die Stimmung und die Lage der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben, insbesondere auch über das Aufbegehren ausländischer Zwangsarbeiter und seine Verfolgung, enthalten die Kriegstagebücher des Rüstungskommandos Kassel und der Rüstungsinspektion IX (Kassel).<sup>19</sup>

Eine besonders wichtige Quelle zur Erforschung von Widerstand, Opposition und Verfolgung bilden die erhaltenen Urteile, Anklageschriften und Ermittlungsakten des Hochverrats senats und des Sondergerichts beim Oberlandesgericht Kassel sowie die Häftlingsakten vor allem der Kasseler Haftanstalten.<sup>20</sup> Hier wird das Bild faßbar, das sich die Verfolgungsbehörden des NS-Staates vom Arbeiterwiderstand und seinen Aktivitäten machten. Es wird durch die Angaben und Berichte Verfolgter, wie sie auch in den Wiedergutmachungsakten enthalten sind, in mancher Hinsicht ergänzt und korrigiert.<sup>21</sup>

Betrachtet man zusammenfassend die zugänglichen Quellen und Materialien, so lassen sich Widerstand, Opposition und Verfolgung am ehesten und relativ genau für die Jahre bis etwa 1936 dokumentieren und darstellen, wobei die Schwerpunkte einerseits auf dem organisierten kommunistischen Widerstand, andererseits auf den zu meist durch die ökonomische Entwicklung verursachten Mißstimmungen in der Arbeiterschaft liegen. Die Entwicklung ab 1937 ist zumindest für den Kasseler Raum schon allein wegen der sehr lückenhaften Quellenlage nur in sehr groben Zügen darstellbar; dazu kommen die grundlegend veränderten Handlungsbedingungen des

Widerstandes in den Jahren der Hochrüstung und des Krieges.

Für die Interpretation sind in jedem Fall spezifische Verzerrungen in den Wahrnehmungs- und Bearbeitungsmustern der NS-Behörden in Rechnung zu stellen, handle es sich um die Rekonstruktion und Bewertung illegaler Aktivitäten von Kommunisten und „Marxisten“ (Sozialdemokraten und Gewerkschafter), um die Wiedergabe und Einordnung einzelner oppositioneller Meinungsäußerungen oder um die Beurteilung der Einstellung zum Regime in der Arbeiterschaft insgesamt. Zu bedenken bleibt vor allem, daß es sich bei dem aktenkundig gewordenen Widerstand lediglich um den von der Gestapo erfaßten Teil des Widerstandes handelt, wobei der in den ersten Jahren der Diktatur auf unmittelbare öffentliche Wirkung zielende kommunistische Widerstand allerdings auch relativ weitgehend erfaßt worden sein dürfte.<sup>22</sup> Notwendigerweise wesentlich größer ist die Dunkelziffer etwa bei den sogenannten „Heimtücke“-Vergehen („Meckern“, Verbreitung von Witzen und Gerüchten etc.), bei Abhören ausländischer Sender und anderen als staatsfeindlich eingestuften Formen sporadischen nichtkonformen Verhaltens. Hier konnte es dem Regime gar nicht um vollständige, sondern lediglich um selektive Erfassung und exemplarische Bestrafung zum Zwecke der Einschüchterung gehen. Sowohl bei den von der Gestapo und Justiz verfolgten Meinungsdelikten („Heimtücke“- und „Wehrkraftzerstörung“-Äußerungen) als auch bei den in den Stimmungsberichten kolportierten Tendenzen von Unmut und Protest ist die Gefahr einer Überinterpretation des oppositionellen Potentials und der Unterschätzung gleichzeitiger konformistischer Haltungen zu vermeiden.<sup>23</sup> Verlässliche Hinweise auf die quantitativen Dimensionen von Meinungen in der Bevölkerung und auf die qualitative Gewichtung von Zustimmung und Ablehnung gegenüber dem Regime und seiner Politik enthalten die Stimmungs- und Lageberichte nicht. Dennoch erlauben sie wichtige Rückschlüsse auf die Handlungsbedingungen, das Umfeld und die Erfolgsaussichten aktiven Widerstands gegen das Regime.

<sup>15</sup> Stadtarchiv Kassel, A 1.01.1 <sup>16</sup> StA Marburg, 175/1401 und 1402 <sup>17</sup> StA Marburg, 165/3820, 3824, 3939 <sup>18</sup> BA Koblenz, R 22/3371 <sup>19</sup> BA/MA Freiburg, RW 20 und RW 21. Siehe auch D. Krause-Vilmars: Zur Typik des Terrors gegen ausländische Zwangsarbeiter im Bereich des Rüstungskommandos Kassel (1940–1945), in: Jörn Garber/Hanno Schmidt (Hrsg.): Die bürgerliche Gesellschaft zwischen Demokratie und Diktatur. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Walter Grab, Marburg 1985, S. 193–207. <sup>20</sup> Die im Archiv des Forschungsprojekts Kassel in der NS-Zeit vorhandene Sammlung von mehreren hundert Urteilen und Anklageschriften des OLG Kassel und des Kasseler Sondergerichts entstammt insbesondere den folgenden Beständen: Sammlung des Kasseler Wiedergutmachungsdezernenten Max Mayr; Archiv des Landgerichts Kassel; Archiv des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M.; Häftlingsakten in den Archiven der Kasseler Justizvollzugsanstalten; private Unterlagen von Verfolgten; Entschädigungsanträge A–Z, Stadtarchiv Kassel, A 5.55, Nr. 67; Wiedergutmachungsakten der WG-Behörde beim RP Darmstadt. <sup>21</sup> Auf der Basis einer systematischen Auswertung der Wiedergutmachungsakten und unter Einbeziehung aller in Frage kommenden NS-Quellen wird z. Z. eine differenzierte Verfolgten-Kartei für Stadt und Landkreis Kassel erstellt, die bislang etwa 1400 Personen umfaßt. Nicht enthalten sind dabei die jüdischen Bürger Kassels, deren Verfolgungsgeschichte von Wolfgang Prinz bearbeitet wird, sowie die meisten der als „Asoziale“, Homosexuelle, „Zigeuner“ und Kranke Verfolgten, bei denen der Umfang der Verfolgung und die konkreten Einzelschicksale besonders schwer zu erschließen sind. <sup>22</sup> Vgl. auch R. Mann: a. a. O., S. 43 ff (10). <sup>23</sup> Siehe dazu Ian Kershaw: Alltägliches und Außeralltägliches: ihre Bedeutung für die Volksmeinung 1933–1939, in: D. Peukert/J. Reulecke (Hrsg.): a. a. O., S. 277 (9).

Nicht zuletzt die schwierige Quellenbasis wirft die Frage nach den Fixpunkten und Orientierungslinien für eine Darstellung des lokalen und regionalen Widerstandes auf. Was soll als Widerstand gelten und wie weit soll der Widerstandsbegriff gefaßt werden? In welcher Beziehung stehen aktiver, grundsätzlicher Widerstand gegen die NS-Diktatur und die unterschiedlichsten Formen von Unmut, Opposition, Protest und Dissens? In welchem Verhältnis steht organisiertes oder an Organisationen und Gruppen orientiertes Widerstandshandeln zu den Handlungsmotiven, -bedingungen und -perspektiven des einzelnen? In den letzten Jahren ist eine lebhaft diskutierte Widerstandsdarstellung durchbrechenden Widerstandsbegriff geführt worden – vor allem in Reaktion auf die wachsende Zahl regional- und lokalgeschichtlicher Untersuchungen zur NS-Machtergreifung, zum Arbeiterwiderstand, zum NS-Alltag und zur Verfolgungspraxis des Regimes.<sup>24</sup> Kritisiert wurde vor allem eine gewisse Erstarrung in der Auseinandersetzung mit dem Widerstand, die eher den politischen Legitimationsbedürfnissen interessierter Gruppen entsprochen und einen „latenten Heldenkult“ gefördert, als ein differenziertes Verständnis des historisch beobachtbaren Widerstandshandelns vermittelt habe.<sup>25</sup> Von dieser Kritik aus wurde für eine Erforschung und Darstellung des Widerstandes plädiert, die es erlaube, neben dem unter vollem Einsatz der Person geführten kämpferischen Widerstand unter dem Begriff der „Resistenz“ auch die „kleinen“ Formen der punktuellen Opposition, der Verweigerung und Nichtanpassung in vollem Umfang einzubeziehen.<sup>26</sup>

In der Tat waren die lediglich nonkonformen Äußerungen und Handlungen während der Nazizeit für lange Zeit nach 1945 mit mehr oder weniger offener Geringschätzung betrachtet und weder von der Forschung und der Literatur ehemaliger Widerstandskämpfer noch von den Verfolgtenorganisationen und den Wiedergutmachungsstellen näher beachtet worden. Diese verbreitete Grundhaltung hing zusammen mit der noch sehr lebendigen Erfahrung der qualitativen Differenz zwischen denen, die grundsätzlich gegen das Regime gestanden und etwas gegen es zu tun versucht hatten, und jenen anderen, die häufig nur in einem unbedachten Augenblick Kritik geübt oder lediglich eine Norm des Regimes durchbrochen hatten. Sie hing aber auch mit der frustrierenden Erfahrung

der Entnazifizierungsverfahren zusammen, in denen es kaum einer der Betroffenen bis hinein in die Reihen höherer und höchster Funktionsträger des Regimes unterließ, unter Hinweis auf regimiekritische Reden und nonkonforme Handlungen für mildernde Umstände zu plädieren oder gar als Gegner oder heimlicher Widerständler Anerkennung zu suchen. Die von ehemaligen Parteigängern und Funktionären des Regimes weithin geübte Praxis der wechselseitigen Entlastung durch „Persil-Scheine“ mußte gerade von den aktiven Gegnern und wirklich Verfolgten als Hohn empfunden werden. Unter diesem Aspekt erscheint es plausibel, wenn die Verfolgten- und Widerstandskämpferverbände, die ohnehin um die Anerkennung von Entschädigungsrechten zu kämpfen hatten, sich für eine restriktive Fassung der Maßstäbe für Widerstand und Gegnerschaft aussprachen. Dabei wurde allerdings der Kreis der von der ausufernden Verfolgungspraxis der Nazis Betroffenen ebenso unzulässig eingeschränkt wie die Wahrnehmung begrenzter und häufig isolierter Gegenwehr unterhalb der Schwelle des organisierten Widerstandes.<sup>27</sup>

Die mit der Neuorientierung der Widerstandsforschung seit Mitte der 70er Jahre einhergehende Öffnung und Erweiterung des Wahrnehmungs- und Untersuchungsfeldes hat demgegenüber den Blick für die innere Differenzierung der NS-Herrschaft, für Konflikte zwischen Herrschaftsanspruch und traditionellen gesellschaftlichen Bindungen, für die „Reibungsverluste“ aufgrund sozialökonomischer Interessenlagen und für die Gegenreaktionen, die der Herrschaftsdruck und nicht zuletzt die sich ausweitende Verfolgungspraxis der Diktatur erzeugten, geschärft. Sie hat zugleich das Bedürfnis nach einer zumindest typologischen Unterscheidung und Abgrenzung der vielfältigen Formen widerständigen, oppositionellen oder nonkonformen Handelns verstärkt. Eine solche Typologie könnte beginnen bei Akten bloßer Nonkonformität und über Handlungen der Verweigerung und des Protestes hin zum Widerstand im engeren Sinn führen.<sup>28</sup> Als *nonkonform* können Handlungen gelten, die Normen des NS-Staates ignorierten oder verletzten, ohne das System als Ganzes in Frage zu stellen und ohne in der Regel den privaten Raum zu überschreiten. Darunter wäre etwa die Nichtbeteiligung an NS-Kampagnen, Veranstaltungen oder Sammlungen zu verstehen. *Verweigerung* enthält einen graduell stärkeren politischen Akzent. Der Begriff

<sup>24</sup> Siehe vor allem: Bayern in der NS-Zeit. Hrsg. von Martin Broszat u. a., 6 Bde., München/Wien 1977–1983. Zu Hessen siehe: Nationalsozialismus in Hessen. Eine Bibliographie der Literatur nach 1945. Zusammenestellt von Rolf Engelke und Horst Steffens, Hessisches Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung, Materialien zum Unterricht, Heft 44, Wiesbaden 1983. <sup>25</sup> Siehe Peter Hüttenberger: Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“, in: Theorien in der Praxis des Historikers, hrsg. von Jürgen Kocka, Sonderheft 3 von „Geschichte und Gesellschaft“, Göttingen 1977, S. 117 ff. <sup>26</sup> Siehe Martin Broszat: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C, hrsg. von Martin Broszat, Elke Fröhlich und Anton Grossmann, München/Wien 1981, S. 692 ff. <sup>27</sup> Dafür finden sich in den Kasseler Wiedergutmachungsakten zahlreiche Beispiele. <sup>28</sup> Siehe Detlev Peukert: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982, S. 97.

zielt auf bewußte Widersetzlichkeit gegenüber Anordnungen von Behörden oder NS-Instanzen, etwa auf die Weigerung von Fürsorgearbeitern, die Arbeit auf amtlich zugewiesenen Pflichtarbeitsplätzen aufzunehmen. Als *Protest* würde dann die dezidierte, politisch stärker verallgemeinerte und mehr auf Öffentlichkeit bezogene Kritik an bestimmten Maßnahmen des Regimes gelten, so z. B. im Betrieb angebrachte Parolen gegen eine verfügte Lohnkürzung oder gegen die Verhaftung von Kollegen. *Widerstand* beinhaltet schließlich die umfassende und zumindest perspektivisch auf seinen Sturz gerichtete Ablehnung des NS-Regimes.<sup>29</sup>

Diese Typologie enthält zwei wichtige Dimensionen: eine, die die Reichweite der Kritik am Regime kennzeichnet und eine Skala von der punktuellen Teilkritik bis zur allgemeinen Ablehnung anbietet, und eine andere, die sich mit den Polen „privat-staatsbezogen“ auf den Wirkungsraum der Handlung bezieht. Eine solche Typologie läßt sich vielfältig differenzieren und variieren.<sup>30</sup> Die Probleme der Analyse lassen sich dadurch nur begrenzen, nicht lösen. Ein Problem resultiert daraus, daß die Verfolgungspraxis des Regimes vor allem in den Kriegsjahren die Unterschiede zwischen oppositionellen Handlungen rigoros einebnete und – wie etwa in Fällen sogenannter Wehrkraftzersetzung – selbst punktuelle, situationsgebundene und nichtöffentliche Kritik mit drakonischen Strafen, häufig mit der Todesstrafe belegte. In der Strafjustiz drängte Freisler sogar darauf, ausgehend von einer Tätertypenlehre und unter Absehung vom konkreten Tatbestand möglicherweise zu erwartende Handlungen bzw. den unterstellten Willen dazu präsentativ zu bestrafen.<sup>31</sup> Ein anderes Problem liegt darin, daß eine solche typologische Reihung eine innere Dynamik des Aufsteigens von den „kleinen“ zu den „großen“ Formen des Widerstandes suggerieren könnte, so als treibe eine begrenzte nonkonforme Handlung mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zu politischen Formen der Gegenwehr. Ein derartiger Automatismus ist aber in der historischen Wirklichkeit keineswegs die Regel. Vielmehr gehen in vielen Fällen Abwehrhaltungen gegenüber einzelnen Maßnahmen und Teilaspekten des Regimes mit einer Billigung und Unterstützung anderer Maßnahmen und des Regimes im ganzen Hand in Hand. Ablehnung und Konsens sind also im konkreten Fall häufig verbunden.<sup>32</sup> Andererseits sind die

„kleinen“ Handlungen der Distanzierung und der Gegenwehr wirkungsgeschichtlich und politisch-biographisch in manchen Fällen in der Tat Ausdruck einer grundsätzlichen Ablehnung der NS-Diktatur oder der Beginn eines Prozesses der zunehmenden Desillusionierung, der in unterschiedenen Protesthandlungen oder gar im aktiven, konspirativen Widerstand enden mag. Solche Entwicklungen lassen sich z. B. bei jungen Soldaten während des Krieges häufiger beobachten.<sup>33</sup>

Die Intensität, mit der Handlungen, gesellschaftliche Bedingungen und Auswirkungen von „Resistenz“, Dissens<sup>34</sup> und Verweigerung in den letzten Jahren bearbeitet wurden – häufig blieb es allerdings bei der programmatischen Forderung nach genauerer Untersuchung dieses Umfeldes von Widerstand –, hat in der jüngeren Diskussion zu einer Rückbesinnung auf den Kern des aktiven, grundsätzlichen Widerstandes und seine deutliche Unterscheidung von allen übrigen Formen der begrenzten Nichtübereinstimmung mit dem Regime geführt. Zu groß erschien die Gefahr, „den Widerstandsbegriff so auszudehnen, daß er fast jedes Verhalten außer ausgesprochener Begeisterung für das Regime mit einschließt.“<sup>35</sup> Dies könne dazu führen, die letztendliche „Konsensbereitschaft der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit“ zu vernachlässigen und „wie immer unbeabsichtigt die Vielen zu exkulpieren.“<sup>36</sup> Die Betonung der „prinzipiellen Andersartigkeit“ von Widerstand im engeren Sinn<sup>37</sup> knüpft damit – bei aller Wichtigkeit, die der Untersuchung nonkonformen Verhaltens im breiteren Sinn beigemessen wird – erneut an jene Grundtendenzen der Widerstandsdarstellung und -bewertung an, wie sie für die ersten Nachkriegsjahre kennzeichnend war.

Diese Fassung des Widerstandsbegriffs, die die Ausnahmestellung aktiver, grundsätzlicher Gegnerschaft betont, wird hier übernommen. Zugleich wird jedoch daran festgehalten, daß der Untersuchung aller Formen von Dissens – wie sie etwa in der genannten Typologie angedeutet sind – große Bedeutung zukommt, nicht nur für ein differenziertes Verständnis der Herrschaftswirklichkeit des NS-Staates, sondern vor allem auch für eine angemessene Darstellung des Widerstandes selbst. Die Einbeziehung beider Ebenen – der des aktiven Widerstandes und derjenigen typologisch vorgelagerter Formen des Dissens – fördert Verbindendes und Trennendes gleichermaßen zuta-

<sup>29</sup> Detlev Peubert: *Volksgenossen und Gemeinschaftsfreunde... a.a.O.* (28) S. 96 ff. <sup>30</sup> Siehe etwa Gerhard Botz: *Methoden- und Theorieprobleme der historischen Widerstandsforschung*, in: Helmut Konrad/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.): *Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein*, Wien/München/Zürich 1983, S. 137–151; Klaus Tenfelde: *Soziale Grundlagen von Resistenz und Widerstand*, in: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, a.a.O., S. 799–812 (8); Ian Kershaw: „Widerstand ohne Volk?“ Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, a.a.O., S. 779–798 (8). <sup>31</sup> Roland Freisler: *Gedanken zur Verordnung gegen Volksschädlinge*, in: *Deutsche Justiz*, 1939, Nr. 36, S. 1459 ff. <sup>32</sup> Siehe auch Ian Kershaw: „Widerstand ohne Volk?“, a.a.O., S. 786 ff. (30). <sup>33</sup> Siehe meine Dokumentation: „Ich habe die Metzerei satt und laufe über...“, a.a.O. (5). <sup>34</sup> Diesen Begriff schlägt Ian Kershaw als Oberbegriff statt des Resistenz-Begriffs vor („Widerstand ohne Volk?“, a.a.O., S. 785 (30)). <sup>35</sup> Ian Kershaw: a.a.O., S. 783 (30). <sup>36</sup> Klaus Tenfelde: a.a.O., S. 800 (30). <sup>37</sup> a.a.O., S. 803 (30).

ge. Bestimmte Wahrnehmungen, Wertmaßstäbe und Motive waren nicht auf die aktiven Gegner beschränkt; ihnen stand keine einheitliche, graue Masse von Heloten oder Bannerträgern des Regimes gegenüber. Abwehr seiner Herrschaftsansprüche, Geltendmachen moralischer Maßstäbe gegenüber einer Politik der Menschenverachtung, Beharren auf einer eigenen Identität sind bei vielen einzelnen, die nicht den Weg zum aktiven Widerstand fanden, immer wieder auch zu beobachten. Was zumeist den Unterschied ausmachte, war die radikale Abtrennung vom Regime und seinen Plänen und schließlich vor allem der Entschluß zum stetigen Handeln gegen seine Herrschaft mit dem Risiko, Gesundheit und Leben zu verlieren. Andererseits: auch dieser Unterschied kennzeichnet keine absolute, unverrückbare Größe. Viele Widerstandskämpfer gerieten durch die Zerschlagung ihrer Gruppen und das Zerreißen organisatorischer Verbindungen, durch Haft und Verfolgung in die Situation isolierter, gehetzter und ohnmächtiger einzelner, deren Handlungsspielraum sehr gering war. Sie war kaum zu unterscheiden von der Lage derjenigen zumeist jüngeren Einzelgänger, die sich fast ganz auf sich gestellt – ohne Beziehung zu oppositionellen Gruppierungen und häufig ohne Wissen um die Existenz organisierten Widerstandes – allein von jeder Bindung an das Regime freiekämpft hatten und, wo immer es ging, durch Verweigerung und aktives Handeln Sand ins Getriebe der Diktatur zu streuen versuchten.<sup>38</sup> So war der Kreis der entschiedenen Gegner größer als der organisierte politische Widerstand, ohne daß dieser jedoch aus dem größeren Potential Verstärkung erfuhr. Verbunden waren „Kern“ und „Peripherie“ des Widerstandes

durch die Qualität und Problematik individuellen Widerstehens. Auch für den auf eine Gruppe bezogenen und politisch bewußten Gegner war es im persönlichen Handeln nicht mit der einmal getroffenen grundsätzlichen Entscheidung getan. Diese Entscheidung mußte immer erneut bekräftigt werden, und sie stand auch immer wieder in Frage. Vor Verzweiflung, Resignation und konkretem Versagen waren auch die mutigsten und konsequentesten Oppositionellen nicht gefeit. Daß der Schritt von der bloßen oppositionellen Stimmung hin zum Handeln auch in aussichtslosen Situationen immer wieder getan wurde, hing im Ernstfall nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie von klar fixierbaren äußeren Vorbedingungen wie Herkunft, weltanschaulicher Tradition oder politischer Schulung ab, sondern auch und vor allem von moralischer Sensibilität, dem Bewußtsein von einer zu verteidigenden Identität und schließlich von dem Willen, diese Identität auch um den Preis persönlicher Gefährdung zu bewahren.<sup>39</sup> Die Differenz zu jenen anderen, die gelegentlich und in engen Grenzen aufbegehrt oder opponierten, lag darin, daß es bei ihnen zur Herausbildung einer solchen Gewißheit eigener Identität gegenüber dem mächtigen Druck der Diktatur nicht kam, da sich – sofern nicht erlittene Verfolgung die Gewichte eindeutig vorschob – Ablehnung und Zustimmung mischten und sich persönliches Handeln auch oder sogar überwiegend nach den Kategorien des Regimes bestimmte.<sup>40</sup>

Die Verfolgungspraxis der Diktatur, die als „Gegenmacht“ des Widerstandes immer wieder Thema der folgenden Darstellung sein wird, hat diesen Unterschied zwar verwischt, aber nicht aufgehoben.

## 2. Die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die Entwicklung von organisiertem Widerstand und Formen der Solidargemeinschaft

Die schnelle Zerschlagung der Arbeiterbewegung als des entscheidenden Gegners war nach Hitlers Machtantritt das vorrangige Ziel des sich formierenden NS-Staates. Durch den Terror von SA und SS und den raschen Ausbau und Einsatz des staatlichen Verfolgungsapparates wurde

dieses Ziel nach wenigen Monaten erreicht.<sup>41</sup> Den aus den Reihen der Arbeiterbewegung hervorgehenden, von Beginn der Diktatur an gegen diese antretenden organisierten Widerstand und das Oppositionspotential der Arbeiterschaft hat das Regime dennoch am meisten gefürchtet.

<sup>38</sup> Siehe z. B. die autobiographischen Aufzeichnungen von Sigurd Askevold, dem Sohn eines Kasseler Pazifisten („Der Wurm im Apfel“, unveröffentlichtes Manuskript). Siehe auch Otl Aicher: *Innenseiten des Krieges*, Frankfurt a. M. 1985, besonders S. 13 ff., S. 122 f. <sup>39</sup> Insbesondere um die Vergegenwärtigung dieser Qualität persönlichen Widerstehens geht es in den biographischen Skizzen von Kasseler Regimegegnern, die in der diesem Band vorangestellten Dokumentation enthalten sind. Siehe auch Elke Fröhlich: *Die Herausforderung des einzelnen. Geschichten über Widerstand und Verfolgung, Bayern in der NS-Zeit*, Bd. VI, hrsg. von M. Bröszat u. E. Fröhlich, München/Wien 1983. <sup>40</sup> Siehe dazu vor allem den Abschnitt 3 in diesem Beitrag. <sup>41</sup> Siehe auch den Beitrag von D. Krause-Vilmar über die Machtergreifung in diesem Band.

## 2.1 Der Schock der kampflosen Niederlage – Terror, Verfolgung und Einschüchterung 1933

Der Widerstand aus den Reihen der illegalisierten Arbeiterparteien und der Gewerkschaften und das Verhalten der Arbeiter unter der Diktatur lassen sich nur dann angemessen verstehen, wenn man die Bedeutung der raschen und vollständigen Zerschlagung der scheinbar so mächtigen Arbeiterbewegung im Jahre 1933 ermißt. Die von der Arbeiterbewegung selbst zu verantwortenden strukturellen Ursachen der Niederlage sind vor allem in ihrer lähmenden politischen Spaltung zu suchen; sie ist an anderer Stelle dargestellt.<sup>42</sup> Sie allein vermag jedoch die Tatsache, daß die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen nahezu ohne Kampf und kollektive Gegenwehr erfolgte, nicht zu erklären. Entscheidend verantwortlich für diese Ohnmacht war vielmehr, daß *alle* großen Arbeiterorganisationen von der Rücksichtslosigkeit und Entschlossenheit des Gegners überrascht wurden, durch massiven Einsatz der vorhandenen und in kürzester Frist geschaffenen umfassenden Machtinstrumente die Bastionen der Arbeiterbewegung binnen weniger Monate zu vernichten. Der Schock wehrlos erfahrener Verfolgung, den der bald koordinierte Terror von SA, SS, Polizei und Justiz 1933 auslöste, ist in seiner Bedeutung für das Bewußtsein der organisierten Arbeiterschaft und damit für die Aussichten kollektiven Widerstandes kaum zu überschätzen. Die bald einsetzende Isolation der Untergrundorganisationen, der wesentlich punktuelle und sporadische Charakter von Protest und Opposition in den Betrieben und die fehlende Verbindung zwischen diesen beiden Bereichen lassen sich ohne den systematisch und permanent eingesetzten Terror und die mit ihm verbreitete Angst nicht verstehen. Es spricht sehr viel dafür, daß andere Herrschaftsmechanismen, die auf Integration und Gewinnung der Arbeiter abzielten, ihre Wirkung erst auf einem Boden entfalten konnten, den der allgegenwärtig bleibende Terror bereitete.<sup>43</sup>

In der Wahrnehmung der Betroffenen, wie sie sich in den Kasseler Quellen widerspiegelt, wurden Entrechtung, Unterdrückung und physischer Terror als eine – ständig wachsende und kaum kalkulierbare – Bedrohung erfahren, unabhängig davon, von welcher Instanz im einzelnen die Gefahr ausging und wie sich der Prozeß der nachträglichen Legalisierung der Verfolgungsmaßnahmen und der Ausbau des Verfolgungsapparates vollzog. Die nachträgliche

analytische Zergliederung in Hauptakteure, Phasen, rechtliche und behördliche Entwicklungen muß die Dynamik und die geballte Wirkung der Repression insgesamt im Blick behalten. Als Verfolger traten der Arbeiterbewegung entgegen: SA und SS, denen die übrigen NS-Organisationen zuarbeiteten; die politische Polizei, die – seit Ende April als Geheime Staatspolizei (Gestapo) etabliert – bald die Schlüsselrolle bei der Koordinierung und Durchführung der Unterdrückungsmaßnahmen übernahm; die politische Strafjustiz, die mit einem auf die Bedürfnisse der Diktatur zugeschnittenen Straf- und Verfahrensrecht und seit Ende März 1933 mit einer politischen Sondergerichtsbarkeit ausgestattet wurde; die übrigen staatlichen Behörden, die im Zuge der schnellen Gleichschaltung den neuen Herren dienstbar gemacht wurden und Helferdienste für ihre Verfolgungsmaßnahmen leisteten; Arbeitgeber und Betriebe, die auf Anweisung der Verfolgungsinstanzen oder aus eigener Entscheidung politisch mißliebige Arbeiter entließen oder nicht einstellten. Standen zunächst, bis März/April 1933, die Übergriffe und „wilden“ Terroraktionen von SA und SS im Vordergrund, so überwog von diesem Zeitpunkt an die systematisch gelenkte Verfolgung der staatlichen Instanzen, deren Druck und Unkalkulierbarkeit aber nicht zuletzt aus dem Zusammenwirken mit den militanten Schocktruppen der NS-Bewegung resultierten, die zum Teil in den staatlichen Verfolgungsapparat integriert wurden, ihn personell zu durchsetzen begannen und im übrigen als Verfolgungsinstanzen eigener Machtvollkommenheit staatlicherseits geduldet und genutzt wurden.

Auf der Ebene ihrer Organisationen und der politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung sah sich die Arbeiterbewegung einem schon im Februar 1933 entscheidend vorangetriebenen Angriff auf ihre Rechts- und Machtpositionen gegenüber, der mit der Einschränkung und Behinderung ihrer Organisationsaktivitäten begann und die Kommunisten schon vor der Wahl vom 5. März 1933 in die faktische Illegalität trieb und der mit dem Verbot der SPD und der Auflösung der kulturellen Arbeitervereine im Frühsommer 1933 seinen Abschluß fand.<sup>44</sup> Entscheidend für die politische Erfahrung Kasseler Sozialdemokraten, Linkssozialisten, Kommunisten und Gewerkschafter in den ersten Monaten der Diktatur wurde

<sup>42</sup> Siehe den vorangehenden Beitrag über die historische Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes in diesem Band. <sup>43</sup> So auch Timothy W. Mason: Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland, a.a.O., S. 19 ff. (9); Klaus Drobisch: Über den Terror und seine Institutionen in Nazideutschland, in: Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik. Hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Köln 1980, S. 157–180; Eberhard Kolb: Die Maschinerie des Terrors. Zum Funktionieren des Unterdrückungs- und Verfolgungsapparates im NS-System, in: K. D. Bracher/M. Funke/H.-A. Jacobsen (Hrsg.): a.a.O., S. 270–284 (9). <sup>44</sup> Zu den Gesetzen, Verordnungen und Erlassen, die diesen Prozeß begleiteten und vorantrieben, und ihrer Umsetzung auf lokaler Ebene einerseits, den Formen und Etappen der Entrechtung und Entmachtung andererseits s. den Beitrag von D. Krause-Vilmar über die Machtergreifung in diesem Band.

der ungezügelter und staatlich geförderter Terror von SA und SS. Er setzte unmittelbar mit dem Machtantritt Hitlers ein und traf mit haßerfüllter Gewalt besonders bekannte Aktivisten der Arbeiterbewegung.

So wurde z. B. noch am Abend des 31. Januar 1933 eine Kasseler Arbeiterfamilie, deren Wohnung in einem von vielen Kommunisten bewohnten Viertel lag, von SA-Leuten überfallen. Die Mutter und zwei Söhne gehörten der KPD an; die Mutter war außerdem durch ihre Mitarbeit in der Roten Hilfe, die Söhne waren durch ihre Zugehörigkeit zu einer Schalmeykapelle bekannt. „Vor dem Hause Rothfelsstraße 4 (erschieden) abends um 7 Uhr 30 Minuten ungefähr 300 SA-Leute. Während ein Teil mit Gesang vorbeizog, schlug ein anderer Teil ohne Provokation die Fenster der Familie Rau... ein. Einige warfen mit schweren Steinen in die Wohnung, andere drangen mit den Worten ‚schlagt die roten Hunde tot‘, auch in die Wohnung selbst und zerschlugen dort einen Teil der Einrichtungsgegenstände, wie z. B. Spiegel, und rissen die Gardinen kaputt.“<sup>45</sup> Einer der beiden Söhne ergriff schließlich „aus einem Werkzeugkasten zwei alte Pistolen und trat dem SA-Sturm entgegen. Hierauf ergriff der SA-Sturm die Flucht. Das Überfallkommando erschien und nahm mich in Haft. Da die zwei Pistolen unbrauchbar zum Schießen waren, wurde ich wieder aus der Haft entlassen. Acht Tage nach diesen geschilderten Vorfällen kam ein Rollkommando der SS und überführte mich und meinen Bruder Kurt Rau in die ‚Bürgersäle‘. Nach schwerer Mißhandlung und Vernehmungen wurden wir in dem Keller der Bürgersäle eingekerkert. Nach zwei Tagen wurden wir von dem (späteren, J. K.) Gestapobeamten Helwig aus den Bürgersälen in das Polizeigefängnis überführt. Dies war im Februar des Jahres 1933. Ich wurde dann von der Gestapo-Kassel mit meinem Bruder Kurt in dem Polizeigefängnis am Königstor vom Februar bis Ende Mai 1933 inhaftiert.“<sup>46</sup> Der Bericht belegt das unmittelbare Einsetzen und die neue Qualität des Terrors, die in dem frühen Zusammenspiel von SA, SS und politischer Polizei/Gestapo sowie in den von staatlicher Seite unbehelligten, damit öffentlich sanktionierten Folterungen und Mißhandlungen zum Ausdruck kam. Nach dem Reichstagsbrand und dem Freibrief, den die „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ vom 28. 2. 1933 für die Verfolgung der Links-

parteien, besonders der Kommunisten ausstellte, eskalierte der Terror in den Monaten März und April 1933. Seine Opfer waren bekannte Funktionäre und Aktivisten der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und des Reichsbanners, politische Mandatsträger (besonders Bürgermeister, Stadtverordnete, Gemeindevertreter), Behördenangestellte und leitende Angestellte der Genossenschaftseinrichtungen der Arbeiterbewegung. Das große Ausmaß, die außerordentliche Brutalität und die demonstrative Öffentlichkeit des Terrors verbreiteten lähmenden Schrecken. Den Mißhandlungen gingen Verhaftungsaktionen in den Stadtvierteln und den Dörfern des Landkreises<sup>47</sup> oder in einzelnen Behörden voraus. So wurde z. B. Ende März 1933 das Kasseler Rathaus „gesäubert“: „Hier hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die die das Rathaus umgebenden Straßen, insbesondere die Königsstraße, die zum Rathaus hinaufführende Freitreppe und auch einen Teil der Vorhalle des Rathauses besetzt hielt und den Ereignissen zuschaute. Auf Veranlassung und unter der Leitung führender Nationalsozialisten Kassels nämlich wurden städtische Beamte, deren politische Einstellung linksgerichtet war oder die aus sonstigen Gründen sich bei den Nationalsozialisten mißliebig gemacht hatten, durch SA-Männer mehr oder weniger gewaltsam aus ihren Dienstzimmern aus dem Rathaus hinaus- und über die Königsstraße zu den nahegelegenen Bürgersälen geführt. In den ‚Bürgersälen‘ wurden sie ‚verhört‘ und schwer mißhandelt. Auf der Freitreppe des Rathauses spielte ein SA-Musikzug jedesmal, wenn wieder ein Beamter hinausgeführt wurde, das Lied ‚Muß i denn, muß i denn zum Städle hinaus‘. Aus der Menge heraus, die zum größten Teil aus Nationalsozialisten bestand, wurden die Abgeführten beschimpft, bespuckt und geschlagen.“<sup>48</sup> Am 2. Mai 1933, dem Tag der schlagartigen Ausschaltung der Gewerkschaften, wurden zahlreiche Kasseler Gewerkschaftsfunktionäre und prominente Sozialdemokraten wie Willi Goethe verhaftet und mißhandelt. Goethe, den Kasseler Nazis unter anderem wegen seiner Zusammenstöße mit Roland Freisler besonders verhaßt, geriet im schon besetzten Gewerkschaftshaus in die Gewalt der Schlägertrupps: „Am 2. Mai vormittags fuhren wir wieder nach Kassel. Bei der Gelegenheit wollte ich zu Hause nach meiner Familie in der Mombachstraße sehen. Da fuhr ein

<sup>45</sup> Berichte von Emilie Rau und Karl Ellers in: WG-Akte Emilie Rau, RP Darmstadt; – Emilie Rau, geb. 23. 5. 1888 in Kassel, Hausfrau. Mitglied der SPD 1925–1931, der „Roten Hilfe“ ab 1931. Seit 1933 Mitarbeit in der illegalen KPD. Im Sommer 1936 verhaftet und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. – Die Angaben in den Kurzbiographien sind der Verfolgten-Kartei für Stadt und Landkreis Kassel und den ihr zugrunde liegenden Quellen entnommen. (21). <sup>46</sup> Bericht von August Rau, Entschädigungsantrag A. Rau, Stadtarchiv Kassel – August Rau, geb. 29. 3. 1913 in Kassel; Weißbinder. 1933–1936 Mitarbeit in der illegalen KPD. 1939 zur Wehrmacht eingezogen und sofort einer Strafeinheit zugeteilt. – Kurt Rau, geb. 26. 6. 1911 in Kassel, Chamotteformer. Vor 1933 Mitglied der „Roten Hilfe“, eines KPD-nahen Arbeitersportvereins und seiner Schalmeykapelle. Nach 1933 Mitglied einer SA-Kapelle. 1936 wegen Beteiligung am KPD-Widerstand zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, nach Verbüßung der Strafe bis 1943 im KZ Sachsenhausen inhaftiert und aus der Haft ins Strafbataillon 999 gepreßt. <sup>47</sup> Siehe die Darstellung der Terroraktionen im April 1933 in Wolfsanger, Heiligenrode, Nieder- und Oberkaufungen in den Nachkriegsurteilen des Kasseler Landgerichts gegen SA-Täter: 3KLs 15/46 (Wolfsanger), 3aKMs 6/48 (Heiligenrode), 3KLs 9/48 und 3KLs 23/47 (Nieder- und Oberkaufungen) (sämtlich Archiv LG Kassel). <sup>48</sup> Aus dem Urteil des LG Kassel gegen zwei SA-Täter vom 1. 10. 1948, VIII 15/48.

offener Wagen mit SS-Leuten vorbei. Vor meinem Haus standen in Gruppen meine Nachbarn und warnten mich, in das Haus zu gehen, da die SS schon zweimal in meiner Wohnung gewesen sei und mich gesucht habe. Als ich meine Wohnung betrat, sah ich ein heillooses Durcheinander. Sämtliche Wäsche war aus dem Wäscheschrank gerissen und der Bücherschrank ausgeräumt. Meine Frau sagte, daß die SS nach Waffen und einer Fotografie von mir gesucht habe. Wenn sie mich bis Mittag 1 Uhr nicht hätten und ich mich nicht freiwillig stellte, würde meine Familie in Haft genommen.

Ich schickte meine Frau mit einem Jungen zu einer befreundeten Familie, dann stellte ich den Wagen ab und ging in das Gewerkschaftshaus. Der Wirt Otto Schellmeier warnte mich und sagte, daß alle Gewerkschaftsführer heute morgen verhaftet worden seien und es wäre wiederholt mein Name gefallen. Während dieser Unterredung betrat ein SS-Mann das Lokal. Er erkannte mich und brachte mich sofort in das im ersten Stockwerk gelegene Büro des Eisenbahnerverbandes, in dem Hilmar Stock saß ... Auf seine Veranlassung brachte mich ein SS-Mann zu den ‚Bürgersälen‘. Ich wurde an diesem Tage dreimal von SA-Leuten in einem kleinen Zimmer neben der Bühne schwer mißhandelt... Als ich am Nachmittag endlich nach Hause gehen durfte, brach ich in der Karlsstraße, 30 Meter von den Bürgersälen entfernt, zusammen. Bekannte brachten mich zum Rechtsanwalt Zinn, der sich um mich bemühte.<sup>49</sup>

Gleiches wiederholte sich in den Dörfern des Landkreises, besonders in jenen, in denen die Arbeiterparteien auch noch bei den Wahlen vom 5. März der NSDAP überlegen geblieben waren. So wurden allein in Nieder- und Oberkaufungen am 2./3. April und am 8. April ca. 30 SPD- und KPD-Angehörige verhaftet und im Amtsgerichtsgefängnis Oberkaufungen, das von der Justizverwaltung der SA-Hilfspolizei zur Verfügung gestellt worden war, brutal mißhandelt. Auch hier besetzte bzw. umlagerte eine „nicht zu übersehende Menge von SA-Leuten“ während der „Vernehmungsaktion“ das Gebäude. „Die Schmerzensschreie der Mißhandelten bei den ‚Vernehmungen‘,

die die noch nicht Vorgeführten bis in ihre Zellen hören konnten, veranlaßten diese zum Teil..., aus den Fenstern ihrer Zellen laut um Hilfe zu rufen. Auf diesen Lärm hin, der bis auf die Straße zu hören war, kamen auch Einwohner aus der Nachbarschaft, wie der Gastwirt D. und andere Zivilisten, die mit der SA und der Hilfspolizei nichts zu tun hatten, in das Amtsgericht.“ Nach Beendigung der „Vernehmungen“ gingen mehrere SA-Leute durch die Zellen und mißhandelten „die bereits schwer zusammengeschlagenen Zelleninsassen erneut mit Schlägen und Fußtritten... Gegen Mittag, etwa um 13 Uhr, trieb man den größten Teil der Inhaftierten aus ihren Zellen heraus auf die Straße. Hierbei mußten sie zunächst durch ein Spalier von SA-Leuten hindurch, die sich auf dem Flur und auf der Treppe aufgestellt hatten, mit Gummiknüppeln auf sie einschlugen und sie zwangen ‚Heil Hitler‘ zu rufen. Nach Verlassen des Gebäudes mußten sie noch einige Trupps von SA-Leuten passieren, die auf dem schmalen Gang zwischen Nebenausgang und Straße Aufstellung genommen hatten, sie mit vorgehaltenen Karabinern bedrohten und sie zwangen, den Hitlergruß zu erweisen. Auf der Straße vor dem Amtsgericht befand sich eine größere Menge von Zivilisten, die das Hinaustreiben der Inhaftierten beobachten konnten. Nachdem man die Mißhandelten auf diese Weise auf die Straße getrieben hatte, überließ man sie ihrem Schicksal.“<sup>50</sup>

Einzelne, die den Nazis besonders verhaßt waren, wurden nach der Mißhandlung in besonders verletzender Weise öffentlich gedemütigt, so z. B. Paul Schweitzer, Sozialdemokrat, Gewerkschafter und Reichsbanner-Mitglied: „Ich wurde am 5. 4. 1933 in meiner Gastwirtschaft ‚Zu den drei Hasen‘ in Kassel, Hafenstraße 3, von SA-Männern abgeholt und in das Polizeigefängnis Kassel-Königstor eingeliefert. Meine Gastwirtschaft wurde am gleichen Tag geschlossen. Am selben Abend wurde ich von SA-Leuten und Polizei durch die Straßen der Stadt Kassel geführt. Ich mußte auf der SA-Standarte 83 Kassel in der Wilhelmshöher Allee eine Flasche Rizinusöl trinken... Im März 1933 wurde ich bereits in den Kasseler ‚Bürgersälen‘ mißhandelt.“<sup>50a</sup>

<sup>49</sup> Bericht Willi Goethe (1956-Nachlaß). – Willi Goethe, geb. 12. 2. 1895 in Hann. Münden, Gelernter Schlosser. Seit 1909 im Arbeitersport aktiv („Freie Turnerschaft“); seit 1911 Mitglied und später Funktionär des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. 1920 SPD-Mitglied, 1928–1933 SPD-Stadtverordneter. Einer der aktivsten und schärfsten Gegner der NSDAP und ihres Kasseler Sprechers Roland Freisler. Mitglied der Gauleitung des Kasseler Reichsbanners. Verlor nach der Mißhandlung durch die SA in den „Bürgersälen“ seinen Arbeitsplatz bei der Firma Henschel; bis 1937 arbeitslos. Nach 1933 an der Verteilung illegaler sozialistischer Literatur in Kassel beteiligt; hatte zusammen mit einer Gruppe ehemaliger Reichsbanner-Angehöriger Kontakte zum „Roten Stoßtrupp“ (Berlin) und zur SOPADE. Anfang September 1939 verhaftet und bis Ende 1940 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Nach 1945 maßgeblich am Wiederaufbau der Kasseler SPD beteiligt. Seit 1946 Stadtverordneter, seit 1960 ehrenamtlicher Stadtrat. Dezerent in der Kasseler Wiedergutmachungsbehörde. Willi Goethe starb am 22. 10. 1969 in Kassel. – H. Stock war Leiter der NSBO in Kassel. <sup>50</sup> Aus dem Urteil des LG Kassel gegen drei SA-Täter vom 8. 3. 1950, 3KLs 23/47. <sup>50a</sup> Bericht Paul Schweitzers vom 2. 7. 1951 (WG-Akte P. Schweitzer). In gleicher Weise wurden z. B. der Kommunist und Jude August Cohn in Oberkaufungen und der abgesetzte SPD-Bürgermeister Wilhelm Pfannkuch in Heiligenrode gedemütigt. Siehe auch: Volksgemeinschaft und Volksfeinde, Bd. 1, a.a.O., S. 206 f.(1) und das Urteil des LG Kassel 3aKMs 6/48. – Paul Schweitzer, geb. 15. 12. 1888 in Weiterode/Krs. Rotenburg, gelernter Schlosser, später Gastwirt. Seit 1917 SPD- und Gewerkschaftsmitglied (DMV), seit 1924 im „Reichsbanner“ aktiv. Nach Mißhandlung durch die SA und Verlust seiner Gastwirtschaft im Sommer 1933 wegen „Verächtlichmachung des Führers“ vom Kasseler Sondergericht zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. 1954 in Kassel verstorben. – Zu August Cohn siehe Anm. 224/

Aus Interviews und persönlichen Berichten<sup>51</sup>, zeitgenössischen Quellen<sup>52</sup>, Wiedergutmachungsakten<sup>53</sup> und späteren Gerichtsverfahren sind zahlreiche ähnliche Vorgänge bekannt. Die Zahl der im März/April 1933 in SA-Gaststätten, im Adolf-Hitler-Haus, in ehemaligen Häusern der Arbeitervereine (Wassersporthaus) oder öffentlichen Gebäuden (z. B. Schule Harleshausen) mißhandelten Opfer aus der Arbeiterbewegung dürfte allein für die Stadt Kassel bei ca. 200 liegen; in den Gemeinden des Landkreises Kassel waren mindestens 100 Personen betroffen.<sup>54</sup>

Die Schockwirkung dieses massiven und ungezügelter Terrors der ersten Monate des Jahres 1933 in der Arbeiterbewegung war außerordentlich groß. Viele der Betroffenen waren in ihrer Gesundheit schwer und dauerhaft geschädigt und nicht wenige auch psychisch gebrochen. Die Frau eines Opfers berichtet, daß ihr Mann, zuvor kerngesund und aktiv, nach der Mißhandlung „ein alter Mann, völlig gebrochen an Körper und Geist“, gewesen sei. Gleichzeitig wurde die berufliche und materielle Existenzgrundlage vieler Opfer und ihrer Familien durch gleichzeitigen Verlust des Arbeitsplatzes, der Wohnung u. a. vernichtet. So verlor Paul Schweitzer mit der Verhaftung seine Gastwirtschaft; seine Familie wurde noch am gleichen Tag mit den Möbeln auf die Straße gesetzt.<sup>55</sup> Groß war die Zahl der noch beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten – unter ihnen auch viele „einfache“ Mitglieder der Linksparteien und der Gewerkschaften – die bis Mai 1933 aus politischen Gründen ihren Arbeitsplatz bei Bahn und Post, kommunalen Behörden, aber auch in den großen Betrieben der Stadt verloren.<sup>56</sup> In vielen Fällen waren mehrere Familienmitglieder gleichzeitig inhaftiert; Frauen, Alte und minderjährige Kinder waren dann ohne jedes Einkommen.<sup>57</sup>

Daß zu den Opfern überwiegend die örtliche Elite der Arbeiterbewegung zählte, darunter langgediente und angesehene Bürgermeister und Behördenleiter, die am allerwenigsten mit einer solchen Behandlung gerechnet hatten, verstärkte den Schock gerade unter den Mitgliedern und Wählern der SPD. Obwohl auch die Kommunisten vom Ausmaß und der Brutalität der Terrorwelle überrascht waren, hatte sie der frühe staatliche Zugriff und die faktische Illegalisierung nach dem Reichstagsbrand Ende Februar doch vorgewarnt. Viele ihrer führenden Funktionäre entgingen zunächst den SA- und SS-Schlägerkommandos, da sie entweder schon Ende Februar/Anfang März von der Polizei inhaftiert worden waren und sich inzwischen in Gerichtshaft befanden oder rechtzeitig untergetaucht waren.<sup>58</sup>

Das Klima der Angst und Ohnmacht, das sich in diesen Wochen unter den Angehörigen der Arbeiterbewegung verbreitete, wird in vielen Zeitzeugenberichten beschworen. „Überall war die Angst vorherrschend.“<sup>59</sup> Über die Situation in Harleshausen wird berichtet, „daß alle aktiven Arbeiter von der SPD und der KPD dann gleich ihre Wohnungen verlassen haben. Haben sich in den Wald zurückgezogen, Habichtswald, Rasenallee, um den ersten Tag, zweiten Tag zu überstehen. Wollten abwarten, daß sich die Sache beruhigt. Aber sie haben dann doch einige oben an der Rasenallee erwischt, auch einen Unbeteiligten.“<sup>60</sup> Die Schockwirkung des SA- und SS-Terrors im Frühjahr 1933 wurde vertieft und befestigt durch die staatliche Koordination und Systematisierung in den folgenden Monaten des Jahres 1933. Viele wurden entweder nach den Mißhandlungen oder erstmals von der Polizei in „Schutzhaft“ genommen und zunächst im Polizeigefängnis, im Zuchthaus Wehlheiden oder in der provisori-

<sup>51</sup> Siehe z. B. die Berichte von Willi Belz (1975 – A. Mehmet), Fritz Müller (1981 – D. Krause-Vilmar), Hedwig Altvater (1976 – A. Mehmet), Willi Goethe (1956 – Nachlaß), Heinrich Stückrat (1983 – J. Kammler), Franz Buda (1977 – C. Fischer-Defoy). – Zu F. Buda siehe Anm. 137a, zu Fritz Müller Anm. 60, zu W. Belz siehe J. Kammler/D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 356 ff. (1). – Hedwig Altvater, geb. 10. 3. 1907 in Kassel. Ihr Vater Otto Colwig, seit 1880 SPD-Mitglied, war auch während des Sozialisten-Gesetzes für die Partei aktiv. Verheiratet mit Heinrich Altvater, zunächst SPD-, ab 1931 SAP-Mitglied; aktiver Arbeitersportler. Hedwig Altvaters Bruder Erich Colwig wurde 1933 von der SA schwer mißhandelt. Emigrierte nach Paris. Kämpfte seit 1936 in Spanien in den Internationalen Brigaden; dort verschollen. <sup>52</sup> Siehe die Eingabe des SPD-Landtagsabgeordneten Paul Röhle an Minister Göring vom 10. 4. 1933, in der die Mißhandlung von dreizehn Kasseler Bürgern mit persönlichen Berichten, ärztlichen Gutachten und Fotografien belegt ist (StA Marburg, 165, 3982). Die Fotos und Berichte sind zum großen Teil von Inge Zinn, der Frau von Georg August Zinn, beschafft worden (Bericht Inge Zinn – 1982, R. Schindehütte/J. Kammler). – Zu G. A. Zinn siehe in diesem Band: Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes, Anm. 194. <sup>53</sup> Siehe z. B. die Berichte in den WG-Akten von Anton Sauer und Paul Schweitzer (RP Darmstadt). A. Sauer, Reichsbanner-Gruppenführer für den Stadtteil Holland, berichtet von der Mißhandlung allein von zehn Reichsbanner-Männern seiner Gruppe im „Braunen Haus“ in der Wilhelmshöher Allee. – Zu Anton Sauer siehe Anm. 166. <sup>54</sup> Siehe Verfolgten-Kartei für Stadt und Landkreis Kassel (21). Siehe auch W. Belz: a.a.O., S. 41 ff. (9); C. Fischer-Defoy: a.a.O., S. 59 ff. (9); Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel 1933, a.a.O., S. 16 ff. (9). <sup>55</sup> WG-Akte P. Schweitzer. <sup>56</sup> Als Beispiel sei verwiesen auf die Kündigung des Drehers Gustav Foese durch den Werksdirektor des Reichsbahnausbesserungswerkes Kassel vom 11. 4. 1933: „Wegen Ihrer staatsfeindlichen Gesinnung kündige ich Ihnen hiermit das Arbeitsverhältnis dergestalt, daß Sie mit Ablauf des 25. April aus dem Eisenbahn-Dienst ausscheiden. Auf Ihre weitere Arbeitsleistung wird ab sofort verzichtet.“ (WG-Akte G. Foese). <sup>57</sup> Siehe z. B. den Bericht von Willi Belz (1975) und den Beitrag von Herbert Pinno in diesem Band, in dem auf das Schicksal der von dem SA-/SS-Überfall in Ochshausen betroffenen Familien hingewiesen wird. <sup>58</sup> Siehe die Berichte der Kasseler politischen Polizei über Verhaftungen von KPD-Funktionären Ende Februar und März 1933 (StA Marburg, 165/3886). <sup>59</sup> Bericht Hans Minkler (1980 – J. Kammler / D. Krause-Vilmar). – Hans Minkler, geb. 27. 3. 1910 in Altenritte/Krs. Kassel, Weißbinder und Metallfahrbauer. KPD-Mitglied und Kandidat für die Kommunalwahlen im März 1933. Zu dieser Zeit kurzzeitig in Haft. Von Juni bis September 1933 im KZ Breitenau inhaftiert. <sup>60</sup> Bericht Fritz Müller (1982) – Fritz Müller, geb. 13. 5. 1906 in Harleshausen/Krs. Kassel; Maler. Zunächst Mitglied des Kommunistischen Jugend-Verbandes, seit 1924 der KPD. Schloß sich 1927 der SPD an, 1931 der SAP. Bekannter Arbeitersportler. Seit 1933 illegale Arbeit im kommunistischen Widerstand. Wurde noch Ende 1944 zur Wehrmacht eingezogen und einer Waffen-SS-Einheit zugeteilt. Entzog sich der SS-Truppe und kehrte illegal nach Kassel zurück. Hielt sich bis zum Einmarsch der Amerikaner Anfang April 1945 in der Umgebung von Kassel verborgen.

schen Schutzhaftstelle im Karlsruhospital, ab Mai 1933 dann auch im nahegelegenen KZ Breitenau für Wochen oder Monate in Haft gehalten.<sup>61</sup> Einige prominente Funktionäre der Arbeiterbewegung wurden sofort nach ihrer Verhaftung oder im Laufe des Jahres 1933 in zentrale Konzentrationslager überführt.<sup>62</sup> Eine vorläufige Auswertung der noch nicht vollständig erfaßten zugänglichen Verfolgungsdaten ergibt z.B., daß allein 1933 65 Kommunisten und 21 Sozialdemokraten und Gewerkschafter aus Kassel im KZ Breitenau inhaftiert waren.<sup>62a</sup>

Mit der am 3. Mai 1933 eingerichteten Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Kassel wurde ein systematisch und kontinuierlich arbeitendes Instrument zur Verfolgung und Überwachung im Interesse langfristiger Herrschaftssicherung geschaffen.<sup>63</sup> Die Gestapo bestimmte fortan die Praxis der Unterdrückung. Die Nichtöffentlichkeit und Unkontrollierbarkeit ihres Agierens, die systematisch-bürokratische Erfassung von ausgewiesenen Gegnern und Verdächtigen in Karteien und Personenakten, das rasch ausgebaute, bis in die Behörden, Betriebe und selbst die Untergrundgruppen reichende Spitzernetz und ein ausgeklügelter Katalog von Repressalien machten sie zum mächtigen und effizienten Gegenspieler organisierter Widerstandes wie auch vereinzelter Opposition.

In der Erinnerung der Betroffenen, vor allem vieler verhafteter Kommunisten, stehen die von Mißhandlung begleiteten Verhöre im Vordergrund.<sup>64</sup> Die Angst vor diesen „Vernehmungen“, durch die sich vor allem zwei, drei Gestapobeamte wegen ihrer Brutalität verhaßt machten, wurde 1933 dadurch verstärkt, daß politische Polizei und Gestapo bis in den Spätsommer hinein Verhaftete, deren Aussagen unergiebig blieben, an SA- und SS-Schlägerkommandos zur „Vernehmung“ auslieferten; eine Aura des Schreckens umgab besonders den SS-Stützpunkt im ehemaligen Wassersportheim der Arbeitersportler an der Fulda. Diese Praxis wurde Ende Mai 1933 durch einen zynischen Erlaß des Preußischen Innenministers unter Hinweis darauf legalisiert, „daß die Vernehmung wegen Verdachts politischer Straftaten oder staatsfeindlicher Umtriebe festgenommener Personen durch Beamte der or-

dentlichen Polizei in vielen Fällen nicht den Erfolg gehabt hat, der bei den Vernehmungen derselben Personen durch Angehörige der SA und SS erzielt werden konnte“.<sup>65</sup> Übergab die Gestapo Verhaftete der Justiz zur Einleitung eines Strafverfahrens, beobachtete sie den Verlauf der Prozesse genau und setzte frühzeitig durch, daß sie von der Justiz über bevorstehende Entlassungen informiert wurde, um gegebenenfalls erneut sofortige „Schutzhaft“ verhängen zu können.<sup>66</sup> Dies geschah auch in vielen Fällen.<sup>67</sup> Wurden die Betroffenen schließlich auch von der Gestapo entlassen, verfügte diese unter der Kategorie „Polizeiaufsicht“ häufig besonders schikanöse und zermürende Auflagen. So mußte sich der führende KPD-Funktionär Fritz Schmidt nach seiner Entlassung dreimal am Tag bei der Polizei melden. Ab 21 Uhr hatte er die Wohnung nicht mehr zu verlassen und mußte Haus- und Wohnungsschlüssel abgeben. Dazu wurde er häufiger von einem Gestapobeamten kontrolliert.<sup>68</sup> Der Sozialdemokrat Hermann Benseler mußte sich 1933 für vier Wochen täglich von 6 Uhr an bis abends 18 Uhr sogar alle zwei Stunden auf dem Polizeirevier in der Kunoldstraße melden.<sup>69</sup> In Oberkaufungen hatte sich der Kommunist Adolf Diemer täglich auf dem Bürgermeisteramt zu melden und mußte unter dem Gespött der Nazis Wahlplakate der Arbeiterparteien von Gebäudewänden abkratzen. Als er, um der permanenten Demütigung zu entgehen, nach Kassel zog, wurden die Schikanen in ähnlicher Weise fortgesetzt.<sup>70</sup> Die Reihe der Beispiele ließe sich beliebig verlängern.

Ein weiteres Mittel der Disziplinierung und Zermürbung nach der Haftentlassung, das die Kasseler Gestapo schon 1933 immer wieder einsetzte, war die Intervention bei der Arbeitsplatzsuche. Arbeitsamt, Betriebe und Behörden wurden von der Gestapo informiert und erhielten entsprechende Empfehlungen, die – von wenigen Ausnahmen abgesehen – wie Anweisungen befolgt wurden. Insbesondere diejenigen Betriebe, die für die schnell anlaufende Rüstungsproduktion in Frage kamen – also in Kassel vor allem die großen metallverarbeitenden Betriebe wie Henschel und Wegmann –, sollten für politisch suspekte Ar-

<sup>61</sup> Siehe den Beitrag von D. Krause-Vilmar in diesem Band. <sup>62</sup> So die Kommunisten Fritz Schmidt und Karl Wack 1933 ins KZ Sonnenburg oder der Sozialdemokrat Richard Hauschild, ehemaliger Redakteur des Kasseler Volksblatts, ins KZ Oranienburg. Siehe die Berichte von Fritz Schmidt (1976) und Karl Wack (1976) sowie W. Belz: a.a.O., S. 73 (9). <sup>62a</sup> Verfolgten-Kartei Kassel-Stadt. – Da das Material noch nicht vollständig ausgewertet ist, muß die Zahl der Polizei- und Schutzhäftlinge jedoch wesentlich höher veranschlagt werden. <sup>63</sup> Siehe meinen Überblick über Praxis und organisatorische Entwicklung der Gestapostelle Kassel 1933–1934, a.a.O. (14). <sup>64</sup> Siehe den exemplarischen Bericht von Franz Buda (Entschädigungsantrag F. Buda, Stadtarchiv Kassel). <sup>65</sup> Erlaß vom 29. 5. 1933 betreffend „Vernehmung in politischem Gewahrsam befindlicher Personen durch Angehörige der SA und SS“ (StA Marburg, 1980/9408, Landrat Bad Hersfeld). <sup>66</sup> Siehe auch meinen Beitrag über die Gestapostelle Kassel, a.a.O., S. 523 f. (14). <sup>67</sup> Neben vielen anderen widerfuhr dies z. B. auch dem prominenten SPD-Parteisekretär Rudolf Freidhof, der schon am 3. März 1933 verhaftet wurde und – nachdem die Anklage wegen Hochverrats fallengelassen worden war und er von der Justiz freigelassen wurde – am 19. 4. 1933 erneut in „Schutzhaft“ genommen wurde. (WG-Akte R. Freidhof) – Zu R. Freidhof siehe in diesem Band: Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes, Anm. 61. <sup>68</sup> Siehe Bericht Fritz Schmidt (1977) – Zu Fritz Schmidt siehe Anm. 231. <sup>69</sup> Siehe WG-Akte Hermann Benseler – Hermann Benseler, geb. 14. 4. 1888 in Nesselröden/Krs. Duderstadt, Schlosser, Mitglied der SPD, des Einheitsverbandes der Eisenbahner sowie des Reichsbanners und der Eisernen Front. Im Mai 1933 aus politischen Gründen von der Reichsbahn-Direktion Kassel entlassen. <sup>70</sup> Siehe WG-Akte Adolf Diemer – Adolf Diemer, geb. 7. 12. 1893 in Oberveilmars/Krs. Kassel, gelernter Schlosser. KPD-Mitglied, 1933 kurzfristig in „Schutzhaft“, 1934 als Regimegegner verhaftet und 1935 zu einer kürzeren Gefängnisstrafe verurteilt.

beiter blockiert bleiben. Gelegentlich gelang es den Betroffenen allerdings, durch Ausnutzung konkurrierender Interessen in einem solchen Betrieb Arbeit zu finden.<sup>71</sup> Zwischenzeitlich wurden viele Haftentlassene oder ihre Angehörigen immer wieder einmal zur Gestapo vorgeladen und erneut in eigener Sache oder wegen eines Genossen, Kollegen oder Verwandten verhört. Wiederholte Hausdurchsuchungen<sup>72</sup> und ab Spätsommer 1933 systematische Großrazzien, in deren Verlauf Hunderte von Polizisten, SA- und SS-Männern ganze Arbeiterviertel und Kleingartengelände durchkämmten, zielten auf die kollektive Einschüchterung der Arbeiterschaft. So heißt es in einer Ereignismeldung der Gestapostelle Kassel: „Am 4. 9. 33, 6.00 Uhr fand mit Unterstützung der SA eine Durchsuchung mehrerer Häuserblocks und eines größeren Laubengeländes im Stadtteil Kassel-Bettenhausen (marxistisches Wohnviertel) statt. Gefunden wurden Ausrüstungsgegenstände (Uniformen, Armbinden pp.) marxistisch-kommunistischer Verbände, Flug- und Druckschriften älteren Datums, Schallplatten, Mitgliedsbücher und Abzeichen. Acht Personen wurden in Schutzhaft genommen.“<sup>73</sup>

Man kann leicht ermessen, welcher permanente Repressionsdruck auf den Arbeiterfamilien lastete und welche panische Angst vor allem die Familien der bereits Verfolgten während der Gestapoaktionen erfaßte.

In diesem Klima fortdauernder Überwachung, Unterdrückung und Verfolgung waren die politischen Justizverfahren vor den Strafsenaten des Oberlandesgerichts und dem Ende März 1933 eingerichteten Sondergericht beim Oberlandesgericht Kassel nur ein, wenn auch sehr gewichtiges Element der Bedrohung. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ wurden 1933 63 Kommunisten und Sozialisten aus Kassel und Umgebung angeklagt, mehr als 40 von ihnen – in der großen Mehrheit Kommunisten – wurden noch im gleichen Jahr zu häufig langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.<sup>74</sup>

Das Kasseler Sondergericht verhängte gleich im ersten Prozeß in einem ausgesprochenen Willkürurteil hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen gegen 12 Arbeiter aus der Landkreisgemeinde Ochshausen, die unter völliger Verfälschung der Tatsachen wegen Landfriedensbruch

verurteilt wurden.<sup>75</sup> Im übrigen dienten zahlreiche „Heimtücke“-Verfahren vor dem Sondergericht dazu, politische Meinungsdelikte – zumeist eher belanglose Schimpfereien auf einzelne Nazigrößen oder über Maßnahmen des Regimes ohne weitergehenden politischen Hintergrund – abzuurteilen und auch auf diese Weise ein Klima der Einschüchterung zu schaffen. Nach den vorliegenden – unvollständigen – Unterlagen wurden 1933 14 Kasseler Bürger wegen „heimtückischer Angriffe“ auf den neuen Staat und seine Führung inhaftiert und unter Anklage gestellt; mindestens 9 von ihnen wurden zu meistens kürzeren Gefängnisstrafen verurteilt.<sup>76</sup>

Überblickt man die Verfolgungsmaßnahmen gegen Angehörige der Kasseler Arbeiterbewegung im ersten Jahr der Diktatur, so wird deutlich, wie massiv und weitreichend ihre Wirkung zu veranschlagen ist. Angesichts der früh einsetzenden Hetzjagd auf Funktionäre und Aktivisten der Arbeiterbewegung erscheint das Ende ihrer Organisationen – das zumeist gar nicht in der Form des ausdrücklichen Verbots, sondern auf dem Wege der Vermögensbeschlagnahme besiegelt wurde<sup>77</sup> – fast beiläufig. Eigenes Erlebnis, tägliche Beobachtungen und die Berichte über das Schicksal von Freunden, Nachbarn und Kollegen zementierten in den Kreisen der geschlagenen Arbeiterbewegung und in der Arbeiterschaft insgesamt die schockierende Erfahrung von Angst, Ohnmacht und Wehrlosigkeit. Nicht nur das Netz der Organisationen, sondern das gesamte, so dicht scheinende soziale und kulturelle Beziehungsnetz der Arbeiterbewegung in den Stadtvierteln, Siedlungen und Kleingartenkolonien mit ihren Treffpunkten und Gaststätten war dem Zugriff von SA, SS und Gestapo ausgesetzt. Nach der ersten Terrorwelle versuchte der Verfolgungsapparat gezielt, gerade die Kristallisationspunkte für die Bestätigung und Erneuerung kollektiver Solidarität zu zerstören oder zumindest unter Kontrolle zu bekommen. Unterdrückung und bis zur Vernichtung gehende Verfolgung wurden zudem ergänzt durch Werbung und propagandistische Bemühung um Integration. Nach den Berichten von Zeitgenossen blieb deren Wirkung vor dem Hintergrund allgemeiner Angst nicht aus; nicht wenige aus den Arbeiterorganisationen hätten sich – sehr schnell oder mit der Zeit – auf die andere Seite ge-

<sup>71</sup> Siehe z. B. den Bericht von Fritz Müller (1981). Fritz Müller, Arbeitersportler und ausgezeichnete Turner, wurde schließlich trotz erheblichen Widerstandes bei Henschel eingestellt, nachdem er sich bereit erklärt hatte, in der Werksportgruppe mitzuturnen. <sup>72</sup> Von mehrfachen Hausdurchsuchungen berichten nahezu alle Verfolgten. Häufig wurden dabei ganze Bibliotheken beschlagnahmt. Siehe z. B. den Bericht von Karl Wack (1976), der auf diese Weise seine große Sammlung von Zeitschriften der verschiedensten Linksorganisationen verlor. – Zu Karl Wack siehe auch Anm. 184. <sup>73</sup> Siehe auch den Lagebericht der Gestapostelle Kassel vom 2. 10. 1933, in dem es heißt: „In Teilen des Bezirks sind letztlich systematisch polizeiliche Aktionen unter Hinzuziehung von SA- und SS-Männern zur Durchführung gelangt, die sich als zweckentsprechende Maßnahme zur Bekämpfung des Marxismus bewährt haben.“ (IML/ZPA, St 3/323). <sup>74</sup> Siehe die Urteilsschriften OJs 49/33, 83/33, 181/33, 182/33 – sämtlich OLG Kassel; Verfolgten-Kartei Kassel Stadt und Land. <sup>75</sup> Siehe Urteil S 3f 1/33 vom 31. 3. 1933 sowie den Beitrag von Herbert Pinno in diesem Band. <sup>76</sup> Verfolgten-Kartei Kassel Stadt (21). <sup>77</sup> Siehe z. B. die Akten über die Beschlagnahme des Vermögens „staatsfeindlicher Organisationen“ in Niederzwehren (StA Marburg, 175/1400).

schlagen, häufig zum eigenen Schutz und auf Druck der Familie, manchmal aus blankem Opportunismus. Nur einige Stimmen seien zitiert. Bündig wird der Zusammenhang von Terror und Erweiterung der Massenbasis des Regimes bei Karl Kuba formuliert: Die SA habe durch ihre Terroraktionen in Kassel und auf den Dörfern und die Verhaftung und Mißhandlung der an der Basis angesehenen Arbeitervertreter „viel erreicht“. „Das hat zunächst einmal einen Schock ausgelöst und dann dazu geführt, daß doch eine Masse von Leuten erfaßt wurde für den Faschismus.“<sup>77a</sup> Rudolf Freidhof, Bezirkssekretär der SPD, erzählt: „Nachdem ich 1933 aus dem Zuchthaus entlassen worden bin, sind einige Genossen zu mir gekommen. Wenn ich durch die Straßen gelaufen bin – und ich war ja bekannt wie ein bunter Hund –, dann habe ich manche getroffen, mit denen ich gesprochen habe; und auf einmal habe ich festgestellt, sie sind auf der anderen Seite. Viele, viele, nicht nur einzelne.“<sup>77b</sup> Georg Merle, Mitglied dreier illegaler Bezirksleitungen der KPD 1933, spricht sehr kritisch davon, daß seine Partei den Massenzulauf in den Krisenjahren bis 1933 nicht habe verkraften können: „Darunter waren viele, die aus Feigheit und um des persönlichen Vorteils willen fast über Nacht nach dem 30. Januar das Hemd gewechselt haben.“<sup>78</sup> Der Arbeitersportler und Linksozialist Fritz Müller, der erst in der Illegalität zur KPD stieß, berichtet davon, daß von den mehrheitlich der SPD angehörenden Arbeitersportlern „verschiedene, auch maßgebliche Leute... dann gleich zur SA gegangen (sind). Ja, der gesamte Sportvereinsvorstand, Menschen, an denen wir hochgeguckt haben.“ Zurückhaltender beurteilt er die nahezu geschlossene Übernahme der Trommler- und Pfeiferkapelle seines Arbeitersportvereins in Harleshausen durch die SA: „Sie wurden gezwungen. Angst

spielte eine große Rolle dabei... Ich kann diesen Leuten keinen Vorwurf machen. Das Gros der Kapelle, das waren mindestens 20 Mann, auch ältere, verheiratete Leute, die mit 40, 45 Jahren noch Musik machten, ... die wurden sofort zur SA übernommen. Da war kaum einer, der sich lösen konnte. Es ist unvorstellbar für die heutigen Zeitgenossen, aber es war so.“<sup>79</sup> Daß mit dem Übertritt zu NS-Organisationen und selbst zur SA nicht in jedem Falle alle solidarischen Beziehungen zerrissen, betonte auch Georg Merle. Als er sich, seit Monaten „untergetaucht“, Sylvester 1933 bei Freunden in Wellerode aufhielt, erschienen plötzlich SA-Leute, die ihm – statt ihn, wie befürchtet, zu verhaften – einen größeren Geldbetrag für die illegale Arbeit überbrachten. Natürlich handelt es sich hier um eine seltene Ausnahme von der Regel.

Vieles weist jedenfalls darauf hin, daß unter dem massiven Verfolgungsdruck der Zusammenhalt in den Kreisen der geschlagenen Arbeiterbewegung Risse erhielt, daß sich viele vor der Gefahr auf engste Freundeskreise oder auf die Familie zurückzogen und manche unter dem Druck ins gegnerische Lager wechselten. Im weiten Umfeld der Arbeiterbewegung, deren Kraftzentrum die kollektive Solidarität gewesen war, machten sich Isolation, Vereinzelung und Resignation breit, auch wenn für die meisten Arbeiter zunächst die Schranke aus Wut, Verachtung und demonstrativer Gleichgültigkeit gegenüber den Nazis unübersteigbar blieb. Das ganze Ausmaß der katastrophalen Niederlage der Arbeiterbewegung und die weitreichenden Folgen, die die kollektive Erfahrung der Wehrlosigkeit gegenüber dem NS-Terror für die Entwicklung des Arbeiterwiderstandes hatte, wurden den Gegnern aus dem Lager der zerschlagenen Arbeiterorganisationen erst in den folgenden Jahren deutlich.

## 2.2 Das „Dritte Reich“ überleben –

### Ansätze sozialdemokratischen Widerstands und der Rückzug auf die Gesinnungsgemeinschaft

Am 25. Februar 1933 schrieb das sozialdemokratische „Kasseler Volksblatt“ im Rückblick auf eine Großkundgebung der SPD in Kassel am Vortage: „Mit Freude können wir sehen, wie sich der Charakter unserer Aufmärsche und Demonstrationen wieder den Kampfzeiten der Vorkriegszeit angleicht. Die Aufmärsche der Arbeiterschaft zeigen wieder jenen Kampfcharakter, der sie auszeichnete, als die

Partei in offener Oppositionsstellung zum Staat stand... Wer etwa kleinmütig war infolge der ihr Haupt immer drohender erhebenden Reaktion, der ist gestern abend mit der Überzeugung nach Hause gegangen: eine solche Bewegung wie die der deutschen Arbeiterschaft kann weder Herr Hitler mit seinen braunen Bataillonen, noch Herr Hugenberg mit dem Gelde des Großkapitals unter-

<sup>77a</sup> Bericht Karl Kuba (1976 – C. Fischer-Defoy) – Karl Kuba, geb. 1. 2. 1911 in Frankenberg/Eder. Kellner und kaufmännischer Angestellter. Mitglied des Zentralverbandes der Angestellten. Seit 1918 aktiver Arbeitersportler (Freie Turnerschaft, seit 1931 im KPD-nahen „Spartakus“). Mitglied der KPD und des „Kampfbundes gegen den Faschismus“ seit 1931/32. Im Januar 1937 wegen Beteiligung am kommunistischen Widerstand verhaftet und im Juli d. J. zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. <sup>77b</sup> Bericht Rudolf Freidhof (1976). <sup>78</sup> Bericht Georg Merle (1975) – Zu Georg Merle siehe J. Kammler/D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 352 ff. (1). <sup>79</sup> Bericht Fritz Müller (1981).

kriegen.“ Zwei Tage später war das Volksblatt auf Dauer verboten; die Großkundgebung sollte für die Kasseler Arbeiterbewegung die letzte auf lange Jahre sein.<sup>80</sup> Wenn auch der optimistische Grundton der Volksblatt-Artikel bei vielen Mitgliedern und Anhängern keinen rechten Widerhall mehr fand und die offenkundige Ratlosigkeit und Handlungsunfähigkeit der Parteiführung auch an der Parteibasis wahrgenommen wurde: daß die heranrollende Verfolgungswelle, die schon die Kommunisten erreicht hatte, auch die wohlgefügte Sozialdemokratische Partei erfassen und vernichten würde, erschien dem Funktionsstamm der SPD, ihren langgedienten Amts- und Mandatsträgern und dem Gros ihrer aktiven Mitglieder undenkbar. Führung und die Kerngruppe der Funktionäre und Mitglieder verband – sieht man einmal von den konkreten politischen Optionen und Selbsttäuschungen ab – eine vorherrschende Mentalität, die geprägt war von bürokratisch geregelter, redlich betriebener Organisationsarbeit, dem damit verbundenen Bewußtsein verantwortlicher Pflichterfüllung und dem nicht selten selbstgefälligen Stolz auf das Erreichte – insgesamt ein Verständnis von Politik, dem rasches, entschlossenes und gegebenenfalls riskantes Handeln in sich rasch verändernden politischen Ausnahmesituationen zutiefst fremd war.<sup>81</sup> Versucht man, aus den Zeitzeugenberichten und den übrigen Quellen die Stimmungslage in der Kasseler SPD zu rekonstruieren, dann zeigt sich – vor dem Hintergrund einer in vielen Berichten beklagten Bereitschaft zur Anpassung an die neuen Machthaber bei vielen Mitgliedern und Anhängern – ein Gemisch autosuggestiver Beschwörung der eigenen Stärke und tiefer Resignation, aus plötzlich aufflackerndem Kampfeswillen und fast schon apathischer Erledigung der anstehenden Tagesarbeit, aus plötzlicher Einsicht in die tödliche Gefahr und abgrundtiefer Ahnungslosigkeit. So berichtet der damalige Kasseler Bezirkssekretär Rudolf Freidhof von einem aufschlußreichen Gespräch, das er Ende Februar 1933 mit dem Bezirksfunktionär Karl Hermann und einer Parteiangestellten führte, als auch die SPD zunehmend von polizeilichen Durchsuchungsaktionen, Beschlagnahmungen und anderen Behinderungen betroffen war: „Der größte Teil hat ja gar nicht gewußt, was kommt. Mit einem Kollegen habe ich mich noch 14 Tage vorher gestritten. Ich will das nur mal erzählen, dann können Sie sich selber ein Bild machen. Eine Beschäftigte auf unserem Büro – wir standen zusammen im Büro – sagte auf einmal: ‚Man meint gerade, wir

wären bei den Kommunisten. Jetzt kommt jeden Tag die Kriminalpolizei und macht Hausdurchsuchung. Da wollen sie Flugblätter beschlagnahmen, tun sie Plakate beschlagnahmen usw.!' Da sagte ich: ‚Das ist doch noch nicht schlimm! Das Schlimme kommt erst. Das Schlimme kommt, wenn die Verhaftungen losgehen!' Darauf sagte mein Kollege, der mit mir im Büro war: ‚Was du bloß hast. Die werden doch zu uns nicht kommen und uns verhaften!' Ich antwortete: ‚Du kommst dran, ich komme dran, alle kommen wir dran!'“<sup>82</sup>

Freidhof gehörte zu jenen SPD-Funktionären, die sofort realisiert hatten, was nicht wenige seiner Kasseler Genossen erst im Rückblick feststellten: daß mit der ohnmächtigen Reaktion auf die Absetzung der Preußischen Regierung im Sommer 1932 die entscheidende Gelegenheit verpaßt worden war, den Kampf gegen die zur Macht vorrückende NSDAP und ihre Verbündeten entschlossen aufzunehmen. „Der Schlag war verpaßt mit der Absetzung von Braun und Severing in Preußen. Ich bin noch einmal in Berlin gewesen. Ich habe es damals gesagt: das war der letzte Akt! Vorher hatten wir noch die preußische Polizei in der Hand – und dann sie. Und damit war es vorbei. Wir haben ja die Macht selbst aus der Hand gegeben!“ Da er über die Entschlossenheit der Nazis, nach dem 30. Januar 1933 ihre Macht auszubauen und rückhaltlos zu nutzen, keine Illusionen hegte, zog er daraus – ohne sich in der nordhessischen Bezirkspartei insgesamt mit seiner Einsicht durchsetzen zu können – für seinen Organisationsbereich, die Stadt Kassel, Ende Februar die Konsequenzen: „Als ich gesehen habe, was kommt, habe ich sämtliche Akten verbrannt. Alle Mitgliederlisten! Alles miteinander.“ Dagegen fielen die übrigen Unterlagen über die Bezirkspartei der politischen Polizei in die Hände: „Da konnten sie alles feststellen; und deswegen bin ich dauernd auf die Gestapo geholt worden.“<sup>83</sup>

Viele Kasseler Sozialdemokraten hofften, daß wenigstens die Gewerkschaften verschont bleiben würden: „Wir haben uns innerlich damit abgefunden, wenn sie mit denen (den Kommunisten, J. K.) fertig sind, daß es dann mit uns losgeht. Mit den Gewerkschaften – haben wir allerdings gedacht – könnten wir so weiter existieren.“<sup>84</sup> Diese Tendenz hatte in Kassel zu einem ausgesprochenen politischen Eklat geführt. Im Zuge der „nationalen“ Umorientierung der ADGB-Führung, die durch eine Distanzierung von der SPD und Zugeständnisse an die neuen Machthaber den „Einbau“ der Gewerkschaften in das neue Regime

<sup>80</sup> Siehe Artur Mehmet: Das „Kasseler Volksblatt“ 1932/33. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Kassel in der Endphase der Weimarer Republik, Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1976, S. 184. <sup>81</sup> Siehe dazu meinen Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band. <sup>82</sup> Bericht Rudolf Freidhof (1976). <sup>83</sup> A.a.O., (82). <sup>84</sup> Bericht August Peter (1976 – A. Mehmet/C. Fischer-Defoy) – Zu August Peter siehe in diesem Band: Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes, Anm. 66.

erreichen wollte<sup>84a</sup>, hatte sich der Kasseler SPD-Vorsitzende Friedrich Hofacker – Angestellter des Eisenbahnerverbandes und Preußischer Landtagsabgeordneter – von der SPD-Landtagsfraktion getrennt und eine „Nationale Arbeiter-Partei“ gegründet, worauf er von Rudolf Freidhof aus der SPD ausgeschlossen wurde.<sup>84b</sup> Wie weit Hofackers Kurs von Kasseler Gewerkschaftsfunktionären und -mitgliedern unterstützt wurde, ist nicht bekannt. Deutlich ist jedoch, daß viele Gewerkschafter trotz des NS-Terrors bis Anfang Mai mit einer Fortexistenz ihrer Organisationen rechneten. Bekannt ist auch, daß eine Anzahl von Gewerkschaftsangestellten sich bereit erklärte, nach der „Gleichschaltung“ ihrer Verbände für die NSBO bzw. die „Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) weiterzuarbeiten.<sup>84c</sup> Als schließlich der Terror voll auf das sozialdemokratische Lager übergriff, gab es vor allem unter den jüngeren Kasseler Sozialdemokraten manchen, der es nicht wahrhaben wollte, daß seine Partei ohne Kampf kapitulierte, und der – um aus der ohnmächtigen Verzweiflung sich zu befreien – dazu neigte, auf eigene Faust zu handeln. So berichtet Fritz Müller von dem Harleshäuser Gemeindevertreter Jakob Guthof: „Der wollte sich immer noch wehren, wollte sich aufbäumen und gegen die SA, die da patrouillierte, angehen. Damals war er ein junger, kräftiger Mann... Ich habe ihn zurückgehalten. Ich sagte: Jakob, paß mal auf, guck doch mal hin“. Die SA-Leute, die hatten unter ihren Mänteln schon die Revolver.“<sup>85</sup> In der Nordstadt, in Harleshäusern und anderswo kam es dennoch dazu, daß einzelne Arbeiter, Kommunisten und Sozialdemokraten, sich zusammentaten und SA-Streifen überfielen und verprügelten, um wenigstens auf diese Weise die Demütigung der Arbeiterbewegung zu vergelten.<sup>86</sup>

Die wenigen punktuellen Vorbereitungen in der Kasseler SPD, dem Reichsbanner und der „Eisernen Front“ auf eine Verteidigung der Organisationen in einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten erwiesen sich als illusorisch. Die wenigen Revolver, über die Reichsbanner und Eisernen Front in Kassel verfügten und die z. B. im Gewerkschaftshaus deponiert waren, wurden

zumeist schleunigst aus den Brennpunkten entfernt und irgendwo vergraben.<sup>87</sup> Zu gewaltsamer Gegenwehr und kollektivem Widerstand unter den Bedingungen der Diktatur waren die SPD und die Organisationen des sozialdemokratischen Lagers nicht bereit. Auch in den SPD-Hochburgen in Kassel und Nordhessen regte sich – bei aller verbreiteten Verzweiflung über das widerstandslose Zusammenbrechen der Arbeiterorganisationen – nur vereinzelt Widerspruch gegen das desolate Agieren von SPD- und ADGB-Führung. Der Gedanke, sich von der Politik der Organisationsführungen zu lösen und eigenständige Versuche zur Rekonstruktion der Organisationen im Untergrund und zur Vorbereitung längerfristigen organisierten Widerstandes zu unternehmen, war den meisten Funktionären und Mitgliedern ohnehin fremd. Den Kern der kämpferischen Rhetorik, mit der die SPD immer wieder die Zuversicht der Mitglieder zu befestigen versucht hatte, bildete – und zwar nicht nur bei der Führung – das illusionäre Vertrauen in den mit der schieren Existenz der eigenen Organisationen verbundenen Machteffekt. Konkrete Vorbereitungen darauf, den markigen Kampfansagen entsprechende Taten folgen zu lassen, hatte es nicht gegeben. So löste sich die SPD unter den Schlägen der neuen Machthaber auf, ohne ihren Anhängern Perspektiven und Hilfen für eine aktive Gegnerschaft gegen die Diktatur an die Hand zu geben; die Situation änderte sich erst im Spätsommer 1933, als die ersten illegalen Flugblätter und Schriften der SOPADE und der saarländischen Partei auch in Kassel eintrafen. Der Schock des NS-Terrors, der – wie das Kasseler Beispiel zeigt – gerade die basisnahen Funktionäre und Mandatsträger frühzeitig „ausgeschaltete“, erzeugte daher bei den Anhängern Verzweiflung, Ratlosigkeit und verbreitete Desorientierung. Dagegen stand bei den meisten nur die Hoffnung, daß das neue Regime rasch wie ein Spuk vorüberziehen und an seinen Widersprüchen zerbrechen werde, und beim Kern der Aktiven der feste Wille, der eigenen Weltanschauung und Gesinnung während der Diktatur treu zu bleiben.<sup>88</sup>

Diese Position wurde exemplarisch vom Kasseler Parteisekretär Rudolf Freidhof vertreten und sie galt – wie sich aus

<sup>84a</sup> Siehe auch Gerhard Beier: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt a. M. 1975. <sup>84b</sup> Bericht Rudolf Freidhof (1962 – Dr. Fridrici). <sup>84c</sup> Siehe auch C. Fischer-Defoy: a.a.O., S. 63 (9). <sup>85</sup> Bericht Fritz Müller (1982). <sup>86</sup> Bericht Christian Krüger (1984 – J. Kammler). Auch im Verfahren vor dem OLG Kassel und dem Sondergericht 1933 ist mehrfach von solchen Gegenreaktionen aus der Arbeiterschaft die Rede. <sup>87</sup> Siehe die Berichte von Rudolf Freidhof (1976) und August Peter (1976). <sup>88</sup> Zur Politik der SPD bis zu ihrem Verbot und zum sozialdemokratischen Widerstand siehe allgemein Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.): Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960; Hagen Schulze (Hrsg.): Anpassung oder Widerstand. Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, Bonn-Bad Godesberg 1975; Deutschlandberichte der SOPADE, hrsg. von Klaus Behnken, 6 Bde., Frankfurt a. M. 1980; Peter Grasmann: Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945, München/Wien 1976; Lewis J. Edinger: Sozialdemokratie und Nationalsozialismus. Der Parteivorstand der SPD im Exil 1933–1945, Hannover/Frankfurt a. M. 1960; Frank Moraw: Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn-Bad Godesberg 1973; Bärbel Hebel-Kunze: SPD und Faschismus. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung der SPD 1932–1935, Frankfurt a. M. 1977; Patrick von zur Mühlen: Sozialdemokraten gegen Hitler, in: Richard Löwenthal/Patrick von zur Mühlen (Hrsg.): a.a.O., S. 57–75 (8); William S. Allen: Die sozialdemokratische Untergrundbewegung: Zur Kontinuität der subkulturellen Werte, in: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, a.a.O., S. 849–866 (8)

vielen Zeitzeugenberichten ergibt – für das Gros der überzeugten Sozialdemokraten, die entschlossen waren, auf ihrer grundsätzlichen Ablehnung des NS-Regimes und seiner Politik zu beharren. „Für mich war es das einzige Prinzip, allen zu sagen: Wir haben die Aufgabe, zu versuchen, über diese Zeit hinwegzukommen und nachher die Partei wieder aufzurichten. Das ist das Entscheidende für mich. Es hat gar keinen Zweck mehr, Märtyrer zu sein, damit sie nachher sagen, der kriegt einmal einen Straßennamen... Ich habe meine Pflicht darin gesehen, mit einem Teil von Bekannten und darüber hinaus mit einer ganzen Reihe von Leuten auch von auswärts Verbindungen zu halten und mit denen über die Situation zu sprechen... An das, was man dabei erfahren hat, hat man sich gehalten und hat es weiterzählt. Aber eine Hoffnung, daß das, was wir hier machen, auch nur die geringste Wirkung hat in einer Diktatur, die vollständig bewaffnet ist und eine fanatisierte Bevölkerung hinter sich hat, die gab es nicht.“<sup>89</sup> In entschiedenem Gegensatz zu Kommunisten und Linkssozialisten hielten Freidhof und mit ihm – wenn auch häufig nicht in dieser Schärfe – die meisten standfesten Kasseler Sozialdemokraten jeden auf Öffentlichkeit und Außenwirkung bedachten Widerstand für gleichermaßen gefährlich und sinnlos. Die dagegengestellte Maxime, sich auf Solidargemeinschaften der verlässlichsten Gesinnungsfreunde zu beschränken und jede Gefährdung der Beteiligten tunlichst zu vermeiden, ist nicht zu verwechseln mit jener Tendenz zur Anpassung, zum Überschwanken ins „nationale Lager“, die vor allem auf dem rechten Flügel des sozialdemokratisch-freigewerkschaftlichen Lagers zu beobachten war und von der die vorliegenden Berichte der Zeitzeugen übereinstimmend spre-

chen.<sup>90</sup> Die Briefe prominenter Kasseler Sozialdemokraten – unter ihnen Georg August Zinn, Christian und Karl Wittrock – allerdings, die ihnen aus der „Schutzhaft“ heraus abgepreßt wurden und in denen sie sich von Philipp Scheidemann und anderen emigrierten Parteivorstandsmitgliedern distanzieren<sup>91</sup>, können nicht so ohne weiteres als „Höhepunkt der Anpassungsstrategie an das neue Regime“ gewertet werden.<sup>92</sup> Wer das Ausmaß des immer noch gegen die Arbeiterbewegung wütenden Terrors einerseits, die unbestreitbar entschiedene Gegnerschaft z. B. Zinns<sup>93</sup> andererseits realisiert, kann den Stellenwert dieser Briefe nicht sehr hoch veranschlagen.<sup>94</sup> Ungleich gewichtiger war jene Anpassungstendenz unter den Anhängern, sich durch Eintritt in NS-Organisationen vor Verfolgung und Ausgrenzung zu schützen.

In dem zusammengeschmolzenen Kreis gesinnungstreuer Kasseler Sozialdemokraten war der bloße Rückzug auf die Zirkel der Solidargemeinschaft in den Jahren 1933–1936 jedoch nicht völlig unumstritten. Für darüber hinausgehende Aktivitäten, die überwiegend auf aktiven, öffentlichkeitsorientierten Widerstand zielten, lassen sich zumindest die folgenden Beispiele benennen: die Verbreitung illegaler Schriften des emigrierten Parteivorstandes – z. B. des „Neuen Vorwärts“ –, die aus dem Saarland nach Kassel gelangten; Kontakte von Kasseler Sozialdemokraten zum „Roten Stoßtrupp“ in Berlin; die Zusammenarbeit von Angehörigen der Sozialistischen Arbeiter-Jugend und des Kommunistischen Jugend-Verbandes in einer illegalen Gruppe 1933; die Aktivität einer sozialdemokratischen Nachbarschaftsgruppe in der Siedlung Süsterfeld; Kontakte von Gewerkschaftern zu der illegalen Eisenbahnergruppe um Hans Jahn.

## 2.2.1 Kasseler Sozialdemokraten im Widerstand

### 2.2.1.1 Verbreitung illegaler Schriften

Zumindest in den Jahren 1933 und 1934 bestanden Verbindungen zwischen Kasseler Sozialdemokraten und dem emigrierten Parteivorstand in Prag, mit den Sozialisten im

Saarland und in der Schweiz, über die illegales Material nach Kassel gelangte. So berichtet Rudolf Freidhof, daß er durch den früheren SPD-Bezirkssekretär Reinbold, der

<sup>89</sup> Bericht Rudolf Freidhof (1976). <sup>90</sup> Siehe z. B. die Berichte von Rudolf Freidhof (1962, 1976), Inge Zinn (1982), Karl Ritter (WG-Akte) – Karl Ritter, geb. 15. 3. 1899 in Kassel. Schlosser. SPD-Mitglied seit 1920. 1931–1933 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins und Gemeindevertreter in Harleshausen. Vorsitzender des Arbeitersport-Kartells und der „Naturfreunde“-Gruppe in Harleshausen. 1933 zwei Monate im KZ Breitenau inhaftiert. Nach 1945 erneut Vorsitzender der SPD Harleshausen. <sup>91</sup> Siehe das Schreiben der Gestapostelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin vom 22. 7. 1933 über die „Inschutzhaftnahme von Freunden Philipp Scheidemanns“ (StA Marburg, 165/3982) und die in der Anlage beigefügten Abgrenzungsbriefe. – Die Gestapo verlangte von den Inhaftierten vor allem die deutliche Abgrenzung von einem in der New York Times vom 9. 7. 1933 veröffentlichten Artikel Scheidemanns, in dem dieser dazu aufrief, „den politische(n) Abenteuerer(n) und Verbrecher(n)“ in Deutschland „das Handwerk zu legen“ – auch auf die Gefahr eines blutigen Krieges hin. In dem falsch übersetzten Originalartikel aus der Züricher Zeitung „Volksrecht“ vom 29. 6. 1933 hieß es dagegen: „Daß dabei nicht an blutigen Krieg gedacht wird, ist selbstverständlich.“ (ZStA Potsdam, 15.01/25795/4) – Zu Ph. Scheidemann siehe in diesem Band: Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes, Anm. 56. <sup>92</sup> So C. Fischer-Defoy: a.a.O., S. 70 (9). <sup>93</sup> Zur Biographie Zinns siehe in diesem Band den vorangehenden Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933, Anm. 104. <sup>94</sup> Daß hinter diesen Briefen eine wirkliche Differenz zum emigrierten Teil der Parteiführung und seiner politischen Handlungsperspektive gestanden haben mag, ist dagegen angesichts der erbitterten Auseinandersetzungen in der SPD-Parteiführung während des Sommers 1933 wahrscheinlich.

kurz nach der „Machtergreifung“ ins Saargebiet emigrierte, den von der SOPADE in Prag herausgegebenen „Neuen Vorwärts“ erhielt. „Wir bekamen nach Kassel etwa 100 Exemplare, die ich an vertrauenswürdige Mitglieder mitgegeben habe.“<sup>95</sup> Freidhof drängte darauf, daß die Empfänger die Exemplare nicht weiterreichten, sondern sofort nach der Lektüre vernichteten: „Ich habe den Kollegen geraten: wenn ihr sie gelesen habt, schmeißt sie weg! Gebt sie niemandem, weil ihr nicht wißt, wem ihr sie gebt! Der wird geschnappt und dann kommt ihr dran.“<sup>96</sup> Die Verteilung des „Neuen Vorwärts“ und wahrscheinlich auch anderer Anti-Nazi-Schriften wurde so organisiert, daß besonders zuverlässige Genossen eine Anzahl von Exemplaren erhielten und weiterverteilten. Bekannt ist, daß Willi Goethe, der als Vertreter für eine Kasseler Kohlenhandlung arbeitete, der bei einer Kasseler Papierwarengroßhandlung in der Auslieferung beschäftigte Fritz Brödner und der als Vertreter für die in Schlüchtern ansässige Drei-Turm-Seifenfabrik arbeitende Hans Nitsche ihre Tätigkeit dazu benutzten, Kontakte zu als „sicher“ geltenden Sozialdemokraten herzustellen und illegales Material zu verteilen.<sup>97</sup> Wie die Gestapostelle Kassel feststellte, waren z. B. in den beiden Schlüchterner „Drei-Turm-Firmen nach der nationalsozialistischen Revolution 54 Personen als Reisende angestellt und weitere 33 solche vorgemerkt“ worden, „die aus ihren Berufen wegen ihrer politischen Unzuverlässigkeit entfernt worden waren.“<sup>98</sup> Wegen des „Verdacht(s) der Beschäftigung ehemaliger Mitglieder und Funktionäre der SPD, des Reichsbanners und der Freien Gewerkschaften“ ermittelte die Gestapo 1938 ebenfalls gegen eine Seifenfabrik, die eine Vielzahl von Vertretern auch im Kasseler Bezirk unter Vertrag hatte.<sup>99</sup> Wahrscheinlich ist auch, daß über Emil Dittmanns Zeitschriftengeschäft und den von Rudolf Freidhof Ende 1933 gegründeten Lebensmittelladen im Stadtteil Rothenditmolde Materialien verteilt wurden. Da die ehemaligen führenden SPD-Funktionäre und insbesondere die von ihnen betriebenen Geschäfte jedoch von der Gestapo

mit besonderem Argwohn beobachtet wurden, war hier äußerste Vorsicht geboten. So hieß es in einem Bericht der Kasseler Gestapo über die „SPD und ehem. marxistische Gewerkschaften“ aus dem Jahre 1934: „Die Funktionäre der SPD und der Gewerkschaften suchen sich in der freien Wirtschaft zu betätigen. Einige führende Parteisekretäre haben offene Ladengeschäfte (Lebensmittel, Zigarren) übernommen. Ihr Tun und Treiben wird überwacht. Andere haben Vertretungen bekommen. Sie sind bemüht, ihre kaufmännische Tätigkeit besonders stark öffentlich in Erscheinung treten zu lassen, um nicht in den Verdacht zu kommen, in der Ausübung ihres Berufes etwa agitatorisch tätig zu sein. Die in Frage kommenden Persönlichkeiten werden laufend überwacht.“<sup>100</sup>

In den ersten beiden Jahren der Diktatur wurden der „Neue Vorwärts“ und die von Paul Hertz herausgegebene „Sozialistische Aktion“ auch per Post nach Kassel versandt. Eine Anzahl von Exemplaren fiel der Gestapo bei der Postkontrolle in die Hände. Zum Teil wurden illegale Blätter offenkundig – wie auch die Gestapo vermutete – „blind“ versandt, das heißt die Empfänger waren lediglich aus dem Adreßbuch ermittelt. Die meisten – so etwa einige Offiziere und Beamte des Reichswehrgruppenkommandos 2, des Infanterieregiments 15 und des Heeresbauamtes – lieferten wohl die Exemplare umgehend bei der Gestapo ab.<sup>101</sup> Der unsichere postalische Versand wurde gewählt, nachdem das Regime die Grenzkontrollen im Laufe des Jahres 1933 erheblich verschärft hatte und das Risiko für Kurierere immer größer wurde.<sup>102</sup>

Bei der Postkontrolle, bei Hausdurchsuchungen usw. wurden auch andere im Ausland hergestellte regimekritische Schriften in Kassel beschlagnahmt – so Alfred Kerrs „Die Diktatur des Hausknechts“, eine Broschüre über „Korruption, Folter, Mord“ im Gau Köln-Aachen, eine englische Schrift „The Secret of Hitler's Victory“ oder eine schwedische Broschüre über Hitler.<sup>103</sup> Über Auslandsreisende gelangte auch das „Braunbuch“ in die Hände von Kasseler Sozialdemokraten.<sup>103a</sup>

<sup>95</sup> Bericht Rudolf Freidhof (1962). <sup>96</sup> Bericht Rudolf Freidhof (1976). <sup>97</sup> Siehe die Berichte von Heinrich Vogt (1985 – Dieter Leffler) und Heinrich Nieft (1985 – Herbert Pinno). Der Besitzer der Drei-Turm-Seifenfabrik, der mit dem „Internationalen Sozialistischen Kampf-Bund“ in Verbindung stand und eine ganze Reihe von Angehörigen der verfolgten Arbeiterbewegung als Vertreter beschäftigte, wurde 1934 verhaftet; die Firma wurde enteignet. Siehe Lagebericht der Gestapostelle Kassel vom 4. 8. 1934 (StA Marburg, 165/3949) – Zu Heinrich Nieft: Geb. 29. 5. 1907 in Kassel; Büroangestellter. Früh Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, seit 1927 der SPD. Gehörte zur SAJ-Kabarettgruppe „Die Rote Kommode“. Nach 1933 zeitweilig im Vertrieb des Pressespiegels „Blick in die Zeit“ im Zeitschriftenhandel von Emil Dittmann. <sup>98</sup> Aus der mehr als dreißigseitigen Abhandlung der Gestapostelle Kassel vom 28. 3. 1934 über den ISK und die beiden Schlüchterner Seifenfirmen (BA Koblenz, R. 58/378, Bl. 207 f.). Siehe dazu auch weiter unten den Abschnitt über die illegale Arbeit des ISK. <sup>99</sup> Siehe die Vertreter-Listen der Walkenrieder Dampfseifen-Fabrik Genzel und Co. (BA Koblenz, R. 58/317). <sup>100</sup> Politischer Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 4. 5. 1934 (StA Marburg, 165/3949). <sup>101</sup> Ebd.; Tagesbericht der Staatspolizei Kassel vom 16. 8. 1934 (StA Marburg, 165/3949). <sup>102</sup> Siehe das Schreiben von Pfeffers, des Leiters der Staatspolizeistelle Kassel, an die Ortspolizeibehörden vom 25. 11. 1933, in dem er diese dazu anhält, die Postämter „um größte Aufmerksamkeit gegenüber allen Sendungen aus dem Ausland wie überhaupt allen verdächtigen Sendungen zu ersuchen“ (StA Marburg, 175/1402). <sup>103</sup> Siehe das Schreiben des Kasseler Landrats an die Gemeindefürsorge vom 7. 12. 1934 (StA Marburg, 175/1401). <sup>103a</sup> Siehe z. B. den Bericht von Hermann Trost (1977 – C. Fischer-Defoy), der ein Exemplar von einer Reise nach Paris mitbrachte. – Hermann Trost, geb. 10. 1. 1897 in Frankenberg/Eder. Lehrer. Seit 1929 Mentor an der Pädagogischen Akademie in Kassel. SPD-Mitglied. Nach 1945 Schuldezernent beim Kasseler Regierungspräsidenten.

Nach 1935/1936 versiegte das schmale Rinnsal der aus dem Ausland nach Kassel gelangenden Parteiblätter, Flugschriften und der Emigrationsliteratur; dies ergibt sich sowohl aus den Gestapomeldungen wie auch aus den Berichten der befragten Zeitzeugen.<sup>103b</sup> Für die Kasseler Sozialdemokraten wirkte sich besonders die grenzferne Lage

der nordhessischen Region nachteilig aus. Das zuständige Grenzsekretariat der SOPADE konnte keine Verbindungen nach Kassel herstellen.<sup>104</sup>

An die Stelle der illegalen Schriften traten bald die ausländischen Sender, die von zahlreichen Angehörigen der unterdrückten Arbeiterbewegung regelmäßig abgehört wurden.

### 2.2.1.2 Lokaler Widerstand und Beziehungen zu überregionalen Gruppen

Angehörige und Sympathisanten des sozialdemokratisch-freigewerkschaftlichen Lagers waren – jenseits der unter ihren Gesinnungsgenossen vorherrschenden Stillhalte- und Überlebensstrategie – auf unterschiedliche Weise an weitergehenden, dem aktiven Widerstand zuzurechnenden Aktivitäten beteiligt. Unterscheiden lassen sich illegal weiterarbeitende Gruppen, Kontakte zu überregionalen sozialistischen und gewerkschaftlichen Widerstandsorganisationen sowie die Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Widerstand.

Das einzige Beispiel für die illegale Weiterarbeit einer geschlossenen Gruppe von Sozialdemokraten und Angehörigen SPD-naher Arbeiterorganisationen in Kassel bezieht sich auf eine Nachbarschaftsgruppe in der Arbeitersiedlung Süsterfeld.<sup>105</sup> Diese Siedlung wurde überwiegend im Jahre 1932 errichtet und bezogen. Sie umfaßte ein Gelände von 32 Morgen, das in seinem südlichen Teil zu dem 1936 eingemeindeten Vorort Niederzwehren, im nördlichen Teil von Anfang an zum Kasseler Stadtgebiet gehörte. Während dieser Siedlungsteil von Kasseler Arbeitern, die aus verschiedenen Stadtteilen kamen und sich zuvor nicht kannten, bewohnt wurde, stammten die 58 Siedler des südlichen Sektors in ihrer großen Mehrheit aus Niederzwehren und waren zum Teil seit vielen Jahren miteinander bekannt und verbunden. Offenbar wurden hier die Siedler mehrheitlich von vornherein nach ihrer Zugehörigkeit zum sozialdemokratischen Lager ausgewählt: „So wurden hier die meisten Leute erstmal überprüft, ob sie Parteimitglieder waren, ob sie der Gewerkschaft angehörten usw... Wir hatten damals einen großen Teil Mitglieder von der SPD. Wir hatten auch sympathisierende Freunde, aber auch einige Kommunisten, und wir hatten auch zwei Nazis.“<sup>106</sup> Die Kerngruppe bestand aus aktiven Mitgliedern der Niederzwehrener SPD: „Wenn da irgendetwas

los war – Versammlung, Großveranstaltung usw. –, dann war unser Stoßtrupp dabei.“<sup>107</sup> Etwa sieben der Aktivisten schlossen sich nach dem Machtantritt der Nazis zu einer Gruppe eng zusammen und arbeiteten in den folgenden Jahren bis 1936 politisch weiter. Sie entwarfen und vielfältigten in unregelmäßigen Abständen Flugblätter, die sich auch mit lokalen Ereignissen befaßten und nachts in der Siedlung sowie in Nieder- und Oberzwehren verteilt wurden.<sup>108</sup> Geschrieben wurden die Texte – nachdem man in der Gruppe und gelegentlich mit einigen Sozialdemokraten aus Niederzwehren beraten hatte – von dem in Niederzwehren wohnenden Buchdrucker Hermann Bienroth. Die Gruppe verfügte über eine Schreibmaschine, die aus dem Besitz der SAJ stammte und vor der Beschlagnahme der Arbeitervereinsvermögen in Sicherheit gebracht worden war, und einen Abziehapparat. Diese Geräte wurden in einer Holzkiste aufbewahrt, die „heute hier und in 14 Tagen woanders“ in den Gärten der Beteiligten vergraben wurde.

Bei den Gruppenmitgliedern handelte es sich fast ausschließlich – wie bei den aus Niederzwehren stammenden Siedlern insgesamt – um Bauhandwerker, die ihre Häuschen überwiegend in Selbst- und Nachbarschaftshilfe errichtet hatten, im Alter zwischen Ende 20 und Ende 30 liegend, verheiratet, mit jüngeren Kindern. Geschützt durch die erprobte Solidarität und langjährige persönliche Vertrautheit der Beteiligten, die guten Möglichkeiten für harmlos scheinende Nachbarschaftstreffen und das intakt bleibende Arbeitermilieu der Siedlung, entging die Gruppe bis 1936 dem Zugriff der Gestapo. Zwar hatte diese aus den von ihr erfaßten Flugblättern auf die Existenz der Gruppe und das Vorhandensein der Geräte in der Siedlung geschlossen. Die im Verlauf mehrerer Razzien wiederholten Haus- und Grundstücksdurchsuchungen auch

<sup>103b</sup> So heißt es z. B. im Lagebericht der Gestapostelle Kassel vom 30. 11. 1938 unter der Rubrik „Marxismus“: „Im Berichtsmonat ist illegales Propagandamaterial nicht erfaßt worden.“ <sup>104</sup> Auch in den einschlägigen Beständen des Archivs der sozialen Demokratie finden sich keinerlei Hinweise auf solche Verbindungen. <sup>105</sup> Die folgenden Angaben stützen sich nahezu ausschließlich auf den Bericht von Georg Schmidt (1982 – Herbert Pino). Siehe einige Auszüge in: Volksgemeinschaft und Volksfeinde, Band 1, a.a.O., S. 344 f. (1). Vgl. auch C. Kopetzki/D. Most/J. Schlier/H. Slenczka: Süsterfeldsiedlung 1932 bis 1982. Zur Geschichte einer Stadtrandsiedlung für Erwerbslose in Kassel, Kassel 1983. <sup>106</sup> Bericht Georg Schmidt (1982). <sup>107</sup> A.a.O. (106). <sup>108</sup> Als Mitglieder der Gruppe werden von Georg Schmidt die Arbeiter Karl Schulze, Karl Prior, Dietrich, Appel und Freitag genannt (Bericht 1982).

bei Mitgliedern der Gruppe blieben jedoch ergebnislos, obwohl halbe Gärten umgewühlt wurden. Auch als Anfang April 1936 in der gesamten Siedlung 18 Arbeiter – unter ihnen einige Mitglieder der Gruppe, mehrheitlich jedoch Kommunisten aus dem Kasseler Siedlungsteil – verhaftet wurden, verfügte die Gestapo über keine konkreten Beweise. Schreibmaschine und Abzugsapparat wurden niemals gefunden; ebensowenig stieß die Gestapo bei den Hausdurchsuchungen auf Flugblätter oder andere schriftliche Beweisstücke. So konnten die Mitglieder der Gruppe jede illegale Aktivität erfolgreich abstreiten und mußten nach kürzerer Haft entlassen werden. Lediglich Karl Prior – früherer Niederzwehrender SPD-Vorsitzender und Gemeindevertreter – wurde wegen seiner Kontakte zur illegalen KPD und Entgegennahme einiger kommunistischer Zeitungen im Juli 1936 zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt.<sup>109</sup>

Die Umfeldbedingungen für die illegale Arbeit dieser Gruppe waren offenkundig besonders günstig – unvergleichlich besser als in den gewachsenen Kasseler Arbeitervierteln, deren politisch-soziale Struktur keinesfalls ähnlich homogen war und in denen das Netz der Überwachung durch eingeschleuste Gestapo-Spitzel, die Beobachtungen der Parteiorganisationen und denunziationsbereite Mitbewohner sehr viel dichter war. Die Mitglieder der Süsterfelder Gruppe gingen davon aus, daß die Verhaftungsaktionen nicht auf Hinweise aus ihrem Siedlungsteil zurückzuführen waren. Auch jenen Siedlungsgenossen, die nach 1933 NS-Organisationen beigetreten waren, traute man dies nicht zu: „Die haben sich eben ‚umgekleidet‘, damit sie nicht arbeitslos werden“, „denen blieb nicht anderes übrig“. Da sie weiterhin „unsere Freunde waren“, wurde an ihrer Anständigkeit nicht gezweifelt.<sup>110</sup> Darüber hinaus war die entscheidende Bedingung für das jahrelange Unentdecktbleiben der Süsterfelder Gruppe, daß sie völlig eigenständig blieb und jeden Kontakt zu anderen Gruppierungen des organisierten Widerstandes mied.

Ehe auf jene Sozialdemokraten und Angehörigen der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung eingegangen wird, die mit der Untergrundorganisation der KPD in Kassel Kontakt aufnahmen oder sich ihr anschlossen, sollen kurz die nach Kassel reichenden Verbindungen überregionaler

sozialistischer und gewerkschaftlicher Widerstandsorganisationen dargestellt werden.

Sowohl über die Familie Zinn als auch vor allem über eine Gruppe militanter Reichsbanner-Angehöriger um Willi Goethe bestanden Beziehungen zum „Roten Stoßtrupp“ in Berlin.<sup>111</sup> In dieser bedeutenden linkssozialistischen Widerstandsgruppe hatte sich schon früh 1933 eine größere Zahl sozialistischer Studenten, Jungarbeiter und jüngerer Arbeitsloser zusammengefunden, die sich in der scharfen Verurteilung der Politik der SPD- und ADGB-Führung einig waren und gegen den Eindruck angehen wollten, „es gäbe auf der Linken in Deutschland überhaupt nur noch Unfähigkeit und Feigheit.“<sup>112</sup> Die Gruppe bemühte sich um Kontakte nicht nur zu linken Sozialdemokraten und den sozialistisch-kommunistischen Splittergruppen, sondern auch zu religiösen, bürgerlich-demokratischen und konservativen Oppositionellen, ja sogar zur nationalsozialistischen „Linken“ um Otto Strasser. Kontakte zur KPD wurden vor allem wegen massiver Zweifel an der Effizienz ihrer konspirativen Absicherung scharf abgelehnt.<sup>113</sup> Die illegale Zeitschrift der Gruppe wurde in mehreren tausend Exemplaren verbreitet und auch der ausländischen Presse zugespielt. Zu mehreren Gruppen in anderen Großstädten unterhielt die Berliner Organisation feste Verbindungen. „Einen sehr guten Stützpunkt hatten wir in Kassel“, berichtet Rudolf Küstermeier.<sup>114</sup> Die Verbindung nach Kassel und zu anderen Städten wurde durch einen motorisierten Kurier aufrechterhalten. Über die Kasseler Kontaktgruppe ist relativ wenig bekannt. Nach den Informationen von Albert Wesemeyer, einem der Beteiligten, handelte es sich um aktive Mitglieder des Reichsbanners, vor allem um Angehörige der „Schutzformationen“, die zum Teil im Winter 1931/32 von Kasseler Polizeibeamten an Waffen ausgebildet worden waren.<sup>115</sup> Eine zentrale Rolle in der Kasseler Gruppe spielte Willi Goethe, der die Verbindung zu den aus jeweils 5 Mitgliedern bestehenden Stadtteilgruppen hergestellt haben sowie für die Außenkontakte zuständig gewesen sein soll. Albert Wesemeyer, der neben seiner Reichsbanneraktivität vor 1933 Betriebsratsvorsitzender der Chassalla-Schuhfabrik und Mitglied des örtlichen ADGB-Vorstandes war, fungierte als Kurier der Kasseler Gruppe und fuhr einmal in der Woche nach Chemnitz,

<sup>109</sup> Siehe die Anklageschrift im Hochverratsverfahren vor dem OLG Kassel (OJS 70/36) und weitere Dokumente in der WG-Akte Karl Prior. – Karl Prior, geb. 5. 12. 1898 in Zennern/Krs. Fritzlar, Gelernter Metzger. Seit 1920 gewerkschaftlich organisiert, seit 1922 Mitglied der SPD. <sup>110</sup> Siehe Bericht Georg Schmidt (1982). <sup>111</sup> Siehe die Berichte von Martha Zinn (1984 – Sabine Stange u. a.; 1985 – Herbert Pinno) und Albert Wesemeyer (1985 – Herbert Pinno). Siehe weiter Rudolf Küstermeier: *Der Rote Stoßtrupp*, hrsg. vom Informationszentrum Berlin, Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße, 3. Aufl., Berlin 1980. <sup>112</sup> R. Küstermeier: a.a.O., S. 7 (111). <sup>113</sup> A.a.O., S. 8 ff. (111). <sup>114</sup> A.a.O., S. 14 (111). <sup>115</sup> Bericht Albert Wesemeyer (1985) – Albert Wesemeyer, geb. 25. 8. 1902 in Burg/Krs. Magdeburg; Metallarbeiter, Angestellter. Seit 1920 SPD- und DMV-Mitglied. Vor 1933 Betriebsrat, zuletzt Betriebsratsvorsitzender bei der Chassalla-Schuhfabrik in Kassel. Bis 1922 USPD-, danach SPD- und Reichsbanner-Mitglied. Gehörte zum militanten Kern des Kasseler Reichsbanners. Leitete nach 1933 als Kurier Informationsmaterial für die SOPADE in Prag nach Chemnitz weiter. Wurde 1935 verhaftet und wegen Landesverrats verurteilt.

um Informationsmaterial weiterzuleiten. Als Ende November 1932 42 Mitglieder des Roten Stoßtrupps verhaftet und 180 von ihnen wenig später vom gerade gegründeten Volksgerichtshof abgeurteilt wurden, blieb die Kasseler Gruppe unbehelligt. Dies läßt entweder auf einen nur mangelhaften Einblick der Gestapo in die Struktur der Organisation schließen<sup>116</sup> oder aber darauf, daß die Kasseler Reichsbannergruppe doch nur in einer eher lockeren Beziehung zum Roten Stoßtrupp gestanden hat.<sup>117</sup> Der Kasseler Kurier Wesemeyer wurde erst 1935 verhaftet und wegen Landesverrats zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt; andere Beteiligte aus Kassel wurden – soweit bekannt – nicht belangt. Es ist zu vermuten, daß sich die Kasseler – wie auch die der Gestapo entronnenen Mitglieder der Berliner Organisation – nach der großen Verhaftungsaktion in ihren Aktivitäten sehr zurückhielten. Informationen über den Roten Stoßtrupp sind mit Sicherheit auch über Karl Zinn, den Bruder von Georg August Zinn, nach Kassel gelangt. Karl Zinn, der in Kassel eine Lehre als Bankkaufmann absolviert hatte und Mitglied der SPD geworden war, war vor 1933 nach Berlin gegangen, wo er neben seiner Tätigkeit als Bankkaufmann Betriebswirtschaft studierte und sich dem Sozialistischen Studentenbund anschloß. In einem Brief vom März 1933 schrieb er: „... wir müssen ganz und gar von vorn anfangen, denn unsere bisherige Bewegung und Organisation ist vermorscht und unbrauchbar geworden.“<sup>118</sup> Er stieß im April 1933 zur Gründungsgruppe des Roten Stoßtrupps und gehörte bald zu seinen führenden Organisatoren. Er wurde am 30. 11. 1933, gerade aus Kassel zurückkommend, verhaftet. Die Gestapo hielt ihn aufgrund des erfaßten Materials für den Leiter der Widerstandsgruppe. Karl Zinn wurde vom Volksgerichtshof 1934 zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt.<sup>119</sup>

Während Kasseler Beziehungen zum Roten Stoßtrupp eindeutig belegt sind, liegen nur sehr dürftige und zum

Teil fragwürdige Hinweise auf Verbindungen zur „Sozialistischen Front“ in Hannover und zur gewerkschaftlichen Widerstandsorganisation um Hans Jahn vor. Neben zahlreichen Berichten der Kasseler Gestapo, in denen das Urteil variiert wird, die SPD sei „im hiesigen Bezirk nach wie vor vollkommen bedeutungslos“ und trete „überhaupt nicht in Erscheinung“<sup>119a</sup> findet sich in den Akten der Verfolgungsbehörden ein längerer Bericht aus dem Jahre 1937, in dem die Ermittlungsergebnisse eines Spitzels der Gestapo zusammengefaßt werden.<sup>120</sup> Danach sollen bis zur Zerschlagung der „Sozialistischen Front“, der großen linkssozialistisch orientierten Widerstandsorganisation in Hannover<sup>121</sup>, Verbindungen von Kasseler Sozialdemokraten zu „Beauftragten“ von Werner Blumenberg, dem Kopf der Sozialistischen Front, bestanden haben. „Der gesamte Bezirk Kassel habe die Arbeitsmethoden der Sozialistischen Front als sehr wirksam angesehen. Nur dem Einspruch älterer Funktionäre sei es zu verdanken, daß Kassel mit dem hannoverschen Apparat keine engeren Beziehungen eingegangen war und somit von der Verhaftungswelle verschont wurde.“<sup>122</sup> Als beteiligte Kasseler Sozialdemokraten wurden Wilhelm Winter und Cornelius Gellert, der frühere Vorsitzende des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, genannt, über die schon Personalakten bei der Kasseler Gestapo geführt wurden.<sup>123</sup> Winter hatte nach den Ermittlungen der Kasseler Gestapo unter anderem Verbindungen zu einem nach Schweden emigrierten Funktionär des Metallarbeiterverbandes.<sup>124</sup>

Über eine andere Verbindung nach Hannover berichtete August Bornemann, bis 1933 Gewerkschaftssekretär der Verwaltungsstelle Kassel des Metallarbeiterverbandes. Im Herbst 1933 sei er über seinen Bruder Alfred im Namen des früheren SPD-Oberbürgermeisters von Hannover, Robert Leinert, dazu aufgefordert worden, einen Waschmittel-Handel mit Untervertretern aufzubauen, um den Zusammenhalt der „illegalen SPD für den Kreis Kas-

<sup>116</sup> Dafür spricht z. B., daß die leitende Funktion Küstermeiers nicht erkannt wurde (R. Küstermeier: a.a.O., S. 17). <sup>117</sup> Für diese These spricht, daß neben dem Prozeß gegen Angehörige der Berliner Organisation zugleich Verfahren gegen Mitarbeiter des „Roten Stoßtrupps“ unter anderem in den Verbindungsorten Leipzig, Halle und Bielefeld, nicht jedoch in Kassel stattfanden. <sup>118</sup> Aus einer Zusammenstellung von Briefauszügen im Besitz von Martha Zinn. <sup>119</sup> Siehe vor allem den eindrucksvollen Bericht von Martha Zinn über das brutale Vorgehen der Gestapo auch gegenüber den Angehörigen Karl Zinns zur Zeit der Verhaftung und der folgenden Verhöre sowie über den Prozeß und die anschließenden Haftjahre. Den unerschrockenen Bemühungen seiner damaligen Braut verdankte es Karl Zinn, daß er schon 1939 aus der Haft entlassen wurde. Während des Krieges standen Karl und Martha Zinn in Verbindung zu Ernst von Harnack und seinem Kreis. Karl Zinn wurde 1943 durch eine Bombe getötet. Siehe Bericht Martha Zinn (1984); R. Küstermeier: a.a.O., S. 5 f., 17 (111); Ein Leben für die Freiheit. Eine Besinnung auf die Männer des 20. Juli 1944 anlässlich der Einweihung der Vertriebenen-Siedlung Adam von Trott zu Solz in Kassel, Kassel 1960, S. 72 ff. <sup>119a</sup> So z. B. der Lagebericht für den Monat März 1936 (IML/ZPA, St 3/849). <sup>120</sup> Es handelt sich um einen ca. vier Seiten umfassenden Aktenvermerk der Gestapo-Zentrale vom 29. 9. 1937 über die „illegale SPD in Kassel“ (IML/ZPA, St 3/325). <sup>121</sup> Siehe Bernd Rabe: Die „Sozialistische Front“. Sozialdemokraten gegen den Faschismus 1933–1936, Hannover 1984. Die „Sozialistische Front“ war mit ihren zeitweise ca. tausend Mitgliedern, die sie aus dem Organisationsbereich der alten Sozialdemokratie rekrutierte, eine der wenigen lokalen Massenorganisationen des Widerstandes. Bis zu ihrer Zerschlagung 1936 vergrößerte sich die Organisation kontinuierlich. Der ihr in der Literatur z. T. nachgesagte reichsweite Handlungsrahmen (s. etwa Gerda Zorn: Widerstand in Hannover, Frankfurt a. M. 1977, S. 115 f.) scheint weit überschätzt worden zu sein. Siehe Bernd Rabe: a.a.O., S. 12 (121). <sup>122</sup> Aktenvermerk der Gestapo-Zentrale vom 29. 9. 1937, a.a.O. (120). <sup>123</sup> A.a.O. (120); Wilhelm Winter, geb. 11. 1. 1886 in Kassel, seit 1905 Mitglied der SPD, bis 1933 Angestellter der Kasseler Stadtverwaltung, wurde nach der Machtergreifung entlassen. Zu Cornelius Gellert siehe den Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band, Anm. 62. <sup>124</sup> Aktenvermerk der Kasseler Gestapo vom 29. 9. 1937, a.a.O. (120).

sel" zu sichern.<sup>125</sup> Dieser Seifenhandel sollte in den folgenden Jahren dazu dienen, vor allem ehemalige Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder anzusprechen. „damit wir sie in dem Augenblick, wo wir gegen Hitler vorgehen können, beieinander hätten und benachrichtigen könnten“.<sup>126</sup> 1938 stieß die Kasseler Gestapo auf eine Spur dieser Aktivitäten: „Ende Juni 1938 fand im Wartesaal des Hauptbahnhofs in Kassel ein Treff zwischen dem Seifenfabrikanten Adam Tröger..., der z.Zt. in Hannover wohnt, und dem früheren Gewerkschaftssekretär August Bornemann ... statt. Die Besprechung ... währte etwa 4 Stunden. ... Die Stapostelle Hannover teilte auf Anfrage mit, daß Tröger Beziehungen zu dem ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten und Oberbürgermeister von Hannover, Leinert, unterhalte. Von einer bisher unbekanntem sächsischen Firma habe Tröger laufend monatlich Zuwendungen in Höhe von 1000 bis 1500 RM erhalten, die an seine Seifenvertreter für Nachrichtenübermittlung bezahlt worden seien. Ein gewisser Bornemann ... hätte die auf diese Weise gesammelten Nachrichten laufend der illegalen SPD in Prag übermittelt. Es ist bisher hier nicht bekannt geworden, ob die beiden erwähnten Bornemann personengleich sind.“<sup>127</sup> Auch in den späteren Berichten August Bornemanns findet sich kein Hinweis darauf, daß er Nachrichten für die Deutschland-Berichte der SOPADE weitergeleitet hat.

Über Verbindungen zur Widerstandsorganisation von Eisenbahngewerkschaftern um Hans Jahn liegen konkretere Informationen nicht vor. Nach dem Jahnschen Organisationsplan für die Jahre 1935/36 wurde der „Gau“ Kassel vom „Vorort“ Göttingen aus betreut, „dessen Reichsbahnausbesserungswerk das dortige Organisationszentrum bildete.“<sup>128</sup> Verantwortlicher Organisationsleiter für den Kasseler Bezirk war Hermann Fraatz aus Göttingen. Der Plan wies „Ersatzleute“ und einen „Stützpunkt“ in Kassel aus.<sup>129</sup> Bei den genannten Ersatzleuten handelte es sich um die Kasseler Eisenbahner Karl Koch, der mit Hermann Fraatz seit langem befreundet war, und Willi Schröter.<sup>130</sup> Es ist wahrscheinlich, daß die Aktivitäten im Kasseler Raum über die vorsichtige Wahrung des Zusammenhalts von zuverlässigen Kollegen und gelegentliche

Sammlungen von Unterstützungsgeldern für die Familien von Verhafteten nicht hinausgingen.<sup>131</sup>

Auf einer ganz anderen Ebene bewegte sich die Annäherung einer Reihe vor allem jüngerer Sozialdemokraten, Angehöriger der Sozialistischen Arbeiterjugend und Arbeitersportler an die örtliche Widerstandsbewegung der KPD. Sie resultierte zumeist aus der tiefen Enttäuschung und Empörung über das Versagen von SPD und ADGB, das von vielen nicht nur als Problem der Führung, sondern – wie es auch Karl Zinn artikuliert hatte – einer insgesamt verkrusteten Parteistruktur und eines falschen Politikverständnisses begriffen wurde. Während man bei dem Gros auch der lokalen SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre jede Perspektive für einen aktiven Widerstand vermißte, imponierte auf der anderen Seite die Entschlossenheit, mit der die KPD den Kampf mit dem NS-Regime aufnahm. Diese Stimmungslage spiegelte sich auch in einigen Gestapo-Lageberichten: „Von ehemaligen Sozialdemokraten hört man allenthalben die schärfsten Urteile über die Führer.“<sup>132</sup> „Die radikaleren Elemente, die für eine aktive Betätigung noch in Frage kommen, neigen dazu, gemeinsame Sache mit den Kommunisten zu machen.“<sup>133</sup> In dieser Atmosphäre kam es nach ersten Kontakten zwischen den verschiedenen Arbeiterjugendgruppen im Mai und Juni 1933 im Sommer zu einer organisierten Zusammenarbeit zwischen Angehörigen der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und des Kommunistischen Jugendverbandes (KVJD) in Kassel. Die gemeinsame Überzeugung war: „Jetzt müssen wir was tun, die Sache von unten her unterlaufen.“ „Das waren Leute aus den Jugendorganisationen der beiden Parteien. Wir waren heilfroh, daß wir so einen kleinen Klub zusammengekriegt haben, der über gemeinsame Aktionen diskutieren konnte. Da waren weder führende Leute von der SPD noch von der KPD dabei... Alles, was Rang und Namen hatte, war doch auch schon weg; die saßen in Breitenau... Es war aber weniger ein ‚Erkennen‘, jetzt etwas gemeinsames gegen den Faschismus tun zu müssen; es war mehr das Gefühl, überspielt worden zu sein... So waren wir und die froh – nachdem die anderen alle weg waren –, daß jetzt endlich etwas da war, wo man sagen konnte: Wir wollen’s mal ver-

<sup>125</sup> Bericht vom 15. 8. 1950 (WG-Akte A. Bornemann). Bornemann, geb. 6. 5. 1882, gelernter Optiker, vor 1933 neben seiner Tätigkeit als Gewerkschaftsfunktionär in der Kasseler SPD aktiv, wurde während der NS-Zeit zweimal im Konzentrationslager inhaftiert – vom September 1939 bis Mai 1941 in den KZ Sachsenhausen und Dachau und im August 1944 für kurze Zeit im KZ Oranienburg. Er starb 1960 in Kassel. <sup>126</sup> Bericht August Bornemann (1950) <sup>127</sup> Lagebericht der Gestapostelle Kassel über „Marxismus“ vom 31. 8. 1938 (BA Koblenz, R 58/446). <sup>128</sup> Helmut Esters/Hans Pelger: Gewerkschafter im Widerstand, Hannover 1967, S. 40. <sup>129</sup> A.a.O., S. 41 (128). <sup>130</sup> Karl Koch wurde später Präsident der Bundesbahndirektion Kassel; Willi Schröter war nach 1945 der erste Vorsitzende der Eisenbahner-Gewerkschaft in Kassel. Siehe die Berichte von Karl Schmitt (1982 – Herbert Pinno) und Hermann Fraatz jun. (1982 – Herbert Pinno) – Karl Schmitt, geb. 24. 10. 1909 in Frankfurt a. M.; kaufmännischer Angestellter. Vor 1933 in der Frankfurter Arbeiterjugendbewegung. Seit 1938 in Kassel. Am Wiederaufbau der Eisenbahner-Gewerkschaft beteiligt, zuletzt als Sekretär der Ortsverwaltung Kassel. <sup>131</sup> Siehe den Bericht von Hermann Fraatz jun. über die Aktivitäten seines Vaters. <sup>132</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 28. 7. 1933 (IML/ZPA, P St 3/37) <sup>133</sup> Lagebericht vom 5. 12. 1934 (StA Marburg, 165/3949).

suchen.<sup>134</sup> Während der kurzen Existenz dieser Widerstandsgruppe kam es zu mehreren gemeinsamen Flugblattaktionen; ein Flugblatt trug z. B. den bezeichnenden Titel „Hoppla, wir leben!“

Interessant war die Form der Zusammenarbeit. Da die SAJ bislang über keine konspirative Organisationsstruktur verfügte, wurden die aus ihrem Bereich kommenden Mitglieder in die schon bestehenden Fünfergruppen des KJVD einbezogen; der SAJ-Funktionär Anton Aich wurde in die bestehende illegale Leitung des KJVD aufgenommen.<sup>135</sup> Um das Gewicht der SAJ zu stärken, wurde für alle Beschlüsse der Leitung Einstimmigkeit vereinbart.<sup>136</sup> Dadurch, daß der Gestapo-Zentrale Materialien der illegalen Reichsleitung des KJVD in die Hände fielen, wurde im Rahmen einer reichsweiten Verhaftungswelle auch die Kasseler Gruppe „aufgerollt“. 23 Mitglieder wurden vor Gericht gestellt, von denen 14 zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.<sup>137</sup> Angesichts ihrer noch nicht einmal zweimonatigen Existenz konnte die Kasseler SAJ/KJVD-Gruppe keine größere Ausstrahlungskraft gewinnen.

Eine andere Gruppe von jungen Sozialisten und Kommunisten konnte ihren Zusammenhalt bis 1936 bewahren. Den Kern der Gruppe bildete eine Fahrten- und Wandergruppe der „Freien Turnerschaft“, der größten Vereinigung der Arbeitersportbewegung in Kassel. Zu den Mitgliedern der Gruppe zählten die Verkäuferin Käthe Stahl, der Installateur Karl Braunroth, die Stenotypistin Wilhelmine Müller, Hildeburg Weinert, Hans Hinz, der Elektriker Franz Buda, der Verwaltungsangestellte Willi Paar, der Musikinstrumentenbauer Willy Langner und der kaufmännische Angestellte Erich Weinert.<sup>137a</sup> Anders als die

gesinnungstreuen älteren Sozialdemokraten beschränkten sich die jungen Arbeitersportler nicht auf solidarisch-gesellige Beziehungen. „Gleich nach der Machtergreifung richteten wir regelmäßige wöchentliche Diskussionsabende in Wohnungen von Gruppenangehörigen ein, bei denen vornehmlich politische Themen behandelt wurden. Wir lasen und besprachen das ‚Kommunistische Manifest‘, das ‚Kapital‘ sowie andere Bücher und illegale Flugschriften und trugen zu deren Verbreitung bei. Zur Unterstützung von politisch Inhaftierten sowie ihrer Angehörigen sammelten wir Gelder und verteilten sie zweckentsprechend. Fast jeden Sonntag unternahmen wir Wanderungen, hauptsächlich in der Reinhardswaldgegend, bei denen wir uns oft mit anderen Gegnern des NS-Regimes trafen und über die politische Lage diskutierten.“<sup>138</sup>

Als markanter Unterschied zu den kleinen sozialdemokratischen Solidargemeinschaften, aber auch zu den meisten illegalen Gruppen der KPD fällt auf, daß dieser Kreis sich mit grundlegenden Themen der marxistischen politischen Theorie, der politischen Ökonomie sowie der jüngeren deutschen Geschichte – man las und diskutierte auch Bücher über die deutsche Revolution von 1918 – auseinandersetzte<sup>139</sup> und inmitten des Zusammenbruchs der alten Arbeiterbewegung und der durch Terror und Propaganda formierten „Volksgemeinschaft“ einen Neuanfang mit Hilfe der eigenständigen Aneignung von marxistisch-sozialistischer Bildung suchte.<sup>140</sup> Die politische Selbstbildung dieser Gruppe, die als „Sozialistische Jugendgruppe“ oder „Freundeskreis“ firmierte, war jedoch immer verbunden mit praktischer illegaler Arbeit, mit der Hilfe für verfolgte Arbeiterfamilien ebenso wie mit öffent-

<sup>134</sup> Bericht Anton Aich (1976 – A. Mehmet). Siehe zu dieser Gruppe auch Willi Belz: a.a.O., S. 67, S. 91 f.; Christine Fischer-Defoy: a.a.O., S. 88 (Anm. 9) – Zu Anton Aich siehe Anm. 135. <sup>135</sup> Anton Aich, geb. 4. 9. 1909 in Leutkirch/Krs. Wangen; gelernter Bürstenmacher. 1928 nach Kassel gekommen und sofort in die SAJ eingetreten. Später Mitglied der SPD. 1932 Vorsitzender der SAJ-Gruppe Zentrum, Mitglied des Ortsvorstandes der SAJ und ehrenamtlicher Jugendsekretär der SPD; jüngster Parteiredner im Bezirk. Entging im Oktober 1933 der Verhaftung und floh über Aachen nach Holland. Gelangte über Belgien, wo er zeitweilig in einem Emigrantenlager interniert war, und Südfrankreich in die Schweiz. Von dort fuhr er 1934 mit illegalen Schriften im Gepäck zunächst in seine schwäbische Heimat, dann im November nach Kassel. Wegen des bei seiner Familie entdeckten illegalen Materials verhaftet und in Karlsruhe zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt. Kehrt 1936 nach Kassel zurück. 1940 bis 1945 Soldat. Wurde 1945 Parteisekretär der wiedergegründeten Kasseler SPD. (Siehe Bericht 1976 und WG-Akte A. Aich). <sup>136</sup> Siehe Willi Belz: a.a.O., S. 91 (9). <sup>137</sup> Siehe das Urteil des OLG Kassel gegen Willi Belz u. a. wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom 23. 3. 1934 (OJs 181/33). 19 der Angeklagten waren zwischen 16 und 22, im Durchschnitt etwa 18 Jahre alt; 6 von ihnen waren junge Frauen, darunter zwei Schülerinnen und ein Lehrling. <sup>137a</sup> Käthe Stahl, geb. 21. 12. 1912 in Kassel, seit 1931 Mitglied der „Freien Turnerschaft“. – Karl Braunroth, geb. 5. 5. 1911 in Kassel, bis 1933 SPD-Sympathisant, seit 1929 Mitglied der „Freien Turnerschaft“. – Wilhelmine Müller, geb. 19. 4. 1913 in Kassel, seit 1930 Mitglied der „Freien Turnerschaft“. – Hildeburg Weinert, geb. 2. 5. 1911 in Pöschel/Krs. Dresden, Mitglied der Freidenkerbewegung. – Erich Weinert, der Mann von Hildeburg Weinert, geb. 25. 12. 1906 in Dahlen/Krs. Leipzig, seit 1925 Mitglied der Freidenker-Jugend, seit 1931 der KPD; vor allem seit 1934 in der illegalen Organisation der KPD in Kassel aktiv. – Willi Paar, geb. 24. 11. 1909 in Kassel, zunächst Mitglied bei den „Naturfreunden“ in Harleshausen, seit 1929 bei der „Freien Turnerschaft“, seit 1931 Mitglied der SPD und später der „Eisernen Front“. – Franz Buda, geb. 9. 9. 1905 in Kassel, seit 1923 im Deutschen Metallarbeiter-Verband, 1925/26 im Reichsbanner. 1918–1932 Mitglied der „Freien Turnerschaft“, zuletzt als Männer-Turnwart und Jugendleiter; ab 1932 Turnwart im KPD-nahen Sportverein „Spartakus“. – Hans Hinz, geb. 26. 4. 1910 in Kassel, Sohn eines Möbeltransportunternehmers, seit 1928 bei der „Freien Turnerschaft“, seit 1930 Mitglied der KPD. – Willy Langner, geb. 27. 2. 1909 in Kassel, seit 1923 Mitglied der „Freien Turnerschaft“. – Siehe auch W. Belz: a.a.O., S. 93 ff. (Anm. 9); Der neuen Zeit entgegen, 75 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Kassel, Informationsmappe zur Ausstellung, hrsg. vom Forschungsprojekt „Geschichte der Arbeiterjugendbewegung in Kassel und Nordhessen“, Gesamthochschule Kassel, Kassel 1984. <sup>138</sup> Bericht Willy Langner (1951 – WG-Akte W. Langner). Siehe auch den Bericht von Franz Buda in J. Kammler/D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 344 (1). <sup>139</sup> Siehe auch die Anklageschrift vom 21. 12. 1936 im Hochverratsverfahren gegen Käthe Stahl u. a. vor dem OLG Kassel (OJs 169/36). <sup>140</sup> Dieses Beispiel verweist – gestützt auch durch manchen Hinweis in Interviews – auf den historischen Wahrheitsgehalt der „Ästhetik des Widerstandes“ von Peter Weiss, in der der Selbst-Bildungsprozeß einer kleinen Gruppe von jungen Arbeiterintellektuellen in der Illegalität das Grundthema ist. Siehe Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstandes. Roman, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1975.

lichen Aufklärungsaktionen. Die Gruppe war mit der illegalen Organisation der KPD nur über einzelne Mitglieder verbunden; sie blieb jedoch eigenständig.

Nach einer Verhaftungswelle Anfang 1936 wurden die meisten Gruppenmitglieder vor Gericht gestellt und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu teilweise langen Haftstrafen verurteilt.<sup>141</sup> Die NS-Richter hatten gewisse Schwierigkeiten damit, die Gruppe politisch zu klassifizieren. „Zusammenschluß auf marxistischer Grundlage“<sup>142</sup>, „Aufrechterhaltung einer marxistisch-kommunistischen Jugendorganisation“<sup>143</sup> oder „Fortführung des verbotenen kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands“<sup>144</sup> hießen die Formeln, zwischen denen Anklagebehörde und Gericht schwankten. Letzten Endes wurde die Gruppe vom Gericht als Teil des illegalen KJVD bzw. der KPD angesehen. Daß diese Einordnung falsch war, folgt daraus, daß – wie in den Urteilschriften selbst ange-

führt – einzelne Mitglieder erst 1935 von seiten der illegalen KPD wegen einer Mitarbeit angesprochen wurden.<sup>145</sup> Anders als diese Gruppe von Arbeitersportlern fielen manche ehemaligen Sozialdemokraten und Gewerkschafter Gestapo und Justiz dadurch in die Hände, daß sie gelegentlich eine Zeitung oder ein Flugblatt des KPD-Untergrundes entgegengenommen und bezahlt, daß sie für die Familien Verfolgter gespendet oder einem von der Gestapo gejagten Kommunisten Unterschlupf gewährt hatten. Der Hochverrats-Strafsenat des OLG Kassel bewertete diese Handlungen in der Regel als Unterstützung kommunistischer Bestrebungen und schlug sie der illegalen KPD zu oder bewertete sie als Ausdruck „der marxistisch-kommunistischen Einheitsfront“.<sup>146</sup> Diese Interpretation gelegentlicher Kontakte und einer gewissen Basissolidarität von Angehörigen der zerschlagenen Arbeiterbewegung wurde den wirklichen Verhältnissen nicht gerecht.

### 2.2.2 Sozialdemokratische Solidargemeinschaft

Der Zusammenhalt zwischen jenen Sozialdemokraten, die sich auf das „Dritte Reich“ nicht einließen, trotz ihrer Ablehnung des Regimes jedoch einen nach außen gerichteten aktiven Widerstand für aussichtslos und zu gefährlich hielten, wurde in den verschiedensten Formen gewahrt. Dazu zählten Ladengeschäfte von Sozialdemokraten, in denen man sich traf und Informationen austauschte; als Stammtische und Spiel-Runden getarnte Treffen in Wohnungen und Gaststätten; Gruppen in bestimmten Vereinen, religiösen Gemeinschaften etc.; Hörergemeinschaften zum Abhören ausländischer Sender; gemeinsame Wanderungen und regelmäßiges Zusammenkommen im Familienkreis. Gemeinsam war allen diesen Kontakten die Funktion, den Verlust der sozialdemokratischen Organisationen und des öffentlichen Wirkungsraums im Rahmen einer informellen Solidargemeinschaft wenigstens zum Teil auszugleichen. Die durch lange persönliche Bekanntschaft und gemeinsame Aktivitäten befestigten Gemeinschaften Gleichgesinnter boten Schutz vor Spitzeln und Denunziationen, erlaubten offenen Informations- und Meinungsaustausch, sicherten Unterstützung bei Verfolgung und Gefahr und halfen bei der materiellen

Existenzsicherung; sie waren also auch im engeren Sinn des Wortes Überlebensgemeinschaften. Sie dienten schließlich immer wieder auch der Stabilisierung der eigenen Überzeugung und der Distanz zum Regime und ermöglichten es so, dem Druck der Volksgemeinschaftspropaganda und den zwischen werbendem Angebot und drohender Aufforderung schwankenden Appellen des Regimes zur Mitarbeit weithin zu widerstehen.

Zu den wichtigsten Kristallisationspunkten dieses Netzes solidarischer Kontakte zählten die kleinen Ladengeschäfte, die von Sozialdemokraten betrieben wurden. Ungeachtet aller Beobachtungen durch die Gestapo boten sie gute Möglichkeiten, Informationen weiterzugeben, Gerüchte abzuklären, Verbindungen aufrechtzuerhalten und Hilfe im Notfall zu leisten. Kasseler Sozialdemokraten, Gewerkschafter, aber auch Kommunisten und oppositionelle Christen besuchten regelmäßig den Zigarrenladen von Karl Hermann, den Schreibwaren- und Zeitschriftenladen von Emil Dittmann, das Tabak- und Schreibwarengeschäft von Christian Wittrock und den Lebensmittelladen von Rudolf Freidhof oder ließen sich von diesen Geschäften, die von den ehemaligen SPD-

<sup>141</sup> Hans Hinz: 7 1/2 Jahre Zuchthaus; Franz Buda 3 1/2 Jahre Zuchthaus; Willi Paar: 2 1/2 Jahre Gefängnis; Erich Weinert: 8 Jahre Zuchthaus. Franz Buda wurde nach seiner Haftentlassung 1939 bis Anfang Mai 1945 im KZ Buchenwald inhaftiert. Erich Weinert und Willy Langner wurden 1942/1943 zum Strahbataillon 999 eingezogen. Siehe auch meine Dokumentation über Kasseler Soldaten im Zweiten Weltkrieg (5). <sup>142</sup> Anklageschrift gegen Käthe Stahl u. a., a. a. O. (Anm. 139). – Die Kategorie „Marxismus“ wurde von Gestapo und Justiz in der Regel zur Kennzeichnung des sozialdemokratisch-freigewerkschaftlichen Lagers verwendet. <sup>143</sup> Urteil gegen W. Pfromm, H. Hinz u. a., OLG Kassel, OJs 182/33, OJs 31/36 – Zu Wilhelm Pfromm s. Anm. 232. <sup>144</sup> Anklageschrift gegen Käthe Stahl, a. a. O. (139). <sup>145</sup> Das trifft etwa für Franz Buda zu. Siehe Urteil gegen W. Pfromm u. a., a. a. O., S. 6 (143). <sup>146</sup> Siehe z. B. das Verfahren gegen Karl Prior u. a. (OJs 70/36). Prior, ehemaliger Vorsitzender der SPD in Niederzwehren, sollte einige Exemplare der „Roten Fahne“ erhalten und bezahlt haben.

Funktionären 1933 nach ihrer Haftentlassung eröffnet wurden, beliefern.<sup>147</sup>

In Emil Dittmanns Geschäft, in dem zeitweilig auch der SAJ-Funktionär Anton Aich oder – während seiner Haftzeit – die Frau von Rudolf Freidhof arbeiteten, erhielt man z. B. den „Blick in die Zeit“, einen von Juni 1933 bis zu seinem Verbot im August 1935 wöchentlich erscheinenden Pressespiegel, der auf 16 Seiten ausgewählte „Pressestimmen des In- und Auslandes zu Politik, Wirtschaft und Kultur“ – so der Untertitel – enthielt.<sup>148</sup> Dieser bald in einer Auflage von mehr als 100 000 Exemplaren veröffentlichte Pressespiegel suchte vor allem durch ausgiebiges Zitieren der ausländischen Presse „die internationale politisch-moralische Ächtung des Nationalsozialismus zu verdeutlichen“<sup>149</sup> und informierte – neben einer Vielzahl unverfänglicher Meldungen – durch verräterische, widersprüchliche und absurde Zitate aus der NS-Pressen ebenso über wichtige Entwicklungen des Regimes, wie er es mit seinen eigenen Mitteln persiflierte. Bei Emil Dittmann, der bis 1933 im Vertrieb des „Kasseler Volksblatts“ gearbeitet hatte, wurde „Blick in die Zeit“ entweder direkt verkauft oder über Verteiler, die eine Anzahl von Exemplaren in Kommission übernahmen und im Kreis ehemaliger Sozialdemokraten, Gewerkschafter etc. weiterverkauften; eine Kundenkartei wurde nicht geführt.<sup>150</sup>

Im übrigen liefen in diesen Geschäften Informationen zusammen: man fragte nach dem Schicksal von Genossen und tauschte politische Neuigkeiten aus. Da man mit der Überwachung durch die Gestapo rechnete, wurden die Besuche möglichst kurz gehalten. Im Bericht eines gerade aus der Haft Entlassenen wird die Funktion dieser Läden sehr deutlich: „Flugblätter aus dem Ausland haben wir auch nicht mehr bekommen. In der Zeit war ich sehr einsam, weil niemand mehr etwas mit mir zu tun haben wollte... Beim Hermann, wo ich meinen Tabak zum Zigarettendrehen kaufte, war die einzige Möglichkeit, wo man noch mit ein paar Leuten sprechen konnte. Und das konnte man bloß, wenn einer vor der Tür stand, der klopfte, wenn ein neuer Kunde kam.“<sup>150a</sup> Später, als immer

neue Gruppen der Verfolgung ausgesetzt waren, kamen gelegentlich auch Besucher aus anderen Kreisen – z. B. oppositionelle Katholiken –, die einfach „einmal mit einem vernünftigen Menschen sprechen“ wollten.<sup>151</sup> Verfolgte wurden manchmal über diese Läden versorgt – so während des Krieges ein junger Deserteur aus Harleshausen, der über Rudolf Freidhof Lebensmittel erhielt und dessen Familie von Freidhof beraten wurde.<sup>152</sup>

Von kleinen Runden, die sich in bestimmten Gaststätten trafen, ist in mehreren Berichten die Rede. „Wir haben uns in der Holländischen Straße bei Lorchen Henning – das ist die Schwester von Christian Wittrock, die hatte dort eine Weinstube – getroffen. Wir trafen uns dort immer an einem Vormittag im Nebenzimmer, spielten Karten zum Schein, und wenn irgendwelche Gefahr drohte, dann kam die Wirtin herein und sagte ‚Heut ist schönes Wetter‘. Das war das Zeichen, daß wir dann anfangen, Karten zu spielen.“<sup>153</sup> Ein anderer Zirkel von bekannten SPD- und Gewerkschaftsfunktionären traf sich in der Weinstube von Karl Huhn, der ebenfalls der SPD angehört hatte.<sup>154</sup> Regelmäßig traf sich auch eine Gruppe ehemaliger Jungsozialisten und SAJ-Mitglieder aus dem Umkreis der 1933 aufgelösten Kabarett-Gruppe „Die Rote Kommode“. Das sogenannte „Kränzchen“ hatte eine Zeitlang Verbindung mit Erich Ollenhauer in Prag und erhielt einige Briefe von dort, die abgeschrieben und nach dem System der Kettenbriefe weiterverteilt wurden. Im übrigen beschränkte man sich aber auf das gesellige Zusammenkommen unter Gleichgesinnten und solidarische Unterstützung untereinander.<sup>155</sup>

Aus den Berichten der Beteiligten geht hervor, daß eine Reihe von Arbeitergaststätten und früheren Treffpunkten der Arbeiterorganisationen nach dem Abklingen der ersten großen Verfolgungswelle 1933 offenkundig ihre frühere Funktion in einem gewissen Umfang zurückgewann und einen begrenzten Schutzraum für die Kommunikation unter den Angehörigen der alten Arbeiterbewegung bot.<sup>156</sup> Gelegentlich wurde dies auch von den Verfolgungsbehörden und Parteiinstanzen festgestellt. So hieß

<sup>147</sup> Siehe die Berichte von Rudolf Freidhof (1962 und 1976), Elsa Mösta, der Tochter von Rudolf Freidhof (1985), Heinrich Nieft (1985), Ludwig Kessler (1969 – Artur Sittig), Inge Zinn (1982), Anton Aich (1976 und 1986). – Karl Hermann, geb. 9. 3. 1882 in Eilenburg/Sachsen, 1928–1933 Bezirkssekretär der SPD Kurhessen-Waldeck. Im April 1933 verhaftet und vor dem Kasseler Sondergericht wegen eines SPD-Rundschreibens mit Informationen über den SA-Terror angeklagt. Angesichts der von der Verteidigung (G. A. Zinn) angebotenen Beweise wurde das Verfahren niedergeschlagen, Hermann blieb in Haft und wurde für sechs Wochen ins KZ Breitenau eingeliefert. 1944 im Rahmen der Aktion „Gitter“ vier Wochen im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Nach 1945 Landrat in Nordhessen. – Zu R. Freidhof und C. Wittrock siehe in diesem Band: Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes, Anm. 61 und 63. <sup>148</sup> Siehe Peter Lösch/Michael Scholing: Solidargemeinschaft im Widerstand: Eine Fallstudie über „Blick in die Zeit“, in: IWK, 19. Jg. (1983), H. 4, S. 517–561, hier S. 520 ff. <sup>149</sup> A.a.O., S. 536 (148). <sup>150</sup> Bericht Heinrich Nieft (1985), der als Verteiler bei Dittmann arbeitete. <sup>150a</sup> Bericht Anton Aich (1976). <sup>151</sup> Bericht Rudolf Freidhof (1976). <sup>152</sup> Siehe J. Kammler: „Ich habe die Metzerei satt...“, a.a.O., S. 25 (5). <sup>153</sup> Bericht Rudolf Freidhof (1962). <sup>154</sup> Bericht Hugo Merle (1985 – Herbert Pinno) – Hugo Merle, geb. 12. 12. 1920 in Kassel. Vater war vor 1933 Vorsitzender der Buchdrucker-Gewerkschaft. Seit 1937 im Verwaltungsdienst bei der Kasseler Stadtverwaltung. Mitglied in SPD und ÖTV seit 1947; zwölf Jahre ÖTV-Kreisvorsitzender. Zuletzt Magistratsdirektor. <sup>155</sup> Siehe die Berichte von Hugo Merle (1985), Heinrich Nieft (1985) und Reinhard Knauf. – Zu R. Knauf siehe: Der neuen Zeit entgegen, a.a.O. (137a). <sup>156</sup> Siehe die Aufzählung solcher Arbeiterkneipen im Bericht von Heinrich Nieft (1985).

es in einer SD-Meldung aus dem Jahr 1935: „In der Gastwirtschaft Kersten in Großenritte haben kürzlich Arbeiter aus Elgershausen das frühere marxistische Kampflied ‚Brüder, zur Sonne, zur Freiheit‘ gesungen. Es ist jedoch nicht festzustellen gewesen, von wem das Lied eigentlich gesungen wurde.“<sup>157</sup> In einer Anzeige der NSDAP-Kreisleitung Kassel-Land bei der Gestapostelle Kassel wurde festgestellt: „Das Lokal Meissner in Niederrhoden, Frankfurter Straße 13, war vor der Machtübernahme das Verkehrslokal des Reichsbanner und der SPD, zum Teil auch KPD, und wird auch heute noch von diesen Kreisen ständig besucht... Es scheint in diesem Lokal staatsfeindliche Propaganda getrieben zu werden. Es ist zweckmäßig, dieses Lokal durch geeignete Maßnahmen überwachen zu lassen.“<sup>157a</sup> Viel bemerkenswerter ist ein Bericht aus dem Jahre 1938, der sich mit der Kriegsfurcht und oppositionellen Tendenzen unter Kasseler Arbeitern befaßt: „Verschiedene Gaststätten, besonders in den Arbeiterbezirken, haben ganz offen die Hetzsender eingestellt, so daß die Nachrichten dieser Sender in der Öffentlichkeit diskutiert werden konnten.“<sup>158</sup> Trotz aller Verfolgung und Überwachung war es dem Regime also nicht gelungen, die Treffpunkte in den Arbeitervierteln restlos zu kontrollieren und als Kristallisationspunkte oppositioneller Stimmungen auszuschalten.

Wanderungen und gemeinsame sonntägliche Familienausflüge waren die naheliegendste und harmloseste Form, sich Gelegenheit für ein offenes politisches Gespräch zu schaffen; davon ist in allen Zeitzeugen-Berichten die Rede. Selbst durch Spazierengehen konnte man jedoch auffallen. Über einen Maurer aus Großenritte wurde vermerkt: „Schönwald geht viel spazieren...“<sup>159</sup> Bedeutsamer waren in den Augen der NS-Behörden jene Verbindungen, die im Rahmen harmlos-unpolitischer Vereine oder religiöser Sekten aufrechterhalten wurden. So berichtet der Landrat des Landkreises Kassel besorgt, „daß sich ehemalige Marxisten und Kommunisten in einigen Gemeinden der Sekte der Baptisten angeschlossen haben. Eine ganz ähnliche Erscheinung ist jetzt bei den Kaninchenzuchtvereinen zu beobachten. Dies ist der Fall in Obervellmar, Oberzwehren und Niederrhoden. Es besteht der starke Verdacht, daß die früheren Anhänger der KPD und SPD diese Vereinigungen als Deckmantel für ihre Zusammenkünfte benutzen... Der Kaninchenzuchtverein ‚Vorwärts‘ (!) Oberzwehren umfaßt etwa 30-40 ehe-

malige SPD- und KPD-Anhänger als Mitglieder.“<sup>160</sup> In einem anderen Lagebericht heißt es: „In Großenritte versuchten die ehemaligen marxistischen Sänger den ebenfalls streng marxistischen Gesanglehrer Ludloff aus Niederrhoden, der in der Systemzeit den Arbeitergesangverein führte, wieder als Dirigenten zu bekommen... Es war so weit, daß die ehemaligen Mitglieder des Gesangvereins Germania austraten, womit der alte Gesangverein aufgelöst und der Marxistenverein gegründet gewesen wäre.“<sup>161</sup> Manchmal gründeten sozialdemokratische Gruppen neue Vereine, so z. B. in Ochshausen den auf 30 Mitglieder beschränkten „Lotterieverein“, dessen vordergründiger Zweck der gemeinsame Erwerb von Lotterielosen war.<sup>162</sup> Die Gestapo forderte daher die Ortspolizeibehörden auf, die Vereinsanmeldungen besonders genau zu überprüfen.

Regelmäßig wurden – wie die Zeitzeugenberichte bestätigen – von den oppositionellen Anhängern der alten Arbeiterbewegung die deutschsprachigen Nachrichtensendungen der ausländischen Sender abgehört, zum Teil gemeinsam und in regelrechten Diskussionsrunden. Von Anfang an wichtig, wurden die ausländischen Sender im Verlauf der Diktatur zur entscheidenden, schließlich zu meist einzigen regimekritischen Informationsquelle. Obwohl das Abhören und Weiterverbreiten ausländischer Rundfunknachrichten erst 1939 als „Rundfunkverbrechen“ unter harte Strafanandrohung gestellt wurde<sup>163</sup>, ging das Regime von Anfang an gegen diesen „Mißbrauch“ des von ihr so nachdrücklich propagierten Mediums Rundfunk vor. Der Kasseler Landrat wies die Bürgermeister und Polizeibeamten seines Kreises schon im Juli 1933 darauf hin, „daß der Moskauer Sender in deutscher Sprache hetzerische Übertragungen gegen die nationale Regierung in Deutschland (bringt). Zur Abhörung dieser Übertragungen sollen sich auf dem Lande Kommunisten und Marxisten in Privathäusern zusammenfinden. Ich ersuche, den Vermutungen nachzugehen, gegebenenfalls durch Beschlagnahme der Apparate einzuschreiten und mir sofort zu berichten.“<sup>164</sup> Über dieses Gegenmodell zum „Gemeinschaftsempfang“ von NS-Propagandasendungen heißt es in einem Zeitzeugenbericht: „Illegale Nachrichten gehört habe ich auch. Da hat einer aus dem Fenster rausgesehen in dem Haus an der Weserspitze 3, ob unten einer zur Tür hereinkam, und einer stand vor der Wohnungstür und hat aufgepaßt; es waren doch acht Parteien in dem Haus. Und die anderen haben dann Radio gehört.

<sup>157</sup> SD-Abschnitt XXX, Beobachtungen und Berichte 1935, Meldung vom 4. 5. 1935 (HHStA Wiesbaden, 483/6753). <sup>157a</sup> Anzeige vom 23. 12. 1935, in: Überwachung staatsfeindlicher Elemente, Emigranten und Juden (zu Niederrhoden) 1933–1936 (StA Marburg, 175/1401). <sup>158</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel über „Marxismus“ für den Monat September 1938 (BA Koblenz, R 58/446). <sup>159</sup> Politischer Lagebericht des Landrats des Landkreises Kassel vom 20. 12. 1935 (StA Marburg, 165/3824). <sup>160</sup> A.a.O. (159). <sup>161</sup> Politischer Lagebericht des Landrats des Landkreises Kassel vom 24. 2. 1936 (StA Marburg, 165/3824). <sup>162</sup> Bericht Karl Lips (1985 – Herbert Pinno) – Karl Lips, geb. 15. 9. 1922 in Ochshausen/Krs. Kassel; Klempner. Mitglied der SPD und der IG Metall seit 1945. Langjähriger Betriebsrat bei Henschel. <sup>163</sup> „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ vom 1. 9. 1939 (RGBl 1939, Teil I). <sup>164</sup> Schreiben vom 8. Juli 1933 (StA Marburg 175/1401).

Anders ging das doch nicht. Da konnte doch einer dem anderen nicht trauen.“<sup>165</sup> Besonders hart wurde während des Krieges die Weitergabe und Diskussion der ausländischen Nachrichten, die die Durchhaltepropaganda empfindlich störten, geahndet. Häufig waren es dabei ehemalige Sozialdemokraten und andere Angehörige der unterdrückten Arbeiterbewegung, die vor Gericht gestellt und wegen „Rundfunkverbrechen“, „Zersetzung der Wehrkraft“ oder gar wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ verurteilt wurden. So wurde z. B. Anton Sauer, langjähriges SPD-Mitglied und Gruppenführer des Kasseler Reichsbanners, wegen ständigen Abhörens ausländischer Sender im Kreis von Familienangehörigen und Bekannten und der dabei zum Ausdruck gebrachten Opposition zum Regime 1940 zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Obwohl nach eigenem Bekunden vor 1933 „Kommunistenhasser“, hatte Sauer nach dem Urteil des Gerichts seit 1933 sofort den Moskauer Sender, nach Anschaffung eines größeren Gerätes „die Sender Straßburg, Luxemburg, London und Beromünster ständig abgehört“ und seine Informationen „zu marxistischer Mundpropaganda übelster Art“ genutzt. „Der Angeklagte ist gesinnungsmäßig der verhärtete Marxist geblieben, der er schon immer war.“<sup>166</sup> Die Überwachungs- und Verfolgungsinstanzen der Diktatur maßen den kleinen Solidargemeinschaften von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern im Verlauf der Jahre unterschiedliche Bedeutung bei. Anfangs hielt man die örtlichen SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre für völlig isoliert und die übrigen Mitglieder und Anhänger für integrierbar. Nach einem Bericht des Kasseler Landrats von 1934 zeigten „die früheren Anhänger der SPD und KPD das Bestreben, sich im neuen Staat einzuleben und einzugliedern... Es ist erstrebenswert, diese früheren Marxisten und Kommunisten unter Berücksichtigung ihrer körperlichen, geistigen und moralischen Eigenschaften zu vollwertigen Staatsbürgern heranzuziehen“ und sie nicht länger „von der Teilnahme am öffentlichen Leben auszuschließen“.<sup>167</sup> In der Folgezeit mußte man jedoch feststellen, daß der Zusammenhalt in kleinen solidarischen Kreisen weit über das ursprünglich vermutete Ausmaß hinausging.

Wenn in der Tat auch für viele ehemalige SPD-Mitglieder und -Anhänger das Urteil des Kasseler Landrats zugetroffen haben mag, so blieb doch ein relevanter Kern, der in dauerhafter Distanz und defensiver Opposition zum Regime stand. 1936 mußte der Kasseler Landrat feststellen: „Tatsache ist, daß diejenigen Volksgenossen, die der Nationalsozialismus bisher noch nicht in irgendeiner Form für sich gewinnen konnte, wohl kaum noch zu bekehren sind. Die langen Jahre des Marxismus haben sie eben durch und durch verseucht.“<sup>168</sup> Die Gestapo, die vor allem auf das Aufspüren illegaler Organisationen fixiert war, registrierte zwar aufmerksam die verschiedenen Formen des Zusammenhalts, fand aber nur gelegentlichen Anlaß zum Einschreiten. So hieß es z. B. in einem zusammenfassenden Bericht der Kasseler Gestapo: „Bezüglich der früheren SPD wird auch für das Berichtsjahr 1937 die bereits allgemein bekannte Erfahrung bestätigt, daß frühere Mitglieder in Form von Bekanntenkreisen, beim Bier, in Vereinen usw. zusammentreffen, ohne daß jedoch die Möglichkeit besteht, illegale Zusammenhänge mit ausreichender Sicherheit nachzuweisen.“<sup>169</sup>

Mit Beginn des Krieges veränderte sich die Situation radikal. Eine Reihe ehemals führender Sozialdemokraten und Gewerkschafter wurde im Zuge der präventiven Verhaftungsaktionen festgenommen und in Konzentrationslager geschleppt, unter ihnen August Bornemann, Rudolf Freidhof, Cornelius Gellert, Willi Goethe, Michael Schnabrich und Christian Wittrock.<sup>170</sup> Nicht wenige ihrer Gesinnungsgenossen wurden wegen „Heimtücke“, „Wehrkraftzersetzung“ und anderer politischer Delikte zu Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt. Die kleinen solidarischen Gruppen wurden unter den Einwirkungen des Krieges auseinandergerissen; viele der Beteiligten gerieten – abgesehen von familiären Kontakten – in völlige Isolation. So wenig die sozialdemokratische Solidargemeinschaft als Form aktiven Widerstandes oder auch nur als Vorstufe dazu zu werten ist, sie blieb Ausdruck grundsätzlicher Distanz, weitgehender Verweigerung und latenter Opposition. Für den engsten Kreis der Anhänger bedeutete sie einen Schutzraum und vielfältige Hilfe, die Jahre der Diktatur zu überstehen.

<sup>165</sup> Bericht Anton Aich (1976). <sup>166</sup> Urteil des OLG Kassel gegen Anton Sauer u. a. vom 13. 9. 1940 „wegen Rundfunkverbrechens in Tateinheit mit Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ (OJs 60/40). – Anton Sauer, geb. 13. 6. 1886 in Gerblingerode; Maurer. Seit 1919 Mitglied der SPD, Banner-Gruppenführer des Kasseler Reichsbanners, Mitglied der Gewerkschaft und der „Eisernen Front“; 1933 nach schwerer Mißhandlung in den „Bürgersälen“ eine Woche in „Schutzhaft“; Zuchthausstrafe 1940–1943; nach der Haftentlassung unter Polizeiaufsicht. Hatte unter dem fortwährenden Druck der Gestapo, die ihn als Spitzel in SPD-Kreisen mißbrauchen wollte, mehrere Nervenzusammenbrüche. Anton Sauer starb am 20. 1. 1946. Siehe Urteilsschrift und WG-Akte A. Sauer. Siehe auch die ähnlich gelagerten Urteile gegen Hermann Kober u. a. (OJs 36/41) und Robert Jäckel u. a. (OJs 12/42). <sup>167</sup> Lagebericht vom 2. 8. 1934 (StA Marburg, 165/3939). <sup>168</sup> Lagebericht des Landrats des Landkreises Kassel vom 24. 2. 1936 (StA Marburg, 165/3824). <sup>169</sup> Lagebericht über die „illegale kommunistische und sonstige marxistische Bewegung für das Jahr 1937“ vom 6. 1. 1938 (BA Koblenz, R 58/457). <sup>170</sup> Michael Schnabrich kam im KZ Sachsenhausen ums Leben, Cornelius Gellert verstarb kurz nach seiner Entlassung aus dem KZ. Siehe die biographischen Daten im vorangehenden Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band (58 und 62).

## 2.3 Die KPD im Widerstand – der Versuch einer Reorganisation der Partei im Untergrund und das Scheitern der Konzeption des Massenwiderstandes

Die aktive Gegnerschaft der Kommunisten stellte im Kasseler Raum ohne Zweifel den bedeutsamsten Versuch dar, Widerstand gegen den NS-Staat zu organisieren und auf den Sturz des Regimes hinzuarbeiten. Von Beginn an in eindeutiger Frontstellung gegen die neuen Machthaber stehend und von ihnen als Hauptfeind bekämpft, versuchte die schon vor den Wahlen im März 1933 illegalierte KPD in einer beispiellosen, über Jahre hinweg durchgehaltenen Anstrengung, ungeachtet des gegen sie besonders brutalen Terrors und Verfolgungsdrucks ihre Anhänger immer wieder im Untergrund zusammenzufassen und zu oppositioneller Aktivität zu mobilisieren. Das im Rückblick offenkundige Scheitern dieses Versuchs, durch die konspirative Aufrechterhaltung der eigenen Organisation die Bedingungen für einen zum Sturz der Diktatur führenden Massenwiderstand von unten zu schaffen, bedeutet nicht ohne weiteres, daß er von vornherein aussichtslos oder gar sinnlos und selbstmörderisch gewesen wäre. Ein solches Urteil vergißt die relative Unabseh-

barkeit der historischen Entwicklung für die Zeitgenossen, z.B. die nahezu alle Beobachter überraschende schnelle Konsolidierung der Diktatur oder die von den meisten nicht vorhergesehene Rücksichtslosigkeit, Systematik und Effizienz ihrer Verfolgungsmaßnahmen. Es mißachtet auch die innere Notwendigkeit des Widerstandes für viele Kommunisten, denen ein Verzicht auf Handeln undenkbar erschien, da er als völliges Zerbrechen der eigenen politischen Identität wahrgenommen worden wäre.

Angesichts der vorliegenden Literatur zum kommunistischen Widerstand im Kasseler Raum<sup>171</sup> verzichtet die folgende Darstellung auf einen systematischen Überblick über die Entwicklung und Struktur der illegalen KPD in Kassel und beschränkt sich auf einen ergänzenden, die bisherigen Befunde z.T. modifizierenden und zusätzliche Aspekte einbeziehenden Versuch, über Anspruch und Wirklichkeit des kommunistischen Widerstandes zu informieren.

### 2.3.1 Ziele und Motive des kommunistischen Widerstandes

Die nach dem Reichstagsbrand einsetzende systematische Unterdrückung der Kasseler KPD<sup>172</sup> ließ es ihren Anhängern zur Gewißheit werden, daß ein Verbot der Partei unmittelbar bevorstehe. Der von der Parteiführung seit längerem ins Auge gefaßte und zum Teil vorbereitete Übergang in die Illegalität stand nunmehr an. Daß die Partei in den Untergrund gehen und den illegalen Kampf gegen den Staat der „nationalen Revolution“ aufnehmen werde, war unter den Funktionären und Aktivisten der Kasseler KPD unstrittig. Daran änderte auch die massive Verfolgungswelle der ersten Monate der Diktatur und die schnelle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen grundsätzlich nur wenig. Zwar hatte der Terror alle kurzfristig-optimistischen Prognosen über einen schnellen Zerfall des neuen Regimes sowie alle Hoffnungen auf eine erfolgreiche Gegenwehr der organisierten Arbeiterschaft gegenstandslos werden lassen. Auch war der Kreis der zur Partei stehenden Mitglieder und Anhänger in Reaktion auf den Verfolgungsschock zusammengeschmolzen.<sup>173</sup> Für die verbleibenden überzeugten Kommunisten war je-

doch – wie Kasseler Zeitzeugenberichte vielfältig belegen – die Frage der Weiterarbeit im Untergrund trotz aller Irritation über die Ohnmacht auch der kommunistischen Organisationen entschieden. „Für mich stand daher fest, in die Illegalität zu gehen. Sonst wäre ich mir doch selbst untreu geworden. Ich bin keine Ausnahme. In der legalen Zeit hatte ich eine Wahlfunktion und jetzt auf einmal hängst du die Fahne nach dem Wind; wenn es haarig wird, stellst du den Kampf ein? Was bist du denn dann für ein erbärmlicher Feigling... Ich bin mir selbst treu geblieben. Man hat ja, als man in die Illegalität gegangen ist, dieses unmenschliche System der Nazi-Gewaltherrschaft nicht vorausgesehen... Sicher sind wir mit ganz anderen Gedanken in die Illegalität gegangen und mußten neue Erfahrungen machen. Das erste war, die Partei nicht untergehen zu lassen, die Partei zu sichern, denn das Proletariat braucht diese Führungskraft.“<sup>174</sup>

Dieser Wille, die Parteiorganisation um jeden Preis aufrechtzuerhalten, entsprang nicht taktischen Überlegungen, sondern war Teil der grundsätzlichen politischen

<sup>171</sup> Siehe die in Anm. 9 angegebene Literatur. <sup>172</sup> Siehe dazu oben den Abschnitt 2.1 sowie den Beitrag von D. Krause-Vilmar über die Machtergreifung in diesem Band. <sup>173</sup> Siehe z. B. den Bericht von Georg Merle (1975). <sup>174</sup> Georg Merle in: Günther Müller: Georg Merle – Eine politisch-soziale Biographie anhand von Interviews, Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule 1983, S. 111 ff.

Überzeugung. Seine Kraft bezog er in der Anfangsphase der Diktatur aus der bei den Aktiven verbreiteten Gewißheit, daß die KPD nur kurzfristig in die Defensive gedrängt sei und nur eine Schlacht verloren habe, daß nunmehr jedoch der Entscheidungskampf um die sozialistische Umwälzung in Deutschland begonnen habe. In einer Stellungnahme der Kommunistischen Internationale von Anfang April 1933, die von der Kasseler KPD zusammen mit einem eigenen, recht optimistischen Bericht über die Lage in Nordhessen verbreitet wurde, hieß es: „Die augenblickliche Stille nach dem Siege des Faschismus ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland wird trotz des faschistischen Terrors unvermeidlich ansteigen. Die Abwehr der Massen gegen den Faschismus wird zwangsläufig zunehmen. Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur, die alle demokratischen Illusionen in den Massen zunichte macht und die Masse aus dem Einfluß der Sozialdemokratie befreit, beschleunigt das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur proletarischen Revolution... Es gilt, die Partei zu festigen und die Massenorganisationen des Proletariats zu verstärken, die Massen auf die entscheidenden revolutionären Kämpfe, auf den Sturz des Kapitalismus, auf den Sturz der faschistischen Diktatur durch den bewaffneten Aufstand vorzubereiten.“<sup>175</sup>

In dieser Perspektive interpretierte auch ein inhaftierter führender Kasseler Kommunist die Situation. In einem Brief vom Juli 1933, der aus dem Zuchthaus herausgeschmuggelt und von der Gestapo abgefangen wurde, zog er daraus die Schlußfolgerung, daß nun alles von einem offensiven Vorgehen der KPD abhängt: „Das Entscheidende ist: Steigerung der Aktivität bei uns und bei den Massen... Wenn wir jetzt auf spontane Ausbrüche warten wollen, dann können wir lange warten. Passivität führt uns bergab... Jede auch noch so kleine Aktion macht die Leute nur nervös und unruhig. Also, die Losung kann nur sein: Aktivität und nochmals Aktivität. Viele objektive Möglichkeiten sind verdeckt, die wir bloßlegen müssen durch Aktionen.“<sup>176</sup>

Die angesichts des Verfolgungsdrucks und der Handlungsbedingungen der illegalen Organisation völlig irrealen Hoffnung auf einen baldigen revolutionären Aufschwung und die Möglichkeit des raschen Sturzes der Diktatur beruhte auf der konsequenten Verdrängung der kata-

strophalen Niederlage der gesamten deutschen Arbeiterbewegung. Fixiert auf die Ablösung der SPD als der maßgeblichen Arbeiterpartei sah sich die KPD durch den Zerfall der Sozialdemokraten in ihrer politischen Analyse bestärkt: Da nunmehr – nach der Mechanik dieser Analyse – das Haupthindernis auf dem Wege zur Revolutionierung der Arbeitermassen beseitigt war, mußte es mit der Revolution vorangehen; der Terror des NS-Staates wurde demgegenüber nur als vorübergehende Erscheinung wahrgenommen. „Wir kommen in eine revolutionäre Situation... wir sind dran.“<sup>177</sup> – Diese gegen alle konkrete Erfahrung gesetzte suggestive Hoffnungsformel war es, die die überzeugten Kommunisten in ihrem Widerstandswillen bestärkte und die Einsicht in das Ausmaß und die Ursachen der Niederlage versperrte. „Die Auseinandersetzungen darüber, welches die Ursachen der Niederlage der deutschen Arbeiterklasse waren, wie Hitler zur Macht kommen konnte, begannen erst sehr viel später. Das ist ein Problem, das bei den deutschen Arbeitern, den deutschen Kommunisten fast erst nach 1945 diskutiert wurde. Wenn es vorher diskutiert wurde, dann von einer ganz geringen, noch im Zusammenhang stehenden Schicht, die zum 7. Weltkongreß (der Kommunistischen Internationale 1935, J. K.) oder zur Brüsseler Konferenz (der illegalen KPD in Moskau 1935, J. K.) gekommen waren. Die haben das diskutiert und schemenhaft haben wir es in der Haft mitgekriegt... Als ich 1945 nach Hause kam und hatte so ein kleines Heft, ein Manuskript über die Lehren und Erfahrungen des antifaschistischen Widerstandes und über den 7. Weltkongreß in der Hand, da war das für alle die zu Hause gebliebenen überlebenden Kommunisten eine neue Sache.“<sup>178</sup> Dieses Urteil eines Kasseler Kommunisten, der bis Anfang 1934 maßgeblich in allen Bezirksleitungen der illegalen nordhessischen KPD mitgearbeitet hatte, trifft in der Tendenz sicherlich zu. Die politische Wendung der KPD-Führung 1935, die endlich von dem „Sozialfaschismus“-Verdikt gegenüber den Sozialdemokraten Abstand nahm und neben dem an sie gerichteten Einheitsfront-Angebot die Vorstellung eines breiten „Volksfront“-Bündnisses gegen den NS-Staat enthielt<sup>179</sup>, konnte im regionalen Rahmen größere Wirkung kaum entfalten. Einmal hatten sich diejenigen Sozialdemokraten, die zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit waren, längst dem KPD-Widerstand angeschlossen,

<sup>175</sup> „Die Lage in Deutschland. Resolution des Präsidiums des EKKI zum Referat des Genossen Heckert. Angenommen am 1. April 1933“, Anlage zum Bericht des Leiters der Gestapostelle Kassel an den Regierungspräsidenten vom 5. 5. 1933 (StA Marburg, 165/3886). <sup>176</sup> „Kassiber des Schutzhaftgefangenen Thöne, August, Kassel“, Anlage zum Lagebericht der Gestapostelle Kassel vom 28. 7. 1933 (IML/ZPA, P St 3/37). – August Thöne, geb. 26. 6. 1909 in Grebenstein/Krs. Hofgeismar, Arbeiter, Mitglied der zweiten illegalen Bezirksleitung der Kasseler KPD, 1933 zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt (OLG Kassel OJs 82/33); nach der Strafverbüßung im KZ Buchenwald inhaftiert; dort Mitglied der illegalen Leitung der KPD. <sup>177</sup> Bericht Georg Merle (1976). <sup>178</sup> Bericht Georg Merle (1976). <sup>179</sup> Siehe die in den Anmerkungen 8 und 9 aufgeführte Literatur.

während die noch existierenden sozialdemokratischen Solidargemeinschaften auch weiterhin jeden nach außen gerichteten aktiven Widerstand ablehnten.<sup>180</sup> Zum andern wurde die illegale Organisation der nordhessischen KPD seit Sommer 1935 systematisch von der Gestapo „aufgerollt“, so daß nach den zahlreichen Verhaftungen der Jahre 1934 bis 1936 von einer Parteiorganisation nicht länger die Rede sein konnte.

War es bis zu diesem Zeitpunkt bei dem ersten Schritt auf dem Wege der ursprünglichen Zielsetzung – den Anläufen zur Reorganisation der Partei im Untergrund – geblieben, so fehlte nach 1936 selbst diese bescheidene und jederzeit gefährdete Basis eines organisierten Widerstandes. Vereinzelung und sehr vorsichtige Formen des Zusammenhalts bestimmten fortan die Situation der noch in Freiheit befindlichen Kommunisten in der Region.

Viele von ihnen bewiesen auch in den folgenden Jahren eine bewundernswerte Überzeugungstreue und einen ungebrochenen Widerstandswillen, der jede sich bietende Gelegenheit in den Betrieben oder später in der Wehrmacht nutzte, sich dem Regime und seiner Politik entgegenzustellen, oppositionelle Stimmungen aufzugreifen und gegen einzelne Maßnahmen zu mobilisieren oder Verfolgte und Bedrohte zu schützen. Bei den Bewußtesten konnte diese entschiedene Gegnerschaft auch durch langjährige Haft und die Qualen der Konzentrationlager nicht gebrochen werden. Ihre Festigkeit bewies, daß die KPD über ein nicht geringes Potential von Anhängern verfügte, die jenseits der Organisation und ihrer politischen Wendungen eigenständig und aus einer klaren weltanschaulichen Überzeugung heraus zu handeln in der Lage waren. In vielen Lebensberichten, aus der Haft geschriebenen Briefen und anderen Zeugnissen wird etwas von dem Pathos marxistisch-humanistischer Überzeugung spürbar, die es manchem ermöglichte, selbst unter den fürchterlichsten Bedingungen die eigene Identität und die Fähigkeit zur Zuwendung anderen gegenüber zu bewahren.<sup>181</sup> Die Zerstörung ihrer kurzfristigen politischen Hoffnungen ließ diese entschiedenen Gegner des Unrechtsstaates an dem Sinn und der Notwendigkeit ihres

Widerstandes nicht zweifeln. Ähnlich wie 1933 der inhaftierte Kasseler Kommunist Julius Loeb versuchten viele, aus dieser Gewißheit heraus ihren Angehörigen Mut zuzusprechen: „Denke Dir, liebe Mutter, es wäre Krieg. Dann wäre ich auch nicht in Freiheit, sondern bei den Soldaten. So gehöre ich jetzt zu dem großen Heer der politischen Gefangenen, die eben ‚eingezogen‘ sind und werden. Vergleiche meine Überzeugung mit Deinem Glauben – und Du wirst einsehen, daß die schwerste Strafe leichter wird, wenn man sie als unumgängliche Folge seiner Überzeugung erkennt... Es gibt Leute, die mit sich selbst zufrieden im Zuchthaus sterben. Zu denen gehöre ich nicht. Ich bin nicht gerne drin. Das soll niemand denken. Doch habe ich nicht die Absicht, mir meinen Willen zum Leben, zur Freiheit für mich und meine vielen Genossen rauben zu lassen. Unbeirrbar und fest vertraue ich auf die Zukunft...“<sup>182</sup> Die Kette dieser in den späteren Jahren immer stärker verschlüsselten Signale politisch-persönlicher Integrität reicht bis in die letzte Phase des Krieges. So schrieb der ehemalige KPD-Stadtverordnete Valentin Gabel 1944 – kurz bevor er zum Kriegsdienst in einer Strafeinheit gepreßt wurde, der ihn wenige Monate später das Leben kostete – aus dem KZ Flossenbürg an seine Angehörigen: „Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, meinen Namen in einer Todesanzeige zu veröffentlichen, dann... lediglich mit der Betonung, daß ich mir selbst treu geblieben bin. Im übrigen gibt es für mich nur das eine: Mit aller Kraft werde ich mich einsetzen..., das Ende des Krieges in denkbar kürzester Zeit zu erreichen. Ich kenne meine Pflicht und den Weg, den ich gehen muß.“<sup>183</sup> Diese persönlichen Zeugnisse, denen viele andere zur Seite gestellt werden könnten, verweisen darauf, daß die Geschichte des kommunistischen Widerstandes – wie die des Widerstandes überhaupt – nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie eine Geschichte der Organisation, der politischen Planungen und Perspektiven ist, sondern vor allem auch die Geschichte der einzelnen und ihrer Anstrengung ist, gegen Demütigung und vielfältig erlittene Gewalt die Kraft ihrer Überzeugung zu setzen und die Würde ihrer Person zu behaupten.

<sup>180</sup> Siehe dazu oben den Abschnitt 2.2.2. <sup>181</sup> Siehe die biographischen Skizzen und Selbstzeugnisse in J. Kammler/D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 352 ff. (1). <sup>182</sup> Brief vom 30. Juli 1933 aus dem Zuchthaus Kassel-Wehlheiden (WG-Akte Julius Loeb). – Julius Loeb, geb. 2. 3. 1906 in Kassel; Elektro-Ingenieur. Zunächst Anhänger der zionistischen Bewegung. Seit 1930 KPD-Mitglied; seit Ende 1932 als Funktionär für Agitation und Propaganda zuständig. Ende April 1933 verhaftet, im Juli 1933 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Gefängnisstrafe bis Januar 1936 im Moorlager Esterwegen in Haft. Danach Emigration nach Holland, 1937 nach Palästina. <sup>183</sup> WG-Akte Valentin Gabel. – Zur Person siehe Anm. 225.

### 2.3.2 Praxis und Scheitern der illegalen Reorganisation

Die Verwirklichung des erklärten Ziels der KPD, die Parteiorganisation samt allen Nebenorganisationen in der Illegalität aufrecht zu erhalten, um dann nach einer – wie man annahm – kurzen Phase des Verbots und der Unterdrückung die Initiative zum Sturz der neuen Regierung ergreifen zu können, hing zunächst entscheidend davon ab, wie die Partei den Übergang in die Illegalität bewältigte. In der nordhessischen Bezirkspartei waren seit dem Sommer 1932 einige Vorbereitungen für diesen Fall getroffen worden. So waren die Akten aus den Büros der Partei und der Nebenorganisationen entfernt und entweder versteckt oder vernichtet worden. „Wir haben alles, was irgendwelche Hinweise gab auf Funktionen, Adressen usw., fortgebracht...; es gab keine Akten mehr... Wahrscheinlich waren die bei Genossen versteckt.“<sup>184</sup> Schon im August 1932 mußte die Kasseler Politische Polizei bei einer Durchsuchungsaktion feststellen, daß die Geschäftsstellen der kommunistischen Organisationen geräumt waren und nur noch belanglose Akten enthielten.<sup>185</sup>

Als weitere Schritte zur Sicherung des Parteiapparats waren für einige der bekannteren Funktionäre Ausweichquartiere besorgt worden. Die Parteiorganisation insgesamt sollte im übrigen auf kleine, höchstens fünf Mitglieder umfassende Gruppen umgestellt werden, die in der Lage sein sollten, selbständig zu handeln und die zur Minderung des Verhaftungsrisikos untereinander und mit den höheren Leitungsgremien nur über die Gruppenleiter verbunden sein sollten. Mit dieser Umorganisation wurde zwar im Herbst 1932 begonnen<sup>186</sup>, sie blieb jedoch angesichts der pausenlosen Mobilisierung der Mitglieder in öffentlichen Aktionen der Partei bis zum Beginn der massiven Verfolgung in ersten Anfängen stecken. Das gleiche galt für die Vermittlung konspirativer Techniken, z. B. die Schulung einzelner Mitglieder im Chiffrieren von Nachrichten.<sup>187</sup>

Die Vorbereitungen auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der NS-Bewegung, die von der neuen Regierung zur Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden kommuni-

stischen Aufstands hochstilisiert wurden<sup>188</sup>, erwiesen sich als völlig illusionär und als zusätzliche Hypothek für die in den Untergrund gedrängte Partei. Zwar existierten in Kassel und in einigen Orten des Bezirks – so u. a. in den Landkreisgemeinden Harleshausen und Weimar – Gruppen des schon 1929 verbotenen „Roten Frontkämpfer-Bundes“ (RFB), die über Waffen und Sprengstoff verfügten und gelegentlich militärische Übungen absolviert hatten.<sup>189</sup> Abgesehen von der geringen Stärke – der nordhessische RFB umfaßte nach dem Verbot noch etwa 100 Mitglieder – und der für den Ernstfall völlig unzulänglichen Ausrüstung waren diese Gruppen schon vor 1933 für die Partei zum Problem geworden, hatten sie sich doch der Kontrolle durch die Bezirksleitung zeitweilig völlig entzogen. Nach dem Urteil eines damaligen KPD-Funktionärs hatte sich im RFB ein Kreis mit eigener Loyalität herausgebildet, der „Kleinkrieg und Bürgerkrieg spielte“ und sich in seinem Gewaltskult so weit verselbständigte und gegen die Politik der Bezirkspartei stellte, daß es 1931 fast zum gewaltsamen Vorgehen gegen die Bezirksleitung gekommen wäre.<sup>190</sup> Durch einen Verbindungsmann in der Bezirksleitung, der als „Waffenbeschaffungsmann“ fungierte, war zwar die Kontrolle über die RFB-Gruppen wiederhergestellt worden<sup>191</sup>; dennoch blieben sie in den Augen der regionalen Parteiführung wohl eher ein Unsicherheitsfaktor.

Ohne Zweifel war jedoch durch die in der KPD geschürte Hoffnung auf den nahen revolutionären Umschwung die Erwartung eines gewaltsamen Entscheidungskampfes keineswegs auf den RFB beschränkt. Vor allem der Jugendverband der Partei hatte Kontakte zum RFB unterhalten und Vorbereitungen für den Ernstfall betrieben: „Wir hatten vom Jugendverband mit den Genossen des illegalen RFB ständig Verbindung und waren auch zu bestimmten Kampfmaßnahmen eingesetzt. Wir haben auch trainiert im Gelände... Wir waren auf alle möglichen Kampfformen eingestellt, auch auf die Möglichkeit eines bewaffneten Aufstandes. Der Jugendverband hat aber keine Waf-

<sup>184</sup> Siehe den Bericht von Karl Wack (1976), der bis zum 27. Februar 1933 im Bezirksbüro als Stenotypist arbeitete und danach untertauchte. Wack – geb. 22. 12. 1904 in Metz – war über die Wandervogel-Bewegung und Gruppen des „Bundes freier sozialistischer Jugend“ 1931 zur KPD gekommen und bald Mitarbeiter des Bezirkssekretärs Heinrich Bischof geworden. Im März 1933 festgenommen, blieb er bis 1934 in Haft. Mit einer kleinen Gruppe befreundeter Linker hielt er Kontakt, ohne sich der illegalen KPD anzuschließen. Wegen einer Geldspende für den verhafteten Bezirksfunktionär Ernst Lohagen wurde er 1936 erneut verhaftet. Vom Gericht freigesprochen, wurde er von der Gestapo bis Ende 1940 im KZ Buchenwald in Haft gehalten, wo er als auf der Schreibstube beschäftigter „Funktionärshäftling“ manchem Leidensgenossen helfen konnte. Sofort nach seiner Entlassung zur Wehrmacht eingezogen und bis Kriegsende Soldat, wurde Karl Wack nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft Beamter der Kasseler Wiedergutmachungsbehörde. <sup>185</sup> Landeskriminalpolizeistelle Kassel (Abteilung I) an den Preußischen Minister des Innern, 24. 8. 1932 (StA Marburg, 165/3884). <sup>186</sup> Bericht Willi Belz (1977). <sup>187</sup> Bericht Karl Wack (1976). <sup>188</sup> Siehe den Beitrag von D. Krause-Vilmar über die Machtergreifung in diesem Band. <sup>189</sup> Bericht August Schülbe (1976 – C. Fischer-Defoy). – August Schülbe, geb. 13. 4. 1889 in Oberhone/Krs. Eschwege; Heizer. Seit 1921 Mitglied und Funktionär der Kasseler KPD sowie des RFB, seit 1931 in der Bezirksleitung für den Bereich „Abwehr“ zuständig. 1933 in den Lagern Breitenau und Neusustrum inhaftiert. Ende 1934 erneut verhaftet und 1935 vom Volksgerichtshof zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt. <sup>190</sup> Bericht Georg Merle (1976). <sup>191</sup> Bericht August Schülbe (1976).

fen gehabt.<sup>192</sup> Weit überschätzt wurde die auf Polizei und Reichswehr zielende „Zersetzungsarbeit“ der Partei. Neben Plakatierungsaktionen, die den Eindruck erwecken sollten, es existierten oppositionelle Polizei- und Reichswehrgruppen, wurde von den beiden Beauftragten der Bezirksleitung Material an einen Polizei-Hauptmann und einen Gefreiten der Reichswehr zur Weiterverteilung übermittelt; dazu wurden ca. hundert Polizisten und Soldaten anonym und per Post mit Flugblättern etc. beliefert. „Die meisten haben geglaubt, es gäbe Gruppen, die da am Arbeiten wären. Das war allerdings nicht der Fall; das waren immer bloß wir zwei.“<sup>193</sup> Für die militanten Gruppen war „der 30. Januar eine große Enttäuschung..., da nicht aufgerufen wurde zum Losschlagen. Es wäre natürlich ein Blutbad geworden und wir hätten uns vielleicht auch selbst geopfert. Die dafür vorgesehenen Gruppen haben auf das Kommando gewartet, damit sie anfangen konnten zu ballern... Am Vorabend des 30. Januar habe ich mit den Mündenern den bewaffneten Aufstand durchgesprochen. Das ist dann von älteren Genossen zerschlagen worden.“<sup>194</sup>

Weder war jedoch die KPD in der Lage, mit dem Machtantritt Hitlers in die politische Offensive überzugehen, noch wurden in den verbleibenden Wochen bis zum Beginn der systematischen Verfolgung die Maßnahmen zur Umstellung der Partei auf die Illegalität besonders forciert. So wurden die nordhessischen Kommunisten von den Ende Februar 1933 anrollenden Verhaftungswellen weithin überrascht. Die Vorstellung, geeignete Vorbereitungsmaßnahmen für den Fall des Parteiverbots und die Überführung der Organisation in den Untergrund getroffen zu haben, erwies sich als Illusion. Zu diesem Urteil gelangt auch ein Mitglied der damaligen Bezirksleitung: „Die Meinung derjenigen Überlebenden, die zur ersten Garnitur gehörten, die in der ersten Zeit in der Leitung eine Rolle gespielt haben, daß sie die Partei auf die Illegalität vorbereitet hätten oder gar in die Illegalität überführt hätten in einem disziplinierten Zug nach der Schlacht, die übertreiben, die reden sich selber was hinzu... Denn der größere Teil der legalen Kommunisten ist bei der Frau aus dem Bett geholt worden; die waren also nicht bei der Sache, als es darum ging, die Partei in die Illegalität zu überführen.“<sup>195</sup>

Wie schnell es den Verfolgungsinstanzen des NS-Staates gelang, die illegale Reorganisation der Partei schon im Ansatz zu stören und zu verhindern sowie in den Jahren bis

1936 die neu entstehenden Gruppen unter Kontrolle zu halten und schließlich durch schlagartige Verhaftungsaktionen entscheidend zu treffen, zeigen die Geschichte der illegalen Bezirksleitungen<sup>196</sup> und das Schicksal der führenden Funktionäre. Die meisten Funktionäre der letzten regulären Bezirksleitung wurden bis Ende April 1933 verhaftet, noch bevor sich die ersten Ansätze einer illegalen Organisation hatten festigen können. Diejenigen, die nicht sofort nach dem Reichstagsbrand von den Verhaftungskommandos gefaßt worden waren, hatten in der Situation des sich steigernden Terrors von Polizei, SA und SS größte Mühe, „sich zunächst persönlich zu halten“ und erste Kontakte wiederherzustellen.<sup>197</sup> Die gerade erst angelaufene Aktivität der neugebildeten illegalen Bezirksleitung wurde im Juli 1933 durch zahlreiche Verhaftungen beendet. Diese kleine Führungsgruppe rekrutierte sich – wie die ihr nachfolgenden – ohne umständliche Abstimmungsprozesse notgedrungen aus dem Kreis derjenigen, die noch in Freiheit und aktionsbereit waren: „Das war keine richtige BL... Das war mehr Administration und Vertrauen: Wer hatte Courage und wer hatte die Initiative?“ In die illegalen Leitungsfunktionen rückten nunmehr diejenigen auf, „die nicht so im Rampenlicht der Öffentlichkeit postiert waren. Das waren nicht die Kandidaten für Stadtverordnetenversammlungen, Land- und Kreistage, das waren die Stillen, die leisen Parteiarbeiter.“<sup>198</sup> Der dritte Anlauf zur Bildung einer illegalen Organisationsstruktur im Bezirk wurde von der Gestapo bereits im Oktober 1933 unterbunden. In dieser Phase war die nordhessische KPD bereits entscheidend auf Hilfe von außen angewiesen. Der ehemalige bayerische Landtagsabgeordnete Karl Fischer hatte im Auftrag der Zentrale der KPD in Kassel versucht, erneut Verbindungen zwischen den versprengten einzelnen und kleinen Gruppen zu knüpfen, die noch aktionsbereit waren.

Wie desolat der Zustand der illegalen Organisationen in Nordhessen nach der Flucht des Instrukteurs Karl Fischer und der Verhaftung von mindestens 14 Kommunisten, Sympathisanten und Sozialdemokraten, die der von Fischer angeleiteten Organisation zugerechnet wurden<sup>199</sup>, sich – gemessen am Anspruch der KPD – Ende 1933 darbot, zeigt ein der Kasseler Gestapo über einen Spitzel zugespigelter Bericht des auf Fischer folgenden neuen Instrukteurs Erich Kops, der zuvor Leiter der illegalen KPD im Bezirk Halle/Merseburg gewesen war, an die KPD-Oberbezirksleitung in Frankfurt a. M.: „Von einer vor-

<sup>192</sup> Bericht Willi Belz (1976). <sup>193</sup> Bericht August Schülbe (1976). <sup>194</sup> Georg Merle in: G. Müller: a.a.O., S. 82 (174). <sup>195</sup> Bericht Georg Merle (1976). Ähnlich die Kritik von Karl Kuba (Bericht 1977 – C. Fischer-Defoy). <sup>196</sup> Siehe hierzu C. Fischer-Defoy: a.a.O., S. 79 f, 108 f., 144 (9). <sup>197</sup> Siehe die anschaulichen Berichte von Georg Merle (1976) und Fritz Schmidt (1976). <sup>198</sup> Bericht Georg Merle (1976). <sup>199</sup> Siehe die Urteilsschrift OJs 182/33, OLG Kassel, Urteil wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom 16./17. 2. 1934 gegen Georg Schmidt, Frieda Schmidt und zwölf weitere Angeklagte.

handenen Organisation kann man hier nur in ganz geringen Fällen sprechen. Die Verhaftungen unserer Freunde durch die letzten Ereignisse im Bezirk, worauf hier der Wechsel mit meinem Vorgänger erfolgte, sind so stark gewesen, daß von der Leitung nichts mehr übrig blieb und noch tief hinein die ganze Organisation erschüttert wurde. Keine Verbindung, weder mit Stadtteil noch einem OB (Oberbezirk, J. K.), war vorhanden. Fünf Wochen war vor mir niemand da, so daß überhaupt nichts getan wurde. Alles lag brach. Mit Mühe und Not habe ich eine Leitung aus vier Mann bestehend geschaffen. Von der alten Leitung waren drei Freunde noch vorhanden, nach denen die Konkurrenz suchte. Durch eine falsche Einheitsbewegung, die man mit einer linken Gruppe der SPD aufzog, wurde noch vor 14 Tagen einer der Geflüchteten mit 13 SPD-Leuten verhaftet. Von den zwei übrigen haben wir nichts mehr gehört. Bis jetzt haben wir mit vier Stadtteilen und einem UB (Unterbezirk, J. K.) wieder Verbindung. An Mitgliedern beträgt die Zahl 180. Die Arbeit ist deshalb besonders schwierig, da man das Gerücht verbreitet, daß mein Vorgänger ein Beauftragter der Konkurrenz sei, er jetzt auch mich geschickt hat und so ich selbst nun mit dem größten Mißtrauen angesehen werde... Das Schwierige bei der Aufbauarbeit ist die finanzielle Lage. Jede Basis der Selbstfinanzierung ist vorläufig ausgeschlossen. Da die in der Illegalität lebenden Freunde die bisher spärlich kassierten Pfennige für sich gebraucht, war es mir nicht möglich, nur einen Pfennig hereinzuholen. Bei aller Anstrengung der Arbeit dürften wir erst im Februar wieder die Zahl von 300–400 Mitgliedern erreichen. Da wir jetzt mit völlig leeren Händen arbeiten und nicht einmal in der Lage sind, eine Zeitung herauszugeben, wird die Arbeit noch besonders erschwert. Da ja der Bezirk schon vor der Illegalität ein Zuschußbezirk war, könnt ihr wohl sehr leicht verstehen, daß ohne Zuschuß ein Aufbau kaum durchzuführen ist... Ich habe selbst von dem kleinen Zuschuß, den ich bei meiner Abfahrt erhielt, noch 50 RM für die Organisation ausgegeben, so daß ich jetzt mittellos bin und nicht weiß, wie ich mich über Wasser halten soll.<sup>200</sup>

Daß die „Konkurrenz“, die Gestapo, von Kops zunächst nichts befürchtete, folgt aus der lakonischen Anmerkung des Leiters der Gestapostelle Kassel: „Da er noch keine bemerkenswerte Tätigkeit entfaltet hat, ist bisher noch nicht zugegriffen worden.“<sup>201</sup> Der zitierte Instrukteursbericht

ist in mancherlei Hinsicht aufschlußreich. Ende 1933 waren im nordhessischen KPD-Bezirk lediglich versprengte Reste einer illegalen Organisation vorhanden. Von den ca. 3000 Mitgliedern des Bezirks vor der NS-Machtübernahme<sup>202</sup> waren höchstens 6 % von der Widerstandsorganisation erfaßt. In Wirklichkeit lag der Mobilisierungsgrad noch niedriger, da auch Sympathisanten, die zuvor nicht der KPD angehört hatten, sowie frühere Sozialdemokraten zur illegalen Organisation gestoßen waren. Die von Kops genannten 180 Mitglieder kamen allerdings vermutlich weitgehend aus Kassel und dem Landkreis Kassel, so daß dort der Anteil der aktivierten früheren KPD-Mitglieder höher gelegen haben dürfte.<sup>203</sup> Welche Lücken die Verfolgung durch Gestapo und politische Strafjustiz bereits im ersten Jahr der Diktatur in die Reihen der Kasseler Kommunisten gerissen hatte, macht ein Blick auf die Verfolgungstatistik deutlich. Von den ca. 600 Kasseler KPD-Mitgliedern waren mindestens 111 bereits einmal oder mehrfach in Polizei- und Gestapohaft gewesen; eine größere Anzahl von ihnen sowie weitere Kommunisten waren von SA- und SS-Kommandos in Haft genommen und mißhandelt worden. 63 Kasseler Kommunisten waren für einige Wochen oder Monate in KZ-Haft gewesen oder befanden sich noch in den Konzentrationslagern. Mehr als 60 Männer und Frauen waren wegen der Beteiligung an der illegalen KPD-Organisation 1933 vor Gericht gestellt und ca. 40 von ihnen noch im gleichen Jahr zu Haftstrafen verurteilt worden.<sup>204</sup> Vor diesem Hintergrund werden die Schwierigkeiten der illegalen Organisation, von denen im Bericht des KPD-Funktionärs die Rede ist, verständlich. Jeder, der mit den noch aktiven Illegalen der KPD Kontakt aufnahm, mußte unmittelbar mit der Verhaftung rechnen.

Trotz der Schwierigkeiten, ehemalige Mitglieder und bisher nicht der KPD angehörende Oppositionelle für die illegale Arbeit zu gewinnen, hielt zumindest die KPD-Spitze – wie der Instrukteursbericht nahelegt – an der Ablehnung des Zusammengehens und fester Bündnisbeziehungen mit oppositionellen sozialdemokratischen Gruppen fest.<sup>205</sup> Willkommen waren dieser Einheitsfrontpolitik zufolge lediglich diejenigen Sozialdemokraten, die sich als einzelne dem kommunistischen Widerstand anschlossen. Wie das weiter oben dargestellte Beispiel der Zusammenarbeit von SAJ und KJVD im Kasseler Bezirk beweist, wurde diese Politik von den eigenständig agierenden Widerstands-

<sup>200</sup> Aus dem politischen Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 31. 12. 1933 (IML/ZPA, P St 3/37). <sup>201</sup> A.a.O. (200) – Kops verließ nach den Feststellungen der Gestapo Kassel am 24. 12. 1933, ohne danach zurückzukehren. Siehe den Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel für den Monat Januar 1934 (IML/ZPA, P St 3/37). <sup>202</sup> Siehe dazu den Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band. <sup>203</sup> 1932/33 zählte die KPD in Stadt und Landkreis Kassel etwa 1350 Mitglieder. <sup>204</sup> Siehe Anm. 74. – Diese Angaben beziehen sich auf nachgewiesene und belegte Fälle; es handelt sich also um Mindestzahlen. <sup>205</sup> Im übrigen ist nicht klar ersichtlich, auf welche Gruppe sich der Bericht von Kops bezieht. Unter den 14 Verhafteten, die wegen ihrer Verbindung zu dem geflohenen Instrukteur Fischer vor dem OLG Kassel angeklagt wurden (OJs 182/33), waren jedenfalls nur sehr wenige ehemalige Sozialdemokraten.

gruppen nicht mehr in jedem Fall akzeptiert. Schließlich verweist die ungeschminkte Bestandsaufnahme des Kasseler Instrukteurs auf die außerordentlich gefährdete und unsichere Situation des einzelnen Illegalen sowie auf ein strukturelles Problem der kommunistischen Untergrundorganisation – die Unterwanderung durch Gestapo-Spitzel und die dadurch bewirkte Verunsicherung der Anhänger und Sympathisanten.<sup>206</sup>

Erst seit Sommer 1934 gewann die illegale Arbeit der nordhessischen KPD wieder an Kraft. Es wurde eine neue Bezirksleitung gebildet, der es gelang, Kontakte zu Mitgliedern in vielen Orten des Bezirks wieder aufzunehmen und zu stabilisieren und die Bereitschaft zum wenigstens sporadischen Engagement in der illegalen Organisation in beachtlichem Umfang neu zu beleben.<sup>207</sup> Dieser Aufschwung der KPD-Widerstandsorganisation, der durch die Verhaftung von Angehörigen der Kasseler Unterbezirksleitung im Februar 1935 und der Bezirksleitung im Juli 1935 unterbrochen wurde<sup>207a</sup>, hielt allerdings lediglich bis zum Spätsommer 1935 an. Immerhin führte er dazu, daß sich 1935 nach Schätzungen der Kasseler Gestapo die „Zahl der kassentechnisch erfaßten Mitglieder“ im gesamten Bezirk auf etwa 1000 und im Unterbezirk Kassel auf etwa 500 erhöhte.<sup>207b</sup> Diese erhebliche Ausweitung der illegalen Organisation hatte sich jedoch, wie sich später herausstellte, von vornherein gleichsam unter Aufsicht der Gestapo vollzogen, die über Spitzel in der neuen Bezirksleitung verfügte. Seit Herbst 1935 zog die Kasseler Gestapo das Netz zu und verhaftete in mehreren überraschenden Großeinsätzen nahezu alle neu aktivierten Mitglieder und Kontaktpersonen der illegalen Organisation. Damit endete 1936 eine Phase des kommunistischen Widerstandes in Kassel und der Region, die von dem Versuch geprägt war, trotz des mißglückten Übergangs in die Illegalität und der ständigen Rückschläge durch zahlreiche Verhaftungen eine möglichst breite Untergrundorganisation im Bezirk aufzubauen und ihre Mitglieder zu aktiver Widerstandsarbeit zu mobilisieren.

Ein wesentlicher Grund für das Scheitern dieses Versuchs und die Anfälligkeit der illegalen Organisation gegenüber dem Verfolgungsapparat lag in der Praxis der Reorganisation selbst. Vor allem im ersten Jahr der Diktatur wurden in geradezu leichfertiger Weise herkömmliche Methoden

der Organisationsarbeit im Untergrund fortgeführt. Relativ sachlich wurden sie im Urteil gegen Angehörige der ersten illegalen Bezirksleitung beschrieben. Um „die Massen erneut mit kommunistischem revolutionärem Geist zu erfüllen“, heißt es dort, „sind Bezirks- und Unterbezirksleitungen aufgestellt, sind Instrukteure eingesetzt, ist ein Kurierdienst eingerichtet, werden Flugblätter, Flugschriften und Handzettel gedruckt und verteilt, wird versucht, Mal- und Klebekolonnen zu schaffen und so den Einfluß auf die Massen wieder zu gewinnen. Besprechungen und kleine Versammlungen werden abgehalten... die Mittel für die neue Organisation werden teils durch Beitreibung alter Rückstände gewonnen, teils wird versucht, die alten Mitglieder der kommunistischen Partei, der Roten Hilfe und des Rotfrontkämpfer-Bundes sowie neue Freunde der Bewegung zur Fortzahlung der Beiträge und zum Weiterkleben von Beitragsmarken zu veranlassen... Geldsendungen von Bezirk zu Bezirk erfolgen unter Geheimchiffre, die Buchhaltung geschieht gleichfalls mit Geheimzeichen und auf unauffälligen Notizblocks.“<sup>208</sup> Bei der Verhaftung der Angeklagten waren der Polizei unter anderem in die Hände gefallen: ein Schriftstück mit genauen Organisationsanweisungen, das Informationen über die Einsetzung von Instrukteuren, Kurieren und unteren Funktionären, über die Finanzierungswege und die vorgesehenen Aktionsformen enthielt; ein genauer Arbeitsplan für einen Zeitraum von zwei Wochen; Berichte von Bezirksfunktionären; stapelweise Sammelisten und Beitragsmarken, die unter den Tarniteln „Gesellschaft für Recht und Gerechtigkeit“ und „Gesellschaft zur Unterstützung der vom Antisemitismus verfolgten Juden“ geführt wurden; Dutzende von versandfertigen Umschlägen mit Sammelisten etc. mit den Adressen zahlreicher Ortsgruppen; zahlreiche Flugblätter und Flugschriften.<sup>209</sup> Trotz der offenkundig fatalen Auswirkungen des hohen Ausmaßes an Schriftlichkeit, der korrekt quittierten und belegten Beitragskassierung, der Berichte und Abrechnungen auf den verschiedenen Stufen der fortgeführten zentralistischen Organisation wurden diese Techniken noch längere Zeit, zum Teil bis 1934 weiterpraktiziert. So wurden z. B., ehe man auf die Ausgabe von Beitragsmarken ganz verzichtete, noch eine Zeitlang kleine Marken ohne Aufdruck beim Kassieren ausgehändigt und

<sup>206</sup> Auf diese Aspekte wird weiter unten genauer eingegangen. <sup>207</sup> Vgl. C. Fischer-Defoy: a.a.O., S. 143 ff. (9). <sup>207a</sup> Siehe Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 5. 4. 1935 (StA Marburg, 165/3949), Urteil des OLG Kassel vom 5. 4. 1935 gegen Wilhelm Rügheimer u. a. (OJs 39/35), Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 23. 7. 1935 (StA Marburg 165/3965). <sup>207b</sup> Siehe Bericht der Staatspolizeistelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin vom 15. 8. 1935 betr. „Aktion gegen die KPD in Kassel, Nadler und Genossen“ (IML/ZPA, P St 3/37). <sup>208</sup> Urteil des OLG Kassel vom 27. 7. 1933 gegen Karl Wloch, Hans Siebert u. a. (OJs 38/33, 49/33). <sup>209</sup> Urteil des OLG Kassel vom 27. 7. 1933, a.a.O., S. 5 ff. (208). – Siehe auch den Bericht des Leiters der Kasseler Staatspolizeistelle an den Regierungspräsidenten vom 5. 5. 1933, dem u. a. die gedruckte „Sammeliste Nr. 288 der Gesellschaft für Recht und Gerechtigkeit“ samt Beitragsmarken beigelegt ist (StA Marburg, 165/3886).

von den Betroffenen auch zumeist aufbewahrt. In rückblickenden Berichten von Beteiligten wird scharfe Kritik an dieser unter konspirativen Gesichtspunkten unsinnigen und höchst gefährlichen Praxis geübt: „Aber das sind doch Sünden! Das hat einen Fehler bedeutet, daß da noch mit Marken kassiert wurde; die kosteten ja auch immer noch Geld. Das mußte abgerechnet werden... Und dann kommen die Ausreden in den Urteils- und Anklageschriften, wenn behauptet wird, Material von dem und dem gekriegt, aber nicht abgerechnet, sondern verbrannt zu haben. Das sind alles Ausreden. Aber wie kommen die darauf, dieses Belastungsmaterial, wichtige Dinge, aufzuheben, deretwegen dann Familien auseinandergerissen wurden, nur weil sie mal eine ‚Rote Fahne‘ gekauft hatten. Es war richtig, noch Flugblätter und Zeitungen herzustellen. Aber es war falsch, das zu belasten mit dem Notgroschen, mit dem Solidaritätsgroschen, mit der Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft durch den Verkauf von Marken. Das soll keinesfalls die heroische Haltung des großen Teils der Inhaftierten und Verfolgten abwerten; aber im großen und ganzen wurden sie ans Messer geliefert.“<sup>210</sup> Selbst wenn die konspirative Absicherung im Bezirk eine Zeitlang funktionierte, besaß die Gestapo aufgrund des Kurier-Verkehrs und der von unten zur Zentrale gehenden Berichte genügend Möglichkeiten, der illegalen Organisation auf die Spur zu kommen. So führte etwa die Beschlagnahme von Unterlagen der illegalen Reichsorganisation in Berlin zur Verhaftung der KJVD-Gruppe um Willi Belz und der RFB-Gruppe um August Schülbe im Kasseler Bezirk.<sup>211</sup>

Die Verhaftung der ab 1934 entstandenen illegalen Gruppen in den Jahren 1935 und 1936 war weniger auf Unzulänglichkeiten der konspirativen Absicherung zurückzuführen, als vielmehr auf das mit jedem auf öffentliche Wirksamkeit zielenden Widerstand verbundene Risiko, vor allem aber auf das Einschleusen von Gestapo-Spitzeln in zentrale Positionen der illegalen Bezirksorganisation. Wie Berichte der Gestapo-Stelle Kassel und andere Quellen belegen, war die Gestapo durch „Vertrauensmänner“, die 1934 sogar führende Positionen in der illegalen Organisation übernahmen, seit 1933 über wesentliche Vorgänge der illegalen Arbeit, vor allem über zahlreiche Beteiligte, gut informiert. Darauf wird auch in Berichten von

kommunistischen Zeitzeugen hingewiesen. „Da waren damals schon von Anfang an im Apparat der Partei Spitzel und die waren bis 1935/36 am Rande mit in jeder neu sich bildenden Parteileitung... Das war eine ganze Clique... Die sind dann nachher verurteilt worden, genauso wie dieser Kriminalsekretär S.. Der hat ja diese Leute mit gebraucht, und sie haben ihn gebraucht; die haben zweiseitig gearbeitet. Auch meine Flucht und Verhaftung geht auf die zurück. Sie wahrten die Verbindungen zu den im Ausland, im Saargebiet sitzenden Leuten, sie schickten die Kuriere hin und her und die kamen bei denen an. Sie haben, wenn wieder eine Gruppe von der Polizei zerschlagen wurde, neu wieder aufgebaut. Die gaben auch nicht immer alles preis, sondern hielten sich auch Leute. Das ist meines Wissens eine durchgehende Geschichte von Anfang an, daß sie immer neue Fäden gesponnen haben, bis sie die letzte größere Verhaftung hier 1935/36 mit Ernst Lohagen und anderen verursachten.“<sup>212</sup> Daß Spitzel in die illegale Organisation „eingebaut“ waren, vermuteten damals viele Kommunisten.<sup>213</sup> Nicht wenige mieden schließlich aus diesem Grund den Kontakt zur Untergrund-Partei. Einem ehemaligen Mitarbeiter der Bezirksleitung z. B., der sich mit oppositionellen Nicht-Kommunisten zu einem Kreis zusammenschloß, „war die Sache mit der KPD nicht dicht genug. Die war zu durchlässig.“<sup>214</sup>

Der in den Zeitzeugen-Berichten geäußerte Verdacht war durchaus begründet. So meldete die Kasseler Gestapo über die Kontakte des Ende 1933 von der KPD-Zentrale entsandten Instruktors Kops nach Berlin: „Die Personen, die mit ihm zu tun hatten, waren Vertrauensmänner der Staatspolizeistelle Kassel. Über diesen Personenkreis hinaus hat er keine wesentlichen Verbindungen schaffen können... Da er noch keine merkbare Tätigkeit entfaltet hatte, wurde nicht gleich zugegriffen. Vor allem wären durch einen zu schnellen Zugriff wahrscheinlich die V-Männer für die künftige Arbeit der Stapo verloren gewesen.“<sup>215</sup> Selbst als 1935 in der Bezirksleitung Verdacht aufkam, gelang es der Gestapo, ihre Spitzel zu decken: „Der V-Mann, der in dieser Organisation mitarbeitete, ist nach anfänglichem guten Vorwärtkommen auf Mißtrauen gestoßen. Von der Bezirksleitung war beschlossen worden, zunächst eine einmonatige Pause einzuschieben,

<sup>210</sup> Bericht Georg Merle (1976). Siehe auch den Bericht von Otto Hartung (1976 – C. Fischer-Defoy), der im Kasseler Stadtteil Rothenditmold noch bis 1936 zehn Mitglieder kassierte. – Otto Hartung, geb. 18. 3. 1903 in Eickel/Krs. Gelsenkirchen; Schreiner. Seit 1932 Mitglied der KPD. Nach 1933 Mitarbeit in der illegalen KPD; kassierte in Kassel-Rothenditmold weitere Beiträge für die Widerstandsorganisation. Im Januar 1936 verhaftet und im Februar 1937 zu viereinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Strafverbüßung bis April 1945 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. <sup>211</sup> Siehe die Berichte von Willi Belz (1976) und August Schülbe (1976) sowie den Bericht der Staatspolizeistelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin vom 21. 10. 1933 über die Verhaftung von KJVD-Angehörigen in Kassel (StA Marburg, 165/3886) und den politischen Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel für den Monat Januar 1934 (IML/ZPA, P St 3/37). <sup>212</sup> Bericht Georg Merle (1976). Siehe auch den Bericht von Karl Kuba (1977). <sup>213</sup> Siehe z. B. den Bericht von Otto Hartung (1976). <sup>214</sup> Bericht Karl Wack (1976). <sup>215</sup> Lagebericht für den Monat Januar 1934 (IML/ZPA, P St 3/37).

um von oben erst die Bestätigung zu erhalten, daß der als Abwehrmann tätige V-Mann tatsächlich in höherem Auftrage handelt. Inzwischen konnten diese Bedenken jedoch auf andere Weise zerstreut werden, so daß die Arbeit keine Unterbrechung erlitten hat.“<sup>216</sup>

Sorgen bereitete der Gestapo zwischenzeitlich die Tatsache, daß durch die seit 1934 verbesserte konspirative Absicherung der Arbeit häufig außer den Spitzel-Informationen keine weiteren Beweise gesichert werden konnten und damit die gerichtliche Verurteilung der Angehörigen des Widerstandes erschwert wurde: „Bei der gut getarnten Arbeit der KPD wird man in den meisten Fällen nur auf die Angaben des V-Mannes angewiesen sein, um die Aktivist\*innen zu überführen. Gerichtlich verwertbare Beweismittel wird man unter den heutigen Verhältnissen nur selten beschaffen können. Nun gehen die Strafsenate der Oberlandesgerichte in der Hauptverhandlung immer von dem Gesichtspunkt der Unmittelbarkeit der Beweisführung aus und erkennen die Angaben des V-Mannes, auch wenn sie von einem Beamten vor Gericht wiederholt werden, als hinreichenden Beweis zur Verurteilung nicht an. Den V-Mann aber selbst als Zeugen auftreten zu lassen, ist unmöglich.“ So beachtlich das Verhalten der Gerichte in dieser Frage war, stellte es doch für die Gestapo keine ernsthafte Behinderung dar. Blieben die Verhafteten trotz qualvoller Verhöre standhaft, besaß die Gestapo immer noch das jederzeit verfügbare Zwangsmittel, „gegen die radikalsten staatsfeindlichen Elemente, die gerichtlich nicht zu fassen sind, mit längerer Schutzhaft vorzugehen.“<sup>217</sup>

Es war auch ohne wesentliche Bedeutung für die Wirksamkeit der Verfolgung des Widerstandes, daß einige Gestapo-Informanten „zweiseitig“ arbeiteten. Wie ein späteres Volksgerichtshof-Urteil gegen zwei dieser Spitzel belegt, war es in Kassel zu einer Art besonderer Zusammenarbeit zwischen dem Gestapobeamten S., der vor 1933 der SPD nahegestanden hatte, und Funktionären der illegalen KPD gekommen. Diese führte dazu, daß einerseits S. permanent über die Untergrundorganisation informierte, andererseits – wie der Volksgerichtshof befand – „gewissermaßen unter dem Schutz der Polizei die illegale Tätigkeit der KPD in Kassel erleichtert“ wurde.<sup>218</sup> Das Motiv für

das Agieren des Gestapobeamten lag wahrscheinlich – wie später von der KPD plausibel angenommen wurde – in der Absicht, die durch seine frühere politische Haltung gefährdete Stellung bei der Kasseler Gestapo zu festigen, ohne die bei der Gestapo zunehmend angewandten brutalen Verfolgungsmethoden zu übernehmen. Offenbar konterkarierte er durch Warnungen an die mit ihm zusammenarbeitenden Kommunisten Maßnahmen und Pläne seiner Kollegen, um gleichzeitig mit Hilfe der ihm zugehenden Informationen seine Verfolgungskompetenz unter Beweis zu stellen. Dieser Beamte wurde Anfang Januar 1936 verhaftet und nach Berlin überführt, wo er zwei Monate später – vermutlich an den Folgen der während der Verhöre erlittenen Mißhandlungen – verstarb.<sup>219</sup>

Die Massenverhaftungen von Kommunisten im Kasseler Bezirk in den Jahren 1935 und 1936 bewiesen, daß die Doppelagententätigkeit von Angehörigen der Bezirksleitung<sup>220</sup> alles andere als einen Schutz für die illegale Organisation bedeutete, zumal die Gestapo neben den Informanten des Kriminalsekretärs S. über weitere Spitzel verfügte. Einer von ihnen berichtet 1936 mit zynischem Stolz, daß es „mit Hilfe von drei Vertrauensmännern“ gelungen sei, „innerhalb von zwei Monaten die gesamte Kommunistische Partei des Bezirks Kassel zu erkunden und durch die Stapo ausheben zu lassen.“<sup>221</sup>

Bei aller traurigen Wirksamkeit der Gestapo-Spitzel, die ungezählte Kommunisten einem schlimmen Schicksal auslieferten und Unglück über ihre Familien brachten, sollte nicht übersehen werden, daß sich der kommunistische Widerstand auch jenseits der eventuell vermeidbaren Schwächen konspirativer Absicherung in einem grundsätzlichen Dilemma befand. Solange der Anspruch aufrecht erhalten wurde, Gegner des Regimes im regionalen Maßstab zusammenzufassen, Solidaritätsgelder für die Organisation und für die Angehörigen von Verfolgten zu sammeln und durch die Verbreitung illegaler Schriften für den Zusammenhalt der illegalen Organisation und für Gegeninformation gegen die herrschende Propaganda zu sorgen, boten sich dem ständig ausgebauten Überwachungs- und Verfolgungsapparat zwangsläufig Möglichkeiten des Zugriffs. Dies mußten auch die linkssozialistisch-kommunistischen Splittergruppen erfahren, in de-

<sup>216</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 5. 12. 1935 (StA Marburg, 165/3965). <sup>217</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 4. 5. 1934 (StA Marburg, 165/3949). <sup>218</sup> Urteil des I. Senats des Volksgerichtshofs vom 19. 1. 1938 gegen Ernst Lohagen u. a. (8J 100 37g/1J 43/37). Lohagen, der Kopf der illegalen Organisation des Kasseler Bezirks in den Jahren 1934/35, war Opfer, nicht Teilnehmer dieser Machinationen. Die Gestapoinformanten wurden zu zwölf bzw. zehn Jahren Zuchthausstrafe verurteilt. – Zur Biographie Ernst Lohagens siehe den Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band, Anm. 139. <sup>219</sup> Siehe dazu neben dem VGH-Urteil vom 19. 1. 1938 (Anm. 218) das Schreiben des KPD-Sekretariats Nordhessen-Waldeck an die Betreuungsstelle Kassel vom 30. 7. 1946 sowie den Entschädigungsantrag der Witwe (Stadarchiv Kassel, A 5.55, Nr. 67). <sup>220</sup> Siehe auch die Zusammenstellungen des Geheimen Staatspolizeiamtes über „unzuverlässige Vertrauenspersonen“ vom 15. 2. 1935 und vom 26. 10. 1935 (BA Koblenz, R 58/583). <sup>221</sup> Bericht des „V.-Mannes U. 32“, Anlage zum Schreiben der Gestapo-Stelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt vom 13. 3. 1936 (IML/ZPA, St 3/849).

ren gut abgeschirmte Widerstandszirkel die Gestapo nicht eindringen konnte. Postkontrollen, Überwachung der Arbeiterviertel und Betriebe, überraschende Großrazzien, zufällige Verhaftungen, die Beobachtung der entlassenen politischen Häftlinge, die Erpressung von Geständnissen Inhaftierter durch Folter, bereitwillige Denunziationen aus der Bevölkerung, die genaue Registrierung der Verbreitung illegaler Schriften und vieles mehr führten die Gestapo und ihre Hilfsinstanzen in NSDAP, Staatsapparat und Betrieben immer wieder auf Spuren, die selbst bei sorgfältigster Absicherung der illegalen Arbeit nicht zu verwischen waren. So war das Einschleusen von Spitzeln nur ein Mittel im Instrumentarium der Repression, der die kommunistische Widerstandsorganisation ausgesetzt war.

Die Auswirkungen der Verfolgung auf den kommunistischen Widerstand in Kassel und Nordhessen waren verheerend. Allein in Kassel wurden während der NS-Herrschaft mehr als 270 Kommunisten oder dem kommunistischen Widerstand Zugerechnete einmal oder mehrfach inhaftiert, mehr als 220 von ihnen bereits in der Zeit bis einschließlich 1936; im Landkreis Kassel belief sich die Zahl der Verhafteten auf etwa 50, von denen mindestens 40 schon bis 1936 in Haft waren.<sup>221a</sup> Fast ausschließlich wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“, das heißt wegen der Beteiligung an illegaler Aktivität gegen das Regime, wurden gegen Kasseler Kommunisten – vor allem in den zahlreichen Prozessen bis 1937<sup>222</sup> – ca. 120 Gefängnis-, ca. 110 häufig langjährige Zuchthausstrafen sowie in mehr

als 170 Fällen KZ-Haft verhängt. In ca. 90 Fällen wurden die Betroffenen zu Zuchthausstrafen von mehr als zwei Jahren, in ca. 40 Fällen von mehr als vier und bis zu fünfzehn Jahren verurteilt. Etwa 30 Kasseler Kommunisten waren 5 Jahre und länger in Konzentrationslagern inhaftiert; 20 wurden zweimal mit KZ-Haft bestraft.

Die in den ersten Jahren der Diktatur ungebrochene Bereitschaft vieler Kommunisten, nach ihrer Haftentlassung die Widerstandsaktivität wieder aufzunehmen, veranlaßte den Leiter der Gestapostelle Kassel Anfang 1936 zu der Feststellung, „daß fanatische und überzeugte Anhänger der KPD trotz aller Schutz- und Strafhafte nie zu arbeiten aufhören werden.. Schutz- oder Strafhafte von 1 oder 2 Jahren nutzt gar nichts...“ Anzustreben sei daher, „sämtliche führenden Köpfe und Funktionäre der KPD für lange Zeit in besonderen Lagern unschädlich zu machen. Es müßten somit zwei Arten von Lagern eingerichtet werden, eins für Besserungsfähige, ein anderes für Unverbesserliche, damit die Unverbesserlichen nicht die Besserungsfähigen völlig verderben.“<sup>223</sup>

Dieser Maxime entsprechend wurden in der Folgezeit viele der als Aktivisten und „unverbesserliche Gegner“ eingestuften Kommunisten mit besonderer Härte bestraft und nicht selten bis zur Niederwerfung des Regimes in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern inhaftiert. Führende Funktionäre wie August Cohn<sup>224</sup>, Valentin Gabel<sup>225</sup>, Karl Bartel<sup>226</sup> und Heinrich Merle<sup>227</sup> waren während der gesamten Dauer der Diktatur in Haft; Valentin Gabel und Heinrich Merle kamen noch im Frühjahr 1945

<sup>221a</sup> Diese und die folgenden Daten sind Ergebnisse der vorläufigen Auswertung der Verfolgten-Kartei für Stadt und Landkreis Kassel. <sup>222</sup> OJs 49/33, Urteil vom 29. 7. 1933 gegen Karl Wloch und 15 Mitangeklagte, verurteilt: 12; OJs 83/33, Urteil vom 10. 10. 1933 gegen Friedrich Görlitz und 9 Mitangeklagte, verurteilt: 10; OJs 181/33, Urteil vom 23. 3. 1934 gegen Willi Belz und 22 Mitangeklagte, verurteilt: 14; OJs 182/33, Urteil vom 17. 2. 1934 gegen Georg Schmidt und 13 Mitangeklagte, verurteilt: 5; OJs 52/34, Urteil vom 12. 1. 1935 gegen Martin Auel und 17 Mitangeklagte, verurteilt: 12; OJs 51 u. 53/34 vom 13. 7. 1934 gegen Georg Merle und 3 Mitangeklagte, verurteilt: 4; OJs 64/34, Urteil vom 24. 8. 1934 gegen Wilhelm Appel und 8 Mitangeklagte, verurteilt: 6; OJs 66/34, Urteil vom 22. 9. 1934 gegen August Gerhold und 5 Mitangeklagte, verurteilt: 5; OJs 72/34, Urteil vom 23. 1. 1935 gegen Georg Humburg und 10 Mitangeklagte, verurteilt: 9; OJs 157/34, Anklageschrift vom 10. 11. 1934 gegen Wilhelm Sippel und 18 Mitangeklagte; OJs 39/35, Urteil vom 5. 4. 1935 gegen Wilhelm Rügeheimer und 6 Mitangeklagte, verurteilt: 7; OJs 31/36, Urteil vom 25. 1. 1936 gegen Wilhelm Pfromm und 9 Mitangeklagte, verurteilt: 10; OJs 48/36, Urteil vom 1. 7. 1936 gegen Kurt Rau und 14 Mitangeklagte, verurteilt: 12; OJs 70/36, Anklageschrift vom 16. 5. 1936 gegen Georg Lörper und 3 Mitangeklagte; OJs 200/36, Urteil vom 2. 2. 1937 gegen Walter Bönning und 3 Mitangeklagte, verurteilt: 3; OJs 203/36, Urteil vom 27. 4. 1937 gegen Friedrich Schmidt und 4 Mitangeklagte, verurteilt: 5; OJs 229/36, Urteil vom 16. 7. 1937 gegen Ludwig Günther und 3 Mitangeklagte, verurteilt: 4; OJs 271/36, Urteil vom 19. 3. 1937 gegen Johann Dilcher und 4 Mitangeklagte, verurteilt: 5; OJs 276/36, Urteil vom 16. 7. 1937 gegen Johannes Haase und 4 Mitangeklagte, verurteilt: 5; OJs 105/37, Urteil vom 24. 8. 1937 gegen Christian Ziegler und 4 Mitangeklagte, verurteilt: 5; OJs 251/37, Urteil vom 11. 1. 1938 gegen Karl Schulz und 5 Mitangeklagte, verurteilt: 6. – Berücksichtigt sind hier nur die Verfahren mit 4 und mehr Angeklagten. Vor allem die in den Massenverhaftungen der Jahre 1935 und 1936 Inhaftierten wurden in zahlreichen kleineren und Einzelverfahren abgeurteilt. Sämtliche genannten Verfahren fanden vor den Strafsenaten des OLG Kassel statt. Die Anklage lautete in allen Fällen auf „Vorbereitung zum Hochverrat“ oder Beihilfe dazu. Die Angeklagten der hier ausgewählten Prozesse stammten in ihrer großen Mehrheit aus Kassel, zum Teil aus dem Landkreis Kassel und vereinzelt aus den angrenzenden Landkreisen. <sup>223</sup> Lagebericht der Gestapostelle Kassel für den Monat Januar 1936 (IML/ZPA, St 3/849). <sup>224</sup> August Cohn, geb. 10. 5. 1910 in Fulda, kaufmännischer Angestellter. Nach den Nazi-Gesetzen Jude. 1924 Mitglied der SAJ, 1932 Bezirksleiter des KJVD in Kassel, 1933 in die KPD-Bezirksleitung übernommen. Nach Mißhandlungen durch die SA seit dem 27. 4. 1933 in Haft. Am 30. 7. 1933 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Haftentlassung vom Juli 1935 bis zum 11. 4. 1945 in den Straf- und Konzentrationslagern Esterwegen, Sachsenhausen, Dachau und Buchenwald in Haft. Nach 1945 in die USA emigriert. <sup>225</sup> Valentin Gabel, geb. 29. 3. 1892 in Kassel, vor 1933 Stadtverordneter der KPD und Angestellter der „Neuen Arbeiter Zeitung“. In Haft seit Anfang Juni 1933. Ende Juli 1933 zu zwei Jahren und neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach der Entlassung im März 1936 bis zum 7. 11. 1944 in den KZ Sachsenhausen und Flossenbürg inhaftiert. Danach erzwungener Dienst in einer Strafeinheit. Seit dem 31. 3. 1945 vermißt. <sup>226</sup> Karl Barthel, Bezirkssekretär der Kasseler KPD, war schon unmittelbar nach dem Reichstagsbrand verhaftet worden. Er wurde mehr als zwölf Jahre bis Mai 1945 in den Konzentrationslagern der Diktatur festgehalten. – Siehe auch Anm. 142 im Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band. <sup>227</sup> Heinrich Merle, geb. 17. 7. 1907 in Düsseldorf; Sattler. Vor 1933 in der Führung des Kasseler „Kampfbundes gegen den Faschismus“, nach Mißhandlungen im März 1933 durch die Kasseler SA seit Juni 1933 ununterbrochen in Haft – zunächst im KZ Breitenau, dann in Polizeihaft bis 1934. Im gleichen Jahr zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, danach bis 1945 in KZ-Haft, zuletzt im KZ Mauthausen. Nach dessen Räumung noch im Mai 1945 zu Tode gebracht. – Siehe WG-Akte H. Merle.

ums Leben. Heinrich Merles Bruder Georg, der als illegaler Bezirksfunktionär der Verhaftung dreier Leitungsgruppen entronnen war, mußte nach seiner Verhaftung 1934 mehr als 11 Jahre in Zuchthaus und KZ überstehen.<sup>228</sup> Von denen, die nach kürzerer Haft 1933 wieder im Widerstand aktiv wurden, erneut in die Hände der Gestapo fielen und danach nicht mehr freigelassen wurden, seien hier nur einige genannt: Ernst Lohagen, Bezirksleiter der illegalen KPD in den Jahren 1934/35, und seine Frau Paula, die 1942 im KZ Auschwitz ermordet wurde<sup>229</sup>; Traugott Eschke, vor 1933 politischer Mandatsträger der KPD, der 1943 – einen Tag nach der von seiner Frau erwirkten Überführung vom Zuchthaus Kassel-Wehlheiden in ein Krankenhaus – verstarb<sup>230</sup>; Fritz Schmidt, vor 1933 Mitglied der Bezirksleitung und Lokalredakteur der „Neuen Arbeiter-Zeitung“, der nach kurzer Haft 1933 trotz strengster Polizeiaufgaben die illegale Arbeit wieder aufgenommen hatte<sup>231</sup>; Wilhelm Pfromm, vor 1933 zunächst in der SAJ, dann in der „Freien Jugend“ und erst 1932 zur KPD gesto-

ßen, der nach mehrfacher Inhaftierung 1933/34 vom OLG Kassel zunächst freigesprochen, 1936 jedoch zu 7 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und 1942 in der Haft umkam<sup>232</sup>; Wilhelm Büchling, der als ehemaliges Mitglied des RFB nach seiner Verhaftung im Oktober 1933 von der Gestapo nicht mehr freigelassen wurde<sup>233</sup>; Kurt Finkenstein, der als Kommunist, Intellektueller und Jude von den Nazis mit unnachsichtigem Haß verfolgt und 1944 in Auschwitz umgebracht wurde.<sup>234</sup>

Viele andere Kasseler Kommunisten wurden in langjähriger Haft um Gesundheit oder Leben gebracht. Manche von ihnen wurden als ehemalige politische Häftlinge ab 1942 in den Strafeinheiten der Wehrmacht zum Kriegsdienst für das verhaßte Regime gepreßt.<sup>235</sup> Auch hier zeigte sich, daß die systematische Repression organisierten Widerstand und kollektives Aufbegehren zwar unterbinden, die Gegnerschaft und die auf ihre Gelegenheit wartende Widerstandsbereitschaft der einzelnen Kommunisten jedoch zumeist nicht brechen konnte.

### 2.3.3 Formen des kommunistischen Widerstandes

Die Reorganisation der KPD im Untergrund sollte Voraussetzung des Widerstandes, nicht Selbstzweck und bloße Bewahrung des Zusammenhalts sein. Angesichts seiner Zielsetzung, die eigenen Anhänger und schließlich größere Teile der Arbeiterschaft gegen das Regime zu mobilisieren, war der kommunistische Widerstand von vornherein strukturell auf Öffentlichkeit hin angelegt. Der faschistischen Herrschafts- und Zwangsöffentlichkeit eine oppositionelle Öffentlichkeit entgegenzusetzen, war daher oberstes Ziel der Untergrundorganisation. Ihr wichtigstes Mittel war in den ersten Jahren der Diktatur die Verbreitung oppositioneller Schriften aller Art. Ihre Funktion war viel-

fältig. Sie sollten zunächst und vor allem die Existenz der illegalen Organisation nachweisen, auf diese Weise gegen Vereinzelung und Resignation angehen und zur aktiven Gegnerschaft ermutigen. Über diesen Signalwert hinaus übermittelten sie in unterschiedlichster Form unterdrückte Informationen, Hinweise auf Widersprüche der NS-Politik und Ansatzpunkte oppositioneller Agitation, zusammenfassende Beurteilungen der politischen Lage in der Region und im Reich, Hinweise auf erfolgversprechende konspirative Techniken und die Notwendigkeit ihrer Beachtung sowie Ratschläge für das Verhalten bei Verhören und vor Gericht.

<sup>228</sup> Zur Biographie siehe J. Kammler/D. Krause-Vilmár (Hrsg.): a.a.O., S. 351 ff. (1). <sup>229</sup> Ernst Lohagen wurde 1938 nach dreijähriger Untersuchungshaft zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt, seine Frau nach dreijähriger Zuchthausstrafe im KZ inhaftiert. – Zur Biographie siehe auch den Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band, Anm. 139. <sup>230</sup> Traugott Eschke, geb. 2. 1. 1895 in Kerstenhausen, Schlosser, lange Jahre Gemeindevertreter in Harleshausen, KPD-Kreistagsmitglied seit 1924, im März 1933 erstmals inhaftiert, seit Juli 1934 ununterbrochen in Haft. 1934 vom OLG Kassel freigesprochen (OJs 64/34), von der Gestapo für 4 Jahre in „Schutzhaft“ genommen, 1938 vom Volksgerichtshof zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt (8J 337/37g). Am 8. 1. 1943 verstorben. <sup>231</sup> Fritz Schmidt, geb. 20. 10. 1904 in Hannoversch-Münden, Maler von Beruf, seit 1922 Mitglied des KJVD und später der KPD, 1932 Kandidat für die Reichstagswahlen, im Februar 1936 verhaftet, 1937 vom OLG Kassel zu vierinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt (OJs 203/36) und anschließend in den Konzentrationslagern Sonnenburg und Sachsenhausen bis zur Befreiung Anfang Mai 1945 in Haft. Überlebte den Hungermarsch nach der Evakuierung des KZ Sachsenhausen. 1979 in Kassel verstorben. <sup>232</sup> Wilhelm Pfromm, geb. 6. 10. 1905 in Sandershausen/Krs. Kassel, Heizer. Seit 1926 einer der Köpfe der „Freien Jugend“. Im Oktober 1933 erstmals in Gestapohaft, im August 1936 vom OLG Kassel verurteilt (OJs 31/36). Am 12. 11. 1942 im Zuchthaus Bochum verstorben. <sup>233</sup> Wilhelm Büchling, geb. 17. 1. 1898 in Kassel, Bauarbeiter, seit 1925 KPD-Mitglied, im April 1934 vom Kasseler Sondergericht zu vier Jahren Gefängnis wegen Landfriedensbruchs verurteilt (S3 J 1137/33), danach bis zum April 1945 in KZ-Haft, zuletzt im KZ Sachsenhausen. <sup>234</sup> Siehe die dokumentierte biographische Skizze in J. Kammler/D. Krause-Vilmár (Hrsg.): a.a.O., S. 364 ff. (1), sowie Ellen Gruska/Monika Nentwig: Kurt Finkenstein – Ein Leben für die Befreiung der Menschheit (1893–1944), Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel, 1984. <sup>235</sup> Siehe J. Kammler: „Ich habe die Metzerei satt...“, a.a.O., S. 163 ff. (5).

Die Aktivität der kommunistischen Untergrundorganisation in Kassel und Nordhessen beweist die außerordentliche Bedeutung, die dieser Praxisform des Widerstandes beigemessen wurde. Im Unterschied zu den Sozialdemokraten, die sporadisch und in geringem Umfang Informationsmaterial von ihrer Auslandsorganisation bezogen, bemühte sich die Kasseler KPD in der Frühphase der Diktatur immer wieder darum, neben der Verbreitung des von außen kommenden Materials in eigener Regie Zeitungen, Flugblätter und Handzettel herzustellen. So wurden zunächst 1933 von einer KJVD-Gruppe, dann 1934 von der KPD-Bezirksleitung einige Nummern der Zeitschrift „Der Kämpfer“ herausgegeben und in mehreren hundert Exemplaren verbreitet.<sup>236</sup> Eine regelmäßige Herausgabe des Blattes war durch die schnelle Aufeinanderfolge der Verhaftungen nicht möglich. Dadurch aber, daß kleine und noch nicht entdeckte kommunistische Gruppen kleine Zeitungen, Flugblätter und Streuzettel herstellten, tauchten zur Verblüffung der Kasseler Gestapo in den Jahren bis 1936 trotz der ständigen Repression neben den nach Nordhessen eingeschleusten illegalen Schriften immer wieder eigenständige Zeugnisse des regionalen KPD-Widerstandes auf. So wurde z. B. von einer Kasseler Fünfergruppe eine Zeitlang unter dem Titel „Die Wahrheit“ eine kleine Zeitung im Umfang von 4 bis 6 Seiten hergestellt. Dazu erhielt und verbreitete die Gruppe pro Woche etwa 100 Exemplare der „Roten Fahne“, des Zentralorgans der illegalen KPD.<sup>237</sup> Die auf Dünndruckpapier und im Kleinstformat gedruckte „Rote Fahne“ wurde über Kurier bis 1936 in größerer Stückzahl nach Kassel gebracht; einer Anklageschrift zufolge sollen alle 14 Tage 1000 Exemplare nach Kassel gelangt sein.<sup>237a</sup> Daneben wurden zeit-

weise das Zentralorgan des KJVD, „Die junge Garde“, die in Hannover gedruckte illegale „Neue Arbeiter Zeitung“ und einzelne Flugschriften in den Bezirk geschleust.<sup>238</sup> Darunter befanden sich unauffällig aufgemachte Tarnbroschüren, die allerdings nur in kleiner Stückzahl nach Kassel gelangten. „Da gab es 5 oder 6 verschiedene Sorten von Broschüren, eine mit einer Opel-Reklame auf der ersten Seite, und wenn man dann weiterblätterte, dann wußte man, daß es sich um politisches Aufklärungsmaterial handelte.“<sup>239</sup> Die wachsenden Schwierigkeiten und Risiken des Transports illegaler Schriften und die günstige Lage Kassels ließen bei der KPD-Zentrale den Plan entstehen, in Kassel illegales Material, insbesondere die „Rote Fahne“ zu drucken und von dort aus reichsweit zu verteilen. Über den illegalen Bezirksfunktionär Max Dahlhaus und den Druckereibesitzer Moritz Zahnwetzler aus Sandershausen bei Kassel, der bis in das Frühjahr 1933 Schriften der KPD gedruckt hatte, wurde der mit Zahnwetzler befreundete Druckermeister Karl Eckerlin für den Plan gewonnen. Eckerlin – bis 1933 Bezirksvorsitzender der Buchdrucker-Gewerkschaft, Gau-Obmann der „Naturfreunde“ und Angehöriger des ISK seit 1926 – sollte unter seinem Namen und mit finanzieller Unterstützung der KPD eine eigene Druckerei in Kassel eröffnen.<sup>239a</sup> Zur Abwicklung des Vertriebs sollte offenbar eine Firma für Geschenkartikel dienen, die über ein reichsweites Vertreternetz verfügte und der ein Kasseler Kommunist als stiller Teilhaber angehörte.<sup>239b</sup> Die weitgediehenen Vorbereitungen – die Maschinen für Eckerlins Druckerei waren bereits bestellt – wurden durch die Verhaftung von Dahlhaus und anderen Kommunisten unterbrochen, so daß es nicht zur Ausführung des Plans kam.<sup>240</sup>

<sup>236</sup> Vgl. hierzu und zum folgenden W. Belz: a.a.O., S. 111 ff.; C. Fischer-Defoy: a.a.O., S. 112 ff., 144 ff. (9). <sup>237</sup> Siehe Bericht Alfred Waschkowitz (1976 – C. Fischer-Defoy). – Alfred Waschkowitz, geb. 18. 11. 1908 in Hamburg. Technischer Zeichner, später Konstrukteur. Als Jugendlicher zunächst Anschluß an die Wandervogel-Bewegung, später zur Arbeiterjugend. 1926–1929 Leiter einer Gruppe der „Roten Falken“ in Kassel. Seit 1931 Student der Kunstgewerbeschule in Kassel. 1932 Beitritt zur KPD; 1933 Mitarbeit im kommunistischen Widerstand. Ende 1933 verhaftet und zu einhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. <sup>237a</sup> Anklageschrift gegen Moritz Zahnwetzler und Karl Eckerlin vom 15. 8. 1936, Generalstaatsanwalt Kassel (WG-Akte Karl Eckerlin). – Siehe auch den Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band, Anm. 168. – Moritz Zahnwetzler, geb. 14. 4. 1884 in Meschede; Drucker und Verleger. Seit 1908 Besitzer einer gutgehenden Druckerei in Sandershausen/Krs. Kassel. 1907 SPD-Beitritt, 1917–1922 USPD. Seitdem parteiloser Sozialist und Pazifist. Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. Druckte 1933 illegale KPD-Flugblätter und versteckte verfolgte Kommunisten. 1933 von der SA in Sandershausen verhaftet und mißhandelt. Im Juli 1935 von der Gestapo verhaftet und nach 15-monatiger Untersuchungshaft zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Danach bis 1940 im KZ Buchenwald. Nahm 1941/42 an Kasseler Treffen von Angehörigen der Gruppe „Aufbruch“ um den Hauptmann a. D. und früheren Freikorps-Führer Dr. Josef (Beppo) Römer teil, der mit dem KPD-Widerstand kooperierte und 1944 hingerichtet wurde. 1944 trotz seines Alters zu Schanzarbeiten am Westwall und später zum Militärdienst eingezogen. Trat 1945 wieder der SPD bei. Gab in seinem Verlag pazifistische Schriften heraus. Moritz Zahnwetzler starb 1951 in Kampen/Sylt. – Zu Karl Eckerlin siehe in diesem Band: Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes, Anm. 168. <sup>238</sup> Siehe die Berichte von Willi Belz (1976), Karl Kuba (1977), Otto Hartung (1976), Georg Merle (1976), Willi Walberg (1976), Fritz Schmidt (1976) sowie die in Anmerkung 222 genannten Urteilschriften. – Zu Willi Walberg, geb. 2. 7. 1899 in Kassel; Maurer. KPD-Mitglied seit 1925. Erstmals verhaftet im Mai 1933. Von Juli 1933 bis Mai 1934 im KZ Breitenau und im Emsland-Lager Papenburger Moor in Haft. Wegen Beteiligung an der KPD-Widerstandsorganisation im Januar 1936 erneut verhaftet und im August 1937 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach Verbüßung der Zuchthausstrafe bis April 1945 im KZ Sachsenhausen. <sup>239</sup> Bericht Fritz Schmidt (1976). – Siehe auch das Register der Tarnumschlagtitel bei Jürgen Stroech: Die illegale Presse. Eine Waffe im Kampf gegen den deutschen Faschismus, Frankfurt a. M. (1979), S. 295 ff. <sup>239a</sup> Siehe Anklageschrift gegen Moritz Zahnwetzler und Karl Eckerlin (237a). <sup>239b</sup> Siehe Bericht Karl Kuba (1977) und Angaben in der WG-Akte Fritz Wulf. <sup>240</sup> Bei W. Belz (a.a.O., S. 112) und C. Fischer-Defoy (a.a.O., S. 149) wird irrtümlich davon ausgegangen, daß das Vorhaben realisiert worden sei.

Abgesehen von den Flugblättern und Streuzetteln wurden die illegalen Zeitungen und Flugschriften an Mitglieder und Sympathisanten der illegalen Organisation sowie an zuverlässig erscheinende Kollegen und Bekannte verkauft. „Der Verkauf war ja die höhere Form der Verteilung, denn durch den Erwerb kam auch die Verbindung zur Partei zustande. Und deshalb haben wir Wert auf den Verkauf gelegt und nicht auf die Verteilung.“<sup>241</sup> Die Tatsache, daß die Schriften in der Regel nicht lediglich verteilt wurden, sondern daß kassiert und nachkassiert wurde, erwies sich als großes Manko, da die Gestapo zusätzliche Anhaltspunkte erhielt und die Gerichte die Bezahlung als aktive Unterstützung des kommunistischen Widerstandes auslegen konnten.<sup>242</sup> Die Strafsenate des Kasseler Oberlandesgerichts verwendeten – wie die Urteilschriften der Hochverratsverfahren in ermüdender Ausführlichkeit zeigen – den Großteil ihrer Mühe darauf, die Tatsache der Bezahlung und die Zahl der gekauften Exemplare zu klären, um die Angeklagten als Beteiligte der illegalen Organisation verurteilen zu können. Die Gestapo, die selbst dem geringsten Zeichen öffentlicher kommunistischer Aktivität größte Bedeutung beimaß, erfaßte systematisch die von ihr entdeckten und bei ihr abgelieferten KPD-Zeitungen, Flugblätter und Streuzettel und verzeichnete akribisch Datum, Fundort, Inhalt, Format, Drucktechnik, Herkunft usw.<sup>243</sup> Diese Gestapo-Listen informieren darüber, daß die „Rote Fahne“ und andere Flugschriften nicht nur verkauft, sondern gelegentlich in Briefkästen gesteckt, in den Fluren großer Mietshäuser plaziert oder von Hand zu Hand weitergegeben wurden. Die Gestapomeldungen wie die Berichte von Beteiligten weisen aber auch darauf hin, daß durch die permanente Präsenz des Verfolgungsapparates und die regelmäßigen Verluste der illegalen Organisation das Umfeld, das für eine Verteilung der illegalen Presse in Frage kam, immer mehr schrumpfte und zunehmend auf den engeren Kreis der regelmäßig oder gelegentlich aktivierten Kommunisten eingengt wurde. Selbst viele der aus der Haft entlassenen und in die Betriebe zurückkehrenden Kommunisten wurden nicht mehr erreicht und sahen sich von jeder Verbindung zum organisierten Widerstand abgeschnitten. Die meisten ehemals kommunistischen Arbeiter, die sich nicht mit dem NS-Regime aussöhnten, aber an der

Peripherie des Widerstandes blieben, dürften die Situation ähnlich wie in dem folgenden Bericht dargestellt erfahren haben: „An illegaler Arbeit habe ich nicht teilgenommen. Die meisten waren weg – der Genosse Hartung, der 9 Jahre weg war, Ernst Ulbrich, der mich in die Partei aufgenommen hat, der war im Moor, Karl Montag, der Hauptliteraturobmann von Kassel, war im Moor.“<sup>244</sup> „Ich habe in den Jahren 1934 und 1935 von einem Sozialdemokraten Engelke regelmäßig eine Zeitung bekommen, ich glaube sie hieß ‚Blick in die Zeit‘. Der brachte sie direkt in die Wohnung... Das ist bis 1935 gewesen und dann war es mit einem Mal aus... In den Jahren 1935/36 habe ich dann auch einige Male von dem Martin Hartmann die ‚Rote Fahne‘ bekommen; aber den hat man ja dann auch verhaftet... Ich habe aber nur Zeitungen für mich bekommen; ich habe selbst keine weiterverteilt. Tarnbroschüren habe ich keine bekommen. Die Zeitungen hat man dann immer, wenn man sie gelesen hatte, im Betrieb irgendwo hingelegt, wo sie ein anderer finden mußte.“<sup>245</sup>

In den ersten drei Jahren der Diktatur versuchten die kommunistischen Widerstandsgruppen immer wieder, die Einengung auf den kleiner werdenden Kreis derjenigen, die noch „bei der Stange blieben“, zu durchbrechen. Vor allem 1933 drängten insbesondere junge Kommunisten darauf, den durch die Niederlage der Arbeiterbewegung und die Verfolgung der ersten Monate ausgelösten Schock zu überwinden und durch spektakuläre Aktionen ihre ungebrochene Widerstandsbereitschaft unter Beweis zu stellen. Da die meisten Parteifunktionäre verhaftet waren, übernahmen Angehörige des Kasseler KJVD „stellvertretend für die Partei die Organisierung bestimmter Aktionen“.<sup>246</sup> Aus einer nicht selten von einer Art revolutionärer Romantik geprägten Stimmung heraus wurden demonstrative öffentliche Aktionen geplant und durchgeführt, die das Verfolgungsrisiko häufig souverän mißachteten. Noch im Juni 1933 bewegte man durch überall in der Stadt verteilte Klebezettel und Mund-zu-Mund-Propaganda zahlreiche Nazigegner dazu, zu einer NS-Großveranstaltung mit dem Gauleiter Weinrich in die Kasseler Stadthalle zu kommen, wo Weinrichs Rede mehrfach von Mißfallenskundgebungen unterbrochen und zum tumultuarischen Schluß Lieder der Arbeiterbewegung angestimmt wurden. Mehrfach wurden zur Frühschicht vor

<sup>241</sup> Bericht Karl Kuba (1976). <sup>242</sup> Siehe die Kritik im Bericht von Georg Merle (1976). <sup>243</sup> Siehe die von der Gestapostelle Kassel zusammengestellten „Nachweisungen über alle erfaßten kommunistischen Flugschriften und Hetzschriften pp.“ für die Zeit von Mitte 1934 bis Anfang 1935 (IML/ZPA, P St 3/37). <sup>244</sup> Gemeint waren die gefürchteten Straflager und späteren KZ in den Mooren des Emslandes. – Siehe E. Kosthorst/B. Walter: Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland, 4 Bde., Düsseldorf 1983. <sup>245</sup> Bericht Heinrich Aschenbrandt (1977) – Heinrich Aschenbrandt, geb. 5. 1. 1900 in Bergen/Krs. Witzenhausen. Metallarbeiter. 1919 Mitglied der USPD, 1920 zur KPD übergetreten. Literatur-Obmann für die Kasseler Stadtteile Rothenditmold und Kirchditmold. Im Frühjahr 1933 in „Schutzhaft“. Von 1934 bis 1943 Arbeiter bei Henschel. Wurde denunziert, weil er gegen die Mißhandlung von russischen Kriegsgefangenen protestiert hatte. 1943 zur Wehrmacht eingezogen. <sup>246</sup> Siehe hierzu und zum folgenden die Berichte von Willi Belz (1976) und Alfred Waschowitz (1976) sowie W. Belz: a.a.O., S. 59 ff. (9).

den Kasseler Großbetrieben, in einem Kasseler Kaufhaus oder von Lastwagen aus in den Orten des Kasseler Umlandes große Mengen von Handzetteln mit politischen Parolen verstreut. Am Blitzableiter eines Ziegelei-Schornsteins wurde eine große rote Fahne gehißt, die schwer zu entfernen war, da die Sprossen der Steigleiter angesägt waren. Zur Kasseler Herbstmesse ließen junge Kommunisten eine Ballon-Traube aufsteigen, die ein großes Transparent mit der Aufschrift „Nieder mit dem Faschismus“ trug. Bretterzäune, Unterführungen, öffentliche Gebäude und Fahrbahnen wurden in nächtlichen Aktionen mit Parolen wie „Hitler bedeutet Krieg“ bemalt. Mit der Verhaftung von mehr als zwanzig KJVD-Angehörigen im Oktober 1933 war diese Phase spektakulärer Aktionen, die auch von jungen Sozialdemokraten als erstes Hoffnungszeichen wahrgenommen wurden, beendet.

Danach sahen sich die noch bestehenden Gruppen zu wesentlich vorsichtigerem Handeln gezwungen. Über die fortwährenden Anstrengungen der Reorganisation, über Verteilung illegaler Schriften und Beitragskassierung hinaus ergaben sich ab 1934 nur selten Möglichkeiten, öffentlich wirksam zu werden und Einfluß auf die Haltung der Arbeiterschaft zu nehmen. Eine Gelegenheit boten die Vertrauensratswahlen der Jahre 1934 und 1935, die vor allem in den Kasseler Großbetrieben und bei der städtischen Verkehrsgesellschaft trotz aller Manipulation zum Teil nicht die erwarteten Ergebnisse brachten.<sup>247</sup> Die wenigen Kommunisten, die bereits wieder Arbeit in den großen Betrieben gefunden hatten, mußten allerdings besonders vorsichtig agieren, da sie mit ständiger Überwachung rechnen mußten. Mehr Spielraum ergab sich lediglich auf den Autobahn-Baustellen und bei den öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprojekten, wo sich viele dienstverpflichtete Arbeitslose – unter ihnen nicht zuletzt aus der Haft entlassene Kommunisten und Sozialisten – sammelten. Angesichts der extrem niedrigen Bezahlung und der schlechten Arbeitsbedingungen waren hier unter den Arbeitern Unzufriedenheit und Kritik am Regime sehr verbreitet, die Ansatzpunkte für politische Diskussionen boten und sich gelegentlich in Akten kollektiven Aufbegehrens verdichteten.<sup>248</sup> In der Absicht, die kommunisti-

schen Arbeiter aus den größeren Betrieben, vor allem den Rüstungsbetrieben, fernzuhalten, nahm die Gestapo diese Entwicklung nicht nur in Kauf, sondern betrieb geradezu eine Politik der Konzentration des Unzufriedenen-Potentials, indem sie mit dem Wohlfahrtsamt der Stadt Kassel vereinbarte, „alle ehemaligen Angehörigen und Funktionäre der KPD, soweit sie aus den Konzentrationslagern entlassen sind, als Pflichtarbeiter unterzubringen“. Diese Abmachung, die sicherlich die Kontrolle erleichterte, habe sich „bewährt“.<sup>249</sup> Diese Situation veränderte sich nach 1936 entscheidend, als im Zuge der Hochrüstung auch die kommunistischen Facharbeiter wieder zu gesuchten Arbeitskräften wurden.

Neben den kleineren Gruppen, die dem organisierten Widerstand im engeren Sinne zuzurechnen waren und deren öffentlicher Wirkungsraum immer geringer wurde, entwickelten sich in den Jahren 1933 bis 1936 auch bei den Kommunisten jene Formen des Rückzugs auf die durch gemeinsame Gesinnung und lange Vertrautheit verbundene und geschützte Solidargemeinschaft, die für die nicht in den NS-Staat integrierten Anhänger der unterdrückten Arbeiterbewegung insgesamt charakteristisch waren. Kontakte zwischen befreundeten Familien, gemeinsame Wanderungen, kleine Runden in Wohnungen, Kneipen, Vereinen, Betrieben oder Kleingartenkolonien dienten der Wahrung des Zusammenhalts, dem politischen Informationsaustausch und der wechselseitigen Hilfe in Notlagen.<sup>250</sup> Von besonderer Ausstrahlung waren die Treffen bei dem Kasseler Dentisten Kurt Finkenstein, der „in der Zeit vom Herbst 1933 bis zu seiner Verhaftung im Juli 1935 einen Kreis meist intellektueller Kommunisten um sich gebildet“ hatte, „der in regelmäßigen Zusammenkünften Freitag abends und Sonntag nachmittags in der Wohnung des Finkenstein zusammentraf, mehrmals auch in verschiedener Zusammensetzung gemeinsame Sonntagsausflüge unternahm“.<sup>251</sup> Nach der hölzernen Darstellung des Kasseler Oberlandesgerichts wurden bei den Zusammenkünften „die Teilnehmer vom Angeklagten bewirtet, die Männer spielten meist Skat, die Frauen machten Handarbeiten, besuchten gelegentlich auch Kinovorstellungen. Neben den geselligen Zwecken

<sup>247</sup> Siehe den Bericht der Gestapostelle Kassel vom 9. 5. 1934 über den Verlauf der Vertrauensratswahlen 1934 (StA Marburg, 165/3884) und den vom ISK herausgegebenen Reinhart-Brief vom März 1935, der die Ergebnisse bei der Firma Henschel für das Jahr 1935 enthält. Siehe dazu auch weiter unten den Abschnitt über den Widerstand der kleinen Linksgruppierungen. <sup>248</sup> Siehe z. B. den Bericht von Georg Merle (1976) sowie den Abschnitt 3. <sup>249</sup> Lagebericht der Gestapostelle Kassel vom 5. 7. 1934 (StA Marburg, 165/3949). <sup>250</sup> Siehe dazu oben den Abschnitt über die Kasseler Sozialdemokraten sowie die dort herangezogenen Lageberichte der Gestapo und des Regierungspräsidenten. <sup>251</sup> Urteil des OLG Kassel gegen Friedrich Herbordt u. a. vom 7. 12. 1937 (OJs 123/36) – Friedrich Herbordt, geb. 20. 11. 1899 in Kassel, Journalist. Arbeitete zunächst bei der „Kasseler Allgemeinen Zeitung“ und der „Waldecker Zeitung“, seit 1922 als Bauarbeiter, Bergarbeiter, Bankangestellter, Maler und Graphiker. Zeitweise Puppenspieler in einem Göttinger Marionetten-Theater. Sympathisierte seit Ende der zwanziger Jahre mit der KPD. Gehörte zu dem politisch-literarischen Diskussionskreis um Kurt Finkenstein. Ende 1933 verhaftet und kurzzeitig im KZ Breitenau inhaftiert. Im Februar 1934 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. 1937 wegen seiner Verbindung zum Finkenstein-Kreis zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Danach bis Anfang 1944 als Gestapo-Häftling in Schutzhaft; zeitweilig auf der Dienststelle des Höheren SS- und Polizeiführers beschäftigt. 1945 Spruchkammer-Vorsitzender in Kassel. Seit 1946 Redaktionsmitglied der Kasseler „Hessischen Nachrichten“. Herbordt starb 1958 in Kassel.

dienten diese Zusammenkünfte nach dem Willen des Angeklagten auch dem politischen Zweck, die Teilnehmer, die fast sämtlich kommunistisch eingestellt waren, weiter in dieser Haltung zu beeinflussen und zu bestärken. Der Angeklagte war tonangebend in dieser Richtung. Die Unterhaltung, die regelmäßig auch auf das politische Gebiet kam, besprach vom Standpunkt kommunistischer Kritik aus politische Tagesereignisse. Die Nachrichten ausländischer Tageszeitungen wurden mit zersetzender Kritik an den Maßnahmen der Regierung erörtert, die führenden Männer der Regierung wurden beschimpft... Gelegentlich der Saarabstimmung trat man für den Status-quo-Gedanken ein... Der Angeklagte scheute sich nicht, derartige Gespräche auch in Anwesenheit von Personen zu führen, von denen er nicht annehmen konnte, daß sie kommunistisch eingestellt waren... Der Angeklagte war auch im Besitz einer seiner jüdisch-marxistischen Einstellung entsprechend ausgesuchten Bücherei, aus der er den Teilnehmern vielfach Bücher auslieh... Die organisatorische Tätigkeit für die illegale KPD... wurde bei der allgemeinen Unterhaltung in dem Zirkel nicht erörtert. Doch war dem Angeklagten bekannt, daß ein großer Teil der Beteiligten innerhalb der illegalen Organisation tätig war... Die Treffen hätten auch dem Zweck gedient, „den in der illegalen KPD tätigen Teilnehmern Besprechungen über organisatorische Maßnahmen zu ermöglichen“.<sup>252</sup>

Wie sich auch aus den Berichten Beteiligter ergibt, war die Wohnung von Kurt Finkenstein in den Jahren 1934 und 1935 – wie schon vor 1933 – in erster Linie ein Ort intellektuell freier und solidarischer Geselligkeit, mehr politisch-literarischer Salon, Stätte offenen politischen Gedankenaustauschs und Zufluchtsort ausgegrenzter Linksinтеллектуeller wie auch verfolgter Kommunisten, als Zentrum der kommunistischen Untergrundorganisation. Finkenstein selbst hatte offenbar keinerlei feste Funktion in der illegalen Bezirksorganisation inne.<sup>253</sup> 1925 wegen ihres politischen Kurses aus der KPD ausgetreten, hatte er sich ihr erst 1932 wieder angeschlossen, da er von den Kommunisten den entschiedensten Kampf gegen die zur Macht drängenden Nationalsozialisten erwartete. Als unorthodoxer, vielseitig interessierter und gebildeter Intellektueller, der durch seine Offenheit, Warmherzigkeit und Hilfsbereitschaft die Anerkennung und Zuneigung vieler Linker in Kassel gewann, war er eher das genaue Gegenteil eines vorsichtig agierenden und umsichtig getarn-

ten Illegalen. Das mußten selbst die NS-Richter einräumen. Was die Verfolgungsbehörden des Regimes zu Recht fürchteten und zu vernichten trachteten, war die mit der Person Kurt Finkensteins verbundene Ausstrahlung eines Ortes geistiger Freiheit, kritisch-politischer Analyse und solidarischer Menschlichkeit.

In seinen Motiven verwandt, in seinem Agieren aber von ganz anderem Zuschnitt war der Zusammenhalt von Angehörigen der früheren „roten“ Theatergruppe „Rigoletto“, die bis 1933 mit ihren Aufführungen vor allem das Karlsruhospital, eine Einrichtung der Obdachlosenfürsorge, unterstützt hatte. „Wir sind 1933 sofort verboten worden, weil wir Arnoldsche und Bachsche Schwänke spielten. Und das waren ja Juden... Weil wir so gut waren, da traten sie wieder an uns heran und wir mußten wieder aufmachen.“<sup>254</sup> Nach einem längeren Bericht des Kasseler SD waren die meisten Mitglieder der fast durchweg aus Arbeitern bestehenden Theatergruppe 1933 in eine Laienspielgruppe übernommen worden, die von der Kulturabteilung der Gauleitung in Verbindung mit der Inneren Mission gegründet worden war, um Weihnachtsskrippenspiele in den Kirchen des Kasseler Raums aufzuführen. „Als man bei der Probe merkte, wes Geistes Kind sie waren, wurden sie sofort aus dieser Laienspielgruppe ausgeschlossen und durch andere ersetzt.“ Die danach von den Ausgeschlossenen gebildete „Theatergruppe Meyer“ fand sich mit der Verweigerung der Spielgenehmigung durch die Gau-Kulturabteilung nicht ab, sondern wandte sich an das Reichspropagandaministerium mit „der ungeheuerlichen Behauptung, daß die Kulturabteilung hier eine Kulturarbeit im nationalsozialistischen Sinne unterbinde“. Nach Intervention der Gau-Propagandastelle, die die Entscheidung der Kulturabteilung bestätigte, „hörte man eine Zeitlang nichts mehr von der ‚Theatergruppe Meyer‘, bis sie dann im September 1934 mit einem Theaterabend zugunsten des SA-Sturmes III/83 wieder auf der Bildfläche erschien“. Der SD äußerte den Verdacht, daß dieser SA-Sturm „stark von ehemaligen kommunistischen Elementen durchsetzt“ sei, so daß „wohl in absehbarer Zeit die Auflösung des Sturmes erfolgen“ werde.<sup>255</sup> Die Gestapo reagierte relativ gelassen. Zwar bestehe der Theaterverein, der „heute noch regelmäßig seine Versammlungs- und Gesellschaftsabende“ abhalte, „zum größten Teil aus ehemaligen Angehörigen der KPD, die heute aus ihrer staatsfeindlichen Gesinnung keinen Hehl machen“. Von einer

<sup>252</sup> Urteil des OLG Kassel gegen Kurt Finkenstein vom 9. 11. 1937 (OJs 265/37). <sup>253</sup> Bei C. Fischer-Defoy (a.a.O., S. 144 – 9) wird er als Mitglied der illegalen Bezirksleitung aufgeführt. Gegen diese Annahme sprechen sowohl seine politische Biographie, als auch die Urteilsbegründung und vor allem die Berichte von Angehörigen des Finkenstein-Kreises. Siehe auch Ellen Gruska/Monika Nentwig: a.a.O., S. 55 ff. (234) sowie den Bericht von Karl Wack (1976). <sup>254</sup> Bericht Ludwig Stephan (1976). <sup>255</sup> SD-Meldung vom 12. 12. 1934 über eine „KPD-Theatergruppe“ (HHStA Wiesbaden, 483/6753). Diesem Bericht ist eine Liste mit 18 Mitgliedern der „Theatergruppe Meyer“ angefügt.

„Auflösung“ der Gruppe werde jedoch „zunächst abgesehen, weil die Gelegenheit besteht, sämtliche Zusammenkünfte vertraulich zu überwachen.“<sup>256</sup>

Das Agieren der Theatergruppe Meyer ist ein Beispiel für den auch von anderen Gruppen aus den Arbeiter-Kulturorganisationen unternommenen und von den Verfolgungsinstanzen mit großem Argwohn beobachteten Versuch, Nischen im NS-Organisations- und Kulturbetrieb zu finden, in denen der Zusammenhalt und ein Stück der eigenen politischen Identität gewahrt werden konnten. Der Verdacht der Behörden richtete sich dabei besonders auf Freizeitgruppen der Betriebe und Werkvereine, da diese in erster Linie „der Gefahr kommunistischer Zellenbildung ausgesetzt“ seien.<sup>257</sup> Bemerkenswert an der Kasseler Arbeiter-Theatergruppe war, daß sie sich durch die Zugehörigkeit einiger ihrer Mitglieder zur SA abzusichern suchte, von einem als politisch suspekt geltenden SA-Sturm offenbar gestützt wurde und auf dieser Grundlage recht offensiv gegenüber der Gauleitung aufzutreten wagte. Für regimekritische Aktivitäten waren einer solchen Gruppe, die über die Wahrung des Zusammenhaltes hinaus zunächst noch auf Öffentlichkeit zielte, jedoch sehr enge Grenzen gesetzt, da sie genauester Beobachtung sicher sein konnte.

Manche der aus der Haft entlassenen Kommunisten mieden aus Furcht vor der „Durchlässigkeit“ der Untergrund-KPD und erneuter Verhaftung jeden engeren Kontakt zur illegalen Organisation. „Und dann hat man sich halt so durchgeschlagen. Man hatte seinen Freundeskreis und ich war dann nicht mehr in der Partei tätig; das war in den Jahren 1934/35. Ich hatte Verbindung zu anderen Menschen, die keine Nazis waren... Wir waren nachher eine kleine Gruppe von vier Leuten. Man hat dann diskutiert, aber eine illegale Arbeit im Sinne der KPD war es eben nicht. Wir sind z. B. einmal nach Luxemburg gefahren – das war in der Zeit nach dem ‚Röhm-Putsch‘ im Juni 1934 – und haben uns Zeitungen gekauft... Die hatten als Thema die Vorgänge um den 30. Juni. Und diese Zeitungen gaben wir dann auch an Freunde weiter.“<sup>258</sup>

Im Unterschied zu jenen, die – noch nicht entdeckt – Kontakt zur illegalen Organisation hielten oder sich auf einen verlässlichen Freundeskreis zurückziehen konnten, gerieten viele verfolgte Kommunisten auch schon in den Jahren bis 1936 zunehmend in die Lage, persönlich isoliert und von solidarischen Bezügen weithin abgeschnitten zu sein. Dies traf zunächst für die Situation des „untergetauchten“, von der Polizei gesuchten Illegalen selbst zu,

Vor allem für die von der KPD-Zentrale in den nordhessischen Bezirk geschickten Funktionäre, aber auch für die Kasseler Kommunisten war es außerordentlich schwierig, sich im Untergrund zu „halten“. Familie, Freunde und Bekannte konnten nur im äußersten Notfall aufgesucht werden; sie waren zumeist der Gestapo bekannt und wurden beobachtet. In die Dörfer des Umlandes auszuweichen, war in der Regel ebenfalls gefährlich, da man schnell als Fremder auffiel. Eine Ausnahme war der Kasseler Bezirksfunktionär Georg Merle, der in den 20er Jahren als Landarbeiter in Nordhessen gearbeitet hatte und dem seine genauen Kenntnisse des ländlichen Raumes und die damals geknüpften Beziehungen dabei halfen, sich ein Jahr lang der Gestapo zu entziehen. Obwohl sich für ihn „das schnelle Zurückgehen von dem städtischen Milieu auf das ländlich-bäuerliche Milieu“ als Vorteil erwies, war auch er ständig gehetzt und auf der Flucht. „Es konnte sein, daß man eine Sache organisiert hatte und irgendwie war es schiefgegangen; drei oder vier Leute sind verhaftet worden. Das war ein Indiz dafür, daß ich verfolgt wurde. Du mußt alles umstellen, unter Umständen auch mal vierzehn Tage, drei Wochen von der Bildfläche verschwinden und alle bisher festgelegten Treffs und Absprachen liegenlassen. Nach einer gewissen Zeit hast du wieder Verbindung durch einen Zweiten oder Dritten aufnehmen lassen. Ich bin meinetwegen ins Eichsfeld, in die Söhre, die Hinterdörfer oder habe mich ganz mucksmäuschenstill in einer Laube in Wegmanns Obstpark aufgehalten. Die Quartiergeber hatten auch Angst... Es ist vier-, fünfmal passiert, daß ich mein Quartier durch das Fenster verlassen mußte. Oder die Leute haben gesagt: ‚Komm ja nicht rein, da wird gerade die Jauchegrube ausgepumpt, weil sie einen in Öl gewickelten Karabiner rausholen wollen. Geh nicht dahin, sie sind da.‘ Anfangs hat die sympathisierende Bevölkerung noch gewarnt. Es war ja nicht gleich so, daß du in Wegmanns Obstpark oder nach Wellerode oder Oberkaufungen gegangen bist... Du hattest immer die Schlinge um den Hals. Du hast manchmal argwöhnisch um dich geguckt und zehnmal überlegt, ob du in die Haustür hineingehst. Es ist auch vorgekommen, daß ein früherer Funktionär aufs Kreuz gefallen ist, der dann sagte: ‚Wenn Du nicht machst, daß Du aus dem Haus kommst, benachrichtigte ich die Polizei.‘“<sup>259</sup>

Wer wie der aus einem anderen Bezirk nach Kassel gewechselte Instrukteur Erich Kops in Nordhessen fremd war, nur gelegentlich mit zwei oder drei Kontaktpersonen Verbindung aufnehmen konnte und zudem über kein

<sup>256</sup> Lagebericht der Gestapostelle Kassel vom 5. 12. 1935 (StA Marburg, 165/3965). <sup>257</sup> Rundschreiben des Amtes Information der Deutschen Arbeitsfront an alle Abwehr-Referenten vom 30. 9. 1935 (HHStA Wiesbaden, 483/6753). <sup>258</sup> Bericht Karl Wack (1976). <sup>259</sup> Georg Merle in: G. Müller: a.a.O., S. 126 ff. (174).

Geld verfügte, mußte den Bezirk – wollte er nicht die schnelle Verhaftung provozieren – bald wieder verlassen.<sup>260</sup> Manche schlugen sich eine Zeitlang als Hausierer und Vertreter durch, liefen aber ständig Gefahr, bei einer der zahlreichen Kontrollen aufzufallen. Ältere Kommunisten mit Familie kamen für das „Abtauchen“ in den Untergrund nicht in Frage: „Der größere Teil der illegalen Funktionäre der Partei, die nachher in die Zuchthäuser und Konzentrationslager gewandert sind, das war die junge Generation, die damals zwanzig- bis dreißigjährigen. Die Alten mit den Schnurrbärten, die einen Klotz am Bein hatten, die Familie, die waren das nicht. Der ledige, der junge Funktionär ist der Prototyp des illegalen Kämpfers.“<sup>261</sup> Doch selbst die Jüngeren konnten – sofern sie nicht rechtzeitig emigrierten – kaum über längere Zeit dem Zugriff der Gestapo entgehen. Auch Georg Merle sah sich schließlich gezwungen, die illegale Arbeit in Nordhessen aufzugeben. Der Verlust sicherer Rückzugsräume durch die ständige Überwachung der städtischen Arbeiterviertel und der stadtnahen Arbeiterdörfer, die große Bereitschaft zur Denunziation in der Bevölkerung und die wachsende Angst der vielen schon von Verfolgung betroffenen Arbeiterfamilien führten dazu, daß die Illegalen immer ungeschützter der Verfolgung ausgesetzt waren.

Die schwierige Lage, in der sich die Familien verhafteter Kommunisten befanden, macht die manchmal aus der Not heraus geradezu aggressive Abwehrhaltung verständlich, mit der sich unterstützungssuchende Angehörige der Widerstandsorganisation nach den vorliegenden Berichten nicht selten konfrontiert sahen. Von der Situation der Familien ist in den Zeitzeugen-Berichten in aller Regel ebensowenig genauer die Rede, wie von der persönlichen Situation der Illegalen. Nur in einem Fall schilderte die Frau eines Kasseler Kommunisten ausführlicher ihre Erfahrungen. Wie der Bericht von Elisabeth Hartung, deren Mann Anfang 1936 verhaftet worden war, zeigt, bestand die größte Schwierigkeit zunächst darin, überhaupt Arbeit zu finden, um den Lebensunterhalt der Familie zu sichern. „Es gab viele Frauen, denen es sehr schlecht ging. Die Frau Wiegand z. B. war Verkäuferin in dem Textilgeschäft, wo jetzt die Firma Voepel ist. Als dort bekannt wurde, daß ihr Mann politisch inhaftiert war, wurde sie sofort rausgeworfen. In einem anderen Textilgeschäft wurde sie auf Betreiben der Naziartei auch wieder entlassen. Man hat sie so lange gejagt und erst dann in Ruhe gelassen, als sie in einer Ziegelei gelandet war und Backsteine verladen mußte. Da hatte sie immer verbundene Hände.“

Ständige Sorge bereitete die Versorgung und Betreuung der Kinder. „Ich stand nach der Verhaftung meines Mannes nun allein mit meinem Sohn da und mußte jeden Tag an die Arbeit. Ich arbeitete in der Jute-Spinnerei und -weberei in Kassel-Rothenditmold. Ich stand vor der Frage, wohin mit dem Jungen. Ich fragte im Auguste-Förster-Haus in der Mombach-Straße an; nach langem Hin und Her waren die bereit, den Jungen aufzunehmen. Weil ich schon um 6 Uhr im Betrieb sein mußte, brachte ich den Jungen schon um 5 Uhr in das Auguste-Förster-Haus; er konnte dann auf einer Bank weiterschlafen. Von dort ging er dann zur Schule; er war da noch im ersten Schuljahr.“ Eine Mitbewohnerin konnte das nach einiger Zeit nicht mehr mit ansehen und kümmerte sich schließlich um den Jungen. „Das erregte dann wieder Unmut bei einigen Hausbewohnern. Das waren so verbissene Nazis, die der Meinung waren: Das muß die ganze Familie spüren, wenn der Mann Kommunist ist.“ Die Nachbarin wehrte zwar diese Angriffe zunächst ab, trug ihnen aber schließlich aus Angst vor den Folgen für ihre eigene Familie insofern Rechnung, als sie die Fürsorge für den Sohn von Frau Hartung an ihre Schwiegermutter übertrug. Später – der Sohn besuchte mittlerweile die Mittelschule und mußte Schulgeld bezahlen – versuchte die Gestapo, Frau Hartung in zynischer Weise zu erpressen: „Wollen Sie auf Ihren Mann warten? Sie sind noch jung und können doch noch Kinder kriegen. Unterschreiben Sie uns nur diesen Zettel, dann sind Sie geschieden und bekommen dann auch für Ihren Jungen das Schulgeld.“ Ein Bruder zeigte Courage und befreite Frau Hartung aus dieser Situation: „Er sagte bei der Gestapo: ‚Meine Schwester soll sich scheiden lassen? Geben Sie den Wisch mal her.‘ Er riß ihn durch und warf ihn weg. Ich hatte meinen Bruder gewarnt. Er aber sagte: ‚Für zehn Mark verkaufen? Gibt’s denn so was!‘ Er gab mir von da an selbst das Schulgeld.“<sup>262</sup>

Frau Hartung, die nach der Verhaftung ihres Mannes für längere Zeit ständig von einem Gestapo-Beamten beschattet wurde, mußte erleben, daß ihr Mann nach der Verbüßung der Zuchthausstrafe im September 1940 sofort erneut in „Schutzhaft“ genommen und bis April 1945 im KZ Sachsenhausen inhaftiert wurde. Er überlebte den berühmten Todesmarsch nach der Evakuierung des Lagers und konnte nach mehr als 9jähriger Haft zu seiner Familie zurückkehren.<sup>263</sup>

Die Not der Familien der politischen Gefangenen, das materielle Elend, fortgesetzte Schikanen seitens der Behörden und der ihnen immer wieder entgegenschlagende

<sup>260</sup> Siehe seinen Bericht von Ende 1933 (200). <sup>261</sup> Georg Merle in G. Müller: a.a.O., S. 110 (174). <sup>262</sup> Bericht Elisabeth Hartung (1976). <sup>263</sup> Bericht Otto Hartung (1976). – Siehe auch Anm. 210.

Haß erforderten von den Frauen der verfolgten Kommunisten und Sozialisten eine Standhaftigkeit, die der in der Haft verlangten nahekam. Es war eine Situation harter und zermürbender Verfolgung, die die Lage der Inhaftierten ihrerseits verschlimmerte. Wie aus den Gestapomeldungen zu ersehen ist, brachen sich manchmal Verzweiflung und Empörung der Betroffenen in trotzig-demonstrativer Form Bahn. So wurde 1936 eine 40jährige Frau festgenommen, „weil sie in der Artilleriestraße in Kassel mehrere Male überlaut rief: ‚Rot Front lebt und kann nicht untergehen‘“. Die gleiche Meldung berichtet von der Verhaftung eines Mannes, der in einem Lokal gesagt hatte: „Ich bin Kommunist, ich habe die Arbeiterschaft lieb, ich werde auch ewig Kommunist bleiben; übrigens stehe ich sowieso auf der schwarzen Liste.“<sup>264</sup>

Betrachtet man die Situation des kommunistischen Widerstandes in Kassel in den Jahren nach 1936, so zeigen sich neben den immer wieder von der Gestapo festgehaltenen Zeugnissen des Protestes und der Überzeugungstreue einzelner Kommunisten nur sehr wenige Anzeichen vorsichtiger Gruppenbildung. So sammelte sich 1938 im Kasseler Coca-Cola-Werk um die ehemaligen Bezirksfunktionäre Willi Belz und August Thöne eine kleine Gruppe von Arbeitern, die regelmäßig politische Informationen austauschte und besprach und – anknüpfend an bestehende Unzufriedenheiten der Belegschaft – konkrete Forderungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen im Betrieb zu formulieren und durchzusetzen suchte. Darüber hinaus bemühte man sich, Kontakte zu früheren Genossen wiederherzustellen, wobei man strikt davon absah, mit schriftlichem Material zu operieren.<sup>265</sup> Solche lockeren Formen des politischen Meinungsaustauschs und der Absprache quasi-gewerkschaftlicher Initiativen dürften nach der Rückkehr vieler ehemaliger Gewerkschafter, Sozialisten und Kommunisten in die Betriebe in den Jahren ab 1937 in zahlreichen Kasseler Unternehmen entstanden sein. Darauf verweisen auch politische Prozesse gegen Kasseler Arbeiter, die wegen regimekritischer Äußerungen von Kollegen denunziert und vor Gericht gestellt wurden.<sup>266</sup>

Auch in den Stadtteilen bildeten sich gelegentlich wieder kleine Gruppen von Kommunisten, die durch gemeinsames Verfolgungsschicksal und lange persönliche Vertrautheit miteinander verbunden waren. Ein Beteiligter berichtet, wie er nach seiner Entlassung aus der Haft 1939 zunächst darum bemüht war, an Informationen und poli-

tisch-historische Lektüre heranzukommen, um seine Vereinzelung zu durchbrechen: „Ich bin zur Murhard-Bibliothek gegangen und habe Kataloge gewälzt. Es gab ja gar nichts mehr, es gab keine revolutionäre Literatur mehr. Ich habe dann Bücher über die Aufklärung und die Französische Revolution gelesen; die konnte man noch kriegen.“ Schließlich fand sich im Wohnviertel wieder ein Kreis von „Gleichgesinnten“: „Wir haben dann in einer Gruppe sonntags ausländische Sender abgehört... Aber über den Bereich Zwehren hinaus hatten wir keine Kontakte mehr. Das wurde auch nicht von oben angeleitet; das haben wir in eigener Initiative organisiert. Wir waren eine Gruppe von vier, fünf Leuten; das waren alles Leute, von denen wir wußten, daß das eine geschlossene Sache war.“<sup>267</sup> Die Gruppe sammelte auch Geld für inhaftierte Genossen und betreute ihre Familien.

Von Widerstand wird in den Berichten jener Kommunisten, die in den Kriegsjahren in Kassel lebten, jedoch nicht gesprochen. Der Zusammenhalt unter engen Gesinnungsgenossen war eher defensives Schutzbündnis, so wie das Einstehen für schikanierte und mißhandelte ausländische Zwangsarbeiter als Ausdruck elementarer Arbeitersolidarität und als Mindestpflicht gegenüber der eigenen Überzeugung verstanden wurde.<sup>268</sup> Die Diskussionen untereinander und mit nahestehenden Kollegen wurden durch den stalinistischen Terror in der Sowjetunion und seine Ausstrahlung auf die Linke im spanischen Bürgerkrieg in den Vorkriegsjahren, vor allem aber durch den Hitler-Stalin-Pakt zusätzlich belastet und erschwert: „Es gab ja auch unangenehmere Sachen, wie den Stalin-Hitler-Pakt, die diskutiert werden mußten. Das war gar nicht so leicht nachher im Kriege, und da gab dann einer nach dem anderen auf. Es war ja auch fast gar nichts mehr vorhanden, womit wir hätten überzeugen können.“<sup>269</sup> Die Kasseler Gestapo stellte 1940 fest, „daß die kommunistischen Kreise nach dem Abschluß des Deutsch-Russischen Freundschaftspaktes im Jahre 1939 vollkommen überrascht und niedergeschlagen waren, weil sie die Haltung der SU als einen Verrat an dem Proletariat betrachteten. Erst der diesjährige Dreierpakt (Deutschland-Italien-Japan) gab der kommunistischen Auffassung wieder Auftrieb, da der erwähnte Vertrag als eine Fortsetzung des Antikominternabkommens hingestellt wird...“<sup>269a</sup>

So ging es für die Kommunisten, die nicht inhaftiert oder als Soldaten eingezogen waren, darum, in der prekären Situation ständiger Überwachung und unter der Drohung

<sup>264</sup> Funkspruch der Gestapostelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt, genaues Datum unleserlich, etwa November 1936 (IML/ZPA, ST 3/849). <sup>265</sup> Bericht Willi Belz (1976) und W. Belz: a.a.O., S. 138 ff. (9). <sup>266</sup> Siehe z. B. das Urteil des OLG Kassel gegen Hermann Kober und Friedrich Köhler vom Juli 1941 (OJs 36/41) und die in der Urteilschrift wiedergegebenen, von einem Denunzianten minutiös festgehaltenen Äußerungen der Angeklagten – auszugsweise abgedruckt in J. Kammler/D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 290 f. (1). <sup>267</sup> Bericht Karl Kuba (1977). <sup>268</sup> Siehe z. B. die Berichte von Heinrich Aschenbrandt (1976), Karl Kuba (1977). <sup>269</sup> Bericht Karl Kuba (1977). <sup>269a</sup> Bericht der Staatspolizeistelle Kassel an das Reichssicherheitshauptamt vom 21. 12. 1940 über das „Verhalten kommunistischer und marxistischer Kreise“ (IML/ZPA, P St 3/37).

einer immer blindwütiger arbeitenden Verfolgungsmaschinerie zu überleben und nicht zu resignieren. Alle Hoffnung verband sich mit der herannahenden Niederlage Nazideutschlands. Selbst isoliert und bedroht, mußte man jedoch voller Enttäuschung feststellen, daß eine breitere Gegenwehr gegen das Regime und den von ihm entfesselten Krieg auch unter den Arbeitern bis zuletzt nicht aufkam. „Daß da nun sehr viele sich gegen die Rüstung und den Krieg gewendet hätten, das hat es nicht gegeben. Denn es ist ihnen voll gelungen, den Nazis, durch alle Mittel, Angst und Beeinflussung, den Menschen doch ziemlich weit zurückzudrängen.“<sup>270</sup>

Diese Erfahrung galt in extremer Zuspitzung für die in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern inhaftierten sowie die in die Strafeinheiten der Wehrmacht gepreßten Kommunisten. Widerstand unter den zermürbenden und mörderischen Bedingungen der Justiz- und KZ-Haft hieß in erster Linie, gegen die dehumanisierenden Wirkungen des Haftsystems Formen elementarer Solidarität unter den Häftlingen aufrechtzuerhalten. Vor allem im KZ hing das Überleben der neu eintreffenden Häftlinge von der Hilfestellung der Erfahrenen ab. Wer nicht von anderen in das Lagersystem eingeweiht und vor der Einteilung zu einem besonders gefährlichen Kommando bewahrt wurde, wer nicht in den über Leben und Tod entscheidenden praktischen Fragen des Lagerdaseins ab und zu eine helfende Hand und ein Zeichen des Verständnisses spürte, hatte kaum Aussichten, den Druck des alltäglichen Terrors auszuhalten und den Willen zum Überleben zu bewahren. Selbstbehauptung durch Solidarität war eine Form des Widerstandes, die gegen das erklärte Ziel des SS-Lagersystems anging, den zur Nummer degradierten einzelnen als Person zu brechen, ihn zum beliebig ausbeutbaren Instrument oder gar zum Handlanger des von der SS an die Häftlinge delegierten Terrors zu formen. Georg Merle berichtet davon, wie er nach seiner Einlieferung ins KZ von einem SS-Posten so lange geschlagen und herum-

gejagt wurde, bis er sich nicht mehr mit seinem Namen, sondern mit seiner Nummer meldete.<sup>271</sup> Individuelles Aufbegehren bedeutete unter diesen Bedingungen, den Vernichtungswillen der SS-Wachmannschaften herauszufordern. Die Tragik der zumeist von den politischen Häftlingen über ihre Funktionen im Lagerapparat organisierten Selbsthilfe unter den Häftlingen lag darin, daß sie nur selektiv sein und lediglich einzelnen Unterstützung zukommen lassen konnte.<sup>272</sup>

Zahlreiche Kasseler Kommunisten, die wegen ihrer Beteiligung am Widerstand bereits verurteilt worden waren und ihre Haftstrafe verbüßt hatten, wurden ab Dezember 1942 zu den neu aufgebauten Strafeinheiten der Wehrmacht eingezogen. Zuvor als „wehrunwürdig“ eingestuft, galten sie nunmehr als „bedingt wehrwürdig“. Ihre Erfahrungsberichte belegen, daß ihr Einsatz in den Strafbataillonen nur eine Fortsetzung der Strafhaft in anderer Form war. Sie alle hofften darauf, sich dem Waffendienst für die verhaßte Diktatur so schnell wie möglich zu entziehen. Einigen von ihnen gelang die Flucht zur Roten Armee oder zu den griechischen, jugoslawischen und albanischen Partisanenverbänden. Sie empfanden sich zu Recht als die Repräsentanten eines anderen Deutschland, das schon 1933 vor dem verbrecherischen Krieg Hitlers gewarnt hatte und dessen Solidarität der Bevölkerung der besetzten Länder eher galt, als den Besatzungsarmeen des eigenen Landes.<sup>273</sup> Trotz aller zerstörten Hoffnungen und der bitteren Erfahrungen der Verfolgung blieben die meisten überlebenden Kommunisten vom Sinn ihres Versuchs, Widerstand zu leisten, überzeugt: „Ich hätte mich niemals auf einen illegalen Kampf gegen die Nazis eingelassen, wenn ich nicht die Überzeugung gehabt hätte, daß der Kram zusammenbrechen mußte. Deshalb habe ich mir nie die Frage gestellt: ‚Hat es Sinn? Hat es Zweck?‘ Wir empfanden da eine Befriedigung, daß wir Menschen helfen konnten und daß wir etwas gegen die Nazis getan haben.“<sup>274</sup>

## 2.4 Die kleinen Linksgruppierungen im Widerstand

Anders als bei den Kasseler Gruppen des „Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes“ (ISK) und der „Freien Arbeiter-Union Deutschlands“ (FAUD) kam es bei den Anhängern der „Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands“ (SAP) und der „Kommunistischen Partei-Opposi-

tion“ (KPO) in Kassel nicht zum Versuch des organisierten Widerstandes.<sup>274a</sup> Nach der Verfolgungswelle des Frühjahrs 1933 war der organisatorische Zusammenhalt der kleinen linksozialistischen SAP im Kasseler Raum zerrissen. Prominente Mitglieder wie der Kasseler Lehrer

<sup>270</sup> Bericht Karl Kuba (1977). <sup>271</sup> Bericht Georg Merle (1982 – G. Müller). <sup>272</sup> Siehe dazu den Bericht von Karl Wack (1976) sowie zur Selbstbehauptung und Gegenwehr in Zuchthaus und KZ generell die Berichte von Willi Höhn (1976), Georg Merle (1982), August Schülbe (1976) und Otto Hartung (1976). – Siehe auch Falk Pingel: Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager, Hamburg 1978. <sup>273</sup> Siehe meine Dokumentation über Kasseler Soldaten im Zweiten Weltkrieg, a.a.O., S. 164 ff. (5). <sup>274</sup> Bericht Fritz Müller (1981). <sup>274a</sup> Zur Geschichte dieser Gruppen siehe den Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band und die dort angegebene Literatur.

Hein Herbers mußten sich bei auswärtigen Freunden verstecken; Herbers selbst emigrierte 1934 nach Holland.<sup>275</sup> Auch Albert Brand, einer der Aktivisten der Kasseler SAP, verließ Kassel, bevor er SA und Polizei in die Hände fiel. Als er im Spätsommer 1933 zurückkehrte, mußte er feststellen, daß ein SA-Kommando seine Wohnung vollständig verwüstet und seine gesamte Bibliothek, Fotos und Erinnerungsstücke beschlagnahmt hatte.<sup>276</sup> Brand gelang es in der Folgezeit, als Filmvorführer ein kleines Unternehmen aufzubauen, das mit mehreren Vorführapparaten Filme in etwa 30 Orten des Bezirks zeigte. Formell der Gaufilmstelle angeschlossen, war er gehalten, Pflichtprogramme neben den Filmen eigener Wahl vorzustellen. Nach der Vorführung eines Films von Weiß Ferdl wurde ihm jedoch der Gewerbeschein entzogen; seine Filmapparate wurden beschlagnahmt. Die NSDAP hatte registriert, daß die Filmabende von Albert Brand, der als Sozialist in der Region bekannt war, vor allem Nazi-Gegner anzogen. Nach Brands Urteil war „die SAP-Gruppe in Kassel ein verlorener Haufen. Die Verbindungen zur Zentrale rissen mangels Masse ab. Und Kämpfe haben sich, als der Faschismus an der Macht war, nicht entwickelt. Die haben uns überrollt. Die sind nach Generalstabsplan vorgegangen, und die Arbeiterbewegung war zersplittert und hatte keinen Generalstabsplan. Die waren militärisch organisiert und wir ideologisch.“ Einige SAP-Mitglieder in Kassel „haben sich noch zu Diskussionen getroffen, aber von einem organisierten Widerstand hat man nicht sprechen können. Der Widerstand blieb passiv.“ Illegale Schriften bekam man gelegentlich über KPD-Angehörige. Diese Flugblätter, kleinen Zeitungen und Tarnschriften seien „vom Inhalt her gut“, aber „nicht in der Lage“ gewesen, „die Menschen anzusprechen; das war nur Zeugnis, daß noch Leute da sind“. Darüber hinaus betreute man Familien von Inhaftierten, wobei streng darauf geachtet wurde, daß jede schriftliche Fixierung von Namen, Adressen und Beträgen unterblieb.<sup>277</sup> Einige SAP-Mitglieder wie der Arbeitersportler Fritz Müller schlossen sich schon früh dem kommunistischen Widerstand an.<sup>278</sup>

Wesentlich fester war der Zusammenhalt unter den Mitgliedern des linkssozialistischen ISK in Kassel. In der klei-

nen, hierarchisch strukturierten Kaderorganisation des ISK waren die Mitglieder schon vor Hitlers Machtantritt auf die Fortführung der politischen Arbeit unter den Bedingungen der Illegalität vorbereitet worden, wobei man von der Erkenntnis ausging, „daß, wenn der Faschismus einmal siegen würde, er sich einige Zeit behaupten würde“.<sup>278a</sup> So hatte man bestimmte konspirative Techniken erprobt und für den Ernstfall verabredet. Dies zahlte sich nach 1933 aus. Da in die kleine Organisation zudem keine Spitzel eindringen konnten, gelang es der Gestapo erst 1938, mehrere Gruppen im Reich „aufzurollen“ und eine größere Anzahl von Mitgliedern zu verhaften.<sup>279</sup> In Kassel war es der Dreher Max Mayr, der bis zu seiner Verhaftung Anfang 1936 den politischen Zusammenhalt einer Gruppe von etwa 15 ISK-Anhängern organisierte und seit 1934 bei der Firma Henschel, dem größten Kasseler Unternehmen, Grundlagen für eine betriebliche Widerstandsarbeit zu schaffen versuchte.<sup>280</sup> „Man war vorsichtig, aber es mußte trotzdem etwas geschehen, sonst konnte ich auch gleich zur NSDAP gehen!“<sup>281</sup> Über Mayr wurden Verbindungen zu anderen ISK-Gruppen in Eschwege, Göttingen und Hannover sowie zur Auslandsgruppe um Willi Eichler in Paris aufrechterhalten. Er nahm an mehreren zentralen Treffen der Vertreter von Widerstandsgruppen des ISK aus dem Reich und der Auslandszentrale teil – so 1933 an einer illegalen Konferenz in Berlin, um die Jahreswende 1933/34 in Amsterdam sowie an einem „politischen Seminar“ 1935 im Sauerland.<sup>282</sup> Seit Frühjahr 1934 wurde die Kasseler Gruppe regelmäßig mit illegalen Schriften des ISK versorgt, vor allem mit den von Willi Eichler zusammengestellten „Reinhart-Briefen“, die Informationen der illegalen Gruppen insbesondere zur Haltung der Arbeiterschaft und zur Lage in den Betrieben und allgemeine Analysen der politischen Lage enthielten.<sup>283</sup> „Diese Blätter wurden im Ausland gedruckt, wahrscheinlich in Holland. Die Internationale Transportarbeiter-Gewerkschaft hat uns sehr unterstützt, und Genossen von uns – Eisenbahnerkollegen – haben es dann reingeschmuggelt.“<sup>284</sup> Die Reinhart-Briefe kamen monatlich in einer Zahl von 30 bis 40 Exemplaren nach Kassel. Über Anton Schabaker, der dem ISK angehörte

<sup>275</sup> A.a.O., Anm. 186 (274a). <sup>276</sup> Bericht Albert Brand (1976). – Albert Brand, geb. 19. 11. 1903 in Oberhone/Krs. Eschwege; Elektriker, Filmvorführer. Bis 1931 Mitglied der Kasseler SPD, danach der SAP. Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. War bis 1931 als nebenberuflicher Filmvorführer und Werber für die Konsum-Genossenschaft tätig. Entzog sich 1933 der drohenden Verhaftung, indem er für einige Monate Kassel verließ. Baute danach ein mobiles Kinounternehmen auf und führte in ca. dreißig Orten der Region Filme vor, bis ihm 1934 der Gewerbeschein entzogen und sein Unternehmen aufgelöst wurde. <sup>277</sup> Bericht Albert Brand (1976). <sup>278</sup> Bericht Fritz Müller (1981). <sup>278a</sup> Bericht Willi Gerlach (1976 – Ä. Mehmet). <sup>279</sup> Zur Geschichte des ISK allgemein siehe besonders die Arbeiten von Werner Link und Karl-Heinz Klär („Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes“, in diesem Band, Anm. 161). <sup>280</sup> Zu Mayrs Aktivität und Biographie siehe Bericht Max Mayr (1976); Bericht Max Mayr (1981) in: Hessische Gewerkschafter im Widerstand 1933 bis 1945, a.a.O., S. 136 ff. (9); Biographische Skizze in: J. Kammler/ D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 360 ff. (1); weiterhin Briefe und andere Dokumente im Nachlaß von Max Mayr. Max Mayr starb 1985 in Kassel. <sup>281</sup> Bericht Max Mayr (1976). <sup>282</sup> Siehe Berichte Max Mayr (1976, 1981). <sup>283</sup> Originale der zwischen März 1934 und Januar 1936 erschienenen „Reinhart-Briefe“ finden sich im Nachlaß von Max Mayr. <sup>284</sup> Bericht Max Mayr (1976). – Zur Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) und der mit ihr kooperierenden Organisation von Eisenbahner-Gewerkschaftern um Hans Jahn siehe H. Esters/H. Felger: a.a.O., (128).

und einen kleinen Laden in Kassel-Oberzwehren besaß, wurden sie zu Max Mayr gebracht, der sie verteilte. Diese Informationsblätter wurden in erster Linie an die Kasseler ISK-Mitglieder, insbesondere an Angehörige der ISK-Jugend weitergegeben, die den aktiven Kern der illegalen Gruppe bildeten. Darüber hinaus wurden einzelne Sozialisten und Kommunisten regelmäßig mit dem Material beliefert. Ebenso wie bei der illegalen KPD wurde das Informationsmaterial auch vom ISK nicht lediglich verteilt, sondern verkauft; die kassierten Beträge wurden über Göttingen an die Auslandsorganisation weitergeleitet. Zusätzliche Gelder wurden durch die von ISK-Angehörigen in verschiedenen deutschen Städten und auch in Paris betriebenen vegetarischen Gaststätten aufgebracht. Solche Gaststätten betrieben z. B. Grete Eichenberg, Max Mayrs spätere Frau, seit Sommer 1933 in Köln sowie die Kasseler ISK-Mitglieder Herta und Erich Lewinski, die 1933 nach Frankreich emigriert waren, in Paris.<sup>285</sup> Informationen, die von allgemeinerem Interesse waren, wurden von Max Mayr regelmäßig nach Paris gemeldet; sie wurden mit unsichtbarer Tinte harmlosen Illustrierten beigefügt. Auf diesem Wege gelangte das von der DAF nicht veröffentlichte Ergebnis der Vertrauensratswahlen 1935 bei der Firma Henschel zu Willi Eichler, der es im Reinhart-Brief vom März 1935 veröffentlichte.<sup>286</sup> Ebenso gelangte 1935 ein genauer Augenzeugenbericht über die brutale öffentliche Mißhandlung der früheren Polizeibeamten Schöny und Schulz in Kassel nach Paris und wurde in der „Sozialistischen Warte“ abgedruckt. Aus ihm ging hervor, daß die „erregte Menge“, die nach einer Kasseler Pressemeldung für die Ausschreitungen gegen Schöny und Schulz verantwortlich und der gegenüber die Polizei machtlos gewesen sei, aus SA, SS und Feldjägern in Zivil bestanden hatte.<sup>286a</sup>

Im Betrieb selbst streuten Max Mayr und der ebenfalls zum ISK gehörende Henschel-Arbeiter Karl Reier mehrfach anlässlich der Vertrauensratswahlen Anfang 1935 und noch einmal Ende des Jahres selbstgedruckte Handzettel mit Anti-Nazi-Parolen. Zum 1. Mai 1935 versandte die Kasseler ISK-Gruppe ca. 200 Aufrufe an ausgewählte Kasseler Adressen.

Trotz dieser Aktivitäten kam die Kasseler Gestapo der Gruppe erst Ende 1935 auf die Spur. In einem eher wirren Bericht, der den Mangel an handfesten Informationen verriet, spekulierte sie darüber, daß es sich bei der im Zuge

„der Aufrollung des illegalen Apparats“ der KPD erkennbar gewordenen ISK-Gruppe „in der Hauptsache um sogenannte Intellektuelle“ handele, deren Ziele darin bestünden, „innerhalb der Betriebe Zellen zu bilden, Sabotageakte auszuführen und Zersetzungsarbeit zu leisten“.<sup>287</sup> Dieser Bericht beruhte wahrscheinlich lediglich auf den Aussagen eines in den illegalen KPD-Apparat eingeschleusten Spitzels, durch den die Gestapo erstmals auf das in Kassel verteilte ISK-Material aufmerksam geworden war. Im Januar 1936 schließlich wurde als einziger aus der Gruppe Max Mayr verhaftet. Vorausgegangen waren Anfang Januar 1936 Kontakte zwischen Mayr und zwei Vertretern der illegalen KPD, bei denen für die politische Arbeit in den Henschel-Betrieben verabredet worden war, daß „bei betriebswichtigen Anlässen – Vertrauensratswahlen, Entlassungen, Lohnkürzungen – ... zum Zwecke eines geschlossenen Vorgehens eine gemeinsame Aussprache stattfinden und ein einheitliches Flugblatt entworfen werden“ sollte.<sup>288</sup> Diese – nicht mehr zum Tragen kommende – Vereinbarung entsprach der Position des ISK, die Widerstandsarbeit auf die Betriebe und auf die Bildung illegaler sozialistischer Gewerkschaftsgruppen zu konzentrieren, in denen sich die Angehörigen der im Widerstand aktiven Gruppierungen der Linken zusammenschließen sollten.<sup>289</sup> Sie deckte sich auch mit dem Versuch der illegalen KPD-Bezirksleitung, bis dahin kaum vorhandene Stützpunkte in den wichtigsten Kasseler Betrieben zu gewinnen und dabei stärker als bisher auf eine Einheitsfront der aktivierbaren Anhänger der unterdrückten Arbeiterbewegung hinzuwirken.

Max Mayr, der nach brutalen Mißhandlungen während der Verhöre einen Selbstmordversuch unternommen hatte<sup>289a</sup>, gelang es, die Gestapo über die Zusammensetzung der Gruppe und den Umfang ihrer Aktivität zu täuschen. Lediglich zwei weitere Kasseler ISK-Mitglieder, die aber von Mayr aus der Haft heraus insgeheim benachrichtigt und präpariert worden waren, wurden verhaftet, mußten jedoch nach kurzer Zeit wegen mangelnder Beweise wieder freigelassen werden. Die übrigen Mitglieder der Gruppe und die sonstigen Empfänger der Reinhart-Briefe blieben der Gestapo unbekannt.<sup>290</sup> Max Mayr wurde nach einer zweieinhalbjährigen Zuchthausstrafe bis zum Ende der Diktatur im KZ Buchenwald inhaftiert. Zu Zuchthaus verurteilt wurden außerdem die ISK-Angehörigen Karl Eckerlin und Theodor Hüpeden. Eckerlin war verhaftet

<sup>285</sup> Siehe Bericht Max Mayr (1976) sowie Anm. 168 des Beitrages über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band. <sup>286</sup> Siehe den Artikel „Mißtrauenswahlen“. <sup>286a</sup> „Sozialistische Warte“, 2. Jg., H. 5, Mai 1935, S. 118 („Zeitnotizen“). <sup>287</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel für den Monat November 1935 (StA Marburg, 165/3965). <sup>288</sup> Urteil des OLG Kassel gegen Wilhelm Pfromm u.a. – darunter Max Mayr – vom 7. 8. 1936 (OJs 182/33, 31/36). <sup>289</sup> Siehe z. B. den „Reinhart-Brief“ vom März 1935, in dem der „Aufbau einer parteipolitisch unabhängigen sozialistischen Gewerkschaft“ gefordert wurde, sowie den Bericht von Max Mayr (1976). <sup>289a</sup> Die Nachricht wurde auch an die Auslandsleitung des ISK gemeldet und im Rundbrief vom 12. 5. 1936 verbreitet (Archiv der Sozialen Demokratie, Bestand IJB/ISK, Kassette 29). <sup>290</sup> Siehe Bericht Max Mayr (1976).

worden, nachdem er mit Vertretern der illegalen KPD wegen des Aufbaus einer illegalen Druckerei verhandelt hatte.<sup>291</sup> Hüpeden, der 1936 ins Ausland geflohen war, wurde 1940 nach der Besetzung Hollands verhaftet und in Kassel bis zur Befreiung durch die Amerikaner inhaftiert.<sup>292</sup> 1945 begannen die Angehörigen des ISK – so Max Mayr, Theodor Hüpeden und Erich Lewinski – sofort wieder mit der politischen Arbeit und wirkten in wichtigen Positionen beim Neuaufbau von Verwaltung und Justiz mit.<sup>293</sup>

Ebenso wie der linkssozialistische ISK war auch die kleine Kasseler Gruppe der anarchosyndikalistischen FAUD 1933 darauf eingestellt, ihre politische Aktivität unter den Bedingungen der Diktatur fortzusetzen und nach Möglichkeit Widerstand gegen das NS-Regime zu leisten.<sup>294</sup> Ihre aktivsten Organisatoren, vor allem Fred Schröder und Willi Paul, nahmen noch im Frühjahr 1933 Verbindungen zu der vorübergehend nach Erfurt verlegten zentralen Geschäftskommission der FAUD und schließlich – nachdem Schröder nach Holland emigriert war – zu holländischen Anarchosyndikalisten und deutschen Emigranten in Amsterdam auf. „So nahm ich die direkte Verbindung mit unserer holländischen Bruderorganisation auf, indem ich mich im August 1933 illegal nach Amsterdam begab... Wir organisierten an der holländischen Grenze Übergangsstellen und von diesem Zeitpunkt an erhielten wir laufend illegal auf verschiedenen Wegen Aufklärungsschriften und Material und ebenso brachten wir Berichte ins Ausland.“<sup>295</sup> Willi Paul brachte auf diese Weise schon im Sommer 1933 das „Braunbuch“, einige Exemplare der in Holland weiter erscheinenden „Weltbühne“ und anarchosyndikalistische Zeitschriften und Tarnbroschüren nach Kassel. „Dazu habe ich einen sehr klaren Artikel von Trotzki abgeschrieben über die politische Lage in Europa und selbst noch verschiedene Sachen dazugeschrieben und das habe ich bei Hermann Hannibal gedruckt.“<sup>296</sup> Bis Ende 1933 stellte Willi Paul neben dem aus Holland bezogenen und in Kassel verteilten Material mehrere Informationsblätter zusammen – so zum 1. Mai 1933 ein Blatt unter dem Titel „Die Internationale“, danach einige illegale Nummern der schon vor 1933 in Kassel herausgebrachten „Proletarischen Front“ sowie einige Zeitungen unter dem Titel „Die Kommenden“. Die jeweils 6 Seiten umfassenden hektographierten

Zeitungen wurden in ca. 200 Exemplaren von den Mitgliedern in Kassel, zum Teil auch in Thüringen und im Frankfurter Raum verbreitet. Ebenso wie KPD und ISK kassierte auch die FAUD-Gruppe für ihre illegalen Schriften Solidaritätsgebühren. Für das aus Holland kommende Material wurde Geld nach Duisburg übersandt, wo die dortige FAUD-Gruppe eine Art Vertriebszentrale für das Ruhrgebiet und Teile des übrigen Reichs unterhielt.<sup>297</sup> In Kassel zirkulierten die illegalen Schriften zunächst unter den etwa fünfzehn noch in Verbindung stehenden Anhängern der Gruppe und darüber hinaus im Kreis sympathisierender Linker, zu denen auch einige KPD-Mitglieder gehörten. Im Gegensatz zur Empfehlung der eigenen Organisation, das Material nur unter zuverlässigen Genossen zu verteilen, es nach Lektüre und Diskussion jedoch wieder einzusammeln und nach Duisburg zurückzusenden, wurde es in Kassel zum Teil auch anonym, z. B. über Briefkästen, verbreitet.<sup>298</sup>

Seit der vorübergehenden Verhaftung Willi Pauls im November 1933 beschränkte sich die Gruppe, abgesehen von sporadischen Kontakten zu Anarchosyndikalisten in Duisburg und in Amsterdam, weitgehend auf regelmäßige wöchentliche Treffen und Diskussionen bei Erna und Willi Paul.<sup>299</sup> Diese Zusammenkünfte unterschieden sich in ihrer Struktur und Funktion nicht von den oben beschriebenen sozialdemokratischen und kommunistischen Zirkeln; die Verbindung im Rahmen kleiner Solidargemeinschaften wurde zur gemeinsamen Rückzugposition der versprengten Linken.

Die Situation der kleinen FAUD-Gruppe veränderte sich schließlich einschneidend durch die Emigration der Familie Paul 1937. Nachdem sich die Anzeichen bevorstehender Verhaftungen verdichtet hatten – in der Nachbarschaft der Pauls kursierte schon längere Zeit das Gerücht, ihre Wohnung sei Treffpunkt einer „kommunistischen Zelle“ –, entschloß sich Willi Paul im März 1937, nach Holland zu emigrieren, wohin ihm seine Frau mit den beiden Kindern einige Monate später folgte. Nach kurzem Aufenthalt ging er – wie vor ihm schon Fred Schröder – nach Spanien, um dort in der syndikalistischen 28. Division auf seiten der Republik gegen Franco und die Hilfstruppen des deutschen und italienischen Faschismus zu kämpfen. Die beiden Kasseler Anarchosyndikalisten gerieten sofort in jene Auseinandersetzungen zwischen ih-

<sup>291</sup> Siehe dazu oben, Abschnitt 2.3. <sup>292</sup> Zur Biographie Hüpedens siehe in diesem Band den Beitrag über die Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933, Anm. 168. <sup>293</sup> Siehe den Bericht über die politische und personelle Situation in Kassel vom 7. 7. 1945 (Archiv der Sozialen Demokratie, Bestand IJB/ISK, Kassette 58). <sup>294</sup> Zur Geschichte der Gruppe vor 1933 siehe den Beitrag über die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933 in diesem Band. <sup>295</sup> Schreiben von Willi Paul vom 24. 9. 1950 (WG-Akte W. Paul). – Zu den Biographien von W. Paul und F. Schröder siehe in diesem Band den Beitrag zur Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933, Anm. 209, sowie J. Kammler: „Ich habe die Metzerei satt...“, a.a.O., S. 168 ff. (5). <sup>296</sup> Bericht Willi Paul (1976). <sup>297</sup> Siehe R. Theissen/P. Walter/J. Wilhelms: Der Anarcho-Syndikalistische Widerstand an Rhein und Ruhr, Meppen 1980, S. 68 ff. <sup>298</sup> Siehe Bericht Willi Paul (1976). <sup>299</sup> Siehe auch den Bericht von Erna Paul (1975 – Hannelore Kessler, Martina Scholle).

ren spanischen Gesinnungsfreunden und den Kommunisten, die die spanische Republik und die europäische Linke zutiefst spalten sollten; beide wurden zeitweilig von der kommunistisch gelenkten republikanischen Geheimpolizei verhaftet und ironischerweise durch einen früheren Kasseler Kommunisten verhört.<sup>300</sup>

Die Unerbittlichkeit des nationalsozialistischen Verfolgungsapparates führte dazu, daß mehrere Angehörige der Kasseler FAUD-Gruppe wegen ihrer Aktivitäten in den ersten Jahren der Diktatur und in der Emigration nach Kriegsbeginn besonders hart verfolgt wurden. So wurde Heinrich Bartling bereits im September 1939 ins KZ Sachsenhausen überführt, wo er Ende Januar 1940 umkam.<sup>300a</sup> Erna Paul war 1941 in Holland verhaftet und von Gestapo-Beamten nach Kassel gebracht worden. Ihr Mann wur-

de 1942 aus einem südfranzösischen Internierungslager an die Gestapo ausgeliefert. Während Erna Paul zusammen mit vier weiteren Kasseler Anarchosyndikalisten zu relativ geringfügigen Gefängnisstrafen verurteilt wurde<sup>301</sup>, traf ihren Mann eine sechsjährige Zuchthausstrafe.<sup>302</sup> Die Gestapo fand sich jedoch mit den milderen Justizstrafen nicht ab. Erna Paul sollte nach der Verhaftung ihre Kinder, die von Verwandten aufgenommen wurden, bis 1945 nicht mehr wiedersehen. Sie wurde nach Verbüßung der Gefängnisstrafe ebenso wie Willi Mai, Hermann Hannibal und Josef Hodek bis zur Niederwerfung der Diktatur im KZ inhaftiert. Josef Hodek wurde nach der Räumung des KZ Sachsenhausen von der SS ermordet.<sup>303</sup>

### 3. Zwischen Verweigerung und Integration – die Kasseler Arbeiterschaft unter der Diktatur

Die Feststellung, daß der entschiedene Widerstand gegen das NS-Regime auf eine kleine Minderheit beschränkt blieb, wirft die Frage nach dem Verhältnis der übrigen Bevölkerung zur Politik der Diktatur auf. Ein Blick in die Akten der politischen Strafjustiz, vor allem aber in die zeitgenössischen politischen Stimmungs- und Lageberichte lehrt darüber, daß dieses Verhältnis keineswegs auf einen einfachen Nenner gebracht werden kann. Die erstaunlich zahlreichen Hinweise auf Unzufriedenheit, Kritik und gelegentliches Aufbegehren widersprechen klar dem NS-Propagandabild von der geschlossenen „Volksgemeinschaft“ und scheinen eher die Annahme zu stützen, daß das Regime kaum über eine sichere Basis in der Bevölkerung verfügt habe. Zu erklären wäre dann allerdings, warum der Widerstand im engeren Sinn so isoliert blieb und warum selbst in der aussichtslosen Situation der letzten Kriegsjahre nicht nur keinerlei Anzeichen einer Massenbewegung gegen die Diktatur zu beobachten waren, sondern die übergroße Mehrheit der Bevölkerung dem Regi-

me bis zu seiner endgültigen Niederlage gehorsam folgte. Bei allem Interesse, daß die Zeichen der Verweigerung und des Protestes verdienen, ist daher nach ihrem Stellenwert für den Bestand des Regimes zu fragen. Der Führungsspitze Material zur Beantwortung dieser Frage an die Hand zu geben, war eine wesentliche Aufgabe der verschiedenen Herrschaftsinstanzen der Diktatur. Mit einem erheblichen Aufwand bemühten sie sich darum, die Defizite einer propagandistisch gelenkten Öffentlichkeit auszugleichen und die politisch relevanten Meinungen, Stimmungen und Einstellungen in der Bevölkerung zu erkunden.

Die besondere Aufmerksamkeit des Herrschaftsapparats galt von Anfang an und für die gesamte Dauer der Diktatur der Haltung der Arbeiterschaft. Die entscheidende Frage war, wie sie auf die Zerschlagung ihrer traditionellen Organisationen, auf den massiven, kollektiv gezielten Terror des Jahres 1933 und auf ihre mit dem „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ von 1934 besiegelte Ent-

<sup>300</sup> Bericht Willi Paul (1976), Bericht Erna Paul (1985), Schreiben von Fred Schröder (Nachlaß W. Paul) – Zu Fred Schröder siehe in diesem Band: Zur historischen Ausgangslage des Arbeiterwiderstandes, Anm. 209. Zu Erna und Willi Paul siehe Anm. 302, 303. <sup>300a</sup> WG-Akte H. Bartling. <sup>301</sup> Siehe Anklageschrift vom 2. 3. 1942 und Urteil vom 15. 5. 1942 gegen Erna Paul, Wilhelm Mai, Josef Jodek, Hermann Hannibal und Erna Lindemann, OLG Kassel (OJs 152/41). Die Höchststrafe, zu der Willi Mai verurteilt wurde, betrug 18 Monate Gefängnis; Erna Paul wurde mit 15 Monaten Gefängnis bestraft. – Josef Hodek, geb. 1. 1. 1876 in Laun. Schneidermeister. 1904–1906 Mitglied der SPD. Seit 1907 Mitglied der FAUD, seit 1919 in Kassel. Außerdem in der „Gemeinschaft proletarischer Freidenker“ und im Schneider-Verband aktiv. 1939 wegen „umstürzlerischer Propaganda“ zu einhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Danach im KZ Buchenwald inhaftiert. 1942 erneut verurteilt (15 Monate Gefängnis) und nach Strafverbüßung wieder in KZ-Haft. Im April 1945 ermordet. – Hermann Hannibal, geb. 8. 10. 1908 in Kassel, Schmied. Seit 1930 Mitglied der FAUD. 1942 zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. KZ-Haft bis Kriegsende. – Erna Lindemann, geb. 15. 2. 1906 in Kassel. Seit 1927 Mitglied der FAUD, 1942 zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. – Zu Wilhelm (Willi) Mai siehe J. Kammler/D. Krause-Vilmar (Hrsg.): a.a.O., S. 350 f. (1). <sup>302</sup> Urteil des OLG Kassel vom 3. 11. 1942 (OJs 90/42). – 1943 wurde W. Paul aus der Haft zum Militärdienst im Strafbataillon 999 gezwungen. <sup>303</sup> Zu Erna Pauls Lebensgeschichte siehe die Gesprächsaufzeichnungen von Hannelore Kessler, Martina Scholle und Anke Schmeling (1985/1986) sowie in diesem Band Anm. 213 des Beitrags zur Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung vor 1933. Siehe im übrigen Bericht Willi Paul (1976), Willi Mai (1979) sowie W. Paul: „Einige Angaben über die illegale Tätigkeit der damaligen Ortsbörse Kassel/Nordhessen der Freien Arbeiter-Union – Anarcho-Syndikalisten während des Dritten Reiches.“ (Nachlaß Willi Paul).

reichtung in den Betrieben reagieren würde und ob sie lediglich durch Repression „befriedet“ oder positiv in das NS-System integriert werden könnte.<sup>304</sup>

Daß von einer schnellen Integration nicht die Rede sein konnte, zeigen die Quellen zur Haltung der Kasseler Arbeiterschaft in den ersten Jahren der Diktatur überdeutlich. Sie verweisen darauf, wie wesentlich permanente Verfolgungsdrohung und selektiver Terror für das Niederkommen oppositioneller Stimmungen und Aktivitäten blieb und daß vor allem die über Jahre hinweg unverändert schlechte materielle Lage großer Teile der Arbeiterschaft Ausgangspunkt vielfältiger Spannungen blieb und die Vertrauenswerbung des Regimes weitgehend ins Leere laufen ließ.

Unzufriedenheit, die sich immer wieder in scharfer Kritik an den Maßnahmen der neuen Machthaber Luft machte und die sich gelegentlich in öffentlichem Protest von einzelnen und kollektiven Akten der Verweigerung verdichtete, herrschte besonders bei den arbeitslosen Wohlfahrtsunterstützungsempfängern, den öffentlichen Notstandsarbeitern und zwangsvermittelten Wohlfahrtserwerbslosen. Darauf wird in den Stimmungsberichten des Kasseler Oberbürgermeisters in den Jahren 1934 bis 1936 wiederholt hingewiesen. So heißt es in einem Bericht vom Sommer 1934: „In den meisten Fällen ist es gelungen, diese Unzufriedenheit durch schnelles Zugreifen und entsprechende Hilfe zu beseitigen. Dennoch gibt es eine Art von Unterstützungsempfängern, die in versteckter Form aus ihrer staatsfeindlichen Gesinnung heraus mit allen Maßnahmen des Wohlfahrtsamts unzufrieden sind... Meist sind diese Elemente schon aus früheren Zeiten, d. h. aus den Zeiten vor der nationalen Erhebung, als kommunistisch und aufrührerisch bekannt.“ Einzelne verursachten bei der Behörde „größere Auftritte“, ergingen sich „ganz unberechtigt in heftigem Schimpfen“, wofür sie „sofort Beifall bei den anwesenden Unterstützungsempfängern“ erhielten, und stachelten die schlechte Stimmung der Betroffenen durch „Redensarten“ an wie: „Da seht ihr, der Arbeiter weiß jetzt noch nicht, wo er bleiben soll.“<sup>305</sup> Noch im Februar 1936 mußte der Bericht des Oberbürgermeisters „einzelne Fälle“ vermerken, „in denen Unterstützungsempfänger sich bei dem Wohlfahrtsamt sehr ausfahrend benommen haben und den abfertigenden Beamten und Angestellten gegenüber Ausdrücke wie ‚verrückte

Hunde, Quatsch, Blödsinn‘ gebrauchten.“<sup>306</sup> Auch die Kasseler Gestapo hielt diese Negativstimmung fest, wenn sie ihr auch keine größere politische Bedeutung beimaß: „Lebhafte Klage wird ferner über die Behandlung bei den Arbeits- und Wohlfahrtsämtern geführt. Im stillen werden Äußerungen laut wie: ‚Wir sind ja heute Freiwild, man muß sich alles gefallen lassen. Sagt man etwas, wird man eingebuchtet.‘“<sup>307</sup>

Die teilweise offen rebellische Stimmung unter den in den ersten Jahren der Diktatur noch nach Tausenden zählenden Arbeitslosen, die auf Wohlfahrtsunterstützung angewiesen waren,<sup>308</sup> war zunächst Ausdruck ihrer verzweifelten materiellen Lage, die sich bis 1936 für viele Betroffene durch die erhebliche Steigerung der Lebenshaltungskosten, Kürzung der Unterstützungssätze oder völligen Entzug der Unterstützung gegenüber der Krisensituation der frühen 30er Jahre noch dramatisch verschlechterte. Dazu kam, daß diese Gruppe nahezu ausschließlich aus früheren KPD- und SPD-Wählern bestand und ihr oppositionelles Potential noch durch die 1933 aus politischen Gründen arbeitslos gewordenen Funktionäre und Aktivisten der Arbeiterorganisationen vergrößert worden war. Zu massiven Protesten und Verweigerungshandlungen kam es nicht nur vor den Schaltern der Arbeits- und Wohlfahrtsämtern, sondern vor allem dann, wenn die Unterstützungsempfänger zu schlecht bezahlten öffentlichen Notstandsarbeiten oder zu anderweitiger „Pflichtarbeit“ herangezogen wurden. Bis 1936 befaßten sich die Stimmungs- und Lageberichte der NS-Instanzen immer wieder mit den Problemen, die bei der Beschäftigung der Fürsorge- und Pflichtarbeiter entstanden. In einem Bericht aus dem Jahre 1934 heißt es: „Die Stellen, die Fürsorgearbeiter zu betreuen haben, bezeichnen die Stimmung unter den Arbeitern als wenig gut. Es macht sich eine gewisse passive Resistenz gegenüber Anordnungen bemerkbar. Die Lage ist jedoch noch so, daß bestimmte Personen nicht namhaft gemacht werden können und im allgemeinen sich die Arbeiter auch so verhalten, daß kein Anlaß besteht, daß gegen sie eingeschritten werden kann.“<sup>309</sup> Wird im April 1935 lediglich von „Unzufriedenheit und Arbeitsunlust“ unter den Fürsorgearbeitern gesprochen<sup>310</sup>, so heißt es zwei Monate später: „Es mehren sich auch die Fälle von Arbeitsniederlegungen unter den geschicktesten Verschleierungen, wie Trennung von der Fa-

<sup>304</sup> Siehe dazu besonders Timothy W. Mason: Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland, a.a.O. (9); Ian Kershaw: „Widerstand ohne Volk?“, a.a.O. (9). <sup>305</sup> Siehe Stimmungsberichte des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel an den Polizeipräsidenten in Kassel mit Einzelberichten städtischer Dienststellen, August 1934 bis Februar 1936, hier: Bericht vom 25. 8. 1934 mit Anlage (Stadtarchiv Kassel, Bestand A 1.01.1). <sup>306</sup> Bericht vom 22. 2. 1936 (Stadtarchiv Kassel, A 1.01.1). <sup>307</sup> Im Oktober 1934 belief sich die Zahl der Kasseler Wohlfahrtsunterstützungsempfänger auf ca. 22 000 Personen (Bericht vom 22. 10. 1934 – Stadtarchiv Kassel, A 1.01.1). <sup>308</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 5. 9. 1935 (StA Marburg 165/3965). <sup>309</sup> Lagebericht des Kasseler Oberbürgermeisters vom 24. 9. 1934 (Stadtarchiv Kassel, A 1.01.1). <sup>310</sup> Lagebericht des Kasseler Oberbürgermeisters vom 15. 4. 1935 (Stadtarchiv Kassel, A 1.01.1).

milie, angeblicher Wechsel der Arbeitsstelle, Aufnahme der Hausier- und Händlertätigkeit, fortgesetzte Krankmeldungen usw. Durch die oft in der raffiniertesten Form ausgeklügelten Arbeitsniederlegungen mit der dann folgenden Sperr- oder Übergangszeit entstehen für das Wohlfahrtsamt erhöhte Aufwendungen zur Bereitstellung des Lebensbedarfs für die Familienangehörigen. Hier können nur sofortige Zwangsmaßnahmen (Arbeitshaus) abschreckend wirken.<sup>311</sup> Zur gleichen Zeit wurden von den zur „Pflichtarbeit“ beim Bau der SA-Siedlung Hegelsberg abgestellten Unterstützungsempfängern drei durch die Gestapo verhaftet, weil sie „dauernd und bewußt den Arbeitsfrieden (störten)“; einer von ihnen wurde ins KZ eingewiesen.<sup>312</sup> Einem gleichzeitigen Gestapobericht zufolge „verließ ein Teil neuer Arbeiter der Reichsautobahn und von Flugplätzen schon nach wenigen Tagen seine Arbeitsstätte“; die Arbeiter erklärten, „die ungewohnt schwere Arbeit nicht mehr leisten zu können, da sie infolge der jahrelangen Erwerbslosigkeit und ihrer Entbehrungen körperlich zu sehr geschwächt seien“. Obwohl sie dieses Argument nicht gelten ließ, erschien es selbst der Gestapo „auch tatsächlich untragbar, wenn die Arbeiter wie z. B. auf der Zeche ‚Roter Stollen‘ im Habichtswald bei Kassel und auf dem Basaltwerk in Helsa bei schwerster Arbeitsleistung unter dürftigsten Verhältnissen mit einer achtstündigen Arbeitszeit oft nur mit einem ausgesprochenen Hungerlohn von 12 bis 13 RM die Woche nach Hause kommen“.<sup>313</sup>

Wie sehr sich die Situation in den ökonomischen Krisen Jahren 1935 und 1936 zuspitzte, belegt die kollektive Arbeitsverweigerung einer größeren Gruppe Kasseler Fürsorgearbeiter im Sommer 1936. Auf Anforderung des Kasseler Arbeitsamts waren 165 Kasseler Wohlfahrtsarbeitslose aus ihren bisherigen Fürsorgearbeitsverhältnissen „herausgezogen“ und einer am Flugplatzbau in Hessisch-Lichtenau beteiligten Baufirma zugeteilt worden. Zum festgesetzten Abfahrtstermin erschienen am Bahnhof Kassel-Bettenhausen von den 165 angeforderten Arbeitern lediglich 122. Der die Gruppe begleitende Vorarbeiter mußte schon während der Bahnfahrt nach Hessisch-Lichtenau feststellen, „daß die Stimmung geradezu aufrührerisch war“.<sup>314</sup> Nach der Ankunft auf dem Flugplatz-Gelände sollte die Gruppe zur Arbeit eingeteilt werden. Dies schei-

terte zunächst schon an der Weigerung der Arbeiter, sich bei der Verlesung ihrer Namen überhaupt zu melden: „Der Herr G. versuchte es vergeblich im guten, ebenso Herr A. von der Stadt Kassel. Nach dem Verlesen der ersten 40 Namen wurden diese von Herrn Bauleiter G. dem Schachtmeister V. zur Arbeitsaufnahme zugeteilt. Plötzlich machten sich Stimmen bemerkbar wie: ‚Was verdienen wir?‘ Daraufhin erklärte Herr Bauleiter G., daß hier Tariflohn gezahlt würde. Auf eine weitere Frage: ‚Wie hoch ist der Tariflohn?‘ erklärte ihnen Herr Bauleiter G. wiederum, daß er RM 0,57 pro Stunde betrage. Der größte Teil der Arbeiter erklärte: ‚Dafür arbeiten wir nicht.‘ Einige erklärten weiter, daß sie hier demnach etwa RM 1 bis 2 weniger verdienten als bei den Arbeiten für die Stadt Kassel.“<sup>315</sup> Nach der Aufforderung des Bauführers, „wer arbeiten wolle, solle vortreten“, „trat ein älterer Mann vor, der aber ... zum Schutz vor den anderen, die ihn schlagen wollten, in eines der Büros geschickt werden mußte, damit ihm nichts passierte“,<sup>316</sup> Entgegen der Aufforderung, zunächst die Entscheidung des benachrichtigten Kasseler Fürsorgeamtes abzuwarten, verließen die Arbeiter nahezu geschlossen die Baustelle, um nach Kassel zurückzufahren. Während des Marsches zurück zum Bahnhof und der Eisenbahnfahrt nach Kassel wurden in der Gruppe Arbeiterlieder gesungen.<sup>317</sup> Lediglich einige wenige hatten zuvor „möglichst ungesehen von den anderen“ dem Bauleiter ihre Bereitschaft signalisiert, am nächsten Tag mit der Arbeit zu beginnen. Die übrigen begaben sich noch am gleichen Tag zur Kasseler Arbeitsfürsorge und verlangten, wieder in ihren bisherigen Stellen eingesetzt zu werden. Die zunächst durch den Vorfall völlig überraschte Behörde ergriff nunmehr jedoch sofort repressive Maßnahmen und schaltete die Gestapo ein, die mehrtägige Vernehmungen durchführte und schließlich einzelne „Rädelsführer“ isolierte. Der Vertreter der städtischen Arbeitsfürsorge schloß seinen Bericht an den Oberbürgermeister mit den Worten: „Die Zeit für ein rücksichtsloses Durchgreifen ist damit gekommen.“<sup>318</sup> Die Gestapo nahm mehrere Arbeiter, zumeist frühere Kommunisten, in Schutzhaft und überführte sie, ohne ein Gerichtsverfahren einzuleiten, sofort ins Konzentrationslager, wo die Betroffenen für fast zwei Jahre in Haft blieben.<sup>319</sup> Blieb die kollektive Arbeitsverweigerung der Kasseler Für-

<sup>311</sup> Lagebericht des Kasseler Oberbürgermeisters vom 22. 6. 1935 (Stadtarchiv Kassel, A 1.01.1). <sup>312</sup> Bericht des Wohlfahrtsamtes der Stadt Kassel vom 23. 8. 1935 (Stadtarchiv Kassel, A 1.01.1). <sup>313</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 5. 9. 1935 (StA Marburg, 165/3965). – Siehe auch die Berichte der Obersten Bauleitung Kassel der Reichsautobahnen über die „Stimmung der Unternehmerarbeiter“ aus den Jahren 1935 bis 1938 (ZStA Potsdam, 46016/1197 und 1195; 4602/84). <sup>314</sup> Bericht des Kasseler Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten vom 16. 6. 1936 mit Anlagen, hier: Bericht des Transportführers (StA Marburg, 165/3863). <sup>315</sup> Aussage des Arbeiters Arthur S. (314). <sup>316</sup> Bericht des Vorarbeiters Heinrich A. (314). <sup>317</sup> Siehe den Bericht des beteiligten Arbeiters Alfred Bornkessel von 1951 (WG-Akte A. Riemenschneider). <sup>318</sup> Bericht vom 15. 6. 1936 (314). <sup>319</sup> Inhaftiert wurden u. a.: August Riemenschneider, geb. 21. 7. 1907 in Kassel, KPD-Mitglied seit 1927, vom 15. 7. 1936 bis 2. 4. 1938 in den KZ Lichtenburg und Buchenwald inhaftiert; Alfred Bornkessel, geb. 13. 1. 1914 in Reichenbach/Vogtland, Handformer, KJVD-Mitglied seit 1929, vom 15. 7. 1936 bis 2. 4. 1938 in den KZ Lichtenburg und Buchenwald; Fritz Härmstädt, vom 13. 6. 1936 bis 28. 3. 1938 im KZ Sachsenhausen. – Siehe WG-Akten A. Riemenschneider und A. Bornkessel.

sorgearbeiter in Hessisch-Lichtenau auch eine Ausnahme, so wurde sie von der Gestapo und den übrigen beteiligten NS-Behörden doch als bedrohliches Zeichen für die in den Jahren 1935/36 in weiten Teilen der Arbeiterschaft vorherrschende und sich zunehmend offensiver äußernde regimekritische Stimmung angesehen. Für die NS-Instanzen war es besonders irritierend, daß die Kritik der Arbeiter an der Wirtschaftspolitik und an anderen politischen Maßnahmen und Erscheinungsformen des Regimes aggressiver und selbstbewußter wurde und sich zum Teil offen in die Tradition der unterdrückten Arbeiterbewegung stellte.

Daß die nur langsam zurückgehende Arbeitslosigkeit, die außerordentlich niedrigen Löhne, die gleichzeitig stark ansteigenden Lebenshaltungskosten und die Versorgungsmängel bei Grundnahrungsmitteln zusammen mit dem Fehlen jeder öffentlichen Möglichkeit der Interessenartikulation in der Arbeiterschaft eine für das Regime höchst brisante Stimmung entstehen ließen, wurde gerade von der Gestapo immer wieder nachdrücklich hervorgehoben. In ihrer Berichterstattung plädierte sie keineswegs lediglich für Repression, sondern beschwor gelegentlich geradezu die Notwendigkeit, durch geeignete politische Maßnahmen die Ursachen der Mißstimmung unter den Arbeitern zu beseitigen. Wie „krisenhaft, unruhig und sorgenvoll“<sup>320</sup> die Stimmung der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterschaft zwischen 1934 und 1936 den Beobachtern aus dem Herrschaftsapparat erschien, verdeutlichen die folgenden Auszüge aus den Lageberichten der Kasseler Gestapo:

„Wenn sich die gegenwärtige Preisentwicklung weiter fortsetzt, wird eine ernste Beunruhigung und schwere Mißstimmung breiter Bevölkerungsschichten unausweichlich sein. Schon jetzt können nur mit Mühe Ausbrüche des Unwillens und der Unzufriedenheit verhindert werden. Hetzer reden von beginnender Inflation und ähnlichen Dingen. Diese Entwicklung ist in innenpolitischer Hinsicht äußerst unerwünscht. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen bedürfen daher sorgsamer Abstimmung auf die Interessen der ärmeren Bevölkerung.“ (Oktober 1934)<sup>321</sup>

„Zusammenfassend muß von einer ständigen Steigerung der Preise aller Erzeugnisse gesprochen werden, die auf die Stimmung der breiten Masse der Bevölkerung stark drückt, da die Löhne auf ihrem Tiefstand festgehalten werden. Es ist dies ein sehr bedenklicher Zustand.“ (Mai 1935)<sup>322</sup>

„Die Ursachen dieser allgemeinen Mißstimmung sind nicht auf einen einzigen Nenner zu bringen. An erster Stelle steht jedoch die allgemeine schlechte Wirtschaftslage. Wer ein einigermaßen gutes Einkommen hat, ist regelmäßig auch zufrieden. Aber die große Masse der Arbeiterschaft hat bzw. ist dies nicht. Sie sieht sich in ihren eineinhalb Jahre lang gehegten Hoffnungen, daß ihr Lohnniveau den Lebensansprüchen mehr angepaßt würde, enttäuscht... Anlaß zu ernster Besorgnis und Stoff zu einer gewissenlosen Hetze gab nicht zuletzt das Ansteigen der Preise für wichtige Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände...“ (September 1935)<sup>323</sup>

„Die wichtigste wirtschaftliche und sozialpolitische Frage ist die Preisgestaltung und die Lohnfrage. Die Lebensmittelknappheit, insbesondere von Fleisch und Butter, ruft starke Beunruhigung unter der Bevölkerung hervor. Trotz aller gesetzlichen Maßnahmen und Höchstpreise ist die Tendenz des Steigens der Lebensmittelpreise überall deutlich feststellbar. Die Haushaltskosten steigen von Monat zu Monat... Die Löhne müssen (stabil bleiben) und sind nach wie vor stabil geblieben; die Kosten für den Lebensunterhalt haben in diesem Jahr jedoch eine Steigerung von 20 bis 25 % zu verzeichnen. Hier liegt die größte Gefahr für den Staat, insbesondere, wo der Winter vor der Tür steht und mit der Entlassung zahlreicher Saisonarbeiter in Bälde zu rechnen ist. Es muß ein weiteres Steigen jeglicher Preise verhindert werden. Von dieser Frage allein ist die Stimmung in der Bevölkerung abhängig, auf sie bauen die Staatsfeinde, in erster Linie die Juden und Kommunisten. Diese einfache Tatsache haben zahlreiche Berufsvertreter, ja sogar Beamte und führende PG, noch nicht begriffen. Auch die Liebe zur Partei und zum Staate geht bei der breiten Masse durch den Magen!“ (Oktober 1935)<sup>324</sup>

„Auch heute war auf dem Wochenmarkt in Kassel an den Butterständen wieder ein erheblicher Andrang. Es kam zu tumultartigen Szenen und nur durch die vorbeugenden Maßnahmen der Marktpolizei wurde das Plündern der Stände verhindert.“ (Oktober 1935)<sup>325</sup>

„Immerhin ist dies das vierte Mal, daß durch Maßnahmen der Landesbauernschaft – Beschlagnahme von Butter, die für den Verkauf auf dem Wochenmarkt bestimmt war – die weniger kaufkräftige Bevölkerung aus der Altstadt in Kassel in starke Erregung gebracht worden ist, die nur durch das beruhigende Einschreiten der Polizei nicht zum offenen Krawall geführt hat.“ (November 1935)<sup>326</sup>

„Die Behauptung des Statistischen Reichsamtes im Ja-

<sup>320</sup> Lagebericht vom 5. 12. 1934 (StA Marburg, 165/3949). <sup>321</sup> Lagebericht vom 5. 10. 1934 (StA Marburg, 165/3949). <sup>322</sup> Lagebericht vom 5. 5. 1935 (StA Marburg, 165/3949). <sup>323</sup> Lagebericht vom 5. 9. 1935 (StA Marburg, 165/3949). <sup>324</sup> Lagebericht vom 5. 10. 1935 (StA Marburg, 165/3965). <sup>325</sup> Tagesbericht vom 10. 10. 1935 (StA Marburg, 165/3965). <sup>326</sup> Tagesbericht vom 23. 11. 1935 (StA Marburg, 165/3965).

uarheft ‚Wirtschaft und Statistik‘, daß der Lebenshaltungsindex in der Zeit vom 1. 1. 35 bis 31. 12. 35 nur um ein Prozent gestiegen sei, wirkt geradezu lächerlich. Vermeyntlich beruhigende Wirkung schlägt hier ins Gegenteil um, da anhand dieser Behauptung die Kommunisten und Meckerer die Naziregierung der Schiebung überführen können. Die Löhne sind aber so, daß sie eine Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht mehr ertragen können. Der Mann, der müde von der Arbeit nach Hause kommt, wird schon jetzt von der Frau, die für den Haushalt sorgen muß, mit Klagen über die Teuerung empfangen. Man kann es der Frau nicht einmal übelnehmen, denn tatsächlich wird sie stündlich mit der Sorge geplagt, wie soll ich morgen Mann und Kinder satt machen. Diese Stimmung in der Familie ist aber gerade der Nährboden für den Kommunismus und die anderen Unzufriedenen.“ (Januar 1936)<sup>327</sup>

„Herabsetzung der Lebensmittelkosten und der hohen Spitzengehälter würde von größter moralischer Wirkung sein und erscheint unbedingt erforderlich. Immer wieder hört man in Arbeiterkreisen die Ansicht vertreten, daß sich der Aufbau vorwiegend auf den Schultern und zu Lasten der gering bemittelten Bevölkerung vollzöge. Auf die Versprechungen in den Wahlversammlungen der Kampfzeit wird dabei immer wieder hingewiesen, ohne daß dem ernstlich etwas entgegen gehalten werden könnte.“ (Februar 1936)<sup>328</sup>

Die immer wieder vermeldete Polemik gegen die hohen Spitzengehälter in der Beamtenschaft und in der zunehmend mit dem Staatsapparat verfilzten Parteibürokratie macht deutlich, daß die von der Diktatur am schwersten zu konterkarierende Form der Regimekritik diejenige war, die sich hinter den frühen Propagandaankündigungen der NS-Bewegung selbst verbarg und sich ihrer Slogans bediente. Dies sollte auch in den Betrieben für die Dauer der Diktatur die erfolgversprechendste Methode der Interessenartikulation bleiben.

Auf diese Weise verband sich in der Arbeiterschaft mit der Kritik an der miserablen finanziellen Situation eine bestimmte Form der politischen Regimekritik. So wandte sich die permanente Nazipolemik gegen das „Bonzentum“ in der Arbeiterbewegung vor 1933 nunmehr voll gegen das NS-Regime mit seinen vielen „kleinen Hitlers“. Die vor allem in Teilen der SA lebendigen antikapitalistischen Tendenzen der frühen NS-Propaganda provozier-

ten die angesichts der offen unternehmerfreundlichen Politik der Nazis nur allzu gut belegbare Kritik, „daß wir nun doch vor dem Kapital kapitulierten“.<sup>329</sup> Die öffentliche Selbstdarstellung des Regimes, vor allem aber seine gelenkte Presse, wurde bis weit in die Reihen der NSDAP selbst immer weniger ernstgenommen: „Man glaubt nicht mehr, daß die Zeitungen die Wahrheit schreiben dürfen.“<sup>330</sup> Permanenten Unwillen in der Arbeiterschaft erregten auch die ständigen, zum Teil gleichzeitig und unter erheblichem politischem Druck durchgeführten Sammlungen für das „Winterhilfswerk“ und andere Zwecke, die die niedrigen Löhne weiter minderten und von den Arbeitern als zusätzliche Provokation angesehen wurden. Die Gestapo sah sich schließlich veranlaßt, dringend für „Sammelferien“ zu plädieren.<sup>331</sup>

Mit besonderer Aufmerksamkeit registrierten die NS-Instanzen in dieser Phase die sich mehrenden Anzeichen für ein steigendes Selbstbewußtsein der Anhänger der unterdrückten Arbeiterbewegung. Sie bewiesen, daß trotz massiver Verfolgung, ständiger öffentlicher Diskriminierung der Arbeiterbewegung und werbender Volksgemeinschaftspropaganda Erinnerung und Bindung an die eigenen Organisationen bei vielen Arbeitern keineswegs vollständig abgerissen waren. So berichtete der Bürgermeister von Niederrhein im Sommer 1934: „Es erweckt neuerdings den Anschein, als ob den früheren Kommunisten und sonstigen Marxisten von irgendwelcher Seite her Hoffnungen gemacht würden. Ihre Tonart ist merklich freier und manchmal auch anmaßend geworden.“<sup>332</sup> Der Gestapo fiel auf, daß in den Straßen der Arbeiterviertel wieder „Debattierclubs“ politisch diskutierender Arbeiter zu sehen waren<sup>333</sup> oder daß Straßenbaukolonnen gelegentlich von vorübergehenden Arbeitern ganz offen mit „Rot-Front“-Rufen und erhobener Faust begrüßt wurden.<sup>334</sup> Sie verzeichnete mit Mißtrauen auch Meldungen wie die folgende: „Am 15. 8. 35 wurde der Verwalter des Barons von Dalwigk in Hoof, Kreis Kassel, beim Aufladen eines Fasses Öl, wobei ihm drei Arbeiter aus einer Ziegelei ohne Aufforderung behilflich waren, von einem Arbeiter gefragt: ‚Weißt Du auch, warum wir Dir geholfen haben? Weil Du auch zur Eisernen Front gehörst.‘ Er zeigte hierbei auf die graue Windjacke, die der Verwalter trug, und sagte weiter: ‚Wenn Du die Jacke der Eisernen Front nicht getragen hättest, hätten wir Dir nicht geholfen.‘“<sup>335</sup>

In den Betrieben tauchten immer wieder einmal Anschlä-

<sup>327</sup> Lagebericht für den Monat Januar 1936 (BA Koblenz, R 58/570). <sup>328</sup> Lagebericht für den Monat Februar 1936 (BA Koblenz, R 58/570). <sup>329</sup> Schreiben des Leiters der Gestapostelle Kassel an das Geheime Staatspolizeiamt vom 4. 9. 1935 (StA Marburg, 165/3863). <sup>330</sup> Lagebericht der Gestapostelle Kassel vom 5. 9. 1935 (StA Marburg, 165/3965). <sup>331</sup> Lagebericht vom 5. 6. 1935 (StA Marburg, 165/3965). <sup>332</sup> Bericht an den Kasseler Landrat vom 20. 6. 1934 (StA Marburg, 175/1402). <sup>333</sup> Lagebericht vom 4. 5. 1934 (StA Marburg, 165/3949). <sup>334</sup> Siehe z. B. den Tagesbericht vom 18. 6. 1935 (StA Marburg, 165/3965). <sup>335</sup> Tagesbericht vom 11. 9. 1935 (StA Marburg, 165/3965).

ge an den Schwarzen Brettern oder kleine Plakate auf mit Texten wie: „Arbeitskameraden, seid auf der Lauer vor den Arbeitverrättern. Diese wollen uns knechten und schinden; laßt euch dies nicht gefallen.“ oder: „Nieder mit der Spitzbubenregierung! Von den Ärmsten wird das Geld geklaut für die Winterhilfe und die Großen schlucken es.“<sup>336</sup> Die von den Unternehmern zur Erfassung der „Täter“ ausgesetzten Belohnungen führten nach der Erfahrung der Deutschen Arbeitsfront zu nichts: „Meist meldet sich niemand, um nicht als ‚unkameradschaftlich‘ oder ‚Arbeitverräter‘ zu gelten. Die Gegenseite hat aber durch den negativen Verlauf der Angelegenheit sofort Agitationsmaterial...“<sup>337</sup>

Unter den Bedingungen des verbreiteten Unmuts, einer latenten Verweigerungshaltung und gelegentlich offenen Aufbegehrens mißlang der Versuch, die Arbeiterschaft durch die Wahl von betrieblichen Vertrauensräten an das Regime zu binden. Die offenkundige Einflußlosigkeit und Ohnmacht der Vertrauensräte gegenüber den Unternehmern, die dubiose Auswahl der Kandidaten und der in vielen Betrieben offen manipulierte Wahlvorgang selbst ließen die in den Jahren 1934 und 1935 durchgeführten Vertrauensratswahlen für weite Teile der Arbeiterschaft zur bloßen Farce werden.<sup>338</sup> Nach den Berichten von Angehörigen des Widerstands „war besonders in kleineren Betrieben häufig gar keine Wahlzelle oder etwas ähnliches vorhanden. Wer einen Bleistift überhaupt benutzte“ – und nicht einfach die gesamte Vorschlagsliste ohne jede Streichung billigte –, „kennzeichnete sich dadurch schon als Querulant. Aber auch in Großbetrieben hat man sich nicht gescheut, die Wahl dadurch zu einer öffentlichen, also einer gefährlichen Angelegenheit zu machen, daß man diejenigen, die an der Liste etwas austreichen wollten, nötigte, dies auf irgendeine Weise öffentlich zu zeigen.“<sup>339</sup>

Von Verlauf und Ergebnis der ersten Vertrauensratswahl in den Kasseler Betrieben 1934 ist kaum etwas bekannt. Die Gestapo hielt lediglich fest, daß die Wahlen im allgemeinen „reibunglos verlaufen“ seien, daß sich jedoch „Unstimmigkeiten“ bei der Reichsbahn ergeben hätten und bei der Firma Henschel „für die zur Wahl gestellten Personen keine Mehrheit erreicht werden“ konnte, „so daß der Wahlleiter die Betreffenden für gewählt erklären mußte“.<sup>340</sup> Bei Henschel wurde die Belegschaft lediglich

durch einen Aushang darauf hingewiesen, daß diejenigen, die sich für das Wahlergebnis interessierten, dieses beim Vertrauensrat einsehen könnten.<sup>341</sup> Der Ausgang der Wahl muß für die Machthaber so enttäuschend gewesen sein, daß noch nicht einmal verfälschte Ergebnisse mitgeteilt wurden. So waren die mit großem Propagandaufwand inszenierten Vertrauensratswahlen von 1934 wohl die einzigen Wahlen im NS-Staat, deren Ergebnis ganz einfach totgeschwiegen wurde.<sup>342</sup> Der Versuch, das Vertrauen der Arbeiterschaft zum neuen Regime zu dokumentieren, hatte mit einer eindeutigen Blamage für die Diktatur geendet.

Die Vertrauensratswahlen des folgenden Jahres waren von den verantwortlichen NS-Stellen wesentlich besser „vorbereitet“ worden und erbrachten das gewünschte hohe Ergebnis von 84,5 % Ja-Stimmen im Reichsdurchschnitt.<sup>343</sup> Für Kassel berichtete die Gestapo mit genauen Zahlen lediglich über das ungewöhnlich schlechte Ergebnis bei der Kasseler Straßenbahn AG. Danach hatten von 546 Wahlberechtigten 34 die gesamte Liste durchgestrichen, 289 einzelne Namen auf der Liste gestrichen und lediglich 221 die Liste gebilligt.<sup>344</sup> Bei Henschel betrug die Opposition nach Informationen des Widerstandes immer noch 35 %.<sup>345</sup>

Ungeachtet des reichsweit von der DAF gefeierten Ergebnisses der Wahl kam ein Beauftragter der NSDAP-Parteileitung zu dem Schluß, daß es sehr riskant sei, sich auf die manipulierten Auszählungen der DAF zu verlassen. Ernstzunehmenden Berichten zufolge seien die realen Ergebnisse der Vertrauensratswahlen eher ein Beweis dafür, „daß das Vertrauen der Belegschaft zur Betriebsführung vollständig zerrüttet“ sei.<sup>346</sup>

Angesichts der in der Arbeiterschaft verbreiteten Unmuts- und Proteststimmung drohte das Regime, mit den „frisieren“ Ergebnissen der Wahl von 1935 vollends unglaubwürdig zu werden. Entgegen der Integrationsabsicht des Regimes wirkten die Wahlen immer mehr geradezu kontraproduktiv. Kurz vor dem nächsten Wahltermin Anfang 1936 meldete denn auch die Kasseler Gestapo besorgt, daß die „Aussichten für die Vertrauensratswahlen... nicht allzu günstig erschienen“.<sup>347</sup> Sie wurde ihrer Sorge dadurch enthoben, daß die NS-Führung die Wahlen von 1936 kurzerhand absetzte und auch in den folgenden Jahren keine Wahlen in den Betrieben mehr riskierte. Der Versuch des Regi-

<sup>336</sup> Tagesberichte der Staatspolizeistelle Kassel vom 11. 10. 1935 (StA Marburg, 165/3965) und 10. 12. 1934 (StA Marburg, 165/3949). <sup>337</sup> Aktennotiz zum Schreiben der DAF-Gauverwaltung Kurhessen an das Amt Information vom 30. 9. 1936 betr. „Kommunistische Umtriebe im Henschel-Werk Kassel-R.“ (IML/ZPA, St 3/849). <sup>338</sup> Siehe dazu Wolfgang Spohn: Betriebsgemeinschaft und innerbetriebliche Herrschaft, in: C. Sachse u. a.: Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung, a.a.O., S. 140–208, hier: S. 182 ff. (9). <sup>339</sup> So der auch in Kassel verteilte „Reinhart-Brief“ des ISK vom März 1935 (Artikel „Mißtrauenswahlen“). <sup>340</sup> Lagebericht vom 4. 5. 1934 (StA Marburg, 165/3949). <sup>341</sup> Siehe Bericht Max Mayr (1976). <sup>342</sup> Siehe auch W. Spohn: a.a.O., S. 184 (338). <sup>343</sup> Ders., a.a.O., S. 187 (338). <sup>344</sup> Bericht vom 9. 5. 1935 (StA Marburg, 165/3863). <sup>345</sup> Reinhart-Brief vom März 1935; Bericht Max Mayr (1976). <sup>346</sup> Siehe W. Spohn: a.a.O., S. 187 (338). <sup>347</sup> Lagebericht für den Monat Februar 1936 (BA Koblenz, R 58/570).

mes, die propagandistisch behauptete Integration der Arbeiterschaft in die „Volksgemeinschaft“ durch die Wahl von Schein-Vertretungsorganen der Belegschaft zu dokumentieren, war damit endgültig gescheitert.

Distanz und Abwehrhaltung, mitunter Verweigerung und Protest kennzeichneten in den ersten Jahren der Diktatur die Einstellung vieler Teile der Kasseler Arbeiterschaft zum NS-Regime. Dennoch wäre es falsch, von einer geschlossenen Oppositionshaltung der Arbeiterschaft zu sprechen. Positiv für das Regime schlug zu Buche, daß schon bis 1934 eine größere Zahl qualifizierter Facharbeiter in den großen Kasseler metallverarbeitenden Betrieben wieder Arbeit fand, begannen doch einzelne Unternehmen im Zuge der anlaufenden Aufrüstungsplanung schon sehr früh, Rüstungskapazitäten aufzubauen. Vor allem die Firma Henschel, die bereits seit 1926 die Entwicklung eines LKW-Grundmodells für die Reichswehr betrieben hatte und seit 1928 an der getarnten Entwicklung eines leichten Panzers beteiligt war, nahm sofort 1933 die Rüstungsproduktion auf und lieferte – neben der beginnenden Serienfertigung des von der Reichswehr als Einheitstyp ausgewählten Henschel-LKW – bereits Ende 1933 die ersten Panzer-Prototypen beim Heer ab.<sup>348</sup> Aus Zeitzeugen-Berichten ist zu entnehmen, daß die offene Wiederaufnahme und Forcierung der Rüstungsproduktion unter den Arbeitern kaum Kritik auslöste und die diesbezüglichen Warnungen des organisierten Widerstandes keine Resonanz fanden: „Die Waffenproduktion hat gleich 1933 angefangen, als ob das alles schon vorher geplant gewesen wäre. In Kassel hat es keinen Widerstand gegen diese Rüstungsproduktion gegeben. Das war unmöglich. Die waren doch froh, daß sie Arbeit hatten! Wie viele Jahre die arbeitslos gewesen waren und jetzt waren sie bei Henschels! Die sind dann vielleicht auch in die SA reingegangen.“<sup>349</sup>

Wenn auch, wie die Vertrauensratswahlen zeigten, die Unterstützung des Regimes durch die Industriearbeiter nicht den Erwartungen der Machthaber entsprach, so hatten die NSDAP und ihre Formationen nach 1933 jedoch ohne Zweifel ihren Anhang in den Betrieben erheblich ausgeweitet. Die neue politische Spaltung zeigte sich z. B. ganz augenfällig darin, daß nicht wenige Arbeiter in NS-

Uniformen am Arbeitsplatz erschienen. Partei- und SA-Mitglieder unter ihnen schufen zusammen mit den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionären der DAF vor allem in den großen Betrieben ein Klima permanenter Überwachung, das die oppositionellen Arbeiter zu äußerster Vorsicht nötigte. So heißt es im Bericht eines früheren Henschel-Arbeiters, der 1934 wieder eingestellt wurde: „Ich werde nicht vergessen, wie ich am ersten Tag reinkam und in die Garderobe ging, wo mir mein Schrank zugewiesen worden war. Da standen zwei SA-Leute: ‚Heil Hitler!‘ – Ich sagte: ‚Guten Morgen!‘ Innerhalb von acht Tagen hatten sie mich dermaßen unter Druck gesetzt, daß sie mich wieder rausschmeißen wollten. Wenn ich nicht bei der Betriebsleitung einen so guten Namen gehabt hätte, wäre ich schon wieder auf die Straße geflogen. Sie haben das immer wieder versucht. Die haben sogar versucht, innerhalb des Betriebes festzustellen, wer denn überhaupt zusammengehörte.“<sup>350</sup>

Neben der Spaltung der Arbeiterschaft in Nazis und auf Distanz bleibende Mehrheit, in besser bezahlte Facharbeiter und mit Niedrigstlöhnen abgespeiste Ungelernte und Pflichtarbeiter sowie in jene, die ihre Gegnerschaft aufrecht erhielten, und die wachsende Gruppe derjenigen, die sich auf gute fachmännische Arbeit konzentrierten und sich im übrigen zurückzogen, gab es schon in den ersten Jahren der Diktatur deutliche Anzeichen dafür, daß die Reaktion der Arbeiterschaft auf das Regime in sich uneinheitlich und zersplittert war. Das NS-Herrschaftssystem wurde auch von den in einer Abwehrhaltung verharrenden Arbeitern keineswegs als Einheit wahrgenommen. Während sich Kritik und offene Verachtung vor allem gegen die unteren und mittleren Chargen der Diktatur richteten, wurde die Person Hitlers weitgehend davon ausgeblendet. Die Lageberichte der Kasseler Gestapo wiesen immer wieder auf die allgemeine und wachsende Popularität Hitlers hin.<sup>351</sup> Sie wurde z. B. durch die Mordaktion gegen die SA-Führung 1934 erheblich verstärkt, da sie als Ausdruck der Durchsetzungsfähigkeit Hitlers gegenüber der Willkür von Neben- und Unterführern und den verschiedenen Parteiformationen sowie als Beginn eines „Aufräumens“ im aufgeblähten und selbstherrlichen Parteiapparat interpretiert wurde.<sup>352</sup> „Das energische Ein-

<sup>348</sup> Siehe dazu Ralf Kulla: Rüstungsproduktion in den Kasseler Henschel-Werken – unter besonderer Berücksichtigung der NS-Zeit und der Nachkriegsentwicklung, Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1986, S. 13 ff. Zur Firma Wegmann siehe Thomas Vollmer: Historische Entwicklung und sozialgeschichtliche Rahmenbedingungen der Rüstungsproduktion der Kasseler Firma Wegmann und Co., Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1985. <sup>349</sup> Bericht Fritz Wilke (1977). Siehe auch Bericht Heinrich Aschenbrandt (1977). – Fritz Wilke, geb. 22. 1. 1901 in Kassel; Schlosser. Seit 1923 SPD-Mitglied. Aktiver Arbeitersportler; Teilnehmer an der Arbeiterolympiade 1931 in Wien; leitete bis 1933 die „Freie Turnerschaft“ in Kassel. Mitglied der „Eisernen Front“. 1933–1945 bei der Firma Henschel in der Rüstungsproduktion beschäftigt. <sup>350</sup> Bericht Georg Gottmann (1977 – C. Fischer-Defoy). – Zur Person: Geb. 30. 5. 1904 in Sandershausen/Krs. Kassel. Mechaniker. Seit 1920 Mitglied der SPD, seit 1919 des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Gewerkschaftlicher Vertrauensmann bei Henschel. Arbeitersportler und Mitglied der „Eisernen Front“. 1934–1945 im Lokomotivbau bei der Firma Henschel beschäftigt. <sup>351</sup> Siehe z. B. die Lageberichte vom 1. 6. 1934, 4. 8. 1934, 5. 9. 1935 und 4. 11. 1935 (StA Marburg, 165/3949 und 3945). <sup>352</sup> Siehe Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel vom 4. 8. 1934 (StA Marburg, 165/3949), in dem von der Hoffnung der Bevölkerung die Rede ist, „daß aufgrund der 12 Punkte im Erlaß des Führers an den Stabschef der SA eine Bereinigung der gesamten Partei bis in die untersten Dienststellen erfolgt“.

schreiten des Führers“, berichtete der Kasseler Landrat, „hat insbesondere in der Arbeiterbevölkerung das Vertrauen zur nationalsozialistischen Staatsführung gestärkt.“<sup>353</sup> Die Anerkennung, die Hitler ungeachtet aller Empörung über die niedrigen Löhne und der Kritik an politischen Maßnahmen der Diktatur auch in großen Teilen der Arbeiterschaft fand, weist darauf hin, daß viele Arbeiter eine geschlossene Ablehnung des Regimes nicht durchzuhalten vermochten.

Sie reagierten gespalten und neigten offenbar dazu, das Identifikationsangebot des „Hitler-Mythos“ zu akzeptieren, um zumindest über einen positiven Bezugspunkt in der mit Feindseligkeit oder Skepsis betrachteten Diktatur zu verfügen und damit einen Ausgleich für die Erfahrung von Ohnmacht und Isolation zu finden. Dieser Ausweg wurde vor allem durch die außenpolitischen Erfolge des Regimes und auch dadurch erleichtert, daß Hitler persönlich in der Öffentlichkeit niemals mit den die Interessen der Arbeiterschaft berührenden Maßnahmen in Zusammenhang gebracht wurde.<sup>354</sup>

Zu einer Aufspaltung des politischen Bewußtseins vieler Arbeiter trugen sicherlich auch die scheinegalitäre Propaganda, einzelne sie begleitende Maßnahmen und sozialpolitische Bemühungen des Regimes bei. Der Kasseler Gau-Propagandaleiter erinnerte die Funktionäre der NS-Organisationen wiederholt an die Aufgabe, „die deutsche Volksseele in ihrer Totalität für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Wir müssen in die Seele des Volkes immer wieder hineinfühlen, horchen, wo der Schuh drückt...“<sup>355</sup> Die Parolen der NSDAP in den Mobilisierungskampagnen zu den Aktionstagen, Wahlen und Volksabstimmungen setzten diese Strategie in populistische und pseudosozialistische Appelle zum gemeinsamen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, zur Hilfe für die ärmsten „Volksgenossen“ und zum Vertrauen in die vereinte Kraftanstrengung aller um.<sup>356</sup> „Seid einig und geschlossen im Kampf für den deutschen Sozialismus!“, „Ein Volk von Brüdern trotz aller Stürme! Kämpf mit gegen Hunger und Kälte!“, „Stehe nicht abseits!“, „Laß deinen Bruder nicht hungern!“ oder ähnlich lauteten die Slogans, die während der Sammlungen und Abstimmungen die Öffentlichkeit beherrschten.<sup>357</sup> In den Betrieben sollten die morgendlichen Appelle ganz darauf abgestellt sein, die Aufwertung

„der Arbeit“ und „des Arbeiters“ in der Volksgemeinschaft zumindest symbolisch zu zelebrieren: „Das unwürdige Kontrolluhren- und Kontrollmarkensystem, das den Menschen zur seelenlosen Maschine herabwürdigte, soll durch eine allmorgendliche symbolische Handlung ersetzt werden, welche dem Arbeiter zeigt, daß er keine Nummer, sondern ein lebendiges, vollwertiges Mitglied der Betriebsgemeinschaft ist.“<sup>358</sup>

Wenn auch angesichts von materieller Misere, Repression und verschärfter Ausbeutung die Verlogenheit dieser Propaganda für viele Arbeiter offenkundig war, so ist doch anzunehmen, daß sie – in Verbindung mit konkreten Fürsorgemaßnahmen sowie unter dem Eindruck der subjektiven Ehrlichkeit manches ehrenamtlichen DAF-Funktionärs – ihre Wirkung auf die Dauer nicht ganz verfehlte und die Gespaltenheit in der Wahrnehmung der NS-Herrschaft verstärkte. Dadurch, daß vieles kritisiert, manches aber akzeptiert oder begrüßt wurde, war ein für den Bestand der Diktatur wichtiger Neutralisierungseffekt erreicht. Es konnte so verhindert werden, daß sich oppositionelle Stimmungen zu bedingungsloser Gegnerschaft verdichteten und möglicherweise in kollektiven Aktionen entluden.

Der propagandistisch erzeugte Schein der Gleichheit aller „Volksgenossen“ gewann auch durch das gelegentliche Vorgehen der Gestapo gegen besonders rabiate Unternehmer und Geschäftsleute an Glaubwürdigkeit. So wurden in Kassel in den Jahren 1934 und 1935 mehrfach Hausbesitzer wegen überhöhter Mieten verhaftet und öffentlich angeprangert, Bäckereien und Fleischereien wegen schlechter Warenqualität und Überschreitens der festgelegten Höchstpreise geschlossen oder Unternehmer wegen ihres frühkapitalistischen Umgangs mit der Belegschaft zur Ordnung gerufen.<sup>359</sup>

Wenn die oppositionellen Tendenzen in der Arbeiterschaft bis 1936 nicht zu einer Gefahr für das Regime wurden, so war dafür also nicht nur die Wirkung der fortwährenden Repression verantwortlich. Hinzu kamen Elemente der Spaltung der Arbeiterschaft und der Neutralisierung des oppositionellen Potentials durch die Propaganda und sie vereinzelt stützende Maßnahmen, die eine gegen das Herrschaftssystem insgesamt sich richtende Stoßkraft der Opposition verhinderten.

<sup>353</sup> Lagebericht vom 2. 8. 1934 (StA Marburg, 165/3939). <sup>354</sup> Vgl. dazu Timothy W. Mason: Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland, a.a.O., S. 42 f (9). Zur Popularität Hitlers siehe Ian Kershaw: Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980. <sup>355</sup> Rundschreiben Nr. 16/34 des Gau-Propagandaleiters des NSDAP-Gaus Kurhessen vom 13. 3. 1934 (Archiv der Gemeinde Schrecksbach-Röllshausen). <sup>356</sup> Siehe z. B. Anlage mit Parolen zum Rundschreiben Nr. 18/34 des Kurhessischen Gau-Propagandaleiters vom 14. 3. 1934 (Archiv der Gemeinde Schrecksbach-Röllshausen). Siehe auch die Parolen im Rundschreiben Nr. 50/34 des Kurhessischen Gau-Propagandaleiters vom 10. 8. 1934 (Archiv der Gemeinde Schrecksbach-Röllshausen). <sup>357</sup> Anlage zum Rundschreiben des Leiters der Reichspropagandastelle Kurhessen vom 24. 10. 1933 (Archiv der Gemeinde Schrecksbach-Röllshausen). <sup>358</sup> Schreiben des Gauausbilders der NSDAP, Gau Kurhessen, an die Kreis- und Ortsgruppenleiter vom 14. 12. 1934 (Archiv der Gemeinde Schrecksbach/Röllshausen). <sup>359</sup> Siehe z. B. die Tagesberichte der Kasseler Gestapo vom 9. und 27. 11. 1934 sowie den Lagebericht vom 5. 11. 1934 (StA Marburg, 165/3949).

Dieses Nebeneinander sehr unterschiedlicher Reaktionsweisen, die die zwischen Repression und Integrationsbemühung sich bewegende Arbeiterpolitik der Diktatur widerspiegeln, kann auch für die folgenden Jahre als charakteristisch für die Einstellung der Kasseler Arbeiterschaft zum Regime angenommen werden, obwohl die Basis für eine Beurteilung der Entwicklung nach 1936 sehr viel schmäler ist. So liegen für die Jahre der Rüstungshochkonjunktur ab 1936/37 und der mit ihr einhergehenden Vollbeschäftigung nur wenige Informationen vor; die drei Jahre bis zum Kriegsbeginn werden auch in den Berichten der Zeitgenossen allenfalls gestreift. Von Bedeutung war, daß nunmehr auch die meisten der aus der Haft entlassenen Funktionäre und Aktivisten der Arbeiterbewegung, die bislang arbeitslos geblieben oder auf Notstands- oder Pflichtarbeit abgedrängt worden waren, in die Betriebe, vor allem in die großen Kasseler Rüstungsbetriebe, zurückkehrten. Nicht zuletzt die erfahrenen früheren Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute unter ihnen trugen dazu bei, daß die Arbeiter selbstbewußter gegenüber den „Betriebsführern“ auftraten und den durch die annähernde Vollbeschäftigung und den Facharbeitermangel gewachsenen Spielraum zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu nutzen suchten. In einem Artikel einer Widerstandszeitschrift, der vom Geheimen Staatspolizeiamt als „außerordentlich lehrreich“ und mit den eigenen Beobachtungen übereinstimmend an alle Staatspolizeistellen versandt wurde, hieß es dazu: „Diese Schicht ist nicht ‚vergreist‘, sie ist in ihrer Mehrzahl resigniert und passiv, denn sie hat in zweieinhalb Jahrzehnten wahrlich viel mitgemacht und sie spürt am besten, weil sie Fühlung mit den Massen hat, wie wenig die Zeit für unmittelbare Aktionen heute herangereift ist. Sie ist diejenige Schicht insgesamt, die die Erinnerungen an die gewerkschaftlichen Errungenschaften bei den Massen wachzuhalten und den Betrug der Arbeitsfront zu entlarven vermag: und sie tut es, wo sie kann. Diese Funktionäre (und nicht die Nazi-Vertrauensleute) kennen sich im Akkordberechnen und in Tarifvereinbarungen aus. An sie wenden sich auch heute die Arbeiter, nicht selten so, als ob sie noch die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre von früher wären.“<sup>360</sup> Da diese Arbeiter zumeist auch beruflich sehr qualifiziert waren, erhielten sie häufig – wie Kasseler Zeitzeugenberichte bestätigen – ungeachtet ihrer politischen Vergangenheit wichtige Positionen im betrieblichen Arbeitsprozeß.<sup>361</sup>

Dem gewachsenen Selbstbewußtsein der Arbeiter in den Betrieben, das sich allerdings vorwiegend im individuellen Aushandeln höherer Löhne und im schnellen Wechsel zu besser bezahlenden Unternehmen äußerte, entsprachen zum Teil auch offenere Formen politischer Kritik. Diese bezog sich vor allem auf die Außenpolitik des NS-Staates und die wachsende Kriegsgefahr. So mußte die Gestapo 1938 feststellen, daß in den Gaststätten der Kasseler Arbeiterviertel „ganz offen“ die Nachrichten der Auslandssender abgehört und öffentlich diskutiert wurden.<sup>362</sup> In den Rüstungsbetrieben fanden sich auch wieder vereinzelte Zeichen des politischen Protests, zumeist an irgendeine Wand gekritzelt Anti-Nazi-Parolen.<sup>363</sup>

In der ersten Kriegsphase zeigte sich, daß sich das Regime entgegen seinen Planungen genötigt sah, erhebliche materielle Konzessionen an die Arbeiterschaft zu machen, um eine möglicherweise gefährlich werdende Unruhe in den Betrieben abzuwenden. Die mit Kriegsbeginn verfügte Einführung niedriger Kriegslöhne beinhaltete den sofortigen Wegfall aller Zuschläge für Mehrarbeit, Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit. Vorgesehen waren ferner u. a. eine totale Kontrolle des Arbeitsplatzwechsels, die Aussetzung des bezahlten Urlaubs und eine Ausweitung der Dienstverpflichtungen. Diese Maßnahmen ließen die Stimmung in den Betrieben umschlagen und drohten offene Proteste und ein Absinken der Arbeitsleistung zu provozieren. Dies hatte – wie die Kasseler Rüstungsinspektion im Frühjahr 1940 feststellte – zur Folge, „daß bereits vom November (1939) ab nach und nach fast sämtliche Zuschläge wieder gezahlt wurden und auch seit Mitte Dezember die Urlaubserteilungen an die Gefolgschaft wieder für zulässig erklärt“ wurden. Der „Versuch, die Lohnfrage im Kriege zu regeln“, sei somit „in sich zusammengefallen“.<sup>364</sup> Erst ab 1942/43 und unter dem Druck verschärfter Überwachung und Repression in den Betrieben konnten die 1939 geplanten Einschränkungen dann durchgesetzt werden. Wie die zugänglichen Berichte über die Stimmung der Kasseler Arbeiterschaft in den Kriegsjahren zeigen, kann trotz der ständig ansteigenden und bis zur vollständigen physischen Erschöpfung gehenden Belastung von einer wachsenden, für das Regime bedrohlichen Oppositions- oder Verweigerungshaltung keine Rede sein.

Obwohl die wöchentliche Arbeitszeit in Teilbereichen der Rüstungsfertigung bis auf 72 Stunden anstieg, jeden

<sup>360</sup> „Die Träger der antifaschistischen Bewegung in Deutschland“, in: Der Kampf, Internationale Revue, Nr. 9, September 1937; als Anlage an alle Gestapostellen versandt (BA Koblenz, R 58/265). <sup>361</sup> Siehe z. B. die Berichte von Georg Gottmann (1977), Fritz Wilke (1977), Heinrich Aschenbrandt (1977) und Alfred Waschkowitz (1976). <sup>362</sup> Lagebericht der Staatspolizeistelle Kassel für September 1938 (BA Koblenz, R 58/446). <sup>363</sup> Siehe z. B. einen Lageberichts-Auszug der Gestapostelle Kassel zum Aspekt „Kommunismus“ vom November 1938 (IML/ZPA, St 3/849). <sup>364</sup> Lagebericht der Rüstungsinspektion IX, Kassel, hier: Anlage 4 I zum Schreiben vom 27. 3. 1940 (BA/MA Freiburg, RW 20-9/23).

zweiten Sonntag und regelmäßig in Nachtschichten bei hohem Arbeitstempo gearbeitet werden mußte und die Belastung im übrigen durch die ständigen Bombenangriffe, die Evakuierung vieler Familien ins Umland und die damit verbundenen Schwierigkeiten wuchs, blieb die Arbeitsbereitschaft der deutschen Stamarbeiter in den zahlreichen Kasseler Rüstungsbetrieben bis zuletzt ungebrochen. So berichtete das für die Rüstungsbetriebe im Gau Kurhessen zuständige Kasseler Rüstungskommando nur kurze Zeit nach dem verheerenden Großangriff auf Kassel im Oktober 1943, daß der „Arbeitseinsatz und der Leistungswille“ der Arbeiter „nach einer vorübergehenden Schockwirkung wieder nahezu normal“ seien.<sup>365</sup>

Im Bericht eines Kasseler Rüstungsarbeiters wird die bei den deutschen Arbeitern vorherrschende Stimmung und ihre Entwicklung während des Krieges zusammenfassend charakterisiert: „Natürlich wechselte die Stimmung der Belegschaft je nach Arbeitsbelastung und dem Ablauf des Kriegsgeschehens. Zur Zeit der ‚Blitzsieg‘ im Westen, Norden und Süden Europas herrschte bei den meisten Hurra-Patriotismus und Führer-Verherrlichung vor. Beim Überfall auf die Sowjetunion gab man sich zuerst etwas gedämpfter. Bei den schnellen Vorstößen bis Moskau und den großen Einkreisungsschlachten ging die Stimmung bei fast allen wieder hoch. Nachdem aber die deutschen Truppen seit Moskau und Stalingrad harte Gegenschläge hinnehmen mußten, der Vorstoß in Nordafrika scheiterte und die Bombenangriffe in der Heimat sich steigerten, da wurden doch viele bedenklicher. Auch als es schon immer klarer wurde – zweite Front usw. –, daß der Krieg verloren gehen würde, wurde selbst mancher Schreier besorgt. Aber aus Angst vor der Rache der Sieger arbeiteten sie noch verbissener und gaben sich auch mehr und öfters als Denunzianten her. Denn der ‚Defätismus‘ wurde als das größte Verbrechen am Durchhaltevermögen des deutschen Volkes bezeichnet. Nur mit ganz wenigen Kollegen, die sich zumeist – wegen der Anwerbung aus allen Teilen Deutschlands – von früher nicht kannten, konnte man sich vertrauensvoll unterhalten und die mit Kopfhörern gehörten ausländischen Nachrichten austauschen.“<sup>366</sup>

Dieses Urteil über das weithin widerstandslose und im we-

sentlichen den Anforderungen des Regimes entsprechende Handeln der Kasseler Rüstungsarbeiter wird durch andere Zeitzeugenberichte<sup>367</sup> und die Beobachtungen der NS-Instanzen bestätigt. Zwar stieg im Verlauf des Krieges die Zahl der Anzeigen und Verurteilungen wegen „Heimtücke“, „Wehrkraftzersetzung“, „Rundfunkverbrechen“ und zum Teil auch wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ erheblich an,<sup>368</sup> wobei jedoch die Hochverratsverfahren sich entweder auf länger zurückliegende illegale Aktivitäten von im besetzten Ausland verhafteten Emigranten oder aber auf regimekritische Äußerungen von einzelnen früheren Angehörigen der Arbeiterbewegung bezogen. Einige Verfahren machten deutlich, wie genau die Überwachung der politisch suspekten Arbeiter in den Betrieben funktionierte und wie ungebrochen andererseits die Gegnerschaft manches früheren Gewerkschafters, Sozialisten oder Kommunisten war.<sup>369</sup> Eine Reihe von Arbeitern wurde auch wegen „Arbeitsvertragsbruchs“, „verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen“ und ausländischen Zwangsarbeitern oder wegen „Wehrmittelbeschädigung“ verhaftet und abgeurteilt. So wurde etwa ein bei den Kasseler Junkers-Flugzeugwerken beschäftigter Schlosser 1944 „wegen Störung eines wichtigen Betriebes und wegen Arbeitsvertragsbruchs“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er „pflichtwidrig der Sonntagsarbeit ferngeblieben“ war und „noch brauchbare Kühlpumpenteile in einem Rüstungsbetrieb fortgeworfen“ hatte.<sup>370</sup>

Planmäßige Sabotage scheint jedoch unter den deutschen Stamarbeitern der Kasseler Rüstungsbetriebe ebenso selten vorgekommen zu sein wie direkte Arbeitsniederlegung oder -verweigerung. NS-Gegner unter den Rüstungsarbeitern berichteten später, daß sie z. B. die Maßvorgaben bei der Fertigung nicht immer einhielten und damit zum Teil Ausschuß produzierten. Die Kasseler Gestapo stieß jedoch selbst in aufwendig geführten Untersuchungen weniger auf Anzeichen bewußter Sabotage, als vielmehr auf Mängel in der Arbeitsorganisation und im Kontrollsystem.<sup>371</sup> Auch die Zahl der an Arbeitsniederlegungen beteiligten deutschen Arbeiter hielt sich – im Gegensatz zu den ausländischen Arbeitern – in engen Grenzen. Nach der Verhaftungsstatistik der Kasseler Gestapo wur-

<sup>365</sup> Ergänzender Bericht über die Stimmung der Rüstungsarbeiter vom 31. 12. 1943 (BA/Ma Freiburg, RW 21–30/16). <sup>366</sup> Bericht Heinrich Rademacher: „Die Kasseler Rüstungsindustrie im Zweiten Weltkrieg“ (1981). – Heinrich Rademacher, Schlosser von Beruf, war von 1937 bis 1945 in den Henschel-Flugmotoren-Werken in Altenbauna und Hersfeld beschäftigt – seit 1939 als Schichtführer und später als Meister-Stellvertreter. Wurde mehrfach wegen seines Eintretens für die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen denunziert und von der Gestapo verhört, gegen Kriegsende auch verhaftet. Entging durch glückliche Umstände weiterer Verfolgung. <sup>367</sup> Siehe u. a. die Berichte von Karl Kuba (1977), Heinrich Aschenbrandt (1977), Georg Gottmann (1977) und Fritz Wilke (1977). <sup>368</sup> Siehe dazu die Lageberichte des Generalstaatsanwalts und des Präsidenten des OLG Kassel für die Jahre 1940–1944 (BA Koblenz, R 22/3371). <sup>369</sup> Siehe z. B. die Urteile gegen Martin Großkurt vom 5. 4. 1940 wegen „Rundfunkverbrechens“ (OJs 84/39), gegen Hermann Kober und Friedrich Köhler vom 4. 7. 1941 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ (OJs 36/41), gegen Jonas Wenig vom 12. 11. 1941 wegen „Rundfunkverbrechens“ (S3a Js 299/41), gegen Georg Schwiengershausen vom 16. 11. 1942 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ (OJs 158/41), gegen Robert Jäckel und drei mitangeklagte Arbeiter vom 28. 8. 1941 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ (OJs 12/42), gegen Heinrich Schlüter und Karl Schuchardt vom 18. 8. 1942 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ (OJs 19/42), gegen Wilhelm Eberhardt vom 13. 7. 1944 wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ (OJs 90/44). <sup>370</sup> Aus der Urteilsformel des Kasseler Sondergerichtsurteils vom 2. 2. 1945 (S3aJs 253/44). <sup>371</sup> Siehe die Untersuchung angeblicher Sabotage bei der Panzerproduktion im Kasseler Henschel-Werk 1943 durch die Gestapo (BA Koblenz, R 58/1049).

den aus diesem Grund im gesamten Bezirk der Gestapo-stelle 1941 etwa 6, 1943 etwa 14 Arbeiter pro Monat festgenommen.<sup>372</sup>

Die Gründe für das weitgehend regimiekonforme Verhalten der Rüstungsarbeiter in den Kriegsjahren und das Fehlen einer breiten Widerstands- und Verweigerungsströmung sind schwer abzuschätzen und bislang kaum genauer untersucht.<sup>373</sup>

Eine wesentliche Ursache lag sicherlich in der Verschärfung von Repression und Terror. So wurde der Werkschutz in den großen Betrieben systematisch ausgebaut. Kooperierte dieser in Verbindung mit den Unternehmensleitungen schon vor Kriegsbeginn eng mit der Gestapo, geriet er ab 1943 definitiv unter ihre Kontrolle: „Die Aufstellung und Betreuung des Werkschutzes ist ab 1. 10. 43 der Geheimen Staatspolizei übertragen worden. Das Rüstungskommando hat auch weiterhin die bei Besuchen festgestellten Mängel der Geheimen Staatspolizei mitzuteilen“, berichtete die für die Kasseler Rüstungsbetriebe zuständige Militärbehörde.<sup>374</sup> Abgesehen vom drohenden Zugriff der Gestapo unterlagen die Arbeiter einem weit gefächerten und sehr wirksamen System innerbetrieblicher Disziplinierungs- und Strafmaßnahmen. Politisch suspekte, widerspenstige oder „unwillige“ Arbeiter wurden von den Betriebsleitungen ohne Umschweife mit Lohnabzügen oder Umsetzung auf schlechtere Arbeitsplätze bestraft. Gelegentlich schlug diese betriebliche Selbstjustiz in offene Gewalt um, wie der Bericht eines ehemaligen Jungarbeiters bei der Kasseler Rüstungsfirma Wegmann zeigt: „Es gab einige sogenannte Zuverlässige, die gesagt haben: Junge, nimm dich in acht! Ich war kein Duckmäuser. Es war allen bekannt, aus welcher Familie ich kam. Ich habe mich nicht hervortun können innerhalb des Betriebs; meine Mutter hat immer gesagt: ‚Ich will nicht noch einen Jungen vermissen...‘ Einmal ist es mir passiert, daß ich zum Mittagessen in der Kantine vielleicht zwei oder drei Minuten vor der Mittagszeit vor der Kantine gestanden habe. Der komische Werkspolizist hat mich dann aufgeschrieben. Ich mußte dann zum Obermeister W. kommen; dort bekam ich eine Abreibung verpaßt. Dann mußte ich noch zu Herrn B. Dort wurde mir eröffnet, daß ich für das Fehlverhalten 5 Mark Strafe

zu zahlen hätte. Dann hat man mich zum Obmann der Arbeitsfront geschickt – der war auch Kantinenleiter – und da bekam ich dann die nächste Abreibung. Da haben die Burschen dann ihre Nazikoppeln dazu genommen, mich zu verdreschen. Und dabei immer wieder die Worte: ‚Du bist’n Kommunistenjunge. Du wirst eines Tages genau da landen, wo deine Brüder sind.‘ So hat man mir immer wieder gedroht. Es war für mich eine Art Erlösung, als ich meinen Gestellungsbefehl bekam und ich dann rauskam aus dem Betrieb. So etwas kam öfter vor. So ‚Unzuverlässige‘, da waren sie hinterher, die hatten sie besonders im Auge.“<sup>375</sup>

Nach den vorliegenden Zeitzeugen-Berichten hatte sich die politische Struktur der Belegschaften in den Kriegsjahren stark verändert. Der Druck in Richtung konformen Verhaltens ging nicht nur von den oberen Rängen der Betriebshierarchie aus, sondern auch von einem „Großteil der Arbeitskollegen“, die „in NS-Gliederungen – vom Pg. bis zum SS-Mann – organisiert“ waren.<sup>376</sup> Neben den blauen Uniformen der NS-Werkscharen prägten die braunen und schwarzen Uniformen von Partei und SS das Erscheinungsbild der Belegschaften und vermittelten nicht nur dem Augenschein nach den Eindruck militärisch durchorganisierter „Kampfgemeinschaften“.

Auch im übrigen hatte sich die Struktur der Belegschaften grundlegend geändert. Neben Jugendlichen und Frauen waren die Heerscharen ausländischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener in die Rüstungsbetriebe eingezogen. Gewachsene Beziehungen unter den Kasseler Arbeitern wurden zudem durch Einberufungen und die reichsweite Anwerbung von Arbeitskräften für den großen und wachsenden Komplex der Kasseler Rüstungsindustrie zerrissen.<sup>377</sup> Nach den Statistiken des Kasseler Rüstungskommandos setzte sich die Belegschaft in den wichtigsten der von ihm gelenkten Rüstungsbetriebe des Bezirks Ende 1942 wie folgt zusammen: Von den insgesamt 69 531 Arbeitskräften waren ca. 41 734 (60 %) „Inländer“, 24 399 (35,1 %) „Ausländer und Juden“ und 3398 (4,9 %) Kriegsgefangene; 15 768 Arbeitskräfte (22,7 %) waren Frauen.<sup>378</sup> Im April 1944 waren von insgesamt 74 778 Rüstungsarbeitskräften 40 899 (54,7 %) Inländer, 27 772 (37,1 %) Ausländer (7613 „Ostarbeiter“ und 20 159 „sonstige zivile Aus-

<sup>372</sup> Siehe die Zusammenstellungen der von den Staatspolizeistellen gemeldeten Festnahmen für die Monate Juni, Oktober und Dezember 1941 sowie Juni und August 1943 (BA Koblenz, R 2/12164, R 58/200, 211, 358). <sup>373</sup> Siehe auch Timothy W. Mason: Die Bändigung der Arbeiterklasse im nationalsozialistischen Deutschland, a.a.O. (9). <sup>374</sup> Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Kassel, 1. 10. 1943 (BA/Ma Freiburg, RW 21-30/15). <sup>375</sup> Zitiert nach Thomas Vollmer: a.a.O., S. 116 g. (348). <sup>376</sup> So Heinrich Rademacher (1981) über die Situation bei den Henschel-Flugmotoren-Werken in Altenbauna bei Kassel. <sup>377</sup> Siehe hierzu Erich Bölling: Die Kasseler Rüstungsindustrie im Zweiten Weltkrieg, Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1981; Ingeborg Jüngling-Hamel: Frauen und Ausländer als Arbeitsreservisten im Interesse der nationalsozialistischen Kriegspolitik und der Rüstungsindustrie im Zweiten Weltkrieg – dokumentiert am Beispiel der Rüstungsindustrie in Kassel, Staatsexamensarbeit, Gesamthochschule Kassel 1981; weiter die Arbeiten von Ralf Kulla und Thomas Vollmer über die Rüstungsfirmen Henschel und Wegmann (Anm. 348) sowie den Beitrag von D. Krause-Vilmar über Zwangsarbeiter in diesem Band. <sup>378</sup> „Arbeitseinsatz im Bereich des Rüstungskommandos nach lochkartenmäßiger Auswertung der Personalbögen der W-Betriebe Wehrmacht, Stichtag 31. 12. 42“, Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Kassel, 15. 2. 1943 (BA/MA Freiburg, RW 21-30/15).

länder“) und 6107 (8,2%) Kriegsgefangene. 18 522 (24,8%) Frauen arbeiteten in den Rüstungsbetrieben, unter ihnen 6476 (35%) Ausländerinnen.<sup>379</sup> Der Anteil der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen war also bis 1944 auf fast 50% gestiegen; in einzelnen Kasseler Betrieben ging er darüber hinaus.

Im Arbeitsprozeß besetzten die deutschen Facharbeiter die Leitungspositionen, die deutschen Frauen wurden – abgesehen vom Verwaltungspersonal – als ungelernete und angelernte Arbeitskräfte eingesetzt. Die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen unterstanden – gleichgültig, ob sie Facharbeiter waren oder nicht – dem Regiment der deutschen Arbeiter, Vorarbeiter und Meister. In je nach Nationalität unterschiedlicher Abstufung entrechtet, verschärft ausgebeutet und zumeist völlig unzureichend ernährt und gekleidet, bildeten die Ausländer – vor allen anderen die russischen Kriegsgefangenen und die Polen – eine Sklavenarbeiterschicht, die schärfster Überwachung unterlag und der Willkür der deutschen Arbeiter ausgeliefert war. Es ist zu vermuten, daß diese Verfügungsgewalt und Teilhabe an nationalsozialistischer Herrschaft nicht wenige der den Ausländern gegenüber privilegierten deutschen Arbeiter korrumpierte und an das Regime band, zumindest aber dazu beitrug, daß sich unter ihnen regimiekritische Tendenzen nicht in stärkerem Maße bemerkbar machten. Rohes, häufig in brutale Mißhandlungen übergehendes Verhalten gegenüber den Ausländern war in den Kasseler Rüstungsbetrieben an der Tagesordnung. „Ich kann mich noch erinnern, wie der eine Heizer zwei gefangenen Russen, die draußen im Hof arbeiteten und sich in der Schmiede mal aufwärmen wollten, einen Eimer Wasser über den Leib gegossen und einen Schippenstiel genommen hat – so einen langen Knüppel – und hat auf die draufgeschlagen. Ich hab ihn dann zur Rede gestellt: ‚Wie kannst Du so etwas machen? Du hast zwei Söhne, die sind in der Sowjetunion. Wenn da irgendjemand das gleiche macht, was Du hier mit diesen Menschen machst, Jungens wie diese hier, dann gehen die in der Kälte kaputt!‘ ‚Das ist mir scheißegal‘, hat er mir damals geantwortet. Und dann ist er hingegangen und hat mich gemeldet. Ich mußte mich dann rechtfertigen, wieso ich die Russen in Schutz genommen hätte.“<sup>380</sup> In einem Bericht über die Situation in den Henschel-Flugmotoren-Werken in Altenbauna bei Kassel wird darauf hingewiesen, daß dort „seitens der meisten deutschen Arbeiter und Vorgesetzten die Behandlung der ausländischen Fremdarbeiter, abgesehen von der

allgemeinen Unfreiheit und Diskriminierung, nicht ganz so schlecht wie in manchen anderen Betrieben“ gewesen sei. „Weihnachten 1943 verteilte der HFM-Direktor Schulz im Werk sogar höchstpersönlich Wäsche und Kleidung an Ausländer. Die Verpflegung aller Werksangehörigen – warmes Mittag- und Nachtessen – war zumeist befriedigend bis gut. Nur die russischen und italienischen Kriegsgefangenen wurden in dieser Hinsicht schlecht und völlig unzureichend behandelt. Ich habe gesehen, wie auf dem Werkhof einer aus einer Gruppe von Gefangenen heraustrat, mit der bloßen Hand aus einem geleerten Essenskübel Reste herausleckte und dafür von einem deutschen Wachsoldaten mit dem Gewehrkolben traktiert wurde.“<sup>381</sup> Bei der Kasseler Firma Wegmann, die während des Krieges vor allem Panzertürme für die bei Henschel montierten „Tiger“-Panzer produzierte, wurden die hungrigen sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, wenn sie bei der Jagd nach Essensresten ertappt wurden, wiederholt in einer Garage auf dem Werksgelände verprügelt. Auch während der Arbeit kam es dort immer wieder zu Mißhandlungen. Wer dagegen einschritt, riskierte – wie ein früherer Wegmann-Arbeiter berichtet – sofort, seinerseits als „unzuverlässig“ registriert zu werden. „Ich hatte Kenntnis davon, daß in einer sogenannten schwarzen Kartei mein Name vermerkt war. Und diese Kartei hatte der Gestapo-Vertrauensmann U. Der Vertrauensmann U. hat im Betrieb gearbeitet als Vorarbeiter, zum Schein der Gerechten. Der hatte einen Arbeitsplatz, der im Panzerbau an erhöhter Stelle war, so daß er praktisch über seine Arbeit wegschielern konnte und so die anderen im Panzerbau den ganzen Tag im Auge hatte... Der knöpfte sich dann von Zeit zu Zeit sogenannte unzuverlässige Elemente vor. Meistens waren sie dann mal bei ihm und am anderen Morgen hat man sie dann nicht mehr wiedergesehen. Dann hieß es eben nur, der und der ist ab ins Arbeitslager gegangen.“<sup>382</sup>

Einzelne Kasseler Arbeiter, zumeist frühere Angehörige der Arbeiterbewegung, versuchten den Ausländern nach Kräften zu helfen und sie vor den brutalen Schindern im Betrieb zu schützen.<sup>383</sup> Sie wurden manchmal regelrecht zu geheimen Vertrauensleuten dieser Parias der Belegschaftshierarchie.<sup>384</sup> Auch entwickelten sich zwischen deutschen Arbeitern und Angehörigen der besser behandelten Nationalitäten – Franzosen, Holländer, Belgier – gelegentlich kollegiale bis freundschaftliche Beziehungen. Diese konnten jedoch jederzeit denunziert werden

<sup>379</sup> Arbeitskräfte im Bereich des Rüstungskommandos Kassel im April 1944 (54 Betriebe des „Firmenkreises A“), Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Kassel, 29. 5. 1944 (BA/MA Freiburg, RW 21–30/17). <sup>380</sup> Bericht Heinrich Aschenbrandt (1977) über die Situation bei der Firma Henschel. Siehe dazu auch den Bericht von Fritz Müller (1981), der mehrfach miterleben mußte, wie bei Henschel auch russische Arbeiterinnen „zusammengeschlagen“ wurden. <sup>381</sup> Bericht Heinrich Rademacher (1977). <sup>382</sup> Zit. nach Thomas Vollmer: a.a.O., S. 119 (348). <sup>383</sup> Siehe die Berichte von Karl Kuba (1977), Georg Gottmann (1977), Fritz Wilke (1977), Heinrich Aschenbrandt (1977) und Heinrich Rademacher (1981). <sup>384</sup> Siehe den Bericht von Karl Kuba (1977).

und Bestrafung wegen „verbotenen Umgangs“ nach sich ziehen, wie Gestapo-Meldungen beweisen, nach denen etwa zwei deutsche Arbeiter deshalb verhaftet wurden, weil sie französischen Kriegsgefangenen Bier spendiert hatten.<sup>385</sup> In der Regel wurde daher solidarisch-kollegiales Handeln der deutschen Arbeiter erfolgreich unterbunden. Selbst in den Berichten jener Kasseler Arbeiter, die sich nach eigenem glaubwürdigen Bekunden um ein gutes Verhältnis zu den Ausländern bemühten, finden sich bedenklich stimmende Wendungen wie: „Ich bin mit den Leuten gut zurecht gekommen; die haben sich wirklich gut angepaßt“, oder: „es war keiner da, der sich irgendwie bockbeinig stellte“.<sup>386</sup>

Teilhabe an der Macht und weitreichende Verfügungsgewalt über andere, privilegierte Stellung, Aufstiegsmöglichkeiten im Betrieb sowie die bevorzugte Versorgung der Rüstungsarbeiter mit Nahrungs- und Genußmitteln<sup>387</sup> trugen neben dem ausgebauten System der Überwachung und Verfolgung und der unablässigen propagandistischen Einbindung in die „kämpfende Volksgemeinschaft“ dazu bei, daß es während des Krieges zu einem Aufbegehren gegen das Regime unter den deutschen Arbeitern nur in Einzelfällen kam. Während so die Stammebelegschaften aus der Sicht der NS-Behörden weithin problemlos „funktionierten“, ergaben sich immer wieder „Schwierigkeiten“ mit den in den Rüstungsbetrieben arbeitenden Frauen und Jugendlichen, vor allem aber mit den ausländischen Zwangsarbeitern.

Viele der in den Kasseler Betrieben beschäftigten Frauen hatten unter der Doppelbelastung durch Arbeit und Sorge für die Familie besonders zu leiden. „Eine Firma beschäftigt eine größere Anzahl verheirateter Frauen, da nicht genügend unverheiratete Frauen zur Verfügung stehen. Die Arbeitszeit geht von 7.00 bis 18.15 Uhr. Es werden von den Frauen dauernd Klagen vorgebracht, daß sie infolge der langen Arbeitszeit keine Einkäufe machen könnten. Ferner, daß bei bestimmten Artikeln, die zwar rationiert sind, aber ohne Karten und Bezugsscheine abgegeben werden, sich der Mißstand herausstellt, daß sie abends nicht mehr zu haben sind.“<sup>388</sup> Es war daher wenig überraschend, daß – wie die Kasseler Rüstungsinspektion feststellte – die „freiwillige Meldung von Frauen zur Arbeitsleistung... ungenügend“ sei.<sup>389</sup> Schon zu Kriegsbeginn

stießen die Behörden und Betriebe sowohl bei der Anwerbung wie auch bei der Beschäftigung von Frauen auf größte Schwierigkeiten: „Von 8000 umständlich über die Volkskartei ermittelten Frauen waren nur 8 einsatzbereit. Die Frauen sind schwer an ihren Arbeitsplätzen zu halten, da soziale Maßnahmen (sogenannte Waschtage, freie Nachmittage, Halbtagsbeschäftigung usw.) in vielen Betrieben nicht durchgeführt werden können. Die Arbeitsleistung fällt vielfach infolge Krankmeldungen, Bummelschichten usw.; dadurch wird auch die Arbeitslust der anderen Gefolgschaftsmitglieder beeinträchtigt.“<sup>390</sup> Die in Reaktion „auf eine plötzlich ansteigende Krankheitsziffer“ in die Betriebe entsandten „vertrauensärztlichen Stoßtrupps“<sup>391</sup> vermochten an der stillen Verweigerungshaltung vieler Frauen wenig zu ändern. Schon bald ging man daher dazu über, die Arbeitsdisziplin durch harte Strafen zu stabilisieren. Anders als vor dem Krieg wurde nunmehr auch eine wachsende Zahl von Frauen, die ihrer Erbitterung Luft gemacht hatten, wegen „heimtückischer“ Äußerungen vor Gericht gestellt und verurteilt.<sup>392</sup> Hinzu kamen zahlreiche Verurteilungen und Einweisungen in das nahe Arbeitserziehungslager Breitenau wegen „Arbeitsvertragsbruchs“ und Nichtbeachtung der Strafbestimmungen über den verbotenen Umgang mit ausländischen Arbeitern.<sup>393</sup>

Ähnlich wie bei den Frauen lagen den verstärkt beobachteten Verweigerungshandlungen von jugendlichen Arbeitern zumeist keine unmittelbar politischen Motive zugrunde. Handelte es sich bei den Arbeiterinnen in erster Linie um ein Aufbegehren gegen die zermürende Mehrfachbelastung, lehnten sich junge Arbeiter offenbar vor allem gegen die militärisch-straftliche Disziplin im Arbeitsprozeß auf. Die Kasseler Rüstungsinspektion berichtete aus den Betrieben wiederholt von vermehrten „Klagen über das Verhalten Jugendlicher“.<sup>394</sup> Auch hier reagierte das Regime mit verstärkter Repression. Die Berichte der Kasseler Justizbehörden belegen das ständige Ansteigen der Jugendstrafsachen und den Ausbau des Jugendstrafrechts, dessen Instrumentarium schließlich von der Verhängung von Arreststrafen bis zur unbefristeten Einweisung ins Jugend-KZ reichte. Angesichts des verstärkten Anfalls von Verfahren gegen Jugendliche und einer „Steigerung in der Schwere der strafbaren Handlungen“ plä-

<sup>385</sup> Tagesrapport der Staatspolizeistelle Kassel vom 12. 2. 1941 (HHStA Wiesbaden, 483/5348). <sup>386</sup> Siehe Anmerkung 383. <sup>387</sup> Siehe z. B. den Bericht von Fritz Wilke (1977). <sup>388</sup> Anlage 4 zum Schreiben der Kasseler Rüstungsinspektion vom 24. 1. 1940 (BA/MA Freiburg, RW 20-9/23). <sup>389</sup> Anlage 12 zum Schreiben der Rüstungsinspektion vom 10. 4. 1940 (BA/MA Freiburg, RW 20-9/23). <sup>390</sup> Bericht der Kasseler Rüstungsinspektion vom 13. 7. 1940 (BA/MA Freiburg, RW 20-9/23). <sup>391</sup> „Geschichte der Rüstungsinspektion des Wehrkreises IX vom 26. 8. 1939 bis 30. 9. 1940“, Bl. 79 (BA/MA Freiburg, RW 20-9/20). <sup>392</sup> Siehe z. B. den Lagebericht des Kasseler Generalstaatsanwalts vom 2. 8. 1940, der von einer „Mehrzahl von Anzeigen gegen weibliche Beschuldigte“ spricht (BA Koblenz, R 22/3371). <sup>393</sup> Das Archiv der JVA Kassel, Leipziger Straße, enthält eine größere Anzahl diesbezüglicher Urteile. <sup>394</sup> Lageberichte der Rüstungsinspektion Kassel für die Zeit vom 15. 1. 1941 bis 15. 5. 1941, Bl. 25 (BA/MA Freiburg, RW 20-9/25).

dierte der Kasseler OLG-Präsident Ende 1941 dafür, daß „künftig eine größere Zahl der Fälle, die bisher zu zeitigen Freiheitsstrafen führten, nunmehr mit unbestimmter Verurteilung abschließen“ werde.<sup>395</sup> Neben ausländischen Arbeitern und Frauen wurden in wachsendem Umfang Jugendliche wegen Arbeitsvertragsbruchs belangt;<sup>396</sup> ihr Anteil aus den an diesem Grund gerichtlich Verurteilten stieg 1943 im Landgerichtsbezirk Kassel auf ein Sechstel.<sup>397</sup>

In ungleich höherem Maße als bei den deutschen Arbeitskräften kam es unter den in Kassel arbeitenden ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen zu Akten der Verweigerung und des Widerstands. Mit falschen Versprechungen angeworben, verschleppt oder als Gefangene unter teilweise mörderischen Bedingungen zur Arbeit gezwungen, versuchten viele von ihnen, so schnell wie möglich in ihre Heimatländer zurückzukehren. Als in der ersten Kriegsphase gelegentlich Urlaub gewährt wurde, blieben zahlreiche Ausländer bei ihren Familien oder tauchten unter, um sich dem Zugriff der deutschen Besatzungsmacht zu entziehen. Andere versuchten trotz der immer schärfer werdenden Repression, der Schinderei und Diskriminierung in den Arbeitszuchthäusern der Rüstungswirtschaft durch heimliche Abreise und Flucht zu entkommen. Immer wieder mußten die NS-Behörden „Arbeitsniederlegungen“ und „Arbeitsvertragsbrüche“ größeren Umfangs registrieren:

„Von den bei der Firma Henschel beschäftigten Polen wurden 33 vor der unberechtigten Abreise nach der Heimat wieder festgenommen. Von den bei der Firma eingesetzten Belgiern sind 97 ohne Einreisegenehmigung und ohne Sichtvermerk des Arbeitsamtes in die Heimat zurückgekehrt.“ (1940)<sup>398</sup>

„Fa. Diana-Werk Herm. Schaumburg, Kassel-B., meldet, daß von 70 Polen 25 ihre Arbeitsstätte verlassen haben, nachdem ihnen Urlaub versagt war.“ (1942)<sup>399</sup> Als im Verlauf des Jahres weitere Polen und Litauer flohen, führte man dies auf den Einfluß einer polnischen Widerstandsorga-

nisation zurück. „Diese Sabotagegemeinschaft wurde beim Diana-Werk aufgedeckt. Als Folge davon wurden von der Gestapo 36 Polen verhaftet.“<sup>400</sup> Aus dieser Firma wurde zur gleichen Zeit gemeldet: „Weiterhin Massenflucht von Russen (25). Grund: Versagen des Werkschutzes.“<sup>401</sup>

Allein im Oktober 1941 nahm die Kasseler Gestapo 87 Ausländer wegen „Arbeitsniederlegung“ fest; im August 1943 schnellte die Zahl der aus diesem Grund verhafteten Ausländer auf 446 hoch.<sup>402</sup> Die Verhafteten wurden nach dem Ermessen der Gestapo entweder den Gerichten übergeben, oder aber – vor allem dann, wenn politische Motive und organisierte Gegenwehr vermutet wurden – direkt in Arbeitererziehungs- und Konzentrationslager gebracht. So wurde zwar zunächst gegen zwanzig der 1942 im Diana-Werk verhafteten Polen vom Kasseler Generalstaatsanwalt ein Hochverratsverfahren eingeleitet, dieses aber kurze Zeit später einstellt. Die Betroffenen wurden anschließend an die Gestapo „überstellt“, nachdem bereits in der Untersuchungshaft zwei von ihnen „verstorben“ waren.<sup>403</sup> Um jeden Widerstandswillen zu brechen, schreckten Gestapo und SS auch vor Mord nicht zurück. So wurden schon im Sommer 1941 zwei polnische Arbeiter im Eichwäldchen in Kassel-Bettenhausen wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ öffentlich hingerichtet. Die in den Kasseler Rüstungsbetrieben arbeitenden Polen wurden anschließend an den Ermordeten vorbeigeführt.<sup>404</sup> Auch der nackte Terror konnte jedoch nicht verhindern, daß ausländische Arbeiter – insbesondere „Ostarbeiter“ und russische Kriegsgefangene – immer wieder gegen das ihnen aufgezwungene Sklavenarbeiterdasein aufbegehren. Authentische Aussagen der Betroffenen über ihre Versuche der Gegenwehr und der Solidarität im Kampf um das Überleben liegen bislang kaum vor.<sup>405</sup> Die Akten der Verfolger lassen jedoch erkennen, daß Verweigerung und Aufbegehren in der Kasseler Arbeiterschaft während des Krieges in erster Linie die Sache der ausländischen Arbeiter war.

Jörg Kammler

<sup>395</sup> Lagebericht vom 31. 12. 1941 (BA Koblenz, R 22/3371). <sup>396</sup> Siehe Bericht des Kasseler Generalstaatsanwalts vom 27. 1. 1943 (BA Koblenz, R 22/3371). <sup>397</sup> Siehe den Bericht des Kasseler OLG-Präsidenten vom 31. 3. 1943 (BA Koblenz, R 22/3371). <sup>398</sup> Lagebericht der Kasseler Rüstungsspektion für die Zeit vom 15. 8. 1940 bis 15. 12. 1940, Bl. 34 (BA/MA Freiburg, RW 20-9/24). <sup>399</sup> Kriegstagebuch des Kasseler Rüstungskommandos, 5. 1. 1942 (BA/MA Freiburg, RW 21-30/11). <sup>400</sup> Bericht des Rüstungskommandos Kassel vom 28. 9. 1942 (BA/MA Freiburg, RW 21-30/13). <sup>401</sup> Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Kassel, 21. 8. 1942 (BA/MA Freiburg, RW 21-30/13). <sup>402</sup> Zusammenstellung der in den Tagesrapporten der Staatspolizei(leit)stellen gemeldeten Festnahmen für Juli 1941 und August 1943 (BA Koblenz, R 2/12164 und R 58/211). <sup>403</sup> Verfahren gegen Stanislaw Pawlowski und 19 Mitangeklagte, OLG Kassel, OJs 59/43. <sup>404</sup> Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Kassel, 17. 6. 1941 (BA/MA Freiburg, RW 21-30/9). <sup>405</sup> Die laufenden Untersuchungen von D. Krause-Vilmar zum Schicksal der Zwangsarbeiter in Kassel und der Region, die zu zahlreichen Kontakten mit früheren Betroffenen geführt haben, lassen Aufschlüsse auch über diesen Bereich von Widerstand und Opposition erwarten.

## Ausländische Zwangsarbeiter in der Kasseler Rüstungsindustrie (1940–1945)\*

Für den länger als vorgesehen andauernden Krieg um den „Führungsanspruch Großdeutschlands bei der Neuordnung Europas“<sup>1</sup> war das Arbeitskräftepotential das Hauptproblem. Ungefähr 13 Millionen arbeitsfähiger Männer waren zur Wehrmacht einberufen worden. Die zunehmende Zahl der Kriegsgegner erforderte eine kurzfristige und effektive Steigerung der Produktion von Waffen, Munition, Fahrzeugen und anderem Kriegsgerät. Hitlers Blitzkriegstrategie war im Osten gescheitert. Damit rückte der Arbeitseinsatz ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener in den Vordergrund der rüstungswirtschaftlichen Planungen. Als erste wurden Polen angeworben, wobei man an die Traditionen der polnischen Saisonarbeiter im Deutschen Reich anknüpfen konnte: polnische Arbeiter und Arbeiterinnen wurden zunächst für die Bau- und Verkehrswirtschaft, bald auch unmittelbar in der Rüstungsindustrie, und dort sogar in den „geschützten Abteilungen“ (Geheimproduktion), eingesetzt. Ab Herbst 1941 folgten sowjetische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene, im Amts- und Parteideutsch herabsetzend „Russen“ genannt, die entgegen ursprünglich anderen Plänen auch zur Arbeit, selbst in der Rüstungswirtschaft, eingesetzt wurden. Im Jahre 1944 dürften annähernd 10 Millionen ausländischer Zwangsarbeiter<sup>2</sup> in Deutschland gearbeitet und damit entscheidend dazu beigetragen haben, daß der Krieg überhaupt fortgesetzt werden konnte.<sup>3</sup> In der Stadt Kassel als einer Rüstungsschmiede des Drit-

ten Reiches waren ab dem Jahre 1940 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in der Rüstungswirtschaft eingesetzt.<sup>4</sup> Ihre Zahl stieg stetig an und betrug zum Jahresende 1942 ungefähr 14 000.<sup>5</sup> Im Jahre 1944 war Kassel – einem Heerlager vergleichbar – mit ausländischen Arbeitern und Arbeiterinnen überschwemmt. Es dürften ungefähr 30 000 ausländische Arbeitskräfte<sup>6</sup> in der Stadt gearbeitet haben. Nicht nur die großen Massenquartiere (in Barackenbauweise zusammengestellt) in der Nordstadt, am Mattenberg und in Waldau, in denen bis zu 6000 Ausländer jeweils untergebracht waren, dienten als Wohnlager. Mehr als 200 kleinere Lager und Unterkünfte verteilten sich auf Säle, leerstehende Fabrikhallen, Schulen und andere Gebäude durch die ganze Stadt. Jeder zweite Rüstungsarbeiter in Kassel war Ausländer. Insofern ist die Geschichte der ausländischen Zwangsarbeiter Teil der Stadtgeschichte und soll im folgenden knapp dargestellt werden.

Die Erforschung der allgemeinen Lage der ausländischen Zwangsarbeiter im Deutschen Reich 1940–1945 ist keineswegs sehr weit fortgeschritten<sup>7</sup>: eine überzeugende Gesamtdarstellung ist uns nicht bekannt, so daß wir auf die älteren Arbeiten von Homze<sup>8</sup>, Pfahlmann<sup>9</sup> und Seeber<sup>10</sup> zurückgreifen mußten, wobei in bestimmten Fragen wichtige Aspekte durch die neueren Arbeiten von Majer<sup>11</sup> und Streit<sup>12</sup> aufgehellert worden sind.

Für den nordhessischen Raum stellen die Studien von Mosch-Wicke<sup>13</sup>, Hohlmann<sup>14</sup>, Vaupel<sup>15</sup> und Ewald/

\* Dieser Aufsatz wurde am 30. September 1985 abgeschlossen (Redaktionsschluß).

<sup>1</sup> Bundesarchiv Koblenz (BAK): Allgemeine Erlaßsammlung des Reichssicherheitshauptamtes (AES). Berlin 1944. 2 A III f, S. 83 (Gefahrenabwehr beim Ausländereinsatz. RdErl. des RFSSuChdDtPol. im RMdI vom 7. 12. 1942 – Geheim!). <sup>2</sup> Die Gesamtzahl der zwischen 1939 und 1945 im Deutschen Reich arbeitsverpflichteten Kriegsgefangenen und Zivilarbeiter ist nicht ermittelt. Schätzungen bewegen sich zwischen knapp 8 Millionen (Reichsarbeitsministerium 1944), 9,28 Millionen (International British Survey; für Juli 1944) und ca. 10 Millionen (E. Seeber). <sup>3</sup> Ausführlich nachgewiesen von H. Pfahlmann: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Darmstadt 1968. <sup>4</sup> Im August 1940 sind bei den Textilwerken Karl-Anton Henschel in Kassel 49 Kriegsgefangene, bei der Firma Henschel & Sohn in Kassel 99 Kriegsgefangene und bei der Firma Henschel Flugmotorenbau in Altenbauna 150 Kriegsgefangene eingesetzt gewesen. BAK/Militärarchiv Freiburg: Tagebücher der Rüstungsinspektion IX und des Rüstungskommandos Kassel 1939–1945. RW 21–30/5, Seite 32 f. Der Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener in Rüstungsbetrieben ist im Bereich des Rüstungskommandos Kassel ab dem 14. November 1941 nachweisbar. Die Firmen Gebrüder Credé & Co. und Henschel & Sohn GmbH. in Kassel beschäftigten zu dieser Zeit sowjetische Kriegsgefangene. Vgl. BAK/MAFRW 21–30/10, Seite 34. <sup>5</sup> In den Tagebüchern der Rüstungsinspektion wird unter dem 16. 12. 1942 berichtet, daß im Bereich des Rüstungskommandos Kassel (also nicht nur der Stadt und des Landkreises) zur Zeit 57 Rüstungsbetriebe mit insgesamt 68 947 Beschäftigten vorhanden seien. Der Anteil der Ausländer unter den Beschäftigten sei von 34 % auf 39 % gestiegen, der Anteil der Ausländerinnen sei bei 23 % (in absoluten Zahlen bei 5.757 Frauen) geblieben. Vgl. BAK/MAF. Rückdo Kassel, Bericht v. 16. 12. 1942, S. 22. Diesen Angaben zufolge waren im Bereich des Rüstungskommandos Kassel Ende des Jahres 1942 26 889 Ausländer beschäftigt. Es dürfte eher zu niedrig geschätzt sein, wenn man davon ausgeht, daß mehr als die Hälfte dieser ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Stadt Kassel selbst, in der sich die größten Rüstungsbetriebe der Region befanden, beschäftigt waren. Die Zahl 14 000 dürfte daher in der unteren Grenze der tatsächlich beschäftigten Ausländer liegen. <sup>6</sup> Auch für diesen Zeitraum ist es schwierig, zu einer annähernd zuverlässigen Zahl zu kommen. Das Landgericht Kassel ging in der Nachkriegszeit davon aus, daß ungefähr 25 000 ausländische Arbeitskräfte in der Stadt Kassel gewohnt bzw. gearbeitet haben. (F. Bauer u. a.: Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966. Band IX. Amsterdam 1966, S. 212.) Die Zahl der „Gemeinschaftsverpflegten“ – hierunter ist ein Großteil der Ausländer wohl zu verstehen – im Bereich des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes des Oberbürgermeisters der Stadt Kassel schwankte zwischen Mai und Oktober 1944 zwischen 28 000 und 30 000 Personen (Stadtarchiv Kassel: A. 8.81–1). Auch die Lagerbücher, die noch als Teil der Kasseler Hausstandsbücher erhalten sind, geben keinen abschließend zuverlässigen Eindruck über die tatsächliche Zahl der ausländischen Arbeitskräfte. <sup>7</sup> U. Herbert: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländereinsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin und Bonn 1985 (nach Abschluß meines Manuskriptes erschienen. D. K.-V.). <sup>8</sup> E. L. Homze: Foreign Labour in Nazi Germany. Princeton 1967. <sup>9</sup> H. Pfahlmann a.a.O. (3). <sup>10</sup> E. Seeber: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Berlin (Ost) 1964. <sup>11</sup> D. Majer: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Boldt Verlag, Boppard (Schriften des Bundesarchivs, 28) 1981. <sup>12</sup> Ch. Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Stuttgart 1978. <sup>13</sup> K. Mosch-Wicke: Schäferberg. Ein Henschel-Lager für ausländische Zwangsarbeiter (Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 1) Kassel. 2. Aufl. 1985. <sup>14</sup> S. Hohlmann: Pfaffenwald. Ein Sterbe- und Geburtenlager 1942–1945 (Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 2) Kassel 1984. <sup>15</sup> D. Vaupel: Das Außenkommando Hessisch Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald 1944/45 (Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 3) Kassel, 2. Aufl. 1984.

Hollmann/Schmidt<sup>16</sup> erstmalig den Versuch einer regionalen wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas dar. Wir werden uns vielfach auf ihre Ergebnisse, besonders auf die von ihnen geführten Gespräche mit Zeitzeugen, beziehen.

Angesichts dieser Forschungslage halten wir es für geboten, auch die *allgemeinen* Bedingungen der Zwangsarbeit von Ausländern knapp darzustellen: wir hoffen dabei, bereits Bekanntes nicht zu wiederholen.

Die Quellen, aus denen wir bei der Darstellung der allgemeinen Bedingungen hauptsächlich schöpfen, sind die „Allgemeine Erlaßsammlung“ des Reichssicherheitshauptamtes<sup>17</sup> und die Schriften von Didier<sup>18</sup>. Auf Kassel

bezogen sind die Tagebücher des Rüstungskommandos Kassel<sup>19</sup> und die in den Landratsakten erhaltenen Schreiben der Kasseler Regierungsbehörden<sup>20</sup> die wichtigsten Quellen. Eine umfassende Darstellung wird jedoch erst bei Einsicht in die Archive der ehemaligen großen Kasseler Rüstungsfirmen möglich sein. Die Tatsache, daß uns die Firmenarchive nicht zur Verfügung standen<sup>21</sup>, führt dazu, daß die Arbeitsbedingungen der ausländischen Zwangsarbeiter eher gestreift als dargestellt werden können. Der Akzent verschob sich deshalb auf die besser belegbaren Abschnitte zum Lebensalltag und zum System des Terrors.

## Zu den Methoden der Anwerbung

Die Geschichte der Anwerbung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen ist von Hans Pfahlmann<sup>22</sup> aus den Akten des Reichsarbeitsministeriums genau beschrieben worden. Pfahlmann, dessen Ergebnisse im folgenden knapp vorgetragen werden, zeigt, daß die Rekrutierung des Millionenheeres ausländischer Arbeiter *mit Hilfe indirekten und unmittelbaren Drucks und Zwangs*<sup>23</sup> erfolgt ist. Vorausgegangen war zumeist eine erfolglose Etappe der Anwerbung auf der Grundlage der Freiwilligkeit. „In der ersten Zeit brachte die Werbung in Polen keine Schwierigkeiten. Schon wegen der schlechten Lebensverhältnisse fanden sich Männer und Frauen jeden Alters freiwillig zur Arbeitsaufnahme in Deutschland bereit. Die Abneigung, sich anwerben zu lassen, wurde jedoch von Jahr zu Jahr größer.“<sup>24</sup>

Als die deutsche Kriegswirtschaft vom Generalgouvernement für das Jahr 1940 800 000 „volkspolnische Arbeitskräfte“ verlangte, wurden „alle Methoden der Kräftebeschaffung“ angewandt, um das Soll zu erfüllen: „Man ließ Broschüren und Flugblätter in polnischer Sprache drucken, (...) schaltete die polnischen Gemeindevertreter ein, hielt Werbeversammlungen mit aufklärenden Aussprachen ab, belohnte die meist geringen Werbeerfolge einzelner Bürgermeister durch Prämien in Form von Weckeruhren, Wodka, Zigaretten usw., scheute sich aber auch nicht, zu Kontingentierungen zu schreiten und bei Nichterfüllung der Auflagen deutsche und polnische Polizei einzu-

setzen, um die Beorderten oder Flüchtigen zwangsweise zusammenzutreiben. Die Mittel schwankten also zwischen Zuckerbrot und Peitsche hin und her...“<sup>25</sup>

In den Niederlanden war im Februar 1941 durch eine Verordnung Seyß-Inquarts der *Zwangsarbeitsdienst* eingeführt worden. In Frankreich wurde mit dem „Gesetz über Einsatz und Lenkung von Arbeitskräften vom 4. 9. 1942“ die Dienstverpflichtung gesetzlich vorgeschrieben. „Nach der Bekanntgabe des Dienstverpflichtungsgesetzes stieg die Zahl in der darauffolgenden Woche auf über 3000 und in der letzten Woche des Monats Oktober sogar auf 10 000. Vor die Zwangslage gestellt, entweder sich freiwillig zu melden oder dienstverpflichtet zu werden, zogen zahlreiche Arbeiter die freiwillige Meldung vor, um in den Genuß der damit verbundenen Vorrechte zu kommen.“<sup>26</sup>

In Belgien wurde mit der Verordnung vom 6. Oktober 1942 die bereits früher vorgeschriebene Dienstverpflichtung auf die Arbeit im Reichsgebiet ausgedehnt: „Die für die Dienstpflicht im Reiche vorgesehenen Personen wurden von den Kommandanturen bzw. Werbestellen vorgelesen. Ihnen legte man nahe, sich freiwillig anwerben zu lassen. Falls sie der freiwilligen Meldung zustimmten, erhielten sie Familienunterstützung in Höhe von 75 bfrs für die Ehefrau und 25 bfrs für jedes Kind unter 16 Jahren in der Woche für die Dauer von 6 Wochen und Ausstattungsbeihilfe, sie betrug 750 bfrs, in Nordfrankreich 1000 ffrs, während die Arbeitskräfte bei Dienstverpflichtung

<sup>16</sup> Th. Ewald/Ch. Hollmann/H. Schmidt: *Ausländische Zwangsarbeiter in Kassel 1940-1945*. Unveröffentlichte Examensarbeit. Gesamthochschule Kassel 1981. <sup>17</sup> AES a.a.O. (1). <sup>18</sup> F. Didier: *Europa arbeitet in Deutschland*. Sauckel mobilisiert die Leistungsreserven (Zentralverlag der NSDAP). Berlin 1943. – F. Didier: *Handbuch für die Dienststellen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und die interessierten Reichsstellen im Großdeutschen Reich und in den besetzten Gebieten*. Band I. Berlin 1944. <sup>19</sup> BAK/MAF a.a.O. (4). <sup>20</sup> Hessisches Staatsarchiv Marburg (HStAMbg.) Bestand 180. Landratsämter des Regierungsbezirks Kassel: Eschwege, Hersfeld, Hünfeld, Melsungen und Rotenburg. <sup>21</sup> Die Firma Henschel & Sohn, Kassel, war nicht einmal bereit, uns Einsicht in die gedruckten Zeugnisse des Firmenarchivs nehmen zu lassen. <sup>22</sup> H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 14–81. <sup>23</sup> H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 24 ff., 35 ff., 49 ff., 61 ff. <sup>24</sup> H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 24. <sup>25</sup> H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 24 f. <sup>26</sup> H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 33 f.



## EUROPA ARBEITET IN DEUTSCHLAND

*Bild 1 Europa arbeitet in Deutschland. Rückseite der gleichnamigen Broschüre von F. Didier (1943), in der die Zwangsarbeit der Ausländer durch die Vision einer „neuen europäischen Solidarität“ im Kampf gegen den Bolschewismus überhöht werden sollte.*

ohne diese Vergünstigungen blieben. Ein großer Teil dieser Personen zog die ‚freiwillige‘ Anwerbung vor... Freiwillig ließen sich anwerben 29 037, dienstverpflichtet wurden 19 714, 4947 verweigerten die Arbeitsaufnahme in Deutschland. Die Dienstpflichtverweigerer wurden zunächst vorgeladen, im Falle des Nichterscheinens erfolgte Vorführung durch die Feldpolizei. Sie konnte jedoch infolge Personalmangels die Ersuchen nur schleppend erledigen. Die Zahl der Dienstpflichtverweigerer war deshalb stetig im Ansteigen. Waren die Dienstverpflichteten nicht zur Abreise in das Reich zu bewegen, so wurden sie durch die Kommandanturen zu Ordnungsstrafen von drei Monaten Haft verurteilt, die sie als Strafgefangene bei Arbeiten an der Küste abbüßten. Weiterhin war vorgesehen, Dienstpflichtverweigerern die Lebensmittelkarten zu

sperren. Die Zuteilung der Lebensmittelkarten durch die belgischen Ausgabestellen wurde von der vorherigen Zustimmung der Werbestellen abhängig gemacht. Im Anschluß an die Einführung der Dienstpflicht für das Reich erfolgten die Bildung von Auskämmaktionen und die Stilllegung von Betrieben.<sup>27</sup>

Diese und ähnlich drastische Maßnahmen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, des Thüringer Gauleiters Fritz Sauckel, – als nächster Schritt wurde die Mobilmachung ganzer Jahrgänge, besonders der Jahre 1920, 1921 und 1922 geplant – erreichten zwar die erzwungene Verschickung Tausender und Abertausender von Franzosen, Belgiern, Niederländern und Angehöriger anderer Nationen, die hochgesteckten Ziele Sauckels scheiterten jedoch am Widerstand französischer, belgischer, niederländischer und anderer Behörden und Arbeiter.<sup>28</sup> Ende 1943 mußte Sauckel sich eingestehen: „Aus Frankreich sind der deutschen Rüstung von Januar bis Juli 1943 391 000, von August bis Dezember 1943 nur noch 26 000 Kräfte trotz aller Bemühungen des GBA zugeführt worden. Diese Zahlen zeigten, daß Frankreich als Einzugsgebiet für den deutschen Rüstungseinsatz praktisch erloschen ist. Das gleiche gilt für Belgien.“<sup>29</sup>

Dieses Ende deutscher Ausplünderung westeuropäischer Arbeiter und Arbeiterinnen ließ sich auch nicht durch immer neue von Sauckel eingeführte Anreize und Zugeständnisse (z. B. die Wiederherstellung der ehelichen Lebensgemeinschaft für französische Kriegsgefangene, deren Frauen „voll einsatzfähig“ waren; oder die Umwandlung des Kriegsgefangenen-Verhältnisses für Franzosen in den Status von Zivilarbeitern) aufhalten. Hinzu kam, daß Sauckels zunehmend rigorose Erfassungs- und Aushebungsaktionen den Widerspruch deutscher Militärverwaltungen (und zwar im Westen und im Osten) erfuhren, weil diese dadurch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft des besetzten Gebietes als der entscheidenden Voraussetzung z. B. für die Versorgung der Truppen bedroht und zerstört sahen. Außerdem kollidierten Sauckels Sturmläufe mit anderen rüstungswirtschaftlichen Zielen, z. B. der Einführung sogenannter „geschützter“ oder S-Betriebe in den besetzten Gebieten selbst.<sup>30</sup>

In der Sowjetunion erfolgten die Anwerbungen bereits ab Jahresbeginn 1942 auch offiziell als Zwangsrekrutierungen, da der Widerstand der Bevölkerung sich gegenüber den deutschen Werbern gefestigt hatte. So berichteten z. B. die Leiter der sieben Werbebezirke des Generalbezirks Kiew im September 1942 übereinstimmend, daß „trotz Steigerung der Werbung, Wegführung von Vieh oder selbst Androhung der Erschießung die restliche Be-

<sup>27</sup> H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 36. <sup>28</sup> H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 44. <sup>29</sup> Ebenda. – Sauckel an Hitler in einem Schreiben am 20. 12. 1943. <sup>30</sup> Hier kam es mehrfach zum Konflikt zwischen Sauckel und Speer, vgl. H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 67 ff.

völkerung nicht gewillt ist, den Gestellungsbefehlen nachzukommen.<sup>31</sup> Sauckel forderte die Rekrutierung von „Zivil- und Facharbeitern und -arbeiterinnen aus den Sowjetgebieten vom 15. Lebensjahr ab“ und erklärte für „unumgänglich notwendig, die in den eroberten sowjetischen Gebieten vorhandenen Menschenreserven voll auszuschöpfen. Gelingt es nicht, die benötigten Arbeitskräfte auf freiwilliger Grundlage zu gewinnen, so muß unverzüglich zur Aushebung derselben bzw. zur Zwangsverpflichtung geschritten werden.“<sup>32</sup>

Sauckels Pläne nahmen gigantische Dimensionen an. So forderte er, ab April 1943 täglich 10.000 Arbeiter und Arbeiterinnen aus der Sowjetunion ins Deutsche Reich abtransportieren zu lassen. Diese Projektionen scheiterten vollständig an der Verbitterung und am Widerstand der Bevölkerung. Die scharfen Repressalien bei der Anwerbung und die Nachrichten über die schlechte Behandlung der Sowjetbürger im Deutschen Reich hatten den Widerstand entscheidend gestärkt.

Daß die Anwerbungen im Westen wie im Osten auf der Basis der Freiwilligkeit nicht zum beabsichtigten Erfolg führten, daß mithin Zwang angewandt werden sollte, war den verantwortlichen deutschen Stellen vollkommen klar. So erklärte Göring im Januar 1943, „es sei ein fundamentaler Irrtum anzunehmen, man könne die Bevölkerung der besetzten Gebiete durch milde Behandlung für den Einsatz im Reich gewinnen. Die Arbeitskräfte seien durch jahrgangsweisen Aufruf der arbeitsfähigen Bevölkerung zum Zwecke der Dienst- und Arbeitsverpflichtungen zu beschaffen. Die Naturallieferungen aus den besetzten Gebieten müßten so hoch bemessen werden, daß der Lebensstandard in ihnen unter demjenigen im Reiche liege, womit zugleich ein Anreiz für die Arbeitsaufnahme im Reich geschaffen werde.“<sup>33</sup> Und Sauckel selbst hatte am 1. März 1944 erklärt: „Von den fünf Millionen ausländischen Arbeitskräften, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200 000 freiwillig gekommen.“<sup>34</sup>

Die Kriegsgefangenen wurden von Beginn des Krieges an in die Planungen der Arbeitseinsatzverwaltung einbezogen, wobei die sowjetischen Gefangenen zunächst „nicht in Arbeit einzusetzen seien“, weil man dabei „volkstumpolitische“ und ideologische Gefahren sah.

Obgleich die Arbeit der Kriegsgefangenen nach deutschem und internationalem Recht<sup>35</sup> „nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Kriegshandlungen stehen“ durfte,

zwang Sauckel sie, in der Rüstungsindustrie zu arbeiten. Die polnischen Kriegsgefangenen wurden im Mai 1940 größtenteils aus dem Kriegsgefangenenverhältnis entlassen; sie hatten jedoch als „Zivilarbeiter“ im deutschen Reich zu verbleiben. Kriegsgefangene westeuropäischer Länder wurden entweder nach kurzer Frist entlassen (teilweise auch im Tausch gegen Facharbeiter nach Hause freigelassen) oder sie erhielten ein dem Zivilarbeiter angeglichenes Statut. In jeder Hinsicht am schlechtesten wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen behandelt. Das Massensterben unter ihnen begann mit der Gefangennahme und endete erst mit der Befreiung. Bis zum Februar 1942 sind bereits zwei Millionen sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Gefangenschaft umgekommen.<sup>36</sup> Das Massensterben hatte eine Hauptursache: den Hunger. Auch Epidemien (z. B. Fleckfieber), Kälte, „Unterkunft“ trugen zum Tod von Tausenden bei. Hinzu kamen die Morde der Einsatzkommandos des Sicherheitsdienstes an Kommissaren, Politruks und an russischen Soldaten jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft. Streit hat 3,3 Millionen umgekommener sowjetischer Kriegsgefangener ermittelt, das sind 57,8 % der Gesamtzahl der sowjetischen Kriegsgefangenen, die in deutscher Gefangenschaft waren.<sup>37</sup>

Der Arbeitskräftemangel im Deutschen Reich war nach wie vor so stark, daß Hitler sich bereits im Oktober 1941 korrigieren mußte: „Die Einstellung des Führers in der Frage der Kriegsgefangenenbeschäftigung in der Kriegswirtschaft habe sich inzwischen grundsätzlich geändert. Infolgedessen sei von allen Stellen ... höchste Ausnutzung der russischen Arbeitskraft zu fördern.“<sup>38</sup> Von diesem Zeitpunkt an wurden sowjetische Kriegsgefangene zu Tausenden in der Rüstungsindustrie, aber auch in der Bauwirtschaft, im Bergbau und in der Landwirtschaft eingesetzt. In der Behandlung den sowjetischen Kriegsgefangenen fast gleichgestellt waren die italienischen „Militärinternierten“. So wurden Angehörige der italienischen Streitkräfte genannt, die nach dem Ende Mussolinis in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. Bis zu diesem Zeitpunkt erfreuten sich die italienischen Zivilarbeiter im Deutschen Reich – als Angehörige einer befreundeten Macht – einer gewissen privilegierten arbeitsrechtlichen Stellung (Urlaub, Begrenzung des Arbeitsvertrags, Arbeitsplatzwechsel möglich u. a.) – zumindest im Vergleich mit den zwangsverpflichteten Ausländern aus den besetzten Ländern.

<sup>31</sup> H. Pfahmann a.a.O. (3), S. 51. <sup>32</sup> Allgemeine Grundsätze des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Das Programm, herausgegeben am Geburtstag des Führers 1942. In: F. Didier, Handbuch a.a.O. (18), S. 32. <sup>33</sup> H. Pfahmann a.a.O. (3), S. 22. <sup>34</sup> Ebenda. – Das offenbar sehr schnell nachlassende Vertrauen und die Furcht vor Anwerbungen ist auch aus Dokumenten ablesbar, die die nordhessische Region betreffen. So vermerkt das Kasseler Rüstungskommando in einer Besprechung mit „Herren der Firma Henschel & Sohn am 29. und 30. März 1943“: „Das bei den Russen an sich vorhanden gewesene Vertrauen – verstärkt durch gegebene Versprechungen aller Art – ist stark erschüttert worden. Der geringe Verdienst (RM 16 statt RM 136 monatlich)... und die der Heimatpost entnommenen Klagen über Behandlung, Verpflegung und Unterkunft haben die Bewohner russischer Dörfer veranlaßt, beim Erscheinen deutscher Werber die Flucht zu ergreifen...“ BAK/MAF a.a.O. (4) RW 21–30/15. <sup>35</sup> H. Pfahmann a.a.O. (3), S. 83. Pfahmann weist auf die Unterzeichnung des Kriegsgefangenen-Abkommens von 1929 durch das Deutsche Reich hin. <sup>36</sup> Ch. Streit a.a.O. (12), S. 128. <sup>37</sup> Ch. Streit a.a.O. (12), S. 137 ff. <sup>38</sup> H. Pfahmann a.a.O. (3), S. 95.

## Merkblatt

### über die allgemeinen Grundsätze für die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte.

Der Kampf des Reiches gegen die vernichtenden Kräfte des Bolschewismus wird mehr und mehr eine europäische Angelegenheit. Erstmals in der Geschichte dieses Kontinents beginnen sich, wenn auch in manchen Ländern noch als kleine Ansätze, die Umrisse einer europäischen Solidarität abzuzeichnen. Eine sichtbare praktische Auswirkung ist die Beschäftigung von Millionen ausländischer Arbeiter fast aller europäischen Staaten des Festlandes im Reich, darunter eine große Zahl von Angehörigen der besiegten Feindmächte. Aus dieser Tatsache erwachsen dem deutschen Volke aber besondere Verpflichtungen, die sich vor allem aus den nachstehenden Grundsätzen ergeben:

1. An erster Stelle steht die Sicherheit des Reiches. Der Reichsführer SS und seine Dienststellen legen die sicherheitspolizeilichen Maßnahmen zum Schutze des Reiches und des deutschen Volkes fest.
2. Die humane, arbeitssteigernde Behandlung der ausländischen Arbeiter und die ihnen gewährten Erleichterungen können selbstverständlich leicht dazu führen, die klare Trennungslinie zwischen den fremdvölkischen Arbeitern und den deutschen Volksgenossen zu verwischen. Die deutschen Volksgenossen sind anzuhalten, den erforderlichen Abstand zwischen sich und den Fremdvölkischen als eine nationale Pflicht zu betrachten. Bei Außerachtlassung der Grundsätze nationalsozialistischer Blutauffassung muß der deutsche Volksgenosse sich schwerster Strafen bewußt sein. Die Erkenntnis, daß es um Sieg oder bolschewistisches Chaos geht, muß jeden Deutschen veranlassen, die notwendigen Folgerungen im Verkehr mit fremdvölkischen Arbeitskräften zu ziehen.

Dem Ziel, den Krieg siegreich zu beenden, hat sich alles unterzuordnen. Die im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte sind daher so zu behandeln, daß ihre Zuverlässigkeit erhalten und gefördert wird, daß Auswirkungen zu Ungunsten des Reiches in ihren Heimatländern auf ein Mindestmaß beschränkt werden und daß ihre volle Arbeitskraft auf lange Sicht der deutschen Kriegswirtschaft erhalten bleibt, ja, daß sogar eine weitere Leistungssteigerung eintritt. Hierbei ist folgendes als entscheidend anzusehen:

1. Jeder, auch der primitive Mensch hat ein feines Empfinden für Gerechtigkeit. Daher muß sich jede ungerichte Behandlung verheerend auswirken. Ungerechtigkeiten, Kränkungen, Schikanen, Mißhandlungen, usw. müssen also unterbleiben. Die Anwendung der Prügelstrafe ist verboten. Über die scharfen Maßnah-

men bei widersetzlichen und aufrührerischen Elementen sind die fremdvölkischen Arbeiter entsprechend aufzuklären.

2. Es ist unmöglich, jemand zur aktiven Mitarbeit für eine neue Idee zu gewinnen, wenn man ihn zugleich in seinem inneren Wertbewußtsein kränkt. Von Menschen, die als Bestien, Barbaren und Untermenschen bezeichnet werden, kann man keine Höchstleistung verlangen. Dagegen sind bei allen sich bietenden Gelegenheiten die positiven Eigenschaften, wie Kampfwille gegen den Bolschewismus, Sicherung der eigenen Existenz und ihrer Heimat, Einsatzbereitschaft und Arbeitswilligkeit anzuspornen und zu fördern.
3. Darüber hinaus muß alles getan werden, um die notwendige Mitarbeit der europäischen Völker im Kampf gegen den Bolschewismus zu fördern. Mit Worten allein ist der ausländische Arbeiter nicht zu überzeugen, daß ein deutscher Sieg auch ihm und seinem Volke zugute kommt. Voraussetzung ist eine entsprechende Behandlung.

Ausgehend von diesen Gesichtspunkten haben der für den Einsatz und die Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitskräfte verantwortliche Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz sowie die sonstigen beteiligten Dienststellen die für den Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte im Deutschen Reich erforderlichen Weisungen erlassen. Aus diesen Vorschriften sind die nachstehenden besonders hervorzuheben:

- a) Jeder ausländische Arbeiter wird nach Möglichkeit an dem Arbeitsplatz eingesetzt, an dem er gemäß seiner Vorbildung und bisherigen Tätigkeit die höchsten Leistungen vollbringen kann.
- b) Die Unterbringung der ausländischen Arbeitskräfte erfolgt in der Regel lagermäßig. Die Unterkünfte müssen hinsichtlich Ordnung, Sauberkeit und Hygiene vorbildlich mit allem Notwendigen ausgestattet sein. Gefängnismäßige Absperrung und Stacheldraht sind verboten. Entscheidender Wert wird darauf gelegt, daß in der Unterbringung den nationalen Gewohnheiten der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen weitestgehend entsprechend den kriegsbedingten Möglichkeiten Rechnung getragen wird. Die Ausländer sind, soweit irgend möglich, nach Volksgruppen getrennt und in sich geschlossen untergebracht. Die Mitwirkung der ausländischen Arbeitskräfte bei der Verwaltung der Lager und der Aufrechterhaltung der Lagerordnung ist sichergestellt. Für alle Lager bestehen Lagerordnungen, in denen insbesondere auch

die Pflichten und Rechte der Lager- und Betriebsführer umrissen sind.

- c) Die ausländischen Arbeitskräfte werden bei der Anwerbung angehalten, Kleidung und Schuhwerk mit nach Deutschland zu nehmen. Soweit dies nicht möglich ist und soweit Ersatz für unbrauchbar gewordene Kleidungsstücke notwendig geworden ist, werden sie unter Berücksichtigung der kriegsbedingten Einschränkung mit Kleidung und Schuhwerk so ausgestattet, daß der zur Gesunderhaltung notwendige Schutz vor Witterungseinflüssen gewährleistet ist.
- d) Die ausländischen Arbeiter erhalten die vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in Anlehnung an die Verpflegung vergleichbarer deutscher Arbeiter festgelegten Verpflegungssätze. Auf landesübliche Kost wird hierbei nach Möglichkeit Rücksicht genommen. Es wird Sorge getragen, daß den ausländischen Arbeitskräften die Verpflegung auch entsprechend den für sie zur Verfügung gestellten Mengen verabreicht wird. Unterschlagungen, Wucherpreise usw. durch Aufsichtsstellen oder Ausführungsorgane werden so geahndet, als wäre die Tat Deutschen gegenüber begangen.
- e) Jeder ausländische Arbeiter hat Anrecht auf eine wirksame gesundheitliche Betreuung. Die Vorschriften zur Verhütung von Seuchen und übertragbaren Krankheiten finden uneingeschränkte Anwendung. Die ärztliche Versorgung ist je nach den örtlichen Gegebenheiten durch Lager-, Revier- oder Kassenärzte sichergestellt. Für die stationäre Revier- oder Krankenhausbehandlung ist die erforderliche Bettenzahl in geeigneter Weise bereitzuhalten. Für die Pflege und Versorgung sind nach Möglichkeit volkseigene Pflegekräfte, u. U. volkseigene Ärzte und Feldschere heranzuziehen. Für schwangere Arbeiterinnen sind die notwendigen Entbindungsmöglichkeiten vorzusehen, auch sind Stilleinrichtungen und Kleinkinderstätten im erforderlichen Umfang zu schaffen. Zur Betreuung ist auf weibliche Angehörige des betr. Volkstums zurückzugreifen. Rückbeförderungen von schwangeren Arbeiterinnen finden nur in besonderen Ausnahmefällen auf deren Wunsch statt.
- f) Die seelische Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte ist zur Erhaltung der Arbeitskraft und -freude von größter Bedeutung. Unterhaltende Veranstaltungen, Freizeitgestaltung, Sport usw. sind in erster Linie im Lager selbst durch lagereigene Kräfte durchzuführen. Darüber hinaus werden besondere Künstler-

und Volkstumsgruppen der verschiedenen Nationalitäten zur weiteren Ausgestaltung der seelischen Betreuung herangezogen. Ferner kommen, soweit möglich, Heimatfilme zur Vorführung. Außerdem sollen jedem Lager in die einzelnen Fremdsprachen übersetzte Bücher, Zeitschriften und Zeitungen zugänglich sein. Sprachkurse sollen die Verständigung am Arbeitsplatz fördern. Für die einzelnen Nationen werden Spezialwörterbücher bearbeitet und herausgebracht. Im übrigen haben auch die Ostarbeiter grundsätzlich, mindestens am arbeitsfreien Tag die Möglichkeit, auszugehen.

- g) Sämtlichen ausländischen Arbeitern ist eine seelsorgerische Betreuung ermöglicht, soweit diese gewünscht wird. Für Angehörige der besetzten Ostgebiete kommt zunächst nur eine Betreuung durch Laienpriester in Betracht. Die Betreuung durch russische und ukrainische Emigranten ist verboten. Im Todesfall werden Ausländer auf den öffentlichen Friedhöfen beigesetzt.
- h) Die politische Beeinflussung soll in erster Linie die Kräfte gegen den Bolschewismus wecken und ist entsprechend zu gestalten.

Die vorstehend wiedergegebenen Grundsätze sind, da sie von den jeweils zuständigen Dienststellen als Weisungen herausgegeben sind, als Richtschnur für alle Organisationen, Dienststellen und Einzelpersonen bindend. Alle Stellen, die sich mit dem Einsatz und der Betreuung der ausländischen Arbeiter zu befassen haben, insbesondere auch die Betriebs- und Lagerführer, sind dafür verantwortlich, daß diese Grundsätze in die Praxis umgesetzt und eingehalten werden. Sie müssen sich darüber klar sein, daß Verstöße gegen die vorstehenden Grundsätze die deutsche Kriegswirtschaft und damit indirekt die Front schädigen und deshalb nicht nur unter dem Gesichtspunkt der unpolitischen Straftat (z. B. Körperverletzung, Unterschlagung, Wucher) zu ahnden, sondern unter Umständen sogar als Feindbegünstigung anzusehen sind. Zur Verantwortung können nicht nur die Täter selbst gezogen werden, sondern auch die verantwortlichen Dienststellenleiter. Auch mangelhafte Unterrichtung oder Überwachung der nachgeordneten Stellen kann zu einer dienststrafrechtlichen Ahndung führen. Sämtliche bestehenden Anordnungen und Vorschriften für die Behandlung ausländischer Arbeitskräfte werden von den zuständigen Dienststellen darauf überprüft, ob sie mit den vorgenannten Grundsätzen vereinbar sind. Wo dies nicht der Fall ist, werden sie sofort entsprechend umgearbeitet.

Berlin, den 15. April 1943

*Dokument 1 Merkblatt über die allgemeinen Grundsätze für die Behandlung der im Reich tätigen ausländischen Arbeitskräfte (hier als Schreiben der Gestapostelle Kassel an die Landräte des Bezirks vom 29. Mai 1943. HStA Mbg 180 Melsungen 2445). Dieses Merkblatt dokumentiert deutlich die Wende zur „humanen, arbeitssteigernden Behandlung der ausländischen Arbeiter“.*

## „Volkstumsmäßige“ Unterscheidungen

Die polizeiliche Behandlung der Millionenzahl im Deutschen Reich eingesetzter ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen hatte seit Kriegsbeginn zu zahlreichen Erlassen und Verordnungen geführt, die die Kennzeichnungspflicht der Polen, die Kenntlichmachung durch Armbinden (wogegen Niederländer und Dänen sich wehrten), den Umgang mit Kriegsgefangenen allgemein, die Gemeinschaftsunterbringung und viele andere Fragen zu regeln suchten, wobei Verbote, Ausgrenzungen und Einschränkungen vorherrschten.

Bei fast all diesen Regulativen tauchten sowohl sicherheitspolitische als auch „rassische“ Motive nebeneinander auf. Am 7. Dezember 1942 gab Himmler einen geheimen Runderlaß an die Stapo(leit)stellen heraus, in dem die Aufgaben der „Gefahrenabwehr beim Ausländereinsatz“ und zugleich die Stellung der ausländischen Arbeiter in Deutschland *grundsätzlich* dargelegt wurden.<sup>39</sup> Bei der „sicherheitspolizeilichen Betrachtung des ausländischen Arbeiters“ seien „volkstumsmäßige Unterscheidungen notwendig, da volkspolitische Gefahren nur von nicht-stammesgleichen Völkern drohen können“.<sup>40</sup> Dieser Vorstellung entsprechend gliederte Himmler die Ausländer in vier Gruppen, wobei „rassische“ und politische Kriterien harmonisiert wurden: In die Gruppe A – die Reihenfolge ist als Rangfolge gedacht – kamen die Italiener, die aufgrund des Bündnisses mit dem Deutschen Reich „eine Behandlung erfahren, die jederzeit der deutsch-italienischen Kampfgemeinschaft Rechnung trägt und berechtigte Beschwerden italienischerseits auf jeden Fall vermeidet.“<sup>41</sup> Wie bereits erwähnt, änderte sich dieser privilegierte Status schlagartig nach dem Ende Mussolinis im Jahre 1943. Für die Gruppe B (Angehörige germanischer Völker: Flamen, Dänen, Norweger, Holländer) galt, daß sie „für den Gedanken des großgermanischen Reichs, der Zusammengehörigkeit aller germanischen Völker zu gewinnen“ seien. Hier war ein „Umgang der gewinnenden Belehrung“<sup>42</sup> angezeigt. In die Gruppe C kamen „Angehörige nicht-germanischer Völker, mit denen wir verbündet sind oder mit denen wir aufgrund ihrer kulturellen und gesamt-europäischen Bedeutung verbunden sind (Slowaken, Kroaten, Rumänen, Bulgaren, Ungarn, Spanier, Franzosen)“. Arbeitskräfte dieser Gruppe C sind ebenfalls auf den „berech-

tigten Führungsanspruch Großdeutschlands“ bei der „Neuordnung Europas“ auszurichten: „Sie müssen durch eine verständnisvolle und gerechte Behandlung erkennen, daß sie als Angehörige einer im werdenden neuen Europa geachteten Nation betrachtet werden.“<sup>43</sup>

In die Gruppe D fielen „Angehörige nicht-germanischer – slawischer – Völker, die mehr oder weniger unter der unmittelbaren Hoheitsgewalt des Deutschen Reichs leben (Protektoratsangehörige, Serben, Slowenen, Arbeitskräfte aus den Baltenländern, Polen, fremdvölkische Arbeitskräfte nicht-polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten, Ostarbeiter)“. Für sie stand „die Notwendigkeit einer straffen Führung“ und die „Einhaltung eines besonders klaren Abstandes“ an erster Stelle – „bei korrekter und gerechter Behandlung“.<sup>44</sup> Gegen der Gruppe D angehörende Arbeitskräfte war „auf besonders strenge Disziplin“<sup>45</sup> zu achten. Himmler machte in diesem Erlaß deutlich, daß seine „rassischen“ Motive, der „Schutz des deutschen Volkstums“, im Grunde die Abwesenheit von Ausländern im Deutschen Reich erforderten. So sei „an sich gerade im Kriege“ der Ausländereinsatz „mit elementaren Grundsätzen der Gefahrenabwehr nicht zu vereinbaren“.<sup>46</sup> Auch wirke sich die Tatsache der „Notwendigkeit der Förderung der Arbeitswilligkeit... im Verein mit politischen Erwägungen und Erfordernissen des Arbeitseinsatzes hemmend auf manche an sich erwünschte und gebotene Maßnahme der Gefahrenabwehr aus“,<sup>47</sup> sodaß Maßnahmen gegenüber Polen und Ostarbeitern „daher allgemein auf ausländische Arbeitskräfte nicht ausgedehnt werden“.<sup>48</sup> Einen großen Raum in diesem Geheimerlaß nimmt das „Grundproblem“ des „Geschlechtsverkehrs zwischen Deutschen und fremdvölkischen Arbeitern“ ein, wobei die „Einrichtung von Bordellen“ und ein „möglichst gleichmäßiger Einsatz fremdvölkischer Arbeiter und Arbeiterinnen“ empfohlen wird.<sup>49</sup>

In jedem Fall sei zu verhindern, daß der „angeworbene fremdvölkische Arbeiter ... im Reich sesshaft und heimatberechtigt werde“.<sup>50</sup> Eine scharfe Trennung nach Nationalitäten „am Arbeitsplatz und in den Unterkünften“ sei anzustreben, die Unterbringung in Gemeinschaftslagern sei, wo immer möglich, durchzuführen.

<sup>39</sup> AES a.a.O. (1): 2 A III f., S. 81 ff. <sup>40</sup> AES a.a.O. (1), S. 82. <sup>41</sup> Ebenda. <sup>42</sup> AES a.a.O. (1), S. 83. <sup>43</sup> Ebenda. <sup>44</sup> Ebenda. <sup>45</sup> AES a.a.O. (1), S. 87. <sup>46</sup> AES a.a.O. (1), S. 81. <sup>47</sup> AES a.a.O. (1), S. 84. <sup>48</sup> Ebenda. <sup>49</sup> AES a.a.O. (1), S. 85 f. <sup>50</sup> AES a.a.O. (1), S. 87.

## Löhne, Steuern, Abgaben, Arbeitszeit

Der eingangs dargelegte Widerspruch zwischen dem kriegswirtschaftlichen Interesse an der Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte und dem Herrenmenschen-Standpunkt in der konkreten Behandlung der Ausländer in Betrieb und Lager entfaltete in den Kriegsjahren eine um so schärfere Dynamik, je angespannter die kriegswirtschaftliche Lage sich für die deutsche Staatsführung gestaltete. Dieser Widerspruch kennzeichnete auch die Veränderungen der Arbeitsverhältnisse, er erklärt sie.

Die Ausgangssituation ist, insbesondere gegenüber den Polen und Ostarbeitern – und diese bildeten mit Abstand den größten Teil aller ausländischen Zwangsarbeiter in Deutschland – von einem arroganten und siegessicheren Herrenstandpunkt gekennzeichnet. Die Blitzkriegstrategie schien sich erfolgreich fortsetzen zu lassen, eine Neuordnung Europas unter großdeutscher Führung in greifbare Nähe gerückt.

Für die Polen, die fortan in der Amtssprache des Dritten Reiches als „Staatenlose polnischen Volkstums“ diskriminiert wurden, galt als „mit dem gesunden Volksempfinden nicht vereinbar, würden sie ebenfalls an dem sozialen Fortschritt des neuen Deutschlands unbeschränkt teilnehmen“.<sup>51</sup> Vielmehr sei es „notwendig geworden, den im Gebiet des Deutschen Reiches tätigen polnischen Beschäftigten eine besondere Stellung im Arbeitsleben des deutschen Volkes zuzuweisen“.<sup>52</sup> Diese besondere Stellung bestand u. a. darin, daß ein Anspruch auf Vergütung nur für tatsächlich geleistete Arbeit bestand, daß grundsätzlich an polnische Beschäftigte nur die niedrigste betriebsübliche Vergütung ihrer Alters- und Tätigkeitsgruppe gezahlt werden sollte, und daß Anspruch auf Feiertagszuschlag zum Lohn nicht bestand. Familien- oder Kinderzulagen, Geburts-, Heiratsbeihilfen oder Sterbegelder, Weihnachtswendungen, Abschlußgratifikationen, Jubiläumsgaben, Treuegelder, ein dreizehntes Monatsgeld oder ähnliche einmalige Zuwendungen durften nicht gewährt werden. Auch die Gewährung von Wochenhilfen oder die Vereinbarungen über die Altersversorgung waren unzulässig. Fortzahlungen des Lohns in Krankheitsfällen oder Zuschußzahlungen zum Krankengeld durften nur gezahlt werden, „wenn es sich um einen unverschuldeten

Betriebsunfall handelt“. Für jugendliche Polen galten die Vorschriften über die Arbeitszeit für Erwachsene. Aus diesen hier nicht vollständig wiedergegebenen Bestimmungen wird die Zielsetzung der unverhüllten Ausbeutung der Arbeitskraft, die möglichst alle Sozialleistungen ausschließt, deutlich.

Diese Haltung tritt noch deutlicher gegenüber den Arbeitern und Arbeiterinnen aus der Sowjetunion, den sogenannten Ostarbeitern, zutage. Diese wurden zunächst einer progressiv verlaufenden, extrem hohen Besteuerung unterworfen, die so konstruiert war, daß sie nicht mehr als siebzehn Reichsmark in der Woche erhalten konnten.<sup>53</sup> Bei einem Wochenlohn von 28 RM erreichte die Besteuerung bereits 50 % des Einkommens (14,60 RM) und stieg bis auf 75 % (bei einem Wochenlohn von 69 RM betrug die Steuer 52,05 RM) und mehr.

Die in den folgenden Jahren erlassenen Verordnungen sind von einer allmählichen und geringen Verbesserung dieser Ausgangslage gekennzeichnet. So fällt im Juni 1942 diese extrem hohe Besteuerung weg, und an ihre Stelle tritt die „Ostarbeiterabgabe“.<sup>54</sup> Diese ist zunächst sehr hoch: bei einem angenommenen Bruttolohn von 200 RM beträgt sie 103,50 RM, wobei zudem 45 RM vom Lohn für Unterkunft und Verpflegung einbehalten wurden, so daß dem Ostarbeiter 51 RM ausgezahlt wurden. Sie wird im April 1943 geringfügig gekürzt, so daß in unserem Beispiel der Ostarbeiter nunmehr 69 RM ausgezahlt erhält.<sup>55</sup> Ab August 1943 werden je nach Jahren Arbeitseinsatz „im Großdeutschen Reich“ Prämien zwischen 20 % und 50 % gezahlt.<sup>56</sup> Ein Jahr später schließlich fällt auch die Ostarbeiterabgabe, und es folgt eine Angleichung an die abgabenrechtlichen Bedingungen für polnische Zivilarbeiter.<sup>57</sup>

Die ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen aus den west- und nordeuropäischen Staaten wurden im allgemeinen wie ungelernete deutsche Arbeiter bezahlt. Zumindest galten die gleichen Vorschriften über Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen wie für deutsche Arbeiter.<sup>58</sup>

Die Kriegsgefangenen erhielten keinen Lohn, sondern ähnlich wie die Ostarbeiter nur ein „Arbeitsentgelt“. In einer Lohntabelle wurde im einzelnen festgelegt, wie hoch

<sup>51</sup> Präambel der „Anordnung über die arbeitsrechtliche Behandlung der polnischen Beschäftigten vom 5. Oktober 1941“. In: Reichsanzeiger Nr. 235 vom 8. 10. 1941. Dies bleibt die grundlegende Bestimmung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse für die Polen und Polinnen im Deutschen Reich.  
<sup>52</sup> Ebenda. <sup>53</sup> Vgl. die „Verordnung über die Besteuerung und die arbeitsrechtliche Behandlung der Arbeitskräfte aus den neubesetzten Ostgebieten vom 20. I. 1942“. In: Reichsgesetzblatt I, Nr. 7, 1942, S. 41 f. <sup>54</sup> „Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 30. Juli 1942.“ In: Reichsgesetzblatt I, Nr. 71, S. 419 ff. <sup>55</sup> „Verordnung zur Durchführung und Änderung der Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 5. April 1943.“ In: Reichsgesetzblatt I, 1943, Nr. 37 vom 10. 4. 1943, S. 181. <sup>56</sup> „Verordnung über die Gewährung von Prämien an Ostarbeiter vom 23. Juli 1943.“ In: Reichsgesetzblatt I, 1943, Nr. 73 vom 9. 8. 1943, S. 451. <sup>57</sup> „Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 25. März 1944.“ In: Reichsgesetzblatt I, 1944, Nr. 14 vom 5. 4. 1944, S. 68–73. <sup>58</sup> H. Pfahmann a.a.O. (3), S. 161.

der an das Kriegsgefangenenlager abzuführende Anteil zu sein hatte. Bei einem mit einem deutschen Arbeiter vergleichbaren monatlichen Lohnbetrag von 200 RM betrug der Stalag-Anteil (Stalag für Stammlager der Kriegsgefangenen-Mannschaftsdienstgrade) 88 RM und das Lagergeld, das dem Kriegsgefangenen ausgehändigt wurde, 60 RM. Der Unternehmer hatte eine Pauschalsteuer in Höhe von 10 % des Stalag- und Kriegsgefangenenanteils an das Stalag zu entrichten. In unserem Beispiel heißt dies: der Unternehmer zahlte dem Stalag 162,80 RM (88 + 60 + 14,60). Er hatte einen erheblich „billigeren“ Arbeiter zur Verfügung, den er auch ohne zusätzliche Mehraufwendungen an Sonn- und Feiertagen und zur Nacharbeit einsetzen konnte. Der Staat bereicherte sich mit Hilfe des Stalag-Anteils, der fast immer höher lag als die Summe der vom Lager aufgewandten Kosten für Unterkunft und Verpflegung.<sup>59</sup>

Für die ersten drei Krankheitstage hatte der Kriegsgefangene selbst „aus erzieherischen Gründen“ dem Unternehmer die Kosten für Unterkunft und Verpflegung zu zahlen. „Bei Arbeitsunwilligkeit und verschuldeter Minderleistung“ konnte der Unternehmer den Kriegsgefangenenanteil bis zur Hälfte kürzen. „Bei anhaltend ungenügenden Leistungen“ konnte er einen Antrag auf Minderentlohnung stellen.

Besonders benachteiligt wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen. Ihr Arbeitsentgelt wurde noch tiefer herabgestuft als bei nicht-sowjetischen Kriegsgefangenen. In der Regel erhielten sie nur die Hälfte von deren Entgelt. In unserem Beispiel heißt dies: bei einem Bruttolohn eines vergleichbaren deutschen Arbeiters in Höhe von 200 RM war für die sowjetischen Kriegsgefangenen der Stalag-Anteil 118 RM (gegenüber 88 RM für nicht-sowjetische Kriegsgefangene), und ihr Arbeitsentgelt betrug 30 RM (gegenüber 60 RM für andere Kriegsgefangene).

Das Arbeitsverhältnis wurde – für die Polen jedoch nur bis Juli 1940, für die Ostarbeiter grundsätzlich überhaupt nicht! – durch einen Arbeitsvertrag begründet, der bei der Anwerbung abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag enthielt auch eine Regelung der Laufzeit, wobei die Verträge in der Regel mit kurzer oder mittlerer Frist liefen (ein Vierteljahr, ein halbes Jahr, ein Jahr). Die Ostarbeiter jedoch wurden generell auf zwei Jahre fest verpflichtet (vom 1. 8. 1942 bis zum 31. 7. 1944), und rechtzeitig wurde diese Laufzeit für alle Ostarbeiter um ein weiteres Jahr verlängert.<sup>60</sup> Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses war nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes gestattet.

Die Pflicht zur Führung eines Arbeitsbuchs wurde ab Mai

1943 für alle ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen (vorher waren die Ostarbeiter hierzu nicht gezwungen worden) vorgeschrieben.

Die Arbeitszeit für ausländische Zwangsarbeiter lag nach Aussagen von Zeitzeugen bei 60 Stunden in der Woche. „Im Bahnbetriebswerk Kassel betrug sie 60 Stunden wöchentlich, bei Henschel & Sohn arbeiteten ‚die Russen‘ aus dem Lager Möncheberger Gewerkschaft 10 bis 12 Stunden (außer sonntags), bei der Firma Wegmann wurde von 7 bis 18 Uhr gearbeitet.“<sup>61</sup> Mosch-Wicke berichtet davon, daß bei Henschel „von 7 - 18 Uhr mit 15 Minuten Frühstückspause und etwa einer Stunde Mittag“ gearbeitet wurde. „60 Stunden mußten mindestens pro Woche gearbeitet werden, häufig darüber hinaus auch der halbe Sonntag.“<sup>62</sup>

Die Arbeitsbedingungen für ausländische Zwangsarbeiter in der Kasseler Rüstungswirtschaft zu ergründen, ist nicht möglich, da uns die Akten der großen Kasseler Rüstungsfirmen (insbesondere der Firma Henschel & Sohn) nicht zur Einsicht offenstanden. Wir können nur mit einigen Schlaglichtern, die die subjektive Erinnerung Betroffener und Zeitzeugen aufbewahrt hat, die Situation beleuchten. Ein ehemaliger Henschel-Arbeiter, der während des Krieges im Werk Mittelfeld als Vorarbeiter beschäftigt war, berichtet: „Die Frauen haben die gleichen Arbeiten wie die Männer verrichtet. Er erinnert sich, daß besonders die Russen gut gearbeitet haben. Einmal hat ein Hilfsmeister einen Polen in den Rücken getreten, der gerade an der Treppe stand, so daß er 16 Stufen hinunterstürzte. Zwei Männer haben ihm wieder aufgeholfen. Herr R. traute sich in dieser Situation nicht, ihm zu helfen, weil er im Betrieb sowieso als Roter bekannt war. Herr R. berichtet, wie unglücklich die ausländischen Mädchen bei Henschel waren. Wenn eine ihren Kopf auf die Maschine legte und weinte, weinten alle hundert, die in der Abteilung waren.“<sup>63</sup> Ein ehemaliger Zwangsarbeiter aus Polen berichtete von einer Begebenheit bei der Arbeit: „Er arbeitete müde vor sich hin, ohne viel mitzudenken und verletzte dabei versehentlich einen deutschen Kollegen, der sich einen Finger brach. Daraufhin sollte er abgeholt werden. Er wußte nicht, was ihn erwartete, aber er rechnete damit, aufgehängt zu werden. Zwei Deutsche stellten sich vor ihn und verlangten, daß er an seinem Arbeitsplatz gelassen werden sollte, weil er ein guter Arbeiter war. Er wurde an einen Ofen strafversetzt, wo er glühende ‚Brocken‘ aus dem Feuer holen mußte. Aber die zwei Kollegen erreichten, daß er an seinen alten Arbeitsplatz zurückgebracht wurde. Er sagt heute, die beiden hätten ihm das Leben gerettet.“<sup>64</sup>

<sup>59</sup> Ch. Streit a.a.O. (12), S. 215 f. <sup>60</sup> F. Didier, Handbuch a.a.O. (18), S. 103. Vgl. auch „Verordnungen zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 26. März 1944“. In: Reichsgesetzblatt a.a.O. (57). <sup>61</sup> Th. Ewald u. a., a.a.O. (16), S. 58. <sup>62</sup> Mosch-Wicke a.a.O. (13), S. 66. <sup>63</sup> Mosch-Wicke a.a.O. (13), S. 122. <sup>64</sup> Mosch-Wicke a.a.O. (13), S. 133.

## Alltag unter Polizeistatut

Diemut Majer hat dargelegt, daß die Staatsführung gerade gegenüber den sogenannten Fremdvölkischen, die „von vornherein als außerhalb der Rechtsgemeinschaft stehend angesehen wurden“, unbeschränkte sonderrechtliche Aktivitäten praktizierte, die dazu führten, diese „dem Geltungsbereich von *Normen* überhaupt zu entziehen, sie ausschließlich den Belangen der Sicherheitspolizei zu unterwerfen und die Zuständigkeit anderer Behörden und Verwaltungszweige möglichst auszuschalten, jedenfalls zu reduzieren und zu lähmen“. Die Gestapo als Teil der Sicherheitspolizei hielt sich für zuständig, „alles und jedes, das irgendwie mit diesen Personen zusammenhing, zu regeln“. Majer faßt die nicht endenden sonderrechtlichen

Regelungen in ihrer Wirkung so zusammen: „Auf eine kurze Formel gebracht, ordneten sie an, daß alles verboten war, wenn es nicht ausdrücklich erlaubt war.“<sup>65</sup>

Wenn wir im folgenden ohne Anspruch auf Vollständigkeit den Zusammenhang dieses von der Polizei diktierten Alltags auflösen, aus Darstellungsgründen also bis zu einem gewissen Grade der bürokratischen Zerlegungsmethodik folgen, so ist im Auge zu behalten, daß die Wirkung all dieser Beschränkungen und Verbote *zusammen* noch stärker durchschlug, daß Elend, Not, Unfreiheit und Geringachtung – besonders für die Polen und Russen – zur Aussichtslosigkeit führen konnte, zur Grenzlage menschlicher Existenz überhaupt.<sup>66</sup>

### Die Mißachtung menschlicher Grundbedürfnisse

#### Ernährung

*Hungern für Hitler* ist der Titel eines kürzlich erschienenen Buches, das die Lebens- und Arbeitssituation polnischer Zwangsarbeiter zum Gegenstand hat.<sup>67</sup> In der Tat war der Hunger, besonders für die Polen und Russen, der ständige Begleiter.<sup>68</sup>

Man wird davon ausgehen können, daß die Ernährungslage bis Anfang des Jahres 1943 unzureichend, für einige Gruppen sogar katastrophal war, sich dann im Zuge der sogenannten Intensivierung der Arbeitsleistung leicht verbesserte, gegen Ende des Krieges jedoch sich wieder gravierend verschlechtert hat.

Für die sowjetischen Kriegsgefangenen hatte Göring Ende 1941 zynisch erklärt: „Der Russe ist genügsam, daher leicht und ohne schwerwiegenden Einbruch in unsere Ernährungsbilanz zu ernähren. Er soll nicht verwöhnt oder an deutsche Kost gewöhnt, muß aber gesättigt und in seiner dem Einsatz entsprechenden Leistungsfähigkeit erhalten werden.“<sup>69</sup> Die sowjetischen Kriegsgefangenen sollten demnach bis zu der Menge ernährt werden, die der Körper braucht, um eine bestimmte Arbeit leisten zu können. Ähnliche Formulierungen, die auf eine Leistungs-ernährung hindeuten, finden sich in den Quellen häufig. So heißt es in den Tagebüchern des Rüstungskommandos Kassel: „Die Verpflegung (der russischen Facharbeiter bei

den Henschel Flugmotoren Werken in Altenbauna) ist genau festgelegt und soll bei guter Arbeit auch ausreichend sein.“<sup>70</sup> Die konkrete Bedeutung dieses Satzes wird klar, wenn man einen zur gleichen Zeit abgefaßten Bericht über die Gefangenenkost heranzieht: „Die zivilen russischen Gefangenen, die fast durchweg in guter körperlicher Verfassung eintreffen, erhalten nur Gefangenenkost und müssen hinter Stacheldraht untergebracht werden. Durch diese Verpflegung werden die Arbeitskräfte so geschwächt, daß sie für einige Zeit arbeitsmäßig ausfallen und in besonderen Lagern aufgepäppelt werden müssen. Nach ihrem Wiedereinsatz wiederholt sich dieses Spiel. Dadurch gehen willige und tüchtige Arbeitskräfte verloren, die für dringlichste Fertigungen ausgenutzt werden könnten, wenn eine normale Verpflegung in den Betrieben zugelassen werden würde. Umgehende Änderung der bestehenden Bestimmungen ist dringend notwendig.“<sup>71</sup> Diese schlechte Ernährungssituation ist für das ganze Jahr 1942 in Kassel nachweisbar. Im Juni mußte die Betriebsleitung eines Luftwaffenbetriebes sowjetrussischen Arbeiterinnen zusätzlich Kartoffeln liefern.<sup>72</sup> Im August stellte die Firma Henschel & Sohn fest, daß „bedingt durch Ernährungsschwierigkeiten ... die Leistung der im Kampfwagenbau eingesetzten Russen erheblich nachgelassen hat,

<sup>65</sup> D. Majer a.a.O. (11), S. 304 ff. <sup>66</sup> Luce d'Eramo: *Der Umweg*. Rowohlt Verlag, Reinbek 1981. <sup>67</sup> Ch. U. Schminck-Gustavus (Hg.): *Hungern für Hitler. Erinnerungen polnischer Zwangsarbeiter im Deutschen Reich 1940–1945*. Rowohlt Verlag Reinbek 1984. <sup>68</sup> Mosch-Wicke a.a.O. (13), S. 73 ff.; Th. Ewald a.a.O. (16), S. 106 ff.; H. Pfahmann a.a.O. (3), S. 193 ff. – Zum massenhaften Hungertod sowjetischer Kriegsgefangener, vgl.: Ch. Streit a.a.O. (12), S. 137 ff., 249 ff. – Auch in den Interviews, die U. Herbert wiedergibt, taucht der Hunger als eine Grundsituation ausländischer Arbeiter in der Kriegszeit auf. Ulrich Herbert: *Apartheid nebenan. Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet*. In: L. Niethammer (Hg.): *„Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“* Dietz Nachf. Verlag, Berlin und Bonn 1983, S. 233–266. <sup>69</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 20–9/9. <sup>70</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 21–30/11. <sup>71</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 20–9/10. <sup>72</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 21–30/13.

die Arbeitsleitung liegt augenblicklich bei ca. 30 % eines deutschen Arbeiters".<sup>73</sup> In einem Bericht über die Fieseler Werke Mitte 1944 ist generell von einer „Unterernährung der Arbeitskräfte“ die Rede.<sup>74</sup> Bemühungen seitens der Kasseler Arbeitseinsatzverwaltung „zur Aufbesserung der Kost für die italienischen Militärinternierten, aus der eine höhere Leistung derselben erwartet wird“,<sup>75</sup> scheiterten nicht zuletzt auch an der Strafbestimmung für italienische Militärinternierte, Verpflegung „grundsätzlich nach Leistung abzustufen, bei unbefriedigender Leistung für die gesamte Arbeitseinheit ohne Rücksicht auf einzelne Willige zu kürzen“.<sup>76</sup> Die Verpflegung erfolgte im allgemeinen in den Gemeinschaftsküchen der Betriebe und der

Wohnlager. Sie wurde in Blechtöpfen oder Konservendosen ausgeteilt und bestand meist aus dünner Kartoffel-, Steckrüben- oder Rüben- bzw. Spinatblättersuppe. Einmal wöchentlich gab es Brot, Margarine und Marmelade.

„Im Lager Möncheberger Gewerkschaft befand sich eine Großküche mit Magazin. Quantität und Qualität der Verpflegung lagen ‚an der untersten Grenze des Existenzminimums‘. Als Eßgeschirr dienten Konservenbüchsen. Die ‚Russen‘ bettelten auf dem Marsch zur Arbeit um etwas Brot und versuchten immer wieder, Obst und Gemüse aus den Schrebergärten zu pflücken, was von den Wachleuten während des Marsches offenbar geduldet wurde.“<sup>77</sup>

## Kleidung

Mosch-Wicke berichtet aus seinen Gesprächen mit Zeitzeugen, daß die mangelhafte Kleidung der Zwangsarbeiter bei fast allen in Erinnerung geblieben war: „Die Zwangsarbeiter von Schäferberg trugen im Sommer wie im Winter nur dünne Hemden und Hosen, die sie, oft vom Regen naß, nicht vor Kälte schützten. In der Regel besaßen sie nur Kleidung, die sie bei ihrer Verschleppung mitgebracht hatten. Das war oft nicht mehr, als sie auf dem Leibe trugen. Meist war die Kleidung, die auch während der Arbeit benutzt werden mußte, schon nach kurzer Zeit zerlumpt, verdreckt und von Ungeziefer befallen. Die Lagereinrichtung bot kaum eine Möglichkeit zum Waschen. Wer nichts zum Wechseln besaß, konnte seine Wäsche überhaupt nicht reinigen. Oft wurde die Kleidung auch nachts nicht abgelegt. Die Kälte in den Baracken und die unzurei-

chenden Betten und Decken zwangen die Menschen, in ihren Kleidern zu schlafen. Auch völlig zerrissene Kleidung wurde nicht ersetzt.“<sup>78</sup>

Fast alle Zeitzeugen erinnern sich an das vollkommen unzureichende Schuhwerk der Zwangsarbeiter. Göring hatte für die sowjetischen Kriegsgefangenen als Fußbekleidung in der Regel Holzschuhe angeordnet.<sup>79</sup> Viele waren später froh, wenn sie überhaupt Holzschuhe oder Holzpantinen besaßen und sich nicht mit Lumpen die Füße einwickeln mußten. Pfahlmann berichtet von verschiedenen Versuchen 1943 und 1944, diese katastrophale Situation im Interesse der Erhaltung der Arbeitskraft zu ändern.<sup>80</sup> Solche Maßnahmen und Bemühungen sind auch in Kassel nachweisbar. Sie blieben hier wie im Reich jedoch ohne Wirkung.<sup>81</sup>

## Unterbringung

Das Ziel der Polizeiführung war die Unterbringung aller ausländischen Arbeiter in großen Barackenlagern, nach Nationalitäten barackenweise getrennt und wenn möglich einem großen Betrieb zugeordnet. Dieser Idealvorstellung, die dem Interesse an einer funktionierenden Beherrschbarkeit der Ausländerströme entsprungen war, kamen in Kassel die großen Henschel-Wohnlager (Struthbachweg, Möncheberger Gewerkschaft, Schäferberg, Mat-

tenberg) ziemlich nahe. Der Werkschutz des Unternehmens stellte die Lagerleitung, der Werksarzt kontrollierte das Gesundheitswesen, die Verpflegung konnte koordiniert werden usf. Ähnliche große Wohnlager wurden in Kassel für Ausländer der Fieseler Werke (in Waldau) und der Firma Wegmann eingerichtet.

Eine Beschreibung eines dieser großen Kasseler Lager haben Ewald/Hollmann/Schmidt unternommen: das zwi-

<sup>73</sup> Ebenda. <sup>74</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 21–30/18. <sup>75</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 20–9/19. Bericht des Gauarbeitsamtes Kurhessen an das Rüstungskommando Kassel. <sup>76</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 21–30/17. Rundschreiben Nr. 312 des Rüstungskommandos Kassel vom 19. 5. 1944. <sup>77</sup> Th. Ewald u. a., a.a.O. (16), S. 113. <sup>78</sup> Mosch-Wicke a.a.O. (13), S. 78. Vgl. auch Th. Ewald u. a., a.a.O. (16), S. 117 ff., H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 198 ff. <sup>79</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 20–9/9. <sup>80</sup> H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 199 ff. <sup>81</sup> Im April 1943 sah das genannte „Merkblatt“ vor, daß die ausländischen Arbeiter „...mit Kleidung und Schuhwerk so ausgestattet [werden], daß der zur Gesunderhaltung notwendige Schutz vor Witterungseinflüssen gewährleistet ist“. (HStA Mbg 180: Melsungen 2445). – Eine waghalsige Umschreibung der Tatsache, daß der Mensch Schuhe und Kleider braucht. – Auch kümmerte sich der Rüstungsobmann IXa im Jahre 1944 um „entsprechende Normalbekleidung und Normalwäsche für Ostarbeiter“ (Mitteilung der Industrie- und Handelskammer Kassel-Mühlhausen Nr. 1 vom 1. 5. 1944).

schen 5000 und 6000 Menschen beherbergende Lager Möncheberger Gewerkschaft in der Kasseler Nordstadt: „Dieser Komplex am Ende der Simmershäuser Straße bestand während des Zweiten Weltkrieges aus großen Produktionshallen einer ehemaligen Ziegelei, die den Namen 'Möncheberger Gewerkschaft' trug ....

In diesen Produktionshallen waren fast ausschließlich russische Zivilarbeiter untergebracht, die 1942 aus dem Raum Charkov dorthin gebracht wurden. Frauen und Männer waren getrennt untergebracht. Als Schlafstellen dienten sogenannte Luftschutzbetten, von denen drei bis vier übereinander standen. Zu jedem Bett gehörte ein Strohsack und eine Wolldecke. Das Lager war nicht eingezäunt. Gruppen mit etwa zwanzig Personen durften sonntags das Lager verlassen. Im Lager befand sich eine Schuhmacherei und eine Schneiderei, um die eigenen Bedürfnisse an Schuhwerk und Kleidung zu decken. Die Lagerleitung rekrutierte sich aus Angestellten der Firma Henschel & Sohn. Im Lager befanden sich zwei ukrainische Dolmetscher, die nur dort tätig waren. Die Lager selbstverwaltung wurde von der Lagerleitung kontrolliert und überwacht. Im Lager gab es einen Dushraum, der etwa 50 qm groß war. Die notwendigsten sanitären Einrichtungen waren vorhanden. Der Abmarsch zur Arbeit erfolgte in militärisch geschlossenen Marschkolonnen zu je 1000 bis 2000 Mann. Bewaffnete Bewacher begleiteten die Kolonnen. Es soll sich um Werkschutz der Firma gehandelt haben. In gleicher Weise erfolgte der Rückweg ins Lager. Im Lager gab es keine Einrichtungen für ‚Freizeit‘-gestaltung. Von der Heimat mitgebrachte Musikinstrumente sorgten für Unterhaltung. Der Besitz von Rundfunkgeräten war untersagt. Es gab ein Straflager, das die Gestapo in einer tiefen Grube auf dem Lagergelände eingerichtet

hatte.“<sup>82</sup> Dieses Lager Möncheberg war, im Frühjahr 1943 bereits mit ca. 5000 Ausländern belegt, für einen weiteren Ausbau vorgesehen: „Durch laufende Aufstellung neuer Baracken erfolgt ein ständiger Ausbau zugunsten verbesserter Unterkunftsbedingungen. Dr. Zander und Lagerführer Nennstiel betonten die Notwendigkeit von 24 weiteren Unterführern. Das vorhandene Personal reicht bei weitem nicht aus, die notwendige Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.“<sup>83</sup>

Diese „Ideal“-vorstellung der Polizeiführung, die Ausländer in riesigen Barackenlagern unterzubringen, ließ sich nicht in allen Fällen verwirklichen. Einerseits waren Beschaffungs- und Baumaßnahmen in großem Umfang erforderlich – nicht zu vergessen boden- und erwerbsrechtliche Fragen bis hin zur Requirierung oder Konfiszierung – andererseits mußten für die zahlreichen mittleren und kleineren Firmen „Gemeinschaftslager“ eingerichtet werden, schließlich zerstörten die alliierten Luftangriffe auch nicht selten diese Barackenlager ausländischer Zwangsarbeiter.

Vor allem sowjetische Kriegsgefangene wurden zunächst in großen Mannschaftszelten untergebracht. Für die kleineren und mittleren Wohnlager und Arbeitskommandos (der Kriegsgefangenen) griff man daher zunehmend auf leerstehende oder durch Requirierung frei gemachte Räume zurück: Gastwirtschaften (vor allem Säle und Anbauten), Scheunen und Ställe, Schulgebäude dienten als Unterkunft. Manchmal mußte auch der Dachboden oder der Keller von Privathäusern hierfür herhalten. Die Stadt Kassel war im Jahre 1944 und bis zum Kriegsende von mehr als 200 solcher Lager, Unterkünfte bzw. Behelfsunterkünfte überzogen, in denen ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen hausen mußten.<sup>84</sup>

### Krankenbehandlung

Streit hat auf das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener, besonders Ende 1941/1942, hingewiesen.<sup>85</sup> Hunger führte zu Unterernährung und Abwehrschwäche, mangelnde hygienische Sorgfalt zur Infizierung Tausender, so daß vor allem die Fleckfieberepidemien in den Ge-

fangenenlagern wüteten. „Im Stalag Ziegenhain“, wird im Februar 1942 gemeldet, „befinden sich zur Zeit überhaupt keine Sowjetkriegsgefangenen mehr. Die bisher dorthin überwiesenen (etwa 3000) waren binnen kurzem so zusammengeschmolzen, daß lediglich 1200 Sowjet-Kriegs-

<sup>82</sup> Th. Ewald u. a., a.a.O. (16), S. 89 ff. – Vgl. die Beschreibung des Henschel-Lagers Schäferberg bei Mosch-Wicke, S. 39–65. <sup>83</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 21–30/15. <sup>84</sup> Beim „Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes“ (ISD) in Arolsen befinden sich u. a. die (beantworteten) Fragebögen der Besatzungsmächte an die deutschen Gemeinden, mit deren Hilfe man Aufschluß über das Schicksal der Ausländer im Nazi-Deutschland erhalten wollte. In der Amerikanischen Besatzungszone fragte z. B. der Bogen A nach allen „Trupps, Gruppen, Einheiten oder Formationen (z. B. Kriegsgefangenenkommandos, Zwangsarbeitskommandos, ausländ. Arbeiter usw.), die [im jeweiligen Ort] stationiert oder durchgerückt waren“. Diese Anfragen sind zwar keineswegs immer exakt bzw. ausführlich beantwortet worden; gleichwohl geben die Antworten (die z. T. auch die einzelnen Ausländer namentlich festhalten) einen ungefähren Aufschluß über die tatsächlichen Verhältnisse. <sup>85</sup> Ch. Streit a.a.O. (12), S. 128–190.

gefangene für die Bauten in Allendorf eingesetzt werden konnten. Von diesen sind zur Zeit nur 500 arbeitsfähig, jedoch auch nur für täglich vier Stunden.“<sup>86</sup>

Zur gleichen Zeit wurde für den gesamten Wehrkreis IX gemeldet, daß derzeit überhaupt keine sowjetischen Kriegsgefangenen eingesetzt werden, „weil in den Lagern Seuchen herrschen“.<sup>87</sup>

Auf Reichsebene war ab Mai 1942 für das „Gesundheitswesen für die fremdvölkischen Arbeitskräfte“ Reichsgesundheitsführer Dr. Conti zuständig.<sup>88</sup> Zwar gab es bestimmte Erlasse, die den katastrophalen Zustand absolut unzureichender Krankenversorgung abzumildern trachteten,<sup>89</sup> die Wirklichkeit blieb jedoch zumeist unverändert. Der allgemeine Gesundheitszustand z. B. im Lager Schäferberg „muß erschreckend gewesen sein“; dieses Resümee zieht Mosch-Wicke aus den Gesprächen mit Zeitzeugen, der hohen Zahl der dort innerhalb eines halben Jahres Verstorbenen und der Art der Erkrankungen, die als Todesursachen in den Sterberegistern erhalten sind.<sup>90</sup> Die zynische Art und Weise, wie die Arbeitseinsatzverwaltung Schwangerschaft und Geburt bei Polinnen und Ostarbeiterinnen behandelte, verriet deutlich, daß hier nicht wie bei einer deutschen schwangeren Frau Hilfe und Sorge, sondern kostensparende Abfertigung und Erledigung des Störfaktors Schwangerschaft am Werke war. So schreibt der GBA am 20. März 1943 an die Landesarbeitsämter:

„Ausländische Arbeiterinnen (außer Polinnen und Ostarbeiterinnen)... darf in dringenden Fällen ein Bezugsschein über ein Umstandskleid... erteilt werden... Polinnen und Ostarbeiterinnen darf nur so viel Stoff bewilligt werden, wie zur Änderung der vorhandenen Kleidung unbedingt erforderlich ist. Die Bewilligung bequemerer Schuhwerks wird im allgemeinen, zumindest bei den Ostvölkern, nicht erforderlich sein, da gesundheitlich ungünstigeres Schuhwerk eine Zivilisationserscheinung ist... Auch in der Landwirtschaft werden sich mit Hilfe der Dorfgemeinschaft (Ortsbauernführer) die Entbindungen weitgehend örtlich regeln lassen, zumal es sich meistens um Polinnen und Ostarbeiterinnen handelt, die im allgemeinen leicht niederkommen. Den werdenden Müttern können bei dringender Notwendigkeit nach Erreichung des 8. Monats der Schwangerschaft Bezugsscheine über Kleidungsgegenstände für Säuglinge bis zur Hälfte derjenigen Bezugsrechte ausgestellt werden, die einer deutschen Mutter im entsprechenden Falle auf Grund der Säuglingskarte zustehen. Eine Versorgung der werdenden Mütter unter den Ostarbeiterinnen mit Bettwaren und Bettwäsche ist nicht vorgesehen, da die Säuglinge in Heimen oder Sanitätsstuben der Werke untergebracht werden dürften, die dann die notwendigen Ausstattungen erhalten. Keine (Ernährungs)zulagen erhalten (stillende) Ostarbeiterinnen und Polinnen.“<sup>91</sup>

### Bewegungsfreiheit

Während sich Angehörige befreundeter Nationen im Reichsgebiet frei bewegen konnten, waren die Franzosen, Belgier, Holländer und Norweger z. B. auf das Kreisgebiet verwiesen. Polen, die wie die Ostarbeiter keinen Paß bzw. keinen Paßersatz, sondern nur eine Arbeitskarte erhalten hatten, durften sich nur im Ortspolizeigebiet frei bewegen. Ostarbeiter durften sich zunächst nur in ihren Unter-

künften, am Arbeitsplatz und auf dem Wege dorthin und zurück aufhalten.<sup>92</sup>

Im Mai 1943 erfolgte eine Lockerung dieser Bestimmung: die Ostarbeiter dürfen sich von nun an im Arbeitsort frei bewegen. Auch durften sie jetzt Straßenbahnen, O-Busse und Kraftomnibusse innerhalb des Ortsbereichs benutzen.<sup>93</sup>

<sup>86</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 20-9/27. <sup>87</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 20-9/10. Bericht der Prüfungskommission vom 9. 2. 1942. <sup>88</sup> F. Didier, Handbuch, a.a.O. (18), S. 88. <sup>89</sup> So das mehrfach zitierte „Merkblatt“ vom April 1943, in dem es hieß: „Jeder Ausländer hat Anrecht auf eine wirksame gesundheitliche Betreuung... Die ärztliche Versorgung ist je nach den örtlichen Gegebenheiten durch Lager-, Revier- oder Kassenärzte sichergestellt. Für die stationäre Revier- oder Krankenhausbehandlung ist die erforderliche Bettenzahl in geeigneter Weise bereitzuhalten...“ (HStA Mbg 180: Melsungen 2445). <sup>90</sup> Mosch-Wicke a.a.O. (13), S. 97 ff. Ganz knapp hierzu auch H. Pfahmann a.a.O. (3), S. 201. <sup>91</sup> HStA Mbg. 180: Melsungen 2445. – Um dieses Dokument nicht als einen Höhepunkt diskriminierenden Denkens fehlzuinterpretieren, ist in Erinnerung zu rufen, daß Säckel mit diesem Schreiben *Verbesserungen* des bestehenden Zustandes im Sinne der Intensivierung der Arbeitsleistungen anstrebte! <sup>92</sup> Auf der Arbeitskarte des Ostarbeiters war folgendes aufgedruckt: „Der Inhaber ist *nur* zum Zwecke der Arbeitsverrichtung zum Verlassen der Unterkunft berechtigt“ (HStA Mbg 180: Hünfeld 2514). <sup>93</sup> Ebenda. – Luce d'Eramo berichtet von großen vagabundierenden Strömen von Ausländern gegen Ende des Krieges, die in Kellern, im Wald, auch in großen Lagern untergetaucht waren. Wie paßt dies zusammen mit dem Rattenschwanz ständig neuer bürokratischer Regelungen der Kontrolle und Überwachung der Ausländer? Gelang es der Bürokratie am Ende nicht, die Millionen Ausländer aufgrund ihrer Zahl und ihrer Resistenz in den „Griff zu bekommen“? War die NS-Bürokratie – glücklicherweise – nicht mehr vollständig Herr der Lage?

Die Bewilligung von Urlaub, vielfach bei den Anwerbungen den Ausländern fest versprochen, bildete einen Hauptkonflikt zwischen Unternehmensleitung und Arbeitern, soweit die Tagebücher des Rüstungskommandos Kassel hier als repräsentativ anzusehen sind. Nicht selten verlagert sich der Konflikt auf die Ebene Unternehmensleitung/Arbeiter auf der einen und Rüstungskommando/Arbeitseinsatzverwaltung auf der anderen Seite. Dies war in Kassel im Winter 1941 im Dianawerk Hermann Schaumburg und bei Evens & Pistor der Fall, als die Betriebsführungen beim Rüstungskommando um die Aufhebung der Urlaubssperre zu Weihnachten für polnische Arbeiter und Arbeiterinnen nachsuchten.<sup>94</sup> Auch die Firma Henschel & Sohn beantragte für 400 Belgier und Italie-

ner Weihnachtsurlaub.<sup>95</sup> Ein Anspruch auf Urlaub und auf Familienheimfahrt bestand grundsätzlich für ausländische Arbeiter, die länger als sechs Monate in einem Arbeitsverhältnis gestanden hatten. Für Ostarbeiter wurde erst ab 1943 insoweit ein Urlaub gestattet, „als er mit den Aufgaben des Beschäftigungsbetriebes in Einklang zu bringen ist“.<sup>96</sup> Die Ostarbeiter durften jedoch nicht nach Hause reisen, sondern hatten den Urlaub in den Betriebslagern zu verbringen. Für Polen wurde der Urlaubs- und Familienheimfahrtsanspruch ab März 1941 gesperrt, nachdem zahlreiche Urlauber nicht zurückgekehrt waren.<sup>97</sup>

Die Regelungen über Urlaubserteilung sind widersprüchlich.<sup>98</sup>

### Briefverkehr

Im Juli 1940 setzte der Regierungspräsident in Kassel sich bei der dortigen Staatspolizeistelle dafür ein, daß „die erforderlichen Schritte zur Durchführung einer Postzensur veranlaßt“ werden. Er vermutete, „daß die Polen meist erst brieflich von der Heimat aus zur Flucht veranlaßt wer-

den“.<sup>99</sup> Ab November 1942 beförderte die Reichspost „nur mehr Postkarten“ von Ostarbeitern und nahm Briefsendungen nicht mehr an.<sup>100</sup> Einschreibbriefe scheinen noch am ehesten den Empfänger erreicht zu haben, da sie „nur unmittelbar zugestellt“ werden durften.<sup>101</sup>

### Der Fremdvölkische Paria

#### Kennzeichnungspflicht

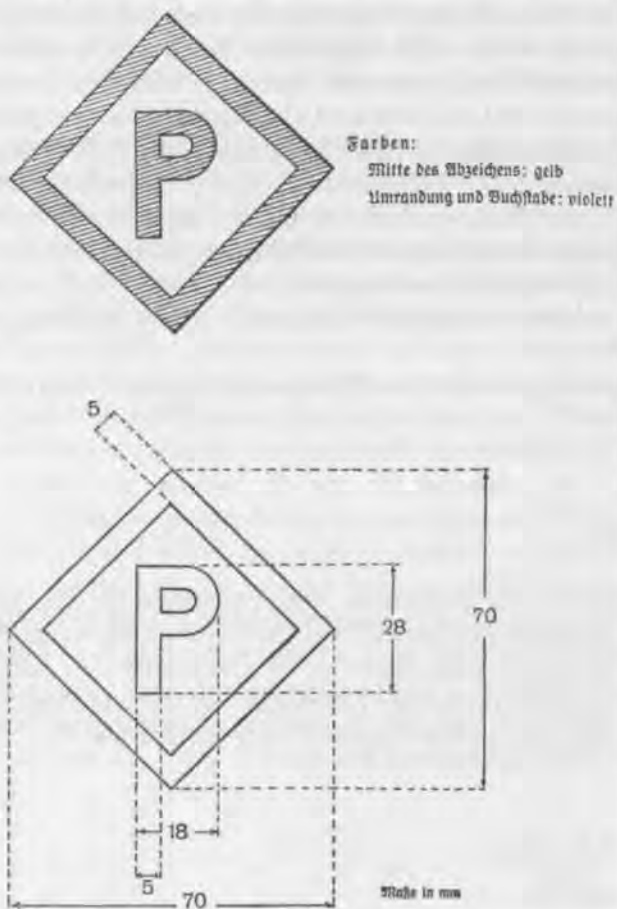
Am 8. März 1940 verordnete Himmler die Kenntlichmachung der im Reich eingesetzten polnischen Zivilarbeiter und Zivilarbeiterinnen durch ein P, das „auf der rechten Brustseite jedes Kleidungsstückes fest verbunden“ getragen werden mußte.<sup>102</sup> Eine maßstabgetreue Zeichnung im Verhältnis 1 : 1 war im Reichsgesetzblatt abgedruckt (s. Abb.). Dieses Paria-Zeichen, dem im Jahre 1942 das Kennzeichen „OST“ für die Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion folgte, wurde von vielen Polen nicht angelegt – anders sind die immer wiederkehrenden Klagen der Behörden über die „ungenügende Kennzeichnung der polnischen Zwangsarbeiter“ kaum zu verstehen. Mit bürokratischer Unnachgiebigkeit wird z. B. vom Landrat in Roten-

burg die Stecknadel zum Thema einer Verfügung: „Es ist darauf zu achten, daß von den Polen keine Kennzeichen verwendet werden, die auf mit Stecknadeln versehenen Platten befestigt sind und es dem Träger ermöglichen, das Abzeichen nach Bedarf abzulegen. Polen, die gegen die Kennzeichnungsvorschriften verstoßen, sind bei mir zur Anzeige zu bringen.“<sup>103</sup> Die Mißachtung dieser Vorschriften hat z. B. einen polnischen Zivilarbeiter ins Arbeitserziehungslager Breitenau gebracht.<sup>104</sup> Im Juli 1943 verordnete der Regierungspräsident in Kassel, daß Ostarbeiter mit guter Führung und Leistung das Abzeichen auf dem linken Oberärmel (statt auf der rechten Brustseite) tragen können.<sup>105</sup>

<sup>94</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 21–30/10. <sup>95</sup> Ebenda. <sup>96</sup> H. Pfahlmann a.a.O. (3), S. 171 u. 173. <sup>97</sup> Ebenda. <sup>98</sup> Für Polen z. B. wurde der Urlaub im März 1941 gesperrt. Im Dezember 1942 sollten Polen nach Lublin in Urlaub fahren; von ihnen seien jedoch nur 30 % zurückgekehrt. Infolgedessen würde grundsätzlich an Polen kein Urlaub mehr erteilt (HStA Mbg 180: Melsungen 2445). Anfang des Jahres 1944 wurden Urlaub und Familienheimfahrt für ausländische Arbeiter mit wenigen Ausnahmen (Bulgaren, Kroaten u. a.) generell gesperrt, im Herbst 1944 werden auch diese Ausnahmen nicht mehr genehmigt: Urlaub hat dem Verordnungstext nach aufgehört (Mitteilungen der Gauwirtschaftskammer Kurhessen 1944, Nr. 7 vom 1. 11. 1944). <sup>99</sup> HStA Mbg 180: Eschwege 1428. <sup>100</sup> Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Kassel-Mühlhausen, Nr. 23 vom 1. 12. 1942. <sup>101</sup> Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Kassel-Mühlhausen, Nr. 18 vom 15. 9. 1943. <sup>102</sup> Reichsgesetzblatt I, 1940, Nr. 55, vom 29. März 1940, S. 555 f. <sup>103</sup> HStA Mbg 180: Rotenburg. Schreiben des Landrats an die Bürgermeister und Gendarmerie-Beamten vom 4. 2. 1942. <sup>104</sup> Gesamthochschule Kassel (Hg.): *Erinnern an Breitenau 1933–1945*. Katalog zur Ausstellung, Kassel, 4. Auflage 1984, S. 8. <sup>105</sup> Amtsblatt der Regierung in Kassel, 1943, Stück 28 vom 10. Juli 1943, S. 74 f.

### Anlage

zu § 1 Abs. 2 der vorstehenden Polizeiverordnung über die Kennlichmachung im Reich eingesetzter Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums



Dokument 2 Reichsgesetzblatt 1940, Teil I, S. 556

Dies war der erste Schritt, um das Paria-Zeichen (zumindest für einen Teil der Betroffenen) in eine Auszeichnung zu verwandeln, die von dem Betroffenen positiv, d. h. letztlich leistungssteigernd aufgefaßt werden sollte. Die Linie Sauckel hatte sich hier durchgesetzt. Der nächste Schritt in diese Richtung erfolgt im Jahre 1944. Nun wurde versucht die sowjetischen Zwangsarbeiter gegen ihr eigenes Land aufzuhetzen, sie zu korrumpieren: „Die im Reich eingesetzten Ostarbeiter- und -arbeiterinnen haben durch Haltung und Leistung ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit im Kampf gegen die jüdisch-bolschewistische Weltgefahr bewiesen... Als äußere Anerkennung und in Anlehnung an die durch die Freiwilligen getragenen Abzeichen“<sup>106</sup> hob Himmler das „OST“-Zeichen auf und ersetzte es durch Volkstumsabzeichen für Ukrainer, Weißruthener und Russen.

### „Kontakte“ mit Deutschen

Der nationalsozialistischen Volkstumspolitik entsprechend wurde jede Beziehung zwischen Deutschen und Polen (oder Angehörigen anderer osteuropäischer Völker) drakonisch bestraft. Ähnliches galt für den „Umgang deutscher Frauen und Mädchen“ mit Kriegsgefangenen. Hatte ihr Umgang „das gesunde Volksempfinden gröblich verletzt“ (hierunter wurde insbesondere der „geschlechtliche Verkehr“ gezählt), so mußte die Frau „für mindestens ein Jahr einem Konzentrationslager“ zugeführt werden. Himmler ordnete folgendes an: „Beabsichtigen die Frauen und Mädchen eines Ortes, die betreffende Frau vor ihrer Überführung in ein Konzentrationslager öffent-

lich anzuprangern oder ihr die Haare abzuschneiden, so ist dies polizeilich nicht zu verhindern.“<sup>107</sup>

Die „Kurahessische Landeszeitung“ verbreitete Zerr- und Hetzbilder vom Polen, z. B. unter der Überschrift „Keine Gemeinschaft mit Volksfremden“,<sup>108</sup> in der jeder menschliche Umgang mit Polen verächtlich gemacht wurde: „Gutmütige‘ deutsche Arbeiter setzen sich mit Polen zum Kartenspiel zusammen und halten sie womöglich mit Getränken und Rauchwaren frei... Mit solcher Gutmütigkeit und Gedankenlosigkeit, die letzten Endes eine Versündigung an Deutschland bedeuten, muß Schluß gemacht werden. Wer mit Polen zu tun hat, darf keinen Au-

<sup>106</sup> Reichsgesetzblatt I, 1944, Nr. 30 vom 8. Juli 1944, S. 147 f. <sup>107</sup> Der Reichsführer SS u. ChdDtPol. im RMdI am 16. 2. 1940 an den RP in Kassel. HStA Mbg 180: Eschwege 1428. <sup>108</sup> Kurhessische Landeszeitung vom 30. 7. 1940.

genblick vergessen, was sie sind, wie sie sich aufgeführt haben, welcher grauenhaften Verbrechen dieses Volk schuldig ist. Unsere Soldaten haben in Polen nicht gekämpft, damit Angehörige dieses Volkes in deutschen Familien mit offenen Armen aufgenommen werden, sich auf den Straßen und in Gaststätten breitmachen und deutschen Volksgenossen frech und unverschämt begegnen. Der Pole ist und bleibt für uns Pole, wir lassen ihn arbeiten, aber wir haben keine Gemeinschaft mit ihm."

Gauleiter Weinrich mahnte im November 1942 die Kreisleiter und Kreisbauernführer, darauf zu achten, daß gegenüber den französischen Gefangenen „eine einwandfreie und nationalbewußte Haltung“ an den Tag gelegt werde. „So kommt es vor, daß französische Kriegsgefangene in die Hausgemeinschaft aufgenommen werden und an gemeinsamen Mahlzeiten teilnehmen. Ein solches Verhalten kann aber unter keinen Umständen geduldet werden.“<sup>109</sup>

### Kulturelle Absonderung

Den Polen und den Ostarbeitern wurde „jegliche Teilnahme an Gottesdiensten für die deutsche Bevölkerung verboten“.<sup>110</sup> Befürchtete die Staatsführung, daß im gemeinsamen Gottesdienst jene künstlichen rassistisch-politischen Schranken fallen könnten, die sie selbst errichtet hatte? Daß über die Nationen und Staaten hinweg im Kriegsgefangenen der Bruder, in der polnischen Zivilarbeiterin die Schwester gesehen würde? Gegen besondere Gottesdienste für Polen und Ostarbeiter hatte die Staatsführung keine Bedenken, zumal sie im Laufe der Zeit ihre wirtschaftlichen Zwecke damit zu verbinden suchte. So mahnte die Gestapo Kassel im März 1943 in einem Schreiben an die Landräte, daß „vielfach der Wunsch der Ostarbeiter nach einer religiösen Betätigung noch nicht in genügendem Maße berücksichtigt“ werde, wo dieser doch „sowohl arbeitseinsatzmäßig wie auch für die allgemeine politische Stimmung der Ostarbeiter von Bedeutung“ sei.<sup>111</sup> Da die Gestapo glaubte, die Rolle der „kulturellen Förderung“ für die Arbeitsmotivation erkannt zu haben, ersann sie plötzlich ein ganzes Kulturprogramm, mit dem die Lager ausländischer Zwangsarbeiter überrollt werden soll-

ten. Es gab kein Halten mehr; „Unterhaltende Veranstaltungen, Freizeitgestaltung, Sport usw. sind in erster Linie im Lager selbst durch lagereigene Kräfte durchzuführen. Darüber hinaus werden besondere Künstler und Volkstumsgruppen der verschiedenen Nationalitäten zur weiteren Ausgestaltung der seelischen Betreuung herangezogen. Ferner kommen, soweit möglich, Heimatfilme zur Vorführung. Außerdem sollen jedem Lager in die einzelnen Fremdsprachen übersetzte Bücher, Zeitschriften und Zeitungen zugänglich sein. Sprachkurse sollen die Verständigung am Arbeitsplatz fördern. Für die einzelnen Nationen werden Spezialwörterbücher bearbeitet und herausgebracht.“<sup>112</sup>

Auch Gastwirtschaften mußten generell oder für bestimmte Zeiten an bestimmten Tagen „nur für Polen“ oder „nur für Ostarbeiter“ eingerichtet werden. „Es dürfen nur Gaststätten besucht werden, die von der Ortspolizeibehörde als ‚Polenwirtschaften‘ zugewiesen sind. Diese müssen die Aufschrift tragen ‚Polenwirtschaft, für deutsche Volksgenossen polizeilich verboten‘.“<sup>113</sup>

### Zum System des Terrors

Im Hitler-Staat der Kriegszeit bestand in der Frage der Beherrschung des immer größer werdenden Heeres ausländischer Zwangsarbeiter ein unauflösbarer Konflikt zwischen der kriegswirtschaftlichen Ausbeutung der Zwangsarbeiter und der polizeilichen Strafgewalt. Jeder Strafgefangene mehr mußte die kriegswirtschaftlichen Ziele beeinträchtigen. Auf der anderen Seite konnte und wollte die NS-Führung – teils aufgrund ihres Rassismus, teils aufgrund ökonomischen Kalküls – den Ausländern nicht den gleichen

arbeitsrechtlichen Rang wie den deutschen Arbeitern einräumen, so daß sie das allmähliche Überhandnehmen des Polizeistandpunktes selbst veranlaßte. Ohne Zweifel wäre es ihr am angenehmsten gewesen, wenn die Ausländer sich freiwillig und widerspruchslos im Untergeschoß des Führerstaates eingerichtet hätten. Dieser Illusion gab sich z. B. Fritz Sauckel, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, hin, wenn er sich auf „neue Wege“ bezog, die von ihm beschritten würden, „um auf längere Dauer

<sup>109</sup> HStA Mbg 180: Melsungen 2445. <sup>110</sup> Erlaß des Reichsministers für kirchliche Angelegenheiten. HStA Mbg 180: Rotenburg. Schreiben des Landrats vom 16. 1. 1941. <sup>111</sup> Gemeindearchiv Nentershausen: Abt. VIII, Abschnitt 8 a, Konv. 10/10. <sup>112</sup> HStA Mbg 180: Melsungen 2445. <sup>113</sup> Gemeindearchiv Nentershausen: Abt. VIII, Abschnitt 8 a, Konv. 10/4. Dort ist das Schreiben des Rotenburger Landrats vom 25. 9. 1942, aus dem zitiert wurde, erhalten. – Im Juli 1943 wurde Entsprechendes für die Ostarbeiter angeordnet. Vgl.: HStA Mbg 180: Hünfeld 2514.

von den fremdvölkischen Arbeitskräften eine gute Leistung zu erzielen: „...Man könnte eine große Masse von Menschen vielleicht für kurze Zeit nach dem Muster abscheulichster amerikanisch-britischer oder besser jüdisch-plutokratischer Kolonialmethoden oder mehr bolschewistischer Grausamkeit zu irgendeiner Arbeit brutal antreiben. Man müßte sich aber dabei im Klaren sein, daß sich von einem bestimmten Punkte ab selbst der gutmütigste Mensch, welcher Rasse er auch angehören mag, gegen seinen Willen nicht zu einer ihm verhaßten Tätigkeit zwingen läßt. Er geht dann entweder seelisch und körperlich leidend, an seinem Schicksal zweifelnd, zugrunde, oder aber es kommt für ihn der Augenblick, in dem er die Arbeit verweigert, ganz gleich, ob man ihn einsperrt, auf der Stelle totschießt oder erschießt. Durch Anwendung solcher Methoden müßten die Arbeitskräfte nach verhältnismäßig kurzer Gewaltanwendung ausfallen...“<sup>114</sup>

Den sicherheitspolizeilichen Standpunkt formulierte gegenüber den sowjetrussischen Kriegsgefangenen in schonungsloser Brutalität Göring: „Für die Sicherheitsmaßnahmen ist schärfste und schnellste Wirksamkeit entscheidend. Die Strafskala kennt zwischen Ernährungsbeschränkung und standrechtlicher Exekution im allgemeinen keine weiteren Stufen.“<sup>115</sup>

Der genannte Konflikt wurde nun von der Staatsführung so gehandhabt, daß bei größtmöglicher Strafwirkung der Kreis der Verfolgten so klein wie möglich gehalten wurde. Man suchte so wenige wie möglich so streng wie möglich zu bestrafen, um so viele wie möglich abzuschrecken.

### Betriebliche Maßnahmen

Der erste Schritt, der in der Regel gegen „renitente“ Arbeiter erfolgte, war eine Umsetzung im Betrieb auf einen schlechteren Arbeitsplatz oder eine Abschiebung zur Schwerarbeit bzw. zur gesundheitsgefährdenden und z. T. unmittelbar lebensgefährlichen Arbeit in den Munitions-

Diese Praxis der grausamen Verfolgung – denn Strafe im eigentlichen Sinne war es nicht; eine solche setzt Recht und Rechtsformen voraus, welche den Ausländern im NS-Staat nicht gegeben waren – einzelner oder kleiner Gruppen löste sich erst in den letzten Tagen vor Kriegsende auf. Unmittelbar vor dem Einmarsch der Alliierten kam es zu zahlreichen *Massenexekutionen*, besonders ausländischer Arbeiter, in denen der untergehende SS-Staat zur letzten „Abrechnung“ ausholte, den sogenannten Kriegsverbrechen der letzten Phase. Bis dahin jedoch zielte die Aburteilung einzelner darauf, die Vielen abzuschrecken, zu disziplinieren und sie damit zu gefügigen Werkzeugen der deutschen Kriegswirtschaft zu machen. Diesem System entsprach es, die Folgsamen zu belobigen und besonders herauszustellen. Dieses System von Zuckerbrot und Peitsche bedeutete auch: wer gehorchte ohne zu fragen, die befohlene Arbeit tat und ein wenig Glück hatte, konnte irgendwie durchkommen. Dies galt jedoch nicht für die Polen und Russen, die in besonders schlimmer Weise dem staatlichen Terror ausgesetzt waren: sie galten, weil slawischer Herkunft, als „Gefahr für die Volksordnung“. Insofern stand ihnen nicht einmal der an sich schon im Nazismus überaus scharf ausgelegte Sühnegedanke zu: sie galten vielmehr als Schädlinge am Volkskörper. Allein jener Volkskörper wurde als ein schutzwürdiges Gut angesehen.<sup>116</sup>

Die Gestapo war grundsätzlich bestrebt, ausländische Arbeiter in eigener Kompetenz zu verfolgen, d. h. sie bewußt am Beschreiten des ordentlichen Rechtswegs, vertreten durch die Gerichte, zu hindern.

<sup>114</sup> F. Sauckel: Das Wesen des Großdeutschen Arbeitseinsatzes. Allgemeine und verpflichtende Grundsätze. (o. J., vermutlich 1942). In: F. Didier: Handbuch, a.a.O. (4), S. 53. <sup>115</sup> Unter Ziffer 7 (Aufsicht) des Punktes A (Der kriegsgefangene Russe) enthaltener Satz, der am 7. 11. 1941 von Göring erlassenen Richtlinien über den Einsatz der Sowjet-Russen. MAF/BAK: Berichte der Rüstungsinspektion IX, Anlage. <sup>116</sup> „...grundsätzlich ist bei der staatspolizeilichen Bearbeitung derartiger Strafsachen zu beachten, daß der Pole und Sowjetrusse schon allein kraft seines Daseins im deutschen Herrschaftsraum eine Gefahr für die deutsche Volksordnung darstellt, und daß es daher nicht so sehr darauf ankommt, für eine von ihm begangene Straftat eine angemessene Sühne zu finden, als darauf, ihn an einer weiteren Gefährdung der deutschen Volksordnung zu verhindern.“ In: AES a.a.O. (1), 2 A III f, S. 132. <sup>117</sup> In einer Niederschrift der Besprechung des Rüstungskommandos Kassel mit den Wehrwirtschaftsführern am 6. 12. 1940 heißt es: „Die Firmen sind der Ansicht, daß eine überhaupt noch mögliche Leistungssteigerung nur durch innere Betriebsmaßnahmen und durch den persönlichen Einsatz der Betriebsführer herausgeholt werden kann. Man müsse aber die Möglichkeit haben, unwillige Arbeitskräfte, die die Stimmung stören, aus den Betrieben zu entfernen, und dazu soll durch das Rüstungskommando mit dem Leiter des Arbeitsamtes Fühlung aufgenommen werden. Firmen Henschel und Fieseler werden renitente Arbeitskräfte dem Rüstungskommando melden, das sich für deren Ablösung aus den Betrieben und für anderweitige Verwendung beim Arbeitsamt einsetzen wird. Geplant ist: Unbotmäßige männliche Arbeitskräfte in Steinbrüchen etc. einzusetzen, während renitente weibliche Arbeitskräfte nach Hessisch-Lichtenau dienstverpflichtet werden sollen, wobei auch Stenotypistinnen nicht ausgenommen werden.“ BAK/MAF: Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Kassel, Anlage 6 (6. 12. 1940) – In Hessisch-Lichtenau betrieb die „Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse“ (Dynamit Nobel AG) eine Munitionsfabrik. Vgl. hierzu die neueren Arbeiten von Dieter Vaupel a.a.O. (15) und von Wolfram König und Ulrich Schneider: Sprengstoff aus Hirschhagen. Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik (Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 8). Kassel 1985.

Henschel & Sohn waren die Werkschutzangehörigen im Sommer 1940 zu Hilfspolizisten ernannt worden.<sup>118</sup> Im Herbst 1942 wurde berichtet, daß „in Anbetracht der zu er-

wartenden russischen Arbeiter die Bewaffnung der Werkschutzangehörigen nicht ausreiche. Die Betriebe haben deshalb erhöhten Bedarf an Waffen und Munition...<sup>119</sup>

## Das System der Überwachung

Die Überwachung der ausländischen Arbeiter am Arbeitsplatz und im Wohnlager war in einem ausgeklügelten System von Kontrolle und Gegenkontrolle organisiert. Zunächst suchte man Büttel und Hilfwillige unter den Ausländern selbst (leider finden sich solche Charaktere überall), um sie mit der Sicherung von Disziplin und Ordnung unter den eigenen Landsleuten zu beauftragen. Man nannte dies „den Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit... auch auf dem sicherheitspolizeilichen Gebiet weitestmöglich durchzuführen“.<sup>120</sup> Die Aufsicht der Gemeinschaftslager oblag der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), die den Lagerführer bestätigte.<sup>121</sup> Außerdem wirkte die NSDAP selbst bzw. wirkten „ausgewählte Par-

teigenossen“ bei der Beobachtung der Ausländer in Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizeidienststelle mit. Die NSDAP sollte der Polizei Kräfte zur Verfügung stellen, „die – ohne Hilfspolizeibeamte zu sein – unter polizeilicher Leitung an der Beseitigung der Gefahr – vornehmlich durch Beobachtung – mitwirkten“.<sup>122</sup> Aufgabe dieser NSDAP-Leute war die Bespitzelung der Ausländer.<sup>123</sup> Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß gerade dieser Erlaß Himmlers die Denunziation vieler Menschen und ihre Verurteilung ausgelöst hat. Schließlich kontrollierte die Polizei, besonders die Geheime Staatspolizei mit ihren zahlreichen Informanten, Zuträgern und Spitzeln das tägliche Leben der Ausländer.<sup>124</sup>

## Polizeiliche Behandlung: Stockhiebe, Straflager, KZ, Totschlag

Bei der Durchsetzung der straffen Arbeitsdisziplin unter den polnischen Zivilarbeitern auf dem Lande sollten sich die Gendarmen „nicht scheuen, mit körperlicher Züchtigung vorzugehen, insbesondere spontan zur sofortigen Ahndung unbotmäßigen Verhaltens bei der Zurredstellung oder aber auch durch Verabreichung einer angemessenen Zahl von Stockhieben, die nach Möglichkeit durch Polen selbst vollzogen werden soll“.<sup>125</sup>

Diese Rede von der sofortigen Ahndung bzw. körperlichen Züchtigung enthielt die absurde Anmaßung, daß die Gendarmerie hier irgendeine höhere Autorität für sich in

Anspruch nehmen könnte, in deren Namen sie richten und strafen dürfe. In der Tat scheint sich die Polizeiführung, Himmler an der Spitze, eingebildet zu haben, bei der Disziplinierung und Mißhandlung der ausländischen Zwangsarbeiter einen Erziehungszweck zu verfolgen. Die Sprache einiger dieser Erlasse erinnert auffallend an diejenige wilhelminisch geprägter, autoritärer Gymnasialprofessoren oder Gutsherren, deren Erziehungsdenken keineswegs immer von Zynismus frei war. So ist es kein Zufall, daß die Straflager, die bereits ab dem Jahre 1940 überall im Reich eingerichtet wurden, Arbeitserziehungslager

<sup>118</sup> Der Henschelstern, August 1940, S. 101. <sup>119</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 21–30/13. <sup>120</sup> „...Bei dem großen Mangel an Wachpersonal ist es aber zur Aufrechterhaltung der Disziplin und Ordnung unter den Ostarbeitern erforderlich, den Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit der Ostarbeiter auch auf dem sicherheitspolizeilichen Gebiet weitestmöglich durchzuführen. Die nach Ziffer 3 der Lagerordnung zu ernennenden Lager-, Baracken- und Stubenordner, die aus den bei der Arbeit wie im Lager die beste Haltung zeigenden Kräften gewählt werden müssen, sind für diese Aufgabe heranzuziehen. Diese Kräfte sollen als ‚Lagerdienst‘ allen Disziplinlosigkeiten der Ostarbeiter selbst entgegenzutreten und nötigenfalls mit eigenen Mitteln für Disziplin und Ordnung sorgen. Der Lagerführer soll nur dann in Erscheinung treten, wenn diese Kräfte sich nicht durchsetzen können. Neben diesen Kräften ist ein Netz von Vertrauenspersonen aus Ostarbeitern zu schaffen, das so gut arbeiten muß, daß unzuverlässige Elemente, vor allem Hetzer und Saboteure schon festgestellt werden können, bevor sie Schaden anrichten...“ Aus: Muster einer Dienstanweisung über die Behandlung der in Lagern untergebrachten Ostarbeiter. Anlage zum Runderlaß des RFSS u. ChdDtPol im RMdI vom 13. 7. 1942. AES a.a.O. (1), 2 A III f., S. 55. – Ewald/Hollmann/Schmidt berichten davon, daß bei der Firma Wegmann vier oder fünf sowjetische Zwangsarbeiter gegenüber ihren Landsleuten und den Deutschen mit weißen Armbinden kenntlich gemacht wurden, um ihre Sonderstellung hervorzuheben. Sie seien als Spitzel für die Betriebsführung tätig gewesen und hätten als Lohn dafür größere Essensportionen erhalten. – Auch im Henschel-Lager Möncheberger Gewerkschaft seien bestimmte Landsleute mit Aufsichtsfunktionen betraut gewesen. <sup>121</sup> „Der Lagerführer muß für eine der Sicherheitspolizei nutzbringende Arbeit ausgerichtet werden, da er einerseits wichtige Hinweise auf Gefahrenherde geben kann und andererseits bei größeren Störungen der Lagerordnung die Polizei in Anspruch nimmt... Die Ausrichtung der Lagerführer hat im Einvernehmen mit den Kriegsdienststellen der DAF zu erfolgen. Häufig wird es zweckmäßig sein, den Lagerführer geeignetenfalls zum Hilfspolizeibeamten zu bestellen.“ (AES a.a.O. (1), 2 A III f., S. 91). <sup>122</sup> AES a.a.O. (1), 2 A III f., S. 67. <sup>123</sup> „Die Parteigenossen üben ihre Überwachungstätigkeit in der Form aus, daß sie dem Verhalten der Fremdvölkischen und der deutschen Volksgenossen zu diesen ein besonderes Augenmerk schenken, soweit sich ihnen persönlich und beruflich eine Beobachtungsgelegenheit bietet.“ (Ebenda). <sup>124</sup> „Der ständig zu erweiternde Ausbau des Gegner-Nachrichtendienstes muß vornehmste Aufgabe der Staatspolizei(leit)stellen bleiben“, wobei die Gestapo gehalten war, einen Nachrichtenaustausch mit den Abschnitten des Sicherheitsdienstes der SS durchzuführen. (AES a.a.O. (1), S. 89). <sup>125</sup> AES a.a.O. (1), S. 67.

Geheime Staatspolizei                      Kassel, den 8. I. 1942  
Staatspolizeistelle Kassel  
Nr. II E - 5690/41

### Warnungsverhandlung

Es erscheint der poln. Arbeiter Roman N., geboren am 16. 6. 1916 in Niegostlawicze, Staat: ehem. Polen, wohnhaft in Solz, Kr. Rotenburg und erklärt:

Mir ist eröffnet worden, daß ich im Auftrage des Leiters der Staatspolizeistelle Kassel gewarnt werde, weil ich meine Arbeitsstelle widerrechtlich verlassen habe und dadurch Arbeitssabotage trieb.

Mir ist ferner eröffnet worden, daß ich, falls ich wegen gleicher oder ähnlicher Vorfälle nochmals der Staatspolizei bekannt werden sollte, strengste Maßnahmen, gegebenenfalls politische Schutzhaft und Unterbringung in ein Konzentrationslager zu erwarten habe.

Irgendwelche Ansprüche auf Grund der gegen mich verhängten polizeilichen Maßnahmen stelle ich nicht. Ich verspreche hiermit bindend, daß ich mich in Zukunft jeder staatsfeindlichen politischen Betätigung oder Äußerung, die im Widerspruch mit den Anordnungen des Führers oder der Reichsregierung stehen, enthalten werde.

Diese Warnung geschieht ohne Rücksicht auf das evtl. gegen mich eingeleitete Gerichtsverfahren.

v. g. u.

g. w. o.

*Dokument 3 Warnungsverhandlung, die Schutzhaftgefangene des Arbeitserziehungslagers Breitenau bei ihrer Entlassung zu unterzeichnen hatten (Gedenkstätte Breitenau. Archiv der Gesamthochschule Kassel. Individualakten 1940-1943).*

genannt wurden. Ein solches wurde auch in der Nähe von Kassel, in Guxhagen, im ehemaligen Klostergebäude und späteren Arbeitshaus Breitenau, eingerichtet.<sup>126</sup>

Als Hauptgrund für die Einsperrung ausländischer Schutzhaftgefangener im Lager Breitenau wurde von der Gestapo Kassel die Arbeitsverweigerung angegeben. Ebenfalls mit Arbeitserziehungshaft hatte zu rechnen,

„Am 17. 6. 1941 wurden im Eichwäldchen in Kassel-Bettenhausen 2 polnische Zivilarbeiter, von denen 1 Arbeiter bei Henschel & Sohn, der andere bei der Spinnfaser AG tätig gewesen war, aufgrund einer Anordnung des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei durch Erhängen hingerichtet. Weitere 4 Polen wurden zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Die Verurteilung dieser Polen erfolgte wegen schweren Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Nach Vollstreckung des Urteils wurden die in den Kasseler Betrieben beschäftigten polnischen Zivilarbeiter in einzelnen Gruppen an den Hingetrichten vorbeigeführt.“

„Bei einer Firma im Bereich des Kommandos sind bei Aufräumarbeiten nach einem Fliegerangriff bzw. während eines Fliegerangriffs Plünderungen durch russische Kriegsgefangene vorgekommen. Auf Grund sofortiger Vernehmungen der schuldigen russischen Kriegsgefangenen wurde ein Exempel statuiert, die drei Rädelsführer wurden der Staatspolizei übergeben, welche sie zum Tode durch Erhängen verurteilte. Das Urteil wurde sofort vollstreckt. Es mußte scharf durchgegriffen werden, um durch dieses abschreckende Beispiel zukünftig derartige Fälle zu vermeiden.“

*Dokument 4 Hinrichtungen einzelner, des Exempels wegen, von der Geheimen Staatspolizei befohlen...*

*(BAK/MAF a.a.O.(4). Berichte der Rüstungsinspektion IX vom 14. 7. 1941. Anlage - Anlage 12 im Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Kassel. Rundschreiben Nr. 310 vom 8. 5. 1944).*

wer die vorgeschriebene, aus Gründen der leichteren Beherrschbarkeit der arbeitenden Massen erdachte rigide Isolation der Ausländer durchbrach, z. B. ihnen die Küche zu Zusammenkünften zur Verfügung stellte. Auch der Kontakt der verschiedenen Nationalitäten untereinander wurde geahndet. Schließlich konnten belanglose Kleinigkeiten ein aberwitziges Denunziantentum auf den

<sup>126</sup> „Mit dem verstärkten Arbeitseinsatz von Ausländern und anderen Arbeitskräften in wehr- und volkswirtschaftlich wichtigen Betrieben mehren sich die Fälle von Arbeitsverweigerungen, denen im Interesse der Wehrkraft des deutschen Volkes mit allen Mitteln entgegengetreten werden muß. Arbeitskräfte, die die Arbeit verweigern oder in sonstiger Weise die Arbeitsmoral gefährden und zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in polizeilichen Gewahrsam übernommen werden müssen, sind in besonderen *Arbeitserziehungslagern* zusammenzufassen und dort zu geregelter Arbeit anzuhalten... Die Einweisung verfolgt einen Erziehungszweck, sie gilt nicht als Strafmaßnahme und darf als solche auch nicht amtlich vermerkt werden“ (Erlaß des RFSSuGhdDtPol im RMDI betrifft Einrichtung von Arbeitserziehungslagern. Berlin, den 28. Mai 1941. Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung von NS-Verbrechen. Ludwigsburg. Dokumentation AEL 468).

Plan rufen, das dafür sorgte, jemanden nach Breitenau zu bringen, „damit ihm erst einmal das Arbeiten beigebracht wird“.<sup>127</sup>

Die meisten der im Straflager Breitenau eingesperrten Gefangenen wurden nach drei bis acht Wochen entweder dem früheren Arbeitgeber oder dem Arbeitsamt zur Weitervermittlung zur Verfügung gestellt. Bei ihrer Entlassung jedoch hatten sie ein Revers zu unterzeichnen, das ihnen ihre Rechtsansprüche nahm und für den Wiederholungsfall die Unterbringung in einem Konzentrationslager androhte (s. Abb.).

Wer nach Verbüßung dieser Haft wieder zur Arbeit vermittelt wurde, hatte immerhin die schlimmste Gefahr in Breitenau, die Überweisung in ein SS-Konzentrationslager, nicht erfahren müssen. Wenn nämlich der Haftzweck nicht erfüllt war, wurde beim Reichssicherheitshauptamt in Berlin die Einweisung in ein Konzentrationslager beantragt.<sup>128</sup>

Im Verlaufe des Krieges richteten mehrere große Unternehmen betriebseigene Straflager ein, „um sich ihre ungeschmälerte Beute zu erhalten“<sup>129</sup> und sie nicht an die der SS un-

terstehenden Konzentrationslager abgeben zu müssen. Ein ehemaliger holländischer Zwangsarbeiter berichtete davon, daß er in einem Straflager innerhalb des Lagers Möncheberger Gewerkschaft, einem Henschel-Wohnlager in Kassel, sechs Wochen lang festgehalten worden war:

„Da habe ich mehr Schläge bekommen als Essen.“ Ein anderer Zeitszeuge hierzu: „In diesem Straflager herrschte ein sehr brutaler Lagerführer, der sich zwei Hunde hielt. Das Straflager sei in einer etwa 10 m tiefen Lehmgrube einer alten Ziegelei eingerichtet gewesen... Einmal habe er einen flüchtigen Blick in die Grube werfen können. Er hätte gesehen, wie die Insassen unter Schlägen im Kreis herumgetrieben wurden... Im Straflager waren die Worte ‚Arbeit macht frei‘ angebracht.“<sup>130</sup>

In dem abgestuften Instrumentarium der Unterdrückung und Einschüchterung, das die Staatspolizei praktizierte, war die Deportation in ein Konzentrationslager grausam genug. Diese wurde jedoch noch an Grausamkeit überboten durch die sogenannten Hinrichtungen, d. h. die Tötungsverbrechen, die die Berliner Polizei telegrafisch anordnete.

### Die Verbrechen der letzten Kriegsphase

Es ist dargestellt worden, inwieweit die Ausländer mehr oder weniger täglich die Drohung des nationalsozialistischen Terrorapparates auszuhalten hatten. In Gestalt eines Werkschutzmannes im Betrieb, eines Lagerführers im Wohnlager, eines Wachmanns oder auch eines verhörenden Gestapo-Beamten gehörte die Drohung mit Strafe und Peinigung zu den Bedingungen, unter denen Ausländer ihr Überleben zu sichern hatten. Bis zu einer gewissen Grenze werden wohl die meisten Zwangsarbeiter im Laufe der Zeit damit umzugehen gelernt haben. Für manche von ihnen (besonders für Niederländer und Franzosen) gab es sogar die Möglichkeit, zu kleinen Aufseher-Funktionen zu gelangen und sich auf diese Weise geringfügige, wenn auch in der damaligen Zeit und unter den besonderen Lebensumständen als riesig empfundene Vorteile zu ergattern, womit stets ein Arrangement mit den bestehenden Verhältnissen, und das heißt auch mit denjenigen, die diese Verhältnisse bestimmten, verbunden war. Es gab mithin Möglichkeiten für viele, den drohenden Terrorapparat – zumindest in seinen barbarischen Konsequenzen des Mord und Totschlags – an die Peripherie des Bewußtseins zu schieben oder ihn zu verdrängen, zumal die Sorge um die Befriedigung der unmittelbaren Bedürf-

nisse des Essens und Trinkens, Wohnens, Kleidens und Schlafens, der Gesundheit täglich blieb! In den letzten Tagen des Krieges wurde der beschriebene „tägliche“ Terror noch in den Schatten gestellt von den Mordtaten fanatisierter SS-Leute, die ihren Staat dahinsinken sahen, während *Ausländer* unmittelbar vor dem militärischen und politischen Sieg standen. So kam es in Deutschland in den Tagen, oft in den Stunden unmittelbar vor der Kapitulation bzw. der Aufgabe einer Gemeinde zu zahlreichen Verbrechen der letzten Kriegsphase, bei denen noch Tausende ihr Leben lassen mußten.

Auch in Kassel begangen SS und Polizei in der Karwoche 1945 zahlreiche Tötungsverbrechen, denen ganz überwiegend ausländische Zwangsarbeiter zum Opfer fielen. Insgesamt wurden bei diesen Verbrechen während der letzten März Tage 1945 in Kassel ungefähr 200 Menschen getötet. Neben der Massenhinrichtung am Fuldaberg bei Breitenau am 30. März 1945, bei der 28 Ausländer umgebracht wurden,<sup>131</sup> war die am darauffolgenden Tage durchgeführte Erschießung von 79 Ausländern am Bahnhof Wilhelmshöhe das zweite Verbrechen dieser Art, das sich gegen eine große Gruppe ausländischer Zwangsarbeiter richtete.

<sup>127</sup> Gesamthochschule Kassel (Hg.): *Erinnern an Breitenau 1933–1945*. 4. Auflage Kassel 1984, S. 11. <sup>128</sup> Gesamthochschule Kassel (Hg.): *Erinnern an Breitenau 1933–1945*. Kassel 1984, S. 10, 43 ff. <sup>129</sup> E. Seeber a.a.O. (10), S. 202. <sup>130</sup> K. Mosch-Wicke a.a.O. (13), S. 88. <sup>131</sup> Gesamthochschule Kassel (Hg.): *Erinnern an Breitenau 1933–1945*. Katalog zur Ausstellung. Kassel, 4. Aufl. 1984, S. 30.

Vorab muß gesagt werden, daß die Tat selbst keineswegs in allen Einzelheiten aufgeklärt ist. Die einzige Quelle bildet die gerichtliche Auseinandersetzung bzw. die erste kriminalpolizeiliche Ermittlung, wobei viele Aussagen nicht mehr überprüfbar sind.<sup>132</sup>

Der Tathergang stellte sich nach Auffassung des Kasseler Landgerichts wie folgt dar: „Am Ostersonabend, den 31. März 1945, geht beim Leiter der Gestapostelle Kassel, Franz Marmon, die Nachricht ein, daß am Bahnhof Wilhelmshöhe geplündert werde. Marmon stellt ein Kommando aus acht bis zehn Polizeiangehörigen (die genaue Zahl des Kommandos ist nicht ermittelt; fest steht, daß sechs Kripo-Angehörige und ein ehemaliger SD- und RS-HA-Angestellter, ein vormaliger Pfarrer übrigens, darunter waren) zusammen und schickte dies zum Bahnhof Wilhelmshöhe. Das Gericht sah es als wahrscheinlich an, daß Marmon dem abrückenden Kommando den Befehl gab, am Bahnhof Wilhelmshöhe evtl. antreffende Plünderer zu erschießen.

Das Kommando unter Führung von W. begab sich zu Fuß zum Bahnhof Wilhelmshöhe. Das Bahnhofsgelände war bereits durch Ordnungspolizei und Luftschutzpolizei abgesperrt worden. Vor dem Bahnhof stand eine größere Menge deutscher und ausländischer Zivilisten, die zum Teil ebenfalls geplündert hatten. Ein russischer Zivilarbeiter, der mit einem Butterpaket in Händen an einen Baum gelehnt stand, wurde von einem Mitglied des Kommandos sofort erschossen.

Auf einem der Bahnsteige stand ein Wehrmachtzug mit Lebensmitteln und anderen Gegenständen. Die einzelnen Wagen dieses Zuges waren vorher von deutschen Zivilisten erbrochen und geplündert worden. Italienische Zivilarbeiter, die in einem Bauzug wohnten, der auf einem Nebengleis abgestellt war, hatten sich ebenfalls aus diesem Wehrmachtzug Fleischkonserven, Margarine, Butter, Rauchwaren, auch Stoffe und sonstige andere Gegenstände herausgeholt. Ein Teil des Plünderungsgutes, das von den Plünderern nicht gemocht wurde, lag noch auf dem Bahnsteig und zwischen den Gleisen herum. W. ordnete an, daß sich alle italienischen Bauarbeiter in ihre Eisenbahnwagen zu begeben hätten. Jeder Italiener, sowie dessen Gepäck und die im Eisenbahnwagen eingebauten Pritschen wurden genau durchsucht. Mit Hilfe eines die italienische Sprache nur mangelhaft beherrschenden Dolmetschers wurden die einzelnen Italiener nach der Herkunft der Waren befragt. Anschließend wurden alle Italiener, bei denen Plünderungsgut gefunden worden war, es waren

insgesamt 78 Personen, in zwei leere Wagen eingesperrt. Die Leute des Kommandos waren sich zunächst nicht schlüssig, was mit den festgenommenen Italienern geschehen sollte. Auch W. hatte Bedenken, den Befehl Marmons ohne weiteres an ihnen zu vollziehen. Der Zeuge Z., der zum Kommando gehörte, schlug vor, man sollte den Italienern einen Tritt versetzen und sie dann laufen lassen. Der Kommandoführer W. wollte aber hierfür die Verantwortung nicht auf sich nehmen und sagte, er müsse beim Kommandeur Rückfrage halten. ...Als er nach einer Zeit von 3/4 bis 1 Stunde zurückkam, war er sehr erregt und sagte, daß auf Anordnung des Kommandeurs die Leute zu erschießen seien. Einzelne Angehörige des Kommandos versuchten trotzdem noch einmal W. zu überreden, den Befehl nicht auszuführen. ...

Die Italiener wurden daraufhin in Gruppen von sechs bis acht Mann aus den Eisenbahnwagen auf das anliegende Kleingartengelände geführt, das durch Bombentrichter aufgerissen war.<sup>133</sup> Anschließend wurden auf diesem Kleingartengelände alle 78 Ausländer erschossen und in Bombentrichtern begraben. Die nicht beim Plündern festgenommenen Landsleute hatten die Leichen mit Erde zu bedecken. Die Italiener entstammten einem Lager in Kassel-Bettenhausen, von wo aus sie zu einem Gleisbauzug zusammengestellt und nach Grifte verlegt worden waren. Einer der Überlebenden berichtet zur Vorgeschichte: „Am 30. 3. 1945 wurde unser Zug in den Bahnhof Wilhelmshöhe gefahren, weil der Zug wegen des Beschusses in Grifte nicht mehr stehen konnte. Als wir mit unserem Zug in Wilhelmshöhe ankamen, war der Bahnhof schon geräumt. In der Nacht zum 31. 3. 1945 hat sich der Chef unseres Bauzuges entfernt. Von dem deutschen Personal blieben nur zwei Telegrafarbauer da, die mit zwei Polen einen besonderen Wagen bewohnten und die mit uns und unserer Arbeit nichts zu tun hatten.

Da wir am 31. 3. 1945 keine Verpflegung erhielten, waren wir sehr hungrig. Unser Zug ... bestand aus etwa zehn Güterwagen ohne Fenster, in denen wir wohnten und aus zwei bis drei Personenwagen, in denen das deutsche Personal wohnte. Neben unserem Zug, und zwar etwas weiter in Richtung der Ausfahrt und auf dem äußersten rechten Gleis stand ein längerer Güterzug mit Lebensmitteln. Am Morgen des 31. 3. 45 erschienen zahlreiche deutsche Zivilisten, vielleicht waren es auch Ausländer, die sich aus dem Güterzug Lebensmittel holten. Sie sagten, wir sollten uns doch auch etwas nehmen, der Krieg sei ja zu Ende und der Amerikaner werde in zwei Stunden erwartet...“<sup>134</sup>

<sup>132</sup> Staatsanwaltschaft Kassel. 3 Ks 19/49. Schwurgericht des Landgerichts Kassel wegen Totschlag gegen Leim u. a. <sup>133</sup> Urteil des Landgerichts Kassel gegen F. Marmon vom 5. 2. 1952. In: F. Bauer a.a.O. (6), Band IX, S. 220 f. <sup>134</sup> Zeugenaussage von R. A. Staatsanwaltschaft Kassel: 3 Ks 19/49.

Auch hier ist nicht alles klar. Das von der amerikanischen Militärregierung im Jahre 1945 eingeleitete Verfahren wurde aus nicht bekannten Gründen im Jahre 1947 eingestellt; zur gleichen Zeit wurden die Angeklagten, nachdem sie eineinhalb bzw. zwei Jahre in mehreren Lagern in Untersuchungshaft gesessen hatten, aus der Haft entlassen.

Seit 1948 ermittelte die Kasseler Staatsanwaltschaft auf die Anzeige eines Straßburger Bürgers wegen der Erschießung „der Italiener“ und erhob im Jahre 1949 Anklage gegen die bekannten Mitglieder des Kommandos. Das Gericht ging davon aus, daß die Erschießung der 79 Ausländer rechtswidrig war. Unklar ist, weshalb die Erschießung des russischen Arbeiters vom Gericht überhaupt nicht verfolgt wurde. Die Angeklagten wurden auf Kosten der Staatskasse jedoch deshalb freigesprochen, weil sie als Mitglieder des „Volkssturms“ (dies in letzter Minute geworden zu sein, behaupteten sie; das Gericht zweifelte daran nicht) nicht nach dem Strafgesetzbuch, sondern nach dem *Militärstrafgesetzbuch* zu behandeln waren. „Nach § 47 MStGB, der auf die Angeklagten als Soldaten angewendet werden muß, ist der befehlende Vorgesetzte allein verantwortlich, wenn durch die Ausführung eines Befehls in Dienstsachen ein Strafgesetz verletzt wird.“<sup>135</sup>

Der befehlende Vorgesetzte, der ehemalige Leiter der Gestapo-Kasseler Dienststelle, Franz Marmon, war jedoch im Jahre

1949 „verschollen“. Außerdem hätten sich die Angeklagten in einem „Nötigungszustand“ (nach § 52 StGB) gesehen. „Marmon ist von vielen Zeugen als ein äußerst gewalttätiger und roher Mensch geschildert worden. Er war SS-Sturmbannführer und stand damals ständig unter Alkohol. Wie rücksichtslos die SS in jenen Tagen durchgegriffen hat, vor allem dann, wenn sie unter dem Befehl solcher Charaktere wie Marmon stand, ist allgemein bekannt. Die Angeklagten wären ohne Zweifel von Marmon selbst oder auf seine Anordnung hin wegen Befehlsverweigerung erschossen worden.“<sup>136</sup>

Als im darauffolgenden Jahre 1950 Marmon „aufgefunden“, vor Gericht gestellt und unter Berücksichtigung mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnisstrafe verurteilt wird, ergibt sich bei den „Zeugen“ ein ganz anderes Bild seiner Person: „Eine Reihe von Zeugen hat den Angeklagten als einen unbestechlichen, objektiven Charakter geschildert, einen Menschen, der dem Schicksal von Gestapo-Häftlingen, soweit möglich, Verständnis entgegenbrachte. Die Verhandlung ergab nicht das Bild eines brutalen, kaltherzigen Mannes, wie er in früheren Verfahren geschildert worden war... Strafmildernd war auch zu berücksichtigen, daß er als Leiter der Gestapo-Dienststelle keine Übergriffe duldete und für Korrektheit sorgte, was der Kasseler Dienststelle bei vorgesetzten Dienststellen ... den Ruf eines 'ruhigen Vereins' einbrachte.“<sup>137</sup>

### Die Toten vom Bahnhof Wilhelmshöhe

Im Mai 1945 wurden die Getöteten exhumiert und im Rahmen der ersten kriminalpolizeilichen Ermittlungen identifiziert:

Unbekannt	Unbekannt, ca. 25-30 Jahre alt
Unbekannt	Unbekannt, ca. 28-30 Jahre alt
Unbekannt	Unbekannt, Russe
Unbekannt	Algano, Guisepppe, geb. 1921 in Trabia
Unbekannt	Antoniotto, Giovanni, geb. 22. 1. 1913 in Mulazzano
Unbekannt, ca. 24-25 Jahre alt	Babetto, Oreste, geb. 25. 8. 1921 in Aloonso Threma, Kreis Padua
Unbekannt, ca. 25-30 Jahre alt	

<sup>135</sup> Ebenda. <sup>136</sup> Ebenda. <sup>137</sup> Urteil des Landgerichts Kassel gegen F. Marmon vom 5. 2. 1952. In: F. Bauer a.a.O. (6), Band IX, S. 227.

Balossi, Fiorantiono, geb. 18. 12. 1924 in Cisano	De Mittri, Francesco, geb. 1914 in Carpigno
Barattini, Giovanni, geb. 2. 3. 1924 in Asigano	Di Batista, Gennaro, geb. 30. 5. 1923 in Morzoco
Barattini, Pietro, geb. 18.10. 1922 in Recoaro-Ferme	Di Cico, Alexandro, geb. 28. 9. 1909 in Baranello
Barcherini, Mario, geb. ? 1912 in ?	Feodo, Guiseppe, geb. in Vallecorsio
Boin, Italo-Lorenzo, Sante, geb. 20. 4. 1915 in Este-Padua	Fraschini, Gino, geb. 26. 3. 1916 in Bologna
Bonella, Mekele	Gubiani ?, Jak, geb. ?, ca. 35–40 Jahre alt
Borgioli, Guiseppe, geb. 25. 8. 1919	Guivanni, Tonin, geb. 23. 3. 1924 in Melado
Borsetti, Guiseppe, geb. 2. 2. 1916 in Brescia	Hlace, Anton, 17 Jahre, Kroat
Bossi, Gino, geb. 8. 11. 1922 in Florenzola	Ladore, Gustavo, geb. 14. 8. 1906 in San Pitro
Breciani, Mario, geb. 4. 6. 1911 in Agnesine	Lanzafame, Letterio, geb. 10. 9. 1916 in Messina
Capellari, Ferracio, geb. 18. 8. 1908 in Grancona	La Rossa, Santino, geb. ?, ca. 35–40 Jahre alt
Carappo, Salvatore, geb. ?, ca. 28–30 Jahre alt	Luccara, Marca-Dina, geb. 22. 4. 1907 in Daniale
Carmini, Maccia, geb. ?, ca. 30–35 Jahre alt	Luigi, Guidi, geb. 7. 11. 1915
Cassetto, Mario, geb. 21. 6. 1916 in Esanotolia	Morociki, geb. 1912
Cassola, Eugenio, geb. 14. 12. 1920	Mazzoli, Lorenzo, geb. ?
Cavasin, Giovanni, geb. 6. 6. 1924 in Montebelino	Menonnen, Antonio, geb. in Verzelli
Chione, Italo, geb. 26. 2. 1920 in Corrino	Navarra, Bernadini, geb. 11. 12. 1921 in Teorraller
Ciceri, Luigi, geb. 20. 8. 1918 in Mailand	Olivieri, Auguste
Cimadori, Arrigo, geb. 6. 6. 1922	Pagano, Alfonso, 5. 8. 1921
Cinguegrana, Anoleta, geb. 25. 1. 1923	Paladini, Orenzo, geb. 22. 11. 1913 in Carni–Ciano
Convertino, Vito, geb. 6. 12. 1920 in Taranto	Ragnie, Tommaso, geb. 29. 6. 1921 in Pian di Melto
Corcani, Italo, geb. 11. 9. 1920 in Santasofia	Ravelli, Petro, geb. 17. 10. 1912 in Morbegno
Corvasio, Antonio, geb. 28. 8. 1915 in Barletta	Rotondo, Saverio des Pasquale, geb. 1906 in Campagne
Cremaschi, Luigi, geb. 28. 3. 1920 in ?	Ruggero, Todare, geb. 1908 in Caduto
Dal Monte, Gianetto, geb. 1. 12. 1914 in Imola	Sacomandi, Franceso, geb. 11. 4. 1914 in Nodaresco
Davolio, Iwo, geb. 1915 in Correggio	Santucci, Santinio, geb. 1916
De Goetano, Paquale, geb. 12. 3. 1912 in Torredell Greco	Spaccassi, Ottone, geb. 13. 6. 1911 in Colenna

Sperlunga, Veneces

Stecco, Francesco, geb. 27. 3. 1924, in Ciampo

Stellazzi, Barthol, 33 Jahre alt, geb. in Bidonto, Kreis Bari

Tarnulli, Nikola, geb. 17. 11. 1909 in Anversa

Tirelli, Gino, 35–40 Jahre alt

Trabalzi, Antonio, geb. 11. 2. 1921 in Pescina

Venco, Antonio, aus Bevilasqua

Venegoni, Luigi, geb. 18. 5. 1921 in Ossono

Versaci, Cosimo, geb. 21. 3. 1923 in Messina

Vito, Lusi

Zaranelli, Luigi, geb. 18. 9. 1921 in Ronco-di-Drulige

Zozzi, Antonio, geb. 2. 12. 1893 in San Pietro

*Dokument 5 Die im Polizeibericht festgehaltenen Bezeichnungen „Kopfschuß, rechte Stirn“ oder „Brustschuß rechts“ deuten auf Einzelschießung aus nächster Nähe hin; ein junger Kroat ist genannt – hier ist noch manches unklar. (Staatsanwaltschaft Kassel 3 KS 19/49). Die z. T. fragwürdige oder falsche Schreibweise der Personen- und Ortsnamen wird hier unverändert belassen.*

## Opposition, Resistenz und Widerstand

In den Lageberichten und Kriegstagebüchern des Rüstungskommandos Kassel sind zahlreiche Meldungen aufgenommen, aus denen die Unzufriedenheit der ausländischen Arbeiter mit den Arbeits- und Lebensbedingungen hervorgeht. Die Stimmung der Belgier „ist schlecht“ – so berichtete ein Vorstandsmitglied von Henschel & Sohn Ende 1940 –, „weil die zugesagten Bedingungen nicht eingehalten werden. Es war ihnen freie Beweglichkeit und die Möglichkeit, ihren Familien regelmäßig Trennungsent-schädigung zuzuweisen, versprochen. Desgleichen sollte der Arbeitseinsatz nur drei Monate dauern. Nach Angabe von Dr. Hinz hat ein Drittel der Gefangenen die Arbeits-stätte verlassen...

Man rechnet damit, daß von den Weihnachtsurlaubern ebenfalls ein Teil nicht zurückkommt.“<sup>138</sup>

Diese Unzufriedenheit, die sich vielfach am Kontrast zwischen ursprünglich gemachten Versprechungen und den ganz anderen Verhältnissen vor Ort entzündete,<sup>139</sup> fand von Zeit zu Zeit auch einen deutlich greifbaren Ausdruck, besonders in der Form der Arbeitsverweigerung. Die relativ größten „Freiheiten“ hatten bis zur Beendigung des faschistischen Herrschaftssystems in Italien und dem Sturz Mussolinis die „verbündeten“ italienischen Arbeiter, von denen Protestaktionen wegen unzureichender Lebensmittelversorgung und massenhafte Flucht zurück in die Heimat dokumentiert sind. Bei der Maschinenfabrik Dianawerk in Bettenhausen, die Munition herstellte, kam es

mehrfach zu Arbeitsverweigerungen seitens polnischer Arbeiter: so z. B. im Juli 1941: „Bei der Fa. Maschinenfabrik Dianawerk Hermann Schaumburg, Kassel-B., haben sich sechs polnische Maschinenarbeiter von ihrer Arbeits-stelle entfernt. Es ist dadurch ein Fertigungsausfall der 8,8 cm Sprgr. L/4,5 (Kz) um 400 Stück je Tag = 50 % der Fertigung eingetreten.“<sup>140</sup> Bei derselben Firma kam es wegen der verhängten Weihnachtsurlaubssperre zur „unerlaubten Entfernung vom Arbeitsplatz“ in großem Ausmaße: 25 von 70 beschäftigten Polen nahmen sich selbst Weihnachtsurlaub. Die Meldungen über Arbeitsvertragsbrüche reißen in der Berichterstattung der Rüstungsinspektion nicht ab.

Unzufriedenheit mit den Arbeits- und Lebensbedingungen und daraus entspringende oppositionelle Handlungen sind nicht nur in den Berichten der Rüstungsinspektion nachweisbar; sie sind auch aus den „Haftgründen“ der im Arbeitserziehungslager Breitenau eingesperrten Menschen zu entnehmen. Schwieriger ist es, den gezielten Widerstand gegen das Herrschaftssystem selbst nachzuweisen. Dies hängt mit der Verschwiegenheit, die die Sache verlangte, zusammen. Auch mußte nicht jede falsche Bohrung oder jedes falsche Gewinde gleich „Sabotage“ sein, wie hysterische Militär- und Rüstungsbehörden schnell unterstellten. Schließlich sind Behauptungen ehemaliger Widerstandskämpfer über diese oder jene Aktion im Betrieb nur schwer von heute aus überprüfbar. So un-

<sup>138</sup> Niederschrift der Besprechung mit den Wehrwirtschaftsführern am 6. 12. 1940, BAK/MAF. <sup>139</sup> „Es stellte sich leider häufig heraus“ – so beurteilte die Rüstungsinspektion diese Tatsache –, „daß den als ‚freier Arbeiter‘ angeforderten Ausländern anscheinend noch viel zu hohe Versprechungen hinsichtlich der gesamten Arbeitsbedingungen von den anwerbenden Stellen gemacht wurden.“ BAK/MAF a.a.O. (4), Jahresbericht der Rüstungsinspektion 1941, S. 30. <sup>140</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), Kriegstagebuch des Rüstungskommandos vom 7. 7. 1941, S. 5.

bestreitbar die Tatsache des gezielten Widerstands gegen das NS-Herrschaftssystem auch seitens ausländischer Zwangsarbeiter ist, so schwierig ist die genaue Bestimmung seiner Verbreitung und seiner unmittelbaren Relevanz. Wir greifen stets nur einen letzten Zipfel solcher Widerstandsgruppen, wie z. B. im Prozeß gegen den letzten Kasseler Gestapochof Marmon, wo das Gericht zu den 28 Getöteten feststellt: „Bei den Erschossenen handelte es sich um Ausländer, hauptsächlich um Russen, zum geringen Teil um Franzosen und Holländer. Unter den erschossenen Russen befand sich eine Gruppe von sieben Personen, die in einem Erdbunker in der Söhre ausgehoben worden war. Diese Gruppe hatte sich Waffen beschafft und Plünderungen und Raubüberfälle verübt. Bei den er-

schossenen Franzosen handelte es sich um Angehörige einer Widerstandsgruppe.“<sup>141</sup>

Aufschlußreich ist auch die Tatsache, daß der NSDAP-Gauwirtschaftsberater Dr. Braun mit Blick auf das Ende des Krieges, im September 1944 nämlich, „höchstens den Ostländern... eine Beteiligung an Putschen“ zutraute, während er ansonsten „die Gefahr eines Aufstandes durch die Ausländer... nicht für sehr groß“<sup>142</sup> hielt. Die Polen und Russen, so wird man schließen können, hatten sich in besonderer Weise ihren Zorn und ihr Gerechtigkeitsgefühl über alle ihnen zugefügten Gemeinheiten hinweg bewahrt. Unmittelbare gewalttätige Racheakte nach der Befreiung der Zwangsarbeiter werden nur ganz selten in der Kasseler Gegend überliefert.



*Bild 2 Das Ehrenmal zum „Gedenken der fern ihrer Heimat ruhenden Ausländer, die im Weltkriege 1939–1945 hier auf fremder Erde umgekommen sind“ steht auf dem Friedhof in Kassel-Bettenhausen, umgeben von Namenssteinen. Auf der Rückseite des Steins steht das abgewandelte Wort „Wir warten aber eines neuen Himmels und einer neuen Erde, in welcher Gerechtigkeit wohnt“ (2. Petr. 3,13). Das Ehrenmal wurde 1960 von dem Bildhauer H. Wiegel geschaffen, nachdem man nach dem Kriege die zuvor auf dem angrenzenden Jüdischen Friedhof beerdigten Ausländer dorthin umgebettet hatte.*

<sup>141</sup> F. Bauer a.a.O. (6), Band IX, S. 214. <sup>142</sup> BAK/MAF a.a.O. (4), RW 20-9/19 (4. 9. 1944).

## Benutzte Akten und Literatur

### Akten

Bundesarchiv Koblenz/Militärarchiv Freiburg:

Tagebücher der Rüstungsinspektion IX und des Rüstungskommandos Kassel 1939–1945 (Kopiensammlung Jörg Kammler, Gesamthochschule Kassel).

Bundesarchiv Koblenz:

Allgemeine Erlaßsammlung des Reichssicherheitshauptamtes, Berlin 1944.

Hessisches Staatsarchiv Marburg:

Bestand 180 Landratsämter des RB Kassel (Eschwege, Hersfeld, Hünfeld, Melsungen).

Staatsanwaltschaft Kassel:

3 KS 19/49 Schwurgericht des Landgerichts Kassel wegen Totschlag gegen X und andere.

Gedenkstätte Breitenau. Archiv und Ausstellung der Gesamthochschule Kassel, Guxhagen:

Akten des Arbeitserziehungslagers und Konzentrationssammellagers Breitenau 1940–1945.

### Zeitgenössische Veröffentlichungen

Amtsblatt der Regierung in Kassel. Ausgabe A. Kassel 1939–1944

F. Didier: Europa arbeitet in Deutschland. Sauckel mobilisiert die Leistungsreserven. (Zentralverlag der NSDAP) Berlin 1943.

F. Didier: Handbuch für die Dienststellen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und die interessierten Reichsstellen im Großdeutschen Reich und in den besetzten Gebieten. Band I. Berlin 1944.

Der Henschelstern. Werkszeitschrift für alle Henschelbetriebe und deren Tochtergesellschaften. Hrsg.: Henschel & Sohn Kassel. Kassel 1936–1943.

Küppers/Bannier: Das Arbeitsrecht der Polen im deutschen Reich. Berlin 1942.

Kurhessische Landeszeitung. Parteiamtliche Tageszeitung des Gau Kurhessen der NSDAP. Gauorgan der DAF und Amtsblatt der Stadt Kassel 1940–1943.

Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer Kassel-Mühlhausen 20. Jg. (1940) – 24. Jg. (1944). Ab März 1943 u.d.T. „Mitteilungen der Gauwirtschaftskammer Kurhessen“.

Reichsgesetzblatt. Teil I. 1940–1944.

### Literatur nach 1945

F. Bauer u.a. (Red.): Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966. Band IX. Amsterdam 1966.

Th. Ewald/Ch. Hollmann/H. Schmidt: Studien zu den Lebensbedingungen ausländischer Zwangsarbeiter in Kassel 1940–1945. Unveröffentlichte Examensarbeit. Gesamthochschule Kassel 1981. (Veröffentlichung in Vorbereitung für 1987.)

Fremde Arbeiter in Tübingen 1939–1945. Von einer Projektgruppe am Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen. Tübinger Vereinigung für Volkskunde. Tübingen 1985.

Gesamthochschule Kassel (Hg): Erinnern an Breitenau 1933–1945. Katalog zur Ausstellung. Kassel 4. Aufl. 1984.

U. Herbert: Apartheid nebenan. Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet. In: L. Niethammer (Hg), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.“ Dietz Verlag Berlin und Bonn 1983., S. 233–266.

E. L. Homze: Foreign Labour in Nazi Germany. Princeton 1967.

Gerhard Hoch/Rolf Schwarz (Hg): Verschleppt zur Sklavenarbeit. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein. Alveslohe und Nützen 1985.

S. Hohlmann: Pfaffenwald. Ein Sterbe- und Geburtenlager 1942–1945 (Nationalsozialismus in Nordhessen 2) Kassel 1984.

W. König/U. Schneider: Sprengstoff aus Hirschhagen. Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik (Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 8). Kassel 1985.

A. Kranig: Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 47). DVA Stuttgart 1983 (bes. S. 145 ff.).

E.-M. Krenkel/J. Mayer/D. Nürnberger u. a.: Lebensskizzen kriegsgefangener und zwangsverpflichteter Ausländer im Raum Fritzlar-Ziegenhain 1940–1943 (Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 6). Kassel 1985.

- D. Majer: „Fremdvölkische“ im Dritten Reich. Boldt Verlag Boppard (Schriften des Bundesarchivs, 28) 1981.
- K. Mosch-Wicke: Schäferberg. Ein Henschel-Lager für ausländische Zwangsarbeiter (Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 1) 2. Aufl. Kassel 1985.
- H. Pfahmann: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Wehr und Wissen Verlag Darmstadt 1968.
- J. Raabe: Studien zur Zwangsarbeit bei der „Kurhessischen Kupferbergbau GmbH“, Sontra 1940–1945. Unveröffentlichte Examensarbeit. Gesamthochschule Kassel 1985.
- E. Seeber: Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Berlin (Ost) 1964.
- H. Spaich: Fremde in Deutschland. Unbequeme Kapitel unserer Geschichte. Beltz Verlag Weinheim und Basel 1981 (bes. S. 169 ff.).
- Ch. H. Schminck-Gustavus (Hg): Hungern für Hitler. Erinnerungen polnischer Zwangsarbeiter im Deutschen Reich 1940–1945. Rowohlt Verlag Reinbek 1984.
- Ch. Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945. Stuttgart 1978.
- D. Vaupel: Das Außenkommando Hessisch-Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald 1944/45 (Nationalsozialismus in Nordhessen, Heft 3) Kassel. 2. Aufl. 1984.
- H. Wiltsch/D. Krause-Vilmar: Das Arbeitserziehungs- und Konzentrationssammellager Breitenau 1940–1945. In: DIE GRÜNEN (Hessen), L. Bembenek, F. Schwalba-Hoth (Hg), Hessen hinter Stacheldraht. Eichborn Verlag Frankfurt 1985, S. 96–106.
- G. Wysocki: Zwangsarbeit im Stahlkonzern. Salzgitter und die Reichswerke „Hermann Göring“ 1937–1945. Braunschweig 1982.

Dietfrid Krause-Vilmar

# Zusammenbruch – Stunde Null?

Um die Lage im Frühjahr 1945 zu kennzeichnen, wurden in Kassel und den Westzonen im allgemeinen Sprachgebrauch die Ausdrücke „Zusammenbruch“ und „Stunde Null“ verwendet. Eine genauere Betrachtung der wirtschaftlichen, po-

litischen und militärischen Entwicklung zeigt, daß diese Ausdrücke irreführend sind. Sie geben eher Hinweise auf die Bewußtseinslage der deutschen Bevölkerung als auf die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit.

## 1. Zusammenbruch

Wenn man für Kassel von einem Zusammenbruch sprechen will, ist es näherliegend, diese Bezeichnung auf die weitgehende Zerstörung der Stadt, insbesondere des Stadtzentrums, durch massierte Bombenangriffe zu beziehen. In der Nacht vom 22. zum 23. 10. 1943 wurden die Altstadt und die Innenstadt Kassels fast völlig zerstört. Zehntausend Menschen verloren ihr Leben. Bei diesem Großangriff der Royal Air Force mußte die Kasseler Bevölkerung erleben, daß die deutsche Luftabwehr nicht in der Lage war, sie vor einem vernichtenden Luftangriff zu schützen.

Seit Juli 1933 war der Luftschutz in Kassel von den NS-Organisationen, insbesondere dem Reichsluftschutzbund, und der Stadtverwaltung mit beträchtlichem Propagandaaufwand, dem Aufbau einer großen Mitgliederorganisation und Schulungsmaßnahmen betrieben worden.

Der Freiheitsdurchbruch und die Altstadtsanierung, sogar die Eingemeindung der Vororte, waren schwerpunktmäßig mit Notwendigkeiten des Luftschutzes begründet worden.

In den Kriegsjahren wurden immer wieder öffentliche Erklärungen darüber abgegeben, wie notwendig der Luftschutz für die Sicherheit der Bevölkerung sei. So betonte auch der neue Stadtbaurat Heinicke bei seiner Amtseinführung im April 1941: „Eine besondere städtebauliche Aufgabe liege darin, die Anlage und Gestaltung einer Stadt den neuesten Anforderungen des Luftschutzes anzupassen.“<sup>1</sup>

Wie wenig wirksam der Luftschutz in Kassel war, erlebte die Bevölkerung der Stadt in der Bombennacht zum 23. 10. 1943, als die Stadt in einem Feuersturm verbrannte und 10.000 Menschen unter Trümmern verkohlten und erstickten. – Das Chaos, das an den folgenden Tagen in Kassel herrschte, die Unfähigkeit des Reichsverteidigungskommissars und Gauleiters Weinrich und der NS-Organisationen der Katastrophe zu begegnen, waren offensichtlich.

Als Reichspropagandaminister Goebbels, durch einen Bericht über desolate Zustände in Kassel alarmiert, zwei Wochen nach dem Angriff in die Stadt kam, schrieb er in sein Tagebuch: „Der Eindruck, den Kassel macht, ist niederschmetternd. Das gesamte Zentrum und der größte Teil der Außenbezirke ist völlig vernichtet. Ein grausiges Bild enthüllt sich vor den Augen des Betrachters. Diese Zerstörungen können nur noch mit denen in Hamburg verglichen werden. Hier hat eine Brandkatastrophe größten Ausmaßes gewütet. Ich glaube, daß vieles hätte verhindert oder doch abgemildert werden können, wenn die entsprechenden Vorbereitungen durch die Gauleitung getroffen worden wären. Wie wenig das der Fall gewesen ist, entnehme ich einer Konferenz, die ich mit den zuständigen Instanzen abhalte, und auf der über die einschlägigen Fragen Vortrag gehalten wird.“<sup>2</sup>

Bis Kriegsende erlitt Kassel noch weitere 24 Bombenangriffe, vor allem gegen die Außenbezirke der Stadt. Dabei wurden hauptsächlich Industriebetriebe angegriffen und zu 70–80 % vernichtet. Durch den Bombenkrieg waren 109 von 176 Kasseler Industriebetrieben schwer beschädigt worden, der durchschnittliche Zerstörungsgrad betrug 68 %.<sup>3</sup>

Unter den hessischen Städten, Kreisen und Bezirken war Kassel mit einem Zerstörungsgrad von 77,65 % mit Abstand die am meisten zerstörte Stadt.<sup>4</sup> Die Verluste an Menschenleben durch den Luftkrieg waren in Kassel mit 5 % der Bevölkerung am höchsten von allen deutschen Städten.<sup>5</sup>

Die Luftangriffe und Bombenschäden hatten zur Folge, daß Produktionsstätten großer Kasseler Rüstungsbetriebe, insbesondere der Flugzeugwerke, in kleinere Städte und Dörfer, großenteils in Nordhessen, verlagert wurden. Durch die weitgehende Zerstörung von Häusern und Wohnungen, Versorgungseinrichtungen, Straßen und Verkehrslinien sowie die Verlagerung von Betrieben mußte auch die Mehrzahl der Kasseler Bevölkerung die Trüm-

<sup>1</sup> Vgl. Kurhessische Landeszeitung v. 29. 4. 1941, S. 3. <sup>2</sup> Tagebucheintragung von Dr. Josef Goebbels für den 6. November 1943, hier zit. n. Hessische Nachrichten (weiter abgekürzt HN), Nr. 108 v. 7. 5. 1949, Titel „Drittes Reich ohne Maske. Aus Goebbels Tagebüchern im Zweiten Weltkrieg“. <sup>3</sup> Zahlenangaben aus: Statistische Berichte der Stadt Kassel 1946 und 1947. <sup>4</sup> Vgl. HN Nr. 101 v. 2. 8. 1947. <sup>5</sup> Vgl. HN Nr. 150 v. 25. 11. 1947.

merstadt verlassen. Bei der Volkszählung am 17. Mai 1939 hatte Kassel 216.141 Einwohner, durch den Krieg und Bombenzerstörung ging die Einwohnerzahl auf 40.000 zurück.<sup>6</sup>

Massensterben, Stadtzerstörung, zerrissene und getrennte Familien, Verlust aller Habe, zeitweiliges Chaos, Evakuierung oder Weiterleben in Kassel in Ruinen und zwischen Trümmern wurden aber nicht als Zusammenbruch verstanden, obwohl bei vielen der Glaube an den „Endsieg“ ins Wanken geriet. Es gelang dem NS-Regime auch in Kassel sogar noch, im Volkssturm die letzten Reserven zu mobilisieren und einige davon zu Handlangern bei seinen Mordaktionen zu machen.

März 1945: Die Ruinenstadt Kassel war zur Festung erklärt worden. Der Kampfkommandant, Generalmajor von Erleben, sollte die Trümmerstadt von seinem Gefechtsstand im Weinberg-Bunker aus trotz der aussichtslosen Kriegslage „bis zum letzten“ verteidigen. Die Götzendämmerung, die Endzeit des Dritten Reiches, war unübersehbar. Die Verteidiger des Reiches und die Stützen des NS-Regimes in Kassel merkten, wie Macht und Autorität ihnen entglitten. Viele von ihnen waren entschlossen, ihre Herrschaftsansprüche bis zuletzt rücksichtslos durchzusetzen, andere wollten vor dem bevorstehenden Einmarsch der amerikanischen Armee die Spuren und Zeugen ihrer Untaten aus dem Wege räumen. Amtsträger und Befehlshaber, wie Generalmajor von Erleben, waren bestrebt, ihre „Pflicht zu erfüllen“ und die „Ordnung aufrecht zu erhalten“. Zugleich wurde immer zweifelhafter, was Pflichterfüllung und Ordnung in dieser Situation der Auflösung und des Umbruchs bedeuteten. Diese Spannung und Unsicherheit war wahrscheinlich Ursache dafür, daß Erleben einen Kasseler Bürger, den er mit einer Flasche Alkohol antraf und für einen Plünderer hielt, mit einem Pistolenschuß tötete, als dieser auf Anruf nicht stehen blieb.<sup>7</sup>

Wenige Tage bevor die Nazi-Schergen dem bewaffneten und überlegenen militärischen Gegner wichen, lieferten sie in Kassel und Umgebung noch eine Reihe abschreckender Beispiele für ihren skrupellosen und mörderischen Machtmißbrauch gegenüber unbewaffneten und wehrlosen Gefangenen.

Hier werden nur einige Massenerschießungen genannt, die von Gründonnerstag bis Karsamstag (29. bis 31. 3. 1945) auf Befehl des Leiters der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und Kommandeurs der Sicherheitspolizei in Kassel, SS-Obersturmbannführer Franz Marmon verübt wurden.

Am 29. 3. 1945 wurden am Fuldaberg bei Breitenau/Guxhagen 28 ausländische Gefangene (Holländer, Franzosen und Russen) aus dem Arbeitserziehungs- und Gestapostraflager Breitenau ohne Gericht und Urteil von SS- und Gestapo-Leuten erschossen.

Am Karfreitag wurden 12 Gestapo-Häftlinge aus dem Zuchthaus Wehlheiden unberechtigt und ohne erkennbaren Grund von einem Erschießungskommando Marmons umgebracht.

Der nächsten mörderischen Aktion – am Ostersonntag – fielen 78 italienische Zivilarbeiter aus einem Bauzug am Bahnhof Wilhelmshöhe zum Opfer. Die hungrigen Italiener hatten sich aus einem von Deutschen aufgebrochenen Güterzug insbesondere Nahrungsmittel und Zigaretten geholt. Für diesen Mundraub wurden sie als Plünderer erbarmungslos erschossen. Die Exekution wurde von einem Volkssturmkommando ausgeführt, das der SS und Gestapo unterstellt worden war.<sup>8</sup>

Als die amerikanischen Panzer am Dienstag nach Ostern auf Kassel vorstießen, entschied sich Erleben gegen sinnloses Blutvergießen und für eine kampflose Übergabe der Stadt. Der Kasseler Landgerichtsrat Uhse sagte später aus, Erleben sei „mit den Nerven fertig gewesen“; er habe ihn in der Nacht vom 3. zum 4. 4. 1945 gebeten, die Verhandlungen mit den Amerikanern aufzunehmen und die Übergabe einzuleiten.<sup>9</sup>

Der von der US-Militärregierung als neuer Oberbürgermeister eingesetzte Verwaltungsdirektor der Kasseler Stadtverwaltung, Willi Seidel, sah gut ein Jahr später in der kampflosen Einnahme Kassels durch die amerikanischen Streitkräfte nicht den „Zusammenbruch“. „Die Besetzung durch die amerikanischen Truppen haben sich die meisten Kasseler als eine Befreiung vom nationalsozialistischen Joch vorgestellt.“<sup>10</sup> Seidel gebrauchte den Ausdruck Zusammenbruch im engeren politischen Sinne und sprach vom „Zusammenbruch des Nazistaates“.<sup>11</sup>

<sup>6</sup> Vgl. Entwicklung der Wohnbevölkerung (Gebietsstand vom 17. Mai 1939), in: Stadtarchiv Kassel, Bestand A 1.01. und HN Nr. 120 v. 16. 9. 1947, S. 2, Titel „Haushaltsplan 1947 verabschiedet“. <sup>7</sup> Vgl. HN Nr. 63 v. 16. 3. und Nr. 67 v. 21. 3. 1949. <sup>8</sup> Die Einzelheiten der Fälle sind nachlesbar in Fritz Bauer u.a. (Red.): Justiz- und NS-Verbrechen, Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945 bis 1966, Bd. 9, lfd. Nr. 308, S. 220 f., Urteil des Landgerichts Kassel v. 5. 2. 1952, 3 a KS3/51. Über die Massenerschießung wurde außerdem berichtet in Hessische Nachrichten, Nr. 261 v. 2. 11. 1949, Titel „Ein Drama der letzten Kriegstage: Einer befahl und 78 mußten sterben“, „Durfte SS die Plünderer erschießen?“ und Leserbrief von Dr. Heinrich Otto in HN Nr. 266 v. 8. 11. 1949 sowie Kurzbericht über das Urteil gegen Marmon (zwei Jahre Gefängnis) in HN Nr. 23 v. 29. 1. 1952. Die Fälle wurden außerdem dokumentiert im Katalog zur Ausstellung „Erinnern an Breitenau 1933–1945.“ Eine Ausstellung historischer Dokumente, Hrsg. Gesamthochschule Kassel, Projektgruppe Breitenau, Kassel 1982, S. 20–33. <sup>9</sup> HN Nr. 63 v. 16. 3. 1949. <sup>10</sup> Bei der Einschätzung dieser Aussage von Oberbürgermeister Seidel ist zu berücksichtigen, daß sie in einer Stellungnahme enthalten ist, die am 24. 6. 1946 auf Fragen der US-Militärregierung geschrieben wurde und die nach erklärter Absicht der Militärregierung „dazu beitragen“ sollte, „gewisse Änderungen im Rahmen der Möglichkeiten herbeizuführen“. Quelle: Stadtarchiv Kassel Bestand A1.01.29. <sup>11</sup> Ebenda.

In Kassel vollzog sich der „Zusammenbruch“ der NS-Herrschaft bzw. die „Befreiung vom nationalsozialistischen Joch“ mit der Besetzung durch die US-Truppen mehr als einen Monat vor der Kapitulation NS-Deutschlands, zu einer Zeit, als Hitler, Goebbels und andere Nazigrößen noch auf eine zufällige Kriegswende hofften, etwa durch den Tod Präsident Roosevelts am 12. 4. 1945 und durch eine Entzweiung der Alliierten.<sup>12</sup>

Das Verhalten Karl Gerlands, SS-Gruppenführer, und in der Nachfolge Prinz Philipps von Hessen Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau, kann als Beispiel für viele Naziführer gelten. Als die US-Truppen auf Kassel vorrückten, verließ er Anfang April unauffällig die Stadt und seine verantwortliche Positionen. Das Schicksal der Bevölkerung in Kassel, in seinem Gaugebiet und in der Provinz Hessen-Nassau interessierte ihn offenbar nicht mehr. Er entzog sich aber auch der Verantwortung für seine Gefolgsleute und für die Anhänger des Nationalsozialismus, die doch nach der faschistischen Ideologie höchste Verpflichtung eines jeden Führers war.

Nach dem Einmarsch in Kassel begann die US-Besatzungsmacht aus Gründen militärischer Sicherheit damit, eine größere Zahl von Nationalsozialisten und Gestapolen, die nicht geflohen oder untergetaucht waren, festzunehmen und zu internieren. Die pauschalen Arrestierungen (automatic arrest) erfolgten aufgrund des „Arrest Categories handbook“ und „Schwarzer Listen“, die von amerikanischen Abwehreinheiten (Counter Intelligence Staff) anhand von Indizien und Verhören zusammengestellt wurden.<sup>13</sup> Interniert werden sollten „alle, die für die (wie US-Besatzungsmacht) und ihre Politik Gefahr bringen oder auch nur hinderlich sein konnten“.<sup>14</sup>

Die sicherheitspolitischen Festnahmen in den ersten Wochen der Besetzung gehörten nicht zur eigentlichen Entnazifizierung. Diese begann erst ab Juli 1945, nachdem die Direktive des Hauptquartiers der US-Streitkräfte für Europa (USFET) vom 7. Juli 1945 an der amerikanischen Militärregierung angewendet wurde.<sup>15</sup>

In Kassel übernahmen Spezialeinheiten (Special Branch) der US-Militärregierung für Hessen die Entnazifizierung.

Zu den Maßnahmen der Entnazifizierung gehörten 1945:

- Die Auflösung noch vorhandener Einrichtungen der NS-Organisationen und die Übernahme der nicht zerstörten Gebäude, Büros und sonstiger Vermögenswerte.
- Die systematische Überprüfung von Führern, wichtigen Mitgliedern und Förderern der NS-Organisationen. Diese Überprüfung geschah hauptsächlich auf der Grundlage des Fragebogens der Militärregierung, der 131 Fragen enthielt und dessen Richtigkeit vom unmittelbaren Vorgesetzten des Überprüften bescheinigt werden mußte.
- Verhaftung und Internierung von Kriegsverbrechern, NS-Führern und Nationalsozialisten mit Führungspositionen, insbesondere im öffentlichen Dienst.
- Entlassung von Nationalsozialisten aus ihrer Berufstätigkeit.
- Beschlagnahmung von Häusern und größeren Wohnungen von NS-Führern für die US-Streitkräfte, aber auch für befreite ausländische Arbeitskräfte, die nach Nordhessen zwangsverschleppt worden waren und noch nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten. Registrierte Nazis, deren Wohnungen nicht beschlagnahmt worden waren, mußten Wohnraum an „ausgebombte“ Kasseler Familien abtreten, die aus Notunterkünften (Keller, Bunker, Hilfsbaracken) oder bei Rückkehr aus der Evakuierung in diese Wohnungen eingewiesen wurden.
- Umbenennung von Straßen und Gebäuden mit nationalsozialistischen Namen.

Die Entnazifizierung der Militärregierung war vor allem personenbezogen und richtete sich hauptsächlich gegen die folgenden Personengruppen:

1. als Kriegsverbrecher Verdächtige,
2. NSDAP-Mitglieder, die vor dem 1. 5. 1937 (d.i. vor der Lockerung der Mitgliedersperre und dem Reichsbeamtengesetz v. 26. 1. 37) eingetreten waren,
3. die Amtsträger der NSDAP, ihrer Gliederungen und der ihr angeschlossenen und von ihr kontrollierten Organisationen,

<sup>12</sup> So schildert Albert Speer in seinem Buch „Erinnerungen“, Frankfurt/Berlin 1969, S. 474 ff., daß Hitler noch am 25. April 1945 hoffte und erwartete, eine Entzweiung der Alliierten werde eine glückliche Kriegswende für Deutschland bringen. Helmut Heiber berichtet in seiner biographischen Untersuchung „Josef Goebbels“, Berlin 1962, Goebbels habe am 12. 4. 1945 über den Tod des US-Präsidenten F. D. Roosevelt frohlockt und diesen Todesfall mit dem der Zarin Elisabeth 1762 verglichen, der für Friedrich II. und Preußen im Siebenjährigen Krieg die Rettung vor der Niederlage und die Wende zum Erfolg brachte, weil Rußland sich aus der Koalition gegen den Preußenkönig zurückzog. <sup>13</sup> Das „Arrest Categories Handbook“ war ein Sonderdruck aus dem „Handbuch für Maßnahmen der öffentlichen Sicherheit“ des Obersten Hauptquartiers der alliierten Landungsstreitkräfte für die Militärregierung Deutschlands („SHAEF Public Safety manual of Procedures, Military Government of Germany“, 2. Aufl. Februar 1945). Das Handbuch wurde von den Nachrichten- und Abwehreinheiten (Counter Intelligence Corps) der US-Besatzungsstreitkräfte und der Militärregierung verwendet. Im Handbuch der Arrestkategorien waren insbesondere NS-Organisationen und Führerränge aufgeführt, deren zugehörige Personengruppe festzunehmen und zu internieren waren. <sup>14</sup> „Denkschrift über die gegenwärtigen Probleme der Entnazifizierung, Abschnitt 2. Interniertenlager“, in: Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 105, Nr. 803. <sup>15</sup> Im Jahre 1945 wurde die Entnazifizierung im wesentlichen von den zuständigen Abteilungen (Special Branches) der US-Militärregierung durchgeführt. Grundlagen waren die USFET Direktive vom 7. Juli 1945, der USFET letter vom 15. 8. 1945 sowie das Gesetz Nr. 8 der US-Militärregierung und die dazugehörigen Durchführungsbestimmungen. Im Spätherbst 1945 entschloß sich die US-Militärregierung mit Zustimmung der US-Regierung die Denazifizierung an deutsche Behörden zu übergeben. Am 17. 12. 1945 beschloß der Rat der Ministerpräsidenten der US-Zone die Vorbereitung eines gemeinsamen Gesetzes für eine einheitliche Entnazifizierung in den Ländern der US-Zone. Dieses „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ trat am 5. 3. 1946 in Kraft.

4. die Führer der Hitler-Jugend (HJ), des Bundes deutscher Mädchen (BdM), des NS-Studentenbundes, des NS-Dozentenbundes, der NS-Frauenschaft,
5. die Offiziere und Unteroffiziere der Waffen-SS, der SA, des Kraftfahrkorps und des NS-Fliegerkorps,
6. alle SS-Leute und vor dem 1. 4. 1933 eingetretene SA-Männer,
7. von den Spitzenbeamten bis zu den Referenten in Reichsverwaltungen, Ministerialdirektoren, Regierungspräsidenten und Landräten in den Landesverwaltungen, Bürgermeistern in den Kommunen, bis zum Polizeileutnant im Polizeidienst, bis zum Oberstaatsanwalt und Landgerichtspräsidenten im Justizdienst (außerdem gegen Angehörige von Gestapo und Sondergerichten) ohne Rücksicht auf ihre Mitgliedschaft in NS-Organisationen,
8. Inhaber von Positionen im Reichsnährstand bis hinunter zum Kreisbauernführer, in den Wirtschaftsverbänden bis zum Gauwirtschaftsberater, die Leitungen von Unternehmen, an denen das Reich oder die NSDAP beteiligt waren, soweit sie ihre Positionen seit 1933 hatten und die Wehrwirtschaftsführer,
9. die Generalstabs- und NS-Führungsoffiziere,
10. die Spitzen der Militär- und Rüstungsverwaltungen in den von Deutschen besetzten Gebieten,
11. Denunzianten, Anstifter und Mittäter von Verbrechen gegen rassistisch, politisch und religiös Verfolgte, Kolaborateure und Quislinge, sowie NS-Propagandisten.

Wenn diese Personen nicht festgenommen und interniert wurden, waren sie jedenfalls aus ihren beruflichen Stellungen zu entlassen bzw. nicht einzustellen, ihre Bezüge waren zu stoppen und ihr Vermögen zu blockieren.

In der ehemaligen Provinz- und Gauhauptstadt Kassel, Sitz des Oberpräsidenten von Hessen-Nassau, des Regierungspräsidenten, der Reichsbahn- und Oberpostdirektion, der Rüstungsinspektion und des Wehrbereichskommandos IX, des Landesfinanzamtes, des Oberlandesgerichts, Landgerichts und Landesarbeitsgerichts, der NSDAP-Gauleitung, der Staatspolizeistelle, des Höheren SS- und Polizeiführers, gab es eine größere Zahl von Personen, die zu diesen Gruppen und zu dieser Entnazifizierungskategorie gehörte. Die meisten der Verhafteten wurden in das Lager Darmstadt, das größte Internierungslager in Hessen gebracht.

Zu den Gruppen, bei denen die Entlassung aus der beruflichen Stellung der Entscheidung des zuständigen Offiziers der US-Militärregierung in Kassel überlassen, aber vom Special Branch empfohlen wurde, gehörten:

- 1) alle, die den Nationalsozialismus materiell gefördert oder von ihm profitiert hatten,
- 2) die industriellen Führungskräfte von den Direktoren und Aufsichtsratsmitgliedern bis zu den Büroleitern und Betriebsingenieuren.

Die Entnazifizierungspraxis der Militärregierung in Kassel war (ähnlich wie in anderen Städten), vor allem gegenüber diesen Gruppen, eher zurückhaltend. Ein amerikanischer Beobachter, der als Vertreter der US Information Control Division (ICD) auch für Kassel zuständig war, stellte kritisch fest: „Ein halbherziger Versuch ist gemacht worden, den politischen Bereich von den Nazis zu säubern. Aber die Al Capones Organisation ähnliche Maschinerie, mit der die Nazis die örtliche Wirtschaft beherrscht haben, ist in den Händen von elf Männern belassen worden, darunter neun Veteranen der Nazi-Partei. Diese repräsentierten die Führerschaft aller großen Industrieunternehmen und Banken (in Kassel) unter Hitler. Mit einer derartigen Industrie- und Handelskammer, die unter amerikanischem Schutz für den „Wiederaufbau“ arbeitet, bleibt Demokratie bloß ein fremdes und halbvergessenes Wort, das auf Eisenhowers Proklamationen, die zwischen den Ruinen angeschlagen sind, zum Betrachten für die Bürger aufgefrischt wird.“<sup>16</sup>

Zur Kategorie derjenigen, über deren Entlassung aus der beruflichen Stellung der für die Entnazifizierung zuständige Offizier für die Militärregierung in Kassel selbständig und ohne Empfehlung des Special Branch zu entscheiden hatte, gehörten:

- 1) Die NSDAP-Mitglieder nach dem 1. 5. 1937, die SA-Männer nach dem 1. 4. 1933, die SS-Anwärter und Freiwillige der Waffen-SS, die Unterführer von HJ und BdM sowie die Mitglieder der NS Gliederungen u.a. Organisationen, die mit dem Nationalsozialismus, kollaboriert hatten.
- 2) Nutznießer des Nationalsozialismus, z. B. durch Gewinne bei der „Arisierung jüdischen Vermögens“, durch NS-Auszeichnungen, durch UK-Stellung im Krieg und außergewöhnliche berufliche Karriere.

Bis auf einige schwerwiegende Fälle und manche Angehörige des öffentlichen Dienstes blieben diese Gruppen von Entlassungen weitgehend verschont.

Der kommissarische Kasseler Oberbürgermeister Seidel merkte kritisch an: „Die starren Grundsätze der Besatzungsmächte zur Befreiung der Verwaltung und der Wirtschaft von nationalsozialistischen Einflüssen, so gut sie auch gemeint sind (...), sind jedoch für den Bereich der öffentlichen Verwaltung über das Ziel geschossen. Bei dem außerordentlichen Druck, dem gerade die Beamtenschaft

<sup>16</sup> Vom Verfasser übersetzt aus: Cedric Belfrage: *Seeds of Destruction*, New York 1954, S. 190.

durch die Nazis ausgesetzt war, mußten viele ehemalige kleine Parteigenossen, die sich der Aufnahme eines kleinen Parteiambtes nicht zu entziehen wußten, aus dem Amte scheiden und durch Nicht-Pgs, denen es größtenteils an der für die öffentliche Verwaltung notwendige Vorbildung fehlte, ersetzt werden. Hierdurch ist der ordnungsmäßige Ablauf der behördlichen Ordnung zum Nachteil der Allgemeinheit nicht unerheblich beeinträchtigt worden.“ – Zur Situation der Entlassenen meinte er: „(...) die aus ihren Stellungen entfernten Beamten und Angestellten (werden) einem starken seelischen Druck ausgesetzt sein und um ihre und ihrer Familie Existenz bangen. Büromenschen, mit wenigen Ausnahmen, sind für Handarbeit ungeeignet. Sie sind daher gegen ihren Willen zum Nichtstun verurteilt und fallen, sobald ihre Barmittel aufgebraucht sind, dann der allgemeinen Wohlfahrt zur Last.

Auf diese Weise gehen wertvolle und erhaltungswürdige Aufbaukräfte dem Volksganzen zum eigenen Nachteil verloren.“<sup>17</sup>

Aus dieser Beschreibung spricht das Bemühen des Oberbürgermeisters, sich bei der Militärregierung für die Wiedereinstellung von Nationalsozialisten (nicht zuletzt in der Kasseler Stadtverwaltung) einzusetzen, die als Mitläufer und Minderbelastete angesehen werden konnten. Angesichts der dringend notwendigen Enttrümmerungs-, Aufräumungs- und notdürftigen ersten Aufbauarbeiten im schwer zerstörten Kassel, bei denen jede Hand gebraucht wurde und auch Frauen (die sogenannten Trümmerfrauen) und Schulkinder nach Kräften mithalfen,<sup>18</sup> könnten seine Aussagen über die „zum Nichtstun verurteilten“ Staatsdiener sonst nur als sarkastische Glosse verstanden werden.

## 2. Stunde Null?

Die Vorbereitungen für einen neuen demokratischen Anfang begannen in Kassel bereits vor der Besetzung durch die US-Streitkräfte. Zwischen einzelnen Mitgliedern und kleinen Gruppen der demokratischen und antifaschistischen Parteien hatten auch unter der nationalsozialistischen Herrschaft lose und getarnte Kontakte bestanden.<sup>19</sup> Schon einige Monate vor Ankunft der amerikanischen Truppen fanden Zusammenkünfte zwischen Kasseler Sozialdemokraten und einigen kommunistischen, christlichen und liberalen Politikern statt. Initiatoren waren insbesondere die ehemaligen Parteisekretäre der kurhessischen SPD Rudolf Freidhof und Karl Herrmann. Freidhof war nach dem 20. Juli 1944 im Rahmen der landesweiten Verfolgungs- und Verhaftungsaktion der Gestapo unter der Geheimparole „Gitter“ verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen eingeliefert worden. Nach seiner Entlassung im Herbst 1944 schaltete er sich in die Vorbereitungen für die Zeit nach dem Ende der Nazi-Herrschaft ein. – Treffpunkte für die Besprechungen waren meist Geschäftsräume, Hinterzimmer und Wohnungen, z. B. das Tabakwarengeschäft von Karl Herrmann und das Schreibwaren- und zeitschriftengeschäft des alten SPD-Genossen Emil Dittmann.

So waren die Sozialdemokraten in Kassel nach der amerikanischen Besetzung der Stadt für einen politischen

Neuanfang am besten vorbereitet. Ihre politische Arbeit und die Entwicklung einer Parteiorganisation wurden auch dadurch begünstigt, daß die amerikanische Militärregierung ab April 1945 bei der Neubesetzung der städtischen Ämter Sozialdemokraten mit Erfahrungen in der Kommunalpolitik und in der öffentlichen Verwaltung mit der Leitung mehrerer Dezernate in der Stadtverwaltung beauftragte. So wurde Georg Häring, der schon 1920 in Kassel besoldeter Stadtrat für Soziales gewesen war, im April Stadtrat im Wohlfahrtsdezernat, Hans Nitsche, ab Oktober 1945 Sozialdezernat, wurde im April zum ersten Polizeipräsidenten Kassels bestellt. Auch der von den Nazischergen politisch verfolgte und inhaftierte ehemalige Sprecher der SPD-Stadtvorordnetenfraktion, Christian Wittrock, erhielt das Amt eines Stadtrats.

Beim Regierungspräsidenten in Kassel wurden gleichfalls eine Reihe von leitenden Positionen mit ehemaligen SPD-Mitgliedern besetzt.

Bei diesen Stellenbesetzungen ließ sich die Militärregierung von der Überlegung leiten, die Ämter mit Persönlichkeiten zu besetzen, deren demokratische und antifaschistische Gesinnung anerkannt war.

Kommunisten und Sozialdemokraten gründeten kurz nach der Besetzung in verschiedenen Kasseler Stadtbezirken „Antifaschistische Ausschüsse“. Die Mitglieder dieser

<sup>17</sup> Antworten des kommissarischen Kasseler Oberbürgermeisters W. Seidel auf eine Umfrage der US-Militärregierung (10). <sup>18</sup> Baustoffe waren sehr knapp. Aus den Trümmern mußte deshalb alles noch brauchbare Material, z. B. Eisenträger, Holzbalken und Steine, geborgen werden. Die Mauertrümmer wurden in kleine Stücke zerlegt, von den Ziegeln wurde der Mörtel abgeschlagen, um sie als Bausteine wieder verwenden zu können. Diese Arbeiten wurden häufig von Frauen und Schulkindern ausgeführt. Vorgesehen war, daß auch durch die Entnazifizierung Internierte und Entlassene zu Aufräumarbeiten herangezogen werden sollten. Dies wurde aber nur für einen Teil der Betroffenen verwirklicht. <sup>19</sup> Sozialdemokraten trafen sich z. B. zum Skatspielen im privaten Kreis bei Karl Herrmann und Emil Dittmann sowie zum Englischunterricht bei Elisabeth Selbert, dabei wurden auch politische Gespräche geführt. (Auskünfte von Karl Herrmann, Elisabeth Selbert, Anton Aich).

ersten politischen Gruppierungen waren fast alle ehemalige Angehörige verschiedener Parteien der Arbeiterbewegung (insbesondere KPD, SPD, SAP, KPO, ISK). Die Antifaschistischen Ausschüsse standen überwiegend unter kommunistischer Führung. Die Sozialdemokraten verlor schnell das Interesse an der Mitarbeit. Die Antifa-Ausschüsse entwickelten sich in Kassel zu Vorläufern der späteren kommunistischen Parteiorganisation.

Das organisationspolitische Hauptinteresse der führenden Sozialdemokraten, aber auch der Kommunisten, richtete sich auf den organisatorischen Wiederaufbau und die Wiedezulassung ihrer Parteien. Die Vorbereitungen von erfahrenen Politikern und Parteifunktionären wie R. Freidhof, K. Herrmann, H. Nitsche u.a., konnten jetzt schnell für die organisatorische und programmatische Parteiarbeit genutzt werden. „Schon vierzehn Tage nach der Besetzung Kassels war praktisch ein festes Fundament für die entstandene SPD gelegt.“<sup>20</sup>

Auch im Ausschuß für die Gründung eines Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) in Kassel, der ab April 1945 mit seiner Arbeit begann, waren die meisten Mitglieder Sozialdemokraten.

Die SPD-Führung beschloß, gestützt auf die sozialdemokratischen Stadträte, einen Vorstoß bei der Militärregierung mit dem Ziel des Neuaufbaus einer demokratischen Kommunalpolitik. Nach Absprachen mit christlichen (Quantz, Trabert) und liberalen (Catta) Politikern reichte Herrmann am 10. 5. 1945 ein Gesuch bei der amerikanischen Militärregierung ein, in dem um die Genehmigung eines kommunalpolitischen Beirats gebeten wurde. Dieser sollte sich nach den Vorstellungen der SPD aus Angehörigen der Parteien aus der Zeit vor 1933 zusammensetzen, die als Antifaschisten gelten konnten. In diesem Beirat sollten die SPD 4, die Kommunisten, Demokraten (DDP) und Volkspartei (DVP) je 2 sowie Zentrum und Gewerkschaften je 1 Sitz erhalten. Die Militärregierung war (noch) nicht bereit, die Wiedergründung und die kommunalpolitische Tätigkeit von Parteien und Gewerkschaften zu genehmigen.

Im April/Mai 1945 fanden mehrere Unterredungen zwischen führenden Kommunisten und Sozialdemokraten statt, um Möglichkeiten einer gemeinsamen politischen Arbeit in Kassel auszuloten. Das Verbot aller Ausschüsse durch die US-Militärregierung Anfang Juni legte die Tätigkeit der politischen Aktionsgruppen zunächst lahm. Die Verhandlungen zwischen SPD und KPD begannen erst

wieder im Juli 1945, als politische Betätigung wieder geduldet wurde. Sie fanden sowohl in einzelnen Stadtbezirken als auch zwischen den Kasseler Parteispitzen statt. Viele Sozialdemokraten, auch einige Funktionäre, hielten eine Einheitsfront mit den Kommunisten und auch eine spätere Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien im Sommer 1945 noch für möglich. Die Mehrheit der Kasseler SPD-Führung, insbesondere die Gruppe der städtischen Amtsträger und die Parteiorganisatoren R. Freidhof und K. Herrmann standen dem Einheitsstreben mit kühler Distanz und kaum verborgener Ablehnung gegenüber. Herrmann, der zum Vorsitzenden des Aktions- und Arbeitsausschusses von SPD und KPD gewählt worden war, behandelte die Zusammenarbeitsbestrebungen hinhaltend. Er berief, angeblich wegen Arbeitsüberlastung und Terminknappheit, keine Sitzungen des gemeinsamen Ausschusses ein, und auch das geplante gemeinsame Büro wurde nicht eingerichtet.<sup>21</sup>

Anfang Juli traten ehemalige Lokalpolitiker aus den bürgerlich-liberalen Parteien DDP und DVP und den christlichen Parteien Zentrum und Christlich Sozialer Volksdienst (CSVD) an führende Kasseler Sozialdemokraten, mit denen sie persönlich bekannt waren, heran und schlugen vor, unter Führung der SPD einen „überparteilichen Ausschuß“ zu gründen, der als gemeinsame Vertretung aller politischer Gruppen gegenüber der Militärregierung auftreten sollte. Die bürgerlichen Politiker beabsichtigten, sich mit Hilfe dieses Überparteilichen Ausschusses, zunächst noch ohne eigene politische Organisationen, an der Verwaltung der Stadt und der weiteren Entwicklung des politischen Lebens in Kassel und Nordhessen zu beteiligen. Am 3. Juli 1945 wurde bei einer gemeinsamen Sitzung der noch informellen Parteivertretungen im Rathaus beschlossen, den Überparteilichen Ausschuß unter Beteiligung von SPD, KPD und ehemaligen Politikern und Stadtverordneten von Zentrum, CSVD, DDP und DVP am 24. 7. 1945 zu bilden.<sup>22</sup> Die Arbeit des Überparteilichen Ausschusses begann am 21. 8. 1945. Sie bezog sich fast ausschließlich auf kommunale Probleme. Von seiner Funktion und seinem Aufgabenbereich her war der Überparteiliche Ausschuß der Vorgänger der späteren Stadtverordnetenversammlung und des ehrenamtlichen Teils des Magistrats.

Die Zusammenarbeit der Vertreter von Zentrum und CSVD im Ausschuß gab in Kassel einen maßgeblichen Impuls für den Zusammenschluß zu einer gemeinsamen

<sup>20</sup> Bericht von Georg Häring, in: Hessische Zeitung, Nr. 93 v. 21. 10. 1955. <sup>21</sup> Die Beziehungen und Verhandlungen zwischen SPD und KPD im Frühjahr/Sommer 1945 wurden ausführlicher dargestellt in der Schrift des Verfassers „Die politische Entwicklung in Kassel von 1945–1969. Ein wahlsoziologische Untersuchung, Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 24, hrsg. v. Wolfgang Abendroth, Meisenheim am Glan 1974, S. 24 ff. <sup>22</sup> Vgl. 20 Jahre Christlich-Demokratische Union in Kassel 1955–1965, zusammengestellt und herausgegeben von Jochen Lenge-mann, Kassel 1965, S. 10.

christlichen Partei. Die Vereinigung der christlichen politischen Gruppen in einer Unionspartei wurde in Kassel vor allem von den Zentrumspolitikern (insbesondere Eduard Trabert) betrieben. Sie argumentierten, daß die Militärregierung in Kassel, ähnlich wie in Berlin und anderen Städten, nur vier Parteien zulassen werde und beriefen sich auf die Vorbereitungen zur Gründung der CDU an anderen Orten.<sup>23</sup> – Über ihre Mitarbeit im Überparteilichen Ausschuß und ihre Kontakte zur Militärregierung versuchten die christlichen Politiker für die geplante Unionspartei, Einfluß auf personalpolitische Entscheidungen auszuüben. So wollten sie den Bestrebungen entgegenwirken, „daß von den Amerikanern Leute, die aus dem KZ kamen, (...) auf Amtssessel gesetzt würden.“<sup>24</sup> Die Bemühungen um eine Aktionseinheit zwischen KPD und SPD in Kassel und Nordhessen wurden von der kommunistischen Führung und einer Minderheit innerhalb der Sozialdemokratie bis in den September hinein fortgesetzt. Die meisten sozialdemokratischen Politiker, die zur Führungsgruppe der informellen Kasseler SPD gehörten, (z. B. R. Freidhof, H. Nitsche, Chr. Wittrock, K. Herrmann, W. Goethe, G. A. Zinn) waren gegen eine Einheitsfrontpolitik mit den Kommunisten. Der von beiden Parteien gegründete Aktions- und Arbeitsausschuß führte deshalb ein Schattendasein und trat nur selten zusammen. Außenstehende Beobachter glaubten aber an die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien. So hieß es etwa im amerikanischen Monatsbericht (Monthly Historical Report – RP Kassel –) für September 1945: „... es gibt jetzt eine wachsende Tendenz zur Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Es besteht sogar eine Möglichkeit, daß später eine große Arbeiterpartei gebildet werden kann. Es scheint, daß die Kommunisten, nachdem sie erkannt haben, daß sie nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Bevölkerung für sich gewinnen können, entschlossen sind, sich mit den Sozialdemokraten zusammenzuschließen.“<sup>25</sup>

Im August/September 1945 trat die Kasseler SPD-Führung mit dem Exilvorstand der Partei und mit dem Büro von Kurt Schumacher in Hannover in Verbindung. Danach orientierte sich die SPD in Kassel an den politischen Richtlinien Schumachers und den Erklärungen des Londoner Exilvorstands. An der ersten zentralen Parteikonferenz der SPD in Wennigsen bei Hannover nahmen R. Freidhof, H. Nitsche und Chr. Wittrock als Delegierte teil. Rudolf Freidhof wurde zum Zonenvertreter der SPD für die US-Zone beim Parteivorstand in Hannover ge-

wählt. Die Kasseler SPD-Führung fühlte sich durch das Ergebnis der Konferenz in ihrer politischen Haltung bestätigt. Die Einheitsfrontvorstellungen der Kommunisten wurden abgelehnt.

Anfang September 1945, fünf Monate nach der Besetzung Kassels, gab die US-Militärregierung Richtlinien heraus, nach denen die Bildung politischer Parteien auf örtlicher Grundlage, die Abhaltung politischer Versammlungen und das Recht zu freier politischer Meinungsbildung genehmigt wurde. Dadurch wurde es den informell bestehenden Kasseler Parteiorganisationen möglich, ihre Parteien offiziell wieder bzw. neu zu gründen und politische Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Der kommissarische Polizeipräsident berichtete im September: „Die vier politischen Parteien (SPD, KPD, CDU, LBP) haben sich inzwischen konstituiert und mit ihrer Tätigkeit begonnen.“<sup>26</sup>

Am 8. August 1945 hatte die amerikanische Militärregierung bereits die Wiedergründung freier Gewerkschaften genehmigt. Im Aufruf des „vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses“ für den Aufbau eines Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Kassel vom 25. 9. 1945 klingt etwas von dem an, was mit „Stunde Null“ gemeint war: „Nun gilt es, die Schäden zu beseitigen, die Wunden zu heilen und die Trümmer fortzuräumen, um auf ihnen ein neues antifaschistisches Deutschland aufzubauen.“ Die Gewerkschaftler erklärten sich bereit, „überall dort, wo der Krieg seine schrecklichen Spuren hinterließ, an der Spitze des Aufbaues zu stehen“.<sup>27</sup>

Die Mehrheit der Bevölkerung in der Trümmer- und Ruinenstadt Kassel erhielt bis Oktober 1945 von den organisatorischen und politischen Vorbereitungen auf einen demokratischen Neuaufbau wenig Kenntnis und nahm davon auch kaum Notiz. Die „Hessischen Nachrichten“, das wichtigste Medium für den Versuch, in Kassel eine politische Öffentlichkeit zu schaffen, erschien als erste Lizenzzeitung in deutscher Verantwortung ab 26. 9. 1945. Im Redaktionsstab bzw. im Herausgeberkollegium dieser Zeitung waren anfangs die politischen Auffassungen der vier zugelassenen Parteien durch den Lizenzträger der jeweiligen Partei auch personell vertreten. Die Hessischen Nachrichten waren verpflichtet, der Ansicht aller Parteien gleichen Raum und gleiche Behandlung zukommen zu lassen. Parteipropaganda und politische Agitation waren nicht erlaubt. Ihre Berichte mußten sich auf Tatsachendarstellungen beschränken. Dazu durften sie in Kommentaren, in der Regel durch ihre Lizenzträger, Stellung neh-

<sup>23</sup> Vgl. Fünfundzwanzig Jahre Christlich-Demokratische Union in Kassel 1945–1970, zusammengestellt von Jochen Lengemann, Kassel 1970, S. 10. <sup>24</sup> Ebenda, S. 25. <sup>25</sup> Übersetzt aus: Monthly Historical Report – RB Kassel – September 1945, Institut für Zeitgeschichte, München, Mikrofilm Nr. 15633. <sup>26</sup> Lagebericht des kommissarischen Polizeipräsidenten Kassel für September 1945, in: Stadtarchiv Kassel, Akte Polizeiberichte. <sup>27</sup> Hessische Nachrichten Nr. 1 v. 26. 9. 1945, Titel „Ein antifaschistisches Deutschland“.

men.<sup>28</sup> In den Hessischen Nachrichten wurden auch die ersten Programme und politischen Grundsätze der Kasseler Parteien und des Gewerkschaftsbundes veröffentlicht.

Die Anfänge der Demokratisierung in der Kasseler Kommunalverwaltung ab September 1945 waren für die Bevölkerung eher wahrnehmbar. Das Stadtgebiet wurde in Bezirke aufgliedert, in denen Bezirksämter eingerichtet wurden. Die Bezirke entsprachen den Zuständigkeitsbereichen der Lebensmittelkartenstellen. Den hauptamtlichen Leiter der Bezirksämter wurden ehrenamtliche Verwaltungsausschüsse aus der Bürgerschaft an die Seite gestellt. Da eine Wahl dieser Ausschüsse von der Militärregierung nicht genehmigt war, wurden die Ausschußmitglieder vom Überparteilichen Ausschuß vorgeschlagen und vom Oberbürgermeister ernannt. Durch die Zentralisierung und Demokratisierung der Stadtverwaltung sollte mehr Bürgernähe und Bürgerbeteiligung erreicht werden. Zu den Aufgaben der Verwaltungsausschüsse gehörten u.a. „Mitwirkung bei gerechter und gleichmäßiger Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln. Vermittlung von Wohnungen und Quartieren. Mitwirkung bei der Wohlfahrtspflege und Mitwirkung beim Wiederaufbau im Stadtgebiet.“<sup>29</sup> Diese Aufgabenbeschreibung gibt Hinweise auf die materielle Lebenssituation und Versorgungslage der Kasseler Bevölkerung im Herbst 1945. Die Befriedigung lebensnotwendiger Grundbedürfnisse, wie Ernährung, Kleidung, Wohnung, Heizung, war angesichts des nahenden Winters nicht gewährleistet. Dabei nahm die Kasseler Bevölkerung täglich zu.

Männer wurden aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, Frauen, Kinder und ältere Leute, die wegen der Bombenangriffe evakuiert worden waren, kehrten zurück. Aus dem Sudetenland, aus Polen und aus den deutschen Ostprovinzen jenseits der Oder-Neisse-Linie Ausgewiesene versuchten, bei Verwandten oder Bekannten in Kassel Unterschlupf zu finden. Die Zahl der Ausländer, die, meist zwangsweise, als Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie und kriegswichtige Betriebe nach Kassel gebracht worden waren, lag noch über 20 000 und ging nur langsam zurück. Die Wohnsituation in der Stadt war prekär und wurde ständig bedrängt und belastender. Gegenüber den 226 000 Einwohnern, die 1939 in Kassel gelebt hatten, waren beim Einmarsch der amerikanischen Truppen nur noch 35 000 in der Stadt; bis November 1945 stieg die Einwohnerzahl aber wieder auf 102 000. Der Bevölke-

runگزustrom nach Kassel war trotz der Zuzugssperre nicht einzudämmen. Von den 65 000 Wohnungen waren 45 000 völlig vernichtet oder so zerstört, daß sie nicht mehr bewohnbar waren.<sup>30</sup> Auch die meisten übrigen Wohnhäuser waren durch die Bombenangriffe mehr oder weniger beschädigt. „Nach dem Einmarsch der Amerikaner war kaum ein Hausdach ohne Schaden.“<sup>31</sup>

Als dringendste kommunalpolitische Probleme waren 1945/46 in der Trümmerstadt Kassel zu bewältigen: Die Erhaltung und Ausbesserung der noch bestehenden Wohnhäuser und Geschäftsbauten, die Instandsetzung von Krankenhäusern und Schulen, die Reparatur und Neueinrichtung von Versorgungsanlagen für Strom, Gas und Wasser sowie die Wiederherstellung des zerstörten oder beschädigten Straßen- und Kanalnetzes. Bis Ende 1945 konnte der Wiederaufbau noch nicht beginnen. Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten waren vorrangig, um vor der Frostperiode die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Strom und, soweit möglich, mit Gas sicherzustellen. Weil es an Fachpersonal fehlte, konnten die Luftkriegsschäden an den Straßen, den Wasser-, Gas- und Kanalrohren und den elektrischen Zuleitungen nur sehr schleppend behoben werden.<sup>32</sup> Trotz des Mangels an Baumaterial und Facharbeitern wurden bis zum Winteranfang 1945/46 mehr als 1100 beschädigte und teilzerstörte Wohnungen wiederhergestellt.

Durch die schlechte Ernährungslage und unzureichende hygienische Verhältnisse in Baracken, Behelfsunterkünften und Notwohnungen bestand 1945 während der wärmeren Jahreszeit Seuchen- und Infektionsgefahr. Eine Typhusepidemie wurde Anfang November, nach etwa zwei Monaten Dauer, überwunden.<sup>33</sup>

Im Spätherbst und Winter zwang der Kohlenmangel nicht nur zu Einschränkungen und Verzicht beim Heizen der durch Bombenschäden oft zugigen Wohnräume, sondern auch zu häufigen Stromabschaltungen.

Eine Bekanntmachung über Sonderzuteilungen mag veranschaulichen, wie knapp auch die kleinen Dinge des alltäglichen Verbrauchs in dieser Zeit waren: „In einer beschränkten Zahl von Lebensmittel-Einzelhandelsgeschäften wird auf jeden Haushaltsausweis eine Schachtel Zündhölzer abgegeben.“<sup>34</sup>

Es ist verständlich, daß sich die körperlichen und geistigen Anstrengungen der in Kassel verbliebenen und der allmählich zurückströmenden Bevölkerung fast ausschließlich auf die Beschaffung der Mittel zur Stillung der unmittelbaren und dringendsten Lebensbedürfnisse richtete:

<sup>28</sup> Vgl. Hessische Nachrichten Nr. 15 v. 14. 11. 1945. <sup>29</sup> Hessische Nachrichten Nr. 6 v. 13. 10. 1945, Titel „Demokratisierung der Verwaltung“.  
<sup>30</sup> Vgl. Hessische Nachrichten Nr. 15 v. 14. 11. 1945, Titel „Zahlen zwischen Trümmern“. <sup>31</sup> Hessische Nachrichten Nr. 7 v. 17. 1. 1948, S. 4, Titel „Es regnet herein“. <sup>32</sup> Hessische Nachrichten Nr. 17 v. 20. 11. 1945. <sup>33</sup> Vgl. Hessische Nachrichten Nr. 3 v. 3. 10. und Hessische Nachrichten Nr. 11 v. 31. 10. 1945, Titel „Typhusepidemie im Abklingen“. <sup>34</sup> Hessische Nachrichten Nr. 12 v. 3. 11. 1945, Überschrift „Ausgabe von Zündhölzern“.

Suche nach Wohnmöglichkeiten, Beschaffung eines Existenzminimums an Nahrung und Heizmaterial, besorgtes und hoffnungsvolles Warten auf Vereinigung der durch Krieg, Evakuierung und Gefangenschaft auseinandergerissenen Familien. Das politische Leben in der schwer getroffenen Stadt entwickelte sich dadurch zunächst ohne die Beteiligung des Großteils der Bevölkerung in dem von der US-Militärregierung festgelegten Rahmen.

Die offizielle Zulassung der politischen Parteien durch die Militärregierung erfolgte zum 13. 10. 1945. Am folgenden Tag fanden in Kassel bereits die förmlichen Gründungsversammlungen von SPD und CDU statt. In den Ortsvorstand der Kasseler SPD wurden gewählt: H. Nitsche (1. Vors.), R. Freidhof (2. Vors.), W. Goethe (Schriftführer), E. Dittmann (Kassierer) und die Beisitzer Chr. Wittrock, G. A. Zinn, K. Herrmann, Anna Zinke, W. Wittrock, M. Wolf, Pierson, Th. Melzer. – Der kommissarische CDU-Vorstand (Quantz, Trabert, Dr. Stenzel) wurde in seinem Amt bestätigt.<sup>35</sup>

Die politischen Startvoraussetzungen der bürgerlichen Parteien unterschieden sich im Hinblick auf ihre Führung, ihre Mitglieder und ihre Anhängerschaft in der Kasseler Bevölkerung erheblich von denen der Arbeiterparteien. Die CDU und die Liberalen Demokraten hatten nicht nur Schwierigkeiten, eine genügend große Zahl politischer Vertreter und Führungspersonlichkeiten ohne nationalsozialistische Vergangenheit zu finden, auch die Mitgliederzahl und die sichtbare politische Anhängerschaft beider Parteien blieb zunächst relativ klein. Die Aufgeschlossenheit und das Interesse für Politik war in den bürgerlichen Kreisen Kassels noch gering. Im Vordergrund standen bei vielen die Trennung von der Familie, die ausgebombte oder beschädigte Wohnung und die Sorge um die berufliche Tätigkeit. Vielfach wurde bürgerlichen Politikern von möglichen Anhängern gesagt: „Wir sind gebrannte Kinder! Nie wieder Beschäftigung mit Politik!“<sup>36</sup> Im Monatsbericht für die amerikanische Militärregierung wird die politische Situation in Kassel kurz vor der offiziellen Zulassung der politischen Parteien so dargestellt: „Die sogenannte „Intelligenz“ ... zögert auch, sich politisch festzulegen und zu betätigen und würde es lieber gesehen haben, wenn das politische „Vakuum“ noch einige Monate länger gedauert hätte. Auf der anderen Seite sind die Arbeiterparteien äußerst bemüht, mit ihrer politischen Arbeit anzufangen. Die Gründung der Gewerkschaften war der erste Schritt, und die Linken sind jetzt die ersten, die Gesuche für die Gründung von Par-

teien stellen. Dies hat die „Bürgerlichen“ in die Defensive gedrängt und sie gezwungen, – nolens volens – zu reagieren und Parteien „der Mitte“ zu gründen. Viele Deutsche ziehen es jedoch vor, sich von jeder politischen Aktivität fernzuhalten, da sie durch ihre Gefolgschaft an eine Partei jetzt ihre beruflichen Stellungen verloren haben.“<sup>37</sup>

Dagegen bestand bei der Arbeiterschaft in Kassel trotz der materiellen Notlage und der gewaltigen Zerstörung eine verhältnismäßig große Bereitschaft zu politischer Diskussion und Beteiligung. Im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien brauchten SPD und KPD nicht über Betäubung und Passivität weiter Bevölkerungskreise zu klagen. Das zeigen Untersuchungen der politischen Haltung der Kasseler Bevölkerung und der Stärke der Parteien von Ende September und Ende November 1945, die in den Berichten für die amerikanische Militärregierung niedergelegt sind. „Die Sozialdemokraten scheinen die stärkste Partei zu sein und könnten 50 % aller Stimmen bekommen; der größte Teil der öffentlichen Verwaltung folgt ihren politischen Grundsätzen und Zielen, und der Einfluß ihrer Führer in der Stadt ist beträchtlich. Sie nehmen auch eine dominierende Position in den Gewerkschaften ein. Ihre Wähler werden sich aus Arbeitern, kleinen Geschäftsleuten und einem Teil der Intelligenz zusammensetzen. Die letztere, besonders ihr linker Flügel, fürchtet, daß die „bürgerlichen“ Parteien ein Sammelbecken für reaktionäre Elemente werden und bevorzugt deshalb eine „echte“ demokratische Partei. Das sozialdemokratische Programm fordert eine breite Vertretung der Arbeiterschaft in Verwaltung und Regierung, die Bestrafung prominenter Nazis und ihre Entfernung aus führenden Stellungen und die Einführung der „Gemeinschaftsschule“. – Die Anhänger der Kommunisten, es sind zumeist Arbeiter, schwanken zwischen 5 und 20 %. Berichte und Gerüchte aus der Sowjetischen Besatzungszone, die im allgemeinen nicht günstig sind, beeinträchtigen ihre Propaganda. Das kommunistische Programm unterscheidet sich nicht viel von dem der Sozialdemokraten. Ein fehlender Programmpunkt ist bemerkenswert: Die Diktatur des Proletariats wird nicht gefordert. – Schätzung der Stärke der Parteien in Kassel: Sozialdemokraten 50–60 %, Kommunisten 10–20 %, Christliche Demokraten 30–40 %, Liberaldemokraten 10 %.“<sup>38</sup>

Auch der Besuch der Gründungskundgebungen der Parteien, Anfang November 1945, zeigte das rege politische Interesse in der Arbeiterschaft. Während zu den Massenveranstaltungen von SPD und KPD jeweils einige tausend

<sup>35</sup> Vgl. Hessische Nachrichten Nr. 7 v. 17. 10. 1945. <sup>36</sup> Hessische Nachrichten Nr. 16 v. 23. 2. 1946, S. 6. <sup>37</sup> Übersetzt aus: Monthly Historical Report – RB Kassel – September 1945 – (25). <sup>38</sup> Übersetzt aus: Monthly Historical Report – RB Kassel – September 1945 und November 1945, (25, Mikrofilme Nr. 1562–1565 und Nr. 1409–1410.

Menschen strömten und die überfüllte Werkshalle der Spinnfaser in Bettenhausen nicht genügend Raum für die jeweilige Anhängerschaft der beiden Parteien bot,<sup>39</sup> konnten die bürgerlichen Parteien nur wenige hundert Anhänger mobilisieren, z. B. waren bei der ersten öffentlichen Kundgebung der CDU in der Spinnfaser nur etwa 300 Anwesende,<sup>40</sup> und die LDP hatte im Oktober 1945 ungefähr 400 Mitglieder.<sup>41</sup> Anfang November 1945 wurde die erste Regierung im neugebildeten Staat Groß-Hessen eingesetzt. Der Landesregierung des parteilosen Ministerpräsidenten Prof. Geiler gehörten Politiker aus den vier zugelassenen Parteien an. Die Kasseler SPD stellte die beiden Minister Georg August Zinn (Justizminister) und Georg Häring (Landwirtschaftminister).

Erst ab Mitte November 1945 wurde die Vollmacht für die kommunale Verwaltung in Kassel von der US-Militärregierung auf den kommissarischen Oberbürgermeister Seidel und die Stadtverwaltung übertragen. Die örtliche Militärregierung beschränkte sich nunmehr darauf, allgemeine

Richtlinien festzulegen und die Stadtverwaltung zu kontrollieren.

Die Kommunalwahlen in den hessischen Landkreisen fanden am 20. bzw. 27. 1. 1946 und in der Stadt Kassel am 26. 5. 1946 statt. Erst seit dieser Zeit kann man von einer maßgeblichen Mitgestaltung der Politik durch deutsche Parteien, Regierungen, Parlamente und Verwaltungen sprechen. Die letztlich ausschlaggebende politische Entscheidungsmacht und Kontrolle blieb jedoch weiter bei der amerikanischen Besatzungsmacht und ihrer Regierung.

Eine „Stunde Null“ hat es in Kassel seit der Besetzung durch die US-Truppen nicht gegeben. Die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Stadt im besonderen und in der amerikanischen Besatzungszone im allgemeinen konnten 1945/46 nicht von deutschen politischen Kräften nach ihren Vorstellungen gestaltet werden, sondern sie wurden durch die Entscheidungen der US-Regierung und ihrer zentralen, regionalen und lokalen Militäradministration bestimmt.

Wilhelm Frenz

<sup>39</sup> Vgl. Hessische Nachrichten Nr. 13 v. 7. 11. 1945. <sup>40</sup> Vgl. Zwanzig Jahre CDU in Kassel (22), S. 21. <sup>41</sup> Vgl. Monthly Historical Report (25), Mikrofilm Nr. 1564.

# Personenregister

- A., Heinrich 376  
A., Jean 251  
A., Dr. Werner 253  
Ackermann 166  
Adelung, Curt 319  
Adler, Lazar 158  
Adler, Sally 156  
Aich, Anton 347 ff.\*  
Albrand, Heinrich 43  
Algano, Guiseppe 409  
Altvater, Hedwig 335  
Amann, Max (Präsident der Reichspressekammer) 61, 71, 73  
Anhalt 129  
Antoniotto, Giovanni 409  
Appel, Wilhelm 343, 361  
Apfelbaum, Max 251  
Aschenbrandt, Heinrich 364, 369, 380, 382 f., 385  
Aschenbrenner, Otto 193  
Aschkenazy, Leo 171, 173  
Aschrott, Siegmund 152, 182 f., 205 f., 231, 252  
Askevold, Ingolf Birger 319, 320  
Auel, Martin 361  
B., Else 219 f.  
B. (Wirtschaftsprüfer) 241  
B., Georg 220  
B., Heinrich 251  
B., Karl 251  
B., Wilhelm 251  
Babetto, Oreste 409  
Bacher, Walter 154, 211  
Bachrach, Moritz 244 f.  
Baden von, Max 300  
Bähr, Minna 99  
Baer, Ruth 107, 115  
Bäumer, Gertrud 104  
Bahr, Hermann 133  
Ball, Heinrich 170, 173  
Balossi, Fiorontino 410  
Barattini Giovanni 410  
Barattini, Pietro 410  
Barcherini, Mario 410  
Barthel, Karl 28 f., 32, 312, 361  
Bartling, Heinrich 374  
Batz, Ilse 70  
Batz, Dr. Wilhelm 66 f., 70 f., 73 ff., 94  
Bauer, Herbert 190  
Baumann 181  
Baumann, Dr. Ernst 229 ff.  
Baumann, Heinz 233 f., 237 ff.  
Baumann, Martin 232  
Becker, Dr. Franz 105, 108, 112, 117, 119, 120, 122  
Belz, Willi 14, 300, 309, 312 ff., 326, 335, 355 f., 359, 361, 363, 364, 369  
Benlevi, M. J. 153  
Benseler, Hermann 336  
Benzing, Dr. med. Richard 279  
Berg, Heinrich 14  
Berg-Ehlert, Max 128  
Bergemann, Wolfgang (Redakteur der Hess. Volkswacht) 65, 168  
Berlit, Jean 180 f.  
Berndt, Hilde 107  
Bernhardt, Gustav (Kampfbund für den gewerbl. Mittelstand) 168, 172  
Bernstein, Eduard 292  
Berthel, Jakob 37 f., 43 f., 46  
Best, Dr. Walter (Dramaturg) 129, 131 f.  
Bienroth, Hermann 343  
Bindewald 165  
Bismarck von, Otto 32, 123, 306  
Blau, Julius 249  
Blümich, F. C. 142 f.  
Blumenberg, Werner 345  
Blumenfeld, Dr. med. Felix 160, 163, 179  
Blumenkrohn 177  
Blumenthal, Hermann 153, 155 f., 160  
Bluth, Rosa 193  
Boczkowski, Hermann 14  
Böckel, Dr. Otto 164 f., 167, 185  
Böhme 165  
Bönning, Walter 361  
Bohl, Jean (NSDAP-Kreisleiter Kassel) 285  
Boin, Italo-Lorenzo 410  
Bolz, Eugen (Staatspräsident von Württemberg) 81  
Bonella, Mekele 410  
Borgioli, Guiseppe 410  
Bormann, Martin (Stellvertreter des Führers) 198  
Bormemann, Alfred 345  
Bormemann, August 345, 346, 351  
Bornkessel, Alfred 376  
Borsetti, Guiseppe 410  
Bossi, Gino 410  
Bracht, Franz (Stellvertretender Reichskommissar in Preußen) 20  
Brandt, Albert 321, 371  
Braun, Otto 294  
Braun, Dr. Rudolf (Gauwirtschaftsberater) 65, 237 ff., 241, 248, 254, 269, 412  
Braunroth, Karl 347  
Breciani, Mario 410  
Brödner, Fritz 342  
Bruck, Dr. 191  
Brühmann, Wilhelm 49  
Brüning, Heinrich (Reichskanzler) 50, 51, 78, 81  
Buch von, Friedrich (Stahlhelm-Gauführer) 26  
Buch, Sally 165  
Büchling, Wilhelm 362  
Buda, Franz 335 f., 347 f.  
Büding 183  
Bunsen, Robert Wilhelm 183  
Cagenundo, Giovanni 412  
Capellari, Ferracio 410  
Carappo, Salvatore 410  
Carnini, Maccia 409  
Carsetto, Mario 409  
Cassola, Eugenio 410  
Catta, Fritz 261, 420  
Cavasin, Giovanni 410  
Chione, Italo 409  
Ciceri, Luigi 410  
Cimadori, Arrigio 410  
Cinguegruna, Anoleta 409  
Cocatto, Gueriso 412  
Coenning, Johannes 231 f.  
Cohn, August 27, 169, 334, 361  
Cohn, Erwin 169  
Cohrig, Erich 335  
Conti, Dr. Leonardo (Reichsärztesführer) 400  
Convertino, Vito 410  
Corcani, Italo 410  
Corvasio, Antonio 410  
Cremaschi, Luigi 410  
Crispien, Artur 21  
D. (Gastwirt) 334  
D., Dr. L. (Dipl.-Kaufmann) 242  
D., Marie 219  
Dahlhaus, Max 363  
Dalberg, Julius 155, 166 f., 170 f., 205, 215  
Dal Monte, Gionetto 410  
Daluge, Kurt (Leiter der Ordnungspolizei) 207 f.  
Dalwigk von 378  
David, Eduard 294  
Davolio, Iwo 410  
De Coetano, Paquale 410  
Dellevie, Dr. Alfred 17  
Dellevie, Dr. Theodor 17, 158, 174, 177, 184  
De Mitri, Francesco 410  
Di Batista, Gennaro 411  
Di Cico, Alexandro 410  
Diemer, Adolf 336  
Dietrich 343  
Dietrich, Karl 28, 30  
Dietrich, Otto (Reichsverband der Dt. Presse) 69, 71  
Dietz, Albert 49  
Dilcher, Johann 361  
Dippel (SA-Brigade 47) 269  
Disselkötter (Pfarrer) 219  
Dittmann, Emil 342, 348 f., 419, 423  
Dörmemann (SS-Standartenf.) 29  
Dolpsberg 165  
Eberhardt, Wilhelm 383  
Ebert, Friedrich 294, 300  
Eckertlin, Karl 317, 363, 372  
Ehrenberg, Paul D. 229 f.  
Eich, Anton 419  
Eichenberg, Grete 372  
Eichhofer (Pfarrer) 83  
Eichler, Willi 371 f.  
Eichmann, Adolf (SS-Obersturmbannf.) 200, 207 f.  
Eisenberg, Theodor 156  
Ellers, Karl 333  
Engelbert, Kurt 169  
Engelbert, Sally 147  
Engelke 364  
Erleben von (Generalmajor) 416  
Eschke, Traugott 362  
F., Willy 240 f.  
Falck, Marianne 107  
Feder, Gottfried (Reichskommissar für das Siedlungswesen) 141  
Feist 183  
Fenner, Dr. 241  
Feodo, Guiseppe 410  
Feuerstein 170  
Fiehler 96  
Fieseler, Gerhard 271, 286  
Finkenstein, Kurt 362, 365, 366  
Fioriono, Alexander 147, 152, 156, 163  
Fisch, Walter 25  
Fischer, Julius 158, 171 ff  
Fischer, Karl 356 f.  
Fischer, Laura 172  
Forster, Walter 132  
Fraatz, Hermann 346  
Franco, Francisco 373  
Fränkel 183  
Frank, Dr. 191  
Frank, Helene 213  
Franke, August Walter (Gaugeschäftsführer) 47, 173  
Fraschini, Gino 410  
Freidhof, Rudolf 14, 28 f., 31 f., 300 f., 305 ff., 313, 336, 338 f., 340 ff., 348 f., 351, 419 ff., 423  
Freisler, Dr. Oswald (Rechtsanwalt) 18, 166 f.  
Freisler, Roland 36, 49, 63, 69, 168, 305, 320  
– Hessische Volkswacht 65  
– Hitlers Besuch in Kassel 34  
– Kommunalpolitik 265  
(Staatssekretär im Justizministerium) 330  
(Stadtverordneter) 17 ff., 76, 97, 333 f.  
Verteidiger national-sozialistischer Angeklagter 165  
– Zerschlagung der Gewerkschaften in Kassel 26  
Freitag 343  
Frese, Gustav 335  
Freudenthal, Dr. 191  
Freudenthal, Ernst 179  
Frick, Wilhelm (Innenminister) 231, 250  
Fricke, August 108  
Friedensburg, Dr. Ferdinand (Regierungspräsident) 21, 26  
Friedrich, Ernst 311  
Friedrich, Helmut (Gaugeschäftsführer) 65, 170  
Fröhlich, Kurt 49  
Fröhlich, Otto 232, 241 f.  
Fröhlich, Salomon 231 f., 241

\* Auf den in fetter Schrift angegebenen Seiten finden sich biografische Angaben zu den Personen.

- G. (Familie) 238  
 G., Hildegard 217  
 G., Lazarus 217  
 G., Ludwig 217  
 G., Martha 217  
 Gabel, Valentin 28 f., 354, 361  
 Geiler, Prof. 424  
 Geis, Robert (Landrabbiner) 191  
 Gellert, Cornelius 300, 345, 351  
 George, Karl 43 f.  
 Gerhold, August 361  
 Gerlach, Willi 318, 371  
 Gerland, Karl 278, 417  
 Gernand, Heinrich (Gauamtsleiter  
 Propagandaamt) 72  
 Giesler (Gauleiter) 119  
 Goebbels, Dr. Joseph (Reichs-  
 minister für Volksaufklärung  
 und Propaganda) 58, 71, 85,  
 181, 417  
 - Luftangriff auf Kassel am  
 23. 10. 1943 415  
 - Novemberpogrom 1938  
 195 ff.  
 - Reichskulturkammergesetz 132  
 Göbel, Dr. (Wehrwirtschaftsf.) 271  
 Göpfärth, Oswald  
 (Stadtkassendirektor) 306  
 Göring, Hermann  
 - „Arisierung“ 238  
 - ausländische Zwangsarbeiter  
 391, 397 ff., 404  
 - Deportation von Juden 206  
 - Ehrenbürgerschaft der Stadt  
 Kassel 100  
 - (kommissarischer preußischer  
 Innenminister) 13, 20 ff., 28,  
 35, 335 f.  
 - Presse 82  
 - Preuß. Theater 71, 131, 133  
 Görlitz, Friedrich 361  
 Goethe, Willi 20, 28, 214, 333,  
 334 f., 342, 344, 351, 421, 423  
 Goldberg 145  
 Goldberg, Isaak 204  
 Goldschmidt 205  
 Goldschmidt 191  
 Goldschmidt, David 177  
 Golnik, Horst 14, 145, 212  
 Golnik, Vera 212  
 Golnik, Werner 211 f.  
 Gossmann, Dr. Walther 166  
 Gotthelf, Carl 157 f.  
 Gotthelf, Familie 60  
 Gotthelf, Richard 60  
 Gotthelf, Theodor 60  
 Gottmann, Georg 380, 382 f., 385  
 Gottschalk, Moritz 231 f., 239  
 Graff, Sigmund 129, 132  
 Groß 234  
 Großkurt, Martin 383  
 Grünbaum, Familie 107  
 Grünbaum, Margarete 107  
 Grünbaum, Dr. Max 152  
 Gründgens, Gustaf 133 ff.  
 Grynszpan, Herschel 193  
 Grzesinski, Albert 295 f., 300, 304,  
 306, 317  
 Gschwendter, Karl 313 ff.  
 Gubiani, Jak 410  
 Gümbel, Paul 83  
 Guerrino, Lozatto 412  
 Günther, Ludwig 361  
 Guivanni, Tonin 410  
 Guthof, Jakob 340  
 H., Dr. 217  
 Haarmann, Dr. Hermann 98  
 Haas, August (Oberpräsident) 21,  
 26, 78, 168  
 Haas, Joseph 134  
 Haase, Johannes 361  
 Habermehl 297  
 Häring, Georg 294, 296, 300,  
 419 f., 423  
 Haferburg, Otto 14  
 Hahndorf 183  
 Halbleib, Dr. F. L.  
 (Handelskammersyndikus) 239,  
 243  
 Halfon, Susi 106 f.  
 Hall, Albert 243  
 Haller, Ruth 169  
 Hallo 183  
 Hallo, Familie 63, 144, 151  
 Hallo, Gertrud 164  
 Hallo, Dr. Rudolf 164  
 Hammerschlag 181  
 Hanniball, Hermann 373 f.  
 Harms, Hans 234  
 Harnack von, Ernst 345  
 Hartmann (Sturmführer) 176  
 Hartmann, Martin 364  
 Hartmann, Dr. Wilhelm 30  
 Hartung, Elisabeth 368  
 Hartung, Otto 359, 363 f., 368, 370  
 Hasenclever, Walter 16  
 Hassencamp, Fritz 42  
 Haupt, Paul 294  
 Hauschildt, Richard 292, 294 f.,  
 300, 336  
 Heckert 353  
 Heidelberg 63  
 Heilbronn 213  
 Heilbrunn 181  
 Heinemann 203  
 Heines, Edmund 31  
 Heinicke, Erich (Stadtbaurator)  
 142, 415  
 Heinz, Hermann 49  
 Helmdach, Heinz 127  
 Hellwig, Christian  
 (Gestapobeamter) 333  
 Henning, Dr. 191  
 Henning, Lorchen 349  
 Henschel, Hildegard 239, 241 ff.  
 Henschel, Karl Anton 241 f., 244  
 Henschel, Maria 239  
 Henschel, Oskar 183  
 Henschel, Reinhard 244  
 Henschel, Dr. Robert 244  
 Henschel, Sophie 239  
 Herbers, Hein 15, 319, 320 ff., 371  
 Herbold, Friedrich 365  
 Herboldt, M. 14  
 Hermann, Karl 313, 339, 348,  
 349, 419 ff., 423  
 Hertz, Paul 342  
 Herwig, Axel 301, 307  
 Herzog 165  
 Hess 159  
 Hess, Dr. Otto 152, 186  
 Heß, Rudolf (Leiter der  
 Parteikanzlei) 73  
 Hessen von, Philipp  
 (Oberpräsident) 21, 83, 85 f.,  
 417  
 Heydrich, Reinhard (Chef der  
 Sicherheitspolizei und des SD)  
 195 ff., 199 ff., 203, 207  
 Hildebrand, Walter 193  
 Hildebrandt, Jakob 43  
 Hilgenberg, Heinrich 249  
 Himmler, Heinrich (Reichsführer SS  
 und Chef der Dt. Polizei) 196 f.,  
 394, 401 f., 405  
 Hindenburg von, Paul  
 Beneckendorff und von (Reichs-  
 präsident) 15, 53, 78, 320  
 Hinkel, Hans 128, 131 f.  
 Hinz, Dr. 411  
 Hinz, Hans 347 f.  
 Hitler, Adolf 34 f., 44, 47, 51, 54,  
 58, 61, 64 f., 68 f., 73, 76 ff., 81 f.,  
 84 ff., 88 ff., 103, 106, 115, 131,  
 281, 417  
 - ausländische Zwangsarbeiter  
 390 f., 397  
 - Autor von „Mein Kampf“ 136  
 - Beendigung der „Nationalen  
 Revolution“ 173  
 - Machtgreifung 13, 17, 20,  
 24, 26, 32 f., 144, 168 f.  
 - Novemberpogrome 1938  
 195 ff.  
 - Nürnberger Gesetze 185, 187  
 - Reichspräsidentenwahl am  
 10. 4. 1932 52  
 - Widerstand gegen 306, 321,  
 342, 346, 353, 370, 380  
 Hlacz, Anton 410  
 Hodek, Josef 374  
 Hofke, Dr. A. 86, 108  
 Hoegner, Wilhelm 305  
 Höhn, Willi 370  
 Hofacker, Friedrich 28, 340  
 Hoffa 180  
 Hoffa, Annemarie 106, 115  
 Hoffa, Otto 244  
 Hohenstein, Dr. Adolf (Polizeipräs-  
 ident) 21, 27, 152, 168 f., 307  
 Holländer, Werner 145  
 Holthoff-Fassmann von, Wilhelm  
 131, 133  
 Horn, Georg 210  
 Hornthal 245  
 Horschitz 183  
 Horwitz, Ludwig 147, 162  
 Hülsen von, E. (Oberpräsident)  
 21, 78  
 Hüneberg, Dr. Albert 177  
 Hüpeden, Theodor 317, 372 f.  
 Hüttmann, Heinrich 292  
 Hugenberg, Alfred  
 (Verleger) 58, 77, 88  
 Huhn, Karl 349  
 Humburg, Georg 361  
 Hunold, Franz 41, 43, 45  
 Is., Ilse 216  
 Is., Wilhelm 216 f.  
 Israel, Lisel 106 f.  
 Jacob, Heinrich 231  
 Jacobs 191  
 Jacobson, Israel 147  
 Jäckel, Robert 351, 383  
 Jahn, Hans 341, 345  
 Jakobitsch, Rudolf 49  
 Jandy 173  
 Jelusich, Mirko 132  
 Jérôme Bonaparte 147, 156  
 Jobst, G. 139  
 Johst, Hanns 131, 133  
 Jonny, S. 187  
 Josef, Dr. 214  
 Jung-Stilling, Dr. (Arzt) 205  
 K. Alfred 220  
 K. Margarete 220  
 Kästner, Erich 16  
 Kästner von, Julie 104  
 Kaergel, Hans-Christoph 129 f.  
 Kahn, Lisel 108, 112  
 Kaschmann, Emma 213  
 Kaschmann, Fred 213  
 Kaschmann, Hannelore 213  
 Kaschmann, Moritz 213  
 Kater, Fritz 323  
 Katz 191  
 Katz, Dr. Walter 147, 159  
 Katz, William (Willy) 154, 186  
 Katzenstein, Kurt 152  
 Kaufmann 191  
 Kaufmann, Dr. Berthold 214 f.  
 Kaufmann, Sally 144 f., 159  
 Keding, Dr. Paul  
 (Stadtmedizinalrat) 262  
 Keller 14  
 Keller, Horst 14  
 Keppler, Wilhelm (Kommissar für  
 Wirtschaftsfragen in der Reichs-  
 kanzlei) 281  
 Kerr, Alfred 342  
 Kessler, Ludwig 349  
 Kirstein 191  
 Klär, Karl-Heinz 371  
 Klaholz, Wilhelm 49  
 Klapproth 31  
 Kleeblatt, Baruch 211  
 Klingler, Fritz 306  
 Klitsch, Edgar 127 ff.  
 Knauf, Reinhard 349  
 Knoche, Otto (Ratsherr) 206  
 Knost, Dr. 217  
 Kober, Hermann 351, 369, 383  
 Kober, Konrad 351  
 Koch, Karl 346  
 Koch-Weser (Oberbürgerm.) 295  
 Köhler 165  
 Köhler, Friedrich 369, 383  
 Köhler, Herbert 268, 284  
 Köhler, Max (Kulturpolitische  
 Abt. des Gaues Kurhessen) 49  
 Kolbenheyer, Erwin Guido 132  
 Kollwitz, Käthe 318

- Kops, Erich 356 f., 359, 367  
Kottwitz von, W.  
(Polizeipräsident) 21, 27  
Krämer, Walter 312  
Krath, Wolfgang 14  
Krause, Kurt 211  
Krauss, Johannes 42 ff.  
Krauss, Max 31  
Kreis, Dr. A. 49  
Kreitz, Wilhelm 292  
Krell, Chr. (Versteigerer u. Taxator)  
210  
Kreski, Noah 190  
Kreski, Rubin 190  
Krosigk, Lutz Schwerin von 199  
Krüger, Christian 340  
Kuba, Karl 338, 356, 359, 363 f.,  
369 f., 383, 385  
Küstermeier, Rudolf 344 f.  
Kugelmann, Dr. Hermann 166,  
191  
Kunz, Albert 25  
L. C. von 107  
L., Ernst 27  
L. (Schutzpolizist) 218  
L., Mathilde 219  
L., Walter 173 f.  
L., Willi 219, 221  
Ladore, Gustavo 410  
Lämmer, Willi 323  
Lagarde, Paul de 200  
Lahmeyer, Gustav (Oberbürgerm.)  
14, 29, 51, 98 f., 257, 265  
– Altstadtanierung 103, 137 f.  
– Aschrottbrunnen 206  
– Enteignung von Juden 210  
Landjäger (Wirtin) 24  
Lange, Helene 104  
Langebekmann 165  
Langenbeck, Curt 133  
Langner, Willi 347 f.  
Lanzafame, Letterio 410  
La Rossa, Santino 410  
Lasalle, Ferdinand 292  
Lasker-Schüler, Else 16  
Lattmann 163, 165  
Laue, Familie 202  
Lazarus, Dr. Felix 147, 154  
Leinert, Robert 345  
Lengemann, Fritz 16, 49, 100  
Lettow-Vorbeck von, Paul 171  
Levy 204  
Lewinski, Dr. Erich 169, 317, 372 f.  
Lewinski, Herta 372  
Lewinsohn, A. 163  
Lewinstein 177  
Ley, Dr. Robert (Leiter der Dt.  
Arbeitsfront) 17, 50, 71, 281,  
285  
Lieberg, Dr. Friedrich 245  
Lieberg, Julius 245  
Liebermann von Sonnenberg 165  
Likus, Rudolf (Redakteur) 49 f., 63,  
69, 168  
Lindemann, Erna 374  
Link, Werner 371  
Lips, Karl 350  
Lissy 214  
Lodjinowitsch, Georgi 412  
Loeb, Hermann 163  
Loeb, Julius 169, 354  
Lörper, Georg 361  
Löwenstem, Ilse 160  
Lohagen, Ernst 312 f., 355, 359 f.,  
362  
Lohagen, Paula 312, 362  
Lowinsky, Gretel 106 f.  
Luccara, Marca-Dina 409  
Ludloff 350  
Lüpnitz, Karl 264, 297, 322  
Lüpnitz, Mila 319, 322  
Luigi, Guidi 409  
Luthe 72  
Luthmer, Prof. Dr. 163 f.  
M. (Gauadjutant) 195  
M., Harald 218  
Mai, Willi 298, 323 f., 374  
Malsch, Georg 37, 46  
Mangold, Dr. Ernst 234, 239  
Mann, Heinrich 16  
Mann, Thomas 105  
Marks, A. 247, 250  
Markus 181  
Marmon, Franz (Leiter der Gestapo-  
stelle Kassel) 408 f., 412, 416  
Marth, Heinrich 43 f.  
Marx, Karl 16, 25, 26  
Mayr, Max 14, 169, 298, 311,  
317 f., 328, 371 ff., 379  
Mazzoli, Lorenzo 410  
Meissner, Herbert 49  
Melzer, Theo 423  
Mendershausen, Paul 251  
Menonnen, Antonio 410  
Mentzel, H. 73  
Merle, Georg 298, 308 ff.,  
338, 352 f., 355 f., 359, 361 f.,  
363 f., 367 f., 370  
Merle, Heinrich 361 ff.  
Merle, Hugo 349  
Messerschmidt, Heinrich 49, 170  
Meyer 206  
Meyer, Max 169  
Meyer (Kreisleiter NSDAP) 14,  
206  
Meysenbug von, Malwida 104,  
108, 122, 125  
Millerin, Luise 116  
Minetti, Bernhard 133  
Minkler, Hans 335  
Mirow, Dr. Franz 127, 130 f., 179  
Mösta, Elsa 349  
Mond, Ludwig 183  
Montag, Karl 364  
Montbart von, Kurt  
(Regierungspräsident) 21  
Moog, Heinrich 49  
Morgenroth, Luise 174  
Morociki 410  
Mosenthal, Philipp 146  
Moses, Josef 154  
Most, Friedrich (SA-Sturm.) 39, 41  
Mühsam, Erich 16, 311, 323 f.  
Müller 241  
Müller, Fritz 14, 335, 337 f., 340,  
370 f., 385  
Müller, Heinrich (Gestapochef)  
195 ff., 200, 207 f.  
Müller, Dr. Gustav Adolf 29  
Müller, Dr. Max 183  
Müller, Wilhelmine 347  
Müller-Röver, Heinz 129 f., 132  
Müssig, Dr. 29  
Munga, Luigi 412  
Mussolini, Benito 391, 394  
Mussolini-Forzano 132  
Musy, Jean-Marie 214  
N., Alexander 219  
N., Roman 406  
N., Siegmund 247 f.  
N., Tana Hedwig 219  
Nadel 191  
Nadler 358  
Nagel, Dr. 29  
Nathan 27  
Navarra, Bernadini 410  
Neddermeyer, Robert 312  
Neidnich, Artur 38  
Neidnich, Jakob 37 f., 40 f., 43 f.,  
46  
Nelson, Leonhard 316  
Nennstiehl (Lagerführer) 399  
Neuhaus (Rabbiner) 168  
Neumann 182  
Neumann, Sally 155  
Nieff, Heinrich 342, 349  
Nielsen, Thorwald 228 f.  
Nitsche, Hans 342, 419 ff., 423  
Nödler, Burghardt 37, 43, 46  
Nußbaum, Rudolf 156, 163, 179  
Nußbaum, Sara 213 f.  
Oberhoffer, Felix 127  
Ohle, Dr. 39  
Olivieri, Auguste 410  
Ollenhauer, Erich 349  
Oppenheim, Alice 179  
Oppenheim, Hermann 156  
Oppenheim, Julius 169  
Oppenheim, Dr. Leopold  
(Rechtsanwalt) 234, 243  
Oppenheim, Victor Carl 235  
Ossietzky, Carl von 16  
P., Dr. 219  
P., Ida 219  
Paar, Willi 347 f.  
Pagano, Alfonso 410  
Paladini, Orenzo 410  
Papen von, Franz 13, 20, 51, 53,  
78  
Pappenheim, von 128  
Paul, Erna 324, 374  
Paul, Willi 323 f., 373 f.  
Paulmann, Dr. Wilhelm  
(Stadtrat) 49  
Pawlowski, Stanislaw 387  
Peter, August 301, 307, 339 f.  
Peltzer, B. 249  
Pfannkuch, Wilhelm 334  
Pfeffer von, Fritz (Polizeipräsident)  
21, 54, 83, 275  
Pfeiffer, Dr. Karl 48, 231  
Pfromm, Wilhelm 348, 361, 362  
Philippsthal, Herbert 149 f.  
Pierson 423  
Pillardy, Edmund 65, 228 f.  
Pinhas, Hermann Hirsch 146  
Plaut, Gustav 163, 182  
Plaut, Josef 170  
Plaut, Dr. Max 170  
Poppe, Karl 47, 270  
Popper, Siegfried 157  
Prior, Karl 343, 344, 348  
Pulvermacher, Michael 183  
Quantz 420, 423  
Quer, Karl August 306 f., 319  
R., Konrad 254  
R., Paul 192  
Raab 165  
Raab, Anton 152  
Rademacher, Heinrich 383 ff.  
Ragnie, Tommaso 410  
Range, Wilhelm 39, 41 ff.  
Rath, vom Ernst 193 ff., 197, 203  
Rathenau, Walther 88  
Ravelli, Petro 410  
Rau, August 333  
Rau, Emilie 333  
Rau, Kurt 333, 361  
Reckewell, Sophie 169, 179, 213  
Rehm, Johanna 14  
Reier, Karl 372  
Reiffen, Ernst 231  
Reinach, Hans 177  
Reinbold 341  
Remarque, Erich Maria 16  
Riemenschneider, August 376  
Rienhardt, Rolf (Presseamt der  
Reichsleitung d. NSDAP) 71, 74  
Rinald, Joseph 181, 183  
Ringelnatz, Joachim 16  
Ritter, Hermann 323  
Ritter, Karl 305, 341  
Rocholl 180  
Rocker, Rudolf 311, 323 f.  
Röhle, Paul 28, 335  
Röhm, Ernst (Stabschef der SA)  
59  
Römer, Dr. Josef (Beppo) 363  
Röver 68  
Roosevelt, Franklin 417  
Rosenberg, Alfred (Beauftragter des  
Führers für die Überwachung der  
geistigen und weltanschaulichen  
Schulung) 71  
Rosenberg, Arthur 324  
Rosenfeld, Kurt 319  
Rosenthal, Alfred 168, 206  
Rosenzweig 183  
Rosenzweig, Dr. Franz 152  
Rotondo, Saverio des Pasquale  
410  
Roth, Karl 206  
Rothe 206  
Rothfels, Familie 146  
Rothfels, Jeremas 162, 163  
Rothfels, Dr. Max 156, 163  
Rothschild, Amschel 183  
Rubensohn 180  
Rubensohn, Emil 238  
Rubensohn, Ernst 238  
Rubensohn, Hermann 233  
Rudolf, Hans 49

- Rudolf, Heinrich 49  
Rügheimer, Wilhelm 358, 361  
Rüppel, Heinrich (Pfarrer) 325  
Rugero, Todore 410  
Rust, Bernhard (Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung) 131 f.  
S. (Kriminalsekretär) 359 f.  
S., Eugen 240 f.  
S., Friedrich 251  
S., Hans 251  
S., Jonny 187  
S., Julius 220  
S., Karl 252  
S., Katherina 217  
S., Selma 248  
S., Siegfried 221  
Saccomandi, Francesco 410  
Salzmann 231  
Salzmann, Albert 165  
Santucci, Santinio 410  
Saucckel, Fritz  
(Gauleiter Thüringen) 69  
(Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz) 389 ff., 402 ff.  
Sauer, Anton 335, 351  
Seelig, Abraham 174  
Seidel, Willi (Oberbürgermeister) 14, 29, 141, 416, 418, 423  
Selbert, Elisabeth 419  
Seldte, Franz (Reichskommissar für den Arbeitsdienst) 281  
Selzer, Max 158  
Sempff, Rudolf (NSDAP-Kreisleiter) 38 ff., 43 ff.  
Senderowna, Ljuba 127  
Seydewitz, Max 319  
Seyß, Inguard 389  
Shaw, Bernhard 134  
Sichel, Frieda 60  
Sichel, Karl Hermann 152  
Siebert, Hans 358  
Simons, Ernst (Major a.D.) 49  
Sippel, Wilhelm 361  
Solbrig, Max (SA-Brigadef.) 195  
Sonnemann, Emmy 133  
Souchyw, Augustin 324  
Spacassi, Ottone 410  
Spangenthal, Ruben 177  
Speer, Albert (Reichsminister für Bewaffung und Munition) 142, 390, 417  
Sperlunga, Veneceses 411  
Spier, Dr. Julius 156  
Spieß, Dr. 49  
Schabacker, Anton 371  
Schäfer, Dr. 99  
Schäfer, Otto 28 f.  
Schäfer, Walter Erich 126, 133 f.  
Schäffer, August 42 ff.  
Schäffer, Familie 37 ff., 43 ff.  
Schäffer, Hans 37, 46  
Schäffer, Heinrich 42 ff.  
Schäffer, Wilhelm 40, 42 ff.  
Schallermeier, L. 196 f.  
Schartenberg, Walter 202 f.  
Schaumlöffel, Dr. Karl 49  
Scheffer (Pfarrer) 193 f.  
Scheidemann, Philipp (Redakteur des Kasseler Volksblatt) 292 (Oberbürgermeister) 62, 97, 105, 294, 296, 350  
– Emigration – 341  
Schellmeier, Otto 334  
Schifftan, Willi 161, 169, 191  
Schillings, Willy (Kommissarischer Intendant des Staatstheaters) 127, 129 ff.  
Schümmelpfeng, Hans (Bürgermeister) 56, 99  
Schirach von, Baldur (Jugendführer des Dt. Reiches) 76  
Schlageter, Albert Leo 105  
Schleicher, Kurt von (Reichskanzler) 78, 88  
Schlitzberger, Hans (Gauamtsleiter) 70 ff., 74, 93  
Schlösser, Dr. Rainer 132  
Schlüter, Heinrich 383  
Schmidt, Frieda 356  
Schmidt, Friedrich 29, 361  
Schmidt, Fritz 336, 356, 362 f.  
Schmidt, Georg 343, 356, 361  
Schmitt, Karl 346  
Schmitt, Dr. Kurt (Reichswirtschaftsminister) 281  
Schnabrich, Michael 300, 351  
Schöny, Otto (Stellvertretender Polizeipräsident) 21, 169, 372  
Schröder, Dr. Fritz (Fred) 127, 323, 373 f.  
Schröter, Willi 346  
Schuchardt, Karl 383  
Schülbe, August 315, 355 f., 359, 370  
Schultz, Dr. Walter (NS-Gauamt für Kommunalpolitik) 49, 99, 101 f.  
Schulz, Karl 343, 361  
Schulz, Otto (Polizei-Oberstleutnant) 372  
Schumacher, Kurt 421  
Schweitzer, Paul 334 f.  
Schwiegershausen, Georg 383  
St., Dr. 177  
St., Dr. Otto 242  
Stadler, Dr. Hans Herbert (Oberbürgermeister) 26, 29, 98, 128, 258, 260, 264  
Stahl, Käthe 347 f.  
Stang, Dr. Walter 132  
Stauda, Johannes 84  
Stecco, Francesco 411  
Steinthal, Heymann 162  
Stellazi, Berthol 411  
Stenzel, Dr. 423  
Stephan, Ludwig 366  
Stern, Jakob 204  
Steuer, L. 30  
Stiefel, Selma 250  
Stilling, Benedikt 205  
Stöcker 165  
Stock, Hilmar (NS-Gaubetriebszellenleiter) 26, 281, 283 f., 334  
Strasser, Gregor (NS-Politiker) 88  
Strasser, Otto (NS-Politiker) 344  
Strauss 170  
Strauss, Leo 245  
Streicher, Julius (Gauleiter) 172, 239  
Strückrat, Heinrich 335  
T., Arthur 251  
Tarnulli, Nikola 411  
Tettlau, von (General) 295  
Th., Arthur 247, 253  
Thälmann, Ernst 321  
Thalau 271  
Thalheimer, August 321  
Theiß, Dr. (Stadtrat) 263  
Theune 29  
Thöne, August 353, 369  
Thöne, Georg 26, 294 ff.  
Tietjen, Heinz 133  
Tirelli, Gino 411  
Trabalzi, Antonio 411  
Trabert 420, 423  
Tröger, Adam 346  
Trost, Hermann 342  
Tucholsky, Kurt 16, 320  
U. (Gestapovertrauensmann) 385  
Ucko, Fritz 152, 178  
Uhse (Landgerichtsrat) 416  
Ulbrich, Ernst 297, 364  
Ulbrich, Dr. Franz 133 f.  
Ullrich, Ida 14, 145  
Ullrich, Minna 14  
Uloth, Hermann 323  
Ulrich von 54  
Ulrich, Jakob 43 f.  
V., (Schachtmeister) 376  
Venco, Antonio 411  
Venegoni, Luigi 411  
Versaci, Losimo 411  
Vito, Lusi 411  
Vogel-Kaufmann, Erna 214  
Vogt, Heinrich 307, 342  
W., R. 107  
W. (Obermeister) 384  
W., Karl 251  
W., Karl-Heinz 251 f.  
Wack, Karl 311, 336 f., 355, 359, 366 f., 370  
Wagner, Heinrich 299  
Walberg, Willi 298, 363  
Waldschmidt, H. 30  
Wallach, Franz 179, 190 f., 214, 236  
Wallach, Gertrud 179, 191  
Wallach, Otto 233 f., 236 f., 239  
Walter 177  
Wangenheim von, Eberhard 244  
Waschkowitz, Alfred 363 f., 382  
Weber (Stadtrat) 295  
Weber, Helene 70  
Wedekind, Frank 134  
Wegener, Dr. Hans 29  
Weidemann, Dr. 127  
Weilburg, (Landrat) 24  
Weinberger, Max 174  
Weinert, Hildeburg 347  
Weinert, Erich 16, 347 f.  
Weinholz, Friedrich 249  
Weinrich, Karl (Gauleiter) 14, 17, 62, 108, 274, 364  
– ausländische Zwangsarb. 403  
– Aufbau und Organisation der NSDAP in Kassel 47, 49, 55  
– Gleichschaltung der Stadtverwaltung 26, 28, 30, 99 f.  
– Hitlers Besuch in Kassel 34  
– Judenverfolgung 170, 172 f., 185, 210  
– Kasseler NS-Presse 65 f., 72 f., 75  
– Kommunalpolitik 103, 141, 265 ff.  
– Luftangriff auf Kassel am 23. 10. 1943 415  
Weisbrod, Dr. 214  
Weißbecker 144  
Wendt, Ernst 131  
Wengefeld, Rudolf 43  
Wenig, Jonas 383  
Werfel, Franz 16  
Werner, Ludwig 164 f.  
Werthauer, Sandel Josef junior 243  
Wertheim 166  
Wertheim, Eugenie 161, 244  
Wertheim, Hans 252  
Wertheim, Max 158  
Wertheim, Moritz 243 f.  
Wertheim, Paul 244  
Wesemeyer, Albert 298, 307, 344 f.  
Wichelhausen 181  
Wiegand 368  
Wilhelm I. (Kurfürst) 147  
Wilke, Fritz 301, 380, 382 f., 385 f.  
Willms, (Kreispropagandaleit.) 278  
Wilucki von 72  
Wingenbach, Katharina 28  
Winter, Wilhelm 345  
Wirsing, Karl 234  
Wittmund, Herta 152  
Wittrock, Christian 19 f., 28, 30, 261, 296, 300, 341, 348 f., 351, 419, 421, 433  
Wittrock, Karl 341  
Wittrock, W. 423  
Wloch, Karl 169, 358, 361  
Wolf, M. 423  
Wolff, Karl (SS-Gruppenf.) 196  
Wolff, Simon 231 f.  
Wolff, Dr. Richard 232, 238, 240  
Wolff, (Witwe) 240 f.  
Wulf, Fritz 363  
Zahnwetzler, Moritz 363  
Zander, Dr. 399  
Zaranelli, Luigi 411  
Ziegler, Christian 361  
Ziering, Siegfried 211  
Zimmermann (Gastwirt) 194  
Zinke, Anna 423  
Zinn, Dr. Georg August 28, 43, 306, 335, 341, 344 f., 421, 423 f.  
Zinn, Inge 335, 341, 349  
Zinn, Karl 345 f.  
Zinn, Martha 344 f.  
Zozzi, Antonio 411  
Zulehner 182  
Zwehl von, Hans Fritz 132